



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### **Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### **About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

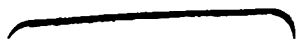
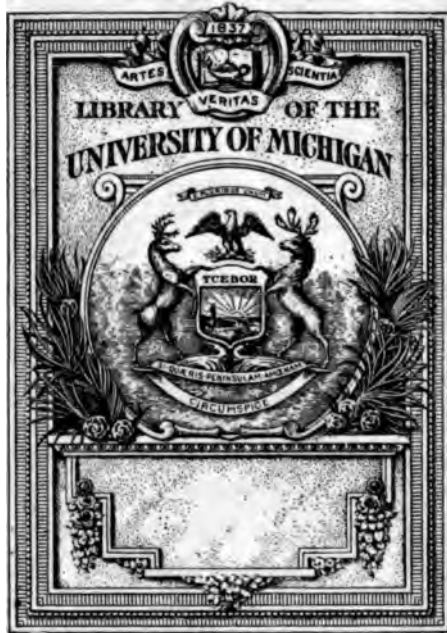
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

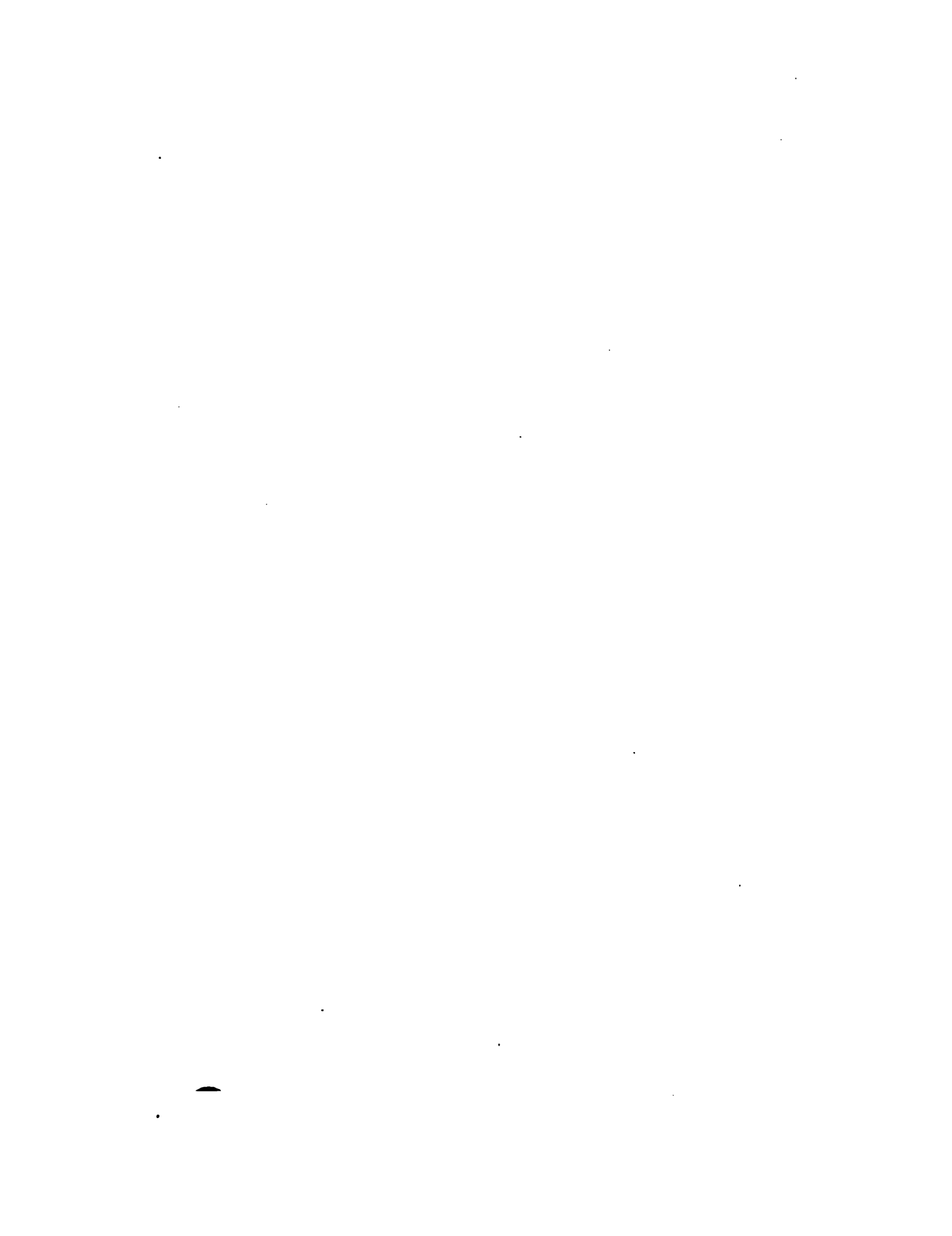
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



**B** 1,074,409



0  
394  
.57



# Das Staatsarchiv.

---

## Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart.

---

Herausgegeben

von

**Ludwig Karl Aegidi und Alfred Klauhold.**

---

**Sechster Band.**

1864. Januar bis Juni.

---

**HAMBURG.**

Otto Meissner.

1864.

100

## I. Inhaltsverzeichniss, nach den Gegenständen alphabetisch geordnet:

**Deutsch-dänische Frage.** (Vergl. Bd. I. No. 60--63; Bd. II. No. 235--250; Bd. III. No. 319--322, 412 und 413; Bd. V. No. 731--847, No. 902--915 und 917.)

1850.	Juli 4.	<b>Oesterreich, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Russland und Schweden.</b>	Londoner Conferenz-Protokoll . . . . .	997.
..	.. 4.	<b>Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Russland und Schweden.</b>	Erster Vertragsentwurf . . . . .	997. (Anl.)
..	.. (Ende)	<b>Preussen.</b>	Précis d'observations sur les inconvénients et dangers du projet de protocole agréé entre la Grande-Bretagne, la France et la Russie . . . . .	1025.
..	Aug. 2.	<b>Oesterreich, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Russland und Schweden.</b>	Londoner Conferenz-Protokoll . . . . .	998.
..	.. 2.	<b>Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Russland und Schweden.</b>	Veränderter Vertragsentwurf . . . . .	998. (Anl.)
..	.. 23.	<b>Oesterreich, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Russland und Schweden.</b>	Londoner Conferenz-Protokoll . . . . .	999.
1851.	Juni 5.	<b>Russland und Dänemark.</b>	Protokoll, betr. die Ordnung der Erbfolge in der dänischen Monarchie (Warschauer Protokoll.) . . . . .	1000.
..	Sept. 30.	<b>Preussen.</b>	Min. d. Ausw. a. d. kön. dänischen Ges. in Berlin, die Ordnung der dänischen Erbfolge betr. . . . .	1001.
1852.	April 28.	<b>Oesterreich, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland und Schweden.</b>	Londoner Conferenz-Protokoll . . . . .	1002.
..	Mai 8.	— — — — —	desgl. . . . .	1003.
..	.. 8.	— — — — —	Londoner Vertrag . . . . .	1004.
..	.. 8.	<b>Russland.</b>	Ges. in London an d. kön. dänischen Ges. das., Wiederholung der Vorbehalte des Warschauer Protokolls . . . . .	1005.
..	.. 24.	<b>Dänemark.</b>	Ges. in London a. d. kais. russ. Ges. das., Bestätigung der in der russ. Note vom 8. ausgesprochenen Vorbehalte . . . . .	1006.
..	Juni 7.	<b>Russland.</b>	Min. d. Ausw. a. d. kais. Ges. am grossherzogl. oldenburgischen Hofe, die Reservation der event. Successionsrechte des Hauses Oldenburg auf den dänischen Thron betr. . . . .	1012.
..	Sept. 9.	<b>Dänemark.</b>	Min. d. Ausw. gleichlautend a. d. kön. Gesandtschaften in Berlin, London, Paris, St. Petersburg, Stockholm und Wien, die Ausführung des Londoner Vertrags betr., nebst 4 Beil. . . . .	1007.
..	Nov. 11.	—	Ders. an dieselben, Anzeige von dem Abgange der Einladungsschreiben zum Beitritt zu dem Londoner Vertrag (Anmerkung. Datum der erfolgten Beitrittserklärungen) . . . . .	1008.



1852. Nov. 23. **Württemberg.** Min. d. Ausw. a. d. königl. dän. Min. No. d. Ausw., Beitrittserklärung zum Londoner Vertrag 1009.
- „ Dec. 9. **Sachsen (Königr.).** Min. d. Ausw. a. dens., Beitrittserklärung zum Londoner Vertrag unter Vorbehalt der eventuellen Successionsrechte auf Lauenburg . . . 1010.
- „ „ 10. **Oldenburg.** Min. d. Hauses und d. Ausw. a. d. kön. dän. Ges. in ausserord. Mission, Entsagung auf Successionsrechte . . . . . 1013.
- „ „ 10. — Ders. an dens., Begleitschreiben zur vorstehenden Note . . . . . 1014.
- „ „ 22. **Baiern.** Min. d. Ausw. a. d. kön. dän. Min. d. Ausw., Ablehnung des Beitritts zum Londoner Vertrag . . . 1018.
- „ „ 30. **Schleswig-Holstein-Augustenburg.** Acte über die mit dem Könige von Dänemark getroffene Vereinbarung, betr. die Cession der auf der Insel Alsen und dem Festlande des Herzogth. Schleswig belegenen herzogl. augustenburgischen Güter u. Besitzungen . . 1026.
- „ „ 31. **Sachsen-Weimar.** Min. d. Ausw. a. d. kön. dän. Min. d. Ausw., Ablehnung des Beitritts zum Londoner Vertrag unter Vorbehalt der Rechte auf Lauenburg . 1020.
1853. Jan. 8. **Dänemark.** Min. d. Ausw. a. d. kön. bayerischen Min. d. Ausw., Antwort auf No. 1018. . . . . 1019.
- „ „ 10. **Mecklenburg-Strelitz.** Min. d. Ausw. a. d. kön. dän. Ges. in ausserord. Mission, Ablehnung des Beitritts zu dem Londoner Vertrag. . . . . 1022.
- „ „ 13. **Mecklenburg-Schwerin.** Desgl. . . . . 1022. Anm.
- „ „ 24. **Grossherzogth. Hessen.** Min.-Präsid. a. d. kön. dän. Min. d. Ausw., desgl. . . . . 1023.
- „ „ 26. **Baden.** Min. d. Ausw. a. d. kön. dän. Min. d. Ausw., desgl. . . . . 1024.
- „ März 4. **Dänemark.** Min. d. Ausw. a. d. kön. sächs. Min. d. Ausw., Antwort auf dessen Note von 9/12 1852 (No. 1010) . . . . . 1011.
- „ „ 4. — Ders. a. d. grossherzogl. sächs. Min. d. Ausw., Antwort auf dessen Note vom 31/12 1852 (No. 1020). 1021.
- „ „ 24. **Schleswig-Holstein-Augustenburg.** Prinz Friedrich von Noer a. d. Präsid. des dänischen Reichstags, Wahrung seiner Successionsrechte. . . . . 1028.
- „ Mai. — Memoire d. Herzogs Christian über seine Theilnahme an der Erhebung der Herzogthümer Schleswig-Holstein im März 1848. . . . . 1027.
- „ Juni 29. **Oldenburg.** Min. d. Hauses u. d. Ausw. a. d. kön. dän. Gesandten, den Beitritt des Deutschen Bundes zu dem Londoner Vertrag betr. . . . . 1015.
1854. März 28. — Grossherzogs Nicolaus Friedrich Peter Entsagungsacte. 1016.
- „ „ 28. — Min. d. Hauses u. d. Ausw. a. d. kön. dän. Ges., die Successionsansprüche des Prinzen Elimar betr. . . 1017.
1859. Jan. 15. **Schleswig-Holstein-Augustenburg.** Erbprinz Friedrich Christian a. d. König von Dänemark, Wahrung seiner Successionsrechte. . . . . 1029.
1861. Febr. 2. **Oldenburg.** Der Grossherzog a. d. König von Dänemark, die Wiederherstellung des alten Rechtes der deutschen Herzogthümer u. die definitive Feststellung der neuen Thronfolgeordnung betr. . . . . 1030.

1863.	Jan.	22.	<b>Schweden.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in London, No. die Verhandlungen der holstein. Ständevers. betr. . . . .	1052.
„	„	28.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., Anzeige von dem Empfange der die Verhandlungen über den Vorschlag vom 24. Septbr. 1862 abschliessenden Depesche Lord Russell's von 21. Jan. 1863. (No. 832). . . . .	1049.
„	„	28.	— Ders. an dens., Bericht über die Vorlagen an die holsteinische Ständeversammlung. . . . .	1050.
„	Febr.	28.	— Geschäftstr. in Copenhagen an dens., Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in der holsteinischen Ständeversammlung. . . . .	1051.
„	März	5.	— Ders. an dens., die beabachtigte Beschwerde der holstein. Ständeversammlg. bei dem Deutschen Bunde betr. . . . .	1053.
„	„	11.	— Ders. an dens., Bericht über den Stand der holstein. Angelegenheit. . . . .	1054.
„	April	1.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in London, die Verordnung vom 30. März 1863 (No. 835) zur Regelung der holsteinischen Verhältnisse betr. . . . .	1055.
„	„	6.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Stockholm a. d. kön. Min. d. Ausw., Schwedens Ansicht über das Patent vom 30. März. . . . .	1058.
„	„	11.	— Ges. in Frankfurt an dens., Eindruck des Patents vom 30. März. . . . .	1056.
„	„	11.	— Botschafter in Berlin an dens., das Patent vom 30. März betr. (nebst Anl.) . . . . .	1057.
„	„	16.	— Botsch. in Wien an dens., desgl. . . . .	1059.
„	„	18.	— Botsch. in Berlin an dens., desgl. . . . .	1060.
„	„	18.	— Ges. in Frankfurt an dens., desgl. . . . .	1061.
„	„	23.	— Botsch. in Wien an dens., desgl. . . . .	1062.
„	„	29.	— Ges. in Copenhagen an dens., Bericht über die Lage der Dinge. . . . .	1063.
„	Mai	2.	— Ges. in Frankfurt an dens., den oldenburgischen Antrag (No. 841) betr. . . . .	1064.
„	„	7.	— Botsch. in Wien an dens., die Stellung Oesterreichs zur neuesten Wendung der deutsch-dänischen Frage. . . . .	1065.
„	„	8.	— Geschäftstr. in Hamburg an dens., Unterredung mit Baron Blome. . . . .	1066.
„	„	9.	— Ges. in Frankfurt an dens., muthmasslicher Gang der Verhandlungen beim Bundestage. . . . .	1067.
„	„	22.	— Ders. an dens., den Gang der Verhandlungen beim Bundestage betr. . . . .	1068.
„	„	23.	— Botsch. in Berlin an dens., den Gang der Ereignisse betr. . . . .	1069.
„	„	26.	— Ges. in München an dens., Unterredung mit dem bayerischen Min. d. Ausw. . . . .	1073.
„	„	27.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botschaft. in Wien (und gleichmässig nach Berlin), Rath zur Mässigung . . . . .	1070.
„	„	30.	— Ges. in Frankfurt a. d. kön. Min. d. Ausw., die Stellung des Nationalvereins zur deutsch-dänischen Frage . . . . .	1071.
„	„	30.	— Ders. an dens., Unterredung mit dem Bundes-Präsidenten in Veranlassung der englischen Depesche vom 27. Mai . . . . .	1072.

1863.	Mai 30.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Berlin an dens., Unterred. mit dem preuss. Minister-Präsidenten aus Anlass der englischen Depesche vom 27. Mai . . . . .	No. 1074.
	„ Juni 2.	— Botsch. in Wien an dens., Unterredung mit dem Grafen Rechberg dieselbe Dep. betr. . . . .	1075.
	„ „ 9.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Frankfurt, die Behandlung der schleswigschen Frage durch den Bund betr. . . . .	1076.
	„ „ 10.	— Geschäftstr. in Hamburg a. d. kön. Min. d. Ausw., Adressen aus Holstein an den Grossherzog von Oldenburg . . . . .	1077.
	„ „ 12.	— Geschäftstr. in Frankfurt an dens., Unterredung mit dem Bundes-Präsidenten in Veranlassung der engl. Dep. vom 9. Juni . . . . .	1078.
	„ „ 19.	— Ders. an dens., die Verhandlung am Bundestage betr. . . . .	1079.
	„ Juli 19.	<b>Schweden.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in London, die Gefahren der deutsch-dänischen Verwicklung betr.	1080.
	„ „ 22.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., Bericht über den Gang der Verhandlungen mit Deutschland . . . . .	1081.
	„ „ 23.	— Ders. an den, Bericht über den Verlauf der schleswigschen Ständeversammlung . . . . .	1082.
	„ „ 24.	— Ges. in Stockholm an dens., schwedische Rathschläge für Dänemark . . . . .	1085.
	„ „ 25.	— Ges. in Hannover an dens., Ansicht des Grafen Platen von der Lage . . . . .	1083.
	„ „ 31.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien, wiederholter Vorschlag zur Trennung der schleswigschen Frage von der holsteinischen . . . . .	1084.
	„ „ 31.	— Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., die Absicht Dänemarks in Betreff des Vorgehens Deutschlands . . . . .	1086.
	„ „ 31.	— Botsch. in Paris an dens., französische Rathschläge in Frankfurt, Wien u. Berlin . . . . .	1087.
	„ Aug. 1.	— Ders. an dens., französische Billigung der englischen Dep. nach Wien vom 31. Juli . . . . .	1088.
	„ „ 6.	— Botsch. in Wien an dens., Unterredung mit dem Grafen Rechberg in Veranlassung der Depesche vom 31. Juli . . . . .	1089.
	„ „ 29.	— Geschäftstr. in Berlin an dens., Unterredung mit dem preussischen Unterstaatssecr. d. Ausw. in Veranlassung der Dep. vom 31. Juli . . . . .	1090.
	„ „ 31.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Geschäftstr. in Berlin, Unterredung mit d. preuss. Geschäftstr. in London . . . . .	1091.
	„ Sept. 3.	— Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., den Besuch des Grafen Manderström in Copenhagen und die von ihm ertheilten Rathschläge betr. . . . .	1092.
	„ „ 3.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in London, die Stellung Dänemarks zu den Forderungen Deutschlands betr. . . . .	1095.
	„ „ 4.	<b>Grossbritannien.</b> Geschäftstr. in Berlin an den kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit d. preuss. Unterstaatssecr. in Veranlassung der jüngsten engl. Depesche . . . . .	1093.

1863. Sept.	6.	<b>Grossbritannien.</b> Botschaft. in Paris a. d. kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit dem franz. Min. d. Ausw. in Veranlassung der engl. Dep. nach Berlin vom 31. August . . . . .	No. 1094.
„	„	10. — Botschaft. in Wien an dens., dieselbe Depesche betr.	1096.
„	„	11. <b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Geschäftstr. in London, die rechtliche Natur des Streites zwischen Dänemark und Deutschland betr. . . . .	1097.
„	„	12. <b>Russland.</b> Min. d. Ausw. a. d. kais. Botschaft. in London, Ansicht Russlands über die Natur des deutsch-dänischen Streites . . . . .	1100.
„	„	12. — Ders. a. d. kais. Ges. in Copenhagen, Mahnung zur richtigen Behandlung des Streites mit Deutschland Seitens des dänischen Cabinets . . . . .	1101.
„	„	16. <b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Geschäftstr. in Paris, Vorschlag zu einem gemeinsamen Schritt zur Abwendung von Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark . . . . .	1098.
„	„	17. <b>Oesterreich.</b> Min. d. Ausw. a. d. kais. Geschäftstr. in London, Rechtfertigung des deutschen Standpunkts in Behandlung des Streites mit Dänemark . . . . .	1102.
„	„	18. <b>Grossbritannien.</b> Geschäftstr. in Paris a. d. kön. Min. d. Ausw., Bedenken des französ. Ministers gegen d. englischen Vorschlag (No. 1098) vom 16. Sept. . . . .	1099.
„	„	25. — Min. d. Ausw. a. d. kön. schwedischen Ges. in London, Präcisirung des Standpunkts Englands zu dem deutsch-dänischen Streite . . . . .	1103.
„	„	25. — Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Ausw., das Bevorstehen der Execution in Holstein betr. . . . .	1104.
„	„	25. — Geschäftstr. in Hamburg an dens., die Zulässigkeit einer Blockade der deutschen Häfen im Falle der Execution in Holstein betr. . . . .	1105.
„	„	28. <b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. an d. kön. Ges. in London, den Bundes-Ausschuss-Bericht vom 19. September (No. 908) betr. . . . .	1109.
„	„	30. <b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botschaft. in Wien (und Berlin), Mittheilung einer an den Ges. in Frankfurt gerichteten Depesche . . . . .	1106.
„	„	30. — Derselbe an dieselb., Erinnerung an die bestehenden Verträge . . . . .	1107.
„	„	30. — Ders. a. d. kön. Botsch. in Berlin, Empfehlung, dass der Bund Aufklärungen von Dänemark fordere . . . . .	1108.
„	Oct.	1. — Ges. in Copenhagen an den kön. Min. d. Ausw., Anzeige von dem Einbringen eines neuen Verfassungsentwurfs für Dänemark und Schleswig bei dem dänischen Reichsrath . . . . .	1110.
„	„	3. — Botschafter in Berlin an dens., Unterredung mit dem preuss. Unterstaatssecretär in Veranlassung der neuesten englischen Eröffnungen . . . . .	1111.
„	„	3. — Ges. in Frankfurt an dens., die Motive der badischen Abstimmung vom 1. October . . . . .	1112.
„	„	7. — Min. d. Ausw. an den kön. Geschäftsträger in Hamburg, Antwort auf den Bericht vom 25. Sept., eine eventuelle Blockade betr. . . . .	1113.

1863.	Oct.	8.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Wien an den kön. Min. No. d. Ausw., Auslassung des Grafen Rechberg über die englische Dep. vom 30. September . . . . .	1115.
„	„	8.	— Ders. an dens., desgleichen . . . . .	1116.
„	„	10.	— Botschaft. in Berlin an dens., Aeusserung des Herrn v. Bismarck über dieselbe Depesche . . . . .	1114.
„	„	10.	— Ges. in Hannover an dens., Unterredung mit Herrn Zimmermann über die bevorstehende Execution . . . . .	1117.
„	„	13.	— Min. d. Ausw. an den königl. Ges. in Copenhagen, Mahnung an Dänemark zur Nachgiebigkeit gegen d. Deutschen Bund . . . . .	1118.
„	„	13.	— Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., Tendenz und Gefahren des Verfassungsentwurfs . . . . .	1120.
„	„	14.	— Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in Frankfurt, Abmahnung von der Execution . . . . .	1119.
„	„	14.	— Ges. in Copenhagen an den kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit Herrn Hall über Modification des Patents vom 30. März . . . . .	1121.
„	„	15.	— Ders. an dens., Geneigtheit Dänemarks zur Nachgiebigkeit gegen den Deutschen Bund . . . . .	1122.
„	„	17.	— Botsch. in Berlin an dens., Unterredung mit Herrn von Bismarck, betr. Abwendung der Execution . . . . .	1123.
„	„	17.	— Ders. an dens., Auslassung des Herrn von Bismarck über die engl. Dep. nach Frankfurt vom 14. October . . . . .	1124.
„	„	19.	— Ges. in Hannover an dens., Mittheilung der engl. Dep. vom 27. Mai (No. 1070) an die Höfe von Hannover, Braunschweig und Oldenburg . . . . .	1127.
„	„	20.	— Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in Copenhagen, die Trennung der holstein-lauenburgischen Frage von der schleswigschen betr. . . . .	1125.
„	„	20.	— Botsch. in Berlin an den kön. Min. d. Ausw., Verhandlung wegen Zurücknahme des Patents vom 30. März . . . . .	1128.
„	„	21.	— Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in Frankfurt, Aussicht zur Beilegung der deutsch-dän. Differenz . . . . .	1126.
„	„	22.	— Ders. an den kön. Botsch. in Berlin, Verschiedenheit der holsteinischen Frage von der schleswigschen . . . . .	1129.
„	„	22.	— Ders. an den kön. Ges. in Copenhagen, Empfehlung der Zurücknahme des Patents vom 31. März . . . . .	1130.
„	„	22.	— Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., Hall's Memorandum über die Modification des Patents vom 31. März . . . . .	1131.
„	„	22.	— Botschaft. in Wien an dens., Auslassung des Grafen Rechberg über die engl. Dep. nach Frankfurt vom 14. October . . . . .	1132.
„	„	23.	— Botsch. in Berlin an dens., Auslassung des Herrn v. Bismarck über die englische Depesche nach Frankfurt vom 21. October . . . . .	1133.
„	„	23.	<b>Oldenburg.</b> Min. d. Ausw. an den kön. grossbr. Ges., Antwort auf die von dem Ges. mitgetheilte engl. Dep. nach Wien und Berlin vom 27. Mai . . . . .	1135.
„	„	24.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit Herrn v. Bismarck, betr. die Antwort Dänemarks an den Bund . . . . .	1134.

1863.	Oct. 26.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Copenhagen an dens, Antwort Dänemarks auf den Bundesbeschluss v. 1. Oct.	No. 1139.
„	„ 27.	— Botschaft. in Paris an dens., Friedliche Rathschläge Frankreichs an Dänemark . . . . .	1136.
„	„ 28.	— Min. d. Ausw. an d. kön. Botsch. in Berlin, Gründe der Einmischung Englands in den deutsch-dänischen Streit . . . . .	1137.
„	„ 28.	— Ders. a. d. kön. Ges. in Copenhagen, die von Dänemark zu Deutschland einzunehmende Haltung betr. . . . .	1138.
„	„ 28.	— Ges. in Hannover an d. kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit dem Grafen Platen, betr. eine Vermittlung zwischen Deutschland und Dänemark . . . . .	1140.
„	„ 29.	— Ges. in Copenhagen an dens., Empfehlung, dass Dänemark sich zur Annahme fremder Vermittlung bereit erkläre . . . . .	1142.
„	„ 29.	— Ders. an dens., Unterredung mit Herrn Hall in Betreff des holsteinischen Normalbudgets . . . . .	1143.
„	„ 30.	— Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in Frankfurt, Vorschlag zur Ordnung der finanziellen Angelegenheiten Holsteins . . . . .	1141.
„	„ 30.	— Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., Verhandlung mit Herrn v. Bismarck in Betreff des holsteinischen Normalbudgets . . . . .	1144.
„	„ 30.	— Ges. in Frankfurt an dens., Eindruck der dänischen Erklärung vom 29. October . . . . .	1146.
„	„ 31.	— Geschäftstr. in Hamburg an dens., den Verfassungsentwurf für Dänemark und Schleswig betr. . . . .	1145.
„	„ 31.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Aus. a. d. kön. Ges. in Berlin, Geneigtheit, das Bewilligungsrecht der holsteinischen Stände auf das Normalbudget auszudehnen . . . . .	1147.
„	Nov. 5.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., Wunsch des Herrn v. Bismarck, dass England dem Deutschen Bunde seine Vermittlung anbiete.	1148.
„	„ 7.	— Ders. an dens., Fortgang der Verhandlungen zwischen Berlin und Copenhagen behufs Herbeiführung einer Verständigung. . . . .	1149.
„	„ 9.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Berlin, Ablehnung, die Vermittlung Englands anzubieten. . . . .	1150.
„	„ 9.	— Ges. in Frankfurt a. d. kön. Min. d. Ausw., Stimmung der Bundesversammlung bezüglich der dänischen Vorschläge. . . . .	1151.
„	„ 9.	— Ges. in Stockholm an dens., das angebliche Bündniss zwischen Schweden u. Dänemark betr. . . . .	1154.
„	„ 11.	— Ges. in Copenhagen an dens., weitere Verhandlungen wegen der dänischen Erklärung vom Deutschen Bunde	1155.
„	„ 12.	— Botsch. in Wien an dens., Scheitern des preuss. Versuchs zur Beilegung des deutsch-dänischen Streits.	1156.
„	„ 12.	— Ders. an dens., Unvermeidlichkeit der Bundesexecution. . . . .	1157.
„	„ 13.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. im Berlin, weitere Begründung der Ablehnung, Englands Vermittelung anzubieten. . . . .	1152.
„	„ 13.	— Ges. in Frankfurt a. d. kön. Min. d. Ausw., Behandlung der dänischen Vorschläge am Bunde. . . . .	1153.

- |       |      |     |  |     |               |
|-------|------|-----|--|-----|---------------|
| 1863. | Nov. | 13. | <b>Grossbritannien.</b> Ges. in Hannover an dens., Unterredung mit dem Grafen Platen, betr. die Bestrebungen Dänemarks, Schleswig zu incorporiren . . . . .  | No. | 1159.         |
| „     | „    | 14. | — Botsch. in Berlin an dens., Unterredung mit Herrn v. Bismarck, betr. die angebliche Veränderung der preuss. Politik; Gefahr des Zustandekommens der Verfassung für Dänemark und Schleswig. . . . . |     | 1158.         |
| „     | „    | 16. | <b>Dänemark.</b> Offener Brief, betr. die Thronbesteigung König Christian des Neunten. . . . .   |     | 1031.         |
| „     | „    | 16. | <b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Verzichtsurkunde des Herzogs Christian August auf die Succession in die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu Gunsten des Erbprinzen Friedrich. . . . .     |     | 1033.(Anl.1.) |
| „     | „    | 16. | — Notification des Regierungsantritts des Herzogs Friedrich VIII. in den Herzogthümern Schleswig und Holstein. . . . .   |     | 1033.(Anl.2.) |
| „     | „    | 16. | — Vollmacht für den grossherzoglich-badischen Geheimen Rath und Bundestags-Gesandten Robert von Mohl als herzoglichen Bundestags-Gesandten für die holsteinische Stimme. . . . .                     |     | 1033.(Anl.3.) |
| „     | „    | 16. | — Regierungsantritts-Proclamation des Herzogs Friedrich. . . . .   |     | 1160.         |
| „     | „    | 16. | <b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (u. gleichlautend nach Berlin), Erwartung des Aufschubs der Execution aus Veranlassung des Todes Königs Friedrich VII. . . . .      |     | 1161.         |
| „     | „    | 17. | <b>Oldenburg.</b> Min. d. Hauses u. d. Ausw. a. d. kön. dän. Min. d. Ausw., Protest gegen Christian IX. . . . .  |     | 1033.(Anl.4.) |
| „     | „    | 17. | <b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Copenhagen, Rätlichkeit, den Abschluss der Verfassung für Dänemark und Schleswig hinauszuschieben . . . . .                                 |     | 1162.         |
| „     | „    | 17. | — Ges. in Frankfurt a. d. kön. Min. d. Ausw., bevorstehende Verwicklungen in Folge des Todes des Königs von Dänemark. . . . .  |     | 1164.         |
| „     | „    | 18. | <b>Dänemark.</b> Grundgesetz für die gemeinschaftl. Angelegenheiten des Königreichs Dänemark und des Herzogthums Schleswig. . . . .  |     | 1032.         |
| „     | „    | 18. | <b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Berlin, Bereiterklärung zur Vermittelung zwischen Deutschland und Dänemark. . . . .  |     | 1163.         |
| „     | „    | 18. | — Botsch. in Wien. a. d. kön. Min. d. Ausw., Hoffnung einer günstigen Wendung der deutsch-dänischen Frage in Folge des Todes des Königs von Dänemark . . . . .                                       |     | 1165.         |
| „     | „    | 18. | — Ges. in Hannover an dens., Ansicht des Grafen Platen über die Lage und den Londoner Vertrag. . . . .   |     | 1166.         |
| „     | „    | 18. | — Ges. in Copenhagen an dens., Vorgänge in Copenhagen u. Unterzeichnung der neuen Verfassung. . . . .  |     | 1168.         |
| „     | „    | 18. | — Ders. an dens., Preussens Remonstration gegen die neue Verfassung. . . . .   |     | 1169.         |
| „     | „    | 18. | — Geschäftstr. in Carlsruhe a. d. kön. Ges. in Stuttgart, Ansicht der badischen Regierung über die neueste Wendung. . . . .  |     | 1180.         |



1863.	Nov.	19.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Copenhagen an d. kön. Min. des Ausw., Unterhaltung mit den Gesandten von Oesterreich und Preussen in Betreff der neuen Verfassung . . . . .	1170.
„	„	19.	— Ders. an dens., Vorgänge in Holstein in Veranlassung des Thronwechsels . . . . .	1171.
„	„	19.	— Ders. an dens., das englische Vermittelungs-erbieten betr. . . . .	1172.
„	„	19.	— Botsch. in Wien an dens., Ansicht des Grafen Rechberg von der Lage . . . . .	1173.
„	„	19.	— Botsch. in Berlin an dens., die Vorgänge der letzten Tage und das englische Vermittelungs-erbieten betr. . . . .	1174.
„	„	20.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Copenhagen, Bedauern der Sanction der neuen Verfassung . . . . .	1167.
„	„	20.	— Ges. in Frankfurt a. d. kön. Min. d. Ausw., die Ereignisse der letzten Tage betr. . . . .	1176.
„	„	20.	— Ges. in Hannover an dens., Ansichten des Grafen Platen von der Lage . . . . .	1181.
„	„	20.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. grossbritannischen Ges. in Copenhagen, das englische Vermittelungs-erbieten betr. . . . .	1187.
„	„	20.	<b>Grossbritannien.</b> Botschafter in St. Petersburg a. d. kön. Min. d. Ausw., des Fürsten Gortschakow's Ansicht von dem Ernst der Lage . . . . .	1189.
„	„	20.	<b>Schweden.</b> Min. d. Ausw. an die Gesandten bei den Mitunterzeichnern des Londoner Vertrags, Vorschlag zur Verständigung über gemeinsames Vorgehn . . . . .	1196.
„	„	20.	<b>Dänemark.</b> Min. des Ausw. an den königl. Gesandten in London, Gründe für die Sanction der neuen Verfassung . . . . .	1223.
„	„	21.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 37te Sitzung (der dänische Thronwechsel, Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer, Erbfolge, Proteste) . . . . .	1033.
„	„	21.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., Weiteres über das englische Vermittelungs-erbieten . . . . .	1175.
„	„	21.	— Ges. in Frankfurt an dens., Verhältniss d. Deutschen Bundes zum Londoner Vertrag . . . . .	1177.
„	„	21.	— Ders. an dens., das englische Vermittelungs-erbieten betr. . . . .	1178.
„	„	21.	— Ges. in Dresden an dens., Stellung Sachsens zu dem Londoner Verträge . . . . .	1179.
„	„	23.	— Min. d. Ausw. an den kön. Botsch. in Wien (u. gleichmässig nach Berlin, Dresden, Hannover, Stuttgart, Copenhagen und Frankfurt), den Londoner Vertrag betr. . . . .	1182.
„	„	23.	— Ders. an dens. (u. nach Berlin), Rathschläge, die dermalige Behandlung der deutsch-dänischen Angelegenheit betr. . . . .	1183.
„	„	23.	— Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Ausw., Nothwendigkeit der Execution zur Abwendung der Volksaufregung in Deutschland . . . . .	1184.
„	„	23.	— Ders. an dens., Hannovers Haltung zu den Volksbestrebungen . . . . .	1185.

1863. Nov. 23. **Grossbritannien.** Geschäftstr. in Hamburg an dens., No. die Stimmung in Holstein u. im nördlichen Deutschland . . . . . 1186.
- „ „ 23. — Botsch. in Berlin an dens., Unterredung mit Herrn v. Bismarck, betr. den Zusammenhang des Londoner Vertrags mit den von Dänemark bei dem Friedensschluss übernommenen Verpflichtungen . . . . . 1190.
- „ „ 23. — Ges. in München an dens., die Stellung Baierns zu dem Londoner Vertrag . . . . . 1197.
- „ „ 23. — Ges. in Stuttgart an dens., die Stellung Württembergs zu dem Londoner Vertrag . . . . . 1198.
- „ „ 24. — Botsch. in Berlin an dens., Mittheilung des Inhalts der engl. Dep. vom 23. Nov. an H. v. Bismarck . . . . . 1191.
- „ „ 24. — Botsch. in St. Petersburg an dens., russische Ansicht über die Behandlung des deutsch-dänischen Streites . . . . . 1201.
- „ „ 25. — Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in Copenhagen, Rath, das Patent vom 30. März zurückzunehmen . . . . . 1188.
- „ „ 25. — Ges. in Frankfurt an den kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit Herrn v. d. Pfordten . . . . . 1199.
- „ „ 25. — Ges. in Copenhagen an dens., das angebliche Bündniss zwischen Schweden und Dänemark betr. . . . . 1202.
- „ „ 25. — Ders. an dens., die Haltung Dänemarks im Falle der Execution . . . . . 1203.
- „ „ 26. **Schleswig-Holstein-Augustenburg.** Departementschef d. Ausw. a. d. kön. dän. Min. d. Ausw., Aufforderung zur Räumung der Herzogthümer von dänisch. Truppen . . . . . 1192.
- „ „ 26. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. a. den kön. Botsch. in Wien (und gleichmässig nach Berlin), Rath, die Execution aufzuschieben . . . . . 1193.
- „ „ 26. — Ders. an dens., Empfehlung eines russischen Vorschlags gemeinsamer Vorstellung in Copenhagen . . . . . 1194.
- „ „ 26. **Dänemark.** Ges. in London an den kön. grossbr. Min. d. Ausw., Mittheilung der neuen Verfassung . . . . . 1195.
- „ „ 26. **Grossbritannien.** Ges. in Hannover an d. kön. Min. d. Ausw., Stellung Hannovers zu dem Lond. Vertr. . . . . 1200.
- „ „ 26. — Ges. in Copenhagen an dens., die Zurücknahme des Patents vom 30. März betr. . . . . 1204.
- „ „ 26. — Ders. an dens., die neue Verfassung betr. . . . . 1205.
- „ „ 26. — Ders. an dens., Verhandlung mit Baron Plessen wegen Uebernahme des Ministeriums für Holstein . . . . . 1206.
- „ „ 26. **Dänemark.** Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in London, Anrufung der Hülfe Englands zur Aufrechthaltung des Londoner Vertrags . . . . . 1207.
- „ „ 26. **Grossbritannien.** Botsch. in Wien an den kön. Min. d. Ausw., Oesterreichs Festhalten an dem Londoner Vertrag . . . . . 1208.
- „ „ 26. — Ders. an dens., Räthlichkeit sofortiger Ausführung der Execution . . . . . 1209.
- „ „ 26. — Ges. in München an dens., die öffentliche Stimmung in Betreff Schleswig-Holsteins . . . . . 1210.
- „ „ 27. — Ges. in Frankfurt an dens., Stimmung d. deutschen Mächte in Bezug auf das englische Vermittelungs-  
bieten . . . . . 1211.

1863.	Nov.	27.	<b>Grossbritannien.</b> Geschäftstr. in Carlsruhe a. d. kön. No. Ges. in Stuttgart, Unterredung mit dem Freiherrn von Roggenbach über die Lage . . . . .	1228.
„	„	28.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 38te Sitzung (die Vertretung Dänemarks in der Bundesversammlung)	1034.
„	„	28.	— 39te Sitzung (Nichtzulassung eines kön. dän. Abgesandten, die Execution, die Erbfolge in Lauenburg, Suspendirung der holstein-lauenburgischen Stimme) . . . . .	1035.
„	„	28.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Berlin an den kön. Min. d. Ausw., Verhandlung mit Herrn von Bismarck über zu thuende Schritte . . . . .	1212.
„	„	28.	— Ders. an dens., bevorstehende Ankunft eines dän. Abgesandten zur Notification des Regierungsantritts	1213.
„	„	28.	— Ges. in Hannover an dens., Stellung der Regierung in Bezug auf zu bildende Freicorps . . . . .	1214.
„	„	28.	— Ders. an dens., hannoversche Abstimmungen in der Bundesversammlung . . . . .	1215.
„	„	28.	— Ders. an dens., Vorgänge in Deutschland . . . . .	1216.
„	„	30.	— Ges. in Frankfurt an dens., die Vorgänge in der Bundesversammlung betr. . . . .	1219.
„	„	30.	— Ges. in Hannover an dens., Sendung des Prinzen Christian von Augustenburg und sonstige Vorgänge	1220.
„	„	30.	— Ges. in Dresden an dens., Stellung Sachsens zu dem Londoner Vertrag . . . . .	1221.
„	„	30.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in London, den Ausschluss des dänischen Gesandten von der Bundesversammlung betreffend . . . . .	1226.
„	Dec.	1.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Berlin, Englands Festhalten an dem Londoner Vertrage . . . . .	1217.
„	„	1.	— Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Ausw., Stellung Braunschweigs zu dem Londoner Vertrage . . . . .	1224.
„	„	1.	— Ges. in Frankfurt an dens., dänischer Protest gegen den Ausschluss von der Bundesversammlung . . . . .	1225.
„	„	1.	— Botsch. in Petersburg an dens., Unterredung mit dem Fürsten Gortschakow über die Lage . . . . .	1227.
„	„	2.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Hannover, Billigung der hannoverschen Politik . . . . .	1218.
„	„	2.	— Ders. a. d. kön. Botschafter in St. Petersburg, Unterredung mit Baron Brunnow über die Lage . . . . .	1222.
„	„	2.	— Geschäftstr. im Haag a. d. kön. Min. d. Ausw., Stellung Luxemburgs zu dem Londoner Vertrage . . . . .	1229.
„	„	2.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg,</b> Schreiben Herzog Friedrichs an den Kaiser der Franzosen . . . . .	1236.
„	„	2.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., Zurücknahme des Patents vom 30. März betr. . . . .	1244.
„	„	2.	— Ders. an dens., allgemeine Betrachtungen über die Lage . . . . .	1245.
„	„	3.	— Botsch. in Wien an dens., Unterredung mit dem Grafen Rechberg, die Execution und die Zurücknahme des Patents vom 30. März betr. . . . .	1232.
„	„	4.	<b>Dänemark.</b> Proclamation des Königs an die Holsteiner	1234.

1863. Dec. 4. **Grossbritannien.** Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. No. Ausw., die Mission des Lord Wodehouse betr. . . . . 1241.
- „ „ 4. — Geschäftstr. in Carlsruhe a. d. kön. Ges. in Stuttgart, deutsche Rechtsansicht von d. Londoner Vertrag 1246.
- „ „ 5. **Oesterreich und Preussen.** Identische Noten der bei den deutschen Höfen beglaubigten Vertreter an die betreffenden Ministerien, die Abstimmung am Bunde über den Executionsantrag betr. . . . . 1230.
- „ „ 5. **Grossbritannien.** Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Auswärtigen, die identischen Noten Oesterreichs und Preussens betr. . . . . 1231.
- „ „ 5. — Botsch. in Berlin an dens., Unterredung mit Herrn v. Bismarck, die Execution betr. . . . . 1233.
- „ „ 5. **Schleswig-Holstein-Augustenburg.** Verordnung, die Aufnahme einer Staatsanleihe betr. . . . . 1235.
- „ „ 5. **Grossbritannien.** Botschaft. in Berlin an den kön. Min. d. Ausw., die Mission des Herrn Irminger betr. 1242.
- „ „ 6. — Ges. in Hannover an dens., Hannovers Haltung in Bezug auf die identischen Noten Oesterreichs und Preussens . . . . . 1247.
- „ „ 6. — Botsch. in Berlin an dens., voraussichtliches Nichtgenügen der Zurücknahme des Patents vom 30. März u. Möglichkeit weiterer Nachgiebigkeit Seitens Dänemarks . . . . . 1248.
- „ „ 6. **Braunschweig.** Min. d. Ausw. an die Gesandtschaften Oesterreichs und Preussens, Erwiderung auf die identischen Noten vom 5. December . . . . . 1276.
- „ „ 7. **Deutsche Bundesversammlung.** 40te Sitzung (Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein u. Lauenburg, Erbfolgerecht a. d. Herzogth. Lauenburg) 1036.
- „ „ 7. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien, Zurücknahme des Patents vom 30. März . . . . . 1243.
- „ „ 8. — Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Ausw., die hannoversche Abstimmung am Bunde, Unvermeidlichkeit der Execution . . . . . 1252.
- „ „ 8. — Ges. in Frankfurt an dens., die Abstimmung in der Bundesversammlung vom 7. Dec. . . . . 1253.
- „ „ 9. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (u. ähnlich nach Berlin), österreichischer Vorschlag bezüglich des Vorgehens in Copenhagen . . . . . 1249.
- „ „ 9. — Ders. an den kön. Ges. in Copenhagen, Abmahnung vom Widerstand gegen die Execution . . . . . 1250.
- „ „ 9. — Ders. an den in besonderer Mission nach Copenhagen gesandten Lord Wodehouse, Instruction . . . . . 1251.
- „ „ 9. — Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit Herrn Hall, betr. Zurücknahme des Patents vom 30. März . . . . . 1255.
- „ „ 10. **Frankreich.** Antwort des Kaisers an den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein (vgl. No. 1236) . . . . . 1237.
- „ „ 10. **Schleswig - Holstein - Augustenburg.** Proclamation des Herzogs Friedrich an das Land . . . . . 1238.
- „ „ 10. **Grossbritannien.** Botsch. in Wien an den kön. Min. d. Ausw., Nichtempfang des Herrn Irminger durch den Kaiser . . . . . 1256.

1863. Dec. 10.	<b>Grossbritannien.</b> Derselbe an dens., die Execution betreffend . . . . .	No. 1257.
„ „ 10.	— Botsch. in Berlin an dens., Unterredung mit Herrn v. Bismarck über die Grundlage einer Ausgleichung mit Dänemark . . . . .	1258.
„ „ 10.	— Ders. an dens., Modalitäten der Execution . . . . .	1259.
„ „ 10.	— Ges. in Copenhagen an dens., Verhandlung mit Herrn Hall, betr. das widerstandlose Geschehenlassen der Execution . . . . .	1260.
„ „ 11.	— Botsch. in Paris an dens., Generals Fleury Sendung nach Copenhagen . . . . .	1261.
„ „ 11.	<b>Oldenburg.</b> Min. d. Ausw. an die grossherzogl. Gesandtschaft in Berlin (und gleichmässig nach Wien), Erwiderung auf die identischen Noten vom 5. Decbr. . . . .	1277.
„ „ 12.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Herzog Friedrich an die Könige von Baiern, Sachsen, Württemberg, Hannover und den Grossherzog von Hessen, Vorbereitung zur Bildung eines Heeres . . . . .	1239.
„ „ 12.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (und gleichmässig nach Berlin), Voraussetzung, unter welcher Dänemark der Execution keinen Widerstand entgegensetzen wird . . . . .	1254.
„ „ 12.	— Ges. in Frankfurt a. d. kön. Min. d. Ausw., die öffentliche Stimmung in Deutschland. . . . .	1262.
„ „ 12.	— Lord Wodehouse an dens., Unterredung mit Herrn v. Bismarck über die Mittel der Ausgleichung der Differenz mit Dänemark: . . . . .	1264.
„ „ 13.	— Ders. an dens., Zutritt des österreichischen Gesandten zu dem preuss. Memorandum. . . . .	1265.
„ „ 14.	— <b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 41te Sitzung (Verfassungsangeleg. d. Herzogthümer Holstein u. Lauenburg) . . . . .	1037.
„ „ 14.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Departementschef d. Ausw. an die Ministerien d. Ausw. in Dresden, Weimar, Altenburg, Gotha, Schwerin, Neustrelitz und Dessau, die Regierungsnachfolge in Lauenburg betr. . . . .	1240.
„ „ 14.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Frankfurt, Incompetenz der Bundesversammlung zur Entscheidung der Thronfolgefrage in Holstein. . . . .	1263.
„ „ 14.	— Botsch. in Paris a. d. kön. Min. d. Ausw., die Instruction für Lord Wodehouse und die Sendung Generals Fleury betr. . . . .	1266.
„ „ 14.	— Botsch. in Berlin an dens., ungenügender Erfolg der Mission von Lord Wodehouse. . . . .	1272.
„ „ 15.	<b>Sachsen (Königr.).</b> Min. d. Ausw. an die Gesandten Oesterreichs und Preussens in Dresden, Antwort auf die identischen Noten vom 5. Decbr. . . . .	1278.
„ „ 15.	<b>Dänemark.</b> Königlicher Aufruf an die beurlaubten Soldaten in Holstein, sich bei der Fahne zu stellen. . . . .	1300.
„ „ 16.	<b>Grossbritannien.</b> Lord Wodehouse a. d. kön. Min. d. Ausw., Ankunft in Copenhagen u. erste Unterredung mit Herrn Hall. . . . .	1269.
„ „ 16.	— Ders. an dens., Unvermeidlichkeit der Execution. . . . .	1270.

1863. Dec. 16. **Grossbritannien.** Botsch. in Berlin an dens., Herrn No. von Bismarck's Ansicht über die Zweckmässigkeit von Conferenzen . . . . . 1273.
- „ „ 17. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Berlin (u. gleichmässig nach Wien), Verbindlichkeit des Londoner Vertrags trotz etwaiger Nichterfüllung von Verpflichtungen Seitens Dänemarks . . . . . 1267.
- „ „ 17. — Ders. an Lord Wodehouse, die Vertragswidrigkeit der neuen dänischen Verfassung . . . . . 1268.
- „ „ 17. **Baiern.** Handschreiben des Königs an d. Staatsmin. Freih. v. Schrenck, Anerkennung, der Augustenburgischen Erbansprüche . . . . . 1283.
- „ „ 17. **Grossbritannien.** Ges. in München a. d. kön. Min. d. Ausw., Baierns Politik. . . . . 1284.
- „ „ 18. **Preussen.** Adresse des Hauses der Abgeordneten, die Politik der Regierung in der schleswig-holstein. Frage betr. . . . . 989.
- „ „ 18. **Grossbritannien.** Ges. in Frankfurt a. d. kön. Min. d. Ausw., vermuthliche Reise des Herzogs Friedrich nach Holstein . . . . . 1275.
- „ „ 18. — Botsch. in St. Petersburg an dens., russische Ablehnung einer officiellen Notification von dem Herzog Friedrich . . . . . 1291.
- „ „ 19. — Botsch. in Berlin an dens., Missstimmung in Deutschland über die Politik Oesterreichs und Preussens . . . . . 1274.
- „ „ 19. **Grossherzogthum Hessen.** Min. d. Ausw. an die Ges. Oesterreichs u. Preussens, Erwiderung auf die identischen Noten vom 5. Decbr. . . . . 1279.
- „ „ 19. **Grossbritannien.** Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Ausw., Hannovers Festhalten an dem Londoner Verträge . . . . . 1280.
- „ „ 19. — Ges. in Dresden an dens., Reise des Herrn v. Beust nach München. . . . . 1281.
- „ „ 19. — Lord Wodehouse an dens., Verständigungsversuche mit den Vertretern Frankreichs, Russlands u. Schwedens . . . . . 1294.
- „ „ 19. **Dänemark.** Min. d. Ausw. an die Min. d. Ausw. von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hannover, Protest gegen die Execution . . . . . 1322.
- „ „ 20. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an Lord Wodehouse, Erforderlichkeit der Zurücknahme der dänischen Verfassung, soweit sie Schleswig betrifft . . . . . 1271.
- „ „ 20. — Botsch. in Berlin a. d. kön. preussischen Ministerpräsidenten, Anzeige, dass Dänemark dem Einmarsch der Executionstruppen in Holstein keinen Widerstand entgegensetzen werde . . . . . 1287.
- „ „ 20. — Botsch. in St. Petersburg a. d. kön. Min. d. Ausw., Russlands Mitwirkung zur Zurücknahme der neuen dänischen Verfassung . . . . . 1292.
- „ „ 21. **Preussen.** Adresse des Herrenhauses, betr. die Politik der Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage. . . . . 990.
- „ „ 21. **Grossbritannien.** Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., die Verbindlichk. des Lond. Vertrags betr. . . . . 1285.
- „ „ 21. — Ders. an dens., Abbruch der diplomat. Beziehungen zwischen Dänemark u. den deutschen Mächten betr. . . . . 1286.

1863.	Dec.	21.	<b>Grossbritannien.</b> Lord Wodehouse an dens., Dänemarks Berufung auf die Garantie von 1720 betr. . . . .	No. 1295.
„	„	21.	— Ders. an dens., dänische Bereiterklärung, der Execution keinen Widerstand entgegenzusetzen . . . . .	1296.
„	„	21.	— Ders. an dens., gemeinsame Vorstellungen d. Specialgesandten Englands und Russlands an Hall wegen Zurücknahme der dänischen Verfassung . . . . .	1297.
„	„	21.	<b>Dänemark.</b> Königliche Botschaft beim Schluss des Reichsraths . . . . .	1301.
„	„	22.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 42te Sitzung (Notification des Bundesbeschlusses vom 7. Decbr. an die königl. dänische Regierung) . . . . .	1038.
„	„	22.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Frankfurt, Vermeidung präjudicirlicher Ausdrücke in Beziehung auf die bestehenden Verträge . . . . .	1282.
„	„	22.	— Lord Wodehouse a. d. kön. Min. d. Ausw., Unterredung der Gesandten Frankreichs u. Schwedens mit Herrn Hall . . . . .	1298.
„	„	22.	— Ges. in Copenhagen an dens., Unterredung mit H. Hall wegen Zurücknahme der dän. Verfassung . . . . .	1299.
„	„	22.	— Botsch. in Berlin an dens., Unterredung mit Herrn v. Bismarck über die Nothwendigkeit der Zurücknahme der dänischen Verfassung, vor dem 1. Januar . . . . .	1302.
„	„	22.	— Botschaftssecretär in Paris an den erkrankten kön. Botsch. daselbst, weiter befördert an d. kön. Min. d. Ausw., eine Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys über die Instruction für Lord Wodehouse betr. . . . .	1303.
„	„	22.	— Botsch. in St. Petersburg a. d. kön. Min. d. Ausw., die Conferenz unter Zuziehung des Deutschen Bundes betr. . . . .	1308.
„	„	23.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 43te Sitzg. (Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg) . . . . .	1039.
„	„	23.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Berlin, Unterschied zwischen den Beschwerden Deutschlands gegen Dänemark und der Successionsfrage . . . . .	1288.
„	„	23.	— Ges. in München a. d. kön. Min. d. Ausw., Besuch des Herzogs Friedrich in München . . . . .	1338.
„	„	23.	— Ders. an dens., Besuch des Herrn v. Beust in München . . . . .	1339.
„	„	24.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (u. gleichmässig nach Berlin), Bereiterklärung zu Conferenzen unter Zuziehung des Deutschen Bundes . . . . .	1289.
„	„	24.	— Ders. a. d. kön. Botsch. in Berlin, Englands Stellung zu etwaigen kriegerischen Massregeln gegen Dänemark . . . . .	1290.
„	„	24.	— Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Ausw., des Grafen Platen Besorgnisse wegen der Volksbewegung in Deutschland . . . . .	1306.
„	„	24.	— Lord Wodehouse an dens., den Schluss des dänischen Reichsraths u. die Aufhebung d. dän. Verfassung betr. . . . .	1309.
„	„	24.	— Ders. an d. kön. dän. Min. d. Ausw., Verwahrung gegen ein Missverständniss . . . . .	1310. (Anl.)
„	„	24.	— Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., schwedische Aeusserung betreffs der dänischen Verfassung . . . . .	1311.



1863. Dec. 24. **Grossbritannien.** Botsch. in Wien an dens., Verlegenheiten Oesterreichs bei Aufrechthaltung des Londoner Vertrags . . . . . 1312.
- „ „ 24. — Derselbe an dens., Unterredung mit dem Grafen Rechberg, betr. von Dänemark zu machende Concessionen . . . . . 1313.
- „ „ 24. — Ders. an dens., Schwierigkeiten Oesterreichs und Preussens bei Durchsetzung ihrer Politik . . . . . 1314.
- „ „ 24. — Ders. an dens., dänische Schritte zum Abbruch des diplomat. Verkehrs mit Oesterreich und Preussen . . . . . 1315.
- „ „ 24. **Dänemark.** Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in London, die wahren Zwecke der Bundesexecution . . . . . 1321.
- „ „ 25. **Schleswig-Holstein-Augustenburg.** Erweiterter Verzicht des Herzogs Christian August (vgl. No. 1033 Anl. 1.) . . . . . 1160. (Anl.)
- „ „ 25. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Berlin, Anfrage, worauf der Bund ein Recht auf Entscheidung der Successionsfrage begründe . . . . . 1293.
- „ „ 25. — Lord Wodehouse a. d. kön. Min. d. Ausw., Rücktritt des Herrn Hall vom Ministerium . . . . . 1310.
- „ „ 25. — Ges. in Hannover an dens., Graf Platen's Nichtübereinstimmung mit seinen Collegen . . . . . 1316.
- „ „ 25. — Botsch. in St. Petersburg a. dens., Fürst Gortschakow's Wunsch, dass Dänemark den Antrag auf eine Conferenz stelle . . . . . 1323.
- „ „ 25. — Ders. an dens., ein Schreiben des Herzogs Friedrich an den Kaiser von Russland betr. . . . . 1324.
- „ „ 26. — Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in Paris (u. ähnlich nach Stockholm), die Stellung Schwedens in dem Streit zwischen Deutschland u. Dänemark betr. . . . . 1304.
- „ „ 26. — Ders. an den kön. Ges. in Frankfurt, offizielle Mittheilung des Londoner Vertrags an die Bundesversammlung unter Bereiterklärung zu Conferenzen . . . . . 1305.
- „ „ 26. — Ders. an Lord Wodehouse, die Ministerkrise in Copenhagen und die fortdauernde Geneigtheit zu einer Conferenz betr. . . . . 1307.
- „ „ 26. — Ges. in Frankfurt an den kön. Min. d. Ausw., Steigerung der öffentlichen Aufregung in Deutschland . . . . . 1317.
- „ „ 26. — Botsch. in Berlin an dens., die Stimmung in den Herzogthümern . . . . . 1318.
- „ „ 26. — Lord Wodehouse an dens., Unterredung mit Herrn Hall, die Conferenz betr. . . . . 1328.
- „ „ 27. **Preussen.** Antwort des Königs auf die Adresse des Hauses der Abgeordneten (989) . . . . . 991.
- „ „ 27. **Grossbritannien.** Botsch. in Berlin an den kön. Min. d. Ausw., Communication mit Lord Wodehouse, betr. die Zurücknahme der dänischen Verfassung vor dem 1. Januar . . . . . 1319.
- „ „ 27. — Ges. in Stuttgart an dens., Württembergs Abfall von dem Londoner Vertrag und öffentliche Stimmung in Deutschland . . . . . 1330.
- „ „ 28. **Deutsche Bundesversammlung.** 44te Sitzung (Wahrung der dem Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte) . . . . . 1040.

1863. Dec. 28. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an den kön. Botsch. No. in Paris (u. gleichmässig nach St. Petersburg, Stockholm, Berlin, Wien, und an Lord Wodehouse), Rätlichkeit, den Londoner Vertrag und den Schutz der deutschen Nationalität als leitende Principien festzuhalten . . . . . 1320.
- „ „ 28. — Ges. in Dresden an den kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit Herrn v. Beust über die Unhaltbarkeit des Londoner Vertrags . . . . . 1331.
- „ „ 28. — Ges. in Frankfurt a. d. M., d. Conferenzvorschlag betr. 1332.
- „ „ 28. — Botschaft. in St. Petersburg an dens., des Fürsten Gortschakow's Ansicht von der momentanen Inopportunität einer Conferenz . . . . . 1346.
- „ „ 29. — Botsch. in Paris an dens., die Sendung des Generals Fleury betr. . . . . 1325.
- „ „ 29. — Ders. an dens., die Rätlichkeit einer Conferenz und die Nothwendigkeit, zunächst über die Absichten Oesterreichs und Preussens Gewissheit zu haben, betr. 1326.
- „ „ 29. — Lord Wodehouse an dens., weitere Verhandlung wegen der Conferenz betr. . . . . 1329.
- „ „ 29. — Ges. in München an dens., Weiteres über den Besuch des Herrn v. Beust in München . . . . . 1340.
- „ „ 29. — Ders. an dens., Politik der deutschen Mittelstaaten bezüglich Schleswigs . . . . . 1341.
- „ „ 29. **Sachsen (Königr.).** Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in London, die Successionsansprüche auf das Herzogth. Holstein und den Londoner Vertrag betr. . . . . 1359.
- „ „ 29. **Grossbritannien.** Botsch. in St. Petersburg an d. kön. Min. d. Ausw., Dringlichkeit der Conferenz . . . 1360.
- „ „ 30. **Württemberg.** Min. d. Ausw. a. d. kön. grossbritann. Ges. in Stuttgart, den Londoner Vertrag betr. . . 1334.
- „ „ 30. **Grossbritannien.** Lord Wodehouse a. d. kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit Bischof Monrad, wegen der Conferenz . . . . . 1349.
- „ „ 31. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Berlin, Warnung vor dem Abfall von dem Londoner Vertrage . . . 1327.
- „ „ 31. **Bayern.** Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Wien (und gleichmässig nach Berlin), Antwort auf die identischen Noten Oesterreichs u. Preussens vom 5. Dec. 1335.
- „ „ 31. **Schleswig-Holstein-Angustenburg.** Proclamat. des Herzogs Friedrich beim Eintritt in das Land . . . 1336.
- „ „ 31. **Grossbritannien.** Geschäftstr. in Carlsruhe a. d. kön. Ges. in Stuttgart, Unterredung mit Herrn v. Roggenbach über die Unhaltbarkeit des Londoner Vertrags 1337.
- „ „ 31. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Frankfurt (u. gleichmässig nach Paris, Wien, Berlin, München, Dresden, Stuttgart, St. Petersburg und Stockholm), Darlegung der Situation und Vorschlag zu einer Conferenz . . 1342.
- „ „ 31. — Botsch. in Wien a. d. kön. Min. d. Ausw., Ablehnung Frankreichs, dass die Conferenz in Paris stattfindende, und Wunsch des Grafen Rechberg, dass London dazu ausersehen werde . . . . . 1343.
- „ „ 31. — Ders. an dens., Missbilligung des Eintritts Herzogs Friedrich in Holstein durch Grafen Rechberg . . . 1344.

1863.	Dec.	31.	<b>Grossbritannien.</b> Ders. an dens., österreichisch-preussischer Antrag am Bund, Dänemark zur Zurücknahme der Verfassung aufzufordern . . . . .	No. 1345.
„	„	31.	— Ges. in Copenhagen an dens., Bildung und Absichten des neuen Ministeriums . . . . .	1350.
„	„	31.	— Ges. in Hannover an dens., Hannovers vorstehender Rückzug von dem Londoner Vertrag . . . . .	1351.
„	„	31.	— Botsch. in Berlin an dens., H. v. Bismarck's Ansicht über die Competenz des Bundes zur Entscheidung der Successionsfrage . . . . .	1354.
„	„	31.	— Ders. an dens., Unterredung mit H. v. Bismarck über die Schwierigkeit der Lage in Folge der Politik der deutschen Mittelstaaten . . . . .	1355.
1864.	Jan.	1.	— Botsch. in Paris an dens., das angebliche Recht des Deutschen Bundes zur Entscheidung der Successionsfrage in einem Bundeslande betr. . . . .	1333.
„	„	1.	— Botsch. in Berlin an dens., Herrn v. Bismarck's Ansicht von der Personalunion . . . . .	1353.
„	„	2.	— Ges. in Frankfurt an dens., Stimmung der deutschen Regierungen . . . . .	1348.
„	„	2.	— Ges. in Hannover an dens., Unterredung mit Graf Platen, den bevorstehenden Einmarsch der Oesterreicher und Preussen in Holstein und die Anwesenheit des Herzogs Friedrich daselbst betr. . . . .	1352.
„	„	2.	<b>Dänemark.</b> Königliche Proclamation an das Heer . . . . .	1372.
„	„	3.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Paris an den kön. Min. d. Ausw., französische Bedenken gegen eine Conferenz . . . . .	1356.
„	„	3.	— Gesandter in Hannover an denselben, Unterredung mit dem Grafen Platen über den Conferenzvorschlag . . . . .	1361.
„	„	3.	— Lord Wodehouse an denselben, Dänemarks Geneigtheit zur Anrufung eines europäischen Schiedspruchs . . . . .	1373.
„	„	4.	— Min. des Ausw. an den kön. Botsch. in Wien (und gleichmässig nach Berlin), Rath, dass Oesterreich u. Preussen ihren Antrag am Bunde bezüglich Schleswigs fallen lassen möchten . . . . .	1347.
„	„	4.	<b>Frankreich.</b> Min. d. Ausw. an die kais. diplomatischen Vertreter bei den deutschen Höfen, den engl. Conferenzvorschlag betr. . . . .	1357.
„	„	4.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in Dresden (u. gleichmässig nach München und Stuttgart), Missbilligung des Verhaltens der Bundes- truppen in Holstein . . . . .	1358.
„	„	4.	— Botsch. in Berlin an d. kön. Min. d. Ausw., die Absicht Oesterreichs und Preussens geht auf innige Verbindung Schleswigs und Holsteins u. Personalunion mit Dänemark . . . . .	1366.
„	„	4.	— Ders. an dens., Mittheilung des Conferenzvorschlags an Herrn von Bismarck . . . . .	1367.
„	„	4.	<b>Coburg-Gotha.</b> Min. d. Ausw. an die Ges. Oesterreichs und Preussens in Dresden, den österr.-preuss. Antrag, Dänemark zur Rücknahme der Verfassung vom 18. Nov. aufzufordern, betr. . . . .	1378.

1864.	Jan.	5.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in München (und gleichmässig nach Stuttgart, Dresden und Hannover), die Anerkennung des Herzogs Friedrich bedingt die vorgängige Räumung Holsteins . . . . .	No. 1362.
„	„	5.	— Ders. an den kön. Botsch. in Paris (u. gleichmässig nach St. Petersburg und Stockholm), Vorschlag gemeinsamer Vorstellungen an die streitenden Mächte zur Erhaltung des Friedens . . . . .	1363.
„	„	5.	— Botsch. in Paris an den kön. Min. d. Ausw., französische Bedenken gegen den vorausgehenden englisch. Vorschlag . . . . .	1364.
„	„	5.	— Botsch. in Berlin an dens., Unterredung mit Herrn von Bismarck über die Voraussetzungen zur Hinausschiebung der Besitznahme Schlesiens . . . . .	1368.
„	„	5.	— Ges. in Dresden an d. kön. sächsischen Min. d. Ausw. das Verhalten der Bundestruppen in Holstein betr. . . . .	1369.
„	„	5.	<b>Sachsen</b> (Königr.). Min. d. Ausw. a. d. kön. grossbr. Ges. in Dresden, Antwort auf die vorausgehende Note . . . . .	1370.
„	„	5.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in London, Bereiterklärung zur Annahme diplomatischer Vermittelung . . . . .	1374.
„	„	5.	— Ders. an den kön. Ges. in St. Petersburg, desgl. . . . .	1375.
„	„	5.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in St. Petersburg an den kön. Min. des Ausw., Russlands Missbilligung der dänischen Verfassung, aber Festhalten an dem Londoner Verträge . . . . .	1383.
„	„	5.	— Ges. in München an dens., Unterredung mit Herrn von Schrenk, über die zukünftige deutsche Politik in Betreff Schlesiens . . . . .	1386.
„	„	6.	— Min. d. Ausw. an den kön. Botsch. in Berlin, Inopportunität einer Besetzung Schlesiens . . . . .	1365.
„	„	6.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Departementschef d. Ausw. an d. deutschen Regierungen, Gründe der Reise des Herzogs Friedrich nach Holstein . . . . .	1379.
„	„	6.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in St. Petersburg an den kön. Min. d. Ausw., Russlands Bedenken gegen eine Vermittelung der Mitunterzeichner des Londoner Vertrags . . . . .	1384.
„	„	6.	<b>Russland.</b> Fürst-Staatskanzler an den kön. grossbrit. Botsch. in St. Petersburg, die engl. Vermittelungsvorschläge betr. . . . .	1385.
„	„	6.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in Paris, Ersuchen um die Vermittelung Frankreichs und der übrigen europäischen Mächte in dem Streite mit Deutschland . . . . .	1417.
„	„	6.	— Ders. an die Min. d. Ausw. Oesterreichs u. Preussens, Bereiterklärung zur Annahme der Vermittelung der europäischen Höfe . . . . .	1418.
„	„	7.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Paris a. d. kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys, betr. die Rätlichkeit der Vermittelung durch die Mitunterzeichner des Londoner Vertrags . . . . .	1371.
„	„	7.	— Botsch. in Wien an dens., Unterredung mit Graf Rechberg über die Besetzung Schlesiens . . . . .	1387.

1864.	Jan.	7.	<b>Grossbritannien.</b> Ders. an dens., desgleichen über den Conferenzvorschlag unter Beibehaltung des status quo . . . . .	No.	1388.
„	„	7.	— Ges. in München an dens., Unterredung mit Herrn v. Schrenk über die Gefahren der gegenwärtigen Lage		1389.
„	„	7.	— Lord Wodehouse an dens., seine u. des Herrn v. Ewers Abreise von Copenhagen betr. . . . .		1390.
„	„	7.	— Ges. in Copenhagen an dens., bevorstehende Abreise der Gesandten Oesterreichs und Preussens . . . .		1391.
„	„	8.	— Ges. in Frankfurt an dens., Stimmung in Deutschland, insbesondere bezüglich Englands . . . .		1393.
„	„	8.	— Ges. in Dresden a. d. kön. sächsischen Min. d. Ausw., Antwort auf die Note vom 5. Januar (No. 1370) .		1397.
„	„	9.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Paris, Verständigung unter den Mitunterzeichnern des Londoner Vertrags, Voraussetzung der Ausgleichung des deutsch-dänischen Streites auf Grundlage der Aufrechterhaltung der Integrität des dänischen Reiches und des Schutzes der deutschen Nationalität in den Herzogthümern . . . . .		1376.
„	„	9.	— Ders. a. d. kön. Ges. in Dresden, Missbilligung der sächsischen Politik . . . . .		1377.
„	„	9.	— Ders. a. d. kön. Botsch. in Berlin (u. gleichmässig nach Wien), Einverständniss mit der Aussetzung der Conferenz bis zur Zurücknahme d. dän. Verfassung unter gleichzeitiger Aussetzung feindl. Massregeln .		1381.
„	„	9.	— Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Ausw., den Aufenthalt des Herzogs Friedrich in Holstein betr. . .		1392.
„	„	9.	— Botsch. in Berlin an dens., ernste Haltung Preussens gegen Deutschland . . . . .		1394.
„	„	9.	— Ders. an dens., Unterredung mit H. v. Bismarck über die Ordnung der schleswig-holsteinischen Frage .		1395.
„	„	9.	— Ges. in Dresden an dens., die Antwort auf die sächsische Note vom 5. Januar (No. 1370) betr. . . .		1396.
„	„	9.	— Memorandum Bloomfield's über die Basis einer Vermittelung . . . . .		1425. (Anl.)
„	„	10.	<b>Oesterreich.</b> Min. d. Ausw. a. d. k. k. Ges. in München, Erwiderung auf die bayerische Dep. vom 31. Decbr. (No. 1335) . . . . .		1380.
„	„	10.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Paris (u. gleichmässig nach St. Petersburg u. Stockholm), Anfrage wegen des Erlasses einer gemeinsamen Warnung an den Deutschen Bund . . . .		1382.
„	„	10.	<b>Sachsen</b> (Königr.). Min. d. Ausw. a. d. kön. grossbrit. Ges. in Dresden, Erwiderung auf die Note vom 8. Januar (No. 1397) . . . . .		1399.
„	„	10.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in St. Petersburg a. d. kön. Min. d. Ausw., die Veröffentlichung des Warschauer Protokolls betr. . . . .		1409.
„	„	10.	— Ders. an dens., russische Bedenken gegen gemeinsame Vorstellungen an die deutschen Mächte . . . .		1410.
„	„	11.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 3te Sitzg. (Wahrung der dem Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte) . . . . .		1041

1864.	Jan. 11.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (u. gleichmässig nach Berlin), Entwurf einer Basis für die abzuhaltende Conferenz . . . . .	1398.
„	„ 11.	— Ges. in Frankfurt a. d. kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit H. v. d. Pfordten über die Ordnung d. schleswig-holsteinischen Frage . . . . .	1400.
„	„ 11.	— Botsch. in St. Petersburg an dens, Russlands Geneigtheit zu getrennten Vorstellungen bei der Bundesversammlung . . . . .	1411.
„	„ 11.	— Ders. an dens., Nichterforderlichkeit der Zuziehung eines Gesandten des Bundes zu den Conferenzen . . . . .	1412.
„	„ 11.	— Ders. an dens., des Fürsten Gortschakow's Geneigtheit zur Zulassung der Besetzung Schlesiws durch Oesterreich und Preussen . . . . .	1413.
„	„ 12.	— Botsch. in Berlin an dens., Unterredung mit H. v. Bismarck u. dem Grafen Karolyi über die Hinausschiebung der Feindseligkeiten gegen Dänemark . . . . .	1403.
„	„ 13.	<b>Preussen.</b> Antwort des Königs auf die Adresse des Herrenhauses (990) . . . . .	992.
„	„ 13.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (u. gleichmässig nach Berlin), Verlangen weiteren Aufschubs für den Einmarsch in Schleswig . . . . .	1401.
„	„ 13.	— Ders. a. d. kön. Ges. in Copenhagen, Empfehlung, den dänischen Reichsrath zur Abänderung der November-Verfassung zu berufen . . . . .	1402.
„	„ 13.	— Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., Verzögerung der Uebergabe des dänischen Erbietens zur Annahme von Vermittelung in Wien und Berlin . . . . .	1421.
„	„ 13.	— Ders. an dens., Verhandlungen wegen Modification der dänischen November-Verfassung . . . . .	1422.
„	„ 13.	— Ges. in Stockholm an dens., Schwedens Geneigtheit zur Unterstützung Dänemarks . . . . .	1445.
„	„ 14.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 4te Sitzg. (Wahrung der dem Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte) . . . . .	1042.
„	„ 14.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (u. gleichmässig nach Berlin), Gefahr eines sofortigen Einmarsches in Schleswig für den allgemeinen Frieden in Europa . . . . .	1404.
„	„ 14.	— Ders. a. d. kön. Botsch. in Paris, Dringlichkeit einer Vermittelung in dem deutsch-dänischen Streite . . . . .	1405.
„	„ 14.	— Botsch. in Paris a. d. kön. Min. d. Ausw., französische Bedenken gegen formelle Vorstellungen bei der Bundesversammlung . . . . .	1406.
„	„ 14.	— Ders. an dens., Unterredung mit H. Drouyn de Lhuys über das dänische Vermittelungersuchen . . . . .	1407.
„	„ 14.	— Botsch. in Berlin an dens., Aeusserung des H. v. Bismarck über die englisch-sächsische Correspondenz . . . . .	1414.
„	„ 14.	— Botsch. an dens., den dän. Conferenzvorschlag betr. . . . .	1415.
„	„ 14.	— Bericht des Botschaftssecretärs Grosvenor an Sir Buchanan über seine Reise nach Holstein u. Schleswig . . . . .	1416.
„	„ 14.	— Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., Weiteres über die Verhandlungen wegen Modification der November-Verfassung. . . . .	1423.

1864. Jan. 14. **Grossbritannien.** Botsch. in Wien a. dens., Unterredung mit dem Grafen Rechberg über den Zweck der Besetzung Schleswigs . . . . . 1424.
- „ „ 14. — Ders. an dens., Unterredung mit dem Grafen Rechberg über die Basis einer anzustrebenden Vermittelung . . . . . 1425.
- „ „ 14. — Ders. an dens., Unmöglichkeit der Aufstellung eines Programmes für d. Conferenzen b. Hinzuziehung eines Abgesandten des Deutschen Bundes . . . . . 1426.
- „ „ 15. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Copenhagen, Nothwendigkeit der Zurücknahme der Nov.-Verfassung . . . . . 1408.
- „ „ 15. — Ges. in Frankfurt a. d. kön. Ges. d. Ausw., Bericht über d. Vorgänge in der Bundestagssitzung v. 14. Jan. . . . . 1427.
- „ „ 15. — Botsch. in St. Petersburg an dens., das dänische Erbieten zur Annahme europäischer Vermittelung . . . . . 1439.
- „ „ 16. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (u. gleichmässig nach Berlin), Verlangen weiteren Aufschubs für Dänemark . . . . . 1419.
- „ „ 16. **Oesterreich und Preussen.** Die Ges. in Copenhagen a. d. kön. dänischen Min. d. Ausw., Aufforderung, die Verfassung vom 18. Nov. 1863 wieder aufzuheben . . . . . 1428.
- „ „ 16. **Grossbritannien.** Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., Abgang d. österreichisch-preussischen Ultimatums nach Copenhagen . . . . . 1429.
- „ „ 17. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Berlin, erneutes Abrathen von sofortigen kriegerischen Massregeln . . . . . 1420.
- „ „ 18. — Ders. a. d. kön. Botsch. in Paris (und gleichmässig nach St. Petersburg, Stockholm, Wien und Berlin), Festhalten an dem Londoner Verträge . . . . . 1430.
- „ „ 18. — Ders. a. d. kön. Botsch. in Wien (und gleichmässig nach Berlin), Remonstration gegen die Besetzung Schleswigs . . . . . 1431.
- „ „ 18. — Ders. an dens., Aufforderung zur formellen Anerkennung der Integrität Dänemarks Seitens Oesterreichs . . . . . 1432.
- „ „ 18. — Ders. a. d. kön. Ges. in Copenhagen, wiederholte Aufforderung zur Zurücknahme der Nov.-Verfassung . . . . . 1433.
- „ „ 18. — Botsch. in Paris a. d. kön. Min. d. Ausw., französische Mitwirkung zur Zurücknahme der dänischen Nov.-Verfassung . . . . . 1434.
- „ „ 18. — Ders. an dens., Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys, betr. den Vermittelungs-Vorschlag und das österreichisch-proussische Ultimatum . . . . . 1435.
- „ „ 18. **Frankreich.** Min. d. Ausw. a. d. kais. Botsch. in London, Ablehnung der Mitwirkung zu dem englischen Vermittelungsvorschläge bei der gegenwärtigen Sachlage . . . . . 1436.
- „ „ 18. **Grosbritannien.** Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., Eindruck des österr.-preussischen Ultimatums . . . . . 1446.
- „ „ 18. — Ders. an dens., die dänische Antwort auf das Ultimatum der deutschen Mächte betr. . . . . 1447.
- „ „ 18. **Dänemark.** Min. d. Ausw. an die Ges. Oesterreichs u. Preussens in Copenhagen, Antwort auf die gemeinsame Note vom 16. Jan. (No. 1428) . . . . . 1448.



1864. Jan. 18. **Grossbritannien.** Botsch. in St. Petersburg a. d. kön. No. Min. d. Ausw., Russland verwendet sich mit England in Copenhagen für Aufhebung der November-Vorfassung durch den Reichsrath . . . . . 1455.
- „ „ 19. **Deutsche Bundesversammlung.** 5te Sitzung (Wahrung der dem Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte) . . . . . 1043.
- „ „ 19. **Grossbritannien.** Botsch. in Paris a. d. kön. Min. d. Ausw., Unterredung mit H. Drouyn de Lhuys, betr. die Aufrechthaltung des Londoner Vertrags . . . . 1437.
- „ „ 19. — Botsch. in Wien an dens., Hoffnung des Grafen Rechberg, dass der Besetzung Schleswigs kein Widerstand Seiten Dänemarks entgegengesetzt werde . . . . 1440.
- „ „ 19. — Ges. in Copenhagen an dens., die dän. Politik betr. 1458.
- „ „ 19. — Ges. in Stockholm an dens., Schwedens Gründe gegen den Vermittelungsvorschlag Englands . . . . . 1471.
- „ „ 20. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (u. gleichmässig nach Berlin), völkerrechtliche Folgen der Besetzung Schleswigs . . . . . 1438.
- „ „ 20. — Botsch. in Wien an den kön. Min. des Ausw., Verwerfung d. österr.-preuss. Ultimatums durch Dänemark 1441.
- „ „ 20. — Ges. in München an dens., Baierns Ablehnung einer Conferenz bezügl. Holsteins . . . . . 1442.
- „ „ 20. — Botsch. in St. Petersburg an dens., Versicherungen Preussens und Oesterreichs, die Occupation Schleswigs und den Londoner Vertrag betr. . . . . 1456.
- „ „ 20. — Ders. an dens., die Basis einer Conferenz betr. . . 1457.
- „ „ 20. — Botsch. in Berlin an dens., Forderung einer förmlichen Erklärung Preussens über dessen Verhalten zum Princip der Integrität der dänischen Monarchie . . . . 1460.
- „ „ 20. — Ders. a. d. kön. preuss. Min. d. Ausw., desgl. . . 1460. (Anl.)
- „ „ 21. **Deutscher Bund.** Bekanntmachung der Bundescommissäre in Holstein, den Einmarsch der österreich.-preussischen Truppen betr. . . . . 1449.
- „ „ 21. — Instruction für die Bundescommissäre für Holstein in Veranlassung des bevorstehenden Durchzugs österreich.-preussischer Truppen . . . . . 1450.
- „ „ 21. **Grossbritannien.** Ges. in Copenhagen an den kön. Min. d. Ausw., die dänische Politik betr. . . . 1459.
- „ „ 21. — Botsch. in Wien an dens., das Bedenkliche einer Occupation fremden Gebiets zur Durchsetzung internationaler Ansprüche . . . . . 1464.
- „ „ 21. — Ders. an dens., der Conflict wird vermieden, wenn Dänemark keinen Widerstand leistet . . . . . 1465.
- „ „ 21. — Botsch. in St. Petersburg an dens., Russlands Geneigtheit in Betreff der Vermittelungsvorschläge . . 1472.
- „ „ 22. **Deutsche Bundesversammlung.** 6te Sitzung (Wahrung der dem Bunde in Schleswig zustehenden Rechte und Ausscheidung österreichischer u. preussischer Truppen aus dem Bundes-Executionscorps) . . . . . 1044.
- „ „ 22. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an den kön. Botsch. in Paris (u. gleichmässig nach St. Petersburg u. Stockholm), Dänemarks Bereitwilligkeit zur Modification der November-Vorfassung . . . . . 1443.

1864.	Jan.	22.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., Preussen macht sein Verhalten davon abhängig, ob Dänemark der Occupation Widerstand leistet oder nicht . . . . .	No.	1461.
„	„	22.	— Ges. in Hannover an dens., eine Note des Ministers Samwer an Grafen Platen betr. . . . .		1466.
„	„	22.	— Botsch. in St. Petersburg an dens., Russland gegen weitere Vorstellungen an Oesterreich u. Preussen . . . . .		1473.
„	„	22.	<b>Schweden.</b> Min. d. Ausw. an die kön. Ges. in Wien u. Berlin, d. österr.-preuss. Collectivnote v. 16. Jan. betr. . . . .		1488.
„	„	22.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (u. gleichm. n. Berlin), Verlangen weiteren Aufschubs in Folge der Bereitwilligkeit Dänemarks zur Einberufung des Reichsraths . . . . .		1444.
„	„	23.	— Botsch. in Paris an den kön. Min. d. Ausw., Frankreichs Mitwirkung zur Herbeiführung eines Aufschubs bei den deutschen Mächten . . . . .		1451.
„	„	23.	— Botsch. in Berlin an dens., das Bedenkliche einer Occupation fremden Gebiets zur Durchsetzung internationaler Ansprüche . . . . .		1462.
„	„	23.	— Ders. an dens., die Folgen eines deutsch-dänischen Krieges betr. . . . .		1463.
„	„	23.	— Ges. in Frankfurt an dens., die holsteinische Landesdeputation betr. . . . .		1467.
„	„	23.	— Botsch. in Berlin an d. kön. preuss. Min. d. Ausw.	1475. (Anl.)	
„	„	24.	— Min. d. Ausw. an den kön. Botsch. in Paris, Vortheile einer Verständigung unter den nicht-deutschen Unterzeichnern des Londoner Vertrags . . . . .		1452.
„	„	24.	— Ders. an dens., Geneigtheit zur materiellen Unterstützung Dänemarks . . . . .		1453.
„	„	24.	— Ders. a. d. kön. Ges. in München, die baierische Ablehnung einer Conferenz u. die Rechtmässigkeit des Londoner Vertrags betr. . . . .		1454.
„	„	24.	— Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., Frankreich fordert von Preussen Aufschub, Preussen antwortet ablehnend . . . . .		1474.
„	„	24.	— Ders. an dens., die engl. Forderung gleichen Inhalts	1475.	
„	„	24.	<b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in London, Erläuterung der preussischen Politik in dem Streite mit Dänemark . . . . .		1484.
„	„	24.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in St. Petersburg a. d. kön. Min. d. Ausw., das Zusammenwirken der Mächte des Londoner Vertrags betr. . . . .		1494.
„	„	25.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in St. Petersburg, die Fälle einer materiellen Unterstützung Dänemarks	1468.	
„	„	25.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in London, Annahme der englisch-russischen Vermittelungsvorschläge . . . . .		1469.
„	„	25.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., die Forderung des Aufschubs betr. . . . .		1476.
„	„	25.	— Botsch. in Wien an dens., desgleichen . . . . .		1478.
„	„	25.	— Ders. an dens., desgleichen . . . . .		1479.
„	„	25.	— Ders. an dens., desgleichen . . . . .		1480.

1864.	Jan.	25.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Copenhagen an dens., Dänemarks Bereitwilligkeit, die Verfassung vom 18. Nov. rückgängig zu machen . . . . .	No. 1487.
„	„	26.	— Min. d. Ausw. an d. kön. Botsch. in Paris (u. gleichmässig nach St. Petersburg u. Stockholm), neuer Vermittelungsvorschlag . . . . .	1470.
„	„	26.	— Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., Preussen u. Oesterreichs Pläne . . . . .	1477.
„	„	26.	— Botsch. in Wien an dens., Abreise des dänischen Gesandten . . . . .	1481.
„	„	26.	— Botsch. in St. Petersburg an dens., das Zusammenwirken der Mächte des Londoner Vertrags betr. . . . .	1495.
„	„	26.	— Ders. an dens., Vorstellungen gegen die Besetzung Schleswigs betr. . . . .	1496.
„	„	27.	— Botsch. in Paris an dens., den englischen Vermittelungsvorschlag betr. . . . .	1482.
„	„	28.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 7te Sitzg. (Erbfolge in den Herzogthümern Holstein u. Lauenburg) . . . . .	1045.
„	„	28.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (u. gleichmässig nach Berlin), Vermittelungsvorschlag Englands . . . . .	1483.
„	„	28.	— Ges. in Stockholm a. d. kön. Min. d. Ausw., Schweden nimmt den Vorschlag an . . . . .	1486.
„	„	28.	— Botsch. in Wien an dens., die Besetzung Schleswigs betr. . . . .	1497.
„	„	29.	— Botsch. in Berlin an dens., Preussen verwirft den Vermittelungsvorschlag . . . . .	1485.
„	„	29.	— Ders. an dens., die Besetzung Schleswigs u. die Entfernung des Herzogs Friedrich aus Holstein betr. . . . .	1498.
„	„	30.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Paris, eine französische Depesche, die materielle Unterstützung Dänemarks betr. . . . .	1489.
„	„	30.	<b>Preussen und Oesterreich.</b> Der Oberbefehlshaber der alliirten Armee a. d. Höchstcommandirenden der kön. dän. Armee, die bevorstehende Besetzung Schleswigs betr. . . . .	1491.
„	„	30.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Ausw., Graf Platens Wünsche für d. Herzogth. betr. . . . .	1499.
„	„	30.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in London (u. ähnlich an die übrigen Unterzeichner des Londoner Vertrags), die Schlichtung des Streits durch Vermittelung betr. . . . .	1500.
„	„	30.	<b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in London, den Feldzug gegen Dänemark und das Verhältniss zum Londoner Vertrag betr. . . . .	1503.
„	„	31.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Wien a. d. kön. Min. d. Ausw., Oesterreich verwirft den englischen Vermittelungsvorschlag . . . . .	1490.
„	„	31.	<b>Dänemark.</b> Höchstcommandirende der dän. Truppen in Schleswig an Feldm. Wrangel, Antwort auf dessen Notification der bevorstehenden Besetzung Schleswigs . . . . .	1492.
„	„	31.	<b>Oesterreich und Preussen.</b> Die resp. Min. d. Ausw. an die resp. Botsch. in London, Erklärung über die Stellung zu den bestehenden Verträgen . . . . .	1504.

1864. Febr.	1.	<b>Preussen und Oesterreich.</b> Proclamation des Feldm. No. Wrangel an die Bewohner des Herzogthums Schleswig	1493.
„ „	1.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Copenhagen, die Vergeblichkeit der Bemühungen Englands betr. . . . .	1501.
„ „	1.	— Ders. a. d. kön. Botsch. in Paris (u. gleichmässig nach St. Petersburg, Wien u. Berlin) Schwedens Protest gegen die Einmischung Preussens u. Oesterreichs in das innere Staatsrecht Dänemarks . . . .	1502.
„ „	3.	— Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., die Anerkennung des Herzogs Friedrich in Schleswig betr.	1505.
„ „	3.	— Ders. an dens., desgleichen . . . . .	1506.
„ „	3.	— Botsch. in Wien an dens., die Aufrechthaltung des Princips der Integrität der dänischen Monarchie betr.	1508.
„ „	4.	— Ges. in Hannover an dens., den Ausgang des deutsch-dänischen Streites betr. . . . .	1507.
„ „	4.	— Botsch. in Wien an dens., Drohung für den Fall einer Abweichung vom Londoner Vertrag . . . . .	1509.
„ „	4.	— Botsch. in St. Petersburg an dens., die Zusicherungen der deutschen Grossmächte zu Gunsten der dänischen Integrität betr. . . . .	1510.
„ „	7.	— Ges. in Copenhagen an dens., das Hülfege such Dänemarks betr. . . . .	1516.
„ „	7.	— Ders. an dens., Eindruck der Räumung der Dannewirke in Copenhagen . . . . .	1517.
„ „	8.	— Botsch. in Wien an dens., Einstellung der Feindseligkeiten betr. . . . .	1522.
„ „	9.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in St. Petersburg, das Hülfege such Dänemarks betr. . . . .	1511.
„ „	9.	— Botsch. in St. Petersburg a. d. kön. Min. d. Ausw., Russlands Hinweis auf Berufung einer Conferenz in der deutsch-dänischen Sache . . . . .	1530.
„ „	10.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Berlin, Einstellung der Feindseligkeiten betr. . . . .	1512.
„ „	10.	— Ders. an d. kön. Botsch. in St. Petersburg, das Zusammenwirken der Mächte des Londoner Vertrags betr.	1513.
„ „	10.	— Ders. a. d. kön. Botsch. in Wien, die gegenseitige Verpflichtung der Unterzeichner des Londoner Vertrags betr. . . . .	1514.
„ „	10.	— Botsch. in Wien a. d. kön. Min. d. Ausw., Widerlegung des Gerüchts über eine Lossage des Kaisers vom Londoner Vertrag . . . . .	1523.
„ „	10.	— Ders. an dens., Sinnesänderung des Grafen Rechberg in Betreff des Waffenstillstandes . . . . .	1524.
„ „	10.	— Botsch. in St. Petersburg an dens., Waffenstillstand und Conferenz betr. . . . .	1531.
„ „	10.	— Ges. in Copenhagen an dens., das Embargo betr. . . . .	1542.
„ „	11.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 9te Sitzung (Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg, insbesondere Stellung des Deutschen Bundes zum Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852) . . . . .	1046.
„ „	11.	<b>Dänemark.</b> Ges. in London a. d. kön. grossbritann. Staatssecr. d. Ausw., Hülfege such Dänemarks mit Berufung auf den Garantievertrag vom 23. Juli 1720. . . . .	1515

1864. Febr. 11.	<b>Grossbritannien.</b>	Botsch. in Paris a. d. kön. Min. d. Ausw., die gegenseitige Verbindlichkeit der Unterzeichner des Londoner Vertrags betr. . . . .	No. 1519.
„ „ 11.	—	Botsch. in Wien a. dens., die Einstellung d. Feindseligkeiten betr. . . . .	1525.
„ „ 11.	<b>Deutscher Bund.</b>	Die Bundescommissäre in Holstein an die Bundes-Versammlung, Darlegung ihres Verhaltens dem Durchmarsche der alliirten Truppen gegenüber . . . . .	1526.
„ „ 11.	<b>Grossbritannien.</b>	Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Ausw., Hannovers Stellung zur deutsch-dän. Sache . . . . .	1532.
„ „ 11.	—	Ges. in Copenhagen an dens., die Geneigtheit Dänemarks zu Friedensverhandlungen unter der Bedingung einer Räumung Schleswigs . . . . .	1543.
„ „ 12.	<b>Dänemark.</b>	Min. d. Ausw. an die kön. Vertreter im Auslande, die Räumung der Dannewirkestellung betr. . . . .	1518.
„ „ 12.	<b>Grossbritannien.</b>	Botsch. in Paris a. d. kön. Min. d. Ausw., das Hülfegesuch Dänemarks betr. . . . .	1520.
„ „ 12.	<b>Deutscher Bund.</b>	Bekanntmachung der Bundescommissäre in Holstein das Einrücken preuss. Truppen in Altona betr., und Protest dagegen . . . . .	1527.
„ „ 12.	<b>Grossbritannien.</b>	Ges. in München a. d. kön. Min. d. Ausw., Baierns Stellung betr. . . . .	1538.
„ „ 12.	—	Ges. in Copenhagen an dens., Dänemark lässt sich auf keine Unterhandlung ein, so lange Schleswig in Feindeshand . . . . .	1544.
„ „ 12.	—	Ders. an dens., das Embargo betr. . . . .	1545.
„ „ 12.	<b>Schweden.</b>	Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in London (und gleichmässig nach St. Petersburg und Paris), gemeinsame Schritte zu Gunsten Dänemarks betr. . . . .	1549.
„ „ 13.	<b>Grossbritannien.</b>	Min. d. Ausw. an den kön. Botsch. in Berlin, Einstellung der Feindseligkeiten betr. . . . .	1521.
„ „ 13.	<b>Oesterreich.</b>	Min. d. Ausw. an die kais. Gesandten bei den deutschen Höfen, die Ablehnung der Ausschussanträge über die Stellung des Bundes zum Londoner Vertrag betr. . . . .	1528.
„ „ 13.	<b>Grossbritannien.</b>	Ges. in Hannover an den kön. Min. d. Ausw., den Conflict der königl. preuss. und der Bundestruppen in Hölstein betr. . . . .	1533.
„ „ 13.	—	Botsch. in Berlin an dens., den Waffenstillstand betr. . . . .	1534.
„ „ 13.	—	Botsch. in Paris an dens., Ansicht des französ. Cabinets von der Nothwendigkeit der Zuziehung des Deutschen Bundes zu der Conferenz . . . . .	1535.
„ „ 13.	—	Ders. an dens., Die Garantie von 1720 betr. . . . .	1536.
„ „ 15.	—	Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in Wien (und gleichlautend nach Berlin, Hannover und Copenhagen), Weigerung Englands, der dän. Regierung wegen der Uebergriffe zur See Vorstellung zu machen . . . . .	1537.
„ „ 15.	—	Botsch. in Wien a. d. kön. Min. d. Ausw., die Feindseligkeiten zur See betr. . . . .	1554.
„ „ 16.	—	Botsch. in Paris an dens., die Garantie von 1720 betr. . . . .	1539.

1864. Febr. 16.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Frankfurt an dens., die un-	No.
	gemeine Gefährlichkeit des Frankfurter Centralaus-	
	schusses betr. . . . .	1541.
„ „ 16.	— Botsch. in St. Petersburg an dens., d. Gesichtspunkte	
	des russischen Cabinets betr. . . . .	1568.
„ „ 17.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Hannover, das Em-	
	bargo auf hannoverische Schiffe betr. . . . .	1540.
„ „ 17.	— Ges. in Hannover a. d. kön. Min. d. Ausw., Frank-	
	reichs Stellung zur deutsch-dän. Sache . . . .	1546
„ „ 17.	— Ges. in Stuttgart und Carlsruhe an dens., die Würz-	
	burger Conferenz betr. . . . .	1547.
„ „ 17.	— Botsch. in Berlin an dens., preussische Befürchtung	
	einer Kriegserklärung des Bundes an Dänemark .	1550.
„ „ 17.	— Ges. in Copenh. an dens., die Nov.-Verfassung betr.	1557.
„ „ 17.	— Ders. an dens., die Feindseligkeiten Dänemarks	
	gegen Hannover und Bremen betr. . . . .	1558.
„ „ 17.	— Botsch. in St. Petersburg a. dens., d. Gesichtspunkte	
	des russischen Cabinets betr. . . . .	1569.
„ „ 17.	— Ders. an dens., Vorstellung d. russischen Cabinets	
	gegen die dänischen Uebergriffe zur See . . . .	1570.
„ „ 17.	— Ders. an dens., Russlands Stellung betr. . . . .	1571.
„ „ 18.	— Botsch. in Wien an dens., die Feindseligkeiten zur	
	See betr. . . . .	1555.
„ „ 18.	— Ders. an dens., des Grafen Rechberg Version von	
	dem Einen Agenten, der in Schleswig mit 2 oder 3	
	Leuten den Herzog proclamirt . . . . .	1556.
„ „ 18.	<b>Oesterreich.</b> Min. d. Ausw. an den kais. Botsch. in	
	London, Auslassungen der englischen Minister im	
	Parlament betr. . . . .	1574.
„ „ 19.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in	
	Copenhagen, Ablehnung des dänischen Hülfege- suchs . . . . .	1548.
„ „ 19.	— Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., die Be-	
	setzung Jütlands und die militärische Wichtigkeit	
	der Insel Alsen betr. . . . .	1559.
„ „ 19.	— Ges. in Hannover an dens., das völkerrechtswidrige	
	Verfahren Dänemarks zur See betr. . . . .	1564.
„ „ 19.	— Ders. an dens., das Compromiss Hannovers mit den	
	Mittelstaaten betr., wonach Hannover gegen d. Lon-	
	doner Vertrag stimmt und d. andern Staaten die An-	
	erkennung des Herzogs nicht beschliessen . . . .	1565.
„ „ 19.	— Ges. in Frankfurt an dens., einen im Bundes-Proto-	
	koll verschwiegenen sächsischen Antrag betr. . .	1567.
„ „ 20.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien, die öster-	
	reichische Flotte betr. . . . .	1551.
„ „ 20.	— Ders. a. d. kön. Botsch. in Berlin, die Besetzung	
	Jütlands und eine Conferenz betr. . . . .	1552.
„ „ 20.	— Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., die De-	
	putation aus Schleswig betr. . . . .	1560.
„ „ 20.	— Ders. an dens., des Königs von Preussen Unzufrieden-	
	heit über Wrangel's Einmarsch in Jütland betr. . .	1561.
„ „ 20.	— Ders. an dens., die Beseitigung der Bundestruppen	
	aus Holstein betr. . . . .	1562.
„ „ 20.	— Ders. an dens., das Verhältniss Preussens zu Olden-	
	burg betr. . . . .	1563.

1864. Febr. 20.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Hannover an dens., die Sendung des preuss. Generals von Manteuffel betr. . . . .	No. 1566.
„ „ 20.	— Botsch. in St. Petersburg an dens., Russlands Gleichgültigkeit über den Einmarsch in Jütland . . . . .	1580.
„ „ 21.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Berlin, die Besetzung Jütlands und eine Conferenz betr. . . . .	1553.
„ „ 21.	— Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., die Besetzung Jütlands, eines neutralen Landes, betr. . . . .	1572.
„ „ 21.	— Botsch. in Wien an dens., das Auslaufen der österreichischen Flotte betr. . . . .	1577.
„ „ 22.	— Ges. in Copenhagen an dens., die Aufhebung der Nov.-Verfassung habe nicht Schleswig unabhängig machen sollen . . . . .	1585.
„ „ 23.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (und gleichmässig nach Berlin u. Copenhagen), d. Conferenz betr. . . . .	1573.
„ „ 23.	— Botsch. in Paris a. d. kön. Min. d. Ausw., eine Garantie Preussens vom Jahre 1715. betr. . . . .	1575.
„ „ 23.	— Botsch. in St. Petersburg an dens., neue Erklärung Oesterreichs und Preussens zu Gunsten des Londoner Vertrags . . . . .	1584.
„ „ 23.	— Ges. in Copenhagen an dens., Bischof Monrad gegen eine Verbindung Schleswigs mit Holstein . . . . .	1586.
„ „ 24.	<b>Oldenburg.</b> Min. d. Ausw. a. d. kais. österr. Ges., Antwort auf die österr. Circulardepesche vom 13. Febr. . . . .	1529.
„ „ 24.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien, Antwort auf die Auseinandersetzung des österreichischen Cabinets über den Krieg und die Verträge . . . . .	1576.
„ „ 24.	— Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., Preussens Einwilligung in eine Conferenz . . . . .	1581.
„ „ 24.	— Ges. in Turin an dens., das italienische Cabinet findet das Gerücht, Italien habe den Dänen Beistand angeboten, keiner Widerlegung werth . . . . .	1595.
„ „ 25.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 12te Sitzg. (Verfassung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg; Regelung der Verhältnisse der Bundesexecution in Holstein; Einberufung der holsteinischen Stände; Erbfolge; Stellung zum Londoner Vertrag) . . . . .	1047.
„ „ 25.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Paris, Frankreich will unter allen Umständen an dem Princip der Integrität der dänischen Monarchie festhalten . . . . .	1578.
„ „ 25.	— Botsch. i. Wien a. d. Min. d. Ausw., d. Conferenz betr. . . . .	1587.
„ „ 25.	— Ges. in Copenhagen an dens., dänische Ausflüchte gegen Unterhandlungen . . . . .	1591.
„ „ 26.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Wien (und gleichmässig nach Berlin), die Conferenz betr. . . . .	1579.
„ „ 26.	— Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., russische Eröffnung an Dänemark . . . . .	1592.
„ „ 26.	— Ders. an dens., die Stimmung des dänischen Volks macht es dem Cabinet von Copenhagen unmöglich, sofort auf Unterhandlungen sich einzulassen . . . . .	1593.
„ „ 27.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Copenhagen, den von Dänemark gewünschten Aufschub des Waffenstillstandes betr. . . . .	1582.

1864. Febr. 27. **Grossbritannien.** Ders. a. d. kön. Botsch. in Paris (u. gleichmässig nach St. Petersburg u. Stockholm), die Konferenz betr. . . . . 1583.
- „ „ 27. **Preussen.** Botsch. in London a. d. kön. grossbritann. Min. d. Ausw., Annahme des englischen Waffenstillstand-Vorschlags . . . . . 1588.
- „ „ 27. **Grossbritannien.** Ges. in Hannover an dens., Mittheilungen des Grafen Platen über die Würzburger Konferenz u. die Vorgänge am Bunde . . . . . 1589.
- „ „ 27. — Botsch. in Berlin an dens., preussische Ansicht über d. v. Dänemark gewünschten Aufschub d. Konferenz 1594.
- „ „ 27. — Botsch. in Wien an dens., Oesterreich missbilligt den Aufschub der Konferenz . . . . . 1598.
- „ „ 28. — Botschafter in St. Petersb. an dens., Russland missbilligt den Aufschub der Konferenz . . . . . 1597.
- „ „ 29. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Stockholm, die deutsche Bewegung, die auf Trennung der Herzogthümer von Dänemark hinarbeite, könne neue Combinationen u. Beschlüsse erfordern . . . . . 1590.
- „ März 1. — Ges. in München a. d. kön. Min. d. Ausw., Baierns Politik der öffentlichen Meinung und den Mittelstaaten gegenüber, die Trias-Idee als unmöglich erkannt . 1600.
- „ „ 2. — Ges. in Copenhagen an dens., den Aufschub der Konferenz betr. . . . . 1599.
- „ „ 3. **Deutsche Bundesversammlung.** 13te Sitzg. (Verfassungsangelegenheit Holsteins und Lauenburgs; Bundesexecution) . . . . . 1048.
- „ „ 3. **Grossbritannien.** Ges. in Frankfurt a. d. kön. Min. d. Ausw., die Verzichtleistung des Herzogs Christian; Benutzung des „Staats-Archiv“ . . . . . 1596.
- „ „ 4. — Botsch. in Wien an dens., die Sendung der österr. Flotte i. d. Nords. u. d. Verhüten d. Bundeskriegs betr. 1608.
- „ „ 5. — Ges. in Hannover an dens., Aufschluss über das Vorgehen Hannovers am Bunde . . . . . 1601.
- „ „ 7. **Preussen.** Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in London, die Besetzung Jütlands u. die Bedingungen eines Waffenstillstandes betr. . . . . 1606.
- „ „ 8. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. a. d. kön. Ges. in Copenhagen, Waffenstillstandsvorschläge . . . . 1602.
- „ „ 9. — Ders. an dens., desgleichen . . . . . 1603.
- „ „ 10. — Ders. an dens., desgleichen . . . . . 1604.
- „ „ 11. — Ders. an dens., desgleichen . . . . . 1605.
- „ „ 11. — Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., die Konferenz betr. . . . . 1617.
- „ „ 12. — Botsch. in Paris an dens., die Zurückhaltung Frankreichs betr. . . . . 1607.
- „ „ 12. — Botsch. in Berlin an dens., preussische Verbindlichkeiten gegen Oesterreich betr. . . . . 1609.
- „ „ 12. — Botsch. in St. Petersb. an dens., die Bedingungen eines Waffenstillstandes betr. . . . . 1611.
- „ „ 12. — Ges. in Copenhagen an dens., die Konferenz betr. . 1618.
- „ „ 12. **Deutsche Bundesversammlung.** 14te Sitzg. (Erbfolge im Herzogthum Schleswig; Einberufung der holsteinischen Stände) . . . . . 1643.



1864. März	13.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., die Conferenz betr. . . . .	No. 1619.
„ „	13.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. grossbritann. Ges. in Copenhagen, das Verhalten der Alliirten in Jütland . . . . .	1625. (Anl.)
„ „	15.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., die Conferenz betr. . . . .	1620.
„ „	15.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. an die königl. Gesandten, Circulardepesche über das Verhalten der Verbündeten in Jütland . . . . .	1626.
„ „	16.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw., die Conferenz betr. . . . .	1621.
„ „	16.	— Ders. an dens., desgleichen . . . . .	1622.
„ „	16.	— Ders. an dens., desgleichen . . . . .	1623.
„ „	17.	— Min. des Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmäsjg nach Berlin), desgleichen . . . . .	1610.
„ „	17.	— Botsch. in Paris an den kön. Min. des Ausw., desgleichen . . . . .	1615.
„ „	17.	— Ges. in Copenhagen an dens., desgleichen . . . . .	1624.
„ „	17.	— Ders. an dens., dänische Note über das Verhalten d. Verbündeten in Jütland . . . . .	1625.
„ „	17.	— Botsch. in Berlin an dens., die Conferenz betr. . . . .	1627.
„ „	18.	— Botsch. in Wien an dens., Antwort, desgleichen . . . . .	1612.
„ „	18.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. an den kön. Ges. in London, Annahme der Conferenz betr. . . . .	1629.
„ „	19.	<b>Grossbritannien.</b> Botsch. in Wien a. d. kön. Min. d. Ausw., die Conferenz betr. . . . .	1613.
„ „	19.	— Min. d. Ausw. an den kön. Botsch. in Wien, gegen Absendung eines Theils d. österr. Flotte in d. Nordsee . . . . .	1614.
„ „	19.	— Botsch. in Berlin a. d. kön. Min. d. Ausw., d. Conferenz betr. . . . .	1628.
„ „	19.	<b>Dänemark.</b> Königliche Botschaft beim Schluss des Reichstags am 12 März . . . . .	1639.
„ „	20.	<b>Grossbritannien.</b> Min. des Ausw. an den königl. Botsch. in Wien, die Conferenz betr. . . . .	1616.
„ „	20.	<b>Frankreich.</b> Min. d. Ausw. a. d. kais. Botsch. in London, desgleichen . . . . .	1638
„ „	21.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Paris (und gleichlautend nach St. Petersburg, Stockholm und Frankfurt), die Einladung zur Conferenz . . . . .	1630.
„ „	21.	— Ders. an dens. (und ähnlich nach Wien, Berlin, St. Petersburg, Stockholm und Frankfurt), die Conferenz betr. . . . .	1631.
„ „	21.	— Ders. a. d. kön. Ges. in Copenhagen, desgleichen . . . . .	1632.
„ „	21.	— Ders. an dens., desgleichen . . . . .	1633.
„ „	24.	— Ges. in Frankfurt an das Präsidium der Deutschen Bundesversammlung, die Conferenz betr. . . . .	1636.
„ „	25.	— Min. d. Ausw. a. d. kön. Botsch. in Paris (u. gleichlautend nach Wien, Berlin, St. Petersburg, Stockholm u. Copenhagen), d. Eröffnung d. Conferenz betr. . . . .	1634.
„ „	26.	— Ders. an den kön. Ges. in Frankfurt, die Conferenz betr. . . . .	1635.

1864. März 26.	<b>Grossbritannien.</b> Ges. in Frankfurt a. das Präsidium No. der deutschen Bundesversammlung, die Confer. betr.	1637.
„ „ 29.	<b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. an die königl. Ges. bei den deutschen Höfen, desgleichen . . . . .	640.
„ April 5.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. an die kön. Gesandten, Circulardepesche über das Verhalten der Verbündeten in Schleswig . . . . .	1641.
„ „ 11.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> 19te Sitzung (Einladung der kön. grossbrit. Regierung an den Deutschen Bund zur Theilnahme an den Londoner Conferenzen) . . . . .	1644.
„ „ 14.	— — 20te Sitzg (desgleichen) . . . . .	1645.
„ „ 15.	<b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. an die königl. Gesandtschaften, Antwort auf die dänische Darstellung des Verhaltens der Verbündeten . . . . .	1642.

**Preussische Landtags-Angelegenheiten.** (Vgl. Bd. V. No. 848-854.)

1863. Nov. 9.	<b>Preussen.</b> Königliche Rede bei Eröffnung des Landtags	986.
„ „ 19.	— Adresse d. Herrenhauses in Antwort auf die Thronrede	987.
„ „ 21.	— Staatsministerium a. d. Haus der Abgeordneten, betr. die Zurücknahme der Pressverordnung v. 1. Juni 1863.	988.
„ Dec. 18.	— Adresse des Hauses der Abgeordneten, die Politik der Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage betr.	989.
„ „ 21.	— Adresse des Herrenhauses, desgl. . . . .	990.
„ „ 27.	— Antwort des Königs auf die Adresse der Abgeordneten	991.
1864. Jan. 13.	— Desgl. auf die Adresse des Herrenhauses . . . . .	992.
„ „ 25.	— Rede des Ministerpräsid. v. Bismarck beim Schlusse der Sitzungen des Landtags . . . . .	993.

**Thronreden, Manifeste, Proclamationen etc.** (Vgl. Bd. V.)

1852. Dec. 30.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Acte üb. die mit d. Könige v. Dänemark getroffene Vereinbarung, betr. die Cession der herzogl. Augustenb. Güter u. Besitzungen auf Alsen u. im Herzogth. Schleswig . . . . .	1026.
1853. März 24.	— Prinz Friedr. v. Noer a. d. Präsid. des dän. Reichstags, Wahrung seiner Successionsrechte . . . . .	1028.
„ Mai	— Memoire des Herzogs Christian üb. seine Theilnahme an der Erhebung der Herzogthümer im März 1848 . . . . .	1027.
1854. März 28.	<b>Oldenburg.</b> Grossherzogs Nicolaus Friedrich Peter Entsagungsacte . . . . .	1016.
1859. Jan. 15.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Erbprinz Friedrich Christian a. d. König v. Dänemark, Wahrung seiner Successionsrechte . . . . .	1029.
1861. Feb. 2.	<b>Oldenburg.</b> Der Grossherzog a. d. König v. Dänemark, die Wiederherstellung des alten Rechts der deutschen Herzogthümer und die definitive Feststellung der neuen Thronfolgeordnung betr. . . . .	1030.
1863. Nov. 9.	<b>Preussen.</b> Königliche Rede bei Eröffnung des Landtags . . . . .	986.
„ „ 16.	<b>Dänemark.</b> Offener Brief, der Thronbesteigung König Christian IX. betr. . . . .	1031.
„ „ 16.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Verzicht Herzogs Christian August auf die Succession in den Herzogthümern Schleswig-Holstein zu Gunsten d. Erbprinzen Friedrich . . . . .	1033.(Anl.1.)

1863.	Nov.	16.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Notification des Regierungsantritts Herzogs Friedrich VIII. in d. Herzogthümern Schleswig-Holstein . . . . .	No. 1033.(Anl. 2.)
„	„	16.	— Vollmacht für den grossherz. badischen Geheimen Rath u. Bundestags-Gesandten Robert v. Mohl als herzogl. Bundestags-Gesandten für die holsteinische Stimme . . . . .	1033.(Anl. 3.)
„	„	16.	— Regierungsantritts-Proclamation des Herzogs Friedrich des VIII. . . . .	1160.
„	„	18.	<b>Dänemark.</b> Grundgesetz für die gemeinschaftl. Angelegenheiten des Königr. Dänemark u. des Herzogth. Schleswig . . . . .	1032.
„	„	19.	<b>Preussen.</b> Adresse des Herrenhauses in Antwort auf die Thronrede . . . . .	987.
„	Dec.	2.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Herzog Friedrich an den Kaiser der Franzosen . . . . .	1236.
„	„	4.	<b>Dänemark.</b> Proclamation des Königs an die Holsteiner . . . . .	1234.
„	„	5.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Verordnung die Aufnahme einer Staatsanleihe betr. . . . .	1235.
„	„	10.	<b>Frankreich.</b> Antwort des Kaisers an den Herzog Friedrich von Schl.-Holst. (No. 1236) . . . . .	1237.
„	„	10.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Proclamation des Herzogs Friedrich an das Land . . . . .	1238.
„	„	12.	— Herzog Friedrich an mehrere deutsche Regierungen, Vorbereitung zur Bildung eines Heeres betr. . . . .	1239.
„	„	15.	<b>Dänemark.</b> Königl. Aufruf an die beurlaubten Soldaten in Holstein, sich bei der Fahne zu stellen . . . . .	1300.
„	„	17.	<b>Baiern.</b> Handschreiben des Königs a. d. Staatsmin. Frh. v. Schrenk, Anerkennung der Augustenburgischen Erbansprüche . . . . .	1283.
„	„	18.	<b>Preussen.</b> Adresse des Abgeordnetenhauses, die Politik der Reg. in der schlesw.-holst. Sache betr. . . . .	989.
„	„	21.	— Desgleichen des Herrenhauses . . . . .	990.
„	„	21.	<b>Frankreich.</b> Adresse des Senats auf die kais. Eröffnungsrede (Bd. V. No. 916) nebst Antwort des Kaisers . . . . .	994.
„	„	21.	<b>Dänemark.</b> Königl. Botsch. beim Schlusse d. Reichsraths . . . . .	1301.
„	„	25.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Erweiterter Verzicht des Herzogs Christian August . . . . .	1160. (Anl.)
„	„	27.	<b>Preussen.</b> Antwort des Königs auf die Adresse des Abgeordnetenhauses . . . . .	991.
„	„	31.	<b>Schleswig-Holstein-Augustenburg.</b> Proclamation des Herzog Friedrich beim Eintritt in das Land . . . . .	1336.
1864.	Jan.	2.	<b>Dänemark.</b> Königliche Proclamation an das Heer . . . . .	1372.
„	„	13.	<b>Preussen.</b> Antwort des Königs auf die Adresse des Herrenhauses . . . . .	992.
„	„	21.	<b>Deutscher Bund.</b> Bekanntmachung der Bundescommissäre in Holstein, d. Einmarsch d. österr.-preuss. Truppen betr. . . . .	1449.
„	„	30.	<b>Preussen und Oesterreich.</b> Der Oberbefehlshaber der allirten Armee a. d. Höchstcommandirondon der kön. dän. Armee, die bevorsteh. Besetz. Schlesiens betr. . . . .	1491.
„	„	31.	<b>Dänemark.</b> Höchstcommandirender der kön. dän. Truppen in Schleswig an Gen. Wrangel, Antwort auf vorstehende Notification . . . . .	1492.

1864.	Febr. 1.	<b>Frankreich.</b>	Adresse des gesetzgebenden Körpers auf die kais. Eröffnungsrede nebst Antwort des Kaisers . . . . .	No. 995.
„	„ 1.	<b>Preussen u. Oesterreich.</b>	Proclamation des Gen.-Feldmarschall Wrangel an die Bewohner des Herzogthums Schleswig . . . . .	1493
„	„ 4.	<b>Grossbritannien.</b>	Königliche Botschaft zur Eröffnung des Parlaments . . . . .	996.
„	„ 12.	<b>Deutscher Bund.</b>	Bekanntmachung der Bundescommissäre in Holstein, das Einrücken preussischer Truppen in Altona betr. und Protest dagegen . . . . .	1527.
„	März 19.	<b>Dänemark.</b>	Königliche Botschaft beim Schluss des Reichstags . . . . .	1639.

## II. Inhaltsverzeichnis, nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

**Baden.****Deutsch-dänische Frage:**

1853. Jan. 26. No. 1024.

**Baiern.****Deutsch-dänische Frage:**

1852. Dec. 22. No. 1018.

1863. Dec. 17. No. 1283.

,, ,, 31. ,, 1335.

**Thronreden, Manifeste, Proclamatio-**  
**nen etc.:**

1863. Dec. 17. No. 1283.

**Braunschweig.****Deutsch-dänische Frage:**

1863. Dec. 6. No. 1276.

**Coburg-Gotha.****Deutsch-dänische Frage:**

1864. Jan. 4. No. 1378.

**Deutscher Bund.****Deutsch-dänische Frage:**

1863. Nov. 21. No. 1033.

,, ,, 28. ,, 1034.

,, ,, 28. ,, 1035.

,, Dec. 7. ,, 1036.

,, ,, 14. ,, 1047.

,, ,, 22. ,, 1038.

,, ,, 23. ,, 1039.

,, ,, 28. ,, 1040.

1864. Jan. 11. ,, 1041.

,, ,, 14. ,, 1042.

,, ,, 19. ,, 1043.

,, ,, 21. ,, 1449.

,, ,, 21. ,, 1450.

,, ,, 22. ,, 1044.

,, ,, 28. ,, 1045.

,, Febr. 11. ,, 1046.

,, ,, 11. ,, 1526.

,, ,, 12. ,, 1527.

,, ,, 25. ,, 1047.

,, März 3. ,, 1048.

,, ,, 12. ,, 1643.

,, April 11. ,, 1644.

,, ,, 15. ,, 1645.

**Dänemark.****Deutsch-dänische Frage:**

1850. Juli 4. No. 997.

,, ,, 4. ,, 997. Anl.

,, Aug. 2. ,, 998.

,, ,, 2. ,, 998. Anl.

,, ,, 23. ,, 999.

1851. Juni 5. No. 1000.

1852. April 28. No. 1002.

,, Mai 8. ,, 1003.

,, ,, 8. ,, 1004.

,, ,, 24. ,, 1006.

,, Sept. 8. ,, 1007.

,, Nov. 11. ,, 1008.

1853. Jan. 8. No. 1019.

,, März 4. ,, 1011.

,, ,, 4. ,, 1021.

1863. April 1. No. 1055.

,, Sept. 3. ,, 1095.

,, ,, 28. ,, 1109.

,, Oct. 31. ,, 1147.

,, Nov. 16. ,, 1031.

,, ,, 18. ,, 1032.

,, ,, 20. ,, 1187.

,, ,, 20. ,, 1223.

,, ,, 26. ,, 1195.

,, ,, 26. ,, 1207.

,, ,, 30. ,, 1226.

,, Dec. 4. ,, 1234.

,, ,, 15. ,, 1300.

,, ,, 19. ,, 1322.

,, ,, 21. ,, 1301.

,, ,, 24. ,, 1321.

1864. Jan. 2. ,, 1372.

,, ,, 5. ,, 1374.

,, ,, 5. ,, 1375.

,, ,, 6. ,, 1417.

,, ,, 6. ,, 1418.

,, ,, 18. ,, 1448.

,, ,, 25. ,, 1469.

,, ,, 30. ,, 1500.

,, ,, 31. ,, 1492.

,, Febr. 11. ,, 1515.

,, ,, 12. ,, 1518.

,, März 13. ,, 1625. Anl.

,, ,, 15. ,, 1626.

1864. März 18. No. 1629.	1863. April 18. No. 1061.
„ „ 19. „ 1639.	„ „ 23. „ 1062.
„ April 5. „ 1641.	„ „ 29. „ 1063.
<b>Thronreden, Manifeste, Proclamatio-</b>	„ Mai 2. „ 1064.
<b>nen etc. :</b>	„ „ 7. „ 1065.
1863. Nov. 16. „ 1031.	„ „ 8. „ 1066.
„ „ 18. „ 1032.	„ „ 9. „ 1067.
„ Dec. 4. „ 1234.	„ „ 22. „ 1068.
„ „ 15. „ 1300.	„ „ 23. „ 1069.
„ „ 21. „ 1301.	„ „ 26. „ 1073.
1864. Jan. 2. „ 1372.	„ „ 27. „ 1070.
„ „ 31. „ 1492.	„ „ 30. „ 1071.
„ März 19. „ 1639.	„ „ 30. „ 1072.
	„ „ 30. „ 1074.
<b>Frankreich.</b>	„ Juni 2. „ 1075.
<b>Deutsch-dänische Frage:</b>	„ „ 9. „ 1076.
1850. Juli 4. No. 997.	„ „ 10. „ 1077.
„ „ 4. „ 997. Anl.	„ „ 12. „ 1078.
„ Aug. 2. „ 998.	„ „ 19. „ 1079.
„ „ 2. „ 998. Anl.	„ Juli 22. „ 1081.
„ „ 23. „ 999.	„ „ 23. „ 1082.
1852. April 28. „ 1002.	„ „ 24. „ 1085.
„ Mai 8. „ 1003.	„ „ 25. „ 1083.
„ „ 8. „ 1004.	„ „ 31. „ 1084.
1863. Dec. 10. „ 1237.	„ „ 31. „ 1086.
1864. Jan. 4. „ 1357.	„ „ 31. „ 1087.
„ „ 18. „ 1436.	„ Aug. 1. „ 1088.
„ März 20. „ 1638.	„ „ 6. „ 1089.
<b>Thronreden, Manifeste, Proclamatio-</b>	„ „ 29. „ 1090.
<b>nen etc. :</b>	„ „ 31. „ 1091.
1863. Dec. 10. No. 1237.	„ Sept. 3. „ 1092.
„ „ 21. „ 994.	„ „ 4. „ 1093.
1864. Febr. 1. „ 995.	„ „ 6. „ 1094.
	„ „ 10. „ 1096.
<b>Grossbritannien.</b>	„ „ 16. „ 1098.
<b>Deutsch-dänische Frage:</b>	„ „ 18. „ 1099.
1850. Juli 4. No. 997.	„ „ 25. „ 1103.
„ „ 4. „ 997. Anl.	„ „ 25. „ 1104.
„ Aug. 2. „ 998.	„ „ 25. „ 1105.
„ „ 2. „ 998. Anl.	„ „ 30. „ 1106.
„ „ 23. „ 999.	„ „ 30. „ 1107.
1852. April 28. No. 1002.	„ „ 30. „ 1108.
„ Mai 8. „ 1003.	„ Oct. 1. „ 1110.
„ „ 8. „ 1004.	„ „ 3. „ 1111.
1863. Jan. 28. No. 1049.	„ „ 3. „ 1112.
„ „ 28. „ 1050.	„ „ 7. „ 1113.
„ Febr. 28. „ 1051.	„ „ 8. „ 1115.
„ März 5. „ 1053.	„ „ 8. „ 1116.
„ „ 11. „ 1054.	„ „ 10. „ 1114.
„ April 6. „ 1058.	„ „ 10. „ 1117.
„ „ 11. „ 1056.	„ „ 13. „ 1118.
„ „ 11. „ 1057.	„ „ 13. „ 1120.
„ „ 16. „ 1059.	„ „ 14. „ 1119.
„ „ 18. „ 1060.	„ „ 14. „ 1121.

1863.	Oct.	15.	No.	1122.
"	"	17.	"	1123.
"	"	17.	"	1124.
"	"	19.	"	1127.
"	"	20.	"	1125.
"	"	20.	"	1128.
"	"	21.	"	1126.
"	"	22.	"	1129.
"	"	22.	"	1130.
"	"	22.	"	1131.
"	"	22.	"	1132.
"	"	23.	"	1133.
"	"	24.	"	1134.
"	"	26.	"	1139.
"	"	27.	"	1136.
"	"	28.	"	1137.
"	"	28.	"	1138.
"	"	28.	"	1140.
"	"	29.	"	1142.
"	"	29.	"	1143.
"	"	30.	"	1141.
"	"	30.	"	1144.
"	"	30.	"	1146.
"	"	31.	"	1145.
"	Nov.	5.	"	1148.
"	"	7.	"	1149.
"	"	9.	"	1150.
"	"	9.	"	1151.
"	"	9.	"	1154.
"	"	11.	"	1155.
"	"	12.	"	1156.
"	"	12.	"	1157.
"	"	13.	"	1152.
"	"	13.	"	1153.
"	"	13.	"	1159.
"	"	14.	"	1158.
"	"	16.	"	1161.
"	"	17.	"	1162.
"	"	17.	"	1164.
"	"	18.	"	1163.
"	"	18.	"	1165.
"	"	18.	"	1166.
"	"	18.	"	1168.
"	"	18.	"	1169.
"	"	18.	"	1180.
"	"	19.	"	1170.
"	"	19.	"	1171.
"	"	19.	"	1172.
"	"	19.	"	1173.
"	"	19.	"	1174.
"	"	20.	"	1167.
"	"	20.	"	1176.
"	"	20.	"	1181.
"	"	20.	"	1189.

1863.	Noy.	21.	No.	1175.
"	"	21.	"	1177.
"	"	21.	"	1178.
"	"	21.	"	1179.
"	"	23.	"	1182.
"	"	23.	"	1183.
"	"	23.	"	1184.
"	"	23.	"	1185.
"	"	23.	"	1186.
"	"	23.	"	1190.
"	"	23.	"	1197.
"	"	23.	"	1198.
"	"	24.	"	1191.
"	"	24.	"	1201.
"	"	25.	"	1188.
"	"	25.	"	1199.
"	"	25.	"	1202.
"	"	25.	"	1203.
"	"	26.	"	1193.
"	"	26.	"	1194.
"	"	26.	"	1200.
"	"	26.	"	1204.
"	"	26.	"	1205.
"	"	26.	"	1206.
"	"	26.	"	1208.
"	"	26.	"	1209.
"	"	26.	"	1210.
"	"	27.	"	1211.
"	"	27.	"	1228.
"	"	28.	"	1212.
"	"	28.	"	1213.
"	"	28.	"	1214.
"	"	28.	"	1215.
"	"	28.	"	1216.
"	"	30.	"	1219.
"	"	30.	"	1220.
"	"	30.	"	1221.
"	Dec.	1.	"	1217.
"	"	1.	"	1224.
"	"	1.	"	1225.
"	"	1.	"	1227.
"	"	2.	"	1218.
"	"	2.	"	1222.
"	"	2.	"	1229.
"	"	2.	"	1244.
"	"	2.	"	1245.
"	"	3.	"	1232.
"	"	4.	"	1241.
"	"	4.	"	1246.
"	"	5.	"	1231.
"	"	5.	"	1233.
"	"	5.	"	1242.
"	"	6.	"	1247.
"	"	6.	"	1248.

1863.	Dec.	7.	No. 1243.	1863.	Dec.	24.	No. 1311.
"	"	8.	" 1252.	"	"	24.	" 1312.
"	"	8.	" 1253.	"	"	24.	" 1313.
"	"	9.	" 1249.	"	"	24.	" 1314.
"	"	9.	" 1250.	"	"	24.	" 1315.
"	"	9.	" 1251.	"	"	25.	" 1293.
"	"	9.	" 1255.	"	"	25.	" 1310.
"	"	10.	" 1256.	"	"	25.	" 1316.
"	"	10.	" 1257.	"	"	25.	" 1323.
"	"	10.	" 1258.	"	"	25.	" 1324.
"	"	10.	" 1259.	"	"	26.	" 1304.
"	"	10.	" 1260.	"	"	26.	" 1305.
"	"	11.	" 1261.	"	"	26.	" 1307.
"	"	12.	" 1254.	"	"	26.	" 1317.
"	"	12.	" 1262.	"	"	26.	" 1318.
"	"	12.	" 1264.	"	"	26.	" 1328.
"	"	13.	" 1265.	"	"	27.	" 1319.
"	"	14.	" 1263.	"	"	27.	" 1330.
"	"	14.	" 1266.	"	"	28.	" 1320.
"	"	14.	" 1272.	"	"	28.	" 1331.
"	"	16.	" 1269.	"	"	28.	" 1332.
"	"	16.	" 127C.	"	"	28.	" 1346.
"	"	16.	" 1273.	"	"	29.	" 1325.
"	"	17.	" 1267.	"	"	29.	" 1326.
"	"	17.	" 1268.	"	"	29.	" 1329.
"	"	17.	" 1284.	"	"	29.	" 1340.
"	"	18.	" 1275.	"	"	29.	" 1341.
"	"	18.	" 1291.	"	"	29.	" 1360.
"	"	19.	" 1274.	"	"	30.	" 1349.
"	"	19.	" 1280.	"	"	31.	" 1327.
"	"	19.	" 1281.	"	"	31.	" 1337.
"	"	19.	" 1294.	"	"	31.	" 1342.
"	"	20.	" 1271.	"	"	31.	" 1343.
"	"	20.	" 1287.	"	"	31.	" 1344.
"	"	20.	" 1292.	"	"	31.	" 1345.
"	"	21.	" 1285.	"	"	31.	" 1350.
"	"	21.	" 1286.	"	"	31.	" 1351.
"	"	21.	" 1295.	"	"	31.	" 1354.
"	"	21.	" 1296.	"	"	31.	" 1355.
"	"	21.	" 1297.	1864.	Jan.	1.	No. 1333.
"	"	22.	" 1282.	"	"	1.	" 1353.
"	"	22.	" 1298.	"	"	2.	" 1348.
"	"	22.	" 1299.	"	"	2.	" 1352.
"	"	22.	" 1302.	"	"	3.	" 1356.
"	"	22.	" 1303.	"	"	3.	" 1361.
"	"	22.	" 1308.	"	"	3.	" 1373.
"	"	23.	" 1288.	"	"	4.	" 1347.
"	"	23.	" 1338.	"	"	4.	" 1358.
"	"	23.	" 1339.	"	"	4.	" 1366.
"	"	24.	" 1289.	"	"	4.	" 1367.
"	"	24.	" 1290.	"	"	5.	" 1362.
"	"	24.	" 1306.	"	"	5.	" 1363.
"	"	24.	" 1309.	"	"	5.	" 1364.
"	"	24.	" 1310. Anl.	"	"	5.	" 1368.



1864.	Jan.	5.	No. 1369.	1864.	Jan.	18.	No. 1432.
"	"	5.	" 1383.	"	"	18.	" 1433.
"	"	5.	" 1386.	"	"	18.	" 1434.
"	"	6.	" 1365.	"	"	18.	" 1435.
"	"	6.	" 1384.	"	"	18.	" 1446.
"	"	7.	" 1371.	"	"	18.	" 1447.
"	"	7.	" 1387.	"	"	18.	" 1455.
"	"	7.	" 1388.	"	"	19.	" 1437.
"	"	7.	" 1389.	"	"	19.	" 1440.
"	"	7.	" 1390.	"	"	19.	" 1458.
"	"	7.	" 1391.	"	"	19.	" 1471.
"	"	8.	" 1393.	"	"	20.	" 1438.
"	"	8.	" 1397.	"	"	20.	" 1441.
"	"	9.	" 1376.	"	"	20.	" 1442.
"	"	9.	" 1377.	"	"	20.	" 1456.
"	"	9.	" 1381.	"	"	20.	" 1457.
"	"	9.	" 1392.	"	"	20.	" 1460.
"	"	9.	" 1394.	"	"	20.	" 1460. Anl.
"	"	9.	" 1395.	"	"	21.	" 1459.
"	"	9.	" 1396.	"	"	21.	" 1464.
"	"	9.	" 1425. Anl.	"	"	21.	" 1465.
"	"	10.	" 1382.	"	"	21.	" 1472.
"	"	10.	" 1409.	"	"	22.	" 1443.
"	"	10.	" 1410.	"	"	22.	" 1461.
"	"	11.	" 1398.	"	"	22.	" 1466.
"	"	11.	" 1400.	"	"	22.	" 1473.
"	"	11.	" 1411.	"	"	23.	" 1444.
"	"	11.	" 1412.	"	"	23.	" 1451.
"	"	11.	" 1413.	"	"	23.	" 1462.
"	"	12.	" 1403.	"	"	23.	" 1463.
"	"	13.	" 1401.	"	"	23.	" 1467.
"	"	13.	" 1402.	"	"	23.	" 1475. Anl.
"	"	13.	" 1421.	"	"	24.	" 1452.
"	"	13.	" 1422.	"	"	24.	" 1453.
"	"	13.	" 1445.	"	"	24.	" 1454.
"	"	14.	" 1404.	"	"	24.	" 1474.
"	"	14.	" 1405.	"	"	24.	" 1475.
"	"	14.	" 1406.	"	"	24.	" 1494.
"	"	14.	" 1407.	"	"	25.	" 1468.
"	"	14.	" 1414.	"	"	25.	" 1476.
"	"	14.	" 1415.	"	"	25.	" 1478.
"	"	14.	" 1416.	"	"	25.	" 1479.
"	"	14.	" 1423.	"	"	25.	" 1480.
"	"	14.	" 1424.	"	"	25.	" 1487.
"	"	14.	" 1425.	"	"	26.	" 1470.
"	"	14.	" 1426.	"	"	26.	" 1477.
"	"	15.	" 1408.	"	"	26.	" 1481.
"	"	15.	" 1427.	"	"	26.	" 1495.
"	"	15.	" 1439.	"	"	26.	" 1496.
"	"	16.	" 1419.	"	"	27.	" 1482.
"	"	16.	" 1429.	"	"	28.	" 1483.
"	"	17.	" 1420.	"	"	28.	" 1486.
"	"	18.	" 1430.	"	"	28.	" 1497.
"	"	18.	" 1431.	"	"	29.	" 1485.

1864.	Jan.	29.	No.	1498.	1864.	Febr.	19.	No.	1559.
"	"	30.	"	1489.	"	"	19.	"	1564.
"	"	30.	"	1499.	"	"	19.	"	1565.
"	"	31.	"	1490.	"	"	19.	"	1567.
"	Febr.	1.	"	1501.	"	"	20.	"	1551.
"	"	1.	"	1502.	"	"	20.	"	1552.
"	"	3.	"	1505.	"	"	20.	"	1560.
"	"	3.	"	1506.	"	"	20.	"	1561.
"	"	3.	"	1508.	"	"	20.	"	1562.
"	"	4.	"	1507.	"	"	20.	"	1563.
"	"	4.	"	1509.	"	"	20.	"	1566.
"	"	4.	"	1510.	"	"	20.	"	1580.
"	"	7.	"	1516.	"	"	21.	"	1553.
"	"	7.	"	1517.	"	"	21.	"	1572.
"	"	8.	"	1522.	"	"	21.	"	1577.
"	"	9.	"	1511.	"	"	22.	"	1585.
"	"	9.	"	1530.	"	"	23.	"	1573.
"	"	10.	"	1512.	"	"	23.	"	1575.
"	"	10.	"	1513.	"	"	23.	"	1584.
"	"	10.	"	1514.	"	"	24.	"	1576.
"	"	10.	"	1523.	"	"	24.	"	1581.
"	"	10.	"	1524.	"	"	24.	"	1595.
"	"	10.	"	1531.	"	"	25.	"	1578.
"	"	10.	"	1542.	"	"	25.	"	1587.
"	"	11.	"	1519.	"	"	25.	"	1591.
"	"	11.	"	1525.	"	"	26.	"	1579.
"	"	11.	"	1532.	"	"	26.	"	1592.
"	"	11.	"	1543.	"	"	26.	"	1593.
"	"	12.	"	1520.	"	"	27.	"	1582.
"	"	12.	"	1538.	"	"	27.	"	1583.
"	"	12.	"	1544.	"	"	27.	"	1589.
"	"	12.	"	1545.	"	"	27.	"	1594.
"	"	13.	"	1521.	"	"	27.	"	1598.
"	"	13.	"	1533.	"	"	27.	"	1598.
"	"	13.	"	1534.	"	"	28.	"	1597.
"	"	13.	"	1535.	"	"	29.	"	1590.
"	"	13.	"	1536.	"	März	1.	"	1600.
"	"	15.	"	1537.	"	"	2.	"	1599.
"	"	15.	"	1554.	"	"	3.	"	1596.
"	"	16.	"	1539.	"	"	4.	"	1608.
"	"	16.	"	1541.	"	"	5.	"	1601.
"	"	16.	"	1568.	"	"	8.	"	1602.
"	"	17.	"	1540.	"	"	9.	"	1603.
"	"	17.	"	1546.	"	"	10.	"	1604.
"	"	17.	"	1547.	"	"	11.	"	1605.
"	"	17.	"	1550.	"	"	11.	"	1617.
"	"	17.	"	1557.	"	"	12.	"	1607.
"	"	17.	"	1558.	"	"	12.	"	1609.
"	"	17.	"	1569.	"	"	12.	"	1611.
"	"	17.	"	1570.	"	"	12.	"	1618.
"	"	17.	"	1571.	"	"	13.	"	1619.
"	"	18.	"	1555.	"	"	15.	"	1620.
"	"	18.	"	1556.	"	"	16.	"	1621.
"	"	19.	"	1548.	"	"	16.	"	1622.
"	"				"	"	16.	"	1623.

1864. März 17. No. 1610.  
 „ „ 17. „ 1615.  
 „ „ 17. „ 1624.  
 „ „ 17. „ 1625.  
 „ „ 17. „ 1627.  
 „ „ 18. „ 1612.  
 „ „ 19. „ 1613.  
 „ „ 19. „ 1614.  
 „ „ 19. „ 1628.  
 „ „ 20. „ 1616.  
 „ „ 21. „ 1630.  
 „ „ 21. „ 1631.  
 „ „ 21. „ 1632.  
 „ „ 21. „ 1633.  
 „ „ 24. „ 1636.  
 „ „ 25. „ 1634.  
 „ „ 26. „ 1635.  
 „ „ 26. „ 1637.

**Hessen** (Grossherzogthum).**Deutsch-dänische Frage:**

1853. Jan. 24. No. 1023.  
 1863. Dec. 19. „ 1279.

**Mecklenburg-Schwerin.****Deutsch-dänische Frage:**

1853. Jan. 10. No. 1022.

**Mecklenburg-Strelitz.****Deutsch-dänische Frage:**

1853. Jan. 13. No. 1022. Anm.

**Österreich.****Deutsch-dänische Frage:**

1850. Juli 4. No. 997.  
 „ Aug. 2. „ 998.  
 „ „ 23. „ 999.  
 1852. April 28. „ 1002.  
 „ Mai 8. „ 1003.  
 „ „ 8. „ 1004.  
 1863. Sept. 17. „ 1102.  
 „ Dec. 5. „ 1230.  
 1864. Jan. 10. „ 1380.  
 „ „ 16. „ 1428.  
 „ „ 30. „ 1491.  
 „ „ 31. „ 1504.  
 „ Febr. 13. „ 1528.  
 „ „ 18. „ 1574.

**Thronreden, Manifeste, Proclamatio-  
nen etc.:**

1864. Jan. 30. No. 1491.  
 „ Febr. 1. „ 1493.

**Oldenburg.****Deutsch-dänische Frage:**

1852. Dec. 10. No. 1013.  
 „ „ 10. „ 1014.

1853. Juni 29. No. 1015.  
 1854. März 28. „ 1016.  
 „ „ 28. „ 1017.  
 1861. Febr. 2. „ 1030.  
 1863. Oct. 23. „ 1135.  
 „ Nov. 17. „ 1033. Anl. 4.  
 „ Dec. 11. „ 1277.  
 1864. Febr. 24. „ 1529.

**Thronreden, Manifeste, Proclamatio-  
nen etc.:**

1854. März 28. No. 1016.  
 1861. Febr. 2. „ 1030.

**Preussen.****Deutsch-dänische Frage:**

1850. Juli-Ende No. 1025.  
 1851. Sept. 30. „ 1001.  
 1852. April 28. „ 1002.  
 „ Mai 8. „ 1003.  
 „ „ 8. „ 1004.  
 1863. Sept. 11. „ 1097.  
 „ Dec. 5. „ 1230.  
 „ „ 18. „ 989.  
 „ „ 21. „ 990.  
 „ „ 27. „ 991.  
 1864. Jan. 13. „ 992.  
 „ „ 16. „ 1428.  
 „ „ 24. „ 1484.  
 „ „ 30. „ 1491.  
 „ „ 30. „ 1503.  
 „ „ 31. „ 1504.  
 „ Febr. 27. „ 1588.  
 „ März 7. „ 1606.  
 „ „ 29. „ 1640.  
 „ April 15. „ 1642.

**Landtags-Angelegenheiten:**

1863. Nov. 9. No. 986.  
 „ „ 19. „ 987.  
 „ „ 21. „ 988.  
 „ Dec. 18. „ 989.  
 „ „ 21. „ 990.  
 „ „ 27. „ 991.  
 1864. Jan. 13. „ 992.  
 „ „ 25. „ 993.

**Thronreden, Manifeste, Proclamatio-  
nen etc.:**

1863. Nov. 9. No. 986.  
 „ „ 19. „ 987.  
 „ Dec. 18. „ 989.  
 „ „ 21. „ 990.  
 „ „ 27. „ 991.  
 1864. Jan. 13. „ 992.  
 „ „ 25. „ 993.

1864. Jan. 30. No. 1491.  
 „ Febr. 1. „ 1493.

**Russland.****Deutsch-dänische Frage:**

1850. Juli 4. No. 997.  
 „ „ 4. „ 997. Anl.  
 „ Aug. 2. „ 998.  
 „ „ 2. „ 998. Anl.  
 1851. Juni 5. „ 1000.  
 1852. April 28. „ 1002.  
 „ Mai 8. „ 1003.  
 „ „ 8. „ 1004.  
 „ „ 8. „ 1005.  
 „ Juni 7. „ 1012.  
 1863. Sept. 12. „ 1100.  
 „ „ 12. „ 1101.  
 1864. Jan. 6. „ 1385.

**Sachsen (Königreich).****Deutsch-dänische Frage:**

1852. Dec. 9. No. 1010.  
 1863. Dec. 15. „ 1278.  
 „ „ 29. „ 1359.  
 1864. Jan. 5. „ 1370.  
 „ „ 10. „ 1399.

**Schleswig-Holstein-Augustenburg.****Deutsch-dänische Frage:**

1852. Dec. 30. No. 1026.  
 1853. März 24. „ 1028.  
 „ Mai „ 1027.  
 1859. Jan. 15. „ 1029.  
 1863. Nov. 16. „ 1033. Anl. 1.  
 „ „ 16. „ 1033. Anl. 2.  
 „ „ 16. „ 1033. Anl. 3.  
 „ „ 16. „ 1160.  
 „ „ 26. „ 1192.  
 „ Dec. 2. „ 1236.  
 „ „ 5. „ 1235.  
 „ „ 10. „ 1238.  
 „ „ 12. „ 1239.  
 „ „ 14. „ 1240.

1863. Dec. 25. No. 1160. Anl.  
 „ „ 31. „ 1336.  
 1864. Jan. 6. „ 1379.

**Thronreden, Manifeste, Proclamationen etc.:**

1852. Dec. 30. No. 1026.  
 1853. März 24. „ 1028.  
 „ Mai „ 1027.  
 1859. Jan. 15. „ 1029.  
 1863. Nov. 16. „ 1033. Anl. 1.  
 „ „ 16. „ 1033. Anl. 2.  
 „ „ 16. „ 1033. Anl. 3.  
 „ „ 16. „ 1160.  
 „ Dec. 2. „ 1236.  
 „ „ 5. „ 1235.  
 „ „ 10. „ 1238.  
 „ „ 12. „ 1239.  
 „ „ 25. „ 1160. Anl.  
 „ „ 31. „ 1336.

**Schweden.****Deutsch-dänische Frage:**

1850. Juli 4. No. 997.  
 „ „ 4. „ 997. Anl.  
 „ Aug. 2. „ 998.  
 „ „ 2. „ 998. Anl.  
 „ „ 23. „ 999.  
 1852. April 28. „ 1002.  
 „ Mai 8. „ 1003.  
 „ „ 8. „ 1004.  
 1863. Jan. 22. No. 1052.  
 „ „ 19. „ 1080.  
 „ Nov. 20. „ 1196.  
 1864. Jan. 22. „ 1488.  
 „ Febr. 12. „ 1549.

**Weimar.****Deutsch-dänische Frage:**

1852. Dec. 31. No. 1020.

**Württemberg.****Deutsch-dänische Frage:**

1852. Nov. 23. No. 1009.  
 1863. Dec. 30. „ 1334.

## No. 986.

PREUSSEN. — Königliche Rede bei Eröffnung des Landtags am 9. November 1863. \*) —

Erlauchte, edle und liebe Herren von beiden Häusern des Landtages! — Der Landtag der Monarchie ist in seiner letzten Sitzungsperiode vor Beendigung der Berathungen über den Staatshaushalts-Etat geschlossen und demnächst das Haus der Abgeordneten aufgelöst worden, weil ein befriedigendes Ergebniss weiterer Verhandlungen nach den an Mich gerichteten Erklärungen nicht mehr erwartet werden konnte. ¶ Es ist Mein dringender Wunsch, dass den zwischen Meiner Regierung und einem Theile der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnissen ein Ende gemacht werde. Meine königliche Pflicht gebietet mir, die Macht und die Rechte Meiner Krone nicht minder wie die verfassungsmässigen Befugnisse der Landesvertretung hoch zu halten und zu schützen. ¶ Ueber den Umfang und die Grenzen des an sich unbestrittenen Rechts der Landesvertretung zur Mitwirkung bei der gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts-Etats haben sich entgegengesetzte Auffassungen geltend gemacht. Um zur Ausgleichung derselben zu gelangen, wird Ihnen eine Vorlage gemacht werden, welche bestimmt ist, die Befugnisse der Regierung für den Fall, dass der Staatshaushalts-Etat nicht zur gesetzlichen Feststellung gelangt, zu regeln und der Befürchtung entgegenzutreten, dass Meine Regierung in solchem Falle eine unbeschränkte Verfügung über die Staatsfonds ohne Rücksicht auf das Recht der Landesvertretung in Anspruch zu nehmen beabsichtige. ¶ Ich habe aber nicht allein für die innere Wohlfahrt, sondern auch für die äussere Sicherheit des Staates Sorge zu tragen und muss in beiden Beziehungen auf Ihre Mitwirkung rechnen können. ¶ Die neue Formation des Heeres ist aus dem unabweislichen Bedürfniss hervorgegangen, mit der gesteigerten Wehrkraft der Nachbarländer gleichen Schritt zu halten und den wirthschaftlichen Interessen der eigenen Bevölkerung durch gerechtere Vertheilung der gesetzlichen Wehrpflicht Rechnung zu tragen. ¶ Das Heer ist auch nach der Reorganisation, wie Ich dies schon im Jahre 1860 an dieser Stelle ausgesprochen, das preussische Volk in Waffen, und zwar in grösserer Wahrheit, wie zuvor; denn während die verstärkte Organisation der Linie eine Erleichterung der älteren Landwehrklassen möglich macht, ist die Gesamtstärke der Landwehr unverändert geblieben. Diese Formation hat sich in den verflossenen Jahren auf Grund der Bewilligungen des Landtages während der Sitzungsperioden von

No. 986.  
Preussen,  
9. Nov.  
1863.

\*) Vergl. No. 854.

No. 986.  
Preussen,  
9. Nov.  
1863.

1860 und 1861 zu einer dauernden Staatseinrichtung ausgebildet, deren Bestand ohne bedenkliche Gefährdung der wichtigsten Interessen des Landes nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Die Erkenntniss dieser Gefahr legt Mir die Pflicht auf, Meine nach der Verfassung erforderliche Zustimmung nur einem solchen Staatshaushalts-Etat zu ertheilen, durch welchen die Erhaltung der bestehenden Heereseinrichtung sicher gestellt wird. Um den gesetzlichen Abschluss dieser Angelegenheit endlich herbeizuführen, wird Ihnen der umgearbeitete Entwurf eines Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst vorgelegt werden. ¶ Es ist seither die Erwartung in Erfüllung gegangen, dass die Durchführung der Reorganisation des Heeres in den Finanzkräften des Staates kein Hinderniss findet. ¶ Die Einnahmen sind, wie bekannt, im vorigen Jahre so ergiebig gewesen, dass sie nicht nur zur vollständigen Deckung der Staatsausgaben ausgereicht, sondern auch noch einen beträchtlichen Ueberschuss geliefert haben, über dessen Verwendung Ihnen Vorschläge zugehen werden. Zu gleichen Hoffnungen berechtigen auch die diesjährigen Staats-Einnahmen; sie werden, so weit dies jetzt zu übersehen ist, ausreichende Mittel bieten, sämtliche Staatsausgaben dieses Jahres ohne Rückgriff auf den Staatsschatz zu decken. ¶ Meine Regierung wird Ihnen den Staatshaushalts-Etat für das laufende Jahr mit einem Nachtrage unverzüglich vorlegen. In dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1864, welcher ebenfalls alsbald zu Ihrer Prüfung gelangen wird, ist zwar das scheinbar vorhandene Deficit noch nicht beseitigt; derselbe liefert jedoch den erfreulichen Beweis, dass die Staats-Einnahmen, ohne die bewährten Grundsätze bei der Veranschlagung zu verlassen, in erheblichem Masse haben höher angenommen werden können, und die Mittel darbieten werden, in allen Verwaltungszweigen zahlreiche neue Bedürfnisse zu befriedigen. ¶ Die Veranlagung der neuen Grund- und Gebäudesteuer ist gegenwärtig so weit gefördert, dass der Abschluss derselben bis zum Anfang des Jahres 1865 sicher in Aussicht genommen werden darf. Die hieraus zu erwartenden Mehr-Einnahmen werden demnächst die Mittel gewähren, den Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1865 ohne Deficit abzuschliessen. ¶ Die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt der Jahre 1859, 1860 und 1861 werden Ihnen zur Genehmigung der Etats-Ueberschreitungen und Ertheilung der Decharge und ebenso ein Gesetz-Entwurf zur Feststellung der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1862 als Grundlage für die allgemeine Rechnung dieses Jahres vorgelegt werden. ¶ Der wirtschaftliche Zustand des Landes ist befriedigend. Durch eine gesegnete Ernte wird die Lage der arbeitenden Klassen erleichtert, und die Bodencultur ist bei der zunehmenden Strebsamkeit der Landwirthe in erfreulichem Fortschreiten begriffen. Die Gewerthätigkeit hat sich gehoben, und an Gelegenheit zu lohnender Arbeit hat es nicht gefehlt. Auch der Verkehr auf den Eisenbahnen ist in stetiger Entwicklung geblieben. Meine Regierung ist unablässig bemüht, für die weitere Ausdehnung dieses Communicationsmittels Sorge zu tragen. Während die Schienenverbindung mit Neu-Vorpommern kürzlich eröffnet worden, sind andere gleich wichtige Linien in baulichen Angriff genommen, und es werden Ihnen wegen Herstellung neuer Bahnen Vorlagen gemacht werden. ¶ Die Verhandlungen über die Fortsetzung des Zollvereins

sind zwischen den Vereins-Regierungen eröffnet worden. ¶ Meine Regierung, festhaltend an der Handelspolitik, welche sie in vollem Einklange mit der Landesvertretung befolgt, ist in diese Verhandlungen mit dem ernstesten Bestreben eingetreten, das Band, welches die materiellen Interessen des grössten Theils von Deutschland umschliesst, unter Aufrechthaltung des mit Frankreich geschlossenen Vertrages von Neuem zu befestigen und demnächst, sobald der Zollverein in seinem Fortbestand gesichert sein wird, seine Beziehungen zu dem österreichischen Kaiserstaate zu regeln. ¶ Die Genossenschaften, welche die Förderungen der wirthschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter bezwecken, bedürfen zur vollen Entwicklung ihrer gemeinnützigen Wirksamkeit der gesetzlichen Feststellung ihrer Rechtsverhältnisse. Meine Regierung ist mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes beschäftigt. ¶ Die in der letzten Sitzungsperiode unerledigt gebliebenen Entwürfe von Gesetzen über die Rechtsverhältnisse gewisser Actien-Gesellschaften und der Seeleute, so wie die provisorisch erlassenen Verordnungen wegen Abänderung des Zolltarifs und zur Verhütung des Zusammenstossens der Schiffe auf der See werden Gegenstand Ihrer Berathungen werden. ¶ Um der von der Tagespresse in gefahrdrohender Weise geförderten Aufregung im Lande entgegenzuwirken, hat eine provisorische Verordnung gegen derartige Ausschreitungen auf Grund des Art. 63 der Verfassungs-Urkunde erlassen werden müssen. Diese Verordnung wird mit einem Gesetzentwurfe wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Pressgesetzes und des Strafgesetzbuches Ihnen zur verfassungsmässigen Beschlussnahme vorgelegt werden. ¶ Die auf Wiederherstellung des früheren Königreichs Polen gerichteten aufständischen Bewegungen haben die Ruhe unserer Grenzprovinzen bedroht. Wir dürfen uns Glück wünschen, dass die von Mir angeordnete Truppen-Aufstellung und das kräftige Auftreten Meiner Behörden Preussen vor ernsteren Nachtheilen behütet haben. ¶ Der Deutsche Bund hat beschlossen, im Wege der Execution diejenigen bundesrechtlichen Forderungen zur Geltung zu bringen, welchen die Regierung Seiner Majestät, des Königs von Dänemark in Betreff der Herzogthümer Holstein und Lauenburg bisher nicht genügt hat, oder bis zum Eintritt der Execution nicht genügen wird. Im Fall eines den Executions-Truppen überlegenen Widerstandes ist die Mitwirkung preussischer und österreichischer Streitkräfte in Aussicht genommen. Sollte dieser Fall eintreten und die Verwendung ausserordentlicher Mittel erheischen, so wird Meine Regierung dem Landtage deshalb die erforderlichen Vorlagen machen. ¶ Von dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen über die von der kaiserlich-österreichischen Regierung angeregte Bundes-Reform wird Meine Regierung dem Landtage Mittheilungen zugehen lassen. Ich habe die Mängel der bestehenden Bundes-Verfassung niemals verkannt, aber zu ihrer Umgestaltung weder den gegenwärtigen Moment noch die eingeschlagenen Wege für richtig gewählt halten können. Tief werde Ich es bedauern, wenn die von Mir gegen Meine Bundesgenossen ausgesprochene Befürchtung sich bewahrheiten sollte, dass die Schwächung des Vertrauens, dessen die Bundes-Einrichtungen zur Erfüllung ihrer Zwecke bedürfen, und die Unterschätzung der Vortheile, welche sie den Mitgliedern des Bundes in der gegenwärtigen Lage

No. 986.  
Preussen,  
9. Nov.  
1863.

No. 986.  
Preussen,  
9. Nov.  
1863.

Europa's gewähren, das alleinige Ergebniss von Reformversuchen sein würden, welche ohne Bürgschaft des Gelingens unternommen wurden. Diese Bürgschaft aber kann nur solchen Reformen beiwohnen, welche, in gerechter Vertheilung des Einflusses nach dem Verhältnisse der Macht und der Leistungen, dem preussischen Staate die ihm in Deutschland gebührende Stellung sichern. Dies gute Recht Preussens und mit ihm die Macht und die Sicherheit Deutschlands zu wahren, sehe Ich als Meine heilige Pflicht an. ¶ Meine Herren! Wir stehen in einer bewegten Zeit, vielleicht an der Schwelle einer bewegteren Zukunft. Um so dringender richte Ich an Sie die Aufforderung, an die Lösung unserer inneren Fragen mit dem ernstesten Willen der Verständigung heranzutreten. — Das Ziel kann aber nur dann erreicht werden, wenn die für die preussische Monarchie unentbehrliche Macht des königlichen Regiments ungeschwächt erhalten wird und Ich von Ihnen bei Ausübung Ihrer verfassungsmässigen Rechte in der Erfüllung Meiner landesherrlichen Pflichten unterstützt werde. ¶ Gemeinsam haben wir für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes zu wirken. Dieser Aufgabe sind Meine Bestrebungen unwandelbar und ausschliesslich gewidmet, und in unerschüttertem Vertrauen auf die Treue Meines Volkes hoffe Ich dieselbe so zu lösen, wie Ich es vor Gott verantworten kann.

---

### No. 987.

PREUSSEN. — Adresse des Herrenhauses in Antwort auf die Thronrede, beschlossen am 19. November 1863. —

No. 987.  
Preussen,  
19. Nov.  
1863.

Allerdurchlauchtigster, etc. — Euer königlichen Majestät hält das Herrenhaus es für seine unerlässliche Pflicht, den tiefgefühltesten Dank für die landesväterlichen Absichten auszusprechen, welche wir aus den wohlwollenden und kräftigen Worten freudig entnommen haben, mit denen Eure Majestät den Landtag der Monarchie zu eröffnen geruhen. ¶ Euer Majestät haben mit ebenso viel Milde wie Festigkeit es ausgesprochen, dass von den Rechten des Königthums nichts vergeben werden darf, wenn der preussische Staat bestehen und wenn demselben die Segnungen wirklich zu Theil werden sollen, die aus einem gewissenhaften und patriotischen Gebrauch der selbständigen Rechte der Landesvertretung hervorgehen können. Euer Majestät in diesen Wegen mit unerschütterlicher Treue zur Seite zu stehen, wird das Herrenhaus sich zur heiligen Pflicht machen, und dem Vertrauen entsprechen, welches Euer Majestät in die Unterstützung der Landesvertretung bei allen auf die innere Wohlfahrt, wie auf die äussere Sicherheit des Staats abzweckenden Unternehmungen zu setzen be-rechtigt sind. Wir werden auch gern zu dem Friedenswerke mitwirken, welches Euer Majestät dadurch beabsichtigen, dass die Befugnisse der Staats-Regierung zur Leistung der nothwendigen Ausgaben, für den Fall, dass eine Einigung über den Staatshaushalts-Etat nicht zu Stande gekommen ist, durch eine neue Gesetz-Vorlage näher geregelt werden sollen. ¶ Durchdrungen von der Ueberzeugung, dass die neue Formation des Heeres, welche wir Euer Majestät Weisheit verdanken, sich als ebenso zweckentsprechend, wie den wirthschaftlichen Interessen



des Landes förderlich bewährt hat und daher in ihrem Fortbestande nimmermehr gefährdet werden darf, werden wir den in Aussicht gestellten Entwurf eines neuen Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst einer sorgfältigen Prüfung unterwerfen. Wir sehen es als einen besondern Segen Gottes an, der auf diesem Werke geruht hat, dass durch den steigenden Wohlstand des Landes sich auch die Finanzkräfte des Staates in dem Masse gehoben haben, dass der Aufwand für die Verstärkung des Heeres aus den laufenden Einnahmen getragen und doch anderweite, ausserordentliche Verwendungen zum Besten des Landes gemacht werden können. ¶ Durch die eingeleiteten Verhandlungen über die Fortsetzung des Zollvereins sind die Hoffnungen neu belebt, dass dieses Band realer deutscher Einheit, für dessen Begründung und Erhaltung die Finanzen und die volkswirtschaftlichen Interessen Preussens schon so erhebliche Opfer gebracht haben, nicht wird zerrissen werden. Sollten die dahin gerichteten wohlwollenden Absichten dennoch vereitelt werden, so wird Preussen auch auf dem Handels- und Zollgebiet seine eignen Wege zu finden die Kraft und Befähigung haben. ¶ Die von den deutschen Bundeslanden Holstein und Lauenburg durch die Regierung Sr. Majestät des Königs von Dänemark geschmälernten Rechte sind bereits in früheren Stadien der Verhandlungen Gegenstand eines besonderen Antrages des Herrenhauses gewesen, welcher die Beseitigung der obwaltenden Differenzen für ein Recht und eine Pflicht des Deutschen Bundes erachtete. Wir vernehmen mit Befriedigung, dass dazu jetzt die geeigneten Wege eingeschlagen sind und hoffen, dass so die Rechte jener Bundesländer werden gesichert werden. ¶ Das von Euer Majestät angeordnete rechtzeitige und kräftige Einschreiten gegen die Verbreitung der aufständischen Bewegungen im Königreich Polen auf das diesseitige Landesgebiet ist mit vollem Erfolge gekrönt worden. Wir halten uns verpflichtet, den lebhaftesten Dank dafür darzubringen, besonders auch im Namen der Landestheile, denen die Segnungen des Friedens erhalten sind, während an ihren Grenzen der Aufruhr in seiner erschreckendsten Gestalt seit fast einem Jahre wüthete. Eine schnell ausgeführte militärische Aufstellung in den Grenzprovinzen hat den Unterthanen Eurer Majestät einen wirksamen Schutz gewährt. Seine feste und unzweideutige Politik in der polnischen Sache hat Preussen bei den europäischen Mächten eine volle Anerkennung gesichert und selbst den Gegnern Achtung abgewonnen. ¶ Die Lage von ganz Europa ist eine bewegte. Euer Majestät mahnen uns Allerhöchstselbst, dass vielleicht noch bewegtere Zeiten bevorstehen. Dem gegenüber würde es um so dringender geboten sein, die militärische Defensivkraft Deutschlands in der bestehenden Bundesverfassung zu stärken, während unvorbereitete und unerwartete Reformversuche eines deutschen Fürstentags auch diese Schutzwehr deutscher Einheit zu erschüttern drohen. ¶ Die verschiedensten, ja ganz divergirende politische Anschauungen haben mit Dank es begrüsst, dass Euer Majestät die Ehre und die Rechte Ihrer Krone und Preussens in fester Hand gehalten haben. In der That kann nur dadurch, dass die Machtstellung Preussens und sein providentieller Beruf für Deutschland allseitige Anerkennung findet, die Einheit, Macht und Sicherheit des deutschen Vaterlandes wahrhaft gefördert werden. Wir dürfen mit Zuversicht hoffen, dass die sorgsame Wahrung der Ehre und der Rechte Eurer Majestät

No. 987.  
Preussen,  
19. Nov.  
1863.

**No. 987.**  
**Preussen,**  
**19. Nov.**  
**1863.**

Krone auch bei der kaiserlich - österreichischen Regierung die Ueberzeugung hervorrufen wird, dass nur im Einverständniss und durch gemeinsames Vorgehen mit Preussen das Gedeihen und die Sicherheit Deutschlands zu erreichen ist. ¶ Allergnädigster König und Herr! Funfzig Jahre sind verflossen, seit des Königs, Ihres Herrn Vaters Majestät in schwer bedrängter Zeit ewig denkwürdige Worte an Sein Volk richtete und Seine Unterthanen wie Ein Mann mit Thaten der aufopferndsten und hingebendsten Treue antworteten. Den Segen, welchen Gott der Herr auf diese Worte und Thaten legte und in einem halbhundertjährigen Frieden fortdauern liess, haben Euer Majestät mit Ihren Unterthanen in diesem Jahre dankbar gefeiert. Unser Trost in mannigfachen Zerwürfnissen und unsre Freude ist, dass Allerhöchstdieselben mit uns an dem Vertrauen festhalten, es ist noch dasselbe alte preussische Volk, welches durch Gottes Gnade Ihrer königlichen Regierung anvertraut ist. Das feste und wohlwollende Regiment in Gerechtigkeit und Zucht, welches Euer Majestät auch für die Zukunft zugesagt haben, wird — daran zweifeln wir nicht — auch Irregeleitete bald auf die rechten Wege zurückführen. Euer Majestät werden mit Genugthuung sehen, dass Ihr Volk auch jetzt noch in Thaten die alte Treue zu bewähren wissen und mit Dank und Preis erkennen wird, wie ihm in seinem Könige der Segen Allerhöchst Ihrer glorreichen Väter erhalten und erneuert ist. ¶ In tiefster Ehrfurcht ersterben, etc.

Das Herrenhaus.

---

### No. 988.

**PREUSSEN.** — Das Staatsministerium an das Haus der Abgeordneten, betreffend die Zurücknahme der Pressverordnung vom 1. Juni 1863. —

**No. 988.**  
**Preussen,**  
**21. Nov.**  
**1863.**

Da das Haus der Abgeordneten der Allerhöchsten Verordnung, betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften vom 1. Juni d. J. (Ges.-Samml. S. 349) durch den von Ew. Hochwohlgeboren mittelst geehrten Schreibens vom 19. d. Mts. mitgetheilten Beschluss seine Genehmigung versagt hat, so ist dieselbe durch Allerhöchste Verordnung vom heutigen Tage aufgehoben und demgemäss ausser Kraft gesetzt worden. Ew. Hochwohlgeboren theilen wir anliegend beglaubigte Abschrift dieser letzteren Verordnung ergebenst mit. Die Ansichten, welche das Haus der Abgeordneten in den *sub II* Ew. Hochwohlgeboren geehrten Schreibens mitgetheilten Beschlüssen \*) niedergelegt hat, vermögen das königliche Staatsministerium in der Ueberzeugung nicht zu erschüttern, dass:

\*) Der von dem Haus der Abgeordneten angenommene Antrag ging dahin, das Haus wolle 1) auf Grund des § 63 der Verfassung der Pressverordnung die Genehmigung versagen, und 2) auf Grund des § 103 der Verfassung erklären, dass die Pressverordnung weder zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit noch zur Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes erforderlich gewesen sei, dass eine Beschränkung der Pressfreiheit überhaupt nicht im Wege der Verordnung erfolgen könne, und dass die Verordnung vom 1. Juni endlich auch ihrem Inhalt nach der Verfassung zuwiderlaufe.

1) Die gedachte Verordnung vom 1. Juni d. J. zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, resp. Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes dringend erforderlich gewesen; No. 988.  
Preussen,  
21. Nov.  
1863.

2) Dass eine Beschränkung der Pressfreiheit durch eine auf Grund des Art. 63 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 mit Gesetzeskraft erlassene Allerhöchste Verordnung erfolgen kann und

3) dass die hiernach erlassene Allerhöchste Verordnung vom 1. Juni d. J. auch ihrem Inhalte nach mit den sonstigen Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde nicht im Widerspruch steht.

Ew. Hochwohlgeboren wird ergebenst anheimgestellt, dem Hause der Abgeordneten von vorstehender Erklärung gefälligst Kenntniss zu geben. Berlin, den 21. November 1863.

Königliches Staats-Ministerium.

*v. Bismarck. v. Bodelschwingh. v. Roon. Itzenplitz. v. Mühler.  
Graf zur Lippe. v. Selchow. Graf Eulenburg.*

## No. 989.

**PREUSSEN.** — Adresse des Hauses der Abgeordneten, die Politik der Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage betreffend. —

Allerdurchlauchtigster, etc. — Ew. königliche Majestät haben uns in Folge der zwischen Deutschland und Dänemark schwebenden Streitfrage einen Gesetz-Entwurf, betreffend den ausserordentlichen Geldbedarf der Militär- und der Marine-Verwaltung vorlegen zu lassen geruht. ¶ Das Haus der Abgeordneten hat bereits in eingehender Verhandlung die schleswig-holsteinische Frage erörtert und die Richtung der Politik, welche einzuhalten Deutschlands Ehre und Interesse nach unserer Ueberzeugung gebieten, in seinem Beschlusse vom 2. December bezeichnet. ¶ Die Erbfolge-Ordnung, wie sie durch den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 vorgezeichnet worden, hat in Bezug auf Schleswig-Holstein niemals die Zustimmung der zunächst Berechtigten, der Volksvertretung der Herzogthümer, der Agnaten des oldenburger Fürstenhauses und des Deutschen Bundes erhalten. ¶ Schon hierdurch jeder rechtlichen Grundlage entbehrend, hat der Londoner Vertrag für die daran beteiligten deutschen Mächte vollends seine Verbindlichkeit verloren, nachdem die dänische Regierung ihrerseits alle vorher gemachten Zusagen gebrochen hat. ¶ Preussen und Deutschland sind berechtigt und damit auch verpflichtet, das Erbrecht Friedrich VIII. anzuerkennen, das deutsche Bundesgebiet von der Anwesenheit dänischer Truppen zu befreien, und die Zusammengehörigkeit und Unabhängigkeit der Herzogthümer herzustellen. ¶ Dieser Verpflichtung schleunig und wirksam nachzukommen, hat kein anderer deutscher Staat dringendere Aufforderung als der preussische. ¶ Auf dem Boden der Herzogthümer hat unser tapferes Heer seine ersten Siege seit den Befreiungskriegen erfochten, und damit seine Waffenehre für den endlichen Triumph der von ihm ruhmreich, aber erfolglos vertheidigten Sache eingesetzt. ¶ Die Unter-

No. 989.  
Preussen,  
18. Dec.  
1863.

No. 989.  
Preussen,  
18. Dec.  
1863.

drückung der Herzogthümer seit 1851 war die erste und nothwendige Folge der unheilvollen Uebereinkunft von Olmütz, deren verderbliche Rückwirkung auf Preussens innere Zustände und deutsche Machtstellung von jedem patriotischen Herzen bitter empfunden, erst mit der Befreiung der Herzogthümer gesühnt sein wird. ¶ Mit tiefem Leidwesen sieht deshalb das Haus der Abgeordneten die königliche Staats-Regierung in einer Richtung wirken, welche nicht die Beseitigung, sondern die Herstellung und Kräftigung der Vereinbarungen von 1851—1852 zur Folge zu haben droht. Diese Vereinbarungen bestimmen für die Herzogthümer die Zerreißung der altgesetzlichen Gemeinschaft, und damit die Wehrlosigkeit des deutschen Elements in beiden Landen. Sie haben von Anfang an keine andere europäische Bedeutung gehabt, als die schwere Gefährdung gerade der preussischen Staats-Interessen, so dass jede preussische Thätigkeit zu ihren Gunsten ein Act der Selbsterstörung genannt werden muss. Während eine klare Vertretung der Rechte Schleswig-Holsteins durch die preussische Regierung ganz Deutschland um die Leitung Ew. Majestät sammeln würde, hat das Beharren auf dem Standpunkte von 1851 bis 1852 unsern Staat mit der Mehrzahl der deutschen Regierungen und mit der einmüthigen Gesinnung des deutschen Volkes in offenen Widerspruch gesetzt. Die Regierung Ew. Majestät hat den ganzen Einfluss Preussens dazu verwendet, in Gemeinschaft mit Oesterreich einen in sich widerspruchsvollen und in seiner ganzen Richtung unklaren Bundesbeschluss durchzusetzen, welcher die Selbständigkeit der Herzogthümer und damit die wichtigsten Interessen Deutschlands Preis giebt, ohne die Gefahr auswärtiger Verwickelungen zu vermindern. ¶ Das Haus der Abgeordneten wendet sich an Ew. Majestät, um von der schweren Schuld sich frei zu erhalten, dass es nicht Alles versucht habe, eine Politik zu ändern, welche das Land auf lange Zeit zu schädigen droht. Denn nach dem Systeme des Ministeriums müssen wir fürchten, dass in seinen Händen die begehrten Mittel nicht im Interesse der Herzogthümer und Deutschlands, nicht zum Nutzen der Krone und des Landes verwendet werden würden. Fast allein unter allen deutschen Volksvertretungen sehen wir uns in die schmerzliche Lage versetzt, dem nationalen Gefühle des Volkes nicht den zuversichtlichen Ausdruck geben zu können, welchen nur das Bewusstsein der Einigkeit zwischen Regierung und Landesvertretung verleiht. ¶ Allergnädigster König und Herr! — Ew. königl. Majestät haben einst feierlich erklärt: kein Fuss breit deutscher Erde solle verloren gehen. ¶ Das Recht der Herzogthümer auf untrennbare Verbindung und Unabhängigkeit fällt zusammen mit dem Erbrecht des Augustenburger Hauses. Darum bitten wir Ew. Majestät ehrfurchtsvoll und dringend, von dem Londoner Verträge zurücktreten, den Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und dahin wirken zu wollen, dass der Deutsche Bund ihm in der Besitzergreifung und Befreiung seiner Erblande wirksamen Beistand leiste. ¶ Das Haus der Abgeordneten hat keinen wärmeren Wunsch, als einer Politik, welche, getragen von dem Vertrauen der Nation und ausgeführt mit rückhaltloser Hingebung an die nationale Sache, diese hohe Aufgabe sich zum Ziele setzte, alle Mittel freudig zur Verfügung zu stellen. ¶ In tiefster Ehrfurcht verharren wir, etc.

Das Haus der Abgeordneten.

## No. 990.

**PREUSSEN.** — Adresse des Herrenhauses, betreffend die Politik der Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage. —

Allerdurchlauchtigster, etc. — Nach dem Inhalte der Adresse, welche das Abgeordnetenhaus in Folge der Vorlage Ew. königlichen Majestät Regierung, betreffend den ausserordentlichen Geldbedarf zu den in Folge der Streitfragen zwischen Deutschland und Dänemark erforderlichen militärischen Massregeln an Ew. königliche Majestät gerichtet hat, liegt die Besorgniss nahe, dass das Abgeordnetenhaus diese Forderung der Staatsregierung verweigern, oder an unzulässige Bedingungen knüpfen, in ersterem Falle aber dem ehrerbietigst unterzeichneten Herrenhause keine Gelegenheit gegeben werde, sich über seinen Standpunkt zu dieser Forderung auszusprechen und den Gesinnungen Ausdruck zu geben, welche dasselbe in dieser Frage hegt. Diese Besorgniss rechtfertigt den Entschluss, dieselben schon jetzt Ew. königlichen Majestät ehrerbietigst darzulegen. ¶ Wenn auch die Ansichten darüber verschieden sein mögen, wer nach dem Ableben des Königs Friedrich VII. zur Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein oder zu welchen Theilen derselben berechtigt sei, darin sind alle Parteien einig, dass das Ziel und die viel ältere Aufgabe der deutschen Regierungen die Sicherung der Rechte dieser Landestheile in Bezug auf ihre Verfassung ist. Die Successionsfrage wird vom Deutschen Bunde zur Zeit als eine offene betrachtet. In der Verfassungsfrage aber schreitet der Bund durch seinen Beschluss vom 7. December d. J., dem Vertragsbruch Dänemarks gegenüber, nach zehnjährigen Verhandlungen zur That. ¶ Diese Massregel soll und darf der Frage: wer nunmehr der rechtmässige Herrscher der Herzogthümer sei? in keiner Weise präjudiciren. Niemand aber kann bestreiten, dass, wenn es sich um Lösung jener Frage, und, falls Preussens Interesse dies rechtfertigt, um Durchführung derselben mit der Gewalt der Waffen handelt, Preussens Stellung günstiger sei, wenn Holstein von deutschen Truppen, als wenn es von dänischen Truppen besetzt ist. Ew. königliche Majestät fordern zu jener Massregel als Bundesglied von der Landesvertretung die Mittel, welche nöthig sind, um eines-theils Preussens Verpflichtungen in dieser Beziehung zu erfüllen, und andernteils Preussens Machtstellung und Ehre gegen jeden Angriff bei dieser Erfüllung zu wahren. ¶ Das Herrenhaus geht von dem Grundsätze aus, dass, so wenig der Landesvertretung das Recht bestritten werden kann, auch in den Fragen der äusseren Politik ihre Wünsche und Ansichten der Krone gegenüber auszusprechen, dies nicht dahin führen darf, diese Wünsche und Ansichten höher zu stellen, als die Pflicht: der Krone die verfassungsmässige Mitwirkung zur Beschaffung der zu jenem Zwecke nöthigen Mittel zu gewähren. ¶ Das Herrenhaus ist sich aber auch bewusst, dass jenem Rechte der Landesvertretung, ihre Wünsche und Ansichten in Fragen der äusseren Politik auszusprechen, und denselben innerhalb ihrer Competenz Geltung zu verschaffen, das ältere Recht der preussischen Könige, welches der Art. 48 der Verfassung aufs Neue bestätigt, gegenübersteht: in Fragen der äusseren Politik, welche in der Regel die Frage über Krieg oder

No. 990.  
Preussen.  
21. Dec.  
1863.

No. 990.  
Preussen,  
21. Dec.  
1863.

Frieden in ihrem Schoosse tragen, selbständig und endgültig zu entscheiden. ¶ Auch das Herrenhaus würde mit Freuden einen deutschen Fürsten als Herrscher jener deutschen Länder begrüßen. Auch wir würden, wenn Ew. königl. Majestät nach Prüfung des Rechtes und der europäischen Verhältnisse es im Interesse Preussens für gerechtfertigt erachten sollten, jenem Wunsche des deutschen Volkes durch die preussischen Waffen Nachdruck zu geben, freudig die hierzu nöthigen Mittel gewähren. — Aber dies kann kein Grund sein, die Mittel zu versagen, welche zunächst zur Pflichterfüllung, gegenüber dem Deutschen Bunde, und nöthigenfalls zur Vertheidigung Preussens, auf dem Wege einer energischen Forderung der Verfassungsrechte der deutschen Herzogthümer, erforderlich sind. ¶ Wenn aber überdies, wie in dem vorliegenden Falle, ein Theil der Landes-Vertretung von der Krone die rücksichtslose Verfolgung dessen, was derselbe in diesem Streite nach seiner Auffassung für das Recht erkennt, als eine Ehrenpflicht Preussens verlangt, so können wir darin nur eine Aufforderung mehr finden, der Krone auch die Mittel zu dem von ihr zunächst beschlossenen Schritte zu gewähren. Denn nicht das Interesse für das Recht eines oder des anderen Prätendenten, sondern für das Recht deutscher Länder und deutscher Stämme kann jenem Verlangen zu Grunde liegen. Zur Sicherung derselben auch in Bezug auf die Successionsfrage können aber die von Ew. königlichen Majestät im Einverständniss mit dem Beschlusse des Bundes beabsichtigten militärischen Massregeln nur förderlich sein. ¶ Wer die Krone durch Versagung der hierzu erforderlichen Mittel zu anderen Wegen nöthigen will, der greift in die Rechte der Krone ein; denn er stellt seinen Willen in Bezug auf die Wahl der Mittel über den ihrigen. ¶ Das Herrenhaus hält endlich den Grundsatz fest und wird ihn hoffentlich nicht verleugnen: dass, wo es sich um Wahrung von Preussens Ehre und Unabhängigkeit handelt, die Mittel dazu von der preussischen Landesvertretung niemals deshalb versagt werden dürfen, weil dieselbe, oder ein Theil derselben, mit dem System der Staatsregierung im Innern nicht einverstanden ist, oder zu den Leitern der Staatsgeschäfte kein Vertrauen hegt. Denn es ist die erste Pflicht eines selbstlosen Patriotismus, Alles dazu zu thun, damit nie und nimmermehr Zerwürfnisse im Innern zu einer Schwächung des Ansehens und der Kraft nach aussen führen. ¶ Aus allen diesen Gründen fühlt das Herrenhaus sich gedrungen: Ew. königlichen Majestät ehrerbietigst zu erklären, dass es die unbedingte Gewährung des Geldbedarfs, welcher von der Krone für die militärischen Massregeln in Folge der zwischen Deutschland und Dänemark schwebenden Streitfragen für erforderlich erachtet wird, seinerseits als eine unabweisliche Pflicht erkennt, dass es aber, auch wenn, wider Verhoffen, dieselbe die Mitwirkung des andern Hauses nicht finden sollte, von der Zuversicht erfüllt ist, dass die Opferbereitschaft des preussischen Volkes, wo es sich um die Ehre und die Pflicht Preussens, wie um den Schutz eines deutschen Bundeslandes gegen Vergewaltigung Seitens Dänemarks handelt, jene Mittel gewähren werde. — In tiefster Ehrfurcht etc.

Das Herrenhaus.

---

## No. 991.

**PREUSSEN.** — Antwort des Königs auf die Adresse des Hauses der Abgeordneten. —

Ich habe den Inhalt der Adresse, welche das Haus der Abgeordneten in Betreff der dänischen Angelegenheit an Mich gerichtet hat, mit der Sorgfalt erwogen, welche Ich bereitwillig den Wünschen und Ansichten des Hauses zuwende. ¶ Wenn an die Spitze dieser Adresse der Satz gestellt worden ist, dass das Haus der Abgeordneten bereits die Richtung bezeichnet habe, welche einzuhalten Deutschlands Ehre und Interessen gebieten, so will Ich annehmen, dass damit der Mir nach der Verfassung und den Gesetzen des Landes zustehenden Entscheidung über die Beziehungen der Monarchie zum Auslande nicht hat vorgegriffen werden sollen. ¶ Mit diesem Meinem Rechte ist die königliche Pflicht untrennbar verbunden, die Ehre und die Interessen Preussens dem Auslande gegenüber zu vertreten und zu schützen, und Ich weiss, dass Ich Mich in der Ausübung dieser Pflicht auf die bewährte Hingebung Meines Volkes stützen kann; Ich weiss aber auch, dass Ich die Frage, wann dieses Volk zum Kampfe aufzurufen und Gut und Blut von seiner Opferbereitschaft zu fordern habe, mit landesväterlicher Sorgfalt erwägen muss. ¶ Ich würde es mit der Gewissenhaftigkeit in Erfüllung Meines königlichen Berufs nicht vereinbar finden, wenn Ich den höchsten Aufgaben, welche Recht und Verfassung dem Könige stellen, nicht Meine volle und leitende Thätigkeit widmen wollte. ¶ Das Haus der Abgeordneten kann daher überzeugt sein, dass die Richtung, in welcher Meine Regierung die auswärtige Politik geführt hat, das Ergebniss Meiner reiflich erwogenen Entschliessungen ist. Ich habe die letzteren gefasst mit Rücksicht auf die von Preussen geschlossenen Verträge, auf die Gesamtlage Europas und auf unsere Stellung in derselben, aber zugleich mit dem festen Willen, das deutsche Recht in den Herzogthümern zu wahren und für die berechtigten Ziele, welche Preussen zu erstreben hat, erforderlichen Falls mit den Waffen in der Hand einzustehen. In welcher Form und zu welchem Zielpunkte jedes einzelne zur Erreichung dieser Ziele führende Mittel zur Anwendung zu bringen sein wird, darüber kann die Mir verfassungsmässig zustehende Entscheidung nur von Mir selbst getroffen werden. Bei derselben werde Ich Mich von dem unwandelbaren Entschlusse leiten lassen, die Sache der Herzogthümer so zu führen, wie es Preussens und Deutschlands würdig ist, gleichzeitig aber den Verträgen die Achtung zu bewahren, welche das Völkerrecht fordert. Das Haus der Abgeordneten kann nicht von Mir erwarten, dass Ich willkürlich und ohne Beachtung der internationalen Beziehungen Preussens von den 1852 geschlossenen europäischen Verträgen zurücktrete. Die Successionsfrage wird durch den Deutschen Bund unter Meiner Mitwirkung geprüft werden, und dem Ergebniss dieser Prüfung kann Ich nicht vorgreifen. Bevor dasselbe feststeht, handelt es sich um Beschaffung der Mittel für die vom Deutschen Bunde beschlossenen Executionsmassregeln und für die im Gefolge derselben etwa nöthig werdenden Vertheidigungsanstalten. ¶ Die Vollziehung des Bundesbeschlusses ist eine dem Staate

No. 991.  
Preussen,  
27. Dec.  
1863.

**No. 991.** Preussen, 27. Dec. 1863. rechtlich und vertragsmässig obliegende Pflicht, und die Gefahren, welche sich aus derselben leicht und schnell entwickeln können, dürfen das Land nicht unvorbereitet treffen. Unter diesen Umständen kann das Haus die schwere Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen wollen, diese ganz unentbehrlichen Mittel zu versagen, oder ihre Bewilligung an Bedingungen zu knüpfen, welche in die zweifellosen Rechte Meiner Krone eingreifen. Ich würde es nicht verstehen, wenn dasselbe Haus, welches meine Regierung so lebhaft zur Action drängt, in dem Augenblicke und auf dem Felde, wo diese Action eintreten kann und muss, die Mittel zu derselben versagte. Ich würde es um so weniger verstehen, als Meine Gesinnung und Mein Wort dafür bürgen, dass die Mittel, welche Ich zum Schutze des Rechtes und der Ehre des Landes fordere, auch diesem Zwecke entsprechend werden verwandt werden. Jeder Zweifel daran widerspricht dem Vertrauen, welches das preussische Volk in das Wort seiner Könige zu setzen gewohnt ist. ¶ Ich muss das Haus unter mahnender Hinweisung auf den Ernst des Momentes und auf die Wichtigkeit der Entscheidung für die Zukunft des Vaterlandes zu vertrauensvoller Berathung der Vorlage vom 8. d. Mts. und, im Hinblick auf die unaufhaltsame Entwicklung der Thatsachen, zu beschleunigter Bewilligung der, für die Erfüllung der Bundespflichten und für die Sicherstellung der Landes-Vertheidigung unabweislich nothwendigen Anleihe auffordern. ¶ Berlin, den 27. December 1863.

Wilhelm.

*v. Bismarck. v. Bodelschwingh. v. Roon.*

*v. Mühler. Graf zur Lippe. Graf zu Eulenburg.*

An das Haus der Abgeordneten.

## No. 992.

**PREUSSEN.** — Antwort des Königs auf die Adresse des Herrenhauses. —

**No. 992.** Preussen, 13. Jan. 1864.

Ich habe die Adresse des Herrenhauses vom 21. December empfangen und mit Befriedigung von ihrem Inhalte Kenntniss genommen. ¶ Der Zweck der Forderung, welche Meine Regierung an die Landesvertretung gestellt hat, ist, wie die Adresse mit Recht bemerkt, einestheils die Erfüllung bundesrechtlicher Verpflichtung, zu welcher die Mittel nicht versagt werden können, anderntheils die Wahrung von Preussens Machtstellung und Ehre gegen jeden Angriff bei dieser Erfüllung. Dass das Herrenhaus die Lösung der Aufgabe, welche Preussens Politik zur Zeit gestellt ist, mit voller Zuversicht in der Hand seines Königs sieht, daran habe Ich nie gezweifelt, aber der erneuerte Ausdruck dieses Vertrauens ist Mir erfreulich gewesen in einer Zeit, welche ernste und folgenschwere Entschlüsse von Mir fordert. Ich bin überzeugt, dass das Land, welches Meine Gesinnung kennt, dieses Vertrauen theilt. ¶ Das Herrenhaus wird von der richtigen Erkenntniss geleitet, dass Angesichts der drohenden Verwickelungen die Wege der Politik sich nicht im Voraus bestimmen lassen, und dass Rechtsfragen und völkerrechtliche Beziehungen nicht durch Wünsche und Sympathien,



so natürlich dieselben auch sein mögen, entschieden werden können; dass aber, wenn jenes Ziel, über welches Alle einig sind, nämlich die Wahrung der Rechte Deutschlands, sowie der Ehre und Macht Preussens, erreicht werden soll, unumgänglich nöthig ist, für alle Fälle gerüstet zu sein. ¶ Ich spreche dem Herrenhause für die Zusage seiner vertrauensvollen Unterstützung Meinen Dank aus und mag der Hoffnung nicht entsagen, dass in beiden Häusern des Landtags sich die Hingebung an des Vaterlandes Aufgabe kräftig genug erweisen werde, um jede Rücksicht auf schwebende Differenzen in den Hintergrund treten zu lassen und Meiner Regierung durch einmüthigen Beschluss die Mittel zur Verfügung zu stellen, welche für die Lösung jener Aufgabe erforderlich sind.

No. 992.  
Preussen,  
13. Jan.  
1864.

Berlin, den 13. Januar 1864.

Wilhelm.

*v. Bismarck. v. Bodelschwingh. v. Roon. Graf Itzenplitz.  
v. Mühler. Graf zur Lippe. v. Selchow. Graf Eulenburg.*

### No. 993.

**PREUSSEN.** — Rede des Ministerpräsidenten v. Bismarck beim Schlusse der Sitzungen des Landtags. —

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! — Seine Majestät der König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen der beiden Häuser des Landtages der Monarchie in Allerhöchst Ihrem Namen zu schliessen. ¶ Bei der Eröffnung der Sitzungs-Periode wurde von des Königs Majestät der dringende Wunsch kund gegeben, die zwischen Allerhöchst Ihrer Regierung und einem Theile der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnisse ausgeglichen zu sehen. Dieser Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen, obwohl die Regierung Seiner Majestät es an entgegenkommenden Schritten nicht hat fehlen lassen. ¶ Das Haus der Abgeordneten hat an demselben Standpunkte festgehalten, welcher zur Auflösung des letzten Hauses vor Ihnen führte. In angeblicher Vertheidigung verfassungsmässiger Rechte hat es eine Reihe von Beschlüssen gefasst, welche den unverkennbaren Stempel des Strebens an sich tragen, diese Rechte ohne Rücksicht auf die Gleichberechtigung der übrigen Staatsgewalten und ohne Rücksicht auf das Wohl und die Interessen des Landes auszuüben. ¶ Durch Ablehnung des Gesetzentwurfes behufs Ergänzung des Artikel 99 der Verfassungs-Urkunde hat das Abgeordnetenhaus den Versuch zurückgewiesen, der Wiederkehr eines budgetlosen Zustandes ohne Beeinträchtigung der Rechte der Krone, wie der Landesvertretung vorzubeugen. ¶ Dasselbe Haus hat den Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1863, wenngleich ihm zur verfassungsmässigen Prüfung und Beschlussfassung über denselben bis zum Ablaufe des verflorbenen Jahres noch eine ausreichende Zeit zu Gebote stand, gar nicht in Berathung gezogen; dagegen hat es in dem Etat für das eben begonnene Jahr nicht blos mehrere für die Bedürfnisse der Verwaltung unentbehrliche Dispositionsfonds gestrichen, sondern es hat auch in Bezug auf den Militair-Etat diejenigen Beschlüsse des früheren Hauses erneuert, mit deren Aus-

No. 993.  
Preussen,  
25. Jan.  
1864.

No. 993.  
Preussen,  
25. Jan.  
1864.

föhrung das preussische Heer der Schwächung und Zerrüttung Preis gegeben sein würde. Es hat diese Beschlüsse gefasst ohne Vorberathung des Gesetzentwurfs über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, dessen Vorlegung das frühere Haus zur Vorbedingung seiner Berathung des Militair-Etats gemacht hatte. ¶ Durch diese Beschlussnahmen ist das Herrenhaus von Neuem veranlasst worden, in Ausübung seines verfassungsmässigen Rechtes, den ganzen Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1864, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen war, zu verwerfen. ¶ Dem Beschlusse des Hauses der Abgeordneten wegen Aufhebung der gegen einzelne Mitglieder desselben verhängten gerichtlichen Untersuchungshaft hat die Regierung, im Hinblicke auf die betreffenden Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde, Folge gegeben. ¶ Es kann aber nicht die Meinung der Regierung sein, dass es dem Ansehen der öffentlichen Rechtspflege und der Würde des Hauses entspreche, wenn dasselbe solchen Abgeordneten, gegen welche schon vor ihrer Wahl wegen hochverrätherischer Unternehmungen die Untersuchungshaft von dem zuständigen Gerichtshofe verfügt worden ist, die Theilnahme an den Berathungen des Hauses ermöglicht und dadurch den Schein einer Parteinahme für die gegen die äussere und innere Sicherheit des Staates gerichteten Bestrebungen der polnischen Insurrection auf sich ladet. ¶ Zur Ausführung der vom Deutschen Bunde beschlossenen Execution in Holstein und zur Wahrung der Machtstellung und Ehre Preussens in der weiteren Entwicklung dieses Streits, bedurfte und bedarf die Regierung Seiner Majestät ausserordentlicher Mittel für die Militair- und Marine-Verwaltung. Während das Herrenhaus in einer Adresse an des Königs Majestät seine vertrauensvolle Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Krone in dieser ernsten Frage ausgesprochen hat, ist von dem Hause der Abgeordneten die erforderliche Genehmigung zu einer Anleihe versagt und sogar die Bewilligung desjenigen Geldbedarfs verweigert worden, welchen Preussen, als Mitglied des Deutschen Bundes, beizutragen unzweifelhaft verpflichtet ist. Indem das Haus diesen Beschluss fasste, ist es um so entschiedener mit der vertrauensvollen Gesinnung in Widerspruch getreten, von welcher das preussische Volk für seine Könige jeder Zeit beseelt war, als des Königs Majestät, in der Allerhöchsten Antwort vom 27. v. Mts. auf die Adresse des Hauses, Seine Gesinnung und Sein königliches Wort als Bürgschaft dafür hingestellt hatte, dass die beantragten Geldmittel zum Schutze des Rechts und der Ehre des Landes verwandt werden würden. Der feindselige Charakter dieser Beschlüsse, in welchen sich das Bestreben ausdrückt, die auswärtige Politik der Regierung einem verfassungswidrigen Zwange zu unterwerfen, ist durch Resolutionen erhöht worden, durch welche die Mehrheit des Hauses der Abgeordneten, in der von ihr willkürlich aufgestellten Voraussetzung kriegerischer Verwickelungen zwischen Preussen und anderen deutschen Staaten, im Voraus gegen das preussische Vaterland Partei nimmt. ¶ Ein solches Auftreten des Hauses der Abgeordneten kann auf die Befestigung und Entwicklung unserer Verfassungs-Zustände nur verderblich einwirken, und es muss einstweilen auf die Hoffnung einer Verständigung verzichtet werden. Die Regierung Seiner Majestät wird sich aber unter allen Umständen für verpflichtet halten müssen, mit ganzer Kraft und in voller Ausübung der königlichen Rechte für die Er-

haltung des Staats und für das Wohl und die Ehre Preussens einzustehen. Sie hält an der Ueberzeugung fest, dass sie hierbei in der patriotischen Gesinnung des Landes eine ausreichende und wachsende Unterstützung finden werde. ¶ Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Königs erkläre ich hiermit die Sitzung der beiden Häuser des Landtages für geschlossen.

No. 993.  
Preussen,  
25. Jan.  
1864.

## No. 994.

**FRANKREICH.** — Adresse des Senates auf die kaiserliche Eröffnungsrede, mit der Antwort des Kaisers\*). —

Sire, — En présence d'une législature nouvelle et des graves questions qui s'agitent en Europe, la France attendait avec impatience le moment solennel où Votre Majesté se met tous les ans en communication avec elle. Votre voix, Sire, éclaire, apaise et fortifie l'opinion publique. Elle l'empêche de s'égarer dans la politique de conjectures et de fausses interprétations qui trouble les esprits et froisse les intérêts. Votre Majesté a parlé, et le pays sait maintenant qu'en entrant dans une période qui doit le conduire jusqu'à la dix-huitième année du règne de l'Empereur, il y trouvera, comme précédemment, la stabilité, le progrès et les plus hautes pensées de concorde et de civilisation. ¶ Ce n'est pas que la France ait à redouter le défaut de stabilité qui se manifeste par le tumulte de la place publique. Nos populations sont tranquilles et appliquées à leurs travaux; elles ne se mettent en mouvement que pour courir sur les pas de Votre Majesté et l'accompagner de leurs acclamations. ¶ Nous ne devons pas craindre davantage l'instabilité si fatale dans les institutions politiques. L'accord entre les grands pouvoirs de l'État n'a jamais été plus complet, et la France a répondu à votre attente par des élections qui ont montré la puissance du sentiment dynastique dans le pays. Heureux résultats d'une Constitution aussi bien adaptée que la Constitution de 1852 aux intérêts de notre nation, et qui, par une sage conciliation, a organisé un pouvoir fort sans excès, en même temps qu'une liberté réelle sans licence! Votre Majesté veut que cette Constitution soit fidèlement gardée. Le Sénat l'oubliera d'autant moins, qu'il est convaincu que, sans elle, la France verrait s'obscurcir les jours de prospérité qu'elle lui doit depuis onze ans. Sans doute, elle est perfectible; votre Gouvernement, Sire, en a donné des preuves précieuses pour l'esprit libéral de notre époque. Mais elle n'est pas une convention éphémère que puissent venir altérer des transformations réfractaires à ses principes. Le peuple l'a voulue; il en a voté les bases, et un peuple qui connaît le poids de sa parole ne stipule pas pour un jour: ses pactes sont faits pour la durée; ils s'étendent au loin dans les perspectives de son avenir. L'histoire de votre Dynastie, Sire, en est la preuve: malgré les revers et l'exil, malgré la mort et les révolutions, les suffrages donnés au Premier Consul se sont retrouvés, après un demi-siècle, dans les suffrages donnés à son Neveu. C'est que, quoi qu'on en dise, la nation française n'est pas légère dans ses affections et ses croyances;

No. 994.  
Frankreich,  
31. Dec.  
1863.

\*) Vergl. No. 916.

No. 994.  
Frankreich,  
21. Dec.  
1863.

et, lorsqu'elle a refait l'Empire en 1852, elle n'a pas moins mesuré la profondeur de ses résolutions, que lorsqu'elle l'a créé, pour la première fois, cinquante ans auparavant. Serrons-nous donc autour de l'oeuvre populaire, autour de ce pacte constitutionnel qui est la vraie manifestation du régime impérial. Ce pacte n'est pas un essai ; c'est tout un système politique où se trouvent, d'un côté le programme de votre avènement, de l'autre l'assentiment de huit millions de votes. Nous serions inexcusables si, plus versatile que cette immense majorité qui est le peuple lui-même, et qu'on taxe souvent d'inconstance, nous lui donnions, au bout de onze ans, l'exemple de la mobilité dans des choses où chaque jour constate sa persévérance. ¶ Mais ce qui sera toujours bien reçu du Sénat, ce sont les améliorations réclamées par les besoins publics ; ce sont aussi les réformes libérales, toutes les fois qu'elles laisseront intact, dans vos mains, le pouvoir indispensable à la tranquillité et à la prospérité du pays. Le progrès a partout pénétré depuis 1852, soit dans les institutions, soit dans le mouvement des intérêts matériels et moraux, et rien n'a pu l'arrêter dans sa marche, pas même les souffrances occasionnées par les événements d'Amérique, dans des centres industriels importants ; souffrances qui, malheureusement, n'ont pas encore entièrement cessé, mais qui peuvent toujours compter sur les efforts secourables et redoublés du Gouvernement et des particuliers. Le progrès poursuivra donc sa carrière dans la période qui va s'ouvrir ; car il est un des caractères de votre règne et un besoin impérieux pour l'infatigable génie de la France. ¶ C'est pour en faciliter la marche que Votre Majesté a annoncé la présentation ou l'étude de différents projets de lois. Ils fixeront l'attention du Pouvoir législatif. Il sera très-opportun, par exemple, de simplifier les formes administratives qui gênent, par les lenteurs de leur minutieuse intervention, l'élan des efforts individuels qu'il faut, au contraire, stimuler. C'est là l'excès, c'est le matérialisme de la centralisation : ce n'en est pas l'essence. En elle-même, la centralisation est un caractère de nos moeurs : elle constitue une des formes de notre société, une des garanties de nos intérêts individuels locaux, une des forces vitales de notre civilisation. Mais ce ne sera pas mettre en doute ses mérites, que de rechercher dans les attributions des conseils généraux celles dont l'extension se concilierait avec elle. Nous le disions à Votre Majesté dans notre Adresse de 1862 : „Les conseils généraux sont une des institutions les mieux conçues de notre régime administratif.“ S'ils représentent l'esprit local par rapport au Gouvernement, ils représentent l'esprit centralisateur par rapport au canton et à la commune ; et c'est surtout par leur vitalité centrale que tant de résistances de clochers ont été vaincues et que tant d'utiles entreprises ont été exécutées avec l'ensemble dans chaque département. Peut-on espérer de trouver dans l'élément municipal, considéré en général, la même énergie féconde ? Peut-on, avec l'exiguïté de ses moyens, l'indigence de ses ressources et le cercle borné de son action, lui rendre la vie, qui déjà s'était refroidie chez lui dans les temps de l'ancienne monarchie ? C'est une question que le Sénat se borne à soulever et qui sera résolue par l'étude que Votre Majesté en a ordonnée. ¶ En ce qui concerne la situation financière, elle eût été des plus satisfaisantes, si les deux expéditions de la Cochinchine et du Mexique n'eussent amené des charges extraordinaires par suite de complications inopinées, de retards inévitables et de nécessités impérieuses. La force majeure impose souvent des

sacrifices à une nation qui veut faire respecter son nom et garder son rang dans le monde. La France espère cependant être couverte de ses avances par l'indemnité de guerre que Votre Majesté exige du Mexique. La générosité n'empêche pas le droit et la justice. ¶ Du reste, tout, dans les documents, contredit l'hypothèse que l'expédition aurait été conçue pour créer un empire mexicain sous le sceptre d'un prince étranger; il ne faut pas prendre pour une cause ce qui n'est qu'une fin possible. Protéger nos nationaux, défendre notre honneur et nos intérêts, frapper un coup décisif dans un pays lointain, où le commerce nous appelle et où nous a si souvent trompés un Gouvernement inhospitalier, tel a été le but fondamental et patriotique de l'Empereur. La France est une démocratie ardente au travail, qui se consumerait dans une activité stérile si, manquant d'une vaste expansion, elle était obligée de se replier sur elle-même. C'est pour favoriser son immense labeur que Votre Majesté s'est occupée d'étendre par des traités ses relations commerciales. C'est également veiller pour elle que de lui ouvrir des débouchés, de lui créer, au delà des mers, des communications sûres, et de montrer ses spéculations, et son industrie puissamment protégées par la main de la France. Ce que désirent maintenant Votre Majesté et le pays c'est que l'entreprise glorieusement commencée reçoive le plus tôt possible une solution digne de l'Empereur et des intérêts français. Alors nos héroïques soldats de terre et de mer, fiers de leur tâche accomplie, viendront, comme leurs frères des armées de Crimée, d'Italie et de Chine, recevoir de la patrie le tribut d'admiration et de reconnaissance que leurs exploits leur ont mérité. ¶ Maintenant, permettez-nous, Sire, d'arriver à la grande pensée du discours de Votre Majesté. ¶ Pendant la dernière session, les affaires de Pologne prirent une gravité imprévue, et le Sénat, par un ordre du jour dont le sens était une confiance entière dans la politique de Votre Majesté, s'associa à sa vive sympathie pour les malheurs de ce pays; car tout ce qui le frappe retentit en France par un profond contre-coup. Votre Majesté, en entrant dans une action diplomatique collective avec l'Angleterre et l'Autriche, était fondée à espérer que la Russie, cédant à des conseils amis et à la voix de l'humanité, accorderait des conditions favorables à un peuple opprimé. Mais la Russie ne s'est pas entendue avec les trois Puissances. C'est alors que Votre Majesté a désiré épuiser tous les moyens de conciliation, et que, donnant une étendue plus large à ses vues pacifiques, Elle a adressé aux Cours de l'Europe la proposition d'un Congrès embrassant dans son arbitrage l'ensemble des questions qui menacent une époque troublée, comme la nôtre, par des transitions difficiles et des désirs de rénovation. Sire, la France qui a suivi vos armes avec enthousiasme sur les champs de bataille de la Crimée et de l'Italie, la France qui sera partout et toujours avec vous, vous accompagnera avec bonheur dans cet aréopage convié à régénérer par l'esprit des temps modernes le pacte européen. Au commencement de ce siècle, le Congrès de Vienne se préoccupa des dangers récents de la Révolution française plutôt que des transformations sourdes, mais redoutables, que les loisirs de la paix allaient bientôt introduire dans les idées et dans les intérêts des nations. Aussi, le temps a-t-il ruiné ou miné ses combinaisons, de sorte que partout l'équilibre de 1814 et de 1815 se

No. 994.  
Frankreich,  
21. Dec.  
1863.

No. 994.  
Frankreich,  
21. Dec.  
1863.

trouve compromis. ¶ Ce n'est pas la France qui se plaindra de la décadence des traités douloureux de cette époque; mais ce n'est pas elle non plus qui se réjouirait de voir l'Europe continuer sa périlleuse existence sur une base précaire et vacillante. Elle a donc applaudi avec transport à votre proposition d'un Congrès; prévoyante idée qui offre à notre patrie des satisfactions exemptes d'ambition, à l'Europe des garanties de paix et le désarmement, à la civilisation une libre et vaste carrière pour ses développements. Puissent les souverains, guidés par leur haute raison et par les lumières du siècle, s'unir à Votre Majesté pour une tâche qui, allant au-devant des luttes au lieu d'en attendre l'explosion, réglera les prétentions et mettra le droit des Gouvernements en harmonie avec les vœux légitimes des peuples. L'Angleterre a cependant décidé qu'elle s'abstiendrait; sa situation exceptionnelle lui permet peut-être d'être moins touchée que Votre Majesté des dangers du *status quo*; mais les autres Gouvernements ne peuvent que gagner, en présence d'un passé qui s'écroule, à fonder une situation qui ne soit plus ni menacée, ni méconnue; les peuples gagneront aussi à entrer avec eux dans un avenir de transaction et de concorde. Quoi qu'il arrive, le pays ne désavouera pas Votre Majesté lorsqu'elle a fait la part des responsabilités, et qu'après avoir fait entendre les avertissements de la sagesse, elle a dit à l'Europe: „*Je parle au nom de la France.*“

---

Antwort des Kaisers.

Monsieur le Président, — Organe du premier corps de l'État, vous m'apportez des paroles qui me touchent profondément. ¶ Je vois avec plaisir que les discours les plus opposés sont venus se confondre dans l'unanimité du vote de l'Adresse et me témoigner la même confiance; elle ne sera point trompée. — Le bien, vous le savez, est l'unique mobile de mes actions. A l'intérieur comme à l'extérieur je désire l'apaisement des passions, la concorde et l'union. ¶ J'appelle de tous mes vœux le moment où les grandes questions qui divisent les Gouvernements et les peuples pourront être résolues pacifiquement par un arbitrage européen. Ce souhait était celui du Chef de ma Famille lorsqu'il s'écriait à Sainte-Hélène: „Se battre en Europe, c'est faire de la guerre civile.“ ¶ Cette grande pensée, jadis une utopie, ne peut-elle pas devenir demain une réalité? — Quoi qu'il en soit, il y a toujours honneur à proclamer un principe qui tend à faire disparaître les préjugés d'un autre âge. Unissons nos efforts pour ce noble but; ne nous préoccupons des obstacles que pour les vaincre, et de l'incrédulité que pour la confondre. ¶ Veuillez être, monsieur le Président, auprès du Sénat l'interprète de mes remerciements.

---

## No. 995.

**FRANKREICH.** — Adresse des Gesetzgebenden Körpers auf die kaiserliche Eröffnungsrede, mit der Antwort des Kaisers. —

Sire, — Le Corps législatif partage la confiance que Vous inspire le renouvellement de ses pouvoirs. Malgré la vivacité de la lutte, les populations ont montré qu'elles restent toujours profondément dévouées aux institutions impériales, à votre Personne et à votre Dynastie. En venant prendre notre part dans l'examen des affaires publiques, nous ne perdrons jamais de vue ces principes et ces sentiments, et nous agirons de concert avec Vous de manière à ne pas les affaiblir. ¶ Votre Majesté a eu raison de devancer l'opinion publique dans la voie de la liberté industrielle et commerciale. La France, qui pendant longtemps avait douté d'elle-même, a foi aujourd'hui dans ses propres forces. Nos industries ont pu, par leurs efforts et leurs sacrifices, résister à la concurrence étrangère. Elles déploieront encore une plus grande énergie lorsqu'elles verront les moyens de transport multipliés et rendus plus prompts et plus faciles. Aussi souhaitons-nous que l'activité donnée aux travaux publics ne soit pas ralentie, qu'aucun retard ne soit apporté à l'exécution des chemins de fer, et que l'amélioration de nos ports, de nos rivières, de nos canaux, de nos routes et surtout de nos chemins vicinaux, soit toujours l'objet de la sollicitude de votre Gouvernement. ¶ Nos finances, sagement ménagées, affranchies des circonstances exceptionnelles qui pèsent sur elles, pourront faire face à tous les besoins du pays, sans qu'il soit nécessaire de recourir au crédit public ou à de nouveaux impôts. ¶ Votre Majesté, dont les dispositions libérales ne se démentent pas, nous annonce encore de nouvelles réformes. Nous étudierons celles qui nous seront soumises, avec le désir de seconder Votre amour pour le véritable progrès. Toutes les mesures qui auront pour but: de détruire les obstacles à la liberté des transactions ainsi qu'à l'initiative individuelle, de régler d'une manière équitable, dans la question du travail, les rapports entre les citoyens placés dans des conditions différentes, d'accroître les attributions des communes et des départements sans énerver le pouvoir central, seront accueillies par nous avec faveur et reconnaissance. ¶ Nous nous associons à l'intérêt que Votre Majesté porte à tout ce qui a rapport à la religion, à la bienfaisance, aux arts, aux lettres et aux sciences. L'instruction primaire s'est rapidement développée depuis 1848. Nous pensons, comme Vous, que le nombre des enfants qui en sont privés est encore trop considérable; nous espérons le voir diminuer chaque année et disparaître enfin de nos statistiques, grâce à l'aisance croissante des populations, ayant pour complément les bienfaits de la gratuité. Nous souhaiterions aussi que l'enseignement professionnel et agricole fût efficacement encouragé, en même temps que serait élevé le niveau des études donnant accès aux carrières libérales. Ce système d'ensemble répondrait aux besoins des familles et aux aspirations de la société moderne, en fortifiant toutes les carrières et en épargnant à la jeunesse de fréquents mécomptes. ¶ Le Corps législatif croit, comme Vous, Sire, que les nations les plus sagement gouvernées ne sauraient se flatter d'échapper tou-

No. 995.  
Frankreich,  
1. Febr.  
1864.

No. 995.  
Frankreich,  
1. Febr.  
1864.

jours à des complications extérieures, et qu'elles doivent les apprécier sans illusions comme sans faiblesse. Les expéditions lointaines de Chine, de Cochinchine et du Mexique, qui se sont succédé, ont effectivement inquiété beaucoup d'esprits en France, à cause des obligations et des sacrifices qu'elles entraînent. Nous reconnaissons qu'elles doivent inspirer au loin le respect de nos nationaux et du pavillon français, et qu'elles peuvent aussi développer notre commerce maritime; mais nous serons heureux de voir se réaliser prochainement les bons résultats que Votre Majesté nous fait espérer. ¶ Les souvenirs de notre histoire, les sentiments d'humanité qui nous animent, excitent nos plus vives sympathies pour le sort des Polonais. Nous avons vu avec douleur que les efforts combinés des trois grandes Puissances n'aient pu parvenir à résoudre cette grave question selon vos intentions bienveillantes. Nous ne pouvons pas non plus méconnaître que l'appui sincère et cordial de la Russie a été utile à la France dans une occasion importante. Nous espérons que l'esprit de conciliation qui anime les deux Souverains parviendra à écarter tout ce qui pourrait faire obstacle aux bonnes relations entre les deux Puissances. Aussi avons-nous accueilli avec une satisfaction profonde cette noble idée d'un Congrès européen, dont l'initiative sera pour Votre règne un éternel honneur. La France, à laquelle vous avez rendu la splendeur et la gloire, Vous sait gré de ne pas compromettre ses trésors et le sang de ses enfants pour des causes dans lesquelles ne sont engagés ni son honneur ni ses intérêts. Laissez sans regrets, Sire, quelques préventions injustes accueillir avec défiance Vos loyales et pacifiques propositions. Les idées nobles et saines que Dieu fait éclore dans le cœur des souverains pour le bien de l'humanité font leur chemin dans le monde et prennent racine dans le cœur des peuples. Attendez avec calme l'effet de Vos paroles généreuses. La France homogène, compacte, sûre de sa force, confiante en Vous, ne redoute aucune agression; elle n'a aujourd'hui d'autre ambition que celle d'assurer son repos, de développer son bien-être matériel par le travail et la paix, son bien-être moral par la pratique sincère et graduée des libertés civiles et politiques.

---

Antwort des Kaisers.

Monsieur le Président, — L'Adresse qui m'exprime l'approbation du Corps législatif me touche profondément. Les discussions sur la vérification des pouvoirs et sur l'Adresse ont été longues et approfondies, et quoiqu'elles aient pris aux affaires près de trois mois, elles n'ont pas été sans utilité. Quels sont en effet, pour tout esprit impartial, les résultats définitifs de ces débats? Des accusations habilement répandues réduites à néant; la politique du Gouvernement mieux appréciée; une majorité plus compacte et plus dévouée au maintien de nos institutions. ¶ Ce sont là de grands avantages obtenus; car, après l'infructueux essai de tant de régimes différents, le premier besoin du pays est la stabilité. Ce n'est pas sur un terrain sans consistance et toujours remué qu'on peut fonder quelque chose de durable. ¶ Que voyons-nous en effet depuis soixante ans? La liberté ne devenir entre les mains des partis qu'une arme pour



renverser. De là d'incessantes fluctuations; de là tour à tour le pouvoir succombant sous la liberté et la liberté succombant sous l'anarchie. — Il ne doit plus en être ainsi, et l'exemple des dernières années prouve que l'on peut concilier ce qui a paru depuis si longtemps inconciliable. ¶ Le progrès vraiment fécond est le fruit de l'expérience, et sa marche ne sera pas hâtée par de systématiques et injustes attaques, mais par l'union intime du Gouvernement avec une majorité que le patriotisme inspire et qu'une vaine popularité ne séduit jamais. ¶ Attendons de la concorde et du temps les améliorations possibles; que l'espoir trompeur d'un mieux chimérique ne compromette pas sans cesse le bien présent que nous avons à cœur de consolider ensemble. Restons chacun dans notre droit, vous, en éclairant et contrôlant la marche du Gouvernement, moi, en prenant l'initiative de tout ce qui est utile à la grandeur et à la prospérité de la France.

No. 995.  
Frankreich,  
1. Febr.  
1864.

### No. 996.

**GROSSBRITANNIEN.** — Königliche Botschaft zur Eröffnung des Parlaments am 4. Februar 1864, verlesen von dem Lord Kanzler. —

My Lords and Gentlemen, — We are commanded to assure you that her Majesty has great satisfaction in recurring again to the advice and assistance of her Parliament. ¶ Her Majesty is confident that you will share her feeling of gratitude to Almighty God on account of the Princess of Wales having given birth to a son; an event which has called forth from her faithful people renewed demonstrations of devoted loyalty and attachment to her person and family. ¶ The state of affairs on the Continent of Europe has been the cause of great anxiety to her Majesty. The death of the late King of Denmark brought into immediate application the stipulations of the Treaty of May, 1852, concluded by her Majesty, the Emperor of Austria, the Emperor of the French, the King of Prussia, the Emperor of Russia, the King of Sweden, and afterwards acceded to by the King of Hanover, the King of Saxony, the King of Wurtemberg, the King of the Belgians, the King of the Netherlands, the Queen of Spain, the King of Portugal, and the King of Italy. ¶ That Treaty declared that it is conducive to the preservation of the balance of power, and of the peace of Europe, that the integrity of the Danish monarchy should be maintained, and that the several territories which have hitherto been under the sway of the King of Denmark should continue so to remain; and for this purpose it was agreed that upon the death of the late King and of his uncle Prince Frederick without issue, his present Majesty King Christian IX. should be acknowledged as succeeding to all the dominions then united under the sceptre of his Majesty the King of Denmark. ¶ Her Majesty, actuated by the same desire to preserve the peace of Europe which was one of the declared objects of all the Powers who were parties to that Treaty, has been unremitting in her endeavours to bring about a peaceful settlement of the differences which on this matter have arisen between Germany and Denmark, and to ward off the dangers which might follow from a beginning of warfare in the

No. 996.  
Gross-  
britannien,  
4. Febr.  
1864.

No. 996.  
Gross-  
britannien,  
4. Febr.  
1864.

North of Europe; and her Majesty will continue her efforts in the interest of peace. ¶ The barbarous murders and cruel assaults committed in Japan upon subjects of her Majesty rendered it necessary that demands should be made upon the Japanese Government, and upon the Daimio by whose retainers some of those outrages were committed. ¶ The Government of the Tycoon complied with the demand made upon them by her Majesty's Government, and full satisfaction having been made, the friendly relations between the two Governments have continued unbroken. But the Daimio Prince of Satzuma refused to comply with the just and moderate demands which were made upon him. ¶ His refusal rendered measures of coercion necessary, and her Majesty regrets that while those measures have brought this Daimio to an agreement for compliance, they led incidentally to the destruction of a considerable portion of the town of Kagosima. ¶ Papers on this subject will be laid before you. ¶ The insurrection which broke out last year among some portion of the native inhabitants of New Zealand still unfortunately continues, but there is reason to hope that it will, before long, be put down. ¶ Her Majesty commands us to inform you that she has concluded a treaty with the Emperor of Austria, the Emperor of the French, the King of Prussia, and the Emperor of Russia, by which her Majesty consents to give up the protectorate of the Ionian Islands, and also agrees to the annexation of those Islands to the Kingdom of Greece. This treaty shall be laid before you. Her Majesty is also negotiating a treaty with the King of the Hellenes for regulating the arrangements connected with the union of the Ionian Islands with the Kingdom of Greece. ¶ Gentlemen of the House of Commons, — Her Majesty has desired the Estimates for the ensuing year to be laid before you. They have been prepared with every attention to economy, and with a due regard to the efficiency of the public service. ¶ My Lord and Gentlemen, — Her Majesty commands us to inform you that the condition of the country is, on the whole, satisfactory. The revenue has fully realised its expected amount; the commerce of the United Kingdom is increasing; and while the distress in the manufacturing districts has been in some degree lessened, there is reason to look forward to an increased supply of cotton from various countries which have hitherto but scantily furnished our manufacturers with this material for their industry. ¶ Her Majesty has directed that a Commission shall be issued for the purpose of revising the various forms of subscription and declaration required to be made by the clergy of the Established Church. A copy of that Commission will be laid before you. ¶ Various measures of public usefulness will be submitted to your consideration. ¶ Her Majesty commits, with confidence, the great interests of the country to your wisdom and care; she fervently prays that the blessing of Almighty God may attend your deliberations and prosper your Councils for the advancement of the welfare and happiness of her loyal and faithful people.

---

# Deutsch-Dänische Frage.

No. 997. \*)

**ÖSTERREICH, DÄNEMARK, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, RUSSLAND, SCHWEDEN. —**  
Protocole de la Conférence tenue au Foreign Office le 4 juillet 1850. —

Présents: le Chargé d'affaires d'Autriche; le Ministre de Danemark; l'Ambassadeur de France; le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les Affaires Étrangères; le Ministre de Russie; et le Ministre de Suède et de Norvège.

No. 997.  
Europäische  
Mächte,  
4. Juli  
1850.

\*) Die mit dem 15. November v. J. eingetretene Wendung in der deutsch-dänischen Frage bedingt ein Zurückgehen auf Staatsacte der früheren Jahrhunderte, sowie auf solches Urkundenmaterial, das für die mit dem 15. November abgeschlossene Phase der Entwicklung von keinem oder von geringerem Belang war, neuerdings aber Bedeutung erhalten hat. — Für die älteren Zeiten, die namentlich bei der Erbfolgefrage in Betracht kommen, sind die Belege, soweit dieselben überhaupt zur öffentlichen Kunde gelangten, hauptsächlich in folgenden Sammlungen zu finden:

1. F. C. Jensen und D. H. Hogewisch, Privilegien der schleswig-holsteinischen Ritterschaft. Kiel 1797.
2. N. Falck, Sammlung der wichtigsten Urkunden, welche auf das Staatsrecht der Herzogthümer Schleswig und Holstein Bezug haben, herausgegeben und mit einer Einleitung versehen. Kiel 1847.
3. C. F. A. Ostwald, zur Würdigung der Schrift: „Zweite polemische Erörterung, von A. L. J. Michelsen,“ ein publicistischer Beitrag. Zweiter Theil, Urkundliche Beilagen. Kopenhagen 1848. [Der Erste Theil, welcher den „publicistischen Beitrag“ enthalten sollte, ist nicht erschienen].

Von den Ereignissen seit 1848 handeln:

1. Actenstücke zur schleswig-holsteinischen Frage (gedruckt für die Mitglieder der deutschen Nationalversammlung). Frankfurt a. M. 1848.
2. Actenstücke zur neuesten schleswig-holsteinischen Geschichte, Heft 1. (Die Verhandlungen der Statthalterschaft von Schleswig-Holstein und den von Oesterreich und Preussen Namens des Deutschen Bundes ernannten Commissairen im Januar 1851.) Leipzig 1851.
3. Dasselbe, Heft 2. und 3. (Die Zeit der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein 1848.) Leipzig 1852.
4. Urkundenbuch zur Geschichte der holstein-lauenburgischen Angelegenheit am Deutschen Bunde in den Jahren 1851 bis 1858. Frankfurt a. M. 1858.
5. Urkundenbuch zur deutsch-dänischen Angelegenheit. Vom 29. October 1857 bis 26. December 1861. Hamburg 1862.
6. Actstykker henholdende til Ministeriels meddelelse af 28. October 1851.
7. Das Staatsarchiv, Band I: No. 60—63; Band II: No. 235--250; Band III: No. 319—322. 412. 413; Band V: No. 731—847. (Letzteres auch besonders unter dem Titel: Actenstücke zur deutsch-dänischen Frage aus den Jahren 1861 bis 1863. Hamburg 1863.) [No. 902—915.]

No. 997.  
Europäische  
Mächte,  
4. Juli  
1850.

Le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour le Département des Affaires Étrangères a pris la parole afin de motiver la proposition faite à MM. les Représentants réunis au Foreign Office, de concourir à la signature du Protocole ci-annexé en projet, dont il leur a donné lecture. ¶ Il a expliqué les circonstances qui ont empêché M. le Ministre de Prusse d'assister à cette réunion. ¶ Il a invité ensuite MM. les Représentants réunis en délibération à lui faire connaître, si les instructions de leurs Gouvernements leur permettaient de procéder, séance tenante, à la signature du susdit Acte. ¶ M. le Chargé d'Affaires d'Autriche a déclaré, qu'à défaut d'instructions nécessaires, il se croyait dans l'obligation d'en référer à sa Cour, à laquelle il s'empresserait de soumettre la proposition ainsi que le projet de rédaction qui venaient de lui être communiqués officiellement. ¶ M. le Ministre de Danemark, en annonçant qu'il se trouvait autorisé à signer le Protocole projeté, a exprimé, au nom de sa Cour, la satisfaction qu'elle éprouve d'y retrouver des témoignages d'intérêts dont elle ne saurait méconnaître le prix. ¶ M. l'Ambassadeur de France, et MM. les Ministres de Russie, et de Suède et de Norvège, ont déclaré être prêts à signer le Protocole dont lecture venait de leur être faite, comme étant de nature à répondre pleinement aux intentions de leurs Gouvernements, dans l'intérêt commun de la conservation de la paix et de l'équilibre européen. ¶ Persuadés que la Cour de Berlin est animée des mêmes sentiments\*), les Représentants de Danemark, de France, de Russie, et de Suède et de Norvège, ont réservé à M. le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique d'adresser au Cabinet de Berlin l'invitation de concourir à la signature du Protocole projeté. ¶ En conséquence les Représentants de Danemark, de France, de la Grande-Bretagne, de Russie, et de Suède et de Norvège, ont procédé à parapher le susdit Acte.

*A. B. Koller. Reventlow. E. Drouyn de Lhuys.  
Palmerston. Brunnow. J. G. Rehausen.*

---

Annexe. — Projet de Protocole de la Conférence tenue au Foreign Office le 4 juillet 1850.

Présents : les Plénipotentiaires d'Autriche ; de Danemark ; de France ; de la Grande-Bretagne ; de Prusse ; de Russie ; et de Suède et de Norvège.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, le Président de la République française, Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sa Majesté le Roi de Prusse, Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, et Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, considérant que le maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, lié aux intérêts généraux de l'équilibre européen, est d'une haute importance pour la conservation de la paix, ont résolu, à l'invitation de Sa Majesté le Roi de Danemark, de constater le parfait accord qui subsiste entre leurs Cabinets quant au maintien de ce principe, et autorisé

---

\*) Vergl. übriges No. 1024.

leurs Plénipotentiaires réunis en conférence à émettre en leur nom la déclaration ci-après.

No. 997.  
Europäische  
Mächte,  
4. Juli  
1850.

§ 1. Le désir unanime des dites Puissances est que l'état des possessions actuellement réunies sous la Couronne de Danemark soit maintenu dans son intégrité.

§ 2. En conséquence, elles reconnaissent la sagesse des vues qui déterminent Sa Majesté le Roi de Danemark à régler éventuellement l'ordre de succession dans Sa Royale Maison, de manière à faciliter les arrangements au moyen desquels l'intégrité de la Monarchie danoise demeurera intacte.

§ 3. Elles continueront à unir leurs soins afin que les négociations de la paix, ouvertes à Berlin sous la médiation de la Grande-Bretagne sur la base des Préliminaires arrêtés à Berlin, parviennent à une conclusion prochaine.

§ 4. Lorsque ce but aura été atteint, les dites Puissances se réservent de se concerter entr'elles afin de donner aux résultats de ces négociations un gage additionnel de stabilité par un acte de reconnaissance européenne. Il est convenu que cette délibération aura lieu à Londres, et que les dites Puissances muniront à cet effet leurs Représentants des pleins-pouvoirs nécessaires.

*Reventlow. E. Drouyn de Lhuys. Palmerston.  
Brunnow. J. G. Rehausen.*

## No. 998.

### ÖSTERREICH, DÄNEMARK, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, RUSSLAND, SCHWEDEN.

— Protocole de la Conférence tenue au Foreign Office le 2 août 1850.

Présents: le Chargé d'Affaires d'Autriche; le Ministre de Danemark; l'Ambassadeur de France; le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les Affaires Étrangères; le Ministre de Russie; et le Ministre de Suède et de Norvège.

No. 998.  
Europäische  
Mächte,  
2. Aug.  
1850.

Les Représentants, réunis en Conférence au Foreign Office, ont pris en considération les changements à apporter au projet de Protocole du 4 juillet, rendus nécessaires par la conclusion du Traité de Paix, signé à Berlin le 2 du même mois. ¶ Ces changements de rédaction ayant été adoptés par Messieurs les Plénipotentiaires de Danemark, de France, de la Grande-Bretagne, de Russie, et de Suède et de Norvège, M. le Chargé d'Affaires d'Autriche a exprimé le désir de les soumettre préalablement à l'approbation de sa Cour. ¶ En conséquence il a été résolu de procéder à la signature du Protocole, en le laissant ouvert pour la Cour d'Autriche. ¶ La même décision a été prise quant à la Cour de Prusse, dont le Représentant n'a pas assisté à cette réunion.

*Koller. Reventlow. E. Drouyn de Lhuys.  
Palmerston. Brunnow. J. G. Rehausen.*

No. 998.  
Europäische  
Mächte,  
2. Aug.  
1850.

Annexe. — Protocole de la Conférence tenue au Foreign Office  
le 2 août 1850.

Présents: les Plénipotentiaires d'Autriche; de Danemark; de France; de la Grande-Bretagne; de Russie; et de Suède et de Norvège.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, le Président de la République française, Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sa Majesté le Roi de Prusse, Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, et Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, considérant que le maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, lié aux intérêts généraux de l'équilibre européen, est d'une haute importance pour la conservation de la paix, ont résolu, à l'invitation de Sa Majesté le Roi de Danemark, de constater le parfait accord qui subsiste entre leurs Cabinets quant au maintien de ce principe, et autorisé leurs Plénipotentiaires réunis en conférence à émettre en leur nom la déclaration ci-après.

§ 1. Le désir unanime des dites Puissances est que l'état des possessions actuellement réunies sous la domination de Sa Majesté Danoise soit maintenu dans son intégrité.

§ 2. En conséquence, elles reconnaissent la sagesse des vues qui déterminent Sa Majesté le Roi de Danemark à régler éventuellement l'ordre de succession dans Sa Royale Maison, de manière à faciliter les arrangements au moyen desquels le but ci-dessus mentionné pourra être atteint sans altérer les relations du Duché de Holstein avec la Confédération Germanique.

§ 3. Elles se félicitent que les négociations ouvertes à Berlin sous la médiation de la Grande-Bretagne aient déjà amené la signature d'un Traité entre le Danemark et la Prusse en son nom et au nom de la Confédération Germanique, Traité, qui, elles en ont le ferme espoir, aura pour résultat le rétablissement de la paix.

§ 4. Voulant de leur côté manifester dès à présent leur désir de faciliter, en autant qu'il peut dépendre d'elles, la conclusion des arrangements mentionnés dans l'Article II du présent Protocole, les dites Puissances se réservent de se concerter entre elles afin de donner à ces arrangements un gage additionnel de stabilité par un acte de reconnaissance européenne. Il est convenu que cette délibération aura lieu à Londres, et que les dites Puissances muniront à cet effet leurs Représentants des pleins pouvoirs nécessaires.

*Reventlow. E. Drouyn de Lhuys. Palmerston.  
Brunnow. J. G. Rehausen.*

### No. 999.

OESTERREICH, DÄNEMARK, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, RUSSLAND,  
SCHWEDEN. — Protocole de la Conférence tenue au Foreign Office  
le 23 août 1850.

No. 999.  
Europäische  
Mächte,  
23. Aug.  
1850.

Présents: les Plénipotentiaires d'Autriche, de Danemark, de France, de la Grande-Bretagne, de Russie, et de Suède et de Norvège.

Le Chargé d'affaires d'Autriche a annoncé: Qu'il a été autorisé par sa

Cour à adhérer en Son nom aux principes énoncés dans le Préambule et l'Article I du Protocole du 2 août 1850, ainsi qu'aux déclarations renfermées dans les articles II et IV; bien entendu que les stipulations du susdit Protocole ne pourront porter préjudice aux droits de la Confédération Germanique. ¶ Le Ministre de Danemark, en acceptant avec satisfaction l'adhésion ainsi donnée par la Cour d'Autriche au Protocole du 2 août, a cru devoir rappeler de son côté, qu'il est bien entendu que les droits fédéraux de l'Allemagne ci-dessus mentionnés ne sauraient s'appliquer qu'au Duché de Holstein et à celui de Lauenbourg, comme faisant partie de la Confédération Germanique. ¶ Les Représentants de France, de la Grande-Bretagne, de Russie, et de Suède et de Norvège, en rendant unanimement justice aux sentiments qui ont déterminé la Cour d'Autriche à adhérer aux principes établis par le Protocole du 2 août, dans un intérêt général de paix et d'équilibre européen, ont pris acte des susdites déclarations.

No. 999.  
Europäische  
Mächte,  
23. Aug.  
1850.

*Koller. Reventlow. E. Drouyn de Lhuys.  
Palmerston. Brunnow. J. G. Rehausen.*

## No. 1000.

**RUSSLAND und DÄNEMARK.** — Protokoll, betreffend die Ordnung der Erbfolge in der dänischen Monarchie.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le roi de Danemark, prenant en considération les transactions conclues entre leurs augustes prédécesseurs, dans les années 1767 et 1773;

No. 1000.  
Russland,  
und  
Dänemark  
5. Juni  
1851.

Considérant qu'autant pour établir le repos du nord de l'Europe sur un pied durable que pour écarter tout ce qui pouvait alors ou dans l'avenir donner lieu à des malentendus ou différends dans l'auguste maison d'Oldenbourg, l'empereur Paul, de glorieuse mémoire, alors grand-duc de Russie, a renoncé pour lui-même, ainsi que pour ses héritiers et descendants, en faveur de S. M. le roi Chrétien VII, de glorieuse mémoire, ainsi que des héritiers de sa couronne royale, à tous ses droits et prétentions au duché de Schleswig en général, comme à la partie ci-devant princière de ce duché en particulier; que de la même manière et par les mêmes motifs, S. M. l'empereur Paul a cédé pour lui-même, ainsi que pour ses descendants, héritiers et successeurs, tout ce qu'il possédait dans le duché de Holstein, soit en commun avec S. M. le roi de Danemark, soit séparément;

Considérant que cet acte de cession du duché de Holstein n'a eu lieu expressément qu'en faveur de S. M. le roi Chrétien VII et de sa descendance mâle ainsi qu'éventuellement en faveur de feu le prince Frédéric, frère du roi, et de la descendance mâle de ce prince; et que les éventualités qu'admettaient les termes mêmes de cet acte de cession se sont en partie déjà réalisées par l'extinction de la descendance mâle du roi Chrétien VII, ou peuvent se réaliser dans un avenir plus ou moins rapproché, sans que lesdites transactions y aient pourvu d'aucune manière;

No. 1000.  
Russland  
und  
Dänemark,  
3. Juni  
1851.

Prévoyant les dangers que ce silence des traités existants peut avoir pour la monarchie danoise, si, à la suite de l'extinction de la lignée mâle actuellement sur le trône de Danemark, la *lex regia* recevait son application pure et simple à une partie de cette monarchie ;

Se sont reconnu l'obligation et le droit, comme successeurs des augustes parties contractantes aux transactions de 1767 et 1773, de s'entendre ultérieurement sur les combinaisons les plus appropriées au double but qu'elles ont eu en vue.

En conséquence, les soussignés, après un mûr examen de toutes les questions qui se rattachent à cette affaire, ont arrêté entre eux, sous la réserve expresse de la haute approbation de leurs souverains respectifs, et ont consigné dans le présent protocole les points qui suivent :

1<sup>o</sup> Le but qu'on se propose dans l'intérêt de la paix du Nord autant que dans celui de la paix intérieure de l'auguste maison d'Oldenbourg, savoir le maintien de l'intégrité de la monarchie danoise, ne peut être réalisé qu'au moyen d'une combinaison qui appelle à la succession, dans la totalité des États actuellement réunis sous le sceptre de S. M. le roi de Danemark, la seule descendance mâle à l'exclusion des femmes.

2<sup>o</sup> La descendance mâle du prince Chrétien de Schleswig-Holstein-Sonderbourg-Glucksbourg et de son épouse M<sup>me</sup> la princesse Louise de Hesse, réunit en elle les droits d'hérédité qui, à l'extinction de la lignée mâle actuellement régnante en Danemark, lui échoient en vertu des renonciations de S. A. R. M<sup>me</sup> la landgrave Charlotte de Hesse, de son fils M<sup>sr</sup> le prince Frédéric de Hesse \*), et de sa fille M<sup>me</sup> la princesse Marie d'Anhalt-Dessau.

3<sup>o</sup> Voulant, de son côté, compléter les titres résultant de ces renonciations et amener ainsi une combinaison qui serait d'un si haut intérêt pour le maintien de la monarchie danoise dans son intégrité, S. M. l'Empereur de toutes les Russies, comme chef de la branche aînée de Holstein-Gottorp, serait prêt à renoncer aux droits éventuels qui lui appartiennent, en faveur de M<sup>sr</sup> le prince Chrétien de Glucksbourg et de sa descendance mâle.

Toutefois il est entendu :

Que les droits éventuels des deux branches cadettes de Holstein-Gottorp seraient expressément réservés ;

Que ceux dont l'auguste chef de la branche aînée ferait l'abandon, pour lui-même et pour sa descendance mâle, en faveur du prince Chrétien de Glucksbourg et de sa descendance mâle, renaîtraient dans la maison impériale de Russie à l'époque où, ce qu'à Dieu ne plaise, la descendance mâle de ce prince viendrait à s'éteindre ;

Que puisque la renonciation de S. M. l'Empereur aurait principalement pour but de faciliter une combinaison que réclament les premiers intérêts de la monarchie, l'offre d'une pareille renonciation cesserait d'être obligatoire si la combinaison elle-même venait à manquer.

\*) Vergl. Nr. 235.



4<sup>o</sup> Par suite des considérations qu'indiquent les § 2 et 3 ci-dessus, M<sup>gr</sup> le prince Chrétien de Glucksbourg, conjointement avec M<sup>me</sup> la princesse son épouse, et à leur défaut, la descendance mâle de Leurs Altesses, auraient plus qu'aucune autre branche des titres qui les rendent habiles à succéder, le cas échéant, dans les États réunis actuellement sous le sceptre de Sa Majesté Danoise.

No. 1000.  
Russland  
und  
Dänemark,  
5. Juni  
1851.

En conséquence, les deux Cours de St-Petersbourg et de Copenhague sont convenues :

Que S. M. le roi de Danemark désignera le prince et la princesse de Glucksbourg, conjointement, comme les héritiers présomptifs de sa couronne, pour le cas où la ligne mâle de la dynastie actuellement régnante viendrait à s'éteindre ;

Que Sa Majesté fera connaître sa haute détermination aux Puissances amies du Danemark ;

Que si, pour assurer la complète réussite de cette combinaison, encore d'autres renonciations étaient jugées utiles et désirables, ce serait à Sa Majesté Danoise à se charger des indemnités auxquelles il pourrait être reconnu des titres justes et équitables ;

Enfin, que c'est à Londres qu'auront lieu les négociations nécessaires pour donner aux arrangements en vertu desquels le prince et la princesse de Glucksbourg seront reconnus comme successeurs présomptifs au trône de Danemark, le caractère d'une transaction européenne.

Les soussignés se réservent de soumettre le présent protocole à leurs augustes souverains et de solliciter leur haute approbation en faveur des dispositions qu'il renferme.

Varsovie, le 24 mai (5 juin) 1851.

*Nesselrode. Meyendorff. Reetz.*

## No. 1001.

**PREUSSEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. dänischen Gesandten in Berlin, die Ordnung der dänischen Erbfolge betreffend.

Berlin, 30 septembre 1851.

Le soussigné Président du Conseil et Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté le Roi de Prusse a eu l'honneur de recevoir la note que Monsieur le Comte de Bille-Brahe, Envoyé en mission extraordinaire de Sa Majesté le Roi de Danemark, a bien voulu lui adresser le 26 de ce mois au sujet de la question de la succession danoise. ¶ Le soussigné n'a pas tardé à mettre cette importante communication sous les yeux du Roi, son auguste Maître. Plus Sa Majesté a toujours apprécié à sa juste valeur les graves intérêts politiques qui réclament le maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, plus Elle appelle de tous Ses vœux le plein succès de l'oeuvre que dans ce but Sa Majesté le Roi de Danemark se propose d'accomplir sous les auspices des grandes Puissances. Sa Majesté rend une pleine justice à la généreuse pensée qui a présidé aux renonciations volontaires destinées à faciliter une combinaison qui concentrerait tous

No. 1001.  
Preussen,  
30. Sept.  
1851.

No. 1001.  
Preussen,  
30. Sept.  
1851.

les titres et toutes les prétentions aux différentes parties de la Monarchie danoise sur Leurs Altesses le Prince Christian de Glücksbourg et Son Épouse, Madame la Princesse Louise de Hesse. Sa Majesté n'hésite donc pas à donner Son assentiment à l'établissement du principe, que l'état des possessions actuellement réunies sous la domination de Sa Majesté danoise soit maintenu dans son intégrité, et Elle applaudit de même aux arrangements en vertu desquels le Prince Christian de Glücksbourg conjointement avec Son Épouse, Madame la Princesse Louise, et Leur descendance mâle, seront reconnus comme successeurs présomptifs au trône de Danemark. ¶ En priant Monsieur le Comte de Bille-Brahe de bien vouloir porter la présente note à la connaissance de Sa Majesté le Roi de Danemark et de Son Gouvernement, le soussigné a l'honneur d'ajouter, qu'il ne fait que répéter ici l'expression des pensées que le Roi, son auguste Maître, a déjà énoncées dans la réponse à la lettre de Sa Majesté le Roi de Danemark, dont la note du 26 du mois fait mention. ¶ Le soussigné profite en même temps avec plaisir de cette occasion pour, etc.

*Manteuffel.*

## No. 1002.

**ÖSTERREICH DÄNEMARK, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, PREUSSEN, RUSSLAND, SCHWEDEN.** — Protocole d'une Conférence tenue au Foreign Office le 28 avril 1852.

No. 1002.  
Europäische  
Mächte,  
28. April  
1852.

Le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique a ouvert la Conférence en soumettant aux Plénipotentiaires le Projet de Traité proposé par le Plénipotentiaire de Danemark, et annexé au présent Protocole. ¶ Après avoir annoncé l'adhésion donnée à ce projet par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, il a invité les Plénipotentiaires à faire connaître, s'ils étaient prêts à y adhérer au nom de leurs Gouvernements. ¶ Les Plénipotentiaires d'Autriche, de France, de Russie, et de Suède, ont déclaré que la teneur du susdit Acte répondait entièrement aux vues et aux intentions de leurs Cabinets respectifs. ¶ Le Chargé d'Affaires d'Autriche a fait observer toutefois qu'il n'était pas encore muni des pleins-pouvoirs nécessaires pour signer, bien qu'il se crût autorisé à accepter et à parapher la rédaction proposée. ¶ Le Plénipotentiaire de Prusse, dans l'absence d'instructions de son Gouvernement, a signalé la nécessité où il est de se mettre en mesure d'en recevoir. ¶ Le Principal Secrétaire d'État, en constatant la haute importance que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique attache au concours de Sa Majesté le Roi de Prusse pour l'accomplissement d'une oeuvre si désirable dans l'intérêt général de la paix, s'est empressé d'informer les Plénipotentiaires, que des nouvelles arrivées à l'instant de Berlin lui donnaient l'espoir fondé de voir s'applanir les difficultés qui jusqu'ici avaient retardé l'envoi des pouvoirs dont le Plénipotentiaire de Prusse regrettait l'absence. En même temps il a engagé ce dernier à ne pas laisser ignorer à sa Cour qu'un plus long retard placerait la Conférence dans l'obligation regrettable de procéder à la signature du Traité sans la participation du Plénipotentiaire prussien; et

afin de prévenir cette nécessité, il a proposé, à la Conférence de surseoir jusqu'à la réception d'une réponse de Berlin. ¶ Le Plénipotentiaire de Prusse, appréciant les motifs de cette détermination, s'est engagé à prendre sans le moindre délai les ordres de sa Cour. ¶ Les Plénipotentiaires se sont empressés d'exprimer unanimement l'espoir, que le Plénipotentiaire de Prusse serait prochainement mis en mesure de prendre part avec eux à une oeuvre, dont le but étant d'assurer le maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, se trouve en parfaite harmonie avec les sentiments hautement manifestés par Sa Majesté le Roi de Prusse. ¶ Passant ensuite à la lecture du projet soumis à leur délibération, les Plénipotentiaires ont discuté la rédaction, Article par Article; et après s'être mis d'accord en tous points sur l'ensemble, ils en ont paraphé un des exemplaires déposé aux actes de la Conférence, jusqu'à la signature formelle du Traité; et dans ce but les Plénipotentiaires ont fixé une réunion prochaine au Samedi 1<sup>er</sup> mai.

No. 1002.  
Europäische  
Mächte,  
28. April  
1852.

*Kubeck. Bille. Walewski. Malmesbury.  
Bunsen. Brunnow. Rehausen.*

### No. 1003.

**OESTERREICH, DÄNEMARK, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, PREUSSEN, RUSSLAND, SCHWEDEN.** — Protocole d'une Conférence tenue au Foreign Office le 8 mai 1852.

Présents : les Plénipotentiaires d'Autriche, de Danemark, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse, de Russie, et de Suède et de Norvège.

No. 1003.  
Europäische  
Mächte,  
8. Mai  
1852.

Les P. P. se sont réunis ainsi qu'il avait été convenu à la séance du 28 avril. ¶ Le P. d'Autriche a annoncé avoir reçu les pleins-pouvoirs qu'il attendait. ¶ Le P. de Prusse étant également muni de ceux qu'il avait demandés, tous les P. P. ont procédé à la signature du Traité, dont la rédaction avait été arrêtée dans la précédente séance. ¶ Le P. de Danemark, au nom de sa Cour, a exprimé les sentiments de reconnaissance que lui inspirait le témoignage d'intérêt qu'elle venait de recevoir des Puissances amies, qui ont contribué à une transaction d'une si haute importance pour la conservation de l'intégrité de la Monarchie danoise. ¶ Il a saisi cette occasion de remercier tous les Plénipotentiaires du concours empressé qu'ils lui ont prêté pour atteindre un résultat si désirable et si utile à l'affermissement de la paix de l'Europe.

*Kubeck. Bille. Walewski. Malmesbury.  
Bunsen. Brunnow. Rehausen.*

## No. 1004.

**DÄNEMARK** oinerseits und andererseits **OESTERREICH, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, PREUSSEN, RUSSLAND, SCHWEDEN.** — Traité de Londres du 8 mai 1852.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

No. 1004.  
Dänemark  
und  
Europäische  
Mächte,  
8. Mai  
1852.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, Le Prince Président de la République française, Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sa Majesté le Roi de Prusse, Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, et Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège,

Considérant que le maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, lié aux intérêts généraux de l'équilibre européen, est d'une haute importance pour la conservation de la paix, et qu'une combinaison, qui appellerait à succéder à la totalité des États actuellement réunis sous le sceptre de Sa Majesté le Roi de Danemark la descendance mâle, à l'exclusion des femmes, serait le meilleur moyen d'assurer l'intégrité de cette monarchie, ont résolu, à l'invitation de Sa Majesté danoise, de conclure un Traité, afin de donner aux arrangements relatifs à cet ordre de succession un gage additionnel de stabilité par un acte de reconnaissance européenne.

En conséquence, les hautes Parties Contractantes ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: — — lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:

Art. 1. Après avoir pris en sérieuse considération les intérêts de Sa Monarchie, Sa Majesté le Roi de Danemark, de l'assentiment de Son Altesse Royale le Prince Héritaire et de Ses plus proches Cognats, appelés à la succession par la Loi Royale de Danemark, ainsi que de concert avec Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, Chef de la Branche aînée de la Maison de Holstein-Gottorp, ayant déclaré vouloir régler l'ordre de succession dans Ses États, de manière à ce qu'à défaut de descendance mâle en ligne directe du Roi Frédéric III de Danemark Sa Couronne soit transmise à Son Altesse le Prince Christian de Slesvig-Holstein-Sonderbourg-Glücksbourg, et aux descendants issus du mariage de ce Prince avec Son Altesse la Princesse Louise de Slesvig-Holstein-Sonderbourg-Glücksbourg, née Princesse de Hesse, par ordre de primogéniture, de mâle en mâle; les Hautes Parties Contractantes, appréciant la sagesse des vues qui ont déterminé l'adoption éventuelle de cette combinaison, s'engagent d'un commun accord, dans le cas où l'éventualité prévue viendrait à se réaliser, à reconnaître à Son Altesse le Prince Christian de Slesvig-Holstein-Sonderbourg-Glücksbourg, et aux descendants mâles, issus en ligne directe de son mariage avec la dite Princesse, le droit de succéder à la totalité des États actuellement réunis sous le sceptre de Sa Majesté le Roi de Danemark.

Art. 2. Les Hautes Parties Contractantes, reconnaissant comme permanent le principe de l'intégrité de la Monarchie danoise, s'engagent à prendre en considération les ouvertures ultérieures que Sa Majesté le Roi de Danemark

jugerait à propos de Leur adresser, si, ce qu'à Dieu ne plaise, l'extinction de la descendance mâle, en ligne directe, de Son Altesse le Prince Christian de Slesvig-Holstein-Sonderbourg-Glücksbourg, issue de Son Mariage avec Son Altesse la Princesse Louise de Slesvig-Holstein-Sonderbourg-Glücksbourg, née Princesse de Hesse, devenait imminente.

No. 1004.  
Dänemark  
und  
Europäische  
Mächte,  
8. Mai  
1852.

Art. 3. Il est expressément entendu que les droits et les obligations réciproques de Sa Majesté le Roi de Danemark et de la Confédération Germanique, concernant les Duchés de Holstein et de Lauenbourg, droits et obligations établis par l'Acte Fédéral de 1815 et par le droit Fédéral existant, ne seront pas altérés par le présent Traité.

Art. 4. Les Hautes Parties Contractantes se réservent de porter le présent Traité la connaissance des autres Puissances, en les invitant à y accéder.

Art. 5. Le présent Traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Londres, dans le délai de six semaines, ou plus tôt si faire se peut. \*)

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes. ¶ Fait à Londres, le huit mai, l'an de grâce mil huit cent cinquante-deux.

(L. S.) *Bille.*

(L. S.) *Kubeck.*

(L. S.) *A. Walewski.*

(L. S.) *Malmesbury.*

(L. S.) *Bunsen.*

(L. S.) *Brunnow.*

(L. S.) *Rehausen.*

## No. 1005.

**RUSSLAND.** — Gesandter in London an den königl. dänischen Gesandten daselbst. — Wiederholung der Vorbehalte des Warschauer Protokolls. —

Londres, le 8 mai 1852.

Le Soussigné, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur de toutes les Russies près S. M. Britannique, ayant été autorisé à signer le traité, conclu en ce jour, conjointement avec S. E. Mr. le Chambellan de Bille, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de S. M. le Roi de Danemark, a reçu l'ordre, de Lui remettre en même temps la présente note à l'effet de rappeler et de renouveler les réserves exprimées dans

No. 1005.  
Russland,  
8. Mai  
1852.

\*) Les ratifications de ce traité ont été échangées à Londres le 19 juin 1852 entre le Danemark d'une part et l'Autriche, la France, la Grande-Bretagne, la Prusse, et la Suède et la Norvège de l'autre, et entre le Danemark et la Russie le 2 juillet 1852. Les actes de ratification ont été signés par S. M. le Roi de Danemark le 18 mai 1852, par S. M. l'Empereur d'Autriche le 24 mai, par le Prince-Président de la République française le 19 mai, par S. M. la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande le 31 mai, par S. M. le Roi de Prusse le 27 mai, par S. M. l'Empereur de toutes les Russies le 5 juin, et par S. M. le Roi de Suède et de Norvège le 27 mai. (Anmerkung der amtlichen dänischen Ausgabe.)

No. 1005.  
Russland,  
8. Mai  
1852.

le protocole de Varsovie du  $\frac{24 \text{ mai}}{5 \text{ juin}}$  1851, lequel, après avoir été revêtu de la sanction de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, et de S. M. le Roi de Danemark, a été porté à la connaissance des Cabinets Signataires du présent traité. ¶ Le § 3 du susdit protocole est conçu en ces termes: [cf. No. 1000.]

En renouvelant, d'ordre de Sa Cour, les réserves ci-dessus énoncées, le Soussigné saisit cette occasion pour offrir à S. Exc. M. de Bille l'assurance de sa haute considération.

*Brunnow.*

### No. 1006.

**DÄNEMARK.** — Gesandter in London an den kaiserl. russischen Gesandten daselbst. — Bestätigung des in der vorausgehenden Note ausgesprochenen Vorbehalts. —

Londres, le 24 mai 1852.

No. 1006.  
Dänemark,  
24. Mai  
1852.

Le Soussigné, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de S. M. le Roi de Danemark près S. M. Britannique, s'est empressé de transmettre à Son Gouvernement la note que S. E. Mr. le Baron de Brunnow, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de S. M. l'Empereur de toutes les Russies lui a fait l'honneur de lui adresser e. d. du  $\frac{8 \text{ mai}}{26 \text{ avril}}$  de l'année courante, par ordre de Sa Cour, à l'effet de rappeler et de renouveler les réserves exprimées dans le protocole de Varsovie du  $\frac{5 \text{ juin}}{24 \text{ mai}}$  1851, dont le § 3 est conçu en ces termes: [cf. No. 1000.]

La note susmentionnée ayant en conséquence été déposée aux archives de Sa Majesté le Roi de Danemark, le Soussigné a reçu l'ordre d'en prévenir S. E. Mr. le Baron de Brunnow. Du reste il est chargé de déclarer, qu'il est également entendu de la part de son Gouvernement que les stipulations du traité du 8 de ce mois ne peuvent ni ne doivent altérer en rien la nature des réserves en question, qui garderont ainsi, après la signature de ce traité, la même force et valeur qu'elles avaient avant sa conclusion.

Le Soussigné profite de la présente occasion pour renouveler, etc.

*Bille.*

### No. 1007.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. gleichlautend an die königlichen Gesandtschaften in Berlin, London, Paris, St. Petersburg, Stockholm und Wien. — Die Ausführung des Londoner Vertrags betreffend. —

Copenhague, le 9 septembre 1852.

No. 1007.  
Dänemark,  
9. Sept.  
1852.

Par la dépêche que j'ai eu l'honneur de Vous adresser e. d. du 31 d. p. je Vous ai fait part de la ligne de conduite que le Roi, notre auguste Souverain, en prenant l'initiative réservée à Sa Majesté dans le protocole de la conférence tenue à Londres le 19 juin dernier, Se propose de suivre relativement à la mise

à exécution de l'art. IV du traité du 8 mai dernier. ¶ Je me permettrai aujourd'hui de Vous préciser avec plus de détail les démarches que le Roi, après avoir pris connaissance des notions qui viennent d'arriver de Londres, m'a chargé de faire pour donner suite à la susdite stipulation — démarches pour la réussite desquelles je Vous engage, Monsieur, à me prêter Votre coopération auprès du Gouvernement de . . . . . ¶ Vous trouverez ci-près, Monsieur, une liste contenant l'indication des Souverains que le Gouvernement du Roi invitera à accéder au traité du 8 mai 1852 en conformité de l'art. IV de cet acte. Cette invitation sera adressée aux Cours près lesquelles le Roi est diplomatiquement représenté par l'organe des Agents respectifs de Sa Majesté, aux Cours près lesquelles il ne se trouve pas d'agent diplomatique directement par moi en ma qualité de Ministre des affaires étrangères. Une formule de la note d'invitation se trouve ci-annexée. Le Gouvernement du Roi est d'avis que l'acte d'accession pourra le plus convenablement s'accomplir moyennant une déclaration ministérielle. Les actes d'acceptation qui suivront les accessions respectives seront également rédigés en forme de déclarations ministérielles faites au nom du Roi. En me permettant de Vous faire parvenir également une formule de l'acte d'accession, telle que nous désirons l'obtenir, j'ose espérer que ces courtes indications suffiront avec les pièces ci-jointes à Vous donner une idée claire de la manière dont j'ai l'intention de procéder dans l'affaire en question. ¶ Je n'ai pas besoin de signaler à Votre attention, Monsieur, combien il serait désirable au Roi et utile pour parvenir promptement au but, que les Puissances cosignataires du traité du 8 mai dernier se décidassent à suivre exactement la même voie que je viens de tracer. Dans ma dépêche précitée je me suis appliqué à faire ressortir comme un point essentiel que l'invitation à accéder n'émanât pas du Danemark seul, mais qu'elle fût accompagnée ou du moins suivie de près d'invitations analogues et conformes de la part des autres Hautes Parties contractantes. La forme d'une démarche collective au nom de la conférence de Londres n'ayant pas trouvé l'approbation unanime de toutes les Puissances signataires, celle que je viens d'indiquer ici me paraît la plus simple et sous plusieurs rapports préférable à une invitation faite par le Gouvernement danois seul, bien qu'au nom des autres parties contractantes et appuyée par elles. Nous croyons donc pouvoir nous livrer à l'espoir que le Gouvernement . . . . . n'hésitera pas à adopter la ligne de conduite proposée et voudra bien, si cela est encore nécessaire, charger les Représentants respectifs de . . . . . de se joindre aux démarches qui seront faites au nom du Roi, notre auguste Souverain, auprès des Gouvernements où ils sont accrédités, en adressant nommément à ces Gouvernements des notes d'invitation aussi analogues que possible aux nôtres. Vous êtes expressément appelé à Vous rendre l'interprète de ce vœu auprès du Gouvernement de . . . . . et Vous voudrez bien en même temps, Monsieur, exprimer le désir d'être informé de l'époque où les Représentants de . . . . . pourront être munis de ces instructions ultérieures et définitives, afin que Vous puissiez me mettre à même de juger de l'époque la plus opportune pour faire partir d'ici les notes d'invitation danoises, dont la remise ne devrait pas précéder de trop longtemps celle des ouvertures

No. 1007.  
Danemark,  
9. Sept.  
1852.

No. 1007.  
Danemark,  
9. Sept.  
1852.

semblables des autres Parties contractantes. ¶ Il me reste à Vous parler de la ligne de conduite qui sera observée plus spécialement vis-à-vis de la Confédération Germanique. La Confédération ne se trouve pas parmi les États énumérés sur la liste ci-jointe, parce qu'il y a lieu de croire dès-à-présent que les Puissances contractantes seront moins unanimement d'accord à l'égard de l'invitation de ce corps politique. D'après ce que le Ministre du Roi à Londres vient de me mander il paraît ainsi certain que le Gouvernement britannique qui regarde une simple notification comme suffisante ne se décidera pas à adresser une demande d'accession à la Confédération Germanique. Mais cependant et bien que la Grande-Bretagne ne soit peut-être pas la seule des Puissances signataires du traité qui envisage la question de cette manière, le Roi, n. a. S., par déférence pour les deux grandes Puissances Allemandes ne Se refuse nullement à adresser une invitation formelle à la Confédération, si ces deux Puissances sont d'accord pour désirer une telle démarche. Par conséquent Vous êtes chargé de déclarer à ce sujet au Gouvernement de . . . que le Ministre du Roi à Francfort a reçu l'ordre de se concerter au cas supposé avec ses collègues d'Autriche et de Prusse sur la forme qui, suivant l'usage établi et les antécédents de la Diète, pourrait le plus convenablement être adoptée vis-à-vis de la dite assemblée. Le résultat de ces délibérations sera immédiatement porté à la connaissance du Cabinet de . . . afin que le Gouvernement de . . . puisse juger, s'il lui est possible de se rendre à nos désirs en se prêtant également par rapport à la Confédération Germanique à des démarches simultanées et conformes aux nôtres. Il est évident que nous ne saurions que de cette manière éviter le double danger de discussions désagréables au sein de la Diète conduisant peut-être même à la non-accession de la Confédération et d'une fausse interprétation de notre démarche éventuelle, comme si elle eût eu pour but d'obtenir une sanction de la part de la Diète. Je Vous engage donc, Mr., à n'épargner dès-à-présent aucun effort pour faire agréer nos vues au Gouv't. de . . . qui en effet rendrait le plus grand service au Roi en s'associant de la manière la plus efficace aux démarches concertées éventuellement entre le Danemark et les deux grandes Puissances Allemandes pour obtenir l'accession de la Confédération Germanique. Je n'ai pas besoin d'ajouter que les instructions dont le Ministre du Roi à Francfort se trouvera muni sous peu partent de la supposition que l'Autriche et la Prusse sont d'accord entr'elles pour demander, que la Confédération soit invitée à accéder et qu'elles donnent l'assurance positive — se portent en quelque sorte garants — d'obtenir par leurs efforts un résultat satisfaisant. ¶ En portant cette dépêche à la connaissance du Cabinet de . . . . Vous voudrez bien, Mr., appuyer avant tout sur le désir du Roi de voir bientôt l'affaire, dont il s'agit, terminée d'une manière conforme au but que les Puissances respectives se sont posé par le traité du 8 mai dernier. ¶ J'ai l'honneur d'être, etc.

*Bluhme.*



## Annexe 1. — Liste des Souverains.

S. M. le Roi de Bavière ;  
 S. M. le Roi des Belges ;  
 S. M. le Roi des Deux-Siciles ;  
 S. M. la Reine d'Espagne ;  
 S. M. le Roi de Grèce ;  
 S. M. le Roi de Hanovre ;  
 S. M. le Roi des Pays-Bas ;  
 S. M. la Reine de Portugal ;  
 S. M. le Roi de Sardaigne ;  
 S. M. le Roi de Saxe ;  
 S. M. le Roi de Wurtemberg ;  
 S. A. R. l'Électeur de Hesse ;  
 S. A. R. le Grand Duc de Bade ;  
 S. A. R. le Grand Duc de Hesse-Darmstadt ;  
 S. A. R. le Grand Duc de Mecklembourg-Schwerin ;  
 S. A. R. le Grand Duc de Mecklembourg-Strelitz ;  
 S. A. R. le Grand Duc d'Oldembourg ;  
 S. A. R. le Grand Duc de Saxe-Weimar ;  
 S. A. I. & R. le Grand Duc de Toscane.

No. 1007.  
 Danemark,  
 9. Sept.  
 1852.

## Annexe 2. — Projet de note.

Le Soussigné (tit.) a reçu l'ordre d'adresser à (tit.) la communication suivante : ¶ S. M. le Roi de Danemark d'une part, et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, le Prince-Président de la République française, S. M. la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, S. M. le Roi de Prusse, S. M. l'Empereur de toutes les Russies, et S. M. le Roi de Suède et de Norvège, de l'autre part, ont conclu à Londres le 8 mai 1852, dans le but d'assurer l'intégrité de la Monarchie danoise, un traité relatif à l'ordre de succession éventuelle à la totalité des États actuellement réunis sous le sceptre de S. M. le Roi de Danemark. ¶ Par l'article IV de ce traité les Hautes Parties Contractantes se sont réservé de le porter à la connaissance des autres Puissances en les invitant à y accéder. ¶ En conséquence de cette stipulation le Soussigné a été chargé de communiquer le texte du dit traité au Gouvernement (tit.) et de l'inviter au nom de S. M. le Roi de Danemark à y accéder. ¶ Le Soussigné saisit avec empressement cette occasion, etc. etc.

## Annexe 3. — Projet d'acte d'accession.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, le Prince-Président de la République française, S. M. la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, S. M. le Roi de Prusse, S. M. l'Empereur de toutes

No. 1007. les Russies, et S. M. le Roi de Suède et de Norvège, d'une part, et S. M. le  
 Dänemark, Roi de Danemark, de l'autre, ayant conclu à Londres le 8 mai 1852, dans le  
 9. Sept. but d'assurer l'intégrité de la Monarchie danoise, un Traité relatif à l'ordre de  
 1852. succession éventuelle à la totalité des États actuellement réunis sous le sceptre de  
 S. M. le Roi de Danemark; et les Hautes Parties Contractantes s'étant réservé  
 par l'article IV du dit Traité de le porter à la connaissance des autres Puissances,  
 en les invitant à y accéder, Elles ont fait adresser cette invitation à Sa Majesté  
 le Roi (Son Altesse Royale le Grand Duc) de . . . . . ¶ Et Sa dite  
 Majesté, après avoir eu communication du dit Traité, a autorisé le Soussigné  
 (tit.) à déclarer, que Sa Majesté le Roi de . . . . . accède formel-  
 lement par le présent acte au susdit Traité, dont copie se trouve ci-annexée.  
 ¶ En foi de quoi le Soussigné a signé le présent acte d'accession et y a apposé  
 le cachet de ses armes. ¶ Fait à, etc.

Annexe 4. — Projet d'acte d'acceptation.

Sa Majesté le Roi (Son Altesse Royale le Grand-Duc) de . . . . .  
 ayant par un acte signé à . . . . . le . . . . . du courant accédé envers S. M. le  
 Roi de Danemark au Traité conclu à Londres le 8 mai 1852 entre ce Souverain  
 et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, le Prince-Prési-  
 dent de la République française, S. M. la Reine du Royaume Uni de la Grande-  
 Bretagne et d'Irlande, S. M. le Roi de Prusse, S. M. l'Empereur de toutes les  
 Russies et S. M. le Roi de Suède et de Norvège, relatif à l'ordre de succession  
 éventuelle à la totalité des États actuellement réunis sous le sceptre de Sa Majesté  
 danoise, S. M. le Roi de Danemark a autorisé le Soussigné etc. etc. à accepter,  
 en Son nom, la dite accession. ¶ En foi de quoi le Soussigné a signé le présent  
 acte d'acceptation et y a apposé le cachet de ses armes.

Fait à etc.

No. 1008.

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an die königl. Gesandtschaften in Berlin,  
 London, Paris, St. Petersburg, Stockholm und Wien. — Anzeige von  
 dem Abgange der Einladungsschreiben zum Beitritt zu dem Londoner  
 Vertrag. —

Copenhague, le 11 novembre 1852.

No. 1008.  
 Dänemark,  
 11. Nov.  
 1852.

En me référant au contenu de ma dépêche circulaire du 9 septembre  
 dernier, j'ai l'honneur de Vous prévenir que les expéditions motivées par l'article  
 IV du Traité de Londres du 8 mai 1852 ont été transmises aujourd'hui à leurs  
 destinations respectives, et que, dans ces expéditions, la ligne de conduite proposée  
 aux Puissances cosignataires dans la susdite dépêche a sous tous les rapports été  
 observée par le Gouvernement du Roi. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté . . . . .

ayant de son côté muni ses représentants d'instructions analogues\*), tout paraît augurer un prochain et satisfaisant accomplissement à cette dernière partie d'une négociation qui intéresse essentiellement le Nord de l'Europe. ¶ Vous êtes invité, Monsieur, à Vous rendre auprès du Gouvernement de Sa Majesté . . . . . l'interprète de la plus sincère reconnaissance de celui du Roi pour sa coopération loyale dans toute cette affaire . . . . .

No. 1009.  
Danemark,  
11. Nov.  
1852.

*Bluhme.*

Beitrittserklärungen in der vorgeschlagenen Form sind erfolgt von sämtlichen, dazu eingeladenen nicht-deutschen Höfen, nämlich von

Toskana d. d. 30. November 1852.  
Sardinien d. d. 4. December 1852.  
Beiden Sicilien d. d. 4. December 1852.  
Spanien d. d. 5. December 1852.  
Niederlanden d. d. 20. December 1852.  
Belgien d. d. 28. December 1852.  
Griechenland d. d. 12/24 Januar 1853.  
Portugal d. d. 22. März 1853.

und ferner von deutschen Höfen, von

Kurhessen d. d. 17. December 1852.  
Hannover d. d. 18. December 1852.

Es folgt die Correspondenz mit den übrigen deutschen Höfen.

## No. 1009.

WÜRTTEMBERG. — Min. d. Ausw. an den königl. dänischen Min. d. Ausw.  
— Beitrittserklärung zu dem Londoner Vertrag. —

Stuttgart, le 23 novembre 1852.

Par office en date du 11 de ce mois, Son Excellence Monsieur de Bluhme, Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le Roi de Danemark, a bien voulu communiquer au soussigné une copie du traité conclu à Londres le 8 mai 1852, dans le but d'assurer l'intégrité de la Monarchie danoise, entre le plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Danemark d'une part et les plénipotentiaires d'Autriche, de Prusse, de Russie, de France, d'Angleterre et de Suède et Norvège d'autre part, touchant l'ordre de succession éventuelle dans les États de Sa Majesté le Roi de Danemark. ¶ En même temps, Monsieur de Bluhme a

No. 1009.  
Württem-  
berg.  
23. Nov.  
1852.

\*) Le Gouvernement de Russie par une dépêche circulaire e. d. d. St.-Petersbourg le <sup>25</sup>/<sub>13</sub> septembre 1852, le Gouvernement de Suède et de Norvège par des dépêches e. d. d. Christiania le 24 septembre 1852, le Gouvernement de France par des dépêches, dont l'expédition prochaine fut annoncée à Monsieur Dotézac par une dépêche de Monsieur Drouyn de Lhuys e. d. d. Paris le 15 octobre 1852, le Gouvernement britannique par des instructions, dont l'expédition fut communiquée à Monsieur Bille, Ministre du Roi à Londres, e. d. d. 22 octobre 1852, le Gouvernement d'Autriche par des dépêches e. d. d. 31 octobre et 16 novembre 1852, le Gouvernement de S. M. le Roi de Prusse par une dépêche circulaire e. d. d. Berlin le 6 novembre 1852. (Anmerkung der amtlichen dänischen Ausgabe.)

No. 1009.  
Württem-  
berg,  
23. Nov.  
1852.

invité au nom de Son Auguste Souverain et par suite de la stipulation de l'article 4 du traité, le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Wurtemberg à y faire accession.

¶ Le soussigné s'est empressé de porter cette communication à la haute connaissance du Roi son maître, et vient d'être chargé par Sa Majesté d'informer Monsieur le Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le Roi de Danemark : qu'il ne peut pas entrer dans les intentions du Gouvernement wurtembergeois de faire des objections au dit traité dont les stipulations viennent d'être ratifiées par les grandes puissances de l'Europe comme étant nécessaires au maintien de l'équilibre politique et de la paix de l'Europe, et que le Gouvernement du Roi, se rendant à l'invitation qui lui a été adressée et au désir exprimé par Sa Majesté danoise *déclare son accession à ce traité*. ¶ Le soussigné, en s'acquittant par le présent office des ordres de Son Auguste Souverain, y joint l'expression des vœux sincères pour que la prospérité des États de Sa Majesté Danoise soit affermie par le nouvel ordre de succession que le dit traité vient d'établir, et il saisit avec empressement cette occasion pour offrir, etc.

Baron de Neurath.

## No. 1010.

SACHSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. dänischen Min. d. Ausw. — Beitrittserklärung zu dem Londoner Vertrag unter Vorbehalt der eventuellen Successionsrechte auf Lauenburg. —

Dresde, le 9 décembre 1852.

No. 1010.  
Sachsen,  
9. Dec.  
1852.

Le Soussigné Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le Roi de Saxe s'est empressé de soumettre au Roi, son auguste Maître, la note en date du 11 novembre dr. par laquelle Monsieur le Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le Roi de Danemark, d'après les ordres de Sa dite Majesté danoise, a invité le Gouvernement Royal de Saxe à accéder au Traité signé à Londres le 8 mai de l'année courante entre le Danemark d'une part et l'Autriche, la France, la Grande-Bretagne, la Prusse, la Russie et la Suède et Norvège de l'autre part concernant les arrangements relatifs à l'ordre de succession éventuelle dans les États actuellement réunis sous le sceptre de Sa Majesté danoise. ¶ Sa Majesté ayant pris connaissance de ces arrangements, ainsi que des stipulations destinées à en garantir la stabilité, Se plaît à reconnaître la sagesse des vues et la sollicitude pour les grands intérêts politiques de l'Europe dont les Hautes Parties contractantes ont donné, dans cette circonstance, un nouvel et éclatant témoignage. ¶ Animée de ces sentiments, Sa Majesté veut bien se prêter au désir manifesté par Ses hauts Alliés et croire que les intérêts bien fondés de Sa Maison Royale n'y mettent pas obstacle. Ces intérêts ayant principalement rapport aux droits éventuels de succession appartenant à la branche Albertine de la Maison de Saxe sur le Duché de Lauenbourg pour le cas où la Maison de Brunsvic Lunebourg se trouvant en 1697 en possession du dit Duché viendrait à s'éteindre, il ne s'agit en effet que de droits éventuels, mais qui ne sauraient être altérés par le Traité du 8 mai dr. ¶ C'est dans cette supposition

et sous la réserve de ces mêmes droits éventuels que le Gouvernement du Roi, sans prétendre au reste anticiper sur les résolutions que la Confédération Germanique par l'organe de la Diète pourrait être amenée à prendre dans cette question, *n'hésite pas à déclarer son assentiment* au Traité signé à Londres le 8 mai passé et à s'associer ainsi à une combinaison servant à maintenir l'intégrité de la Monarchie danoise et à assurer en même temps la conservation de la paix générale \*). ¶ Le Soussigné profite avec empressement de cette occasion pour offrir, etc.

No. 1010.  
Sachsen,  
9. Dec.  
1852.

*Beust.*

## No. 1011.

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. sächsischen Min. d. Ausw. —  
Antwort auf die vorausgehende Note. —

Copenhagen, le 4 mars 1853.

Le Soussigné, Ministre des affaires étrangères de S. M. le Roi de Danemark, a eu l'honneur de recevoir la note que S. E. Mr. de Beust, Ministre des affaires étrangères de S. M. le Roi de Saxe, a bien voulu lui adresser e. d. du 9 décembre de l'année passée pour lui annoncer, que le Gouvernement de S. M. le Roi de Saxe déclare Son assentiment au Traité conclu à Londres le 8 mai 1852 entre le Danemark, l'Autriche, la France, le Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, la Prusse, la Russie, et la Suède et la Norvège, relatif à l'ordre de succession éventuelle à la totalité des États actuellement réunis sous le sceptre de Sa Majesté danoise. ¶ Le Soussigné s'est empressé de mettre cette note sous les yeux du Roi, son auguste Souverain, en portant l'attention de Sa Majesté tant sur les considérations générales par lesquelles S. M. le Roi de Saxe S'est laissé guider en cette circonstance, que plus particulièrement sur la réserve prise par S. E. Mr. de Beust, relativement aux droits éventuels que la branche Albertine de la Maison de Saxe S'attribue à la succession au Duché de Lauenbourg; et Sa Majesté n'ayant pu trouver dans la réserve susmentionnée, des raisons pour ne pas considérer comme satisfaisante et complète l'accession qui vient ainsi d'être faite par le Gouvernement saxon au Traité du 8 mai 1852, a autorisé le Soussigné à accepter cette accession en Son nom. ¶ En ayant l'honneur de s'acquitter de cet ordre Royal moyennant la présente Note, le Soussigné est d'ailleurs chargé de faire observer que, bien qu'aux yeux du Gouvernement danois, le Traité de Londres offre le gage le plus précieux

No. 1011.  
Dänemark,  
4. März  
1853.

\*) Auszug einer Depesche S. E. des Herrn v. Beust an den königlich sächsischen Bundestagsgesandten dat. Dresden am 30sten November 1852: „ . . . . . Da die hohe Bedeutung, welche] der durch den Londoner Vertrag vom 8ten Mai d. J. getroffenen Regelung der für die Erhaltung des europäischen Friedensstandes so einflussreichen dänischen Thronfolge beizulegen ist, hierorts keinesweges verkannt wird, so wird die von der hiesigen Regierung begehrte Beitritts-Erklärung bereitwilligst, jedoch unter verwahrender Erwähnung der dem königlichen Hause Sachsen zustehenden bereits bei den Bundestags-Verhandlungen vom Jahre 1846 reservirten eventuellen Successionsrechte auf das Herzogthum Lauenbourg, abgegeben werden“. (Anmerkung der officiellen dänischen Ausgabe.)

**No. 1011.**  
Dänemark,  
4. März  
1853.

pour que l'état des possessions actuellement réunies sous le sceptre de Sa Majesté Danoise soit maintenu dans son intégrité, ce n'est cependant pas sur ce traité, ni sur les arrangements qu'il consacre, que la Couronne danoise fonde spécialement Ses titres à la possession tranquille et perpétuelle du Duché de Lauenbourg. ¶ Le Soussigné se conforme également à l'ordre exprès du Roi son Maître, en ajoutant que Sa Majesté Se félicite sincèrement des dispositions bienveillantes, qui ont décidé S. M. le Roi de Saxe à S'associer à une combinaison servant à maintenir l'intégrité de la Monarchie danoise et à assurer en même temps la conservation de la paix générale. ¶ Le Soussigné profite avec plaisir de la présente occasion pour, etc.

*Bluhme.*

### No. 1012.

**RUSSLAND.** — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten am grossherzogl. oldenburgischen Hofe, die Reservation der eventuellen Successionsrechte des Hauses Oldenburg auf den dänischen Thron betreffend. —

St.-Petersbourg, le 7 juin 1852.

**No. 1012.**  
Russland,  
7. Juni  
1853.

Monsieur, — Par la dépêche circulaire que j'ai l'honneur d'adresser aujourd'hui à Votre Excellence, ainsi qu'à Vos Collègues, Vous êtes informé des hautes intentions de l'Empereur quant aux démarches qu'il s'agira de faire auprès des autres Cours, en exécution de l'article IV du traité, conclu récemment à Londres, relativement à l'ordre de succession éventuel dans la Monarchie danoise. Conformément à ce qui a été convenu, les hautes Parties contractantes porteront le traité de Londres à la connaissance des autres Puissances en les invitant à y accéder. Mais, en se joignant à cette démarche, l'Empereur n'a pas voulu, pour ce qui concerne en particulier la Cour Grand-Ducale d'Oldenbourg, et Monseigneur le Grand-Duc lui-même, se borner à la seule communication prévue par l'article IV. Sa Majesté Impériale tient au contraire, et vu l'intérêt spécial qui s'attache pour la Cour Grand-Ducale à l'arrangement définitif de la question de succession en Danemark, à ne pas laisser ignorer à Son Altesse Royale différents actes qui s'y rapportent. ¶ J'ai donc de Vous transmettre ci-joint :

1<sup>o</sup>) un protocole signé à Varsovie, le  $\frac{24 \text{ mai}}{5 \text{ juin}}$  de l'année dernière \*), et

2<sup>o</sup>) une note qu'au moment de la signature du traité de Londres, le Plénipotentiaire de l'Empereur a remise à celui du Roi de Danemark \*\*). ¶ Pour faciliter une combinaison qui assure le maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, en appelant éventuellement à la succession Monseigneur le Prince Christian de Glucksbourg et sa descendance mâle issue de son mariage avec Madame la Princesse Louise de Hesse, sa Majesté l'Empereur a consenti à renoncer en faveur de Son Altesse et de la dite descendance mâle, aux droits éventuels qui Lui appartiennent à Lui-même, comme chef de la branche aînée de Holstein-Gottorp. Mais cette renonciation a été accompagnée de certaines

\*) No. 1000.

\*\*\*) No. 1005.

réerves qui se trouvent exprimées dans le protocole de Varsovie, et à la tête desquelles Votre Excellence remarquera la réserve expresse des droits éventuels qui appartiennent aux deux branches cadettes de Holstein-Gottorp. Ce sont ces réserves que rappelle et renouvelle formellement la note du Baron de Brunnow au Chambellan de Bille. Pour compléter cette communication, je dois y ajouter :

No. 1012.  
Russland,  
7. Juni  
1852.

3<sup>o</sup>) la note responsive du Plénipotentiaire danois au Baron de Brunnow\*). Par cette note le Cabinet de Copenhague a reconnu que les stipulations du traité du 8 mai ne peuvent, ni ne doivent altérer en rien la nature des réserves en question.

Il est de l'intention de l'Empereur que Votre Excellence porte ces trois pièces directement à la connaissance de Monseigneur le Grand-Duc, lorsque le moment sera venu de faire au Cabinet Grand-Ducal la communication officielle du traité de Londres. Son Altesse Royale accueillera, notre Auguste Maître aime à le croire, ces ouvertures comme une nouvelle preuve des dispositions amicales que Sa Majesté ne cesse de Lui vouer à Elle-même, comme à Son Auguste Maison. ¶ Recevez, etc.

## No. 1013.

**OLDENBURG.** — Min. d. Hauses u. d. Ausw. an den königl. dänischen Gesandten in ausserordentlicher Mission, Baron Dirckinck von Holmfeld. — Entsagung auf Successionsrechte. —

Oldenburg, le 10 décembre 1852.

Le Soussigné, Conseiller d'État de S. A. R. le Grand-Duc d'Oldenburg, Chef du Département de la Maison Grand-Ducale et des affaires étrangères, a eu l'honneur de recevoir la note que S. E. Mr. le Baron Dirckinck de Holmfeld, Envoyé en mission extraordinaire de S. M. le Roi de Danemark a bien voulu lui adresser sous la date du 11 novembre 1852 pour lui communiquer le texte du traité conclu à Londres le 8 mai dernier, et n'a pas manqué de placer cet acte sous les yeux de son Auguste Maître. ¶ Le Soussigné est chargé aujourd'hui d'y répondre. Si d'une part Son Altesse Royale rend pleine justice aux motifs, qui ont guidé les Puissances contractantes, en signant un traité destiné à garantir e repos du Nord de l'Europe, d'autre part Elle ne saurait méconnaître les graves difficultés d'une succession éventuelle dans le Royaume de Danemark et dans les Duchés. Son Altesse Royale fait non seulement les vœux les plus sincères pour que le dit traité serve à aplanir ces difficultés, mais encore est-Elle prête à y contribuer de Son côté et à répondre aux intentions des Hautes Puissances ainsi qu'aux ouvertures qui Lui ont été faites à cet égard en n'hésitant pas à déclarer, qu'Elle Se désiste pour Elle et Ses descendants de Ses droits éventuels de succession en faveur de Son Altesse le Prince Christian de Slesvig-Holstein-Sonderbourg-Glücksbourg et des descendants mâles issus en ligne directe du mariage de ce Prince avec S. A. M<sup>me</sup> la Princesse Louise, née Princesse de

No. 1013.  
Oldenburg,  
10. Dec.  
1852.

\*) Nr. 1006.

No. 1013.  
Oldenburg,  
10. Dec.  
1852.

Hesse, dans le cas où S. A. le Prince Christian monterait sur le trône de Danemark et aussi longtemps que ce trône serait occupé par sa descendance mâle. Son Altesse Royale Se réfère du reste à la teneur des traités conclus entre le Danemark et la Russie à Copenhague le 11 avril 1767 et à Zarskoé-Selo le 21 mai 1773 par rapport à l'échange des comtés d'Oldenbourg et Delmenhorst. ¶ En s'acquittant ainsi des ordres de son Auguste Maître, le Soussigné profite de cette occasion pour, etc.

*von Rössing.*

### No. 1014.

OLDENBURG. — Min. d. Hauses u. d. Ausw. an den königl. dänischen Gesandten. — Begleitschreiben zu der vorausgehenden Note. —

Oldenbourg, le 10 décembre 1852.

No. 1014.  
Oldenburg,  
10. Dec.  
1852.

M. le Baron! En transmettant ci-près à V. Exc. la note responsive, telle que mon Auguste Maître a daigné l'approuver en dernière analyse, et telle que j'ai été dans le cas de la signer d'ordre de Son Altesse Royale, je ne saurais pas reconnaître que la ligne de conduite, que Vous avez tenue dans cette conjoncture, M. le Baron, a été conforme aux intérêts que Vous avez été appelé à représenter. Si nous n'avons pas réussi à nous entendre définitivement sur tous les points, il n'en est pas moins heureux que la question la plus grave que nous ayons eu à traiter ensemble, celle de la renonciation aux droits éventuels de succession de la Branche cadette de Holstein-Gottorp, ait pu être réglée en principe sans divergence aucune et à la satisfaction mutuelle. J'ose espérer, Mr. le Baron, que la Cour de Copenhague rendra justice sous ce rapport à l'empressement que M<sup>gr</sup> le Grand-Duc a mis à répondre aux vœux qui Lui ont été exprimés. Il y a plus. Voulant donner une nouvelle preuve de Son désir d'être personnellement agréable à S. M. le Roi de Danemark, Son Altesse Royale me charge de Vous déclarer, Mr. le Baron, qu'Elle est prête, pour le cas où la forme de la renonciation, consignée dans ma note de ce jour, ne serait pas jugée suffisante, à adopter une autre forme plus appropriée peut-être à l'importance de l'objet, ou que ce soit celle d'un acte spécial ou bien celle d'un protocole, dont Son Altesse Royale abandonnerait au Ministère danois de proposer les termes. Elle se réserverait toutefois de le porter préalablement à la connaissance du Cabinet de St.-Pétersbourg. ¶ Je prie V. Exc. de vouloir bien solliciter les ordres de Son Gouvernement à cet égard et profite de cette occasion pour renouveler à V. Exc., etc.

*von Rössing.*



## No. 1015.

**OLDENBURG.** — Min. d. Hauses u. d. Ausw. an den königlich dänischen Gesandten. — Den Beitritt des Deutschen Bundes zu dem Londoner Vertrag betreffend. —

Eutin, 29. Juni 1853.

Auf die geehrte vertrauliche Mittheilung Seiner Excellenz des königlich dänischen ausserordentlichen Gesandten Herrn Freiherrn von Dirckinck Holmfeld vom 11. v. M. in Betreff der an den Deutschen Bund zu richtenden Einladung wegen Beitritts zu dem Tractate vom 8. Mai v. J., ermangelt der Unterzeichnete nicht, ganz ergebenst zu erwidern, wie der diesseitige Bundestagsgesandte angewiesen worden ist, eintretenden Falls dem Bundes-Präsidium zur Benutzung in dem eventuell zu wählenden Ausschusse, vertraulich die diesseitige Note vom 10. December v. J. mitzutheilen und dabei über die Auffassung, welche zu diesem Schritt geführt hat, mündliche Erläuterungen zu geben. ¶ Indem die grossherzogliche Regierung auf solche Weise den Wünschen der hohen königlich dänischen Regierung entspricht, kann dieselbe nicht umhin, den schon früher geäusserten Wunsch zu wiederholen, dass die in Rede stehende Angelegenheit überall nicht zur Verhandlung vor dem Bundestage kommen möge. ¶ Der Unterzeichnete benutzt, etc.

No. 1015.  
Oldenburg,  
29. Juni  
1853.

*von Rössing.*

## No. 1016.

**OLDENBURG.** — Grossherzogs Nicolaus Friedrich Peter Entsagungsacte. —

Wir Nicolaus Friedrich Peter, von Gottes Gnaden Grossherzog von Oldenburg, Erbe zu Norwegen, Herzog von Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und Oldenburg, Fürst von Lübeck und Birkenfeld, Herr von Jever und Kniphausen etc. etc. Urkunden und bekennen hierdurch für Uns und Unsere Descendenten: Nachdem Unseres in Gott ruhenden Herrn Vaters, des Grossherzogs Paul Friedrich August, königliche Hoheit und Gnaden, in Anerkennung der Beweggründe, von denen die Hohen contrahirenden Mächte bei dem Abschlusse des zu London unterm 8ten Mai 1852 eingegangenen Vertrages geleitet worden sind, und in Berücksichtigung der grossen Schwierigkeiten, welche hinsichtlich der eventuellen Succession in den Ländern, welche der Regierung Seiner Majestät des Königs von Dänemark Friedrich VII. unterworfen sind, durch jenen Vertrag wegzuräumen bezweckt wurde, für Sich und Ihre Descendenten auf Ihre eventuellen Successionsrechte zu Gunsten Seiner Hoheit des Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und Seiner in directer Linie aus der Ehe mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Louise, geborne Prinzessin von Hessen, abstammenden männlichen Descendenten für den Fall, dass des Prinzen Christian Hoheit oder Höchstdessen gedachten männliche Nachkommen den Thron Dänemarks besteigen sollten und

No. 1016.  
Oldenburg,  
28. März  
1854.

No. 1016.  
Oldenburg,  
28. März  
1854.

für so lange Höchstdieselben ihn innehaben werden, verzichtet und im Uebrigen Sich auf die Verträge bezogen haben, welche unterm 11. April 1767 und 21. Mai 1773 über den Tausch der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst abgeschlossen worden sind, Wir auch nicht anstehn, den ertheilten eventuellen Verzicht Unseres Höchstsiligen Herrn Vaters für Uns bindend anzuerkennen und denselben in einer solennen Acte zu wiederholen. ¶ So verzichten Wir hiemit für Uns und Unsere Descendenten zu Gunsten Seiner Hoheit des Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, jetzigen Prinzen zu Dänemark, und Höchstdessen in directer Linie aus der Ehe mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Louise, geborne Prinzessin von Hessen, abstammenden männlichen Descendenten auf die eventuellen Successionsrechte für den Fall, dass des Prinzen Christian Hoheit oder Höchstdessen gedachten männliche Nachkommen den Thron Dänemarks besteigen und für so lange Höchstdieselben ihn innehaben werden, und beziehen Uns im Uebrigen auf die oben erwähnten Verträge vom 11. April 1767 und 21. Mai 1773. ¶ Zu Urkund und Bekräftigung dessen haben Wir diese Verzichtsacte eigenhändig unterschrieben und mit Unserem grossherzoglichen Insigel bedrucken lassen. ¶ Gegeben auf dem Schlosse zu Oldenburg den acht und zwanzigsten März eintausend acht hundert vier und funfzig.

(L. S.)

N. F. Peter.

von Rössing.

(ges.) Mutzenbecher.

## No. 1017.

OLDENBURG. — Min. des Hauses und des Ausw. an den königl. dänischen Gesandten. — Die Successionsansprüche des Prinzen Elimar betr. —

Oldenburg, 28. März 1854.

No. 1017.  
Oldenburg,  
28. März  
1854.

Der Unterzeichnete, Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des grossherzoglichen Hauses Seiner königl. Hoheit des Grossherzogs Nicolaus Friedrich Peter von Oldenburg, ist durch seinen allergnädigsten Souverain und Herrn zu nachstehender Mittheilung an Seine Excellenz den königlich dänischen Gesandten in ausserordentlicher Mission, Herrn Freiherrn Dirckinck von Holmfeld, ermächtigt und beauftragt worden. ¶ Was Seine königliche Hoheit der Grossherzog, auf Veranlassung der Regulirung der Succession in den Ländern, welche der Regierung Seiner Majestät des Königs von Dänemark Friedrich VII. unterworfen sind, vermittelt einer unter heutigem Dato ausgestellten Acte, den bereits unterm 10. December 1852, Seitens seiner königlichen Hoheit des Hochseligen Grossherzogs Paul Friedrich August, für Sich und Seine Nachkommen geleisteten Verzicht eventueller Successionsrechte, wegen des inzwischen erfolgten Ablebens Seiner königlichen Hoheit, nachträglich zu solennisiren geruht haben, jedoch bei der Minderjährigkeit Seines Bruders, des Herzogs Anton Günther Friedrich Elimar, Hoheit, diese Solennisirung noch nicht von Hochdemselben hat geschehen können — so erklären Seine königliche Hoheit der

Grossherzog, des Unterzeichneten allergnädigster Souverain und Herr, Sich gern bereit, bei eintretender Volljährigkeit Seines Herrn Bruders, diese annoch fehlende Formalität vermitteln und soweit thunlich veranlassen zu wollen, so wie Seine königliche Hoheit auch ferner gern bereit sein werden, falls Seine Majestät der König von Dänemark es wünschen würde, Seine bona officia eintreten zu lassen, um seinen Herrn Vetter, den Prinzen Constantin Friedrich Peter von Oldenburg, kaiserliche Hoheit, zu vermögen oben erwähnter Verzichtsaacte beizutreten. ¶ Der Unterzeichnete benutzt annoch diese Gelegenheit Seiner Excellenz die Versicherung, etc.

No. 1017.  
Oldenburg,  
28. März  
1854.

*von Rössing.*

### No. 1018.

**BAIERN.** — Min. d. Ausw. an den königl. dänischen Min. d. Ausw. — Ablehnung des Beitritts zu dem Londoner Vertrag. —

Munich, le 22 décembre 1852.

Le soussigné Ministre d'État de la Maison du Roi et des affaires étrangères de S. M. le Roi de Bavière, a eu l'honneur de recevoir la note en date du 11 novembre dernier par laquelle Son Excellence Monsieur le Conseiller intime des Conférences Bluhme, Ministre des affaires étrangères de S. M. le Roi de Danemark, a bien voulu lui communiquer le texte du traité conclu à Londres le 8 mai de l'année courante, relatif à l'ordre de succession éventuelle dans la Monarchie danoise, en l'invitant, à raison de l'article IV de ce traité, à y accéder au nom de S. M. le Roi de Bavière. ¶ Le soussigné, qui s'est empressé de placer cette communication sous les yeux du Roi, Son Auguste Souverain, a reçu l'ordre de faire à Son Excellence Monsieur le Conseiller intime des Conférences Bluhme la déclaration suivante. ¶ Sa Majesté a pris connaissance de ce document important avec tout l'intérêt qu'il mérite; Elle ne croit toutefois pas devoir devancer la Diète de Francfort dans les décisions qu'elle pourra prendre dans cette affaire. ¶ Selon l'avis du Roi, cette succession éventuelle dans la Monarchie danoise est un point qui, aux termes de l'article VI de l'acte final du traité de Vienne concernant les changements de droits de souveraineté sur des territoires allemands, est déféré à la totalité des États allemands. ¶ Il est notoire que jusqu'à présent toutes les questions relatives aux rapports de droit public résultant de l'union du Slesvig et du Holstein, ont été de la compétence de la Diète et ont été décidées par elle. ¶ Sa Majesté le Roi, vu Ses engagements basés sur le Pacte Fédéral, ne saurait donc préjuger la décision à prendre par l'organe qui, par le texte même de ce Pacte, ainsi que par les précédents établis, est appelé à connaître de cette affaire. ¶ Le Soussigné profite avec empressement de cette occasion, etc. etc.

No. 1018.  
Baiern,  
22. Dec.  
1852.

*v. d. Pfordten.*

## No. 1019.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. baierischen Min. d. Ausw. —  
Antwort auf die vorausgehende Note. —

Copenhagen, le 8 janvier 1853.

No. 1019.  
Dänemark,  
8. Jan.  
1853.

Le soussigné, Ministre des affaires étrangères de S. M. le Roi de Danemark, a eu l'honneur, e. d. du 11 novb. dr. d'adresser à S. E. M. v. d. Pfordten, Ministre d'État de la Maison et des affaires étrangères de S. M. le Roi de Bavière, une note, par laquelle S. M. le Roi de Bavière a été invité, au nom de S. M. le Roi de Danemark, à accéder au traité conclu à Londres le 8 mai dr., concernant l'ordre de succession à la Monarchie danoise. En Se référant à cette note, M. v. d. Pfordten, dans une note, que S. E. a bien voulu adresser au Soussigné e. d. du 22 du mois passé, vient de déclarer que S. M. le Roi de Bavière ne croit pas devoir devancer la Diète de Francfort dans les décisions qu'elle pourra prendre dans l'affaire dont il s'agit. ¶ Le soussigné n'a pas manqué de porter cette communication dûment à la connaissance du Roi, Son Maître, et le soussigné a été chargé de déclarer, en réponse à la note de S. E. M. v. d. Pfordten, que le Roi ne peut que regretter la résolution prise en cette circonstance par S. M. le Roi de Bavière. Ce regret est d'autant plus légitime, que S. M. ne saurait reconnaître ni la validité des raisons alléguées pour motiver la dite résolution, ni leur connexité avec l'affaire en question. ¶ Le soussigné profite avec empressement de cette occasion, etc. etc.

*Bluhme.*

## No. 1020.

**SACHSEN-WEIMAR.** — Min. d. Ausw. an den königl. dänischen Min. d. Ausw. —  
Ablehnung des Beitritts zu dem Londoner Vertrag unter Vorbehalt der  
Rechte auf Lauenburg.\*) —

Weimar, le 31 décembre 1852.

No. 1020.  
Sachsen-  
Weimar,  
31. Dec.  
1852.

Le Soussigné, Ministre d'État et des affaires étrangères de Son Altesse Royale Monseigneur le Grand-Duc de Saxe a eu l'honneur de recevoir dans le temps l'office, que Son Excellence, Monsieur de Bluhme, a bien voulu lui adresser en date du 11 du mois passé pour inviter le Gouvernement grand-ducal à accéder au traité conclu à Londres le 8 mai 1852 dans le but d'assurer l'intégrité de la Monarchie danoise en réglant l'ordre de succession éventuelle à la totalité des États actuellement réunis sous le sceptre de Sa Majesté le Roi de Danemark. ¶ Le Soussigné a été empêché jusqu'alors, à ses vifs regrets, par une longue et

\*) Auch Anhalt-Dessau, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen, welchen, ohne Einladung zum förmlichen Beitritt, der Londoner Vertrag notificirt worden war, haben in ihrer Antwort an das dänische Cabinet ihre Successionsrechte auf Lauenburg gewahrt und darauf ähnliche Rückäusserungen empfangen wie Königreich Sachsen (No. 1011) und Sachsen-Weimar (No. 1021).

sérieuse maladie de son auguste maître de porter cette communication importante à la connaissance de Son Altesse Royale le Grand-duc. Mais après l'heureux rétablissement de Son Altesse Royale il s'est hâté de prendre Ses ordres et par suite de cela Son Altesse Royale l'a chargé de remercier Son Excellence, Monsieur de Bluhme, de la communication faite par Elle et de Lui dire, que Son Altesse Royale croit devoir préférer de ne pas donner Sa déclaration sur une question, qui sera traitée, comme on doit le supposer selon la nature des choses, devant la diète germanique, avant que la diète n'ait donné décision. ¶ Le Soussigné, en remplissant ces ordres, est également chargé de faire mention déjà maintenant, que le Gouvernement du Grand-Duc est obligé de réserver les droits de succession, que la maison Ernestine de Saxe prétend au duché de Lauenbourg et de protester contre tout ce qui pourrait être de nature de contrarier le succès de ces justes prétentions. ¶ Le Soussigné saisit avec empressement cette occasion pour, etc.

No. 1020.  
Sachsen-  
Weimar,  
31. Dec.  
1852.

*de Watzdorf.*

### No. 1021.

**DANEMARK.** — Min. d. Ausw. an den grossherzogl. sächsischen Min. d. Ausw. — Antwort auf die vorausgehende Note. —

Copenhague, le 4 mars 1853.

Le Soussigné, Ministre des affaires étrangères de S. M. le Roi de Danemark, a eu l'honneur, e. d. d. 11 nov. dernier d'adresser au Ministre d'État de S. A. R. Monseigneur le Grand-Duc de Saxe-Weimar une note par laquelle S. A. R. Monseigneur le Grand-Duc a été invité, au nom de S. M. le Roi de Danemark, à accéder au traité conclu à Londres le 8 mai 1852 dans le but d'assurer l'intégrité de la Monarchie danoise. ¶ En réponse à cette note S. E. Monsieur de Watzdorf, Ministre d'État et des affaires étrangères de S. A. R. Monseigneur le Grand-Duc de Saxe-Weimar, a fait part au Soussigné, en date du 31 déc. dernier, que Son Altesse Royale croit devoir préférer de ne pas Se déclarer sur une question qui, comme l'on devrait le supposer, serait traitée devant la diète germanique, avant que celle-ci n'ait donné sa décision. En même temps S. E. Monsieur de Watzdorf fait mention, par ordre de son auguste Souverain, que le Gouvernement Grand-Ducal est obligé de réserver les droits de succession que la Maison Ernestine de Saxe prétend au Duché de Lauenbourg, et proteste contre tout ce qui pourrait être de nature à en contrarier le succès. ¶ Le Soussigné s'est empressé de mettre cette communication sous les yeux du Roi son Maître, et Sa Majesté croyant pouvoir S'abstenir de Se prononcer relativement au motif qui a décidé S. A. R. Monseigneur le Grand-Duc à ne pas accéder dès à présent au traité susmentionné, décision que du reste Sa Majesté regrette sincèrement, a chargé le Soussigné de faire observer, en réponse à la réserve et à la protestation précitées, que, bien qu'aux yeux du Gouvernement danois le traité du 8 mai 1852 offre le gage le plus précieux pour que l'état des possessions actuellement réunis sous le sceptre de S. M. Danoise soit main-

No. 1021.  
Dänemark,  
4. März  
1853.

No. 1021.  
Dänemark,  
4. März  
1853.

tonu dans son intégrité, le Gouvernement Grand-Ducal ne peut cependant pas ignorer, sur quelles transactions antérieures au dit traité la Couronne danoise fonde Ses titres à la possession tranquille et perpétuelle du Duché de Lauenbourg.

*Bluhme.*

## No. 1022.

**MECKLENBURG-SCHWERIN.** — Min. d. Ausw. an den königl. dänischen Gesandten in ausserordentlicher Mission. — Ablehnung des Beitritts zu dem Londoner Vertrag.\*)

Schwerin, le 10 janvier 1853.

No. 1022.  
Mecklenb.-  
Schwerin,  
10. Jan.  
1853.

Le Soussigné Président du Conseil et Ministre des affaires étrangères de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Mecklembourg-Schwerin a eu l'honneur de recevoir la note du 11 novembre de l'an passé par laquelle Monsieur le Baron de Dirckinck-Holmfeld a bien voulu lui communiquer le traité, conclu à Londres le 8 mai 1852, et inviter le Gouvernement du Grand-Duc, son auguste maître, à y accéder. ¶ Le Soussigné n'a pas manqué de placer ces documents sous les yeux du Grand-Duc, son auguste maître, qui, après en avoir pris connaissance avec tout l'intérêt que l'importance de cette communication mérite, l'a chargé de la réponse suivante. ¶ Son Altesse Royale ne saurait méconnaître les motifs généreux qui ont dû engager les Puissances signataires de cet acte à s'occuper, dans un intérêt tout européen, de la solution d'une question qui dans un avenir plus ou moins rapproché, aurait pu amener des difficultés et même devenir un sujet de troubles pour le Nord de l'Europe. Elle se plaît à reconnaître dans cet acte un nouveau témoignage de la sollicitude que les grandes Puissances placées à la tête du concert européen ne cessent de vouer, dans l'accomplissement de leur haute vocation, au maintien de la tranquillité générale en ayant soin d'écarter d'avance tout ce qui pourrait en compromettre la durée. ¶ Son Altesse Royale n'est pas moins sensible au procédé obligeant du Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Danemark, qui a bien voulu lui donner connaissance du dit traité et lui faire l'honneur de l'engager à y accéder. ¶ Cependant en examinant consciencieusement à quel titre le Grand-Duc doit se voir appelé à participer à cet acte d'une portée européenne, Son Altesse Royale a cru devoir prendre en considération avant tout sa position comme membre de la Confédération Germanique. Cette position lui semble impliquer le devoir de ne pas Se prononcer par une déclaration isolée dans une affaire qui intéresse la totalité de la Confédération, et dans laquelle le Grand-Duc, pour sa part, se trouve principalement intéressé dans sa qualité de membre du corps germanique. ¶ Toute démarche isolée semblerait à Son Altesse Royale une déviation du principe de solidarité, qui forme la règle immuable de la conduite

\*) Die ablehnende Antwort von Mecklenburg-Strelitz d. d. Neu-Strelitz, 13. Januar 1853 ist wörtlich gleichlautend mit dieser Note.

du Gouvernement Grand-Ducal dans toutes les questions politiques qui peuvent toucher les intérêts généraux de la Confédération. ¶ C'est par suite de ces considérations que le Grand-Duc, mon auguste maître, croit devoir s'abstenir de procéder à une accession formelle au traité conclu à Londres, tout en regrettant vivement que ces considérations l'empêchent de répondre aux intentions bienveillantes que les cours signataires du dit traité ont bien voulu Lui témoigner à cette occasion. ¶ En Vous priant, Monsieur le Baron, de vouloir bien porter le contenu de cette note à la connaissance du Cabinet Royal, je profite avec plaisir de cette occasion de Vous renouveler, etc.

No. 1022.  
Mecklenb.-  
Schwerin,  
10. Jan.  
1853.

*Comte de Bülow.*

### No. 1023.

**GROSSHERZOGTHUM HESSEN.** — Minister-Präsident an den königlich dänischen Min. d. Ausw. — Ablehnung des Beitritts zu dem Londoner Vertrag\*).

Darmstadt, le 24 janvier 1853.

Le Soussigné, Président du Conseil des Ministres de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, a reçu la note que Son Excellence Monsieur le Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le Roi de Danemark lui a fait l'honneur de lui adresser en date du 11 novembre de l'année dernière, et à laquelle était joint le texte du traité conclu à Londres le 8 mai 1852, entre Sa Majesté le Roi de Danemark, d'une part, et Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, le Prince Président de la République Française, Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Sa Majesté le Roi de Prusse, Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, de l'autre part, dans le but de maintenir l'intégrité de la Monarchie danoise en réglant l'ordre éventuel de succession à la totalité des États actuellement réunis sous le sceptre de Sa Majesté le Roi de Danemark, avec invitation adressée au Gouvernement Grand-Ducal, conformément à l'article IV de ce traité, d'accéder aux stipulations qu'il renferme. ¶ Le Soussigné n'a pas manqué de mettre cette note obligeante, ainsi que son annexe, sous les yeux du Grand-Duc, son Maître, qui en a pris connaissance avec un très-vif intérêt. ¶ S'acquittant des ordres qu'il a reçus de son auguste Souverain, le Soussigné doit s'empresser de remercier le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Danemark de cette importante communication, et, quant à ce qu'elle contient, se borner pour le moment à déclarer que Son Altesse Royale le Grand-Duc suppose d'après l'article VI de l'acte final des Conférences Ministérielles de Vienne en date du 15 mai 1820, — acte converti peu après en une loi fondamentale de la Confédération Germanique — que l'affaire en question deviendra l'objet des dé-

No. 1023.  
Grosshrgth.  
Hessen,  
24. Jan.  
1853.

\*) Die auf diese Note ergangene Rückäusserung d. d. Copenhagen, 4. März 1853 ist im Wesentlichen gleichen Inhalts mit der unter No. 1019 mitgetheilten, nach München gerichteten Note vom 8. Januar 1853.

No. 1022. Grossh. H. 24. Jan. 1853. libérations de la totalité des membres de la Confédération au sein de la Diète Germanique, ce qui doit faire désirer au Gouvernement Grand-Ducal de ne pas anticiper, par un acte d'adhésion isolée, tant sur les délibérations de la Diète que sur les résolutions qu'elles pourront amener. ¶ Le Soussigné saisit en même temps l'occasion pour, etc.

*Baron de Dalwigk.*

## No. 1024.

GROSSHERZOGTHUM BADEN. — Min. d. Ausw. an den königl. dänischen Min. d. Ausw. — Ablehnung des Beitritts zu dem Londoner Vertrag\*).

Carlsruhe, le 26 janvier 1853.

No. 1024. Baden, 26. Jan. 1853.

Le Soussigné Ministre d'État de la Maison Grand-Ducale et des affaires étrangères de Son Altesse Royale le Régent de Bade a eu l'honneur de recevoir la note par laquelle Son Excellence Monsieur Bluhme, Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le Roi de Danemark, a bien voulu lui communiquer le traité conclu à Londres le 8 mai 1852 et inviter en conséquence de l'article IV de ce traité le Gouvernement de Son Altesse Royale le Régent à y accéder. ¶ Le Soussigné s'est empressé de mettre cette importante communication sous les yeux de Son Altesse Royale, son Auguste Maître, qui, après en avoir pris connaissance avec le plus vif intérêt et fait l'objet d'un examen sérieux, l'a autorisé à faire en Son nom la déclaration suivante: ¶ Son Altesse Royale a de tout temps prêté une attention suivie à tout ce qui concerne l'ordre de succession en Danemark, et c'est avec un sentiment de vive satisfaction qu'Elle voit les Puissances signataires de ce traité donner en cette occasion de nouvelles garanties du prix qu'Elles attachent au maintien de l'équilibre européen et du soin et de l'empressement qu'Elles mettent à sauvegarder en tout lieu la paix et la sécurité générale. ¶ Cependant Son Altesse Royale, tout en reconnaissant les généreux motifs qui animent à cet égard les Cours Signataires, regrette de ne pouvoir répondre au désir qu'Elles Lui ont exprimé, en accédant de suite purement et simplement au traité en question. ¶ Cette succession éventuelle dans la Monarchie danoise, en tant qu'elle regarde le Duché de Holstein, concerne en effet, aux yeux de Son Altesse Royale, les intérêts généraux de la Confédération Germanique, et appartient par conséquent, d'après les termes de l'article VI de l'acte final de Vienne, à sa compétence. ¶ Son Altesse Royale ne pense donc pas pouvoir, en Sa qualité de membre de cette Confédération, se prononcer isolément dans une affaire qui réclame avant tout une décision générale de la totalité des États allemands. ¶ Anticiper par une semblable démarche à la résolution future de la Diète Germanique serait, selon Sa conviction, se départir du principe de solidarité constante qui en forme la base et qui a toujours été le régulateur de la conduite du Gouvernement Grand-Ducal. ¶ Le Soussigné en priant Son Excel-

\*) Die hierauf ergangene Antwort d. d. Copenhagen, 4. März 1853 ist im Wesentlichen gleichen Inhalts mit den Noten nach München und Darmstadt vergl. No. 1019.



lence de vouloir bien porter le contenu de la présente note à la connaissance du Gouvernement Royal saisit avec empressement cette occasion pour Lui offrir, etc.

No. 1024.  
Baden,  
26. Jan.  
1853.

Baron Rüd..

## No. 1025.

**PREUSSEN.** — Précis d'observations sur les inconvénients et dangers du projet de protocole agréé entre la Grande-Bretagne, la France et la Russie.\*)

**I. Un tel protocole est dangereux en ce qu'il consacre en lui-même le principe d'intervention étrangère dans les affaires intérieures d'une puissance indépendante.**

Un protocole quelconque entre la Grande-Bretagne, la France et la Russie sur une question dans laquelle sont compris les droits et des droits permanents de la Confédération Germanique présente en soi-même les inconvénients les plus graves en consacrant, pour des éventualités indéfinies et incalculables, le principe de l'ingérence et de l'intervention dans les affaires intérieures de cette confédération. Un protocole négocié et agréé parmi les Puissances non-germaniques sans l'Allemagne etc. ne saurait être considéré par la Confédération et par les deux grandes Puissances Germaniques, qui toutes sont restées étrangères aux négociations, dont le projet de ce protocole est le résultat, que comme déclaration arbitraire des autres Cabinets Européens sur une affaire qui touche la Confédération Germanique non seulement dans ses intérêts les plus chers, mais aussi dans les questions de droit exclusivement de son ressort.

No. 1025.  
Preussen,  
Juli  
1850.

**II. Le protocole en question est injuste et illégal, en ce qu'il consacre dans son préambule une idée diplomatique qui n'est appuyée sur aucun traité européen et aucun acte légal : „l'intégrité de la Monarchie danoise“ ce qui veut dire: „y compris le Holstein et le Lauenbourg et éventuellement (par ex. en cas d'extinction de la ligne cadette) même Oldenbourg,“ et viole par là les droits les plus incontestables de la Confédération Germanique.**

L'intégrité de la Monarchie danoise est un terme inventé par des écrivains danois, qui de 1806 à 1814, voulaient prouver que le Holstein n'était qu'une province du Danemark. Ce terme devient depuis le shibolette de ceux qui de 1818 jusqu'à 1846 ont voulu donner au contingent fédéral de ce duché des officiers danois et introduire le commandement en langue danoise. Il n'y a point de traité ou acte de droit public qui reconnaisse ou justifie une telle idée; au contraire, l'existence même de la Confédération Germanique suffirait à prouver à elle seule le contraire. C'est donc une idée qui pour l'objet d'un traité quelconque exigerait avant tout que les parties contractantes reconnaissent explicitement et positivement dans le document en question les droits existants qui se

\*) Ende Juli 1850 übergab der preussische Gesandte in London, Ritter Bunsen, die obige Denkschrift an Lord Palmerston. Sie wurde zu Berlin im Anfang Februar 1852 dem Bevollmächtigten einer befreundeten deutschen Regierung mitgeteilt.

No. 1025.  
Preussen.  
Juli  
1850.

trouvaient gravement compromis par l'érection en principe d'une telle idée et subordonnassent tout arrangement à ce sujet au consentement des ayant droit. Ces droits sont positifs, et c'est la Confédération Germanique dans sa totalité qui, en dernier lieu, s'en trouve revêtue. C'est elle qui a à maintenir contre une telle déclaration de l'intégrité de la monarchie danoise exprimée sans limitation et réserve, nommément les droits suivants :

1) les droits de liaison fédérale avec le Holstein en soi-même comme partie intégrale de l'Allemagne ;

2) les droits de liaison fédérale qui résultent des relations légitimes et reconnues existant entre le duché de Holstein et celui du Slesvig ;

3) les droits que possède la Confédération dans la personne des princes de la branche ducale de la ligne aînée de la maison d'Oldenbourg appelés à succéder dès que la branche royale sera éteinte. Vouloir déclarer qu'il est désirable que le Danemark appuyé sur une telle décision des trois grandes Puissances dispose de tous les droits sans le consentement et même à l'insu de la Confédération Germ., ce serait de la part de ce Gouvernement un abus de puissance, ce serait substituer l'arbitraire au juste et renverser le droit positif de cette Confédération par une combinaison apparente d'artifice et de violence. La Prusse et l'Autriche se rendraient complices d'un acte qu'elles doivent considérer comme injuste et illégal, si elles voulaient adhérer à un tel projet de protocole, abstraction faite de toutes les autres considérations qui s'y opposent.

Et cependant il est certain que les trois Puissances non-germaniques ne voudraient justifier leur procédé que d'après les principes du droit public positif de l'Europe. Car quiconque voudrait motiver un tel procédé par l'état de dissension et de faiblesse dans lequel la Confédération semble se trouver dans ce moment, ne ferait qu'ajouter l'injustice et l'illégalité morales à l'injustice et à l'illégalité politiques. Qu'est-ce qu'aurait dit l'Europe et l'Angleterre même, si avant la mort de Guillaume IV quelques cabinets se fussent réunis pour déclarer l'intégrité actuelle de la Monarchie britannique y compris le Royaume d'Hanovre comme un point reconnu du droit public de l'Europe et son maintien futur à toute éventualité comme désirable pour le maintien de la paix et de l'équilibre européen? Que dirait-on, si, à l'heure qu'il est, ces Puissances voulaient faire cette même double déclaration relativement à l'intégrité de la Monarchie hollandaise, y compris le Luxembourg? Et pourtant de telles déclarations ne menaceraient pas plus directement les droits positifs de la Confédération que ne le fait la déclaration insinuée dans le projet de protocole en question.

**III. Un tel procédé serait en contradiction avec le rôle de Puissance médiatrice entre l'Allemagne et le Danemark dont la Grande-Bretagne s'est chargée, et qu'elle a continué d'exercer jusqu'à ce jour.**

Lorsqu'on considère les droits et l'honneur de la Confédération Germanique dont même la Prusse et l'Autriche, si elles voulaient, ne pourraient disposer à elles, le procédé de la Grande-Bretagne dans le cas actuel serait plus particulièrement hostile à l'Allemagne par rapport au moment où elle s'y engageait. savoir au moment où elle exerce encore les fonctions de Puissance médiatrice

entre la Confédération et le Danemark. Le protocole doit donner des assurances et des garanties au Danemark vis-à-vis de l'Allemagne, sans qu'un mot y soit dit des droits et devoirs positifs de la Confédération et comme Puissance indépendante, et comme appelée à protéger le droit fédéral, soit de pays allemands membres de la Confédération, soit de maisons princières qui lui appartiennent.

No. 1025.  
Preussen,  
Juli  
1850.

Les unes et les autres se trouvent placés sous la sauvegarde, et dans la sphère fédérale sous l'autorité suprême de la Confédération.

Vouloir insister dans le moment actuel auprès de la Prusse et de l'Autriche pour les engager à signer un protocole qui semble dans le préambule ignorer entièrement l'existence de cette même Confédération, ce serait se mettre en contradiction patente avec le rôle de Puissance médiatrice et avec l'exercice de ces fonctions.

**IV. L'arrangement proposé par la Grande-Bretagne, la France et la Russie autoriserait ces trois Puissances et chacune d'elles à exercer à toute perpétuité une espèce de protectorat aussi bien sur la Confédération Germanique que sur le Danemark.**

L'idée d'une garantie ou reconnaissance de l'intégrité de la monarchie danoise dont un pays allemand membre de la Confédération formerait une partie intégrale, renferme d'abord la supposition gratuite d'une chose politique qui n'existe pas en droit, et puis une prétention aussi dangereuse pour la paix du monde, qu'elle est contraire aux droits imprescriptibles, aux droits permanents de l'Allemagne.

Aucun traité ne consacre cette supposition, aucune considération d'expédient politique ne saurait sanctionner des procédés qui peuvent entraîner de tels dangers et qui doivent créer de si justes alarmes. La garantie ou la reconnaissance étant arbitraire, devrait être perpétuelle. Il en résulterait que les trois Puissances signataires s'engageraient par le protocole, même sans le vouloir, à occuper vis-à-vis du Danemark une position analogue à celle qu'elles occupent vis-à-vis de la Grèce et de l'Empire Ottoman, et l'Allemagne même se verrait d'autant plus menacée dans son indépendance et dans sa dignité par cette position, qu'elle a été exclue des négociations dont le projet de protocole est le résultat, quoiqu'elle y soit la seule partie directement intéressée à côté du Danemark.

**V. Le projet de protocole, tel qu'il est devenu inapplicable à l'état de choses actuel, par la conclusion de la paix entre la Prusse et le Danemark qui vient d'avoir lieu.**

La paix qui vient d'être conclue entre la Prusse et le Danemark, mettra sans aucun doute en peu de semaines un terme à cette guerre entre le Danemark et l'Allemagne, dont la terminaison prochaine par les *soins communs* des Puissances signataires est l'objet de l'article IV et le but immédiat du projet de protocole entier.

Si le but du projet de protocole dans les yeux du Gouvernement britannique n'a donc été que d'accélérer la conclusion de la paix entre l'Allemagne et le Danemark, ce but est déjà atteint: la paix du Danemark avec la Prusse est conclue, la paix avec les autres États allemands ne saurait guère être douteuse. La voix publique en Angleterre a demandé la paix: elle n'a pas demandé un protocole. Elle désire que le Danemark et les Duchés s'arran-

No. 1025.  
Preussen,  
Juli  
1850.

gent entre eux le mieux qu'ils pourront, mais elle ne veut point le triomphe des principes absolutistes et elle déteste le principe d'intervention.

Moins encore elle désirera voir un protocole devenir ou l'instrument ou le prétexte d'une intervention systématique dans les affaires intérieures d'autres pays, et le germe de complications et de guerres futures.

L'article III du projet étant devenu sans objet, ce qui reste du projet de protocole ce sont les deux points suivants :

1) la reconnaissance d'une Monarchie danoise dont un État Allemand membre de la Confédération Germanique formerait une partie intégrale (le Préambule et les Articles I et IV). Nous avons démontré que c'est équivalent à demander la reconnaissance d'une Monarchie danoise qui, comme telle, c'est-à-dire, comme *un ensemble de provinces danoises*, n'existe pas selon le droit public de l'Europe, et qui ne saurait être créée que par un acte arbitraire et sur les débris de la Confédération Germanique ;

2) l'approbation de la part des Puissances signataires de certaines mesures du Roi de Danemark (Art. II) lesquelles, nécessairement, se rapportent aux parties de ses États appartenant à cette Confédération. Tout ce que l'Allemagne sait des mesures auxquelles l'Article fait allusion, c'est qu'il s'agit des droits de plusieurs maisons princières et d'une partie intégrale de l'Allemagne, dont le Roi de Danemark est encouragé par le projet à disposer sans qu'on en ait dit un mot à la Confédération Germanique. .

VI. Le projet de protocole, loin d'assurer la pacification des duchés, augmenterait les difficultés d'une telle pacification en ce qu'il rendrait probablement le Danemark moins disposé que jamais à faire aux duchés des concessions justes et nécessaires.

Il ne saurait pas paraître déraisonnable de craindre que la signature d'un tel protocole, loin d'empêcher l'effusion du sang et faciliter la réconciliation entre le Danemark et le Slesvig ne devienne, au contraire, le signal d'un carnage effroyable et la cause d'un ressentiment profond et d'une irritation permanente des Slesvigois, du moins dans la grande majorité des habitants, laquelle est formée par les portions d'origine Germanique et de langue allemande. Le Danemark s'apercevant que sa manière d'envisager le Slesvic comme province du Royaume est hautement approuvée et proclamée par les Puissances signataires et fort de l'appui de ces Puissances et de la position menaçante au moins d'une d'entre elles, serait probablement moins que jamais disposé à lui faire des concessions, et à lui donner des garanties constitutionnelles, établissant une indépendance de bonne foi. Au contraire, le Danemark, selon toutes les probabilités, ne laisserait au duché que le choix entre une incorporation directe dans le Royaume, ou un simulacre d'indépendance, infiniment plus onéreux et écrasant que ne saurait l'être l'incorporation même. Et il ne faut pas oublier, que c'est contre cette incorporation que le pays s'est élevée (en 1848), après une résistance patiente et infructueuse de plus d'un siècle, et que, pour se défendre contre la même incorporation, il n'a cessé de faire les plus grands sacrifices jusqu'à ce jour, sans cependant jamais songer à se soustraire à l'autorité légitime du Duc souverain. Dans le cas d'une invasion danoise par terre et par mer, le duché ou succombera

après une guerre civile, sanglante et cruelle, ou résistera avec succès. Dans l'une et l'autre éventualité, le protocole aurait produit non seulement des embarras et des inconvénients, qu'il est inutile de signaler ici plus particulièrement, mais les Gouvernements qui y eussent adhéré, auraient à se défendre contre la responsabilité terrible de l'effusion du sang que certainement les Puissances signataires désirent empêcher autant que l'Allemagne. Et les embarras et les regrets ne finiraient pas là : l'aliénation de toutes les affections et le sentiment amer de violence et de traitement injuste et cruel resteraient, et dans les duchés et dans toute l'Allemagne ; de graves complications et des guerres européennes naîtraient indubitablement plus tôt ou plus tard du germe du protocole. L'opinion publique de l'Europe, dans les pays où elle s'est prononcée contre la cause slesvicoise ou est restée indifférente aux réclamations des duchés, s'élèverait pour elle, du moment où l'Allemagne renonçant à défendre cette cause par les armes, abandonne l'arrangement entièrement au Roi de Danemark.

Partout où il y a des sentiments libéraux et généreux, il y aura des sympathies pour les souffrances d'une population des plus civilisées, des plus respectables, et des plus sincèrement constitutionnelles de l'Europe. Alors on le trouvera étrange, que cette population, après avoir été négligée et ignorée par la diplomatie européenne, tandis qu'elle se sentait elle-même la victime d'un procédé révolutionnaire, que cette population devrait finalement être écrasée par un protocole signé à Londres.

---

### No. 1026.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN-AUGUSTENBURG.** — Herzogliche Acte, über die mit Ihrer königlichen Majestät von Dänemark getroffene Vereinbarung in Betreff der Cession und Uebernahme sämmtlicher auf der Insel Alsen und dem Festlande des Herzogthums Schleswig belegenen herzoglich augustenburgischen Güter und Besitzungen. —

Wir Christian August, Erbe zu Norwegen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn und der Ditmarschen, wie auch zu Oldenburg etc. Urkunden und bekennen hiemit, dass Wir mit dem Allerdurchlauchtigsten grossmächtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Frederik dem Siebenten, König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Ditmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg u. s. w. Unserm gnädigsten Könige und Herrn für Uns und Unsere Erben und Nachkommen, in Betreff der resp. Abtretung und Uebernahme sämmtlicher herzoglich augustenburgischer Güter und Besitzungen auf der Insel Alsen und dem Festlande des Herzogthums Schleswig eine Vereinbarung auf folgende Bedingungen getroffen haben.

1.

Cediren und übertragen Wir für Uns, Unsere Erben und Nachkommen sämmtliche Uns zustehenden Gerechtsamen an den herzoglich augustenburgischen Gütern und Besitzungen auf der Insel Alsen und dem Festlande des Herzogthums Schleswig, namentlich also an den Gütern Augustenburg und Rumohrsgaard,

No. 1026.  
Augustenb.  
30. Dec.  
1852.

ferner: Evelgande, Gammelgaard, Gunstrup, Kekenisgaard, Langenvorwern, Maybüllgaard, Rönhave und Werthemine, sammt dem dazu gehörigen Schloss bei Sonderburg, und endlich Averbüllgaard, Aarup, Kielstrup, Rischbeck, Gravenstein und Kieding, sammt deren Zubehörungen, in denjenigen Grenzen und Scheiden, worin gedachte Güter und Besitzungen gegenwärtig belegen sind, mit allen darauf befindlichen, der Gutsherrschaft gehörigen Schlössern, Palaisund Gebäuden, sammt Allem, was darin erd-, wand-, band-, niet- und nagelfest ist, namentlich auch mit sämmtlichen aufselbigen vorhandenen, Uns gehörigen Vieh-, Feld- und Wirthschafts-Inventarien, imgleichen mit Allen Uns daran bisher zugestandenen Gerechtigkeiten und Befugnissen, nicht minder mit allen Uns wider Unsere bisherigen Gutsuntergehörigen, wohin auch die auf den Gütern wohnenden Zeitpächter zu rechnen, zuständigen Rechten und Ansprüchen, letztere mögen contractlich oder herkömmlich oder wie sonst immer begründet sein, und mit allen den ermeldeten Gütern und Besitzungen anklebenden Rechten und Gerechtigkeiten, insbesondere dem jus patronatus, aber auch mit allen darauf ruhenden Abgaben, Beschwerden und Lasten, an Ihre königliche Majestät zu Dänemark und Allerhöchstdero Kronerben, dergestalt, dass Allerhöchstderselben und Allersöchstdero Nachfolger an der Krone dieselben von nun an ruhig und ungestört besitzen, sämmtliche gutsherrlichen Gefälle, Pachtgelder und sonstigen Reventüen, die von nun an fällig werden, ungekürzt beziehen und darauf frei und unbeschränkt gleichwie mit anderm Kroneigenthum schalten und walten können und mögen.

## 2.

Ueberdies verpflichten Wir Uns hiedurch nicht allein dazu, für Unsere Person und Unsere Familie inskünftige Unsern Aufenthalt ausserhalb Ihre königl. Majestät Reiche und Lande, worin Wir oder Unsere Nachkommen selbstverständlich kein Grundeigenthum erwerben dürfen, und wollen, zu nehmen, sondern

## 3.

geloben und versprechen ausserdem für Uns und Unsere Familie bei fürstlichen Worten und Ehren Nichts, wodurch die Ruhe in Ihre königl. Majestät Reichen und Landen gestört und gefährdet werden könnte, vorzunehmen, imgleichen den von Ihre königl. Majestät in Bezug auf die Ordnung der Erbfolge für alle unter Allerhöchstdero Scepter gegenwärtig vereinte Lande, oder die eventuelle Organisation Allerhöchstdero Monarchie gefassten oder künftig zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise entgegen treten zu wollen.

## 4.

Vorbemerkte Cession und Uebertragung der Uns und Unsern Erben und Nachkommen an den vorgedachten herzoglich-augustenburgischen Gütern und Besitzungen auf der Insel Alsen und dem Festlande des Herzogthums Schleswig zuständigen Gerechtsame, imgleichen die, wie vorangeführt, von Uns gegen Ihre königliche Majestät übernommenen Verpflichtungen und die von Uns Allerhöchstderoselben ertheilten Angelöbnisse und Zusicherungen, acceptiren Ihre königl. Majestät für Sich und Allerhöchstdero königl. Kronerben und Nachfolger ausdrücklich und ertheilen Uns dagegen für Sich und Allerhöchstdero königl. Erbsuccessoren nachfolgende Versprechungen und Zusicherungen.

## 5.

Ihre königl. Majestät wollen, als Widerlage für die mehrerwähnten von Uns an Allerhöchstdero Krone abgetretenen Güter und Besitzungen die Summe von 1,500,000, schreibe Eine Million fünf Hundert Tausend Stück Species, wovon  $9\frac{1}{4}$  Stück auf eine Cölnische Mark fein Silber gehen, successive auszahlen lassen. Diese Summe, welche hinsichtlich der fideicommissarischen Eigenschaft an die Stelle der vorgedachten hertzogl. augustenburgischen Besitzungen auf Alsen und dem Festlande des Herzogthums Schleswig tritt, wollen Allerhöchstdieselben, soweit selbige unabgetragen ist, Uns mit einer halbjährigen Rente von zwei pro Cent verzinsen und dieselbe in der Weise abtragen lassen, dass halbjährig auf St. Johannis und St. Nicolai, und zwar St. Nicolai 1852 zum Erstenmale eine Auszahlung von 75,000, schreibe Fünf und siebenzig Tausend Stück Species erfolgt, wovon der, nach Abzug der sodann fälligen halbjährigen Zinsen verbleibende Rest als Capitalabtrag verwandt wird, so dass also zu Johannis 1865 der alsdann restirende Theil der Schuld zurückbezahlt worden und somit die ganze Capitalschuld von 1,500,000 Stück Species nebst Zinsen vollständig getilgt und berichtigt sein wird.

No. 1026.  
Augustenb.,  
30. Dec.  
1852.

Ihre königl. Majestät haben demnach eine von Allerhöchstderoselben eigenhändig unterzeichnete und von Allerhöchstdem Geheimen Staatsrathe paraphirt auf 1,500,000 Stück Species lautende Hauptobligation nach Massgabe der Beilage sub Litera A. ausgestellt und werden dieselbe bei Entgegennahme der an Allerhöchstdieselben nach Massgabe der Beilage sub Litera B. von Uns auszustellenden solennen Cessions- und Renunciations-Acte an Uns aushändigen lassen.

Dabei genehmigen Ihre königl. Majestät, wie solches von uns gewünscht wird, dass, unter Bezug auf obgedachte Hauptobligation, von Allerhöchstdero Ministern für die Finanzen und für das Herzogthum Schleswig zu unterzeichnende Partialobligationen bis zum Belaufe der Hauptobligation ausgestellt werden, dass eine jede Partialobligation auf die Summe von 2000, schreibe Zwei Tausend Stück Species laute, und mit auf Inhaber lautenden Zinscoupons versehen werde, dass ferner durch eine halbjährig, spätestens 6 Wochen vor dem zunächst bevorstehenden Termin vorzunehmende Verloosung in Kopenhagen, deren Resultat in einer Hamburgischen Zeitung zur öffentlichen Kunde zu bringen sein wird, bestimmt werde, welche Obligationen in dem zunächst nach der Verloosung folgenden Termin auszubezahlen sein werden, dass auch die Hauptobligation, nachdem die Partialobligationen ausgefertigt worden und zwar vor Aushändigung dieser letzteren an Uns, von Uns bei der königl. preussischen Secundhandlung unter der Ermächtigung für dieselbe Seitens Unserer deponirt werde, nicht nur der Belauf der successive eingelösten und im cassirten Stande eingezeichneten Partialobligationen von der Hauptobligation durch entsprechende Notirung auf derselben abzuschreiben, sondern auch die Hauptobligation selbst, nachdem der Belauf der Gesamtsumme, worauf selbige lautet, durch Einlösung und Einlieferung sämtlicher Partialobligationen demnächst von Ihre königl. Majestät ausbezahlt worden, an Allerhöchstdero Finanz-Minister oder Wen Allerhöchstdieselben sonst etwa mit der Entgegennahme beauftragen möchten, nebst sämtlichen eingelösten Partialobligationen auszuliefern und das besagte Dequo-

No. 1026.  
Augustenb.,  
30. Dec.  
1852.

situm von Unserer Seite unwiderruflich sei, es wäre denn, dass Wir der beikommanden Bank dargethan hätten, dass die festgestellte Verloosung nicht vorgenommen, oder dass die gezogenen Partialobligationen nicht bei deren Vorzeigung stipulirtermassen ausbezahlt und eingelöst worden wären.

6.

Ausserdem übernehmen und agnosciren Ihre königl. Majestät die resp. von Unsern Vorfahren und Uns selbst contrahirten und auf der Beilage sub Litera C. genau verzeichneten Schulden Unseres fürstlichen Hauses zu dem Gesamtbetrage von 418,569 Rthlr. 28 $\frac{1}{2}$  sch., schreibe Vier Hundert Achtzehn Tausend fünf Hundert Neun und Sechzig Thaler 28 $\frac{1}{2}$  Schillinge Cour. gleich 334,855 Stück Species 40 $\frac{1}{2}$  sch. Cour. als Höchstdero eigene Schuld und werden daher, den in der Beilage sub Litera. C. verzeichneten Creditoren die erforderlichen Agnitions-Acten durch Allerhöchst Ihren Minister für das Herzogthum Schleswig oder Wen Allerhöchstdieselben sonst hiemit beauftragen möchten, zufertigen lassen, in soweit Allerhöchstdieselben es nicht vorziehen sollten, einzelne von den Schuldposten zur obligationsmässigen Auszahlung loszukündigen und demnächst auszuzahlen.

Die Zinsen für die einzelnen Schuldposten, welche nach dem Tage der Unterschrift der von Ihrer königlichen Majestät in Betreff der über die gegenwärtige Vereinbarung Allerhöchst ausgestellten Acte fällig worden, imgleichen die auf den von Uns an Ihrer königl. Majestät wie vorermeldet, übertragenen Gütern und Besitzungen ruhenden Steuern, öffentlichen Abgaben und Lasten, in soweit selbige nach dem ebengedachtem Tage fällig werden, wollen Allerhöchstdieselben zur Verfallzeit an Beikommende auszahlen und prästiren lassen.

7.

Nicht minder bewilligen Ihre königl. Majestät, dass die aus der von Allerhöchstdenenselben angeordneten Administration der von Uns an Allerhöchst dieselben anjetzo übertragenen Güter und Besitzungen nach der Beilage sub Litera D. bis zum 21. Mai d. J. sich ergebenden Ueberschüsse von 224,161 Rthlr. 51 sch. S. M. oder 112,080 Stück Species 46 Schilling Courant, imgleichen die vom 21. Mai d. J. bis zum Tage der allerhöchsten Unterschrift der von Ihrer königl. Majestät in Betreff der gegenwärtigen Vereinbarung ausgestellten Acte sich etwa ergebenden Ueberschüsse, über welche letztern Allerhöchstdieselben Uns seiner Zeit eine nähere Aufgabe machen lassen werden, die Wir hiemit, unter specieller Entsagung auf jegliche dawider zu machende Monitor, im Voraus als richtig anerkennen, an Uns baar ausbezahlt werden sollen. Die Ausbezahlung jener bereits jetzt ermittelten Ueberschüsse wird erfolgen, sobald Wir die von Uns in Betreff der Cession und Uebertragung der in Rede stehenden Güter und Besitzungen an Ihre königl. Majestät annoch auszustellenden solennen Cessions- und Renünciations-Acte Allerhöchstderoselben haben eigenhändig erlassen, die dieser letzteren dagegen sechs Wochen später oder sobald der Abschluss der Rechnungen hat stattfinden können.

8.

Auch haben Ihre königl. Majestät bewilligt, dass den in der Beilage sub Litera E. namhaft gemachten Personen die seither aus Unserer Kasse ge-



nossenen Pensionen oder Gratificationen noch fernerhin zukommen sollen, und wollen daher dieselben an sie ausbezahlen lassen, sowie selbige fällig werden.

No. 1026.  
Augustenb.,  
30. Dec.  
1852.

9.

Endlich genehmigen Ihre königl. Majestät annoch, dass das Uns zugehörige, in der Beilage sub Litera F. verzeichnete bewegliche Eigenthum an Denjenigen, den Wir zur Empfangnahme desselben autorisiren werden, in natura wieder ausgeliefert werden möge.

10.

Die vorstehend sub 5 bis 9 incl. Uns von Ihrer königl. Majestät eingeräumten Bewilligungen nahmen Wir an, verpflichten Uns hiemit dazu nach Massgabe der obengedachten Beilage sub Litera B. eine solenne Cessions- und Renunciations-Acte bezüglich der, wie vorerwähnt, Allerhöchstderoselben cedirten und übertragenen Güter auszustellen und an Allerhöchstdieselben einhändigen zu lassen, und entsagen hiemit gegen die getreue Erfüllung der von Ihrer königl. Majestät Uns, wie oben bemerkt, Allergnädigst ertheilten Versprechungen und Zusicherungen, allen und jeden Ansprüchen, keine davon ausbeschrieben, die Wir aus der stattgehabten Occupation oder der von Ihrer königl. Majestät angeordneten bisherigen Administration oftbezogener Güter oder endlich aus der inzwischen stattgehabten Administration, Benutzung oder Veräusserung Unseres seit dem 23. März 1848 auf letztern vorhanden gewesenen beweglichen oder sich bewegenden Eigenthums, wider Allerhöchstdieselben oder Allerhöchstdero Beamten etwa herleiten können.

Wir geloben und versprechen demnach hiemit für Uns, Unsere Erben und Nachkommen in bündigster Weise, dass Wir Unsererseits alles dasjenige, was in obiger Vereinbarung verabredet und festgesetzt worden ist, getreulich erfüllen und nie gestatten wollen, dass von den Unsrigen auf einige Weise dawider gehandelt oder etwas vorgenommen werde.

Urkundlich Dessen haben Wir diese Acte eigenhändig unterschrieben und mit Unserm fürstlichen Signet besiegelt.

So geschehen zu Frankfurt a/M. den 30. Decbr. 1852.

C. August

Herzog zu Schleswig-Holstein.

(L. S.)

## No. 1027.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN-AUGUSTENBURG.** — Memoire des Herzogs Christian über seine Theilnahme an der Erhebung der Herzogthümer Schleswig-Holstein im März 1848 (verbreitet im Mai 1853).

Ueber die Begebenheiten in Dänemark und den Herzogthümern Schleswig und Holstein im März 1848 ruht noch stets ein gewisses Dunkel, welches nur die Zeit vollkommen aufzuklären vermag. Um indessen zur richtigen Beurtheilung der damaligen Verhältnisse beizutragen, wird es zweckmässig sein, eine kurze historische Uebersicht der Begebenheiten mitzutheilen, die in Kopenhagen und in den Herzogthümern zu jener Zeit sich zutrug. In dieser Absicht

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

sind die nachstehenden Zeilen geschrieben. ¶ In der Mitte des Januar 1848 verschied König Christian VIII. nach kurzem Krankenlager und sein Sohn Friedrich VII. bestieg den Thron. Schon seit längerer Zeit hatte man diesem Ereigniss entgegengesehen, da der verstorbene König in seinen letzten Lebensjahren zu wiederholten Malen an einem Schlagfluss ähnlichen Zufall gelitten hatte, indessen erwartete man sein Ableben nicht so plötzlich. Die dänische demokratische oder eiderdänische Partei hatte sich schon seit mehreren Jahren auf den Zeitpunkt des Thronwechsels vorbereitet, weil ihr Plan war, denselben zu einem Staatsstreich gegen das Königsgesetz und die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu benutzen. Unter dem Vorwande der Aufrechthaltung und Beförderung der dänischen Sprache und Nationalität in Schleswig, wie zum richtigen Gebrauch der Presse beizutragen, hatte jene Partei zwei Vereine gestiftet, denen sich ein dritter unter der Benennung des „Vereins der Bauernfreunde“ anschloss. Die beiden ersteren umfassten einen grossen Theil der gebildeten Stände, der letztere, dessen Zweck war, den Bauern der Gutsherren freies Eigenthum auf Kosten ihrer Gutsherren zu verschaffen, bestand seiner Mehrzahl nach aus Bauern und Landleuten. ¶ Der Hauptzweck der Leiter dieser Vereine war: der Umsturz der bestehenden Verfassung in Dänemark und den Herzogthümern, Einführung einer demokratischen Verfassung in Dänemark und mit Hülfe derselben die Incorporation und Danisirung Schlesiwigs. Durch die Schwäche der Regierung des verstorbenen Königs, wie durch seine wenig aufrichtige Politik gegen die Herzogthümer, hatten jene Vereine seit mehreren Jahren sich ungestört über ganz Dänemark verbreitet, mit einer festen Organisation und geschickten Leitung, die von Kopenhagen ausging. Die demokratische Partei in Dänemark, auf diese Weise seit lange organisirt und geleitet, war daher vollkommen vorbereitet auf die zukünftigen Ereignisse, und wartete nur auf den günstigen Moment, um den lange gehegten Plan auszuführen. Kaum war der König gestorben, so erschien eine kleine Schrift von den Kopenhagener Professoren Claussen und Schau, in welcher die Nothwendigkeit einer Verfassung für Dänemark und Schlesiwigs Trennung von Holstein nachgewiesen wurde. Dieser Schrift folgten mehrere ähnliche Schriften, durch welche das Kopenhagener Publikum zu demselben Zwecke bearbeitet wurde. Die Kopenhagener Tagespresse behandelte dasselbe Thema, und Dänemark bis zur Eider mit einer demokratischen Verfassung wurde nunmehr das Losungswort des Kopenhagener Publikums. Das dänische Ministerium, anstatt mit Kraft und Energie diesem Treiben der Demokraten zu widerstehen, suchte sich durch eine halbe Massregel aus der Verlegenheit zu ziehen. Der verstorbene König, in seinem Eifer, die weibliche Erbfolge in den Herzogthümern einzuführen, hatte während seiner letzten Lebenszeit sich mit dem Plane beschäftigt, das Königreich Dänemark und die Herzogthümer Schleswig und Holstein durch eine gemeinsame Verfassung mit einander zu verbinden, in der Hoffnung und Voraussetzung, die Herzogthümer dadurch zu veranlassen, die weibliche Erbfolge anzunehmen. Ungeachtet die Verhältnisse durch den plötzlichen Tod Christian VIII. sich vollkommen verändert hatten, war das Ministerium in seiner

Kurzichtigkeit verblendet genug zu glauben, der herannahende Sturm liesse sich durch Realisirung jenes Planes beschwichtigen, und schon am 28. Januar erschien daher ein königliches Patent, in welchem der König erklärte: „dass er beschlossen habe eine Verfassung zu geben, welche die Rechte sowohl seiner Krone, als seiner sämmtlichen Unterthanen sichern, und der verschiedenen Landestheile besondere Interessen und Rechte festsetzen solle; auch solle diese Verfassung, die er aus freier Machtvollkommenheit gebe, nichts in den Verhältnissen ändern, welche zwischen Schleswig und Holstein bestehen.“

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

¶ Dies hiess unter den gegebenen Verhältnissen Oel ins Feuer giessen, und anstatt den drohenden Sturm zu beschwichtigen, rief man denselben jetzt erst recht herauf. Bis dahin hatte man sich nämlich in den Herzogthümern äusserlich ganz ruhig verhalten, und dem Treiben der dänischen Demokraten, an welches man schon seit Jahren gewöhnt war, ruhig zugesehen. Das Bestreben der Herzogthümer war von jeher darauf gerichtet gewesen, Schleswigs Selbständigkeit Dänemark gegenüber, wie Holsteins altes Recht auf seine Verbindung mit Schleswig aufrecht zu erhalten, weil sie hierin den grössten Schutz für Wahrung ihrer Interessen erblickten. Durch eine gemeinsame Verfassung mit Dänemark konnte dieses Alles in Frage gestellt und konnten sie bedroht werden, den dänischen Interessen zum Opfer zu fallen. — Wer mit der Entwicklung der Geschichte der Herzogthümer, wie mit den dortigen nationalen Verhältnissen und materiellen Interessen bekannt ist, und den grossen Unterschied kennt, der in allen Beziehungen zwischen dem Königreiche und den Herzogthümern, zwischen den Dänen und den dortigen Deutschen besteht, der wird auch begreifen, dass die Aussicht, eine gemeinsame Verfassung mit Dänemark zu erhalten, wodurch die Herzogthümer von dem Süden und von Deutschland ab, nach dem Norden und nach Scandinavien hingezogen wurden, für sie keine erfreuliche und beruhigende sein konnte. Die Spannung, die seit dem offenen Briefe und den diesem vorangegangenen und nachfolgenden Ereignissen zwischen den Herzogthümern und Dänemark bestanden hatte, fand neue Nahrung durch jenes Patent, und die Gemüther wurden dadurch in einem hohen Grade aufgeregt. ¶ Aber auch in Kopenhagen fand jenes Patent keinen Beifall. Die Bestrebungen der eiderdänischen Partei waren, wie gesagt, darauf gerichtet, Schleswig von Holstein zu trennen und Dänemark zu incorporiren. Hierzu sollte eine demokratische Verfassung für Dänemark und Schleswig das Mittel sein. Eine gemeinsame Verfassung für Dänemark und beide Herzogthümer, durch welche die beiden letzteren in ihrer bisherigen Verbindung blieben, und durch welche ihre Rechte gesichert werden sollten, war den Wünschen und Absichten der Partei ganz entgegen, und sie bekämpfte daher von ihrem Standpunkte aus den Plan der Regierung eben so sehr, wie dies von Seiten der Herzogthümer geschah. ¶ Nur der grossen Kurzichtigkeit der damaligen dänischen Staatsmänner, von welchen ein Theil gegenwärtig wiederum das dänische Staatsruder lenkt, kann es zugeschrieben werden, dass die Regierung sich in eine unhaltbare Lage brachte, indem sie durch jenes Patent nicht allein Niemand befriedigte, sondern beide streitende Parteien gegen sich und ihre Verfassungsprojecte aufbrachte. Obwohl die Angriffe der Kopenhagener demokratischen Presse auf das Ministerium

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

und auf das Verfassungspatent stets an Heftigkeit und Bitterkeit zunahmen und Jeder voraussehen konnte, dass die dortigen Zustände unhaltbar waren, geschah von Seiten des Ministeriums doch Nichts, um der sich vorbereitenden Krisis zu begegnen. ¶ Während dies sich zwischen der Elbe und dem Sunde zutrug, brach plötzlich die französische Revolution aus und riss das halbe Europa in ihren Strudel hinein. Dass dies nicht dazu beitrug die schon aufgeregten Gemüther in Dänemark und den Herzogthümern zu beschwichtigen, bedarf keines Beweises. Inzwischen bereitete die dänische Regierung sich darauf vor, ihre Verfassungsprojecte zur Ausführung zu bringen, und bestimmte, dass die Ständerversammlungen des Königreichs und der Herzogthümer, wie die Ritterschaft und die Geistlichkeit eine gewisse Anzahl Mitglieder aus ihrer Mitte wählen sollten, welche demnächst zu einer gemeinsamen Berathung nach Kopenhagen berufen werden würden. In den Herzogthümern beschloss man diese Wahlen jedoch unter dem Vorbehalte vorzunehmen, dass die Delegirten nur als Privatpersonen und nicht als Vertreter der Herzogthümer ihren Rath abzugeben haben würden, und in Dänemark fand ein ähnlicher Vorbehalt statt. Doch bevor alle Wahlen beendet waren, kam das Ungewitter, welches längst drohend am Horizont gestanden hatte, zum Ausbruch, und die ganze Situation veränderte sich plötzlich. ¶ Seit dem Ausbruch und der Verbreitung der französischen Revolution hatte die demokratische Partei in Kopenhagen zusehends an Muth und Rührigkeit zugenommen. Nicht nur dass ihre Organe neben Angriffen auf die Herzogthümer und deren Verbindung fast täglich auf die Entlassung der Minister und Ersetzung derselben durch patriotisch dänisch gesinnte Männer drangen, sondern es wurden in Kopenhagen auch Versammlungen abgehalten, erst in engeren und demnächst in weiteren Kreisen, in welchen man den beabsichtigten Staatsstreich besprach und vorbereitete. Am 11. März fand eine solche Versammlung in grösserem Umfange statt, in welcher jedoch beschlossen wurde, vorläufig zurückzuhalten, in der Hoffnung, dass Seitens der Herzogthümer irgend ein Schritt geschehen könnte, der den Dänen die Veranlassung gebe loszubrechen. ¶ In den Herzogthümern war man mit diesem Treiben in Kopenhagen nicht unbekannt. Die dänischen Blätter, wie Privatnachrichten von dort sprachen zu deutlich, als dass man sich über die Absichten der Dänen hätte täuschen können. Die Lage der Herzogthümer war eine eben so schwierige, wie Gefahr drohende. Vom Norden her wurden sie durch die dänische Demokratie bedroht, die Schleswigs Selbständigkeit vernichten, es Dänemark incorporiren und Holstein der Demokratie Preis geben wollte. Von Süden her waren dieselben der Einwirkung der revolutionären Bewegung Frankreichs und Deutschlands ausgesetzt. Die Macht und der Einfluss der Regierung in den Herzogthümern war gleich Null, dieselbe wurde von einem Regierungspräsidenten geleitet, der sich durch seine Massregeln so verhasst gemacht hatte, dass er für seine eigene Sicherheit besorgt war, und der schon am 19. März freiwillig die Regierung niederlegte, indem er persönlich sich unter den Schutz der Bürger der Stadt Schleswig stellte. ¶ Diese bedrohliche Lage der Dinge veranlasste mehrere Mitglieder der Ritterschaft und der Stände, sämmtliche Ständemitglieder beider Herzogthümer zu einer gemeinsamen Privatbesprechung nach Rendsburg einzuladen und zu überlegen, was

unter den gegebenen Verhältnissen zu thun sei. Nachdem auf desfallsiges Ansuchen die Regierung ihre Einwilligung zu dieser Versammlung unter der Bedingung gegeben hatte, dass dieselbe nicht öffentlich sein dürfe, fand dieselbe am 18. März in Rendsburg statt. Hier wurde beschlossen, eine Deputation von fünf Mitgliedern nach Kopenhagen zu senden, um dem Könige die Lage der Dinge vorzutragen und demselben die Bitte auszusprechen, den Herzogthümern keine gemeinsame Verfassung mit dem Königreiche zu geben, sondern den vereinigten Ständeversammlungen der Herzogthümer einen Entwurf zu einer eigenen Verfassung für die Herzogthümer vorlegen lassen zu wollen und zu gestatten, dass Schleswig zur Sicherung seiner Rechte in den Deutschen Bund aufgenommen werde. ¶ Die Nachricht von dem Resultat dieser Versammlung kam am 20. März des Morgens nach Kopenhagen. Die Leiter der dortigen demokratischen Partei benutzten dieselbe sogleich zu ihren Zwecken. An allen Strassenecken wurden sofort Plakate angeschlagen, in welchen es hiess: „die Herzogthümer seien in vollem Aufstande, es habe sich daselbst eine provisorische Regierung gebildet, ein Theil der Garnison der Festung Rendsburg habe sich für dieselbe erklärt u. s. w., alle patriotisch gesinnten Männer Kopenhagens würden daher aufgefordert, am selbigen Abend (den 20. März) sich im Casino zu versammeln, um daselbst nähere Beschlüsse in Betreff der gefährlichen Lage des Vaterlandes zu fassen.“ In Folge dieses Aufrufes erschienen an 3000 Personen im Casino, unter denen sich viele Officiere der Kopenhagener Garnison in Civilkleidern befunden haben sollen. Die Hauptwortführer waren hier die späteren Minister: Clausen, Madwig, Lehmann, Monrad und Tscherning, Es wurden hier 5 von Lehmann vorgeschlagene sogenannte Resolutionen angenommen, deren Hauptinhalt folgender war: eine schleswig-holsteinische Verfassung sei ein Aufgeben der Rechte der dänischen Krone an Schleswig, und der König sei unberechtigt diese zu geben; Dänemarks und Schlesiwsigs Verbindung könne nur durch eine gemeinsame Reichsverfassung erhalten werden; das dänische Volk verspreche dem König seinen unbegrenzten Beistand zur Erfüllung dieser seiner heiligsten Regentenpflichten; Dänemarks Wohlfahrt fordere, dass der König unverzüglich seinen Thron mit Männern umgebe, die der Regierung Kraft verleihen, der Nation Zutrauen einflössen könnten. Zugleich wurde eine an den König gerichtete Adresse vorgelesen und genehmigt, in welcher man denselben, unter Androhung zur „Selbsthülfe der Verzweiflung“ greifen zu wollen, bat, sein Ministerium sofort zu entlassen und sich mit Männern zu umgeben, die „Dänemarks Ehre retten und des Landes Freiheit begründen könnten“, die Versammlung beschloss, am folgenden Tage um 10 Uhr Morgens diese Adresse dem König zu überreichen und sie trennte sich unter dem Ruf: „Es leben die neuen Minister.“ ¶ Am 21. März Morgens 10 Uhr wurde diese Adresse von dem Präsidenten der Bürgerrepräsentanten, dem Etatsrath Hvidt, an der Spitze von 15000 Menschen, die in Procession vom Casino aus nach dem Schlosse zogen, dem Könige überbracht. Als demselben die Adresse von Hvidt vorgelesen war, antwortete er: „Es freue ihn mittheilen zu können, dass er des Volkes Wunsch zuvorgekommen sei und sein Ministerium entlassen habe.“ Dies wurde von der vor dem Schlosse versammelten Volksmenge mit Jubel aufgenommen,

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

und das kurze Zeit darauf gebildete neue Ministerium bestand seiner Mehrzahl nach aus den Leitern der Bewegung und den Häuptern der demokratischen Partei. Nur zwei der früheren Minister, der Graf Wilhelm von Moltke und der Herr von Bardenfleth, traten in dies neue Ministerium ein. ¶ Die Nachricht von den Kopenhagener Begebenheiten des 20. und 21. März gelangte am 23. März früh Morgens nach den Herzogthümern und erregte hier begreiflicher Weise eine ungeheure Sensation. Niemand konnte sich darüber täuschen, dass der König von der dänischen demokratischen Partei mit Hülfe einer Volksbewegung gezwungen worden war, sein Ministerium zu entlassen und sich mit Männern aus der Partei zu umgeben, die schon seit Jahren für den Umsturz der bestehenden Verfassung und die Vernichtung aller Verhältnisse in den Herzogthümern sich öffentlich ausgesprochen hatte. Die Folgen jener Ereignisse standen Jedem klar vor Augen, und dies veranlasste mehrere einflussreiche Männer der Herzogthümer, am 23. März Abends sich in Kiel zu versammeln, um zu überlegen, was von Seiten der Herzogthümer zum Schutze ihrer Rechte und zur Aufrechthaltung des Bestehenden zu thun sei. Von Kiel aus sandte man Boten an den Grafen Reventlow in Prentow und an den Prinzen Friedrich von Holstein auf Noer, mit der Bitte an Beide, baldigst nach Kiel zu kommen und an der dortigen Berathung Theil zu nehmen. Nachdem jene beiden Herren den wiederholt gesandten Anforderungen Folge geleistet, (der Prinz Friedrich entschloss sich erst zu kommen, nachdem der dritte Bote ihm gesandt war) und man sich während mehrerer Stunden berathen hatte, beschloss man in der Nacht zwischen dem 23. und 24. März eine interimistische Regierung zu bilden, die im Namen des Landesherrn und zur Aufrechthaltung seiner Rechte wie der Rechte des Landes die Regierung führen sollte. Am 24. des Morgens stellte diese Regierung eine Proclamation aus, in welcher gesagt wurde, dass der Landesherr durch eine Volksbewegung in Kopenhagen gezwungen worden sei, seine bisherigen Rathgeber zu entlassen und eine feindliche Stellung gegen die Herzogthümer einzunehmen; sein Wille sei nicht frei und das Land ohne Regierung; man könne nicht zugeben, dass auf solche Weise die Herzogthümer ein Raub der Dänen würden, und die Unterzeichneten hätten daher vorläufig die Regierung übernommen, welche sie „zur Aufrechthaltung der Rechte des Landes und der Rechte ihres angestammten Landesherrn in seinem Namen führen würden.“ Die Motive, die bei der erwähnten Berathung den Ausschlag für die Bildung jener Regierung gaben, waren folgende: dass der König mit Hülfe einer Volksbewegung gezwungen worden war, dem Andringen der demokratischen Partei nachzugeben, war ausser Zweifel, aber Niemand konnte damals wissen oder voraussehen, wie weit diese Bewegung gehen, und ob die „Selbsthilfe der Verzweiflung“, mit welcher in der dem König überreichten Adresse gedroht wurde, sich nicht gegen das Königthum selbst richten möchte. Manche republikanische Elemente waren in Kopenhagen wie anderswo vorhanden, und auf den Fall, dass die dortige Bewegung das Königthum stürzen sollte, war es von entscheidendem Einflusse nicht nur für die schleswig-holsteinischen und dänischen, sondern auch für die europäischen Verhältnisse, das monarchische Princip in den Herzog-

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

thümern aufrecht zu erhalten, dem Landesherrn seinen deutschen Thron ungeschmälert zu bewahren und seine Rechte als Herzog von Schleswig und Holstein gegen den Andrang der dänischen Demokraten sicher zu stellen. Die Herzogthümer befanden sich damals seit mehreren Tagen ohne Regierung, da, wie bemerkt, der Regierungspräsident von Scheel schon am 19. März freiwillig die Regierung niedergelegt und seiner persönlichen Sicherheit wegen sich unter den Schutz der Bürger der Stadt Schleswig gestellt hatte. In Kopenhagen, woselbst die demokratische Partei seit dem 21. März herrschte, hielt man alle Deutsche zurück, verhinderte die Dampfschiffe am Abfahren und liess keine Briefe fortgehen, nur die Zeitungen waren von der Post nach den Herzogthümern befördert. Es war auf eine Ueberraschung derselben abgesehen. Deutschland befand sich damals in völliger Auflösung, in Frankreich war die Republik eingeführt. Wohin man den Blick wandte, herrschte Anarchie. Sollte man diese auch in den Herzogthümern, woselbst bisher die äussere Ruhe nicht gestört war, einreissen lassen? Sollte man durch Zuschauen und Geschehenlassen oder aus Furcht, sich persönlich zu compromittiren, das Land zwischen der Elbe und der Königsau den Gefahren der Anarchie preisgeben, die sowohl vom Norden wie vom Süden über dasselbe hereinzubrechen drohten? ¶ Die Kopenhagener Begebenheiten enthielten eine offenbare Verletzung der durch den Bundesbeschluss vom 17. September 1846 gewährten Rechte der Herzogthümer und der Agnaten. In der Erklärung vom 7. September 1846 an die Bundesversammlung hatte der königl. dänische Gesandte Namens seines königlichen Herrn die „feierliche Versicherung“ gegeben, dass nichts geschehen solle, wodurch eine Veränderung in den Verhältnissen herbeigeführt werden könne, „welche das Herzogthum Holstein mit dem Herzogthum Schleswig verbinden.“ Durch die Kopenhagener Vorgänge wurde diese „feierliche Versicherung“ gebrochen. Nach dem dänischen Königsgesetz, dem Grundgesetze für das Königreich Dänemark, waren jene Vorgänge eine hochverrätherische Handlung, indem es im Art. 20 dieses Gesetzes heisst, dass, wenn Jemand, „sei es auch wer es wolle“ etwas „auswirke“ oder „beworkstelle“, wodurch das Königsgesetz aufgehoben oder verändert werde, „so soll Alles, was auf solche Art zugesagt oder erlangt sein sollte, für ungesagt und ungeschehen gehalten werden, und die welche Solches erworben oder erschlichen haben, gestraft werden wie die, welche die Majestät beleidigt und sich an der Hoheit der Alleinherrschafts-Regierung des Königs gröblich vergriffen haben.“ Es konnte hiernach keinem Zweifel unterliegen, dass die Kopenhagener Vorgänge ein gegen das dänische Grundgesetz, wie gegen die bestehenden Rechte und die Verfassung der Herzogthümer gerichtetes hochverrätherisches Attentat waren, durch welches der König gezwungen wurde, seinen Namen zur Sanctionirung dieses Staatsstreiches herzugeben. Sollten die Herzogthümer durch ruhiges Zusehen die Kopenhagener Revolutionärs gewähren lassen und dadurch gleichsam mit denselben gemeinschaftliche Sache zum Umsturz des Bestehenden machen? Oder sollten sie durch Wort und That zeigen, dass sie bereit seien, für die bedrohten Rechte ihres Landesherrn, ihres Fürstenhauses und ihres

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

Vaterlandes Gut und Blut zu opfern? ¶ Diese Betrachtungen waren massgebend bei der Berathung in Kiel in der Nacht zwischen dem 23. und 24. März; sie bestimmten jene Männer, die sich damals an die Spitze des Widerstandes gegen die dänische Demokratie stellten, die der legitimen Gewalt entschlüpften Zügel der Regierung zu ergreifen in der Absicht, das Bestehende zu schützen und zu erhalten. ¶ Die in der Rendsburger Versammlung der Ständemitglieder am 18. März gewählte Deputation hatte am 20. März Kiel auf dem Dampfschiffe verlassen und kam am 22. März in Kopenhagen an. Hier wurde dieselbe während ihres Aufenthaltes in einer Art Gefangenschaft gehalten, erhielt aber doch am 23. März Audienz bei dem König. Während dieser Audienz äusserte der König nur wenige Worte, dagegen las in seiner Gegenwart der Baron von Plessen folgende Antwort vor: „Alles werde geschehen, um die Deputation zufrieden zu stellen, dagegen erwarte auch der König, dass alle treue Landeskinde sich um ihn schaaren und seine angestammten Rechte schützen werden. Eine weitere Antwort müsse vorbehalten bleiben, da erst im Staatsrath darüber verhandelt werden solle.“ — Am 24. wurde den Mitgliedern der Deputation durch den Minister Monrad angezeigt, dass sie sich auf ein Dampfschiff zu begeben hätten, um nach Kiel zurückzukehren, indem das Volk sehr gegen sie aufgebracht sei und man sonst nicht für ihre Sicherheit eintreten könne. Die königliche Antwort solle ihnen auf das Schiff nachgesandt werden. Ein Adjutant des Königs, der Oberstlieutenant Fensmark, begleitete die Deputation an Bord des Dampfschiffes Hekla. Während dies zur Abfahrt sich fertig machte, erschien der Minister Orla Lehmann und überreichte der Deputation die königliche Antwort. Sie enthielt die Incorporation Schleswigs. Am 26. März langte die Deputation in Kiel an. ¶ Die späteren Begebenheiten sind bekannt. Die Dänen besetzten Schleswig, die Preussen besetzten Holstein. Die deutsche Bundesversammlung beschloss, den König von Dänemark als Herzog von Holstein aufzufordern, die dänischen Truppen aus Schleswig zurückzuziehen und daselbst den *status quo ante* wieder herzustellen. Im Weigerungsfalle wurde von der Bundesversammlung Preussen beauftragt, dies zu erzwingen und das 10<sup>te</sup> Bundesarmeecorps, zu welchem die holsteinischen Truppen gehörten, erhielt zugleich den Befehl, gegen Dänemark zu marschiren. ¶ Seit der Zeit ist in den Herzogthümern nur geschehen, was von der Bundesversammlung oder der spätern höchsten Bundesbehörde befohlen oder verlangt wurde. Als Preussen im Auftrage des Bundes am 2. Juni 1850 den Frieden mit Dänemark schloss, war die diesem Frieden zum Grunde liegende Absicht folgende: Bis zu der Zeit, dass alle deutschen Regierungen den Friedenstractat ratificiren und zur Ausführung bringen würden, sollte es Dänemark und den Herzogthümern überlassen bleiben, die Streitfrage mit einander abzumachen; entweder auf dem Wege der Verhandlungen oder mit Hilfe der Waffen. Diese Grundlage, auf welcher der Friede nach der preussischen Denkschrift über denselben beruhte, war folglich von Dänemark genehmigt, und dessen Regierung kann daher um so weniger den Herzogthümern einen Vorwurf daraus machen, dass sie sich gegen den erfolgten Angriff Dänemarks vertheidigten, als letzteres auf die von ihnen gemachten friedlichen Propositionen nicht ein-



ging. Nicht einmal eine Antwort erfolgte, als 5 Tage vor der Schlacht bei Idstedt dem dänischen commandirenden General auf's Neue Vermittelungsvorschläge gemacht wurden. Als darauf, nach erfolgter Ratification des Friedensvertrages von Seiten sämtlicher deutschen Regierungen Oesterreich und Preussen die Herzogthümer aufforderten, die Feindseligkeiten einzustellen, die Armee zu reduciren und die Regierung des Landes den deutschen Commissarien zu übergeben, haben die Herzogthümer dieser Aufforderung sogleich entsprochen. Sie haben sich stets gehorsam gegen die Befehle und Anordnungen der obersten deutschen Bundesgewalt erwiesen.

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

---

Es ist bekannt, dass die dänische Regierung seit Ausbruch des blutigen Conflicts zwischen Dänemark und den Herzogthümern den Herzog von Augustenburg als Anstifter und Leiter alles Dessen, was in den Herzogthümern im März 1848 und später geschah, darzustellen sich bemüht. Diese Beschuldigung, gegen welche der Herzog früher öffentlich protestirt und dieselbe für Verläumdung erklärt hat, ist eine eben so unwahre wie einfältige, denn Jeder wird leicht einsehen und begreifen, dass der Herzog bei jedem derartigen Conflict zwischen Dänemark und den Herzogthümern Nichts gewinnen sondern nur verlieren konnte. Die dänische Regierung, die aus der Kopenhagener Revolution hervorging und in derselben wurzelte, fühlte von Anfang an die Nothwendigkeit, ihren revolutionären Ursprung vor den Augen der Welt so viel als möglich zu verbergen. Sie musste die Schuld des Geschehenen von sich ab auf einen Anderen wälzen, der als Sündenbock für alles Vorgefallene passiren konnte. Dazu wählte sie den Herzog von Augustenburg, dessen ihr sehr unbequeme Erbrechte sie dadurch zugleich zu beseitigen hoffte. Der Herzog sollte aus ehrgeizigen Absichten einen Aufruhr in den Herzogthümern hervorgerufen haben. Den Beweis für ihre Behauptung zu liefern ist die dänische Regierung aber noch stets schuldig geblieben, denn vage Behauptungen sind keine Beweise; ebenfalls hat sie auch niemals dargethan, worin der vermeintliche Ehrgeiz des Herzogs bestanden und welchen Zweck derselbe gehabt haben soll; ob der Herzog nach der dänischen Krone oder nach der der Herzogthümer gestrebt haben soll, darüber hat die dänische Regierung sich nicht ausgesprochen. ¶ Zur Aufklärung der Wahrheit wird es indessen zweckmässig sein mitzuthellen, was von Seiten des Herzogs kurz vor und nach der Katastrophe von 1848 geschah, weil Jeder sich daraus seine Schlussfolgerung machen kann. ¶ In Folge des erwähnten Verfassungs-Patents vom 28. Januar 1848 sollten aus den einzelnen Ständeversammlungen Abgeordnete zu einer vereinigten Versammlung in Kopenhagen gewählt werden. Jede der verschiedenen Classen, aus welchen die Ständeversammlungen bestanden, sollte eine gewisse Anzahl Abgeordnete wählen. Der Herzog, als Inhaber einer Virilstimme in der Schleswig'schen Ständeversammlung, der zu keiner jener Classen gehörte, war von der Wahl ausgeschlossen, und folglich betheiligte sich derselbe an keiner Handlung, welche dieselbe betraf. Auch war er vollkommen unbetheiligt an der erwähnten Versammlung der Ständemitglieder in Rendsburg am 18. März. Diese war ohne sein Zuthun und Wissen berufen und man unter-

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

liess es auch, ihn zu derselben einzuladen. Der Herzog, der während jener Zeit auf Augustenburg geblieben war, erfuhr zuerst am 20. März des Morgens durch einen benachbarten Gutsbesitzer, der ihn auf einige Tage besuchte, das Resultat dieser Versammlung. Selbiges war diesem durch einen Brief seiner Tochter aus Schleswig mitgetheilt. Als der Herzog hörte, dass man in Rendsburg beschlossen habe, eine Deputation nach Kopenhagen zu senden, hielt er sich davon überzeugt, dass die dänische demokratische Partei dieses als Veranlassung benutzen würde, ihre Pläne gegen die Herzogthümer, die Keinem unbekannt waren, zur Ausführung zu bringen. Der Herzog wusste, dass man in Kopenhagen nur auf eine passende Gelegenheit zum Losbrechen wartete, und dass man daselbst hoffte, diese würde von Seiten der Herzogthümer gegeben werden. Deshalb war er schon seit längerer Zeit bemüht gewesen, durch seine Freunde und Bekannte in den Herzogthümern dahin zu wirken, dass daselbst Nichts geschehe, welches als ungesetzlich oder als Demonstration ausgelegt werden könne, und mündlich wie schriftlich hatte er wiederholt dringend gebeten, sich ruhig und stets auf gesetzlichem Wege zu halten. Die Gefahr, welche aus der Absendung der Deputation nach Kopenhagen unter den damaligen Verhältnissen den Herzogthümern erwachsen musste, veranlasste den Herzog zu überlegen, ob es nicht ein Mittel gebe, dem von ihm nunmehr als gewiss vorausgesehenen Bruch zuvorzukommen. Es gab nur eine Möglichkeit, durch welche dies geschehen konnte, nämlich wenn die deutsche Bundesversammlung oder eine der deutschen Grossmächte erklärte: nicht dulden zu wollen, dass, von welcher Seite es auch sei, etwas in Widerspruch mit dem Bundesbeschluss vom 17. September 1846 und den in demselben gewährten Rechten der Herzogthümer unternommen würde. Von der Bundesversammlung war in jenem Augenblicke nicht viel zu erwarten, und in Wien hatte die Revolution schon stattgefunden. Von der Revolution in Berlin am 18. März hatte man am 20. März noch keine Kunde auf Augustenburg. Der Herzog beschloss daher, nach Berlin zu gehen und die preussische Regierung zu veranlassen, unter jenen für die Ruhe des Nordens so bedrohlichen Verhältnissen eine Erklärung im obigen Sinne abzugeben, in der festen Ueberzeugung, dass eine solche Erklärung die Herzogthümer vollkommen beruhigen, die Dänen aber zur Besinnung bringen und beide Theile von jedem übereilten, ungesetzlichen Schritte abhalten würde. Was geschehen sollte, musste indessen schnell geschehen, und schon am Nachmittage desselben Tages sass der Herzog im Wagen, um nach Berlin zu reisen. Ausser der Herzogin kannte Niemand des Herzogs Absicht, da derselbe vorgab, sich auf einige Tage nach seinen Grafensteinischen Gütern begeben zu wollen. ¶ Am 23. März Nachmittags kam der Herzog in Berlin an, nachdem er unterwegs die dortigen Ereignisse vom 18. und 19. März erfahren hatte. Er liess sich sogleich beim Könige melden, der ihm indessen sein Bedauern ausdrücken liess, ihn nicht an dem Tage, sondern erst am andern Morgen empfangen zu können. Schon um 7 Uhr Morgens des andern Tages kam der preussische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Baron von Arnim, im Auftrage des Königs zum Herzog, um ihn zu bitten um 10 Uhr Vormittags aufs Schloss zu kommen, und um zugleich den Herzog wegen dessen Anliegen zu befragen. Der Herzog schilderte dem Minister die Gefahr, in

welcher die Herzogthümer schwebten, setzte ihm die Verhältnisse in Dänemark auseinander, und wie es seiner Meinung nach nur ein Mittel gebe, dem drohenden Conflict durch die von ihm projectirte Erklärung der preussischen Regierung zuvorzukommen. Der Minister erklärte, die Aeusserungen des Herzogs dem Könige vortragen zu wollen. Als der Herzog um 10 Uhr auf's Schloss kam, fand er den König sehr geneigt, auf seine Ansicht einzugehen, nur sollte das Ganze in einem Ministerrathe näher berathen werden. Das Resultat dieser Berathung war das bekannte Schreiben des Königs an den Herzog vom 24. März. Dem Herzog war die gewählte Form der königlichen Erklärung nicht angenehm, weil durch dieselbe seine Person in die Sache hineingezogen wurde, die ihn nicht direct betraf, und wodurch es den Anschein erhielt, als wenn er aus persönlichen Rücksichten sich an den König gewandt habe. Obwohl der Herzog aus diesen Gründen gegen jene Form remonstrirte, und auf das Unangenehme, welches für ihn darin liege, den Minister, Herrn von Arnim aufmerksam machte, liess das einmal Beschlossene sich nicht ändern, und der Herzog musste sich zufrieden geben. Noch am selbigen Nachmittage, den 24. März, verliess der Herzog Berlin, übernachtete in Wittenberge und langte am 25. März Mittags in Hamburg an. Hier erfuhr derselbe, was sich am 20. und 21. März in Kopenhagen und als Folge davon am 24. März in Kiel zugotragen hatte. Der Herzog war zu spät gekommen, oder richtiger gesagt, die Ereignisse waren ihm zuvorgekommen. ¶ Es blieb dem Herzoge nun nichts Anderes zu thun übrig, als auf die Sicherheit seiner auf Augustenburg gebliebenen Familie zu denken. Er sandte sofort den ihn begleitenden Cavalier nach Augustenburg mit der Aufforderung an die Herzogin, unverzüglich mit der ganzen Familie von dort abzureisen. Der Cavalier kam am 26. des Morgens auf Augustenburg an und wenige Stunden später war die herzogliche Familie abgereist. Etwa 24 Stunden später langte bei Alsen ein Kriegsdampfschiff von Kopenhagen an, und sollte wie man meint, die herzogliche Familie als Gefangene nach Kopenhagen abholen. Es kam zu spät. Die Insel Alsen wurde aber von dem Augenblick an vom Festlande abgesperrt und Niemand erhielt die Erlaubniss dieselbe zu verlassen. ¶ Seit der Zeit ist der Herzog lediglich als Privatmann in den Herzogthümern geblieben und hat weder im Militair noch im Civil eine Stelle bekleidet, noch an der Regierung des Landes einen Antheil gehabt. Nur als Mitglied der Ständeversammlung hat er den Platz behalten, den er von früher her einnahm, und ebenfalls hat er es für seine Pflicht gehalten, sein Vaterland nicht zu verlassen, sondern wie jeder Andre Gutes und Böses mit demselben zu theilen. ¶ Dänischer Seits wird vielfältig behauptet: der Herzog habe gegen den König von Dänemark „Felonie“ begangen, er habe seinen dem Könige geleisteten Eid gebrochen und gegen seinen Landesherrn die Waffen geführt. Es sind dies durchaus unwahre Beschuldigungen, die hier alles Ernstes zurückgewiesen werden sollen. „Felonie“ kann nur ein Vasall gegen seinen Oberlehnsherrn begehen, insofern ersterer seinen dem letzteren geleisteten Eid bricht. Der Herzog von Augustenburg hat niemals in einem Lehnverhältniss zum König von Dänemark gestanden und hat demselben weder als Vasall einen Lehnseid, noch als Militair einen Eid geleistet, folglich kann derselbe

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

No. 1027.  
Augustenb.,  
Mai  
1853.

weder Felonie begangen, noch einen Eid gebrochen haben. Seit dem Jahre 1825, also seit einem Viertel-Jahrhundert, hat der Herzog seine völlige Entlassung aus dänischen Militairdiensten, und seit der Zeit hat er auch nur die Uniform der verabschiedeten Generale getragen. Wie schon angeführt, der Herzog hat weder im Civil noch im Militair eine Anstellung gehabt, und folglich hat er auch nicht gegen seinen Landesherrn die Waffen geführt. Als Mitglied des holsteinischen Hauses und als Chef der jüngeren Linie dieses Hauses war es des Herzogs Pflicht, über die Aufrechthaltung der Rechte seines Hauses wie über die der Lande zu wachen, die ihm und dem regierenden Fürstenhause, dem er angehört, jene Rechte gaben. Dass der König von Dänemark durch die dänische Demokratie veranlasst wurde, auf seine Rechte als absoluter König von Dänemark und souverainer Herzog von Schleswig zu verzichten, das Königsgesetz aufzuheben und die Verfassung der Herzogthümer abzuändern, konnte weder den Herzog seiner Verpflichtung gegen die Herzogthümer entbinden, noch demselben seine Rechte als Mitglied des holsteinischen Hauses rauben. Pflicht und Ehre forderten von jedem Mitgliede dieses Hauses, dem Kopenhagener Staatsstreich gegenüber eine entschiedene Haltung anzunehmen, und feig und pflichtvergessen wäre es gewesen, hätte der Herzog, aus Furcht sich zu compromittiren, oder aus andern persönlichen Rücksichten, durch Stillschweigen seinerseits gleichsam jenes Attentat auf die landesherrliche Gewalt des Königs, als Herzog von Schleswig und auf die Rechte des holsteinischen Hauses billigen wollen. Damit hierüber kein Zweifel obwalten möge, sprach der Herzog in einer öffentlichen Erklärung sich gegen jenes Attentat aus, erklärte aber zugleich, dass er der Erste sein würde, den Landesherrn in der Ausübung seiner legitimen Gewalt zu unterstützen, sobald der demselben von der dänischen demokratischen Partei angethane Zwang aufhöre. ¶ Hiernach sind die vorstehend erwähnten Beschuldigungen gegen den Herzog zu würdigen, und nicht übersehen darf man dabei, dass ein Theil derjenigen Männer, von welchen der Kopenhagener Staatsstreich ausging, oder die demselben ihre Zustimmung ertheilten und denselben durchzuführen halfen, bis vor Kurzem die Politik Dänemarks geleitet haben. In den Kreis dieser Politik gehörte es, den Herzog von Augustenburg als den Urheber des ganzen Streites zwischen Dänemark und den Herzogthümern darzustellen, und keine Mühe ist gespart worden, diesem Glauben sowohl bei den Cabinetten wie bei dem Publicum Eingang zu verschaffen.

---

### No. 1028.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN-AUGUSTENBURG.** — Schreiben des Prinzen Friedrich von Noer an den Präsidenten des dänischen Reichstags zur Wahrung seiner Successionsrechte. —

London, 24 März 1853.

No. 1028.  
S.-H.-Noer,  
24. März  
1853.

Mein Herr! Ich bitte nachfolgende Erklärung dem Reichstage vorlegen zu wollen. Ich habe im „Altonaer Merkur“ vom 10. März ein Schriftstück gelesen, welches ein Engagement zwischen dem Könige von Dänemark einer- und meinem Bruder, dem Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg andererseits zu sein angeht, und in welchem letzterer mit Rücksicht auf eine Summe Geldes

in seinem Namen und in dem seiner „Familie“ alle Rechte und Ansprüche aufgiebt, welche irgend einer Verfügung, die der König von Dänemark in Betreff der Erbfolge treffen könnte, entgegenständen. Da ich besorge, dass durch den Gebrauch des ungewöhnlichen Wortes „Familie“ vorausgesetzt werden könnte, ich sei eine eingeschlossene oder einwilligende Partei bei solchen Arrangements, mache ich hier die förmliche Erklärung, dass ich keine Kunde davon gehabt, bis ich sie in den Zeitungen gelesen, und dass ich mich jetzt durch jedes gesetzliche Mittel Rechte zu wahren verpflichtet erachte, welche nicht blos durch Auszeichnungen einer Familie, sondern aus öffentlichen Bedürfnissen und zu öffentlichem Nutzen entstanden sind, deren Weisheit und Werth sich niemals mehr gezeigt haben als bei jetziger Gelegenheit, da von ihrer Aufrechthaltung diejenige einer Krone und die Existenz eines Volkes abhängt. Wechselseitiges Vertrauen und Achtung vor den historischen Institutionen und Gesetzen der verschiedenen Theile der dänischen Monarchie waren das Band, durch welches jenes Königreich zusammengehalten wurde; so bald man die Abschaffung desselben erstrebte, schwand das Vertrauen und die Kraft nahm ab. Ich nahm an der Bewegung von 1848 Theil, um jene alten Gesetze zu schützen; als die Vertreter des Volkes seine Institutionen neu gestalteten und damit angriffen, entfernte ich mich, und als zwischen König und Volk ein feindlicher Geist entstand, verliess ich das Land. Die monarchischen Prerogative zu vertheidigen und geschichtliche Volksrechte aufrecht zu halten, bin ich gleich sehr bereit; ich werde niemals ein Arrangement annehmen, durch welches letztere geopfert werden. Der Vertrag vom 8. Mai, gegen welchen ich heute bei der englischen Regierung Protest eingelegt habe, ist ein Vertrag des Zwanges und der Beraubung, doch giebt es eine Bedingung, für welche ich jegliches Opfer bringen würde, nämlich dass ein Arrangement zu Stande käme, wie dasjenige in Bezug auf die Kronen von Spanien und Frankreich im Utrechter Verträge, so dass die Kronen von Dänemark und Russland niemals von einem Regenten getragen werden können, wodurch Dänemark und die Herzogthümer dem russischen Reiche einverleibt würden. ¶ Ich habe die Ehre etc.

Friedrich von Schleswig-Holstein-Noer.

No. 1028.  
S.-H.-Noer,  
24. März  
1853.

## No. 1029.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN-AUGUSTENBURG.** — Schreiben des Erbprinzen Friedrich Christian an den König von Dänemark zur Wahrung seiner Successionsrechte. —

Sire! Ew. Majestät haben den gegenwärtig versammelten Ständen des Herzogthums Holstein den Entwurf eines Verfassungsgesetzes vorlegen lassen, in dessen erstem Artikel bestimmt ist, dass das Herzogthum Holstein mit der Ew. Majestät königl. Scepter untergebenen dänischen Monarchie durch das unter dem 31. Juli 1853 von Ew. Majestät erlassene Thronfolgesetz für die dänische Monarchie auf immer vereinigt sei. Ich habe bei Erlassung des Thronfolgesetzes vom 31. Juli 1853, so wie der dasselbe erwähnenden schleswigschen und holsteinischen, so wie sonstigen Verfassungen geglaubt, schweigen zu dürfen, weil

No. 1029.  
Augustenb.,  
15. Jan.  
1859.

No. 1029.  
Augustenb.,  
15. Jan.  
1859.

entweder für diese Acte, wenigstens in ihrem, meine Rechte berührenden Theil, die Zustimmung der betreffenden Landesvertretungen nicht in Anspruch genommen war, oder weil ich nicht hoffen durfte, dass meine Vorstellungen unter den damals obwaltenden Verhältnissen einen Erfolg haben würden. Gegenwärtig haben Ew. Majestät geruht, die Stände des Herzogthums Holstein auffordern zu lassen, dem Thronfolagesetz vom 31. Juli 1853 eine Anerkennung zu erteilen, welche demselben freilich einen rechtlichen Werth nicht gewähren, wohl aber vielleicht die thatsächliche Bedeutung desselben erhöhen könnte. Ew. Majestät dürfen zugleich, da Sie nach Alterirung der Geltung des Verfassungsgesetzes vom 2. October 1855 und nach Aufhebung eines Theils der holsteinischen Verfassung im Begriff sind, die Verhältnisse Allerhöchstihrer Herzogthümer neu zu ordnen, in der Lage sein, den Gefühlen der Gerechtigkeit und des Wohlwollens Raum zu geben, welche ich bei Ew. Majestät persönlich nie bezweifeln zu dürfen geglaubt habe. Es wird meiner Darlegung hier nicht bedürfen, dass nach dem durch Gottes Rathschluss hoffentlich fernem Abgang des Mannsstammes der älteren königlichen Linie des oldenburgischen Hauses die jüngere königliche Linie desselben nach dem Recht der Erstgeburt in den Herzogthümern Schleswig und Holstein zum Thron berufen ist. Nachdem nun meines Herrn Vaters Liebden sich genöthigt gesehen hat, zu erklären, den von Ew. Majestät in Bezug auf die Erbfolge gefassten oder künftig zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise entgegenzutreten zu wollen, folglich sich passiv zu verhalten, ist mir die Pflicht auferlegt, gegenüber dem Thronfolagesetz vom 31. Juli 1853 dieses mein und meines Hauses Erbrecht an den Herzogthümern Schleswig und Holstein, so wie die sonst eventuell mir und meinem Hause nach Gottes Rathschluss zufallenden Erbrechte zu wahren. Ich darf daher Ew. Majestät in tiefster Ehrerbietung zunächst bitten, die den holsteinischen Ständen vorgelegte Bestimmung über die Thronfolge Allergnädigst zurückziehen zu lassen, und demnächst in demselben Sinn überhaupt die zur Durchführung der unwandelbaren Grundsätze der Legitimität in Ew. Majestät gesammter Monarchie erforderlichen Schritte thun zu wollen. Sollte es jedoch Ew. Majestät unter den gegenwärtigen Umständen nicht thunlich erscheinen, dieser meiner unterthänigsten Bitte Folge zu geben, so fühle ich mich verpflichtet, zu den Füßen Allerhöchstihres Thrones in unverminderter Anhängigkeit an Ihr hohes Haus in meinem und meines Hauses Namen die Erklärung niederzulegen, dass durch keine Massregel, welche nicht meine persönliche und förmliche Zustimmung hat, mein und meines Hauses Erbrecht beeinträchtigt werden kann, und dass ich bei dem hoffentlich noch weit entfernten Eintritt meines Successionsrechts mich verpflichtet erachten werde, dasselbe zu seiner legitimen Geltung zu bringen. Dieses mein und meines Hauses Recht steht sowohl mit den Rechten und Interessen der betreffenden Länder, als, wie ich vertraue, auch mit den Interessen Europas in vollem Einklang. In die Hand der göttlichen Vorsehung stelle ich mit Zuversicht die schliessliche Entscheidung. Genehmigen Ew. Majestät die Versicherung der grössten Ehrerbietung entgegenzunehmen, mit welcher ich verharre Ew. Majestät unterthäniger

**Friedrich Christian,**

Prinz zu Schleswig-Holstein.

Schloss Dolzig, 15. Januar 1859.

## No. 1030.

**OLDENBURG.** — Schreiben des Grossherzogs an den König von Dänemark. — Die Wiederherstellung des alten Rechtes der deutschen Herzogthümer und die definitive Feststellung der neuen Thronfolgeordnung betreffend. —

Oldenburg, 2. Februar 1861.

Ew. Majestät! — Mit ernster Besorgniss sind Aller Blicke auf den Zwist gerichtet, der zwischen Eurer Majestät Regierung und dem Deutschen Bunde schwebt über die rechtliche Stellung Schleswig-Holsteins und Lauenburgs. Das kritische Stadium, in welchem sich in diesem Augenblick jene Frage befindet, veranlasst mich, diese Zeilen an Eure Majestät zu richten. In meiner Eigenschaft als Glied des oldenburgischen Gesammthauses, als schleswig-holsteinischer Agnat, glaube ich nicht nur die Berechtigung, sondern vielmehr die Verpflichtung zu finden, Eurer Majestät mit unumwundener Offenheit und Freimüthigkeit meine Ansicht darzulegen, wie es zwischen deutschen Bundesfürsten und Sprossen eines Stammes sich ziemt. Ich bitte Euer Majestät, in diesem Schritte nur den Beweis zu finden, dass ich von ganzem Herzen den Wunsch hege, zwischen Höchstihnen und Deutschland endlich eine Verständigung erreicht zu sehen; und zwar eine solche, dass dadurch zugleich den Unterthanen in Eurer Majestät verschiedenen Landen die Segnungen eines festen und dauernden Rechtszustandes wiedergegeben und die Basis gewonnen werde, auf welcher alle divergirenden Ansichten innerhalb unseres Gesammthauses zum Austrag kommen mögen. ¶ Euere Majestät kennen schon die wesentliche Grundlage meiner Auffassung. Ich hatte selbst Gelegenheit, in Altona 1854 dieselbe vorzutragen; auch habe ich nicht versäumt, mich den verschiedenen Gesandten Ew. Majestät gegenüber ausführlich und unumwunden auszusprechen. Ich stehe nicht an, es nochmals zu wiederholen: nur in der Rückkehr zu den alten, verbrieften Rechten der Herzogthümer kann ich das Mittel sehen, eine befriedigende Lösung der schwebenden Frage anzubahnen. Die vor mehr denn 400 Jahren durch unsern gemeinsamen Stammvater König Christian I. unter Zustimmung des dänischen Reichsraths mit den Herzogthümern errichteten Grundverträge, welche eine Personal-Union mit Dänemark ermöglichten und herbeiführten, bestehen in den wesentlichsten Punkten noch zu Recht und würden meiner Ansicht nach die einzige dauerhafte Basis für einen Vorfassungs-Neubau sein, da sie der Grundstein der Rechte unseres Hauses sind. Es ist eine Ehrenschild des gesammten oldenburgischen Hauses, dass diese Grundverträge mit beiden Landen nicht gebrochen, dass in ihrem Geiste und im Geist unserer Ahnen einem Jeden das Seine werde, sowohl dem Fürsten wie dem Unterthanen. Dieser alte historische Rechtsboden ist auch in den Verträgen von 1767 und 1773 aufs Feierlichste durch den sechszehnten Artikel des provisorischen Tractats und Artikel sieben des definitiven Tractats anerkannt und garantirt. Ich kann daher nur darin eine Lösung der brennenden Fragen finden, wenn Ew. Majestät zunächst den nur noch für Dänemark und Schleswig factisch bestehenden Rumpf-Reichsrath und die Gesamt-Verfassung auch dort förmlich aufheben, da deren rechtliche Basis

No. 1030.  
Oldenburg,  
2. Febr.  
1861.

No. 1030.  
Oldenburg.  
2. Febr.  
1861.

verloren gegangen ist, nachdem die Gültigkeit für Holstein und Lauenburg nicht hat zur Anerkennung kommen können; und wenn Ew. Majestät dann die alten historischen Stände der beiden vereinten Herzogthümer berufen und denselben ein den jetzigen Verhältnissen entsprechendes Verfassungsgesetz zur Beschlussfassung vorlegen, wodurch die reine Personal-Union wieder zur vollen Anerkennung käme. Wollen Ew. Majestät über diesen Schritt vorher die Stimme der beiden Provinzialständeversammlungen, sowohl Schleswig als Holsteins vernehmen, so bezweifle ich nicht, dass dieselben mit lebhaftem, aufrichtigem Danke diesen landesväterlichen Entschluss begrüßen würden. Nur der allgemeinen Ständeversammlung beider Herzogthümer würde, meiner Ansicht nach, auch die beabsichtigte neue Thronfolge-Ordnung zur nachträglichen Zustimmung vorgelegt werden können, um derselben die Rechtskraft für die Herzogthümer zu verleihen, welcher sie dort noch zur Stunde entbehrt. Da Ew. Majestät auch dem dänischen Reichstage sein verfassungsmässiges Recht erhalten haben, so würden die contrahirenden Mächte des Londoner Tractats voraussichtlich einen solchen Schritt nur mit Befriedigung aufnehmen, wie es ebenfalls hinsichtlich der Vorlage an den dänischen Reichstag geschehen ist. Denn auch in der Meinung der europäischen Mächte hat es zweifellos gelegen, dass (wie es freilich ein Selbstverstand ist) die bestehenden verfassungsmässigen Zustände nicht alterirt werden sollten. Zugleich würden die noch fehlenden agnatischen Consense leicht ergänzt werden können.

So würden Ew. Majestät aus dem bedenklichen Chaos, welches jetzt die Verfassungs-Verhältnisse Ihrer verschiedenen Lande darbieten, bald einen festen Neubau auf der Basis des historischen Rechts erstehen lassen können, und sich dadurch in der Geschichte ein ebenso erhabenes Denkmal setzen, wie unser grosser Ahnherr Christian I. Damit wäre zugleich der traurige Kampf erledigt, welcher seit dem Beginn der vierziger Jahre so unheilvoll am Mark der von Gott so reich gesegneten Lande zehrt, und das meiner innigen Ueberzeugung nach den Landesrechten so wenig entsprechende Verwaltungssystem in Schleswig beseitigt. Die Versöhnung der jetzt so schroffen Gegensätze würde das Werk krönen. ¶ Die Verabredungen von 1851 und 1852 stehen diesem Vorgehen und einem Aufgeben des bisher vergeblich befolgten Systems nicht entgegen; vielmehr würde in Deutschland diese unumwundene Rückkehr zu den alten Rechten mit Freuden begrüsst werden. Dass mit der Basis von 1851 und 52 noch lange keine Lösung der Frage erwartet werden kann, liegt klar zu Tage, und Ew. Majestät Regierung hat in verschiedenen ihrer letzten Erklärungen selbst ausgesprochen, oder durch vermittelnde Regierungen aussprechen lassen, dass die Neuordnung der Verhältnisse zur Zeit unmöglich sei und daher noch in weiter Ferne liege. Ich will nicht die Frage aufwerfen, ob nicht auf Grund dieses Bekenntnisses der Deutsche Bund diese ganzen Verabredungen als erloschen betrachten und selbst sich unmittelbar wieder auf den Boden des *status quo ante* stellen könnte, oder ob nicht durch den Eintritt der Bundesexecution, welche ja auch 1851 und 1852 unmittelbar den Verabredungen vorherging, *eo ipso* wieder Alles in den damaligen Stand zurücktreten dürfte. Die jetzige Verfassungskrisis mit ihrer drohenden, langen Dauer ist ein so intolerabler Zustand, dass eine weise Politik schon in gewöhnlichen, ruhigen Zeiten ihre erste Aufgabe in der Beseitigung solcher



Zustände sehen müsste. Ungleich gebieterischer ist die Lösung derartiger Fragen in so bewegter Zeit, wie die unsere: nur dem Umsturz und Revolution werden durch solche Wirren Thür und Thor geöffnet. Auch aus diesem Gesichtspunkte betrachtet scheint mir meine Idee das beste Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten darzubieten. ¶ Sollten etwa einige extreme politische Fraktionen im Königreich Dänemark eine Aufregung hervorrufen und versuchen dadurch Ew. Majestät Absichten entgegenzutreten, und ein solches Unternehmen wider Erwarten von momentanem Erfolge sein, so würde nicht blos Deutschland sondern ganz Europa Ew. Majestät in Ihrem Recht unterstützen. Die Herzogthümer würden dann nicht mehr ein Schauplatz für politische Kämpfe sein, sondern das Bindemittel, welches Deutschland und Dänemark zum Bruderbunde vereinigte. ¶ Ich bitte Ew. Majestät nochmals in diesem meinem Schreiben nur den Beweis für meinen aufrichtigen Wunsch zu erblicken, ein dauerndes, gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und Dänemark herbeigeführt zu sehen. Ich habe mich aber doppelt zu diesem freimüthigen Ausdruck meiner Ansichten verpflichtet erachtet, da ich eine von meinen Ahnen ererbte Ehrenschuld einlöse, indem ich für das alte historische Recht meine Stimme erhebe; um so mehr da mein in Gott ruhender theurer Vater in seiner Erklärung vom 10<sup>ten</sup> December 1852 sich ausdrücklich zu dessen Wahrung auf die Verträge von 1767 und 1773 bezog, und Ew. Majestät durch Herrn von Dirckinck-Holmfeld berichtet ist, wie ich ihm gegenüber bei der Solennisirung dieser Erklärung mich über die Bedeutung der erwähnten Bezugnahme ausgesprochen habe. ¶ Indem ich Ew. Majestät weisem Ermessen die Prüfung meiner Rathschläge anheim gebe, hoffe ich zu Gott, dass er Euer Majestät Herz zum Heil Ihrer Lande und Deutschlands lenken wolle!

Genehmigen Ew. Majestät etc.

*Peter.*

---

### No. 1031.

**DÄNEMARK.** — Offener Brief, wodurch die Thronbesteigung König Christian des Neunten bekannt gemacht wird. —

Wir Christian der Neunte, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg, Thun kund hiermit: Der harte Schlag, von welchem das Vaterland so unerwartet betroffen worden ist, indem der Allmächtige den König Frederik den Siebenten zu Seinen Vätern versammelt hat, hat Niemanden schmerzlicher berühren können, als Uns, denn Keiner von Seinen Unterthanen schuldete Ihm mehr, als Wir, den er zu Seinem Nachfolger auf den Thron berufen. ¶ Indem Wir den ernstesten Befehl, welchen die Vorsehung Uns auferlegt hat, antreten, ist es Unser fester Entschluss, die Verfassungsgesetze des Reichs unverbrüchlich zu halten und allen Unseren Unterthanen gleiche Gerechtigkeit und gleiches Wohlwollen zu Theil werden zu lassen. Wenn das Volk mit Vertrauen zu Unserem redlichen Willen

No. 1030.  
Oldenburg,  
2. Febr.  
1861.

No. 1031.  
Dänemark,  
16. Nov.  
1863.

No. 1031. Dänemark,  
16. Nov.  
1863. Unsere Bestrebungen unterstützt, wird Gott denselben seinen Segen schenken. ¶ Es ist Unser Wille, dass alle öffentlichen Geschäfte ihren ununterbrochenen Fortgang haben, und dass die von Unserem verewigten Vorgänger bestellten und bestätigten Beamten ihre Amtsverrichtungen bis weiter auf den von ihnen geleisteten Eid der Treue fortführen sollen. ¶ Gegeben auf Unserem Schlosse Christiansborg, den 16. November 1863.

Christian R.

C. Hall.

## No. 1032.

**DÄNEMARK**, und **Schleswig**. — Grundgesetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Königreichs Dänemark und des Herzogthums Schleswig. — (Officieller deutscher Text.)

No. 1032. Dänemark,  
16. Nov.  
1863. Wir Christian der Neunte etc. — Thun kund hiemit: Der Reichsrath hat beschlossen und Wir durch unsere Zustimmung genehmigt folgendes Grundgesetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Königreichs Dänemark und des Herzogthums Schleswig:

### I.

§. 1. Die Regierungsform ist eingeschränkt monarchisch. Die Krone ist erblich. Die Erbfolge ist die in dem Thronfolgesetze vom 31. Juli 1853 für die ganze dänische Monarchie festgesetzte.

§. 2. Ohne Einwilligung des Reichsraths kann der König nicht Regent in andern Landen sein, als in denjenigen, die zu der dänischen Monarchie gehören.

§. 3. Der König soll der evangelisch-lutherischen Kirche angehören.

§. 4. Der König ist mündig, wenn er sein 18. Jahr vollendet hat. Dasselbe gilt von den königlichen Prinzen.

§. 5. Bevor der König die Regierung antritt, übergibt er dem Geheimen Staatsrathe schriftlich die eidliche Versicherung, unverbrüchlich die Verfassungsgesetze des Reiches zu halten. Hat er diesen Eid schon als Thronfolger abgelegt, so tritt er die Regierung unmittelbar an. Von der Versicherungsacte werden zwei gleichlautende Originale ausgestellt, von welchen das eine im Geheimen Archive niedergelegt, das andere dem Reichsrathe übergeben wird, um in dessen Archive aufbewahrt zu werden. ¶ Bis dieser Eid abgelegt ist, wird die Regierung vom Geheimen Staatsrathe geführt, wenn durch Gesetz nicht anders bestimmt wird.

§. 6. Bestimmungen, betreffend die Führung der Regierung im Falle der Unmündigkeit, Krankheit oder Abwesenheit des Königs werden durch Gesetz festgestellt. Ist ein solches Gesetz nicht gegeben, so wird die Regierung, wenn der Fall eintritt, inzwischen vom Geheimen Staatsrathe geführt. Derselbe hat sofort den Reichsrath einzuberufen, der das Nöthige beschliesst.

§. 7. Die Civilliste des Königs wird für die Dauer seiner Regierung durch Gesetz bestimmt. Durch dasselbe wird zugleich festgestellt, welche

Schlösser und anderes Staatseigenthum zu der Civilliste gehören sollen. Die Civilliste kann nicht mit Schulden belastet werden.

No. 1032.  
Dänemark,  
18 Nov.  
1863.

§. 8. Für die Mitglieder des königlichen Hauses können Apanagen durch Gesetz bestimmt werden. Die Apanagen können nicht ohne Genehmigung des Königs ausserhalb der Monarchie genossen werden.

## II.

§. 9. Der König hat mit den in Folgendem festgestellten Beschränkungen die höchste Gewalt in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Reiches und übt sie durch seine Minister aus.

§. 10. Der König hat keine Verantwortlichkeit. Seine Person ist heilig und unverletzlich. Die Minister sind verantwortlich für die Führung der Regierung.

§. 11. Der König ernennt und verabschiedet seine Minister. Er bestimmt deren Anzahl und die Vertheilung der Geschäfte unter sie. Die Unterschrift des Königs unter Beschlüssen, welche Gesetzgebung und Regierung betreffen, giebt diesen Gültigkeit, wenn die Unterschrift eines oder mehrerer Minister hinzukommt. Jeder Minister, welcher einen Beschluss unterschrieben hat, ist für denselben verantwortlich.

§. 12. Die Minister für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten bilden in Vereinigung mit den Ministern für die gesonderten Angelegenheiten der Landestheile den Geheimen Staatsrath, in welchem auch der Thronfolger, wenn er mündig ist, und der oder die übrigen königlichen Prinzen, welche der König dazu berufen sollte, Sitz nehmen. ¶ Der König führt den Vorsitz mit Ausnahme von den in §. 5 und 6 genannten Fällen.

§. 13. Alle Gesetze und wichtigere Regierungsmassregeln werden im Geheimen Staatsrathe verhandelt. ¶ Ist der König in einzelnen Fällen verhindert, einen Geheimen Staatsrath abzuhalten, so kann er die Sachen von dem Ministerrathe verhandeln lassen. Dieser besteht aus sämtlichen Ministern unter dem Vorsitze desjenigen, welchen der König zum Conseilspräsidenten ernannt hat. Dieser legt das über die Verhandlungen geführte Protokoll dem Könige vor, welcher darauf bestimmt, ob er den Antrag des Ministerrathes unmittelbar genehmigen, oder die Sache im Geheimen Staatsrathe sich vortragen lassen will.

§. 14. Der König besetzt alle Aemter in dem bisherigen Umfange. Niemand kann zum Beamten bestellt werden, der nicht das Indigenatrecht hat. ¶ Der König kann die von ihm angestellten Beamten entlassen. Die Pension derselben wird in Uebereinstimmung mit dem Pensionsgesetze festgestellt. Der Beamte, welcher wider seinen Willen versetzt wird, hat das Recht, seinen Abschied mit Pension zu verlangen. ¶ Veränderungen in dem Umfange, in welchem der König Beamte anstellen, verabschieden und versetzen kann, können durch Gesetz geschehen.

§. 15. Der König erklärt Krieg und schliesst Frieden, geht Bündnisse und Handelsverträge ein und hebt sie auf. Jedoch kann er nicht ohne Einwilligung des Reichsraths einen Theil des Reiches abtreten oder eine Ver-

No. 1032. pflichtung übernehmen, welche die bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse  
Dänemark, verändert.  
18. Nov.  
1863.

§. 16. Der König kann begnadigen und Amnestie ertheilen.

§. 17. Der König kann theils unmittelbar, theils durch die betreffenden Regierungsbehörden solche Bewilligungen und Ausnahmen von den Gesetzen ertheilen, welche entweder nach jetzt geltenden Regeln gebräuchlich sind, oder wozu Ermächtigung künftig durch Gesetz eingeräumt werden dürfte.

### III.

§. 18. Die gesetzgebende Gewalt in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Königreichs Dänemark und des Herzogthums Schleswig hat der König im Verein mit dem Reichsrathe. ¶ Die Wirksamkeit eines vom Reichsrathe angenommenen und vom Könige bestätigten Gesetzes im Königreiche und Schleswig kann nur durch eine in das Gesetz aufgenommene ausdrückliche Bestimmung von der Annahme eines entsprechenden Gesetzes für ein anderes Gebiet der Gesetzgebung oder für einen einzelnen Landestheil abhängig gemacht werden.

§. 19. Gemeinschaftliche Angelegenheiten sind alle, welche nicht ausdrücklich als für die einzelnen Landestheile gesonderte bezeichnet sind. ¶ Entsteht eine Differenz zwischen dem Reichsrathe und der Repräsentation eines Landestheiles darüber, ob eine Angelegenheit zu den gemeinschaftlichen oder zu den gesonderten gehört, so soll die Sache zuerst im Ministerrathe behandelt werden. Jeder Minister hat dort sein Votum zu Protokoll zu geben. Dieses wird darauf im Geheimen Staatsrathe dem Könige vorgelegt, der die Sache entscheidet. Der Beschluss des Königs wird von denjenigen Ministern mitunterzeichnet, welche mit demselben einverstanden sind.

§. 20. Der Reichsrath besteht aus einem Volksthing und einem Landesthing. ¶ Das Volksthing hat 130 Mitglieder, von denen 101 im Königreiche und 29 in Schleswig gewählt sind. ¶ Das Landesthing besteht aus 83 Mitgliedern, von denen 52 im Königreiche, 13 in Schleswig gewählt und 18 vom Könige ernannt werden.

§. 21. Wahlrecht zum Volksthing hat jeder unbescholtene Mann mit vollendetem 30. Jahre, der das Indigenatrecht hat, es sei denn, dass er, a) ohne eigenen Hausstand zu haben in privaten Dienstverhältnissen steht; b) Unterstützung vom Armenwesen genießt oder genossen hat, die nicht zurückbezahlt sind oder deren Zurückerstattung nicht erlassen ist; c) die Disposition über sein Vermögen verloren hat; d) nicht ein Jahr lang in dem Wahlkreise oder der Stadt festen Wohnsitz gehabt hat, wo er sich zur Zeit der Wahl aufhält.

§. 22. Wahlrecht zum Landesthing hat im Königreiche und in Schleswig Jeder, der Wahlrecht zum Volksthing hat — doch ist nur fester Wohnsitz während eines Jahres in dem betreffenden Landesthings-Wahlkreise erforderlich — wenn er entweder in dem letzten Jahre an directen Abgaben an den Staat oder an Communen 200 Thaler gezahlt hat, oder nachweist, dass er eine reine jährliche Einnahme von 1200 Thalern gehabt hat. Die Wahl hat auf den Färöern das Lagthing.

§. 23. Wählbar zu beiden Abtheilungen des Reichsraths ist jeder unbe-

scholtene Mann, welcher das Indigenat hat, im Reiche wohnhaft ist, sein 25. Jahr vollendet und nicht die Disposition über sein Vermögen verloren hat.

No. 1032.  
Dänemark,  
18. Nov.  
1863.

§. 24. Die Mitglieder des Volksthings werden unmittelbar in kleineren Wahlkreisen gewählt. Die Vertheilung der Wahlkreise und der Wahlmodus werden im Wahlgesetz festgestellt. ¶ Die Wahl ist für 4 Jahre gültig.

§. 25. Von den Mitgliedern des Landesthings werden 51 im Königreiche und 13 in Schleswig durch unmittelbare Wahlen in grösseren Wahlkreisen gewählt. Das Wahlgesetz bestimmt die Wahlkreise, die Zahl der Landesthingmänner, welche in jedem derselben gewählt werden sollen, und den Wahlmodus. Für die Färöer wird ein Mitglied vom Lagthing gewählt. ¶ Die Wahl gilt für 8 Jahre, nach Verlauf jedes vierten Jahres aber treten die für die Hälfte der Wahlkreise Gewählten nach der im Wahlgesetze festgestellten Vertheilung aus.

§. 26. Die übrigen 18 Mitglieder werden vom Könige ernannt, und sollen zur Zeit der Ernennung 12 derselben im Königreiche und 6 in Schleswig wohnhaft sein. ¶ Die Ernennung gilt für 12 Jahre, welche für jedes Mitglied vom Tage der Ernennung an gerechnet werden. ¶ Die Gültigkeit dieser Ernennungen wird durch eine Auflösung des Landesthings nicht aufgehoben. Die jetzigen vom Könige gewählten Mitglieder des Reichsraths nehmen ihren Sitz im Landesthing bis für jedes derselben die 12 Jahre abgelaufen sind.

§. 27. Der König beruft den Reichsrath zu einer ordentlichen Versammlung jedes zweite Jahr. Nach Verlauf von 2 Monaten kann der König die Sitzungen der Versammlung schliessen.

§. 28. Der König kann die ordentliche Versammlung des Reichsraths auf bestimmte Zeit vertagen, jedoch ohne Bewilligung des Reichsraths nicht auf längere Zeit als 4 Monate und nicht öfter als Ein Mal in dem Zeitraume bis zur nächsten ausserordentlichen Versammlung.

§. 29. Der König kann den Reichsrath zu ausserordentlichen Versammlungen einberufen, deren Dauer von Seiner Bestimmung abhängt.

§. 30. Der König kann den Reichsrath oder eine seiner Abtheilungen auflösen. Wird eines der Things aufgelöst, so werden die Sitzungen des andern Things so lange ausgesetzt, bis der ganze Reichsrath wieder versammelt werden kann. Dies soll binnen 4 Monaten nach der Auflösung geschehen. ¶ In einem Zeitraume von 2 Jahren können nicht mehr als zwei Auflösungen stattfinden.

§. 31. So lange der Reichsrath versammelt ist, kann kein Mitglied ohne Genehmigung des Things, zu welchem es gehört, wegen Schulden verhaftet, wie auch nicht gefänglich eingezogen oder unter Anklage gestellt werden, es sei denn, dass es auf frischer That ergriffen würde. ¶ Für Aeusserungen in dem Reichsrathe kann kein Mitglied ohne Einwilligung des betreffenden Things ausserhalb desselben zur Verantwortung gezogen werden.

§. 32. Die Mitglieder des Reichsraths sind nur an ihre eigene Ueberzeugung gebunden und nicht an irgend eine Vorschrift ihrer Wähler. ¶ Beamte, welche zu Mitgliedern des Reichsraths erwählt werden, bedürfen der Erlaubnis der Regierung zur Annahme der Wahl nicht.

§. 33. Die Mitglieder des Reichsraths beziehen Diäten.

§. 34. Copenhagen ist der Versammlungsort für den Reichsrath. Unter

**No. 1063.** ausserordentlichen Umständen kann der König denselben jedoch nach einem  
**Dänemark,**  
**18. Nov.** andern Ort des Reiches berufen.  
**1863.**

§. 35. Jedes der Thinge entscheidet selbst über die Gültigkeit der Wahlen seiner Mitglieder. ¶ Jedes neue Mitglied unterschreibt eine eidliche Versicherung, das Grundgesetz des Reiches unverbrüchlich halten zu wollen. Weigert es sich, diesen Eid abzulegen, so ist seine Wahl hinfällig. Dasselbe ist der Fall, wenn ein solches Mitglied ausbleibt und den Eid nicht binnen 14 Tagen nachdem derselbe ihm durch den Präsidenten zur Unterschrift zugestellt ist, einsendet.

§. 36. Wenn für einen gültig Gewählten einer der die Wählbarkeit ausschliessenden Fälle eintritt, so verliert er das aus der Wahl fliessende Recht.

§. 37. Jedes der Thinge bestimmt selbst seine Geschäftsordnung.

§. 38. Jedes der Thinge wählt selbst seinen Präsidenten und den oder die, welche in Verhinderungsfällen desselben den Vorsitz führen sollen.

§. 39. Die Sitzungen der Thinge sind öffentlich. Doch kann die Regierung oder der Präsident oder die in der Geschäftsordnung bestimmte Anzahl von Mitgliedern verlangen, dass alle Unbeikommende entfernt werden, worauf das Thing entscheidet, ob die Sache in öffentlicher oder geheimer Sitzung behandelt werden soll.

§. 40. Die Beschlüsse des Reichsraths werden in dänischer Sprache ausgefertigt. Bei den Verhandlungen können die Mitglieder, welche Solches wollen, sich der deutschen Sprache bedienen. Das Protokoll wird in beiden Sprachen geführt.

§. 41. Sämmtliche Minister haben Zutritt zu jedem der Thinge und sind berechtigt, während der Verhandlungen so oft sie wollen das Wort zu erhalten; während sie übrigens die Geschäftsordnung beobachten. Stimmrecht üben sie nur aus, wenn sie Mitglieder des betreffenden Things sind.

§. 42. Es kann in keinem der Thinge ein Beschluss gefasst werden, wenn nicht ein Drittheil der Mitglieder desselben zugegen ist.

§. 43. Jedes Mitglied des Reichsraths kann in dem Thinge, zu welchem es gehört, mit Zustimmung desselben jede zur Competenz des Reichsrathes gehörende öffentliche Angelegenheit in Anrede bringen und darüber die Erklärung der Minister verlangen.

§. 44. Kein Antrag kann einem der Thinge auf anderem Wege übergeben werden, als durch eins seiner Mitglieder.

§. 45. Jedes der Thinge ist befugt, in Betreff gemeinschaftlicher Angelegenheiten Adressen an den König zu richten.

§. 46. Gesetzesvorschläge werden von der Regierung auf Befehl des Königs eingebracht. ¶ Jedes der Thinge ist berechtigt, Gesetze vorzuschlagen und seiner Seits anzunehmen.

§. 47. Kein Gesetzesvorschlag kann von einem der Thinge endlich angenommen werden, bevor er 3 Mal in demselben behandelt worden ist.

§. 48. Wenn ein Gesetzesvorschlag in dem einen Thinge angenommen ist, wird er in der Form, in welcher er angenommen ist, dem andern Thinge zugestellt. Wird er dort in unveränderter Gestalt angenommen, so wird er der

Regierung zugestellt, um dem Könige zur Bestätigung vorgelegt zu werden. ¶ Wird der Gesetzesvorschlag in dem andern Thinge mit Veränderungen angenommen, so geht er an das erste Thing zurück, wo er einer einzigen Behandlung unterzogen wird. Wird derselbe hier mit Veränderungen angenommen, so geht er wiederum zur einzigen Behandlung an das andere Thing. Wird auch dann keine Einigkeit erreicht, so ist der Gesetzesvorschlag verworfen, wenn nicht eines der Thinge einen gemeinschaftlichen Ausschuss verlangt. Dieser, der aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern aus jedem der Thinge bestehen soll, giebt ein gemeinschaftliches Gutachten über die Abweichungen ab. Die endliche Entscheidung findet auf Grund des Antrags des gemeinschaftlichen Ausschusses in jedem Thinge besonders statt. ¶ Hinsichtlich der finanziellen Bewilligungsgesetze kommt die in §. 56 festgesetzte Regel zur Anwendung.

No. 1032.  
Dänemark.  
18. Nov.  
1863.

#### IV.

§. 49. Kein Ausländer kann das Indigenat anders als durch Gesetz erhalten.

§. 50. Keine gemeinschaftliche Steuer kann auferlegt, verändert oder aufgehoben, keine gemeinschaftliche Staatsanleihe kann aufgenommen werden anders als durch Gesetz.

§. 51. Eine jede ordentliche oder ausserordentliche Aushebung von Mannschaft für das Heer oder für die Flotte kann nur in Kraft eines Gesetzes stattfinden.

§. 52. Die Veräusserungen einer gemeinschaftlichen Domäne oder der Erwerb einer solchen kann nur in Folge eines Gesetzes geschehen.

§. 53. Das Recht des Königs, Münze zu schlagen, wird in Uebereinstimmung mit dem Gesetze ausgeübt.

§. 54. Für die ordinären gemeinsamen Einnahmen und gemeinsamen Ausgaben gilt das vorläufige Normalbudget vom 28. Februar 1856 mit den später vorgenommenen gesetzlichen Veränderungen. Wenn ein Einnahme- oder Ausgabegenstand für die ganze Monarchie gemeinsam zu sein aufhört, so hört auch die Gültigkeit des Normalbudgets für denselben beim Schlusse der Finanzperiode auf. Es ist alsdann durch Gesetz zu bestimmen, ob die Einnahme oder Ausgabe in das Normalbudget aufgenommen oder durch Zulagegesetze für die zweijährige Finanzperiode bewilligt werden soll. Das Normalbudget kann verändert und ganz oder theilweise durch Gesetz aufgehoben werden. ¶ Für jede zweijährige Finanzperiode werden die extraordinären Einnahmen und Ausgaben durch Zulagegesetze bewilligt, selbst wenn wegen des Gegenstandes, den sie betreffen, ein besonderes Gesetz gegeben wird. ¶ Keine Ausgabe darf abgehalten werden, welche nicht in den oben angeführten finanziellen Gesetzen begründet ist.

§. 55. Der Betrag, womit die für das Königreich und Schleswig gemeinschaftlichen Ausgaben die für diese Landestheile gemeinschaftlichen Einnahmen überschreiten, wird aus ihren gesonderten Einnahmen gedeckt, und zwar so, dass von dem Königreiche 79,61 pCt. und von Schleswig 20,39 pCt. beigetragen werden. Eine Veränderung der verhältnissmässigen Quote geschieht durch Gesetz.

No. 1032.  
Dänemark,  
18. Nov.  
1863.

§. 56. Sobald die ordentliche Versammlung des Reichsraths eröffnet ist, legt die Regierung jedem der Thinge eine gesammelte Uebersicht über sämtliche gemeinschaftliche Einnahmen und Ausgaben für die kommende Finanzperiode unter Bezugnahme auf das Normalbudget und die Vorschläge zu den Zulagegesetzen vor. ¶ Die Zulagegesetze können sowohl dem Landething als dem Volksting vorgelegt werden und sollen in einem möglichst gleichen Verhältnisse unter sie vertheilt werden. Wenn ein Zulagegesetz zum zweiten Mal demjenigen Thing, welches dasselbe zuletzt behandelt, übersandt worden ist, und auch dann noch keine Einigung erreicht wird, soll stets ein gemeinschaftlicher Ausschuss niedergesetzt werden, in welchen jedes Thing 15 Mitglieder wählt, und sollen die Wahlen in Uebereinstimmung mit den im vorläufigen Wahlgesetz vom 2. October 1855 für die Wahlen zum Reichsrathe vorgeschriebenen Regeln vorgenommen werden, jedoch mit Beobachtung derjenigen näheren Bestimmungen hinsichtlich der Ausführungsweise, welche vom Präsidenten jedes Things festgesetzt werden. Dieser gemeinschaftliche Ausschuss verhandelt alsdann über die Nichtübereinstimmungen und fasst im Namen des Reichsraths den endgültigen Beschluss. Im Ausschusse soll im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheiden. Uebrigens bestimmt derselbe selbst seine Geschäftsordnung.

§. 57. Die endliche Erledigung der Staatsrechnungsablage geschieht durch Gesetz. Der Vorschlag zu diesem wird zuerst dem Volksting vorgelegt. ¶ Für die Revision und Decision der von den verschiedenen Verwaltungszweigen abzulegenden Rechnungen wird ein Rechnungshof durch Gesetz errichtet. Derselbe wacht zugleich darüber, dass keine Ausgabe ohne gehörige gesetzliche Begründung abgehalten wird (§§. 54 und 58) und giebt ein Bedenken über die Staatsrechnungsablage ab. Bis der Rechnungshof errichtet ist, wird dieses Bedenken von besoldeten Revisoren abgegeben, von denen jedes Thing zwei ernennt. Die Revisoren können die Mittheilung aller erforderlichen Aufklärungen verlangen. Das Bedenken wird zugleich mit dem Gesetzesvorschlage über den Abschluss der Staatsrechnung dem Reichsrathe vorgelegt.

§. 58. Unter besonders dringenden Umständen kann der König, wenn der Reichsrath nicht versammelt ist, Ausgaben beschliessen, welche nicht bowilligt sind. Der Vorschlag zu einem solchen Beschlusse soll unter der im §. 19 vorgeschriebenen Form vom Ministerrathe angenommen sein, bevor er im Geheimen Staatsrathe dem Könige vorgelegt wird. Der Beschluss des Königs wird von den Ministern, welche mit demselben übereinstimmen, mitunterscriben. ¶ Der Beschluss wird in der ersten darauf folgenden Versammlung dem Volksting vorgelegt, welches entscheidet, inwiefern die Minister, welche den Beschluss unterschrieben haben, vor dem Reichsrathe zur Verantwortung gezogen werden sollen.

§. 59. In derselben Weise kann der König unter besonders dringenden Umständen, wenn der Reichsrath nicht versammelt ist, auf Vorschlag des Ministerrathes (cfr. §. 58) provisorische Gesetze erlassen, welche jedoch nicht im Widerspruche mit der Verfassung sein dürfen. Sie sollen stets dem zusammentretenden Reichsrathe zur Beschlussnahme vorgelegt werden.



## V.

§. 60. Das Reichsgericht besteht aus dem Landesthing und 9 der höchsten Richter der Landestheile, von denen das Höchste-Gericht des Königreichs 6 Mitglieder und das Appellationsgericht für Schleswig 3 resp. aus seinen eigenen Mitgliedern wählt. Die Wahl erfolgt auf 8 Jahre. ¶ Bis zur Feststellung des Gerichtsverfahrens durch Gesetz kommt das Gesetz vom 4. März 1852 mit den Modificationen zur Anwendung, welche die verschiedenartige Zusammensetzung erforderlich macht und welche das Gericht selbst feststellt.

No. 1032.  
Dänemark,  
18. Nov.  
1863.

§. 61. Das Reichsgericht erkennt über die vom Könige oder vom Volksthing wider die Minister wegen ihrer Amtsführung erhobenen Anklagen. ¶ Der König kann ohne Einwilligung des Volksthings die Minister rücksichtlich derjenigen Strafen nicht begnadigen, zu welchen sie vom Reichsgericht verurtheilt sind.

§. 62. Bei dem Reichsgerichte kann der König auch Andere wegen Staatsverbrechen anklagen lassen, welche für besonders gefährlich erachtet werden, wenn das Volksthing hierzu seine Einwilligung giebt.

§. 63. Fragen über die Grenzen der obrigkeitlichen Competenz sollen der Entscheidung der Gerichte unterliegen. Doch kann niemand durch Anhängigmachung der Sache bei den Gerichten sich der vorläufigen Nachlebung der Befehle der Obrigkeit entziehen.

§. 64. Die Ausübung der richterlichen Gewalt kann nur durch Gesetz einer anderweitigen Ordnung unterzogen werden.

## VI.

§. 65. Veränderungen in diesem Grundgesetze können vom Reichsrathe nur angenommen werden, wenn über die Hälfte sämmtlicher Mitglieder jedes Things für dieselben stimmen.

§. 66. Dieses Grundgesetz tritt den 1. Januar 1864 in Kraft.

## Interimistische Bestimmungen.

Bis das Verhältniss zwischen dem Königreiche Dänemark und dem Herzogthume Schleswig einerseits, und den zum Deutschen Bunde gehörenden Herzogthümern Holstein und Lauenburg andererseits mit Einwilligung des Reichsraths geordnet worden ist, sollen in Betreff desselben für das Königreich und Schleswig folgende interimistische Bestimmungen gelten, die jedoch durch Gesetz verändert werden können.

1) Betrifft eine gemeinschaftliche Angelegenheit, die zugleich das Herzogthum Holstein umfasst, Verhältnisse, in welchen die Aufrechterhaltung der Gemeinschaft eine gleichartige Gesetzgebung erfordert, und nimmt der Reichsrath in Betreff einer solchen Angelegenheit ein neues Gesetz mit der ausdrücklichen Bedingung an, dass es für das Königreich und Schleswig nur in Kraft treten soll, insofern ein entsprechendes Gesetz gleichzeitig für Holstein erlassen werden kann, so kann dasselbe nicht vom Könige bestätigt werden, bevor die Bedingung erfüllt ist. ¶ Gelingt dies und bestätigt der König darauf das Gesetz, so bleibt die Gemeinschaft unter den beiden neuen übereinstimmenden Gesetzen bestehen. Wird das Gesetz nicht von der nächsten ordentlichen Reichsrathsversammlung bestätigt, so wird dasselbe wegfällig.

No. 1032.  
Dänemark,  
18. Nov.  
1863.

2) Nimmt der Reichsrath in Betreff einer gemeinschaftlichen Angelegenheit der erwähnten Beschaffenheit ein Gesetz ohne solche Bedingung an, und bestätigt der König dasselbe, ohne dass ein entsprechendes Gesetz für das Herzogthum Holstein zu Wege gebracht ist, so wird dieser Gegenstand eine gemeinschaftliche Angelegenheit für das Königreich und Schleswig allein. In diesem Falle sollen die Veranstaltungen getroffen werden, welche eine Folge davon sind, dass die frühere Gemeinschaft mit Holstein insofern aufgehört hat.

3) Betrifft eine gemeinschaftliche Angelegenheit Verhältnisse, in welchen eine Verschiedenartigkeit in der Gesetzgebung mit der Aufrechthaltung der bestehenden Gemeinschaft vereinbar ist, so können in Betreff derselben Gesetze vom Reichsrathe angenommen und vom Könige für das Königreich und Schleswig allein bestätigt werden, ohne dass dadurch die Gemeinschaft aufhört.

4) Die für die ganze Monarchie gemeinschaftlichen Ausgaben werden von den gemeinschaftlichen Einnahmen derselben abgehalten. Geben diese einen Ueberschuss, so werden 78,69 pCt. desselben der gemeinschaftlichen Casse des Königreichs und Schleswigs gut geschrieben.

5) Die Zulagen zu den Ausgabeposten des Normalbudgets, welche in Folge desselben und späterer Zulagegesetze im Voraus von den Einnahmen abgehalten werden, werden vom Reichsrathe allein bewilligt, insofern sie die Verwaltung der bezüglichen Angelegenheiten im Königreiche und Schleswig betreffen.

6) Die Zulagen, welche zu den übrigen Ausgabeposten des Normalbudgets für Angelegenheiten erforderlich sind, die auch für Holstein gemeinschaftlich sind, werden vom Reichsrathe mit einem Belaufe bewilligt, der 78,69 pCt. des ganzen Belaufes entspricht. ¶ Ist diese Bewilligung dadurch bedingt, dass die fehlenden 21,31 pCt. des ganzen Belaufes von Holstein entrichtet werden, so muss dies in derselben ausgedrückt werden. Wird die Bedingung nicht erfüllt, so fällt die Bewilligung weg.

7) Ist die Bewilligung dagegen ohne eine solche Bedingung gegeben, so soll gleichwohl versucht werden, den entsprechenden Zuschuss von Holstein zu Wege zu bringen. ¶ Gelingt dies nicht oder nur zum Theil, so kann der vom Reichsrathe bewilligte Belauf dennoch in Uebereinstimmung mit der Bewilligung verwendet werden; in diesem Falle soll aber der Theil der Ausgabe, welcher ohne einen entsprechenden Beitrag Holsteins entrichtet ist, als eine gemeinschaftliche Ausgabe für das Königreich und Schleswig allein aufgeführt werden. ¶ Inwiefern ein Gegenstand oder eine Angelegenheit in Folge davon aus der bestehenden Gemeinschaft austreten soll, wird durch Gesetz bestimmt.

8) In Bezug auf die rechtliche Stellung des Herzogthums Lauenburg in der Monarchie soll es bei dem bisher bestehenden Verhältnisse sein Bewenden haben.

Gegeben auf Unserem Schlosse Christiansborg, 18. November 1863.

Unter Unserem königlichen Handzeichen und Insiegel.

(L. S.)

Christian R.

*C. Hall. Steen Bille. Wolfhagen. D. G. Monrad.  
Casse. Fenger. Orla Lehmann. C. C. Lundbye.*

## No. 1033.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Sieben und dreissigste Sitzung vom  
21. November 1863. —

(§. 269.) **Ableben Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. von Dänemark und Regierungsantritt Seiner Majestät des Königs Christian IX.**

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte ist von seinem allerhöchsten Hofe beauftragt worden, von dem am 15. d. M. auf dem Schlosse Glücksburg stattgehabten tödtlichen Hintritt Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. hoher Bundesversammlung Kenntniss zu geben und mit der Eröffnung dieses schmerzvollen Ereignisses die Anzeige des darauf erfolgten Regierungsantrittes Seiner Majestät des Königs Christian IX. unter dem Hinzufügen zu verbinden, dass das auf diesen Anlass allerhöchst vollzogene neue Beglaubigungsschreiben des Gesandten bei der hohen Bundesversammlung bereits hierher unterwegs sei.

No. 1033.  
Deutscher  
Bund,  
21. Nov.  
1863.

Die Bundesversammlung nahm die Anzeige von dem Hinscheiden Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. mit dem Ausdrucke des Beileides entgegen.

Baden. Der Gesandte hat aus Rücksichten der Courtoisie der üblichen Mittheilung über erfolgte Todesfälle in dem so eben vorgekommenen Falle nicht entgegnet wollen, obgleich die Anwendung der Uebung hier zweifelhaft zu sein scheint; er thut dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass der bisherige königlich-dänische Gesandte hiermit jede amtliche Wirksamkeit einstelle.

Die Herren Gesandten der grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Häuser und der fünfzehnten Stimme schlossen sich dieser Erklärung an.

Die obige Anzeige und die darauf erfolgte Erklärung wurden dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

(§. 270.) **Verzichtsurkunde des Herzogs Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg auf die Succession in die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu Gunsten des Erbprinzen Friedrich, dessen Regierungsantritt und Vollmacht für den grossherzoglich-badischen Herrn Bundestags-Gesandten von Mohl als herzoglich-holsteinischen Bundestags-Gesandten.**

Präsidium legt ein ihm zugekommenes Schreiben des grossherzoglich badischen Herrn Bundestags-Gesandten Geheimen Rathes von Mohl vom 18. d. M. vor, welches folgendermassen lautet:

„Eurer Excellenz beehre ich mich anliegend ergebenst zu überreichen:

1) eine von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg, d. d. 16. November 1863, zu Gunsten des Erbprinzen Friedrich Durchlaucht ausgestellte Verzichtsurkunde auf die Succession in die Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie sonstige zu denselben gehörigen Lande;

2) eine Notification des Regierungsantrittes Seiner Durchlaucht des Herzogs Friedrich VIII. in den Herzogthümern Schleswig und Holstein;

No. 1033.  
Deutscher  
Bund,  
21. Nov.  
1863.

3) eine von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein, als dem durch den Tod Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. von Dänemark zur Regierung des Herzogthums Holstein durch Erbrecht berufenen Landesherrn, auf mich unter dem 16. d. M. ausgestellte Beglaubigung als einstweiligen und bis zur weiteren Verfügung bestellten herzoglich-holsteinischen Bundestags-Gesandten. \*)

Ich erlaube mir hiermit die ganz ergebenste Bitte zu verbinden, diese Actenstücke der hohen Bundesversammlung in deren nächster Sitzung vorlegen und mich in die Führung der holsteinischen Stimme hochgeneigtest einweisen zu wollen.“ etc.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte muss Namens seiner allerhöchsten Regierung gegen die Annahme der Vollmacht eines zur Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg gänzlich unberechtigten Fürsten schon jetzt feierliche Verwahrung einlegen, wobei derselbe sich noch ausdrücklich auf die im Laufe der heutigen Sitzung ferner abzugebenden Erklärungen bezieht.

Baden, grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser und 15. Stimme. Die Gesandten erklären, dass sie entschiedene Verwahrung gegen diese Theilnahme des früheren königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten an den Verhandlungen der hohen Versammlung einlegen, indem sie denselben in keiner Weise als legitimirt erkennen.

Auf Präsidialantrag wurde das Schreiben des grossherzoglich-badischen Herrn Gesandten nebst dessen Anlagen und den darauf erfolgten Erklärungen dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

(§. 271.) Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

Oesterreich und Preussen. Der Beschluss hoher Bundesversammlung wegen der deutsch-dänischen Differenz vom 9. Juli d. J. ist, nach seinem dritten und vierten Erwägungsgrunde, namentlich auch deshalb gefasst worden, weil Dänemark dem Deutschen Bunde gegenüber die Verpflichtung eingegangen: das Herzogthum Schleswig weder dem Königreiche Dänemark einzuverleiben, noch irgend welche dies bezweckende Schritte zu unternehmen. ¶ Jener Beschluss ist der königlich-dänischen Regierung nicht blos durch den Bundestags-Gesandten für Holstein und Lauenburg zugefertigt, vielmehr sind, um der Beziehung desselben zu Schleswig willen, auch die Regierungen von Oesterreich und Preussen von hoher Bundesversammlung ersucht worden, denselben durch ihre am königlich-dänischen Hofe beglaubigten Gesandten der königlich-dänischen Regierung mitzuthemen. ¶ Dies ist geschehen. ¶ Dennoch hat die königlich-dänische Regierung dem dänischen Reichsrathe ein für das eigentliche Königreich und für das Herzogthum Schleswig bestimmtes, die Incorporation Schleswigs bezweckendes Verfassungsgesetz vorlegen lassen, und es ist diesem von dem dänischen Reichsrathe in dreimaliger Lesung angenomme-

\*) Diese Aktenstücke sind gegenwärtigem Protokolle als Beilage 1, 2 und 3 angefügt.

nen Gesetze, öffentlichen Blättern zufolge, am 18. d. M. in Copenhagen die königliche Sanction erteilt worden. ¶ Die königlich-dänische Regierung kann zwar selbstverständlich die die Incorporation Schleswigs ausschliessenden Rechte des Deutschen Bundes nicht vermindern; es erscheint der kaiserlich-königlich-österreichischen und der königlich-preussischen Regierung aber doch als erforderlich, dass solcher Vorgang, welcher deutlich einen förmlichen Bruch der zwischen dem Deutschen Bunde und Dänemark getroffenen Stipulationen constatirt, auch nicht zeitweise mit Stillschweigen übergangen, vielmehr gegen denselben und gegen alle und jede Folgerung, welche daraus zum Nachtheil der Rechte des Deutschen Bundes gezogen werden könnte, Protest eingelegt werde.

No. 1033.  
Deutscher  
Bund,  
21. Nov.  
1863.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Indem der Gesandte die Rechte der königlichen Regierung in vollster Ausdehnung wahrte, muss derselbe zugleich auf das entschiedenste der Behauptung entgegengetreten, dass das neue Verfassungsgesetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Königreichs Dänemark und des Herzogthums Schleswig eine Incorporation dieses letzteren bezwecke, vielmehr ist die Verfassung für die besonderen Angelegenheiten Schleswigs hiervon ganz unberührt geblieben und besteht noch jetzt wie vor in voller Kraft.

Auf Präsidialvorschlag wurden diese Erklärungen an die vereinigten Ausschüsse überwiesen.

(§. 372.) Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg und Wahrung darauf befähiglicher Rechte.

Baden. Der grossherzogliche Gesandte ist von seiner allerhöchsten Regierung beauftragt worden:

1) hoher Bundesversammlung zur Anzeige zu bringen, dass der grossherzoglichen Regierung von Seiten des bisherigen Erbprinzen Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Angustenburg sein Antritt der durch das Ableben des Könige-Herzogs Friedrich VII. erledigten Erbfolge in die deutschen Bundesländer Holstein und Lauenburg als Herzog Friedrich VIII. von Holstein notificirt worden ist;

2) in Erwägung, dass nach früheren zur Kenntniss der hohen deutschen Regierungen und der hohen Bundesversammlung gelangten Vorgängen eine Bestreitung der legitimen Erbfolge in den deutschen Bundesländern Holstein und Lauenburg von anderen Seiten nicht ausserhalb der Wahrscheinlichkeit liegt, zu beantragen:

der Deutsche Bund wolle die legitimen Rechte der Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg und die mit denselben zusammenhängenden sonstigen Rechte dieser Bundesländer, welche aus Anlass des erfolgten Thronwechsels in Frage gestellt werden könnten, wahren und schützen und keine Beeinträchtigung oder Präjudicirung derselben in irgend einer Weise zulassen, und schon jetzt in Berathung ziehen, mit welchen Mitteln entstehenden Falles der Deutsche Bund diesen Rechten Schutz angedeihen lassen und sie zur Geltung bringen könnte.

No. 1033.  
Deutscher  
Bund,  
21. Nov.  
1863.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte muss Namens seiner allerhöchsten Regierung gegen jeden Anspruch von Mitgliedern der herzoglich-augustenburgischen Linie auf eine Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg, als vollkommen unbegründet, in entschiedenster Weise Protest einlegen und unterlässt nicht, dabei noch hinzuzufügen, wie — um allen etwaigen desfälligen Präventionen ein für allemal vorzubeugen — der Herzog Christian August von Augustenburg durch Acte vom 30. December 1852 \*) der königlichen Regierung eine Versicherung gegeben hat, welche in den Artikeln 2 und 3 folgendermassen lautet:

- 2) Ueberdies verpflichten Wir Uns hierdurch nicht allein dazu, für Unsere Person und Unsere Familie ins Künftige Unseren Aufenthalt ausserhalb Ihrer königlichen Majestät Reiche und Lande, worin Wir oder Unsere Nachkommen selbstverständlich kein Grundeigenthum erwerben dürfen und wollen, zu nehmen, sondern
- 3) geloben und versprechen ausserdem für Uns und Unsere Familie bei fürstlichen Worten und Ehre nichts, wodurch die Ruhe in Ihrer königlichen Majestät Reiche und Lande gestört oder gefährdet werden könnte, vornehmen, imgleichen den von Ihrer königlichen Majestät in Bezug auf die Ordnung der Erbfolge für alle unter Allerhöchstdero Scepter gegenwärtig vereinigten Lande, oder die eventuelle Organisation Allerhöchstdero Monarchie gefassten oder künftig zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise entgegenzutreten zu wollen.

Der Gesandte darf sich hier ferner auf den in London unterm 8. Mai 1852 von sämmtlichen Grossmächten, Schweden und Dänemark zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Integrität der dänischen Monarchie abgeschlossenen Tractat beziehen, in welchem die Erbfolge in derselben festgestellt worden ist. An dem Abschlusse dieses Tractates, welcher ein Act der gewissenhaftesten Prüfung aller dabei in Betracht kommenden Verhältnisse ist, haben die beiden deutschen Grossmächte Theil genommen; mehrere deutsche Regierungen sind demselben beigetreten und wenn auch einige andere Bedenken getragen haben, darin dem Durchlachtigsten Deutschen Bunde vorzugreifen, so ist von beinahe allen, die sich darüber ausgesprochen haben, die Berechtigung zu dem Abschlusse des Tractates und dessen Zweckmässigkeit um den Frieden und das europäische Gleichgewicht zu sichern, ausdrücklich und die Vollziehung desselben dankbar anerkannt worden. ¶ Indem der Gesandte die hieraus herzuleitenden und alle ferneren Rechte seines Allerdurchlachtigsten Souverains auf's ausdrücklichste verwahrt, behält er seiner Regierung annoch jede weitere Erklärung vor.

Bayern. Ohne jetzt in die Hauptfrage irgend wie einzugehen, muss der Gesandte gegenüber der soeben vernommenen Bezugnahme auf einen unter dem 8. Mai 1852 in London abgeschlossenen Vertrag erklären, dass dieser Vertrag bis jetzt der hohen Bundesversammlung nicht officiell zur Kenntniss gebracht

\*) No. 1025.

und noch weniger von derselben anerkannt ist. Dieser Vertrag existirt daher zur Zeit für die hohe Bundesversammlung rechtlich nicht, dieselbe hat vielmehr demselben gegenüber vollkommen freie Hand.

No. 1033.  
Deutscher  
Bund,  
21. Nov.  
1863.

Auf Präsidialvorschlag wurde der Antrag der grossherzoglich-badischen Regierung, sowie die daran gereihten Erklärungen dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

**§. 273. Wahrung der verfassungsmässigen Rechte der Herzogthümer und des Deutschen Bundes Dänemark gegenüber, sowie des Rechtes der Erbfolge im Herzogthum Lauenburg.**

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Indem die Staatsregierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg, unter ausdrücklicher Rückbeziehung auf die von ihnen zur Wahrung der verfassungsmässigen Rechte der Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie der eigenen eventuellen Successionsrechte im Herzogthum Lauenburg bereits unterm 15. April 1847 und 29. Juli 1852 in das Bundestags-Protokoll niedergelegten Verwahrungen, beantragen: Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen,

dass in Erwägung gezogen werden soll, welche Massnahmen unter den obwaltenden Verhältnissen geboten erscheinen, um bei dem eingetretenen Thronwechsel im Königreich Dänemark sowohl die Rechte der mit diesem Königreich zu einer Monarchie bis dahin vereinigten Länder, als auch die Rechte des Deutschen Bundes in seiner Gesamtheit zu wahren;

stellen sie zugleich den weiteren Antrag:

keinenfalls wolle hohe Bundesversammlung, ehe und bevor hierüber von ihr Entschliessung gefasst worden, irgend einen Act zulassen, durch welchen der jetzt regierende König von Dänemark sich bei der Bundesversammlung als Regierungsnachfolger in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg geriren würde, also namentlich keinenfalls einen vom regierenden König von Dänemark für Holstein und Lauenburg ernannten Bundestags-Gesandten als solchen anerkennen und in ihrer Mitte zulassen, indem die Staatsregierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg hiergegen feierliche Verwahrung einlegen.

Die Staatsregierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg fühlen sich zu dieser Verwahrung um so mehr gedrungen, als sie zur Zeit und mit Vorbehalt etwaiger Rechte Dritter den Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg für den rechtmässigen Regierungsnachfolger in den Herzogthümern Holstein und Schleswig erkennen.

Für Sachsen-Coburg-Gotha ist der Gesandte angewiesen, die Rechte des Durchlauchtigsten Sachsen-Ernestinischen Gemalthauses auf die Erbfolge in das Herzogthum Lauenburg gleichfalls unter Bezugnahme auf die am 15. April 1847 und 29. Juli 1852 in das Protokoll niedergelegten Erklärungen feierlich zu verwahren und daneben folgende Anträge zu stellen: Nachdem Seine

No. 1033.  
Deutscher  
Bund,  
21. Nov.  
1863.

Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha den bisherigen Erbprinzen Friedrich zu Schleswig-Holstein der Augustenburgischen Linie als Herzog zu Schleswig-Holstein anerkannt haben, aber heute der frühere Bundestags-Gesandte Seiner Höchstseligen Majestät des Königs Friedrich VII. von Dänemark, Herzogs von Holstein und Lauenburg, in der Bundesversammlung erschienen ist, so hat der Gesandte auf Zurückweisung desselben anzutragen und gegen seine Zulassung zu den Berathungen der Bundesversammlung zu protestiren, auch im Falle, dass ein anderer Prinz als der gedachte bisherige Erbprinz Friedrich zu Schleswig-Holstein Erbansprüche auf jene Länder erheben sollte, bei der hohen Bundesversammlung zu beantragen, dass der Bund kraft der in seinen Grundgesetzen ausgesprochenen Verpflichtung das Recht Höchstdesselben als Herzogs mit den erforderlichen Mitteln schütze und nöthigenfalls in volle Wirksamkeit setze.

Sechzehnte Stimme für Reuss jüngerer Linie. Der Gesandte schliesst sich diesen Anträgen an.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Indem der Gesandte sich auf seine in Veranlassung des Antrages des grossherzoglich-badischen Herrn Gesandten abgegebenen Erklärungen und Verwahrungen zurückbezieht, darf er zugleich darauf aufmerksam machen, zu welchen bedenklichen Consequenzen die Nichtzulassung des Vertreters Seiner Majestät des Königs von Dänemark, als Mitgliedes des Deutschen Bundes, in die Bundesversammlung, nachdem Allerhöchstdieselben die Regierung in Ihren zum Deutschen Bunde gehörigen Landen angetreten haben, Veranlassung geben könnte. ¶ Derselbe muss demnach auch gegen die beantragte Nichtzulassung feierlich Protest einlegen.

Auf Präsidialvorschlag wurde der obige Antrag der grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen, sowie die darauf erfolgten Erklärungen dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der Gesandte behält sich noch eine Erklärung vor.


(§. 274.) Wahrung der verfassungsmässigen Rechte der Herzogthümer und des Deutschen Bundes Dänemark gegenüber.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. In Veranlassung der officiell an die hohe Bundesversammlung gelangten Anzeige von dem Thronwechsel im Königreich Dänemark ist der Gesandte von der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung beauftragt worden, daran zu erinnern, dass der Deutsche Bund als solcher dem Londoner Tractate vom 8. Mai 1852 nicht beigetreten ist. ¶ Die völkerrechtlichen Beziehungen des Bundes zum Königreiche Dänemark basiren ganz allein auf den Verabredungen von 1851—1852, welche vom Bunde wenigstens zur Zeit noch aufrecht erhalten werden, obwohl sie für ihn längst in Folge thatsächlicher Zuwiderhandlungen und sogar auch förmlich erklärter Lossagung Dänemarks alle Rechtsverbindlichkeit verloren haben. In diesen Verabredungen ist nun zwar ebenso wie im Londoner Tractate das Princip einer Integrität der dänischen Monarchie festgestellt, aber nicht zugleich auch für den jetzt eingetretenen Fall eines Abganges des königlich-dänischen



Mannesstammes die Dynastie bestimmt worden, deren Herrschaft über die bisher unter einem Scepter mit dem Königreich Dänemark vereinigten Länder als eine berechnete von Seiten des Deutschen Bundes anerkannt werden soll. ¶ Es ist hinlänglich bekannt, dass von des Hochseligen Königs von Dänemark Majestät am 31. Juli 1853 ein alle Theile der dänischen Monarchie umfassendes Thronfolgegesetz erlassen worden ist, welchem die für seine Rechtsbeständigkeit erforderlichen Voraussetzungen unzweifelhaft in Beziehung auf das Königreich Dänemark, aber keineswegs in Beziehung auf die übrigen Länder der Monarchie zur Seite stehen. Denn während es im Königreich Dänemark sowohl auf entsprechenden Verzichtleistungen der zu diesem Lande erbberechtigten fürstlichen Personen, als auf der Zustimmung der Landesvertretung beruht, ist in den übrigen Ländern der Monarchie namentlich eine Zustimmung der Landesvertretungen weder jemals ertheilt, noch von Seiten der königlich-dänischen Regierung auch nur gesucht worden. Gleichwohl haben die Verzichtleistungen der erbberechtigten fürstlichen Personen, so weit sie wirklich in Betreff des Herzogthums Holstein und des erbrechtlich damit unzertrennlich vereinigten Herzogthums Schleswig geschehen sind, nicht anders als unter der Voraussetzung geschehen können, dass die Rechte dieser Länder geachtet werden, und in Betreff des Herzogthums Lauenburg liegen ähnliche Verzichtleistungen überhaupt nicht einmal vor. ¶ Jenem Thronfolgegesetze mangelt aber auch insbesondere noch die zu seiner Rechtsbeständigkeit erforderliche Zustimmung des Deutschen Bundes. ¶ Der vom verstorbenen König Friedrich VII. am 2. October 1855 promulgirten Gesamtstaatsverfassung, welche das Thronfolgegesetz als für die ganze Monarchie gültig aufgenommen hat, ist vom Bunde geradezu sogar die Anerkennung versagt und ihre Wiederaufhebung nicht minder in Rücksicht auf das Herzogthum Schleswig verlangt worden, als auch in Rücksicht auf die Bundesländer Holstein und Lauenburg, weil sie die Genehmigung der betreffenden Landesvertretungen nicht erhalten hat. ¶ Blosser Verzichtleistungen der zu diesen Ländern erbberechtigten Personen, wenn sie auch in der That allseitig vorlägen, können dem Bunde gegenüber jedenfalls nicht genügen, um zu Gunsten des jetzt in Dänemark regierenden Königs Christian IX. Souverainetsrechte in den genannten Ländern zu begründen. Sie können es um so weniger, weil nach Artikel 6 der Wiener Schlussacte eine freiwillige Abtretung auf einem Bundeslande haftender Souverainetsrechte nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen kann, es sei denn, dass die ausdrückliche Zustimmung der Gesamtheit des Bundes dazu erfolgte. ¶ Demnach beantragt die grossherzoglich-oldenburgische Regierung:

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen, dass in Erwägung gezogen werden soll, welche Massnahmen unter den obwaltenden Verhältnissen geboten erscheinen, um bei dem eingetretenen Thronwechsel im Königreiche Dänemark sowohl die Rechte der mit diesem Königreiche zu einer Monarchie bis dahin vereinigten Länder als auch die Rechte des Deutschen Bundes in seiner Gesamtheit zu wahren.

Die herzoglich-anhaltische und die fürstlich-schwarzburg-sondershausen'sche Regierung schliessen sich dieser Antragstellung an. 

No. 1033.  
Deutscher  
Bund,  
21. Nov.  
1863.

Sechzehnte Stimme für Reuss jüngerer Linie und Waldeck. Der Gesandte ist angewiesen, für die fürstlichen Regierungen dem Antrage der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung in der Successionsfrage über das Herzogthum Holstein beizutreten.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Indem der Gesandte sich wiederholt auf seine in dieser Sitzung abgegebenen Erklärungen, Proteste und Verwahrungen zurückbezieht, kann derselbe nicht umhin, zugleich den Umstand besonders hervorzuheben, dass der jetzt vorliegende Antrag von dem Vertreter einer Regierung eingebracht worden, welche dem Londoner Tractate vom 8. Mai 1852 ausdrücklich beigetreten ist und dessen Souverain, durch eine von Höchstdemselben direct emanirte Acte vom 28. März 1854, auf Seine, wenn auch diesseits stets bestrittenen eventuellen Erbansprüche an das Herzogthum Holstein, zu Gunsten des jetzt regierenden Königs Christian IX. und Allerhöchstdessen in directer Linie aus der Ehe mit der regierenden Königin Louise abstammenden männlichen Descendenten, bündigst und in aller Form verzichtet hat. \*)

Auf Präsidialvorschlag wurde der Antrag der Regierungen von Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg, sowie die daran gereihten Erklärungen dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

(§. 275.) Erbfolgerechte auf das Herzogthum Lauenburg.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg für Anhalt. Der Gesandte hat im Auftrage der herzoglich-anhaltischen Regierung gegen den Regierungsantritt Seiner Majestät des Königs Christian IX. von Dänemark in Bezug auf das Herzogthum Lauenburg zu protestiren, unter Verweisung auf die früheren in der hohen Bundesversammlung abgegebenen Erklärungen (s. die Protokolle der Sitzungen vom 12. August, 9. December 1852, 13. November 1856) und auf die im Jahre 1852 mitgetheilte Ausführung: „Das agnatische Erbfolgerecht des Durchlauchtigsten herzoglichen Gesammthausen Anhalt auf das Herzogthum Sachsen-Lauenburg und das Land Hadeln“. ¶ Indem der Gesandte diesem Auftrage hierdurch nachkommt, hat er zugleich den Antrag zu stellen:

dass der Deutsche Bund den König Christian IX. von Dänemark als Herzog von Lauenburg nicht anerkenne.

Alles Weitere hat der Gesandte der herzoglich-anhaltischen Regierung vorzubehalten.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte beschränkt sich darauf, die Rechte seines Allerdurchlauchtigsten Souverains zu wahren und seiner allerhöchsten Regierung jede erforderliche weitere Erklärung vorzubehalten.

Königreich Sachsen. Unter Bezugnahme auf frühere verwahrende Erklärungen seiner höchsten Regierung und namentlich die in der ersten Sitzung des Jahres 1847, §. 13, zum Protokoll gegebene, hat der Gesandte auch bei dem gegenwärtigen Anlasse die Successionsansprüche des königlichen Hauses

\*) Vergl. No. 1015.

an dem Herzogthum Lauenburg Namens seiner höchsten Regierung ausdrücklich zu verwalten.

No. 1033.  
Deutscher  
Bund,  
21. Nov.  
1863.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesandte hat auch bei diesem Anlass die bezüglich der eventuellen Erbanprüche des grossherzoglichen Hauses auf das Herzogthum Lauenburg bereits früher wiederholt in die Protokolle der Bundesversammlung niedergelegten Verwahrungen hierdurch in Erinnerung zu bringen.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte bezieht sich auf die von ihm auf die Verwahrung Seitens Anhalts abgegebene Erklärung zurück.

Auf Präsidialvorschlag wurde der Antrag der herzoglich-anhaltischen Regierung, sowie die darauf erfolgten Erklärungen dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

(§. 276.) **Protest Seiner königlichen Hoheit des Grossherzogs von Oldenburg gegen den Regierungsantritt des Königs Christian IX. in Beziehung auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein.**

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg für Oldenburg. Der Gesandte ist angewiesen, den Protest Seiner königlichen Hoheit des Grossherzogs von Oldenburg gegen den Regierungsantritt des Königs Christian IX. in Beziehung auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein, enthalten in einer Note des grossherzoglichen Ministers des grossherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten von Rössing an den Conseilspräsidenten Minister Hall in Copenhagen vom 17. dieses Monats, hiermit zur Nachricht für die hohe Bundesversammlung zu übergeben.\*)

Dieser Protest wurde an den Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit überwiesen.

(§. 277.) **Verwahrung hinsichtlich der derzeitigen Ausübung einer Vertretung für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg von Seiten Dänemarks.**

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der Gesandte findet sich verpflichtet, der Auffassung als selbstverständlich noch einmal Ausdruck zu geben, dass durch die hier soeben erfolgten Vorgänge und Vernehmungen keinerlei Präjudiz für Anerkennung Seiner Majestät des Königs Christian IX. von Dänemark als Herzog von Holstein und Lauenburg, oder der Ausübung einer Vertretung für die Herzogthümer gefunden werden könne.

Diese Erklärung wird gleichfalls dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit übergeben.

(§. 278.) **Verzeichniss der Eingaben.**

Die Eingabe Num. 30 (eingegangen und dat. Frankfurt a. M., den 21. November 1863) Dr. von Guaita, Advocat dahier, überreicht als Bevoll-

\*) Diese Note ist im gegenwärtigen Protokoll als Beilage 4 an-

**No. 1033.** mächtigter einer Anzahl von erwählten Abgeordneten und Stellvertretern zur  
**Deutscher** holsteinischen Ständeversammlung Vorstellung derselben, d. d. Kiel, den  
**Bund,** 19. November 1863, die Bitte enthaltend, geeignete Massregeln zu ergreifen,  
**21. Nov.** um die Rechte der Herzogthümer und des Deutschen Bundes selbst gegen die  
**1863.** ernstlich drohende Gefahr sicher zu stellen, — wurde dem Ausschusse für die  
 Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zugewiesen.

---

Beilage 1. (zu §. 270.)

**Verzichtsurkunde des Herzogs Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg auf die Succession in die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu Gunsten des Erbprinzen Friedrich.**

**No. 1033.** Von Gottes Gnaden Wir Christian August, Erbe zu Norwegen,  
**Anlage 1.** Herzog zu Schleswig-Holstein, Stormarn und der Dithmarschen wie auch zu  
**Schleswig-** Oldenburg etc., thun hiermit kund: Um die wenigen Jahre, die in Unserem  
**Holstein-** Alter Wir auf Erden noch zuzubringen haben, in Ruhe und Zufriedenheit verleben  
**Augustenb.,** zu können, haben wir beschlossen, Uns von dem öffentlichen Leben zurückzuziehen  
**16. Nov.** und Unsere letzten Tage hier in Primkenau zuzubringen. Zu dem Ende ver-  
**1863.** zichten Wir hierdurch auf alles Erbfolgerecht, welches Wir an den Herzog-  
 thümern Schleswig und Holstein, sowie den zu denselben gehörigen Landen und  
 überhaupt als ein Mitglied des oldenburgischen Gesammthauses besitzen, zu  
 Gunsten Unseres ältesten Sohnes, des Erbprinzen Friedrich, Erben zu Norwegen,  
 Herzog zu Schleswig-Holstein, Stormarn und der Dithmarschen, wie auch zu  
 Oldenburg etc., Liebden und wollen, dass dieser Unser Sohn in der Erbfolge in  
 den Herzogthümern, sowie in den zu denselben gehörigen und den Uns etwa  
 künftig nach den Grundsätzen der Verfassung des oldenburgischen Gesammthaus-  
 es anfallenden Landen Uns vorgehen soll. ¶ Für den Fall jedoch, dass  
 Unser obgedachter Sohn vor Uns mit Tode abgehen sollte, behalten Wir Uns  
 die Erbfolge in den obgedachten Landen ausdrücklich vor. ¶ Zur Urkund  
 dessen unter Unserer Namensunterschrift und begedrucktem angestammten fürst-  
 lichen Insiegel. ¶ Schloss Primkenau, den 16. November 1863.

(L. S.)

**Christian August,**  
 Herzog von Schleswig-Holstein.

---

Beilage 2. (zu §. 270.)

**Notification des Regierungsantrittes des Herzogs Friedrich VIII. in den Herzogthümern Schleswig und Holstein.**

**No. 1033.** Nachdem es der göttlichen Vorsehung gefallen hat, Seine Majestät den  
**Anlage 2.** König von Dänemark und Herzog von Schleswig und Holstein Friedrich VII.  
**Schleswig-** am 15. d. M. aus der Zeitlichkeit abzuberufen, hat — in Kraft agnatischen Suc-  
**Holstein-** cessionsrechtes, sowie in Folge des zu Schloss Primkenau am 16. d. M. von  
**Augustenb.,**  
**16. Nov.**  
**1863.**

Seiner Durchlaucht dem Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zu Gunsten Höchstseines erstgeborenen Sohnes, des Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, ausgestelltten Verzichtes — Letztgedachter die Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein angetreten. ¶ Es ist für den Herzog von Holstein eine angenehme Pflicht, hoher deutscher Bundesversammlung von seinem Regierungsantritte Mittheilung zu machen, und nur eine, wie er sich schmeichelt, überflüssige Massregel, wenn er hiermit eine feierliche Rechtsverwahrung gegen jede etwaige Bestreitung seiner Regentenrechte, sowie gegen jede mit dem vollen Genusse derselben nicht zu vereinigende Handlung verbindet. ¶ Seine herzogliche Durchlaucht werden alsbald Bedacht darauf nehmen, sich durch einen gehörigen Bevollmächtigten im Kreise Höchstihrer höchsten und hohen Bundesgenossen vertreten zu lassen. ¶ Frankfurt a. M., den 16. November 1863.

No. 1033.  
Anlage 2.  
Schleswig-  
Holstein-  
Augustenb.,  
16. Nov.  
1863.

Im höchsten Auftrage:

*R. v. Mohl.*

Beilage 3. (zu §. 270.)

**Vollmacht für den grossherzoglich-badischen Geheimen Rath und Bundestags-Gesandten Robert von Mohl als herzoglichen Bundestags-Gesandten für die holsteinische Stimme.**

Wir Friedrich VIII., von Gottes Gnaden Erbe zu Norwegen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn und der Dithmarschen etc., thun kund hiermit, dass Wir, nachdem durch den erfolgten tödtlichen Hintritt Unseres geliebten Herrn Veters, des Herrn Friedrich VII., weiland Königs von Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzogs zu Schleswig, Holstein, Stormarn und der Dithmarschen etc. etc., die Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein kraft der in dem oldenburgischen Gesammthause von Altersher bestehenden Erbfolgeordnung auf Uns, als den nach dem von Unserem geliebten Herrn Vater, dem Herrn Christian August, Erbe zu Norwegen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn und der Dithmarschen etc. zu Unseren Gunsten zu Primkenau am 16. November d. J. geleisteten Erbverzichte, nächsten erstgeborenen Agnaten übergegangen ist, sowie in Ausübung der auf das Herzogthum Lauenburg Unserem Hause zustehenden Rechte, den grossherzoglich-badischen Geheimen Rath und Bundestags-Gesandten Robert von Mohl bis auf Weiteres zu Unserem Gesandten bei der deutschen Bundesversammlung in Frankfurt am Main ernannt haben. ¶ Wir übertragen demnach demselben in dieser Eigenschaft die einstweilige Führung sowohl der für das Herzogthum Holstein im vierten Artikel des Bundesvertrags d. d. Wien, den 8. Juni 1815 stipulirten einzelnen Stimme in der Bundesversammlung, als auch der für das Herzogthum Holstein im sechsten Artikel des gedachten Bundesvertrags, wenn sich die Bundesversammlung zu einem Plenum bildet, stipulirten drei Stimmen. ¶ Dabei ertheilen Wir demselben ebenfalls volle Macht und Gewalt, im Falle seiner Abwesenheit oder sonstigen Verhinderung, seine Vollmacht substitu-

No. 1033.  
Anlage 3.  
Schleswig-  
Holstein-  
Augustenb.,  
16. Nov.  
1863.

No. 1033. weise einem anderen Bundestags-Gesandten zu übertragen. ¶ Wir bitten Allem, Anlage 3. was erwähnter Unser Gesandter, der grossherzoglich-badische Geheime Rath und Schleswig-Holstein-Bundestags-Gesandte Robert von Mohl, in Unserem Namen bei der deutschen Augustenb., Bundesversammlung vorbringen und erklären wird, vollen Glauben beizumessen, 16. Nov. und versprechen Alles, was derselbe anbringen, eingehen, abschliessen und sonst 1863. verhandeln wird, zu genehmigen und festzuhalten. ¶ Zu Urkund dessen haben Wir diese Vollmacht eigenhändig unterschrieben und Unser herzogliches Insiegel beidrucken lassen, Unserem Gesandten auch das Original des von Unserem Herrn Vater ausgestellten Erbverzichts vom 16. November d. J. zu seiner vollständigen Legitimation übergeben. ¶ Gegeben zu Schloss Dolzig, am 16. November 1863.

(L. S.)

**Friedrich,**  
Herzog von Schleswig-Holstein.

---

Beilage 4. (zu §. 276.)

**Note des grossherzoglich-oldenburgischen Ministers des grossherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten von Rössing an den königlich-dänischen Conseilspräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Hall, d. d. Oldenburg den 17. November 1863.**

No. 1033. Der unterzeichnete Minister des grossherzoglichen Hauses und der aus- Anlage 4. wärtigen Angelegenheiten Seiner königlichen Hoheit des Grossherzogs von Oldenburg beehrt sich, im Auftrage seines Souverains, Seiner Excellenz dem 17. Nov. königlich-dänischen Conseilspräsidenten und Minister der auswärtigen Ange- 1863. legenheiten, Herrn Hall, ganz ergebenst folgende Eröffnung zu machen. ¶ Seine königliche Hoheit der Grossherzog, mein gnädigster Herr, haben durch die Acte vom 28. März 1854 die Erklärung solennisirt, welche Ihr in Gott ruhender Herr Vater, der Grossherzog Paul Friedrich August königliche Hoheit, durch die Note vom 10. December 1852 hat abgeben lassen. In dieser Acte haben Seine königliche Hoheit zu Gunsten Seiner Hoheit des Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und Höchstdessen in directer Linie aus der Ehe mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Louise, gebornen Prinzessin von Hessen, abstammenden männlichen Descendenten auf die eventuellen Successionsrechte verzichtet, für den Fall, dass der Prinz Christian Hoheit oder Höchstdessen gedachte männliche Nachkommen den Thron Dänemarks besteigen und für so lange, als dieselben ihn inne haben werden, und haben dabei Seine königliche Hoheit Sich zugleich auf die Tractate vom 11. April 1767 und 21. Mai 1773 bezogen. ¶ Im Artikel 16 des Tractats vom 11. April 1767 und im Artikel 7 des Tractats vom 21. Mai 1773 sind nun die Privilegien und Rechte der Herzogthümer gewahrt und ihre Aufrechthaltung auf's bündigste zugesagt. Nach diesen Landesrechten ist es unzweifelhaft, dass das Thronfolgesetz vom 31. Juli 1853, wie es die Zustimmung des dänischen Reichstages erhalten hat, auch der Zustimmung der Stände Schleswig-Holsteins bedurft hätte, um rechtsbeständig zu werden. Seine königliche Hoheit der Grossherzog, mein

gnädigster Herr, haben in Ihrem Schreiben vom 2. Februar 1861 Seine Majestät den Hochseligen König Friedrich VII. darauf aufmerksam gemacht, dass das Thronfolgesetz in den Herzogthümern Schleswig-Holstein wegen obigen Mangels der Rechtsbeständigkeit entbehre. Trotzdem ist kein Schritt geschehen, solchem Mangel abzuhelpfen; vielmehr hat nach dem am 15. d. M. erfolgten Ableben Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. auf Grundlage des erwähnten Thronfolgesetzes der Prinz Christian von Dänemark, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, unter dem Namen Christian IX. nicht nur die Regierung im Königreiche Dänemark, sondern auch in den Herzogthümern Schleswig-Holstein angetreten. Seine königliche Hoheit der Grossherzog, mein gnädigster Herr, können diesen Regierungsantritt, soweit er sich auf die Herzogthümer bezieht, als im Rechte begründet nicht betrachten, und können Ihren Verzicht gegenüber einem ohne Rechtsgrund erfolgten Regierungsantritt nicht als bindend ansehen, Seine königliche Hoheit finden Sich vielmehr bewogen, gegen ein solches Vorgehen Verwahrung einzulegen und Sich ausdrücklich alle weiteren geeigneten Schritte vorzubehalten. Demnach haben Seine königliche Hoheit mich beauftragt, diese Verwahrung zu Eurer Excellenz Kenntniss zu bringen mit dem ergebensten Ersuchen, dieselbe Seiner Majestät dem Könige unterbreiten zu wollen. ¶ Der Unterzeichnete benutzt, etc. etc.

No. 1033.  
Anlage 4.  
Oldenburg,  
17. Nov.  
1863.

*Rössing.*

## No. 1034.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Acht und dreissigste Sitzung vom 28. November 1863. —

(§. 279.) Vollmacht für den Herrn Geheimen Conferenzrath Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld als königlich-dänischen wegen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg bevollmächtigten Gesandten bei der deutschen Bundesversammlung, und offener Brief Seiner Majestät des Königs Christian IX., dessen Thronbesteigung betreffend.

Präsidium legt ein ihm von dem bisherigen königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Bundestags-Gesandten, Geheimen Conferenzrath Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld, zugekommenes Schreiben vom 22. d. M. vor, welches folgendermassen lautet:

No. 1034.  
Deutscher  
Bund.  
28. Nov.  
1863.

„Indem der Unterzeichnete sich beehrt, Seiner Excellenz dem kaiserlich-königlichen wirklichen Geheimen Rath und Bundes-Präsidialgesandten Herrn Freiherrn von Kübeck im Anschluss die von Seiner Majestät dem Könige Christian IX., seinem allergnädigsten Herrn, unterm 19. d. M. vollzogene neue Vollmacht, vermöge welcher er von seinem erhabenen Souverain wegen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg als bevollmächtigter Gesandter bei der hohen deutschen Bundesversammlung allergnädigst bestätigt worden ist, und ferner einen Abdruck des offenen Briefes

No. 1034.  
Deutscher  
Band,  
23. Nov.  
1863.

zu überreichen, wodurch der Regierungsantritt Seiner Majestät Allerhöchstdero Unterthanen in den Herzogthümern angezeigt wird, verbindet er damit die ganz gehorsamste Bitte, diese Actenstücke zur Kenntniss hoher Bundesversammlung bringen zu wollen. ¶ Der Unterzeichnete giebt sich etc.“

Nachdem die in der vorigen Sitzung erfolgte Anzeige von dem Ableben Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. von Dänemark dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen worden ist, beantragte Präsidium, auch das eben verlesene Schreiben und dessen Anlagen diesem Ausschusse zu überweisen, was sofort genehmigt wurde.

Der bisherige königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Herr Gesandte ergriff das Wort und legte eine Verwahrung gegen das hier beobachtete Verfahren ein.

Der königlich-sächsische Herr Gesandte sah sich hierdurch, im Hinblick auf den von ihm Namens seiner allerhöchsten Regierung in heutiger Sitzung einzubringenden Antrag veranlasst, das Präsidium zu ersuchen, eine Entscheidung hoher Bundesversammlung über die Frage herbeizuführen: ob einem Gesandten, dessen Vollmachten noch nicht anerkannt worden, von hoher Bundesversammlung das Protokoll offen gelassen werden könne?

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg für Oldenburg. Der Gesandte ist angewiesen, im Namen der grossherzoglichen Regierung dagegen zu protestiren, dass der bisherige Herr Gesandte von Seiten Dänemarks wegen Holstein und Lauenburg in der Mitte der hohen Bundesversammlung erscheinen dürfe, bevor er als Vertreter Holsteins und Lauenburgs legitimirt und seine Legitimation vom Bunde anerkannt worden ist; hierbei zugleich nachdrücklich zu erklären, dass die Auslassung, welche der als Bundestags-Gesandter nicht Legitimirt in der vorigen Sitzung sich erlaubt hat, es sei Seine königliche Hoheit der Grossherzog dem Londoner Tractate beigetreten, in der Wahrheit nicht begründet ist.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Der Gesandte legt unter Bezugnahme auf die in der vorigen Sitzung (Prot. §. 269) abgegebene Erklärung des grossherzoglich-badischen Herrn Gesandten, welcher er beigetreten, auch Verwahrung ein.

Baden. Der Gesandte muss unter Bezugnahme auf seine in der letzten Sitzung abgegebene Erklärung neuerdings Verwahrung einlegen.

Präsidium äusserte: die von dem königlich-sächsischen Herrn Gesandten gestellte Frage sei im Princip schon in der letzten Sitzung angeregt worden. Da aber nur die hohe Bundesversammlung zu entscheiden habe, in wie fern der bisherige königlich-dänische herzoglich-holstein-lauenburgische Herr Gesandte sich noch an ihren Verhandlungen betheiligen könne, seien auf Vorschlag des Präsidiums, um diese Entscheidung herbeizuführen, die von Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld erstattete Anzeige, sowie die darauf erfolgten Anträge, Verwahrungen und Erklärungen dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen worden. Es sei auch in dieser Sitzung vermieden worden, irgend einen Gegenstand zur förm-



lichen Abstimmung zu bringen. Der königlich-sächsische Herr Gesandte habe aber nunmehr die bestimmte Frage gestellt, ob dem Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld das Protokoll noch offen gelassen werden könne, daher die hohe Bundesversammlung sich über diesen Punkt sofort schlüssig zu machen hätte, indem der in Folge der obgedachten Zuweisung zu erstattende Ausschussvortrag geschäftsordnungsmässig erst später zur Verhandlung käme.

No. 1034.  
Deutscher  
Bund,  
28. Nov.  
1862.

Bei der hierauf gehaltenen Umfrage wurden folgende Abstimmungen zu Protokoll gegeben:

**Oesterreich.** Der Gesandte ist der Ansicht, dass der bisherige königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Herr Gesandte, da die von ihm beigebrachte neue Vollmacht noch der Anerkennung entbehrt, nicht das Recht habe, zu fordern, dass ihm das Protokoll offen stehe, dass jedoch aus Courtoisie ihm gestattet werden könnte, Erklärungen bis zur Beschlussfassung über den vorliegenden Vortrag des Ausschusses für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit abzugeben.

**Preussen.** Der Gesandte schliesst sich der Abstimmung Oesterreichs an.

**Baiern.** Nach der Ansicht des Gesandten kann über die Rechtsfrage kein Zweifel obwalten; die Rücksichten der Courtoisie hat man in der letzten Sitzung schon hinlänglich walten lassen und man ist in dieser Beziehung schon bis zur äussersten Grenze gegangen. Der Gesandte muss sich deshalb dahin aussprechen, dass dem bisherigen königlich-dänischen herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten das Protokoll nicht mehr offen stehen könne.

**Königreich Sachsen:** wie Baiern.

**Hannover.** Dem Gesandten erscheint die verneinende Beantwortung der Frage rechtlich nicht zweifelhaft; er würde jedoch bis zur provisorischen Regelung des Stimmverhältnisses durch die Bundesversammlung, wozu noch heute die Anträge gestellt werden, aus Courtoisierücksichten solche allgemeine Verwahrungen und Mittheilungen im Protokolle zulassen, welche keine Gegen-erklärungen und keine amtliche Behandlung in der Bundesversammlung nothwendig machen.

**Württemberg und Baden:** wie Baiern.

**Kurhessen.** Der Gesandte schliesst sich der Abstimmung Hannovers an.

**Grossherzogthum Hessen:** wie Baiern.

**Niederlande wegen Luxemburg und Limburg.** Der Gesandte glaubt, dass dem zur Sitzung eingeladenen königlich-dänischen Herrn Gesandten, dessen Vollmacht der hohen Versammlung vorgelegt worden, vor erfolgter Schlussfassung über die Annahme derselben und vor vollendeter Umfrage über die von dem königlich-sächsischen Herrn Gesandten gestellte Frage nicht jede Aeusserung zu Protokoll verweigert werden könne.

**Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische, sowie Braunschweig und Nassau:** wie Baiern.

**Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz:** wie Hannover.

No. 1034.  
Deutscher  
Bund,  
28. Nov.  
1863.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der Gesandte erklärt sich, unter Bezugnahme auf seine in der Sache schon abgegebenen Aeusserungen, wie der königlich-baiyerische Herr Gesandte.

Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Der Gesandte stimmt für die Curie wie Hannover und schliesst sich für Reuss jüngere Linie der Abstimmung des grossherzoglich-sächsischen Herrn Gesandten an.

Freie Städte: wie Baiern.

Präsidium erklärte, dass es nach dem Resultate dieser Umfrage dem Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld das Wort nicht mehr geben könne, und hob die Sitzung mit dem Bemerkten auf, dass zur Erledigung der auf der Tagesordnung befindlichen Geschäftsgegenstände heute noch eine weitere Bundestags-Sitzung stattfinden werde. \*)

## No. 1035.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Neun und dreissigste Sitzung vom 28. November 1863. —

(§. 281.) Nichtzulassung eines königlich-dänischen Abgesandten zur deutschen Bundesversammlung und Einrücken des Executionscorps in die Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

No. 1035.  
Deutscher  
Bund,  
28. Nov.  
1863.

Königreich Sachsen. Der Gesandte ist schon seit mehreren Tagen beauftragt, bei hoher Bundesversammlung Namens seiner höchsten Regierung nachstehenden Antrag zu stellen: In Erwägung:

dass die zu Lebzeiten weiland Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. von Dänemark, Herzogs von Holstein und Lauenburg, eventuell beschlossene Bundesexecution für das Bundesland Holstein sämtliche Stadien der vorbereitenden bundesmässigen Behandlung dergestalt durchlaufen hat, dass es nur noch eines Beschlusses bedarf, um die zu deren Vollstreckung nöthigen Anordnungen in Vollzug zu setzen;

dass inmittelst in Folge des Ablebens Seiner Majestät des Königs Friedrich von Dänemark bezüglich der Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg eine streitige Frage dem Bunde zur Erledigung vorliegt, indem gemäss der durch den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 für die Gesamtheit der damals die dänische Monarchie bildenden Länder festgesetzten Erbfolge Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Glücksburg den dänischen Thron bestiegen hat, dagegen jedoch von Seiten eines Agnaten Erbansprüche auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein erhoben worden;

dass der Bund dem obigen Vertrage, d. d. London, den 8. Mai 1852,

\*) Das Protokoll ist von dem bisherigen königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten nicht mehr mit unterschrieben. Nachdem derselbe sich zurückgezogen, erfolgte alsbald ohne ihn die Eröffnung der 39. Sitzung.

zur Zeit nicht beigetreten und berufen ist, über die rechtlichen Ansprüche des gedachten Agnaten Entschliessung zu fassen;

No. 1035.  
Deutscher  
Bund,  
28. Nov.  
1863.

dass es unter solchen Umständen die Würde und das Ansehen des Bundes erheischen, den zu fassenden Beschlüssen die volle Geltung zu sichern und jede denselben voregreifende Handlung fern zu halten,  
wolle hohe Bundesversammlung beschliessen:

Es sei, bis zu dem möglichst zu fördernden Austrage der Sache die Zulassung eines Abgesandten Seiner Majestät des Königs von Dänemark zu den Verhandlungen der Bundesversammlung nicht für statthaft zu erachten, auch von dem Entgegennehmen von Beglaubigungsschreiben eines königlich-dänischen Abgesandten als Mitglied der Bundesversammlung abzusehen. ¶ Es seien unverzüglich die nöthigen Anordnungen zu treffen, damit das für Holstein bestimmte Executionscorps mit der den Umständen entsprechenden Verstärkung in Holstein und Lauenburg einrücke, um diese Bundesländer bis zu dem Zeitpunkte besetzt zu halten, wo der Bund sich in der Lage sehen wird, dem von ihm als rechtmässig anerkannten Nachfolger in gedachten Herzogthümern letztgedachte Bundesländer zu eigener Verwaltung zu übergeben.

Württemberg. Der Gesandte schliesst sich Namens seiner allerhöchsten Regierung diesem Antrage an.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Für die Curie stimmt der Gesandte für Verweisung des Antrages an die vereinigten Ausschüsse; für Oldenburg hat er dem zwar auch nicht entgegenzutreten, aber zu erklären, dass für den Bund in Beziehung auf das vom Könige von Dänemark beanspruchte Thronfolgerecht in den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg eine noch erst zu entscheidende Rechtsfrage gar nicht vorliege, weil dieser Anspruch vom Könige lediglich auf Grund des Londoner Tractats erhoben wird, welcher für den Bund nicht existirt.

Königreich Sachsen. Der Gesandte kann bei diesem Anlasse zugleich erklären, dass seine höchste Regierung zu Stellung des von ihr nach dem Bundesbeschlusse vom 1. October d. J. abzuschickenden Truppencorps auch in einer ansehnlich grösseren Stärke als in dem Ausschussantrage vom 19. September in Aussicht genommen worden, unter allen Umständen bereit ist.

Es wurde beschlosssen: den Antrag der königlich-sächsischen Regierung und die darauf erfolgten Erklärungen den vereinigten Ausschüssen zuzuweisen.

(§. 262.) Ausführung der zum Zwecke der Execution früherer Beschlüsse in der Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg bereits in Aussicht genommenen Massregeln und Aufforderung zu Zurückziehung aller dänischen Truppen aus diesen Herzogthümern.

Grossherzogthum Hessen. Mit Rücksicht auf die in der letzten Bundestags-Sitzung stattgehabten Verhandlungen ist der Gesandte beauftragt worden, zu beantragen: Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen:

No. 1035.  
Deutscher  
Bund,  
28. Nov.  
1863.

1) die zum Zwecke der Execution früherer Beschlüsse bereits in Aussicht genommenen Massregeln nunmehr zum Schutze aller Rechte und Interessen, deren Wahrung dem Deutschen Bunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen obliegt, sofort in Vollzug zu setzen;

2) an die königlich-dänische Regierung in geeignetem Wege die Aufforderung ergehen zu lassen, alle dänischen Truppen aus den Herzogthümern Holstein und Lauenburg zurückzuziehen und das holstein-lauenburgische Bundescontingent dem Deutschen Bunde bis auf Weiteres innerhalb des Bundesgebietes zur Verfügung zu stellen.

Zugleich ist der Gesandte zu der Erklärung ermächtigt, dass die grossherzogliche Regierung bereit ist, zur Unterstützung der vorgeschlagenen Massregeln nach Kräften beizutragen und namentlich auf Verlangen des Bundes ein Truppencorps von 5—6000 Mann, ja selbst die ganze grossherzogliche Division in voller Kriegsstärke als Reserve der königlich-sächsischen und königlich-hannöversischen Truppen alsbald aufzustellen.

Es erfolgte hierauf der Beschluss: diesen Antrag an die vereinigten Ausschüsse zu überweisen.

(§. 283.) Antritt der Regierung des Herzogthums Lauenburg Seitens Seiner Hoheit des Herzogs von Anhalt und Verwahrung dagegen.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg für Anhalt. In der vorletzten Sitzung hat der Gesandte bezüglich des Herzogthums Lauenburg der herzoglich-anhaltischen Regierung Weiteres vorbehalten. Er ist nunmehr beauftragt, unter Bezugnahme auf den dort eingebrachten Protest und Antrag, der hohen Bundesversammlung die Anzeige zu machen, dass Seine Hoheit der Herzog von Anhalt nach dem am 15. d. M. erfolgten tödtlichen Hintritt des Königs Friedrich VII. von Dänemark den Zeitpunkt gekommen erachtet, das dem herzoglichen Hause Anhalt angestammte agnatische und durch alte Verträge verstärkte Erbfolgerecht in das durch diesen Todesfall besitzlos gewordene Herzogthum Lauenburg geltend zu machen und die Regierung dieses Herzogthums, vorbehaltlich etwa näher nachzuweisender besserer Rechte Dritter auf dieses Herzogthum, anzutreten und hierzu gleichzeitig die anderweit erforderlichen Schritte zu thun. ¶ Seine Hoheit der Herzog von Anhalt hat den Gesandten zudem beauftragt, den Schutz des Deutschen Bundes in Anspruch zu nehmen und durch besonderes Mandat bevollmächtigt, welches er bereits die Ehre gehabt hat, dem hochverehrlichen Präsidium zu übermitteln. ¶ Der Gesandte hat hierbei nur noch Folgendes in Erinnerung zu bringen: Nach dem im Jahre 1689 erfolgten Ableben des letzten Herzogs von Sachsen-Lauenburg, Julius Franz, dessen nächste agnatischen und vertragsmässigen Erben die Fürsten zu Anhalt waren, die sich auch theilweise in Besitz setzten und Titel und Wappen der Herzoge von Sachsen, Engern und Westphalen annahmen, die sie noch führen, kam es bekanntlich zwischen Anhalt und Braunschweig zu einem Besitzprocesse vor dem Reichshofrathe, in welchem Braunschweig im Besitze geschützt, Anhalt aber zur Verfolgung seiner Ansprüche ad petitorium verwiesen wurde. Die Petitorialklage ist von Anhalt im Jahre 1729 erhoben; in einem dabei über Edition des lauenburger

Archivs eröffneten Zwischenverfahren ist der Process liegen geblieben, theils in Folge der kriegerischen Zeitereignisse, theils aus politischen Behinderungen; aber auf den Reichstagen, im Fürstenrathe und bei anderen Staatsverhandlungen hat Anhalt seine Ansprüche, besonders durch Protestationen gegen die Führung der lauenburgischen Stimme und in vielfältigen darüber gepflogenen Streitigkeiten ununterbrochen fortgesetzt bis zur Zeit der Auflösung des Reiches, wo die weitere Verfolgung des Processes unmöglich wurde. Als jedoch bei den Wiener Congressverhandlungen im Jahre 1815 die Abtretung Lauenburgs von Hannover an Preussen zur Sprache kam, machte das herzogliche Gesammthaus Anhalt seine Rechte auf das Herzogthum Sachsen-Lauenburg durch zwei unter dem 2. März 1815 an beide Kronen gerichtete diplomatische Noten von Neuem geltend und übergab auch an sämmtliche verbündete Mächte eine Denkschrift, worin es seine Rechte vorbehielt. Als hierauf nach Errichtung des Deutschen Bundes der dänische Gesandte für Lauenburg Sitz und Stimme in der Bundesversammlung einzunehmen im Begriffe war, wurde in der ersten Bundestags-Sitzung am 5. November 1816 die Rechtsverwahrung Anhalts erneuert. Die späteren Verwahrungen sind schon mehrfach erwähnt worden.

No. 1035.  
Deutscher  
Bund.  
28. Nov.  
1863.

Königreich Sachsen.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser,  
dann

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Die Gesandten müssen gegen die eben vernommene Anzeige und Erklärung Verwahrung einlegen.

Vorstehende Erklärungen wurden dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

(§. 236.) Suspendirung der holstein-lauenburgischen Stimme in der Bundesversammlung.

Der königlich-baierische Herr Gesandte erstattet im Namen des Ausschusses für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit nachstehenden Vortrag: Am 15. d. M. ist Seine Majestät König Friedrich VII. von Dänemark, Herzog von Schleswig, Holstein und Lauenburg nach kurzer Krankheit zu Glücksburg verschieden. ¶ In Folge dessen sind in der Sitzung hoher Bundesversammlung vom 21. d. M. von verschiedenen Seiten Anzeigen erstattet, Erklärungen abgegeben und Anträge gestellt worden, welche sofort dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit überwiesen wurden. ¶ Aus diesen Actenstücken ergibt sich die Thatsache, dass Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg als König Christian IX. den Thron von Dänemark bestiegen hat, und auch die Succession in die vorgenannten drei Herzogthümer in Anspruch nimmt, dass jedoch diese Succession von verschiedenen Seiten bestritten wird, und dass insbesondere der Erbprinz Friedrich Christian August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein auftritt und für das Herzogthum Holstein insbesondere seine Anerkennung als Mitglied des Deutschen Bundes in Anspruch nimmt. ¶ Es ist nämlich ~~...~~ steht von dem bisherigen königlich-dänischen, herzoglich-holstein-] ~~...~~ Herrn

No. 1035.  
Deutscher  
Band,  
28. Nov.  
1863.

Gesandten Anzeige des Todes Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. und der Thronbesteigung Seiner Majestät des Königs Christian IX. mit dem Beifügen gemacht worden, dass die Vollmacht des neuen Souveräns als Herzogs von Holstein und Lauenburg für ihn bereits unterwegs sei. Auch hat dieser Herr Gesandte im Verlaufe der Sitzung gegen jede Bestreitung der Succession des Königs Christian IX. in den Herzogthümern und insbesondere gegen jeden Anspruch von Mitgliedern der herzoglich-augustenburgischen Linie auf eine Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg als unbegründet Protest eingelegt. ¶ Dagegen ist von dem Präsidium ein Schreiben vorgelegt worden, durch welches der grossherzoglich-badische Herr Bundestags-Gesandte anzeigt, dass Erbprinz Friedrich von Augustenburg die durch den Tod Friedrich VII. und den Verzicht seines Herrn Vaters ihm angefallene Regierung in Schleswig-Holstein als Herzog Friedrich VIII. angetreten und ihn zu seinem Bundestags-Gesandten für Holstein ernannt habe, indem zugleich die Verzichtsurkunde des Herzogs Christian von Augustenburg vom 16. d. M. und die Vollmachtsurkunde des Herzogs Friedrich für Herrn von Mohl vom 16. d. M. übergeben wurden. ¶ In Bezug auf das Herzogthum Lauenburg hat die herzoglich-anhaltische Regierung gegen den Regierungsantritt des Königs Christian IX. von Dänemark protestirt und unter Verweisung auf ihre frühere Erklärung beantragt, dass der Deutsche Bund den König Christian IX. von Dänemark als Herzog von Lauenburg nicht anerkenne, alles Weitere sich vorbehaltend, und die Herren Gesandten von Königreich Sachsen und Mecklenburg haben die früheren Verwahrungen ihrer höchsten Regierungen wiederholt; der Herr Gesandte der zwölften Curie aber hat für Sachsen-Coburg-Gotha die Rechte des Durchlauchtigsten sachsen-ernestinischen Gesammthauses auf die Erbfolge in das Herzogthum Lauenburg gleichfalls unter Bezugnahme auf frühere Erklärungen feierlich verwahrt. ¶ Im Allgemeinen haben die grossherzoglich-badische, die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen, die grossherzoglich-oldenburgische, die herzoglich-anhaltische und die fürstlich-schwarzburg-sondershausen'sche Regierung Anträge auf Wahrung der legitimen Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg durch den Bund gestellt, und die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen haben unter Anerkennung des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg als rechtmässigen Regierungsnachfolger in den Herzogthümern Holstein und Schleswig beantragt, hohe Bundesversammlung wolle vor Beschlussfassung über die Massnahmen, welche unter den obwaltenden Verhältnissen geboten erscheinen, um bei dem eingetretenen Thronwechsel im Königreich Dänemark sowohl die Rechte der mit diesem Königreiche zu einer Monarchie bis dahin vereinigten Länder als auch die Rechte des Deutschen Bundes in seiner Gesamtheit zu wahren, keinen Act zulassen, durch welchen der jetzt regierende König von Dänemark sich bei der Bundesversammlung als Regierungsnachfolger in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg geriren würde, also namentlich keinenfalls einen vom regierenden König von Dänemark für Holstein und Lauenburg ernannten Bundestags-Gesandten als solchen anerkennen und in ihrer Mitte zulassen. ¶ Bei dieser Sachlage scheint es der Majorität des berichtenden Ausschusses unmöglich, wegen Anerkennung des

einen oder des andern der für Holstein aufgetretenen Gesandten Vortrag zu erstatten, ohne den weiteren Inhalt jener Anträge, bezüglich der aus Anlass des Thronwechsels im Königreiche Dänemark vom Bunde zu wahren Rechte und der darnach zu ergreifenden Massnahmen in den Kreis seiner Erwägungen zu ziehen. Zu einer gründlichen Prüfung so umfangreicher schwieriger Fragen ist aber unverkennbar ein etwas längerer Zeitraum erforderlich, und es entsteht daher die Frage, wie es inzwischen mit der Führung der holstein-lauenburgischen Stimme in der Bundesversammlung zu halten sei. ¶ Die Majorität des Ausschusses erachtet es daher für ihre Pflicht, über diese Frage sofort sich gutachtlich zu äussern und eine Entschliessung der hohen Bundesversammlung zu veranlassen, um so mehr, als dadurch gewissermassen die geschäftliche Thätigkeit der Versammlung selbst bedingt erscheint, weil diese eben so wenig in gültiger Weise stattfinden könnte, wenn ein als berechtigt anerkanntes Mitglied von der Theilnahme ausgeschlossen, als wenn ein unberechtigtes dazu beigezogen würde. ¶ Für diese Frage findet sich in den Bundesgrundgesetzen so wenig eine ausdrückliche Bestimmung, als in der Geschäftsordnung, und es ist auch ein eigentlicher Präcedenzfall nicht vorhanden, da jetzt zum erstenmale seit dem Bestehen des Bundes die Erbfolge in ein Bundesland bestritten erscheint. ¶ Gleichwohl ergibt sich die Beantwortung obiger Frage zweifellos sowohl aus der bisherigen geschäftlichen Uebung bezüglich neuer Vollmachten, als aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen. ¶ Ueber jede Vollmacht eines Bundestags-Gesandten sowohl bei seiner ersten Ernennung als bei deren Erneuerung im Falle eines Regierungswechsels hat die Bundesversammlung einen besonderen die Anerkennung in sich schliessenden Beschluss gefasst, und durch diesen Beschluss war die Zulassung und Wirksamkeit des Gesandten in der Versammlung bedingt. Wenn also einem Beschlusse auf Anerkennung Hindernisse entgegenstehen, so schliessen sie von selbst auch diese Zulassung und Wirksamkeit aus. ¶ Für die holsteinische Stimme haben sich zwei Gesandte mit Vollmachten angemeldet, weil sich zwei Erbprätendenten für das Herzogthum Holstein gegenüberstehen. Wollte nun die hohe Bundesversammlung den einen dieser beiden Gesandten in ihrer Mitte zulassen, bevor dieselbe sich über die aus Anlass des Bestrittenseins der Erbfolge an sie herantretenden weiteren gewichtigen Fragen schlüssig gemacht hat, so würde sie unverkennbar nicht blos dieser Entschliessung präjudiciren, sondern auch die Gültigkeit aller ihrer Verhandlungen und Beschlüsse, an welchen dieser von ihr provisorisch zugelassene Gesandte Theil genommen hätte, in Frage stellen. Diese Gültigkeit würde mit Grund zu bestreiten sein, wenn später der Vollmachtgeber dieses Gesandten sich nicht als der rechtmässige Regierungsnachfolger in dem Herzogthume Holstein ergäbe. Es ist also ebenso eine Forderung der unparteiischen Gerechtigkeit gegen die Erbprätendenten für das Herzogthum Holstein als der Rücksichtnahme auf die Gültigkeit ihrer eigenen Verhandlungen und Beschlüsse, wenn die hohe Bundesversammlung vorerst keinen der beiden mit Vollmachten angemeldeten Gesandten zulässt und die Führung der Stimme für Holstein suspendirt, bis sie sich darüber schlüssig machen kann, welche Vollmacht sie als gültig anerkennen kann. ¶ In Bezug auf das Herzogthum Lauenburg steht zwar zur Zeit Seiner Majestät dem Kö~~nig~~

No. 1055.  
Deutscher  
Bund,  
28. Nov.  
1863.

No. 1035.  
Deutscher  
Bund,  
28. Nov.  
1863.

Dänemark kein bestimmter Prätendent gegenüber, und es ist auch nur ein Gesandter mit Vollmacht angemeldet. Aber die Erbberechtigung des Königs ist im Schoosse der Bundesversammlung durch bestimmte Anträge bestritten, und es wird daher auch hier aus wesentlich gleichem Grunde wie bezüglich Holsteins die Anerkennung der Vollmacht und somit auch die Zulassung des Gesandten schon deshalb ausgesetzt bleiben müssen, weil sonst in gleicher Weise die Gültigkeit aller unter seiner Theilnahme gepflogenen Verhandlungen und gefassten Beschlüsse gefährdet würde. ¶ Es tritt hier aber als ganz entscheidend noch der Umstand hinzu, dass eine besondere lauenburgische Stimme in der Bundesversammlung gar nicht existirt. In Artikel IV und VI der Bundesacte ist nur für Holstein eine Stimmberechtigung festgesetzt, und als in der ersten Sitzung der Bundesversammlung von 5. November 1816 (Prot. §. 3) Seine Majestät der König von Dänemark erklären liess, dass er den grössten Theil des Herzogthums Sachsen-Lauenburg und dessen herzoglichen Titel erworben, und mit diesem Lande dem Deutschen Bunde sich anzuschliessen beschlossen habe, fügte der königliche Gesandte bei, dass er auch für Sachsen-Lauenburg bevollmächtigt sei, und stellte das Ersuchen, ihn nicht allein in dieser Eigenschaft anzuerkennen, sondern auch hierfür die von ihm zu führende Stimme als für Holstein und Sachsen-Lauenburg abgegeben zu betrachten, und solche die holsteinische und sachsen-lauenburgische zu benennen. Diesem Ersuchen wurde entsprochen, und dem gemäss bisher gehandelt. Es ergiebt sich hieraus die Unmöglichkeit, bei Suspendirung der holsteinischen Stimme eine Stimmführung für Lauenburg zuzulassen. ¶ Aus diesen Erwägungen stellt die Majorität des Ausschusses den Antrag:

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen:

- 1) die Führung der holstein-lauenburgischen Stimme in der Bundesversammlung sei zur Zeit zu suspendiren;
- 2) hiervon sei sowohl dem bisherigen königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten als dem Herrn Geheimen Rath von Mohl Mittheilung zu machen.

Die aus den Gesandten von Oesterreich und Preussen bestehende Minorität des Ausschusses konnte sich diesem Antrage nicht anschliessen.

#### Umfrage.

Oesterreich und Preussen. Die Stellung der kaiserlich-österreichischen und der königlich-preussischen Regierung ist durch den Vertrag bedingt, welchen beide in Gemeinschaft mit Frankreich, Grossbritannien, Russland und Schweden am 8. Mai 1852 in London mit der Krone Dänemark abgeschlossen haben, nachdem die Vorbedingungen desselben durch Verhandlungen mit Dänemark im Laufe der Jahre 1851/52 festgestellt worden waren. Beide allerhöchsten Regierungen fassen die Gesammtheit dieser Verabredungen als ein untrennbares Ganzes auf, welches durch den Londoner Vertrag seinen Abschluss erhalten hat. Nachdem der Fall, welchen dieser Vertrag im Auge hatte, nunmehr eingetreten ist, sind beide allerhöchsten Regierungen zur Ausführung des



Vertrags bereit, wenn die Krone Dänemark ihrerseits die vorgängigen Verabredungen ausführt, deren Verwirklichung eine Voraussetzung der Unterzeichnung des Londoner Vertrags durch Oesterreich und Preussen bildete. ¶ Die Succession in Lauenburg steht dem König Christian IX. nach Ansicht beider allerhöchsten Regierungen auch dann zu, wenn der Londoner Vertrag hinfällig wird, nachdem der nächstberechtigte Erbe weiland Königs Friedrich VII., der Prinz Friedrich von Hessen, seine Rechte auf König Christian IX. übertragen hat. Die Zulassung des vom Könige von Dänemark für Lauenburg ernannten Gesandten in dem Masse, wie die Vertreter der einzelnen Bestandtheile stimmberechtigter Curien zur Theilnahme an den Sitzungen berechtigt sind, erscheint daher nicht anfechtbar. Für Einräumung des auf der Gesamtcurie Holstein und Lauenburg ruhenden Stimmrechtes aber vermögen beide allerhöchsten Regierungen nur dann zu votiren, wenn der König Christian IX. diejenigen Zusagen erfüllt, im Vertrauen auf welche beide Mächte den Londoner Vertrag, welcher ihnen gegenüber den Successionstitel des Königs in Holstein bildet, angenommen haben.

No. 1035.  
Deutscher  
Bund,  
28. Nov.  
1863.

**Baiern:** stimmt dem Ausschussantrage zu.

**Königreich Sachsen:** desgleichen.

**Hannover.** Der Gesandte ist instruiert, für Suspendirung der holstein-lauenburgischen Stimme bis nach vollendeter Prüfung der Legitimationsfrage zu stimmen.

**Württemberg:** tritt dem Ausschussantrage bei.

**Baden.** Die grossherzogliche Regierung hegt keinen Zweifel über die Successionsberechtigung des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein. Somit kann sie in erster Reihe nur für die Anerkennung desselben auch von Seiten der hohen Bundesversammlung stimmen und für die Legitimationserklärung des von demselben vorläufig ernannten Bundestags-Gesandten. Sollte diese Auffassung jedoch die Mehrheit nicht erlangen, so schliesst sie sich eventuell dem vom Ausschusse gestellten Antrage auf vorläufige, wie sie hofft nur eine kürzeste Zeit dauernde, Suspension der Stimme für Holstein-Lauenburg an.

**Kurhessen und**

**Grossherzogthum Hessen:** treten dem Antrage des Ausschusses bei.

**Niederlande wegen Luxemburg und Limburg.** Der Gesandte würde gewünscht haben, durch Anberaumung eines, wenn auch nur kurzen Termins zur Abstimmung in den Stand gesetzt worden zu sein, sich die Instructionen seiner allerhöchsten Regierung über den vorliegenden Majoritätsantrag zu erbitten. Er muss sich daher auch bis nach Eingang derselben eine definitive Erklärung vorbehalten.

**Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser.** Die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen treten dem Antrage des Ausschusses bei, beziehen sich jedoch auf ihre in der Sitzung vom 21 d. M. gestellten Anträge, welche ihrem ganzen Inhalte nach aufrecht erhalten werden. Was die Motivirung des Antrages betrifft, so hat der Gesandte weitere Erklärung vorzubehalten.

No. 1035.  
Deutscher  
Bund.  
28. Nov.  
1863.

**Braunschweig und Nassau.** Der Gesandte stimmt für die Curie dem Ausschussantrage zu. ¶ Für Braunschweig hat derselbe hierbei noch weiter zu erklären, dass die herzogliche Regierung die Erbfolge des bisherigen Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg für begründet erachte.

**Mecklenburg - Schwerin und Mecklenburg - Strelitz.** Der Gesandte stimmt dem Ausschussantrage zu.

**Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg.** Der Gesandte kann für die Curie dem Antrage beipflichten, hat sich dabei jedoch für Oldenburg und Anhalt auf seine bereits vorliegenden Protestationen und Verwahrungen zurückzubeziehen.

**Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg.** Für die Curie ist der Gesandte ohne Instruction, für Reuss älterer Linie tritt er dem Ausschussantrage bei, desgleichen für Reuss jüngerer Linie, für letzteres jedoch unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die in der Sitzung vom 21. d. M. abgegebene Erklärung, durch welche sich die fürstliche Regierung den Anträgen der Regierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg angeschlossen hat. ¶ Für Waldeck hat der Gesandte zu erklären, dass die fürstliche Regierung Seine Hoheit den Herzog Friedrich als successionsberechtigt anerkenne, folglich auch für Legitimation des von demselben bestellten Bundestags-Gesandten sei. Eventuell stimmt sie für die vorläufige Suspension der zehnten Stimme in hoher Bundesversammlung bis zu einer Entscheidung des Bundes über das Erbfolgerecht.

**Freie Städte.** Der Gesandte tritt dem Ausschussantrage bei.

Hierauf erfolgte der Beschluss:

1) die Führung der holstein-lauenburgischen Stimme in der Bundesversammlung zur Zeit zu suspendiren;

2) hiervon sowohl dem bisherigen königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten als dem Herrn Geheimen Rath von Mohl Mittheilung zu machen.

(§. 267.) **Verzeichniss der Eingaben.**

Die Eingabe Num. 32 (eingegangen am 28. und datirt Frankfurt a. M., den 26. November 1863) Dr. von Guaita, Advocat dahier, überreicht als Bevollmächtigter von erwählten Abgeordneten und Stellvertretern zur holsteinischen Ständeversammlung weitere Eingabe derselben aus Hamburg vom 24. November 1863, mit Bitte um Sicherstellung der Rechte der Herzogthümer und des Deutschen Bundes selbst, — wurde dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

## No. 1036.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Vierzigste Sitzung vom 7. December 1863.

(§. 298.) Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

Oesterreich und Preussen. Die Gesandten sind beauftragt, Namens ihrer allerhöchsten Regierungen bei der gegenwärtigen Lage der holsteinischen Angelegenheit den nachstehenden dringenden Antrag zu stellen:

No. 1036.  
Deutscher  
Bund,  
7. Dec.  
1863.

Hohe Bundesversammlung wolle, in Erwägung

1) dass die in Ziffer III des Bundesbeschlusses vom 1. October d. J. binnen drei Wochen erforderte Folgeleistung und Anzeige darüber nicht erfolgt ist ;  
2) dass durch die Ausführung der ins Auge gefassten Massregeln den vom Deutschen Bunde innerhalb seiner Competenz zu fassenden Entschliessungen über die von mehreren Regierungen gestellten Anträge in der Erbfolgefrage nicht präjudicirt wird ;

3) dass die im Artikel X der Bundes-Executionsordnung vorgesehene Gefahr im Verzuge als vorhanden erachtet werden muss,  
beschliessen :

- 1) die in Ziffer IV des Beschlusses vom 1. October vorgesehene Anforderung zum sofortigen Vollzuge der beschlossenen Massregeln nunmehr an die Regierungen von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hannover zu richten ;
- 2) die genannten Regierungen hiervon durch ihre Herren Gesandten in Kenntniss zu setzen und denselben die geeignete Eröffnung an die königlich-dänische Regierung, sowie die Ausführung jener Massregeln nach Massgabe der inzwischen von ihnen getroffenen militärischen Verabredungen anheimzugeben ;
- 3) die vereinigten Ausschüsse zu veranlassen, die in Bezug auf die Instruction der Civilcommissäre und die Aufbringung der erforderlichen Geldmittel nöthigen Anträge unverweilt zu stellen.

Präsidium schlägt vor, der grossen Dringlichkeit wegen die Abstimmung über den vorliegenden Antrag sofort vorzunehmen.

Oesterreich und Preussen: treten dem Präsidialvorschlage bei.

Baiern. Der Gesandte beantragt, dass dieser Antrag an die vereinigten Ausschüsse überwiesen werde mit dem Auftrage, morgen Vortrag zu erstatten, über welchen sodann am Donnerstag abzustimmen wäre. Hieraus würde der Vortheil entstehen, dass alle Regierungen den Wortlaut des so eben von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen gestellten Antrages kennen lernten, und dass auch die abweichende Ansicht, welche im Ausschusse in der Minorität geblieben ist, durch die Vortragserstattung zur allgemeinen Kenntniss gelangte. Dadurch würde einestheils klar gestellt, durch welche Meinungsverschiedenheiten die Erstattung eines Vortrages der Ausschüsse bisher aufgehalten worden ist, und andernteils sämmtlichen Regierungen die Möglich-

No. 1036.  
Deutscher  
Band,  
7. Dec.  
1863.

keit gewährt, nächsten Donnerstag mit vollständiger Kenntniss der Sachlage abzustimmen.

**Oesterreich und Preussen.** Die Gesandten müssen bemerken, dass der wesentliche Inhalt des von ihnen gestellten Antrages von ihren allerhöchsten Regierungen durch übereinstimmende Mittheilungen zur Kenntniss aller Bundesregierungen gebracht worden ist.

**Königreich Sachsen.** Der Gesandte muss sich für sofortige Abstimmung aussprechen.

**Hannover.** Zuzolge der ihm ertheilten Weisungen hält sich der Gesandte verpflichtet, für die sofortige Abstimmung über den österreichisch-preussischen Antrag zu stimmen.

**Württemberg und**

**Baden:** schliessen sich dem Antrage des königlich-baierischen Herrn Gesandten an.

**Kurhessen.** Der Gesandte erklärt sich für sofortige Abstimmung.

**Grossherzogthum Hessen.** Der Gesandte würde es zwar vorgezogen haben, wenn in dieser wichtigen Angelegenheit die Anträge der einzelnen Regierungen nicht ohne Begutachtung des Ausschusses geblieben wären; mit Rücksicht auf die besondere Dringlichkeit einer endlichen Beschlussfassung, wodurch ein längeres Abwarten eines Ausschussvortrages bedenklich erscheint, glaubt aber der Gesandte sich für eine sofortige Abstimmung aussprechen zu sollen.

**Niederlande wegen Luxemburg und Limburg.** Der Gesandte ist mit Instructionen nicht versehen und sieht sich daher nicht in der Lage, sofort abzustimmen.

**Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser.** Der Gesandte erklärt sich gegen sofortige Abstimmung und eventuell für die Verweisung an die vereinigten Ausschüsse.

**Braunschweig und Nassau.** Der Gesandte schliesst sich dem Antrage des königlich-baierischen Herrn Gesandten an.

**Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.** Da der Gesandte mit Instruction über den von Oesterreich und Preussen so eben eingebrachten wichtigen Antrag nicht versehen ist, so stimmt derselbe gegen die sofortige Abstimmung und für die Aussetzung dieser bis zur nächsten Sitzung. ¶ Für den Antrag des königlich-baierischen Herrn Gesandten auf Verweisung des österreichisch-preussischen Antrages an den Ausschuss vermag derselbe um deswillen sich nicht auszusprechen, weil er von einer Behandlung des Antrages im Ausschusse den bestehenden Verhältnissen nach kein entsprechendes Resultat erwartet.

**Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg.** Der Gesandte konnte nach seinen Instructionen sofort abstimmen, muss aber doch vorziehen, sich dem Antrage des königlich-baierischen Herrn Gesandten auf Verweisung an die vereinigten Ausschüsse anzuschliessen.

**Liechtenstein, Reuss, Schaumburg - Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg, sowie**

Freie Städte; erklären sich für sofortige Abstimmung.

Der königlich - baierische Herr Gesandte sprach sich, nachdem für den seinerseits gestellten Antrag sich nicht Mehrheit der Stimmen ergeben hatte, in Uebereinstimmung mit dem Präsidialvorschlage für sofortige Abstimmung über den österreichisch-preussischen Antrag aus, welche hierauf erfolgte.

No. 1098.  
Deutscher  
Bund,  
7. Dec.  
1863.

Oesterreich. Der Gesandte bezieht sich auf den so eben gestellten Antrag.

Preussen: desgleichen.

Baiern. Die königliche Regierung war sofort, nachdem die Erklärung der königlich-dänischen Regierung vom 29. October d. J. zu ihrer Kenntniss gekommen war, der Ueberzeugung, dass diese dem Bundesbeschlusse vom 1. October d. J. nicht Genüge leiste, und dass deshalb das eingeleitete Executionsverfahren ungesäumt vollzogen werden müsse. Bevor jedoch die hierauf gerichteten Anträge zum Beschlusse erhoben werden konnten, erfolgte der Tod Seiner Majestät Friedrich VII., Königs von Dänemark, Herzogs von Schleswig-Holstein und Lauenburg. Hierdurch ist die Sachlage vollständig verändert. Die Succession in die genannten Herzogthümer ist streitig geworden, wie dies hohe Bundesversammlung selbst durch ihren Beschluss vom 28. November d. J. bezüglich der beiden zum Bunde gehörigen Herzogthümer Holstein und Lauenburg anerkannt hat. ¶ Die königliche Regierung hält zwar auch jetzt noch die sofortige Besetzung dieser beiden Herzogthümer für nothwendig. Diese kann sich aber nicht mehr ausschliesslich auf die Gesichtspunkte des Beschlusses vom 1. October d. J. stützen, sie muss vielmehr nun auf den Schutz aller derjenigen Rechte gerichtet sein, zu deren Wahrung der Bund unter den jetzigen, durch den Beschluss vom 28. November d. J. anerkannten Verhältnissen eben so berechtigt als verpflichtet ist. ¶ Dieser Aufgabe kann durch den einfachen Vorbehalt der Erbfolgefrage nach der Ansicht der königlichen Regierung nicht genügt werden, am wenigsten wenn dieser Vorbehalt so gefasst ist, wie in dem so eben vernommenen Antrage der höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen. ¶ Die königliche Regierung sieht sich daher ausser Stande, diesem Antrage ihre Zustimmung zu geben, und muss vielmehr darauf antragen, hohe Bundesversammlung wolle heute beschliessen;

- 1) die zum Zwecke der Execution früherer Bundesbeschlüsse bereits durch den Beschluss vom 1. October d. J. in Aussicht genommenen Massregeln seien nun zum Schutze aller Rechte, deren Wahrung dem Deutschen Bunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen obliegt, sofort in Vollzug zu setzen;
- 2) an die königlichen Regierungen von Sachsen und Hannover sei das Ersuchen zu richten, dass sie unverzüglich ihre Truppen in die Herzogthümer Holstein und Lauenburg einrücken und die Verwaltung dieser Länder durch die von ihnen bereits ernannten Civilcommissäre im Namen des Bundes ergreifen und nach der noch zu ertheilenden Instruction führen lassen;
- 3) die höchsten Regierungen von Oesterreich, Preussen und Hannover

No. 1036.  
Deutscher  
Band.  
7. Dec.  
1863.

seien zu ersuchen, dass sie die nöthigen Reservetruppen in der verabredeten Weise sofort bereit stellen;

- 4) die höchsten Regierungen von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hannover seien zu ersuchen, dass sie der königlich-dänischen Regierung von diesem Beschlusse Mittheilung machen und dieselbe auffordern, ihre Truppen aus den Herzogthümern Holstein und Lauenburg zurückzuziehen.

**Königreich Sachsen.** Der Antrag, wie ihn die Majorität der Ausschüsse schliesslich formulirt hatte, ergab zwar im Ausdrücke eine bedeutende Abschwächung des von der königlichen Regierung gestellten Antrags, gleichwohl hat dieselbe, besage telegraphischer Instruction, nicht angestanden, dazu, behufs grösserer Beschleunigung der Hauptsache, ihre Zustimmung zu ertheilen, indem sie eine Wahrung ihres Standpunktes immerhin darin erblicken und zugleich den beiden Grossmächten die Möglichkeit des Einverständnisses damit geboten zu sehen hoffen durfte. Noch weiter zu gehen und für die einfache Ausführung der Execution auf den Grund der früheren Bundesbeschlüsse sich auszusprechen, verbietet ihr, ganz abgesehen von den Erklärungen, welche sie ihren Kammern gegenüber abgegeben hat, eine gewissenhafte und pflichtmässige Erwägung der Verantwortlichkeit, die sie mit ihrer Abstimmung zu übernehmen im Begriffe steht. ¶ Ein Beschluss, der nach dem österreichisch-preussischen Antrage gezogen würde, hätte, selbst wenn er die Regelung der Successionsfrage dem Bunde vorbehält und selbst wenn damit die Verwahrung verbunden wird, dass die gegen den factischen Besitzer verhängte Execution nicht eine Anerkennung des rechtlichen Besitzes in sich schliesse, dennoch den Erfolg, dass die Verfassungsfrage mit dem factischen Besitzer zu regeln versucht würde. Es ergibt sich hieraus die weitere Folge, dass in dem Falle eines Eingehens des factischen Besitzers auf die an ihn gestellten Forderungen, welche überdies, soweit sie in den vorausgegangenen Bundesbeschlüssen ausgesprochen worden sind, nur einen Theil der deutscherseits zu erhebenden Ansprüche berücksichtigen, der factische Besitzer einen, wenn auch nicht rechtlichen, doch um so mehr moralischen Titel erwirbt, in dem Besitze geschützt zu werden. Auf solche Weise kann es nicht anders kommen, als dass entweder dem Bunde im Voraus die freie Entscheidung in der Successionsfrage entzogen wird, oder dass der Bund ein Verfahren beschreitet, welches unter Umständen ihm den begründeten Vorwurf nicht loyaler Handlungsweise zuziehen und damit die Gerechtigkeit seiner Sache nur im höchsten Grade gefährden kann. ¶ Die sächsische Regierung vermag daher nur dem Antrage der Ausschüsse wie er gegenwärtig lautet, nämlich:

„Die zum Zwecke der Execution früherer Bundesbeschlüsse bereits durch den Beschluss vom 1. October d. J. in Aussicht genommenen Massregeln seien nun zum Schutze aller Rechte, deren Wahrung dem Deutschen Bunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen obliegt, sofort in Vollzug zu setzen,“

nicht aber dem Antrage von Oesterreich und Preussen beizustimmen. Selbstverständlich wird sie sich einem Majoritätsbeschlusse unter allen Umständen auch

in so fern unterwerfen, als es sich darnach um Verwendung der diesseitigen Truppen handelt.

No. 1036.  
Deutscher  
Band,  
7. Dec.  
1863.

**Hannover.** Da der österreichisch-preussische Antrag einen Vorbehalt in Bezug auf die Erbfolgefrage enthält und der königlichen Regierung an möglichst raschem Vollzuge der in Aussicht genommenen Massregeln gelegen ist, so ist der Gesandte angewiesen, für den österreichisch-preussischen Antrag zu stimmen.

**Württemberg.** Der Gesandte ist mit speciellen Instructionen hinsichtlich des vorliegenden Antrages von Oesterreich und Preussen nicht versehen, kann aber nach seiner Kenntniss von den Anschauungen der königlichen Regierung diesem Antrage nicht beipflichten, in so fern derselbe darauf gerichtet zu sein scheint, lediglich die Befriedigung derjenigen Ansprüche im Executionswege zu bewirken, welche dem Deutschen Bunde bis zum Ableben des Königs und Herzogs Friedrich VII. zustanden und er bis dahin geltend gemacht hatte. ¶ Die Bundesversammlung hat, indem sie die Führung der holstein-lauenburgischen Stimme suspendirte, bereits anerkannt, dass die Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg streitig ist, die königlich-dänische Regierung geht aber in diesen Herzogthümern factisch in einer Weise vor, die auch im Hinblick auf die Rechte der Herzogthümer als unbeeinträchtigt bezeichnet werden muss. Aus dieser Sachlage erwachsen dem Bunde Rechte und Pflichten zur Sicherung der rechtmässigen Erbfolge, sowie aller Rechte der Herzogthümer überhaupt und zum Schutze der Bevölkerungen gegen das Vorgehen der königlich-dänischen Regierung, welchem nur durch Besetzung der Herzogthümer Seitens des Bundes zur Geltendmachung aller Rechte genügt werden kann, deren Wahrung dem Bunde unter den obwaltenden Verhältnissen obliegt, wogegen die rechtliche Zulässigkeit des am 9. Juli d. J. beschlossenen Executionsverfahrens den gewichtigsten Bedenken unterliegt. ¶ Der Gesandte hat in der Erklärung des königlich-bairischen Herrn Gesandten den Standpunkt seiner allerhöchsten Regierung erkannt und tritt dessen Antrage bei.

**Baden.** Der grossherzogliche Gesandte war von seiner allerhöchsten Regierung beauftragt, in Betreff der holsteinischen Angelegenheit vor Berathung und Beschlussfassung in hoher Bundesversammlung eine Erklärung abzugeben. Durch den Gang der heutigen Verhandlung von der Vorbringung abgehalten und zur Abstimmung aufgefordert, beehrt er sich, den Inhalt dieser Erklärung seinem Votum als Begründung vorzuschicken. ¶ Die grossherzogliche Regierung ist der Ansicht, dass es durch die Natur und Lage der rechtlichen und factischen Verhältnisse geboten wäre, in der schwebenden Verhandlung über die Bundesländer Holstein und Lauenburg und deren Rechte zuerst über die Frage schlüssig zu werden, ob dem bisherigen Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, welcher nunmehr den dänischen Thron als König Christian IX. bestiegen hat, bei dem evidenten Mangel einer Berechtigung durch angebornes Erbrecht oder durch Landesrecht aus der Londoner Uebereinkunft von 1852 ein Besitztitel auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg zugestanden werden kann. ¶ Die grossherzogliche Regierung wird zu dieser Auffassung vornehmlich durch folgende Erwägungen geleitet:

- 1) Die Anerkennung oder Nichtanerkennung des dormaligen Königs

6. von Dänemark in den Herzogthümern ist vorläufig der wichtigste der in Rücksicht kommenden Punkte, gegen welchen alle übrigen an praktischer unmittelbarer Bedeutung zurückstehen. ¶ Die Lösung dieses Punktes bringt Klarheit sowohl in die Beantwortung der Frage, welche verschiedenen Rechte zu wahren dem Deutschen Bunde obliegt, als welche Mittel derselbe zu deren Schutze und Geltendmachung zu ergreifen hat, und verhindert, dass nicht Massregeln ergriffen werden, welche eine Präjudicirung seines Rechtes enthalten könnten. ¶ Insbesondere würde jeder aussergewöhnliche Aufwand für militärische Bundesleistungen als überflüssig sich nicht rechtfertigen können und der Bevölkerung der Herzogthümer jeder Nothstand erspart werden müssen, wenn die hohe Bundesversammlung zu einer Bejahung der Frage, ob dem dermaligen Könige Christian IX. von Dänemark aus der Londoner Uebereinkunft von 1852 ein Rechtsanspruch auf die Thronfolge in den Herzogthümern erwachsen sei, gelangen könnte. Denn in solchem Falle dürfte die dänische Regierung durch die gegen den Bundeswiderspruch gesicherte Fortdauer im Besitze der deutschen Herzogthümer nicht unschwer sich zu gütlicher und billiger Feststellung der Verfassungsangelegenheit bereit finden lassen.

2) Ohne die Bereinigung der Erbfolgefrage überhaupt und zunächst ohne diejenige des Besitztitels des dermaligen Königs Christian IX. ist eine befriedigende Ordnung der Landes- und Verfassungsrechte der deutschen Herzogthümer unmöglich und deren schliessliche Ordnung ist jedenfalls davon völlig unzertrennbar, so dass von ihr absehende Proceduren am Bunde eines bestimmten und bestimmaren praktischen Zieles und Erfolges entbehren müssen. Erst nach Beantwortung dieser Frage wird sich auch die Möglichkeit ergeben, in den Herzogthümern einen Zustand herzustellen, in welchem ein Zusammenwirken der berechtigten Factoren, des erbberechtigten Successors und der Stände des Landes, das künftige Geschick desselben befriedigend gestalten kann. ¶ Nach dem Urtheile der grossherzoglichen Regierung wird die angegebene dringendste, unvermeidliche Frage gegen die Berechtigung des Königs von Dänemark Christian IX. ausfallen müssen. ¶ Die Ansprüche desselben auf die Succession in den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg stützen sich, wie schon angedeutet, auf eine von sieben europäischen Regierungen am 8. Mai 1852 zu London aus politischen Zweckmässigkeitsrücksichten getroffene Uebereinkunft. Die grossherzogliche Regierung erkennt in dieser Uebereinkunft keinen Act, welcher für sie selbst oder den Deutschen Bund in seiner Gesammtheit, noch für die nicht zugezogenen betreffenden Agnaten und Landestheile irgendwelche rechtliche und bindende Bedeutung hätte; sie ist überzeugt, dass dieselbe in den Augen der Unterzeichner selbst für Dritte diese Bedeutung nicht haben kann. Indem sie aber von derselben als von einer geschichtlichen Thatsache Kenntniss erhalten hat, ist sie zugleich der Ueberzeugung, dass diese Uebereinkunft auf unerfüllte und nunmehr unerfüllbar gewordene Voraussetzungen gegründet war, und dass es deshalb sogar fraglich sein wird, ob dieselbe in dem Königreiche Dänemark dauernd unangefochtene Geltung erwarten kann. ¶ Durch die Vorlage der zu London verabredeten Erbfolgeordnung zur Bestätigung durch den dänischen Reichstag hat die dänische Regierung seiner Zeit selbst eine Bethäti-



gung gegeben, dass jene Uebereinkunft an sich unvollständig und unverbindlich im eigenen Lande sei. Nichts hinderte sie, den schleswigschen, holsteinischen und lauenburgischen Ständen (abgesehen von den Rechten der Agnaten der königlich-herzoglichen Familie) eine gleiche Vorlage zu machen. Ohne die Befugnisse dieser Körperschaften aus früheren Gesetzen und andere Rechtspunkte zu erörtern, sei bemerkt, wie die im Jahre 1851/52 von der königlich-herzoglichen Regierung dem Deutschen Bunde gegenüber übernommenen Pflichten und die den Herzogthümern dadurch noch zugewachsenen Rechte forderten, dass die Stellung dieser Herzogthümer innerhalb der damaligen dänischen Monarchie eine mit dem eigentlichen Königreiche Dänemark gleichberechtigte sein sollte, dass ihnen also ein so wichtiges Recht, wie die Entscheidung über Aenderungen in der Thronfolgeordnung, nicht vorenthalten werden durfte, sobald es jenem Königreiche eingeräumt werde, — um so mehr, als die beabsichtigte Abweichung von der bestehenden Ordnung für sie eine weit grössere, bedeutungsvollere war. ¶ Die grossherzogliche Regierung hat keinen Anstand genommen, in der von ihr in der Bundestagsitzung vom 28. v. M. gegebenen Abstimmung ihr Urtheil über die Successionsfrage in den deutschen Herzogthümern niederzulegen. Sie erkennt allein die Ansprüche des bisherigen Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als begründet und zu Recht bestehend an. Sie sieht die Begründung dieser Ansprüche in dem agnativen Verwandtschaftsverhältnisse desselben zu dem heimgegangenen König-Herzoge Friedrich VII. und in der ursprünglichen, durch nachfolgende Thatsachen und Gesetze bestätigten Erbfolgeordnung der Herzogthümer Schleswig und Holstein, wie in den diesen Ländern zustehenden Verfassungsrechten. ¶ Alle die Rechtsgrundlagen sind durch die Londoner Uebereinkunft unberührt geblieben. ¶ Nach den obigen Erwägungen muss die grossherzogliche Regierung um so mehr die Rechtsverbindlichkeit derselben für den Deutschen Bund bestreiten, und sie lehnt daher wiederholt und ausdrücklich deren Anerkennung, sowie jede Einwirkung derselben auf die künftige Ordnung der schwebenden Frage ab. ¶ Ja, sie ist bei dem gegebenen Anlasse gehalten, nicht bloß gegen diesen einzelnen Act, sondern gegen das in demselben befolgte Princip öffentliche Verwahrung einzulegen, gegen die An- und Absicht nämlich, dass einzelnen europäischen Regierungen eine Entscheidung über die bestehenden und selbst zweifelhaften Erbfolgeverhältnisse und die damit unzertrennlich verbundenen Souveränitäts-, Verfassungs- und Volksrechte eines deutschen Bundes- oder eines andern Staates, ohne Zuziehung und Zustimmung der davon betroffenen Berechtigten und der ihnen treu anhängenden Bevölkerungen, zustehen solle. Solchen Versuchen gegenüber würde die grossherzogliche Regierung da, wo in der That alle sonstigen rechtlich und thatsächlich vorgeschriebenen Wege zur Lösung bezüglicher Differenzen erschöpft worden sind, unbedenklich vorziehen, wenn der in anderen Staaten Europa's zur Geltung gebrachte Grundsatz einer Bestätigung oder Modification des innern Staatsrechtes durch eine allgemeine Kundgebung des Volkswillens ebenfalls als ein Factor der Entscheidung anerkannt würde. ¶ Steht nun dem Könige Christian IX. kein gültiger Anspruch zur Seite, und giebt die hohe Bundesversammlung, wie die gross-

No. 1036.  
Deutscher  
Bund,  
7. Dec.  
1863.

No. 1036.  
Deutscher  
Bund,  
7. Dec.  
1863.

herzogliche Regierung zuversichtlich hofft, dieser Ansicht Ausdruck, so ist der einzige Weg, welcher dem Rechte und der Würde des Deutschen Bundes entspricht, den König Christian IX. und die in seinem Namen und Auftrage in den Bundesländern befindlichen Truppentheile ungesäumt aufzufordern, diese Länder in kürzester Frist zu verlassen, sich aller Regierungshandlungen in denselben und über ihre Angehörigen zu enthalten, anderenfalls nach Artikel 39 der Wiener Schlussacte gegen denselben zu verfahren. ¶ Die grossherzogliche Regierung ist unter diesen Verhältnissen ausser Stande, im gegenwärtigen Stadium Vorschlägen zuzustimmen, welche sich auf die Bundes-Executionsordnung stützen, weil sie in der Vollziehung derselben ein gegenüber Deutschland, gegenüber den Herzogthümern und gegenüber ihrem eigenen Lande ungerichtfertigtes Verfahren erblickt. ¶ Die grossherzogliche Regierung erklärt sich indess andererseits dafür, dass sie jederzeit bereit ist, ihrer bundesgetreuen und patriotischen Gesinnung gemäss auf jeden Beschluss hoher Bundesversammlung hin, welcher nicht geradezu die nach ihrer Ansicht unveräusserlichen Rechte der Herzogthümer und ihres legitimen Fürsten gefährdet, an etwaigen militärischen Massregeln opferfreudig Theil zu nehmen. Sie stellt demnach schon jetzt ihre Kräfte zur Verfügung und ist gewillt, in Erwartung ernsterer Verwickelungen, unverzüglich Sorge zu tragen, dass ihr Bundescontingent in Kriegsbereitschaft gestellt werde, um sich in kürzester Frist in Bewegung setzen zu können. ¶ Im Falle ihre Ansicht über die Behandlung der Angelegenheit sich mit der Entschliessung des Bundes begegnet, wird sie es sogar verantworten können, auch über das Mass ihrer Bundespflichten hinaus, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln in eine active Mitwirkung zur Vertheidigung der heiligsten Interessen des Vaterlandes einzutreten, und sie rechnet dafür mit Zuversicht auf die Zustimmung ihrer Landesvertretung, wie auf die freudige Bereitwilligkeit ihres Volkes. ¶ Aus den im Vorstehenden niedergelegten Erwägungen vormag sich der grossherzogliche Gesandte dem von den allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen gestellten Antrage nicht anzuschliessen. Er müsste in der vorgeschlagenen Form der militärischen Handlung als einem Vorgehen auf Grund der Executionsordnung und zur angeblichen Vollstreckung früherer und unter wesentlich anderen Verhältnissen gefasster Bundesbeschlüsse eine beengende und falsche Grundlage weiteren Verfahrens und eine Gefährdung von Rechten des Bundes und der betreffenden Bundesländer Holstein und Lauenburg erblicken. ¶ Dagegen hält sich der grossherzogliche Gesandte für ermächtigt, zu erklären, dass seine allerhöchste Regierung sich solchen Anträgen anzuschliessen nicht ansteht, welche — wenn sie auch nicht in vollem Masse dem Standpunkte derselben entsprechen — einerseits die auch von ihr für uncrlässlich gehaltene factische Besetzung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg erzielen, andererseits einer rechtmässigen Entscheidung über wohlbegründete Ansprüche des Bundes, wie dieser Bundesländer nicht vorgreifen, und insbesondere dem Rechte des nach Ansicht der grossherzoglichen Regierung zur Nachfolge in denselben berufenen Herzogs Friedrich nichts vergeben. ¶ Hiernach schliesst sich der grossherzogliche Gesandte der Abstimmung des königlich-baierischen Herrn Gesandten an; die jedoch nur unter der ausdrück-

lichen Voraussetzung, dass in allen wegen der Bundesländer Holstein und Lauenburg ergriffenen militärischen Massregeln nur die Einleitung von Schritten zur Abwehr unberechtigter Fremdherrschaft und zum Schutze der Sicherheit und Selbständigkeit jener Länder beabsichtigt sei.

No. 1036.  
Deutscher  
Bund,  
7. Dec.  
1863.

**Kurhessen.** Der Gesandte stimmt für den österreichisch-preussischen Antrag unter dem Vorbehalte, dass der Erbfolgefrage in keiner Weise präjudicirt werde.

**Grossherzogthum Hessen.** Der Gesandte stimmt in erster Linie für die in der vorigen Sitzung Seitens seiner allerhöchsten Regierung gestellten Anträge, mit denen die in der soeben vernommenen Abstimmung der königlich-bairischen Herrn Gesandten enthaltenen Anträge nahezu übereinstimmen. Für den Fall, dass diese Anträge keine Majorität erlangen sollten, hält der Gesandte sich übrigens für ermächtigt, zur Förderung einer Beschlussfassung auch dem vorliegenden Antrage von Oesterreich und Preussen zuzustimmen, wobei er jedoch Namens der grossherzoglichen Regierung dahin Verwahrung einzulegen hat, dass aus dieser Zustimmung zur Ausführung von Massregeln, welche ursprünglich zum Zweck der Execution beschlossen waren, in keiner Weise eine Anerkennung der Fortdauer der früheren Personalunion zwischen dem Königreich Dänemark und den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg gefolgert werden könne. ¶ Zugleich hat der Gesandte an diese eventuelle Abstimmung noch die folgenden Bemerkungen zu knüpfen. ¶ Die grossherzogliche Regierung hat bei ihrem in der vorigen Sitzung eingebrachten Antrage, „die zum Zwecke der Execution früherer Beschlüsse bereits in Aussicht genommenen Massregeln nunmehr zum Schutze aller Rechte und Interessen, deren Wahrung dem Deutschen Bunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen obliege, sofort in Vollzug zu setzen“ — namentlich auch die in Bezug auf Schleswig bestehenden Rechte und Interessen Deutschlands im Auge gehabt. Da nun aber die von Oesterreich und Preussen gestellten Anträge lediglich auf den sofortigen Vollzug der durch den Bundesbeschluss vom 1. October in Aussicht genommenen Massregeln in dem damals beabsichtigten Umfange hinzielen, wonach diese Massregeln auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg beschränkt bleiben würden, so sieht der Gesandte sich veranlasst, der grossherzoglichen Regierung die Stellung weiterer bestimmter Anträge in der oben angedeuteten Richtung ausdrücklich vorzubehalten. ¶ Ferner hat die grossherzogliche Regierung in der vorigen Sitzung den Antrag gestellt, „an die königlich-dänische Regierung in geeignetem Wege die Aufforderung ergehen zu lassen, alle dänischen Truppen aus den Herzogthümern Holstein und Lauenburg zurückzuziehen und das holstein-lauenburgische Bundescontingent dem Deutschen Bunde bis auf Weiteres innerhalb des Bundesgebietes zur Verfügung zu stellen.“ Auch dieser Punkt wird durch die Anträge Oesterreichs und Preussens nicht berührt und der Gesandte kann daher nicht umhin, die Bedeutung des von der grossherzoglichen Regierung empfohlenen Schrittes bei dieser Gelegenheit nochmals ausdrücklich hervorzuheben. Nach Ansicht der grossherzoglichen Regierung ist ganz analog mit der bereits erledigten Frage der ferneren Zulassung des bisherigen Bundestags-Gesandten für Holstein und Lauenburg zu den Bundestags-Sitzungen die weitere Frage: ob

No. 1026.  
Deutscher  
Bund,  
7. Dec.  
1863.

der Deutsche Bund zulassen kann, dass Seine Majestät der jetzt regierende König von Dänemark, so lange er vom Deutschen Bunde als Herzog von Holstein und Lauenburg nicht anerkannt ist, dennoch Regierungshandlungen in diesen Herzogthümern ausübe und insbesondere den Befehl über die Bundescontingente dieser beiden Staaten behalte? Die Verneinung dieser letzteren Frage erscheint daher der grossherzoglichen Regierung als eine nothwendige Consequenz des in der letzten Sitzung bezüglich der holstein-lauenburgischen Stimmführung gefassten Bundesbeschlusses. Dass ein auswärtiger Souverain, dessen Eigenschaft als Mitglied des Deutschen Bundes von der Bundesversammlung nicht anerkannt, vielmehr durch den erwähnten Bundesbeschluss geradezu in Frage gestellt ist, dennoch das Commando über einen Theil des Deutschen Bundesheeres noch in Händen hat, erscheint hiernach der grossherzoglichen Regierung als ein so anomaler Zustand, dass sie dessen möglichst rasche Beseitigung für eine dringliche Aufgabe des Deutschen Bundes erachten muss.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte befindet sich ohne Instruction über den österreichisch-preussischen Antrag und muss sich das Protokoll offen halten. Was den zunächst von Baiern gemachten Vorschlag einer militärischen Occupation und Sequestration der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betrifft, so ist der Gesandte angewiesen, sich dagegen zu erklären.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen schliessen sich in erster Linie den in der Abstimmung Baierns gestellten Anträgen an, treten jedoch in zweiter Linie eventuell auch dem Antrage von Oesterreich und Preussen bei, indem sie es als sich von selbst verstehend voraussetzen, dass der in Gemässheit desselben zu fassende Beschluss nicht als eine Anerkennung Seiner Majestät des Königs Christian von Dänemark als Herzog von Holstein und Lauenburg aufgefasst werden könne. Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha insonderheit betrachten die militärische Besetzung des Herzogthums Holstein lediglich als eine Seiner Hoheit dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein gewährte bundesmässige Hilfe. ¶ Dabei hat der Gesandte den höchsten Regierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach und Sachsen-Meiningen etwaige besondere Erklärungen vorzubehalten und, was das Herzogthum Lauenburg betrifft, sich im Voraus auf den Namens der Regierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha in das heutige Protokoll niederzulegenden Antrag zu beziehen.

Braunschweig und Nassau. Der Gesandte ist angewiesen, gegen den Antrag von Oesterreich und Preussen zu stimmen. ¶ Derselbe hat zugleich Namens der stimmführenden herzoglich-braunschweigischen Regierung zur Motivirung der Abstimmung weiter zu erklären, wie die herzogliche Regierung an der Ueberzeugung festhalten muss, dass schon die einfache Thatsache einer gegen den König von Dänemark, in der Art, wie sie von der kaiserlich-österreichischen und der königlich-preussischen Regierung bezieht wird, gerichteten Bundesexecution die Anerkennung desselben als Herzog von Holstein in sich schliessen würde, indem die Ausführung einer Bundesexecution nur gegen ein Bundesglied als solches sich als rechtlich möglich darstellt. ¶ Es kommt hinzu, dass der

Zweck dieser Massregel ist, eine Erfüllung von Zusagen zu erzwingen, welche nur unter der Voraussetzung gefordert werden kann, dass vorgängig die Anerkennung des Königs von Dänemark als Herzog von Holstein erfolgt sei. ¶ Auf den Grund dieser Sachlage glaubt die herzogliche Regierung dafür halten zu müssen, dass es nicht thunlich sei, bei einer Zustimmung zu dem Antrage der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen die Auffassung der herzoglichen Regierung in der Successionsfrage durch Vorbehalte wirksam zu wahren. ¶ Im Uebrigen hält sich der Gesandte für ermächtigt, den in heutiger Sitzung von dem königlich-baierischen Herrn Gesandten gemachten Ausführungen beizutreten.

No. 1036.  
Deutscher  
Bund,  
7. Dec.  
1863.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesandte befindet sich allerdings ohne Instruction über den von Oesterreich und Preussen gestellten Antrag, hätte daher gewünscht, dass ihm durch Aussetzung der Abstimmung Gelegenheit gegeben wäre, solche noch einzuholen. ¶ Da aber eine Abgabe aller Stimmen in der heutigen Sitzung dringend wünschenswerth erscheint, und der Gesandte auf Grund der neuesten von seinen höchsten Regierungen bezüglich der Verhandlungen der Ausschüsse über dieselbe Angelegenheit ihm zugekommenen Weisungen glaubt annehmen zu dürfen, dass die grossherzoglichen Regierungen sich der Zustimmung zu dem vorliegenden Antrage nicht entziehen werden, so sieht sich derselbe im Hinblick auf solche Sachlage veranlasst, sich zustimmend zu erklären.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Zu dem Antrage von Oesterreich und Preussen, die holsteinische Angelegenheit betreffend, ist der Gesandte in der Lage, wie folgt sich auszusprechen:

Anhalt, in Betracht dass darin nicht das Verlangen eines Verzichtleistens an die Bundesgenossen auf ihre eigenen Auffassungen der obschwebenden Fragen liegen solle, stimmt dem Antrage bei, vorbehaltlich seiner agnatischen Ansprüche auf Lauenburg und unbeschadet insbesondere der Successionsfrage in Schleswig und Holstein.

Schwarzburg-Sondershausen tritt dem Antrage auf sofortige Ausführung der einfachen Execution bei, jedoch unter ausdrücklicher Wahrung der Freiheit fernerer Abstimmung und ohne jedes Präjudiz für die Entscheidung der streitigen Successions- und anderen Fragen.

Schwarzburg-Rudolstadt stimmt mit Oesterreich und Preussen. Hierdurch ist innerhalb der 15. Stimme die Majorität gegeben.

Für Oldenburg hingegen kann der Gesandte dem Antrage nicht zustimmen, da er vielmehr angewiesen worden ist, für den im königlich-bairischen und im königlich-sächsischen Votum angeführten Ausschussantrag zu stimmen, jedoch auch dies immer nur in der Voraussetzung, dass hohe Bundesversammlung durch die Annahme desselben die bisher festgehaltene Basis der Vereinbarungen von 1851 und 1852 verlassen wolle. Der Gesandte muss sich unter diesen Umständen im Allgemeinen auf die betreffenden früheren Anträge und Erklärungen Oldenburgs zurückbeziehen und der grossherzoglichen Regierung anderweite Erklärungen, eventuell besondere Anträge ausdrücklich vorbehalten.

Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Wal-

No. 1036.  
Deutscher  
Bund,  
7. Dec.  
1863.

deck und Hessen-Homburg. Der Gesandte stimmt dem Antrage Oesterreichs und Preussens zu, in der ausdrücklichen Voraussetzung, dass durch die Ausführung der ins Auge gefassten Massregeln den vom Deutschen Bunde innerhalb seiner Competenz zu fassenden Entschliessungen über die von mehreren Regierungen gestellten Anträge bezüglich der Erbfolgefrage in die Herzogthümer in keiner Weise präjudicirt wird und werden soll; und davon ausgehend, dass das Bundes-Executionsverfahren und die durch die Sachlage erforderlichen Massregeln und Massnahmen durch die Anerkennung eines der Erbprätendenten bundesgrundgesetzlich auch nicht bedingt ist.

Reuss jüngerer Linie und Waldeck stimmen wie Baiern.

Freie Städte. Der Gesandte hat nach den ihm gewordenen Instructionen Namens der Curie der freien Städte für Vollstreckung der von Oesterreich und Preussen beantragten Executionsmassregeln mit Vorbehalt der Entscheidung über die vorliegende Erbfolgefrage zu stimmen.

Für Bremen behält der Gesandte zu etwaiger Abgabe einer besonderen Erklärung das Protokoll offen.

Die Bundesversammlung hat hiernach, in Erwägung:

1) dass die in Ziffer III des Bundesbeschlusses vom 1. October d. J. binnen drei Wochen erforderliche Folgeleistung und Anzeige darüber nicht erfolgt ist;

2) dass durch die Ausführung der ins Auge gefassten Massregeln den vom Deutschen Bunde innerhalb seiner Competenz zu fassenden Entschliessungen über die von mehreren Regierungen gestellten Anträge in der Erbfolgefrage nicht präjudicirt wird;

3) dass die in Artikel X der Bundes-Executionsordnung vorgesehene Gefahr im Verzuge als vorhanden erachtet werden muss,

beschlossen:

1) die in Ziffer IV des Beschlusses vom 1. October vorgesehene Anforderung zum sofortigen Vollzug der beschlossenen Massregeln nunmehr an die Regierungen von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hannover zu richten;

2) die genannten Regierungen hiervon durch ihre Herren Gesandten in Kenntniss zu setzen und denselben die geeignete Eröffnung an die königlich-dänische Regierung, sowie die Ausführung jener Massregeln nach Massgabe der inzwischen von ihnen getroffenen militärischen Verabredungen anheimzugeben;

3) die vereinigten Ausschüsse zu veranlassen, die in Bezug auf die Instruction der Civilcommissäre und die Aufbringung der erforderlichen Geldmittel nöthigen Anträge unverweilt zu stellen.

(§. 291.) Erbfolgerecht auf das Herzogthum Lauenburg.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser für Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha. Indem die grossherzoglich-sächsische Regierung und die herzoglichen Regierungen von Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha die bereits in den letzten Jahrzehnten abgegebenen Erklärungen und Proteste zur Wahrung des Erbfolgerechts in das Herzogthum Lauenburg wiederholen, stellen

sie zugleich, mit veranlasst durch die neuesten Vorgänge und insonderheit durch mehrere in das Protokoll der 39. Sitzung vom 28. v. M. niedergelegte Aeusserungen, folgenden dringenden Antrag:

No. 1026.  
Deutscher  
Bund,  
7. Dec.  
1863.

In Erwägung, dass Seine Majestät der König Christian von Dänemark nicht mehr Mitglied des Deutschen Bundes ist, Allerhöchstdemselben auch rechtlich begründete Ansprüche auf das Herzogthum Lauenburg in keiner Weise zustehen, gleichwohl von Allerhöchstihm, öffentlichen Nachrichten gemäss, das gedachte Herzogthum fortwährend mit königlich-dänischen Truppen besetzt gehalten, jeder Beamte zur Ableistung des Huldigungseides angehalten und überhaupt die Regierungsgewalt auf gewaltsamem Wege ausgeübt wird, hiernach aber offenbar eine flagrante Rechtsverletzung des Deutschen Bundesgebietes vorhanden ist;

in Betracht, dass nach früheren Vorgängen, welche zur Kenntniss der hohen Bundesversammlung gebracht sind, von mehreren deutschen Fürsten, insbesondere auch von dem Sachsen-Ernestinischen Gesammthause Ansprüche auf die Succession in das Herzogthum Lauenburg erhoben worden, worüber seiner Zeit nach Artikel XI der deutschen Bundesacte und Artikel XXI der Wiener Schlussacte weiter zu verfahren, äusserstenfalls eine richterliche Entscheidung durch eine wohlgeordnete Austrägalinstanz zu betreiben ist;

endlich nach Einsichtnahme des Artikels II der deutschen Bundesacte und des Artikels I der Wiener Schlussacte, wonach unter anderen die Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Bundesstaaten Zweck des Bundes ist, der Artikel XXXVIII und XXXIX der Wiener Schlussacte, wonach bei der Bedrohung eines feindlichen Angriffes, noch mehr aber bei einem feindlichen Ueberfalle die dort näher bezeichneten Massregeln ungesäumt zu treffen sind, sowie da nach Artikel XI ebendasselbst die Mitglieder des Deutschen Bundes versprochen haben, jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, da nach Artikel XXXI und XXXV der Wiener Schlussacte die Bundesversammlung nicht blos das Recht, sondern auch die Verbindlichkeit hat, für die Vollziehung der Bundesacte und der übrigen Grundgesetze des Bundes zu sorgen und vollen Rechtsschutz zu gewähren, nicht blos durch die Rücksicht auf das Herzogthum Lauenburg, sondern auch durch die Rücksicht auf die die Succession in Anspruch nehmenden deutschen Fürsten, geboten ist,

protestiren die Regierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha sowohl gegen die Thronbesteigung Seiner Majestät des Königs Christian IX. von Dänemark als auch des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, bei welchen überdies auch direct diese Protestation erhoben worden ist, hinsichtlich des Herzogthums Lauenburg, sowie gegen die Succession der Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg in das Herzogthum Lauenburg und beantragen, unter Vorbehalt weiterer Erklärung:

1) weder den König Christian IX. von Dänemark noch den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Lauenburg anzuerkennen, vielmehr

2) die Verwaltung des Herzogthums Lauenburg vorläufig Namens des

No. 1036. Deutscher Bund, 7. Dec. 1863. Deutschen Bundes ohne Verzug in militärischen Schutz und in Verwaltung zu nehmen, bis auf bundesverfassungsmässigem Wege entschieden ist, welchem der die Succession in Anspruch nehmenden Fürsten die Regierung übertragen werden kann ;

3) überhaupt die legitimen Successionsrechte deutscher Fürsten in das Herzogthum Lauenburg zu wahren und zu schützen und keine Beeinträchtigung in irgend einer Weise zuzulassen.

Präsidium schlägt vor, diesen Antrag dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zuzuweisen.

Sämmtliche Herren Gesandte erklärten sich mit diesem Vorschlage einverstanden, der Herr Gesandte der fünfzehnten Stimme mit dem Beifügen, dass er der herzoglich-anhaltischen Regierung jede Erklärung, etwaigen Gegenantrag oder was sonst verwahrend vorbehalte.

Hierauf wurde der Präsidialvorschlag zum Beschlusse erhoben.

(§. 292.) Verzeichniss der Eingaben.

Die Eingabe No. 34 (eingegangen am 1. December und datirt Frankfurt a. M., den 30. November 1863) Dr. von Guaita, Advocat dahier, überreicht als Bevollmächtigter der in Holstein ansässigen Mitglieder des Corps der schleswig-holsteinischen Prälaten und Ritterschaft eine Eingabe derselben, d. d. Kiel, den 27. November 1863, die Wahrung der Rechte ihres Vaterlandes betreffend, — wurden dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

## No. 1037.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Ein und vierzigste Sitzung vom 14. December 1863. —

No. 1037. Deutscher Bund, 14. Dec. 1863.

(§. 296.) Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

Hannover. Der Gesandte beehrt sich, der hohen Bundesversammlung in Vollzug ihres Beschlusses vom 7. d. M. anzuzeigen, dass sie nach Massgabe der zwischen den höchsten Regierungen von Oesterreich, Preussen, Königreich Sachsen und Hannover getroffenen militärischen Verabredungen für die Ausführung jenes Beschlusses von Hannover beizustellenden 6,000 Mann mit dem heutigen Tage marschfertig an der Elbe bereit stehen.

Diese Anzeige wurde den vereinigten Ausschüssen zugewiesen.

(§. 300.) Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser für Sachsen-Weimar-Eisenach und Sachsen-Meiningen. Der Gesandte hat die in der 40. Bundestags-Sitzung vom 7. d. M. (Prot. §. 288.) vorbehaltenen Erklärungen der Regierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach und Sachsen-Meiningen in Folgendem abzugeben.

Die grossherzoglich-sächsische Regierung sieht es als rechtlich zweifellos an, dass alle rechtlichen Beziehungen zwischen Seiner Maje-



stät dem König Christian IX. von Dänemark und den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg vollständig gelöst sind und dass der Bund ebenso verpflichtet ist, einen Gesandten des Königs in der Bundesversammlung nicht zuzulassen, als gegen die unrechtmässige Besitznahme von Bundesgebiet schleunigst einzuschreiten. Der Fall der Execution wird daher von ihr als nicht gegeben angesehen. Da indessen sich nicht verkennen lässt, dass es jetzt vor allen Dingen darauf ankommt, die widerrechtlich besetzten Bundesländer von Seiten des Bundes zu occupiren und die Occupation jedenfalls eine Besitzergreifung umschliesst, so ist die grossherzogliche Regierung in zweiter Linie auch dem Antrage von Oesterreich und Preussen beigetreten, verwahrt sich jedoch ausdrücklich dagegen, dass ihre Abstimmung in einem anderen als dem angegebenen Sinne aufgefasst werden könne.

No. 1037.  
Deutscher  
Bund,  
14. Dec.  
1863.

Die herzoglich-Sachsen-Meiningische Regierung tritt lediglich dem Antrage Baierns bei, indem sie von der Ueberzeugung ausgeht, dass der König von Dänemark unter keiner Bedingung von dem Deutschen Bunde als Herzog von Schleswig, Holstein und Lauenburg anerkannt werden kann, dass dagegen der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein, nicht aber als Herzog von Lauenburg anzuerkennen sei. Die Massregel der Execution stellt sich daher nach Ansicht der herzoglichen Regierung als ungeeignet, ja als unzulässig dar, weil eine solche nur gegen deutsche Fürsten erfolgen kann. Dagegen hält die herzogliche Regierung zur Sicherung der verschiedenen Successionsansprüche Occupation und Sequestration im Namen des Bundes bis zum rechtlichen Ausgange der Sache durch Vergleich oder austrägalgerichtliche Entscheidung für geboten.

Freie Städte für Bremen. Die bei der Abstimmung der 17. Curie über den österreichisch-preussischen Antrag auf Vollstreckung des Bundesbeschlusses vom 1. October d. J. in voriger Sitzung für Bremen vorbehaltene besondere Erklärung hat der Gesandte nunmehr dahin abzugeben: Bremen betrachtet es bei der gegenwärtigen Lage der holsteinischen Angelegenheit als die Aufgabe des Bundes, nicht blos für Beseitigung der Rechtsverletzungen, welche den Gegenstand der früheren Bundesbeschlüsse bilden, sondern mit Rücksicht auf die durch das Ableben des Königs-Herzogs Friedrich VII. veränderte Sachlage auch für Sicherstellung der in deren Folge gefährdeten sonstigen Rechte des Bundes und der ihm angehörigen Herzogthümer zu sorgen. Demgemäss vermag Bremen mit der Fassung des österreichisch-preussischen Antrages sich nicht einverstanden zu erklären und würde den vorgeschlagenen Massregeln eventuell nur unter der Voraussetzung zustimmen können, dass die vollständige Wahrung aller jetzt in Frage stehenden Rechte des Bundes als Zweck dieser Massregeln sichergestellt würde.

---

## No. 1038.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Zwei und vierzigste Sitzung vom 22. December 1863. — (§. 303.) Notification des Bundesbeschlusses vom 7. December an die königl. dänische Regierung. —

No. 1038.  
Deutscher  
Bund,  
22. Dec.  
1863.

Oesterreich, Preussen, Königreich Sachsen und Hannover. Die Gesandten haben die Ehre, im Namen ihrer höchsten Regierungen der hohen Bundesversammlung anzuzeigen, dass in Gemässheit der in der Ziffer 2 des Bundesbeschlusses vom 7. d. M. enthaltenen Bestimmung von den betreffenden Herren Ministern des Aeussern, und zwar von dem kaiserlich-königlich-österreichischen Herrn Minister Grafen Rechberg, dem königlich-preussischen Ministerpräsidenten Herrn von Bismarck, dem königlich-sächsischen Herrn Staatsminister Freiherrn von Beust und dem königlich-hannöverischen Herrn Minister Grafen Platen, an den königlich-dänischen Conseilspräsidenten Herrn Hall gleichlautende Schreiben gerichtet und von dem kaiserlich-königlich-österreichischen Gesandten Freiherrn von Brenner und dem königlich-preussischen Gesandten Herrn von Balan am 15. d. M. in Copenhagen übergeben worden sind. ¶ Der Wortlaut dieser Schreiben ist folgender:

„Der unterzeichnete etc. beehrt sich, Seine Excellenz den etc. davon ergebenst in Kenntniss zu setzen, dass die hohe deutsche Bundesversammlung in Verfolg ihres Beschlusses vom 1. October d. J. am 7. December nachstehenden Beschluss gefasst hat:

- 1) die in Ziffer IV des Beschlusses vom 1. October vorgesehene Aufforderung zum sofortigen Vollzug der beschlossenen Massregeln nunmehr an die Regierungen von Oesterreich, Preussen, Königreich Sachsen und Hannover zu richten;
- 2) die genannten Regierungen hiervon durch ihre Herren Gesandten in Kenntniss zu setzen und denselben die geeignete Eröffnung an die königlich-dänische Regierung, sowie die Ausführung jener Massregeln nach Massgabe der inzwischen von ihnen getroffenen militärischen Verabredungen anheimzugeben.

Es wird demgemäss nun die Uebernahme der Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg durch die bestellten Civilcommissäre des Deutschen Bundes, welchen die erforderlichen Bundesstruppen beigegeben sind, stattfinden. ¶ Mit der ergebensten Benachrichtigung hiervon hat der Unterzeichnete die Aufforderung zu verbinden, dass die sämmtlichen in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg stehenden königlich-dänischen Truppen von dem deutschen Bundesgebiete zurückgezogen werden und es wird die Erwartung ausgesprochen, dass dies binnen sieben Tagen von der Uebergabe gegenwärtiger Mittheilung an geschehe. ¶ Der Unterzeichnete benutzt, etc. etc.“

Diese Anzeige wurde den vereinigten Ausschüssen zugewiesen.

## No. 1039.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Drei und vierzigste Sitzung vom 23. December 1863. — (§. 309.) Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg. —

Baiern. Auch nach dem Bundesbeschlusse vom 7. l. M. hält die königliche Regierung an dem Standpunkte fest, dass der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 bezüglich der Successionsordnung in der dänischen Gesamtmonarchie für den Bund keine Geltung habe, und dass daher nach dem Ableben des Königs Friedrich VII. von Dänemark die Fortsetzung des unterm 1. October d. J. beschlossenen Executionsverfahrens möglicherweise nur dann noch Platz greifen konnte, nachdem die streitige Frage der Erbfolge in den deutschen Herzogthümern entschieden worden war. ¶ Wie die königliche Regierung bereits im December 1852 in Folge der an sie ergangenen Einladung zum Beitritte den Paciscenten jenes Vertrages erklärt hat, hält dieselbe sich auch jetzt nicht für berufen, ihrerseits der dem Bunde obliegenden Entscheidung über die Erbfolgefrage vorzugreifen, obwohl sie die Ansprüche des Prinzen Friedrich von Augustenburg auf die Erbfolge in Holstein für rechtlich begründet erachtet und bereit ist, mit allen Kräften für den Schutz aller Rechte einzustehen, deren Wahrung dem Deutschen Bunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen obliegt. ¶ Wie sich daher die königliche Regierung in dieser Beziehung ihrer Stellung im Bunde wohl bewusst ist, so hält sie sich auch für verpflichtet, ihrerseits darauf hinzuwirken, dass nunmehr die Frage der Erbfolge in den deutschen Herzogthümern unverweilt vom Bunde geprüft und entschieden werde, da, wie bereits angedeutet, von der Lösung dieser Frage nicht bloß die Führung der suspendirten Stimme für Holstein-Lauenburg abhängt, sondern sich erst nach deren Entscheidung bestimmen lassen wird, welche verschiedene Rechte hier zu wahren dem Bunde obliegt, und welche Mittel derselbe zu dem Schutze und der Geltendmachung dieser Rechte zu ergreifen hat? ¶ Aus dieser Erwägung stellt die königliche Regierung den Antrag:

Hohe Bundesversammlung wolle den Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit beauftragen, ohne weiteren Verzug die Frage der Erbfolge in den deutschen Herzogthümern eingehend zu prüfen und mit der Dringlichkeit dieser Angelegenheit entsprechenden möglichsten Beschleunigung das Ergebniss dieser Prüfung der Bundesversammlung vorzutragen.

Die Bundesversammlung entschied sich mit Mehrheit der Stimmen dafür, die Abstimmung über den vorstehenden Antrag, welchem sich der königlich-sächsische Herr Gesandte, erhaltenem Auftrage zufolge, angeschlossen hatte, sofort vorzunehmen.

## Umfrage.

Oesterreich. Der Gesandte ist zwar mit Instruction in Betreff des von der königlich-baiarischen Regierung gestellten Antrages nicht versehen, nimmt aber keinen Anstand, dafür zu stimmen, dass derselbe an den in der hol-

No. 1039.  
Deutscher  
Bund,  
23. Dec.  
1863.

No. 1039.  
Deutscher  
Bund,  
23. Dec.  
1863.

stein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit niedergesetzten Ausschuss verwiesen werde, damit dieser sich hierdurch veranlasst finde, die Vortragerstattung über die ihm in den Sitzungen vom 21. und 28. November zugewiesenen Anträge, soviel als es mit einer eingehenden Prüfung der Erbfolgefrage vereinbarlich und irgend thunlich ist, zu beschleunigen. Im Uebrigen bezieht sich der Gesandte auf die in Gemeinschaft mit dem königlich-preussischen Herrn Gesandten in der Sitzung vom 28. v. M. abgegebene Abstimmung, sowie auf den in der Sitzung vom 7. d. M. von Oesterreich und Preussen gestellten und zum Beschlusse erhobenen Antrag, und behält seiner allerhöchsten Regierung etwaige Erklärung vor.

Preussen. Der Gesandte glaubt, unter Bezugnahme auf die Bezeichnung des Standpunktes seiner allerhöchsten Regierung in der Sache durch das in Gemeinschaft mit dem kaiserlich-österreichischen Herrn Gesandten in der 39. Bundestags-Sitzung vom 28. v. M. abgegebene Votum und den in der 40. Bundestags-Sitzung vom 7. d. M. zum Bundesbeschlusse erhobenen Antrag, sich nur dahin aussprechen zu können, dass der vorliegende Antrag des königlich-baierischen Herrn Gesandten an den Bundestags-Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit überwiesen werden möge, behufs thunlichster Beschleunigung seines Vortrages über die demselben bereits vorliegenden Anträge.

Baiern. Der Gesandte bezieht sich auf den gestellten Antrag.

Königreich Sachsen: desgleichen.

Hannover,

Württemberg,

Baden,

Kurhessen und

Grossherzogthum Hessen: treten dem Antrage bei.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte stimmt wie Oesterreich und Preussen für die Verweisung des Antrages an den Ausschuss behufs thunlichster Beschleunigung seiner Vortragerstattung.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Der Gesandte tritt dem Antrage bei, indem er es als sich von selbst verstehend betrachtet, dass der Ausschuss seine Erwägungen auch auf den von den höchsten Regierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha, §. 291 des Protokolls der 40. Sitzung vom 7. d. M., gestellten Antrag und insonderheit auf die in demselben angeregte Frage erstrecken werde, ob äusserstenfalls die Entscheidung über die verschiedenen Ansprüche auf die Erbfolge in das Herzogthum Lauenburg einer wohlgeordneten Austrägalinstanz zu überlassen sei.

Zugleich behält der Gesandte den einzelnen höchsten Regierungen der Curie etwaige besondere Erklärungen vor.

Braunschweig und Nassau. Der Gesandte tritt dem Antrage gleichfalls bei.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Der substituirte Gesandte stimmt wie Oesterreich und Preussen für die Verweisung

des Antrages an den Ausschuss behufs thunlichster Beschleunigung seines Vortrages über die demselben bereits vorliegenden Anträge.

No. 1039.  
Deutscher  
Bund,  
23. Dec.  
1863.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der Gesandte stimmt dem Antrage zu, indem er dabei der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung eine etwaige weitere Bemerkung vorbehält.

Die sechszehnte und die siebenzehnte Stimme traten dem Antrage bei.

Hierauf folgte in Uebereinstimmung mit dem Antrage der königlich-baierischen Regierung der Beschluss:

den Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zu beauftragen, ohne weiteren Verzug die Frage der Erbfolge in den deutschen Herzogthümern eingehend zu prüfen und mit der der Dringlichkeit dieser Angelegenheit entsprechenden möglichsten Beschleunigung das Ergebniss dieser Prüfung der Bundesversammlung vorzutragen.

## No. 1040.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Vier und vierzigste Sitzung vom 28. December 1863. —

(§. 311.) Wahrung der dem Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte.

Oesterreich und Preussen. Bereits durch ihren Beschluss vom 9. Juli d. J. hat die hohe Bundesversammlung constatirt, dass die königlich-dänische Regierung der von ihr eingegangenen Verpflichtung, das Herzogthum Schleswig weder dem eigentlichen Königreiche Dänemark zu incorporiren, noch irgend welche dies bezweckende Schritte zu unternehmen, durch die Bekanntmachung vom 30. März d. J. entgegengehandelt habe. Für den Fall, dass Dänemark bei dieser Rechtsverletzung beharrte, hat die Bundesversammlung sich vorbehalten, alle geeigneten Mittel zur Geltendmachung der dem Bunde in Bezug auf Schleswig durch ein völkerrechtliches Abkommen erworbenen Rechte in Anwendung zu bringen. ¶ Der Hof von Kopenhagen hat nun zwar die erwähnte Verordnung ausser Kraft gesetzt. Allein es ist dies erst geschehen, nachdem dieselbe ihren Zweck erreicht hatte, und für Dänemark und Schleswig ein neues Grundgesetz erlassen worden war, welches virtuell einer Einverleibung des Herzogthums in das Königreich vollkommen gleichkommt. Dieses Grundgesetz \*) hat ungeachtet der dringenden Abmahnungen der deutschen Mächte am 18. November d. J. die königliche Sanction erhalten, ein demselben entsprechendes Wahlgesetz ist soeben in Schleswig verkündet worden, und der 1. Januar 1864 ist als Termin für den Eintritt der Wirksamkeit der neuen Verfassung bestimmt. ¶ Nach der Ansicht der allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen nöthigt die königlich-dänische Regierung durch dieses rechtswidrige Verfahren den Deutschen Bund, sich in Gemässheit des erwähnten

No. 1040.  
Deutscher  
Bund,  
28. Dec.  
1863.

\*) No. 1032.

No. 1040. Vorbehaltes der ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu bedienen, um den  
 Deutscher Bund, 26. Dec. 1863. Rechten, die ihm gegenüber der Krone Dänemark auch in Bezug auf Schleswig,  
 somit auf internationalem Gebiete zustehen, die gebührende Genugthuung zu  
 sichern. ¶ Oesterreich und Preussen stellen sonach den Antrag:

Hohe Bundesversammlung wolle an die königlich-dänische Regierung die Aufforderung richten, das Grundgesetz vom 18. November d. J. bezüglich des Herzogthums Schleswig nicht in Vollzug zu setzen, sondern dasselbe definitiv wieder aufzuheben, und sie wolle mit diesem Verlangen die Erklärung verbinden, dass im Falle der Weigerung der Deutsche Bund im Gefühle seines Rechtes und seiner Würde die erforderlichen Massregeln ergreifen müsste, um sich durch eine militärische Besetzung des Herzogthums Schleswig ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderungen zu verschaffen.

An der Wirkung des bereits gelegentlich des Bundesbeschlusses vom 7. December ausgesprochenen Vorbehaltes einer rechtlichen Prüfung der Erbfolgefrage würde selbstverständlich durch die Annahme des vorstehenden Antrages Nichts geändert werden. ¶ Die Gesandten von Oesterreich und Preussen haben schliesslich darauf anzutragen:

Hohe Bundesversammlung wolle den Militärausschuss beauftragen, unverweilt die erforderlichen Anordnungen zu dem Zwecke in Vorschlag zu bringen, damit die dem Bunde für die eventuelle Besetzung des Herzogthums Schleswig zur Verfügung zu stehenden Streitkräfte auf die nöthige Stärke gebracht werden.

Es wurde beschlossen:

diesen Antrag dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zuzuweisen.

(§. 314.) Wahrung der dem Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte.

Grossherzogthum Hessen. Mit Beziehung auf den in der Bundestags-Sitzung vom 7. 1. M. erklärten Vorbehalt, die Verhältnisse zu Schleswig betreffend, ist der Gesandte nunmehr beauftragt, den Antrag zu stellen:

die hohe Bundesversammlung wolle zum Schutze aller Rechte, deren Wahrung dem Deutschen Bunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch in Bezug auf das Herzogthum Schleswig obliegt, insbesondere zur Verhinderung der Einverleibung Schleswigs in das Königreich Dänemark und zur Sicherung aller verfassungsmässigen Beziehungen Holsteins zu Schleswig, die nöthigen Massregeln schleunigst ergreifen, namentlich die einstweilige Besetzung Schleswigs durch Bundestruppen bis zur Erledigung der jetzt schwebenden Fragen anordnen.

Zur Begründung dieses Antrages erlaubt sich der Gesandte Folgendes zu bemerken: Als königlich-dänischerseits die Bekanntmachung vom 30. März d. J., die Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein betreffend, erlassen wurde, war man in Deutschland wohl nirgends darüber im Zweifel, dass die hauptsächlichste Bedeutung und Tragweite dieser Bekanntmachung weniger in

ihrer Beziehung auf das Herzogthum Holstein, als vielmehr in ihrer Rückwirkung auf das Herzogthum Schleswig gesucht werden müsse. Der Bundesbeschluss vom 9. Juli d. J. hatte daher auch den ausdrücklich ausgesprochenen Zweck, die Rechte des Bundes nicht allein bezüglich Holsteins und Lauenburgs, sondern auch bezüglich Schleswigs zu wahren. ¶ Weiter sind in dem Vortrage der vereinigten Ausschüsse vom 19. September l. J. unter Ziffer V „wegen der internationalen Rechte des Bundes in Bezug auf das Herzogthum Schleswig alle Befugnisse und etwa nöthig erscheinenden Massregeln“ vorbehalten worden. Sicherlich hat die hohe Bundesversammlung den damals gestellten Ausschussanträgen unter dem 1. October l. J. nur in der Voraussetzung zugestimmt, dass es ihr unbenommen bleibe, auch bezüglich Schleswigs die erforderlichen Massregeln im geeigneten Zeitpunkte zu ergreifen. ¶ Dieser Zeitpunkt ist, nach Ansicht der grossherzoglich-hessischen Regierung, jetzt gekommen. ¶ In Folge des Ablebens Seiner Majestät des Königs Friedrich VII. von Dänemark ist die Fortdauer der Personalunion zwischen dem Königreich Dänemark und den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg in Frage gestellt. Die hohe Bundesversammlung hat dies selbst, was Holstein und Lauenburg angeht, durch den Beschluss vom 28. v. M., welcher die Stimmführung für diese beiden Staaten suspendirte, anerkannt. ¶ Die königlich-dänische Regierung hat sich jedoch beeilt, der Entscheidung jener Frage, welche auch in ihrer Beziehung auf Schleswig die Rechte Deutschlands nahe berührt, einstweilen im dänischen Interesse thatsächlich vorzugreifen. ¶ Die zwischen der königlich-dänischen Regierung und dem dänischen Reichsrathe vereinbarte neue Verfassung für Dänemark und Schleswig, wodurch die Incorporation dieses Herzogthums bezweckt wird, hat die Sanction Seiner Majestät des jetzt regierenden Königs von Dänemark erhalten und soll, neueren Nachrichten zufolge, in Schleswig bereits publicirt worden sein. ¶ Unter solchen Umständen kann die Zurücknahme der Bekanntmachung vom 30. März d. J., welche neuerdings ebenfalls gemeldet wird, selbstverständlich nicht als eine Erfüllung derjenigen Forderungen betrachtet werden, welche der Deutsche Bund auch hinsichtlich Schleswigs zu erheben berechtigt ist und deren Geltendmachung vorbehalten wurde. ¶ Ein Protest, wie solcher von Seiten der allerhöchsten Regierungen Oesterreichs und Preussens in der Bundestagssitzung vom 21. v. M. eingelegt worden ist, dürfte, dem thatsächlichen Vorgehen Dänemarks gegenüber, nicht mehr genügen. ¶ Auch die Massregeln, welche die hohe Bundesversammlung durch die Beschlüsse vom 1. October l. J. und vom 7. l. M. zum Zwecke der Bundesexecution in Holstein und Lauenburg angeordnet hat, werden, so lange sie auf das Bundesgebiet beschränkt bleiben, nicht ausreichen können, die Rechte Deutschlands in Bezug auf Schleswig zu schützen und insbesondere den auf die Incorporation Schleswigs gerichteten Schritten der königlich-dänischen Regierung einen so wirksamen und so schleunigen Widerstand entgegenzusetzen, als es die hier offenbar auf dem Verzuge haftende grosse Gefahr dringend gebietet. ¶ Vielmehr dürfte es zu diesem Zwecke unumgänglich nöthig sein, von der königlich-dänischen Regierung die alsbaldige Räumung Schleswigs zu fordern und zugleich die militärische Besetzung dieses Landes bis zur Entscheidung über die Erbfolgefrage

No. 1040.  
Deutscher  
Bund.  
28. Dec.  
1863.

No. 1040.  
Deutscher  
Bund,  
28. Dec.  
1863.

und eventuell bis zur völligen Sicherstellung aller hinsichtlich des Herzogthums Schleswig von Seiten des Bundes zu schützenden Rechte unverzüglich anzuordnen. ¶ Zu einer solchen Beschlussfassung erscheint der Deutsche Bund, nach Ansicht der grossherzoglichen Regierung, zweifellos berechtigt, gleichviel für welchen Standpunkt sich die hohe Bundesversammlung demnächst sowohl in der Erbfolgefrage als in der damit unzertrennlich verbundenen Verfassungsfrage entscheiden möge. ¶ Hinsichtlich der Successionsfrage hat die hohe Bundesversammlung bekanntlich den Rechtsboden, auf welchem sich ihre Beschlussfassung vom 17. September 1846 bewegte, nie verlassen. Diesen Rechtsboden wird sie daher auch bei der Prüfung der Erbfolgefrage festzuhalten haben. Gelangt sie dabei zu einem die Fortdauer der bisherigen Personalunion zwischen dem Königreiche Dänemark und den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg verneinenden Resultate, so verlieren dadurch die Vereinbarungen von 1851/52, auch soweit sie sich nur auf Verfassungsverhältnisse beziehen und durch den Bundesbeschluss vom 29. Juli 1852 gutgeheissen worden sind, ihre Voraussetzung und ihren Gegenstand. Es lebt somit diejenige Gemeinschaft der öffentlichen Rechtsverhältnisse zwischen Schleswig und Holstein wieder auf, welche vor den Vereinbarungen von 1851/52 und namentlich zur Zeit des Bundesbeschlusses vom 17. September 1846 in verfassungsmässiger, Seitens der Krone Dänemark selbst dem Deutschen Bunde gegenüber anerkannter Wirksamkeit bestanden hatte. Dann wird es aber auch in den Befugnissen des Deutschen Bundes (namentlich auf Grund des Artikels 37 der Wiener Schlussacte) ohne Zweifel liegen, das deutsche Bundesland Holstein in allen seinen rechtlich begründeten Beziehungen zu dem Herzogthum Schleswig zu schützen und die Ansprüche des als rechtmässig anerkannten Herzogs von Holstein auf die Succession in Schleswig wirksam zu unterstützen. Im Hinblick auf diese dem Deutschen Bunde voraussichtlich demnächst zufallende Aufgabe erscheint es gewiss gerechtfertigt, jetzt schon die nöthigen Massregeln zu ergreifen, um die Möglichkeit einer vollen Verwirklichung des Rechtes der Herzogthümer sicher zu stellen und dies wird unter den vorliegenden Umständen nicht anders, als durch schleunige militärische Besetzung Schleswigs möglich sein. Jedenfalls kann, wenn die Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogthümern als aufgehoben betrachtet wird, der Krone Dänemark kein Recht der Einsprache gegen die Besetzung Schleswigs durch Bundestruppen mehr zugestanden werden. Vielmehr könnte es in diesem Falle nur auf die Zustimmung des rechtmässigen Landesherrn und beziehungsweise der rechtmässigen Landesvertretung Schleswigs ankommen und von dieser Seite wird der Bund, wenn er zum Zwecke der Verhinderung der Incorporation Schleswigs, sowie behufs der Wiederherstellung der in den Landesrechten begründeten Verbindung Holsteins mit Schleswig einschreitet, wohl keines Widerspruches sich zu gewärtigen haben. — Sollte hingegen die Seitens der Bundesversammlung vorzunehmende Prüfung der Erbfolgefrage zu einem der Fortdauer der bisherigen Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogthümern günstigen Ergebnisse führen, — was übrigens die grossherzogliche Regierung so lange für rechtlich unmöglich halten muss, als der Nachweis nicht erbracht



ist, dass die Succession des jetzt regierenden Königs von Dänemark in die Regierung der Herzogthümer mit den Rechten Aller und Jeder, insbesondere aber mit denen des Deutschen Bundes, erbberechtigter Agnaten und der gesetzmässigen Landesvertretungen übereinstimme, — so würde gleichwohl der Deutsche Bund vollkommen berufen erscheinen, in Schleswig einzuschreiten. ¶ Denn es wäre in dem so eben unterstellten Falle des jetzt regierenden Königs von Dänemark Majestät auch bezüglich Schleswigs ganz in diejenigen Verbindlichkeiten eingetreten, welche sein Vorgänger dem Deutschen Bunde gegenüber übernommen hatte. Der Deutsche Bund aber hätte sich die Frage vorzulegen, ob er (in Folge des auch nach dem Thronwechsel fortgesetzten Bruches jener Verbindlichkeiten) sich nunmehr ebenfalls von den Verabredungen der Jahre 1851 und 1852 lossagen und zu dem Rechtsstandpunkte des Beschlusses vom 17. September 1846, beziehungsweise des Friedensvertrages vom 2. Juli 1850 zurückkehren oder ob er Dänemark zur Erfüllung der Zusagen von 1851/52 zwingen wolle. Dieselbe Frage lag bekanntlich auch zur Zeit des Bundesbeschlusses vom 9. Juli l. J. vor. Die grossherzogliche Regierung sprach sich schon damals im Princip für die Bejahung der ersten Alternative aus und die Ereignisse der Zwischenzeit haben wohl die Richtigkeit der Ansicht hinlänglich bestätigt, dass — die Fortdauer der Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogthümern vorausgesetzt — doch nicht auf dem Boden der Vereinbarungen von 1851/52, sondern nur auf dem Boden des historischen Rechtes der Herzogthümer, welches die Incorporation Schleswigs in Dänemark unbedingt ausschliesst und die Wiederherstellung der früheren engen Verbindung zwischen Holstein und Schleswig fordert, eine den Rechten und Interessen Deutschlands entsprechende definitive Erledigung des langjährigen Streites mit Dänemark gefunden werden könnte. ¶ Dürfte und wollte man aber endlich auch annehmen, der Deutsche Bund habe sogar jetzt noch das Ziel seines Vorgehens lediglich darin zu erblicken, dass die Krone Dänemark zur Erfüllung der Zusagen von 1851/52 auch hinsichtlich Schleswigs gezwungen werde, so würde selbst bei einer solchen Auffassung, welche die grossherzogliche Regierung nicht theilen kann und welche sie von ihrem Standpunkte aus als die den Rechten der Herzogthümer ungünstigste betrachten muss, die Befugniss des Bundes nicht bestritten werden können, die Incorporation Schleswigs in das Königreich Dänemark und jeden dahin zielenden Schritt der königlich-dänischen Regierung, als den Vereinbarungen von 1851/52 zuwiderlaufend, nöthigenfalls mit Waffengewalt zu verhindern. ¶ Gewiss lag es bei der Beschlussfassung vom 7. l. M. nicht in der Absicht dieser hohen Versammlung, durch die zur Wahrung der Rechte des Deutschen Bundes angeordneten Massregeln einen Zustand herbeizuführen, unter welchem eben jene Rechte und die wohlbegründeten Ansprüche Holsteins eben so tief leiden müssten, wie das berechnete Nationalgefühl des deutschen Volkes. Ein solcher Zustand aber würde (selbst abgesehen von dem Vollzuge des neuen Grundgesetzes für Dänemark und Schleswig) alsdann nothwendig eintreten, wenn die jetzige Action des Bundes auf Holstein und Lauenburg beschränkt, Schleswig dagegen, von Holstein voll-

No. 1040.  
Deutscher  
Bund,  
28. Dec.  
1863.

ständig getrennt, in dem Besitze Dänemarks und somit der Willkür des in Kopenhagen jeweilig herrschenden Systems wehrlos preisgegeben bliebe. ¶ Unmöglich kann diese hohe Versammlung gewollt haben, dass die deutschen Bundesstruppen an der holsteinischen Grenze Halt machen sollen, wenn Schleswig, wie es gerade nach der Besetzung Holsteins sicher zu erwarten ist, unter der Herrschaft Dänemarks einen verdoppelten Druck zu erdulden hat. ¶ Durch vorstehende Bemerkungen glaubt der Gesandte dargethan zu haben, dass, welcher Standpunkt auch bei Beurtheilung der schwebenden Fragen eingenommen werden möge, unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Einschreiten des Bundes in Schleswig dringend geboten und zugleich vollkommen gerechtfertigt erscheint. ¶ Der Gesandte darf deshalb wohl zum Schlusse der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck geben, dass die hohe Versammlung dem vorhin gestellten Antrage ihre Zustimmung demnächst nicht versagen werde.

Auf Präsidialvorschlag wurde beschlossen:

vorstehenden Antrag an den Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zu überweisen.

(§. 317.) Verzeichniss der Eingaben.

Die Eingabe No. 38 (eingegangen und datirt Frankfurt am Main, den 24. December 1863) Dr. von Guaita, Advocat dahier, überreicht als Bevollmächtigter von erwählten Abgeordneten und Stellvertretern zur holsteinischen Ständeversammlung eine dritte Eingabe derselben aus Hamburg vom 22. December 1863, mit Bitte um Anerkennung des Rechtes des Herzogs Friedrich VIII. auf die ihm angestammten Herzogthümer Schleswig und Holstein, — wurde dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

No. 1041.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Dritte Sitzung vom 11. Januar 1864. —

(§. 20.) Wahrung der dem Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte.

No. 1041.  
Deutscher  
Bund,  
11. Jan.  
1864.

Oesterreich und Preussen. Seit die Gesandten in der 44. Bundestags-Sitzung vom 28. December v. J. (Prot. §. 311) im Auftrage ihrer allerhöchsten Regierungen einen auf Geltendmachung der Rechte des Deutschen Bundes in Betreff Schlesiens gerichteten Antrag gestellt, ist mit dem Beginne des laufenden Jahres der Zeitpunkt gekommen, von dem an das neue Verfassungsgesetz ins Leben treten soll, welches, mit Verletzung jener Rechte, Schleswig dem eigentlichen Königreiche Dänemark incorporirt. ¶ Die königlich-dänische Regierung hat keinen Schritt gethan, um solche Rechtsverletzung abzuwenden. ¶ Die Gesandten sind deshalb von ihren allerhöchsten Regierungen angewiesen worden, jenen Antrag hierdurch mit der Massgabe, dass die königlich-dänische Regierung zur Zurücknahme der Novemberverfassung binnen kürzester Frist aufzufordern

sei, angelegentlichst zu erneuen, und zu befürworten, dass dessen Erhebung zum Beschlusse hoher Bundesversammlung in der heutigen oder in einer für diesen Zweck anzuberaumenden weiteren, jedoch ganz nahen Sitzung erfolgen möge. ¶ Bei der grossen Dringlichkeit der Gründe, welche für die unverweilte Geltendmachung der Schleswig betreffenden Rechte des Deutschen Bundes sprechen, und da die beiden allerhöchsten Regierungen durch ihre Gesandtschaften sich gleich nach Stellung des Antrages vom 28. December v. J. bereits unmittelbar gegen ihre deutschen Verbündeten übereinstimmend über diesen Gegenstand geäußert haben, glauben die Gesandten mit Zuversicht darauf rechnen zu dürfen, dass ihrem heutigen Vorschlage, ohne in Ansehung desselben ein Ausschussgutachten abzuwarten, werde entsprochen werden. ¶ Hierauf wurde beschlossen: über den in das Protokoll der 44. vorjährigen Sitzung (§. 311) niedergelegten und so eben mit der oberwähnten Massgabe erneuten Antrag von Oesterreich und Preussen in der nächsten Donnerstagssitzung abzustimmen.

No. 1041.  
Deutscher  
Bund,  
11. Jan.  
1864.

(§. 27.) Ergänzung von Bundestags-Ausschüssen.

Präsidium eröffnete sodann die Berathung über die Ergänzung der durch die Beurlaubung des Freiherrn von Bülow unvollzählich gewordenen, in der letzten Sitzung erwähnten Ausschüsse und es wurde für nothwendig erachtet, zwei davon, nämlich den Ausschuss für Vollziehung des vierzehnten Artikels der Bundesacte und jenen für holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zu vervollständigen. ¶ In den erstgenannten Ausschuss wurde der Herr Gesandte von Mecklenburg sofort als Mitglied gewählt. ¶ Bei der Wahl wegen Ergänzung des Ausschusses für holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit erhielten die Herren Gesandten von Grossherzogthum Hessen und von Mecklenburg eine gleiche Anzahl Stimmen und entschied, in Ermangelung einer Verständigung zwischen denselben, Präsidium nach §. 27 der Geschäftsordnung und zwar für den Herrn Gesandten von Mecklenburg.

---

## No. 1042.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Vierte Sitzung vom 14. Januar 1864. —

(§. 32.) Wahrung der dem Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte.

Präsidium bringt, dem in der letzten Sitzung (Prot. §. 20) gefassten Beschlusse gemäss, den in der 44. vorjährigen Bundestags-Sitzung von Oesterreich und Preussen gestellten und in der vorigen Sitzung erneuten Antrag wegen Wahrung der Rechte des Deutschen Bundes in Bezug auf Schleswig zur Abstimmung.

No. 1042.  
Deutscher  
Bund,  
14. Jan.  
1864.

Oesterreich und Preussen. Die Gesandten beziehen sich auf ihren Antrag und empfehlen auf's Neue dringend dessen Annahme, indem sie bemerken, dass hierdurch am besten die dem Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte zur Geltung gebracht, hingegen durch das Einschlagen eines

No. 1042.  
Deutscher  
Bund,  
14. Jan.  
1864.

anderen Weges nur die Schwierigkeiten der jetzigen Sachlage gesteigert werden würden.

**Baiern.** Die königliche Regierung findet sich durch den Verlauf, welchen die vorliegende Angelegenheit seit ihrem Antrage vom 23. December v. J. genommen hat, in der Ansicht bestärkt, dass die Entscheidung der Frage der Erbfolge in den Herzogthümern vor jedem anderen Schritte dringend geboten ist, um die Massnahmen überschauen zu können, welche der Bund in Bezug auf Schleswig zu beschliessen haben wird. ¶ Die königliche Regierung verkennt aber eben so wenig die Zweckmässigkeit von Vorkehrungen, welche die Sicherung der Rechte bezwecken, deren Wahrung dem Bunde in diesem Herzogthume obliegt, und schliesst sich daher dem österreichisch-preussischen Antrage nur in so weit an, als derselbe die militärische Besetzung Schleswigs durch Bundestruppen in Aussicht nimmt, und unter der Modification, dass diese Besetzung zur Wahrung der gedachten Rechte sofort stattzufinden habe.

**Königreich Sachsen.** Die königlich-sächsische Regierung würde es an sich der Sachlage entsprechender erachten, wenn die dem Bunde vorliegende Frage wegen Anerkennung des rechtmässigen Regierungsnachfolgers im Herzogthum Holstein zunächst zum Austrag gebracht und alsdann erst zu Ergreifung derjenigen Massnahmen geschritten würde, welche dem Bunde geeignet und dringlich erscheinen möchten, um die seiner Obhut anheimfallenden Ansprüche in Bezug auf das Herzogthum Schleswig sicherzustellen. ¶ Angesichts jedoch der sehr wider ihren Wunsch und Willen andauernden Verzögerung dieser Entscheidung vermag die königlich-sächsische Regierung auch von ihrem Standpunkte aus es nur als eine Nothwendigkeit anzuerkennen, dass einer Besetzung des Herzogthums Schleswig durch Bundestruppen zu dem vorgedachten Zwecke nicht weiter Anstand gegeben werde. ¶ Sie würde jedoch eben diesem ihrem Standpunkte, welchen sie als den für den Deutschen Bund in rechtlicher und politischer Hinsicht allein gebotenen betrachtet, untreu werden, wollte sie ihre Zustimmung dazu ertheilen, dass nach dem Vorschlage der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen eine Aufforderung an die königlich-dänische Regierung gerichtet werde, welche im Voraus das Recht des Besitzes an Schleswig für Dänemark anerkennen hiesse. Sie hält sich vielmehr verpflichtet, jeder derartigen Vernehmung mit dem Cabinet von Kopenhagen entschieden zu widersprechen. ¶ Die königlich-sächsische Regierung stimmt daher dem Antrage der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen nur unter der Bedingung bei, dass von jeder Aufforderung an Dänemark wegen Abänderung seiner Verfassung abgesehen und ausgesprochen werde, dass die Besetzung zur Sicherstellung aller vom Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zu wahren Rechte, namentlich auch derjenigen erfolge, welche der Bund in Folge seiner bevorstehenden Entscheidung über die rechtmässige Regierungsnachfolge im Herzogthum Holstein geltend zu machen sich veranlasst sehen sollte. ¶ Zugleich hat die königlich-sächsische Regierung damit den Antrag zu verbinden, dass, um die Bethheiligung des gesammten Deutschlands an dieser thatsächlichen Vertretung der nationalen Sache erkennbar werden zu lassen, auch die Bethheiligung sämmtlicher Bundes-Armee-corps daran beschlossen werden möchte.

**Hannover.** Der Gesandte ist angewiesen, gegen den österreichisch-preussischen Antrag zu stimmen, indem seine allerhöchste Regierung der Ansicht ist, dass vor weiterem Vorgehen wegen Schleswigs die Erbfolgefrage am Bunde ihre Erledigung gefunden haben müsse.

No. 1042.  
Deutscher  
Bund,  
14. Jan.  
1864.

**Württemberg.** Der königliche Gesandte, welcher schon in der Bundestagssitzung vom 7. December v. J. den von seiner Regierung eingenommenen Standpunkt näher zu bezeichnen die Ehre gehabt hat, ist angewiesen, dem gegenwärtigen Antrage auf Besetzung des Herzogthums Schleswig mit Bundesstruppen zunächst unter der Erklärung, dass durch die beantragte Massnahme an dem durch den Bundesbeschluss vom 7. December 1863 ausgesprochenen Vorbehalte der von dem Deutschen Bunde zu fassenden Entschliessung in der Erbfolgefrage nichts geändert werde; sodann aber unter der Bedingung zuzustimmen, dass in den zu fassenden Bundesbeschluss selbst das ausdrückliche Anerkenntniss aufgenommen werde, dass, wenn nach erfolgtem Einmarsch der Bundesstruppen in das Herzogthum Schleswig die Aufhebung des Grundgesetzes vom 18. November v. J. erfolgen sollte, diese Thatsache allein nicht genügen würde, um sofort den Rückzug jener Truppen zu veranlassen, vielmehr dieser Rückzug dann nur in Folge eines neuen, alle Rechte Deutschlands und seiner Angehörigen beachtenden Bundeschlusses erfolgen könne. ¶ Zu Begründung dieses letzteren Verlangens ist der königliche Gesandte noch Folgendes zu bemerken beauftragt. ¶ Die königliche Regierung verkennt nicht, dass, nachdem einmal der König von Dänemark factisch im Besitze des Herzogthums Schleswig sich befindet, der Deutsche Bund, ehe und bevor über die Ansprüche anderer Prätendenten auf die Erbfolge in Holstein und Schleswig irgend ein Bundesbeschluss gefasst ist, nicht wohl für berechtigt erkannt werden kann, den König von Dänemark sofort aus jenem Besitze mit Waffengewalt zu verdrängen, vielmehr der Bund zu einer Besetzung Schleswigs bei der jetzigen Sachlage nur aus dem Rechtstitel schreiten kann, weil der König von Dänemark seinen Besitz des genannten Herzogthums zu der Vornahme und beziehungsweise Durchführung von Acten in diesem Lande missbraucht, welche, als eine Incorporation Schleswigs bezweckend, den Rechten deutscher Fürsten oder Länder, welche der Bund zu schützen hat, noch weitere als die schon bisher vorhanden gewesen Hindernisse zu bereiten drohen. Allein wenn einmal wegen solcher einseitiger Handlungen des Königs von Dänemark der Deutsche Bund eine Besetzung des Herzogthums Schleswig hat vornehmen müssen und dadurch seinerseits in den Besitz des Landes gelangt ist, so ist es dann auch nach dem Dafürhalten der königlichen Regierung seine Obliegenheit, diesen Besitz nicht eher wieder aufzugeben, als bis alle vom Bunde zu schützenden Rechte der Angehörigen Deutschlands als vollständig gewahrt zu betrachten sind. Würde Letzteres nicht anerkannt, so müsste die königliche Regierung vorziehen, dass von einer Besetzung Schleswigs zur Zeit überhaupt abgesehen werde.

**Baden.** Der grossherzogliche Gesandte hat in der von ihm in der Sitzung vom 7. December abgegebenen Abstimmung die Ansicht seiner allerhöchsten Regierung über die Unzulässigkeit und über die Misstände eines Executionsverfahrens niedergelegt und muss auch in gegenwärtigem Stadium gegen

No. 1042.  
Deutscher  
Bund,  
14. Jan.  
1864.

alle Schritte sich erklären, welche von der gleichen Grundlage ausgehen, weil sie eine Präjudicirung der schwebenden Erbfolgefrage und zwar in einem nach der Auffassung seiner allerhöchsten Regierung ungerechtfertigten Sinne enthalten und weil sie unabsehbare praktische Verwickelungen in ihrem Gefolge haben müssen. ¶ Nach dem Urtheile der grossherzoglichen Regierung wäre es gemäss der Anforderung von Billigkeit und von Recht und zur Gewinnung einer sicheren Unterlage für weiteres Verfahren unerlässlich gewesen, die Legitimationsfrage für das Bundesland Holstein zunächst und ohne Verzug zu beantworten, und hat der grossherzogliche Gesandte hoher Versammlung diesen Weg nochmals vor einer jeden präjudicirlichen Schlussziehung dringend zu empfehlen. ¶ Ohne die Erledigung dieser Frage fehlt der thatsächlichen Intervention des Deutschen Bundes in dem Herzogthum Schleswig die rechtliche Basis. Es kann dieselbe nach Ansicht der grossherzoglichen Regierung nicht auf die Zusicherungen der vormaligen kön.-herz.-dänisch-holstein. Regierung gestützt werden, weil die bezüglichen Vereinbarungen durch die veränderte thatsächliche und rechtliche Lage nach Auffassung der grossherzoglichen Regierung hinfällig und gegenstandlos geworden sind. Sie kann auch nicht durch die allgemeinen Motive des Antrages der grossherzoglich-hessischen Regierung gerechtfertigt werden. In den durch letzteren Antrag dem Bunde vorgeschlagenen Massnahmen würde vielmehr ein gewaltsames Vorgehen zu erblicken sein, zu welchem der Deutsche Bund nicht anders berechtigt sein würde, als zur Vertheidigung des legitimen Herzogs von Holstein, und also auf dessen eventuelle Gefährdung und bundesmässige Hilfebeanspruchung hin. ¶ Die Regierungen, welche das Erbrecht des Herzogs in Holstein anerkennen und ihre Bereitwilligkeit für den Schutz desselben ausgesprochen haben, würden sich ihrerseits zwar in der Lage befinden, eventuell zu erwägen, ob sie demselben eine thatsächliche Unterstützung auch behufs des Herzogthums Schleswig gewähren wollen. Die hohe Bundesversammlung aber, welche ihrerseits mit einer solchen Anerkennung noch im Rückstande ist, befindet sich eben deshalb noch nicht auf dem Punkte, über eine materielle Intervention schlüssig zu werden. ¶ So sehr die grossherzogliche Regierung ihrerseits bereit ist, die Rechte des Herzogs in Holstein mit allen Mitteln zu vertreten und seinen Besitzstand im Bundeslande Holstein schon jetzt gegen etwaige Angriffe vertheidigen zu helfen, so scheint ihr doch, was das Herzogthum Schleswig betrifft, für die Geltendmachung seiner und des Landes Holstein Rechte in Schleswig sich zunächst die Betretung der offenstehenden friedlichen Wege zu empfehlen und würde die grossherzogliche Regierung keinen Anstand nehmen, vor gewaltsamer Besitzergreifung oder Impfandnahme Schlesiens auf den Versuch einzugehen, diese Rechtspunkte auf einem allgemeinen Congress europäischer Staaten zur Anerkennung zu bringen. Sowohl die Zusammensetzung dieses Congresses als die Voraussetzungen, auf welche hin er zusammentritt, müssten freilich wesentlich andere als die von der königlich-grossbritannischen Regierung wiederholt vorgeschlagenen sein, und würde sich die grossherzogliche Regierung vorbehalten, seiner Zeit bezügliche Vorschläge zu formuliren. Sie geht dabei von der Anschauung aus, dass die manifestirte Einmüthigkeit des holsteinischen Volkes für den Herzog Friedrich dessen Rechtsansprüchen auch nach dem Urtheile

der europäischen Regierungen eine überwältigende Bestätigung gegeben haben muss. Ueberdies könnte die Thatsache von denselben nicht unbeachtet bleiben, dass das Bundesland Holstein im Stande ist, auch ohne Gegenwart von Bundes- truppen seine Selbständigkeit gegen Angriffe zu vertheidigen und seine Rechte und Freiheiten aufrecht zu halten. ¶ Unter diesen Umständen glaubt die gross- herzogliche Regierung, dass es der Sachlage entspricht und dem Interesse Deutsch- lands wie Schleswig-Holsteins förderlich ist, wenn der Bund, stark im Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Sache, welche er in den Herzogthümern vertritt, den Versuch nicht scheut, ausgehend von der Thatsache der in Holstein hergestellten Uebereinstimmung zwischen fürstlichem Anspruch und Landeswünschen, die Ordnung der das Herzogthum Schleswig betreffenden Verhältnisse zunächst auf friedlichem Wege zu verfolgen. ¶ Die grossherzogliche Regierung hält sich der eventuellen Zustimmung der herzoglich-holsteinischen Regierung für versichert, wenn sie die Beschreitung dieses Weges der Mässigung, nach vorgängiger Aner- kennung der Thatsache der Besitzergreifung des Herzogthums Holstein durch Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein, empfiehlt. ¶ So lange sie aber diese Aussicht auf einen friedlichen Austrag der durch den Hingang Königs Friedrich VII. von Dänemark entstandenen Streitpunkte festhalten kann, muss sie ihre Zustimmung zu unmittelbarer Anwendung von Gewaltmitteln, wie sie in den vorliegenden Anträgen der hohen Regierungen von Oesterreich, Preussen und Grossherzogthum Hessen gelegen sind, versagen. ¶ Sie glaubt nicht, dass ein entsprechendes Verfahren des Bundes gedeutet werden könnte, als wollte er in irgend einer Weise Fragen, die seiner ausschliesslichen Entscheidung unterstehen, einem europäischen Forum anheimgeben, oder als wollte er nicht das volle Mass der Rechte der Herzogthümer auch in Bezug auf Schleswig zur Geltung bringen. Die grossherzogliche Regierung geht vielmehr von der Ueberzeugung aus, dass nur durch die von ihr gewünschte Behandlungsweise, und also durch die unverzügliche Sicherstellung des Rechtszustandes in Holstein, die richtige Grund- lage gewonnen werden wird, von der aus die Verfolgung der internationalen Ansprüche in Schleswig allein mit Erfolg stattfinden kann, und dass die Ent- schiedenheit in Erkämpfung derselben vornehmlich in der unverweilten Erfüllung der Pflichten bewiesen werden muss, welche dem Bunde innerhalb seiner zweifel- losen Competenz in Betreff des Bundeslandes Holstein obliegen. ¶ Hiernach stimmt der Gesandte gegen den von den allerhöchsten Regierungen von Oester- reich und Preussen eingebrachten Antrag.

**Kurhessen.** Der Gesandte tritt dem österreichisch-preussischen Antrage unter dem Vorbehalte bei, dass der Frage in Betreff der Succession nicht präjudicirt werde.

**Grossherzogthum Hessen.** Der vorliegende Antrag der höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen unterscheidet sich von dem Seitens der grossherzoglichen Regierung gestellten Antrage wesentlich dadurch, dass der letztere die Sicherstellung der Rechte Deutschlands in Bezug auf das Herzogthum Schleswig für alle Eventualitäten bezweckt, während der erstere nur diejenigen Rechte im Auge hat, welche aus den bekannten Vereinbarungen von 1851/52 herzuleiten sind, keineswegs aber auch für die Sicherstellung derjenigen Rechte

No. 1019.  
Deutscher  
Bund.  
14. Jan.  
1864.

Fürsorge trifft, welche der Bund dann zu vertheidigen haben wird, wenn demnächst die Entscheidung in der Hauptfrage gegen die Fortdauer der bisherigen Personalunion der Herzogthümer Schleswig und Holstein mit dem Königreich Dänemark ausfallen sollte. Dem Antrage von Oesterreich und Preussen ist zwar die Bemerkung beigefügt, dass dadurch an der Wirkung des bereits gelegentlich des Bundesbeschlusses vom 7. December ausgesprochenen Vorbehaltes einer rechtlichen Prüfung der Erbfolgefrage selbstverständlich nichts geändert werden solle. Die grossherzogliche Regierung ist aber davon durchdrungen, dass ein solcher der Zukunft Alles anheimgebender Vorbehalt bei der gegenwärtigen kritischen Sachlage nicht mehr ausreiche, um für den Fall, dass die Erbfolgefrage im Sinne einer Lostrennung der Herzogthümer vom Königreiche Dänemark entschieden werden sollte, eine genügende Bürgschaft für die Geltendmachung der dann zu schützenden Rechte Deutschlands zu gewähren. Jedenfalls ist es zu befürchten, dass der Bund, wenn er es in dem jetzigen Momente unterlässt, für die erwähnte Eventualität wirksame Fürsorge zu treffen, eintretendenfalls die dann ihm obliegende Aufgabe nur mit unverhältnissmässig grösseren Schwierigkeiten und Opfern durchzuführen vermöchte. Die grossherzogliche Regierung kann daher die Besorgniss nicht unterdrücken, dass ein unthätiges Ausserachtlassen jener eventuellen Rechte in dem gegenwärtigen ersten Augenblicke die Gefahr einer demnächstigen völligen Preisgebung derselben in sich berge. ¶ Wollte und dürfte man aber auch den Fall einer demnächstigen Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark einstweilen noch ganz ausser Augen lassen, so hat die grossherzogliche Regierung doch bereits wiederholt ihre Ueberzeugung dahin ausgesprochen, dass es dem Interesse Deutschlands und der Herzogthümer nicht entsprechen würde, an den von Seiten Dänemarks andauernd missachteten Vereinbarungen von 1851/52 noch länger festzuhalten, sondern dass der Bund besser thun werde, auf den Standpunkt des Bundesbeschlusses vom 17. September 1846 zurückzukehren, um wenigstens die Wiederherstellung der althistorischen Verbindung der Herzogthümer Holstein und Schleswig herbeizuführen. Auch nach dieser Richtung entspricht also der lediglich die Vereinbarungen von 1851/52 berücksichtigende Antrag der höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen nicht den Anschauungen und rechtlichen Ueberzeugungen der grossherzoglichen Regierung. ¶ Wenn sich aber auch endlich die grossherzogliche Regierung auf den von ihr unmöglich zu billigenden Standpunkt stellen könnte, dass der Deutsche Bund auch jetzt noch vorerst keine andere Aufgabe zu lösen habe, als für die Sicherstellung der aus den Vereinbarungen von 1851/52 herzuleitenden Rechte Sorge zu tragen, so vermöchte sie doch den fraglichen Antrag nicht einmal zur Erreichung dieses beschränkten Zweckes für völlig ausreichend zu erachten. Es liegt zu Tage, dass — falls die königlich-dänische Regierung sich zur Zurücknahme der Novemberverfassung verstehen und durch diese Bewilligung der in Gemässheit des Antrages noch zu stellenden Forderung dem ferneren thatsächlichen Vorgehen des Bundes vorbeugen sollte, dadurch nichts Anderes erreicht sein würde, als die Wiederherstellung derjenigen Sachlage, in welcher sich die Verfassungsfrage Schleswigs vor zwei Monaten befand. Nach der Ueberzeugung der grossherzoglichen Regierung handelt es sich aber um zu wichtige Rechte und



Interessen und ist die Lage der Dinge eine zu gespannte, um sich jetzt mit der Erzielung eines solchen, im Grunde rein negativen Erfolges begnügen und das Uebrige ganz der Entwicklung der Zukunft anheimgeben zu können. ¶ So grossen Werth daher auch die grossherzogliche Regierung darauf legt, in dieser ernstesten Angelegenheit mit den ersten und mächtigsten Gliedern des Bundes Hand in Hand zu gehen, so hält sie es doch mit ihrem Gewissen für unvereinbar, einem Antrage zuzustimmen, dessen Annahme nach ihrer festgegründeten Ueberzeugung keineswegs eine ausreichende Sicherstellung der Rechte und Interessen Deutschlands in Aussicht stellen, wohl aber nach mancher Richtung ernste Gefahren in sich bergen würde. ¶ Der Gesandte ist daher angewiesen, gegen den Antrag der höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen und für den von der grossherzoglichen Regierung in der Sitzung vom 28. December gestellten Antrag zu stimmen und dabei auf die ausführliche Motivirung dieses letzteren Antrages, welcher der leider noch immer verzögerten rechtlichen Entscheidung der eigentlichen Hauptfrage in keiner Weise vorgreifen soll, ausdrücklich Bezug zu nehmen. ¶ Der grossherzogliche Gesandte hält sich übrigens für ermächtigt, in zweiter Linie sich auch der bedingten Zustimmung der Herren Gesandten von Baiern und Königreich Sachsen zu dem Antrage Oesterreichs und Preussens anzuschliessen, da nach seiner Ansicht diese bedingte Zustimmung mit dem diesseitigen Antrage völlig zusammenfällt.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Da die königlich-grossherzogliche Regierung stets von der Ansicht ausgegangen ist, dass der Deutsche Bund über die Angelegenheiten des Herzogthums Schleswig sich mit der königlich-dänischen Regierung durch internationale Verhandlungen zu verständigen habe und da Allerhöchstdieselbe auch noch gegenwärtig wünscht, dass Alles vermieden werde, was zu einem Kriege führen könnte, so ist der Gesandte angewiesen, sich gegen eine militärische Occupation des zum Deutschen Bunde nicht gehörigen Herzogthums Schleswig auszusprechen.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen vermögen dem vorliegenden Antrage nicht beizutreten, weil derselbe das vom Bunde nicht erfolgte und am wenigsten jetzt auszusprechende Anerkenntniss der rechtlichen Gültigkeit des Londone<sup>r</sup> Tractats vom 8. Mai 1852 zur Voraussetzung hat. ¶ Dagegen ist der Gesandte angewiesen, sich der königlich-sächsischen Abstimmung anzuschliessen, hat jedoch bezüglich dieser Abstimmung der herzoglich-sachsenaltenburgischen höchsten Regierung eine etwaige Erklärung vorzubehalten.

Braunschweig und Nassau. Die Auffassung der herzoglich-braunschweigischen Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage hat bereits in deren Abstimmungen und Erklärungen in den Bundestagssitzungen vom 28. November und 7. December v. J. ihren Ausdruck gefunden. Die herzogliche Regierung kann nicht umbin, an dieser Auffassung festzuhalten und da die dem Antrage von Oesterreich und Preussen gegebene Grundlage mit der von der herzoglichen Regierung gewonnenen rechtlichen Ansicht nicht zu vereinigen ist, so sieht sich dieselbe ausser Stande, dem gedachten Antrage ihre Zustimmung zu ertheilen. Der Gesandte ist daher angewiesen, gegen den Antrag zu stimmen

**No. 1042.** und hat sich diesem Votum auch für die Curie anzuschliessen. ¶ Dagegen  
**Deutscher** ist der Gesandte ermächtigt, sich dem grossherzoglich-hessischen Antrage anzu-  
**Bund,** schliessen und hält sich demgemäss auch für berechtigt, der im Wesentlichen  
**14. Jan.** denselben Zweck bezielenden heutigen Abstimmung, resp. bedingten Zustimmung  
**1864.** zu dem österreichisch-preussischen Antrage des königlich-baierischen Herrn  
 Gesandten beizutreten.

Mecklenburg - Schwerin und Mecklenburg - Strelitz.  
 Der Gesandte schliesst sich der Abstimmung Kurhessens an.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der Gesandte hat gegen den Antrag zu stimmen, mit der Erklärung für Oldenburg, dass ein Impfundnehmen des Herzogthums Schleswig für die Erfüllung der Verabredungen, nach Ansicht der grossherzoglichen Regierung, keinen anderen Erfolg haben könne, als die Verwirklichung des Londoner Tractats. Er ist vielmehr angewiesen worden, für den grossherzoglich-hessischen Antrag vom 28. December zu stimmen, aber ohne sich alle Motive desselben anzueignen. Eventuell ist er daher auch ermächtigt, der Fassung eines Beschlusses desselben Sinnes und Inhaltes beizutreten. ¶ Zugleich aber ist er zu der ausdrücklichen Bemerkung angewiesen, dass in ähnlichen Fällen wie der gegenwärtige eine vorgängige Berichtserstattung durch einen Ausschuss erforderlich wäre.

Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Der Gesandte ist beauftragt, dem erneuerten Antrage der allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen zuzustimmen, ohne jedes Präjudiz für die Successions- und Erbfolgefrage, aus den Gründen, weil die Incorporation unter allen Umständen nicht zu rechtfertigen und deshalb, ganz abgesehen von jeder Personalunion, ein Einschreiten zur Sicherung der Rechte des Deutschen Bundes im Betreff Schleswigs nach den Vorschriften der Bundesacte Artikel 1 und 11, und der Wiener Schlussacte Art. 2, 36 und 38 zum Schutze aller Rechte des Deutschen Bundes in Betreff Schleswigs nothwendig ist. Die desfalls unverzüglich in Wirksamkeit zu setzenden Massregeln können bei der Gefahr auf dem Verzuge nicht bis zur Entscheidung über die Erbfolgefrage ausgesetzt werden, zumal die Jahreszeit als die geeignetste betrachtet werden muss, um die Besetzung Schleswigs auf die verhältnissmässig leichteste und möglichst schonende Weise für die Truppen in Ausführung zu bringen.

Für Reuss älterer Linie ist der Gesandte angewiesen, der königlich-sächsischen Abstimmung beizutreten und für Reuss jüngerer Linie und Waldeck gegen den Antrag zu stimmen.

Freie Städte. Der Gesandte hat nach den ihm gewordenen Instructionen gegen den Antrag von Oesterreich und Preussen in seiner vorliegenden Fassung zu stimmen, eventuell ist er ermächtigt, Namens der Curie wie Baiern und Königreich Sachsen zu stimmen, unter Vorbehalt einer eventuellen besonderen Erklärung für Hamburg.

Präsidium erklärte, dass nach den vorliegenden Abstimmungen der Antrag von Oesterreich und Preussen abgelehnt sei.

Oesterreich und Preussen. Angesichts der eben erfolgten

Ablehnung ihres gemeinsamen Antrages müssen die allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen lebhaft bedauern, dass die gehoffte Verständigung über die von ihnen zur unverweilten Sicherung der Rechte des Deutschen Bundes in Bezug auf Schleswig vorgeschlagenen Massregeln nicht erzielt worden ist. ¶ Unter solchen Umständen glauben die beiden Regierungen in der ihnen durch ihre Dazwischenkunft bei Herbeiführung der jene Rechte feststellenden Stipulationen von 1851/52 erwachsenden besonderen Stellung, sowie wegen der grossen Dringlichkeit der Sache sich der Pflicht nicht entziehen zu dürfen, die Geltendmachung jener Rechte in ihre eigenen Hände zu nehmen und ihrerseits zur Ausführung der in ihrem Hauptantrage vom 28. v. M. und J. bezeichneten Massregeln zu schreiten. ¶ Durch Abgabe vorstehender Erklärung kommen die Gesandten dem Auftrage ihrer allerhöchsten Regierungen nach.

No. 1042.  
Deutscher  
Bund.  
14. Jan.  
1864.

**Baiern.** Die königliche Regierung sieht sich in Folge dieser Erklärung veranlasst, ihrerseits dem Bunde, welcher zunächst dazu berufen ist, die Rechte und Interessen Deutschlands zu wahren, die weiteren Entschliessungen in dieser Angelegenheit vorzubehalten, nachdem das in Aussicht gestellte Vorgehen Oesterreichs und Preussens lediglich als ein Ausfluss ihrer Stellung als europäische Mächte betrachtet werden kann.

**Königreich Sachsen.** Der Gesandte hat Namens seiner höchsten Regierung entschiedene Verwahrung gegen die beabsichtigte Massregel einzulegen, sofern der Einmarsch in Schleswig nicht ohne Durchmarsch durch Holstein zu gewärtigen ist und dieses Bundesland, welches jetzt im ausschliesslichen Besitze des Bundes sich befindet, nur mit dessen Genehmigung betreten werden darf, wenn anders das Bundesverhältniss nicht missachtet und verletzt werden soll.

**Württemberg.** Der Gesandte schliesst sich den Verwahrungen von Baiern und Königreich Sachsen an.

**Baden:** schliesst sich der Verwahrung Baierns an.

**Grossherzogthum Hessen:** desgleichen.

**Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser.** Der Gesandte schliesst sich für Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha der königlich-sächsischen Verwahrung an.

**Braunschweig und Nassau.** Der Gesandte schliesst sich für die Curie der Verwahrung Baierns an.

**Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg:** desgleichen.

**Oesterreich und Preussen.** Die Gesandten müssen sich gegen diese Verwahrung ihrerseits auf das entschiedenste verwahren und ihren allerhöchsten Regierungen jede weitere Erklärung und Entschliessung vorbehalten.

## No. 1043.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Fünfte Sitzung vom 19. Januar 1864. —

§ 34.) Wahrung der dem Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte.

No. 1043.  
Deutscher  
Bund.  
19 Jan.  
1864.

Oesterreich und Preussen. Die von den Gesandten in der vorigen Sitzung Namens ihrer allerhöchsten Regierungen abgegebene Erklärung hat den Anlass zu Verwahrungen gegeben, denen gegenüber sie ihrerseits die Rechte ihrer Regierungen verwahren und denselben jede weitere Aeusserung und Entschliessung vorbehalten mussten. ¶ Sie sind jetzt zu der Erklärung angewiesen, dass ihre allerhöchsten Regierungen, indem sie nach der Ablehnung ihres am 11. d. M. erneuten gemeinschaftlichen Antrages vom 28. v. M. und J. die Entschliessung kund gaben, nunmehr ihrerseits ungesäumt zu der Ausführung der von ihnen für die Sicherung der Rechte des Deutschen Bundes in Bezug auf Schleswig für nöthig und unaufschieblich erachteten Massnahmen zu schreiten, davon ausgingen, dass hierdurch die fernere Ausführung der Anordnungen nicht beirrt werde, welche Seitens der hohen Bundesversammlung durch die Beschlüsse vom 7. und 14. v. M. und J. in Betreff der executionsmässigen Besetzung und Verwaltung von Bundeswegen für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg getroffen worden sind. ¶ Oesterreich und Preussen haben, bei der nicht zu vermeidenden Betretung Holsteins durch ihre nach Schleswig bestimmten Truppen, eine Beeinträchtigung jener Anordnungen nicht bezweckt. ¶ Aber die beiden Regierungen überlassen sich hierbei allerdings der zuversichtlichen Hoffnung, dass ihrem die Wahrung der Interessen Deutschlands, so wie derjenigen Schlesiens bezweckenden Vorgehen das bereitwillige und bundesfreundliche Entgegenkommen derjenigen ihrer hohen deutschen Verbündeten, deren Landesgebiete hierdurch berührt werden, und der Bundesverwaltung in Holstein und Lauenburg nicht fehlen werde.

Präsidium beantragt, diese Erklärung an die vereinigten Ausschüsse zu überweisen.

Oesterreich und  
Preussen: treten dem Präsidialantrage bei.

Baiern. Der Gesandte stimmt dem Präsidialantrage unter Bezugnahme auf die in der vorigen Sitzung abgegebene Erklärung zu.

Königreich Sachsen. Indem der Gesandte sich auf die in der letzten Sitzung zu Protokoll gegebene Verwahrung bezieht, beantragt er die Festsetzung einer kurzen Frist zur Instructionseinholung.

Hannover: tritt dem Präsidialantrage bei.

Württemberg. Der Gesandte stimmt dem Präsidialantrage unter Beziehung auf seine in der letzten Sitzung zu Protokoll gegebene Erklärung zu.

Baden. Der Gesandte stimmt unter Beziehung auf die in der letzten Sitzung abgegebene Verwahrung und unter der ausdrücklichen Voraussetzung einer schleunigsten Berichterstattung der Verweisung an die vereinigten Ausschüsse bei.

Kurhessen: tritt dem Antrage des Präsidiums bei.

Grossherzogthum Hessen. Der Gesandte stimmt dem Präsidialantrage zu, indem er sich auf die in der letzten Sitzung abgegebene Erklärung bezieht.

No. 1043.  
Deutscher  
Bund,  
19. Jan.  
1864.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte stimmt dem Präsidialantrage zu.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Der Gesandte tritt unter Bezugnahme auf die in der letzten Sitzung abgegebene Erklärung dem Präsidialantrage mit dem Bemerkten bei, dass er eine kurze Abstimmungsfrist vorgezogen haben würde.

Braunschweig und Nassau. Der Gesandte schliesst sich der eben vernommenen Abstimmung an.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesandte stimmt dem Präsidialantrage bei.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der Gesandte tritt dem Präsidialantrage unter Bezugnahme auf seine in das Protokoll der letzten Sitzung niedergelegte Erklärung bei.

Die sechszehnte und die siebenzehnte Stimme traten dem Präsidialantrage gleichfalls bei.

Oesterreich und Preussen. Da von verschiedenen Seiten auf die in der vorigen Sitzung abgegebenen Erklärungen Bezug genommen ist, so müssen die Gesandten sich auch auf die ihrerseits in derselben Sitzung erfolgte Schlusserklärung zurückbeziehen.

Der Präsidialantrag wurde hierauf zum Beschlusse erhoben.

## No. 1044.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Sechste Sitzung vom 22. Januar 1864. —

(§. 39.) Wahrung der dem Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte.

Oesterreich und Preussen. Die Gesandten sind in dem Falle, hoher Bundesversammlung in Verfolg ihrer Erklärung vom 19. d. M. anzuzureichen, dass die Dringlichkeit der Umstände es unvermeidlich gemacht hat, mit dem in jener Erklärung als bevorstehend bezeichneten Durchmarsche kaiserlich-österreichischer und königlich-preussischer Truppen durch Holstein zu beginnen, und dass daher voraussetzlich am gestrigen Tage die Grenze des Herzogthums bereits von einzelnen Truppentheilen überschritten worden ist. ¶ Die Gesandten verbinden mit dieser Anzeige den erneuten Ausdruck der Zuversicht ihrer Regierungen, dass, wie diese den in ihrer Erklärung vom 19. d. M. bezeichneten Standpunkt festhalten und dessen Festhaltung Seitens ihrer Truppenbefehlshaber veranlassen, auch die bisher in Betreff des Durchmarsches geschehenen Schritte hiermit in Einklang bringen werden, so auch dem Durchmarsche ihrer Truppen durch Holstein jede thunliche Erleichterung Seitens der Civilcommissäre und

No. 1044.  
Deutscher  
Bund,  
22. Jan.  
1864.

No. 1044. des Commandirenden der Bundes-Executionstruppen, Generallieutenants von  
 Deutscher Hake, zu Theil werden wird.  
 Bund, 22. Jan. 1864.

(§. 40.) Ausscheiden der kaiserlich-österreichischen Brigade Graf Gondrecourt und der königlich-preussischen Brigade von Canstein aus den Bundes-Executionstruppen.

Oesterreich, Preussen, Königreich Sachsen und Hannover. Zu den militärischen Verabredungen, welche zwischen ihren allerhöchsten Regierungen für die Vollziehung des die Execution in Holstein und Lauenburg betreffenden Bundesbeschlusses vom 1. October v. J. getroffen worden sind, und deren Ausführung der Bundesbeschluss vom 7. December v. J. Ziffer 2 denselben anheimgegeben hat, gehörte, neben den von Oesterreich und Preussen innerhalb ihrer Landesgebiete bewirkten Bereitstellung von Reservecorps, auch die Aufstellung einer kaiserlich-österreichischen und einer königlich-preussischen Brigade, als erste Reserve, unmittelbar an der Grenze der Herzogthümer Holstein und Lauenburg. Hohe Bundesversammlung hat hiervon durch die Berichte des Generallieutenants von Hake Kenntniss erhalten. ¶ Mit dem jetzt stattfindenden Vorrücken des kaiserlich-österreichischen und des königlich-preussischen Corps nach Schleswig fällt jedoch der Zweck der bisherigen Aufstellung der beiden Brigaden und das Bedürfniss der Fortdauer ihrer Unterordnung unter den Commandirenden der Bundestruppen in den Herzogthümern fort, und es steht somit der Heranziehung derselben an ihre Corps nichts entgegen, wobei selbstverständlich der Antrag auf Berufung anderweiter Reserven für den Bedürfnissfall vorbehalten bleibt. ¶ Indem die Gesandten hoher Bundesversammlung hiervon die gegenwärtige Anzeige machen, stellen sie derselben eine Benachrichtigung des Generallieutenants von Hake anheim.

Die Bundesversammlung erklärte sich mit der obgedachten Verfügung einverstanden und hat auf Präsidialvorschlag beschlossen: den Generallieutenant von Hake hiervon sofort zu verständigen.

## No. 1045.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Siebente Sitzung vom 28. Januar 1864. —

(§. 45.) Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg.

No. 1045. Kurhessen. Da der Deutsche Bund seine Schritte in Beziehung  
 Deutscher auf die holsteinische Angelegenheit von der Erbfolgefrage abhängig gemacht  
 Bund, hat, so ist durch die Beschlussfassung der Bundesversammlung vom 14. d. M.  
 28. Jan. für dieselbe die Anforderung dringender wie je geworden, sich über diejenigen  
 1864. Rechte und Ansprüche klar zu machen, welche sie aus der Erbfolgefrage für sich abzuleiten im Stande ist und geltend zu machen haben wird, damit an einem Punkte, an welchem so dringend deutsche Rechte und Interessen zum Handeln auffordern, sobald als möglich der einzig natürliche Zustand herbeigeführt werde,

nämlich dass dies von demjenigen Organ Deutschlands, welches hierzu den rechtmässigen Beruf hat, geschehe. Die kurfürstliche Regierung verkennt nicht die Schwierigkeiten, welche gerade in der vorliegenden Erbfolgefrage einer raschen Erledigung sich entgegenstellen, aber in dem dermaligen Stadium der Sache drängt sich ihr die Ueberzeugung auf, dass eine Beschleunigung in jeder möglichen Weise eintreten müsse und dass hierzu eine Mittheilung des Ergebnisses der Ausschussverhandlungen nicht länger auszusetzen sei. ¶ Der kurfürstliche Gesandte ist auf Grund dieser Bemerkungen angewiesen, zu beantragen, dem mit der Prüfung dieser Erbfolgefrage beauftragten Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit aufzugeben, das Ergebniss seiner Untersuchung alsbald zum Vortrag zu bringen.

No. 1045.  
Deutscher  
Bund,  
28. Jan.  
1864.

Präsidium beantragt, mit Beziehung auf den dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit durch Bundesbeschluss vom 23. v. M. erteilten Auftrag, den vorliegenden Antrag diesem Ausschusse zuzuweisen. Der Präsidialantrag wurde unter allseitiger Zustimmung zum Beschlusse erhoben.

(§. 51.) Verzeichniss der Eingaben.

Die Eingabe No. 3 (eingegangen am 25. und datirt Frankfurt a. M., den 23. Januar 1864) Dr. Fester, Advocat dahier, überreicht als Anwalt der aus dem Herzogthum Holstein an die hohe deutsche Bundesversammlung entsendeten Deputation eine Adresse dieser aus 178 Mitgliedern bestehenden Deputation, d. d. Frankfurt a. M., den 23. Januar 1864, betreffend die Anerkennung ihres rechtmässigen Landesherrn, des Herzogs Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein, von Seiten des Deutschen Bundes. Mit Vollmacht von 178 Unterzeichnern, —

wurde dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesen.

No. 1046.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Neunte Sitzung von 11. Februar 1864. — (§. 63.) Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg, insbesondere Stellung des Deutschen Bundes zu dem Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852. —

Der königlich-baierische Herr Gesandte erstattet Namens des Ausschusses für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit nachstehenden Vortrag: Durch Beschluss vom 23. December v. J. (Prot. §. 309) hat die hohe Bundesversammlung den Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit beauftragt, ohne weiteren Verzug die Frage der Erbfolge in den deutschen Herzogthümern eingehend zu prüfen und mit der Dringlichkeit dieser Angelegenheit entsprechenden möglichsten Beschleunigung das

No. 1046.  
Deutscher  
Bund,  
11. Febr.  
1864.

No. 1046. **Deutscher Bund,**  
11. Febr.  
1864. **Ergebniss dieser Prüfung der Bundesversammlung vorzutragen.** ¶ Bei den Berathungen, in welche der Ausschuss sofort eingetreten ist, hat die Mehrheit derselben die Ueberzeugung gewonnen, dass die Entschliessungen, welche die hohe Bundesversammlung bezüglich der genannten Erbfolge zu fassen haben wird, in erster Reihe durch diejenige Stellung bedingt werden, welche der Deutsche Bund zu dem Londoner Verträge vom 8. Mai 1852 einnimmt, und die Majorität des Ausschusses hält es daher vor Allem für nothwendig, diese Stellung zu beleuchten und darauf bezügliche Anträge an die Bundesversammlung zu bringen.

## I.

Mit dem Tode des Königs Friedrich VII. ist der Mannsstamm des Königs Friedrich III. von Dänemark erloschen. Im Bewusstsein, dass in diesem Falle auf Grund verschiedener Erbfolgeordnungen die bisher in der Person des Königs von Dänemark vereinigt gewesenen Länder auseinander gehen würden, war Dänemark seit zwanzig Jahren bestrebt, mit Hilfe europäischer Mächte, eine neue gemeinschaftliche Erbfolgeordnung für alle diese Länder herzustellen und dadurch eine dänische Gesamtmonarchie dauernd zu gründen. ¶ Dieses Bestreben ist zuerst offen hervorgetreten in dem Offenen Briefe des Königs Christian VIII. vom 8. Juli 1846. Es hat sodann zu all den Zerwürfnissen und Kämpfen sowohl zwischen den Herzogthümern Schleswig und Holstein und Dänemark, als zwischen diesem Staate und dem Deutschen Bunde in den Jahren 1848 — 1851 geführt, und aus ihm ist auch, nachdem der Friedensvertrag vom 2. Juli 1850 den alten Rechtszustand unverändert gelassen hatte, der Vertrag hervorgegangen, welchen die fünf europäischen Grossmächte und Schweden mit Dänemark am 8. Mai 1852 zu London unterzeichnet haben. ¶ Als Zweck dieses Vertrages ist im Eingange desselben ausdrücklich bezeichnet, die Integrität der dänischen Monarchie, welche mit den allgemeinen Interessen des europäischen Gleichgewichtes verbunden und für die Erhaltung des Friedens von hoher Wichtigkeit sei, durch die Gründung einer neuen Successionsordnung unter europäischer Anerkennung zu sichern. Zu diesem Zwecke bestimmt der erste Artikel des Vertrages, dass beim Erlöschen des Mannstammes Friedrich III. der Prinz Christian von Schleswig - Holstein - Sonderburg - Glücksburg die Krone erlangen und auf seine männlichen Nachkommen nach Erstgeburtrecht vererben solle, und die hohen Contrahenten verpflichten sich darin, dem genannten Prinzen und seinen directen männlichen Nachkommen aus seiner Ehe mit der Prinzessin Luise, geb. Prinzessin von Hessen, das Recht der Nachfolge in die Gesamtheit der gegenwärtig unter dem Scepter Seiner Majestät des Königs von Dänemark vereinigten Staaten zuzuerkennen. ¶ Auf Grund dieses Vertrages wurde im dänischen Reichstage nach langen Debatten das Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853 angenommen, und kraft dieses Gesetzes hat jetzt Prinz Christian als König Christian IX. den dänischen Thron bestiegen. ¶ Auf diese Titel gestützt, hat derselbe auch die Succession in den deutschen Herzogthümern in Anspruch genommen und die Vollmacht für den Freiherrn von Dirckinck - Holmfeld als seinen Bundestagsgesandten ausgestellt, welche in der 38. vorjährigen Sitzung der Bundesversammlung vom 28. November vorgelegt und an den Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit überwiesen worden ist. ¶ In der 39.



vorjährigen Sitzung vom 28. November hat sodann die hohe Bundesversammlung mit Rücksicht auf die von anderen Seiten erhobenen Erbansprüche auf die Nachfolge in die deutschen Herzogthümer beschlossen, die Führung der holstein-lauenburgischen Stimme sei zur Zeit zu suspendiren. ¶ Bei dieser Gelegenheit haben die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen erklärt, dass ihre Stellung durch den Vertrag mit Dänemark vom 8. Mai 1852 bedingt sei, und dass sie zur Ausführung dieses Vertrages bereit seien, wenn die Krone Dänemark ihrerseits die vorgängigen Verabredungen der Verhandlungen von 1851/52 ausführe, deren Gesamtheit sie als ein untrennbares Ganzes auffassten, welches durch den Londoner Vertrag seinen Abschluss erhalten habe, und deren Verwirklichung eine Voraussetzung ihrer Unterzeichnung des Londoner Vertrages bilde. ¶ Unter diesen Verhältnissen tritt mithin an die hohe Bundesversammlung vor Allem die Nothwendigkeit heran, sich darüber schlüssig zu machen, welche Stellung sie selbst zu dem mehrgenannten Vertrage und zu den zur Ausführung desselben gemachten Schritten einzunehmen habe.

No. 1046.  
Deutscher  
Bund,  
11. Febr.  
1864.

## II.

Es bedarf wohl keiner ausführlichen Erörterung darüber, dass der Vertrag vom 8. Mai 1852 für den Deutschen Bund in keiner Weise bindend ist. Der Deutsche Bund hat weder an den Verhandlungen über diesen Vertrag noch an dem Abschlusse desselben Theil genommen. Er hat auch nachträglich weder ausdrücklich noch stillschweigend demselben zugestimmt. ¶ Es ist aber ein anerkannter Rechtssatz wie des Privatrechtes, so auch des Völkerrechtes, dass Verträge nicht für Dritte wirken, wenn diese nicht mit einem der contrahirenden Theile in einem Rechtsverhältnisse stehen, in Folge dessen die Acte desselben auch für sie bindende Kraft haben. Ein solches Verhältniss besteht aber in diesem Falle für den Deutschen Bund zu keinem der hohen Contrahenten des Londoner Vertrages. ¶ Wohl haben die zwei ersten Glieder des Deutschen Bundes diesen Vertrag unterzeichnet, aber nicht in ihrer Eigenschaft als Bundesglieder, sondern als europäische Mächte. Dieselben haben dabei weder im ausdrücklichen noch im stillschweigenden Auftrage des Bundes, ja nicht einmal mit Vorwissen desselben, gehandelt. ¶ Hiernach bleibt also nur noch die Frage übrig, ob der Deutsche Bund aus politischen Erwägungen sich der Stellung seiner beiden ersten Mitglieder zu dem Londoner Vertrage anschliessen, und diesem somit nachträglich in der bedingten Weise Geltung und Ausführbarkeit in Bezug auf die deutschen Herzogthümer zugestehen will, in welcher die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen diese zur Zeit noch anerkennen. ¶ Gerade diese Frage aber glaubt die Majorität des Ausschusses auf das bestimmteste verneinen zu müssen. ¶ Gewiss wird Niemand verkennen, wie wichtig es für alle Bundesglieder sowohl, als für das Gedeihen des Bundes im Ganzen ist, dass derselbe sich in Fragen der europäischen Politik im Einklange mit seinen beiden mächtigsten Gliedern befinde, und gewiss werden alle Bundesglieder bereit sein, diesem Zwecke alle möglichen Opfer ihrer Wünsche, Anschauungen oder Ueberzeugungen zu bringen. ¶ Eben so gewiss wird aber nicht erwartet werden und nicht dazu gerathen werden können, dass der Bund jenem Zwecke die Rechte seiner Mitglieder, welche zu schützen er verpflichtet ist, zum Opfer

No. 1046.  
Deutscher  
Bund.  
11. Febr.  
1854.

bringe. Denn damit würde er seine eigenen Verpflichtungen und die Grundverträge, auf denen er beruht, verletzen. ¶ Dass sich aber der Deutsche Bund dem Londoner Verträge gegenüber in dieser Lage befinde, glaubt die Majorität des Ausschusses in Folgendem nachweisen zu sollen.

### III.

Zu dem Verträge vom 8. Mai 1852, durch den eine neue Erbfolgeordnung für eine dänische Gesamtmonarchie geschaffen werden sollte, war nach der Ansicht der Majorität des Ausschusses, um ihn zur unangefochtenen Geltung zu bringen, die Mitwirkung und Zustimmung Dritter erforderlich, deren Rechte durch den Inhalt des Vertrages berührt wurden, und verändert oder aufgehoben werden sollten. ¶ Zu dieser Auffassung ist man schon durch die Anerkennung des Rechtsgrundsatzes genöthigt, dass eine Aenderung der Erbfolge mit rechtlicher Wirkung nicht ohne Zustimmung der gleichzeitig vorhandenen an sich erbberechtigten Agnaten oder Cognaten und der verfassungsmässigen Landesvertretungen geschehen kann. ¶ Diese Auffassung wird aber auch durch den Inhalt des Vertrages selbst begründet. Dieser bezieht sich im Art. 1 selbst auf die Zustimmung von Agnaten und Cognaten, und behält im Art. III ausdrücklich die Rechte des Deutschen Bundes vor. Auch enthält der Vertrag nirgends eine Garantie der hohen Paciscenten für die Durchführung desselben oder auch nur eine Verpflichtung zu dieser, sondern lediglich die Verpflichtung, gegebenen Falles ihrerseits das Successionsrecht des Prinzen Christian anzuerkennen. ¶ Endlich wird diese Auffassung des Vertrages bestätigt durch diejenigen Schritte, welche die hohen Paciscenten und insbesondere Seine Majestät der König von Dänemark und dessen Regierung nach dem Abschlusse des Vertrages unternommen haben, um die erforderliche Zustimmung und Mitwirkung Dritter zu dessen Durchführung zu erlangen. ¶ Von allen anderen Schritten dieser Art abgesehen, soll hier nur die Vorlage des Vertragsinhaltes an den dänischen Reichstag durch die königliche Botschaft vom 4. October 1852 hervorgehoben werden, welche die Zustimmung des Reichstages beantragte. Erst nachdem diese Zustimmung, und zwar nicht ohne lange Verhandlungen, erreicht war, ist das neue Thronfolgesetz vom 31. Juli 1853 erlassen worden. Es wird wohl von keiner Seite bestritten werden, dass, wenn der dänische Reichstag seine Zustimmung versagt hätte, der Vertrag vom 8. Mai 1852 sofort als unausführbar sich dargesellt haben und hinfällig geworden sein würde, dass mithin auch sämtliche hohe Paciscenten nicht weiter an denselben gebunden gewesen sein würden. ¶ Was von der Zustimmung oder Ablehnung der dänischen Landesvertretung gilt, muss aber naturgemäss in gleicher Weise von der Zustimmung oder Ablehnung der verfassungsmässig berechtigten Vertretungen der übrigen unter dem Scepter Friedrich VII. vereinigt gewesenen Staaten und aller derjenigen gelten, deren Rechte durch den Vertrag vom 8. Mai 1852 berührt wurden und verändert oder aufgehoben werden sollten. ¶ Hiernach kommt es jetzt darauf an, sich klar zu machen, wer denn diese berechtigten Dritten waren und sind, von deren Zustimmung und Mitwirkung die Ausführbarkeit des Londoner Vertrages bedingt ist, und zu untersuchen, ob diese berechtigten Dritten alle ihre Zustimmung ertheilt haben.

## IV.

No. 1046.  
Deutscher  
Bund,  
11. Febr.  
1864.

Als diejenigen Dritten, deren Zustimmung zur Begründung der neuen, im Londoner Verträge enthaltenen Successionsordnung erforderlich erscheint, sind nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu betrachten:

- 1) alle diejenigen an sich erbberechtigten Agnaten oder Cognaten, welche nach den bisherigen gesetzlich begründeten Erbfolgeordnungen in irgend einem der unter dem Scepter Friedrich VII. vereinigt gewesenen Staaten vor dem Prinzen Christian von Glücksburg zur Erbfolge berufen waren und sind;
- 2) die verfassungsmässigen Landesvertretungen in den genannten Staaten, und
- 3) der Deutsche Bund, in so fern es sich um die unter seinen Schutz gestellten Rechte der deutschen Herzogthümer, ihrer Landesvertretungen und der in diesen Landen erbberechtigten Agnaten oder Cognaten handelt.

Die allgemeinen Rechtsgrundsätze haben aber auch schon durch einen besonderen Bundesbeschluss ihre Anwendung auf den vorliegenden Fall erhalten. Als nämlich die in dem Offenen Briefe Christian VIII. vom 8. Juli 1846 enthaltene Anregung einer neuen Successionsordnung eine Beschwerde der Stände des Herzogthums Holstein bei hoher Bundesversammlung veranlasst hatte, sprach diese in ihrem Beschlusse vom 17. September 1846 die Erwartung aus, dass der König von Dänemark bei endlicher Feststellung der in dem Offenen Briefe vom 8. Juli j. J. besprochenen Verhältnisse die Rechte Aller und Jeder, insbesondere aber die des Deutschen Bundes, erbberechtigter Agnaten und der gesetzmässigen Landesvertretung Holsteins beachten werde, und behielt sich die Geltendmachung ihrer verfassungsmässigen Competenz in vorkommenden Fällen vor. ¶ Der Fall dieses Vorbehaltes ist jetzt eingetreten. Die endliche Feststellung der im Offenen Briefe vom 8. Juli 1846 besprochenen Verhältnisse ist in dem Londoner Verträge angebahnt und will jetzt durch dessen Ausführung vollzogen werden. Es ist also jetzt das Recht und die Pflicht der Bundesversammlung, zu prüfen, ob und wie der Erwartung des Bundesbeschlusses vom 17. September 1846 entsprochen worden sei.

## V.

Was zunächst die Agnaten betrifft, so hat die Erklärung, welche König Christian VIII. am 7. September 1846 in der Bundesversammlung abgeben liess, selbst anerkannt, dass es Agnaten giebt, welche zur Succession sich berechtigt halten können, und dass eine Verständigung mit diesen nöthig sei. Auch spricht der Vertrag vom 8. Mai 1852 selbst im Artikel I von der Zustimmung des Hauptes der älteren Linie von Holstein-Gottorp. Auch sollen später noch Erklärungen und Verzichte der jüngeren Linie Holstein-Gottorp und von den älteren Brüdern des Prinzen Christian von Glücksburg erwirkt worden sein, wiewohl hierüber der hohen Bundesversammlung weder früher noch jetzt eine umfassende officiële Anzeige erstattet worden ist. Aber gerade in Bezug auf das Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, welches nach allen Regeln agnatischer Erbfolge die nach dem Erlöschen des Mannstammes des Königs Friedrich III.

No. 1046.  
Deutscher  
Bund,  
11. Febr.  
1864.

zunächst berufene Linie des gräflich-oldenburgischen und seit 1448 königlich-dänischen Hauses, als der Nachkommen Christian I., bildet, gerade in Bezug auf die augustenburgische Linie liegen keine Verzichte, sondern vielmehr Proteste gegen den Londoner Vertrag und dessen Ausführung vor. ¶ Zwar hat das Haupt dieser Linie unter dem 30. December 1852 eine Urkunde ausgestellt, auf Grund deren der bisherige königlich-dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Gesandte in der 37. vorjährigen Sitzung der Bundesversammlung vom 21. November allen Ansprüchen der augustenburgischen Linie auf Erbfolge ein für allemal vorbeugen zu können glaubte (Protokoll §. 272); allein diese Urkunde enthält, wie der dänische Premierminister Oersted bei Gelegenheit der Verhandlungen über das neue Thronfolgesetz im dänischen Reichsrathe im Juni 1853 auf besondere Frage ausdrücklich erklärt hat, keinen Verzicht auf Erbansprüche, und kann überdies nach anerkannten Rechtsgrundsätzen dem Erbrechte der zur Zeit ihrer Ausstellung bereits geborenen Descendenten des Herzogs Christian von Augustenburg nicht präjudiciren, noch weniger aber dem Erbrechte seiner Seitenverwandten. ¶ Von diesen anderen Gliedern der augustenburger Linie sind aber sogar förmliche Proteste gegen den Londoner Vertrag und das auf ihn gestützte dänische Thronfolgesetz vom 31. Juli 1853 eingelegt worden, und zwar von dem Prinzen Friedrich Emil August von Noer unter dem 24. März 1853 und von dem Erbprinzen Friedrich unter dem 15. Januar 1859. ¶ Dieser letztgenannte Prinz hat demgemäss auch jetzt in der Sitzung der Bundesversammlung vom 21. November v. J. (Protokoll §. 270) unter Vorlage einer Verzichtsurkunde seines Herrn Vaters zu seinen Gunsten vom 16. November v. J. seinen Regierungsantritt in Schleswig und Holstein anzuzeigen lassen, und unter Ausstellung einer Vollmacht für den Geheimen Rath von Mohl beantragt, dass er in die Führung der holsteinischen Stimme in der Bundesversammlung eingewiesen werde. ¶ Es ist nun zwar bekannt, dass gegen die Erbberechtigung des augustenburgischen Hauses im Allgemeinen mancherlei Einwendungen erhoben worden sind. Ebenso bekannt sind aber auch die zahlreichen Schriften, welche es sich zur Aufgabe gestellt haben, die rechtliche Geltung jener Erbansprüche nachzuweisen. Der Ausschuss wird nicht unterlassen, in seinem nächsten Vortrage sich hierüber erschöpfend zu äussern, und hält es nicht für nöthig, jetzt näher hierauf einzugehen, da ja die mangelnde Zustimmung der Agnaten nicht der einzige jenem Vertrage entgegenstehende Rechtsgrund ist.

#### VI.

Der gesetzmässigen Landesvertretung des Herzogthums Holstein ist der Londoner Vertrag und das Thronfolgesetz von 1853 so wenig zur Zustimmung vorgelegt worden, als den Landesvertretungen von Lauenburg oder Schleswig. Es würde daher selbst das Stillschweigen dieser Körperschaften nicht als Zustimmung gedeutet werden können. Dieselben haben aber sogar ausdrückliche Verwahrungen und Gegenerklärungen abgegeben. ¶ Den holsteinischen Ständen wurde eine Specialverfassung des Herzogthums vom 11. Juni 1854 vorgelegt, in deren §. 1 gesagt war, das Herzogthum bilde einen selbständigen Theil der dänischen Monarchie und sei mit derselben durch das unter dem 31. Juli erlassene Thronfolgesetz auf immer vereinigt. Dabei wurde von der Regierung erklärt,

dass die §§. 1—6 dieser Specialverfassung der Berathung der Stände entzogen seien. Hiergegen haben die Stände sofort Verwahrung eingelegt. ¶ Gleichwohl beharrte die dänische Regierung auf dem betretenen Wege und publicirte die Gesamtverfassung vom 2. October 1855. Gegen diese legten auch die lauenburgischen Stände am 17. November 1855 Verwahrung ein und erhoben Beschwerde bei der hohen Bundesversammlung, welche in der Sitzung vom 29. October 1857 einkam. ¶ Die hierauf erfolgten Verhandlungen und Bundesbeschlüsse sind bekannt. Sie hatten die Folge, dass König Friedrich VII. durch Patente vom 6. November 1858 sowohl die §§. 1—6 der Specialverfassung für Holstein vom 11. Juni 1854 als die Geltung der Gesamtverfassung vom 2. October 1855 für Holstein und Lauenburg aufhob. ¶ Aber auch die Stände von Schleswig haben unter dem 11. Februar 1860 Verwahrung eingelegt sowohl gegen die genannte Gesamtverfassung als gegen die Rechtsbeständigkeit der §§. 1—4 der Specialverfassung für Schleswig vom 15. Februar 1854, über welche sie nicht gehört worden waren, und in welchen ebenfalls das Thronfolagesetz vom 31. Juli 1853 als Richtschnur der Erbfolge und das Herzogthum als unzertrennliches Zubehör der dänischen Krone hingestellt war.

No. 1046.  
Deutscher  
Bund.  
11. Febr.  
1864.

#### VII.

Unter diesen Verhältnissen kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, dass der Deutsche Bund seine für die Durchführung des Londoner Vertrages in den deutschen Herzogthümern rechtlich unentbehrliche Zustimmung nicht ertheilen kann, ohne die Rechte der Agnaten und gesetzmässigen Landesvertretungen, zu deren Wahrung er nach seinen Grundverträgen und nach seinem Beschlusse vom 17. September 1846 verpflichtet ist, zu verletzen und die Rechte und Interessen dieser Bundeslande, wie der Gesamtheit des Bundes preiszugeben. ¶ In Bezug auf das Herzogthum Lauenburg tritt noch die Erwägung hinzu, dass in neuester Zeit andere Bundesglieder nicht blos ihre schon vor Jahren eingelegten Verwahrungen eventueller Erbrechte wiederholt haben, sondern dass auch Seine Hoheit der Herzog von Anhalt in der Sitzung vom 28. November v. J. (Prot. S. 283) mit dem Anspruche auf sofortige Nachfolge in dieses Herzogthum aufgetreten ist und den Schutz des Bundes dafür angerufen hat. So lange über diesen Anspruch nicht entschieden ist, kann jedenfalls auch bezüglich Lauenburgs von Zustimmung des Bundes zur Ausführung des Vertrages vom 8. Mai 1852 nicht die Rede sein.

#### VIII.

Wenn hiernach beantragt worden muss, dass die hohe Bundesversammlung dem für sie in keiner Weise bindenden Vertrage vom 8. Mai 1852 auch nachträglich ihre Zustimmung versage und die Ausführung desselben bezüglich der deutschen Herzogthümer abweise, so werden einem solchen Antrage auch die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen um so weniger entgegenzutreten veranlasst sein, als das ganze Verhalten der k. dänischen Regierung seit dem Vertragsabschlusse nicht blos auch vom Standpunkte der politischen Zweckmässigkeit aus dargethan hat, wie unausführbar sich jener Vertrag darstellt, sondern zugleich diejenigen Bedingungen unerfüllt gelassen und aufgehoben hat, unter welchen die beiden höchsten Regierungen sich zur Unterzeichnung des Ver-

trages verstanden hatten. ¶ Die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen haben in der 39. vorjährigen Sitzung vom 28. November (Prot. §. 286) erklärt, dass sie den Vertrag vom 8. Mai 1852 abgeschlossen haben, nachdem die Vorbedingungen desselben durch Verhandlungen mit Dänemark im Laufe der Jahre 1851/52 festgestellt worden waren, dass sie die Gesamtheit dieser Verabredungen als ein untrennbares Ganzes auffassen, welches durch den Londoner Vertrag seinen Abschluss erhalten habe, und dass sie zur Ausführung des Vertrages bereit seien, wenn die Krone Dänemark ihrerseits die vorgängigen Verabredungen ausführe, deren Verwirklichung eine Voraussetzung der Unterzeichnung des Vertrages durch Oesterreich und Preussen bilde. ¶ Es bedarf nun aber doch gewiss keines wiederholten ausführlichen Nachweises darüber, dass die Krone Dänemark ihre Verpflichtungen aus den Verabredungen von 1851/52 nicht erfüllt habe. Diesen Nachweis haben zunächst die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen selbst geliefert in derjenigen Mittheilung, welche sie der Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 29. October 1857 (Prot. §. 306) gemacht haben. Diesen Nachweis liefern sodann alle Verhandlungen und Beschlüsse der hohen Bundesversammlung bis zu denen vom 9. Juli, 1. October und 7. December v. J. und die in Folge derselben eingetretene Execution. Diesen Nachweis liefert endlich die Verwahrung, welche die genannten beiden höchsten Regierungen in der 37. vorjährigen Sitzung vom 21. November (Prot. §. 271) gegen das neue die Incorporation des Herzogthums Schleswig bezweckende Verfassungsgesetz vom 18. November v. J. eingelegt haben. ¶ In diesem Proteste wird dieses Gesetz als ein förmlicher Bruch der zwischen dem Deutschen Bunde und Dänemark getroffenen Stipulationen bezeichnet. Dieser Bruch ist aber gleichwohl inzwischen vollzogen worden. Das am 18. November von dem Könige sanctionirte Verfassungsgesetz für Dänemark und Schleswig ist bald nachher für das Herzogthum Schleswig promulgirt worden und ist dort mit dem 1. Januar 1864 in Vollzug getreten. ¶ In allen denkbaren Richtungen hat also die dänische Regierung die Verpflichtungen aus den Jahren 1851/52 verletzt, und es war die erste Regierungshandlung des durch den Londoner Vertrag, und nur durch diesen, berufenen Königs, diese Verletzung zu vollenden und sich jede Umkehr von diesem Wege unmöglich zu machen. ¶ Nach ihren eigenen Erklärungen sind also jetzt die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen von der Verpflichtung aus dem Londoner Vertrage frei, und gewiss werden sie nicht trotzdem noch auch in ihrer Eigenschaft als Bundesglieder daran festhalten wollen.

## IX.

Fasst man die rechtliche und politische Tragweite der bisher behandelten Frage der Stellung des Deutschen Bundes zu dem Vertrage vom 8. Mai 1852 in's Auge, so wird man es wohl begründet erachten, dass der Ausschuss sich gedrängt fühlt, vor Allem diese Frage der Entscheidung der hohen Bundesversammlung zu unterbreiten, und die Vortragerstattung über die Erbfolge in den deutschen Herzogthümern nach ihrer positiven Seite so lange auszusetzen, bis jene Entscheidung erfolgt ist. Der Ausschuss wird aber nicht unterlassen, auch diese positive Seite der Erbfolgefrage inzwischen schon in Berathung zu nehmen und

den Vortrag darüber so vorzubereiten, dass er in kürzester Frist nach Entscheidung über die dermaligen Ausschussanträge erstattet werden kann.

No. 1046.  
Deutscher  
Bund,  
11. Febr.  
1864.

Aus diesen Erwägungen stellt die Majorität des Ausschusses den Antrag:

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen:

- 1) dass der am 8. Mai 1852 zu London zum Zwecke der Begründung einer neuen Successionsordnung für die unter dem Scepter Seiner Majestät des Königs von Dänemark damals vereinigt gewesenen Staaten abgeschlossene Vertrag keinerlei verbindliche Kraft für den Deutschen Bund habe;
- 2) dass die Ausführung dieses Vertrages nicht blos durch die späteren Ereignisse und durch das eigene Verhalten der königlich-dänischen Regierung in Bezug auf die deutschen Herzogthümer unmöglich geworden, sondern auch der Bund nicht in der Lage sei, diesen Vertrag jetzt unter nachträglicher Anerkennung desselben zur Grundlage seiner Entschliessungen zu nehmen;
- 3) dass daher auch die in der 38. vorjährigen Sitzung vom 28. November zur Vorlage gekommene Vollmacht Seiner Majestät des Königs Christian IX. von Dänemark für den Geheimen Conferenzzath Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld aus diesem Titel nicht angenommen werden könne;
- 4) dass vielmehr der Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zu beauftragen sei, über die Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg zum Zwecke der Entscheidung über die vorliegenden Vollmachten mit möglichster Beschleunigung weiteren Vortrag zu erstatten, ohne dabei den Vertrag vom 8. Mai 1852 zur Grundlage zu nehmen.

---

Zwei Mitglieder des Ausschusses, die Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen, gaben nachstehendes Separatvotum ab: Die Gesandten von Oesterreich und Preussen vermögen dem vorliegenden Gutachten der Ausschussmajorität, weder was die Anträge noch was deren Motivirung angeht, beizupflichten; sie müssen sich vielmehr auf das entschiedenste gegen dessen Erstattung an hohe Bundesversammlung in seiner jetzigen Gestalt aussprechen und zugleich als nothwendig bezeichnen, dass die dem Ausschusse durch die Bundesbeschlüsse vom 28. November und 23. December v. J. zur Prüfung zugewiesene Erbfolgefrage, als ein ungetrenntes und nicht zu trennendes Ganzes, zum Gegenstande der Vortragserstattung gemacht werde. ¶ Diese Forderung rechtfertigt sich, wie durch den Auftrag selbst, so dadurch, dass die Erbfolgefrage am deutschen Bundestage ihre Erledigung erst dann findet, wenn mit Wiederaufhebung der Suspension der Stimmführung für Holstein und Lauenburg die Vertretung beider zum Deutschen Bunde gehörigen Herzogthümer in der Bundesversammlung zugelassen und anerkannt wird, was durch vorläufige Ausscheidung einer einzelnen der hierbei in Betracht kommenden Fragen nicht gefördert, sondern nur aufgehoben werden kann. ¶ Im Uebrigen beschränken sich die Gesandten

Im. 1852.  
Juni  
Sant.  
II. Febr.  
1854.

hier auf die folgenden Bemerkungen. ¶ Was den ersten der Anträge der Anschlusssmajorität, welcher dahin geht, dass der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 keinerlei verbindliche Kraft für den Deutschen Bund habe, anbetrifft, so halten sie diesen Ausspruch an der vorliegenden Stelle für überflüssig. ¶ Der Deutsche Bund hat an jenem Verträge nicht Theil genommen. Die beiden deutschen Mitpaciscenten desselben haben der hohen Bundesversammlung eine Mittheilung davon nicht gemacht und den Beitritt des Bundes nicht beantragt. Nur Seitens der königlich-grossbritannischen Regierung ist vor Kurzem der hohen Bundesversammlung nachrichtlich Kenntniss davon gegeben worden in einer Note, um deren Beurtheilung und Beantwortung es sich hier nicht handelt, die vielmehr anderweit Gegenstand der Berathung zu werden hat. ¶ Die Erbfolgefrage kann daher von Seiten des Deutschen Bundes zweifelsohne so behandelt werden, als ob der Londoner Vertrag gar nicht bestände, und es wird deshalb auch über denselben in dem hoher Bundesversammlung zu erstattenden Vortrage keine nähere Ausführung, sondern etwa nur die einleitende Erwähnung erfordert, dass der Deutsche Bund, weil er dem Londoner Verträge nicht beigetreten ist, auch durch denselben nicht behindert wird, die Erbfolgefrage innerhalb seiner verfassungsmässigen Competenz zu prüfen. ¶ Gleichermassen haben sie sich gegen den zweiten Antrag zu erklären. ¶ Wenn, wie oben nachgewiesen worden, der Deutsche Bund bei seiner Prüfung der Erbfolgefrage durch den Londoner Vertrag nicht gebunden oder beschränkt ist, so wird derselbe, ohne seine Zuständigkeit zu überschreiten, auch nicht in dem Falle sein, über die Ausführbarkeit oder Unausführbarkeit einer europäischen Transaction zu entscheiden, an welcher er nicht Theil genommen hat, und die von ihren nichtdeutschen Paciscenten in so fern bereits zur Ausführung gebracht worden ist, als dieselben Seine Majestät den König Christian IX. in der Thronfolge für alle unter dem Scepter Königs Friedrich VII. vereinigt gewesenen Lande anerkannt haben. ¶ Wollte aber der zweite Antrag etwa nicht die Unausführbarkeit des Vertrages überhaupt, sondern nur in der besonderen Beziehung auf das Herzogthum Holstein aussprechen, so würde dies, da, wie sogleich näher zu erwähnen ist, der Londoner Vertrag keine Erbrechte schaffen, sondern lediglich deren Anerkennung sichern wollte und konnte, doch nur durch die rechtlichen Verhältnisse der Erbfolge selbst begründet werden können. ¶ Diese rechtlichen Verhältnisse sollen aber erst Gegenstand einer Prüfung Seitens des Deutschen Bundes werden, deren Ergebniss nicht bei der Einleitung vorweg zu nehmen ist. Es kann von einem Verträge nicht behauptet werden, dass er die Rechte Dritter verletzt, bevor das Vorhandensein solcher Rechte nachgewiesen ist. ¶ Auch hieraus geht die Unmöglichkeit hervor, den einen Theil des Vortrages, als den negativen, von dem anderen, dem positiven, zu trennen. ¶ Der dritte Antrag leitet aus der im zweiten ausgesprochenen Unausführbarkeit des Londoner Vertrages ab, dass die in der Bundestags-Sitzung vom 28. November v. J. zur Vorlage gekommene Vollmacht für den Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld „aus diesem Titel nicht angenommen werden könne“. ¶ Hierbei, wie in dem ganzen Vortrage, wird von der irrthümlichen Annahme ausgegangen, dass der Erbanspruch Seiner Majestät des Königs Christian IX. sich auf den Londoner Vertrag gründe, und dass der



Londoner Vertrag mithin die Quelle seines Rechtes sei. ¶ Weder in der Vollmacht für den Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld, noch in dem Offenen Briefe über die Thronbesteigung Königs Christian IX., noch endlich in der von dieser bereits in der Bundestags-Sitzung vom 21.<sup>o</sup> November v. J. (§. 269 des Protokolls) gemachten Anzeige wird des Londoner Vertrages als eines Rechtstitels für diese Thronbesteigung gedacht, und in der That ist derselbe auch keine Rechtsquelle, welche Recht für Dänemark oder die Herzogthümer schaffen konnte und wollte. Es ist derselbe vielmehr eine völkerrechtliche Transaction, durch welche die Contrahenten sich verbanden, ein Recht anzuerkennen, welches der König von Dänemark, Herzog von Holstein und Lauenburg als bereits vorhanden aufstellte. ¶ Zu den als vorhanden angenommenen Grundlagen dieses Rechtes gehören u. a. die Entsagung des Prinzen Friedrich von Hessen und der anderen Berechtigten, die Rechtsübertragung von Seiten der Gottorpischen Linie des Hauses Holstein auf die Glücksburgische Linie desselben Hauses, der allodiale Charakter des Besitztitels für Theile der Herzogthümer Holstein und Schleswig, endlich ausdrückliche und stillschweigende Entsagungen concurrirender Erbprätendenten. Durch diese Erwägungen, für deren erschöpfende Anführung hier nicht der Ort ist, wurden die Unterzeichner des Londoner Vertrages veranlasst, das Erbrecht des jetzigen Königs Christian IX. anzuerkennen, wie es demnächst in dem alle Theile der Monarchie umfassenden Thronfolgesetze vom 31. Juli 1853 festgestellt worden ist. ¶ Auf jene Entsagungen und Rechtsübertragungen und auf dieses auch in der dem Ausschusse vorliegenden Erklärung der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung vom 21. November vorigen Jahres (§. 274 des Prot.) in Bezug genommene Thronfolgesetz, nicht auf den Londoner Vertrag selbst, stützt der König Christian IX. seine Erbansprüche, sowohl überhaupt als namentlich dem Deutschen Bunde gegenüber. ¶ Ob und in wie weit Derselbe durch den Londoner Vertrag berechtigt ist, von allen Contrahenten desselben die Anerkennung seines Rechtes als eine bereits feststehende und im Voraus gegebene zu fordern, oder in wie weit einzelne der Compaciscenten sich berechtigt erachten können, ihre Verpflichtung als gelöst anzusehen, deshalb die Anerkennung zu verweigern oder an Bedingungen zu knüpfen, ist eine ganz andere Frage, die mit der Prüfung des Rechtes als solchen nichts gemein hat. ¶ Also wird auch in dieser Hinsicht der Deutsche Bund die Rechtsbeständigkeit und Verbindlichkeit des Londoner Vertrages nicht in den Kreis seiner Prüfungen zu ziehen haben. ¶ Dagegen wird die Frage Gegenstand seiner Prüfung sein können: ob und in wie weit die dem gedachten Thronfolgesetz vom 31. Juli 1853 zu Grunde liegenden Verzichte des Prinzen Friedrich von Hessen für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg oder für Theile des erstgenannten Herzogthums eine Bedeutung haben, in so fern etwa auf solche einzelne Theile die cognatische Erbfolge des dänischen Königshauses eine Anwendung finden könnte? Ferner die Frage: welches, so lange die Gottorpische Linie des Hauses Holstein noch blüht, die Wirkung der von dieser Linie ausgestellten Verzichte in Betreff der jetzt in Rede stehenden Thronfolge und dagegen erhobener agnatischer Ansprüche sei? Nicht minder wird es sich fragen: ob, in so weit die cognatische Succession wirklich aus-

No. 1046.  
Deutscher  
Bund.  
11. Febr.  
1864.

No. 1046.  
Deutscher  
Bund,  
11. Febr.  
1864.

geschlossen, auch die Erbfolge nach der Primogeniturordnung in den Herzogthümern rechtsverbindlich eingeführt worden ist? Wäre dies nicht der Fall, so würden nach deutschem Fürstenrechte gleich nahe Erben auch gleich berechtigt sein. ¶ Die betreffenden Urkunden hierüber werden dem Bunde vorgelegt werden müssen. ¶ Ebenso ist es Gegenstand der Prüfung des Bundes: ob das Thronfolgesetz in den deutschen Herzogthümern ohne vorgängige Mitwirkung ihrer Landstände habe mit Gesetzeskraft publicirt werden können, oder ob die Stände ein bestimmtes Recht gehabt haben, bei einer Veränderung der Thronfolge ihre Zustimmung zu geben oder wenigstens vorher darüber gehört zu werden? ¶ Dies sind Theile der negativen Seite einer erschöpfenden Prüfung der Erbfolgefrage, welche der positiven Entscheidung darüber, wer denn der Nächstberechtigte sei, vorangehen können. ¶ Ueberdies kommt es zunächst und vor Allem auf die sorgfältige und vollständige Begründung und Umgrenzung der Competenz hoher Bundesversammlung in der Sache an. ¶ Wie bei der Bundestags-Verhandlung vom Jahre 1846 über die holsteinische Sache in dem Ausschussvortrage vom 17. September (28. Sitz., §. 264, S. 708 d. Prot.) die Competenzbegründung, nach Massgabe der Sachlage, für jede Eventualität vorbehalten worden ist und stattgefunden haben würde, so ist auch jetzt von derselben, in Bezug auf die dermalen vorliegenden Verhältnisse, auszugehen. ¶ Es ist dies unumgänglich, da über Erbfolgefragen in fürstlichen Häusern zunächst die Hausgesetze derselben und die Verfassungsgesetze der betreffenden Lande entscheiden, eine ausnahmsweise Zuständigkeit hoher Bundesversammlung also, bei dem Schweigen der Bundesgrundgesetze hierüber, der besonderen Rechtfertigung gegen jeden voraussetzlichen Widerspruch bedarf. ¶ Es wird ferner auch die Nachweisung des Weges erfordert, wie für die Geltendmachung der Gegenansicht, für die eigentlich contradictorische Erörterung des von Bundeswegen anzuerkennenden Rechtes, in geeigneter Weise Raum zu geben und wie, in so weit es auf Begründung des Anspruches oder Widerspruches durch authentische Documente ankommt, deren Producirung und die Prüfung ihrer Aechtheit zu veranlassen ist. ¶ Endlich muss noch in Bezug auf den Abschnitt VII des Vortrages erwähnt werden, dass eine von dem Herzogthume Lauenburg vorerst absehende Vortrags-erstattung schon deshalb als unzulässig erscheint, weil die Stimmführung für dieses Herzogthum in der Bundesversammlung, ohne jede Ausscheidung, mit der von Holstein unzertrennlich verbunden war, also auch die Erörterung über die Erbfolge in Lauenburg nicht ausgesetzt, sondern, aller Verschiedenheit der dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkte ungeachtet, gleichzeitig mit der in Holstein ins Auge gefasst werden muss.

Aus diesen Gründen haben die Gesandten sich gegen die vier Anträge der Ausschussmehrheit zu erklären und zu beantragen:

Hohe Bundesversammlung wolle

- 1) diese Anträge ablehnen, und
- 2) den Ausschuss beauftragen, in Vollziehung der Bundesbeschlüsse vom 28. November und 23. December v. J., auf die Prüfung der

Erbfolgefrage selbst für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg und der damit zusammenhängenden Vorfragen einzugehen.

No. 1046.  
Deutscher  
Bund.  
11. Febr.  
1864.

Ein Ausschussmitglied, der grossherzoglich-mecklenburgische Herr Gesandte, legte seine Ansichten in folgendem Separatvotum nieder: Der Gesandte von Mecklenburg sieht sich, ohne sich dem von den Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen eingebrachten Minoritätsantrage in seiner Begründung anschliessen zu können, durch Erwägungen verschiedener Art, welche zum Theil dem Gebiete des Rechts, zum grösseren Theil aber dem Gebiete der politischen Reflexion angehören, behindert, dem Majoritätsantrage beizutreten. ¶ In ersterer Hinsicht ist zu bemerken, dass es eine an sich ungewöhnliche und in ihren Consequenzen bedenkliche Behandlungsform für die Lösung einer Rechtsfrage ist, wenn man über eine einzelne der möglicherweise für die Entscheidung in Betracht kommenden Rechtsquellen, ganz getrennt von der weiteren Erörterung der Frage, vorweg der Art aburtheilt, dass man sich durch Verwerfung derselben die Hände bindet. Ein Rechtsspruch, und namentlich ein solcher, welcher wie der hier zur Frage stehende einen positiven Inhalt haben muss, und nicht mit einem „non liquet“ abschliessen darf, muss, will er nicht von vornherein einen gewissen Schein der Parteilichkeit auf sich laden, ein Product der neben einander gestellten Abwägung aller für und wider sprechenden Momente sein, und darf nicht derartig zu Stande kommen, dass man, wie es nach der von der Majorität gewählten Behandlungsform den Anschein gewinnt, den Kreis der zu Rathe zu ziehenden Rechtsquellen nach und nach enger begrenzt, damit schliesslich nur noch ein bestimmter Ausgangspunkt übrig bleibe. Die Aufgabe, welche dem Ausschusse gestellt ist, geht principaliter auf die Erörterung und Feststellung der Erbfolgefrage, nicht auf eine Cognition über den rechtlichen Werth und die verbindende Kraft des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852, und wenn es auch unter Umständen Sache des Ausschusses sein wird, sich bei der Feststellung des Erfolgerechts über den in Rede stehenden Vertrag auszulassen, so dürfte es doch misslich und jedenfalls nicht genügend motivirt erscheinen, die drei unter 1 — 3 des Majoritätsantrages zur Annahme empfohlenen Negativen anticipando zum Beschlusse zu erheben. ¶ Zu dem vorstehenden, besonders aus allgemeinen Grundsätzen entlehnten Bedenken kommt nun noch das besondere Moment hinzu, dass es nicht politisch zweckmässig erscheinen dürfte, in dem jetzigen Stadium dieser Rechtsfrage mit einem Urtheile über den Londoner Vertrag, wie solches im Majoritätsantrage entwickelt, vorzugehen. ¶ Wenn es an sich schon nicht unberücksichtigt bleiben darf, dass, abgesehen von den beiden deutschen Grossmächten, auch andere Mitglieder des Deutschen Bundes dem Londoner Vertrage nicht fern geblieben sind, ihn vielmehr zum Theil ausdrücklich genehmigt haben, so muss doch noch der gleichzeitigen europäischen Stellung dieser beiden deutschen Grossmächte eine besondere Rechnung getragen werden. Des Gewichtes dieser europäischen Stellung hat der Bund in seiner jetzigen, verhältnissmässig nur losen Centralverfassung in allen europäischen Fragen nicht zu entrathen vermocht, und es dürfte dem Geiste und der Tendenz der Bundesverträge

No. 1046.  
Deutscher  
Bund,  
11. Febr.  
1864.

nicht entsprechen, wenn von dieser Grossmachtstellung kein Act genommen, vielmehr eine gewisse Provocation gegen dieselbe ohne eine genügende Veranlassung beschlossen werden sollte. ¶ Von einer selbständigen Erörterung über das Londoner Protokoll, an dessen Entstehung der Deutsche Bund keinen Antheil genommen, kann zur Zeit um so mehr Abstand genommen werden, als die hohe Bundesversammlung noch nicht einmal von kompetenter Stelle aufgefordert ist, demselben beizutreten; es steht daher in keiner Weise die nachträgliche Anerkennung desselben zur Frage, und es soll nur fern gehalten werden, dass nicht durch einen unzeitigen Ausspruch bezüglich desselben ohne Noth Verwicklungen zwischen den beteiligten europäischen Grossmächten herbeigeführt werden. ¶ Aus dem Vorstehenden justificirt sich der Antrag, dass der Majoritätsantrag, dessen drei erste Positionen, wie oben ausgeführt, nur negative Aussprüche enthalten, während der Satz unter 4 insofern möchte hinwegfallen können, als der Ausschuss es selbst in seiner Macht hat, die Erbfolgefrage so beschleunigt, wie ihm solches thunlich erscheint, zur Erledigung vorzubereiten, ohne dazu eines neuen Auftrages Seitens der hohen Bundesversammlung zu bedürfen, nicht zum Beschlusse erhoben, vielmehr dem Ausschusse aufgegeben werde, die ihm gemachte Auflage in einer anderen, und zwar sofort in einer umfassenden Weise zu erledigen.

Es wurde beschlossen, über die Anträge der Majorität und der Minorität des Ausschusses in vierzehn Tagen abzustimmen.

## No. 1047.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Zwölfte Sitzung vom 25. Febr. 1864. —

(§. 76.) Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, insbesondere Regelung der Verhältnisse der Bundesexecution in Holstein.

No. 1047.  
Deutscher  
Bund,  
25. Febr.  
1864.

Oesterreich und Preussen. Durch Beschluss vom 1. October v. J. hat die hohe Bundesversammlung bestimmt Ziffer II. 2 :

„die höchsten Regierungen von Sachsen und Hannover zu veranlassen, den Civilcommissären eine Truppenabtheilung von etwa 6000 Mann in zwischen ihnen zu verabredender Zusammensetzung beizugeben; zugleich aber auch die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen zu ersuchen, in Gemeinschaft mit denen von Königreich Sachsen und Hannover zur sofortigen Unterstützung der gedachten Truppenabtheilung im Falle thatsächlichen Widerstandes gegen die Executionsvollstreckung überlegene Streitkräfte bereit zu halten.“

In Folge dieses Beschlusses haben die vier mit der Vollstreckung der Execution beauftragten Regierungen unter einander die zur Ausführung erforderlichen militärischen Verabredungen getroffen, und diese sind von der hohen

Bundesversammlung genehmigt worden, indem dieselbe am 7. December v. J. beschlossen hat:

No. 1047.  
Deutscher  
Bund,  
25. Febr.  
1864.

Ziffer 2: „die genannten Regierungen hiervon durch ihre Herren Gesandten in Kenntniss zu setzen und denselben die geeignete Eröffnung an die königlich-dänische Regierung, sowie die Ausführung jener Massregeln nach Massgabe der inzwischen von ihnen getroffenen militärischen Verabredungen anheimzugeben.“

Durch diese Verabredungen war festgesetzt worden, dass Oesterreich und Preussen eine erste Reserve von je 5000 Mann an der holsteinischen Grenze aufstellen und dass die Reserven behufs eventueller schleuniger Heranziehung unter den Befehl des königlich-sächsischen Obergenerals der Executions-truppen gestellt werden sollten, dass aber die beiden genannten Regierungen für den Fall eines durch fernere feindliche Haltung der königlich-dänischen Regierung und Bedrohung des Herzogthums Holstein herbeigeführten grösseren Conflicts überlegene Streitkräfte von wenigstens je einem Armeecorps in's Feld stellen, und dass alsdann der Oberbefehl über die sämmtlichen vereinigten Streitkräfte der Verständigung zwischen Oesterreich und Preussen anheimgegeben werden solle. ¶ Die unmittelbare Ausführung der Execution hat ohne Widerstand in Holstein stattgefunden, so dass es möglich gewesen ist, die Truppen, welche damals die ersten Reserven bildeten, aus Holstein herauszuziehen und mit den anderen Heeresabtheilungen von Oesterreich und Preussen in das Herzogthum Schleswig einrücken zu lassen. ¶ Die seitdem eingetretenen Ereignisse, welche mit der Aufbringung deutscher Schiffe durch dänische Kreuzer von dänischer Seite die Gestalt voller Kriegsführung angenommen haben, lassen ebensowohl die Executionstruppen in Holstein als das Heer der Verbündeten in Schleswig als bedroht erscheinen, und schon jetzt werden erstere gegen Angriffe von Norden her nur durch die Occupation des Herzogthums Schleswig durch österreichische und preussische Truppen gedeckt. Insofern dadurch, wie dies auch durch den königlich-sächsischen Antrag vom 13. Februar d. J. anerkannt wird, das Bedürfniss einer verstärkten Besetzung Holsteins hervortritt, sind zu diesem Zwecke, den oben gedachten Bundesbeschlüssen gemäss, zunächst Oesterreich und Preussen berufen, das Executionscorps unter Generalleutenant von H a k e wieder auf die erforderliche Stärke zu bringen, also die erwähnten, von ihnen disponibel gehaltenen ersten Reserven von je 5000 Mann in Holstein aufzustellen. ¶ Es ist aber damit zugleich der weiter vorgesehene Fall eingetreten, dass die von Oesterreich und Preussen bereit gehaltenen „überlegenen Streitkräfte“, die zur Deckung der Executionsaufstellung im Norden sich in Activität befinden, zu demjenigen Zusammenwirken mit den übrigen Bundes-Executionstruppen berufen sind, welches nach Massgabe der getroffenen Verabredungen der gemeinsame und einheitliche Oberbefehl bedingt, über den Oesterreich und Preussen sich verständigt haben. ¶ Die Gesandten von Oesterreich und Preussen sind angewiesen, noch besonders hervorzuheben, wie dringend nothwendig vom bloß militärischen Gesichtspunkte aus diese Einheit des militärischen Oberbefehls für die in den beiden Herzogthümern Holstein und Schleswig aufgestellten

Der Schutz gegen feindliche Angriffe, das dazu nöthige Inein-  
 anderwirken der strategischen Operationen und der Erfolg des offensiven wie  
 des defensiven Kampfes gegen den gemeinsamen Gegner können nur durch die ein-  
 stimmige Leitung gesichert werden. ¶ Die Regierungen von Oesterreich und  
 Preussen finden diese Massregel in den bereits von der hohen Bundesversamm-  
 lung genehmigten Verabredungen, deren Voraussetzungen jetzt eingetroffen sind,  
 begründet. Sie wünschen aber um so mehr eine nochmalige Gutheissung der-  
 selben durch die hohe Bundesversammlung, als dadurch zugleich allen weiteren  
 Irrungen und Missverständnissen, wie sie bei neuerlichen Vorgängen in Altona  
 stattgefunden haben, vorgebeugt und das ganze Verhältniss dauernd regularisirt  
 werden würde. ¶ Sie sehen es zugleich als selbstverständlich an — wie dies  
 schon in dem Ausschussvortrage vom 19. September v. J. ausgesprochen ist —,  
 dass nunmehr auch die Regierungen von Oesterreich und Preussen je einen  
 Civilcommissär ernennen, welche in Gemeinschaft mit dem königlich-sächsischen  
 und dem königlich-hannöverischen Commissarius die Verwaltung des Herzog-  
 thums Holstein zu leiten und in den gemeinsamen Angelegenheiten die Bezie-  
 hungen zur Verwaltung Schleswigs zu vermitteln haben würden. ¶ Auf Grund  
 des Vorangeschickten und in der Hoffnung auf Zustimmung ihrer Bundes-  
 genossen, beantragen die Regierungen von Oesterreich und Preussen:

- 1) hohe Bundesversammlung wolle sich, mit Bezug auf die in dem  
 Bundesbeschlusse vom 7. December v. J., Ziffer 2, angezogenen und  
 genehmigten Verabredungen der vier Regierungen, damit einver-  
 standen erklären, dass nunmehr der Oberbefehl über die in Holstein  
 aufgestellten Executionstruppen an den Oberbefehlshaber der ver-  
 einigten österreichisch-preussischen Streitkräfte übergehe;
- 2) hohe Bundesversammlung wolle hiervon den Regierungen von  
 Sachsen und Hannover mit dem Ersuchen um Ertheilung der ge-  
 eigneten Weisungen an ihre Militärbefehlshaber durch ihre Herren  
 Gesandten Kenntniss geben;
- 3) hohe Bundesversammlung wolle die Bestellung zweier weiteren Civil-  
 commissäre für Holstein durch Oesterreich und Preussen genehmigen  
 und der Anzeige über die Ernennung derselben entgegensehen.

Präsidium schlägt vor, über den vorliegenden Antrag die In-  
 structionen der höchsten und hohen Regierungen binnen acht Tagen einzuholen.

Oesterreich und Preussen: treten dem Präsidialvorschlage bei.  
 Baiern. Der Gesandte stimmt für Verweisung des Antrages von  
 Oesterreich und Preussen an die vereinigten Ausschüsse.

Königreich Sachsen: desgleichen.

Hannover: tritt dem Präsidialvorschlage um so mehr bei, als hier-  
 durch auch die Verweisung an die Ausschüsse nicht ausgeschlossen ist.

Württemberg und Baden: wie Baiern.

Kurhessen: stimmt dem Präsidialvorschlage zu.

Grossherzogthum Hessen: erklärt sich für Verweisung an die  
 Ausschüsse.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte enthält sich der Abstimmung.

No. 1047.  
Deutscher  
Bund,  
25. Febr.  
1864.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Der Gesandte tritt dem Präsidialvorschlage unter der Voraussetzung bei, dass dadurch die Verweisung an die Ausschüsse nicht ausgeschlossen werde.

Braunschweig und Nassau: wie Baiern.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesandte stimmt dem Präsidialvorschlage zu.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg: wie Baiern.

Die sechszehnte und die siebenzehnte Stimme traten dem Präsidialvorschlage bei.

Hiernach wurde beschlossen:

über den obigen Antrag von Oesterreich und Preussen die Instructionen der höchsten und hohen Regierungen binnen acht Tagen einzuholen.

(§. 79.) Einberufung der holsteiner Stände.

Königreich Sachsen und Württemberg. Die Bundescommissäre für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg haben unter dem 26./28. Januar hoher Bundesversammlung angezeigt, dass die Convocation der holsteinischen Stände bei ihnen schon zu verschiedenen Zeiten und von mehreren Seiten in Anregung gebracht worden sei, ohne dass sie ihrerseits darauf einzugehen zur Zeit hinreichende Veranlassung hätten finden können. Gegenwärtig hätte aber auch die Landesregierung, gestützt auf die Dringlichkeit, mehrere wichtige Landesangelegenheiten zur Erledigung zu bringen, die Zusammenberufung der Stände in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, wie sie aus den vor mehreren Jahren auf Grund des jetzt noch gültigen Wahlgesetzes vorgenommenen Wahlen hervorgegangen ist, amtlich und dringend beantragt. ¶ Die Herren Bundescommissäre bestätigen nicht nur in diesem Berichte, dass dringende Angelegenheiten der Landesverwaltung vorliegen, wozu namentlich die Verordnung über die Competenz und die instructionsmässige Wirksamkeit der Regierung in Kiel, ferner die Verordnung über die Zolllinie an der Eider, sowie einzelne finanzielle Angelegenheiten bezüglich der Universität Kiel und anderer Anstalten gehörten, sondern haben auch neuerdings mit Bericht vom 13./16. d. M. darauf hingewiesen, dass das Budget für das mit dem 1. April d. J. beginnende Finanzjahr den Ständen vorzulegen sei. Sie wünschen die Zustimmung hoher Bundesversammlung zu der von ihnen beabsichtigten Einberufung der holsteinischen Stände. ¶ Da nun durch die über ein Bundesland verhängte Execution dessen Verfassung keineswegs suspendirt wird, und eine solche Suspendirung auch gewiss nicht in der Absicht hoher Bundesversammlung liegen kann, so hat auch das Herzogthum Holstein Anspruch auf die allseitige Ausführung seiner Verfassung und mithin auf die verfassungsmässige Thätigkeit seiner Stände. ¶ Die königl. Regierungen von Sachsen und Württemberg, welche aus diesem Grunde und unter den von den Herren Bundescommissären angezeigten Umständen dafür halten, dass die

Am 24. Febr.  
Präsident  
Samm.  
28. Febr.  
1864.

Einberufung der holsteinischen Stände allerdings geboten sein möchte, stellen  
dabei den Antrag:

Hohe Bundesversammlung wolle den Bundescommissären für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg ihre Zustimmung zu der von ihnen beabsichtigten Einberufung der holsteinischen Stände zu erkennen geben.

Zugleich sind die Gesandten angewiesen worden, hiermit den ferneren Antrag zu verbinden:

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen, die Abstimmung über diesen Antrag demnächst, ohne vorhergehende Verweisung an den Ausschuss, stattfinden zu lassen.

Präsidium schlägt vor, den vorliegenden Antrag den vereinigten Ausschüssen zuzuweisen.

#### Umfrage.

Oesterreich und Preussen. Die Gesandten haben bestimmt die Verweisung des vorliegenden Antrages an die vereinigten Ausschüsse zu befürworten, welche in Folge der Berichte der Civilcommissäre in Holstein über diesen Gegenstand mit demselben schon beschäftigt sind und deren Vortragserstattung ohne Zweifel nur wegen der Schwierigkeiten einen Aufschub erlitten hat, die dafür aus den wesentlichen Bedenken hervorgehen, welche der von den Civilcommissären in Vorschlag gebrachten Massregel entgegenstehen. ¶ Sie halten dafür, dass vor jeder Beschlussfassung in der Sache hoher Bundesversammlung gegenüber den Seitens der Civilcommissäre angeführten Gründen ebensowohl die principiellen Bedenken, die gegen den Zusammentritt der Stände während der gegenwärtigen durch die Bundesexecution bedingten transitorischen Verhältnisse erhoben werden, als die dringenden Motive, die namentlich im jetzigen Augenblicke eine Landtags-Eröffnung in Holstein als völlig inopportun erscheinen lassen, vollständig vorzutragen sind.

Baiern. Der Gesandte spricht sich gegen Verweisung an die vereinigten Ausschüsse aus, weil die in denselben bisher schon über diese Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen eine solche Getheiltheit der Ansichten ergeben haben, dass eine baldige Vortragserstattung nicht zu erwarten sein würde.

Königreich Sachsen. Der Gesandte bezieht sich auf den von ihm gestellten Antrag.

Hannover: stimmt dem Präsidialantrage zu.

Württemberg. Der Gesandte nimmt Bezug auf den von ihm gestellten Antrag.

Baden: stimmt gegen die Verweisung an die Ausschüsse.

Kurhessen: tritt dem Präsidialantrage bei.

Grossherzogthum Hessen: stimmt gegen die Verweisung an die Ausschüsse.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte enthält sich der Abstimmung.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser.



Der Gesandte stimmt für die Curie gegen die Verweisung an die Ausschüsse, tritt aber für Sachsen-Altenburg dem Präsidialantrage bei.

No. 1047.  
Deutscher  
Bund,  
25. Febr.  
1864.

Braunschweig und Nassau. Der Gesandte stimmt gegen die Verweisung an die Ausschüsse.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesandte schliesst sich dem Präsidialantrage an.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der Gesandte stimmt gegen die Verweisung an die Ausschüsse und erklärt sich für eine Fristbestimmung.

Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Für die Curie stimmt der Gesandte dem Präsidialantrage zu, für Reuss jüngere Linie und Waldeck muss er sich gegen denselben erklären.

Freie Städte. Der Gesandte tritt für die Curie dem Präsidialantrage bei, für Frankfurt stimmt er gegen denselben.

Nachdem der Präsidialantrag somit nicht angenommen worden war, wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen: über den Antrag von Königreich Sachsen und Württemberg in vierzehn Tagen abzustimmen.

(§. 80.) Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg, insbesondere Stellung des Deutschen Bundes zu dem Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852.

Präsidium hält Umfrage über die von der Majorität und der Minorität des Ausschusses für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit in der 9. Sitzung vom 11. d. M. (Prot. §. 63) eingebrachten Anträge bezüglich der Stellung des Deutschen Bundes zu dem Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852.

Oesterreich und Preussen. Indem die Gesandten sich auf das Separatvotum beziehen, welches sie zu dem Gutachten der Mehrheit des Ausschusses für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit abzugeben in dem Falle gewesen sind, fassen sie die dort geltend gemachten Hauptgesichtspunkte in dem Folgenden nochmals kurz zusammen. ¶ Die Verbindlichkeit des Londoner Vertrags vom 8. Mai 1852 für den Deutschen Bund, welcher an diesem Vertrage nicht Theil genommen hat, wird von keiner Seite behauptet, und es bedarf deshalb auch keiner besonderen Erklärung hoher Bundesversammlung hierüber. ¶ Eben so wenig liegt die Frage über einen nachträglichen Beitritt des Deutschen Bundes zu jenem Vertrage zur Beantwortung vor, und es wird daher auch deshalb keine Aeusserung erfordert. ¶ Ferner werden aus dem Titel des Londoner Vertrags die Ansprüche des Königs Christian IX. von Dänemark auf Succession in Holstein und Lauenburg und auf Zulassung seines Gesandten in hoher Bundesversammlung nicht abgeleitet, und sind demzufolge Seitens der letzteren nicht aus solchem Titel in Abrede zu stellen. ¶ Endlich steht dem Deutschen Bunde darüber, ob der Londoner Vertrag, welcher sich gleichermassen auf die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Theile der dänischen Monarchie bezieht, im Allgemeinen ausführbar oder unausführbar sei, eine entscheidende Competenz nicht zu, und es ist schon deshalb ein Ausspruch hoher Bundesversammlung hierüber zu vermeiden. ¶ Aus diesen Gründen haben die

No. 1047.  
Deutscher  
Bund,  
25. Febr.  
1864.

Gesandten gegen die Anträge der Ausschussmehrheit und mit dem oben gedachten Separatvotum dahin zu stimmen :

dass der Ausschuss zu einer Berichterstattung über die Successionsfrage selbst, namentlich darüber angewiesen werde, in wie fern die durch den Bundesbeschluss vom 17. September 1846 vorbehaltene Competenz des Bundes verfassungsmässig begründet sei, und auf welchem Wege die Erbansprüche, unter Vortragung der betreffenden Rechtstitel und Ausführung der beiderseitigen Rechtsgründe in contradictorischem Verfahren, zur Erörterung gebracht werden könnten.

**Baiern.** Der Gesandte stimmt den Majoritätsanträgen mit dem Beifügen zu, dass die königl. Regierung sich weitere Anträge zu sofortiger Herbeiführung einer definitiven Beschlussfassung bezüglich der Erbfolge in Holstein vorbehalte, falls der Ausschuss nicht binnen acht Tagen den von ihm verlangten Vortrag erstatten wird.

**Königreich Sachsen.** Die königl. Regierung stimmt den Anträgen der Ausschussmajorität zu, will aber nicht unterlassen, zu erwähnen, dass sie die dagegen von den Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen erhobenen Einwendungen der Erwägung unterzogen, jedoch dadurch sich nicht hat bestimmt fühlen können, gegen obige Anträge zu stimmen. ¶ Was nämlich den Einwand ad 1 betrifft, so konnte die von der Ausschussmajorität vorgeschlagene Erklärung, der Londoner Vertrag habe für den Deutschen Bund keine rechtsverbindliche Kraft, nicht völlig überflüssig erscheinen, nachdem die deutschen Regierungen wiederholt und namentlich in der Circularnote der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen vom 4. December v. J. auf jenen Vertrag hingewiesen worden sind. ¶ Der Einwand ad 2 dagegen macht es allerdings erforderlich, sich über Sinn und Bedeutung des Antrages, wie die königl. sächsische Regierung ihn versteht, auszusprechen. Es kann sicherlich nicht die Absicht sein, über Ausführbarkeit und Unausführbarkeit einer Transaction, an welcher man nicht Theil genommen, den nichtdeutschen Paciscenten derselben gegenüber Erklärungen abgeben zu wollen. Wohl aber steht es dem Bunde zu, bei Entscheidung der Frage, ob er, Angesichts vorliegender rechtlicher Ansprüche auf die Regierungsnachfolge zunächst im Herzogthum Holstein, und mit Rücksicht auf Erfahrungen und Ereignisse, die ihn unmittelbar berühren, in der Lage sei, jener für ihn nicht verbindlichen europäischen Transaction nachträglich beizutreten, diese Frage entschieden zu verneinen, und es wird ihm dazu eine dringende Veranlassung durch die Einwendung gegeben, „jene Transaction sei bereits von ihren nichtdeutschen Paciscenten in so fern zur Ausführung gekommen, als dieselben Se. Majestät den König Christian IX. in der Thronfolge für alle unter dem Scepter des Königs Friedrich VII. vereinigt gewesenen Lande anerkannt hätten.“ Denn wenn es nicht Sache des Bundes sein mag, in europäische Transactionen, bei denen er nicht betheilig ist, sich einzumischen, so ist es dagegen Pflicht für ihn, der Voraussetzung zu widersprechen, als könnten europäische Transactionen, die ohne seine Zustimmung über ein deutsches Bundesland verfügen, dadurch Kraft erlangen, dass nichtdeutsche Paciscenten sie durch Anerkennung zur Ausführung bringen. ¶ Was endlich den Einwand ad 3 betrifft, so wird ein Eingehen auf

die daran geknüpften Ausführungen durch die eigene Auffassung, die derselben zu Grunde liegt, überflüssig gemacht. Da nämlich solche Ansprüche, welche Se. Majestät der König Christian von Dänemark aus dem Titel des Erbrechts in Bezug auf die Regierungsnachfolge in den deutschen Herzogthümern geltend zu machen hätte, in dem von dem Ausschusse noch weiter zu erstattenden Vortrage ihre Erörterung und Erledigung zu finden haben, so wird diesen Ansprüchen durch eine Beurtheilung des Werths, welchen der Londoner Vertrag, als solcher, denselben verleihen kann, nicht vorgegriffen und es fällt bei näherer Betrachtung der gegen den Antrag 3 erhobene Einwand mit demselben vollständig zusammen, indem beide zu dem Resultate gelangen, dass der König Christian IX. ein Erbrecht in Holstein auf den Titel des Vertrages nicht zu begründen habe. ¶ Die königl. Regierung stimmt somit den Anträgen der Majorität des Ausschusses bei, indem sie sich weitere Anträge zu sofortiger Herbeiführung einer definitiven Beschlussfassung über die Erbfolge in Holstein für den Fall vorbehält, dass der Abschluss nicht binnen acht Tagen weiteren Vortrag erstattet haben sollte.

No. 1047.  
Deutscher  
Bund.  
25. Febr.  
1864.

Hannover. Da der Deutsche Bund dem Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852 bekanntlich nicht zugestimmt hat und auch jetzt nicht in der Lage ist, demselben nachträglich beizutreten, so stimmt Hannover zu, dass die in der 38. vorjährigen Sitzung vom 28. November zur Vorlage gekommene Vollmacht Sr. Majestät des Königs Christian IX. von Dänemark für den Geheimen Conferenzzath Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld aus diesem Titel nicht angenommen werden könne, dass vielmehr der Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zu beauftragen sei, über die Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg zum Zwecke der Entscheidung über die vorliegenden Vollmachten mit möglichster Beschleunigung weiteren Vortrag zu erstatten, ohne dabei den Vertrag vom 8. Mai 1852 zur Grundlage zu nehmen.

Württemberg. Die königl. Regierung würde zwar vorgezogen haben, dass die Beschlussfassung der hohen Bundesversammlung über die Stellung des Deutschen Bundes zum Londoner Vertrage nicht abgesondert von der Entscheidung der Frage von der Erbfolge in den zum Bunde gehörigen Herzogthümern Holstein und Lauenburg hätte erfolgen können. Nachdem jedoch der Vortrag des berichtenden Ausschusses in der erstgedachten Beziehung in der hohen Bundesversammlung erstattet und von dieser die Abstimmung über die gestellten Anträge auf den heutigen Tag festgesetzt worden ist, so nimmt die königl. Regierung um so weniger Anstand, sich über die Ausschussanträge auszusprechen, als sie das Gewicht der Gründe nicht verkennt, welche von dem Ausschusse dafür geltend gemacht worden sind, dass der Bund sich über seine Stellung zum Londoner Vertrage schon jetzt ausspreche. ¶ Dabei geht die königliche Regierung von der Ueberzeugung aus, dass jede Bundesregierung, möge sie dem oben genannten Vertrage beigetreten sein oder nicht, berechtigt ist, die Erbfolgefrage und ebenso auch die vorliegenden Ausschussanträge lediglich vom Standpunkte eines Gliedes des Bundes und nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu prüfen und hiernach auch ihre diesfällige Entschliessung durchaus nach Massgabe der Grundgesetze, Rechte und Interessen des Bundes zu fassen. Zur Begründung dieser Ueberzeugung beschränkt sich die königliche Regierung hier darauf, an

No. 1047.  
Deutscher  
Bund.  
28. Febr.  
1864.

die Erklärung zu erinnern, welche die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen in der Bundestagssitzung vom 28. November v. J. abgegeben und in welcher diese höchsten Regierungen die durch die Verhandlungen mit Dänemark im Laufe der Jahre 1851/52 festgestellten Vereinbarungen als die Vorbedingungen des am 8. Mai 1852 zu Stande gekommenen Vertrages bezeichnet haben. Die königliche Regierung ist nun aber des Dafürhaltens, dass, nachdem die königlich-dänische Regierung die in jenen Vereinbarungen enthaltenen Zusagen während mehr als 12 Jahren nicht erfüllt und vielmehr bis in die neueste Zeit eine Reihe diese Zusagen verletzender staatsrechtlicher Acte vorgenommen hat, jeder deutsche Bundesgenosse, welcher dem Londoner Vertrage beigetreten ist, sich nunmehr auch formell der daraus eventuell übernommenen Vertragspflicht enthoben betrachten darf. ¶ In der Sache selbst theilt die königliche Regierung durchaus die von der Mehrheit des Ausschusses näher dargelegte Anschauung, dass der am 8. Mai 1852 zu London abgeschlossene Vertrag für den Deutschen Bund keinerlei rechtsverbindende Kraft habe und dass der letztere auch jetzt jenen Vertrag nicht zur Grundlage seiner Entschliessungen nehmen könne. ¶ Indem daher die königliche Regierung den Anträgen der Mehrheit des Ausschusses ihre Zustimmung ertheilt, schliesst sie sich zugleich auch zum Zwecke einer thunlichst beschleunigten Entscheidung der Erbfolge in Holstein dem in dieser Beziehung in den soeben vernommenen Abstimmungen der höchsten Regierungen von Baiern und Sachsen ausgedrückten Vorbehalte an.

Baden. Die grossherzogliche Regierung erachtet zwar die Nichtverbindlichkeit des Londoner Vertrages für den Deutschen Bund als selbstverständlich, da der letztere keinen Antheil an dem Zustandekommen genommen hat und auch sonstige wesentliche Bedingungen einer Gültigkeit nicht eingetreten sind. Ueberdies ist die Frage für sie auch in so fern bereits entschieden, als sie sich über die Erbberechtigung der herzoglich-augustenburger Linie in Holstein ein festes Urtheil gebildet hat und den Regierungsantritt des Herzogs Friedrich als eine feststehende Thatsache betrachtet. ¶ Dessen unerachtet liegt für sie kein Grund vor, sich der vorgeschlagenen besonderen Erklärung über die Unverbindlichkeit des fraglichen Vertrages zu entziehen, und Gesandter ist deshalb angewiesen, den Anträgen der Mehrheit des Ausschusses beizutreten. ¶ Hierbei wiederholt die grossherzogliche Regierung das Verlangen, dass der Bund zu der Thatsache der Erbfolge des Herzogs Friedrich unverzüglich eine Stellung nehme; und sie behält sich ausdrücklich vor, weiteren Antrag zu einer definitiven Beschlussfassung über die Zulassung des mit ausreichender Vollmacht versehenen Gesandten des legitimen Herzogs von Holstein zu stellen, falls der Ausschuss nicht binnen acht Tagen hierüber Bericht erstatten sollte.

Kurhessen. Da hinsichtlich der Stellung des Deutschen Bundes zu dem Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852 sich bereits allseitiges Einverständniss dahin ergeben hat, dass der Deutsche Bund, welcher dem gedachten Vertrage niemals beigetreten, auch ihm dermalen beizutreten nicht in der Lage ist, unbehindert sei, seine Entschliessungen über die Erbfolgefrage lediglich dem wirklichen Rechte entsprechend zu treffen, so stimmt Kurhessen zu, dass die in der 38. vorjährigen Sitzung vom 28. November zur Vorlage gekommene Vollmacht

Seiner Majestät des Königs Christian IX. von Dänemark für den Geheimen Conferenzzath Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld aus diesem Titel nicht angenommen werden könne, dass vielmehr der Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zu beauftragen sei, über die Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg zum Zwecke der Entscheidung über die vorliegenden Vollmachten mit möglichster Beschleunigung weiteren Vortrag zu erstatten, ohne dabei den Vertrag vom 8. Mai 1852 zur Grundlage zu nehmen.

No. 1047.  
Deutscher  
Bund,  
25. Febr.  
1864.

Grossherzogthum Hessen. Die grossherzogliche Regierung würde es an und für sich vorgezogen haben, wenn der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 nicht zum Gegenstande einer besonderen vorläufigen Beschlussfassung gemacht, sondern wenn sofort die eigentliche Erbfolgefrage zur Entscheidung gebracht worden wäre, wobei selbstverständlich denn auch die Frage ihre Erledigung gefunden haben würde, ob und welcher Einfluss auf die Thronfolge in den Herzogthümern jenem Vertrage Seitens des Bundes eingeräumt werden könne und wolle. Indessen verkennt die grossherzogliche Regierung nicht, dass die Art und Weise, wie sowohl von Seiten Dänemarks (Prot. v. 1863, §. 272) als auch von Seiten Oesterreichs und Preussens (Prot. v. 1863, §. 286) auf den Londoner Vertrag Bezug genommen worden ist, dem Ausschusse den Gedanken nahe legen musste, sich zunächst über jene letztere Frage durch Stellung eines besonderen Antrages Gewissheit zu verschaffen. Da nun einmal diese Frage zu einer besonderen Beschlussfassung reif ist, während leider noch immer keine Bürgschaft dafür vorliegt, dass die Erbfolgefrage selbst zu einer ungesäumten Entscheidung gebracht werde, kann die grossherzogliche Regierung sich nicht veranlasst sehen, mit der Aeusserung ihrer Ansicht über die rechtliche Bedeutung jenes Vertrages und mit der Abgabe ihres Votums länger zurückzuhalten. Sie vermag daher den von der Minorität des Ausschusses gestellten Anträgen, wonach die Beschlussfassung über die Stellung des Bundes zu dem Londoner Vertrage noch ausgesetzt werden soll, nicht beizustimmen. ¶ Die Ueberzeugung, der grossherzoglichen Regierung über die Tragweite des fraglichen Vertrages stimmt mit den von der Mehrheit des Ausschusses entwickelten Ansichten vollkommen überein und sie glaubt sich daher, im Hinblick auf die erschöpfenden Ausführungen des Majoritätsgutachtens, einer weiteren Motivirung dieser ihrer Ueberzeugung und ihres darauf gegründeten Votums füglich enthalten zu können. ¶ Mit grosser Befriedigung hat übrigens die grossherzogliche Regierung aus dem Separatvotum der Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen ersehen, wie deren höchste Regierungen nicht nur rückhaltslos anerkennen, „dass die Erbfolgefrage von Seiten des Deutschen Bundes zweifelsohne so behandelt werden könne, als ob der Londoner Vertrag gar nicht bestände,“ sondern wie sie auch mit gleicher Bestimmtheit sich zu der Ansicht bekennen, „dass der Londoner Vertrag keine Rechtsquelle sei, welcher Recht für Dänemark und die Herzogthümer schaffen könne“, dass er somit auch keinen Rechtstitel für die Thronbesteigung in diesen Ländern gewähre. Hiernach scheint also ein allseitiges Einverständniss dahin vorzuliegen, dass die rechtliche Wirksamkeit jenes Vertrages bedingt ist durch die vorher und unabhängig von demselben zu Recht bestehende Existenz eines bestimmten Erbrechtes, bezüglich dessen sich der Bund, bei seiner

No. 1047.  
Deutscher  
Band,  
25. Febr.  
1864.

demnächst darüber zu fassenden Entschliessung, nicht durch den Londoner Vertrag, sondern nur durch allgemeine Rechtsgründe bestimmen lassen kann. Nichts Anderes als die Anerkennung dieser Grundsätze ist es aber, was durch die Anträge der Ausschussmehrheit bezweckt wird und insbesondere fallen die unter 1 und 3 gestellten Anträge mit den obigen dem Separatvotum der Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen entnommenen Sätzen genau zusammen. Je mehr sich aber hiernach in Bezug auf die Frage von der rechtlichen Bedeutung des Londoner Vertrages für den Bund und die Erbfolgefrage eine erfreuliche Uebereinstimmung kundgibt, je selbstverständlicher diese Auffassung sein mag, desto unbedenklicher erscheint es auch der grossherzoglichen Regierung, jenen übereinstimmenden Ansichten durch einen förmlichen Bundesbeschluss einen bestimmten Ausdruck zu geben. ¶ Demzufolge ist der Gesandte beauftragt worden, den von der Mehrheit des Ausschusses gestellten Anträgen zuzustimmen. Indem derselbe zugleich von Neuem den dringenden Wunsch ausspricht, dass der Ausschuss dem ihm bereits durch den Bundesbeschluss vom 23. December v. J. ertheilten und in Ziffer 4 der vorliegenden Majoritätsanträge erneuten Auftrage nunmehr in kürzester Frist entsprechen möge, hat er sich dem in dieser Beziehung von den Herren Gesandten von Baiern und Sachsen ausgesprochenen Vorbehalte anzuschliessen.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte ist angewiesen, den von der Minderheit des Ausschusses in dem in der 9. diesjährigen Bundestags-Sitzung vorgelegten Berichte desselben gestellten beiden Anträgen beizutreten, in so weit dieselben mit den Ansichten übereinstimmen, welche in der diesseitigen Erklärung vom 7. December v. J. (§. 290 des Protokolls der 40. Sitzung) ausgesprochen sind und von welchen die königlich-grossherzogliche Regierung nicht zurückzutreten vermag.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen treten den Anträgen der Mehrheit des Ausschusses sowie dem der Abstimmung Baierns beigefügten Vorbehalte bei.

Zugleich hat der Gesandte bei diesem Anlasse Namens der höchsten Regierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha gegen alle von anderer Seite bisher geltend gemachten oder noch geltend zu machenden Ansprüche in der lauenburgischen Successionsangelegenheit ein für allemal feierliche Verwahrung hiermit in das Protokoll niederzulegen.

Die herzoglich-sachsen-altenburgische Regierung schliesst sich dem Separatvotum des grossherzoglich-mecklenburgischen Herrn Bundestags-Gesandten aus den demselben unterstellten Gründen und um so mehr durchgängig an, als Oesterreich und Preussen in dem ihrerseitigen gemeinschaftlichen Separatvotum ausdrücklich anerkennen, dass der Ausschuss bei seiner Vortrags-erstattung über die Erbfolgefrage durch den Londoner Vertrag in keiner Weise gebunden oder beschränkt sei, und vielmehr die Erbfolgefrage so zu behandeln habe, als ob der Londoner Vertrag für den Bund gar nicht bestehe.

Braunschweig und Nassau. Der Gesandte ist angewiesen, für

die Anträge der Majorität des Ausschusses zu stimmen und sich überdies dem von den Herren Gesandten von Baiern und Königreich Sachsen ausgedrückten weiteren Vorbehalte anzuschliessen.

No. 1047.  
Deutscher  
Bund,  
25. Febr.  
1864.

**Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.** Unter Bezugnahme auf die Begründung in seinem Minoritätsvotum stimmt der Gesandte für die österreichisch-preussischen Schlussanträge.

**Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg.** Der Gesandte kann für die Curie den Anträgen der Ausschussmehrheit nicht beitreten, indem er dazu nur von Oldenburg instruiert ist, welches jedoch auch die Motive derselben sich nicht in allem Einzelnen hat aneignen wollen. Er hat folgende Erklärungen abzugeben:

**Anhalt** stimmt für den Antrag Oesterreichs und Preussens, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, der bisher anhaltischerseits festgehaltenen Auffassung bezüglich seines Anspruches auf Lauenburg in keiner Weise etwas zu vergeben und ohne sich den Motiven des Antrages überall anzuschliessen, vielmehr unbeschadet der Ansicht der herzoglichen Regierung von der Ungültigkeit des Londoner Vertrages.

**Schwarzburg-Sondershausen** erklärt sich für eine ungetrennte Vortragserstattung über das Ganze der dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zugewiesenen Erbfolgefrage.

**Schwarzburg-Rudolstadt** schliesst sich wesentlich der im Ausschussvortrage vom grossherzoglich-mecklenburgischen Herrn Gesandten vertretenen Ansicht an und glaubt unverweilt dem ungetrennten Vortrage über die Hauptfrage entgegensehen zu können.

Ausserdem hat der Gesandte Namens der grossherzoglich-oldenburgischen Regierung dem Vorbehalte von Baiern und Königreich Sachsen wegen alsbaldiger Vortragserstattung des Ausschusses sich anzuschliessen.

**Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg.** Der Gesandte hat bezüglich des in der 9. diesjährigen Bundestags-Sitzung erstatteten Ausschussvortrages dem Minoritätsvotum beizutreten, wobei bezüglich des Antrages zu Ziffer 2 die Erwartung ausgesprochen wird, dass über die Erbfolgefrage mit thunlichster Beschleunigung Vortrag erstattet wird.

Die höchsten Regierungen von Reuss jüngerer Linie und Waldeck treten den Anträgen der Mehrheit des Ausschusses bei.

**Freie Städte.** Der Gesandte hat nach den ihm ertheilten Instructionen Namens der Curie der freien Städte gegen die Anträge der Majorität des Ausschusses zu stimmen und ist in Bezug auf dieselben angewiesen, die nachfolgenden Erklärungen abzugeben:

**Lübeck und Bremen** halten bei der gegenwärtigen Sachlage und da ohnedies die Unverbindlichkeit des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852 für den Deutschen Bund allseitig und namentlich auch von den zur Minorität des Ausschusses gehörenden Staaten anerkannt ist, eine Abstimmung über die Ausschussanträge für nicht mehr erforderlich, müssen aber um so dringender wünschen,

No. 1047. dass der Ausschuss beauftragt werde, die Berichterstattung über die Erbfolgefrage  
 Deutscher thunlichst zu beschleunigen.  
 Bund, 20 Febr. 1864.

Für Frankfurt ist der Gesandte angewiesen, den Anträgen der Majorität des Ausschusses zuzustimmen und sich zugleich dahin auszusprechen, dass, sobald der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 die Anerkennung des Bundes nicht finde, die Erbfolge in dem Herzogthume Holstein zur Zeit unbestritten erscheine und daher die durch Beschluss vom 28. November 1863 ausgesprochene Suspension der Führung der holstein-lauenburgischen Stimme in der Bundesversammlung für Holstein wiederum aufzuheben und in Gemässheit des bereits am 16. November v. J. erfolgten Antritts der Regierung des Herzogthums Holstein durch Seine Hoheit den Herzog Friedrich VIII. der von demselben beglaubigte herzoglich-holsteinische Bundestags-Gesandte in die Führung der holsteinischen Stimme sofort einzuweisen sei.

Hamburg vermag den Anträgen der Majorität des Ausschusses nicht zuzustimmen und muss sich vielmehr für eine ungetrennte Vortragserstattung über das Ganze der dem Ausschusse zur Prüfung zugewiesenen Erbfolgefrage aussprechen.

Nachdem zufolge der eben zu Protokoll gegebenen Abstimmungen die Ziffern 1 und 2 der Anträge der Ausschussmajorität, desgleichen die Anträge der Ausschussminorität abgelehnt, die Ziffern 3 und 4 der ersteren aber mit Stimmenmehrheit angenommen und dann mit solcher in vertraulicher Erörterung für geeignet erkannt worden waren, selbständig mit den sich jetzt von selbst ergebenden nur geringen Redactionsänderungen zum Beschlusse erhoben zu werden, ist beschlossen worden:

1) dass die in der 38. vorjährigen Sitzung vom 28. November zur Vorlage gekommene Vollmacht Seiner Majestät des Königs Christian IX. von Dänemark für den Geheimen Conferenzzrath Freiherrn von Dirckinck-Holmfeld aus dem Titel des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852 nicht angenommen werden kann;

2) dass vielmehr der Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zu beauftragen ist, über die Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg zum Zwecke der Entscheidung über die vorliegenden Vollmachten mit möglichster Beschleunigung weiteren Vortrag zu erstatten, ohne dabei diesen Vertrag zur Grundlage zu nehmen.

Oesterreich und Preussen. Gegenüber den Anführungen in mehreren der heutigen Abstimmungen, haben die Gesandten ihren allerhöchsten Regierungen jede weitere Aeusserung ausdrücklich vorzubehalten. Schon jetzt liegt ihnen jedoch ob, indem sie sich auf ihr Separatvotum zu dem Ausschussvortrage zurückbeziehen, zu bemerken, dass, da der gefasste Beschluss irgend eine Aenderung in der von ihnen bezeichneten rechtlichen Lage der Sache nicht herbeizuführen vermag, von Oesterreich und Preussen lediglich dem zweiten Beschlussgliede, also der erneuten Beauftragung des Ausschusses mit weiterer Berichterstattung über die Erbfolgefrage, eine praktische Bedeutung beigemessen werden kann. ¶ Dass diese Berichterstattung in so weit beschleunigt werde, als sich dies mit der Natur der vorliegenden wichtigen Aufgabe des Ausschusses ver-



trägt, erscheint auch den beiden allerhöchsten Regierungen als gerechtfertigt. ¶ Allein es ist die Berathung einer Angelegenheit von der Schwierigkeit und der Tragweite der hier in Rede stehenden, wenn dabei den in der heutigen Abstimmung der Gesandten erneut bezeichneten Anforderungen genügt werden soll, nicht im Voraus auf ein bestimmtes enges Zeitmass zu beschränken. ¶ Es lässt sich nicht verkennen, dass eine solche Beschränkung die Hintansetzung von bewährten und in den Bundesgesetzen begründeten Regeln und Uebungen der Geschäftsbehandlung zur Folge haben würde. ¶ Die Gesandten haben deshalb Namens ihrer allerhöchsten Regierungen schon jetzt hervorzuheben, dass solcher Hintansetzung sich Bedenken von viel grösserem Gewichte entgegenstellen würden, als durch den beabsichtigten Zeitgewinn irgend aufgewogen werden können.

No. 1047.  
Deutscher  
Bund,  
23. Febr.  
1864.

Baiern. Der Gesandte erkennt auch dem ersten Theile des gefassten Beschlusses vollen praktischen Werth zu, welcher sich später herausstellen wird, und hebt übrigens nur hervor, dass dem Ausschusse schon seit Anfang dieses Monates sein ausführliches Votum über die Erbfolgefrage in Holstein vorliegt.

Der königlich-sächsische Herr Gesandte schloss sich dieser Erklärung an.

---

## No. 1048.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Dreizehnte Sitzung vom 3. März 1864. —

(§. 90.) **Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, insbesondere Regelung der Verhältnisse der Bundesexecution in Holstein.**

Präsidium eröffnet das Protokoll zu der Abstimmung über den in der vorigen Sitzung (Prot. §. 76) von Oesterreich und Preussen gestellten Antrag wegen Regelung der Verhältnisse der Bundesexecution in Holstein.

No. 1048.  
Deutscher  
Bund,  
3. März  
1864.

Oesterreich und Preussen. Die Gesandten beziehen sich auf den Antrag.

Baiern. Die königliche Regierung sieht sich zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, dem Antrage der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen, die Verhältnisse in Holstein betreffend, beizustimmen, da der in dem Bundesbeschlusse vom 1. October v. J. II, 2 vorgesehene Fall thatsächlichen Widerstandes gegen die Executionsvollstreckung in Holstein, welcher den angezogenen Verabredungen der mit derselben beauftragten Regierungen zu Grunde liegt, nicht eingetreten ist, und ihres Erachtens überhaupt auch das Bedürfniss nicht vorliegt, die dortigen Executionstruppen unter den Oberbefehl der zu einer dem Bunde fremden Action vereinigten österreichisch-preussischen Streitkräfte in Schleswig zu stellen. ¶ Sowohl im Hinblick auf die in der letzten Zeit eingetretenen Ereignisse, namentlich auf die Wegnahme deutscher Schiffe durch dänische Kreuzer, wonach die Möglichkeit eines feindlichen Angriffes auf das holsteinische Gebiet näher gerückt ist, und dem Bunde die Pflicht obliegt (Wiener Schlussacte Art. 38), die zur Vertheidigung dieses Bundeslandes erforderlichen Massregeln zu treffen, als auch um den Wünschen der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen

No. 1048.  
Deutscher  
Bund,  
3. März  
1864.

entsprechend den Bedürfnissen der in Schleswig vereinigten österreichisch-preussischen Truppen jede thunliche Unterstützung Seitens des Bundes angeheißen zu lassen, — glaubt aber die königliche Regierung in Gemeinschaft mit der grossherzoglich-badischen und der herzoglich-braunschweigischen Regierung zugleich, unter Bezugnahme auf §. 19 in fine der Geschäftsordnung, nachstehenden Antrag stellen zu sollen. ¶ Die hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen hatten mittelst Erklärung vom 19. Januar d. J. sich dahin ausgesprochen, dass in Folge des von ihnen beabsichtigten Einrückens in Schleswig die Verwaltung und Besetzung des Herzogthums Holstein von Bundeswegen nicht beeinträchtigt werden solle, und es wurde in der am 22. Januar d. J., unter Zustimmung genannter beider hohen Regierungen, von der Bundesversammlung genehmigten Instruction der Bundescommissäre und des Commandirenden der Bundestruppen ausdrücklich festgestellt, dass die bleibende Besetzung holsteinischer Gebiete den Bundestruppen allein vorbehalten bleibe. ¶ Neuerdings hat jedoch das königlich-preussische Obercommando in Schleswig die Besetzung mehrerer der bedeutendsten holsteinischen Städte angeordnet und ist diese Massregel in Vollzug gesetzt worden. ¶ Es haben nun die hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen in der Bundestags-Sitzung vom 13. v. M. erklärt, dass die obigen Vereinbarungen dadurch nicht alterirt werden sollen. Mit dieser Anschauung vermag die königliche Regierung sich allerdings nicht einverstanden zu erklären, da offenbar eine derartige Besetzung, wie sie königlich-preussischer Seits verfügt worden ist, eine wesentliche Beschränkung der den Bundestruppen allein vorbehaltenen Besetzung holsteinischer Gebiete in sich schliesst und daher unstreitig einer vorausgehenden Zustimmung der Bundesversammlung bedurfte. ¶ Beseelt jedoch von dem aufrichtigen Wunsche, einerseits dem Ansehen des Bundes die entsprechende Geltung gesichert zu wissen und andererseits den Anforderungen, welche die hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen durch die Kriegsführung in Schleswig geboten erachten, jedes thunliche Entgegenkommen bewiesen zu sehen, glaubt dieselbe es als eine dringende Aufgabe des Bundes bezeichnen zu sollen, dieser zweifachen Rücksicht in kürzester Frist gerecht zu werden. ¶ Die Aufklärungen, welche die hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen im diplomatischen Wege den Bundesregierungen in Bezug auf die fraglichen Vorgänge ertheilt haben, scheinen ihnen hierzu die geeigneten Anhaltspunkte zu bieten. ¶ Wenn die hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen die Errichtung einer geregelten Etappenstrasse als ein dringendes Bedürfniss erachten, so will die königliche Regierung unerörtert lassen, ob und in wie weit dessen Befriedigung die Entwicklung so bedeutender Streitkräfte erheische. Die Entkräftung der ihr allerdings durchaus ungerechtfertigt erscheinenden Voraussetzung, als könnten die militärischen Operationen in Schleswig durch die Action des Bundes in Holstein irgendwie erschwert werden, ist in ihren Augen für den Bund und für die Einigkeit Deutschlands ein zu wichtiges Moment, als dass nicht manches wohlbegründete Bedenken in den Hintergrund treten müsste. ¶ In so fern dagegen gleichzeitig von den hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen die Nothwendigkeit hervorgehoben worden ist, das holsteinische Gebiet und insbesondere den Kieler Hafen gegen mögliche feindliche Angriffe sicher zu stellen, so darf der

Bund namentlich auch auf Grund des Artikels 38 der Wiener Schlussacte es für sich als ein Recht und als eine Pflicht in Anspruch nehmen, dieser Aufgabe unter möglichst ausgedehnter Betheiligung seiner Glieder sich zu unterziehen, und es wird eine Verstärkung der in Holstein befindlichen Bundestruppen nach Massgabe der ausgeschiedenen Reserven dazu zunächst wohl vollkommen ausreichen. Die eventuellen Operationen gegen feindliche Angriffe könnten in stetem Einvernehmen mit dem Obercommando der verbündeten Armeen in Schleswig vor sich gehen.

No. 1048.  
Deutscher  
Bund,  
3. März  
1864.

¶ Gestützt auf vorstehende Betrachtungen wird der Antrag gestellt:

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen:

den Commandirenden der Bundestruppen in Holstein dahin anzuweisen, dass derselbe wegen der von den kriegführenden Mächten für erforderlich erachteten Etappenstrasse und deren Besetzung mit dem Obercommando der verbündeten Armeen in's Benehmen trete, gleichzeitig jedoch die unverweilte Verstärkung der Bundestruppen in Holstein durch Truppen des siebenten und eines der drei gemischten Bundes-Armee-corps anordnen.

Königreich Sachsen. Der von den hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen in der Sitzung vom 25. v. M. eingebrachte Antrag giebt der königlichen Regierung Anlass, ihrer Abstimmung darüber nachstehende Bemerkungen vorzuschicken. ¶ Die genannten hohen Regierungen hatten bekanntlich mittelst Erklärung vom 19. Januar d. J. sich dahin ausgesprochen, dass in Folge des von ihnen beabsichtigten Einrückens in Schleswig die Verwaltung und Besetzung des Herzogthums Holstein von Bundeswegen nicht beeinträchtigt werden solle und es wurde in den am 22. desselben Monats unter Zustimmung genannter beiden hohen Regierungen von der Bundesversammlung genehmigten Instructionen der Bundescommissäre und des Commandirenden der Bundestruppen ausdrücklich festgestellt, dass die bleibende Besetzung holsteinischer Gebiete den Bundestruppen allein vorbehalten bleibe. Bekanntlich hat jedoch das königlich-preussische Obercommando in Schleswig die Besetzung mehrerer der bedeutendsten holsteinischen Städte angeordnet und ist diese Massregel in Vollzug gesetzt worden. ¶ Es hatten nun die hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen in der Bundestags-Sitzung vom 13. v. M. erklärt, dass die obigen Vereinbarungen dadurch nicht alterirt werden sollten. Mit dieser Anschauung vermochte indess die königliche Regierung sich nicht einzustellen, da offenbar eine derartige Besetzung, wie sie königlich-preussischer Seits verfügt worden ist, eine wesentliche Beschränkung der den Bundestruppen allein vorbehaltenen Besetzung holsteinischer Gebiete in sich schliesst und daher unstreitig einer vorausgehenden Zustimmung der Bundesversammlung bedurfte. ¶ Beseelt jedoch von dem aufrichtigen Wunsche, einerseits dem Ansehen des Bundes die entsprechende Geltung gesichert zu wissen, und andererseits den Anforderungen, welche die hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen durch die Kriegsführung in Schleswig geboten achten, jedes thunliche Entgegenkommen bewiesen zu sehen, glaubte dieselbe in Uebereinstimmung mit anderen Bundesregierungen es als eine dringende Aufgabe des Bundes bezeichnen zu sollen, dieser zweifachen Rücksicht in kürzester Frist gerecht zu werden. ¶ Die

No. 1048. Aufklärungen, welche die hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen im diplomatischen Wege den Bundesregierungen in Bezug auf die fraglichen Vorgänge ertheilt haben, schienen diesen Regierungen hierzu die geeigneten Anhaltspunkte zu bieten. ¶ Wenn nämlich die hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen die Errichtung einer geregelten Etappenstrasse als ein dringendes Bedürfniss erachteten, so mochte es unerörtert bleiben, ob und in wie weit dessen Befriedigung die Entwicklung so bedeutender Streitkräfte erheische. Die Entkräftung der Voraussetzung, als könnten die militärischen Operationen in Schleswig durch die Action des Bundes in Holstein irgendwie erschwert werden, ist für den Bund und für die Einigkeit Deutschlands ein zu wichtiges Moment, als dass nicht manches wohlbegründete Bedenken in den Hintergrund treten musste. ¶ In so fern dagegen gleichzeitig von den hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen die Nothwendigkeit hervorgehoben wurde, das holsteinische Gebiet und insbesondere den Kieler Hafen gegen mögliche feindliche Angriffe sicher zu stellen, so durfte der Bund es, insbesondere auch auf Grund des Artikels 38 der Wiener Schlussacte, für sich als ein Recht und eine Pflicht in Anspruch nehmen, dieser Aufgabe unter möglichst ausgedehnter Betheiligung seiner Glieder sich zu unterziehen und es würde eine Verstärkung der in Holstein befindlichen Bundestruppen nach Massgabe der ausgeschiedenen Reserven dazu zunächst vollkommen ausreichen. Die eventuellen Operationen gegen feindliche Angriffe aber hätten im steten Einvernehmen mit dem Obercommando der verbündeten Armeen in Schleswig stattzufinden. ¶ Gestützt auf vorstehende Betrachtungen wurde der Antrag beabsichtigt:

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen, den Commandirenden der Bundestruppen in Holstein dahin anzuweisen, dass derselbe wegen der von den kriegführenden Mächten für erforderlich erachteten Etappenstrasse und deren Besetzung mit dem Obercommando der verbündeten Armeen in Vernehmen trete, gleichzeitig jedoch die unverweilte Verstärkung der Bundestruppen in Holstein anordnen.

Nachdem nun in heutiger Sitzung von Seiten Baierns ein entsprechender Antrag eingebracht worden ist, so hat die königliche Regierung jenen als erledigt zu betrachten, welchen sie unterm 13. v. M. hoher Bundesversammlung zu unterbreiten in dem Falle war. Sie will bei diesem Anlasse nicht auf die Vorgänge zurückkommen, welche diesen ihren Antrag hervorgerufen hatten, wohl aber darf sie Gelegenheit nehmen, den dagegen erhobenen Einwand der Unstatthaftigkeit zu entkräften und mit namentlicher Hinweisung auf vorgedachten Antrag der königlich-baierischen Regierung daran zu erinnern, dass der Vorbehalt der Berufung anderweiter Reserven, welcher sich der in der Sitzung vom 22. Januar d. J. von den Regierungen von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hannover abgegebenen, von der Bundesversammlung acceptirten Erklärung anschliesst — ein Vorbehalt, welcher beiläufig auf diesseitige Anregung nachträglich darin Aufnahme gefunden hatte — ganz allgemein gefasst war und daher dem Bunde vollkommene Freiheit hinsichtlich der Wahl der dabei zu verwendenden Truppen liess. ¶ Indem sich nun die königliche Regierung zu den gegen-

wärtig vorliegenden Anträgen der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen und der sie begründenden Motivirung wendet, glaubt dieselbe unerörtert lassen zu sollen, ob diejenige Eventualität, welche in dem Bundesbeschlusse vom 7. December v. J. und den dabei angezogenen Verabredungen in Aussicht genommen war und bei deren Eintritt die Executionstruppen unter einen der Verständigung zwischen Oesterreich und Preussen überlassenen Oberbefehl gestellt werden sollten, in der That sich verwirklicht habe, wogegen ihr erhebliche Zweifel begehren. Sie schenkt aber der Erklärung die vollste Beachtung, dass die eingetretenen Ereignisse mit der Aufbringung deutscher Schiffe durch dänische Kreuzer von dänischer Seite die Gestalt voller Kriegsführung angenommen haben. Es ist hiermit ein tatsächlicher Zustand der Dinge anerkannt, auf welchen die königliche Regierung bereits in der letzten Sitzung die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung zu lenken sich erlaubt hatte. Die Frage tritt unabweislich an den Bund heran, ob nicht seine Betheiligung am Kriege für ihn unter den von den hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen hervorgehobenen Umständen durch Pflicht und Ehre geboten sei? Den genannten hohen Regierungen ist es anheimzugeben, diese Frage zur Entscheidung zu bringen, und wird sie bejaht, so wird auch die Unterordnung der Bundestruppen unter den vorgeschlagenen Oberbefehl keiner erheblichen Schwierigkeit begegnen. Bis dahin aber vermag die königliche Regierung nicht, sich einer Aenderung in der bestehenden Civilverwaltung des Herzogthums Holstein beifällig zu äussern. Es kann nicht die Absicht sein, irgend ein Misstrauen in die Theilnahme kaiserlich-königlich-österreichischer und königlich-preussischer Commissäre kund zu geben. Im Gegentheil würde deren Betheiligung vielleicht geeignet sein, manche Ausstellungen, welcher die Wirksamkeit der jetzigen Commissäre begegnet, zu entkräften und den letzteren eine günstigere Beurtheilung zu Theil werden zu lassen. Allein im Interesse eines ungestörten Fortganges der gegenwärtigen Landesverwaltung, welcher das öffentliche Vertrauen vielfach entgegengekommen ist, und welche grosse Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hat, erscheint es nicht rätlich, einen complicirteren Organismus an deren Stelle zu setzen, dessen Inconvenienzen auch der beste Wille nicht abzuhefen vermögen würde. Die königliche Regierung gelangt sonach zu dem Wunsche, dass die hoher Bundesversammlung vorliegenden verschiedenen Anträge sammt vorstehenden Erwägungen den vereinigten Ausschüssen zu schleunigster Berichtserstattung, behufs eben so beschleunigter Abstimmung, überwiesen werden möchten.

Hannover. Obwohl der Fall, für welchen nach den Verabredungen der vier mit der Execution beauftragten Regierungen der Oberbefehl über die in Holstein aufgestellten Executionstruppen an den Oberbefehlshaber der kaiserlich-königlich-österreichischen und königlich-preussischen Streitkräfte übergehen sollte, gegenwärtig noch nicht eingetreten ist, so stimmt die königliche Regierung den Anträgen doch zu, da sie voraussieht, dass jener Fall in Folge des Antrages eintreten werde, welchen sie so eben in Betreff der dänischer Seits in offener See aufgebracht deutschen Schiffe gestellt hat. Sie setzt bei dieser zustimmenden Erklärung voraus, dass durch die beantragten Massregeln der Bundes-

No. 1048. beschluss vom 1. October und 7. December v. J. und die den Civilcommissären  
 Deutscher am 14. December v. J. ertheilte Instruction nicht alterirt wird.  
 Bund, 3. März 1864.

Württemberg. Der Gesandte stimmt in erster Linie für Verweisung des vorliegenden Antrages an die vereinigten Ausschüsse, weil die Bundesversammlung über einen Antrag von so grosser Wichtigkeit und so unverkennbarer Tragweite um so mehr ein Ausschussgutachten zu vernehmen veranlasst sein muss, als ihr die Vereinbarungen, auf welche Oesterreich und Preussen diesen Antrag gestützt haben, nicht näher bekannt sind, sie daher nicht ein sicheres Urtheil darüber sich bilden kann, in wie weit der in Rede stehende Antrag nach jenen Vereinbarungen als begründet zu erkennen ist. Für den Fall, dass von der Mehrheit der Bundesversammlung eine sofortige materielle Abstimmung über den fraglichen Antrag beschlossen würde, behält sich der Gesandte weitere Erklärung vor. Inzwischen schliesst sich derselbe im Allgemeinen dem im Votum von Baiern enthaltenen Antrage an; was jedoch die Verstärkung der Bundestruppen in Holstein angeht, so spricht sich die königliche Regierung dafür aus, dass dieselbe aus dem 7. und anderen Bundes-Armee-corps entnommen werde, ohne ihrerseits im Voraus ein Armee-corps auszuschliessen.

Baden. Der Gesandte ist angewiesen, die Betheiligung der grossherzoglichen Regierung an dem soeben von der königlich-baierischen Regierung gestellten Antrage näher zu motiviren. ¶ Nach der Auffassung der grossherzoglichen Regierung kann in der vorliegenden Frage lediglich der Artikel 38 der Wiener Schlussacte zur Anwendung kommen. Es ist zur Anzeige bei der Bundesversammlung gebracht, dass ein Bundesland, und zwar ein von Bundestruppen bereits besetztes Gebiet, feindlich bedroht sei. Nach den klaren Bestimmungen des fraglichen Artikels hat sie also in möglichst beschleunigter Weise die Frage über die Wirklichkeit der Gefahr und über die Unzureichendheit der bereits vorhandenen militärischen Kräfte zu entscheiden und, bejahenden Falles, die nöthigen Vertheidigungsmassregeln anzuordnen. ¶ Die grossherzogliche Regierung betrachtet es als selbstverständlich, dass bei den etwa zu beschliessenden Anordnungen die Vorschriften der Bundes-Kriegsverfassung zur Anwendung zu kommen haben, nicht aber die auf ganz anderen thatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen beruhenden Bestimmungen über die in Holstein seiner Zeit beschlossene und noch in der Ausübung begriffene Bundesexecution. Namentlich ist der Beschluss, dass Reserven für den Fall einer thatsächlichen Widersetzlichkeit gegen die Execution bereit zu halten seien, durch das Nicht-eintreten eines solchen Widerstandes längst hinfällig geworden, wie dies die hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen selbst anerkannt und bethätigt haben durch Wegziehung und anderweitige Verwendung der von ihnen aufgestellt gewesenen Reserven. ¶ Es will zwar nicht als geeignet erscheinen, in dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen in Einzelheiten über die zu ergreifenden Massregeln einzutreten, doch kann nicht unterlassen werden, schon jetzt auf die Unzulässigkeit einer Unterordnung der in Holstein befindlichen Bundestruppen unter den Oberbefehlshaber des in Schleswig stehenden verbündeten Heeres hinzuweisen. Dass eine solche Unterordnung aus militärischem Gesichtspunkte Vortheile darböte, ist nicht zu verkennen. Da sie jedoch nicht

unbedingt nothwendig wäre, indem auch ein gemeinschaftlich verabredeter Operationsplan ausreichen könnte, so fallen die politischen Bedenken fast ungeschwächt ins Gewicht. Der Bund ist mit Dänemark noch nicht im Kriege; es würde also durch eine Verschmelzung der Bundestruppen mit dem österreichisch-preussischen Heere eine bedenkliche Verbindung kriegführender und noch nicht zum Kriege berechtigter Truppen entstehen. Sodann aber würde der Bund durch eine solche offenbar feindselige Massregel thatsächlich in einen Krieg hineingezogen, dessen Beginn er nicht gebilligt hat und mit dessen beabsichtigtem Umfange und schliesslichem Zwecke er lediglich nicht bekannt ist; während sein Recht und sein Interesse einen eigenen Entschluss und eine klare Absicht verlangen. ¶ Die grossherzogliche Regierung vermag somit dem in der Sitzung vom 25. v. M. gemeinschaftlich gestellten Antrage der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen nicht beizutreten, sondern muss sich vielmehr dem von der königlich-baierischen Regierung heute eingebrachten Antrage anschliessen.

Kurhessen. Der Gesandte ist ermächtigt, dem von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen in Betreff der Verhältnisse in Holstein gestellten Antrage aus den dafür angeführten Motiven zugleich im Hinblick auf die zu erstrebende Einigung Deutschlands zuzustimmen.

Grossherzogthum Hessen. Die grossherzogliche Regierung hält es für geboten, dass der Antrag der höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen an die vereinigten Ausschüsse verwiesen werde, sowohl wegen der Wichtigkeit der Sache an und für sich, als auch noch insbesondere um deswillen, weil die zwischen den vier Executionsregierungen getroffenen militärischen Verabredungen, auf welche sich der Antrag stützt, den einzelnen Bundesregierungen, so weit diese an der Execution nicht selbst Theil haben, des Näheren nicht bekannt sind. Ohne solche genauere Kenntniss des gesammten Inhaltes jener Verabredungen ist es aber nicht wohl möglich, sich ein vollkommen sicheres Urtheil über die hier in Betracht kommenden Fragen zu bilden. Die grossherzogliche Regierung sieht sich daher, bevor der Antrag im Ausschusse geprüft und der Bundesversammlung gutachtlich vorgelegt sein wird, nicht im Stande, ihr Votum in zustimmendem Sinne abzugeben. ¶ Ohne Zweifel ist es ein im allseitigen Interesse höchst erstrebenswerthes Ziel, die Action des Deutschen Bundes in Holstein mit derjenigen der beiden deutschen Grossmächte in einem einzigen militärischen Vorgehen gegen den gemeinsamen Gegner zu verschmelzen. Die grossherzogliche Regierung verkennt nicht, dass der vorliegende Antrag hierzu einen bedeutungsvollen Anknüpfungspunkt gewährt, sie glaubt aber auch, dass es einer sehr reiflichen Erwägung aller Verhältnisse bedürfe, wenn anders jenes Ziel in einer allseitig befriedigenden Weise erreicht werden soll. ¶ Es liegt aber in der Natur der Sache, dass eine thunlichste Ausgleichung der jetzt leider noch vorhandenen Gegensätze und eine Verständigung über die Modalitäten der wünschenswerthen gemeinsamen Action eher im Schoosse des Ausschusses als in der Bundesversammlung selbst anzubahnen sein werde und auch deshalb glaubt die grossherzogliche Regierung für die Verweisung des Antrages an die Ausschüsse stimmen zu müssen. ¶ Uebrigens ist die grossherzogliche Regierung auch bereits selbst der Frage: auf welchem Wege und unter welchen

No. 1048.  
Deutscher  
Bund,  
8. März  
1864.

Voraussetzungen eine gemeinsame Action in Holstein und Schleswig wieder hergestellt werden könne, näher getreten, und hat einen desfallsigen Antrag entworfen, welchen der Gesandte im Anschlusse an dieses Votum zu stellen beauftragt ist. Dieser Antrag wird der grossherzoglichen Regierung zugleich zur Rechtfertigung dienen, wenn sie dem Antrage Oesterreichs und Preussens vom 25. Februar, so wie er jetzt vorliegt, auch abgesehen von dem Mangel eines Ausschussberichtes, nicht zuzustimmen vermag. ¶ Hiernach hat sich der Gesandte in erster Linie für Verweisung des Antrages an die vereinigten Ausschüsse zur schleunigsten Berichterstattung und eventuell für dessen Ablehnung auszusprechen. ¶ Mit Bezug auf das Bemerkte und auf Grund des §. 19 der Geschäftsordnung hat der Gesandte nunmehr den oben bereits erwähnten Vermittlungsantrag einzubringen, welcher mit seiner Motivirung folgendermassen lautet: ¶ Der Verlauf, welchen die schleswig-holsteinische Angelegenheit in den letzten Wochen genommen hat, ist von beklagenswerthen Rückwirkungen auf die innern Verhältnisse des Deutschen Bundes begleitet gewesen. ¶ Während Holstein in Ausführung des Bundesbeschlusses vom 7. December v. J. executionsweise von einem aus königlich-sächsischen und königlich-hannöverischen Truppen bestehenden Corps besetzt gehalten und durch die hierzu bestimmten Civilcommissäre unter der Autorität des Bundes verwaltet wird, haben bekanntlich kaiserlich-österreichische und königlich-preussische Truppen unter gemeinsamem Oberbefehl fast das ganze Herzogthum Schleswig in Besitz genommen und es ist dort eine eigene Civilverwaltung von Seiten der Regierungen Oesterreichs und Preussens eingesetzt worden. So allgemein und so wohlbegründet nun auch in ganz Deutschland die Theilnahme an dem raschen und glorreichen Erfolge der österreichisch-preussischen Waffen war und so freudig jede Massregel begrüsst wird, welche die Civilverwaltung Schleswigs zu dem Zwecke trifft, um die deutsche Bevölkerung dieses Herzogthums von dem ihr durch die dänische Herrschaft auferlegten Drucke zu befreien, so sind doch zugleich im Gefolge des selbständigen Vorgehens der beiden deutschen Grossmächte einerseits und der Bundesbehörden andererseits mancherlei Unzuträglichkeiten entstanden, die hier nicht näher erörtert werden sollen. Gewiss kann keine der hohen Regierungen, die in dieser Versammlung vertreten sind, anders als mit aufrichtigem Bedauern auf die vorgekommenen Irrungen und zugleich mit roger Besorgniss auf die weiteren, vielleicht noch schwereren Conflictte hinblicken, welche sich aus dem gegenwärtigen Zustande der Dinge in Zukunft zu entwickeln drohen. In der That kann ein solcher Zustand, wie er jetzt besteht, kaum länger fortdauern, ohne dass die Sicherheit und der innere Friede Deutschlands, — nationale Güter, deren Erhaltung ebenso eine der ersten Pflichten der hohen Bundesversammlung ist, wie sie für jeden Vaterlandsfreund ein Anliegen von höchster Bedeutung sein muss, — auf das ernstlichste gefährdet werden müssten. ¶ Unter diesen Umständen liegt es nahe und erscheint sogar als eine durch den Geist der Bundesverträge begründete Pflicht jeder deutschen Regierung, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die Einigkeit, wenn sie auch auf dem Boden der schwebenden Rechtsfrage leider noch unreichbar ist, doch wenigstens auf dem Gebiete des thatsächlichen Vorschreitens, wo irgend thunlich, wieder herzustellen. ¶ An



Elementen zu einer Verständigung über die Wiedervereinigung der Action des Bundes mit derjenigen der beiden deutschen Grossmächte fehlt es keineswegs, wenn man mit dem ernstesten Willen, jene Verständigung anzubahnen, die gegenwärtige Sachlage betrachtet. ¶ In Holstein wird dormalen die Autorität des Bundes unter dem Titel der Bundesexecution, mit Offenhaltung der Erbfolgefrage, gehandhabt. ¶ Als Oesterreich und Preussen am 28. December v. J. den Antrag auf pfandweise Besetzung Schlesiens einbrachten, gaben sie zugleich die Erklärung ab, dass durch Annahme dieses Antrages an der Wirkung des bereits gelegentlich des Bundesbeschlusses vom 7. December v. J. ausgesprochenen Vorbehaltes einer rechtlichen Prüfung der Erbfolgefrage selbstverständlich nichts geändert werden würde. ¶ Die Bedenken aber, welche in der Bundestags-Sitzung vom 14. Januar l. J. die Mehrheit abhielten, dem von Oesterreich und Preussen gestellten Antrage zuzustimmen, entsprangen hauptsächlich daraus, dass als Zweck der beantragten pfandweisen Besetzung Schlesiens nur die Zurücknahme der dänisch-schleswigschen Novemberverfassung in's Auge gefasst war und dass man damals noch keine Gewähr dafür hatte, dass Dänemark in der That einen bewaffneten Widerstand leisten und dass es daher auf Grund jenes Antrages zu einer Besitzergreifung Schlesiens kommen werde. ¶ Nun sind inzwischen ruhmvolle Waffenerfolge erreicht worden und es hat ferner die kaiserlich-österreichische sowohl als die königlich-preussische Regierung sich officiell dahin geäußert, dass es ihr Wille nicht sei, sich mit der Zurücknahme jener Verfassung zu begnügen, dass vielmehr ein weiter gehendes Ziel, insbesondere die Wiederherstellung der früheren Realunion zwischen Holstein und Schleswig, erstrebt werde. ¶ Nach dieser Erklärung ist zwischen dem Standpunkte, welchen die Mehrheit der Bundesversammlung am 14. Januar dem österreichisch-preussischen Antrage auf Besetzung Schlesiens gegenüber einnahm und dem Standpunkte, welchen Oesterreich und Preussen nunmehr selbst hinsichtlich dieser inzwischen zur theilweise vollendeten Thatsache gewordenen Besetzung einnehmen, in so weit es sich dabei lediglich um das thatsächliche Vorgehen handelt, kein unvereinbarer Gegensatz mehr vorhanden. Es liegt daher kein innerer zwingender Grund mehr vor, das thatsächliche Auftreten des Bundes, wie es nach dem Beschlusse vom 7. December v. J. in Holstein stattfindet, von denjenigen Schritten getrennt zu halten, welche in Schleswig zum Schutze deutscher Rechte und Interessen unternommen werden. ¶ Dazu kommt, dass Dänemark in der letzten Zeit zu feindlichen Massregeln gegen Deutschland übergegangen ist, welche den Charakter der vollen Kriegsführung an sich tragen. Der Deutsche Bund wird nicht umhin können, hierauf, wie es zum Theil schon eingeleitet ist, mit entsprechender Energie thatsächlich zu antworten und er wird hierbei die Gründe militärischer Zweckmässigkeit zur vorzugsweise massgebenden Richtschnur seines ferneren Verhaltens zu machen haben. ¶ Diese Gründe aber sprechen ohne Zweifel dafür, an der ohnehin nicht mehr gebotenen bisherigen Trennung des factischen Vorgehens in Holstein und in Schleswig nicht länger festzuhalten, sondern die Massregeln des Bundes in Holstein mit denjenigen der beiden Deutschen Grossmächte in Schleswig zu

No. 1048.  
Deutscher  
Bund,  
3. März  
1864.

einer die beiden Herzogthümer umfassenden einheitlichen Action zu verschmelzen, und in dieser Action so weit vorzugehen, als es die Regeln des Völkerrechts dem neueren Verhalten Dänemarks gegenüber mit sich bringen. ¶ Eine Verschmelzung der angedeuteten Art wird durch den von Seiten Oesterreichs und Preussens in der Bundestags-Sitzung vom 25. Februar gestellten Antrag insofern eingeleitet, als danach der Oberbefehl über die in Holstein aufgestellten Executionstruppen an den Oberbefehlshaber der österreichisch-preussischen Streitkräfte übergehen soll. ¶ Man kann darüber verschiedener Ansicht sein, ob dieser Antrag durch militärische Verabredungen, auf welche der Bundesbeschluss vom 7. December v. J. Ziffer 2 Bezug nimmt, namentlich unter den jetzigen thatsächlichen Verhältnissen, vollkommen begründet erscheint. Verkennen aber lässt sich nicht, dass Gründe militärischer Zweckmässigkeit für jenen Antrag, das heisst für die Herstellung einer Einheit im Obercommando, mit Entschiedenheit sprechen. ¶ Indessen würde durch die Einheit des Oberbefehls allein die volle Gemeinsamkeit der Action, wie sie im Obigen als wünschenswerth bezeichnet worden ist, nicht erreicht werden. Hierzu gehört nothwendig, dass auch der Deutsche Bund an der von Oesterreich und Preussen in Schleswig begonnenen Action Theil nehme und zu diesem Zwecke eine angemessene Truppenzahl nach Schleswig entsende, welche gemeinsam mit den österreichisch-preussischen Streitkräften zu kämpfen hätte. ¶ Da die Regierungen von Oesterreich und Preussen selbst durch ihren Antrag vom 28. December v. J. den Bund zur Besetzung Schleswigs aufgefordert hatten, so darf wohl erwartet werden, dass ihrerseits einer nachträglichen Theilnahme des Bundes an dieser Besetzung kein Hinderniss werde entgegengestellt werden. Man darf hoffen, dass die Regierungen von Oesterreich und Preussen auch den Truppen anderer deutscher Staaten einen Antheil an den kriegेरischen Lorbeern gönnen werden, welche besonders in Schleswig noch zu pflücken sind. Da eine Verstärkung der in Holstein stehenden Bundestruppen ohnehin geboten erscheint, so würde diese Massregel zugleich mit der Vereinigung des Oberbefehls in Einer Hand und mit der Verschmelzung der bisher getrennten Actionen auszuführen sein. ¶ Alsdann würden sich auch die Verhältnisse der Civilverwaltung in den beiden Herzogthümern nach dem Grundsatz vollere Gemeinsamkeit regeln lassen. Wie für Holstein zwei weitere Civilcommissäre von Oesterreich und Preussen, so wären für Schleswig zwei weitere Civilcommissäre von denjenigen Regierungen zu ernennen, deren Truppen dazu ausersehen würden, an dem Kampfe in Schleswig Theil zu nehmen. ¶ Die grossherzogliche Regierung hat schon in der Bundestags-Sitzung vom 7. December v. J. darauf hingewiesen, dass von Bundeswegen Massregeln zu ergreifen sein möchten, um die Rechte und Interessen Deutschlands in Bezug auf Schleswig sicher zu stellen. Sie hat dann am 28. December v. J. einen Antrag auf Besetzung Schleswigs zum Schutze aller Rechte, deren Wahrung hier dem Bunde obliege, eingebracht. Die grossherzogliche Regierung hat durch dieses ihr Verhalten vielleicht mit auf den Gang eingewirkt, welchen die schleswigische Angelegenheit in Wirklichkeit gewonnen hat. Um so mehr darf sie sich jetzt für berufen halten, die Initiative zur Herbeiführung einer Verständigung über die Wiedervereinigung der Action des Bundes mit der-

jenigen der beiden deutschen Grossmächte zu ergreifen. ¶ Die grossherzogliche Regierung hofft, dass die patriotischen Motive, von welchen sie hierbei geleitet wird, Seitens ihrer Bundesgenossen, namentlich auch Seitens der höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen, vollständig werden gewürdigt werden und dass es ihr, zum Frommen des gesammten Vaterlandes, an einer genügenden Zustimmung nicht fehlen werde, wenn sie hiermit den Antrag stellt:

No. 1048.  
Deutscher  
Bund,  
3. März  
1864.

Hohe Bundesversammlung wolle, zu dem Zwecke der Herstellung einer einheitlichen, sowohl Holstein als Schleswig umfassenden Action, wie solche zumal dem neueren kriegerischen Vorgehen Dänemarks gegenüber erfordert wird, unter fortwährender Offenhaltung der Erbfolgefrage, beschliessen:

- 1) dass zur Theilnahme an der von Oesterreich und Preussen bereits theilweise vollzogenen Besetzung Schleswigs, im Einverständnisse mit den Regierungen von Oesterreich und Preussen, eine angemessene Truppenzahl, unter vorzugsweiser Berücksichtigung der das 7., 8., 9. und 10. Armeecorps bildenden Contingente, zu entsenden und dem Oberbefehlshaber der österreichisch-preussischen Streitkräfte unterzuordnen sei;
  - 2) dass das in Holstein bereits befindliche Corps von Executionstruppen, ebenfalls durch Bundestruppen, einschliesslich der so eben erwähnten Contingente, angemessen zu verstärken sei und dass der Oberbefehl über dieses so verstärkte Corps an den Oberbefehlshaber der österreichisch-preussischen Streitkräfte überzugehen habe;
- die Bundesversammlung wolle ferner
- 3) die Bestellung zweier weiterer Civilcommissäre für Holstein von Seiten Oesterreichs und Preussens unter der Voraussetzung genehmigen, dass auch die Civilverwaltung Schleswigs durch Vertretung derjenigen Regierungen, welche zufolge Ziffer 1 Truppen nach Schleswig senden werden, entsprechend erweitert werde;
  - 4) den Militärausschuss beauftragen, schleunigst die erforderlichen näheren Anordnungen zur Ausführung vorstehender Beschlüsse in Vorschlag zu bringen.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte enthält sich der Abstimmung.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Der substituirt Gesandte hat den Antrag, so wie er gestellt ist, abzulehnen und für die Verweisung an die Ausschüsse zu stimmen, dabei aber die Hoffnung auszusprechen, es werden die Ausschüsse im Stande sein, in Berücksichtigung des vorliegenden, sowie anderer etwa noch einkommender Anträge und der wesentlich veränderten Sachlage, Vorschläge zu machen, welche geeignet sind, die wünschenswerthe Verständigung herbeizuführen.

Für Sachsen-Altenburg hat der Gesandte beizufügen, dass diese hohe Regierung die Zustimmung zu dem Antrage unbedenklich fände, wenn gleichzeitig der Krieg des Deutschen Bundes mit Dänemark bundesverfassungsmässig ausgesprochen würde; und in gleichen für Sachsen-Coburg-Gotha

No. 1048.  
Deutscher  
Band,  
3. März  
1864.

für schleunigste Berichtserstattung und eben so beschleunigte Abstimmung sich auszusprechen, während er eventuell auch zur Zustimmung zu dem vorliegenden Antrage ermächtigt wäre, wenn von den beiden Grossmächten Bundeskrieg gegen Dänemark als bestehend anerkannt würde.

**Braunschweig und Nassau.** Der Gesandte stimmt für die Curie gegen die Annahme des in der letzten Bundestags-Sitzung eingebrachten Antrages der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen, die Verhältnisse in Holstein betreffend, und hat sich für Braunschweig dem von Baiern gestellten Antrage anzuschliessen. — Eventuell ist der Gesandte ermächtigt, für die Curie dem Antrage der königlich-sächsischen Regierung auf Verweisung an die Ausschüsse beizutreten.

Für Nassau hat sich derselbe mit Rücksicht auf die inzwischen immer drohender gewordene Gefahr feindlicher Angriffe auf holsteinisches Gebiet und in der Erwartung, dass nunmehr doch eine möglichst ausgedehnte Bethheiligung von Truppen der übrigen Bundesstaaten an der kriegerischen Action gegen Dänemark stattfinden werde, für die Annahme des gedachten österreichisch-preussischen Antrages zu erklären.

**Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.** Der Gesandte würde an sich in der Lage sein, dem österreichisch-preussischen Antrage pure beizutreten, erachtet sich aber im Hinblick auf die heute abgegebenen, zur Erwartung einer allseitigen Verständigung berechtigenden Erklärungen für ermächtigt, der Ueberweisung an die Ausschüsse mit der Auflage einer beschleunigten Berichtserstattung beizutreten.

**Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg.** Der Gesandte hat Namens der Curie für Verweisung an die Ausschüsse zu stimmen und dabei für Oldenburg sich dahin auszusprechen, dass die Frage des Bundeskrieges gegen Dänemark auf Grund des im Berliner Frieden gewahrten Rechtsstandes von den Ausschüssen in Erwägung gezogen werde; eventuell aber hat er, wenn sich für die Verweisung keine Stimmenmehrheit ergäbe, für Oldenburg gegen den Antrag zu stimmen.

**Anhalt und Schwarzburg-Sondershausen** stimmen für den Antrag.

**Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg.** Der Gesandte tritt für die Curie dem Antrage von Oesterreich und Preussen bei.

**Freie Städte.** Der Gesandte hat Namens der Curie mit Ausnahme der freien Stadt Frankfurt, welche sich der bayerischen Abstimmung anschliesst, für die Verweisung an die vereinigten Ausschüsse zu stimmen, und dabei folgende Erklärung abzugeben:

Die Senate von Lübeck und Bremen halten eine vorgängige Berathung des Antrages durch die vereinigten Ausschüsse schon deshalb für unerlässlich, weil die Sachlage, von welcher die Bundesversammlung bei ihren Beschlüssen vom 1. October und 7. December v. J. ausgehen musste, seitdem eine wesentliche Veränderung erlitten hat. Einerseits haben seit jener Zeit Oesterreich und Preussen in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte gegen Dänemark

eine Action eintreten lassen, welcher der Bund sowohl hinsichtlich ihrer Leitung als der zu erreichenden Ziele fremd geblieben sind; andertheils haben auch die Truppenaufstellungen Oesterreichs und Preussens nördlich und südlich von der Eider eben hierdurch einen solchen Charakter angenommen, dass dieselben nicht mehr ohne Weiteres im Sinne der gedachten Bundesbeschlüsse als Reservestellungen für eine lediglich im inneren Bundesdienste verwandte Streitmacht angesehen werden können. Sowohl in dem Falle, dass der letzteren eine erweiterte Bestimmung gegeben werden, als auch in dem anderen Falle, dass deren bisherige Aufgabe unverändert bleiben sollte, würde es nothwendig sein, durch einen sorgfältig vorbereiteten wohlwogenen Bundesbeschluss diejenigen Formen und Bedingungen festzustellen, unter denen entweder ein weitergehendes Eingreifen der Bundesautorität in den Gang der Ereignisse einzutreten hätte, oder das Verhältniss zwischen der selbständig agirenden österreichisch-preussischen Kriegsmacht und dem (wesentlich anderen Zwecken dienenden) Bundescorps sich gestalten soll. In dem letzteren Falle würde schon allein die Wahrscheinlichkeit einer Vermengung der selbständigen Action der beiden Grossmächte mit der Action des Bundes, wie sie durch Einsetzung eines gemeinschaftlichen militärischen Oberbefehls nahe treten müsste, die Nothwendigkeit begründen, die Modalitäten einer solchen Einrichtung, ehe sie durch einen Bundesbeschluss sanctionirt wird, einer eingehenden Erwägung zu unterziehen. Aus diesen Gründen müssen die Senate von Lübeck und Bremen sich für die Verweisung an die Ausschüsse erklären und würden, falls die Mehrheit sich dagegen entschiede, sich genöthigt sehen, gegen den Antrag zu stimmen.

No. 1048.  
Deutscher  
Bund,  
3. März  
1864.

Nachdem sich für die Verweisung des von Oesterreich und Preussen in der letzten Sitzung eingebrachten Antrages an die vereinigten Ausschüsse die meisten Stimmen ausgesprochen hatten, beantragte Präsidium, denselben nebst den eben erfolgten Abstimmungen und den an einige derselben geknüpften Anträgen an die vereinigten Ausschüsse zu thunlichst beschleunigter Berichtserstattung zu überweisen.

Sämmtliche Herren Gesandten traten diesem Präsidialantrage bei, die Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen, indem sie sich hinsichtlich einiger Abstimmungen auf die Motive ihres gemeinschaftlichen Antrages bezogen und ihren allerhöchsten Regierungen weitere Erklärungen vorbehielten.

Demgemäss wurde beschlossen:

den in das Protokoll der vorigen Sitzung (§. 76) niedergelegten Antrag von Oesterreich und Preussen, so wie die in heutiger Sitzung darüber erfolgten Abstimmungen und die an einige derselben geknüpften Anträge an die vereinigten Ausschüsse zu thunlichst beschleunigter Berichtserstattung zu überweisen.

## No. 1049.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Anzeige von dem Empfange der die Verhandlungen über den Vorschlag vom 24. Septbr. 1862 abschliessenden Depesche Lord Russell's vom 21. Januar 1863. —

Copenhagen, January 28 (received February 2), 1863.

No. 1049.  
Gross-  
britannien,  
28. Jan.  
1863.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's despatch of the 21st instant\*). ¶ I have not recently had any conversation with M. Hall on the subject of the Duchies, but in the event of his raising the question I shall not fail to bear in mind the points to which your Lordship directs my attention. ¶ I perfectly remember your Lordship having spoken to me, while at Brussels in the beginning of last September, of the danger to the peace of Europe of a longer continuance of the bitter discussions between Denmark and Germany; and your having then given me an outline of the mode of settlement which had occurred to you, which was subsequently developed in your despatch of the 24th of September last\*\*). ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

## No. 1050.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Vorlagen an die holsteinische Ständeversammlung. —

Copenhagen, January 28 (received February 2), 1863.

No. 1050.  
Gross-  
britannien,  
28. Jan.  
1863.

My Lord, — The twelfth session of the Holstein States was opened on the 24th instant by M. Warnstedt, the Royal Commissioner. ¶ Baron Carl Scheel-Plessen was elected President unanimously, less one vote. ¶ In the sitting of the 26th the Royal Message was read to the States. A translation of it is herewith inclosed. ¶ Your Lordship will observe that it is precisely in accordance with the line of policy announced in the recent despatches of the Danish Government, and with that which has been verbally made known by M. Hall. While refusing to acknowledge the legality of the requirements set forth in the Federal Decree of the 8th of March, 1860, the King declares that he has nevertheless thought it expedient to accede to them, in so far as this is compatible with his duty towards the territories of the Monarchy which do not belong to the Confederation, and as far as the necessity for preserving regular government in the State will admit. For this end therefore drafts of laws, financial as well as others, relating to the common affairs of the Monarchy will be presented to the States, who are desired to examine them with impartiality and calmness. On their pro-

\*) No. 832.

\*\*\*) No. 801.

ceedings it will depend whether a definitive arrangement of the financial relations of the different parts of the Monarchy is established, or whether complications will take place which will compromise the interest of all the countries belonging to the Crown. ¶ I think it extremely probable that if this Message had been sent to the Holstein States at the opening of their session, it would have been accepted satisfactory for a provisional state of things. It is in point of fact an acquiescence in the Decree of the Diet which is alluded to, although a reserve is made as to acknowledging the legal right of the Diet to make such a demand. It is moreover in compliance with the advice which was collectively urged on the Danish Government by England, France, Russia, and Sweden. But like every other step taken by the Danish Government, it comes, I fear, too late. The object of Germany and of Holstein now being to arrive at a definitive result, the probability is that the concession offered will be of no avail. It is thought by many that if the credits demanded by the Government are voted by the States it will only be on the condition that the States of Schleswig shall likewise be admitted to the privilege of voting their quota in the same independent manner. ¶ I have, &c.

No. 1050.  
Gross-  
britannien,  
28. Jan.  
1863.

*A. Paget.*

---

### No. 1051.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in der holsteinischen Ständeversammlung. —

Copenhagen, February 28 (received March 3), 1863.

My Lord — Your Lordship is already aware, from Mr. Paget's despatch of the 18th instant, of the grounds on which the States of Holstein have declined to vote upon the Budget and other laws relating to the common affairs of this Monarchy, which were submitted to their consideration by the Danish Government as an exceptional measure, and with a reservation on the part of the Government of its future freedom of action in regard to the general principle still at issue between the Cabinet at Copenhagen and the Holstein States. ¶ In coming to this decision the Holstein States also drew up a Memorial to the Crown\*), setting forth the various grievances of which they complain, and expressing the conviction (as recorded by Mr. Paget in his above-mentioned despatch) that the only permanent and efficient remedy for these grievances is to be sought in the re-establishment of the ancient union between Schleswig and Holstein. ¶ The issue thus raised between the Holstein States and the Monarchy is so direct that your Lordship will not be surprised to learn that the Commissioner for Holstein has refused to present to the King the address in which this opinion is avowed. ¶ He has also stated (during the debate on the projects of laws submitted to the Assembly) that the Government do not desire any exclusion of Holstein from equal participation in the affairs common to the United Monarchy, but that if

No. 1051.  
Gross-  
britannien,  
28. Febr.  
1863.

---

\*) No. 846, Anlage 12, a.

No. 1051. the Assembly and the Rigsraad should fail to come to an agreement upon any special project of law, then it would be absolutely necessary that, in respect to that particular law, a separation should take place. That is to say, if the Budget for the navy or any other department of the general Executive should be rejected *in toto* by the Assembly after being voted *in toto* by the Rigsraad, the Government would consider the rejection of the Budget by Holstein as valid only for that quota of the general expenses which Holstein is called upon to support. ¶ I subjoin an abstract of an article in the official Gazette of this morning, giving an account of the language held by the Commissioner to the Assembly, and of his reply to some of the complaints recently set forth by the Holstein States, and recorded in Mr. Paget's despatch. ¶ As, I believe, the Budget was only voted by the Rigsraad on an understanding with the Government that a vote should be obtained from Holstein for that portion of it which is chargeable on the Duchy, it remains to be seen whether, in consequence of the decision of the Assembly of the 18th instant, the Government will now feel themselves compelled to summon the Rigsraad together. I have not yet had any opportunity of conversing with M. Hall upon this subject, but I understand that the Cabinet is anxious not to take such a step so long as it may be possible to avoid it. ¶ I have, &c.

R. Lytton.

### No. 1052.

SCHWEDEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London, die Verhandlungen der holsteinischen Ständeversammlung betr. —

Stockholm, le 22 janvier, 1863.

No. 1052.  
Schweden,  
22. Jan.  
1863.

L'on connaît sans doute déjà à Londres les propositions faites par le Gouvernement Danois aux États du Holstein, et les résolutions qui en ont été la suite à Itzehoe. Cette fois, au moins, l'on ne saurait reprocher au Gouvernement Danois d'avoir manqué de franchise; le budget et presque tous les projets de loi approuvés par le Rigsraad dans sa dernière session ayant été soumis aux États du Holstein. Ceux-ci y ont opposé les mêmes fins de non-recevoir, en déclarant que rien ne pourrait rétablir l'ordre égal, sinon la ré-introduction des liens entre le Slesvig et le Holstein, tels qu'ils existaient avant 1848. C'est là le seul point auquel le Gouvernement Danois ne pourra jamais accéder; celui auquel le Holstein n'a aucun droit. Les États ne l'ignorent aucunement; ils devraient savoir de même qu'il n'y a point de droit contre le droit; et leur résolution témoigne ainsi uniquement du désir bien arrêté de ne point prêter les mains à un arrangement. ¶ Les résolutions sont identiquement les mêmes que celles adoptées par les États du Holstein il y a tantôt deux ans; notre avis reste également le même que celui que nous avons exprimé dans des dépêches des mois de mars et de mai, 1861, communiquées dans le temps au Gouvernement de Sa Majesté Britannique. Nous croyons toujours que la seule solution pratique et possible consiste dans une séparation administrative complète des Duchés alle-



mands du reste de la Monarchie danoise, tout en sauvegardant soigneusement les droits de la Confédération Germanique par rapport aux provinces qui appartiennent à ce corps d'États. ¶ Nous avons quelque lieu de croire que le Gouvernement Danois, qui se trouve placé dans une position intolérable, et de laquelle il lui faut nécessairement sortir, à moins de courir le risque d'une dissolution complète de la Monarchie, se décidera à adopter cette solution, et à la proposer à la représentation. Si tel est le cas, il est de la plus grande urgence pour lui de trouver chez le Gouvernement de Sa Majesté Britannique un appui et un concours pour la mise à exécution de ce plan. Il ne manquera point de le lui exposer d'une manière plus développée, mais je pense qu'il serait utile, si vous vouliez préparer Lord Russell à une pareille communication éventuelle, tâcher d'obtenir là-dessus son avis, et chercher à bien disposer cet homme d'État en faveur d'une solution qui nous paraît de nature à offrir satisfaction à tous les sujets de Sa Majesté Danoise, et en même temps à l'Allemagne, en tout à quoi elle est légalement autorisée à prétendre. ¶ Vous pouvez faire lecture de cette dépêche à Lord Russell, et même en laisser copie, si son Excellence le désirait. J'écris dans le même sens au Ministre du Roi à Paris. ¶ Agréez, &c.

No. 1052.  
Schweden,  
22. Jan.  
1863.

*Manderström.*

### No. 1053.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftstr. in Copenhagen an den königl. Minister d. Ausw. — Die beabsichtigte Beschwerde der holsteinischen Ständeversammlung bei dem Deutschen Bunde betr. —

Copenhagen, March 5 (received March 9), 1863.

(Extract.) On the 28th ultimo M. Blome announced in the Assembly of the Holstein States his intention to propose to the Assembly that a communication should be by them addressed to the Germanic Confederation, praying that Body to take the necessary steps for the protection of the rights and interests of Holstein. ¶ On the 2nd instant this proposal was brought forward by M. Blome, and on that occasion the Royal Commissioner informed the Assembly that, as he could not sanction by his presence any attempt to make the sovereign authority of Denmark subordinate to a majority of the Diet at Frankfort, if this proposal were discussed in the Assembly, he should be compelled to withdraw therefrom. ¶ The President of the Assembly having asserted the right of the Holstein States to appeal to the Germanic Confederation in virtue, if not of the letter, yet of the spirit and intention of their charter, the Commissioner adhered to his previous declaration, and the matter was then referred to a Committee. ¶ I inquired of M. Hall this morning whether, in the event of the discussion which would probably take place on the report of the Committee, the declaration thus made by the Commissioner would actually be carried out. ¶ His Excellency informed me that he thought the proposal brought forward by M. Blome would be unanimously passed by the Assembly, but that the Commissioner would only withdraw

No. 1053.  
Gross-  
britannien,  
5. März  
1863.

No. 1053. from the discussion in the event of his presence proving to be absolutely incompatible with the language to which that discussion would give rise. &c.  
 Gross-britannien,  
 8. März  
 1863.

*R. Lytton.*

### No. 1054.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über den Stand der holsteinischen Angelegenheit. —

Copenhagen, March 11 (received March 16), 1863.

No. 1054.  
 Gross-britannien,  
 11. März  
 1863.

(Extract.) Although I presume that a translation of the communication recently addressed by the Estates of Holstein to the Diet of the Germanic Confederation will already have reached your Lordship from Consul-General Ward, yet, as this document seems likely to lead to political consequences of no ordinary importance in the complicated relations between Denmark and the Federal Power, I have deemed it advisable, for the sake of more convenient reference, to accompany the present despatch by a full and very able translation of its contents, for which I am indebted to the zeal and kindness of Mr. Vice-Consul Rainalds. ¶ In this memorial the Assembly at Itzehoe, on behalf of the Duchy of Holstein, complains that the Federal Resolution of March 8, 1860, has been disregarded by the Danish Government. That Resolution, as your Lordship is aware, exacted that during the Provisorium the proclamation of January 28, 1852, should form the exclusive basis for the distribution of public affairs into local and common, and that no law, financial or other, concerning common affairs, should be enacted for the Duchies of Holstein and Lauenburg without the consent of their respective representative assemblies. ¶ This stipulation has always been contested by the Danish Government, and consequently, the statement which embodies the second ground of complaint set forth in the memorial, namely, that the Royal Ordinance of January 28, 1852, remained unrealized, follows as a natural corollary from the previous assertion. ¶ The memorial then passes to an explanation of the reasons which, in view of their present unsatisfactory relations with the Government, have induced the Estates of Holstein to refuse to entertain the consideration of those projects of law which have lately been submitted to them: and, after alluding to the refusal of the Royal Commissioner to present to the King their last memorial, as justifying the present appeal to the forum of the Confederation, the address concludes by requesting the Federal Diet to adopt suitable measures for the maintenance of the rights and interests of the Duchy, in other words, to institute a Federal Execution against the King-Duke. ¶ In that portion of the inclosed document which details the reasons given by the Holstein States for their refusal to discuss the projects of laws for common affairs submitted to them by the Danish Government, is, I think, to be found the knot in which, practically speaking, the whole of the present complications are concentrated. ¶ The Danish Government in submitting, under protest, the common affairs of the Monarchy to a

deliberative vote of the Duchy, affirms that, if on these affairs the vote of the Assembly should not coincide with that of the Rigsraad, then, with regard to every law on which the desired coincidence cannot be obtained, administrative separation will become a logical, as well as a practical, necessity. Were it not so, the Duchy of Holstein would be able, by a vote of its Assembly, to paralyse the political and administrative organism of the whole Monarchy, and the Government convincingly point to the obvious absurdity of making, for instance, the entire credits necessary for the armament of the State dependent on the consent of that Assembly which is at this very moment invoking the armed intervention of Germany. ¶ But, on the other hand, the Assembly replies, with equal justice, that to offer it a free deliberative vote upon common affairs, but, at the same time, to declare the precise nature and result of that vote under a menace that any other vote than such as is desired and anticipated by the Government, will render the Assembly responsible for that administrative and legislative separation from the rest of the Monarchy against which the Duchy has always protested, of which the Government itself disavows the intention, and from which it is morally precluded by its obligations to the German Powers, is, in point of fact, a mockery and an evasion. ¶ It would appear, I confess, that the logic of both parties is, from the point of view respectively assumed by each of them, unanswerable; and the result is a complete political dead-lock, such as has been fully anticipated and clearly pointed out by your Lordship. ¶ It cannot, I think, be otherwise than a matter for unmitigated regret to all who are sincerely interested in maintaining the dignity and independence of the Danish Monarchy, that the present Cabinet of Copenhagen should have so pertinaciously resisted every friendly suggestion for the peaceful termination of a state of things of which the continuance is not less undignified than dangerous. For, surely, no solution of existing difficulties could be more unfavourable to the permanent interests of the Danish Crown than that confused and restless series of makeshifts which are satisfactory neither to the Government nor to the governed, and in which all dignity must at last be dissipated, and all confidence unsettled, by a nominal admission of doubtful rights, which are secretly resisted, and cannot be practically accorded. ¶ I cannot, however, entirely resist, nor disguise my general impression that the apparent languor with which the Danish Government continues to follow, with only fretful protest or grudging submission, that stream of events which seems now to be hurrying this country into open conflict with the Federal Power, is in a great measure caused by the conviction that Denmark is a geographical necessity in Western Europe; and that, in the event of renewed hostilities with Germany, England or France, or both those powers together, will be compelled to defend in arms the integrity of the Monarchy. ¶ However well founded may be this conviction, the effect of it upon the minds of the Danish Ministry is, I think, to be regretted. For, I fear that it is a secret and permanent operant against any practical and comprehensive settlement of disputed questions, and that it perhaps induces those who entertain it to consider too lightly the probability that, in the event to which they look forward, the grievous inconveniences of a Federal Execution, followed by open war, would have to be

No. 1054.  
Gross-  
britannien,  
11. März  
1863.

No. 1064.  
Gross-  
britannien,  
11. März  
1863.

long and severely experienced before any friendly Power, however well disposed, could come into the field; that, moreover, all treaties of peace represent only a compromise between conflicting interests, involving mutual concessions, and that those concessions by which war is terminated are rarely preferable to those by which war can be prevented. ¶ Another probable cause for the apparent disposition of the Danish Government to entrench itself, at this moment, behind a policy of inactive resistance, is, I have little doubt, the disturbed state of the Federal Constitution, the probability of its disruption, and the wide divergence of opinion which is known to exist between the two Great Powers of Germany with regard to any reconstruction of that body. ¶ But again, Danish statesmen do not, perhaps, adequately consider the fact that, even if the Federal Instrument were dissolved to-morrow, Germany would not on that account be less united than at present in its sympathies with the claims and aspirations of the Danish Duchies, nor less possessed of those material resources from which public sympathy derives practical power. ¶ Thus, angry and infructuose disputes upon debated claims and obligations are protracted in a spirit far more argumentative than practical; and it may be that what is most calculated to ensure in Denmark the rejection of any comprehensive and conciliatory scheme for the speedy and pacific settlement of these disputes, is perhaps the very fact that the result of such a scheme would be both speedy and pacific. ¶ In summing up this sketch of the sentiments which, on the part of the Government and their supporters, appear to underlie the present position of affairs in Denmark, I may revert to the fact that in your Lordship's despatch to Mr. Paget of November 20, 1862,\*) four courses were reviewed as open to the Danish Government; of these, the first was thus described: „To allow the present state of uneasiness and danger to continue till it ends in some violent explosion;“ and the last was stated to be the adoption of the plan proposed by your Lordship. ¶ The Danish Government, by rejecting the last without precisely adopting any of the others, appears to be tending more and more in the direction of the first, which (as was recorded by Mr. Paget in his despatch to your Lordship of November 25, in the same year) was characterized by M. Hall at the time as „the easiest to follow, although the danger of doing so would be too great.“ ¶ There can be little doubt that a few timely and reasonable concessions to Schleswig would have enabled the Government to deal with Holstein under simpler and more satisfactory conditions, by inducing both that Duchy and the German Powers to await with increased confidence and patience the settlement of remaining difficulties. But the last act of the Holstein States appears to place the whole question on a new and more painful footing, by leaving the Government to decide the issues of it (still shackled by the Schleswig claims) with the Federal Power, rather than directly with its own subjects etc.

*R. Lytton.*

---

\*) No. 828.

## No. 1055.

**DANEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London, betr. den Erlass der Verordnung vom 30. März 1863. zur Regelung der holsteinischen Verfassungsverhältnisse \*). —

Copenhague, le 1 avril, 1863.

Monsieur, dans la dépêche du 15 octobre de l'année passée, le Gouvernement du Roi s'est déclaré prêt à accéder à la demande que la Diète Germanique avait formulée à l'égard du Holstein, quelque injuste qu'elle soit d'ailleurs sous le point de vue du droit. Mais en le faisant j'eus soin d'ajouter qu'une telle position éventuelle des États holsteinois, d'après laquelle le budget commun et les lois communes, en tant qu'ils regardent le Duché, seraient votés par eux, devait être précisée de telle sorte que le reste de la Monarchie ne fût pas réduit à une dépendance continuelle de l'Allemagne, et que nous devions être assurés que par ce sacrifice nos rapports avec la Confédération se trouveraient rétablis sur une base durable. Les conditions que j'avais ainsi formulées furent parfaitement appréciées par Lord Russell, et il exprima dans la réponse du 20 novembre son assentiment et son approbation cordiale de ces principes. ¶ J'ai déjà dans ma dépêche du 5 janvier \*\*) exprimé la satisfaction avec laquelle le Gouvernement du Roi avait reçu cette déclaration du Cabinet Britannique, et j'aime à la rappeler aujourd'hui après que nous avons procédé à l'acte que Lord Russell nous avait si vivement conseillé. ¶ Avant-hier le Roi a signé l'Ordonnance que je joins sous ce pli en texte original et en traduction française, et dont je vous prie de remettre le plus tôt possible un exemplaire à Lord Russell. ¶ Sa Seigneurie verra par cet acte qu'après s'être décidé à faire la démarche qu'on nous avait si vivement suggérée, le Gouvernement du Roi l'a fait franchement et sans marchander. Désormais il reste fixé que toute loi relative aux affaires communes, pour être valable dans le Holstein, doit être votée par les États holsteinois et aucune dépense ne pourra tomber à la charge du Holstein, en dehors des prévisions du budget normal existant, sans qu'elle soit approuvée par les États. Il y a plus. Pour mettre le Holstein à même de s'assurer qu'en réalité rien ne se fasse en matière de finances qui favorise le reste de la Monarchie aux dépens du Duché, l'administration de ses finances particulières qui, pour faciliter le service, était jusqu'ici réunie avec l'administration générale des finances de la Monarchie, passera au Ministère spécial du Holstein, et les États holsteinois exerceront le droit de contrôle constitutionnel sur l'emploi de ces fonds. Enfin, le Roi a donné l'ordre qu'un projet de constitution sera élaboré le plus tôt possible pour être soumis à l'adoption des États, contenant les dispositions nécessaires pour l'exercice de cette nouvelle compétence et développant en même temps les institutions intérieures et politiques du Duché dans un sens libéral, notamment la législation électorale, le droit de la presse, la liberté religieuse et civile. ¶ Je n'entrerai

No 1055.  
Dänemark,  
1. April  
1863.

\*) No. 835.

\*\*) No. 831.

No. 1055.  
Dänemark,  
1. April  
1863.

pas ici plus avant dans les détails de l'Ordonnance qui, ayant pour objet de régler des rapports d'un caractère intérieur et compliqué, doit nécessairement contenir des points qui ne sont pas faciles à saisir à première vue et dont l'ensemble, pour être entièrement compris, a besoin d'être vu en action. Mai je vous ai mis à mémé, Monsieur, de donner tous les éclaircissements et explications que Lord Russell pourrait désirer sur les dispositions de cet acte, et je me repose entièrement de cette tâche sur votre zèle. ¶ En accordant au Holstein et à ses États cette nouvelle position, le Gouvernement du Roi devait, comme je l'avais déjà dit, avoir soin que le reste de la Monarchie et sa représentation ne fût pas réduite à une dépendance injuste et pernicieuse. Ce but a été atteint de la manière suivante. De même qu'une loi approuvée par les États holsteinois peut être promulguée uniquement pour le Holstein, sans que le Rigsraad puisse l'empêcher en refusant son consentement pour ce qui concerne le Danemark et le Slesvig, de même une loi votée par le Rigsraad mais rejetée par les États holsteinois pourra être promulguée avec force de loi mais uniquement pour le Danemark et le Slesvig. Dans le cas où une telle loi aurait trait à une affaire dans laquelle une diversité de législation ne serait pas compatible avec la conservation de l'ancienne communauté, cette communauté cesserait d'exister. Pour ce qui est des dépenses, le Rigsraad aura la faculté naturelle de voter pour les parties de la Monarchie qu'il représente une dépense à laquelle les États holsteinois n'auront pas donné leur consentement pour la part contributive du Holstein, et cette dépense tombera donc à la charge exclusivement du Danemark et du Slesvig. ¶ Par cet arrangement se trouve ainsi atteint le premier objet que le Gouvernement du Roi devait avoir en vue en procédant à cette concession faite à la Confédération pour le Holstein. Quant au second objet, le rétablissement des rapports amicaux et durables avec l'Allemagne, l'accomplissement de ce vœu dépendra avant tout de la mesure dans laquelle Lord Russell exercera la grande influence du Gouvernement Britannique en ce sens. La manière dont Lord Russell a déjà antérieurement reconnu la justice des principes qui viennent de guider le Gouvernement du Roi dans cet acte, me donne la confiance que cet appui précieux ne nous fera pas défaut. ¶ J'ai, etc.

*Hall.*

---

### No. 1056.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Eindruck des Patents vom 30. März. —

Frankfort, April 11 (received April 13), 1863.

No. 1056.  
Gross-  
britannien,  
11. April  
1863.

(Extract.) The Edict of the King of Denmark for regulating the future relations of Holstein and Lauenburg with the Kingdom of Denmark excites much attention. ¶ It is not yet easy to pronounce what is the precise way in which it is judged as concerns Holstein, but a cry is at once raised on behalf of Schleswig, and as to the manifest design of the Danish Government to incorporate that

province contrary to formal engagements. ¶ There is no doubt that the matter will in some shape or other come before the Diet. ¶ I apprehend however, that as Austria and Prussia have declared their mandate at an end, the Diet will wait for a complaint or representation from the Duchies before taking any action in the matter. &c.

No. 1056.  
Gross-  
britannien,  
11. April  
1863.

*A. Malet.*

### No. 1057.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw., das Patent vom 30. März betr. —

Berlin, April 11 (received April 13), 1863.

(Extract.) M. de Bismarck said that he has had the arrangements proposed by Denmark carefully examined, and that many of them, and particularly those which have reference to the Budget, and the domains are decidedly violations of the rights of Holstein, and will doubtless be protested against by the Federal Diet. The Prussian Government, however, he repeated, would not take the initiative in expressing an opinion as to what might be necessary or expedient under the new circumstances which have arisen; but he seemed to consider that Denmark should have declared or promised the entire autonomy of Schleswig, with respect to the domestic affairs of the Duchy, free from all the vexations which have been hitherto complained of, if she hoped that an arrangement could be effected on the basis of the *coup d'état*, to which, according to his Excellency's appreciation of the Proclamation, she has had recourse. ¶ M. de Bismarck said he must be guided in this question by the opinions of Germany and of the Diet, where he believed very decided disapprobation would be expressed by Hanover and Bavaria of the Proclamation. ¶ The Danish Minister has also spoken to me on this subject, and of a report which had reached his Government that Germany intends to renew a demand which was put forward some years ago, but afterwards tacitly abandoned, for the expenses of the Federal occupation of Holstein at the close of the war. ¶ He did not wish me, however, to ask M. de Bismarck for any information as to the truth of this rumour, of which I had not heard. ¶ With respect to the Proclamation, I told him that your Lordship had recommended to the Danish Government the only arrangement which appeared to Her Majesty's Government likely to conciliate the conflicting interests of Denmark and the Duchies, but I had no doubt you would be well pleased if the arrangement now proposed effected the object which it had in view. ¶ I was however convinced, I said, that it had not the slightest chance of doing so, unless it was immediately followed by an offer of complete autonomy to Schleswig with respect to the domestic affairs of the Duchy, and the removal of all the grievances of which the German part of the population have hitherto had cause to complain. ¶ I believe that the Swedish Minister has spoken in the same sense to M. de Quaade, and that he is himself convinced of

No. 1057.  
Gross-  
britannien,  
11. April  
1863.

No. 1087.  
Gross-  
britannien  
11. April  
1863.

the absolute necessity of his Government endeavouring so far to satisfy the wishes of Germany, and has urged them strongly to do so. ¶ In the meanwhile, I lose the copy of a memorandum, which has been communicated to me, of the objections which may be made to the arrangements proposed by the King's Proclamation; and your Lordship will perhaps consider them, if not insurmountable, at all events sufficiently numerous to preclude the hope of this tedious question being near a termination. ¶ M. de Quaade acknowledges that the proposed arrangements are open to some of the objections made to them, but he says the Government have only modified those of 1852, in so far as they have found it necessary to do so to meet the late demands of the Federal Diet, and he does not believe that the Danish Government would allow any mere question of money to stand in the way of an arrangement. &c.

*Buchanan.*

-----  
Anlage. — Memorandum.

1. Position of Holstein. — Observations on several points in which the Constitutional Rights of that country, which the German Confederation would have to take care of, seem infringed or neglected.

1. The Normal Budget is fixed without the slightest co-operation of the Estates. The King, by his own absolute power, changes the provisional budget of 1856 — which was given provisionally with the distinct view to a fixation by law — into a definite one without even hearing the Estates.

2. Every control over the expenditure and distribution is withheld from Holstein. (In Lord Russell's proposals the normal Budget was to be voted for ten years, the distribution or expenditure yearly, the latter by a mixed council; no such provision is made by the present Danish measures.)

3. The regular Budget of the Monarchy will be laid before the Reichsrath, not before the Holstein Estates. The inequality is glaring!

4. Additional expenses are to be laid before the Holstein Estates "for Holstein," that if they refuse, the Reichsrath may vote for Schleswig and Denmark their quota from the common income. ¶ For instance, the Government asks 100,000 dollars. Holstein refuses 21 per cent; the Reichsrath accedes and votes 79 per cent. Are these 79,000 dollars to be taken from the common fund? But out of the common fund the Reichsrath has not a farthing to expend without consent of the co-partners, according to every principle of partnership.

5. The domains and forests of Holstein are treated as common property, and their surplus of revenue thrown into the common fund, contrary to the rights of the Duchy, which are asserted already in 1855, and formed one of the first griefs against the Common Constitution of that year.

6. No provision whatever is made for settling legally and constitutionally the limits between special affairs of the Duchy and common affairs of the Monarchy; this is left entirely to the arbitrary decision of the Government.

7. In Article 5, a provision is made for the case of the other parts of the Monarchy refusing a proposition of Government in common affairs, to



which Holstein has acceded. The contrary case, which is more likely to take place, is not even contemplated. ¶ Altogether, it is not easily to be conceived how a law concerning common affairs could be put in vigour for one part of the Monarchy only.

No. 1057.  
Gross-  
britannien,  
11. April  
1863.

### 3. Observations with reference to Schleswig.

Lord Russell considered as the necessary complement of the autonomy of Holstein, the corresponding autonomy of Schleswig, which was not to be represented in the Rigsraad. On the contrary, the present Danish measures leave Schleswig in the Reichsrath, maintain the Common Constitution of 1855 (which Lord Russell expressly declares to have no force in Schleswig), and thus connect Schleswig with Denmark proper in one Common Constitution, which is contrary to the promises [of 1852—promises which the English Government has repeatedly declared the King bound in honour to fulfil. The constitutional connexion between Schleswig and Denmark, to the exclusion of Holstein, is equivalent to an incorporation of Schleswig.

---

## No. 1058.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Stockholm an den königl. Min. d. Ausw.  
— Schwedens Ansicht über das Patent vom 30. März. —

Stockholm, April 6 (received April 14), 1863.

My Lord, — With reference to your Lordship's despatch of the 11th ultimo, which reached me on the 4th instant, I have the honour to state that, having asked Count Manderström if the Danish Decree of the 30th ultimo, regarding Holstein and Lauenburg, which I perused through the kindness of my Danish colleague, Count Scheel-Plessen, established that complete administrative separation for those Duchies which was contemplated in his Excellency's despatch to Count Wachtmeister of the 22nd of February last, his Excellency replied that it did not do so entirely, and he also appeared doubtful about the advisableness of the *proprio motu* character of the Decree, as well as about its satisfying Germany, to say nothing of the Danish Parliament. ¶ I have, &c.

No. 1058.  
Gross-  
britannien,  
6. April  
1863.

G. S. S. Jerningham.

---

## No. 1059.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw.  
— Oesterreichische Ansicht von dem Patent vom 30. März. —

Vienna, April 16 (received April 20), 1863.

(Extract.) Count Rechberg mentioned to me to-day that he has forwarded to Count Apponyi, for communication to your Lordship, the copy of a despatch which he has felt compelled to address to the Austrian Minister at Copenhagen,

No. 1059.  
Gross-  
britannien,  
16. April  
1863.

No. 1059. Grossbritannien, 16. April 1863. in which he recalls to the Danish Government the circumstances under which, in the year 1852, the Imperial Government withdrew their troops from the continued occupation of Holstein and the fortress of Rendsburg. His Excellency said that he should also remind the Danish Government of the debt of seven millions which was still owing by them on account of this occupation, and that Austria could no longer postpone bringing the whole affair before the Diet of Frankfort. Count Rechberg added that the Prussian Government had expressed their approval of this proceeding, that it was one which naturally flowed from the peculiar position of Austria in the question, and the late Danish proclamation had compelled him to take this step. &c.

*Bloomfield.*

### No. 1060.

GROSSBRITANNIEN. — Botsch'after in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Preussens Haltung zu dem Patent vom 30. März. —

Berlin, April 18 (received April 20), 1863.

No. 1060. Grossbritannien, 18. April 1863. (Extract.) I have the honour to inclose a précis by Mr. Morier of the report of the debate which took place yesterday in the Chamber of Deputies on the Schleswig-Holstein question, during which M. de Bismarck answered questions put to the Government. ¶ His Excellency said that the Danish Government have hitherto left unfulfilled their engagements contracted towards Germany in 1851 and 1852, have now, by the decree of the 30th of March of this year, acted in direct violation of them, and in some important points explicitly withdrawn from them. As to the steps to be taken in consequence of these circumstances, his Excellency observed the Government would consult with their confederates, whom they would find ready to protect the rights of Germany; Prussia and Austria being in the meanwhile agreed as to a common action until the question can be brought before the Diet and protests having been forwarded to Copenhagen. ¶ I have inquired of M. de Bismarck what further steps he proposes taking beyond the despatch which he has sent to Copenhagen, and the protest which he has addressed to the Danish Government in common with Austria, of which documents copies will, I believe, be communicated to your Lordship by Count Bernstorff. ¶ His Excellency replied that future action will be left entirely to the decision of the Diet, *who will probably declare Germany to be released from the engagements into which she entered with respect to Holstein in 1852, including her assent to Prince Christian's succession to the sovereignty of the Ducky, and that the whole question may thus be reopened on the status quo ante.* ¶ I observed that such a declaration on the part of the Confederation would, I feared, be soon followed by hostilities, but his Excellency said war need not necessarily be its immediate consequence, and Germany would consider her own convenience, as to how far and when it might be expedient to support her rights by arms. etc.

*Buchanan.*

## No. 1061.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Weiteres über den Eindruck des Patents vom 30. März. —

Frankfort, April 18 (received April 20), 1863.

(Extract.) I have it now in my power to inform your Lordship that the impression produced by the Danish Decree of the 30th March, concerning Holstein, is as unfavourable as is well possible. ¶ Referring to my preceding despatch of this date, I learn from Baron Kubeck, that the protest therein mentioned, as having been already presented by his Government at Copenhagen, is couched in strong language, and his Excellency informs me that he believes the Prussian communication is equally stringent in tone. ¶ In the first place, the Danish Decree is looked on as a decided step to the incorporation of Schleswig in the Monarchy, which would be a violation of formal agreement; and the complete implied disjunction of Holstein from Schleswig, though the Diet has not the same rights in the latter as in the former Province, is a severance of historical and recognized connection between the two Duchies, which is regarded as wholly inadmissible. ¶ It is at any rate, said his Excellency, a step towards the realisation of the projects of the Eider-Danish Party, and as such must encounter the determined opposition of Germany. ¶ Your Lordship must be prepared to see this step of the Danish Government meet with decided and prompt measures of opposition on the part of the Diet. The direction of that Body's policy will be clearly indicated by the Protests already delivered at Copenhagen by Austria and Prussia, and I fully expect that the Hanoverian proposition announced for next Thursday will be for promptly taking coercive steps and proceeding to Execution. etc.

No. 1061.  
Gross-  
britannien,  
18. April  
1863.

*A. Malet.*

## No. 1062.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
Oesterreichische Ansicht über das Patent vom 30. März. —

Vienna, April 23 (received April 27), 1863.

(Extract.) The French Ambassador made a verbal communication two days ago to Count Rechberg on Danish affairs, and expressed the hope of his Government that Austria would not, in consequence of the Danish Proclamation, adopt measures that might render still more difficult the solution of this complicated question, and Count Rechberg has written a despatch to Prince Metternich in answer to this communication. His Excellency sends a copy of it to Count Apponyi; for your Lordship's information, and has observed to me that the policy of Austria, with regard to Denmark, is not to endanger but to uphold the integrity of the monarchy, whereas the Danish Proclamation is calculated to shake

No. 1062.  
Gross-  
britannien,  
23. April  
1863.

No. 1062. its foundations. He maintained further, and I understand he has said so to the  
 Gross- Duc de Gramont, — that the four points proposed by your Lordship are the  
 britannien, best basis that had yet been devised for arriving at an understanding on the sub-  
 23. April 1863. ject at Frankfort. He deplors the idea of any incorporation of Schleswig, and  
 considers the tendency of the proclamation to separate Holstein from Denmark  
 as the work of the Eider-Danes in seeking to carry out their Scandinavian pro-  
 jects, and which, if pursued, must sooner or later lead to a dismemberment of  
 the monarchy, and to the establishment of a new state of things in the north o  
 Europe. Count Rechberg believes that the desire of the Holsteiners is to remain  
 Danish, and he considers it to be in the true interests of Austria to endeavour to  
 consolidate the Danish monarchy, and therefore regrets the late measures of the  
 Cabinet of Copenhagen, which only tend to its dismemberment. etc.

*Bloomfield.*

### No. 1063.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d.  
 Ausw. — Bericht über die Lage der Dinge. —

Copenhagen, April 29 (received May 4), 1863.

No. 1063. My Lord, — As the Proclamation of the King of Denmark, regulating  
 Gross- the constitutional position of the Duchy of Holstein in the Danish monarchy  
 britannien, has been productive of communications from the Austrian and Prussian Govern-  
 29. April 1863. ments to the Cabinet of Copenhagen, of a character which leads to the impression  
 that the relations of peace between those Powers and Denmark may, ere long,  
 be seriously compromised, your Lordship may, perhaps, expect from me some  
 expression of opinion on the subject of the measures it enacts. I shall endeavour  
 to state my views in as concise a manner as possible. ¶ The Proclamation in  
 question appears to me to admit of being considered in a twofold light:

First. In what manner does it affect the material interests of the Duchy  
 of Holstein? and

Secondly. What is its bearing upon the engagements entered into by  
 Denmark with Austria and Prussia, in the course of the negotiations of 1851  
 and 1852?

In regard to the first point, it may generally be stated that the Procla-  
 mation of the 30th of March will have for effect to place the Estates of th-  
 Duchy of Holstein in possession of the same constitutional rights and privileges,  
 in regard to the common affairs, as is possessed by the Assembly representing  
 the other portions of the Danish monarchy. The Holstein States are to be called  
 upon to give their sanction to every law and every item of expenditure be-  
 yond the normal budget, before either the one can have force, or taxes be levied  
 for the other within the Duchy. ¶ Therefore, in the event of a law on common  
 affairs proposed by the Government being rejected by the Estates of Holstein,  
 it is not to be carried into effect in Holstein, although it may have been voted for  
 the other part of the monarchy by the Rigsraad, and the same rule is to apply

in regard to items of expenditure common to the whole monarchy. But it is objected (in the memorandum inclosed in Sir A. Buchanan's despatch of the 11th instant), that every control over the expenditure and distribution is withheld from Holstein; that the regular budget of the monarchy will be laid before the Rigsraad, not before the Estates of Holstein; and that „additional expenses are to be laid before the Holstein States for Holstein“ — the inquiry being added, whether this means that, if they refuse, the Reichsrath may vote for Schleswig and Denmark their quota from the common fund. An instance to illustrate the meaning of this inquiry is given, and it is supposed that „the Government asks 100,000 dollars, that Holstein refuses its 21 per cent, and the Rigsraad accedes and votes 79 per cent.“ Under these circumstances, it is asked — „Are these 79,000 dollars to be taken from the common fund,“ out of which „the Rigsraad has not a farthing to expend without the consent of the copartners, according to every principle of partnership?“ ¶ To the last objection I shall address my first reply. The „additional expense to be laid before the Holstein Estates for Holstein“ is the supplementary budget which has to be laid before each Representative Assembly, and voted by each for every biennial period; and the meaning, as I understand it, is this, — that if Holstein refuses its share of an item of expenditure, Schleswig and Denmark may carry out the work intended from the fund common to them. When Holstein refuses its share for an item of expenditure, community of funds ceases to exist for that item. Thus, supposing 100,000 dollars to be required by the Government for the building of a gun-boat, if Holstein refuses its 21 per cent, Denmark and Schleswig may construct the gun-boat for 79,000 dollars, or they may, at their option, make up the 100,000 dollars out of their own resources. In this way, if Holstein remains firm, she may hope, in the course of time, to be in the advantageous position of being protected by the navy of Denmark without having contributed towards its construction a dollar beyond the amount specified in the normal budget. ¶ In regard to the first and second objection that every control over the expenditure and distribution is withheld from Holstein, and that the regular budget will be laid before the Rigsraad; and not before the Holstein Estates, it would appear that if the Estates of Holstein have the faculty of voting the amount of expenditure which they are called upon to contribute to the general expenses of the monarchy, they exercise as much power and control over that expenditure as is usually possessed by Representative Assemblies; and as, in order to enable them to vote their share of this expenditure the Budget must be laid before them, they will thus be, in respect to it, on precisely the same footing as the Rigsraad. ¶ It is not correct, as stated in the Memorandum above referred to, that the King, by his own absolute will, has changed the provisional normal budget into a definitive one without hearing the Estates. With the exception of the expenditure under de War Department, for which special arrangements are to be made, to meet the new military organization, the normal budget published in the Proclamation of the 30th of March, is the same normal budget of 1856, and its provisional character is in no way changed, nor can it be so, except by a law voted by the Rigsraad and the Estates of Holstein. ¶ I may

No. 1068.  
Gross-  
britannien,  
29. April  
1863.

No. 1063.  
Gross-  
britannien,  
29. April  
1864.

perhaps be allowed to observe that the reference to your Lordship's plan of arrangement in the Memorandum is by no means to the point in discussing the present measure of the Danish Government. It is not, I venture to think, the standard by which they have to be judged, because it was not the basis on which the arrangements between Denmark and Germany were made. ¶ There is no doubt that if your Lordship's proposals had been accepted by the parties concerned, a happy termination of the quarrel would have been the result, but I humbly submit that that is not now the question. ¶ There is one more point mentioned in the Memorandum to which I shall now allude, viz., the assertion that the domains and forests are treated as common property, and their surplus revenue thrown into the common fund. The Proclamation of the 30th of March makes no new arrangement whatever respecting the surplus revenue arising from the forests and domains. Such as it is, it was fixed by the normal budget of 1856, and during the whole course of the correspondence between Austria and Prussia with Denmark in the last two years, it is not alluded to as a hardship. ¶ But the Proclamation of the 30th of March is not simply confined to the position of Holstein as regards the common affairs of the monarchy. In the rescript addressed to the Minister for Holstein, it is distinctly stated that, in framing the local constitution for Holstein, the necessary regard shall be paid to reforms corresponding with the spirit of the times, „, to the question of liberty of the press, right of petitioning, of forming unions, and of holding public meetings“; and, judging the future by the past, there appears no reason to doubt that the new draft of local constitution to be submitted to the Estates will guarantee to the Duchy the enjoyment of every civil and religious liberty. ¶ Such being the meaning which, from the reading of the document itself, and the explanations which have been given to me by the Danish Minister for Foreign Affairs, I attach to the Proclamation of the 30th of March, I cannot but come to the conclusion that it is neither injurious to the interests of the Duchy of Holstein, nor calculated to place the Duchy in a position of inferiority towards the other parts of the Danish monarchy. I believe, on the contrary, that it is the creation of a state of things of which few countries in Continental Europe would be disposed to complain, and with which Holstein itself might well be satisfied if its ideas were confined to the protection of its legitimate interests and national welfare. But such is unfortunately not the case. ¶ In regard to the bearing of the Royal Patent of the 30th of March on the engagement of the Danish Government with Austria and Prussia, I fear that the verdict must be less favourable to the Danish Government, however much the force of circumstances may plead in favour of the necessity of having recourse to it. ¶ It is not that the measure itself, as before stated, is a hardship upon the Duchy of Holstein, but it is impossible to deny that as a definitive arrangement, it is contrary to the stipulations entered into by the Danish Government with Austria and Prussia in 1851-52. In the course of those negotiations the Danish Government undoubtedly undertook to unite the different portions of the monarchy under one common constitution, and it is, to say the least, bad policy on the part of the Danish Government to issue a Proclamation setting forth that that basis is no longer to be

adhered to. It is, as it were, throwing down the gauntlet to those two great Powers, and, as was to be expected, they have not failed to take it up. ¶ No argument *ab inconveniente*, as your Lordship justly observes in your despatch to me of the 20th of November, "can be allowed to prevail against positive stipulations and honourable engagements," and the Danish Government was therefore bound to persist against every discouragement, and in spite of every obstacle, in its endeavours to bring about the realization of the Common Constitution which had been promised. Such has been the advice which has frequently been given to the Danish Government, but it has always been met by the objection that the affairs of the country could not remain at a standstill until such time as a solution, agreeable to Holstein and to Germany, had been found. This is the argument *ab inconveniente*, but the remedy was at hand. The measures which have now been adopted by the Danish Government are, with the exception of the separation of the army, those which were collectively urged by the Representatives of England, France, Russia, and Sweden, in the month of March, 1861, as a provisional arrangement, and there is little doubt that, if the advice had then been loyally acted on, a breathing-time would have occurred in this most vexatious question, during which the Danish Government would have had ample leisure to negotiate respecting the Common Constitution, either with a successful result or with that of proving to the satisfaction of Europe that success in that direction was impossible. ¶ The first fault, therefore, committed by the Danish Government was in not following the advice of the Great Powers on the occasion alluded to, and it has certainly not been wiped out by the wisdom of their policy since that time. They have consistently rejected the counsels which have on various occasions been offered to them, and which, if they had accepted them, would at all events, have gone far to secure them the support of the non-German Powers. The proposals which they have made to the Holstein States on the basis of a Common Constitution have been of so flimsy and uncircumstantial a nature that they could hardly be considered as being offered with a serious intent; and, to wind up all, they have now promulgated measures of a definitive character which, however good in themselves, go directly in the face of their previous engagements. If the same measures, with the exception of the separation of the army, had been adopted as a provisorium, they would have been in accordance with the Federal Decrees. But, promulgated as they now are, in a definitive form, they can only be considered as a decided step in the policy of separation; and, therefore, the two Great German Powers are, no doubt, fully entitled to protest, as they have already done, against the step thus taken. ¶ Considering, however, the fact (and it is not altogether unworthy of consideration), that the measures in question, so far from being injurious, are decidedly favourable to the reasonable interests of the Duchy, I think it may be said that, if Germany were now disposed to stand less rigidly by the letter of the engagements above referred to, she would thereby facilitate the practical amelioration of a state of things of which she has so long and so vehemently complained. ¶ M. Hall has probably been urged in his present course beyond his own desires by the partisans of Eider-Danish policy in the Ministry;

No. 1062.  
Gross-  
britannien.  
29. April  
1863.

No. 1063. Gross-britannien, 29. April 1863. but he would appear, whilst giving advantage to his apponents, not to have been fortunate enough to satisfy completely the expectations of the extreme party in the Rigsraad, and even some of his usual supporters. There have been various articles in the newspapers of late, complaining that the measures do not go far enough towards a separation; and a motion has been on the paper of the Rigsraad,—but now, I believe, withdrawn,—directly incriminating the policy of the Government. ¶ There is one other consideration which I have not paused to refer to in the course of this despatch, but which the Rigsraad, jealous (as is every Representative Assembly) of its Constitutional privileges, will probably not fail to bring under discussions, viz. :— that of the legality, involved in the promulgation of measures which will have for effect the establishment of a new administrative system, without previous reference to the Representatives of the nation. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

### No. 1064.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den Min. d. Ausw. — Den Oldenburgischen Antrag (No. 841) betr. —

Frankfort, May 2 (received May 4), 1863.

No. 1064. Gross-britannien, 2. Mai 1863.

My Lord, — In the sitting of the Diet, held on the 30th April, the Oldenburg Envoy made a proposition to the effect that, as the Danish Government had not fulfilled the engagement entered into in 1851-52, the Diet should declare itself released from the stipulations made on behalf of the Confederation by Austria and Prussia. That consequently the Diet should resume all rights pertaining to it in virtue of the IIIrd Article of the Treaty of Berlin, and should take such steps as were called for accordingly. ¶ This proposition was referred to the joint Committee, with the dissentient votes of the Representatives of the Netherlands for Luxemburg, and of Denmark for Holstein-Lauenburg; the latter Envoy reiterating his protest in behalf of his Government and Sovereign. ¶ As I understand the proposition of Oldenburg, it implies a return to the state of relations between the Crown of Denmark and the Duchies which existed before Denmark was under a Constitutional Government. ¶ I have, &c.

*A. Malet.*

### No. 1065.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den Min. d. Ausw. — Die Stellung Oesterreichs zu der neuesten Wendung der deutsch-dänischen Frage. —

Vienna, May 7 (received May 11), 1863.

No. 1065. Gross-britannien, 7. Mai 1863.

My Lord, — Count Rechberg has mentioned to me that he was about to send some further communications to Count Apponyi on the Danish question, and that he wished to remove the impression which your Lordship had received that the Austrian Government had ever thought of departing from the arrange-



ments which had been made with Denmark in 1851 and 1852. His Excellency said, on the contrary, that he held fast to those arrangements, and considers them the best basis for negotiating at Frankfort, and that Prussia and Hanover also were of the same opinion. As to Bavaria, Baden, and Oldenburg, he apprehended those States are inclined to push matters to an immediate crisis, but his Excellency still hopes time will be gained for negotiation, though he does not conceal his expectation that if Denmark persists in her present course, the Diet will be compelled to adopt the extreme measure of an execution. ¶ Since writing the above Count Rechberg has informed me that in his communications to Count Apponyi, and in the identic despatches addressed to the Austrian Representatives at Paris and St. Petersburg, he states that after the question shall be decided upon by the Diet, a term of six weeks will be allowed to Denmark, at the expiration of which, if she has not complied with the demands of the German Confederation to modify the recent proclamation of the King of Denmark in such a sense as shall leave intact the connection between the two Duchies, an Execution in Holstein will take place. ¶ I have, &c.

No. 1065.  
Gross-  
britannien,  
7. Mai  
1863.

*Bloomfield.*

## No. 1066.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Hamburg an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Baron Blome. —

Hamburg, May 8 (received May 11), 1863.

My Lord, — The new local Government of Holstein issued a notification, dated Copenhagen, April 30th, the day before the removal of the seat of that Government to Plön, warning the inhabitants against attending political meetings. The notification recites, that meetings had lately been held at different places in Holstein for the purpose of passing resolutions on the political state of the Duchy, and that there had been some disturbances in Altona, which called for the interference of the police and of the military. It therefore reminds the public that the holding of political meetings is contrary to the existing laws, and declares that all persons taking part therein, or committing excesses, will be punished with the utmost severity. Whether the existing laws really prohibit such meetings as those which have lately taken place in Holstein admits of some doubt, because at those meetings no common petition or address was proposed, and the special Constitution of Holstein, dated June 11, 1854, section 7, only prohibits such public meetings as may be convened for the purpose of common petitions or addresses. But the notification referred to betrays at once the anxiety and the unpopularity of the Government, which has long ceased to have any hold whatever upon the affections of the people of the Duchy, and only maintains itself by means of constraint and intimidation. The garrison of Altona is about to receive an increase of 1,600 Danish troops, including cavalry and artillery. Orders have likewise been given to strengthen the small garrisons at

No. 1066.  
Gross-  
britannien,  
8. Mai  
1863.

No. 1066. Kiel and Rendsburg, and it is reported that one or two Danish ships of war are  
 Gross-  
 britannien,  
 8. Mai  
 1863. to be stationed in Kiel harbour. These measures of precaution, whether necessary or not, will not assuredly tend to inspire the people of Holstein with additional confidence in those Ministers of the King-Duke who are the authors of the unconstitutional Ordinance of the 30th of March last. ¶ I had yesterday an opportunity of conversing on the political situation of the Duchies with the Baron Adolphus de Blome, one of the leading men in Holstein, and an active member of the Assembly of the States. He said the condition of things was really most distressing, but that the States had done their duty in laying their case fairly before the Federal Diet in the communication made by them to that Body under date of the 19th of March last. He observed that it was now more than ever to be lamented that the Danish Government had refused to listen to the recommendations made to it by your Lordship on the 24th of September, 1862, for those recommendations contained a fair and reasonable basis of settlement, upon which the States of Holstein would have been glad to negotiate. Now, the Danish Government had provoked a crisis by the unfortunate Ordinance of March 30, which never could be carried into effect, and which was so objectionable that even His Royal Highness the Prince Christian, who interfered so little in Danish politics, had deemed it his duty to protest against it. It had also called forth many public meetings, at which numbers of people had declared they would no longer be satisfied with the fulfilment of the Danish engagements of 1851 and 1852, but insisted on a return to the *status quo ante bellum*, and the ancient political union between the Duchies. I said that public opinion in Germany certainly seemed to set in the direction of wishing the Confederation to retire from the engagements of 1851 and 1852, and to demand from Denmark as a basis the *status quo* at the date of the Federal Resolution of September 17, 1846, and I asked Baron de Blome whether such a basis appeared to him a safe and desirable one for the Federal Diet to adopt? He answered that he saw great difficulties in the way of realizing it, although he was aware that it was popular in Germany, — that the National League was working hard to attain it, — and that several Governments, viz., those of Bavaria, Oldenburg, Baden, &c., had been desirous of proposing it to the Diet. However, it seemed now pretty certain that Austria and Prussia would adopt the Hanoverian proposition threatening Holstein with an execution for breach of the engagements of 1851 and 1852, and that it was of course impossible for the small States to maintain the basis of 1846 against the judgment of the two Great German Powers. To this I could not but assent, remarking, however, that an execution into Holstein would be of very little use, unless some step should be simultaneously taken for the settlement of the Schleswig question upon the principles recently suggested by your Lordship; and with this observation Baron de Blome said he entirely concurred. ¶ I have, &c.

J. Ward.

---

## No. 1067.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Muthmasslicher Gang der Verhandlungen beim Bundestage. —

Frankfort, May 9 (received May 11), 1863.

My Lord, — Referring to my despatches of the 25th ultimo and of the 2nd instant, I think I may inform your Lordship that the adoption of the Oldenburg proposal to declare the Confederation released from the engagements of 1851 and 1852 will not be recommended by the Report of the Joint Commissions of the Diet, but that there is every prospect that the Hanoverian proposition or resolution, very nearly in accordance therewith, will form the basis of the Report. ¶ However they may disagree on other matters, Austria and Prussia will act in unison on this question, and, allowing due weight to the assertions and rights both of Denmark and of Germany, it is not easy to arrive at any other conclusion than that the Danish Decree of 30th March has precipitated a crisis which may have very serious consequences for that monarchy. ¶ There is every reason to believe that Germany would have been content with a permanent settlement of this vexed question, on the basis of your Lordship's despatch relating to the Danish Duchies. ¶ The Decree of 30th instant has not only caused the revival of all the demands made upon Denmark on behalf of the Confederation, but the nullification of the succession to the Duchies, as settled by the London Protocol, is seriously agitated. ¶ It is, therefore, to be expected that the proximate resolutions of the Diet will be of such a nature as to provoke an unsatisfactory, if not a defiant response from Denmark, and that the next step will be to carry out the long-menaced Execution. ¶ Germany expects that Denmark will resist, and in the knowledge that maritime operations, which would probably be unfavourable to Germany, could not well be carried on in the Baltic in the winter, the Diet will be in no hurry to push matters to an actual breach till the season shall be so far advanced as to confine operations to a land campaign. A dilatory course is the more likely to be adopted, as the perspective of Swedish assistance to Denmark gives rise to well-founded fears of danger to the commerce and maritime establishments of Northern Germany. ¶ I have, &c.

No. 1067.  
Gross-  
britannien,  
9. Mai  
1863.

*A. Malet.*

## No. 1068.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
über den Gang der Versammlungen am Bundestage. —

Frankfort, May 22 (received May 25), 1863.

My Lord, — No business of interest was transacted in the ordinary sitting of the Diet held yesterday, but I have reason to believe that whatever is being machinated against Denmark, will be carried on in a manner calculated to avoid publicity as much as possible. ¶ I have only as yet ascertained posi-

No. 1068.  
Gross-  
britannien,  
22. Mai  
1863.

No. 1068. vely, that Austria and Prussia are agreed on the course of proceeding; but as to  
Gross- what that course will be, I am reduced to conjecturing from probabilities, and  
britannien, from inferences drawn from slight and casual admissions by persons who must  
23. Mai know what is to be done. ¶ My impression is, that no proposition will be speedily  
1863. made in the Diet, but that the joint Committees, *i. e.*, the Committee for the  
Affairs of Holstein and Lauenburg, and the Committee of Execution, will embody  
in the Report they have to make on the propositions of Hanover and Oldenburg,  
given in my despatches of the 25th April and of the 2nd May, a recommendation  
as to the mode of operating, and that the first step suggested, will, as I have  
already had the honour of stating, be to summon Denmark to withdraw the Decree  
of the 30th of March. ¶ As regards the perspective of a military occupation of  
Holstein, an idea is afloat that it will differ in this respect from what it would  
have been, had it taken place in 1862, as it will be proposed to hold Holstein  
in pledge, till Denmark fulfils her engagements respecting Schleswig. ¶ If this  
is done, your Lordship will hardly fail to see in such an act the Diet takes a  
step assuming, or leading to assumption of Federal authority in that Duchy,  
which must necessarily provoke the determined hostility of Denmark. ¶ I have,  
&c.

*A. Malet.*

### No. 1069.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. über den Gang der Ereignisse. —

Berlin, May 23 (received May 25), 1863.

No. 1069. (Extract.) The Danish Minister has acquainted me with the substance  
Gross- of an official \*) and of a confidential despatch from M. Hall, dated the 16th instant,  
britannien, which he communicated on the 20th to M. de Bismarck, in reply to the  
23. Mai Prussian despatches protesting against the late proclamation of the King of Denmark  
1863. with reference to the affairs of Holstein. The official despatch, which is  
identical with one addressed to the Danish Minister at Vienna, appears chiefly to  
state that the Danish Government agree with the Prussian Government, that it  
will be for the Diet at Frankfort to decide whether the steps taken by Denmark  
to comply with its last demands are satisfactory, and that they hope the decision  
of the Diet will be favourable, as the legislative action demanded for the States  
of Holstein over the common affairs of the Danish monarchy, as far as they affect  
Holstein, has been conceded. ¶ M. Quaade said, that it had, however, been impossible  
for the Danish Government to comply with the demand of the Diet with respect  
to the observance of the Patent of the 28th January, 1852; a compliance with  
which would have been equivalent to granting to the States of Holstein a right  
to prevent the promulgation, in the Kingdom and in Schleswig, of laws which  
have received the sanction of the Rigsraad. ¶ The confidential despatch of the  
Danish Government appears to have merely contained the expression of a

\*) No. 842.

hope that the Prussian Government would be disposed to exert its influence to promote an amicable arrangement of the question. M. de Quaade said that M. de Bismarck made no observations of importance with respect to these communications, and his Excellency indeed appears to have held nearly the same language to him as he did last week to myself, as to the interests of Prussia requiring that she should take no initiative in the Schleswig-Holstein question, but leave it to be treated by the Confederation at Frankfort, as one in which Prussia had no special interest. M. de Quaade understands that the grounds upon which Austria had proposed the occupation of Holstein have been in some degree modified at the suggestion of the Prussian Government, for the purpose of more clearly claiming for the occupation of that Duchy the character of a purely Federal Execution, but M. de Quaade does not believe that it will be possible for the Diet to find simple Federal grounds for such a measure, and that the Danish Government will have a right to treat it as an act of hostility against the King of Denmark. ¶ He does not appear, however, to have been as yet authorised to hold this language in the name of his Government, though M. de Bismarck informs me that he has expressed the same opinion to his Excellency. ¶ M. de Bismarck himself considers it far from improbable that the occupation of Holstein, if such a measure should be thought necessary at Frankfort, might be resisted by Denmark; and he has mentioned this apprehension to me as one of the reasons why he is anxious that the troops employed for the purpose should neither be Prussian nor Austrian. &c.

No. 1069.  
Gross-  
britannien,  
23. Mai  
1863.

*Buchanan.*

---

### No. 1070.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Rath zur Mässigung. —

Foreign Office, May 27, 1863.

My Lord, — Her Majesty's Government have heard with much concern that it is in contemplation to consider in the Diet at Frankfort of a Federal Execution in Holstein. Without discussing the declaration of the King of Denmark of the 30th of March, they instruct you to say that it is very desirable not to add to the existing complications and dangers of Europe. ¶ Austria and Prussia declined in 1861 to negotiate on the affairs of Holstein without arranging those of Schleswig. But the affairs of Schleswig are matters of international concern, and should be discussed with the utmost calmness and deliberation by the Powers of Europe, and cannot be decided by the Diet of Frankfort. ¶ I am, &c.

No. 1070.  
Gross-  
britannien,  
27. Mai  
1863.

*Russell.*

## No. 1071.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. — Die Stellung des Nationalvereins zu der deutsch-dänischen Frage. —

Frankfort, 30th May, 1863.

No. 1071.  
Gross-  
britannien,  
30. Mai  
1863.

My Lord, — A meeting of the association calling itself the National-Verein met here last Monday, the 25th instant; it was attended by most of the prominent leaders of the ultrademocratic party, and as it may be of some interest to your Lordship to be acquainted with the political programme which they put forward in view of existing political circumstances, I beg to enclose the manifest which was agreed upon at this meeting, and which is circulated under the sanction of its unanimous vote. ¶ It is perhaps worth while to direct your Lordship's attention to the paragraph in which the repudiation of the London Treaty of 1852 for regulating the succession to the Sovereignty of the Danish Duchies is recommended. In fact, this document assumes that, as that Treaty has never been recognized by the Diet, it is to be regarded as non-existing by all the members of the Germanic Confederation, excepting Austria and Prussia; and the supporters of the repudiating doctrine go so far as to argue that those Powers did indeed sign the Treaty in their attribute of separate sovereignty, but that they may emancipate themselves from its obligations in their quality of members of the Confederation. ¶ I may remark that the National-Verein has been waning in consideration for some time past, especially since it has been less intermeddled with by police and legal prosecutions; but it is still an object of apprehension to most of the German Governments, and is at the present moment more actively discountenanced in Prussia, which its founders desired to place at the head of Germany, than in any other State. ¶ Your Lordship will see in the document enclosed some expression of the feelings which the course taken by the Prussian Government excites in the most liberal section of the German public. ¶ I have, &c.

*A. Malet.*

## No. 1072.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Bundes-Präsidentialgesandten in Veranlassung der englischen Depesche vom 27 Mai. —

Frankfort, May 30 (received June 1), 1863.

No. 1072.  
Gross-  
britannien,  
30. Mai  
1863.

(Extract.) I had a conversation with the President of the Diet last evening in reference to your Lordship's despatch to Lord Bloomfield of the 27th instant, inclosed in your Lordship's despatch of the 27th instant addressed to myself, which I beg to report, and which will put your Lordship in possession, not only of Baron Kubeck's individual opinion, but, as I have good reason to believe, of the views of his Government and of the majority of the Diet in the present crisis of the Danish Duchies question. ¶ I gave his Excellency an outline of what

your Lordship had written, and he inquired firstly, whether I knew if a similar despatch had been sent to Berlin. I replied that I was not informed on that point, and his Excellency then said, he trusted that Her Majesty's Government would use its influence at Copenhagen, and endeavour to induce the Danish Government to listen to moderate counsels—that Denmark must give way, for Germany would not. Denmark would not have issued the Decree of the 30th of March, had she not counted on impunity from the general critical state of European affairs. ¶ Denmark did not give satisfaction to the Diet, in the mode of dealing with Holstein and Lauenburg, and with respect to Schleswig, did not keep to her promises. ¶ Denmark had not only engaged not to incorporate Schleswig, but to abstain from steps tending to incorporation. Here I interrupted his Excellency, and observed that the Diet could not in any way deal with Schleswig, and that it would be an unfair use of their power over Holstein, to occupy that Duchy militarily by way of putting pressure on Denmark in respect of Schleswig. The Schleswig affair was an European question, and could only be treated internationally. ¶ Baron Kubeck replied that the Diet made no pretensions to consider Schleswig as on the same footing as Holstein and Lauenburg, and that they were quite ready to treat it as an international question. But, said his Excellency, it is an affair of honour for Germany to compel Denmark to keep her engagements, and an utter impossibility for the Diet to abstain from upholding principles which admit of no dispute. ¶ The Diet, he went on to say, has been most moderate towards Denmark, and the Government of that country has encroached and presumed on the indulgence exercised towards it. I observed that the manifest desire of the British Government, as shown in your Lordship's despatch to Lord Bloomfield, was to parry the additional risk to the peace of Europe which the menaced Execution in Holstein might produce. ¶ Baron Kubeck again said that English influence can best exert itself at Copenhagen. The Report of the joint Committees was (as I knew) under consideration, and though he could not prejudge the decision, it was probable that military measures would be recommended. ¶ I then called his Excellency's attention to the attempts making in several quarters to repudiate the London Treaty of 1852, and instanced the manifest of the National Association forwarded in my preceding despatch of this date, touching that point. ¶ Baron Kubeck admitted that several of the secondary States of Germany held the opinion that the Diet not having recognized the Treaty, was not precluded from using all its endeavours to upset it, or evade its Execution. ¶ His Excellency, however, said that Austria, as a party to that Treaty, had not, nor ever could have any other idea than that of faithful adherence to its provisions. etc.

No. 1073.  
Gross-  
britannien,  
30. Mai  
1863.

*A. Malet.*

## No. 1073.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw.  
— Unterredung mit dem bayerischen Min. d. Ausw. —

Munich, May 26 (received June 1), 1863.

No. 1073.  
Gross-  
britannien,  
26. Mai  
1863.

My Lord, — I inquired lately of Baron Schrenk what course was intended to be pursued at the Diet with reference to the Danish Duchies' Question, and as to whether there was any foundation for the reported intention of Austria to propose an occupation of Holstein as a pledge for the fulfilment of the engagements taken by Denmark towards the two German Powers. ¶ Baron Schrenk replied that Austria and Prussia had agreed on a joint proposal to the Diet, which nearly coincided with that submitted by the Hanoverian Government, and that it had been referred to the joint Committee of the Diet for their report. The general purport of this proposal, as far as I could learn, was to declare the late Ordinance of the Danish Government of the 30th March with reference to Holstein as contrary to the engagements taken by Denmark towards Germany, and consequently illegal; and to summon the Danish Government to withdraw it. ¶ With reference to the reported proposal of Austria for the occupation by Germany of Holstein, his Excellency said that no mention was made of any such intention; but he added that it was not improbable that the Diet might be constrained to have recourse to such a measure if the Danish Government continued to act towards the Danish Duchies in contravention of the engagements they had taken. ¶ I observed to his Excellency that the occupation of Holstein as a material guarantee would be a measure of grave responsibility if undertaken on grounds which exceeded the Federal Rights of Germany. ¶ It appeared to me that such indeed would be the case if Germany sought to enforce her demands on Denmark with respect to the Duchy of Schleswig, which was not included in the Germanic Confederation. If, therefore, an occupation of Holstein should be undertaken by Germany on grounds which merely related to Schleswig, such an occupation could not be regarded in the light of a Federal Execution, but as bearing an international and consequently an European character. ¶ Europe had seen, I observed, the fatal results to which the seizure of a material guarantee had led when the Emperor Nicholas crossed the Pruth. If Germany should thus be unfortunately led to light up a war on the Eider, she must be prepared for eventualities of an equally grave nature. ¶ Baron Schrenk appeared fully sensible of the dangers to which I had referred, and expressed his opinion that for the moment there was no intention of abandoning the course of peaceful negotiation; nor did he appear to admit that the question would be carried beyond the limits of the Federal rights. ¶ It appears also that the course which it is the intention of the Diet to pursue will be strictly based on the rights of the Germanic Confederation with reference to the Duchy of Holstein, so that if any coercive measures should be resorted to, they will, in appearance at least, preserve the character of a Federal Execution. ¶ At all events, it is evident from past experience, that Germany will take care to expend the summer in nego-



tiations, and will reserve till the autumn the adoption of any measures of a coercive nature, if such should be finally determined upon, in order that the maritime and commercial interests of Germany may not be exposed to a blockade of the Baltic Ports. ¶ I have, &c.

No. 1073.  
Gross-  
britannien,  
26. Mai  
1863.

*Augustus Loftus.*

## No. 1074.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem preussischen Minister-Präsidenten in Veranlassung der englischen Depesche vom 27. Mai. —

Berlin, Mai 30 (received June 1), 1863.

(Extract.) Your Lordship's despatch of the 27th instant having been delivered to me this morning by the messenger Harran, I called upon M. de Bismarck, and after mentioning the concern with which Her Majesty's Government regard the prospect of a Federal Execution in Holstein, I said I would read a despatch to him which I had just received from your Lordship on the subject, as the best way of acquainting him with the language which Her Majesty's Government had instructed me to hold to him respecting it. ¶ When I had read your Lordship's despatch, he said that he had never shared in the excitement with which the Schleswig - Holstein question was treated in Germany. ¶ I asked, if he objected to Holstein being occupied as a pledge, whether he believed there were grounds on which such a measure could be carried out as a Federal Execution. ¶ He said that was now a point for the Diet to decide, Austria and Prussia having referred the question to Frankfort; and my query having led to some desultory conversation on the origin of the differences between Denmark and Germany, I observed that the principle of representation of each state, according to its population and resources, to which the Prussian Government had objected in a General Constitution for the Danish Monarchy, is the only one upon which he had himself told me Prussia would ever consent to the extension desired by the other States of Germany, of the power and attributes of the Diet at Frankfort; but I added he had heard from your Lordship's despatch I had no authority to discuss such matters with him, and I was merely instructed to acquaint him with the views of Her Majesty's Government on the European bearings of the Schleswig - Holstein question, and to state to him that while it is very desirable not to add to the existing complications and dangers of Europe by a Federal Execution in Holstein, the affairs of Schleswig, in the opinion of Her Majesty's Government, should be discussed with calmness and deliberation by the Powers of Europe, and that they cannot be decided by the Diet of Frankfort. ¶ His Excellency replied that perhaps the best way to settle the question might be to submit it to a Congress, but that your Lordship should make your opinions on the question known to the Diet at Frankfort; and he asked whether I could not communicate your Lordship's despatch to him. ¶ Without being more fully acquainted with the views of Her Majesty's Government on the sub-

No. 1074.  
Gross-  
britannien,  
30. Mai  
1863.

No. 1074. ject, I thought it advisable not to ask for any distinct expression of his opinion  
Gross- as to the expediency of a Congress or Conference on the Schleswig question. &c.  
britannien, 29. Mai  
1863.

*Buchanan.*

### No. 1075.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
Untérredung mit dem Grafen Rechberg in Veranlassung der englischen  
Depesche vom 27. Mai. —

Vienna, June 2 (received June 8), 1863.

No. 1075.  
Gross-  
britannien,  
2. Juni  
1863.

My Lord, — I have read to Count Rechberg your Lordship's despatch of the 27th ultimo, in which you state that Her Majesty's Government have heard with much concern that the question of a Federal Execution in Holstein was under the consideration of the German Diet, and that they consider it very desirable not to add to the existing complications and dangers of Europe, and in which you remark further that Austria and Prussia declined in 1861 to negotiate on the affairs of Holstein without arranging those of Schleswig, that the latter are matters of international concern, and should be discussed with the utmost coolness and deliberation by the Powers of Europe, and cannot be decided by the Diet of Frankfort. ¶ Count Rechberg said he had heard from Berlin that a communication on this subject had been made there by Her Majesty's Ambassador, and he was therefore expecting one of the same tenor. He observed that the question was advancing very slowly at Frankfort, but that it must go on, and he referred on this as he had done on a former occasion to the project of arrangement proposed by your Lordship to the Danish Government; upon which basis, he remarked, the Imperial Government were always ready to treat. ¶ His Excellency added that there was a powerful party at Copenhagen who disapproved of the Proclamation of the 30th of March, and he seemed to expect that Ministerial difficulties might arise there which would facilitate an arrangement of the question without compelling the Diet to have recourse to the extreme measure of an execution. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

### No. 1076.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Frankfurt. — Die Behandlung der schleswigschen Frage durch den Bund betreffend. —

Foreign Office, June 9, 1863.

No. 1076.  
Gross-  
britannien,  
9. Juni  
1863.

(Extract.) I have received and laid before the Queen your despatch reporting that you had read to the President of the Diet my identic despatch to Lord Bloomfield and Sir A. Buchanan, deprecating a Federal Execution in Holstein. ¶ If the President of the Diet wishes it his Excellency may have a copy

of my despatch in question. ¶ What Her Majesty's Government wish to ascertain is whether the course intended to be pursued towards Holstein is grounded on the Federal rights of the Confederation, or is to be adopted as a means of enforcing the obligations, whatever they may be, of Denmark to the Confederation in regard to Schleswig. ¶ Other European Powers, non-German, make a great distinction in this respect. ¶ You may read and give a copy of this despatch to his Excellency. &c.

No. 1076.  
Gross-  
britannien,  
9. Juni  
1863.

*Russell.*

### No. 1077.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Hamburg an den königl. Min. d. Ausw. — Adressen aus Holstein an den Grossherzog von Oldenburg. —

Hamburg, June 10 (received June 15), 1863.

My Lord, — The inhabitants of Holstein and Schleswig being desirous of proving to Germany that they no longer wish for the fulfilment of the stipulations entered into between the German Powers and Denmark in the years 1851 and 1852, but rather that the Germanic body should abandon those stipulations as having been violated by Denmark, and should not treat with Denmark upon any other basis than the *status quo ante bellum*, have transmitted a considerable number of addresses to the Grand Duke of Oldenburg, thanking His Royal Highness for the motion made by his order in the Federal Diet on the 30th of April last, to the effect that Denmark, having virtually repudiated the conditions of the peace, Germany ought not any longer to hold herself bound by those conditions. I am informed that above a hundred of such addresses, with more than two thousand signatures thereto, have reached the Grand Duke from the towns of Kiel, Altona, Rendsburg, Neustadt, Segeberg, Wandsbeck, Elmshorn, Glückstadt, Barmstedt, Pinneberg, and Heiligenhafen, and from the district of Dithmarschen in Holstein, as well as from several places in Schleswig, notwithstanding the severity of the police restrictions, which are enforced in the last-mentioned Duchy. As a specimen of the tone of these addresses, I have the honour to annex a copy (in translation) of the address which was forwarded to Oldenburg from the town of Kiel. The Grand Duke, who is now at his castle of Eutin (an Oldenburg *enclave*, locally situated in Holstein), takes, as is well known, a very lively interest in the affairs of the Duchy. ¶ Two or three of the Holstein nobility have, as I understand, disapproved of these addresses; but there can be no doubt that they express the feelings which mostly prevail in the Duchy, and that they are not less in consonance with the views of the liberal and constitutional party in Prussia and other parts of Germany. The inclosed report of the proceedings of a meeting lately held at Coburg on this subject, explains concisely what it is that the friends of the Schleswig-Holstein cause in Germany are now aiming at, and shows the error which the Danish Government has committed in refusing to comply with the mediatory advice of the Great

No. 1077.  
Gross-  
britannien,  
10. Juni  
1863.

No. 1077. European Powers, and in resorting to such extreme measures as the compulsory  
 Gross- isolation of Holstein by its Ordinance of the 30th of March. ¶ I have, &c.  
 britannien, 10. Juni 1863. *J. Ward.*

### No. 1078.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Frankfurt an d. königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Bundes-Präsidential-Gesandten in Veranlassung der englischen Depesche vom 9. Juni. —

Frankfort, June 12 (received June 15), 1863.

No. 1078.  
 Gross-  
 britannien,  
 12. Juni  
 1863.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's despatch addressed to Sir A. Malet of the 9th instant, respecting the threatened Execution in Holstein, and in obedience to your Lordship's instructions I have communicated a copy of it to the President of the Diet. ¶ I also offered to give Baron Kübeck a copy of your Lordship's despatch addressed to Lord Bloomfield and Sir Andrew Buchanan, on the same subject, which Sir A. Malet had already read to his Excellency. Baron Kübeck, however, was disinclined to receive it as, he said, if I gave it to him as a written official communication, he would be obliged to lay it before the Diet, and thus give occasion for further discussion and delay in the production of the Report of the Committees. As I was only instructed to give a copy to his Excellency, "if he wished it," I did not feel myself at liberty to press it upon him. With regard to your Lordship's despatch of the 9th instant, Baron Kübeck said that he should consider it a confidential communication. ¶ In answer to my inquiry, as to the object of the course intended to be pursued towards Holstein, and the grounds upon which a Federal Execution in that Duchy could be justified, his Excellency said that the Report of the Committee, when laid before the Diet, would be accompanied by the most ample and detailed reasons for the course they would recommend for adoption, and he showed a disinclination to give any information on the subject at this moment. ¶ Baron Kübeck repeated, almost word for word, the arguments he made use of to Sir A. Malet, as reported in his despatch of May 30 last, and repeatedly expressed his hope that Her Majesty's Government would use their great influence at Copenhagen to induce the Danish Government to give way, and not persist in upholding the terms of the Declaration of March 30 last. He also laid great stress upon the necessity that existed to give satisfaction to the strongly-expressed public feeling of Germany on this matter. ¶ I have, &c.

*Edwin Corbett.*

### No. 1079.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. — Die Versammlung am Bundestage betreffend. —

Frankfort, June 19 (received June 22), 1863.

No. 1079.  
 Gross-  
 britannien,  
 19. Juni  
 1863.

(Extract.) I have the honour to inclose to your Lordship a copy of the Report of the joint Committees appointed by the Diet to examine the proposals of Austria and Prussia with regard to the Danish Duchies. ¶ The Chairman of

the Committee, Baron von der Pfordten, laid this document before the Diet at its weekly sitting yesterday, and copies of it were distributed to the members to enable them to consult their respective Governments during the period of three weeks which are to elapse before the Report is finally brought up for adoption or rejection by a majority of votes. ¶ I am compelled, to avoid delay, to omit sending a translation to-day, but shall not fail to do so as soon as I can have one prepared. I content myself with forwarding by this opportunity a translation of the motives, and the conclusion of the Report. \*)

No. 1079.  
Gross-  
britannien,  
19. Juni  
1863.

After the Report had been communicated to the Diet, Baron Dirckinck de Holmfeld, the Danish Minister, protested in the name of his Government against the assertions contained in it, and the conclusion drawn from them, and particularly insisted that the Proclamation of the Danish Government of the 30th March had been entirely misunderstood and wrongly interpreted, especially in those parts which related to the financial question as regards Holstein, and further, M. Dirckinck reserved all the rights of his Sovereign in the matter. ¶ To these observations no answer was formally made, though I am given to understand that M. von der Pfordten has privately acknowledged in some degree their justice. ¶ M. Dirckinck inquired, from the President, if Her Majesty's Government had made any communication to him relative to this matter, and his Excellency stated that your Lordship's despatches had been confidentially communicated to him, and that he had received a copy of one of them (your Lordship's despatch of the 9th instant), and laid it before the united Committee, but his Excellency seemed disposed to treat the communication as one of an informal character, inasmuch as it was not accompanied by a note from Her Majesty's Mission, in which case it would have been incumbent upon him to lay it officially before the Diet, and this, as I had the honour to state in my despatch of the 12th instant, M. Kübeck, when I communicated the despatch to him, seemed very unwilling to do. There can be no doubt, however, that the opinion of Her Majesty's Government, as expressed in the two despatches above-mentioned, has had a very important effect upon the deliberation of the Committees, and has materially aided in inducing the separation of the question as regards Holstein from that of Schleswig, the first of which it is not disputed the Diet has a right to interfere in: whereas the other is of an international character, and one which the Diet cannot pretend to decide without reference to other Powers. ¶ I have, &c.

*Edwin Corbett.*

---

\*) No. 845.

1080.

**SCHWEDEN.** — Min. d. Ausw. — en königl. Gesandten in London. — Gefahren der deutschen dänischen Verwicklung. —

Stockholm, le 19 juillet, 1863.

No. 1080.  
Schweden,  
19. Juli  
1863.

M. le Comte, — Les préoccupations politiques d'un ordre supérieur, qui ces dernières semaines ont tenu les esprits des Cabinets européens en éveil, et qui ont réclamé toute leur sollicitude, ont pu faire passer relativement inaperçus des faits qui, à une époque moins agitée, n'auraient point manqué d'éveiller l'attention générale. Au nombre de ceux-ci il en est un sur lequel nous croyons de notre devoir d'appeler la réflexion la plus sérieuse du Gouvernement de Sa Majesté Britannique. Il s'agit, comme il est facile de le supposer, de la nouvelle phase dans laquelle vient d'entrer la question danoise par les Résolutions adoptées en dernier lieu par la Confédération Germanique, et par suite desquelles le Gouvernement Danois va recevoir prochainement, si même la communication n'a pas été déjà faite, une sommation de retirer, en dedans d'un terme de six semaines, la Patente du 30 mars dernier, sous peine d'une Exécution Fédérale dans le Holstein. ¶ Nous ne connaissons point encore la réponse que donnera le Gouvernement Danois, mais la résolution qu'il adoptera ne nous paraît point pouvoir former l'objet d'un doute. Les choses en sont venues à un point où l'ingérence étrangère dans les affaires intérieures du Danemark devient réellement intolérable et où les mesures les plus extrêmes lui paraissent préférables à un assujétissement que rien ne justifie, et auquel le peuple danois ne se soumettrait point. Nous pouvons donc supposer que le Gouvernement danois répondra que, par la Patente du 30 mars, il a accordé au Duché de Holstein tous les droits réclamés en faveur de ce Duché par la Confédération Germanique, et qu'ainsi il a rempli toutes ses obligations Fédérales; qu'ayant au moyen de cette Patente réglé les relations réciproques des différentes parties de la Monarchie de manière à ce que la législation et les impôts des autres provinces fussent indépendants de ce qui pourra être décidé par le Holstein et le Lauenbourg, le Gouvernement Danois sera toujours disposé à mettre à exécution toutes les résolutions qui pourront être adoptées à Francfort concernant le régime intérieur de ces deux Duchés; mais que, tant par cette déclaration que par les libertés assurées au Holstein par la Patente du 30 mai, non seulement toute raison d'être, mais aussi tout prétexte pour une Exécution Fédérale se trouvant écartés, le Gouvernement Danois ne pourrait envisager une pareille mesure que comme ayant un but absolument en dehors de la compétence de la Confédération, et par conséquent comme une agression hostile, à laquelle il serait de son devoir de s'opposer par tous les moyens qui sont à sa disposition. ¶ Si telle était la réponse du Gouvernement Danois, et comme je viens de le dire, elle me paraît fort probable, l'on ne saurait nier qu'elle ne fût fondée sur les faits. La prétention de la Confédération Germanique d'obtenir une Constitution commune pour toute la Monarchie est insoutenable, puisque c'est la Confédération elle-même et les États du Holstein qui ont rendu cet arrangement impossible. En ce qui concerne le Duché de Slesvig, il est de fait que le Gouvernement Danois, après la séparation

administrative du Holstein, est disposé à étendre les libertés de cette province, et que jamais il n'a pris aucune mesure pour l'incorporer dans le Royaume; et en tout cas c'est là une question à l'égard de laquelle, quelles que puissent être les prétentions que l'Autriche et la Prusse peuvent se considérer justifiées à fonder sur les négociations de 1851 et 1852, la Confédération Germanique est tout à fait incompétente. Son désir mal déguisé de se mêler de cette question constitue cependant le danger de la situation, que nous ne pouvons considérer que comme fort critique, et comme s'approchant d'une crise qui ne pourrait que compromettre la paix du Nord, et bien probablement celle de l'Europe entière. ¶ Le Gouvernement du Roi s'est abstenu depuis longtemps de revenir sur cette question, mais il ne croit plus pouvoir garder le silence, et il considère comme un devoir de soumettre la situation à l'appréciation des Cabinets de Londres et de Paris. Il lui paraît difficile qu'il puisse entrer dans les intentions de ces Cabinets, et surtout dans l'état actuel des négociations par rapport à la Pologne, qu'une guerre éclate dans le Nord déjà dans le courant de cette année, et cependant cette éventualité pourrait s'offrir dans peu de semaines si le Danemark ne trouvait point, dans l'appui de ces Cabinets, un rempart contre les mesures agressives de l'Allemagne. Nous ne nous permettons point de suggérer les moyens d'en prévenir ou d'en amortir les effets, mais nous croyons posséder un droit de nous prononcer sur cette question. Nous le fondons, en premier lieu, sur les sentiments d'amitié sincère qui nous lient aux deux Gouvernements auxquels nous nous adressons, et ensuite sur les graves conséquences que pourrait entraîner pour nous-mêmes un conflit auquel, par la force des choses, nous pourrions facilement être entraînés à ne point rester étrangers; puisque nos intérêts les plus chers ne pourraient guères nous permettre de voir d'un œil tranquille écraser nos voisins, sous des prétextes qui, plus tard, pourraient mettre en danger notre propre indépendance. ¶ Je vous engage, M. le Comte, à donner lecture de la présente dépêche à Lord Russell; et si ce Ministre en exprimait le désir, vous êtes autorisé à lui en remettre une copie. ¶ J'ai, &c.

No. 1080.  
Schweden,  
19. Juli  
1863.

*Manderström.*

---

### No. 1081.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Bericht über den Gang der Verhandlungen mit Deutschland. —

Copenhagen, July 22 (received July 27), 1863.

My Lord, — M. Hall has been good enough to communicate to me a translation of the vote delivered by the Danish Envoy at Frankfort in the sitting of the 9th of July, together with a translation of an ulterior declaration made by this Envoy at the same sitting, and I have the honour to inclose herewith copies of these translations.\*) ¶ As these papers are not long, I prefer referring your Lordship at once to them, to giving their substance. One fact comes out very clearly, viz., if an occupation of Holstein takes place with reference to the

No. 1081.  
Gross-  
britannien,  
22. Juli  
1863.

No. 1081. affairs of Schleswig, it cannot be considered as having in any manner the character of a Federal Execution. The language of the Danish Government, as I have on previous occasions reported to your Lordship, has long since been in entire conformity with this declaration. ¶ The Austrian and Prussian Ministers delivered to M. Hall, on the 17th instant, the despatches from their Governments, embodying that part of the Resolutions of the Diet of the 9th instant, which relates to Schleswig. That part relating to Holstein has been communicated through the Danish Envoy at Frankfort. ¶ Six weeks, as your Lordship is aware, are allowed to the Danish Government to reply as to whether they will withdraw the Royal Patent of the 30th March. This delay will bring us to very nearly, if not quite, the time of the recess of the Diet. It is quite possible, therefore, and M. Hall seems indeed to think it probable, that no active steps will at all events be taken before the middle of October. ¶ The reply of the Danish Government will be in conformity with the recent vote of their Envoy at Frankfort. They will absolutely refuse, as might be expected, to withdraw the Royal Patent. ¶ Both naval and military preparations, though not on a very extensive scale, are being made to meet the emergency. ¶ It is needless to say, however, that the Danish Government would much prefer any amicable means of coming to a solution, and I have some reason to think that in event, for instance, of a Conference or a Congress being assembled on the affairs of Poland, M. Hall would not object to submit the questions pending with Germany to its arbitration. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

### No. 1082.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Berichte über den Verlauf der Schleswigschen Ständeversammlung. —

Copenhagen, July 23 (received July 27), 1863.

No. 1082. My Lord, — The Schleswig States were no sooner assembled than a vehement demonstration, on the part of the twenty-four members composing the German majority, brought the session virtually to a close. ¶ This is what took place. ¶ The town of Toender has hitherto returned a member belonging to the German Party, but at the last election brought in a member of Danish views. ¶ On the opening of the session on the 17th instant, M. Hansen de Grumby, a member of the Schleswig-Holstein Party, immediately got up, and inquired of the Royal Commissioner whether the Assembly would be allowed to verify the validity of the election of the new member for Toender, with a view to annulling it, grounding his inquiry on the assertion that the electoral lists had not been exhibited during the whole time prescribed by the law; and moreover, that these lists had been incorrect, certain names of persons who had taken part in the war in the Duchies having, notwithstanding the amnesty, been removed, while others who had no right to be on the lists had been placed there. ¶ The Royal Commissioner founded his reply on Articles 48 and 58 of the laws annexed to the Charter of



Schleswig, according to which the members of the Estates have, in truth, the right to present objections against any election, but only in the case of a member being returned who does not fulfil the necessary qualifications, or in that of the Electoral College having rejected a person duly and properly elected. According to the same articles the Assembly has also the right to inquire into and decide upon the validity of the electoral lists, but its vote does not possess a retroactive effect, and only applies to the future. Consequently the Assembly had no right to annul the present election for Toender, on account of irregularities in the electoral lists, and the Royal Commissioner accordingly rejected M. Hansen de Grumby's demand. He was informed, however, that it was open to him to complain to the Government respecting the irregularities which had been committed. ¶ Upon this M. Schmidt, another Schleswig-Holstein member, declared that he should throw up his mandate, and left the House, followed by the twenty-eight other members of the opposition. ¶ The Royal Commissioner was obliged to adjourn the sitting, as in the absence of the twenty-four members, the number required to legalize the proceedings of the Estates could not be made up. ¶ Although it is probable that none of the members who left the house will resume their parliamentary duties, it is necessary, of course, before finally closing the session, for the Government to be certain of their intentions on this point. As soon as they have done so, the decree for bringing the session to an end, which has, I believe, already been signed, will be carried into effect. ¶ However slight the hopes which were entertained of any good resulting from the deliberations of the Schleswig Diet, no one I think could have been prepared for the proceedings which have now terminated the session. Whatever may be the facts respecting the election of Toender, and however anomalous may be the state of the law in the power which it gives to the Assembly over the electoral lists, there is no doubt whatever that the Royal Commissioner gave a correct interpretation to the law, and that he could not have acted otherwise than he did. The act, therefore, of the majority would appear wholly indefensible, and coming as it does immediately after the resolution of the Diet of Frankfort, in connection with the Royal Patent of the 30th of March, it bears very strongly the character of a combination concerted by the Schleswig-Holstein Party both in and out of the Danish Monarchy. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

P. S. It appears that at the elections in Schleswig, substitutes to serve in the place of the members in the event of their death or other cause preventing their attendance at the Diet, are elected at the same time as the members. The Government have accordingly convoked the Diet to assemble again on the 30th instant, with the attendance of the substitutes for those who have now left.

*A. P.*

---

## No. 1083.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
— Ansicht des Grafen Platen von der Lage. —

Hanover, July 25 (received July 27), 1863.

No. 1083.  
Gross-  
britannien,  
25. Juli  
1863.

My Lord, — At an interview which I had with Count Platen yesterday, he referred in strong terms of condemnation to the conduct of the Danish Commissary to the Schleswig Diet, in forbidding the consideration by the Assembly of the question of the invalidity of the election of one of its members, a course which showed the arbitrary disposition of the Danish Government, and had induced the German majority to resign their seats. ¶ On my part I called his Excellency's attention to the intemperate nature of the resolutions passed at a meeting held on the 18th instant at Hamburg, at which 500 Schleswig-Holsteiners are said to have been present, invoking powerful action on the part of the German Diet with a view to the eventual reunion of the Duchies. ¶ Count Platen replied that no persons of note had attended that meeting, which, for anything he knew, might in part have been composed of friends of the Duke of Augustenburg and Hamburgers. ¶ On my questioning his Excellency as to the feeling of the principal landed proprietors in Holstein in respect to a Federal Execution, his Excellency said that what they naturally preferred was that the King of Denmark should give way and withdraw his Patent of the 30th of March last, but that they would cheerfully accept an Execution rather than see the present state of things endure, and their liberty continue to be restrained. ¶ His Excellency observed that he hardly believed it was the intention of the Danish Government to resist a Federal Execution, as it had been reported they would, on the banks of the Elbe. Should they do so, the only difference would be that the German Diet, instead of only sending a Commissioner with a brigade as escort to Holstein, would have to send 60,000 men. ¶ I did not fail to represent to his Excellency the serious complications and consequences which such a course on the part of Germany might entail in the present state of Europe, but he answered that the German people were determined to be no longer trifled with, and that the German Diet would be under the necessity of acting, regardless of the consequences, if the King of Denmark should not give way. His Excellency expressed the belief that the King himself would not be disposed to push matters to extremities, but he seemed to apprehend the influence which M. Hall might exert over His Majesty in a warlike sense. ¶ I have, &c.

*Henry Howard.*

---

## No. 1084.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. — Wiederholter Vorschlag zur Trennung der schleswigschen von der holsteinischen Frage. —

Foreign Office, July 31, 1863.

My Lord, — I send you a despatch I have received from the hands of No. 1084.  
His Swedish Majesty's Envoy at the Court of Her Majesty. \*) ¶ These matters Gross-  
britannien,  
31. Juli  
1863.  
are becoming serious. There can be little doubt that Denmark will regard the advance of German troops into Holstein as a hostile invasion and not as a Federal Execution. It is also clear that she will be supported by Sweden. It is a great misfortune that in 1861 Austria and Prussia should have rejected the proposal of Denmark to settle the Holstein dispute in the first instance. The resolution taken by Germany not to agree to any proposition respecting Holstein, unless the Schleswig question were settled at the same time, gives Denmark ground for maintaining that Federal Execution in Holstein means invasion in Schleswig. ¶ Would it not be possible even now to separate the two questions; to point out the defects of the Danish Letters-Patent of March 30 in regard to Holstein, without touching the question of Schleswig? That very difficult question might be left, as it ought to be, to European negotiation. ¶ You will communicate these views to Count Rechberg, and tell him that if Germany persists in confounding Schleswig with Holstein, other Powers of Europe may confound Holstein with Schleswig, and deny the right of Germany to interfere with the one any more than she has with the other, except as a European Power. ¶ Such a pretension might be as dangerous to the independence and integrity of Germany, as the invasion of Schleswig might be to the independence and integrity of Denmark. ¶ The calm consideration of the existing difficulties will, it is to be hoped, induce Austria to consult the European Powers before she impels the Diet to a definitive resolution. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1085.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Stockholm an den königl. Min. d. Ausw. — Schwedische Rathschläge für Dänemark. —

Stockholm, July 24 (received July 31), 1863.

(Extract.) The King and Prince Augustus left this capital for Den- No. 1085.  
Gross-  
britannien,  
24. Juli  
1863.  
mark, via Gottenburg and Helsingborg, on the 20th instant, according to the plan which I have had the honour of announcing to your Lordship; and it is understood that Prince Oscar, who has of late been very actively visiting the defensive stations of the country, was to join the Royal party at Skodsborg or Beskoskog, if not at both of those regal residences. ¶ I have reason to believe

\*) No. 1080.

No. 1085. that the advice which His Majesty, in accordance with the Ministry, has decided  
 Gross-  
 britannien,  
 24. Juli  
 1863. on giving to the King of Denmark, with regard to the question of Holstein, is to offer no armed opposition to what the Germanic Diet may undertake in that Duchy, but to oppose instantly by force any attempt on their part to pass the Eider. &c.

*Jerningham.*

### No. 1086.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Die Absicht Dänemarks in Betreff des Vorgehens Deutschlands. —

Copenhagen, July 31 (received August 1), 1863.

(Extract.) As far as Holstein is concerned, M. Hall said that the  
 No. 1086. Danish Government is prepared to comply with any demand, founded on Federal  
 Gross-  
 britannien,  
 31. Juli  
 1863. right, which the Confederation can put forward; but that they are determined to resist any attempt, direct or indirect, on the part of the Diet to interfere in the other parts of the Monarchy, or to arrogate to itself the rights which appertain exclusively to His Danish Majesty, and that such would be the nature of the reply they would communicate to the Diet. etc.

*A. Paget.*

### No. 1087.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Französische Rathschläge in Frankfurt, Berlin und Wien. —

Paris, July 31 (received August 1), 1863.

My Lord, — A despatch upon the Schleswig-Holstein question,  
 No. 1087. identic to all appearance with that addressed on the 19th instant by Count Man-  
 Gross-  
 britannien,  
 31. Juli  
 1863. derström to Count Wachtmeister, has been received and communicated to M. Drouyn de Lhuys by the Swedish Minister here. M. Drouyn de Lhuys has not yet replied to it, but he proposes to do so shortly, and at the same time to deprecate at Frankfort, Vienna, and Berlin, the recourse to violent measures. His Excellency expressed himself as desirous of acting in concert with Her Majesty's Government in this matter. I have, &c.

*Cowley.*

### No. 1088.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Französische Billigung der englischen Depesche nach Wien vom 31. Juli. —

Paris, August 1 (received August 3), 1863.

My Lord, — I have communicated to M. Drouyn de Lhuys, as author-  
 No. 1088. ized by your Lordship's telegram, your despatch of the 31st ultimo to Lord Bloom-  
 Gross-  
 britannien,  
 1. Aug.  
 1863. field on the present phase of the question relating to the Danish Duchies. His Excellency expressed his approbation of your Lordship's wise advice, and said he would write in a similar sense. ¶ I have, &c.

*Cowley.*

## No. 1089.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Grafen Rechberg in Veranlassung der Depesche vom 31. Juli. —

Vienna, August 6 (received August 10), 1863.

(Extract.) In pursuance of the instructions contained in your Lordship's despatch of the 31st ultimo, I have stated to Count Rechberg the hopes of Her Majesty's Government that a Federal Execution in Holstein would not take place this year, and that the Imperial Government, in face of other dangers in Europe, would exercise its influence at Frankfort to prevent the Diet from taking a definite resolution. ¶ His Excellency replied that he had been prepared for a communication from Her Majesty's Government in this sense, but that he did not see how Germany could be called upon to abandon a course which was in conformity with the laws and usages of the Diet. ¶ His Excellency is as unwilling as ever to admit that the interests of Schleswig are disconnected from those of Holstein, and consequently of Germany, and he considers that as they have been mixed together for so long past, it is impossible for Germany to abandon its right to interfere. He added that no question ever could arise on the right of Succession to the Danish Monarchy, for Schleswig and Holstein would go together on the next demise of the Crown with the other component parts of the kingdom. The Act of the Great Powers of 1852 had clearly established this point, and he asked, as the Succession to the Crown was secured, why should not the King of Denmark make some administrative arrangements and concessions that would conciliate a now dissatisfied population, and consolidate his power? ¶ Count Rechberg is evidently unwilling to hold out hopes that the proceedings of the German Diet can be arrested; he thinks, on the contrary, that the Danish Patent of the 30th March can still be modified.

Before leaving his Excellency, I informed him that the Swedish Government would not remain indifferent to a Federal Execution in Holstein, and that this measure of the Diet, if persisted in, might have serious consequences in Europe. &c.

*Bloomfield.*

## No. 1090.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem preuss. Unterstaatssecretär d. Ausw. in Veranlassung der englischen Depesche vom 31. Juli. —

Berlin, August 29 (received August 31), 1863.

(Extract.) In conformity with the instructions contained in your Lordship's despatch to me of the 26th instant, I read yesterday to M. Philipsborn your Lordship's despatch to Lord Bloomfield, of the 31st ultimo. ¶ M. Philipsborn paid great attention to the reading of your Lordship's despatch, made

No. 1090.  
Gross-  
britannien,  
29. Aug.  
1863.

notes of some of the passages, and said he would take an early opportunity of bringing the matter to the consideration of M. de Bismarck. ¶ M. Philipsborn said there was no reason why, of necessity, Denmark should consider the advance of German troops into Holstein as a hostile invasion, and he seemed to doubt whether Denmark would be supported by Sweden. M. Philipsborn expressed his fears lest it should be too late to prevent the Diet taking a definitive resolution, for the answer of the King of Denmark to the last communication of the Diet \*) had been received at Frankfort, and had been referred to a Committee of the Diet, who would probably fix upon a last term at which the decision of the Diet must be carried into effect; should, at the expiration of that period, His Majesty the King of Denmark still refuse to withdraw his Patent of the 30th of March, there would be nothing left for it but a Federal Execution. etc.

*Lowther.*

---

### No. 1091.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in London. — Unterredung mit dem preussischen Geschäftsträger in London. —

Foreign Office, August 31, 1863.

No. 1091.  
Gross-  
britannien,  
31. Aug.  
1863.

Sir, — The Prussian Chargé d'Affaires has been instructed by his Government to inquire whether Her Majesty's Government intend to take any further step in the Schleswig-Holstein question, in order to persuade Denmark to come to an understanding with the Diet. ¶ M. de Katte states that the question is becoming very grave, and that the Committee of Execution will, at the expiration of six weeks, at once make its report, and that Execution will follow. ¶ I have caused M. de Katte to be informed that Her Majesty's Government have no intention of making any communication to the Danish Government, after the reception which was given to my suggestion of last year; but that if Austria and Prussia persist in advising the Confederation to make a Federal Execution now, they will do so against the advice already given by Her Majesty's Government, and must be responsible for the consequences, whatever they may be. ¶ A military occupation of Holstein by Federal troops, for the purpose of inducing the Duke of Holstein to alter any internal organization of the Duchy, which the Diet could clearly and to the satisfaction of other Powers prove to be an infraction of any established Laws or Regulations of the Confederation, would be a question of prudence only, and upon such a matter the Diet would only have to decide whether so violent a proceeding, and one which must necessarily be attended with so much inconvenience to the people of the Duchy, was really called for by the differences which might thus be proved to exist between the arrangement of the King as Duke of Holstein and the Laws of the Confederation. But the Diet should bear in mind that there is a material difference between the political bearing of a military occupation of a territory which is purely and solely a portion of the Confederation, and the invasion of a territory which

\*) No. 905.

although part of the German Confederation is also a portion of the territory of an independent Sovereign, whose dominions are counted as an element in the balance of power in Europe. ¶ But if the Diet take steps for a still further object, and invade Holstein for the purpose of compelling the King of Denmark to acknowledge certain rights, which the German Confederation claim as belonging to Schleswig, by virtue of the arrangements of 1851-52, the Diet will be entering upon a grave European question, as to which they have no exclusive competency of decision, and on which it belongs quite as much to every other European Government to form an opinion and to pronounce a judgment. ¶ I am, &c.

No. 1091.  
Gross-  
britannien,  
31. Aug.  
1863.

*Russell.*

### No. 1092.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Besuch des Grafen Manderström in Copenhagen und die von ihm erteilten Rathschläge. —

Copenhagen, September 3 (received September 7), 1863.

(Extract.) Count Manderström, who had been on a visit in Scania, came over from Malmö to Copenhagen on his way to Gothenburg and Stockholm, on Saturday last, the 29th of August, and had an interview with M. Hall at the house of the Swedish Minister, Count Hamilton. ¶ I am enabled to state to your Lordship, on the authority of both M. Hall and Count Hamilton, that up to the present time no written engagement with reference to any support to be given by Sweden to Denmark, in the event of hostilities between the latter country and the German Confederation, has been entered into by the Swedish Government; but upon M. Hall pressing Count Manderström on this point, his Excellency distinctly told M. Hall that, although the Swedish Government might agree with that of Denmark in the view they took of the possible entry of Federal troops into Holstein, they could not commit themselves to a commencement of hostilities with the Confederation on Federal territory, and he strongly advised the Danish Government to avoid doing so. The reasons given by Count Manderström for this advice were that, however justified Denmark would be in reality, in the opinion of the Swedish Government, in resisting the invasion in Holstein, it was a point which would have to be made clear to other Governments, who saw in Holstein simply a Federal territory, over which, by the laws of the Confederation, the Diet had a right to assert its authority, and carry out its decrees by the employment of force when other means failed. Thus the Danish Government would be placing themselves in a false position before Europe, they would give to Germany the vantage ground of being able to assert that Denmark was the aggressor, and this, in the present temper of Europe, when all the Great Powers were desirous of maintaining peace, would be of no small disadvantage to her cause. Count Manderström further expressed the opinion that the Great Powers would certainly not allow Germany to remain in permanent occupation of Holstein, and thus, as it were, to starve

No. 1092.  
Gross-  
britannien,  
3. Sept.  
1863.

No. 1092. Denmark into terms; that before this they would take the matter seriously in hand, and require from Germany a distinct and clear definition of the aim and object of the occupation. ¶ I am not without hope that this wise and moderate advice of Count Manderström, repeating, at is does, that which was given by his Swedish Majesty\*), is likely to prevail with the Danish Cabinet. Your Lordship will have observed that their reply to the Diet is extremely guarded upon this point. The principle of their right to consider the occupation as an international question is distinctly asserted, but there is not any allusion to the measures which they may possibly have recourse to in defence of that right. ¶ I have only to add that I have lost no opportunity of advising the Danish Government not to offer any resistance to the Federal troops in Holstein, and that the same advice has also been given by my French colleague.

*A. Paget.*

---

### No. 1093.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem preuss. Unterstaatssecretär in Veranlassung der jüngsten englischen Depesche. —

Berlin, September 4 (received September 7), 1863.

No. 1093.  
Gross-  
britannien,  
4. Sept.  
1863.

(Extract.) His Excellency M. de Bismarck being too occupied to see me, I inquired of M. Philipsborn whether he had communicated to his Excellency the substance of your Lordship's despatch addressed to Lord Bloomfield, of the 31st of July, and which I was informed by your Lordship's despatch to me of the 26th of August, I might read to the Prussian Under-Secretary of State for Foreign Affairs. ¶ M. Philipsborn replied, that during the period when Count Rechberg was at Frankfort, M. de Bismarck had been in constant communication with him on the subject of the Federal Execution in Holstein, and that their ideas had perfectly coincided, that it was not advisable that anything more should be done in the matter by the Austrian and Prussian Governments, and that the execution would follow. ¶ In speaking to M. Philipsborn in the sense of your Lordship's despatch to me of the 31st instant, he denied, as he has so often done, that there was any reason why a Federal Execution in Holstein should mean an invasion in Schleswig, and he added that Austria and Prussia were now powerless in the matter, which was entirely in the hands of the Confederation. etc.

*Lowther.*

---

No. 1085.



## No. 1094.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem französischen Min. d. Ausw. in Veranlassung der englischen Depesche nach Berlin vom 31. August. —

Paris, September 6 (received September 7), 1863.

My Lord, — Although not specially instructed to show M. Drouyn de Lhuys your Lordship's despatch of the 31st ultimo to Mr. Lowther, stating that in reply to a question of the Prussian Chargé d'Affaires, your Lordship had desired that gentleman to be informed that Her Majesty's Government had no intention of making any further communication to the Danish Government, in order to persuade that Government to come to an understanding with the Diet, and giving the views of Her Majesty's Government upon the general position of the Holstein question, I thought it advisable to read it to his Excellency. ¶ M. Drouyn de Lhuys said that he coincided in all your Lordship's opinions as expressed in that despatch. He had more than once sent instructions in a similar sense both to Vienna and to Berlin, and he would repeat them if, on reference, he found that the dates of the last were not very recent. ¶ I have, &c.

No. 1094.  
Gross-  
britannien,  
6. Sept.  
1863.

*Cowley.*

## No. 1095.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London, die Stellung Dänemarks zu den Forderungen Deutschlands betreffend. —

Copenhagen, le 3 septembre 1863.

Monsieur, — La déclaration ci-jointe \*) que le Ministre du Roi vient de faire au sein de la Diète de Francfort, en réponse à la notification de l'Arrêté Fédéral du 9 juillet dernier, était depuis longtemps si généralement prévue par tous les Gouvernements qui ont suivi l'affaire dano-allemande, qu'elle n'en a pu surprendre aucun, et la teneur de cet acte est si bien suggérée par la situation même des choses, que je n'ai rien à ajouter pour la motiver. ¶ Une crise paraît imminente, mais le Gouvernement du Roi ne la craint pas. Car d'un côté nous avons la conscience d'avoir fait tout ce qui dépendait de nous pour l'écartier; de l'autre il est évident que des longues négociations et des nombreuses phases qu'a traversées la question, nous avons tiré au moins cet avantage que le véritable fond s'est enfin peu à peu dégagé des nuages qui empêchaient l'Europe de voir de quel genre d'aspirations il s'agissait réellement de la part de l'Allemagne. ¶ Deux points essentiels nous sont ainsi acquis et ils ne pourront pas manquer d'exercer une influence décisive sur l'attitude des Puissances impartiales. ¶ L'autonomie que l'Allemagne avait exigée pour le Holstein avec une véhémence qui était en proportion inverse de la légalité d'une telle demande,

No. 1095.  
Dänemark,  
3. Sept.  
1863.

\*) No. 905.

No. 1095.  
Danemark,  
3. Sept.  
1863.

cette autonomie a été concédée par le Gouvernement du Roi. D'après notre manière d'interpréter la Patente du 30 mars dernier, et — on le verra bientôt — d'après notre manière de la mettre en oeuvre, le Holstein va donc jouir dès à présent de toute la liberté d'action que la Confédération peut désirer. Mais le Gouvernement est allé plus loin encore dans la voie de la conciliation. Il s'est déclaré prêt à entrer dans des négociations avec la Diète, si après un examen un peu plus approfondi de la Patente que celui qu'elle avait entrepris jusqu'ici, cette Assemblée devait encore arriver à ce résultat, qu'il reste des points où la Patente n'a pas suffisamment sauvegardée les intérêts holsteinois. ¶ Dans ces circonstances on conçoit facilement que toute occupation du Holstein à laquelle la Confédération pourrait vouloir procéder, manquerait du préa-texte même d'un acte fédéral. Son objet serait non pas de conquérir pour le Holstein une situation autonome et indépendante, mais de forcer le Roi à satisfaire à des demandes d'une toute autre nature relativement à des parties de la Monarchie qui, quelque jugement que l'on porte d'ailleurs sur la compétence de la Diète à l'égard d'un territoire Fédéral, restent absolument en dehors de son action légale. Si les armées de l'Allemagne franchissent l'Eider, tout le monde reconnaîtra la nature internationale d'une telle démarche. Mais peut-on douter un instant qu'elle ne commette un abus de la force absolument pareil lorsqu'elle se met en possession du Holstein avec le but notoire de séquestrer les revenus de ce pays et de forcer ainsi les autres parties de la monarchie de porter seules toute la charge de la dette publique et des autres dépenses dont une quote-part appartient de droit au Holstein? Ces nouvelles charges, auxquelles viendraient se joindre les dépenses considérables nécessitées par la crainte de voir d'un jour à l'autre les troupes allemandes envahir le Slesvig et le Jutland, écraseraient bientôt le Danemark et nous forceraient enfin à nous soumettre. Tous les sophismes du monde ne réussiraient pas à dissimuler le véritable caractère d'une soi-disante Exécution, qui se ferait dans ces circonstances et avec un tel but, et le plus simple bon sens suffit pour comprendre que nous ne pouvons jamais accepter tranquillement la position qu'on veut nous faire et qui serait pire que la guerre. ¶ Notre parti est donc pris depuis longtemps, et j'ai tout lieu d'espérer que nous ne serons point abandonnés à nos seules ressources dans une lutte où sont engagées non seulement les destinées du Danemark, mais aussi les intérêts les plus sacrés du Nord entier. ¶ Vous remarquerez, Monsieur, que notre déclaration contient une ouverture à laquelle nous n'attachons pas un bien grand espoir, mais que nous avons pourtant cru devoir faire dans l'intérêt de la paix. Nous nous sommes déclarés prêts à entrer dans des négociations avec la Diète qui seraient basées sur le principe d'indépendance et d'autonomie pour le Holstein, posé dans la Patente du 30 mars dernier. On a si souvent répété que la Diète ne désirait rien plus vivement que de pouvoir se retirer de la position trop avancée où elle s'était engagée un peu malgré elle. S'il en est ainsi, et que réellement elle veuille éviter les complications que la voie qu'elle a suivie jusqu'ici amènera inévitablement, nous lui fournissons encore une fois l'occasion de résoudre la question d'une manière paisible. Il y a plus. Notre proposition correspond en tout point à la phase dans laquelle la question générale allemande

est entrée par suite du dernier Congrès des Princes à Francfort. Car il est évident que le Roi ne pourra adhérer pour le Holstein au nouvel ordre des choses qu'on veut inaugurer à l'Allemagne, qu'après que ce Duché aura été définitivement placé dans la Monarchie dans les conditions que le Gouvernement du Roi veut lui garantir. Alors, mais seulement alors, le Roi pourra s'associer aux efforts de ses confédérés, et les dispositions de Sa Majesté à la faire ont trouvé une nouvelle expression dans la lettre par laquelle elle a répondu à l'invitation de l'Empereur d'Autriche, lettre que vous connaissez déjà. Ainsi, sous tous les rapports, cette ouverture de notre part devrait être assurée à un bon accueil au sein de la Diète. Nous ne tarderons pas à connaître le parti auquel l'Allemagne s'arrêtera. ¶ Je vous prie, Monsieur, de communiquer officiellement à M. le Ministre des Affaires Étrangères notre déclaration, et de vous énoncer vis-à-vis de lui et de vos collègues dans le sens de cette dépêche ¶ J'ai, &c.

No. 1096.  
Dänemark,  
3. Sept.  
1863.

C. Hall.

### No. 1096.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Grafen Rechberg in Veranlassung der englischen Depesche nach Berlin vom 31 August. —

Vienna, September 10 (received September 12), 1863.

My Lord, — Count Rechberg has resumed his duties at the Foreign Department. At my first interview with his Excellency I read to him the copy of your Lordship's despatch to Mr. Lowther, of the 31st ultimo, recording the responsibility that Her Majesty's Government consider will rest on the Austrian and Prussian Governments if a Federal Execution takes place in the Duchies. ¶ He spoke with much fervency on the subject, and always in the same sense as to the impossibility of interfering with the Resolutions of the Diet. He said he had, when lately at Frankfort, done all he could to soften the wording of some of the passages in the Draft Resolution, and that he had succeeded in obtaining a few modifications in them, but that to call upon Austria and Prussia to alter the laws of the Diet was an impossibility. There was a complete understanding on the subject between them; Denmark had entered into engagements which she had not kept, and amongst others she had promised not to *octroyer* laws for the Duchies. He asked how she had kept this promise, and observed that the last answer of Denmark was moreover offensive to Germany. ¶ I replied that the question was growing serious, and that if a Federal Execution took place, it was impossible to say what might not be the consequences of it to the peace of Europe. ¶ I have, &c.

No. 1096.  
Gross-  
britannien,  
10. Sept.  
1863.

Bloomfield.

## No. 1097.

**PREUSSEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in London, die rechtliche Natur des Streites zwischen Dänemark und Deutschland betreffend. —

[Uebersetzung.]

Berlin, September 11, 1863.

No. 1097.  
Preussen,  
11. Sept.  
1863.

On the 3rd instant, I informed you of the communication which both the British and French Representatives had made to me with reference to the difference of the German Confederation with Denmark. Both have since returned to the subject, but only verbally, and with the remark that they were neither instructed to present a note nor to communicate a despatch. ¶ The French Chargé d'Affaires referred to Lord Russell's last declaration, which had been communicated at Paris. They participate at Paris in the views of the British Minister; and are anxiously desirous that matters should not be brought to a crisis, because apprehension of great complication must be entertained, and they therefore beg that Lord Russell's suggestions may be taken into careful consideration. ¶ I am not in a position to express myself fully here on the subject of the Declaration of Lord Russell here referred to, since the despatch of the 31st of July must no doubt be referred to, which was addressed to Vienna, and read to me here almost a month afterwards. ¶ I must, therefore, leave the Austrian Cabinet to explain itself on the subject. ¶ I have, however, to instruct you to make the following remarks to the Principal Secretary of State for Foreign Affairs. ¶ If in Lord Russell's despatch, allusion is made to a separation of the Schleswig from the Holstein Question and the European character of the former is brought forward, any one who has followed the progress of the affairs since 1858, with any attention, will easily convince himself that both the German Confederation and the two Great Powers have not only never lost sight of the separate character of these two questions, but have also endeavoured to keep them apart as far as the nature of things allowed, and even more than a strong public opinion in Germany would assent to. ¶ How the Holstein question and the relations of the Diet with its member, the Duke of Holstein and Lauenburg, could at any time assume an international character, cannot be perceived. This assertion which is made at the conclusion of the last declaration made to the Diet by the Representative of Denmark; Holstein and Lauenburg can only be most positively refuted by the Diet. If the Danish Government attempts to make this deduction, from the fact that the resolutions of the Diet refer to negotiations of the years 1851—52, it forgets that these negotiations were only of an international character, in so far as they related to Schleswig, but in so far as they referred to Holstein were not negotiations with the King of Denmark but with the Duke of Holstein and Lauenburg, and settled

\*) Dem englischen Blaubuch entnommen, welches den Originaltext deutsch geschriebener Actenstücke nicht mittheilt.

the conditions on which the proper administration of a Federal Territory occupied on grounds of Federal law should be restored to a member of the Confederation. ¶ The Holstein question, and the measures of the Diet relating to it, being a purely Federal question, can in no case become a ground for European negotiation. ¶ The Schleswig question, even if it is of an international character, can at the present moment, when the German Confederation has merely reserved its rights, furnish just as little cause for such a negotiation. That we, as well as the Diet, are not averse to the peaceful understanding on the subject, we have already shewn, since we, in September last, adopted Lord Russell's plan of settlement, whilst Denmark rejected it. At this moment the Schleswig question is solely to be settled between the Diet and the King of Denmark. ¶ If the refusal now expressed by the Duke of Holstein to comply with the resolution of the Diet of the 9th of July, by recalling the Patent of March 30, leads, according to the Federal laws, to an execution, this latter is founded entirely on internal conditions of Federal law, and it is not to be perceived how it can lead to further complications unless Denmark in an illegal manner gives it a character which it cannot have according to the nature of things. But then Denmark bears the blame of the complications. If a war arises therefrom, it will be an offensive war by Denmark against the German Confederation. ¶ It is, therefore, in the power of Denmark to avoid further complications, and not to destroy the peace of Europe. ¶ You will again call Lord Russell's attention to the fact that this matter is not pending between Prussia and Denmark, but between the German Confederation and the Duke of Holstein, respectively the German Confederation and the King of Denmark, as Duke of Schleswig, and that for that reason we cannot consider any single German Government, but only the whole body of the German Confederation as entitled to official negotiation. ¶ The management of this affair is one of purely Federal measures. Prussia has neither exercised an accelerating influence over it nor can she exert a retarding influence. She must allow full play to the Federal proceedings, and will, under any circumstances, perform her Federal duties. ¶ I request you to express yourself verbally in this sense. There is, moreover, no objection to your communicating this dispatch.

No. 1097.  
Preussen,  
11. Sept.  
1863.

*Bismarck.*

---

## No. 1098.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Paris.  
— Vorschlag zu einem gemeinsamen Schritt zur Abwendung vor Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark. —

Foreign Office, September 16, 1863.

Sir, — The question of Schleswig-Holstein, which for more than ten years has been the subject of prolonged and bitter controversy, appears again to threaten actual hostilities. ¶ The Diet of Germany intimate an approaching Federal Execution in Holstein, unless the Danish Royal Ordinance of the 30th

No. 1098.  
Gross-  
britannien,  
16. Sept.  
1863.

No. 1098.  
Gross-  
britannien,  
16. Sept.  
1868.

of March is revoked, and the Declaration of Denmark to the Diet communicated to Her Majesty's Government on the 3rd instant, of which a copy is inclosed, \*) informs the Diet that such an Execution, should it take place, can only be regarded as a question of international right. ¶ This language forebodes armed resistance. ¶ Unfortunately the obscurity which has hitherto attended this question still hangs over it. ¶ The German Diet consider that the Royal Ordinance of the 30th of March does not fulfil the conditions of the Federal Resolutions of the 8th of March, 1860, and of the 7th of February, 1861, „qu'aucune loi relative aux affaires communes, et notamment en affaires financières, ne soit promulguée pour les Duchés, si elle n'a obtenu l'assentiment des États.“ ¶ Here is an important question upon which it would be desirable to have precise statements and precise answers. ¶ But unfortunately the Report of the German Diet, instead of confining itself to this subject, extends its remarks to the Constitution of the Kingdom of Denmark and the situation of Schleswig, with regard to neither of which matters has the German Diet any other rights than those founded upon International Treaties, diplomatic notes, and positive declarations on the part of Denmark. ¶ The Danish Government on its side, instead of discussing the Ordinance of the 30th of March, as it regards Holstein only, promises to explain, and offers to negotiate. ¶ Unfortunately the negotiation which in 1861-62 was begun at the instance of Her Majesty's Government between Denmark and Germany led only to fruitless controversy, and there is no reason to hope better results from any new endeavour to negotiate. ¶ The other questions in dispute—the Constitution of Denmark and the privileges of Schleswig—are left in still greater obscurity than the affairs of Holstein. ¶ As the matter is now put on the question of right, there are some propositions which appear to Her Majesty's Government incontrovertible. ¶ They are:

1. That Denmark owes to Germany a complete written explanation with respect to the bearing of the Ordinance of the 30th of March on the laws, and especially on the financial position of the Duchies of Holstein and Lauenburg.

2. That Germany cannot justly order a Federal Execution with a view to promote or to prevent the establishment of a Constitution common to Denmark, Schleswig, Holstein and Lauenburg.

3. That the affairs of Schleswig can only be treated between Germany and Denmark as a matter of international concern.

4. That as a matter of international concern it is to be desired that Germany would lay down with precision what are the rights she claims for the German inhabitants of Schleswig, and in what manner any engagements made on their behalf have been, in the opinion of the German Diet, violated by Denmark.

As the matter stands at present, the threatened Federal Execution will probably only produce a needless effusion of blood. It might produce further some danger to the balance of power, especially if the integrity and independence of Denmark were in any way impaired by the demands of Germany and the

\*) No. 905.

measures consequent thereupon. ¶ If the Government of the Emperor of the French are of opinion that any benefit would be likely to follow from an offer of good offices on the part of Great Britain and France, Her Majesty's Government would be ready to take that course. If, however, the Government of France would consider such a step as likely to be unavailing, the two Powers might remind Austria, Prussia, and the German Diet that any act on their part, tending to weaken the integrity and independence of Denmark, would be at variance with the Treaty of the 8th of May, 1852. I am, &c.

No. 1099.  
Gross-  
britannien,  
16. Sept.  
1863.

*Russell.*

---

### No. 1099.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Bedenken des französischen Ministers gegen den Vorschlag in der vorhergehenden Depesche. —

Paris, September 18 (received September 19), 1863.

My Lord, — M. Drouyn de Lhuys having put off his usual Thursday reception of the Corps Diplomatique yesterday, I was not able to see him till to-day, to ascertain his Excellency's opinion on the question raised in your Lordship's despatch of the 16th instant, in regard to the threatened Federal Execution in Holstein. I thought it best to allow M. Drouyn de Lhuys to read your Lordship's despatch, which he did with attention. He expressed his concurrence in the propositions which your Lordship states appear to Her Majesty's Government to be incontrovertible, and he then went on to say that he had already written to Berlin and Vienna in almost the exact terms of your Lordship's despatch of the 31st ultimo to Mr. Lowther, with which he had been made acquainted by Earl Cowley, as reported by his Excellency in his despatch of the 6th instant. The communication which I made to him to-day, involved, he said, a more formal step, and one in which he, for his part, could see no prospect of advantage. The offer of good offices would he thought be useless (inutile.) The second mode of proceeding suggested by your Lordship, viz., "To remind Austria, Prussia, and the German Diet, that any acts on their part tending to weaken the integrity and independence of Denmark, would be at variance with the treaty of the 8th May, 1852," would be in a great measure analogous to the course pursued by Great Britain and France in the Polish question. He had no inclination (and he frankly avowed that he should so speak to the Emperor) to place France in the same position with reference to Germany as she had been placed with regard to Russia. The formal notes addressed by the three Powers to Russia had received an answer which literally meant nothing, and the position in which those three Great Powers were now placed was anything but dignified, and if England and France were to address such a reminder as that proposed to Austria, Prussia, and the German Confederation, they must be prepared to go further, and to adopt a course of action more in accordance with the dignity of two Great Powers than they were now doing in the Polish

No. 1099.  
Gross-  
britannien,  
18. Sept.  
1863.

No. 1099.  
Gross-  
britannien,  
18. Sept.  
1863.

question. France was not, his Excellency said, by any means indifferent to the maintenance of the integrity and independence of Denmark, and it was not from any indifference that he disapproved of your Lordship's suggestion. He had already represented to the German Powers, that if they invaded Holstein for the purpose of effecting a revolt in Schleswig, or if they went further and invaded Schleswig itself, they would be infringing on the rights of an independent Sovereign, and entering upon a grave question affecting the balance of power in Europe, to which France could not remain indifferent. ¶ His Excellency conceived, therefore, that all that your Lordship now suggests had been done, unless it was desired to take a more formal step, such as the presentation of an identic note, or the simultaneous presentation of notes of similar purport. To this mode of proceeding he had the strongest objection, for the reasons stated above. He desired to preserve entire liberty of action for France in this matter, and unless Her Majesty's Government was prepared to go further, if necessary, than the mere presentation of a note, and the receipt of an evasive reply, he was sure the Emperor would not consent to adopt your Lordship's suggestion. ¶ I have, &c.

*W. Grey.*

## No. 1100.

**RUSSLAND.** — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Ansicht Russlands über die Natur des Streits zwischen Deutschland und Dänemark. —

St.-Petersbourg, le 31 août/12 septembre 1863.

No. 1100.  
Russland,  
12 Sept.  
1863.

M. le Baron, — Les Cabinets de Paris et de Londres auront eu connaissance de la déclaration que le Gouvernement Danois vient de faire remettre à la Diète Germanique, en réponse au vote de cette Assemblée du 9 juillet dernier. Il paraît que tout en exprimant l'intention de s'entendre avec l'Assemblée Fédérale sur ce que la Patente Royale du 30 mars a pu laisser à désirer, le Cabinet de Copenhague ne cache pas l'appréhension de voir les mesures d'Exécution annoncées pour le Duché de Holstein dépasser les strictes limites de la compétence légale qui appartient à la Confédération Germanique. Nous ne partageons pas cette manière de voir. Il est vrai que les arrangements de 1852/52 ont créé par rapport au Slesvig un germe de dissentiment que les négociations subséquentes n'ont pas fait disparaître, et qui a surexcité depuis l'esprit public en Allemagne. Il est vrai aussi que l'envoi de troupes Fédérales dans le Holstein peut fournir à la Confédération les moyens d'une pression extra-Fédérale sur l'affaire du Duché voisin. Toutefois, l'Allemagne n'ignore point que l'affaire de Slesvig est d'un caractère international, et que les Puissances non-allemandes, la Russie, la France, et l'Angleterre, ont un égal intérêt au maintien de l'indépendance et de l'intégrité de la Monarchie danoise. ¶ J'adresse à notre Ministre à Copenhague la dépêche ci-jointe en copie, \*) que votre Excellence est autorisée

\*) No. 1101.



à communiquer à M. le Principal Secrétaire d'État de sa Majesté Britannique. ¶ Si le Cabinet de Londres jugeait à propos de rassurer de son côté le Gouvernement Danois sur l'éventualité d'un cas de guerre, son Représentant à Copenhague rencontrerait la plus franche co-opération de la part du Baron de Nicolay. ¶ Recevez, &c.

No. 1100.  
Russland,  
12. Sept.  
1863.

*Gortchacoff.*

### No. 1101.

**RUSSLAND.** — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Copenhagen. — Mahnung zur richtigen Behandlung des Streites mit Deutschland Seitens des dänischen Cabinets. —

St.-Petersbourg, le 31 août/12 septbr. 1863.

Le Ministre de Danemark près notre Cour a officiellement porté à la connaissance du Ministère Impérial que le Gouvernement Danois a fait remettre à la Diète Germanique en réponse à l'arrêté Fédéral du 9 juillet dernier. A cette occasion M. le Baron de Plessen a bien voulu, par ordre de sa Cour, entrer envers moi dans quelques explications confidentielles qui attestent les dispositions fermes, mais non moins conciliantes, dont le Cabinet de Copenhague est animé en face des éventualités que les mesures d'Exécution Fédérale peuvent rendre imminentes. Je n'ai pas manqué, M. le Baron, de rendre compte de ces ouvertures à Sa Majesté l'Empereur. ¶ Notre auguste Maître a relevé avec satisfaction que le Gouvernement du Roi n'envisage pas encore comme définitivement close la voie vers un arrangement pacifique; qu'il se déclare prêt, au contraire, à entrer en négociation avec la Diète Germanique sur les questions qui, au point de vue du droit Fédéral, la Patente du 30 mars peut avoir laissées en suspens, notamment en ce qui concerne le principe d'indépendance et d'autonomie pour le Duché de Holstein. Il est permis de croire que la Diète ne se refusera pas à cette négociation. Nul ne saurait en effet lui contester le droit de donner suite aux résolutions qu'elle a fait entrevoir par son vote du 9 juillet. Mais elle réfléchira, nous l'espérons, aux sérieuses conséquences que pourrait entraîner pour le repos de l'Allemagne elle-même une intervention qui dépasserait les strictes limites de sa compétence, quels que soient les droits qui résultent pour elle des arrangements de 1851-1852, relatifs au Duché de Slesvig, la Diète ne saurait avoir l'intention de faire prendre à une question purement Fédérale les proportions d'une affaire internationale. ¶ C'est par suite de ces considérations, et dans l'esprit d'un intérêt sincèrement amical, que nous souhaitons que le Cabinet de Copenhague veuille persévérer dans les dispositions qu'il vient de manifester et ne pas se préoccuper avant le temps de l'éventualité d'un cas de guerre que ne justifierait pas une appréciation calme du véritable état de choses. ¶ Je vous engage, M. le Baron, à vous exprimer dans ce sens envers M. le Président du Conseil, en lui donnant lecture de la présente dépêche. Nous aurions à croire que les Cabinets de Paris et de Londres envisagent comme nous la situation actuelle du différend dano-allemand, et si leurs Représentants à Copenhague

No. 1101.  
Russland,  
12. Sept.  
1863.

**No. 1101.** recevaient l'ordre de tenir un langage analogue à celui qui vous est prescrit, il  
**Russland,** va sans dire que vous vous joindriez à eux dans un même esprit d'apaisement et  
**12. Sept.** de conciliation. ¶ Recevez, &c.  
**1863.**

*Gortchacoff.*

## No. 1102.

**OESTERREICH.** — Min. d. Ausw. an den Geschäftsträger in London. — Rechtfertigung des deutschen Standpunkts in Behandlung des Streites mit Dänemark. —

Vienne, le 17 septembre, 1863.

**No. 1102.**  
**Oesterreich,**  
**17. Sept.**  
**1863.**

M. le Comte, — Depuis quelque temps le Gouvernement Danois redouble d'efforts pour abuser l'opinion publique sur la portée réelle de l'Arrêté Fédéral du 9 juillet dernier, concernant le différend dano-germanique. Ces efforts ne sont pas restés entièrement sans résultats. Nous remarquons même avec regret que les Cabinets étrangers, et surtout ceux de Londres et de Paris, ne semblent pas se rendre un compte parfaitement exact de la situation. ¶ En effet, d'après les dernières communications qui nous ont été faites sur ce sujet, on paraît attribuer à la Diète l'intention d'étendre au Slesvig les mesures projetées à l'égard des Duchés de Holstein et de Lauenbourg. ¶ Il nous importe beaucoup de ne pas laisser s'accréditer une pareille erreur. Pour vous mettre mieux à même de rectifier sur ce point les appréciations du Cabinet de Londres, je joins ici une copie du dernier Arrêté Fédéral et des considérations qui l'accompagnent. Vous verrez, M. le Comte, par le texte de cette pièce que la Diète a établi une distinction complète entre les droits qu'elle revendique sur les Duchés de Holstein et de Lauenbourg comme partie intégrante de la Confédération, et les réclamations qu'elle fait valoir au sujet du Slesvig en vertu des obligations contractées par le Danemark par les déclarations du 29 janvier, 1852. ¶ Vous voudrez bien également remarquer que l'Exécution Fédérale, dont il est question pour le cas où le Danemark ne satisferait point aux demandes de la Diète, ne s'applique qu'aux seuls Duchés de Holstein et de Lauenbourg. ¶ Le Gouvernement Danois dénature donc entièrement les faits lorsqu'il prétend que la Diète veut s'arroger le droit de traiter le Slesvig comme un pays appartenant à la Confédération, et d'y exercer la même autorité que dans les deux autres Duchés. ¶ L'Allemagne se réserve, il est vrai, d'insister sur l'accomplissement des promesses faites par le Roi de Danemark. Elle a comme tout autre pays le droit de faire respecter les engagements pris et de veiller à leur exécution. Mais les Gouvernements Allemands ne songent point à dépasser sous ce rapport la stricte limite de leurs droits, et la Diète ne pense pas à donner à ses réclamations au sujet de Slesvig le caractère d'un exercice de son droit d'ingérence dans les affaires intérieures de l'Allemagne comme elle le fait pour ce qui regarde les Duchés de Holstein et de Lauenbourg. ¶ Pour mieux constater ce fait et pour ne pas donner prise à des interprétations erronées, le rapport des Comités réunis sur la dernière déclaration danoise communiquée à la Diète le 27 août dernier, évite soigneusement de discuter la question du Slesvig et se borne à examiner et

à proposer les mesures applicables aux seuls Duchés de Holstein et de Lauenbourg. ¶ Autant la Diète se montre jalouse de sauvegarder et de faire valoir ses droits incontestables dans le règlement des affaires de ces deux Duchés, autant elle a soin de restreindre son action dans les bornes indiqués, afin de ne point provoquer les complications inopportunes qui pourraient se rattacher à une question portant un caractère international. ¶ Nous regrettons, d'ailleurs, vivement que la dernière déclaration danoise refuse aussi complètement de donner satisfaction aux légitimes réclamations de la Diète. La réponse du Gouvernement Danois ne laisse pas en effet d'autre alternative que de suivre la voie régulière tracée par la Constitution Fédérale lorsqu'il s'agit de pays faisant partie de la Confédération. ¶ Nous aurions souhaité que l'influence des Cabinets de Londres et de Paris pût se faire sentir d'une manière efficace sur la Cour de Copenhague pour l'amener à des résolutions plus conciliantes. ¶ Les sages conseils donnés dans ce sens pourraient encore avoir un effet salutaire, car les formes légales, dont la Diète ne compte nullement s'affranchir et qui sont une garantie contre toute mesure précipitée laissent au Danemark, le temps de revenir sur les décisions et d'entrer dans la voie des accommodements. Nous serions heureux, pour notre part, qu'il en fût ainsi, et nous nous féliciterions sincèrement de ne point nous trouver dans la nécessité d'avoir recours à une Exécution Fédérale dans les deux Duchés allemands. ¶ Mais nous ne pouvons nous dissimuler, d'un autre côté, que cette nécessité existe si les demandes de la Diète continuent à être repoussées par le Gouvernement Danois, et que l'Allemagne ne saurait, sans se déconsidérer complètement à ses propres yeux, faire abandon de ses droits les plus incontestables. ¶ Veuillez, M. le Comte, vous exprimer dans ce sens auprès du Gouvernement Anglais, et ne rien négliger pour rétablir dans son vrai jour l'attitude de la Diète envers les diverses parties de la Monarchie danoise. ¶ Recevez, &c.

No. 1103.  
Oesterreich,  
17. Sept.  
1863.

*Rechberg.*

---

### No. 1103.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. schwedischen Gesandten in London. — Präcisirung des Standpunktes Englands zu dem deutsch-dänischen Streite. —

Foreign Office, September 25, 1863.

(Extract.) Her Majesty's Government set the highest value on the independence and integrity of Denmark. ¶ Her Majesty's Government would be ready to offer their good offices to the two parties about to contend in arms. Her Majesty's Government would be ready to do so in conjunction with France or alone. But the course which Her Majesty might be advised to take with regard to these matters if the good offices of Her Majesty's Government should be unsuccessful, must be the subject of future consideration and decision. ¶ Her Majesty's Government are not prepared to say that Denmark is altogether in the right, or that Germany has not some grounds of complaint in reference to the

No. 1103.  
Gross-  
britannien,  
23. Sept.  
1863.

No. 1103. condition of the German population in Schleswig. But they think these differ-  
Gross-  
britannien,  
25. Sept.  
1863. ences should be the subject of negotiation either in Conferences or otherwise,  
 and should not be brought to the issue of war. ¶ Her Majesty's Government  
 will be ready to remind Austria and Prussia of their Treaty obligations to  
 respect the integrity and independence of Denmark. &c.

*Russell.*

### No. 1104.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
 — Das Bevorstehender Execution in Holstein betreffend. —

Hanover, September 25 (received September 28), 1863.

No. 1104. My Lord, — Your Lordship will be acquainted with the Resolutions in  
Gross-  
britannien,  
25. Sept.  
1863. respect to a Federal Execution in Holstein, which were proposed by the United  
 Committees of the German Diet in the sitting of the 19th instant, and upon  
 which a vote will be taken on the 1st of October. ¶ In view of the attitude  
 which the Hanoverian Government have taken on this question your Lordship  
 will not be surprised to learn that their vote will be given in favour of those  
 Resolutions, though I much doubt their being pleased at the arrangement accord-  
 ing to which they, in conjunction with Saxony, are in the first instance to be  
 charged with carrying out the Execution. ¶ I have over and over again called Count  
 Platen's attention to the serious consequences for the peace of Europe which  
 may result from the contemplated armed Execution in Holstein, but his Excellency,  
 whilst professing to believe that some incident or other will intervene to prevent  
 it actually being carried out, has always declared that Germany has gone too far  
 to recede, adding that it is at Copenhagen that the influence of Her Majesty's  
 Government should be employed to prevent a conflict. ¶ Count Platen had led  
 me to believe that the forms of proceeding as regards the Execution would re-  
 quire ten weeks, but M. Zimmermann mentioned to me yesterday the month of  
 November as the period at which the Federal Commissioners, accompanied by  
 the appointed troops, would be likely to enter Holstein, if Denmark should not  
 yield by withdrawing the Royal Patent of the 30th of March last. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

### No. 1105.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Hamburg an den königl. Min. d.  
 Ausw. — Die Zulässigkeit einer Blokade der deutschen Häfen im Falle  
 der Execution gegen Holstein betreffend. —

Hamburg, September 25 (received September 28), 1863.

No. 1105. My Lord, — I have the honour to apprise your Lordship that much  
Gross-  
britannien,  
25. Sept.  
1863. anxiety prevails among the merchants and shipowners of this city in regard to  
 the consequences which may result from a Federal army of Execution being sent

by the Germanic Diet into the Duchies of Holstein and Lauenburg. It is expected that the Diet will actually resolve upon that proceeding in its sitting of October 1st; and, if so, it is calculated that the Federal troops may enter the Duchies towards the end of November, or in the first days of December. According to the Report made by the joint Committees to the Diet on the 18th instant, the duty of carrying out the Execution will devolve primarily upon the Governments of Saxony and Hanover, which are to occupy the Duchies with an armed force of six thousand men only, but are to be supported by Austria and Prussia in case a further force should be required. ¶ The causes which have brought matters to this crisis are so well known to your Lordship, that it is scarcely necessary for me to allude to them here. The motives of the Federal Diet have been anticipated in the elaborate Report presented to that body on the 18th of June last by the Bavarian Envoy, M. von der Pfordten, in the name of the joint Committees for the affairs of Holstein and Lauenburg, and for Execution. In that Report a distinction was carefully drawn between the proceeding to be taken as regarded Holstein and Lauenburg, and that regarding Schleswig. In the former case, due preparations were to be made for carrying out the Execution already decided upon by previous resolutions of the Diet; in the latter, Austria and Prussia were to be charged to enter into communication with Denmark, in order to obtain the fulfilment of her engagements as between State and State, upon the basis of international law. There does not, therefore, appear to be any pretence for an allegation on the side of Denmark that the Federal Diet has exceeded its powers, or that the Execution will be issued partly on account of Schleswig, and will be therefore formally wrong. The regularity of the Execution can scarcely be doubted, and it is well known to have been in the last instance provoked by Denmark herself in issuing the unconstitutional Ordinance of the 30th of March last. Had that Ordinance been timely revoked, the present crisis might have been avoided, and the danger which has so long threatened the tranquillity of these countries might have been averted for a still further term. ¶ The point, however, to which I am more especially desirous of entreating your Lordship's attention is, that an apprehension is generally felt here lest the Danish Government should treat the Execution as a belligerent act on the side of Germany, and should answer it by a blockade of the mouths of the Elbe and the Weser, or by the detention of German ships on the high seas. Mr. Syndic Merck lately called upon me, and, after dwelling upon the great importance of this matter to the trade of Great Britain as well as of Germany in general, inquired whether I could at all inform him what view Her Majesty's Government would be likely to take of the legality or illegality of such a blockade of the German ports by the Danes, and whether, if illegal, Great Britain would not resort to reprisals for any British ships or goods which the Danes might make seizure of? He considered it quite clear that a Federal Execution, being a measure of mere internal regulation for a German State, could form no justifiable ground for a blockade, or any other belligerent international act, and observed that the Hanse Towns had unfortunately no means at their command for resisting such acts of violence, or protecting their merchant vessels. I answered

No. 1105.  
Gross-  
britannien,  
25. Sept.  
1864.

No. 1105. that I could not then say anything upon the subject further than that I would  
 Gross- take care to apprise your Lordship of the apprehensions entertained here, and  
 britannien, that the question would doubtless be well considered by Her Majesty's Govern-  
 25. Sept. ment. The Syndic replied that the Senate would take it as a great favour if I  
 1863. should be authorised to inform them of any decision which Her Majesty's Go-  
 vernment might come to in a matter of so much moment to the commercial  
 interests of this port. ¶ The injury which would result to British trade and  
 navigation from a blockade of the Elbe would be apparent from the fact that  
 above one-half of the entire foreign commerce of Hamburgh is carried on under  
 the British flag. Upon an average of the five years, 1858 to 1862, inclusive,  
 the total number of sea-going ships which arrived annually at Hamburgh was  
 4849, of which 1776 ships were British. The total burthen of the ships which  
 so arrived was 1,224,063 British tons, whereof the British proportion was  
 614,712 tons. But this is not all. The quantity of British goods which is re-  
 gularly brought to Hamburgh in foreign ships is very large indeed, and such  
 goods, being neutral property, would not, in any event, be liable to capture  
 under an enemy's flag, according to the terms of the Declaration of Paris, dated  
 April 16th, 1856, to which Denmark subsequently acceded. ¶ A blockade of  
 the Weser would, of course, paralyse the commerce of Bremen, and would  
 therefore likewise cause serious injury to British trade and navigation. It is  
 possible also that a Danish blockade if once established, might extend to other  
 seaports belonging to Prussia and Hanover. ¶ In these circumstances, I would  
 humbly submit to your Lordship, whether, in case it should be evident that Den-  
 mark contemplated belligerent measures at sea in answer to the Execution, and  
 Her Majesty's Government should be of opinion that such measures would be  
 unjustifiable, it might not be expedient to warn the Danish Government against  
 instituting a blockade, or detaining any British ships or goods; inasmuch as  
 such a warning would inspire the Danes with the fear lest reprisals should be  
 made against them by Great Britain, and such fear could hardly fail to operate  
 in restraining them from the adoption of any belligerent proceedings at sea.  
 ¶ I have, &c.

J. Ward.

### No. 1106.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien  
 (gleichlautend nach Berlin). — Mittheilung einer an den Gesandten in Frank-  
 furt gerichteten Depesche. —

Foreign Office, September 30, 1863.

No. 1106.  
 Gross-  
 britannien,  
 30 Sept.  
 1863.

My Lord, — I inclose a copy of a despatch which I have addressed to  
 Her Majesty's Minister at Frankfort\*) of which I have directed him to give a

\*) No. 912.

copy to the President of the Diet, on the subject of the state of affairs between Germany and Denmark; and I have to instruct your Excellency to communicate this despatch to the Austrian Government. ¶ I am, &c.

No. 1106.  
Gross-  
britannien,  
30. Sept.  
1863.

*Russell.*

### No. 1107.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Erinnerung an die bestehenden Verträge. —

Foreign Office, September 30, 1863.

My Lord, — The Resolutions of the German Diet respecting a Federal Execution in Holstein, make it incumbent upon Her Majesty's Government to remind the Government of Austria of its existing Treaty obligations with respect to Denmark. ¶ The Diet appears to require a common Constitution for Denmark, Schleswig, and the German Duchies. But it is obvious that this point, which touches so nearly the rights and privileges of the people of Denmark, can never be the subject of Federal Execution. A Common Constitution can only be the result of a general agreement of the Kingdom of Denmark with the States of Holstein, Lauenburg, and Schleswig, represented by their Parliaments or Diets. ¶ Austria has engaged by the Treaty of 1852 to respect the integrity and independence of Denmark. ¶ Her Majesty's Government trust that no act of Federal Execution, to which Austria may be a party, and no act of war against Denmark, on the ground of the affairs of Schleswig, will be allowed to clash with this primary and essential Treaty obligation. ¶ Her Majesty's Government indeed entertain a full confidence that the Government of Austria is as deeply impressed as Her Majesty's Government with the conviction that the independence and integrity of Denmark form an essential element in the balance of power in Europe. ¶ I am, &c.

No. 1107.  
Gross-  
britannien,  
30. Sept.  
1863.

*Russell.*

### No. 1108.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Empfehlung, dass der Bund Aufklärungen von Dänemark fordere. —

Foreign Office, September 30, 1863.

Sir, — I have received your Excellency's despatch of the 19th instant, on the subject of the Danish Duchies. ¶ Her Majesty's Government take a great interest in the welfare of Denmark, and they are glad to learn that Prussia has counselled moderation in respect to the question of Holstein. ¶ It appears to Her Majesty's Government that instead of resorting at once to a Federal Execution, the Diet ought to demand from Denmark a clear and explicit declaration of the meaning of the words "explanations" and "negotiations," which she has used in relation to the Royal Letters - Patent of the 30th of March. ¶ If these

No. 1108.  
Gross-  
britannien,  
30. Sept.  
1863.

No. 1108. explanations open the way to a satisfactory arrangement all grounds for a Federal Execution will be taken away; and if they do not, the Diet can still resort to a Federal Execution. ¶ Her Majesty's Government are willing to offer their good offices to bring about a conciliatory termination of these difficult affairs. ¶ I am, &c. *Russell.*

---

### No. 1109.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Den Bundes-Ausschuss-Bericht vom 19 Septbr. (No. 908) betreffend. —

Copenhagen, le 28 septembre, 1863.

No. 1109.  
Dänemark,  
28. Sept.  
1863.

Monsieur, — Je vous envoie sous ce pli copie du Rapport que les Comités réunis ont soumis à la Diète de Francfort dans sa séance du 19 de ce mois. ¶ Le Rapport fait l'aveu formel qu'il ne s'agit pas de garantir aux Duchés Fédéraux cette autonomie et cette égalité des droits qu'on avait réclamées jusqu'ici avec tant d'insistance, mais que l'Allemagne veut nous forcer de faire entrer les Duchés dans une Constitution commune pour la Monarchie, qui réduirait cette Monarchie tout entière à une dépendance continuelle de l'Allemagne. Je prends acte de ce programme d'une Exécution éventuelle. ¶ Ensuite le Rapport décline l'ouverture qui avait été faite dans notre dernière déclaration relativement à de nouvelles négociations à entamer sur la position que la Patente du 30 mars avait créée au Holstein. Tous les Cabinets ont reconnu dans cette ouverture de notre part le moyen pour l'Allemagne de quitter l'attitude menaçante qu'elle avait prise au grand danger de la paix dans le Nord. ¶ Je dois donc constater que les conséquences qui pourront découler des résolutions extrêmes de la Diète tomberont par suite de ce refus exclusivement et uniquement à sa charge. ¶ Le Ministre du Roi à Francfort se bornera Jeudi prochain à réserver les droits du Roi, en s'abstenant du reste de voter. Jusqu'au bout le Gouvernement compte maintenir sa politique de modération et de conciliation, et ces mêmes sentiments ont trouvé une nouvelle expression dans le discours du Trône qui a été prononcé aujourd'hui à l'ouverture du Rigsraad, et que je vous envoie ci-joint en traduction française. ¶ J'ai, &c.

*C. Hall.*

---

### No. 1110.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Anseige von dem Einbringen eines neuen Verfassungsentwurfs für Dänemark und Schleswig bei dem dänischen Reichsrath \*). —

Copenhagen, October 5 (received October 1), 1863.

No. 1110.  
Gross-  
britannien,  
1. Oct.  
1863.

My Lord, — I have the honour to inclose a translation of the new Constitution for Denmark and Schleswig, which, in conformity with an announ-

\*) Die mit Aenderungen angenommene Verfassung vom 18. November 1863 (No. 1032).



cement made in the Royal Message, has been submitted to the consideration of the Rigsraad. ¶ M. Hall brought it forward in the sitting of the 29th instant, and according to its enactments the Rigsraad is henceforward to be composed of two Chambers — the First composed of 75 members, of whom 25 nominated by the King, and 50 elected according to the Electoral Law now in force in the Rigsraad. ¶ The Second Chamber will consist of 130 members, elected according to the Electoral Law for the Rigsraad. ¶ The competency of the Rigsraad relative to what are called common or special affairs is not in any way changed. ¶ The object of the Danish Government in introducing these changes is probably to render the Representative Assembly of the Monarchy more generally popular; but it is to be regretted that any constitutional changes should be brought forward at this particular moment, and I cannot but fear that they will produce a very irritating effect in Germany. ¶ Your Lordship will perhaps remember the protest which was addressed to this Government by Austria and Prussia on the occasion of changes being proposed in the Constitution in 1862, and that this protest was subsequently ratified by a vote of the Diet. ¶ I have, &c.

No. 1110.  
Gross-  
britannien,  
1. Oct.  
1863.

*A. Paget.*

### No. 1111.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem preuss. Unterstaatssecretär in Veranlassung der neuesten englischen Eröffnungen. —

Berlin, October 3 (received October 5), 1863.

My Lord, — When I mentioned to M. de Thile yesterday the means by which Her Majesty's Government are of opinion that a Federal Execution in Holstein may be prevented, he expressed a wish that I would call upon him again to-day and read to him the exact terms of the suggestions which have been made by your Lordship. I accordingly did so, and he took a note of the terms of the demand which Her Majesty's Government consider that the Diet ought to make to Denmark for a clear and explicit declaration of the words "explanations and negotiations," which she has used in relation to the Royal Letters-Patent of the 30th of March, and also of the terms in which Her Majesty's Government state that they are willing to offer their good offices to bring about a termination of the difficult affairs in question. ¶ M. de Thile said that if the suggestion of your Lordship as to the ground on which negotiation should be opened were thought acceptable by the King and M. de Bismarck, and the Diet should be disposed to accept the good offices of Her Majesty's Government in this question, there would be great difficulties as to the form, and he asked whether Denmark might not be induced to make some proposal to the Diet or to Her Majesty's Government which would enable the Diet to re-open negotiations without a loss of dignity. He attached much importance also to the meaning of the words "are willing to offer," wishing to know whether Her Majesty's Government would expect an invitation from the Diet, and he asked whether a similar suggestion had

No. 1111.  
Gross-  
britannien,  
3. Oct.  
1863.

No. 1111. **Gross-**  
**britannien,**  
3. Oct.  
1863. been made to Austria, as the two Powers had hitherto acted together in this question, and it was the only one in which they had been able to do so. ¶ I replied that your Lordship had not informed me whether you had acquainted the Austrian Government with the willingness of Her Majesty's Government to offer their good offices; but I presumed you had communicated to them your despatch to Sir Alexander Malet of the 29th ultimo, and it appeared to me that the moderation with which the Prussian Government is believed to have acted in the late discussions on the affairs of the Duchies, and their presumed desire to prevent a war in the North of Europe, as reported by Her Majesty's Embassy, have induced Her Majesty's Government to make their present overture; and I said if the Prussian Government are disposed to meet that overture in the spirit in which it has been made the form ought not to be a matter of difficulty, and I was sure that Her Majesty's Government would be ready to receive favourably any suggestion which they might wish to make on that point. ¶ I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1112.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Die Motive der badischen Abstimmung vom 1. October. —

Frankfort, October 3 (received October 5), 1863.

No. 1112. **Gross-**  
**britannien,**  
3. Oct.  
1863. My Lord, — With reference to my despatch of the 1st instant, I learn that the votes of the Netherlands and Baden Ministers against the conclusions of the Report on the Danish Duchies question were given on totally different motives. ¶ The Representative of Luxemburg objected to the principle on which the interference of the Diet is based. The Baden Government does not think the Diet goes far enough, and while professing readiness to act in conformity with the decision of the majority of the Diet, reserves to itself the privilege of recording its reasons for dissent on the Protocol of the Diet's sitting. ¶ These reasons, I understand, will go the length of expressing the opinion that the Treaty of London of 1852 should be considered invalid and of no effect, and that the Law of Succession for the Duchy of Holstein should be held to exist as it was established before the conclusion of that Treaty. ¶ I understand that, in view of the eventual Execution, the Governments of Hanover and of Saxony make it a condition of their supplying the troops for occupying Holstein and Lauenburg that the Austrian and Prussian reserves should be actually on foot, and ready to support them if resisted by the Danes. ¶ I have, &c.

*A. Malet.*

## No. 1103.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den Geschäftsträger in Hamburg. — Antwort auf den Bericht vom 25 Septbr. eine eventuelle Blockade betreffend. —

Foreign Office, October 7, 1863.

Sir, — I have received your despatch of the 25th ultimo, reporting the apprehensions entertained of a Danish blockade of the Elbe and the Weser in case the Federal Execution is carried out in Holstein; and I have to state to you, with reference to the inquiries of Mr. Syndic Merck upon this subject, that Her Majesty's Government are of opinion that the German Diet ought to refrain from Execution. ¶ Her Majesty's Government cannot prevent the Danish Government from using the belligerent right of blockade if the Execution is based on demands not justified by the laws of the Germanic Confederation. ¶ The Hanse Towns ought, therefore, to exert their influence as members of the Germanic Confederation to prevent that Military Execution which might, and probably would, lead to consequences seriously affecting the interests of the Hanse Towns. ¶ I am, &c.

No. 1113.  
Gross-  
britannien,  
7. Oct.  
1863.

*Russell.*

## No. 1104.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Aeusserung des Herrn von Bismarck über die englische Depesche vom 29. Septbr. —

Berlin, October 10 (received October 12), 1863.

(Extract.) M. de Bismarck said that it was impossible for Prussia to take the initiative in recommending the Diet to suspend the Execution, but Baron Sydow was instructed to consider your Lordship's appeal to the Diet as a friendly overture, and to counteract the views of certain States, who were disposed to treat it as an attempt to control the legitimate action of the Confederation. &c.

No. 1114.  
Gross-  
britannien,  
10. Oct.  
1863.

*Buchanan.*

## No. 1105.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Auslassung des Grafen Rechberg über die englische Depesche vom 30. Septbr. —

Vienna, October 8 (received October 12), 1863.

My Lord, — At my last interview with Count Rechberg I read to his Excellency your Lordship's despatch of the 30th ultimo. He said that it was not necessary to remind Austria of the Treaty obligations with respect to Den-

No. 1115.  
Gross-  
britannien,  
8. Oct.  
1863.

No. 1115. mark. She was aware of the engagements she contracted in 1852, and would  
 Gross- abide by them. She desired equally with Her Majesty's Government to respect  
 britannien, the integrity and independence of Denmark, but he must observe that the Duchy of  
 8. Oct. Holstein was part of the German Confederation, and that the King of Denmark  
 1863. as Duke of Holstein had not fulfilled his engagements towards that Body, and  
 was therefore responsible to the Confederation for the enactment of Ordinances  
 which were not in conformity with these engagements. The Sovereign of Hol-  
 stein, his Excellency said, had been called upon to cancel certain Ordinances.  
 He had refused to listen to the repeated communications of the Diet, and hence  
 the threatened Execution—an act which was quite within the attributes of the  
 German Confederation. ¶ Count Rechberg disclaimed the existence of any in-  
 tention on the part of the German Diet to take a step unauthorized by the laws  
 of the Confederation, but he observed that though Austria and Prussia had  
 signed the Treaty of the 8th of May, 1852, the other States of the Confederation  
 had always refused to become parties to it. Austria was bound to respect it,  
 but the Confederation were in a different position, and this difference increased  
 the difficulties of the situation. ¶ I may observe that Count Rechberg has  
 never attempted to call in question the engagement contracted by this Treaty,  
 and he refuses to admit that the Execution is otherwise than a legal proceeding.  
 ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

---

### No. 1116.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw.  
 — Auslassung des Grafen Rechberg über die englische Depesche vom  
 30. Septbr. —

Vienna, October 8 (received October 12), 1863.

No. 1116. My Lord, — I have had the honour to receive your Lordship's despatch  
 Gross- of the 30th ultimo, inclosing the copy of your despatch to Her Majesty's Minister  
 britannien, at Frankfort on the state of affairs between Germany and Denmark. After  
 8. Oct. reading this despatch to Count Rechberg, I gave him a copy of it, and inquired  
 1863. if any decision had been come to respecting the notice that would be taken of  
 this despatch. ¶ His Excellency replied that he was in communication with  
 Prussia on the subject, and he then went on to observe that Her Majesty's Go-  
 vernment were ever unwilling to render justice to the proceedings of the Ger-  
 man Confederation in the Danish question, or to take into account the patience  
 with which they had for so many years been endeavouring to come to an under-  
 standing with Denmark respecting the engagements which she contracted in  
 1851-52. He said the Resolution to carry a Federal Execution into the Duchy  
 of Holstein had been adopted after very long and serious consideration, and the  
 fullest investigation of the whole matter. The proceeding was, he added, in  
 exact conformity with the laws and practice of the Confederation. His Excel-  
 lency does not admit that the act of the Diet is directed against the Kingdom of

Denmark but against the Duchy of Holstein, which Duchy, though forming part of the Danish Monarchy, cannot, he observed, on that account be considered as released from its allegiance to the laws of the Diet, and comes as much under their application as any other German State. ¶ I alluded to the hope expressed in your Lordship's despatch to Sir Alexander Malet, that the Diet might be induced to pause in carrying out their Resolution, and to submit the question in dispute to the mediation of other Powers, but could obtain no other reply than the assurance that the subject occupied the earnest attention of the Imperial Government, and that he was in communication with the Cabinet of Berlin respecting it. ¶ Since writing the foregoing, I have again seen Count Rechberg, and inquired whether his Excellency had anything further to say in reply to the idea of a mediation as set forth in your Lordship's despatch which had been communicated to the Diet. He replied that he was not yet in possession of the opinion of the Prussian Government on the subject, but that the mediation of a foreign Power between the Confederation and Holstein could not be thought of. ¶ This exclusion of all question of mediation, he observed, was, of course, not applicable to the general affairs of Schleswig. ¶ I have, &c. *Bloomfield.*

No. 1116.  
Gross-  
britannien,  
8. Oct.  
1863.

### No. 1117.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Zimmermann über die bevorstehende Execution. —

Hanover, October 10 (received October 12), 1863.

(Extract.) M. Zimmermann informed me yesterday that Hanover, in declaring in the sitting of the German Diet of the 8th instant, her readiness to carry out the Resolutions of that Assembly of the 1st instant in respect to a Federal Execution in Holstein, had renewed the reserves she had previously made, one of which your Lordship will remember is to the effect that if there should be a probability of Denmark resisting the Execution, the Austrian and Prussian troops should enter Holstein simultaneously with the Hanoverian and Saxon 6,000 men designated in the first instance for that service. ¶ M. Zimmermann gave me to understand that the Hanoverian Government were determined not to expose their contingent to the consequences which might result from its entry into Holstein without adequate support. He stated that hitherto they had not made their preparations for the Execution, nor had a General been appointed to command their troops. Baron Münchhausen would probably be named their Civil Commissioner. Baron Münchhausen, I should observe, was the head of a Liberal Cabinet during the late King's reign, but has been for many years unemployed. He is a statesman of first rate ability. ¶ According to M. Zimmermann's accounts, the Diet seems resolved not to stay the Execution, and by no means disposed to take the initiative in bringing about a mediation. On the other hand, it would not appear that the Diet is likely to adopt the Grand Duke of Oldenburg's proposal to declare the Agreements of 1851 and 1862 to be abrogated if Denmark should resist the Execution. &c. *Howard.*

No. 1117.  
Gross-  
britannien,  
10. Oct.  
1863.

## No. 1118.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Mahnung an Dänemark zur Nachgiebigkeit gegen den Deutschen Bund. —

Foreign Office, October 13, 1863.

No. 1118.  
Gross-  
britannien,  
13. Oct.  
1863.

Sir, — I think it desirable to place on record the substance of various telegrams which I have recently addressed to you respecting the relations between Denmark and Germany. ¶ My first object was to impress upon the Danish Government that, notwithstanding the vote of the Diet of October 1, the matters in dispute were still susceptible of amicable adjustment, and that with that view the Danish Government should very carefully consider the terms in which its answer on the subject of that vote should be couched, and that it should not forcibly oppose the threatened Federal Execution unless it were extended to Schleswig. ¶ On hearing from you that the Austrian Minister at Copenhagen was personally inclined to think that if the Patent of March 30 were withdrawn by Denmark, the Diet might be induced to suspend the Execution, I desired you to intimate an opinion that Denmark would do well to withdraw the Patent, or at all events to suspend its operation. I said that Denmark might allege that by that withdrawal she showed a conciliatory spirit; and that, although Denmark could scarcely expect, as from your telegram she seemed to require, that the Diet would be disposed to accede to preliminary conditions in return for the withdrawal of the Patent, yet that Denmark might in another way secure the object she had in view, by declaring that she would not consent to negotiate either in regard to the Constitution of her Monarchy, or in regard to the affairs of Schleswig. ¶ The Danish Government in reply to your communication expressed their anxiety to know whether Her Majesty's Government had reason to believe that if the Patent were withdrawn Execution would be stopped; but the only answer that I could give on this point was that Her Majesty's Government was convinced that it was necessary for Denmark to take some step or other in order to avert Execution; and that I therefore wished to know whether Her Majesty's Government would be authorized in saying that if the Execution were stopped, the Danish Government would thereupon withdraw or suspend the Patent of the 30th of March. ¶ It would seem from your further telegram that the decision of the Danish Government in regard to the withdrawal of the Patent is likely to depend on the course taken by the Rigsraad in regard to the new Constitution for Denmark and Schleswig now under consideration; and that if the vote of that Assembly should be unfavourable to the adoption of the Constitution, the chance of the Danish Government consenting to withdraw the Patent will be much diminished, unless, indeed, Her Majesty's Government should consent to support Denmark against further demands on the part of Germany. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1119.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Frankfurt.  
— Abmahnung von der Execution. —

Foreign Office, October 14, 1863.

Sir, — You will represent to the President of the Diet that Her Majesty's Government have reason to believe that the answer of Denmark to the Diet will show her readiness to modify the Patent of the 30th of March in the sense of the Decree of the Diet of March 1860; that is to say, to make it provisional until the definite position of Holstein is arranged with Germany. In this way the Holstein States will retain their constitutional privileges as recognized by the Royal Patent. But if this is done Denmark hopes to obtain the postponement of the Federal Execution. ¶ You will represent to the President that a Federal Execution, even supposing it were strictly confined to Holstein, could not take place without an aggravation of the present difficulties. ¶ The application of the revenues of Holstein to the maintenance of the Federal troops employed in Holstein would be a serious loss to the Danish Government. It is most probable that the Danish Government would retort by measures of reprisal and blockade very injurious to German commerce. But those measures would create as much exasperation in Germany as the Federal Execution would do in Denmark. So that the quarrel would become envenomed; claims of compensation on both sides would arise, and fresh difficulties would stand in the way of a pacific arrangement. ¶ *Then again, if war should be extended to Schleswig and Jutland, it must be remembered that Austria and Prussia, as well as Great Britain and France, are bound by the Treaty of 1852 to respect the integrity and independence of Denmark. These engagements would of course be observed, but might cause fresh complications at Frankfurt.* ¶ Her Majesty's Government fully admit the claims of the Confederation in Holstein and Lauenburg, but they believe that if the demands of the Diet were limited to these German Duchies, those demands might be satisfied without Federal Execution, and without incurring the perils which might arise from the adoption of so extreme a measure. ¶ You are instructed to give a copy to the President of the Diet of this despatch. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1120.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Tendenz und Gefahren des Verfassungsentwurfs. —

Copenhagen, October 13 (received October 19), 1863.

(Extract.) In transmitting to your Lordship in my despatch of the 1st instant a translation of the new Constitution for Denmark and Schleswig, I expressed my regret that the present moment should have been chosen for the in-

No. 1119.  
Gross-  
britannien,  
14. Oct.  
1863.

No. 1120.  
Gross-  
britannien,  
13. Oct.  
1863.

No. 1190.  
Gross-  
britannien,  
18. Oct.  
1863.

roduction of such a measure. Whatever may be its immediate influence, the manner in which it is spoken of by the Danish Press would appear to leave but little doubt as to the real interpretation to be put upon the measure, and although this interpretation is protested against by M. Hall, it is impossible, I fear, not to expect that Germany will consider it as a further aggravation of the wrongs which they impute to the Danish Government. ¶ The "Berlingske Tidende", the organ of the Danish Cabinet, observes in an article published on the 6th instant: "If we succeed in carrying the Constitution and the law of election, we will not only assist our friends in exerting their influence on Germany in a more emphatic manner, but we will also ourselves get an opportunity to support them in a more effective way. For while under the present constitutional relations there cannot be any question of complying with the German demands to repeal the law of the 30th of March, there is not the least objection to that when we have an independent Denmark-Schleswig." ¶ The "Dagblad", in its French number of the same date, observes: "Ce projet ne regarde, comme nous l'avons dit, que les affaires collectives du Royaume proprement dit et du Slesvig, c'est-à-dire, la liste civile, les apanages, la diplomatie, l'armée et la flotte, la dette de l'État, les pensions, les douanes, la porte et les domaines des deux parties de la Monarchie. Il laissera subsister intactes les deux Assemblées créées pour les affaires particulières, savoir, le Rigsdag pour le Royaume et les États pour le Slesvig. ¶ "Mais, d'un autre côté, le Rigsraad projeté est composé de manière à pouvoir au courant du temps absorber les représentations particulières, quand il aura plu aux territoires d'en émettre eux-mêmes le désir ou d'y donner leur assentiment. Il aura ainsi l'avantage de pouvoir un jour mettre fin au nombre surabondant de Constitutions et de Chambres dont nous avons été encombrés par suite du long conflit avec l'Allemagne." ¶ Such is the tone of the Danish Press, and it would be difficult to be more explicit as to the prospect of ultimately incorporating the Duchy of Schleswig in the Kingdom. The engagement which Denmark entered into with Germany was, as your Lordship is aware, not only that Schleswig should not be incorporated, but that no measures having that tendency should be taken. ¶ This, it is true, is an international engagement, as every engagement respecting Schleswig must be, and redress for an infraction of it could not legally be obtained by force employed in Holstein under the guise of an Execution; but, nevertheless, coming as this proposed arrangement does as a consequence of the Patent of the 30th of March, and being, as it is, the fulfilment of the system on which it is based, namely, the separation of Holstein from the rest of the Monarchy, knowing too, as everybody must, that the present attitude of the Diet is adopted as much, if not even more, in reference to Schleswig as it is to Holstein, it is impossible not to consider this measure, so far from being likely to assist in a solution at the present moment, as asserted by the "Berlingske Tidende," but as being calculated to create still greater difficulties both now and hereafter. ¶ There can be little doubt, indeed, that if it should appear that the Confederation is disposed to be satisfied for the present by the simple withdrawal or modification of the Patent, such a result can only be attributed to causes independent of the question at issue, and not to any mis-



conception of the bearing and importance of the measure now proposed by the Danish Government to the consideration of the Rigsraad. &c.

No. 1120.  
Gross-  
britannien,  
13. Oct.  
1863.

*A. Paget.*

## No. 1112.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredungen mit Herrn Hall, betreffend Modification des Patents vom 30. März. —

Copenhagen, October 14 (received October 19), 1863.

(Extract.) It will be my endeavour in this despatch to give your Lordship as short and correct an account as possible of the conversations I have had with the Danish Minister for Foreign Affairs since the departure of the last messenger on the 1st instant. ¶ Although my opinion as to the efficacy of the withdrawal of the Patent of the 30th of March, as a means of averting the Federal Execution, had been very much modified, as I have had the honour to state to your Lordship in other despatches, by the presentation of the new project of Constitution for Denmark and Schleswig, I nevertheless considered it my duty to endeavour to ascertain from M. Hall whether, in the event of such a step being likely to be attended with success, there was any hope that the Danish Government would be disposed to take it. ¶ I spoke first to M. Hall on the subject in an interview I had with him shortly after the departure of the last messenger. I began by stating to his Excellency the very serious apprehensions which I felt for the safety and future prospects of this country should means not be found of warding off the blow which was now impending over it from the side of Germany. I said that I had no instructions whatever from Her Majesty's Government to make any proposals, but that I felt assured Her Majesty's Government would be happy to use their good offices in the present emergency if they could be useful to the Danish Government. ¶ M. Hall, while admitting the gravity of existing circumstances, spoke nevertheless with considerable confidence as to the future. ¶ He said that Denmark had gone to the utmost lengths to meet the requirements of the Confederation; that a free and independent position had been given to Holstein by the Patent of the 30th of March, and that the Danish Government had moreover declared that they were ready to negotiate with the Diet if there was anything in that Patent which withheld from the Holstein States aught that they had a right to claim. It was evident, therefore, that what the German Confederation was aiming at was not simply the position of Holstein in the Monarchy, but had reference to other parts of His Danish Majesty's dominions which were not within the territory or competency of the Diet, and such demands the Danish Government and the Danish people were firmly determined to resist. His Excellency went on to observe that although a war with Germany would undoubtedly be a misfortune now as at any time, the present moment was perhaps as favourable for Denmark and as unfavourable for Germany as any that would occur; that it was impossible for Denmark to live under

No. 1121.  
Gross-  
britannien,  
14. Oct.  
1863.

No. 1121. a continual menace of hostilities; that Sweden was with her; that the public  
 Gross- feeling of England, France, and Europe in general was roused in favour of  
 Britannien, Denmark at this moment; that there was a more complete comprehension of  
 14. Oct. the rights of the question now than was perhaps to be hoped for at any future  
 1863. time; in short, that there was a combination of circumstances highly advantageous to Denmark at the present time which might very likely never occur again. If, therefore, his Excellency continued, the question must be settled by an appeal to arms, it had better be so now, and he felt convinced, he said, that Denmark and Sweden would not stand alone. Besides, he added, what means is there of avoiding the Execution? ¶ I replied that as the Execution was based more immediately upon the Patent of the 30th of March, I thought that if it could be stopped by the withdrawal of this act it would be unwise of the Danish Government not to withdraw it. I said I was convinced that it was most desirable for the Danish Government to gain time; that none of the circumstances he had mentioned would be likely to change to the disadvantage of Denmark, and that therefore I would advise the Danish Government to consider whether it would not be expedient to adopt the course I had suggested. ¶ M. Hall replied, that certainly if by the simple withdrawal of the Patent, the Execution could be prevented, he thought that it might possibly be done, but that I was much mistaken if I supposed that Germany would be satisfied with this. They would at the same time require some declaration from the Danish Government not only in regard to the position to be given to Holstein instead of the Patent, but respecting that of the other parts of the Monarchy, and this the Danish Government would refuse. M. Hall repeated this in a subsequent interview, in relating which I shall also have the honour of reporting my reply. ¶ On the 5th instant\*) I had the honour to receive your Lordship's instructions expressing the hope that the Danish Government would consider carefully their reply to the Diet, and that they would not oppose the Execution by force unless it was extended to Schleswig. Although M. Hall did not give me any positive reply on the latter point, I think there is little doubt that the advice will be followed. It has been equally given by the Governments of France, of Russia, and, as your Lordship knows, of Sweden. The French Government appears to have stated their opinion that the name of Schleswig must eventually be pronounced by the Confederation as being connected with the object of the Execution, and in this case the non-German Powers could interfere. Rumour asserts that the French Government has even gone further, and in advising Denmark to remain quiet till the spring, has held out the prospect of the assistance of France at that time. My French colleague denies this; M. Hall does not admit it. ¶ The observations which I made with reference to the reply to be addressed to Frankfort brought on some discussion respecting the new Constitution for Denmark and Schleswig, in the course of which I expressed my regret that such a measure should have been presented just now. I said I thought it could not fail to produce a very irritating effect in Germany as being the realization of the very po-

---

\*) No. 1118.

licy against which the Diet had protested in the Patent; that as long as the Constitution of 1855 remained in force, although Germany might not be satisfied with the separation of Holstein from the rest of the Monarchy, they were in some degree responsible for it; and there always remained a possibility of Holstein rejoining the common Representation: but that now an entirely new state of things was about to be introduced by a measure which the Danish Press, at all events, did not hesitate to announce was intended to prepare the way for the incorporation of Schleswig. I further remarked that one of the members of the Rigsraad, in speaking on the first reading of the Bill had, I thought, made a very sensible observation to the effect that this was not the proper moment for carrying out such an extensive scheme, and had suggested its postponement till the next Session. ¶ M. Hall proceeded to say that if the Danish Government was to be guided by the advice of friendly Powers in granting to Holstein all that the Diet demanded, in abstaining from resistance if there was a Federal occupation, &c., at least they had the right of proceeding with the Constitutional development and consolidation of the other parts of the Monarchy. He said (and this is perfectly true) that the competency of the Rigsraad is not extended by the proposed measure; that the common affairs are kept, as hitherto, separate from the special affairs, which would continue to be treated by the Rigsdag (Parliament for the Kingdom) on the one hand, and the Diet of Schleswig on the other; that the Government had nothing to do with the articles in the newspapers, and could not be responsible for what was said in them. He disclaimed most emphatically that he intended to incorporate Schleswig, and asserted that as long as the Provincial Assemblies were maintained, and their prerogatives left untouched, it was unjust and inexact to say that a step had been taken towards incorporation. He fully understood the desire of foreign countries, not directly interested, that nothing should be done which might by any possibility have the effect of offending Germany; but the Danish Government had a duty to perform to their country, and that was, to provide for its progress and consolidation on constitutional principles. The Rigsraad, as at present constituted, was very inadequate for this purpose, and the measure introduced by the Government had been framed for the purpose of placing it on a more „liberal and democratic“ basis. ¶ On Friday the 9th instant I again waited on M. Hall, and stated to him, in compliance with your Lordship's instructions, received the evening before, that Her Majesty's Government earnestly recommended the Danish Government to withdraw the Patent of the 30th of March, or to suspend it for further consideration. ¶ M. Hall replied to this communication by saying, as on the first occasion when I spoke to him respecting the withdrawal of the Patent, that even if this step were to be taken it would not be sufficient to prevent the Execution; that at the same time that the Patent was withdrawn the Diet would require a declaration from the Danish Government that they were ready to comply with the further demands set forth in the Decree of the 8th of March, 1860, viz., the establishment of a common Constitution for the whole Monarchy, and this the Danish Government could not comply with. I observed that this was a matter which might form the subject of negotiation; that the immediate object to be

No. 1127.  
 Gross-  
 britannien,  
 14. Oct.  
 1863.

No. 1121.  
Gross-  
britannien,  
14. Oct.  
1863.

gained was the prevention of the Execution ; and that as the Patent of March 30 was the principal reason for its being proceeded with now, the Danish Government by withdrawing it would enable the Diet to reconsider its decision. I argued for a considerable time to endeavour to show to M. Hall that even if the Diet was not satisfied with the simple withdrawal of the Patent, it would be in the interest and to the advantage of the Danish Government to adopt this course, as the Diet would then be obliged to declare what they required besides. His Excellency was, however, inflexible on this point, and said that the Patent could only be withdrawn on the express condition (which I hastened to make known to your Lordship) that the negotiations with Germany which should then take place should be strictly limited to the legislative and financial position of Holstein. ¶ I said that of course if his Excellency would give me no other answer, I must send this one, but I considered it the same as if he had given me an absolute refusal. ¶ M. Hall upon this replied that there was one other condition on which the Patent could be withdrawn, viz., that England and France would give to the Danish Government a formal promise to support them against any further demands of Germany. I said I did not think much would be obtained by my forwarding this message ; but I suggested as an idea of my own — though in doing so I felt I was taking a great responsibility on myself — that the Danish Government might state to the Diet at the time of withdrawing the Patent, that they would only enter into negotiations with Germany on matters which would embrace the other portions of the Monarchy, on condition that all the Powers who signed the Convention of London should take part in them. His Excellency would not agree to this. ¶ In making known to M. Hall on Saturday afternoon, the 11th instant, the contents of your Lordship's telegram of that day, I said that I thought it would prove to his Excellency most convincingly the friendly dispositions of your Lordship towards the Danish Government, and that I sincerely trusted he would enable me to inform your Lordship that the Danish Government was prepared to adopt the course you had suggested. ¶ M. Hall desired to have a copy of the telegram ; but this I refused. At his Excellency's urgent request however, to enable him, as he said, to make a correct report to his colleagues, I allowed him to write down the words, "but they may declare for their own part that they will not consent to negotiate either upon the Danish Constitution or upon the affairs of Schleswig *with a view to avoid Federal Execution.*" I called his Excellency's particular attention to the words I have underlined. I said that without any observation of mine he, of course, would not understand your Lordship to say that the Danish Government should refuse to negotiate at all about Schleswig ; but that I thought it as well, in order to prevent any future misunderstanding, to point out what your Lordship's meaning evidently was, that Denmark might refuse to treat upon Schleswig as a Federal question. ¶ On Sunday afternoon, M. Hall called upon me to make known the opinion of the Cabinet, which, he said, had debated the question for some hours the previous evening. They were unanimously of opinion, in the first place, that no decision could be taken until the King had been consulted. The Patent bore His Majesty's signature, and they could not undertake to subject His Majesty to the "humilia-

tion" of revoking it without having ascertained his pleasure thereupon. The King was in Schleswig, and would not be back for some days. This was the first difficulty in complying with your Lordship's suggestion; but two others of a graver nature remained behind. ¶ According to the Patent, said M. Hall, there was to be, as I was aware, a separate division of the army for Holstein, the expenses connected with which were to be under the control of the Holstein States. If the Patent was revoked, what, he inquired, was to become of this arrangement? Then there was the new Customs law which had passed the Rigsraad, and which depended upon the vote of the Holstein States whether it was to be applied to the Elbe, or to the Eider only. If the Holstein States were deprived of Constitutional privileges, and Holstein again came under the absolute authority of the King, which would be the case by the withdrawal of the Patent, one of two things must happen — either the Customs Law must, by a Royal Decree, be imposed upon Holstein, or it could only have effect to the Eider, in both of which events the Danish Government would be accused by Germany of violating the rights of Holstein. These were real and serious difficulties which it was absolutely necessary to weigh before taking a decision. ¶ I replied that it appeared to me the first difficulty — the King's absence — might be overcome by means of the telegraph; and that the other two objections might easily be set aside, if the Danish Government were willing to do so. With regard to the division of the army, it was well known that this was an arrangement which many of the Government supporters, if not some of the Ministers themselves, thought but of very doubtful advantage, and no great mischief would therefore occur if it was allowed to drop; that with respect to the treatment of the Customs Law, the Danish Government was well aware, without being again reminded of the fact, that it was not on account of the Constitutional privileges which the Patent of the 30th of March conferred on the Holstein States, that the Diet objected to it, but because of its being an act of a definitive character which separated Holstein from the other parts of the Monarchy, and precluded the Duchy from the prospect of being included in a Common Constitution, which was the basis agreed upon in the negotiations of 1851-52. What I should suggest, therefore, would be that the Danish Government should allow the Estates of Holstein to retain their Constitutional rights, should withdraw the Patent, as far as its definitive character was concerned, and should announce to the Diet in doing so their readiness to negotiate as to Holstein's future position. ¶ M. Hall replied that this would only be a modification, and not an absolute withdrawal of the Patent, which had been demanded. I asked his Excellency if he would adopt my suggestion, to which he replied that he could give me no other answer than that no decision could be taken until the King's return. He expressed at the same time anxiety to know whether Her Majesty's Government had received any information from Germany which led them to believe that if the Patent was withdrawn the Execution would be stopped. ¶ Yesterday morning the 13th instant I went early to M. Hall, and in execution of your Lordship's instructions of the evening before, \*)

\*) No 1118

No. 1121.  
Gross-  
britannien,  
14. Oct.  
1863.

I asked him whether if the Execution was stopped, the Patent would be withdrawn; to which he replied that he could only give me the same answer he had done on Sunday, viz., that any decision must await the return of the King. ¶ I answered that I must say that I thought your Lordship had a fair right to complain of the indisposition which was evinced by his Excellency to aid you in your endeavour to preserve this country from the dangers which are threatening it, and I could not but be struck by the difference of tone in which his Excellency spoke of the possibility of withdrawing the Patent now to the one he had employed when I had first mentioned that suggestion to him. The only doubt he then appeared to entertain was, as to the efficacy of the course recommended; that gradually he had raised other difficulties and objections; and now he could not even tell me that if the execution could be averted by taking this step, he would be prepared to adopt it. ¶ M. Hall replied that it was impossible for him to take upon himself the responsibility of giving a decision upon a matter of this kind, without conferring previously with the King; that His Majesty was opposed to any further concession whatever, and that he knew His Majesty would with difficulty be brought to make one. ¶ After much further conversation with M. Hall, in which I made use of every argument to induce his Excellency to adopt a conciliatory course, and in which *I warned him of the danger of rejecting the friendly counsels now offered by Her Majesty's Government, by representing that however much public feeling might be in favour of Denmark now, because there was a general impression that she was the aggrieved Power, this feeling would undergo a great change if it was proved by official documents that the Danish Government had rejected every compromise, and had appeared rather to provoke hostilities than to seek the means of preserving peace.* I at last obtained the result made known in my telegram of yesterday; that although in the absence of the King, it was impossible for his Excellency to say anything positive respecting the withdrawal of the Patent, he promised that if it was not actually withdrawn, the Danish Government would state in the reply to the Diet that they did not absolutely adhere to the Patent in its present form, and would be willing to modify it in the sense of the Decree of the 8th of March, 1860, that is to say, that its arrangements should be only provisional until the definitive position of Holstein had been settled with Germany. &c.

*A. Paget.*

---

### No. 1122.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Geneigtheit Dänemarks zur Nachgiebigkeit gegen den Deutschen Bund. —

Copenhagen, October 15 (received October 19), 1863.

No. 1122.  
Gross-  
britannien,  
15. Oct.  
1863.

My Lord, — In order to prevent the possibility of any future misunderstanding, I have read to M. Hall to-day my telegram of the 13th instant, which says that his Excellency had promised me that the answer of the Danish Government to the Diet would show their readiness to modify the Patent of March 30 in the sense of the Decree of the Diet of March 1860, viz., that it

should be deprived of its definitive character, and that the Holstein States should retain the constitutional rights they now possess until the final position of Holstein was agreed upon with Germany. ¶ His Excellency informed me that I had correctly reported his meaning. ¶ I cannot but be of opinion that this arrangement, in so far as the Patent is concerned, must be more satisfactory to the Diet than its simple withdrawal, for it would be preposterous to suppose that Germany could desire that Holstein should again fall under the direct and absolute authority of the King, with only a consultative voice allowed to the States, which was the case from September 1859 to the issuing of the Patent; and such nevertheless would be the result of the withdrawal of the Patent, unless the Danish Government agreed at the same time to admit Holstein into a common representation of the Monarchy, which now at all events is not to be looked for. ¶ M. Hall informed me that the King would probably return to Copenhagen to-day or to-morrow, and that the answer to Frankfort would then be prepared and submitted to His Majesty's approval. It has to be delivered to the Diet on the 27th instant, and I understand from M. Hall to-day that the second reading of the new Constitution for Schleswig and Denmark is not likely to come on for discussion till the 25th. ¶ I confess that I was under the impression, which was shared by those who are best informed of the views of the Danish Government, that their object was to press on the discussion of the new Bill so that it would become law before their answer to the Diet was sent; but I am happy to record this change in their intentions, which cannot but facilitate, I should imagine, the acceptance of the modification of the Patent as satisfactory on the part of Germany. ¶ I have, etc.

*A. Paget.*

---

### No. 1123.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Bismarck, betreffend Abwendung der Execution. —

Berlin, October 17 (received October 19), 1863.

(Extract.) — At an interview with M. de Bismarck on the 14th instant, his Excellency said that though he considered the Confederation would be justified were they to declare war to Denmark to oblige her to fulfil the engagements which she has contracted to Germany as to the position of the Duchies in the Danish Monarchy, he agreed with your Lordship that the Diet have no right to seek redress for the Duchies by a Federal Execution, with respect to that part of their grievances. ¶ He said that the Diet were anxious that an immediate decision should be adopted as to the answer to be given to your Lordship's despatch of the 29th ultimo, and M. de Sydow was pressing him for instructions, but he had declined giving them until the matter had been calmly considered by the Government. His Excellency observed, however, that he could not well postpone forwarding instructions to the Prussian Plenipotentiary at Frankfort beyond a week, but he would at all events endeavour to soften

No. 1122.  
Gross-  
britannien,  
15. Oct.  
1863.

No. 1123.  
Gross-  
britannien,  
17. Oct.  
1863.

No. 1123.  
Gross-  
britannien,  
17. Oct.  
1863.

down M. Von der Pfordten's Report, and introduce an opening into it for the acceptance of a mediation on the international question, if such a mediation, having been previously accepted by Denmark, should be offered to the Diet. ¶ He hoped the Danish Government would withdraw the Edict of March 30 as a preliminary to new negotiations with the Diet as to Holstein and Lauenburg, and give the Diet such satisfaction with respect to these Duchies as would enable Prussia to advocate the abandonment of the Execution. ¶ In the meanwhile, however, Denmark ought in her answer to the Diet to separate clearly and distinctly the claims of Holstein as a German Duchy from the claims which she may have, under the arrangements of 1851—52, to exercise a certain degree of control over the common affairs of the Danish Monarchy. ¶ With respect to the former, it is important, he said, that Denmark should acknowledge the supreme authority of the Diet and intimate the intention of the Duke of Holstein to submit to the Execution if the Diet should consider it necessary to carry it out in order to secure to the people of the Duchy the full enjoyment of their rights. ¶ I asked if he would allow me to make a short minute of what I understood he was prepared to do to promote an arrangement of the question, and after he had made some changes in what I had written he authorized me to communicate to your Lordship the minute of which I inclose a copy, but he reserved a right to revise it; and he has since stated to me that he understands by the words "is ready" that Denmark will immediately place Holstein and Lauenburg in as independent a position as the Duchy of Luxembourg, so that there can be no pretext, according to his opinions, for a Federal Execution; and as I observed that Denmark might object that after she had complied with all that Germany could justly require from her with respect to Holstein, she would still have to resist the pretensions of the Confederation with respect to Schleswig, he replied that these pretensions, when freed from any connection with Holstein, could only be treated internationally. &c.

*Buchanan.*

Anlage. — Minute of Conversation between M. de Bismarck and Sir A. Buchanan. —

*If Denmark would declare to the Diet that she is ready to give them satisfaction as to the claim of Holstein and Lauenburg to control their own legislation and the expenditure of all moneys raised in the Duchies, to accept the mediation of Great Britain for the arrangement of the international question, Prussia will endeavour to prevent the Execution.*

### No. 1124.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Auslassung des Herrn von Bismarck über die englische Depesche nach Frankfurt vom 14. October. —

Berlin, October 17 (received October 19), 1863.

No. 1124.  
Gross-  
britannien,  
17. Oct.  
1863.

(Extract.) — M. de Bismarck was only able to receive me this morning, when I read to his Excellency, and gave him a copy of, your Lordship's despatch



to Sir Alexander Malet of the 14th instant. ¶ His Excellency said he greatly regretted that such a communication should have been made to the Frankfort Diet, as he felt assured the proposal which it contained would not be considered satisfactory; for if accepted, it would place Denmark in a position to continue to trifle with the Confederation as she had done during the last twelve years. I replied that it was to be presumed from the late proceedings at Frankfort that the Execution would only take place if the Edict of the 30th of March were not revoked, and that the Diet ought surely to be satisfied if that Decree were merely maintained provisionally until a definite arrangement of the affairs of Holstein could be effected, in order to prevent the Duchy in the meantime from becoming subject to the absolute authority of the Sovereign; and I said that at all events Her Majesty's Government appeared to have obtained all that his Excellency had given me reason to believe, in my communications with him previous to the 14th instant, would be necessary to prevent the Execution. He maintained, however, that the satisfaction offered would not be sufficient, and would only strengthen the hands of those members of the Diet who consider that no acceptable result is to be expected from the mediation of Her Majesty's Government. ¶ With respect to the latter part of your Lordship's despatch, he said that if the question should unfortunately end in war between Germany and Denmark, the engagements contracted by Prussia and Austria in 1852 could in no way prevent them from taking a part in that war, to enforce the formal international engagements into which Denmark had entered in 1851 and 1852 with the German Confederation. ¶ He said if that basis were accepted by Denmark, the principal difficulties of the question would be removed, as it would then be possible to separate entirely that portion of it which was subject to Federal jurisdiction from that which has reference to the negotiations of 1851-52. &c.

No. 1124.  
Gross-  
britannien,  
17. Oct.  
1863.

*Buchanan.*

---

### No. 1125.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Cöpenhagen.  
— Die Trennung der holstein-lauenburgischen von der schleswigschen  
Frage betreffend. —

Foreign Office, October 20, 1863.

Sir, — I have received and laid before the Queen your despatches to the 15th instant, and I have the satisfaction to acquaint you that your proceedings therein described in execution of my instructions in regard to the Schleswig-Holstein question are entirely approved. ¶ In the opinion of Her Majesty's Government Denmark might announce to the Diet that she was prepared to satisfy the requirements of the Confederation, so far as by yielding to the claims of the Duchies of Holstein and Lauenburg to control their own legislation, and also the expenditure of all moneys raised in the Duchies, and, further, that she was ready to revoke or to suspend the Patent of the 30th of March last. ¶ The Danish Government might say that in return for these concessions they would

No. 1125.  
Gross-  
britannien,  
20. Oct.  
1863

No. 1125.  
Gross-  
britannien,  
20. Oct.  
1863.

expect that the Confederation should abandon the proposed Federal Execution. ¶ But besides the question of Federal Execution, there is an international question on which Denmark and Germany are at issue; and with reference to this the Danish Government should express its readiness to refer to the mediation of such Powers as might be agreed upon any question between herself and the Confederation possessing an international character. ¶ It is, however, essential to keep the questions in regard to the Duchies and those of an international character quite distinct in any discussions which may be had with Germany on matters in dispute between the two countries. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1126.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Frankfurt. — Aussicht zur Beilegung der Differenz zwischen Deutschland und Dänemark. —

Foreign Office, October 21, 1863.

No. 1126.  
Gross-  
britannien,  
21. Oct.  
1863.

Sir, — It seems to Her Majesty's Government that if the German Diet and the King of Denmark are desirous of concluding in a fair and impartial manner the long series of negotiations and disputes which have taken place between them, there ought to be little difficulty in doing so. ¶ For this purpose, as it appears to Her Majesty's Government, two principles ought to be laid down as the basis of agreement: — ¶ The one, that all matters in regard to finance and to legislation relating to the Duchies of Holstein and Lauenburg, and arising therein, should be settled in conformity to the rules of the German Confederation. ¶ The other, that all matters of international difference should be referred to the mediation (not to the arbitration) of friendly non-German Powers, with a view to a pacific and final settlement. ¶ You will not, however, communicate these views to the President of the Diet without special instructions to do so. \*) ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1127.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Mittheilung der englischen Depesche vom 27. Mai an die Höfe von Hannover, Braunschweig und Oldenburg. —

Hanover, October 19 (received October 22), 1863.

No. 1127.  
Gross-  
britannien,  
19. Oct.  
1863.

My Lord, — I had yesterday the honour of receiving your Lordship's despatch of the 16th instant on the question of Federal Execution in Holstein.

\*) Noch an demselben Tage schreibt Graf Russell an Sir Alexander Malet: „With reference to my previous despatch of this day's date, beginning 'It seems to Her Majesty's

¶ In pursuance of the instructions contained therein I waited the same evening upon M. Zimmermann, and delivered to him a copy of the despatch which your Lordship addressed on the 27th of May last to Her Majesty's Ambassadors at Vienna and Berlin. ¶ In doing so I observed to M. Zimmermann that this despatch, in addition to the instructions which your Lordship had recently addressed to Her Majesty's Minister at Frankfort for communication to the President of the Diet, would complete his knowledge of the views of Her Majesty's Government on the subject, and would show him that your Lordship had given the Austrian and Prussian Governments timely warning that Her Majesty's Government considered the affairs of Schleswig to be matters of international concern, and beyond the competency of the German Diet. ¶ Having in the course of my observations referred to your Lordship's despatch of the 14th instant to Her Majesty's Minister at Frankfort, and in which you state the modification which the Danish Government are ready to make in the Patent of the 30th March last, with a view to obtaining a postponement of the Execution, and set forth the perils which might arise from the adoption by the Diet of so extreme a measure, I found that M. Zimmermann had not yet received a copy of it, and I accordingly read it to him, expressing at the same time my hope that the Hanoverian Government would see in the concession tendered by Denmark a sufficient motive for recommending the staying of the Execution. ¶ M. Zimmermann replied that he was far from being blind to the dangers which might result from an Execution as represented by your Lordship, and would be glad could it be dispensed with; but what Denmark now offered was but a tenth of what the Diet demanded, and the Hanoverian Government could not, without bringing discredit upon themselves, recommend at the Diet a suspension of the Execution on such grounds. He had expected that the Danish Government would have offered to withdraw the Patent altogether, and would have proposed some general basis of arrangements. *The complete withdrawal of the Patent was*, in his opinion, *the smallest concession* which could be accepted by the Diet. ¶ I pointed out to M. Zimmermann how exaggerated the demands of the Diet were, and what an interference they constituted in the settlement of the Constitution of the Danish Monarchy. I was glad to perceive at least that he did not approve of the manner in which the affairs of Schleswig had been introduced into the Report of the Committee of the Diet, to which your Lordship refers in your despatch of the 29th ultimo to Sir Alexander Malet. ¶ At M. Zimmermann's request I afterwards sent him a copy of your Lordship's despatch of the 14th instant to the same Minister. ¶ This morning I proceeded to Brunswick and placed into the hands of M. de Campe, the Minister for Foreign Affairs, a copy of your Lordship's despatch of the 27th of May last to Her Majesty's Ambassadors at Vienna and Berlin. I afterwards likewise read to his Excellency your Lordship's above-mentioned despatch to Her Majesty's Minister at Frankfort, with which he was not yet acquainted, and conveyed my hope

No 1127.  
Gross-  
britannien,  
19. Oct.  
1863.

---

Government,' you are hereby instructed to read that despatch to the President of the Diet, to give him a copy of it, and to request him to communicate it to the Diet."

No. 1127. that the vote of Brunswick would be given in favour of a suspension of the Execution. ¶ M. de Campe replied that he recognized the dangers which might arise from an Execution, and was desirous of seeing the dispute settled in a pacific manner; but that the voice of Brunswick had but little weight, and *that on questions in regard to which the two great German Powers were agreed, as they were on this one, the smaller Powers could not but follow their lead.* Indeed, he observed, he could not at that moment say whether it was Brunswick or Nassau which would dispose, in this instance, of the collective vote which the two Duchies had. ¶ M. de Campe did not enter into the subject matter of your Lordship's despatches. ¶ I yesterday transmitted to M. de Rössing, the Oldenburg Minister for Foreign Affairs, a copy of your Lordship's before-mentioned instruction to Her Majesty's Ambassadors at Vienna and Berlin, in the covering note of which the annexed is a copy. ¶ *The manner in which the Government of the Grand Duke have hitherto constantly sought to aggravate the difficulties of the question, and urge the adoption by the Diet of extreme measures against Denmark,* requires no comment on my part. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

### No. 1128.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Verhandlung wegen Zurücknahme des Patents vom 30. März. —

Berlin, October 20 (received October 22), 1863.

No. 1128. (Extract.) — In my interview with M. de Bismarck on the morning of the 19th instant, he expressed strong objections to the provisional maintenance of the Edict, and observed that he understood "being prepared to give satisfaction to the Diet," to mean that the Danish Government would prove their sincerity by some immediate action in fulfilment of the engagement he required from them. He stated distinctly that the revocation of the Edict would be indispensable. ¶ I said that I regretted extremely his now making this condition, as I had understood the Minute of our conversation of the 14th instant\*) according to the literal meaning of the words, and that I had no doubt your Lordship had done the same; and that the Danish Government, to whom it had been communicated, would form the same opinion of it. He replied that the Diet would, however, demand the revocation of the Edict as implied in the Danish declaration as the first step towards its future fulfilment, and it would, therefore, be more dignified for the King of Denmark to recall it at once. ¶ He spoke with much asperity of the past, and the impossibility of the Diet exposing itself to ridicule by staying

\*) No. 1123, Anlage.

the Execution in the purely Federal part of the question until Denmark had made some concession which would manifest her acknowledgment of Holstein's right to claim entire financial and legislative independence. But if this be done, he said, it will be impossible for the Diet to proceed to an Execution. ¶ I called upon him again yesterday, and finding him firm in his opinion as to the necessity of the revocation of the Edict, I said that if I understood his views as to the manner in which the international question might be eventually arranged, the provisional maintenance of the Edict modified in the sense indicated in your Lordship's despatch to Sir Alexander Malet of the 14th instant, would be more expedient with a view to such a settlement than its simple revocation, as it would afford a basis for future negotiation; and I asked whether I might send your Lordship a telegram stating that if the modification of the Edict would express clearly that no part of the revenues of Holstein and Lauenburg could be applied to the common expenditure of the Monarchy without the consent of the States of these Duchies, until a final arrangement is made on the basis of the Minute of the 14th instant, and if Denmark would propose the mediation of Her Majesty's Government on the international question, Her Majesty's Government might inform the Danish Government confidentially that the Prussian Government believe the Execution might be prevented, and would endeavour to do so. ¶ In the course of the afternoon, M. de Thile called upon me by M. de Bismarck's instructions, with a telegram just received from the Prussian Minister at Copenhagen, reporting that the Danish Government had decided to declare in their answer to the Diet that they would consider the Execution as a commencement of hostilities; and his Excellency had further desired M. de Thile to state to me that this report would produce a most unfavourable effect at Frankfort, and would prevent Prussia from opposing the Execution, or taking any measures for promoting the favourable consideration of the proposal submitted to the Diet in your Lordship's despatch to Sir Alexander Malet of the 14th instant. ¶ A report from M. de Sydow in reply to M. de Bismarck's despatch is expected here the day after to-morrow, but in the present serious state of things I have thought it advisable to forward this despatch to Calais by the messenger Blackwood, who can return in time for his duty here on Saturday next. &c.

No. 1128.  
Gross-  
britannien,  
20. Oct.  
1863.

*Buchanan.*

---

No. 1129.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. —  
Verschiedenheit der holsteinischen von der schleswigischen Frage. —

Foreign Office, October 22, 1863.

Sir, — I have received this morning, and will lay before the Queen, your Excellency's despatch of the 20th instant. ¶ Her Majesty's Government entirely agree with M. Bismarck in considering that the consent of the Diet of Holstein is required to authorize the Danish Government to apply to any purpose whatever any portion of the revenues of that provi-~~ment~~ ¶ But the message

No. 1129.  
Gross-  
britannien,  
22. Oct.  
1863.

No. 1129. which the Diet at Frankfort has sent to Copenhagen is not restricted to that  
 Gross- point. That message threatens Denmark with Federal Execution on grounds  
 britannien, affecting the general Constitution of the Danish Monarchy. ¶ The question of  
 22. Oct. the general Constitution of Denmark is, however, a matter to be treated of with  
 1863. the King of Denmark in his Royal capacity, and not merely in his character of  
 Duke of Holstein. ¶ The Duke of Holstein may reasonably be required to give  
 way in regard to the revenue of Holstein, but the Germanic Diet has no warrant  
 for its demand that the King of Denmark should yield to its dictation in regard  
 to the Constitution of the Danish Monarchy in general. ¶ The two questions  
 are widely distinct, and ought to be so treated by the Confederation; and if, as  
 it would appear, the Prussian Government recognizes this distinction, it is not  
 too much to expect of the Cabinet of Berlin that it should support the efforts of  
 Her Majesty's Government for inducing the Diet at Frankfort to take a more  
 moderate and reasonable line of conduct than that which they have unfortunately  
 up to the present time pursued in these matters. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1130.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen.  
 — Empfehlung der Zurücknahme des Patents vom 30. März. —

Foreign Office, October 22, 1863.

No. 1130. Sir, — The accounts which Her Majesty's Government have received  
 Gross- from Her Majesty's Ambassador at Berlin tend to show that the report which  
 britannien, had reached that capital of the intention of the Danish Government to declare,  
 22. Oct. in reply to the summons of the Diet, that it will look upon Federal Execution in  
 1863. Holstein as the commencement of hostilities on the part of Germany, has pro-  
 duced a most unfavourable effect. ¶ It seems to Her Majesty's Government  
 that Denmark, with a due regard for her own interest, should at once withdraw  
 the Patent of the 30th of March, and rest her opposition to Federal Execution  
 on the ground that it involves interference in matters relating to the constitution  
 of the Danish Monarchy and in the affairs of Schleswig. ¶ If Denmark were to  
 withdraw the Patent altogether and were to declare that the whole financial  
 means of Holstein should be placed under the control of the Diet of that Duchy,  
 she would then be in a better position to maintain that all other questions  
 between her and Germany were matters of negotiation in regard to which she  
 was prepared to accept the mediation of one or more impartial Powers. ¶ If  
 some such course as this should not be adopted by Denmark, it is hardly likely  
 that the Diet of Frankfort will refrain from carrying out the threatened Execu-  
 tion; but that measure will exhaust the revenues of Holstein, and consequently  
 materially affect the general interests of the Danish Monarchy. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1131.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Hall's Memorandum über die Modification des Patents vom 30. März. —

Copenhagen, October 22 (received October 26), 1863.

My Lord, — I have the honour to transmit to your Lordship herewith a copy of a Memorandum which was delivered to me on the 20th instant by M. Hall, and which contains the definitive resolution of the Danish Government relative to the answer which is to be returned to the vote for an Execution in Holstein agreed to by the Diet on the 1st of this month. ¶ The Danish Government declares that they are prepared to continue to the Holstein States the deliberative vote which was granted to them by the Patent of the 30th of March (that is to say, that Holstein is to continue to possess the power of controlling its own legislature and expenditure), under the express condition, however, that their vote is to have no influence over the legislature or expenditure of the other parts of the Monarchy, and that in the event of disagreement between the Rigsraad and the Estates of Holstein on any law on common affairs, the matter to which the law refers shall cease to be common, and the law will have effect in that part of the Monarchy only whose Assembly has adopted it. Save and except the principle here laid down, the Danish Government declares that it is ready to negotiate with the Diet upon the other provisions of the Patent, which it consequently pronounces to be „provisional“ in its character. ¶ This declaration differs but slightly from the last, which was addressed by the Danish Government to Frankfort, and is little calculated, I fear, to secure the object which Her Majesty's Government had in view in recommending the withdrawal of the Patent. ¶ As M. Hall's Memorandum does not appear to me to describe quite correctly the suggestion made by Her Majesty's Government relative to accepting mediation, I have thought it right to place upon record in a Memorandum which I have given to M. Hall to-day, and of which I inclose a copy, what I conceived to be the intention of Her Majesty's Government, and what actually took place on this subject. ¶ M. Hall said that by announcing as he had done in the Memorandum the adhesion at once of the Danish Government to a mediation of the Powers who signed the Treaty of London, he thought he had fulfilled the wishes of Her Majesty's Government, viz., to enable them to hold this out to the Diet as an inducement, with modifications intended to be made in the Patent, to suspend the Execution. ¶ In the communication of the Danish Government to the Diet no allusion to mediation will be made. ¶ I do not think it necessary to trouble your Lordship with the details of my interviews with M. Hall since I last had the honour of addressing you. ¶ It only remains for me to express the hope that my conduct may be approved by Her Majesty's Government. ¶ I have, &c.

No. 1131.  
Gross-  
britannien,  
22. Oct.  
1863.

A. Paget.

Anlage 1. — Memorandum delivered by M. Hall to Sir A. Paget, October 20, 1863.

No. 1131.  
Gross-  
britannien,  
22. Oct.  
1863.

Nous déclarerons à Francfort que le Roi a accordé aux États holsteinois le vote délibératif pour toutes les lois qui seront mises à exécution dans le Holstein pour les affaires communes. L'Ordonnance du 30 mars a formulé ce principe, en ajoutant la conséquence qui en découle nécessairement, savoir, que la communauté entre le Holstein et la Monarchie cessera là où un désaccord entre les États et le Rigsraad rendrait une telle communauté impossible. En maintenant et en énonçant encore une fois cette concession, le Roi défère à la demande de la Diète. Pour ce qui est des autres dispositions de l'Ordonnance du 30 mars, le Gouvernement est prêt à négocier avec la Confédération sur les modifications à faire dans cet acte, qui n'aura par conséquent qu'un caractère provisoire. ¶ Mais en donnant cette déclaration, le Gouvernement tient à ce qu'aucun malentendu n'existe chez les Puissances signataires du Traité de Londres sur le sens de cette déclaration. ¶ C'est une simple application du principe posé que le nouveau Tarif de Douanes émané déjà pour le Royaume et le Slesvig ne pourra être mis à exécution que dans ces provinces seules, si les États holsteinois refusent de l'accepter pour le Holstein. ¶ Ensuite, les dépenses pour l'armée devant être votées par les deux représentations, chacune pour sa part, celles des troupes holsteinoises, formant le contingent Fédéral, doivent rester séparées de celles qui concernent les troupes dano-slesvigoises. Pour servir de base au calcul de ces dernières dépenses, un tableau du personnel des troupes dano-slesvigoises a été présenté au Rigsraad sous le titre d'un plan provisoire pour cette partie de l'armée; ce projet est indispensable pour le vote du Rigsraad sur le Budget Militaire. Enfin, la réforme du Rigsraad, proposée par le Gouvernement, ne touche en rien le Holstein: seulement parmi les dispositions intérimaires il en est une qui répète le principe énoncé plus haut sur les conséquences d'un désaccord entre les deux représentations. ¶ Le Gouvernement Anglais nous a ensuite demandé si nous serions disposés à accepter une médiation dès que, par suite de la déclaration susmentionnée, l'Exécution Fédérale aurait été définitivement écartée. Nous exprimons dès à présent notre adhésion à une médiation entreprise par les Puissances signataires du Traité de Londres, en nous réservant de nous énoncer sur les bases d'une telle négociation lorsque nous serons invités à aborder cette question préparatoire.

Anlage 2. — Memorandum delivered by Sir A. Paget to M. Hall, October 22, 1863.

The paragraph in the Memorandum delivered to me by M. Hall on the 20th instant, which refers to mediation, does not appear to give a correct idea of the proposal of Her Majesty's Government on this subject, when it says that Her Majesty's Government inquired whether the Danish Government would be disposed to accept mediation on condition of the Execution being definitively abandoned. The suggestion of Her Majesty's Government was that, as an inducement to the Diet to forego the Execution, the Danish Government at the same time that they suspended or withdrew the Patent, should declare their willingness



to accept the mediation of Great Britain or of the Great Powers relative to the international questions. ¶ In my interview with M. Hall on Monday the 19th instant, I suggested to his Excellency that, in order to give this idea a practical form, the Danish Government should state in their answer to the Diet that they did not dispute the international engagements of 1851-52; but as the Danish and German interpretations of these engagements differed so widely, the questions relating to them could only be decided by the mediation of the Powers not directly interested in them. ¶ M. Hall replied that he would confer with his colleagues on this suggestion. ¶ *Copenhagen, October 22, 1863.*

No. 1131.  
Gross-  
britannien  
22. Oct.  
1863.

*A. Paget.*

### No. 1132.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Auslassung des Grafen Rechberg über die englische Depesche nach Frankfurt vom 14. October. —

Vienna, October 22 (received October 26), 1863.

My Lord, — I have read and given to Count Rechberg a copy of your Lordship's despatch of the 14th instant to Sir Alexander Malet on the question of the Danish Duchies. ¶ His Excellency did not appear to have been aware that this communication had been made by Her Majesty's Minister at Frankfort to the President, and was disinclined to speak on the subject. He observed, however, that the provisional arrangement alluded to would be insufficient, and that the only way to arrive at an understanding was for Denmark to withdraw the Royal Patent of the 30th March. ¶ As to menaces of war he said Germany was not going to make war, that a Federal Execution was not war, and that if Denmark committed acts of hostility against Germany in execution of her legal calling she would become responsible for them. That as to Schleswig or Jutland there was no thought of entering either country, and that with regard to the Treaty of 1852 Austria and Prussia must take the consequences of it, but their policy would be inseparable from that of Germany. ¶ I told Count Rechberg that Her Majesty's Government hoped means would yet be discovered of preventing the threatened Federal Execution, for there was no calculating what European complication might not spring from it. ¶ I have, &c.

No. 1132.  
Gross-  
britannien,  
22. Oct.  
1863.

*Bloomfield.*

### No. 1133.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Auslassung des Herrn von Bismarck über die englische Depesche nach Frankfurt vom 21. October. —

Berlin, October 23 (received October 26), 1863.

My Lord, — I have acquainted M. de Bismarck with the contents of the despatch which your Lordship addressed to Sir Alexander Malet on the 21st

No. 1133  
Gross-  
britannien,  
23 Oct.  
1863.

No. 1133. instant, for communication to the President of the Frankfort Diet, and in which  
 Gross- you state that two principles ought, in the opinion of Her Majesty's Govern-  
 britannien, ment, to be laid down as a basis of agreement in the Schleswig-Holstein ques-  
 23. Oct. tion: — ¶ The one, that all matters in regard to finance and to legislation re-  
 1863. lating to the Duchies of Holstein and Lauenburg, and arising therein, should be  
 settled in conformity with the rules of the Germanic Confederation; ¶ The  
 other, that all matters of international difference should be referred to the media-  
 tion (not to the arbitration) of friendly non-German Powers, with a view to a  
 pacific and final settlement. ¶ M. de Bismarck said he entirely agreed with Her  
 Majesty's Government as to the expediency of these principles being adopted as  
 the basis for an arrangement; and I have since heard that M. de Sydow has re-  
 ported that your Lordship's despatch has some prospect of being favourably con-  
 sidered at Frankfort. ¶ I may mention here that M. de Bismarck asked me some  
 days ago whether it might not be possible to effect an *arrangement by arbi-  
 tration*; and I replied, that *as countries did not submit questions affecting their  
 independence to the arbitration of the Governments of other States*, Her  
 Majesty's Government were not *likely to ask Denmark to do so*. ¶ I have, &c.  
 Andrew Buchanan.

---

### No. 1134.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. --  
 Unterredung mit Herrn von Bismarck, betreffend die Antwort Dänemarks an  
 den Bund. —

Berlin, October 24 (received October 26), 1863.

No. 1134.  
 Gross-  
 britannien,  
 24. Oct.  
 1863.

(Extract.) I informed M. de Bismarck that the last news from Copen-  
 hagen received by M. de Quaade represented his Government as intending to  
 give an answer to the Diet which would contain nothing of a provocative cha-  
 racter; and I had called to say that Her Majesty's Government agreed entirely  
 with his Excellency that no part of the moneys raised in Holstein and Lauen-  
 burg can be appropriated to the general expenditure of the Danish Monarchy  
 without the consent of the Legislatures of these Duchies. But I said though  
 Her Majesty's Government are of opinion that Denmark cannot decline to yield  
 on this point, they consider that the message sent by the Diet to Copenhagen,  
 communicating to the Danish Government their Decree of the 1st of October,  
 threatens Execution, unless Denmark grants satisfaction to the Confederation  
 with respect to the general constitution of the Danish Monarchy: a question  
 which, in the opinion of Her Majesty's Government, can only form a subject of  
 negotiation between the Diet and the King of Denmark, and upon which the  
 Duke of Holstein has no power to make concessions. ¶ Her Majesty's Govern-  
 ment therefore consider that Denmark cannot be expected to yield to the de-  
 mands of Germany on this point, but that the two questions should be separated  
 by Germany, and as Prussia is apparently of the same opinion as Her Majesty's  
 Government, she should support the negotiations which they have opened with

the Diet at Frankfort. ¶ M. de Bismarck replied that what I had said to him on the part of Her Majesty's Government, as to the necessity of separating the two questions, expressed entirely his own opinions, but he could not admit that Denmark had been threatened by the Diet with an Execution in order to obtain satisfaction with respect to the general Constitution of the Danish Monarchy. That the Decrees of the Diet had hitherto embraced all points in dispute between Denmark and Germany, because no decision had been taken as to the means which might be necessary to support the claims of the Diet. It had never been certain whether negotiations or an Execution in Holstein would suffice, or whether it might not be expedient to have recourse to hostilities against Denmark. When therefore it was resolved, on the 1st of October last, to employ an Execution as a means of protecting the rights of the people of Holstein against their Duke, it had been necessary to quote certain Decrees of the Diet having reference to these rights; but it had never been intended that all the provisions in these Decrees should be carried out by the Execution, but only those parts of them which referred to the relations of the Duke of Holstein to his subjects, and he said that any misapprehension which may have existed on this subject would now have been removed by the answer which the Diet have decided to give to your Lordship's despatch to Sir Alexander Malet of the 29th ultimo. If, therefore, he continued, the Danish Government are prepared to give the Diet the satisfaction which Her Majesty's Government consider them entitled to, there will be no necessity for the Execution. ¶ I replied that from a telegram received from Frankfort it appeared that the Diet having answered your Lordship's despatch of the 29th ultimo, were now about to take into consideration that of the 14th instant, and I asked whether he would support the Danish proposal which it contained, as affording a sufficient satisfaction to the Diet in the Federal question. He said that he would rather not express an opinion on this subject until he understood more fully how far the Danish proposal would secure to the people of Holstein the enjoyment of their constitutional rights. I therefore asked if the answer would be given to your Lordship's despatch before the delivery on the 27th instant of the reply to the message of the Diet to Copenhagen, and, if so, I required whether the Diet could have any objection to state in that answer that if, by the Danish proposal, it was intended to secure entire control to the Legislature of Holstein and Lauenburg over the revenues of their Duchies, the Diet would be ready to accede to it. He replied that they might perhaps be able to say in the event of their not accepting the proposal, that "if it had secured to the Legislature of the Duchies full control over their expenditure and legislation it might have been adopted," but he repeated that he was not yet prepared to speak upon the subject, and he believed the Diet would entertain a strong objection to take the initiative and to state the nature of the satisfaction which they would accept from Denmark, as it was the duty of the Duke of Holstein, in answer to their message, to give them the satisfaction to which your Lordship thought them entitled. &c.

No. 1124.  
Gross-  
britannien,  
24. Oct.  
1863.

*Buchanan.*

---

## No. 1135.

**OLDENBURG.** — Min. d. Ausw. an den königl. grossbritannischen Gesandten.  
— Antwort auf die von dem Gesandten mitgetheilte englische Depesche  
nach Wien und London vom 27. Mai. —

Oldenburg, October 23, 1863.

No. 1135.  
Oldenburg,  
23. Oct.  
1863.

Your Excellency had the kindness to communicate to me, under date of the 18th instant, a copy of a despatch which Her Britannic Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs addressed on the 27th of May last to Vienna and Berlin on the subject of Federal Execution in Holstein. In acknowledging the receipt of this copy, I cannot omit to answer, that in my opinion the German Diet is alone competent to decide upon the Federal obligations of the Royal Danish Government, and upon the measures which may secure their fulfilment. It also appears to me indubitable that the just demands of the German Diet in respect to Schleswig should not be submitted, as Earl Russell assumes, to the consideration of the European Powers because they are perhaps of an international character. I see the less reason, however, for entering further into the subject of the contrary opinion contained in the despatch of which a copy has been communicated to me, because it belongs to the German Diet, if necessary, to pronounce itself upon it. ¶ I avail, &c.

*von Rössing.*

## No. 1136.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. —  
Friedliche Rathschläge Frankreichs an Dänemark. —

Paris, October 27 (received October 28), 1863.

No. 1178.  
Gross-  
britannien,  
27. Oct.  
1863.

(Extract.) M. Drouyn de Lhuys assures me that his advice to the Danish Cabinet has been of a most pacific nature, and that he has recommended acquiescence in the Federal Execution, should the Diet persist in ordering it, rather than risk hostilities. &c.

*Cowley.*

## No. 1137.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. —  
Gründe der Einmischung Englands in den deutsch-dänischen Streit. —

Foreign Office, October 28, 1863.

No. 1136.  
Gross-  
britannien,  
28. Oct.  
1863.

Sir, — You will observe to M. de Bismarck that Her Majesty's Government have in no way interfered in any question of the Federal jurisdiction of the German Confederation. ¶ Her Majesty's Government endeavoured to induce Austria and Prussia to separate the question of Holstein and Lauenburg from the question of the Constitution of the Danish Monarchy and the question of Schles-

wig. ¶ But the German Diet thought proper to serve a summons upon Denmark, founded upon all the Decrees of the Diet from 1858 to 1863, and therefore embracing questions going beyond those which justify Federal Execution. ¶ Her Majesty's Government are bound, by the Treaty of 1852, and when they are informed that Lauenburg, with 50,000 inhabitants, is to take part in a Constitution with the Kingdom of Denmark, which has 1,600,000 inhabitants, „in such a manner that no part shall be subordinate to another,“ and that each portion is to have „equal rights,“ Her Majesty's Government could not but perceive that such a pretension would vitally affect the independence of the Danish Monarchy, and stretch far beyond the circle of Federal rights and obligations. ¶ Your Excellency will be so good as to explain this view to M. de Bismarck, and I feel sure he will perceive at once the reasonableness of the course Her Majesty's Government have taken. ¶ I am, &c.

No. 1137.  
Gross-  
britannien,  
28. Oct.  
1863.

*Russell.*

### No. 1138.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den Königl. Gesandten in Copenhagen.  
— Die von Dänemark zu Deutschland einzunehmende Haltung betreffend. —

Foreign Office, October 28, 1863.

Sir, — It is very essential at the present moment that the questions between Germany and Denmark should be reduced to an issue to which Denmark can agree, or decline to agree. ¶ Her Majesty's Government think that Denmark might well agree to declare at Frankfort that she will not apply to the common expenses of the Danish Monarchy any part of the revenues raised in the Duchies of Holstein and Lauenburg, without the consent of the respective Duchies, until some general arrangement in regard to the whole question of finance is settled between Denmark and Germany. ¶ If such declaration should be made, other questions of an international character may be reserved for settlement under the mediation of some disinterested Power or Powers, and Her Majesty's Government would wish to know whether Denmark, in regard to such question, is prepared to accept mediation, and if so, whether she will herself make to the Diet a proposal to that effect, or authorize Her Majesty's Government to make it in her behalf. ¶ I am, &c.

No. 1138.  
Gross-  
britannien,  
28. Oct.  
1863.

*Russell.*

### No. 1139.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Antwort Dänemarks auf den Bundesbeschluss vom 1. October. —

Copenhagen, October 26 (received October 29), 1863.

My Lord, — M. Hall has had the goodness to communicate to me a copy of the Declaration to be made by the Danish Representative at the next meeting

No. 1139.  
Gross-  
britannien,  
26. Oct.  
1863.

No. 1139. of the Diet, and I have the honour to inclose a copy of it, together with a trans-  
 Gross-  
 britannien,  
 26. Oct.  
 1863. lation by Mr. Scott, for your Lordship's information.\*) ¶ With the exception  
 of the clauses relative to the Constitutional rights accorded to the Holstein States,  
 and which are maintained, the Patent is declared to be a provisional measure,  
 and the Danish Government announce their readiness to negotiate with Germany  
 respecting it. ¶ They further add that „they are willing to meet the wishes of  
 the Confederation on every point where the independence and equality of rights  
 demanded for the Federal territories cannot be considered as already satisfactorily  
 secured.“ ¶ Nothing, in short, can be more courteous and conciliatory than the  
 whole language of this declaration; it does not contain one word implying that  
 the Execution will be resisted or considered as a commencement of hostilities,  
 still less one word of provocation. If the Confederation is desirous of negotiation,  
 instead of Execution, it is certain that the occasion is now afforded to them.  
 ¶ I am bound, however, to add that M. Hall's accounts from Frankfort give but  
 little hope that the Diet will adopt a conciliatory course. M. Von der Pfordten,  
 the Bavarian Minister, is reported to have said that Germany would proceed with  
 the Execution *à tout prix*, and to have thrown out the idea that the Austrian  
 fleet should be sent to the Baltic to protect German commerce, in the event of  
 Denmark making reprisals by sea. It does not appear, however, that the latter  
 suggestion received the support of the Austrian Minister. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

### No. 1140.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
 — Unterredung mit dem Grafen Platen, betreffend eine Vermittlung  
 ... zwischen Deutschland und Dänemark. —

Hanover, October 28 (received October 30), 1863.

No. 1140. My Lord, — I had some conversation with Count Platen this morning,  
 Gross-  
 britannien,  
 26. Oct.  
 1863. on the occasion of his return from Nuremberg, relative to the Schleswig-Holstein  
 question. ¶ His Excellency stated that no mediation would be accepted by  
 the Diet on the affairs of Holstein, but he could only repeat an opinion he had  
 already frequently conveyed to me, that could the affairs of Schleswig be settled,  
 those of Holstein could easily be arranged. ¶ He expressed doubts whether a  
 mediation by Great Britain alone on the Schleswig question would be admitted  
 on account of her partiality for Denmark, but he adverted to a Conference of  
 the Great Powers on that question as affording a mode of bringing about an  
 arrangement. He said, however, that the Diet would claim to participate in  
 this Conference. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

\*) No. 914.

## No. 1141.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Frankfurt. —  
Vorschlag zur Ordnung der finanziellen Angelegenheiten Holsteins. —

Foreign Office, October 30, 1863.

Sir, — Her Majesty's Government have reason to believe that Denmark is prepared, on the requisition of the Diet at Frankfort, to surrender to the Diet of Holstein entire control over the finances of the Duchy, including in this concession the Normal Budget. ¶ In return for this concession, Her Majesty's Government are informed that Denmark would expect that a due share of the National Debt should be borne by Holstein. ¶ This latter point, however, may be reserved for subsequent arrangement. ¶ I have to instruct you to communicate with your Danish and Prussian colleagues, and generally to shape your conduct in the manner most likely to promote an amicable settlement. ¶ You will be careful, however, not to afford the Diet an opportunity of meeting with a refusal any overture on your part which it may assume to consider a definite proposal on the part of Her Majesty's Government; and you will on no account make any formal proposal to the President of the Diet without direct authority from me to do so. ¶ I am, &c.

No. 1141.  
Gross-  
britannien,  
30. Oct.  
1863.

*Russell.*

## No. 1142.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. —  
Empfehlung, dass Dänemark sich zur Annahme fremder Vermittelung  
bereit erkläre. —

Copenhagen, October 29 (received November 2), 1863.

My Lord, — Not having succeeded in persuading M. Hall, in the first instance, to announce at Frankfort that the Danish Government agreed to mediation on the international questions, I should, probably, not have reverted again to the subject without your Lordship's instructions, but for a conversation I had the day before yesterday with my Prussian colleague, in which he expressed a very decided opinion that it was highly desirable the Danish Government should themselves declare to the Diet that they accepted the proposed mediation. ¶ M. Hall called upon me very shortly afterwards, and I immediately informed him of what had been said by M. de Balan, and urged him very strongly to act in the way I had originally suggested, and which I had afterwards placed on record in the memorandum I had given him on the 22nd instant.\*) ¶ His Excellency again showed great disinclination to do this. He said that the Danish answer had, perhaps, at the time we were speaking, been already presented at Frankfort; that it had been sanctioned by the King in its present form at the last Council, where it was decided that the acceptance of

No. 1142.  
Gross-  
britannien,  
29. Oct.  
1863.

\*) No. 1132. Anl. 2.

No. 1142. the proposed mediation should be announced to Her Majesty's Government, and  
 Gross- not to the Diet; and, consequently, a different decision could not be taken with-  
 britanni- out His Majesty's authority. ¶ I observed to M. Hall that, as the fact of me-  
 en, 29. Oct. diation had been agreed to by the King, the manner in which it was announced  
 1863. out His Majesty's authority. ¶ I observed to M. Hall that, as the fact of me-  
 diation had been agreed to by the King, the manner in which it was announced  
 that it was accepted by Denmark was a matter which surely he, as President of  
 the Council and Minister for Foreign Affairs, was enabled to take upon himself  
 to decide. The object, of course, was that the acceptance of the Danish Go-  
 vernment should be made known in the way and through the channel by which  
 it was most likely to produce a good effect. My original opinion upon this  
 subject had, I said, as I had just told him, been confirmed by my Prussian col-  
 league. It was very improbable, I continued, as his Excellency had himself ad-  
 mitted to me in one of our recent conversations, that the Diet would convoke a  
 special sitting for receiving the Danish answer; and unless they did so, there  
 was plenty of time to communicate the last orders of the Government, by tele-  
 graph, to their Minister at Frankfort. ¶ M. Hall replied that, admitting it to  
 be possible to get over the difficulties just alluded to, he still maintained that it  
 would be more desirable, on every consideration, that it should be through Her  
 Majesty's Government that the Diet should be informed that Denmark accepted  
 the mediation. The Danish Government did not wish to have the appearance  
 of seeking mediation. ¶ I said that this might be perfectly avoided by the  
 wording of the phrase in which their acceptance of it should be announced.  
 They would have one day or another, I added, to discuss the international ques-  
 tions; and it was clearly their interest that other Powers besides the German  
 should be associated in the negotiations. By notifying at the Diet themselves  
 their adherence to your Lordship's proposal they would show to the world that  
 they did not shrink from an inquiry and negotiation upon their international en-  
 gagements, provided these were conducted under the auspices of impartial wit-  
 nesses, and the responsibility of declining this mode of proceeding would then  
 devolve upon the Confederation. ¶ After some further discussion M. Hall  
 said he would reflect on the subject, and inform me the next day of his decision.  
 ¶ Having subsequently met my Swedish colleague, I imparted to him the sub-  
 stance of my conversation with M. Hall, as well as the reason for my having  
 again spoken to his Excellency on this matter. Count Hamilton said that he  
 should see M. Hall the next morning, and would support the advice I had given.  
 ¶ Your Lordship's telegram of the 27th\*) did not reach me till after this had  
 taken place. ¶ Yesterday evening I met M. Hall at dinner, when he informed  
 me that, after consultation with his colleagues, a telegraphic instruction had  
 been sent to the Danish Representative at Frankfort, desiring him to make a  
 declaration to the Diet in the sitting of this day, in the words of which he  
 handed me a translation. ¶ He explained to me that, at the voting on the  
 21st instant upon the Resolutions of the Diet with reference to your Lordship's  
 despatch of the 29th of September to Sir A. Malet, the Netherlands Minister,  
 who represented the King of Denmark on that occasion, had demanded a delay

\*) No. 1139.



of eight days to receive instructions from Copenhagen, which had been refused. The declaration to be made to-day would therefore be given as the vote of the Representative of the King of Denmark on the Resolutions which passed the Federal Assembly on the 21st instant. ¶ It is more an indirect acknowledgment that mediation might, perhaps, be useful, than a frank declaration of acceptance of mediation; but such as it is it can leave no doubt on the mind of the Diet that the Danish Government are prepared, for their part, to adhere to the proposal of Her Majesty's Government for settling the international questions. ¶ I have, &c.  
*A. Paget.*

No. 1142.  
 Gross-  
 britannien,  
 29. Oct.  
 1863.

---

### No. 1143.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
 — Unterredung mit Herrn Hall in Betreff des holsteinischen Normalbudgets. —

Copenhagen, October 29 (received November 2), 1863.

(Extract.) Having telegraphed to Her Majesty's Ambassador at Berlin for more precise information as to what was required from the Danish Government, and having heard from his Excellency yesterday evening that it was necessary that the Danish Minister at Frankfort should have orders to declare that until the final arrangement of the whole question the Danish Government would give up the share of Holstein in the Normal Budget for the common affairs of the Monarchy, or acknowledge that the right of voting their share of the Normal Budget was included in the attributions of the Holstein States, I lost no time in imparting this information to M. Hall. ¶ His Excellency immediately replied that, until receiving a demand upon this subject from the Diet, it was impossible for him to send any precise instructions to the Danish Minister at Frankfort; but he had no difficulty in declaring that, in principle, the suppression of the Normal Budget would not be opposed. It would be necessary, however, his Excellency added, that, if Holstein's share of the Normal Budget was given up, some arrangement should be come to with regard to the share of the Duchy in the National Debt. ¶ This morning I have had a further interview with M. Hall. ¶ I said that the great desideratum at this moment was for the Danish Government to make it possible for M. de Bismarck to give effect to his conciliatory views, and that what this Minister required was an engagement on the part of Denmark, that until all the questions at issue had been arranged, Holstein should be placed in the position she would hold if the Execution were effected. If this event took place, I said the Danish Government would, of course, be deprived of any contribution from Holstein towards the Public Debt; why not renounce therefore, I inquired, all claim under this head as well as under all others? ¶ M. Hall said, that it would not be possible to put Holstein precisely in the same position during the negotiations as she would be in if the Execution took place. In this latter case the Customs frontier would be removed from the Elbe to the Eider, but during the negotiations it would, of course, remain where it is. I suggested that all sums received at the frontier of Holstein, during the negotiations, should be kept in

No. 1143.  
 Gross-  
 britannien,  
 29. Oct.  
 1863.

No. 1143. reserve until a final arrangement; but M. Hall could not agree to this for the  
 Gross- reason, which had escaped me in making the proposal, that the duties received  
 britannien. are applicable not to the Duchy alone but to the whole Monarchy. ¶ His  
 29. Oct. Excellency however again repeated what he had said last night: that, in principle,  
 1863. he would agree to the withdrawal of the Normal Budget during the negotiations,  
 subject to arrangements respecting certain items. ¶ I again pressed his Excel-  
 lency to authorize the Danish Minister at Frankfort to make a declaration in  
 this sense, if inquiries were made by the Diet; M. Hall said it was too late to  
 do this to-day, but before leaving I succeeded in obtaining from his Excellency,  
 I will not say a positive promise, but an expression which leaves scarcely any  
 doubt on my mind that he will act on my final suggestion, which was, that an  
 instruction should be sent to the Danish Minister at Frankfort to say, in reply  
 to any demand that may be addressed to him by the Diet as to the intention of  
 the Danish Government, relative to the share of Holstein in the Normal Budget,  
 until a definitive arrangement has been agreed upon, that, although his Govern-  
 ment could not furnish him with precise instructions on this matter until the  
 wishes of the Diet had been made known, he was nevertheless authorized to  
 state, while taking the demand *ad referendum*, that they were disposed to  
 comply with them. ¶ M. Hall repeated a remark which he has often made  
 before when Lauenburg has been mentioned, viz., that the only share which this  
 Duchy has in the common affairs of the Monarchy, and indeed the only link be-  
 tween the Duchy and the Monarchy, except that of the Crown, is that Lauen-  
 burg pays into the common treasury the excess of its provincial revenues. It  
 was therefore to no practical purpose that Lauenburg was mixed up in the  
 question in dispute. It was a most contented little Duchy, he said, from which  
 he was now frequently receiving addresses expressive of the satisfaction of the popu-  
 lation in their present lot, and inquiring for what reasons, as far as they were con-  
 cerned, and to remedy what evils, the threatened Execution was to take place. &c.

A. Paget.

### No. 1144.

**GROSSBRITANNIEN.** -- Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. --  
 Verhandlung mit Herrn von Bismarck in Betreff des holsteinischen Normal-  
 budgets. --

Berlin, October 30 (received November 2), 1863.

No. 1144.  
 Gross-  
 britannien,  
 30. Oct.  
 1863.

(Extract.) -- With reference to my despatch of the 24th instant, rela-  
 tive to the Holstein question, I shall now report as concisely as I can the nego-  
 tiations which have taken place here with respect to it during the last few days.  
 ¶ On the 26th instant I received from Sir Augustus Paget a copy of his tele-  
 gram to your Lordship of that date, reporting the substance of the Danish answer  
 to the Diet at Frankfort, and as I believed M. de Bismarck to have accompanied  
 the King to Stralsund, where His Majesty had gone to be present at the opening  
 of a Pomeranian railway, I wrote to M. de Thile, proposing that I should wait

upon him, or receive him at the Embassy in the course of the evening, in order that I might communicate the information to him which had reached me. M. de Thile consequently called upon me, and on learning the amount of the concessions offered by Denmark he expressed much disappointment. ¶ I called next day on M. de Bismarck, and observed that if the Diet, rejecting the Danish offer „to meet their wishes on every point in which the independence and equality of rights demanded for the Duchies cannot be already satisfactorily secured,“ were now to carry out the Federal Execution, impartial persons would be justified in believing that the Execution had other objects than those which are acknowledged, and that it was intended to employ it as a means of forcing Denmark to accept the terms of Germany in the international question. ¶ M. de Bismarck replied that my observation might be reasonable under common circumstances, but I must remember that the principal cause why the Diet had recourse to an Execution was that they considered Denmark to have trifled with them during twelve years, by making promises which she never fulfilled, and it was therefore now necessary that some measure should be adopted in deference to the demand of the Diet which would satisfy them that Denmark acknowledged their authority and was ready to submit to it. The Diet would consequently he said, on receiving the Danish Declaration, call upon the Government to renounce the share contributed by the Federal territories to the Normal Budget, until the final arrangement of the whole question, and if the Danish Government refused, it would be impossible to prevent the Execution. ¶ I urged that it would be a hardship to deprive Denmark of the means of meeting Holstein's share of the national debt, for which the Government at Copenhagen were responsible; but his Excellency intimated that whatever inconvenience it might cause to Denmark, it was absolutely necessary that the revenue of the Federal territories should be placed under the entire control of their own Legislatures, before any attempt could be made to induce the Diet to submit the international question to mediation. ¶ On the morning of the 28th instant I received from Sir Augustus Paget a telegram stating that Denmark could hardly be urged to renounce the Normal Budget unless the Diet asked it. I received also, at the same time, a letter from Sir Augustus Paget, in which he was good enough to send me a copy of the Danish answer. Before I had time, however, to wait upon M. de Bismarck, the Danish Minister, who had also received a copy of the Danish answer, called to communicate it to me, and it was agreed between us that he should see M. de Bismarck, and let me know the impression which the answer produced upon him. In the meanwhile I sent a telegram to Sir Augustus Paget, stating that it was precisely the Normal Budget which the Danish Government were called upon to renounce in the language of M. de Bismarck, but which I modified into placing it under the control of the Legislatures of the Federal Duchies. ¶ On the Danish Minister's return he told me, as I had expected, that M. de Bismarck considered the renunciation of Holstein's contribution to the Normal Budget as a *sine quâ non* to the acceptance of the Danish answer; and M. de Quaade promised to lose no time in supporting the message which I had sent to Copenhagen on this subject. ¶ I then called upon M. de Bismarck and found it was useless

No. 1144.  
Gross-  
britannien,  
30. Oct.  
1863.

No. 1144. attempting to induce him to change his opinion as to the necessity of some actual  
 Gross- concession being made by Denmark. ¶ On the 29th instant I received a tele-  
 britannien. gram in reply from Sir Augustus Paget, stating that though the Danish Govern-  
 30. Oct. ment cannot give up Holstein's share of the Normal Budget unless the German  
 1863. Diet called upon them to do so, they would comply with such a demand if made, on condition that Holstein, assumed her share of the National Debt, and in the meanwhile they had instructed their Minister at Frankfort to declare to the Diet that Denmark had acceded to your Lordship's proposals for the arrangement of the international question by mediation. ¶ I called, therefore, on M. de Bismarck, and, after communicating to him the accession of the Danish Government to your Lordship's proposal respecting the international question, I said they had also assented to his Excellency's wishes as to the Normal Budget, but on a condition for which I had been prepared, and in the justice of which I was sure he would acquiesce. When, however, I stated the terms on which Denmark would consent to relinquish Holstein's share of the Normal Budget, he said it would be necessary first to ascertain what parts of the Danish Debt could be fairly charged to Holstein, and that it would only be a share of such debts she could be called upon to assume. I said this was a question which it was quite impossible to consider at present; and if it should eventually be necessary to raise it, its character was so clearly international that it must form one of the subjects to be treated by the mediation. ¶ The principle, I said, on which Denmark proposed to comply with the wishes of the Diet was evidently just, and if the Diet required the concession they must take it with its consequences, and it would be for them to raise afterwards a question, if there were grounds for it, as to the limit which might be claimed for Holstein's liability for the National Debt of the Danish Monarchy. But I said if such a question were raised, the foreign creditors of Denmark, who doubtless looked to all the territories of the Monarchy as a security for their loans, might have also a claim to be heard in it. ¶ M. de Bismarck finally consented to inform M. de Sydow that in consequence of an inquiry which he had addressed to Copenhagen through me, he had reason to believe that Denmark would assent to a demand on the part of the Diet that she should relinquish Holstein's share of the Normal Budget on condition of the Duchy taking its share of the National Debt, and that he would instruct M. de Sydow to recommend the Committee to consider this information as a proof of the sincerity of the promises to meet the wishes of the Diet which are contained in the Danish answer. I therefore addressed a telegram to Sir Augustus Paget, acquainting him with this arrangement, and stating that I had made myself responsible for the willingness of the Danish Government to accede to the demand of the Diet if it is made to them. ¶ I afterwards received a telegram from Sir Augustus Paget, stating that the Danish Minister at Frankfort would be instructed to give explanations, if asked, as to the disposition of his Government to comply with the wishes of the Diet, but that he would not be instructed to make a positive declaration on the subject until a formal demand of the Diet had been addressed to Copenhagen. ¶ Having acquainted M. de Bismarck with the substance of this telegram, I submitted to him the memorandum of which a

copy is inclosed, as a minute of the present state of the negotiations; and, as he assented to its correctness, I have given him a copy of it, and sent one to Sir Augustus Paget. ¶ M. de Bismarck said there might be some difficulty, for if a majority in the Committee of the Diet refused on a point of form to receive any explanations from M. de Sydow, or any information which did not come before them through the Diet, they would be entitled to do so. ¶ Subsequently to my interview with M. de Bismarck, I received a telegram from Sir Augustus Paget, stating that the Danish Government had decided on sending instructions to their Minister here instead of their Minister at Frankfort with reference to the Normal Budget, and that they would require some arrangement to be made with respect to the National Debt. ¶ I immediately communicated the first part of this intelligence to M. de Bismarck; but, with respect to the question of the National Debt, I have seen M. de Quaade, and expressed to him a strong opinion, against the expediency of his Government entering into any discussion on details in the present stage of the proceedings, and in favour of their merely stipulating that Holstein must continue to meet her share of the interest, on the Government at Copenhagen relinquishing her contribution to the Normal Budget. Her share, in the opinion of the Danish Government, will probably be one fifth, but the origin of some portions of the debt may give rise to the justice of that proportion being disputed by the Diet; and as such a discussion would be extremely inconvenient at present, it would be unwise in the Danish Government to provoke it. &c.

No. 1144.  
Gross-  
britannien,  
30. Oct.  
1863.

*Buchanan.*

—  
Anlage. — Promemoria.

Berlin, October 30, 1863.

Sir Andrew Buchanan informed Sir Augustus Paget by telegram on the 29th instant, that M. de Bismarck would take means to acquaint the Committee of the Diet at Frankfort, that if the Diet called upon the Danish Government not to apply to the general expenses of the Danish Monarchy without the consent of the Legislatures of Holstein and Lauenburg any part of the revenues of these Duchies, whether known as the Normal Budget or by any other name, they would comply with the demand of the Diet on condition that the Duchies of Holstein and Lauenburg took upon themselves their share of the National Debt; and Sir Andrew Buchanan further informed Sir Augustus Paget that M. de Bismarck would recommend the Committee of the Diet to accept this information as a proof of the sincerity of the promise contained in the answer of the Danish Government that they would meet the wishes of the Diet in every point in which it cannot be considered that the independence and security of the Federal territories has already been satisfactorily secured. ¶ In answer to this message, Sir Andrew Buchanan received a telegram from Sir Augustus Paget on the 30th instant, stating that the Danish Government would make the concessions required, and that he hoped instructions would be sent immediately to the Danish Minister at Frankfort to explain, if called upon, that his Government are disposed to meet the views of the Diet respecting the Normal Budget, but that he will not be instructed to make a positive declaration on the subject until a formal demand is made to them by order of the Diet.

## No. 1145.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Hamburg an d. königl. Min. des Ausw. — Den Verfassungseptwurf für Dänemark und Schleswig betreffend. —

Hamburg, October 31 (received November 2), 1863.

No. 1145.  
Gross-  
britannien,  
31. Oct.  
1863.

(Extract.) The answer made by Denmark on the 29th to the Resolution of the Federal Diet threatening an Execution was known here yesterday. Information has also been received here of the contents of your Lordship's despatch to Frankfort of the 21st instant, proposing to leave to the disposition of the Federal laws the constitutional questions affecting the German Duchies, and at the same time to refer the international part of the case, viz., that touching Schleswig, to the mediation of friendly non-German Powers. ¶ Having since had an opportunity of speaking to Mr. Syndic Merck and other leading men here who take a strong interest in the adjustment of the differences between Denmark and the Duchies, I sounded them as to what impression had been made upon them by the documents above mentioned. They said they could not but recognize and gratefully acknowledge the continued exertions of Her Majesty's Government for the preservation of peace; but that all mediation in respect of Schleswig would prove fruitless if the Danish Government should succeed in carrying the project for the new joint Constitution for Denmark and Schleswig now before the Council of State, and that it appeared most important to arrest that measure, the Committee having made its report upon it, and the debate on the second reading being expected to come on next week. There could be no mediation on the basis of a Constitution which should practically incorporate Schleswig with the Kingdom, for the King of Denmark stands pledged neither to incorporate Schleswig nor to take any step whatever towards that object. It is evident, therefore, that if a mediation internationally should be adopted, the question of the Constitutional position of Schleswig ought to be left entirely to that mediation. ¶ The Danish answer in regard to Holstein is considered here as equivocal, because, instead of offering to revoke the Ordinance of March 30, it merely consents to negotiate with a view to a revision of that Ordinance. If Denmark would agree to annul the Ordinance, and to give up the project of the joint Constitution for the Kingdom and Schleswig, matters might be easily put into a train of settlement. This is clear from a lately published correspondence between the Baron Blixen-Finecke and the Prussian Minister-President, M. de Bismarck. By abandoning the project (the passing of which seems not at all certain), the Danish Cabinet would evince a real desire of conciliation, and save itself from many future embarrassments. The project, even if desirable in itself, has been brought forward most inopportunately at the present conjuncture. etc.

*J. Ward.*

## No. 1146.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Eindruck der dänischen Erklärung vom 29. October. —

Frankfort, October 30 (received November 3), 1863.

(Extract.) The impressions of the members of the Diet, which I have the honour to report to your Lordship as far as I can gather them directly or indirectly, so immediately after their becoming acquainted with this document, are, I regret to say, unfavourable. ¶ The general opinion seems to be, that it is a fresh attempt of the Copenhagen Cabinet to gain time by negotiation, and the sincerity of the Danish Government is called in question. ¶ It is also remarked that the Patent or Ordinance of the 30th of March is not frankly withdrawn, as the Diet required, inasmuch as the Danish reply only says it shall be considered as provisional, whereas abrogation was demanded. ¶ In short, I am bound to acquaint your Lordship that although the conciliatory tone of the Danish communication is recognized, nevertheless if the individual opinions of the members of the Diet are to dictate the ultimate decision of that Body, there seems reason to apprehend that they will say they find no sufficient ground in the Danish reply presented on the 29th instant for arresting Execution in Holstein and Lauenburg. ¶ I have, &c.

No. 1146.  
Gross-  
britannien,  
30. Oct.  
1863.

*A. Malet.*

## No. 1147.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Berlin. — Gewissheit, das Bewilligungsrecht der holsteinischen Stände auf das Normalbudget auszudehnen. —

Copenhagen, le 31 octobre, 1863.

Monsieur, — Dans votre dépêche du 28 de ce mois, vous me mandez que son Excellence M. de Bismarck ne regarde pas la question que nous débattons avec l'Allemagne comme entièrement vidée sous le point de vue Fédéral, ni la perspective d'une Exécution Fédérale dans le Holstein comme écartée, tant que la compétence financière que le Gouvernement du Roi entend accorder aux États holsteinois ne s'étendra pas au Budget Normal aussi bien qu'aux Budgets Supplémentaires. ¶ Cette demande, dont M. de Bismarck ferait dépendre son attitude à Francfort, est toute nouvelle, et en même temps qu'elle va au delà du principe et des conclusions des Arrêtés Fédéraux antérieurs, son adoption créerait au Gouvernement un état de choses des plus difficiles. Nous désirons cependant vivement en arriver enfin à une position claire et précise de la question; et si ce résultat précieux pour l'Allemagne aussi bien que pour nous pouvait être obtenu à ce prix, si la Diète adhéraît à la manière de voir de M. de Bismarck, en formulant la même demande et en prévoyant de l'accomplissement de cette demande les mêmes conséquences que le fait M. de Bismarck, nous sommes disposés à y

No. 1147.  
Gross-  
britannien,  
31. Oct.  
1863.

No. 1147. Gross-  
britannien,  
31. Oct.  
1863. .donnersuite. ¶ Je vous prie, Monsieur, de communiquer dès à présent à M. de Bismarck cette résolution du Gouvernement du Roi, mais en même temps vous appellerez son attention sur le point de vue sous lequel seul nous pourrons accorder aux États cette nouvelle compétence illimitée. ¶ Le Budget de l'exercice prochain serait par conséquent soumis au vote délibératif des États holsteinois, embrassant toute la part contributive du Holstein dans les affaires communes, soit que ces dépenses doivent être portées par les revenus spéciaux du Holstein, soit qu'elles puissent être défrayées par le quotepart du Duché dans les revenus communs. Mais en donnant cette largeur à la compétence des États, le Gouvernement n'entend pas accepter une position impossible. L'Exécution Fédérale est certes un danger et une charge pour nous, mais elle ne l'est pas sans doute pour nous seule, et en même temps qu'elle aurait ses désagréments pour nous, elle aurait aussi pour conséquence de simplifier notre position sous beaucoup de rapports. Ainsi tout le monde reconnaîtra, j'en suis sûr, qu'il vaudrait bien mieux pour nous d'être empêchés par une Exécution de gouverner le Holstein, que de rester chargés d'administrer ce pays après avoir renoncé volontairement aux moyens nécessaires pour faire face aux devoirs gouvernementaux. ¶ Or, il y a des dépenses qui dans tout état de choses doivent être faites, et que les États ne pourront pas ne point consentir. Il y a des devoirs absolus pour le pays qui doivent être remplis envers le Prince, envers les créanciers de l'État, envers la Confédération; il y a enfin une administration intérieure dont le maintien et la conduite régulière sont indispensables pour que la grande masse des citoyens paisibles et laborieux puisse prospérer et jouir de son travail. Tout Gouvernement admettra sans difficulté la nécessité absolue de cette manière d'envisager le pouvoir accordé à une Représentation Constitutionnelle, et si je fais valoir dans cette occasion ces principes irrécusables, c'est uniquement parce que j'entends prémunir la nouvelle phase dans laquelle notre question pourrait entrer, contre tout malentendu de nature à provoquer de nouvelles dissensions. Je ne doute pas que M. de Bismarck, aussi bien que la Diète de Francfort, ne reconnaisse la justesse de ce principe. Il doit servir de base à toute organisation Constitutionnelle, et quand il s'agit d'introduire le régime Parlementaire dans le Holstein dans la situation actuelle, il devient doublement indispensable. ¶ J'ai, etc.

*C. Hall.*

---

### No. 1148.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Wunsch des Herrn von Bismarck, dass England dem Deutschen Bunde seine Vermittelung anbiete. —

Berlin, November 5 (received November 7), 1863.

(Extract.) M. de Bismarck said it was desirable that a distinct offer of mediation of some kind should be forwarded to Frankfort, as the Committee of the Diet might be unwilling to report as clearly or as favourably on the suggestion which has been already made to the Diet, as to the expediency of having

No. 1148.  
Gross-  
britannien,  
5. Nov.  
1863.



recourse to the good offices of neutral Powers, as they might be induced to do on a formal offer of mediation if it were under their consideration; and from what he had heard of the views of the Diet he believed the mediation of England alone would be accepted more readily than the mediation of the non-German Powers who had signed the Treaty of London. ¶ Such being the circumstances, he said he would ask me whether I thought Her Majesty's Government might not be disposed to address a further despatch to Sir Alexander Malet, stating that the Danish Government had expressed their readiness to submit the international differences of Denmark and Germany to the mediation of Great Britain: and that Her Majesty's Government, convinced that the Diet were equally desirous with Denmark to bring these international differences to an amicable solution, now offered their mediation to the Diet; and that they hoped, if it was accepted, the Diet would consider it expedient to suspend the proceedings which they have taken on Federal grounds against the Duke of Holstein and Lauenburg respecting the grievances of the people of those Duchies, in order that free scope might be given to the international negotiations, and that the progress of the mediation in the international question might not be embarrassed or impeded by simultaneous proceedings on the part of the Diet in the federal one, which is so closely connected with it. He said, also, it might be useful if your Lordship were to state that Her Majesty's Government had learnt from Copenhagen that the Danish Government were about to inform the Diet that they were willing, if required, or that Her Majesty's Government had reason to believe that they were willing, if required, as the case may be, to submit, in future, to a vote of the States of Holstein the contribution of that Duchy to the general expenses of the Monarchy hitherto known as the Normal Budget; and that Her Majesty's Government hoped this concession would be accepted by the Diet as a proof of the deference of the Duke of Holstein to its authority in Federal affairs, and as a pledge that any negotiations which may take place between the Diet and the Sovereign of Holstein on this part of the question will lead to a satisfactory result. ¶ I told his Excellency, in reply, that I could not fail to communicate his observations to your Lordship by the weekly messenger on Saturday next; but as he considers it of importance, if your Lordship adopts his suggestion, that your despatch to Sir Alexander Malet should be forwarded to Frankfort on Monday, if possible, or at latest on Tuesday next, so that it may be in the hands of the President of the Diet before the Report of the Committee can be brought up on Thursday next, the 12th instant, which it probably will be, I have thought it right to forward this despatch by special messenger to Calais. etc.

No. 1148.  
Gross-  
britannien.  
5. Nov.  
1863.

*Buchanan.*

## No. 1149.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Fortgang der Verhandlungen zwischen Berlin und Copenhagen behufs Herbeiführung einer Verständigung. —

Berlin, November 7 (received November 9), 1863.

No. 1149.  
Gross-  
britannien,  
7. Nov.  
1863.

(Extract.) With reference to my despatch to your Lordship of the 30th ultimo, reporting my proceedings in the Holstein question, I have the honour further to inform your Lordship that in the course of that evening I received a telegram from Sir Augustus Paget, stating that instructions would be sent to the Danish Minister at Berlin, as well as to the Danish Minister at Frankfort, to express, if asked for explanations respecting the Normal Budget, the readiness of the Danish Government to comply with any demand which might be made to them by the Diet for its suppression. These instructions, however, in consequence of the stormy weather in the Baltic, did not reach Berlin until Monday night, the 2nd instant, and in the meanwhile M. de Quaade was informed by telegraph that, in deference to his representations and those of Sir Augustus Paget, his colleague at Frankfort would not enter into details in his conversations with the President of the Diet as to the amount of the debt or other expenses which Denmark would expect Holstein to take upon herself if the Normal Budget was suppressed; but that M. de Quaade must, in order to prevent any future misunderstanding with M. de Bismarck, read to his Excellency *in extenso* M. Hall's despatch of the 31st ultimo, of which a copy was forwarded to your Lordship by Sir Augustus Paget in his despatch of the 2nd instant. ¶ I saw M. de Bismarck on the 2nd instant, and I acquainted his Excellency with my own and M. de Quaade's telegraphic intelligence from Copenhagen. He said that the members of the Committee of the Diet seemed unwilling to accept any declarations of Denmark as satisfactory which did not clearly grant the concessions required from her by the Federal Decree of the 1st of October. ¶ On the 3rd instant the Danish Minister waited upon his Excellency, and read to him M. Hall's despatch. ¶ M. de Quaade afterwards reported to me what had passed, and stated that M. de Bismarck, though at first disposed to cavil at what he called Denmark's offering with one hand what she proposed to take away with the other, subsequently admitted that Holstein must of course provide for the expenses of the administration and for the military establishments of the Duchy, and that if the amount of the expenditure necessary for those purposes was left to the decision of the States, no objection could be made to it. He said, however, that the feeling in the Committee of the Diet was so opposed to any compromise as to the satisfaction required from Denmark. ¶ On the morning of the 4th instant, having learnt in the Foreign Department that the Report of the Committee would not be brought up for another week, I telegraphed this information to Sir Augustus Paget, observing that Denmark would therefore have time, in the interval, to inform the Diet that she intends to submit the Normal Budget to the Holstein States. ¶ I received a communication in reply, of which

Sir Augustus Paget had also forwarded a copy to your Lordship, informing me that M. Hall would acquaint the Committee with the intentions of the Danish Government, if he obtained the consent of the King and of his colleagues; and as I had reason to believe that the Diet might not consider themselves obliged to receive such a communication, I forwarded to Sir Augustus Paget a telegram stating that the declaration should be made to the Diet itself at its next sitting, because the Diet is the only recognized channel for making communications to the Committee. ¶ On the 5th instant, Sir Augustus Paget replied that the Danish Government believed there were precedents for addressing direct communications to the Committee, and that as they considered that course the most expedient, they would adopt it. I therefore had the question examined, and forwarded a telegram to Sir Augustus Paget on the 6th instant, pointing out that the precedent to which the Danish Government probably alluded was one in which the Danish Minister had given explanations to the Diet in 1858, in consequence of a Federal Resolution; or to another in which the Danish Minister had addressed a note to the Committee in 1859, which having perhaps in some degree been connected with the former one, might be equally open to objection as a precedent; and I informed him, at the same time, that some members of the Committee were anxious that the Report should be brought up on Thursday next, the 12th instant. etc.

No. 1149.  
Gross-  
britannien,  
7. Nov.  
1863.

*Buchanan.*

---

### No. 1150.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. —  
Ablehnung, die Vermittlung Englands anzubieten. —

Foreign Office, November 9, 1863.

(Extract.) If the information which has reached Her Majesty's Government from Vienna is correct, M. de Bismarck no longer offers any objection to Federal Execution in Holstein. ¶ On the other hand, Her Majesty's Government are informed that the Austrian Minister at Frankfort is instructed to conform his conduct to that of his Prussian colleague. ¶ It is indeed not to be supposed that if Austria and Prussia were to agree in recommending Execution to be stayed, the minor States of Germany would persist in carrying out that measure. ¶ As matters now stand, Her Majesty's Government have come to the conclusion that it is inexpedient for them, at all events for the present, to make any further proposal to the Diet; although if the Governments of Austria and Prussia were to unite in inviting them to do so, and would undertake to support with all their influence at Frankfort a proposal which Her Majesty's Government might then make to the Diet, Her Majesty's Government, in their anxiety to spare no effort to avert from Germany the consequences which perseverance in her present course in regard to Holstein threatens to bring upon her, would not be indisposed to make a further attempt. ¶ But at present Her

No. 1150.  
Gross-  
britannien,  
9. Nov.  
1863.

No. 1150. Majesty's Government can only leave to Germany the responsibility of risking  
Gross-  
britannien, a general war in Europe, which the Diet seems to be so bent on provoking. &c.  
9. Nov.  
1863. *Russell.*

---

### No. 1151.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den Min. d. Ausw. —  
Stimmung der Bundesversammlung bezüglich der dänischen Vor-  
schläge. —

Frankfort, November 9 (received November 11), 1863.

No. 1151. (Extract.) Stress of weather in the Channel on the night of Wednes-  
Gross-  
britannien, day last caused a delay of some thirteen hours in my receipt of despatches, so  
9. Nov.  
1863. that your Lordship's of the 30th October, instead of coming to hand on Thursday  
night, did not reach me till mid-day on Friday the 6th instant. ¶ On the follow-  
ing morning I got sight of the Danish despatch of the 31st ultimo from M.  
Hall to the Danish Envoy at Berlin, which embodies the more extended con-  
cessions to Holstein regarding the Normal Budget, &c., to which your Lordship's  
latter despatch of the above date relates. ¶ I at once saw that the point to be  
attended to in this overture of the Danish Government was to ascertain whether  
the Diet would be moved to make the requisition on the Danish Government,  
which M. Hall's despatch said would be met by the surrender to the Diet of  
Holstein of the entire control over the finances of the Duchy, including the  
Normal Budget. ¶ I regret having to inform your Lordship that the Diet will  
make no farther demand on Denmark; that is to say, I have learnt that the joint  
Committees will not invite the Diet to take any step of the kind, and there are  
no other means, in the present stage of this question, of initiating such a  
measure. ¶ With reference to M. Hall's despatch at present referred to, I found  
that the substance of it had been laid before the joint Committees, and that in  
the unanimous judgment of the Members, the concessions offered were clogged  
with conditions which made them wholly unacceptable. ¶ This latter point was  
unmistakeably intimated to me, on my inquiry whether by laying the proposals  
of M. Hall's despatch before the Diet by the Danish-Holstein Minister, the  
difficulty of inducing the Diet to require the concession could be obviated.  
¶ What the Diet requires is, the unconditional repeal by Denmark of the Patent  
of March 30th. &c. *A. Malet.*

---

### No. 1152.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. —  
Weitere Begründung der Ablehnung, Englands Vermittelung anzubieten. —

Foreign Office, November 13, 1863.

No. 1152. (Extract.) It is clear that Her Majesty's Government cannot expose  
Gross-  
britannien, themselves to another refusal of their suggested mediation at Frankfort. It  
13. Nov.  
1863. would not be enough that Prussia should support the proposal of Great Britain,

or that the Diet should put forth conditions for their assent which Denmark would refuse. ¶ Her Majesty's Government have no immediate interest in this question. Their interest is bound up with the general interest of Europe. ¶ The line which Her Majesty's Government have taken upon this question is clear and distinct. They think that the Federal question in Holstein should be settled according to Federal laws, and in conformity with the views of the Federal Diet. ¶ But the German Diet have unfortunately mixed this purely Federal question with those of the general Constitution of the Danish Monarchy and the position of Schleswig. ¶ It is obvious that these are international questions, and as they are also questions of great difficulty upon which passion has been listened to and reason has been disregarded, it is very desirable that Powers neither German nor Danish should be permitted to mediate upon them. ¶ The German Diet have refused the mediation suggested by Great Britain. They had a full right to do so. ¶ But Great Britain has also the right to reserve any further interference till a prospect shall arise of such interference being salutary and effectual. &c.

*Russell.*

### No. 1153.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Behandlung der dänischen Vorschläge am Bunde. —

Frankfurt, November 13 (received November 14), 1863.

My Lord, — I had the honour last night of receiving from your Lordship a copy of the despatch from M. Hall to the Danish Minister at Berlin,<sup>\*)</sup> which was the same which had been already shown to me by Baron de Dirckinck-Holmfeld, and which formed the subject of my despatch of the 9th instant, in which I acquainted your Lordship that I had learnt that the Committees would not recommend the Diet to take the initiative in any requisition on Denmark, and moreover that the concession of the Normal Budget was clogged with conditions which rendered it unacceptable. ¶ M. de Dirckinck called on me on Wednesday with a fresh despatch from M. Hall dated the 8th instant<sup>\*\*)</sup> which he was directed to take the initiative in presenting to the Diet. This despatch contained the concession of the Normal Budget, and was less precise as to what conditions were to be imposed on Holstein in exchange. ¶ M. de Dirckinck had already given a copy to the President of the Diet, with the view of having it communicated to the Committees. To-day I have had another visit from his Excellency, who has received a note from the President to the effect that the Committees cannot in the present stage of the affair entertain his communication. ¶ M. de Dirckinck has therefore invited the President to convoke an extraordinary sitting of the Diet for to-morrow to receive this communication. ¶ The President's note leaves it to be inferred that the refusal of the Committees is a matter of form,

<sup>\*)</sup> No. 1147.

<sup>\*\*)</sup> Enthalt in der Erklärung des holsteinischen Bundestagsgesandten vom 14. November No. 915 varbis: „Durch vertrauliche einer befreundeten Regierung etc. etc.“

No. 1153. Gross-  
britannien,  
12. Nov.  
1863. and that any further communication must pass through the Diet, i. e., the Diet must decide by a vote whether the matter is of a nature to be laid before the Committees. ¶ M. de Dirckinck is rather inclined to complain of the President for having exposed him to the refusal of the Committees to accept his communication, as it was competent to him in the first place to have asked the President to convoke a sitting of the Diet, but it would seem the President himself was not sure what the Committees would do in the matter, and that their competence in such a case is facultative. ¶ It will be far more grave if the Diet refuses to refer the matter to the Committee, and this may possibly happen. ¶ I have, &c.  
*A. Malet.*

---

## No. 1154.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Stockholm an den königl. Min. d. Ausw. — Das angebliche Bündniss zwischen Schweden und Dänemark betreffend. —

Stockholm, November 9 (received November 16), 1863.

No. 1154.  
Gross-  
britannien,  
9. Nov.  
1863.

(Extract.) I learn from my French colleague that, having heard it was intended by this Government to sign the defensive Treaty with Denmark in spite of the present more pacific aspect of the Danish question, he had made an inquiry of Count Manderström upon the subject, when his Excellency forcibly denied the allegation, observing that there was no more present intention of signing the Treaty than during the last five or six weeks. &c.

*Jerningham.*

---

## No. 1155.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Weitere Verhandlungen wegen der dänischen Erklärung am Deutschen Bunde. —

Copenhagen, November 11 (received November 16), 1863.

No. 1155.  
Gross-  
britannien,  
11. Nov.  
1863.

(Extract.) The Danish Government having determined to relinquish the Normal Budget for Holstein, and to submit to the vote of the Estates the whole share of Holstein in the common revenue and expenditure, the manner in which intimation of this concession was to be conveyed to the Diet might have been supposed to be a matter not likely to give rise to much discussion. The decision upon this question has, however, not been unattended with difficulty. Prepared to yield the point on being summoned to do so by the Diet, the Danish Cabinet was very unwilling to take the initiative in a step which, while subjecting the Common Treasury to the risk of losing a part of the revenue, conceded more than had yet been required of them by the Decrees of the Diet. ¶ I stated to your Lordship in my despatch of the 29th ultimo, that I had reason to believe that M. Hall would send a despatch to the Danish Minister at

Frankfort to enable him, if questioned, to give satisfactory information as to the favourable dispositions of his Government in this matter, but on calling on his Excellency the following day I found to my regret that this determination had been changed. M. Hall was of opinion that as the negotiations on this subject had been opened between Her Majesty's Ambassador and the Danish Minister at Berlin and M. de Bismarck, they should be continued in the same channel. I informed his Excellency that I had already acquainted Sir Andrew Buchanan by telegraph with the willingness of the Danish Government to make the concession suggested, if required to do so; that I had since learnt from Sir Andrew Buchanan that he had imparted this information to M. de Bismarck, who had undertaken to communicate it to the Committee of the Diet, and to recommend it to their favourable consideration; but I still pressed his Excellency to send the proposed instruction to the King's Representative at Frankfort. On the following day, the 31st ultimo, an instruction (of which I transmitted to your Lordship a copy in my despatch of the 2nd instant) was sent to M. Quaade, the Danish Minister at Berlin, and a copy of it was forwarded at the same time to his colleague at Frankfort, with orders to conform his language to it, if any inquiries were addressed to him by the Committee of the Diet on the subject to which it refers. ¶ I suggested the following plan as calculated to allay any scruples the Danish Government might entertain as to taking the initiative in this matter, and to secure the object desired. The communication now to be addressed to the Diet, I said, might be made in the form of an explanation of the declaration made on the 29th of October last. The Danish Government might instruct their Minister at Frankfort to say that having learnt through a friendly Government that the Diet did not fully understand the extent to which they were prepared to go in fulfilment of the promise, contained in the Declaration of the 29th of October, of granting complete independence, &c., to Holstein, and that as long as the Holstein Estates had not the right of voting the items which now appeared in the Normal Budget, as well as every other, the Execution could not be prevented, they (the Danish Government) now desired to explain that they were prepared to give the Estates this financial competency. ¶ M. Vedel at once adhered to this proposal which, as your Lordship will see, has been adopted in the instruction, and said he would submit it to M. Hall. If his Excellency and the other members agreed to it, Baron Dirckinck-Holmfeld should at once receive orders to make the communication to the Committee of the Diet. ¶ With regard to the reserves respecting the national debt, &c., I am bound to say that I found M. Vedel most favourably disposed, and he himself volunteered to say that he thought they should be spoken of in general terms. ¶ I trust your Lordship will be satisfied with the conciliatory form of the present communication\*). The Danish Government was naturally anxious that there should be no misunderstanding as to their looking to the Execution being stopped as the necessary consequence and condition of the concession. They require, too, before formally notifying the concession of the Diet, that the

No. 1155.  
Gross-  
britannien,  
11. Nov.  
1863.

\*) No. 915.

They should either by treaty or in some other shape make known their wishes in the subject, but by doing so they distinctly recognize the Federal authority over Denmark, and give proof of their readiness to submit to it. Moreover, without knowing the wishes of the Confederation on the subject, they might be exposing themselves to make gratuitously the sacrifice of revenue which the concession may possibly entail. ¶ Finally, the reserves mentioned in the despatch to M. de Quasade of the 31st of October are only here alluded to in the most general terms.

### No. 1156.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Scheitern des preussischen Versuchs zur Beilegung des deutsch-dänischen Streits. —

Vienna, November 12 (received November 16), 1863.

No 1156  
 (Pruss  
 Britannien,  
 12 Nov.  
 1863.)

My Lord, -- Upon the receipt of your Lordship's telegram of the 7th instant, in which you state that the Prussian Government think Baron Kübeck's language unfriendly to Prussian policy in the Danish question, I lost no time in requesting from Count Rechberg some explanation as to these proceedings of the President of the Diet, which appeared in contradiction to assurances that he had lately given me. ¶ His Excellency gave me the following account of the occurrences at Frankfort: Baron Sydow had communicated verbally to the Committee of the Diet a proposal which had been made by the Danish Government with a view to prevent the projected Federal Execution. ¶ The Danish project, Count Rechberg observed, was declared to be totally unacceptable by all the Members of the Committee, and such was the storm of disapprobation with which it was received that Baron Sydow saw no other course left to him but to withdraw the communication. ¶ I observed to his Excellency that Prussia had shown a good spirit of conciliation in treating this question, and that Her Majesty's Government, who were always deeply interested in preventing a complication arising in the affairs of Europe, had hoped the efforts which had been made to avoid an Execution would have been attended with better results. ¶ Count Rechberg replied that the Danish concession had most regrettably been mixed up with so many conditions, and there was so much reticence about it, that the Prussian Government after all their laudable efforts at conciliation had now given up any present expectation of arriving at an arrangement, and had charged Baron Werther with a communication in this sense. His Excellency admitted, nevertheless, that the language of the Cabinet of Copenhagen had been more moderate and conciliatory than on some previous occasions; he observed also that great praise was due to the efforts of Sir Andrew Buchanan and Sir Augustus Paget to obtain terms from Denmark that could have made negotiation possible; efforts, he said, which had deserved far greater success than had attended them. ¶ Germany, he then remarked, must insist on the concession of certain points unfettered by such conditions as had been put forward by the



Danish Government, who, he now feared, would never yield without a strong inducement to do so, and therefore he feared a Federal Execution must become inevitable. ¶ I have, &c.

No. 1156.  
Gross-  
britannien,  
12. Nov.  
1863.

*Bloomfield.*

### No. 1157.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an d. königl. Min. d. Ausw. — Unvermeidlichkeit der Bundesexecution. —

Vienna, November 12 (received November 16), 1863.

My Lord, — I have stated to Count Rechberg that in view of the grave complications which may arise in Europe, and of the concession made by Denmark of the Normal Budget to the Diet of Holstein, it appears to Her Majesty's Government more than ever desirable that the Federal Execution should be postponed for some months at least. ¶ His Excellency replied that he had already informed me that the efforts of M. de Bismarck having failed to obtain from the Danish Government assurances that would satisfy the German Diet, the Prussian Government saw no present prospect of arriving at an arrangement, and therefore found no sufficient reason for delaying the Federal Execution. Under these circumstances, Count Rechberg said he could not encourage the hope of a change in the disposition of the Diet. The fault, he added, rested entirely with Denmark; she had, it was true, agreed to a concession with regard to the Normal Budget of Holstein, but she had attached conditions to that concession which were totally unacceptable by the Diet, and which, moreover, were not, as he was informed, in conformity with the assurances given by M. Hall to Sir Augustus Paget. ¶ Count Rechberg did not expect that a further step would be taken to-day at Francfort, but I am, however, informed that measures are being considered conjointly by Austria and Prussia to order 1,000,000 dollars out of the military chest to be advanced and placed to the credit of the intended Federal expeditionary force. ¶ I have, &c.

No. 1157.  
Gross-  
britannien,  
12. Nov.  
1863.

*Bloomfield.*

### No. 1158.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Bismarck, betreffend die angebliche Veränderung der preussischen Politik; Gefahr des Zustandekommens der Verfassung für Dänemark und Schleswig. —

Berlin, November 14 (received November 16), 1863.

(Extract.) I have had the honour to receive your Lordship's despatch of the 9th instant, in which your Lordship acquaints me with the grounds on which Her Majesty's Government have come to the conclusion that it is inexpedient for them to make any further proposals to the Diet at Francfort, with

No. 1158.  
Gross-  
britannien,  
14. Nov.  
1863.

No. 1158. a view to averting from Germany the consequences which a perseverance in her  
Gross- present course as regards Holstein threatens to bring upon her; and that Her  
britannien, Majesty's Government will remain passive, at all events for the present, unless  
14. Nov. the Governments of Austria and Prussia were to unite in inviting them to make  
1863. a new proposal to the Diet, and would undertake to support it with all their influence at Frankfort. ¶ I read your Lordship's despatch to M. de Bismarck. His Excellency observed that Her Majesty's Government did not seem to have been correctly informed as to the position of the Prussian Government in this question. They had necessarily joined the other Governments of the Confederation in ordering the Execution, and would also be obliged to support it by Prussian troops, if the small Hanoverian and Saxon corps under orders to carry out the Federal Decree of the 1st of October, entered Holstein and met with resistance on the part of the Danish Government. Prussia, therefore, while ready to act up to her Federal duties in case of necessity, could only prevent the Execution by inducing the Diet to take into their favourable consideration the declaration of the Danish Government with respect to the Normal Budget, as a proof of the sincerity of the assurances contained in the Danish answer to the Decree of the Diet of October 1, 1863, and even on that point, he said, much must depend on the language employed in the Danish communication, as, if it were not the same as that which he had agreed with me to consider satisfactory, he might see cause to object to it, without in any way violating his engagements to me, as he did not mean to state to the Diet that Denmark, in what she proposed to do was granting all that the Diet could require from her; but that what he expected her to do, might be accepted as a proof of her sincerity, and as a pledge that in the event of the Diet suspending the Execution, and entering afterwards into negotiations with her, as to the rights of Holstein, she would comply with any reasonable demands which they might address to her. ¶ After these observations I asked his Excellency what prospect there was now of Austria and Prussia fulfilling the condition which your Lordship has attached to any further action on the part of Her Majesty's Government in this question. His Excellency replied that he could only speak for Prussia. All he could say was, that if your Lordship had complied with the suggestion in my despatch of the 5th instant, and if you had written to Sir Alexander Malet in the exact terms of that despatch, so as to bring the matter anew before the Diet in a form which, in his opinion, would have met the objections which they had raised to the previous communication made to them from Copenhagen, through M. de Sydow, the Prussian Government was prepared to give their vote in favour of the proposal, which it was hoped Her Majesty's Government would have made, and to have supported it with all their influence; and he begged me to say that, if Her Majesty's Government would reconsider their decision, and still act upon his suggestion, their offer of mediation would be supported by Prussia, if she stood alone, which he hoped she would not do, as he felt assured she would carry a majority of the Diet with her. ¶ I have thought it right, my Lord, from a mere sense of justice to M. de Bismarck, to go into these details, as I believe him to have acted towards Her Majesty's Government with perfect good faith. Before

closing this despatch I ought to mention that his Excellency has called my attention to the Resolution lately moved by M. Hall in the Danish Rigsraad, that the new Schleswig-Danish Constitution should come into force on the 1st of January next; and he considers that if such a resolution is maintained by Denmark, mediation would be a mockery, for it would be prejudging the question of Schleswig, or the principal point for which mediation is required. ¶ He considers that the maintenance of the *status quo* ought to be urged upon Denmark as an indispensable condition of any mediation undertaken for the arrangement of this long-pending question. ¶ I replied that I could not but admit that there was some ground for this opinion, but that I hoped he would not press a point on which the Danish Government would, probably, not yield, and which was not absolutely essential for securing to Schleswig any reasonable guarantees which Germany had a right to demand for her. &c.

No. 1158.  
Gross-  
britannien,  
14. Nov.  
1863.

*Buchanan.*

---

### No. 1159.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Grafen Platen, betreffend die Bestrebungen Dänemarks, Schleswig zu incorporiren. —

Hanover, November 13 (received November 16), 1863.

My Lord, — Count Platen observed to me to-day, that the Danish Government professed to be animated by feelings of conciliation in respect to their dispute with Germany, but that the conduct of M. Hall was quite inconsistent with these professions, inasmuch as he was pressing forward the adoption in the Rigsraad, and execution of the project of a Common Constitution for Denmark and Schleswig, which was tantamount to an incorporation of the latter Duchy with Denmark. Such a course, his Excellency remarked, could not fail to embitter the dispute, and he therefore trusted the influence of Her Majesty's Government would be exerted at Copenhagen in order to induce the Danish Government to suspend the carrying out of that Constitution. ¶ I have, &c.

No. 1159.  
Gross-  
britannien,  
13. Nov.  
1863.

*Henry F. Howard.*

---

### No. 1160.\*)

**SCHLESWIG-HOLSTEIN (AUGUSTENBURG).** — Proclamation des Herzogs Friedrich. —

Schleswig-Holsteiner! — Der letzte Fürst der dänischen Linie Eures Regentenhauses ist dahin gegangen. ¶ Kraft der alten Erbfolgeordnung unseres Landes und des oldenburgischen Hauses, kraft der Ordnungen, welche die schleswig-holsteinische Landesversammlung in dem Staatsgrundgesetz ausdrücklich bestätigt hat, kraft der von meinem Vater zu meinen Gunsten ausgestellten Ver-

No. 1160.  
Schleswig-  
Holstein,  
16. Nov.  
1863.

\*) Das Thronbesteigungs-Patent König Christian IX. s. No. 1031.

No. 1160. zichtsurkunde \*) erkläre ich hierdurch als erstgeborener Prinz der nächsten Linie des  
Schleswig- oldenburgischen Hauses, dass ich die Regierung der Herzogthümer Schleswig-  
Holstein, 16. Nov. antrete, und damit die Rechte und Pflichten übernehme, welche die  
1863. Vorsehung meinem Hause und zunächst mir überwiesen hat. ¶ Ich weiss, dass diese Pflichten in schwerer Zeit an mich herantreten, ich weiss, dass zur Durchführung meines und Eures Rechts mir zunächst keine andere Macht zu Gebote steht, als die Gerechtigkeit unserer Sache, die Heiligkeit alter und neuer Eide und Eure Ueberzeugung von der Festigkeit des Landes, welches mein Geschick und das Eure vereint. ¶ Ihr habt bis jetzt Ungerechtigkeit ebenso mannhaft getragen, als Ihr mannhaft gekämpft hattet, Ungerechtigkeit abzuwehren. Für das Joch, das man Euch auflegte, gab bis jetzt ein unbestrittenes Recht den Vorwand, denn der König von Dänemark war zugleich Euer Herzog. ¶ Von jetzt an wäre die Herrschaft eines Königs von Dänemark über Euch eine Usurpation und rechtlose Gewaltthat. Und unsere gemeinsame Aufgabe ist es, dieser Herrschaft ein Ende zu machen. ¶ Ich kann Euch jetzt nicht aufrufen, Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Euer Land ist von fremden Truppen besetzt, Ihr habt keine Waffen. ¶ Mir liegt deshalb vor Allem ob, die Regierung des Bundes um Schutz meines Regierungsrechts und Eurer nationalen Rechte anzugehen. Der Deutsche Bund ist niemals der legitimen Erbfolge entgegen getreten. ¶ Die Ordnung, auf welcher die Regierungen Deutschlands ruhen, ist dieselbe, auf der meine Rechte begründet sind. Und die Regierungen Europa's werden der durch die Erfahrung bestätigten Wahrheit nicht widerstehen, dass ein haltbarer Zustand da nicht dauern kann, wo eine willkürliche Rechtsordnung einem Volke gegen seine geheiligten Wünsche, gegen seine von Gott gesetzte Nationalität und gegen sein uraltes Recht aufgedrängt werden soll.

Lauenburger! — Euer schönes Land, Gegengabe für ein Land, dessen Namen ich durch meine Geburt trage, unterliegt dessen Erbfolge, so weit nicht Rechte anderer Glieder meines Hauses und ältere und begründete Rechte deutscher Regentenhäuser daran haften. Ich gebe Euch das Versprechen, dass ich Euer nationales Recht als mein eigenes betrachte und, soweit ich berufen bin, Eure Rechte und Freiheiten beschützen werde.

Schleswig-Holsteiner! — Von der Ueberzeugung durchdrungen, dass mein Recht Eure Rettung ist, gelobe ich für mich und mein Haus, zu Euch zu stehen, wie ich in der Schlacht zu Euch gestanden, mich nicht zu trennen von Euch und unserem Rechte. Und so gelobe und schwöre ich gemäss dem Staatsgrundgesetze: „die Verfassung und die Gesetze der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu beachten und die Rechte des Volks aufrecht zu halten. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort.“

Schloss Dolzig, am 16. November 1863.

Friedrich,  
Herzog von Schleswig-Holstein.

-----  
\*\*) No. 1033. Anl. 1. — Die Ausdehnung des Verzichtes zu Gunsten der gesammten männlichen Nachkommenschaft Herzogs Christian August s. am Schlusse gegenwärtiger Nummer. —  
-----

(Anlage. — Erweiterter Verzicht des Herzogs Christian August. —

Von Gottes Gnaden, Wir Christian August, Erbe zu Norwegen, Herzog zu Schleswig-Holstein, Stormarn und der Dithmarschen wie auch zu Oldenburg etc. thun hiermit kund: In derjenigen Verzichtsurkunde, welche Wir zu Schloss Primkenau am 16. November dieses Jahres über die Erbfolge in den Herzogthümern Schleswig-Holstein u. s. w. ausgestellt haben\*), befanden Wir für nothwendig, nur zu Gunsten Unseres ältesten Sohnes, des damaligen Erbprinzen, nunmehrigen Herzogs Friedrich, Erben zu Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn und der Dithmarschen, wie auch zu Oldenburg u. s. w. Liebden zu verzichten, weil Unser Enkel, der Prinz Ernst Günther Liebden sich noch im kindlichen Alter befindet und die Grundsätze über eine etwa erforderlich werdende Regentschaft nicht zweifellos feststanden. Nachdem diese Grundsätze festgestellt worden sind, so verzichten Wir nunmehr ausser zu Gunsten Unseres ältesten Sohnes, des Herzogs Friedrich, Erben zu Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn und der Dithmarschen, wie auch zu Oldenburg u. s. w. Liebden, auch zu Gunsten des Mannesstammes dieses Unseres Sohnes, sowie nach dem Erlöschen desselben zu Gunsten Unseres zweitgeborenen Sohnes, des Prinzen Christian, Erben zu Norwegen, Prinzen zu Schleswig-Holstein, Stormarn und der Dithmarschen, wie auch zu Oldenburg u. s. w. Liebden und dessen Mannesstammes auf alles Erbfolgerecht, welches Wir an den Herzogthümern Schleswig und Holstein, sowie den zu denselben gehörigen Landen und überhaupt als ein Mitglied des Oldenburgischen Gesammthauses besitzen, und wollen, dass diese Unsere Söhne und deren Mannesstämme in der Erbfolge in den Herzogthümern, sowie in den zu denselben gehörigen und Uns etwa künftig nach den Grundsätzen der Verfassung des Oldenburgischen Gesammthauses anfallenden Landen Uns vorgehen sollen. ¶ Zur Urkund dessen unter Unserer Namensunterschrift und begedrucktem angestammten fürstlichen Insiegel.

Schloss Dolzig, den 25. December 1863.

(L. S.)

C. August, Hz. z. S.-Holstein.

## No. 1161.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichlautend nach Berlin). — Erwartung des Aufschubs der Execution aus Veranlassung des Todes Königs Friedrich VII. —

Foreign Office, November 16, 1863.

My Lord, — The intelligence of the death of the King of Denmark and of the accession of Prince Christian to the Danish Throne will, it is to be hoped, induce the Diet at Frankfort to delay carrying into effect the proposed

No. 1161.  
Gross-  
britannien,  
16. Nov.  
1863.

\*) No. 1033, Anlage. 1.

No. 1161. Federal Execution in Holstein. The new King may fairly claim to be allowed  
 Gross-  
 britannien,  
 16. Nov.  
 1863. time to consider his position, and to decide upon the Ministers whom he shall  
 call to his Council. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1162.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copen-  
 hagen. — Rätlichkeit, den Abschluss der Verfassung für Dänemark  
 und Schleswig hinauszuschieben. —

Foreign Office, November 17, 1863.

No. 1162.  
 Gross-  
 britannien,  
 17. Nov.  
 1863. Sir, — I am informed by your telegram of the 16th instant that while,  
 on the one hand, the Prussian Government are seeking to deter the Danish  
 Government from giving effect to the vote of the Diet in favour of the new  
 Constitution for Denmark Proper and the Duchy of Schleswig, on the ground  
 that it is opposed to the existing engagements of Denmark, and would prejudice  
 the question proposed to be settled by mediation, certain parties in Denmark are,  
 on the other hand, pressing King Christian at once to adopt the Constitution,  
 which you describe as having the popular feeling in its favour. ¶ It appears  
 that the King hesitates what to do, and you suggest that if Her Majesty's  
 Government should be of opinion that the King would do well to delay signing  
 the new Constitution until the international question is settled by mediation, it  
 might be desirable that you should receive instructions on the subject without  
 delay. ¶ Her Majesty's Government are very reluctant to interfere with regard  
 to the Danish Constitution, and therefore I cannot instruct you to urge the King  
 to take a course which may be very unpalatable to his subjects. At the same  
 time, if you are questioned, you may say that as His Majesty desires, doubtless,  
 that the proposed mediation should lead to a good result, the probability of its  
 doing so might be greatly increased if his assent to the Constitution were to be  
 suspended until a settlement of the international question was effected, or at  
 least had made some progress. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1163.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. —  
 Bereiterklärung zur Vermittelung zwischen Deutschland und Däne-  
 mark\*). —

Foreign Office, November 18, 1863.

No. 1163.  
 Gross-  
 britannien,  
 18. Nov.  
 1863. (Extract.) It appears from your telegram of yesterday that on being  
 made acquainted with the indisposition of Her Majesty's Government, as stated

-----  
 \*) In dem Sinne dieser Depesche ergingen gleichzeitig Weisungen an die Gesand-  
 schaften in Frankfurt und Copenhagen. —

in my despatch of the 13th instant, to take any further steps with a view to mediation between Germany and Denmark, in consequence of the refusal of the Diet to avail themselves of it except under conditions to which Denmark would not accede, M. Bismarck observed that the last declaration made by Denmark, if unaccompanied by an offer of mediation, would not prevent the Federal Execution in Holstein from being carried out, and that such Execution at the present time would be attended with great danger, inasmuch as it would be calculated to raise the hopes of the Duke of Augustenburg, and encourage his partizans to support his claims to Holstein. ¶ I have to state to you in reply, that Her Majesty's Government will be quite ready to offer their mediation at Frankfort, if there appears a chance of its being accepted. ¶ With this view I have instructed Her Majesty's Minister at Frankfort to ascertain from the President of the Diet and from the Ministers of Bavaria and Prussia at Frankfort whether the Diet would be disposed to accept the sole mediation of Great Britain in the international questions on which Denmark and Germany are now at issue, namely: 1st, the relations of the Duchy of Schleswig to the Kingdom of Denmark Proper and to the German Confederation; and, 2ndly, the position of the Duchy of Holstein in the Danish Constitution. ¶ I have informed Sir Alexander Malet that if there is a real disposition on the part of the Confederation to accept British mediation, he will be instructed to offer it to the Diet. ¶ I have informed Sir Augustus Paget that the Prussian Government consider that the German Diet will not be disposed to accept the mediation of any other Power except Great Britain for the settlement of the international questions between Denmark and Germany, and I have desired him to ascertain whether the Danish Government would be willing to accept the single mediation of Great Britain. ¶ I have stated to him the same time that Her Majesty's Government have not proposed to France, Russia, and Sweden to join them in offering mediation between the parties. &c.

No. 1163.  
Gross-  
britannien.  
18. Nov.  
1863.

*Russell.*

### No. 1164.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an d. königl. Min. d. Ausw. — Bevorstehende Verwickelungen in Folge des Todes des Königs von Dänemark. —

Frankfort, November 17 (received November 19), 1863.

My Lord, — The death of the King of Denmark is an event likely to create new complications in the Holstein question. ¶ The Diet never recognized the right of Succession to the Danish Throne and the States united under that sceptre, as established by the London Convention of the 8th of May, 1852; and it is more than probable that claims will be put forward on behalf of the family of Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, which that Treaty set aside in favour of the Glücksburg branch of the same family. ¶ The German Diet can pretend to no right of intervention as to the Succession established to the Throne of Denmark Proper, but pretensions may, and probably will, be put for-

No. 1164.  
Gross-  
britannien.  
17. Nov.  
1863.

No. 1164.  
Gross-  
britannien,  
17. Nov.  
1863.

ward in behalf of the Augustenburg Succession to Holstein, and this is the more likely because under that branch the Dukedoms of Holstein and Schleswig were united, and would be so again if that right could be established. ¶ By the Warsaw Treaty of the 5th June, 1851, Russia guaranteed the integrity of the Danish Monarchy, and the London Protocol of 1852 bound the Powers which signed that act to recognize the right of Succession of the Glücksburg branch to the Throne, but did not adopt the Russian guarantee. ¶ The German Diet may say that Christian IX has no hereditary rights as Duke of Holstein, and argue that as the Duke of Holstein is also Duke of Schleswig, neither can His Danish Majesty be Duke of the latter province. ¶ It is worthy of notice that some of the German papers are already insisting on the necessity of pressing the Execution in Holstein as much as possible, in order to prevent the establishment of the new King of Denmark's authority as Duke in that Province. ¶ Your Lordship is aware of the protection and countenance which the Augustenburg family have always found in Prussia, and although that Government signed the Treaty of London it is generally believed in Germany that the Berlin Cabinet would see with pleasure any opening for the establishment of the ancient hereditary rights of that House in Holstein and Schleswig. ¶ It is quite certain that other members of the Diet (Bavaria may be specially instanced) have looked forward to the possibility of the event which has now happened, by the death of the King of Denmark, as giving occasion to assert the Augustenburg claims; and Her Majesty's Government must, I apprehend, be prepared to see them put forward in this conjuncture in some shape that will add to existing political embarrassments. ¶ I have already tried to impress on the members of the Diet with whom I have spoken on this subject, that the accession of King Christian IX imposes on the Diet the duty and necessity of delay in the measure of Execution, by the strongest motives of international comity and prudence. ¶ I have, &c.

*A. Malst.*

## No. 1165.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Hoffnung einer günstigen Wendung der deutsch-dänischen Frage in Folge des Todes des Königs von Dänemark. —

Vienna, November 18 (received November 20), 1863.

No. 1165.  
Gross-  
britannien,  
18. Nov.  
1863.

My Lord, — On the arrival of the news of the death of Frederick VII, King of Denmark, Count Rechberg expressed himself to me hopefully that this event, sad in itself, might have a favourable effect on the Holstein affair, as His Majesty's successor, as heir presumptive, had never approved the policy pursued of late years in the affair of the Duchies and had always been desirous for the adoption of conciliatory measures. At the same time his Excellency seemed apprehensive lest the ultra-Danish party at Copenhagen should force the new King to abandon the principles which he has heretofore professed. I have urged his Excellency to take measures at Frankfort and elsewhere that would



at all events retard the projected Execution, and allow the King time to consider his position and form his Ministry. He assured me, as I have already reported to your Lordship by telegraph, that he had written in a conciliatory sense to Frankfort and Cöpenhagen, and he is evidently desirous to exert the influence of Austria in arresting, as far as lies in his power, any complication that may arise in consequence of the demise of the Crown. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

### No. 1166.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Ansicht des Grafen Platen über die Lage und den Londoner Vertrag. —

Hanover, November 18 (received November 20), 1863.

(Extract.) — Count Platen replied that his opinion was that time ought to be allowed to the new King, and that the Execution ought to be suspended, on the express condition, however, that his Majesty should promise to withhold his sanction to the Project of Common Constitution for Denmark and Schleswig which had been passed by the Rigsraad, and which involved an incorporation of the latter Duchy with Denmark, and his Excellency engaged to support this view at the Diet. At the same time he begged me to convey to your Lordship his hope that Her Majesty's Government would recommend King Christian not to give his sanction to the Project of Common Constitution, for, were His Majesty to do so, the Federal Execution must inevitably take place. Your Lordship will be aware that the Hanoverian Government by an Act dated the 18th of December, 1852, acceded to the Treaty of London of the 8th of May of that year, regulating the Succession in the whole Danish Monarchy. The Hanoverian Government, Count Platen assured me, would not fail to observe the engagements they had contracted by that Act. &c.

*H. Howard.*

### No. 1167.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Cöpenhagen. — Bedauern der Sanction der neuen Verfassung. —

Foreign Office, November 20, 1863.

Sir, — Her Majesty's Government have learned with regret that the King of Denmark has signed the Constitution for Denmark and Schleswig, but it is possible that in the circumstances this step could not be avoided. ¶ It would, perhaps, be desirable that His Danish Majesty should issue a Proclamation assuring his subjects of German race that they will enjoy equally with the Danes the privileges of freedom and his Royal protection. ¶ His Majesty might also notify to the Powers who signed the Treaty of London his accession

No. 1167. to all the States which were united under the sceptre of the late King.  
 Gross- ¶ I am, &c.  
 britannien,  
 20. Nov.  
 1863.

*Russell.*

### No. 1168.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
 — Vorgänge in Copenhagen; Unterzeichnung der neuen Verfassung. —

Copenhagen, November 18 (received November 23), 1863.

No. 1168.  
 Gross-  
 britannien,  
 18. Nov.  
 1863.

(Extract.) King Christian IX could hardly have come to the Throne at a moment when more important consequences were dependent on his first acts than now. If the illness which proved fatal to His late Majesty had commenced a week later, it is probable that the new Constitution for Denmark and Schleswig, upon which the whole situation now turns, would have received the Royal sanction. King Christian would have succeeded to an accomplished fact, and His Majesty would have been relieved from the embarrassing alternative of placing himself, at the outset of his reign, in opposition to the wishes of his subjects, as in the last days most unmistakeably expressed, or of appending his signature to a measure the policy of which His Majesty disapproves. ¶ No sooner had the death of Frederick VII become known than the question which was universally asked was, „What will the King do as regards the new Constitution?“ „Will he sign it, or will he refuse to do so and dismiss the Ministry?“ The newspapers which appeared on Monday morning touched upon this question in the articles which they dedicated to the memory of the late King, and gave it clearly to be understood that on the decision which should be taken depended the manner in which the Danish people would receive their new Sovereign. The crowd which was assembled in front of the Palace of Christiansborg on the King being proclaimed, loudly manifested their sentiments in the same sense, and demonstrations in favour of the new Act likewise took place both amongst the Military and the Burgher Guard on the occasion of their swearing allegiance. Nor are these the only indications of the public feeling. ¶ The Rigsraad, waiting until His Majesty shall have taken his decision, has as yet made no reply to the Royal message, of which I transmitted to your Lordship a translation in my despatch of yesterday's date. The Municipality of Copenhagen, who waited upon the King yesterday to offer their felicitations on His Majesty's accession to the Throne, distinctly expressed their hope, as your Lordship will see in the translation of their Address, which I herewith inclose, that His Majesty would give the Royal assent to the measure in question, and thus commence his reign by an act which would endear them to all his subjects. On the deputation leaving the palace the carriages were surrounded by those waiting outside, who eagerly inquired to know His Majesty's answer. A translation of the answer is likewise herewith inclosed. Meetings of the Municipalities in all the principal towns are taking place for the purpose of drawing up Addresses in a similar spirit. In short, it may be said that there is but one universal feeling upon the subject, and so strong does it suddenly appear to have

become that it is, perhaps, no exaggeration to assert that upon the decision now to be taken by the King depends not only His Majesty's future popularity with his subjects, but consequences of a far graver import as affecting Monarchical institutions in this country. ¶ But the question may be asked, how is it that the public feeling has risen to this pitch, and why has it never before been manifested during the time that the Constitution has been the subject of discussion in the Rigsraad, and while it seemed doubtful whether it would be adopted by that Assembly? The answer to this question is simply this: — ¶ So long as Frederick VII was alive, and M. Hall was at the head of affairs, the country had every security, whatever might be the fate of this particular measure, that the national policy would be faithfully adhered to. M. Hall might then have withdrawn the project of Constitution altogether, or he might have suspended it for the time being, and no commotion would have taken place, for people would have felt that in his hands the interests of the country would have been upheld, and the national policy have still been steadily kept in view. ¶ It is not to the Constitution as an internal measure, not as a measure which gives a more or less amount of political importance to the masses, but as one which draws the kingdom and Schleswig into closer alliance, that the present excitement is to be attributed. This act is looked upon as the one which is to ensure the non-German portions of the Monarchy from encroachments on the part of the Confederation, and it is to test the sentiments of the new Sovereign in defence of this principle that the pressure now put upon His Majesty arises. ¶ If His Majesty yields while it is yet confined to a warning, and has not assumed the shape of menace, the effect will be immense, and the reaction in His Majesty's favour in proportion. He will gain a place in the affections of his subjects which will not be easily destroyed, and which will give him power to work great good. But should the delay be too long, or should His Majesty finally adopt a different decision, I cannot but be most apprehensive of what may happen. ¶ The only possible transaction would be if M. Hall would take the responsibility upon himself of announcing to the Rigsraad that under present circumstances, and in order not to prejudge the result of the coming negotiations, he had advised the King temporarily to suspend his signature; but in view of his Excellency's declarations in the Rigsraad, and of the clause which he recently inserted in the Constitution giving it force from the 1st of January next, it is almost impossible that he should adopt this course, and perhaps, indeed, it is now too late that even this should be successful. etc.

No. 1168.  
Gross-  
britannien,  
18. Nov.  
1863.

*A. Paget.*

*P.S. — Since this despatch was written the King has signed the Constitution.*

---

## No. 1169.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.

— Preussens Remonstration gegen die neue Verfassung. —

Copenhagen, November 18 (received November 23), 1863.

No. 1169.  
Gross-  
britannien,  
18. Nov.  
1863.

(Extract.) The Prussian Minister called upon me the day before yesterday, and told me he had just communicated a despatch to the Danish Government respecting the new Constitution for Denmark and Schleswig. He briefly relatet the contents of the despatch, but it is not necessary that I should here repeat them, as, according to M. de Balan, a similar despatch has been presented to Her Majesty's Government. ¶ M. de Balan was anxious that I should support the representation he had made either by communication with M. Hall, or by asking an audience of the King, and urging His Majesty to suspend for the present his sanction to the act in question. ¶ I informed M. de Balan that I should do nothing of the kind without instructions from Her Majesty's Government. Moreover, I could not conceal my astonishment that the Prussian Government should have made a communication of this nature, and more particularly at this moment. Nothing, I said, which had passed in the negotiations with M. de Bismarck could lead to the belief that he objected to the Constitution in question. ¶ There had never been a word said by him about it, as far as I knew, either to Her Majesty's Ambassador or to the Danish Minister; that all that had passed had been with respect to the Normal Budget, and that respecting this, everything which M. de Bismarck had required had been fulfilled by the Danish Government. In the first instance he desired that the Danish Government should make a declaration of their intentions on this subject to him, when he would communicate them to the Committee, and recommend them to its favourable consideration; he then ascertained that this was not sufficient, and required that the Danish Government should themselves take the initiative at Frankfort; this was likewise acceded to, and now at the eleventh hour when the measure had passed the third reading of the Rigsraad, and required only the signature of the King to become law, he came with a remonstrance against the new Constitution. The project of this Constitution had, I continued, been under discussion for the last six weeks, and the proper time to have objected to it was while it might still have been possible to arrest its further progress, and not when it had been discussed for the last time. Such a mode of proceeding was strange, to say the least of it. ¶ M. de Balan admitted that it would have been better to have remonstrated earlier, but that that was not his fault, as he was on leave. ¶ M. de Balan spoke in laudatory terms of M. de Bismarck's desire to contribute to an amicable solution of the question, but that he was thwarted by the Danish Government, who, at the moment he was using his best endeavours at the Diet to smooth matters and prevent the Execution, were giving a fresh cause for provocation by their Project of Constitution. He did not mean to say that the Execution would take place in consequence of this Constitution, but it was no doubt an aggravation of the existing situation, and made it very difficult for Prussia, who had been good enough to take upon herself the part of

mediator, as it were, between the Diet and the Danish Government, to give effect to her conciliatory policy. ¶ I replied that if the Diet intended to proceed on legal grounds, the Constitution could have no influence over the Execution, one way or another; if on illegal, I could understand the Constitution being made use of as a pretext, but it could never be admitted as a justification. But, I continued, so little reason was there for supposing that M. de Bismarck would object to the Constitution, that, as far as I was myself concerned, I must own that I thought it would establish the very state of things which he was desirous of seeing introduced. In support of this I quoted a letter from Sir Andrew Buchanan, in which his Excellency says that M. de Bismarck's idea is that, in order to clear the ground properly for a mediation on the international question, all arrangements between Holstein and the other parts of the Monarchy should cease, so that, to use his (M. de Bismarck's) own words, an independent Denmark to the Eider, and an independent Holstein to the same river, should be provisionally established. This had not only been said, I continued, to Her Majesty's Ambassador, but also to the Danish Minister, for I had myself seen the despatch in which he had reported it. With what show of reason, therefore, I inquired, could M. de Bismarck now come and accuse the Danish Government of adding to existing complications, when the measure they had brought in was precisely in accordance with his own views, as stated not more than three weeks ago? ¶ M. de Balan could only reply that he was not aware that M. de Bismarck had spoken in this sense, and that he must admit the contradiction between what was then said and the step he had now been directed to make. For himself he could only be guided by his official instructions. &c.

*A. Paget.*

---

### No. 1170.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Unterhaltung mit den Gesandten von Oesterreich und Preussen in Betreff der neuen Verfassung. —

Copenhagen, November 19 (received November 23), 1863.

(Extract.) I have had some conversation with my Austrian and Prussian colleagues relative to the Constitution for Denmark and Schleswig, in which I have made use of the following observations with the view of inducing them to modify the effect which may be produced on their Governments by the fact of the King's sanctioning this act. I have said that it ought to be taken into consideration that this project had been drawn up and brought to maturity without any participation on the part of His Majesty, who, it was well known, was opposed to the policy it indicated; that on ascending the throne His Majesty had found it complete, less his signature, which, unless he was prepared to encounter a revolution and to risk his crown without support from any quarter, it would be impossible for him to withhold; that they were perfectly well aware that there were no means of stemming the popular feeling on this subject at this

No. 1170.  
Gross-  
britannien,  
19. Nov.  
1863.

No. 1170.  
Gross-  
britannien,  
19. Nov.  
1863.

moment; that there was no possibility of forming another Ministry which would have any chance of remaining a week in office; that moreover the Constitution in question was objectionable, or not, according to the use which might be made of it. I did not attempt to deny that its tendency under the present Government might be towards incorporation; but in the event of His Majesty changing his Cabinet, which would not be at all impossible for him to do when once his own position was secure, measures of a liberal character might be introduced into Schleswig which would entirely counteract its incorporating tendencies. ¶ As affecting the engagements of 1851-52 and the proposed international negotiations, it was no worse than the existing Constitution of 1855, for if the decision of the Conference was in favour of a Common Constitution, that of 1855 would have to be altered, just as much as the new one. It was to be hoped, therefore, that the German Governments would reflect on these circumstances maturely, and would, at all events, give the new Sovereign of this country the benefit of a little time. ¶ Baron Brenner, the Austrian Minister, seemed the best disposed to listen to these views. He said he had been from the first so opposed to the new Constitution that he could not undertake now to say much in its favour, but he promised to make a faithful report to his Government of the difficulties by which the King was surrounded. He said that once the Constitution was signed, His Majesty would be bound to the policy of the National party, and he should not have much confidence in his ability to change his Ministers or to introduce changes in Schleswig. &c.

*A. Paget.*

### No. 1171.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Vorgänge in Holstein in Veranlassung des Thronwechsels. —

Copenhagen, November 19 (received November 23), 1863.

No. 1171.  
Gross-  
britannien,  
19. Nov.  
1863.

My Lord, — The Government is not without apprehension of some movement in Holstein, and they have taken precautions to repress it at once. ¶ They have received information to-day of a Proclamation issued by the Duke of Augustenburg claiming the Holstein Succession; they have also heard from Frankfort, that several of the smaller Governments intend to support his pretensions at the Diet. His party in Holstein appears to be not without consideration. ¶ Pending the issue of all those complications, it is well that the King should have made sure of his Danish subjects at all events. ¶ A meeting of the Holstein Estates, with the presumed object of protesting against the Succession of King Christian, was summoned in Kiel; but having been forbidden by the police, it did not take place. ¶ It may probably be looked for at Hamburgh, or in some place outside the Danish frontier. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

## No. 1172.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Das englische Vermittelungsersbieten betreffend. —

Copenhagen, November 19 (received November 23), 1863.

My Lord, — M. Hall having been engaged with the King, I was unable to see his Excellency to-day for the purpose of submitting to him your Lordship's question as to whether the Danish Government would accept the mediation of Great Britain only, but I informed M. Vedel, the Under-Secretary, of your Lordship's inquiry, and requested him to let me know M. Hall's reply as soon as possible. ¶ I have just received a note from M. Vedel saying, that as the King has already accepted the invitation to the Congress, which amongst other things will occupy itself about the Dano-German question, M. Hall is unable to give an answer to the present proposal of Her Majesty's Government before having submitted it to the King and conferred with his colleagues. As soon as His Majesty shall have taken a decision I am to be immediately informed. ¶ I have, &c.

No. 1172.  
Gross-  
britannien,  
19. Nov.  
1863.

*A. Paget.*

## No. 1173.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Ansicht des Grafen Rechberg von der Lage. —

Vienna, November 19 (received November 23), 1863.

(Extract.) — Count Rechberg said that the situation of things had been aggravated by the King of Denmark having, contrary to the wishes expressed at Vienna and Berlin, signed the new Constitution, an act which may be considered tantamount to the incorporation of Schleswig, and which unfortunately would render the Execution inevitable. ¶ With regard to the Augustenburg claim itself, Count Rechberg said that the Duke had many years ago received a large pecuniary indemnity, on the understanding that he should abdicate all rights to the Duchies to which his son now lays claim, and that the opinion of Prince Schwartzberg, at the time of the negotiation of the Protocol of London of May 1852, based on good legal authority, was, that the Duke's claim to the Duchies could only come after those of the Emperor of Russia, who, he remarked to me, consented to waive them in order to facilitate an arrangement that would ensure the integrity of the Danish Monarchy, but had specially reserved his prior rights to the Duchies in the event of a claimant to them coming forward at any future time. &c.

No. 1173.  
Gross-  
britannien,  
19. Nov.  
1863.

*Bloomfield.*

## No. 1174.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Die Vorgänge der letzten Tage und das englische Vermittelungsersuchen betreffend. —

Berlin, November 19 (received November 23), 1863.

No. 1174.  
Gross-  
britannien,  
19. Nov.  
1863.

(Extract.) — I called on M. de Bismarck and read to him, in conformity with your Lordship's instruction, your despatch of the 13th instant, wherein you state that Her Majesty's Government cannot expose themselves to another refusal of their suggested mediation; and that it would not be enough that Prussia should support the proposal of Great Britain, or that the Diet should put forth conditions to their assent which Denmark would refuse. ¶ In the course of the day I was informed that the hereditary Prince of Augustenburg had arrived at Berlin, and was about to proceed to Hamburg; and I called again at the Foreign Office to express a hope that the Government would endeavour to prevent his Highness from exciting any insurrectionary movement in Holstein. ¶ M. de Thile said he had just received the same intelligence, and that he would lose no time in calling M. de Bismarck's attention to it, and that he had no doubt the King would use his influence with his Highness to prevent him taking any steps of a violent nature in support of his claims. ¶ In the course of the evening telegrams arrived reporting the opposition which had been made at Frankfort to the Danish Minister's continuing to sit for Holstein in the Diet; and next morning the Danish Minister here called on me to express his alarm lest the Diet might convert the Execution into a means of occupying Holstein federally, while a litigation was begun at Frankfort which might last for years, upon the various claims which might be put forward to the sovereignty of the Duchy. ¶ I telegraphed M. de Quaade's apprehensions to your Lordship, and afterwards having called at the Foreign Office I learnt from M. de Thile that Baron Kubeck and M. de Sydow had found it necessary to comply with the opinion of the majority of the Diet as to the exclusion of Baron Dirckinck from their sittings. ¶ He also told me that the Prince of Augustenburg had called on M. de Bismarck in the course of the morning, to state that he had never renounced his claims upon the Duchy of Holstein, and that he did not intend to do so. ¶ M. de Thile said that his Excellency had replied that it was not necessary for him to enter into any discussion upon the merits of his Highness' claims, as he could remind him and the Southern Governments of Germany, which were moving in this question, that Austria and Prussia had both signed the Treaty of 1852. ¶ On leaving the Foreign Office I communicated the substance of M. de Bismarck's message to your Lordship by telegraph, and as I received a telegram from your Lordship in the afternoon stating that Her Majesty's Government would be willing to offer their mediation in the Dano-German question if they could be satisfied that there was a chance of its being accepted, I lost no time in communicating this information to M. de Bismarck. ¶ I have also had some conversation with his Excellency on the subject this morning, when he said that



he had no confidence in a mediation being accepted, not only because many members of the Diet had declared themselves favourable to the pretensions of the hereditary Prince of Augustenburg to the Ducal Crown of Holstein, but also because the King of Denmark, by giving his assent to the new Constitution for Schleswig-Holstein, had weakened the position in the Diet of Austria and Prussia, and the other States who may have wished to maintain the integrity of the Danish Monarchy; and he stigmatized the act of the King as a formal declaration to Germany that he had come to the Throne with a determination to treat with contempt the engagements which his Government had entered into with the Confederation. I said that I could not see how the situation was changed, and what difference it could make whether the common affairs of Schleswig and Denmark were administered by the old Constitution or by the new one, the principle on which they were formed, as far as the Kingdom or Schleswig were concerned, being nearly the same; but if he meant to say that the pretensions of the Prince of Augustenburg had changed the position of affairs, and that an Execution might consequently take place, the question became much more serious, as the King of Denmark would then probably resist the Execution in order to defend his rights to the Succession as the Sovereign of Holstein, acknowledged under the Treaty of 1852, and as the legal Representative of the rights of the Emperor of Russia as Prince of Holstein-Gottorp. ¶ As war might therefore become inevitable, it appeared to me that if a mediation had been expedient before the death of the late King of Denmark, it had become much more so now. Be that however as it may, I said that only three days ago he had asked me to urge Her Majesty's Government to offer their mediation at Frankfort, and your Lordship having informed me, in reply to my representations, that Her Majesty's Government would be willing to do so, if they saw that there was a chance of their offer being accepted, I wished to know what I should report to your Lordship in answer to that communication. He said that if the mediation is offered, Prussia „will vote and plead for its acceptance,“ and that the Diet may yet accept it. ¶ He hoped, therefore, Her Majesty's Government would not be deterred from making such an offer by a fear of its being rejected, though, under present circumstances, he did not feel the same confidence which he had done a few days ago that it would be accepted. &c.

No. 1174.  
Gross-  
britannien,  
19. Nov.  
1863.

*Buchanan.*

---

### No. 1175.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Weiteres über das englische Vermittelungsangebot. —

Berlin, November 21 (received November 23), 1863.

(Extract). With reference to my despatch of the 19th instant, but which I did not forward on that day in consequence of the messenger Seymour having been detained at St. Petersburg, I have the honour to inform your Lordship that I yesterday read to M. de Bismarck your Lordship's despatch of the

No. 1175.  
Gross-  
britannien,  
21. Nov.  
1863.

No. 1175. 18th instant, acquainting me that Her Majesty's Government, for reasons therein mentioned, will be ready to offer their mediation at Frankfort, if there appears any chance of its being accepted. ¶ Your Lordship also states that with this view you have instructed Her Majesty's Minister at Frankfort to ascertain from the President of the Diet, and from the Ministers of Bavaria and Prussia at Frankfort, whether the Diet would be disposed to accept the sole mediation of Great Britain in the international questions on which Denmark and Germany are now at issue, namely, first, the relations of the Duchy of Schleswig to the Kingdom of Denmark and to the German Confederation, and, secondly, the position of Holstein in the Danish Constitution. ¶ M. de Bismarck said that the introduction of Prussia in the first question stated by your Lordship was an error, and I replied that though I did not venture to alter the text of your Lordship's despatch, Prussia might possibly have been mentioned from some misapprehension as to the part she had taken in the events of 1848 and the following years. But if he did not otherwise object to the basis laid down by your Lordship the error could be corrected, and I supposed he would lose no time in instructing M. de Sydow to give a favourable answer to Sir Alexander Malet's inquiries, and to endeavour to induce his Austrian and Bavarian colleagues to do so likewise. ¶ M. de Bismarck said, whether Prussia had acted wisely or not in signing the Treaty, she would abide by it, but more she could not do for a Power which had acted towards Germany as Denmark had done, and the King of Denmark would now be called upon to fulfil strictly the engagements which he had contracted towards Germany. ¶ He also mentioned that instructions would be sent to M. de Sydow to vote for the admission of the Danish Minister to the sittings of the Diet. ¶ He said, however, that if the mediation did not take place the Execution would be carried out immediately; and that the Prussian Military Commissioner would leave in the evening for Frankfort, to concert measures with his Saxon and Hanoverian colleagues for supporting the Saxon and Hanoverian troops in case of those corps being resisted which have been appointed to execute the Federal Decree of the 1st of October. etc.

*Buchanan.*

No. 1176.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Die Ereignisse der letzten Tage betreffend. —

Frankfort, November 20 (received November 23), 1863.

No. 1176.  
Gross-  
britannien,  
30. Nov.  
1863.

(Extract.) The Proclamation of Prince Frederick of Augustenburg to the inhabitants of Holstein, Lauenburg, and Schleswig, which has doubtless been brought to your Lordship's notice, has been followed by the recognition of his rights to those Duchies by several German Governments, and among others by that of Baden, which State has permitted (as I learn from good authority) M. Mohl representing Baden in the Diet, to accept letters of credence from this pretender to the Ducal Crowns of Schleswig and Holstein, as his Envoy. ¶ M.

Mohl, as I am told, will demand to be recognized as Duke Frederick's Envoy in the next sitting of the Diet. ¶ The usual course is for new letters of credence to be given to the President, who announces their reception to the Diet. ¶ I understand that his Excellency declined to receive these letters from M. Mohl; that consequently that gentleman will move the Diet to accept them, and that they will be referred to a Committee. ¶ A similar proceeding will, I am told, be adopted when M. de Dirckinck-Holmfeld presents his letters of credence from King Christian IX as Duke of Holstein. ¶ It is industriously set about that Prussia declares herself exonerated from the obligations of the London Protocol of 1852, in consequence of the non-fulfilment by Denmark of the engagements entered into by the Royal Government with Austria and Prussia when acting on behalf of the Diet. ¶ In short, extraordinary means of agitation are adopted to stir up an already strongly-rooted feeling in behalf of German rights, against alleged Danish encroachments and denials of justice. ¶ A motion was made and carried unanimously yesterday in the Legislative Assembly of the Free State of Frankfort to instruct their Representative in the Diet to support the Augustenburg claims, and a Member said that if the Governments would not, the people would take matter in hand. etc.

*A. Malet.*

---

## No. 1177.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Verhältniss des Deutschen Bundes zum Londoner Vertrag. —

Frankfort, November 21 (received November 23), 1863.

My Lord, — I had the honour this morning to receive your Lordship's despatch of the 9th instant, drawing my attention to the fact of the two Great German Powers having signed the Treaty of London of May 8, 1852, and that Hanover\*), Saxony\*\*), Wurtemberg\*\*\*), and Oldenburg†), acceded to that Treaty. I must, however, specially draw your Lordship's attention to the fact that the Diet never had the Treaty presented to them, and consequently could not have acceded to it; and this fact is now prominently urged. ¶ Your Lordship will perceive by previous reports of my conversations with members of the Diet, that I drew arguments in support of my opinions from the existence of that Treaty, with the object and terms of which I have been necessarily familiar in the long series of years that the Danish question has been before the Diet. ¶ It can hardly be a novelty to your Lordship to learn that the blame of the non-communication of the Treaty of 1852 to the Diet is imputed to Denmark. ¶ Austria, as is asserted, made a formal overture to the Copenhagen Cabinet to lay the Treaty before the Diet, which, from reasons I am not thoroughly ac-

\*) No. 1008.

\*\*) No. 1010.

\*\*\*) No. 1009.

†) Ungenau, vergl. No. 1013 bis 1017.

No. 1176.  
Gross-  
britannien,  
20. Nov.  
1863.

No. 1177.  
Gross-  
britannien,  
21. Nov.  
1863.

No. 1177. Gross-  
britannien,  
21. Nov.  
1863. acquainted with (but which are said to have been based on the apprehended opposition it would encounter), the Danish Government purposely, or carelessly, neglected to do. ¶ From whatever cause the omission arose, it is, under present circumstances, a matter to be greatly deplored, as complicating questions already sufficiently embroiled. ¶ The German papers are now asserting that Austria and Prussia signed but did not ratify the Treaty, and that Denmark's breach of faith in incorporating Schleswig, as is asserted to be effected by the new Common Constitution, releases all the German parties to the Treaty from their engagements. ¶ I have, &c.

*A. Malet.*

### No. 1178.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Das englische Vermittelungserbieten betreffend. —

Frankfurt, November 21 (received November 23), 1863.

No. 1178. Gross-  
britannien,  
21. Nov.  
1863. (Extract.) — Your Lordship will understand that although I might succeed in obtaining favourable assurances from the Envoys of Austria, Prussia, and Bavaria, whom I have consulted as to the dispositions of their respective Governments in view of British mediation between Germany and Denmark, and although strongly favourable expectations might be indulged thereupon, there would be no certainty thereby afforded of the Diet's admitting our proposition, even if it had the approval of the three chief States of Germany. ¶ Moreover, whenever the proposal is laid before the Diet, a delay of from ten to fourteen days would be required before the Envoys could obtain the instructions of their several Cabinets, so that under the most favourable circumstances, and with all the diligence I can possibly exert, your Lordship must be prepared to wait some time for any positive result. ¶ In the meantime, the knowledge that Her Majesty's Government takes so deep an interest in the matter is doubtless producing an effect, and nothing will be precipitated.

*A. Malet.*

### No. 1179.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Dresden an den königl. Min. d. Ausw.  
— Stellung Sachsens zu dem Londoner Vertrage. —

Dresden, November 21 (received November 23), 1863.

No. 1179. Gross-  
britannien,  
21. Nov.  
1863. My Lord, — As soon as possible after receiving your Lordship's telegram I saw M. de Beust upon the subject of which it treated. He declined to state definitively the course which the Saxon Government might feel itself called upon to follow in respect of the Schleswig-Holstein Succession question. He observes that in the answer given by this Government to the despatch of Lord Malmesbury of October 22, 1852, which answer was forwarded to the Foreign Office by this Mission of December 13, 1852, a reservation was intro-

duced, according to which the Saxon Government holds itself not only at liberty, but obliged, to consult with other German Powers, and especially to consider its obligations before taking any decision upon the question in the aspect which it has now assumed. His Excellency observed that the Danish Government had repudiated the engagements which she had entered into with Germany on this question in 1851, and that its very last act, by which the Duchy of Schleswig was incorporated with the Kingdom of Denmark, was in direct opposition to these engagements. On these grounds he held that the German Powers were at liberty to take up, *de novo*, the question of Succession now raised, and that until it was settled the Confederation could not, in his opinion, receive a Minister accredited by the King of Denmark. ¶ Being anxious to save this post, I did not enter into any argument on the subject with M. de Beust, but hastened home to give your Lordship this brief outline of his Excellency's reply. ¶ I have, &c.  
*Ch. A. Murray.*

No. 1179.  
Gross-  
britannien,  
21. Nov.  
1863.

---

### No. 1180.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Carlsruhe an den königl. Gesandten in Stuttgart. — Ansicht der badischen Regierung über die neueste Wendung. —

Carlsruhe, November 18, 1863.

Sir, — Baron de Roggenbach stated to me in conversation respecting the death of the King of Denmark, that he regarded that event as one of very grave importance. ¶ It introduced, he said, a new element into the Schleswig-Holstein question, namely, that of the Succession to those Duchies. He had always been opposed to a Federal Execution in Holstein in the general interests of peace, and this Government had voted against it, because they felt themselves strong enough to do so, but the question now assumed a very different aspect. ¶ Baron de Roggenbach believes that the son of the Duke of Augustenburg will assert his right to succeed to the Duchies, and if he does neither this Government nor any other German Government will, he is firmly convinced, be able to do otherwise than give him their cordial support. ¶ I have, &c.

No. 1180.  
Gross-  
britannien,  
18. Nov.  
1863.

*Evan P. M. Baillie.*

---

### No. 1181.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Ansichten des Grafen Platen von der Lage. —

Hanover, November 20 (received November 23), 1863.

(Extract.) Count Platen expressed to me to-day his regrets that King Christian of Denmark had given his sanction to the Common Constitution for Denmark and Schleswig lately voted by the Rigsraad. ¶ I replied that the German Powers must, in part at least, be held responsible for this act, because by

No. 1181.  
Gross-  
britannien,  
20. Nov.  
1863.

No. 1181.  
Gross-  
britannien,  
20. Nov.  
1863.

threatening an Execution they had deeply irritated the national feeling in Denmark, and had occasioned that pressure to which His Majesty had no doubt been obliged to yield, in order to avoid more serious consequences. ¶ I remarked that unless the Diet previously recognized the right of Succession of King Christian in the German Duchies, an Execution in Holstein would assume more the character of a seizure and of an attack upon the integrity of the Danish Monarchy than of a mere Federal measure, and would involve an indefinite occupation, and that I doubted the non-German Powers, parties to the Treaty of London of May 1852, viewing it with indifference. ¶ His Excellency said that the question of the admission of a Representative at the Diet of King Christian for the German Duchies would be the first question to be decided upon, and that the occupation would certainly be prolonged until every demand of the Confederation had been complied with. I inferred, however, from his language that he considered the Execution ought now in any case to take place. ¶ I had then some conversation with his Excellency on the proclamation of the hereditary Prince of Augustenburg of the 16th instant, announcing his Succession to the Government of the Duchies of Schleswig-Holstein, and telling the Lauenburgers that their Duchy followed the same order of Succession — as well as on the recognition of His Highness's pretensions by the Governments, as it has been reported, of Saxe-Coburg, Saxe-Weimar and Saxe-Meiningen, and Baden. ¶ I reminded his Excellency that the Prince was debarred from the Succession not only by the International Treaty of May 1852, to which Austria and Prussia were parties, and to which other German States such as Hanover and Wurtemberg had acceded, but also by the Act of Cession of his estates signed by the Duke, his father, at Frankfort on the 30th of December, 1852, the 3rd Article of which says: "We moreover promise, for us and our family, not to undertake anything whereby the tranquillity of His Majesty's dominions and lands might be disturbed, nor in any way to counteract the resolutions which His Majesty may have taken, or may in future take, in reference to the arrangement of the Succession to all the lands now united His Majesty's sceptre, or to the eventual organization of his monarchy." The Act, I said, contained other provisions equally stringent. The hereditary Prince was of age when this Act of Cession took place, having been born in 1829, but had never protested against it, and had partaken of its benefits and was consequently bound by it. Nor was he justified in invoking in his proclamation any subsequent renunciation in his favour of the Duke his father, for the latter had no rights left to renounce. The Prince being represented as the legitimate Successor to the Duchies, I mentioned another ground which, if I was correctly informed, existed for his exclusion and which was founded on German law, viz., the fact of his mother, a Countess Daneskiold, not being of equal birth. ¶ I then referred to the assurance which his Excellency had given me, that the Hanoverian vote at the Diet would be given against the motion of the Saxe-Coburg Government in favour of the pretensions of the Hereditary Prince of Augustenburg; and said that I took it also for granted that Hanover would oppose the motion of Baden, which he had told me was for the non-admission of the Representative of King Christian

into the Diet. ¶ His Excellency answered that Hanover would follow in this matter the course that might be adopted by Austria and Prussia, who were parties to the Treaty of May 1852; and he hinted that whilst the question of the rights of His Danish Majesty was under consideration, the exclusion of his Representative might perhaps be expedient. ¶ As regards the Duchy of Lauenburg it is difficult to see how the Prince of Augustenburg, even if not otherwise debarred, could have any claims to it, as it was made over to Denmark by Prussia in 1815, in exchange for Swedish Pomerania, which had been ceded to her as a compensation for the loss of Norway. ¶ I beg to call your Lordship's attention to the fact that, like some German Princes, the German independent press, and the public for the most part, espouse the cause of the Prince of Augustenburg, and put forward the convenient argument that Austria and Prussia are not, as members of the Confederation, bound by the engagements they contracted as great Powers under the Treaty of 1852. ¶ Should, therefore, the non-German Powers, parties to that Treaty, not be disposed to take timely and vigorous measures for upholding its stipulations in favour of the integrity of the Danish Monarchy, we must be prepared for a German crusade with a view to wresting the Duchies of Schleswig, Holstein, and Lauenburg from Denmark. &c.

*Henry F. Howard.*

No. 1181.  
Gross-  
britannien,  
20. Nov.  
1863.

### No. 1182.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin, Dresden, Hannover, Stuttgart, Copenhagen und Frankfurt). — Den Londoner Vertrag betreffend. —

Foreign Office, November 23, 1863.

My Lord, — Her Majesty's Government have learned, with much regret, by a telegram received from Sir A. Malet, that the claims of Prince Frederick of Augustenburg to the Duchies of Schleswig and Holstein have been brought before the Diet of the German Confederation by the presentation to that Body, by the Baden Minister, of credentials as Envoy of the Prince; and that the question raised by this proceeding has been referred to a Committee of the Diet. ¶ In this state of things Her Majesty's Government think it right that you should be informed, without loss of time, that Her Majesty's Government consider that they have no other course to pursue than to observe faithfully the engagements which Her Majesty contracted by the Treaty of the 8th of May, 1852, and by which Her Majesty engaged, in common with the other signing parties to that Treaty, to acknowledge, in the contingency therein specified, in His Highness the Prince Christian of Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg and his issue male in the direct line by his marriage with the Princess Louisa of Hesse the right of succeeding to the whole of the dominions then united under the Sceptre of his Majesty the King of Denmark. ¶ Her Majesty's Government expect that the Powers who signed that Treaty, or acceded to it, will pursue the same course. ¶ I am, &c.

*Russell.*

No. 1182.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863.

## No. 1183.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Rathschläge, die dermalige Behandlung der deutsch-dänischen Angelegenheit betreffend. —

Foreign Office, November 23, 1863.

No. 1183.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863.

My Lord, — Your Excellency reports in your telegram of the 22nd instant that Count Rechberg had expressed to you his opinion that if the new Constitution for Denmark and Schleswig, which has been signed by the King of Denmark since his accession to the Throne, cannot be modified or recalled, the Diet will issue its orders for carrying out the Federal Execution. ¶ Her Majesty's Government cannot but regret that the advice which it gave to the Government of Austria in May last was not listened to. If it had been so, the new Constitution would not have been adopted in Denmark. ¶ But even admitting that the promulgation of this new Constitution justifies the Diet in declaring war against Denmark, it cannot be maintained that transactions concerning Denmark and Schleswig, but having no bearing on Holstein, confer upon the Diet a right of enforcing Federal Execution in the latter Duchy. ¶ Her Majesty's Government would have no right to interfere in behalf of Denmark if the troops of the Confederation should enter Holstein on Federal grounds. But if Execution were enforced on international grounds, the Powers who signed the Treaty of May 8, 1852, would have a right to interfere. ¶ It seems to Her Majesty's Government that the course which at the present crisis the Diet should pursue would be to require Denmark to withdraw the Letters-Patent of the 30th of March, and to comply in Holstein with the demands of the Diet as regards that Duchy, intimating, at the same time, that if Denmark should refuse to make these concessions, the threatened Federal Execution would be carried into effect. ¶ The Diet might, at the same time, require that questions of an international character should be referred by both parties to the Powers who were parties to the Treaty of May 1852. ¶ Her Majesty's Government consider that if the Diet were to adopt this course war might be averted; and they trust that, in the present perilous state of affairs, Austria and Prussia will act together, and afford by so doing the best chance of averting from Germany the danger of Democratic revolution. ¶ Your Excellency will speak to Count Rechberg in the sense of this despatch. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1184.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Nothwendigkeit der Execution zur Abwendung der Volksaufregung in Deutschland. —

Hanover, November 23 (received November 25), 1863.

No. 1184.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863.

My Lord, — In a conversation which I had with Count Platen this morning on the Schleswig-Holstein question, his Excellency repeated to me the assurance that



Hanover would not fail to observe all the engagements she has contracted by her accession to the Treaty of the 8th of May, 1852, regulating the Succession for the whole Danish Monarchy. He said, however, that the Federal Execution must take its full course, and that there could no longer be a question of a mediation, for it was only by taking the matter vigorously in hand itself that the Diet could bring it into a regular channel and prevent a popular movement in Germany from assuming the direction of it. A Federal Execution would in itself imply an acknowledgment of King Christian's rights to the Duchies. ¶ His Excellency observed that the opinion of Prussia, in which he concurred, was that the Diet, before admitting the Danish Representative, should come to a resolution concerning the pretensions of the Prince of Augustenburg. He again assured me that the vote of Hanover would be given against an acknowledgment of those pretensions. He added that the King of Hanover had received from the Prince of Augustenburg a notification of his accession to the government of the Duchies which he claims, but that no answer has been returned to it. ¶ I have, &c.

No. 1184.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863.

*Henry F. Howard.*

### No. 1185.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. —  
Hannovers Haltung zu den Volksbestrebungen. —

Hanover, November 23 (received November 25), 1863.

My Lord, — The popular movement in this country on the Schleswig-Holstein question is assuming considerable proportions, without, however, having hitherto taken a disorderly character. ¶ At the meeting of the Municipal Corporation of this residence, which was held here on the 21st instant, an address to the King was unanimously voted, praying His Majesty to interfere vigorously in favour of the rights of the Duchies of Schleswig-Holstein, and containing assurances of the utmost devotion to the cause of the fatherland, and of every readiness to make sacrifices for it. ¶ Yesterday a popular assembly, which might have been composed of between 2,000 and 3,000 persons, took place here in the open air on the premises belonging to the Civic Rifle Corps. At this meeting a petition to the Hanoverian Government was agreed to, urging them to counsel the King to acknowledge the Hereditary Prince of Augustenburg as Duke of Schleswig-Holstein, and, with a view to supporting the legitimate Government in those Duchies, immediately to march troops into them. ¶ In a conversation which I have had with Count Platen, I represented whether, as the public appeared to be quite ignorant of the accession of Hanover to the Treaty of the 8th of May, 1852, it would not be expedient and proper, in order to detach well-meaning persons from the agitation, to make mention, in the answers to be returned to the Address and petition in question, of the obligations which Hanover has contracted by that Accession. ¶ His Excellency replied that it was extremely desirable to prevent the present excitement from turning into a revolutionary movement, and he thought such a reference as I had proposed might

No. 1185.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863.

No. 1185.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863.

have that consequence. He did not know what, if any, answer would be returned by the King to the Address, but he was of opinion it ought only to convey general assurances of His Majesty's interest in the maintenance of the rights of the Duchies, and to refer to the deliberations pending at the Diet. ¶ On my part, I persevered in my opinion, being convinced that more harm is likely to be done by concealing the real state of the case than by enlightening the public on the subject of it. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

### No. 1186.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Hamburg an den königl. Min. d. Ausw. — Die Stimmung in Holstein und im nördlichen Deutschland. —

Hamburg, November 23 (received November 25), 1863.

No. 1186.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863.

My Lord, — Since the Proclamation of the Prince Frederick of Augustenburg asserting his right of Succession to the Crown of the Duchies has been in circulation, the cause of the Prince appears to have gradually gained strength in this part of the country, but no disturbances or acts of violence have taken place. ¶ Although the public meeting which was to have been held last week at Kiel was put down by the police, the leading men of the Duchy have conferred together, and have resolved to appeal to the Federal Diet for protection in the existing crisis. An Address to the Diet, signed by the majority of the members of the Assembly of the States of Holstein (to which the remaining members will doubtless accede), has been already taken to Frankfort by Count Reventlow and a Deputation. ¶ It prays the Diet to decide between the conflicting claimants to the Ducal Crown, and in the meanwhile to defend the States against all encroachments upon their constitutional rights. The States have not actually declared themselves for the Prince of Augustenburg, but they confide in the wisdom of the Diet to decide the question of his right upon strictly legal principle. ¶ The law of Succession to the Danish Monarchy, dated July 31st, 1853, never having been submitted to the States of Holstein or of Schleswig, the States consider that they are no more bound by that law than the Germanic Confederation is bound by the Treaty of London of May 8, 1852. The same view appears to be taken by the Grand Duke of Oldenburg, who has protested against the assumption by King Christian IX of the Crown of the Duchies. This protest has been published in the German newspapers, being contained in a note addressed by the Government of Oldenburg to that of Denmark on the 17th instant. ¶ Hamburg, as an independent State, is naturally the seat of agitation in the affairs of the Duchies, and the Prince of Augustenburg has many partisans in this city. ¶ The police authorities cannot altogether stop public meetings, although they do their best to prevent excesses and disorders. At a recent meeting in the Walhalla, near this city, above 1,000 Schleswig-Holsteiners and their friends were present, and voted an Address of confidence and adhesion to the Prince, who returned an answer to them through M. Francke,

Minister of State at Gotha. It was also determined that a permanent Schleswig-Holstein League should be formed for the purpose of working regularly in support of the rights of the Duchies. At another public meeting held here on the 20th instant of the Hamburg Members of the German National League, Resolutions were passed in favour of the separation of the Duchies from Denmark, of the recognition by the Senate of the Prince of Augustenburg, and of forming a volunteer German army in the cause of the Duchies. In fact the state of excitement here and in other parts of Germany, seems to be very much what it was in the year 1848 before the war between the German Powers and Denmark had broken out. ¶ It could not of course be supposed that the Germanic Diet would decide upon the claim of the Prince of Augustenburg without reference to a Committee, and a careful examination into the legitimacy of the grounds on which the Prince's claim rests. But an impression prevails here that in the meantime, and until the Diet shall finally determine between the pretensions of the conflicting claimants of the Ducal Crown, the Duchies will be occupied by a Prussian army, and their revenues sequestrated for the use of the person whom the Diet shall eventually recognize as their legitimate Sovereign. ¶ I have, &c.

*J. Ward.*

No. 1186.  
Gross-  
britannische,  
23. Nov.  
1863.

### No. 1187.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. grossbritannischen Gesandten in Copenhagen. — Das englische Vermittlungsangebot betreffend. —

Copenhague, le 20 novembre, 1863.

Monsieur, — J'ai pris les ordres du Roi relativement à la question que vous m'avez adressée verbalement hier, et je m'empresse d'y répondre. ¶ Le Gouvernement du Roi acceptera avec le plus grand plaisir la médiation de Sa Majesté Britannique dans le différend dano-allemand, et il est convaincu que l'intérêt pour l'intégrité et l'indépendance de la Monarchie danoise que le Gouvernement Anglais a manifesté à un si haut degré dans ces derniers temps nous est la meilleure garantie de l'esprit dans lequel une telle médiation serait conduite. Mais le Gouvernement du Roi ne peut pas se dissimuler que l'attitude que la Diète Germanique paraît vouloir prendre relativement au Traité de Londres est telle que l'action collective de toutes les Puissances signataires de ce Traité deviendra peut-être nécessaire. Or, le Roi mon auguste Souverain a déjà accepté l'invitation au Congrès que l'Empereur des Français lui a adressée, et, dans la pensée de plusieurs des Puissances les plus intéressées, notre question fait sans aucun doute partie du programme des délibérations futures. ¶ Le Gouvernement du Roi ne peut donc pas ne point appeler l'attention de Lord Russell sur l'opportunité qu'il y aurait selon nous à réserver notre question à ce Congrès; ou, si cette réunion ne se réalise pas, à une Conférence spéciale des Puissances signataires du Traité de Londres. Mais si des obstacles doivent s'opposer à une action collective des Puissances, le Gouvernement du Roi sera tou-

No. 1187.  
Danemark,  
20. Nov.  
1863.

No. 1187. jours heureux de pouvoir compter sur la médiation puissante de la Grande-Bre-  
 Danemark, tagne. ¶ Agréez, &c.  
 20. Nov. 1863.

C. Hall.

### No. 1188.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copen-  
 hagen. — Rath, das Patent vom 30. März zurückzunehmen. —

Foreign Office, November 25, 1863.

No. 1188.  
 Gross-  
 britannien,  
 25. Nov.  
 1863.

Sir, — Her Majesty's Government are of opinion that in the present state of the differences between Denmark and the German Confederation, the proper course for the King of Denmark to pursue would be at once to revoke the Letters-Patent of March 30. ¶ His Majesty Christian IX ought to have no difficulty in taking this step, and it should be done with as little delay as possible. ¶ I am, &c.

Russell.

### No. 1189.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Des Fürsten Gortschakow's Ansicht von dem Ernst der Lage. —

St. Petersburg, November 20 (received November 26), 1863.

No. 1189.  
 Gross-  
 britannien,  
 20. Nov.  
 1863.

My Lord, — I found Prince Gortchakoff this forenoon with the Prussian and the Danish Ministers. His Excellency informed us that he had availed himself of an early occasion after the accession of the new Danish Sovereign to convey to His Majesty by telegraph, through the Russian Legation at Copenhagen, the expression of his opinion that it would be most desirable to abstain from giving a precipitate sanction to the Fundamental Law incorporating Schleswig, recently passed by the Danish Chambers. In the opinion of Prince Gortchakoff such a step might place the Governments of Prussia and Austria in a very difficult position. The Powers were parties to the engagements of 1852, but if a law should be definitively adopted in their opinion violating the pledges of the Danish Government towards Schleswig and Germany, *it might be out of their power to maintain the settlement framed in London for the integrity of the Danish Monarchy*, now put in jeopardy by the death of the late King and a disputed Succession. ¶ Unfortunately, intelligence was received this forenoon that the King of Denmark had sanctioned the law referred to. The posture of affairs has therefore, in the opinion of Prince Gortchakoff, become exceedingly grave, and it behoves Her Majesty's Government, as the Government most deeply interested in the integrity of Denmark, to devise measures to avert the dangers with which we are threatened. ¶ I have, &c.

Napier:

## No. 1190.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Bismarck, betreffend den Zusammenhang des Londoner Vertrags mit den von Dänemark bei dem Friedensschluss übernommenen Verpflichtungen. —

Berlin, November 23 (received November 26), 1863.

My Lord, — I received this morning a telegram from your Lordship dated last night, in which, after having expressed the regret with which Her Majesty's Government have learnt that the pretensions of the hereditary Prince of Augustenburg have been brought before the Diet at Frankfort, and referred to the consideration of a Committee, your Lordship informs me that the only course which Her Majesty's Government can pursue with respect to this incident will be to observe with fidelity the London Treaty of 1852, while they will expect those Powers who were originally parties to that Treaty, and those who afterwards acceded to it, to have the same regard to good faith with respect to it as Her Majesty's Government have taken for the guidance of their own conduct. ¶ I shall therefore hold this language to my colleagues and to any persons who may speak to me upon the subject; and M. de Bismarck having granted me an interview yesterday afternoon, I communicated to him the substance of your Lordship's telegram. He said that the Treaty, as far as it concerned Prussia, is only a part of the transactions which took place between Germany and Denmark in the years 1851 and 1852, and if the King is expected to fulfil the obligations which his predecessor contracted by it, the King of Denmark must, in the first place, fulfil the engagements contracted by his predecessor upon which the Treaty was founded. In the meanwhile, however, he said, the King considered himself bound to continue to do so, unless the King of Denmark, by carrying into effect the provisions of the new Danish Constitution, shall formally violate his engagements to Germany. ¶ He had, therefore, he said, concerted instructions with Count Karolyi to the Austrian and Prussian Ministers at Frankfort, with a view to obtaining the provisional admission to the Diet of the Danish Minister as the Representative of the Duke of Holstein, but in these instructions the principle is maintained that the Danish engagements of 1851 and 1852, and the Treaty of London as far as the German Powers were parties to it, were parts of one transaction. He said that Austria and Prussia would endeavour to obtain a majority in the Diet, but that they might fail to do so; and that the communication which I had just made to him would therefore be more useful if it had been contained in a despatch to Sir Alexander Malet for communication to the Diet. He said the King would fulfil his obligations, and that Her Majesty's Government should use their influence with those members of the Confederation who are disposed to refuse their assent to the provisions of the Treaty, and to place Austria and Prussia in a minority of the Diet. ¶ I have, &c.

No. 1190.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863.

*Andrew Buchanan.*

P. S. — Since writing this despatch I have again seen M. de Bismarck,

No. 1190. and he stated that he had received reports of the late debates in the Rigsraad,  
 Gross- from which it appears that M. de Bluhme made a speech that entirely confirms  
 britannien, his Excellency's statement *that the Treaty of London cannot be binding on*  
 22. Nov. *Prussia if* Denmark has not fulfilled the obligations which she had previously  
 1863. contracted to Germany.

A. B.

### No. 1191.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw.  
 — Mittheilung des Inhalts der englischen Depesche vom 23. November an  
 Herrn von Bismarck. —

Berlin, November 24 (received November 26), 1863.

No. 1191. My Lord, — I received, late last night, your Lordship's telegram of  
 Gross- yesterday, and waited, this morning, on M. de Bismarck; and after mentioning  
 britannien, to him that I had received a telegraphic message from your Lordship, with  
 24. Nov. instructions to acquaint him with its substance, I said I had drawn up a memo-  
 1863. randum of its contents \*) which I would read to him, as the most satisfactory  
 manner of communicating to him the opinions of Her Majesty's Government on  
 the important subject to which it relates. I then read the inclosure to his  
 Excellency. He interrupted me at the first paragraph by saying that the ques-  
 tion in discussion in May was a Federal one, in which Germany could not  
 permit other Powers to interfere; and I replied Her Majesty's Government had  
 not intended to do so as far as the question may have been of a Federal character,  
 as I could satisfy him by reading your Lordship's despatch of the 27th of May,  
 to which you had doubtless referred in your message. His Excellency having  
 then allowed me to finish reading my memorandum, asked whether I had any  
 objection to leave it with him, as he would like to read some parts of it to the  
 King. I said that I was not instructed to do so, but I was willing to do  
 anything which I had reason to believe would promote the views of Her Majes-  
 ty's Government; and if he would give me a pen, in order that I might mark  
 upon paper that it had only been left with him confidentially, he was at liberty  
 to keep it. ¶ His Excellency then read me a report from Baron Sydow, from  
 which it appears that all the members of the Committee of the Diet, with the  
 exception of the Representatives of Austria and Prussia, are opposed to the  
 admission of Baron Dirckinck-Holmfeld as the Representative of the Sovereign  
 of Holstein; and M. de Bismarck said that Baron Kubeck had not been intructed  
 to vote for the provisional admission of M. Dirckinck; and that a proposal of  
 M. de Bismarck's that he should be admitted, at all events, to the sittings of the  
 Diet, as the Representative of the Duke of Lauenburg, had been unfavourably  
 received, on the ground that Lauenburg does not possess a vote in the Diet.  
 M. de Bismarck said that Austria would, however, vote with Prussia; and he

\*) Im Wesentlichen wörtlich gleichlautend mit No. 1183.

had sent instructions to M. de Sydow that, if the Sovereign of Lauenburg had only the title of a vote in the Diet, that might affect his Representative's right to vote, but could not exclude him from the Assembly. ¶ I have, &c.

No. 1191.  
Gross-  
britannica,  
24. Nov.  
1863.

*Andrew Buchanan.*

## N. 1192.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN (AUGUSTENBURG.)** — Departementschef des Ausw. an den königl. dänischen Min. d. Ausw. — Aufforderung zur Räumung der Herzogthümer von dänischen Truppen. — \*)

Nachdem in Folge des Hintritts weiland des König-Herzogs Friedrich VII. Herzogs zu Schleswig-Holstein u. s. w. der bisherige Erbprinz Friedrich von Schleswig-Holstein der Sonderburg-Augustenburgischen Linie nunmehr als Herzog Friedrich der Achte von Schleswig-Holstein, kraft der alten Erbfolge-Ordnung der Herzogthümer Schleswig-Holstein und des oldenburgischen Hauses, kraft der Ordnungen, welche die schleswig-holsteinische Landesversammlung in dem Staatsgrundgesetz ausdrücklich bestätigt hat, endlich kraft der von Höchst Ihrem Herrn Vater zu Höchst Ihren Gunsten ausgestellten Verzichts-urkunde, die Regierung der Höchstdenselben als erstgeborenem Prinzen der nächsten Linie des oldenburgischen Hauses angestammten Herzogthümer Schleswig-Holstein angetreten haben, beehrt sich der Unterzeichnete, welchem Sr. Hoheit der Herzog die einstweilige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertragen hat, auf Befehl seines Souverains Seiner Excellenz, dem königlich-dänischen Conseilspräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Hall die nachfolgende ergebenste Eröffnung zu machen: Es befinden sich in Folge der beim Tode weiland König-Herzogs Friedrich VII. bestandenen thatsächlichen Verhältnisse innerhalb der Herzogthümer Schleswig-Holstein noch gegenwärtig königlich dänische Truppen, sowie sich andererseits Sr. Hoheit, dem Herzog, des Unterzeichneten gnädigsten Herrn angehörende Truppentheile und einzelne Mannschaften der Land- und Seemacht innerhalb des Königreichs Dänemark befinden. ¶ Mit Rücksicht hierauf hat der Unterzeichnete von seinem Souverain den Auftrag erhalten, durch die geneigte Vermittelung Sr. Excellenz des königl.-dänischen Conseilspräsidenten und Ministers des Auswärtigen die königl.-dänische Regierung zu veranlassen:

No. 1192.  
Schleswig-  
Holstein,  
26. Nov.  
1863.

1, Dass die auf dem Gebiet der Herzogthümer Schleswig-Holstein befindlichen königl.-dänischen Truppen sowie Mannschaften der Land- und Seemacht dieses Gebiet alsbald räumen.

2, Dass die auf dem Gebiet des Königreiches Dänemark befindlichen herzoglich-schleswig-holsteinischen Truppen, sowie Mannschaften der Land- und Seemacht alsbald nach den Herzogthümern Schleswig-Holstein zurückkehren, in welcher letzteren Beziehung der Unterzeichnete zum Erbiten der vollständigen Kostenerstattung für die Rücksendung ermächtigt ist.

\*) Das Schreiben wurde von dem königl.-dänischen Gesandten in Frankfurt nach einiger Zeit zurückgegeben und demzufolge in der Coburger Zeitung veröffentlicht.

No. 1192.  
Schleswig-  
Holstein,  
26. Nov.  
1863.

Sollte wider Vermuthen innerhalb Vierzehn Tagen vom Tage der Uebergabe dieses Schreibens an den königl.-dänischen Gesandten in Frankfurt a/M. gerechnet, von der königlich-dänischen Regierung nicht mindestens die Bereitwilligkeit zum Eingehen auf vorstehendes Ersuchen dem Unterzeichneten erklärt werden, so würde Se. Hoheit der Herzog, des Unterzeichneten gnädigster Herr, beider dringlichen und eigenthümlichen Lage der Verhältnisse nicht umhin können anzunehmen, dass es der Wille der königlich dänischen Regierung sei,

1. die auf dem Gebiet der Herzogthümer Schleswig-Holstein befindlichen königlich-dänischen Truppen und Mannschaften dieses Gebiet nicht räumen zu lassen und
2. die auf dem Gebiet des Königreichs Dänemark befindlichen herzoglich-schleswig-holsteinischen Truppen sowie Mannschaften der Land- und Seemacht nach den Herzogthümern Schleswig-Holstein nicht zurückkehren zu lassen

und zu seinem Bedauern sich genöthigt sehen, diejenigen Massregeln zu ergreifen, welche zur Aufrechthaltung seiner legitimen Regierungsrechte Höchstdemselben erforderlich erscheinen möchten. ¶ Der Unterzeichnete benutzt zugleich diesen Anlass zur Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

G o t h a , am 26. November 1863.

*Samwer.*

### No. 1193.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Rath, die Execution aufzuschieben. —

Foreign Office, November 26, 1863.

No. 1193.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

My Lord, — It appears from the reports which have reached Her Majesty's Government that Federal Execution may be looked upon as imminent; but Her Majesty's Government hope that it may be delayed so as to allow time for the adoption by Denmark of the advice of the five Powers. The presence of a Federal army in Holstein is not unlikely to occasion revolutionary movements among the excited part of the population of the Duchy. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1194.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Empfehlung eines russischen Vorschlags gemeinsamer Vorstellungen in Copenhagen. —

Foreign Office, November 26, 1863.

No. 1194.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

My Lord, — Prince Gortchakoff has communicated to Her Majesty's Ambassador at St. Petersburg a plan which he thinks may lead to a peaceful



settlement of the differences between Denmark and the German Confederation.)\*

¶ His Excellency proposes that the five Courts who signed the Treaty of London should send Envoys to Copenhagen to congratulate the King of Denmark on his accession, and that their Envoys should be instructed to inform the Danish Government that the five Powers adhere to their engagements for maintaining the integrity of the Danish Monarchy. They should at the same time state that Denmark has not, in the opinion of the five Powers, fulfilled her engagements towards Germany in regard to Schleswig, which may be considered by Austria and Prussia as forming part of the general arrangement. ¶ Prince Gartchakoff thinks that this collective action might show the Danish Government the necessity of making such modifications in the Fundamental Law as may enable all the five Powers to co-operate in maintaining the integrity of Denmark. ¶ Her Majesty's Government entirely approve the proposal of the Russian Cabinet, and they hope that it will be adopted by the Austrian Government. ¶ I am, &c.

No. 1194.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

*Russell.*

### No. 1195.

**DÄNEMARK.** — Gesandter in London an den königl.-grosbritannischen  
Min. d. Ausw. — Mittheilung der neuen Verfassung. —

Legation of Denmark, November 26 (received November 26), 1863.

My Lord, — I have hereby the honour to submit to your Excellency a translation of the new Charter or Fundamental Law of Denmark-Schleswig, sanctioned by the King on the 18th of this month.\*\*) In order that your Lordship may be enabled to form an opinion of the scope of the changes made in the Constitution of Denmark-Schleswig by this new Charter, as compared with the old Charter of October 2, 1855, I have noted in the margin wherever the new Charter differs from the old. ¶ I also inclose a translation of a passage in the Report of Minister Hall to the King, praying His Majesty to sanction the new Charter as voted by the Rigsraad, and which concisely explains the view taken by my Government of what is required in the way of a Constitutional organization of the Danish State, in order to maintain its independence of Germany. ¶ I beg leave, in conclusion, to repeat what I have already verbally explained to your Lordship,—that the new Charter leaves Schleswig precisely in the same position in which she was under the former Charter, without in any manner whatever altering her Provincial Constitution and independence. ¶ The new Charter is simply a modification of the old Charter of 1855, with a view of adapting it to the altered state of things consequent on the Constitutional separation of the two German Duchies from the rest of the Monarchy—a separation insisted on by Germany and advised by the Powers friendly to Denmark, and especially by Great Britain. The only other

No. 1195. ¶  
Dänemark,  
26. Nov.  
1863. ;

\*) No. 1201.

\*\*) No. 1032.

No. 1195.  
Danemark,  
26. Nov.  
1863.

feature of importance in the new Charter is that it makes the common Parliament or Rigsraad for Denmark - Schleswig a more popular Assembly by making it to consist of two Chambers instead of one, and by permitting a greater liberty of discussion and legislation than was allowed under the old Charter. The two Chambers thus elect their own Presidents and have the right of initiating laws and addressing interpellations to the Government. ¶ I have, &c.

*Torben Bille.*

### No. 1196.

**SCHWEDEN.** — Min. d. Ausw. — Circulardepesche an die Gesandten bei den Mitunterzeichnern des Londoner Vertrags. — Vorschlag zur Verständigung über gemeinsames Vorgehen. —

Stockholm, le 20 novembre, 1863.

No. 1196.  
Schweden,  
20. Nov.  
1863.

Le télégraphe nous a apporté hier la nouvelle que le Prince d'Oldenbourg, en vertu d'une renonciation de la part de son père à ses prétendus droits, a émis une Proclamation par laquelle il déclare avoir assumé le règne des Duchés de Slesvig et de Holstein. ¶ On nous mande également que les Princes des branches Ducales de Saxe ont reconnu ce prétendant en sa dite qualité, et que le Grand Duc d'Oldenbourg a protesté contre la Succession dans les Duchés. ¶ Toutes ces manifestations constituent autant de dérogations à la Convention de Londres du 8 mai, 1852, conclue dans le but d'assurer l'ordre de Succession dans le Royaume de Danemarck, et de sauvegarder l'intégrité et l'indépendance de ce Royaume, jugées nécessaires au maintien de l'équilibre politique d'Europe. ¶ L'intégrité de la Monarchie danoise se trouve gravement menacée par la tentative de lui arracher le Duché de Holstein, qui forme un des plus beaux fleurons de cette Couronne. ¶ L'indépendance de cette Monarchie éprouve une atteinte non moins compromettante par la prétention de Princes allemands de décider du sort du Duché de Slesvig, qui n'a jamais appartenu à l'Empire Romain, ni à la Confédération Germanique. ¶ Il ne s'agit plus d'une Exécution Fédérale dans l'une des provinces faisant partie de ce corps d'États, mais de mesures à adopter pour détacher les Duchés de Slesvig et de Holstein de la Couronne danoise, au profit d'un Prince apanagé allemand. ¶ Cette question, nous n'en doutons pas, sera portée devant le tribunal de la Confédération, qui pourrait être induite à s'arroger le droit de statuer même sur le sort d'un pays non-allemand. ¶ Dans cet état de choses, le Gouvernement du Roi, en sa qualité de co-signataire de la Convention de Londres, se croit autorisé à s'adresser aux Puissances qui ont également signé ce Traité, pour être renseigné sur leurs intentions à ce sujet. Ce n'est point qu'il puisse concevoir un seul instant l'idée qu'aucune d'elles puisse nourrir le dessein de faillir à des engagements aussi solennels; mais il pense qu'il ne serait point sans utilité que les Puissances signataires se concertassent sur la ligne à suivre, et sur les mesures à adopter pour empêcher de dépouillement d'un Prince dont les droits sont reconnus par elles, et pour écarter le péril menaçant la balance de la politique

européenne. ¶ Je vous engage, M. le Baron, à faire lecture de la présente dépêche à M. . . . ., et à lui en laisser une copie, en exprimant l'espoir du Gouvernement du Roi de recevoir de sa part une communication au sujet de cette importante affaire.

No. 1196.  
Schweden,  
20. Nov.  
1863.

(Signé) *Manderström.*

### No. 1197.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw.  
— Die Stellung Baierns zu dem Londoner Vertrag. —

Munich, November 23 (received November 27), 1863.

My Lord, — I had a long conversation with Baron Schrenk on Saturday last on the menacing attitude which affairs were assuming on the question of the Danish Duchies. ¶ His Excellency informed me that he had just received intelligence of the occurrences which had taken place that day in the Diet at Frankfort, and of the claims put forth by Prince Frederick of Augustenburg to accredit a Minister to that Body in opposition to the King of Denmark. He further stated that a petition had been presented by the Courts of Saxony, Anhalt, and Mecklenburg, claiming their right of Succession to the Duchy of Lauenburg, and further that Austria and Prussia had entered a protest against the newly voted joint Constitution for Denmark and Schleswig. ¶ I inquired of his Excellency what course the Bavarian Government intended to pursue with reference to the complicated and serious state of affairs. Baron Schrenk replied that the Bavarian Government would maintain the same position which they had taken up in 1852, when the Treaty of London was submitted for their acceptance. He considered that the question was one for the Diet to determine, and the Diet could not do so without investigating the rights of both parties. He had therefore instructed the Bavarian Minister at Frankfort to propose that the claims of the King of Denmark and of Prince Frederick of Augustenburg should be referred to a Select Committee, and that pending the decision of the Diet, the Federal vote for Holstein should be held in abeyance. ¶ Baron Schrenk then referred to the course which had been taken in 1852. Great Britain and the other Powers, parties to the Treaty of London, had, he said, agreed to submit the Treaty to the Diet on condition that it should not form a subject of discussion, but as the Diet could not adhere to a Treaty affecting the rights of German Princes without examining the motives which had determined it, and the grounds on which the decision had been taken, it was finally agreed not to submit the Treaty to the Diet as a Body, but to obtain the separate adhesion to it of the several States of the Confederation. ¶ Some had accepted with reserves; others, and among them Bavaria, had declined to accede to it. The question, his Excellency observed, was now brought to a point, and the Diet would have to decide which of the two Ministers, who had presented their credentials, should be recognized as the Representative of the rightful Sovereign. ¶ I observed to his Excellency that the Treaty of 1852 had been signed by the

No. 1197.  
Gross-  
britannica,  
23. Nov.  
1863.

No. 1197. two Great German Powers, and had been also accepted by Hanover, Wurtemberg, and Saxony. ¶ The object of that Treaty had been to provide for the maintenance of the integrity of Denmark in the general interests of Europe and for the preservation of peace, and I trusted therefore that the Bavarian Government, duly recognizing the importance of the object in view, would not now hesitate to recognize that Treaty, and to co-operate in carrying out its provisions. ¶ Baron Schrenk replied that there was great excitement throughout all Germany, and among all classes of Germans on this question. It was a chord which most sensitively affected the whole German nation. The German Governments were therefore placed in great embarrassment as to the course to be pursued. He stated that a popular meeting was to take place at Augsburg to-day to petition the Government in favour of the rights of Prince Frederick of Augustenburg. ¶ Similar demonstrations were announced to take place in this capital, Nuremberg, and at other places. The same popular feeling would be manifested throughout the length and breadth of Germany. ¶ The question will, therefore, arise how far will the German Governments be able to resist the popular will? and how far would it be safe for them to do so? ¶ I observed to his Excellency that a question of such political and European importance as the one now at issue should be determined by calmness, reason, and prudence, and not under the influence of feverish excitement. ¶ Some delay must necessarily take place before the Report of the Diet could be presented, and it was to be hoped that in the meantime the present popular excitement and agitation would abate. ¶ In referring to the claims of Prince Frederick of Augustenburg, Baron Schrenk stated that there had been no formal renunciation of rights by the Duke of Augustenburg in favour of his son; Denmark at the time refusing to accept any such document, on the grounds that it would have implied a recognition of rights of which the Danish Government had never admitted the validity. The Duke of Augustenburg had merely undertaken to offer no opposition to the arrangements then entered into. ¶ Baron Schrenk also observed that it was a question how far the rights of Prince Frederick of Augustenburg were invalidated by the marriage of the Duke of Augustenburg with Countess Danneskiold, and he had also some recollection of having heard that the rights of the Duke of Augustenburg were also called in question in consequence of a marriage contracted by one of his ancestors; but his Excellency said that these points would be investigated and decided by the Diet. ¶ In reply to my inquiry as to whether he was informed of the views of the Cabinets of Vienna and Berlin on the question of the Holstein Succession, Baron Schrenk stated that he had received no information whatever either from Berlin or Vienna bearing on this subject. He expressed himself as very anxious to know what course would be adopted by the Prussian Chambers, which last year had declared their indisposition for a war against Denmark under the Bismarck Ministry. He referred, however, to an article from a newspaper, supposed to be the Prussian Ministerial organ, which stated that Austria and Prussia were freed from the engagements of the Treaty of 1852 in consequence of Denmark having failed to fulfil the engagements she had taken towards Germany. ¶ I observed to his Excellency

that Austria and Prussia had not alone taken engagements in the Treaty of 1852 towards Denmark, but that they were equally bound as co-signers of that Treaty to England, France, and Russia, and that consequently they could not violate those engagements without a breach of faith. ¶ My German colleagues are of opinion that a war between Denmark and Germany is inevitable, whether it be undertaken in favour of the Succession of the Prince of Augustenburg or to enforce the fulfilment by Denmark of the engagements taken towards Germany in 1852. ¶ I have, &c.

No. 1197.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863.

*Augustus Loftus.*

### No. 1198.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Stuttgart an den königl. Min. d. Ausw.  
— Stellung Württembergs zu dem Londoner Vertrag. —

Stuttgart, November 23 (received November 27), 1863.

(Extract.) I, this morning, received your Lordship's telegram of yesterday \*) on the subject of the pretensions of the Prince of Augustenburg, and I sought and obtained an interview with Baron Hügel, in order to inform his Excellency of the substance of your Lordship's communication. ¶ When I had done so, Baron Hügel said that, in the first place, Wurtemberg had acceded to the Treaty of 1852 on condition that Denmark should fulfil the promises she had made with regard to the administrative union of the Duchies of Schleswig and Holstein; but that for the last ten years Denmark had caused constant trouble to Germany by refusing to act up to these promises, and that now, by the enactment of the new general Constitution for Denmark and Schleswig, she had rendered it impossible to do so that, secondly, there being, two claimants of one of the German Sovereignties, the Diet of Frankfort was assuredly the proper authority to decide between them, and that therefore Baron Hügel did not see why Her Majesty's Government should be offended at this question having been referred to it, inasmuch as it had been no party to the Treaty of London of 1852; and thirdly, Baron Hügel suggested that there was more than one Sovereign, at the present moment, whose possession of their thrones had been guaranteed by the Great Powers, but who, notwithstanding, were now deposed and banished from their States. ¶ To the first of the above objections I replied, that whatever promises Denmark may have made (and she was assuredly blameable if she had not fulfilled them) none were noted in the Treaty of London as conditions of its being carried into effect, and Her Majesty's Government had every right to insist on its being so, quite irrespective of any other engagements into which Denmark may have entered. ¶ In answer to the second objection, I begged Baron Hügel to observe that Her Majesty's Government did not contest the right of the Diet of Frankfort to discuss the subject of the Succession to the Grand Duchy of Holstein; they only expressed their regret that such should

No. 1198.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863.

\*) No. 1182.

No. 1198.  
Gross-  
britannien.  
23. Nov.  
1863.

be the case, and that the true point of the communication I had had the honour to make to his Excellency was the statement of the expectation of Her Majesty's Government that Wurtemberg would, in the discussion of the above question, act up to the engagements she had undertaken, in acceding to the Treaty of London of 1852; and with reference to Baron Hügel's third objection, I could only remark that, unless bound by distinct obligations, Her Majesty's Government were not in the habit of enforcing Treaty stipulations which did not materially bear upon British interests. ¶ I then repeated to Baron Hügel that Her Majesty's Government expected that the Government of Wurtemberg would, in the discussion by the Diet of Frankfort of the pretensions of the Prince of Augustenburg, act up to their engagements, and support the claims of King Christian IX to the sovereignty of the Duchies; and I requested his Excellency to let me know what the decision at Stuttgart on this point would be. ¶ Baron Hügel said that he could give me no information on this point, because he must first know the result of the deliberations of the Committee of the Diet, and especially the determination to which Austria and Prussia should come on the subject. ¶ I said I would transmit this information to your Lordship, and that I hoped to know, as soon as possible, what had been determined on. ¶ Baron Hügel then proceeded to lay before me, in some detail, the difficult position in which this Government found itself. He said that the excitement upon the subject throughout the country was excessive; that he was in the constant receipt of telegrams, couched in the strongest terms, calling upon the Government to come forward in defence of German honour, right, and interest, involved as all three were in the Succession of the Prince of Augustenburg to the Throne of Schleswig-Holstein; that men of all parties and conditions, Conservatives and Radicals, bankers and the monied interest, as well as men of humbler fortune, professors and lawyers, as well as the uneducated, all united in raising the same cry, and forcing on the Government the necessity of action in the line demanded by the whole German people. His Excellency gave me instances of the impossibility of disregarding the popular demand, and finished by saying that it had become what he termed a "dynastic" question, that is to say, the Crown would be endangered if the Government did not yield to the popular will; that perhaps respect for the aged King might prevent any outbreak at present, but that His Majesty's son would, in such case, never succeed to the Throne. ¶ I feel convinced, my Lord, that the crisis is a most serious one, and that it must depend entirely upon the decision arrived at Berlin and Vienna what the issue may be. ¶ In the meantime I will continue to hold language in conformity with the despatches I have received from your Lordship. ¶ I again learn that one of the first acts of the Wurtemberg Diet to-morrow is expected to be a question addressed to the Government on the above subject, or a substantive motion conceived in the sense of the Resolution adopted by the public meeting at Stuttgart on the 20th instant, as reported in my previous number of this morning. ¶ Although the Baden Government refused in 1852 to accede to the Treaty of London, I have thought it right to instruct Mr. Baillie to state verbally to Baron Roggenbach the substance of your Lordship's telegram of yesterday's date, on the chance,

rather than the hope, that this expression of the views of Her Majesty's Government may have some influence on the Grand Ducal Government, and induce them to pause in the hazardous course upon which they seem to have entered. ¶ I have, &c.

No. 1198.  
Gross-  
britannien,  
23. Nov.  
1863

*G. J. R. Gordon.*

### No. 1199.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Unterredung mit Herrn von der Pfordten. —

Frankfort, November 25 (received November 27), 1863.

My Lord, — I have the honour to forward to your Lordship Lord Augustus Loftus' despatch of the 23rd instant, which has reached me under flying seal.\*) ¶ In reference to the conversations his Lordship reports with Baron Schrenk, it may not be unimportant to state to your Lordship that the Bavarian Envoy to the Diet, Baron von der Pfordten, desires that the Diet's measure of Execution in Holstein and Lauenburg should be converted into a seizure („prise de possession“) of those provinces, to be so held till the Diet has decided in whom is vested the right of Succession. ¶ Coupled with his Excellency's already reported declarations against the right of Succession of King Christian IX, the tendency of this policy admits of no doubt. In the first place Denmark's right of resistance to an occupation of the Duchies on such a basis is indisputable. Secondly, before it could be entered on, a Federal Decree must be pronounced, changing the Execution into an openly hostile measure. ¶ I made this remark to his Excellency, saying that it could not be intended to enter the Duchies as for Execution, and then declare that they were taken possession of for other previously undeclared objects, and his Excellency admitted the justness of my observation. M. von der Pfordten, however, in no degree retreated from his declaration of principle, and said that Germany risked revolution and the overthrow of the existing order of things if the Governments shrank from asserting their rights in their dispute with Denmark. ¶ I have, &c.

No. 1199.  
Gross-  
britannien,  
25. Nov.  
1863.

*A. Malet.*

### No. 1200.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
— Stellung Hannovers zu dem Londoner Vertrag. —

Hanover, November 26 (received November 28), 1863.

My Lord, — I had the honour of receiving this morning your Lordship's despatch of the 23rd instant, in which, with reference to the claims of Prince Frederick of Augustenburg to the Succession in the Duchies of Schleswig

No. 1200.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

\*) No. 1197.

No. 1300.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

and Holstein, as submitted to the German Diet, your Lordship acquaints me with the determination of Her Majesty's Government to observe faithfully the engagements which Her Majesty contracted by the Treaty of the 8th of May, 1852, regulating the Succession for the whole of the Danish Monarchy, and conveys the expectation of Her Majesty's Government that the Powers who signed that Treaty, or acceded to it, will pursue the same course. ¶ I lost no time in communicating this despatch to Count Platen, and received from him the renewed assurance that the Hanoverian Government recognized the engagements they had contracted by their accession to that Treaty, and would faithfully observe them. ¶ His Excellency begged me, however, at the same time to convey to your Lordship his hope that Her Majesty's Government would exert their influence in order to induce the Danish Government to observe their obligations concerning the Duchies of Holstein and Lauenburg, as acknowledged by Article III of the above-mentioned Treaty, and remarked that if Denmark were not to fulfil these obligations Hanover would consider herself to be no longer bound by the Treaty. ¶ I pointed out to Count Platen that it now remained to be seen in what manner the German Powers who had signed the Treaty, or acceded to it, observed their engagements. ¶ For example, I doubted much whether Her Majesty's Government would consider that the Saxon Government, in instructing their Representative at the Diet to move, first, that until the question of the Succession had been decided upon by the Confederation, the Danish Minister should not be admitted into the Diet; and, secondly, that the Federal forces should continue to occupy Holstein and Lauenburg until the Diet should be enabled to deliver both countries to the Successor acknowledged by it to be the legitimate one, were faithfully fulfilling the engagements they had contracted by their accession to the Treaty, and which Baron Beust appeared to ignore, when in his speech in Parliament he stated that the Saxon Government would give their vote at the Diet with full freedom. ¶ Count Platen replied that he agreed with the Saxon Government on the first point, namely, that it was in the due course of things that the Danish Representative should not be admitted to sit in the Diet until the validity of his claims had been examined and acknowledged. ¶ Hanover having, by the Treaty of 1852, engaged to acknowledge the Succession of Prince Christian of Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glucksburg to the whole of the dominions united under the sceptre of His Danish Majesty, would, of course, when the proper moment came, vote in favour of the validity of the rights of King Christian IX, and against the pretensions of the Prince of Augustenburg, which he (Count Platen) moreover did not consider to be otherwise well-founded. ¶ As regards the second point, Count Platen stated that Hanover would not vote for an occupation of the Duchies as proposed by Saxony, but for the immediate carrying out, without prejudice to the question of the Succession, of the Federal Execution. He pointed out that the objects of such an Execution were definite, being the accomplishment of those referred to in the Resolution of the Diet of the 1st of October last, whereas an occupation was a measure of a much more serious character. ¶ His Excellency said that the views he had thus explained were likewise those of Austria and Prussia, and that Hanover would vote with



them on these points at the Diet, but it remained to be seen how far the three Courts would be able to obtain a majority. The carrying out of the Execution would, in his opinion, be the best way of bringing about a regular treatment of the matter, and would be greatly in the interests of King Christian, as it would be the best means of upholding his rights in the German Duchies. He therefore hoped that Her Majesty's Government would not, under the circumstances, seek to prevent it. ¶ I remarked, in the first place, that the position of the two claimants would not be an equal one at the Diet, because the Prince of Augustenburg had by a clever manoeuvre secured himself a Representative in the Assembly by giving his full powers to the Baden Envoy, who was a member of the Diet, and who would always be able to defend his cause, whereas the King of Denmark would have no such mouthpiece, and would thus be placed in a disadvantageous position; and, in the second place, that a Federal Execution, without a previous acknowledgment of the rights of King Christian, must always remain a very objectionable measure. ¶ I put, however, this question to Count Platen: — Supposing the Execution were to take place in the manner proposed, and the Danish Government in consequence to yield to all the demands of the Diet, before the question of the Succession had been settled, would the Federal troops be withdrawn? ¶ His Excellency replied that he conceived that the Execution having been undertaken against the *de facto* Sovereign, the Federal troops would be withdrawn as soon as its objects had been accomplished. ¶ I have, etc.

No. 1200.  
Gross-  
britannien,  
28. Nov.  
1863.

*Henry F. Howard.*

### No. 1201.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russische Ansicht über die Behandlung des deutsch-dänischen Streits. \*) —

St. Petersburg, November 24 (received November 30), 1863.

(Extract.) I called on Prince Gortchakoff this forenoon. The Vice-Chancellor expressed his concern at the turn which affairs were taking in Germany and in the Duchies. His Excellency remarked that in order to anticipate and prevent the dangers with which we were menaced, it would be desirable that the Government of Denmark should do something to modify the Fundamental Law by which Schleswig was incorporated with the Monarchy, and by which the engagements of Denmark towards Germany were set aside. He thought the five Governments interested in this matter should employ their influence to draw the Government of Denmark to moderate counsels. The despatch of special Envoys to congratulate the Danish Sovereign on his accession would give the five Governments a fitting occasion on the one side for asserting the integrity of the Danish Monarchy, and on the other for recalling emphatically to the Danish Government the necessity of doing all in their power to enable the Governments of Austria and Prussia to support at Frankfort the settlement of

No. 1201.  
Gross-  
britannien,  
24. Nov.  
1863.

\*) Vergl. No. 1194.

No. 1201. London. The Prince requested me to convey this proposal by telegraph to  
 Gross-  
 britannien,  
 24. Nov.  
 1863. London, and I prepared a message to that effect in the presence of his Excellency.  
 The same overture has been made at Vienna and Berlin, and would be made at  
 Paris. ¶ The Vice Chancellor went on to say that the Danish Government had  
 proposed to submit the whole question to the Congress suggested by the Emperor  
 of the French. He did not recognize that this question would justify a Con-  
 gress. He had, however, no objection, with the assent of the other Powers,  
 that a Ministerial Conference should be assembled in London to treat of this  
 affair if Her Majesty's Government saw no impediment to such a course. Lon-  
 don seemed best fitted for this business, as it had been the seat of previous trans-  
 actions having reference to the same object. ¶ I remarked to Prince Gortcha-  
 koff, while recognizing the conciliatory and useful nature of his suggestions, that  
 what seemed of most pressing necessity was to prevent the Federal Execution in  
 Holstein; for if the German troops advanced into the country, the population  
 would rise behind them and vote *en masse* for separation from Denmark, the  
 German Nationalists would come over the frontier, and resolutions would be  
 taken which it would be almost impossible to undo. etc.

Napier.

---

### No. 1202.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw  
 — Das angebliche Bündniss zwischen Schweden und Dänemark betref-  
 fend. —

Copenhagen, November 25 (received November 30), 1863.

No. 1202. My Lord, — The persistency with which the newspapers continue to  
 Gross-  
 britannien,  
 25. Nov.  
 1863. announce that the defensive Treaty between Denmark and Sweden has been  
 signed, has induced me to question my Swedish colleague again on this matter.  
 I saw Count Hamilton for this purpose yesterday, and I am now in a position  
 to inform your Lordship that the Treaty has not yet been signed. ¶ On the  
 death of the late King, the King of Sweden lost no time in conveying to King  
 Christian, through Count Hamilton, the assurances of his unalterable friendship  
 for Denmark, and that these sentiments had undergone no diminution in conse-  
 quence of the change of dynasty. ¶ General de Bildt, whose arrival from  
 Stockholm I reported in my despatch of the 21st instant as charged with a  
 mission of congratulation to His Danish Majesty on his accession, was directed  
 to repeat the same assurances; but it is not correct, as stated in the public prints,  
 that General Bildt was the bearer of the final instructions relative to the signa-  
 ture of the Treaty. He brought Count Hamilton, I believe, his new credentials,  
 which he presented the day before yesterday; but the last instructions which  
 Count Hamilton has received relative to the Treaty are, that although His  
 Swedish Majesty is as ready as ever to sign it when the proper moment shall  
 have arrived, he is not to move further in the matter except on the initiative of  
 the Danish Government, so as to leave this Government entire liberty of action

in consequence of the change which has taken place in Denmark since the first negotiations respecting the Treaty were set on foot. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

No. 1203.  
Gross-  
britannien,  
25. Nov.  
1863.

### No. 1203.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Die Haltung Dänemarks im Falle der Execution. —

Copenhagen, November 25 (received November 30), 1863.

My Lord, — Notwithstanding the Proclamation of the Duke of Angustenburg, the attitude of some of the smaller States, the incendiary articles of the German Press, the meeting of some of the Members of the Holstein Estates at Hamburg, and the means which are employed by the German National party to create disturbances in Holstein, the accounts which are received from that Duchy continue to describe the population as perfectly tranquil, and as showing no symptoms of any intention to revolt against the authority of the legitimate Sovereign. ¶ A certain number of functionaries connected with the University of Kiel, and some of the advocates attached to the first tribunal, have indeed refused to take the oath of allegiance until the question of the Succession has received a solution at the hands of the Diet; and a clergyman of the same town has announced to his congregation that he did not find it consistent with his conscience to offer up the usual prayer for the King and the Royal Family; but with these exceptions there would appear as yet to have been no palpable acts of insubordination. ¶ The Danish Government has taken all necessary precautions for putting down with energy and determination any attempts which may be made to raise the standard of revolt in the name of the Duke, and unless these attempts are supported by the assistance of regular troops furnished in superior numbers by the German Governments, they have little apprehension as to their own capacity for dealing with the free corps, or any other irregular bodies of insurgents which may appear. ¶ With reference to the Execution I am enabled to state to your Lordship, that if it should be carried out solely on the Federal question, that is to say, on the same grounds that existed before the question of Succession arose, M. Hall will give the same advice to his present Majesty as he did to the late King, viz., not to oppose it by force in Holstein. His Excellency gave me this assurance in an interview I had with him on Sunday last the 22nd instant. I said it was a point on which I was particularly anxious there should be no future misunderstanding between us, and I therefore requested him to tell me distinctly what I might report to Her Majesty's Government. ¶ The above was his answer; but he added, with a view I presume of covering his responsibility in the event of another course being followed when the time shall arrive, that he was not aware what the dispositions of his present Majesty might be upon this point. I think, however, I can venture to predict from my knowledge of the character and principles of the King, that, as a true Constitutional Sovereign, His Majesty will be guided on this as on

No. 1203.  
Gross-  
britannien,  
25. Nov.  
1863.

No. 1203. every other matter connected with the affairs of his country, by the advice of  
 Gross- his responsible Ministers. ¶ I have, &c.  
 britannien, 25. Nov. 1863.

*A. Paget.*

### No. 1204.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
 — Die Zurücknahme des Patents vom 30. März betreffend. —

Copenhagen, November 26 (received November 30), 1863.

No. 1204.  
 Gross-  
 britannien,  
 26. Nov.  
 1863.

My Lord, — I called upon M. Hall this morning for the purpose of stating, in compliance with your Lordship's instructions,\*) that it is the decided opinion of Her Majesty's Government that the King of Denmark should at once revoke the Letters-Patent of the 30th of March; that the present King ought to have no difficulty in doing this, and that it should be done without delay. ¶ M. Hall replied that he would inform the King to-day of the communication I had made to him on the part of Her Majesty's Government; but that he could not but feel that the measure would have much more effect as the first act of a new Minister for Holstein, himself a Holsteiner, than it would have if advised by him. ¶ In the former case it might have the appearance of the inauguration of a new policy, whereas if the Patent was withdrawn as an act of the Danish Government it would be without importance. ¶ I replied that, although I might admit, to a certain extent, the force of his argument, yet I was impressed with the necessity there was for acting expeditiously. I felt sure, I said, that your Lordship had good reasons for the advice you gave, or you would not have spoken in such positive terms. ¶ It might be, for aught we knew to the contrary, the condition on which the Austrian and Prussian Governments made their acceptance of mediation dependent; that considerable delay had already occurred in finding a Minister for Holstein, and, if I was correctly informed, the result was not now much nearer at hand. I must therefore urge upon his Excellency most strongly to act at once upon the advice of Her Majesty's Government, and not allow any question of form to stand in the way of his doing so. ¶ M. Hall said that the King had now got several gentlemen from Holstein about him, and he could not but hope that one of them would be induced to accept the Ministry in the course of a day or two. For himself he would submit to His Majesty the communication I had made to him, and would inform me of His Majesty's decision. ¶ I said, I trusted I might report to your Lordship, at all events, that he would not oppose the revocation of the Patent. Such, I said, had been the impression I had received when I last spoke to him on the subject, and I hoped I had not misunderstood him. ¶ His Excellency replied that he had certainly no objection to the revocation of the Patent if it was not intended that it should be followed by the withdrawal of the Constitution, which was its complement. He foresaw, however, that the next thing the Danish Go-

\*) No. 1188.

vernment would be urged to do would be to withdraw the Constitution. ¶ I said it was of no use anticipating difficulties. It was now a question of the revocation of the Patent, and I trusted he would recommend this measure to His Majesty's adoption. ¶ His Excellency again replied that he would take His Majesty's orders to-day, and inform me of the result as soon as His Majesty had given his decision. ¶ I have, &c. *A. Puget.*

No. 1204.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

### No. 1205.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Die neue Verfassung betreffend. —

Copenhagen, November 26 (received November 30), 1863.

My Lord, — As it appears that M. de Bismarck gives, as a reason for his despatch to the Danish Government respecting the Constitution for Denmark and Schleswig, the clause which was introduced to bring it into force on the 1st of January next, I beg leave to observe that, unless that clause had been inserted, the Constitution would have been the law of the land from the very day on which it received the Royal assent. So far, then, from the clause in question having, for effect, to precipitate matters, it is attended with a directly contrary tendency: it procures delay instead of hurrying the conclusion. But the Constitution need have no practical effect till the month of October 1865, when the Rigsraad must, according to the law, again be called together; and it is very probable that, unless extraordinary circumstances should occur which would make the Government desire to have the support of the national representation, the next session may not take place until that period. So that if the German Powers should be disposed to negotiate upon the international questions comprising the position of both Holstein and Schleswig in the Monarchy, there is no reason, as far as the putting in practice of the new Constitution goes, why they should not do so. In point of fact, the new Constitution, until it comes into working vigour, effects very little change in the state of things, and there is no reason why it should not be adapted to meet the views of the Holsteiners quite as well as the Constitution of 1855. ¶ It is said in the „Temporary Resolution“ appended to the Constitution, which provide for the common action of the Holstein States and the Rigsraad“ until the relations between the Kingdom and the Duchy of Schleswig, on the one part, and the Duchies of Holstein and Lauenburg, on the other part, have been ordered, the following Resolutions, which, however, may be altered by law, shall be in force as far as regards the Kingdom and the Duchy of Schleswig.“ ¶ The wording of this heading would seem, therefore, to provide for the possible case of the different portions of the Monarchy being placed on a different footing, perhaps a more united one. At all events it leaves the door open for negotiation on the subject; and the Danish Government, by the acceptance of mediation, has, of course accepted therewith the natural consequence of having to alter the new Constitution, if such should be the result of the negotiation. ¶ If M. de Bismarck had raised his objections earlier, the case would certainly have been much easier to deal with, although

No. 1205.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

No. 1205. I am bound to say that M. Hall has all along declared that the powers of the present Rigsraad finishing with the present session, it was absolutely necessary that some measures regulating the relations between the non-German portions of the Monarchy should be adopted. But as M. de Bismarck did not object, but, on the contrary, spoke in a sense to lead to the conclusion that the measure of the Danish Government was in accordance with his own views, it is hardly consistent with justice that he should now throw the whole blame and responsibility of what may occur on the Danish Government. ¶ It might, perhaps, facilitate an arrangement, if the Danish Government could be induced to explain to the Austrian and Prussian Governments that the new Constitution is only intended as a temporary measure until the definitive relations of the different parts of the Monarchy were settled by international negotiation, although this deduction would appear to follow, as a matter of course, from the fact of their having accepted the mediation of Her Majesty's Government. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

### No. 1206.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Verhandlung mit Baron Plessen wegen Uebernahme des Ministeriums für Holstein. —

Copenhagen, November 26 (received November 30), 1863.

No. 1206. My Lord, — Count Otto Blome, a member of the Ritterschaft in Holstein, who had come to Copenhagen, as he informed me, to pay his court to His Majesty, called upon me yesterday, and I had some conversation with him respecting the state of affairs in Holstein. ¶ He said there was not the least excitement amongst the population in favour of the Duke of Augustenburg, who had no party there whatever; that it was desirable that the King should issue a Proclamation as soon as possible, and should also have a Holsteiner for Minister of the Duchy in whom the population had confidence. Baron Charles Plessen had arrived that morning, and he believed was now with the King. He was a man in whom every Holsteiner had confidence, and if he could accept the Ministry, every one in the Duchy would be happy and feel secure. That all that Holstein wanted was to have the management of its own affairs; that a common Constitution was no longer wished for, as it was considered impossible. The union too with Schleswig was an exploded idea. It was of course desirable that the Germans in that Duchy should be placed on a better footing, should have liberty respecting the languages of their schools, &c., &c., but that the Holsteiners no longer intended to make the settlement of their own affairs dependent on that of the neighbouring Duchy. ¶ I replied that on these conditions I saw nothing more easy than a settlement of the whole question, but I confessed myself somewhat sceptical as to Baron Plessen being so easily accommodated, and your Lordship will see by what follows that I was not wrong. ¶ I have felt from the first that if Baron Plessen's services could be secured to His Majesty as Holstein Minister, the influence which his appointment would exercise upon the whole situation of affairs, as between this country and Germany, would

be paramount; and I therefore determined to do all that depended on me to bring about so desirable a result. ¶ I saw M. Hall in the morning as soon as I heard of Baron Plessen's arrival, and he assured me that he was, personally speaking, as ready to accept Baron Plessen as any one else His Majesty might choose, though he repeated his doubts as to the appointment being a wise one as far as the Danish public was concerned. ¶ Having been subsequently informed that the interview between the King and Baron Plessen had not ended in his final acceptance of the office, though I was told the negotiations were not entirely broken off, I at once decided upon seeing Baron Plessen, with a view of offering my services to smooth down any difficulties which might perhaps be removed through friendly intervention. I accordingly sent to the Baron to say I should like to speak to him, and he was kind enough to call upon me in the evening. ¶ I said that having heard that he had been with the King, and that the result of the interview had not been quite satisfactory, I was induced by the interest which my Government took in the affairs of this country to offer my services, if they could in any way be useful in bringing about an understanding with the Government here. I said that I considered his acceptance of the Holstein Ministry at this moment to be of the very greatest importance, and that he might be the means of saving not only his country, but Europe from war, because, if he accepted the Ministry there could be no doubt that his countrymen would feel that their interests were secure, and as a deputation had just been sent from the members of the Holstein States, who had lately met at Hamburgh, to Frankfort, claiming the protection of the Diet, so another under his inspiration might follow to say that that protection was no longer required, and the Execution would then of course be given up. ¶ Baron Plessen replied that the interview he had had with His Majesty was what he was quite prepared for, and it was impossible under present circumstances that it could be satisfactory. He had come, he said, at the King's desire, because he had a sincere affection for His Majesty, and an ardent desire to serve him, but with the present Ministry in office it was impossible he could do so. They had now just given the finishing stroke to their policy of isolating Holstein, of violating the stipulations of 1851-52, and of incorporating Schleswig by the new Constitution, and this had made any arrangement with them impossible. The position or influence which he might perhaps now enjoy amongst his countrymen was because he had conscientiously combatted this policy, and they believed him sincere: but if he was now to accept office he should have the appearance of being false to the opinions he had always advocated, and of having been converted to a system he had always condemned. The consequence would be that he would ruin his own position without being of the least service to His Majesty, for he was convinced that any influence he might now possess would at once vanish. ¶ I asked Baron Plessen why, if Holstein was put in possession of complete constitutional rights and independence, he held so much to a common Constitution. ¶ His answer was that Holstein was part of the Monarchy as a whole, and that, as such, while there was a common representation and, in short, unity of government, it was not completely shut out from the political life-professions and employments which

No. 1306.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1868.

No 1206.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

the Monarchy, small though it was, could offer; but that once cut off from the Monarchy, Holstein, although it might be in possession of complete liberty and constitutional rights, was effectually debarred from any share of the above advantages. ¶ This was one reason, he said, for his wishing for a common Constitution. ¶ Another was, that the Duchies of Holstein and Schleswig had been for ages bound together, and both their inclinations and their interests required that they should not be separated. ¶ I observed to Baron Plessen that, although a great deal of noise had been made about the recent Constitution, I could not, for my part, see the great change which it effected, and I maintained that whether it turned out to be a step towards incorporation or not, would depend upon the character of the measures by which it was followed up. I added that in the event of international negotiation taking place, there was no reason why this Constitution should not be altered to admit Holstein, just as easily as that of 1855. I added that if the Danish Government had adopted the separation policy of late, the Holstein States were in some measure to be blamed for it themselves, because in one of their Reports they had said no form of common Constitution which could be proposed could suit them. ¶ Baron Plessen said this was not a correct interpretation of what had been said, which was to the effect that according to the system proposed by the present Danish Government, they saw no hope of coming to an understanding on this basis. ¶ I replied that, however this might be, the object now to be desired was to save the Monarchy; to do this the Execution must be prevented, and perhaps one of the most effectual means to this end would be by his accepting the Ministry for Holstein. I submitted to him the possible case that if the Execution took place the separation of Holstein, the very thing he wished to avoid, might perhaps be accomplished once for all. He admitted this contingency, but said that Schleswig would go likewise. ¶ This brought on the question of the Succession in the Duchies. Baron Plessen told me that the Duke of Augustenburg had no party there for himself, but simply because he impersonated the Schleswig-Holstein idea. He said he hoped the Diet would soon take a decision in the question, as it kept the people in suspense, and *he trusted sincerely it would be in conformity with the Treaty of London*. He said that there would be no movement in the Duchy, and that if there were any attempts by free corps and others, they would be repelled by the Holsteiners themselves, who thought the Danish Government quite right in the precautions they were taking. ¶ My conversation with Baron Plessen lasted over two hours, and I am conscious of having omitted no argument to induce him to alter his decision not to accept the Ministry, but I regret to say without effect. In reply to my inquiry as to what he thought the best thing to be done under the circumstances, he said that he thought if the Diet could be brought to accept the existing state of things, including the new Constitution as provisional, and would declare itself ready to treat on the ultimate arrangements, that this would be the best way of avoiding Execution or war, and of enabling those anxious to serve King Christian to do so with efficiency. ¶ I have, &c.

A. Paget.



## No. 1207.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Anrufung der Hilfe Englands zur Aufrechthaltung des Londoner Vertrags. —

Copenhague, le 26 novembre, 1863.

Monsieur, — Le Gouvernement Britannique aura déjà pris connaissance, soit par les rapports de ses Agents Diplomatiques, soit par les journaux, de l'attitude que la Diète Germanique paraît vouloir prendre, relativement à la Succession dans la Monarchie danoise, et de l'agitation excessive qui s'est manifestée à ce sujet dans l'opinion publique en Allemagne. On aspire à rien moins qu'à arracher au Danemark les Duchés de Holstein et de Lauenbourg, et même de Slesvig. ¶ Le Traité de Londres du 8 mai 1852 a de la manière la plus formelle établi le principe de l'intégrité de la Monarchie comme une des conditions indispensables de l'équilibre européen. Et il a ajouté la reconnaissance de l'Europe à l'arrangement d'après lequel le Roi actuel était désigné comme héritier de la Monarchie. Ce Traité a été signé des cinq Grandes Puissances et de la Suède; et la plupart des autres États européens, ainsi que plusieurs des États secondaires de l'Allemagne, y ont plus tard accédé. ¶ Dans les efforts qu'on a fait dernièrement de certains côtés, pour invalider cet Acte solennel de l'Europe, cette assertion a été mise en avant, — que la force obligatoire du Traité pour les Puissances Allemandes aurait été subordonnée au strict accomplissement par le Gouvernement Danois des transactions de 1851 et 1852, et que, attendu que cet accomplissement n'aurait pas eu lieu, ces Puissances ne se trouveraient plus liées par leur signature. ¶ Il n'est sans doute pas besoin d'entrer dans de longues explications pour prouver l'inanité complète de cette argumentation. D'abord — et cette considération rend superflue tout autre déduction — la question de l'intégrité de la Monarchie danoise, dont le maintien a été reconnu un élément nécessaire de l'équilibre politique, ne pourrait pas, d'après sa nature, être subordonnée à cette question d'un ordre secondaire, à savoir, si les rapports intérieurs entre les différentes provinces de la Monarchie seraient réglés de l'une ou de l'autre manière. Je ne m'engagerai pas ici du reste dans une discussion sur la teneur des négociations de 1851 et 1852, ni sur le soi-disant abandon que le Gouvernement du Roi aurait fait spontanément de l'arrangement intérieur qui avait été prévu dans ces négociations. Ces points ont été suffisamment débattus entre nous et l'Allemagne, et ils appartiennent à une phase de notre différend que les aspirations nouvelles de l'Allemagne se trouvent avoir déjà entièrement dépassée. J'ai montré qu'une condition comme celle dont il est question ici n'aurait pu, d'après sa nature, trouver place dans une décision définitive telle que le Traité de Londres. Aussi, une simple lecture de cet Acte suffit pour prouver que cette condition n'y a pas non plus été formulée, de quelque manière que ce soit. ¶ Le Traité porte textuellement dans son Article III „que les droits et les obligations réciproques de Sa Majesté le Roi de Danemark et de la Confédération Germanique concernant les Duchés de

No. 1207.  
Dänemark,  
26. Nov.  
1863.

No. 1207.  
Dänemark,  
26. Nov.  
1863.

Holstein et de Lauenbourg, droits et obligations établis par l'Acte Fédéral de 1815 et par le droit Fédéral existant, ne seront pas altérés par le présent Traité. ¶ Ces termes ne se rapportent qu'aux droits ordinaires qui d'après les Actes Fédéraux appartiennent à la Confédération vis-à-vis de tous ses membres, et ils excluent ainsi, d'une manière précise, les droits spéciaux que, en dehors de l'Acte Fédéral et de la législation Fédérale ordinaire, la Confédération prétend avoir acquis vis-à-vis du Danemark par les négociations de 1851 et 1852. Mais en outre, l'Article III du Traité ne fait que reproduire la réserve que l'Autriche avait déjà pris lors de son accession au Protocole Préliminaire du 2 août 1850; car si les droits de la Confédération Germanique furent alors réservés par cette Puissance, il est impossible qu'elle voulût par là réserver les droits qu'on se plaint aujourd'hui à déduire des transactions de 1851 et 1852, par la raison toute simple que ces transactions n'existaient pas à ce temps-là. ¶ Cette assertion que les Puissances Allemandes ne seraient plus liées par le Traité de Londres est donc tellement dénuée de tout fondement que le Gouvernement est en droit d'espérer qu'elle ne sera pas sérieusement mise en avant, et je me tiens pour convaincu que la Prusse et l'Autriche désavoueraient les premières ce raisonnement s'il se produisait au sein de la Diète. Mais la seule attitude que la Confédération Germanique a déjà prise est d'une telle nature que le Gouvernement du Roi se voit obligé d'appeler l'attention du Cabinet de St. James sur la grave question qui se débat, à l'heure qu'il est, au sein de l'Assemblée de Francfort, à savoir, si un Acte européen revêtu de la signature des Puissances les plus intéressées à l'équilibre européen, et approuvé plus tard par presque tous les États, pourra être renversé par les petits États de l'Allemagne, poussés, comme ils le sont, par l'esprit de révolution et d'envahissement qui, à l'égard du Danemark, se manifeste depuis longtemps en Allemagne. ¶ Le Gouvernement Britannique a pris une part si significative à la conclusion du Traité de Londres, et il a montré un intérêt si constant pour le maintien de l'intégrité de la Monarchie danoise, que je suis convaincu que le concours de ses bons offices ne fera pas défaut au Gouvernement du Roi Christian IX dans une occasion où la nation danoise est fermement décidée à défendre son droit incontestable jusqu'à la dernière extrémité. ¶ Je vous prie, Monsieur, de vouloir bien donner lecture de cette dépêche au comte Russell et de lui en laisser copie. ¶ J'ai, &c.

*C. Hall.*

### No. 1208.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
Oesterreichs Festhalten an dem Londoner Vertrag. —

Vienna, November 26 (received November 30), 1863.

No. 1208.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

(Extract.) Upon my communicating to Count Rechberg the substance of your Lordship's despatch of the 23rd instant, in which your Lordship states that Her Majesty's Government are sorry to learn that the pretensions of the Prince of Augustenburg have been brought before the Diet of Frankfort, and

that the subject has been referred to a Committee, his Excellency said he considered these pretensions untenable, and did not believe they could stand a critical examination. The Duke, his father, had renounced in a solemn act all claims for himself and his family for ever. He and his son could not absolve themselves from this act, or there was an end to the faith of Treaties; and every Sovereign on his accession might henceforward repudiate the acts of his predecessor. The next Emperor of Austria, for instance, might declare that he was not bound by the arrangements of Villafranca, and proceed at once to take possession of Lombardy. ¶ With reference to the other part of your Lordship's despatch, in which your Lordship states that Her Majesty's Government have no other course to pursue than to observe faithfully the engagements of the Treaty of the 8th of May, 1852, and expect the other co-signing Powers to do the same, Count Rechberg said that Austria would be true to her engagements, but that she was placed in a trying position by the breathless haste with which the King of Denmark had sanctioned the new Constitution, and thus put himself in the wrong towards Germany. ¶ I replied that the King's position was one of extreme difficulty, and that it would have been almost impossible, as I understood, for His Majesty to resist the pressure exercised on him by the ultra-Danish party. Count Rechberg said this might be, but the King could not be ignorant of the engagements by which Denmark had bound herself not to incorporate Schleswig into the Kingdom, and that it might be moreover remarked that the Danish Government had only been able to carry the measure through the Rigsaad by a majority of two, and that further no Schleswigers had attended. The King ought, he added, to have taken more time to consider the importance of the act he had been pressed to sign as affecting his relations with Germany, and to have listened to the friendly advice which had been given from Vienna and Berlin. As to the question of Succession, the Imperial Government fully recognized the obligations imposed on it by the Treaty of May 8, 1852; Austria will keep to her engagements, and Denmark must keep those which she has contracted with Germany. &c.

No. 1208.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

*Bloomfield.*

---

No. 1209.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
Räthlichkeit sofortiger Ausführung der Execution. —

Vienna, November 26 (received November 30), 1863.

(Extract.) Count Rechberg deeply regrets the serious complication which has arisen in the affairs of Germany and Denmark by the sanction given to the new Constitution by King Christian, but is unwilling to admit that any blame can be attached to Austria for her proceedings in the matter. She and Prussia had warned Denmark of the inevitable consequences of the incorporation of Schleswig; they had reminded Denmark over and over again of her engagements with Germany; their words had passed unheeded, and Count Rechberg

No. 1209.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

No. 1209.  
Gross-  
britannien,  
20. Nov.  
1863.

no longer sees the means of averting the Execution: on the contrary, his Excellency now thinks that the more it is accelerated the better for Denmark as well as for Holstein, because free corps will be soon organized, and the Duchy will become a prey to anarchy and confusion; whereas the presence of regular troops, acting in the name of the German Confederation, will be better able to maintain order and authority until the rights of the question raised can be decided. This proceeding, he considers, is in the true interest of all the parties concerned, and he trusts that unnecessary opposition will not be raised against this course. ¶ Count Rechberg said your Lordship will no doubt have been informed by Sir Alexander Malet of the difficulties which the united efforts of Austria and Prussia have met with at Frankfort. His Excellency is endeavouring to steer a middle course, and hopes that time will come to his aid at Frankfort. He considers the intended Execution in face of the excitement now prevailing in Germany will be in the interest of the Treaty of Succession of May 1852, and prove a means of checking the democratic influences and revolutionary tendencies of the National Verein; but he observed that at the present moment he could not answer for any decision that may be taken by the German Diet, because, as he had already said, Austria and Prussia were in a minority, and the majority were pressing not for execution but for occupation. ¶ Occupation, I said, was war, and I hoped, if the Execution were ordered, it would be clearly shown that it was undertaken merely in the interests of the Duchy of Holstein; for if those of Schleswig were brought forward, he was well aware of the international character which the question would immediately assume. Count Rechberg promised to do his best to restrain the present violent feelings of the Diet, and to endeavour to guard against complication, but he seemed to have little hope of succeeding unless he was aided by Her Majesty's Government in the present crisis; the policy of Austria (and an unpopular one it was) would be to uphold at Frankfort the Treaty of May 8, 1852, but if Austria and Prussia held to their engagements Denmark should understand that she also must keep hers to Germany, and that the Constitution as sanctioned by the King cannot be carried out in the face of those engagements. ¶ I suggested to Count Rechberg that the German Diet might ask for the withdrawal of the Letters-Patent of March 30 and the compliance in Holstein with the demands of the Diet upon Holstein. He said this was now all too late; Austria and Prussia had repeatedly and always in vain demanded the recall of these Letters-Patent, and there was now no other course open but to carry out a Federal Execution with as little delay as possible. &c.

*Bloomfield.*

### No. 1210.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw.  
— Die öffentliche Stimmung in Betreff Schleswig-Holsteins.

Munich, November 26 (received November 30), 1863.

No. 1210.  
Gross-  
britannien,  
20. Nov.  
1863.

(Extract.) There exists great fermentation and excitement in all parts of Bavaria on the question of Schleswig-Holstein. ¶ The enthusiasm in favour

of the Prince Frederick of Augustenburg pervades all classes and ranks of society; and men of all political opinions are cordially united to enforce at any cost or risk the fulfilment of their views, and to separate the Duchies of Schleswig-Holstein and Lauenburg from Danish rule. &c.

No. 1210.  
Gross-  
britannien,  
26. Nov.  
1863.

*A. Loftus.*

### No. 1211.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. — Stimmung der deutschen Mächte in Bezug auf das englische Vermittelungserbieten. —

Frankfort, November 27 (received November 30), 1863.

My Lord, — I had the honour of acquainting your Lordship by telegram on Monday last, the 23rd instant, that the Austrian and Prussian Governments admitted in principle the desirableness of mediation by Her Majesty's Government in the international questions in dispute between Denmark and Germany relating to Schleswig, and to the relations of Holstein to Denmark in the Constitution, on which points I had been instructed by your Lordship to ascertain the dispositions of these Governments. I had to add to that report, that Count Rechberg thought it would be necessary to require the King of Denmark to withdraw the sanction of the common Constitution for Denmark and Schleswig, as a preliminary condition to acceptance of British mediation. ¶ This communication, confidentially made to me by Baron de Kubeck, was accompanied by an expression of great regret that our offer had not been made during lifetime of the late King of Denmark, when Austria could readily have accepted the friendly proposal. ¶ M. de Sydow, on his part, intimated that his Government would expect to have the points to which our mediation was to extend clearly defined, but did not specify any point of limitation. ¶ M. von der Pfordten has since informed me that the circumstances which had arisen out of the death of the King Denmark obliged his Government, with much regret, to reject any offer of foreign mediation. ¶ Had the wishes of Her Majesty's Government in this respect been clearly intimated at an earlier period they might, he said, have appeared admissible, but at present the question of Succession was the first to be decided, and his Government, duly appreciating the friendly feeling of Her Majesty's Government, must decline our offer. ¶ I am further enabled to inform your Lordship that, independently of the inadmissible condition which the Austrian Government would impose on your Lordship's projected offer of mediation, such is the temper of the minor German Governments, or such the influence of external pressure upon them, in the actual state of the Danish question, that I hardly think one of them could admit British or any other intervention, however restricted might be its scope; but on this complication of the subject I will enter more fully in another despatch. ¶ I have, &c.

No. 1211.  
Gross-  
britannien,  
27. Nov.  
1863.

*A. Malet.*

## No. 1212.

GROSSBRITANNIEN. — Botschäfter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Verhandlung mit Herrn von Bismarck über zu thuende Schritte. —

Berlin, November 28 (received November 30), 1863.

No. 1212.  
Gross-  
britannien,  
28. Nov.  
1863.

(Extract.) I received the day before yesterday a telegram from your Lordship expressing a hope on the part of Her Majesty's Government that no Execution would take place in Holstein until the King of Denmark should have been allowed time to adopt any advice which might be offered to His Majesty by the five Great Powers; and as I met M. de Thile, and learnt from him that M. de Bismarck intended to leave Berlin early next morning with the King, and might be absent for two days, I requested him to convey to his Excellency the substance of the message which I had received from your Lordship. ¶ Late in the same evening I received a further telegraphic message from your Lordship, expressing a hope that a proposal of Prince Gortchakoff, of which Her Majesty's Government entirely approved, would be adopted by the Government of Prussia, that the five Powers who had signed the Treaty of London should send Envoys to Copenhagen to congratulate the King on his accession, and to recommend the expediency of the Danish Government making such modifications in the new Constitution as might enable Austria and Prussia to co-operate with the other Great Powers in the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy. ¶ Your Lordship's message, however, arrived at too late an hour for me to intrude upon M. de Bismarck, and there was no hope of my seeing him next day; but on the other hand, it was not improbable that some decided resolution might be adopted at Frankfort within the next two days, which would render the Prussian Government less disposed to accede to the suggestions which it contained. ¶ Under these circumstances I proceeded to the Russian Legation, and acquainted M. d'Oubril, whom I was fortunate enough to find at home, with its contents; but in answer to my inquiries, he said that no such instructions as your Lordship had reason to believe would be sent to him, had as yet reached him. ¶ There seemed little doubt, however, he said, from the information which your Lordship appeared to have received, that instructions must be on their way, or would be forwarded immediately to him in the sense of your Lordships message; and he therefore entirely concurred in my opinion that it would be advisable for me to lose no time in acquainting M. de Bismarck with Prince Gortchakoff's proposal. I therefore left a letter on the subject at the Foreign Office on my way home, and as M. de Bismarck has returned from the country, I learnt from him to-day that he had received it yesterday morning before leaving Berlin, and had communicated it to the King in the course of the day. ¶ His Majesty, however, had given him no answer, and had reserved the proposal for future consideration. ¶ M. de Bismarck said that he had been surprised, however, to find from my letter that Her Majesty's Government had expressed a hope that no immediate Execution would take place in Holstein, as he had understood from Count Bernstorff that your Lordship had agreed with his Excellency

that, if an Execution should take place on the basis of the Federal Decree of the 1st of October, it would prevent any revolutionary movements in the Duchy, and be at the same time to a certain extent an indirect acknowledgment by the Diet of King Christian as Duke of Holstein. I said that, whatever Count Bernstorff had understood your Lordship to say must be overruled by your instructions to me, and that Her Majesty's Government would naturally expect that if advice was to be tendered by the five Powers to King Christian, time would be allowed to His Majesty to adopt it; and besides, if Federal troops occupied Holstein it might be impossible for His Majesty, however personally desirous to do so, to introduce modifications into the Danish Constitution, or, in the event of his present Ministers being unwilling to comply with his wishes on this subject, to form another Government. ¶ M. de Bismarck said the alarming situation of Germany, however, rendered it expedient that the Execution should take place immediately, if the Diet would consent to its being carried out on the old basis, but he could not or would not explain to me how such an Execution could be an acknowledgment of the Sovereignty of the King or avoid the appearance of an occupation. ¶ He said the Execution would be carried out by 6,000 Saxon troops. I said that I had good reason to believe that there was not the slightest chance of a revolutionary movement in Holstein, unless Federal troops entered the Duchy; but, he said, if free corps attempted to interfere and were repulsed with loss by the Danish garrison, the effect in Germany in the present excited state of the country would be too dangerous, and that in the midst of the complications with which the question was surrounded it was impossible to provide for every objection. ¶ What Prussia intended to do was in the interest of peace, and if war should be the result it must be accepted. ¶ With regard to the admission of M. Dirckinck-Holmfeld to the Diet, Austria and Prussia would, he said, vote absolutely for his admission as Representative of Lauenburg and for his eventual admission as the Representative of the Duke of Holstein, contingently to his Sovereign fulfilling the engagement on the faith of which Austria and Prussia had become parties to the Treaty of 1852. ¶ While I was with his Excellency a telegram arrived from Frankfort, dated 12.15 P. M., at which hour Baron Kübeck had not received his instructions. ¶ I spoke to his Excellency of explanations which Sir Augustus Paget had communicated to me as to the provisional character which might be attached to the new Danish Constitution, but his Excellency said these were explanations which might be accepted by a friendly diplomatist, but which would not be understood in Germany in the present temper of the people. &c.

*Andrew Buchanan.*

P.S. — The Russian Minister received instructions this morning on the subject of Prince Gortchakoff's proposal, and has since had an interview with M. de Bismarck to recommend it to the acceptance of the Prussian Government.

---

No. 1312.  
Gross-  
britannien,  
28. Nov.  
1863.

## No. 1213.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Bevorstehende Ankunft eines dänischen Abgesandten zur Notification  
des Regierungsantritts. —

Berlin, November 28 (received November 30), 1863.

No. 1213.  
Gross-  
britannien,  
28. Nov.  
1863.

My Lord, — M. de Bismarck has informed me that M. Irminger, who is on his way from Copenhagen to announce the accession of King Christian IX to the Throne of Denmark, may be expected here to-morrow or next day, and that Count Karolyi had asked him how he would be received. ¶ M. de Bismarck said he had answered that there could be no difficulty in the matter, as King Christian was acknowledged, at all events, by Prussia as the Sovereign of Denmark and Lauenburg, and that he hoped no written communication would be addressed to the Prussian Government, which would render it necessary for them to make any observations on His Majesty's title to the Sovereignty of Holstein. I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1214.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. —  
— Stellung der Regierung in Bezug auf zu bildende Freicorps. —

Hanover, November 28 (received November 30), 1863.

No. 1214.  
Gross-  
britannien,  
28. Nov.  
1863.

(Extract.) Count Platen having recently promised me that the Hanoverian Government would prevent the enlistment of volunteers for the invasion of the Duchies, or the collection of arms for transmission to them, I called his attention this morning to a paragraph in a newspaper, announcing that a Committee for the assistance of the Schleswig-Holsteiners, of which M. de Bennigsen, and other persons of the same stamp, belonging to different parts of Germany, are stated to be members, had been established at Göttingen, and that it was to it that all supplies of money, arms, and other articles, offers, and inquiries, should be addressed. ¶ His Excellency replied that the Minister of the Interior had been charged by the Government to make inquiries on the subject, and if the office thus established came within the meaning of an Enlistment Office, which was illegal, to suppress it. His Excellency said that the Government could not interfere with mere subscriptions. ¶ He added, with reference to my previous question concerning the setting on foot of a Corps of Reserve, that it was in order to prevent the formation of Free Corps and other illegal acts that it would be necessary for the Hanoverian Government to have a respectable military force under arms. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*



## No. 1215.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
— Hannoversche Abstimmungen in der Bundesversammlung. —

Hanover, November 28 (received November 30), 1863.

My Lord, — Your Lordship will be aware that it is in this day's No. 1215.  
sitting of the German Diet that the question whether the Danish Envoy or the Gross-  
Representative of the Prince of Augustenburg should be admitted as a Member britannien,  
of that Assembly for the Duchies of Holstein and Lauenburg is to be brought 28. Nov.  
under discussion. ¶ Count Platen informed me this morning that the instruction 1863.  
which he had sent to the Hanoverian Envoy at Frankfort was to vote for the  
non-admission of either of the claimants until the question of right had been  
examined. This, he contended, was the only course which could be pursued  
with a view to calm down the widely spread excitement in Germany on this  
subject. ¶ The Hanoverian Government would hereafter vote for the admission  
of the Danish Envoy as Representative for the above-mentioned Duchies. ¶ I ex-  
pressed to his Excellency my regret that Hanover and the other German Powers  
who had signed the Treaty of May 8, 1852, or acceded to it, should not be dis-  
posed to take the bolder and more straightforward course of pronouncing  
themselves at once in favour of the reception of the full-powers of the Repre-  
sentative of King Christian, by which I thought a check would be put upon the  
agitation which excited their fears. ¶ As regards the further measures to be  
adopted by the Diet, Count Platen stated that he had directed the Hanoverian  
Envoy at the Diet to vote in favour of a Federal Execution, as against the  
*de facto* Sovereign of the Duchies, and not for an occupation, which was a  
measure of wider bearings and would furnish a pretext for the intervention of  
foreign Powers. This Execution should be confined to the Duchies of Holstein  
and Lauenburg, and one of its principal objects would be to prevent the incor-  
poration of Schleswig with Denmark which had been voted by the Rigsgaad.  
¶ I repeated the strong objections there were to an Execution, and more par-  
ticularly to one not preceded by a recognition of the King of Denmark's rights  
of Succession, and suggested that the best mode of solving existing difficulties  
would be a mediation; but his Excellency replied that the moment had not yet  
come when such a proposal could be accepted by the Diet. ¶ I then expressed  
the hope that if an Execution were decided upon the Diet would not precipitate  
matters, but would grant Denmark the usual respite of three weeks between the  
issue of the summons to comply with its Resolutions and the actual entry of the  
Federal troops into Holstein, as time would thus be gained for the passions on  
both sides to calm down, and for the possible conclusion of a compromise. His  
Excellency stated that he was favourable to the observance of all the usual terms  
and formalities, but that he did not know whether the majority of the Diet  
would in the present instance be willing to grant the respite I had referred to.  
¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

## No. 1216.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
— Vorgänge in Deutschland. —

Hanover, November 28 (received November 30), 1863.

No. 1216.  
Gross-  
britannien,  
28. Nov.  
1863.

My Lord, — The Schleswig-Holstein fever in Germany is at its height, and may perhaps not be subdued until the calamities of the war which it tends to enkindle shall have sobered down the public mind. ¶ There is hardly a town of any note in this country where meetings of the municipal bodies or popular assemblies have not been held, at which addresses to the King or petitions to the Government have been adopted, urging the employment of force in order to wrest the Duchies of Schleswig-Holstein and Lauenburg from Denmark, and the recognition of Prince Frederick of Augustenburg as their Sovereign. ¶ The „Grossdeutsche Verein“ („Great German Association“), which calls itself Conservative, has passed Resolutions in the above-mentioned sense worthy of the National-Verein, in opposition to which it was instituted. ¶ No Pretender has been as successful as the Prince of Augustenburg in obtaining recognitions, his claims having been acknowledged without the slightest examination by German Governments, Conservative and Democratic Societies; the motives which united these different elements in common action being the spoliation, under the plea of the protection of an oppressed nationality, of a neighbouring Sovereign, who ought to be the best ally of Germany, of a large portion of his dominions, including a Duchy which never belonged to Germany, and in a good half of which the German language is not even spoken. ¶ It is hardly to be believed that this aim would be so openly avowed, or be sought to be so rigorously carried out, did not the impression so generally prevail in Germany that Denmark has nothing more to expect, at the outstart at least, than moral support from the great non-German Powers who signed the Treaty of May 8, 1852. ¶ The dangerous agitation which has arisen might, in my humble opinion, certainly have been checked had the course pursued by the German Powers who signed that Treaty or acceded to it been bolder and more straightforward; whereas it has been encouraged by the faithlessness of some of them who, like Saxony, Wurtemberg, and Oldenburg, appear to be disposed to ignore altogether the engagements they have contracted under it; and by the pusillanimity of others who, whilst admitting their obligations, interpret them in a somewhat dubious manner, and hesitate to give their acknowledgment of them that publicity which would render it of real value at the present moment. ¶ In making these observations, I beg to state that it is not my object to exculpate the Danish Government. On the contrary, I do not consider that on their side they have fulfilled the engagements they contracted by the arrangements of 1851 and 1852. It was with this conviction, and foreseeing the outbreak of public feeling which was likely to occur in Germany on the death of King Frederick VII, whose life had long been considered a bad one, that I constantly in my correspondence urged the necessity of the Danish Government making

ample concessions. But surely, as your Lordship has so unremittingly and ably argued, the questions in dispute are not of such a nature that they could not be settled by negotiation and compromise, instead of being left to the arbitrament of the sword. ¶ Although I believe that certain parties in Germany have long been waiting for the event which has now occurred, in order to attempt the disruption of Schleswig and the German Duchies from Denmark, yet I cannot deny that the Common Constitution for Denmark and Schleswig, which was lately voted by the Rigsraad, and has been sanctioned by King Christian, and which, if I am correctly informed, has even been pronounced by M. Bluhme, who was Danish Minister for Foreign Affairs in 1852, as tantamount to an incorporation of Schleswig, has considerably increased the difficulties of a pacific solution, as it has greatly irritated even those more reasonable Germans who were desirous of seeing the integrity of the Danish Monarchy preserved. Until this stumbling-block, therefore, is removed, there appears but little prospect of an amicable settlement. ¶ Previous to the sanction of this Common Constitution there existed, I am informed, a disposition on the part of the German Diet to enter into your Lordship's proposal of a mediation, provided a preliminary agreement could be arrived at concerning its basis, but, to judge at least by Count Platen's language, this disposition has disappeared, and has been replaced by a determination to carry out, in the first instance, an occupation of the German Duchies, whether under that name or under the less objectionable one in principle of an execution. I trust, however, though I hardly believe, that his Excellency may be mistaken in this view, and that counsels of moderation may still be listened to by both parties. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

---

No. 1217.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. —  
Englands Festhalten an dem Londoner Vertrag. —

Foreign Office, December 1, 1863.

Sir, — I have to state to you that the line of policy to be pursued by Her Majesty's Government in the questions at issue between Denmark and Germany is perfectly clear. ¶ That policy is to advise Austria, Prussia, and the other Powers who signed the Treaty of London to adhere to their engagements, and to advise Denmark to observe all the engagements which she has taken to Germany. ¶ Her Majesty's Minister at Copenhagen reports that Holstein is perfectly tranquil, and this statement is confirmed by the language of Count Bluhme and Baron Charles de Plessen. ¶ It appears to Her Majesty's Government that there is some risk in taking measures which might disturb this tranquil state. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

No. 1216.  
Gross-  
britannien,  
28. Nov.  
1863.

No. 1217.  
Gross-  
britannien,  
1. Dec.  
1863.

## No. 1218.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Hannover.  
— Billigung der hannoverschen Politik. —

Foreign Office, December 2, 1863.

No. 1218.  
Gross-  
britannien,  
2. Dec.  
1863.

Sir, — I have received your despatch of the 26th ultimo, reporting a conversation with Count Platen on the occasion of your communicating to his Excellency my despatch of the 23rd ultimo, on the subject of the claims of Prince Frederick of Augustenburg to the Succession to the Duchy of Holstein. ¶ Her Majesty's Government recognize in the language of Count Platen the good faith and directness of purpose which they expected to find in the sentiments and conduct of the King of Hanover. ¶ Count Platen may be assured that Her Majesty's Government will do all in their power to induce the King of Denmark to be faithful to his engagements to the German Confederation. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1219.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Die Vorgänge in der Landesversammlung betreffend. —

Frankfort, November 30 (received December 2), 1863.

No. 1219.  
Gross-  
britannien,  
30. Nov.  
1863.

(Extract.) I saw the President of the Diet after the sitting of Saturday, and heard all the details of what occurred on this memorable occasion, from his Excellency's own mouth. ¶ M. de Kubeck was at much pains to persuade me that the exclusion of the Danish Envoy was not to be regarded as a measure of personal hostility to King Christian IX, in which light I told his Excellency I thought it must be viewed. He argued that it was not expulsion, but suspension, and only pending the decision of the question of legitimacy; on which I asked, whether justice could be expected from a Tribunal so constituted as was the Committee to which the duty of judging between the conflicting claims of Prince Frederick of Augustenburg and King Christian as Duke of Schleswig-Holstein was referred? ¶ M. de Kubeck also told me of the connexion sought to be established by his own Government and that of Prussia in the matter of the London Treaty, and the negotiations of his Cabinet and that of Berlin with Denmark in 1851-52 as mentioned in my preceding despatch. ¶ Altogether, my Lord, the prospect is as discouraging as possible, for even if at the last moment Denmark makes concessions, I cannot see any room to doubt that the prevailing agitation will compel the Governments to march troops into Holstein, if it is only to avoid letting the volunteers, who are fast forming, take the initiative. &c.

*A. Malet.*

## No. 1220.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Sendung des Prinzen Christian von Augustenburg und sonstige Vorgänge. —

Hanover, November 30 (received December 2), 1863.

(Extract.) Prince Christian of Augustenburg arrived here from Oldenburg in the night of the 27th instant, the bearer of a letter from his brother Prince Frederick to the King of Hanover, praying His Majesty to support his claims to the Duchies of Schleswig and Holstein. ¶ The Prince was received by the King at Herrenhausen on the 28th instant, but did not succeed in the object of his mission. *His Majesty*, as Count Platen informs me, and as I have likewise learnt from other sources, *only replied to him in general terms*, saying that the question of the Succession was to be examined by the Diet, and afterwards broke off the conversation. ¶ I take this opportunity of stating that the notification of the accession of Prince Frederick of Augustenburg to the Succession to the Throne of the two Duchies, which I referred to in my despatch of the 23rd instant as having been received by this Court, was a telegraphic despatch addressed to Count Platen by M. Samwer, who styles himself his Highness' Minister for Foreign Affairs, and not a communication from the Prince himself to the King. ¶ The King of Hanover has received, as Count Platen informed me this morning, a Notification from King Christian IX of Denmark of his accession to the Throne. I am in hopes that, as His Hanoverian Majesty, as I have been credibly informed, sent a private telegram to King Christian, conveying his congratulations immediately on his accession, he will not long delay answering His Danish Majesty's official notification. ¶ Your Lordship will be aware that, according to a joint declaration made by Austria and Prussia in the sitting of the Diet of the 28th instant, although they state that they will abide by the Treaty of the 8th of May, 1852, and are ready to carry it out, they nevertheless maintain its close connection with the arrangements of 1851 and 1852, and render their continued adherence to it conditional upon the observance of those agreements by Denmark. ¶ Saxony goes a step further, and appears to consider herself already relieved from the engagements she contracted by her accession to the Treaty, in consequence of Denmark not having fulfilled the agreements of 1851 and 1852. ¶ Baron Könneritz, who was formerly Saxon Chargé d'Affaires here, has now arrived at Hanover, ostensibly for the purpose of ascertaining the position of the Hanoverian Government as regards their accession to the Treaty of 1852, but in reality, I have no doubt, in order to induce their concurrence with the view of the question taken by his own Government, or at least with that of Austria and Prussia as conveyed in the abovenamed Declaration. ¶ Count Platen, however, told me this morning that he had stated to M. de Könneritz that Hanover had acceded to the Treaty unconditionally and independently of the arrangements of 1851 and 1852, and could not, therefore, now render her continued adherence to it dependent upon

No. 1220.  
Gross-  
britannien,  
30. Nov.  
1863.

No. 1220. Gross-  
britannien,  
30. Nov.  
1863. their observance. ¶ I did not fail to express to Count Platen the gratification with which I had learnt this declaration of the unconditional adherence of Hanover to the Treaty. ¶ I should remark that the only reserve which Count Platen makes in respect to the Treaty is that to which I referred in my despatch of the 26th instant, and which is the fulfilment by the King of Denmark, stipulated by its IIIrd Article, of his obligations concerning the Duchies of Holstein and Lauenburg, as established by the Federal Act of 1815 and by the existing Federal Law. ¶ Count Platen informed me that the Hanoverian Corps of Execution of 6,000 men would be echeloned on the Hanoverian banks of the Elbe ready to cross it when required. A part of the troops will take up their positions during the course of this week. ¶ I have just learnt that in consequence of the augmentation of the Hanoverian Contingent, it is now to be commanded by Lieutenant-General Gebser, an officer of distinction. &c.

*Henry F. Howard.*

### No. 1221.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Dresden an den Min. d. Ausw. —  
Stellung Sachsens zu dem Londoner Vertrag. —

Dresden, November 30 (received December 2), 1863.

No. 1221. Gross-  
britannien,  
30. Nov.  
1863. My Lord, — On Saturday the 28th instant I had another conversation with M. de Beust on the subject of the Schleswig-Holstein Succession, and learned from him that the Saxon Government remains fixed in its resolve to be guided in its action entirely by a consideration of its obligations to the German Confederation. ¶ I have before had occasion to mention to your Lordship that this and other German Governments are, or believe themselves to be, under the necessity of yielding to the pressure exercised upon them by the extraordinary and universal excitement which this question has produced in the population; were it otherwise M. de Beust could hardly argue, as he does, that the Saxon Government is now at liberty to consider the question of Succession an open one, because, in its reply to the invitation sent by the Great Powers who signed the Treaty of 1852, it communicated its assent by using the phrase „déclarer son assentiment,“ instead of using the more formal expression „adhésion.“ This distinction could scarcely be maintained in any serious discussion, but the Saxon Minister rests his chief argument on the fact that, in the same despatch, the obligations due to the Diet were specially reserved in the words „sans prétendre anticiper sur les résolutions que la Confédération Germanique, par l'organe de la Diète, pourrait être amenée à prendre dans cette question.“ ¶ Your Lordship will already have learnt, from the report of the proceedings at the Diet, that the Saxon Government has there expressed its opinion that, in order to prevent all risks of popular outbreak in Holstein, the Federal Execution should be resorted to without delay, and has recommended that the force employed for that purpose should be adequately augmented. There is little doubt but that this re-

commendation will have been adopted, and Saxony is prepared to send a force of 6,000 men, *i. e.*, twice the number originally fixed upon for this service. ¶ I have, &c.

No. 1221.  
Gross-  
britannien,  
30. Nov.  
1863.

*Ch. A. Murray.*

## No. 1222.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Unterredung mit Baron Brunnow, die Lage betreffend. —

Foreign Office, December 2, 1863.

My Lord, — Baron Brunnow came to see me on the 27th ultimo in reference to the proposal of the Russian Government that Envoys should be sent to Copenhagen to congratulate the King of Denmark on his accession, and at the same time to endeavour to come to some understanding with respect to the complaints of the German Powers that Denmark has not kept her engagements towards Germany. ¶ I stated to Baron Brunnow that Her Majesty's Government would willingly co-operate with the Great Powers in any attempt to preserve the peace of Europe, and in any endeavour to enable Austria and Prussia to adhere firmly to their Treaty engagements. At the same time I observed to Baron Brunnow that the engagements of the Powers who had signed the Treaty of London were totally distinct from the engagements taken by Denmark towards Germany, and by Germany towards Denmark, in 1851-52. ¶ The first-mentioned engagements were consigned in a formal Treaty, *viz.*, the Treaty of the 8th May, 1852. The stipulations were plain and distinct; they bound the signing Powers to acknowledge the Succession of Prince Christian to the sovereignty of all the States then placed under the sceptre of the King of Denmark. The Treaty as plainly bound the King of Denmark to accept Holstein and Lauenburg with all the Federal obligations belonging to them. ¶ The engagements of Germany and Denmark towards each other, in 1851, were on the other hand singularly obscure and indefinite. They were contained neither in a Treaty nor in a Convention, but in notes and despatches exchanged between Denmark on the one side, and Austria and Prussia on the other, to which the two parties assigned a different degree of force and validity. ¶ Some of the Articles agreed upon, — for example, that which bound Denmark to take no step which might tend to incorporate Schleswig with Denmark, and that which promised to Holstein, Lauenburg, and Schleswig, equal weight in the monarchy with Denmark, so that no one part should be subordinate to another, — were susceptible of various interpretations, some of which would be utterly subversive of the free action and independent existence of the Danish Monarchy. ¶ At all events it would not be justifiable for those Powers who were parties to a single Treaty, in itself clear, simple, and explicit, to endeavour to interpret that Treaty

No. 1222.  
Gross-  
britannien,  
2. Dec.  
1863.

No. 1222. by other engagements, less solemn in form and less definite in substance, and  
 Gross- neither mentioned nor referred to in such Treaty. ¶ To attempt to explain that  
 britannien, which is lucid by a reference to that which is obscure, would be to expose  
 2. Dec. ourselves wantonly to a violation of good faith. ¶ I observed further that the  
 1863. position of Schleswig is totally distinct from that of Holstein. Schleswig forms  
 no part of the German Confederation, and is as regards Germany a foreign  
 country. The Succession to Schleswig, therefore, was regulated by the Treaty  
 of 1852, without any excuse or pretence for a reference of the question of that  
 Succession to the German Diet. I observed further that the Duchy of Schleswig  
 as a whole is estimated to contain in 1860 about 410,000 inhabitants, of whom  
 147,000 only spoke mainly the German language, while 80,000 spoke German  
 and Danish. ¶ Thus, whatever might be alleged, whether rightly or wrongly,  
 as to Holstein, no doubt could be raised as to the Succession of King Christian  
 to the Duchy of Schleswig. ¶ I said, however, that Her Majesty's Government  
 were willing to make any representations at Copenhagen to induce Denmark to  
 fulfil fairly and honourably the engagements she had undertaken in 1851-52  
 towards Austria and Prussia, acting in the name of Germany. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1223.

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. —  
 Gründe für die Sanction der neuen Verfassung. —

Copenhagen, ce 20 novembre, 1863.

No. 1223.  
 Dänemark.  
 20. Nov.  
 1863.

Monsieur, — Vous savez déjà par le télégraphe que le Roi a sanctionné  
 la Loi Fondamentale, et vous recevrez demain copie des rapports que j'ai faits  
 à Sa Majesté relativement à cette mesure. Aujourd'hui je me borne à vous faire  
 quelques observations à l'égard de la position diplomatique créée par la sanction  
 Royale. ¶ Sa Majesté a accepté l'invitation au Congrès, et, de l'aveu de tout le  
 monde, le différend dano-allemand est un de ceux qui réclament nécessairement  
 une solution prochaine. Le besoin d'une solution est en effet tellement pressant  
 que si l'idée d'un Congrès ne se réalise pas, une médiation deviendra urgent,  
 surtout si la Diète ne s'arrête pas même devant les décisions du Traité de Londres.  
 ¶ Sa Majesté a donc dû examiner avec la plus grande attention, si des con-  
 sidérations diplomatiques ne devaient pas l'emporter sur les motifs d'un ordre  
 intérieur qui parlaient en faveur d'une sanction immédiate. Le Roi avait d'autant  
 plus de raison de ne se décider qu'après une mûre réflexion que la Prusse et,  
 jusqu'à un certain degré, l'Angleterre lui ont dernièrement exprimé la crainte  
 que la sanction Royale ne fit obstacle à la solution tant désirée du différend.  
 Néanmoins Sa Majesté s'est persuadée que dans la réalité la Loi Fondamentale  
 nouvelle ne changera en aucune manière la position actuelle de la question  
 holsteinoise, et tout en appréciant l'intérêt sincère qui a fait naître ces appré-  
 hensions Sa Majesté doit espérer que les Puissances étrangères apprécieront les  
 motifs qui l'ont guidée et considéreront sans préjugé la nouvelle loi dans son



effet sur les points en litige entre nous et l'Allemagne. ¶ Vous savez que la nouvelle Constitution ne touche en rien la position provinciale du Slesvig: ce Duché ne perd en rien l'autonomie relative qui lui a été reconnue. Mais cette nouvelle Constitution pour le Royaume et le Slesvig seuls préjuge-t-elle peut-être le résultat éventuel des délibérations d'un Congrès ou les négociations sous une médiation? Le Gouvernement du Roi n'a pu se convaincre de la justesse d'une telle objection. Ou la solution sera trouvée dans l'indépendance et l'autonomie du Holstein, et dans ce cas la nouvelle Constitution se trouvera tout-à-fait en accord avec le principe même de cette autonomie; ou le résultat deviendra le rétablissement d'une Constitution commune embrassant le Holstein. Mais dans cette éventualité, si elle se réalisait, ce que, dans l'état actuel des esprits dans le Holstein, le Gouvernement ne peut regarder comme probable, la Constitution pour le Royaume et le Slesvig devrait sans doute subir des modifications; et si des changements doivent être faits, il paraît tout-à-fait indifférent qu'ils soient faits dans la Constitution du 18 novembre ou dans celle du 2 octobre. Dans tous les deux cas, le consentement du Rigsraad devrait être acquis aux changements nécessaires. Les dispositions où nous sommes relativement à un tel résultat sont déjà suffisamment constatées. Dans les discussions du Rigsraad le Président du Conseil, au nom du Gouvernement, et le rapporteur du Comité au nom de l'Assemblée, ont tous les deux prévu une telle éventualité, et, tous les deux, ils ont exprimé l'opinion que l'adoption de la nouvelle loi ne préjugerait en rien ce résultat. Dans ces circonstances Sa Majesté a cru ne pas devoir arrêter une loi qui avait déjà traversé toutes ses phases et n'attendait encore que la dernière sanction, lorsque des Puissances amies lui ont fait connaître leurs doutes. Je vous prie de porter la résolution du Roi à la connaissance de la Cour auprès de laquelle vous avez l'honneur d'être accrédité, et en même temps d'expliquer au Ministre des Affaires Étrangères les considérations qui ont déterminé Sa Majesté dans cette occasion. Je suis sûr que le Roi, monté sur le Trône dans ces circonstances si critiques, obtiendra un appui sincère de la part du Gouvernement de la Reine. J'ai, &c.

No. 1222.  
Dänemark,  
20. Nov.  
1863.

C. Hall.

---

### No. 1224.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
— Stellung Braunschweigs zu dem Londoner Vertrage. —

Hanover, December 1 (received December 4), 1863.

(Extract.) I proceeded to Brunswick on the 29th ultimo, and had an interview with M. de Campe, the Minister for Foreign Affairs, to whom I communicated the fact of your Lordship having acquainted me that Her Majesty's Government intend faithfully to observe the engagements they have contracted by the Treaty of the 8th of May, 1852, regulating the Succession of the whole Danish Monarchy, and to whom I represented in the strongest terms the dangers which would result to the peace of Europe were the German Diet, by recogniz-

No. 1224.  
Gross-  
britannien,  
1. Dec.  
1863.

No. 1224  
Gross-  
britannien,  
1. Dec.  
1863.

ing the pretensions of Prince Frederick of Augustenburg, to attempt to interfere with the arrangements made by that European Act to which so many of the Powers of Germany were either signing or acceding parties. After explaining to his Excellency the whole state of the case, with which he seemed but little acquainted, and referring to the guarantees which had been given to Denmark for the possession of Schleswig by several European Powers, independently of the acknowledgment contained in the Treaty of 1852, I expressed to him my hope that the vote of Brunswick at the Diet would be given in favour of the most moderate course which might be proposed for upholding the demands, as based upon Federal law, of the Confederation upon Denmark in respect to the German Duchies of Holstein and Lauenburg, and, moreover, in favour of the recognition of King Christian IX as Sovereign of the whole Danish Monarchy, including the Duchies of Schleswig, Holstein, and Lauenburg. ¶ I learnt, however, with much regret, that instruction had already been sent to the Brunswick Envoy at Frankfort to vote in favour of the Resolution proposed by Saxony, and of the recognition of the claims of the Prince of Augustenburg to the Succession in Schleswig and Holstein. ¶ It is to be regretted that the accession of Brunswick to the Treaty of 1852 was not applied for. ¶ I expressed this regret to the Duke, saying that I was sure that if he had acceded to it he would have kept his word, and abided by it. His Royal Highness replied that he would certainly have done so, but that, not being in any way bound, he had followed the course recommended to him by his Government as being in conformity with the feeling in his own country. ¶ I trust, however, that the representations which I have made to the Brunswick Government may not be altogether lost upon them. ¶ The Duke informed me that he had received a letter from King Christian, announcing his accession to the Throne, and another from the Prince of Augustenburg, announcing his accession as Duke of Schleswig-Holstein, and that he did not intend to reply to either. &c.

*Henry F. Howard. \*)*

### No. 1225.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an d. königl. Min. d. Ausw. —  
Dänischer Protest gegen den Ausschluss von der Bundesversammlung. —

Frankfort, December 1 (received December 4), 1863.

No. 1225.  
Gross-  
britannien,  
1. Dec.  
1863.

My Lord, — The Danish Minister has sent in to the President of the Diet, in writing, the protests against their proceedings which he was prevented from making by his exclusion from the Diet's sitting on the 28th ultimo. ¶ His Excellency entered a protest against his not having been allowed to speak in the Assembly, and also against the conclusions of the Report of the Committee,

\*) An demselben Tage meldet der Gesandte: „Count Platen stated to me yesterday that the Hanoverian Government agreed with the view of Austria and Prussia that the succession of the Duchy of Lauenburg belonged to the King Christian IX of Denmark independently of the Treaty of Mai 8, 1852.“

which recommended the suspension of his vote, and which were adopted by the Assembly after the withdrawal of M. de Dirckinck. ¶ M. Mohl has, as I am informed, sent to Baron Dirckinck a letter for M. Hall, Danish Minister for Foreign Affairs, from M. Samwer, as Minister for Prince Frederick of Augustenburg, which summons the Danish Government in Prince Frederick's name, as Duke of Schleswig Holstein, to withdraw the Danish troops from the Duchies, and to replace them by the National troops.\*) ¶ This letter was accompanied by an official copy, and is evidently intended for publication, and as a means of adding to the existing excitement. ¶ Baron de Dirckinck returned the letter to M. Mohl under cover, but without acknowledgment. ¶ I have, &c.

No. 1225.  
Gross-  
britannien,  
1. Dec.  
1863.

(Signed) *A. Malet.*

### No. 1226.

**DANEMARK.** — Min. d. Ausw. an den Königl. Gesandten in London. — Abschluss des dänischen Gesandten von der Bundesversammlung. —

Copenhagen, le 30 novembre, 1863.

Monsieur, — Je vous transmets sous ce pli le rapport de M. le Baron de Dirckinck en date du 28 du courant, par lequel vous verrez que la Diète de Francfort a exclu le Ministre du Roi de l'Assemblée. ¶ Je ne m'arrêterai pas à examiner si la Diète a respecté les convenances par la forme qu'il lui a plu de donner à cette exclusion, et je ne relèverai pas ici le point essentiel, il est vrai, de l'absence de tout droit pour la Confédération de se poser en juge de la validité d'un acte auquel l'Europe entière a concouru. Je m'en tiendrai à la réalité, et je ne l'envisagerai que sous le point de vue où la Diète a voulu se placer. Cette Assemblée a renvoyé la question de la Succession à ses Comités, mais en attendant qu'elle prenne une décision, elle devrait en tous cas s'abstenir de préjuger le résultat et maintenir provisoirement le *status quo*. ¶ Or voici quel est le *status quo*. Le Roi notre auguste Souverain est de fait en possession du Gouvernement des Duchés de Holstein et de Lauenbourg. Il est seul en position de pouvoir y donner suite aux Arrêtés de la Diète. Enfin d'après les Actes Fédéraux, la dixième voix du Conseil restreint appartient au Danemark pour le Holstein et le Lauenbourg, et jusqu'à ce qu'un changement ait été fait à cet égard dans les Actes Fédéraux, c'est le Souverain du Danemark qui de plein droit porte cette voix. ¶ Voilà le *status quo* que la Diète, même à son point de vue, doit respecter, si elle ne veut pas ouvertement violer les droits du Roi notre auguste Souverain en faveur du prétendant illégitime. ¶ La Diète a méconnu ces principes incontestables du droit public. Elle a déjà exclu M. de Dirckinck de l'Assemblée. Le second pas dans la même voie serait l'occupation des Duchés Fédéraux et leur soustraction immédiate au pouvoir du Roi. ¶ Je n'ai pas besoin, Monsieur, de vous expliquer quelle ligne de conduite Sa Majesté tiendrait dans une pareille éventualité. Vous verrez que le Baron de Dirckinck, confor-

No. 1226  
Danemark,  
30. Nov.  
1863.

\*) No. 1192.

**No. 1226.**  
 Denmark,  
 30. Nov.  
 1863.

mément à ses instructions, a protesté contre son exclusion, et vous remarquerez surtout le passage final de sa note où il rend la Diète responsable des démarches que le Roi se trouverait dans le cas de prendre par suite de l'attitude de la Diète.

¶ Le caractère de ces démarches est indiqué dans la nature même des choses. La tentative d'occuper les Duchés sous quelque dénomination qu'elle affecte de se présenter, ne saurait, dans les circonstances actuelles, être envisagée autrement que comme un acte international, et le Roi notre auguste Souverain ne ferait assurément qu'agir en parfaite conformité de son droit, s'il prenait le parti de se dédire d'une Confédération qui, en excluant son Ministre des délibérations, a agi au mépris de l'Acte même auquel il avait accédé en devenant Membre de la Confédération. ¶ Veuillez, Monsieur, donner lecture de la présente dépêche à Lord Russell et lui en laisser copie. ¶ J'ai, &c.

*C. Hall.*

### No. 1227.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Fürsten Gortschakow über die Lage. —

St. Petersburg, December 1 (received December 6), 1863.

**No. 1227.**  
 Gross-  
 britannien,  
 1. Dec.  
 1863.

(Extract.) — I had the honour of seeing Prince Gortchakoff this forenoon, when his Excellency brought the question of the German Duchies and of Denmark under discussion. ¶ I asked the Prince whether he had any assurance as yet that the Governments of Austria and Prussia intended to send Envoys to Copenhagen at this conjuncture. He replied that he had no such assurance. His Excellency added that up to the present time he was not aware to the resolutions taken by the French Cabinet in this matter. ¶ The special Envoy designated by the Emperor of Russia to carry His Majesty's congratulations to the King of Denmark is M. d'Ewers, formerly employed in the Foreign Diplomatic Service, but now placed in the Foreign Department here, a gentleman of excellent character and abilities, who is particularly versed in the questions now under discussion. M. d'Ewers will leave St Petersburg for his destination on the 4th or 5th instant. Prince Gortchakoff was so kind as to make me acquainted with the instructions addressed to the Russian Envoy. They will be sent to Baron Brunnow along with this despatch, and will be imparted to your Lordship. ¶ From the expressions of Prince Gortchakoff I gather that, in his opinion, M. de Bismarck is moderate in this question, and that he restrains the King of Prussia, who is urged to more extreme measures by persons of strong German sympathies and aspirations in His Majesty's confidence. M. de Bismarck, however, considers the engagements of 1852 respecting the Danish Succession to be strictly contingent, as far as Prussia is concerned, on the fulfilment of the previous promises of Denmark respecting Schleswig. Both Prussia and Austria insist on Federal Execution in Holstein in the limits heretofore prescribed by the Diet, and with the design to keep the interests of Constitution and Succession separate. Prince Gortchakoff is disposed to see in the Federal

**Execution**, if properly managed, a conservative measure,— a means of giving satisfaction to the legitimate claims of the more moderate party in Germany, and of thus discouraging the designs of the Revolutionary section. Acting under judicious orders, in the opinion of the Prince, the Federal troops might preserve order, and maintain the due distinction between the legislative and dynastic questions. ¶ Acknowledging my inability to pronounce a judgment in this matter, I ventured to differ with the Vice-Chancellor. I said that I feared, even under the best instructions, the troops of the minor German Governments, strongly possessed with the notions of German nationality, would appear rather in a revolutionary than a conservative attitude, and that in connection with their appearance on the stage, and the co-operation of a democratic and national propaganda, the population of the Duchies might be incited to steps which it might be very difficult to retrace. Had the troops of Austria been selected as the agents of the Federal Powers a different result might have been attained. ¶ The Vice-Chancellor, in taking leave of me, requested that your Lordship would impart the communications which I might address to your Lordship in consequence of this conversation to Baron Brunnow, to whom a copy of M. d'Ewers' instructions is forwarded by the gentleman who will charge himself with my despatches. &c.

No. 1227.  
Gross-  
britannien,  
1. Dec.  
1863.

*Napier.*

---

### No. 1228.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Carlsruhe an den königl. Gesandten in Stuttgart. — Unterredung mit dem Freiherrn von Roggenbach über die Lage. —

Carlsruhe, November 27, 1863.

(Extract.) I took an early opportunity after the receipt of your despatch of the 22nd instant, of informing Baron de Roggenbach of the course which Her Majesty's Government intended to take in the question of the Succession to the Throne of the Danish Duchies. ¶ I said that Her Majesty's Government intended to observe faithfully the engagements of the London Treaty of 1852, and that they expected from the Powers who signed, or acceded to, it, the same regard to good faith which they take for the guide of their own conduct. It followed therefore that Her Majesty's Government would hold Austria and Prussia, and the other States of the Confederation who had thus pledged themselves, as under a solemn obligation to abstain from rendering any assistance towards depriving the present King of Denmark of those rights which had been secured to him by the above-named Treaty, and also to recognize King Christian IX as Duke of Schleswig and Holstein. ¶ Baron de Roggenbach said in reply that in his opinion the proceedings of Denmark during the last ten years, and especially the late act of the King in signing the Constitution for Denmark-Schleswig, were in violation of the stipulations of 1851 and 1852, under which the Great Powers of Germany acceded to the London Treaty, and

No. 1228.  
Gross-  
britannien,  
27. Nov.  
1863.

No. 1228. that consequently he did not consider that they were any longer bound by it.  
 Gross-  
 britannien,  
 27. Nov.  
 1863. ¶ He then proceeded to observe that he was opposed to the carrying out of a Federal Execution under present circumstances, because it would involve a recognition of the rights of the King of Denmark in the Duchies; but he wished to see Holstein occupied by Federal troops in the first instance, and that every preparation should be made for meeting whatever events might eventually result from the efforts which the German people were determined to make for maintaining the honour and interests of their country. ¶ I asked Baron de Roggenbach if he did not fear that if once a collision between Danish and German troops took place, it might lead to a war which would not remain merely local. He replied that there was undoubtedly cause for apprehension that such a catastrophe might be the result, which no one would regret more than himself; but there was no alternative, and if the attitude assumed by Germany in this question led to war it could not be helped. Germany, he said, would justly draw down upon herself the contempt of the civilized world, and prove herself unworthy to exist as a nation in Europe if she neglected the present opportunity, and tamely submitted to see part of her rightful territory pass away irrevocably into the hands of a foreign Sovereign. ¶ These are the principal points on which Baron de Roggenbach dilated in the course of his conversation with me. ¶ It was scarcely to be expected that the Minister of one of the most popular and liberal of the German Princes would take a different view on this question from that which appears to prevail throughout Germany among all classes, especially in the face of the agitation in favour of the claims of the Prince of Augustenburg, which is nowhere more rife than in the Grand Duchy of Baden. &c.

*Evan P. M. Baillie.*

### No. 1229.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger im Haag an den königl. Min. d. Ausw.  
 — Stellung Luxemburgs zu dem Londoner Vertrage. —

The Hague, December 2 (received December 7), 1863.

No. 1229.  
 Gross-  
 britannien,  
 2. Dec.  
 1863.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of the copy of a despatch addressed to Lord Bloomfield on the 23rd ultimo, relative to the differences between Denmark and the German Confederation. ¶ On reading that despatch to M. van der Maesen de Sombreff, in pursuance of your Lordship's instructions, his Excellency observed to me that he entirely agreed with your Lordship's views in regard to those differences. He added, that he had on Saturday last instructed the Representative of Limburg and Luxemburg at the Diet to support the claim of M. von Dirckinck to be recognized as the Representative of His Majesty the King of Denmark for the Duchies of Holstein and Lauenburg. ¶ I have since been informed that these instructions had arrived at Frankfort too late to be acted upon, and that the Limburg and Luxemburg vote had accordingly been reserved. ¶ I have, &c.

*William R. Ward.*

## No. 1230.

**ÖSTERREICH** und **PREUSSEN**. — Identische Noten der bei den deutschen Höfen beglaubigten diplomatischen Vertreter an die betreffenden Ministerien. — Abstimmung am Bunde über den Executionsantrag. —

Erhaltenem Auftrage zufolge hat der Unterzeichnete die Ehre, Sr. Exc. dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten die folgende ganz ergebenste Mittheilung zu machen. ¶ Die Gefahren für den allgemeinen Frieden, welche sich an die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit knüpfen können, machen es der kaiserlichen (königlich-preussischen) Regierung zur Pflicht, sich gegen ihre deutschen Bundesgenossen in Bezug auf die nächsten zu ergreifenden Massregeln auszusprechen; es gereicht ihr zur besondern Genugthuung, sich dabei in voller Uebereinstimmung mit der königlich-preussischen (kaiserlich-österreichischen) Regierung zu befinden. ¶ Es handelt sich bekanntlich am Bundestage jetzt um die schleunige thatsächliche Ausführung der am 1. October d. J. beschlossenen Executionsmassregeln. ¶ Oesterreich und Preussen (Preussen und Oesterreich) erkennen diese als nothwendig im Interesse der Sicherheit und der Rechte Deutschlands an und sind bereit, dazu auf der einmal angenommenen Basis mitzuwirken, auf welcher sie, ohne Präjudiz für die andern am Bundestage schwebenden Fragen und ohne dem Auslande eine Berechtigung zum Einspruch darzubieten, durchgeführt werden können. ¶ Eine Anzahl deutscher Regierungen aber will die Execution ausdrücklich und formell in eine Occupation des Landes, auf Grund der streitigen Successionsfrage, verwandelt wissen, und diese Verschiedenheit der Auffassungen hat zu unserm Bedauern bisher die Erstattung des längst erwarteten Ausschussberichts verhindert und droht in der Bundesversammlung selbst zu einer Uneinigkeit zu führen, welche die ganze Massregel selbst unmöglich machen würde. ¶ Das Verhalten der beiden deutschen Grossmächte zu den eine Occupation fordernden Anträgen ist gleichmässig durch das Interesse Deutschlands und durch ihre europäische Stellung bedingt. ¶ Sie können nicht unter dem Namen irgendwelcher Occupation oder Intervention mit den Waffen in der Hand gegen den Londoner Vertrag auftreten, so lange sie dessen Gültigkeit anerkennen. Ueber die Bedingungen, an welche sich diese Anerkennung knüpft, haben sie sich in ihrem Votum in der letzten Bundestagssitzung ausgesprochen. Sie müssen danach die ernstesten Bedenken dagegen geltend machen, dass Deutschland und sie selbst ohne dringende Nothwendigkeit der Eventualität eines Kriegs ausgesetzt werden, dessen Dimensionen unberechenbar sind, dessen Folgen und Gefahren aber vorzugsweise auf die beiden deutschen Grossmächte zurückfallen würden. ¶ Die deutschen Bundesgenossen können überzeugt sein, dass Oesterreich und Preussen (Preussen und Oesterreich), nachdem sie sich über diese Frage vollständig geeinigt haben, in derselben die Rechte und Interessen Deutschlands mit dem Nachdruck wahren werden, welcher nach der Gesamtlage Europas anwendbar ist. Wenn die beiden Mächte hierfür das Vertrauen ihrer Bundesgenossen in Anspruch nehmen, so müssen sie auch zugleich darauf aufmerksam machen, dass der Bund

No. 1230.  
Oesterreich  
und  
Preussen,  
5. Dec.  
1863.

No. 1230.  
Oesterreich  
und  
Preussen,  
5. Dec.  
1863.

selbst, wenn er seine Stellung in Europa wahren will, die letztere in europäischen Fragen auch vom europäischen und politischen Gesichtspunkte auffassen muss. ¶ Sie müssen die deutschen Regierungen bitten, ernstlich zu erwägen, welche Gefahren für den Bund selbst sich an ein übereiltes und einer einseitigen Tendenz folgendes Verfahren knüpfen können. ¶ Es kann dem Ansehen desselben nicht förderlich sein, wenn die beiden Grossmächte in einer Frage, in welcher sie einig und bekanntlich durch europäische Verträge gebunden sind, überstimmt werden. Noch bedenklicher aber wäre es, wenn der Bund den Eindruck machte, für Europa statt der Bürgschaften des Friedens und der Ordnung, welche man von ihm erwartet, Gefahren und Elemente der Uneinigkeit zu schaffen. ¶ Oesterreich und Preussen (Preussen und Oesterreich) verlangen von ihren Bundesgenossen nicht ein Verzichtleisten auf ihre eigenen Auffassungen in der Successionsfrage. Es steht Nichts im Wege, dass sie dieselben bei der Abstimmung am Bunde noch ausdrücklich wahren. Aber es ist dringend zu wünschen, dass sie durch dieselben, im Hinblick auf die obigen Erwägungen, sich nicht hindern lassen, der einfachen Ausführung der einmal beschlossenen Executionsmassregeln zuzustimmen und sich so den beiden Grossmächten anzuschliessen. Ein darüber zu fassender Beschluss bedarf keiner weitern ausführlichen Motivirung, sondern eventuell unter Vorbehalt der Erbfolgefrage nur des einfachen Hinweises auf das vollkommen Ungenügende der bisher an den Bund gelangten Erklärungen. ¶ Indem die kaiserliche (königlich-preussische) Regierung hiernach an die Regierung das Ersuchen richtet, dass Ihr Bundestagsgesandter instruiert werden möge, dem österreichisch-preussischen (preussisch-österreichischen) Antrage auf sofortige Ausführung der einfachen Execution zuzustimmen, darf sie die Hoffnung aussprechen, dass die Regierung den obigen Erwägungen sich nicht verschliessen, und die volle Verantwortlichkeit für die ernstesten und unabweislichen Folgen eines weiter getriebenen Dissenses in der Bundesversammlung sich vergegenwärtigen werde. Der Unterzeichnete benutzte diesen Anlass, die Versicherung, &c.

---

### No. 1231.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
— Die identischen Noten Oesterreichs und Preussens betreffend. —

Hanover, December 5 (received December 7), 1863.

No. 1231.  
Gross-  
britannien,  
5. Dec.  
1863.

(Extract.) — From the first moment that I heard of the step taken by the Austrian and Prussian Ministers, I have employed every argument which presented itself to my mind, founded on the obligations which Hanover has contracted and acknowledged under the Treaty of 1852, to induce Count Platen at once to accede to the more moderate proposal which they have been charged to submit to him; but I regret to say that before pronouncing himself positively upon it, he has thought it expedient to refer to Vienna and Berlin with the view of ascertaining whether, supposing the Committee of the Diet, instead of adopting the Resolution as already proposed by M. von der Pfordten, the Bavarian Envoy,



which contains reservations concerning the Succession question, were to propose a simple Execution without reservations, Austria and Prussia would be willing, in giving their votes in the Diet, to declare that the various pending questions would not be prejudged. ¶ His Excellency is of opinion that if the two Courts were to make such a declaration, the middle German Governments might be induced to support the simple Execution, and a majority might thus be obtained in its favour. What he has at heart, I believe, is to obviate the odium which might be cast upon Hanover, in the present state of German feeling, were she, besides Mecklenburg, to figure as the only supporter of the Austro-Prussian proposal. But as Austria and Prussia have stated that the other Governments, in voting for the simple Execution, would be at liberty to record their reservations, it would only be shifting the responsibility from such Governments to Austria and Prussia, to demand that they should make the proposed Declarations in the Diet that the pending questions should not be prejudged; and whereas Denmark might be disposed to overlook the reservations of minor German States, she might view the question in a more serious light, and as changing the whole character of the Execution into that of an occupation, which would involve a case of war, were the two great German Powers, Parties to the Treaty of 1852, to come forward with such Declaration. This, and more than this, I have represented to Count Platen, but it is far easier to obtain an acknowledgment of existing obligations than their literal fulfilment. However, his Excellency avers that all will come right in the end. ¶ I have, &c.

No. 1231.  
Gross-  
britannien,  
8. Dec.  
1863.

*Henry F. Howard.*

### No. 1232.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Grafen Rechberg, die Execution und die Zurücknahme des Patents vom 30. März betreffend. —

Vienna, December 3 (received December 7), 1863.

My Lord, — I have taken an opportunity of reading to Count Rechberg your Lordship's despatch of the 23rd ultimo, containing observations which you wished me to make to his Excellency with reference to my telegram of the 22nd ultimo, reporting the decision about to be taken at Frankfort to carry a Federal Execution into Holstein unless some modification were introduced into the new Danish Constitution with a view to meeting the engagements contracted by Denmark in 1851 and 1852. ¶ When I came to that part of your Lordship's despatch in which you say, "But even admitting that the promulgation of this new Constitution justifies the Diet in declaring war against Denmark," his Excellency interrupted me, observing that Germany was not going to make war; a Federal Execution was not war, and the Execution would be carried out strictly in accordance with the practice of the Diet in cases where one of its members contravenes its Federal duties. He repeated what he had frequently said before, — that Denmark had engaged with Austria and Prussia not to issue

No. 1232.  
Gross-  
britannien,  
8. Dec.  
1863.

No. 1232. a Constitution that would apply to Holstein without consulting the Provincial  
Gross- States of that Duchy, and obtaining their assent. The same obligation, he added,  
britannien, applied to Schleswig; whilst it might be remarked with reference to the last-  
2. Dec. named Duchy, that though it was true the Deputies had refused to attend the  
1863. Rigsraad, their substitutes might have been compelled to do so by the Govern-  
ment; and it was a consequence of their absence that the Government obtained  
the necessary majority, I think he said of two-thirds of the Assembly, which en-  
abled them to carry out a fundamental change in the Constitution. ¶ With  
regard to your Lordship's suggestion that the Diet should require Denmark to  
withdraw the Letters - Patent of March 30, Count Rechberg repeated what he  
said on a former occasion, as reported in my despatch of the 26th ultimo, that  
all this was now too late, and there was no other course left but an Execution.  
¶ His Excellency saw no objection to refer questions of an international character  
connected with this affair to the Powers who signed the Treaty of 1852. He  
seemed rather to encourage the adoption of such a course, and was glad to think  
that at all events there was an excellent understanding between Austria and  
Prussia at this moment; but he considered the smaller States to be acting under  
the direction of the National Verein, and to be rapidly passing into a state of  
democratic revolution, and he knew not in what manner the two Great German  
Powers could proceed in order to divert this danger from Germany. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

### No. 1233.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Unterredung mit Herrn von Bismarck, die Execution betreffend. —

Berlin, December 5 (received December 7), 1863.

No. 1233. (Extract.) With reference to your Lordship's despatch of the 1st in-  
Gross- stant, I have observed to M. de Bismarck that your Lordship has reason to  
britannien, believe, from Sir Augustus Paget's reports, and from statements of Baron Charles  
5. Dec. Plessen and Count Blome, that the people of Holstein are perfectly tranquil, and  
1863. that you fear if the proposed Federal Execution is carried out, the tranquillity now  
existing in the Duchy may be disturbed. ¶ M. de Bismarck said that his  
reports from Holstein and from Hamburg were not so satisfactory, as even  
clergymen in the Duchy appear to have called in question, from the pulpit, the  
Sovereignty of the King of Denmark; and 2,000 Danish recruits, ordered to  
join their regiments, had escaped to Hamburg, where their presence caused  
great anxiety to the authorities. Money was also collecting throughout Germany  
for the Prince of Augustenburg; and, while offices had been opened in Ham-  
burgh, and in several other States, to raise men for his Highness's service, arms,  
uniforms, and accoutrements were preparing for their use. Free corps might,  
therefore, soon enter Holstein, and proclaim his Highness as Duke of Schleswig-  
Holstein. ¶ M. de Bismarck did not doubt that the King of Denmark might  
be able to maintain his authority against any opposition which might thus be

offered to it; but if His Majesty were obliged to employ force, many of the Schleswig-Holstein sympathizers who would fall in any conflict which might take place between them and His Majesty's troops might be lawless adventurers, but others might be enthusiastic young men, whose death would increase the excitement now prevailing in Germany to a degree which it would be impossible for the Governments to resist. ¶ I said that Her Majesty's Government, while advising Prussia, Austria, and other Powers to maintain the Treaty of 1852, would also advise Denmark to fulfil all her engagements to Germany; but it appeared to me the presence of Federal troops in Holstein would render it more difficult for the King of Denmark to make concessions than if he were allowed time, as suggested by Her Majesty's Government, to adopt the advice which would be offered to him by the Powers who signed the Treaty of London. ¶ M. de Bismarck then said, with reference to a question which I had put to him last week as to whether the usual summons would be addressed to the King of Denmark before the entrance of Federal troops into the Duchy of Holstein, that it appeared to him an Execution could not well take place without the King being called upon to withdraw his troops to make way for those of the Confederation; and this was probably the reason why the majority of the Diet at Frankfort were opposed to carrying out the Execution according to the Federal Decree of the 1st of October, because such a summons would be an indirect acknowledgment of the King's Sovereignty in the Duchy. ¶ It had, however, been arranged that there should be no meeting of the Diet on the 3rd instant, and in the meanwhile Austria and Prussia had addressed identic notes to the other Governments of Germany, remonstrating against the proposal for an occupation of the Duchy, and insisting upon the adoption of the more moderate measure of an Execution. etc.

No. 1233.  
Gross-  
britannien,  
5. Dec.  
1863.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1234.

DÄNEMARK. — Proclamation des Königs an die Holsteiner. —

An Unsre lieben und getreuen Unterthanen im Herzogthume Holstein.

Wir, Christian der Neunte, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg etc. etc. Thun kund hiermit: Die Thronfolgeordnung für die dänische Monarchie, festgestellt nach schweren Erschütterungen durch das Gesetz vom 31. Juli 1863, sollte ein Werk des Friedens sein. Durch aufopfernde Hingebung Anderer angebahnt, ist sie von Uns angenommen worden, ohne persönlichen Ehrgeiz, allein in der Hoffnung, dem Wohle des geliebten Vaterlandes dadurch zu dienen. In dem europäischen Staatenrechte hat sie Anerkennung gefunden durch einen feierlichen Tractat, an welchem sich die meisten und grössten Mächte Europas theilhaftig haben, da sie die Integrität der dänischen Monarchie als eine Nothwendigkeit für den europäischen Frieden erkannten. Dennoch haben sich der solchergestalt

No. 1234.  
Dänemark,  
4. Dec.  
1863.

No. 1234.  
Dänemark,  
4. Dec.  
1863.

zur Wohlfahrt Unsers Landes und zur Wahrung des Weltfriedens getroffenen Ordnung gegenüber Bestrebungen geltend gemacht, welche auf die Zersplitterung der dänischen Monarchie gerichtet sind und denen die unbegründetsten Erbsprüche zum Deckmantel dienen. Zu Unsrer Betrübniß müssen Wir wahrnehmen, dass dieselben auch in Unserm Holstein Raum gewinnen, die Gemüther in Aufregung versetzen und Ungewissheit und Zweifel selbst bei Denen hervorrufen, auf deren Treue und Hingebung Wir vorzugsweise zu bauen berechtigt sind. Holsteiner! Wir erkennen in der Aufrechthaltung der dänischen Monarchie eine Unsrer wichtigsten Regentenpflichten. Wie Wir es daher selbstverständlich nicht dulden können, dass dagegen gerichtete Bestrebungen durch die Haltung eines Theiles des Beamtenstandes genährt werden, so sind Wir überhaupt fest entschlossen und gerüstet, allen aufrührerischen Bewegungen mit Macht entgegenzutreten und Jeden zur strengsten Verantwortung zu ziehen, der sich in dieser Richtung zu ungesetzlichen Schritten fortreissen lässt. Wir hegen indessen die Zuversicht, dass Unsre lieben holsteinischen Unterthanen, durch so manche Bande mit Uns verknüpft, in der Treue gegen Uns sich nicht werden wankend machen lassen, dass die Zweifelnden zur Pflichterkenntniß, die aufgeregten Gemüther zur Besonnenheit zurückkehren und so Unserm landesväterlichen Herzen Massnahmen erspart werden, die demselben zu tiefem Schmerz gereichen würden. Die vieljährigen Bestrebungen, eine Verständigung über die Verfassungsverhältnisse der gesammten Monarchie herbeizuführen, haben zu Unserm grossen Leidwesen bisher nicht zum Ziele geführt. Indem es aber Unsere Absicht ist, Unsern deutschen Bundesländern in gleicher Weise, wie solches hinsichtlich des zum Bunde nicht gehörigen Theiles der Monarchie bereits geschehen, eine selbständige Stellung in der Monarchie zu verleihen, geben Wir Uns der Hoffnung hin, dass Unser Herzogthum Holstein, wenn es sich zufrieden fühlt in dem Genusse einer wahren constitutionellen Freiheit, und fremder Einmischung damit jeder Vorwand genommen ist, aus freien Stücken sich einer engern Verbindung mit dem übrigen Theile der Monarchie zuneigen und sich eine alle Theile zufriedenstellende Ordnung der Verhältnisse dann leichter ermöglichen lassen wird. Holsteiner! Unter schwierigen Verhältnissen haben Wir Unsre Regierung angetreten. Um so zuversichtlicher rechnen Wir auf die Hingebung aller Unsrer Unterthanen. Wenn auch ihr in Treue zu Uns steht, wird Gott, so vertrauen Wir, Unsre Bestrebungen mit Erfolg krönen, die allein auf die Wohlfahrt und den Frieden Unsers Landes gerichtet sind.

Gegeben in Unsrer Residenzstadt Kopenhagen, den 4. December 1863.

Christian R.

C. Hall.

## No. 1235.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN (AUGUSTENBURG).** — Verordnung, die Aufnahme einer Staatsanleihe betreffend. —

Wir Friedrich der Achte von Gottes Gnaden, Erbe zu Norwegen, Herzog zu Schleswig, Holstein und der Dithmarschen u. s. w. urkunden hierdurch, dass wir zu dem Zwecke der Herbeischaffung der für die militairischen Vorbereitungen zur Herstellung einer Schleswig - Holsteinischen Armee erforderlichen ausserordentlichen Geldmittel die Aufnahme einer Staatsanleihe für die Herzogthümer Schleswig-Holstein beschlossen haben. ¶ Wir ermächtigen und beauftragen hierdurch Unsern Vorstand der Finanz - Abtheilung, Francke, die zur Ausführung dieses Unseres Beschlusses erforderlichen weiteren Massregeln zu ergreifen und genehmigen ausdrücklich und in allen Punkten den uns vorgelegten und dieser Urkunde angehefteten Entwurf zu der Aufforderung zur freiwilligen Anleihe für die Herzogthümer Schleswig-Holstein. ¶ Gegeben zu Gotha, den 5. December 1863. Urkundlich.

No. 1235.  
Schleswig-  
Holstein,  
5. Dec.  
1863.

(L. S.)

Friedrich.

Francke.

## No. 1236.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN (AUGUSTENBURG).** — Herzog Friedrich an den Kaiser der Franzosen. —

Sire! — Venant de prendre possession après le décès de feu Sa Majesté le Roi Frédéric VII du gouvernement des duchés du Schleswig-Holstein, ainsi que l'obligation m'en était imposée par ma qualité d'héritier légitime, j'ose soumettre à la haute justice de Votre Majesté quelques observations relatives aux droits qu'il est de mon devoir de réclamer au nom de ma maison et bien plus encore au nom de mon pays. ¶ Assurément les points essentiels de cette grave question n'auront pu échapper au regard pénétrant de Votre Majesté, mais l'esprit de parti et les passions excitées par des intérêts étrangers à la question de droit, ont tant travaillé à obscurcir cette cause si simple en elle-même, que Votre Majesté voudra bien, je l'espère, pardonner l'empressement qui me porte à rappeler succinctement dans cette lettre, les bases d'après lesquelles elle devrait être résolue, à ce qu'il me paraît. Juste devant Dieu, la cause que je suis appelé à défendre n'aurait certes à redouter l'arrêt d'aucun tribunal impartial. Il suffit qu'elle soit examinée sans prévention. ¶ Qu'on fasse même abstraction de toute sympathie que la malheureuse position de mon pays pourrait inspirer; un examen rigoureusement impartial de nos droits et de nos griefs est tout ce que nous demandons à la face du ciel. Et cet examen rigoureux mais impartial — mais indépendamment de toute prévention — c'est surtout de la part de Votre Majesté, de cet esprit de haute justice qu'Elle a tant de fois manifesté d'une manière si

No. 1236.  
Schleswig-  
Holstein,  
2. Dec.  
1863.

No. 1236.  
Schleswig-  
Holstein.  
2. Dec.  
1862.

magnanime, que j'ose l'espérer avec une entière confiance. ¶ Mais, Sire, en me bornant à demander justice pour mon pays, je ne saurais pourtant oublier les circonstances qui surtout m'en font un devoir et qui seront sans doute d'un grand poids aux yeux d'une généreuse équité. Dans la cause des Duchés le droit positif et historique se trouve être d'accord avec les vœux de leur nombreuse et loyale population ; avec les intérêts les plus chers à la fois et les plus sacrés — avec les intérêts de sa nationalité. Jamais votre Majesté n'a été indifférente à la voix des peuples opprimés ; l'Europe entière en est témoin. Vous daignerez, Sire, compatir encore aux souffrances, à l'injuste oppression que les habitants du Schleswig-Holstein ont dû subir par ce qu'ils ont voulu rester fidèles aux traditions de leur pays, à la langue et aux mœurs de leurs pères. C'est de moi, du succès de mes réclamations qu'ils attendent le terme de leurs maux et, j'ose le dire, c'est à ce titre, c'est en raison de ces espérances que je ne saurais me soustraire au devoir de faire valoir les droits héréditaires qui me sont dévolus. ¶ On ne saurait, d'ailleurs, se refuser à voir, que la question tant débattue des Duchés, a aujourd'hui sous plus d'un rapport une très-grande portée qui va bien au delà des intérêts matériels immédiatement engagés. Elle excite un intérêt actif et passionné, tel enfin qu'il y aurait peut-être de graves inconvénients à ne pas en apprécier les effets à leur juste valeur. L'Allemagne entière est en émoi. Il suffit d'un coup d'oeil sur tous les pays allemands depuis les bords du Rhin jusqu'aux rives de la Baltique, pour demeurer convaincu, que les esprits n'y seront jamais satisfaits, que la paix, la tranquillité publique n'y seront jamais rétablies sur une base solide, qu'enfin le foyer des révolutions n'y sera jamais éteint, à moins que la question des Duchés n'y soit résolue conformément aux lois de l'équité et aux intérêts de la nationalité ; à moins que ce pays ne soit enfin soustrait à la domination de l'étranger et rendu à son souverain légitime. On ne saurait s'y tromper, toute décision dans un sens opposé, ne serait jamais que provisoire aux yeux de quarante millions d'Allemands. Lors même qu'on essaierait de revêtir une pareille décision des formes les plus solennelles, ce ne serait jamais qu'une lutte à recommencer aux yeux de la nation. Il est sans doute inutile de s'étendre davantage sur les dangers d'une situation pareille. Ils ne sont que trop évidents. ¶ Et celui qui demande justice au nom d'un droit vénérable et sacré à tant de titres, au nom des intérêts importants dont le destin l'a rendu dépositaire, ne lui serait-il pas permis de croire qu'il agit dans les intentions de Votre Majesté, que le sort lui offre l'occasion de seconder les nobles entreprises dont l'Europe Lui est redevable ? Ces généreux efforts qui ont pour but de rendre justice aux intérêts des nationalités, en évitant les dangers que referment leur réclamations, ainsi que d'éloquentes paroles l'ont récemment proclamé devant l'Europe entière. ¶ En soumettant avec confiance la question de droit à l'appréciation éclairée de Votre Majesté, j'ose espérer, Sire, que la noble cause qui m'est confiée trouvera un meilleur appui dans les vues élevées, dans les sentiments généreux qui vous animent. ¶ En jetant un regard en arrière sur ma vie passée, j'y trouve de douloureux souvenirs. Moi aussi, j'ai eu à lutter contre un sort hostile ; j'ai eu à supporter de pénibles revers et, si un mouvement d'orgueil m'était permis, j'ajouterais : et moi aussi je n'ai jamais perdu courage : je

n'ai jamais renoncé à l'espérance, ni surtout à mon devoir. Puisse la Providence m'accorder aussi, dans des rapports bien plus modestes, cet heureux succès dont un des souverains les plus illustres de l'Europe et une des couronnes les plus puissantes offre au monde un si glorieux exemple. ¶ Quand je me rappelle les beaux jours qu'il m'a été permis de passer en France, à la Cour de Votre Majesté, lorsque je m'y étais rendu pour Lui présenter l'hommage des sentiments qui Lui sont dus à tant d'égards, le souvenir de l'intérêt magnanime que Votre Majesté a bien voulu me témoigner, des paroles bienveillantes qu'Elle m'a fait l'honneur de m'adresser, se présente vivant à ma mémoire; il m'est doux de m'y arrêter et ce beau souvenir me semble être garant de l'avenir. ¶ J'attends dès lors sans crainte la décision à laquelle Votre Majesté voudra bien s'arrêter relativement à ma bonne et juste cause; plein de confiance, j'ose espérer qu'Elle ne voudra jamais repousser une revendication de droits dont la légitimité ne saurait guère être révoquée en doute, qu'Elle daignera, au contraire, accueillir mes réclamations avec une généreuse bienveillance et leur accorder le puissant appui du suffrage de la France. ¶ J'ai l'honneur d'être, etc. etc.

No. 1236.  
Schleswig-  
Holstein,  
2. Dec.  
1863.

G o t h a , 2 décembre 1863.

*Frédéric.*

## No. 1237.

**FRANKREICH.** — Der Kaiser an den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein. —

Mon cousin! — J'ai vu avec un vif intérêt la lettre que vous m'avez écrite et je m'empresse d'y répondre. Je ne trouve rien de plus honorable que d'être le représentant d'une cause qui s'appuie sur l'indépendance et la nationalité d'un peuple et à ce titre, vous pouvez compter sur ma sympathie, car je serai toujours conséquent dans ma conduite. Si j'ai combattu pour l'indépendance italienne, si j'ai élevé la voix pour la nationalité polonaise, je ne puis pas, en Allemagne, avoir d'autres sentiments, ni obéir à d'autres principes. Mais les grandes Puissances sont liées par la convention de Londres et leur réunion seule pourrait résoudre sans difficultés la question qui vous intéresse. Je regrette donc bien vivement, sous ce rapport comme sous bien d'autres, que l'Angleterre ait refusé d'assister au Congrès que j'avais proposé. ¶ Il est fâcheux que la Diète n'ait pas été consultée sur les droits d'un Duché faisant partie de la Confédération Germanique; le Danemark aussi a pu avoir des torts envers l'Allemagne, mais, d'un côté, je déplore que la Confédération ait cru devoir intervenir dans le Holstein avant que la question de succession n'ait été décidée, car l'intervention, qui peut amener des complications bien graves, ne tranche pas cette question et si le Danemark était opprimé par de puissants voisins, l'opinion publique en France se retournerait de son côté. ¶ Je fais donc des vœux sincères pour que vos droits soient examinés par la Diète Germanique, que la délibération soit soumise aux signataires de la Convention de Londres, et qu'ainsi le sentiment national

No. 1237.  
Frankreich.  
10. Dec.  
1863.

No. 1237.  
Frankreich,  
10. Dec.  
1863.

qui se prononce si énergiquement en Allemagne puisse recevoir d'un commun accord une satisfaction légitime. ¶ Je saisis avec plaisir cette occasion de vous offrir les assurances de mon estime et de ma constante bienveillance. Sur ce, mon cousin, je prie Dieu qu'il vous ait en sa sainte et digne garde.

Compiègne, le 10 décembre 1863.

Napoléon.

### No. 1238.

SCHLESWIG-HOLSTEIN (AUGUSTENBURG). — Proclamation des Herzogs Friedrich an das Land. —

No. 1238.  
Schleswig-  
Holstein,  
10. Dec.  
1863.

Schleswig-Holsteiner! — Das Werk der Befreiung hat begonnen. Eine Reihe deutscher Regierungen hat mein klares Recht anerkannt. Der Vertreter des Königs von Dänemark sitzt nicht mehr in der deutschen Bundesversammlung. In wenigen Tagen werden deutsche Bundestruppen sich in Bewegung setzen und das Bundesgebiet schützen. ¶ Ihr aber habt die alte Holstentreue bewahrt. Ungebeugt durch eine lange Willkürherrschaft, unter dem Drucke der dänischen Bajonette habt Ihr Euch für Euren rechtmässigen Herzog erklärt. Die Huldigungen, die täglich aus dem occupirten Lande an mich gelangen, zeigen, wo Euer Wille steht. Eure eingebornen Beamten haben, indem sie fast ausnahmslos einem unberechtigten Fürsten den Eid verweigerten, ein Beispiel muthiger und opferbereiter Pflichttreue gegeben. Nur wenige haben für einen Augenblick von der thatsächlich bestehenden Gewalt sich überraschen lassen. ¶ Noch ist das Ziel nicht erreicht. Noch stehen grosse Anstrengungen und Opfer uns bevor. ¶ Aber auf unserer Seite steht das Recht. ¶ Niemand behauptet, dass jetzt ein König von Dänemark kraft eines Erbfolgerechts über die Herzogthümer herrschen würde. Der König von Dänemark selbst gründet seinen Anspruch nur auf einen Tractat, durch den kein altes Recht vernichtet, kein neues geschaffen werden konnte. In meiner Person vereinigt sich das Recht der Legitimität und die alte Verbriefung des Landes mit den nationalen Forderungen und den Geboten der Menschlichkeit. ¶ Ihr selbst habt wiederholt durch Eure Vertreter nach gewissenhafter Erwägung das Recht des Landes und meines Hauses ausgesprochen. ¶ Schleswig-Holsteiner! Ihr werdet die bundesverwandten Truppen, welche Euren Boden betreten, als Freunde und Befreier empfangen. Aber es ist unsere Pflicht, vor Allen selbst die Vertheidigung unseres Landes zu übernehmen. ¶ Ich hoffe, gestützt auf bundesfreundliche Hülfe die Neubildung der schleswig-holsteinischen Armee bald beginnen zu können. Dann wird die Jugend unseres Landes herbeieilen und auf's Neue die Tugenden der Mannszucht und der Tapferkeit bewahren. ¶ Wenn das Werk vollbracht und der Friede in Eure gesegneten Fluren zurückgekehrt ist, so werden unter dem Schutze des Staatsgrundgesetzes Fürst und Volk durch Liebe und Vertrauen für alle Zeiten verbunden sein. Statt eines Heerdes der Beunruhigung wird Schleswig-Holstein dann für Deutsch-



land und Europa eine Gewähr des Friedens und der Ordnung bieten. ¶ Seid einig und entschlossen. Gott der Herr wird unsere gerechte Sache zum Siege führen.

No. 1238.  
Schleswig-  
Holstein,  
10. Dec.  
1863.

G o t h a , am 10. December 1863.

Friedrich,  
Herzog von Schleswig-Holstein.

### No. 1239.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN (AUGUSTENBURG.)** — Herzog Friedrich an die Könige von Baiern, Sachsen, Württemberg, Hannover und den Grossherzog von Hessen. — Vorbereitung zur Bildung eines Heeres.\*) —

Durchlauchtigster etc. — Das warme Interesse, das Ew. etc. der Sache der Herzogthümer Schleswig-Holstein von jeher zu widmen geruht und erst neuerlich wieder bei der Abstimmung in der Bundesversammlung auf so dankenswerthe Weise bethätigt haben, lässt mich der Hoffnung Raum geben, dass Hochdieselben auch einer durch die jetzigen Verhältnisse der Herzogthümer motivirten Bitte geneigte Aufnahme und thunlichste Berücksichtigung nicht versagen werden. ¶ Ew. etc. theilen sicher mit mir die Ansicht, dass es Sache der Herzogthümer Schleswig-Holstein, wie eines jeden Landes in ähnlichen Verhältnissen ist, die schwer bedrohte Unabhängigkeit zunächst durch eigene Kraft, durch die wehrhafte Jugend des Landes mit aller Energie selbst zu vertheidigen, dass aber diese Vertheidigung nicht bloß in ihrem eigenen Interesse, sondern ebenso auch im Interesse des Deutschen Bundes und der deutschen Nation liegt und als unzweifelhafte Bundespflicht betrachtet werden muss. Ich halte es überdies für meine Obliegenheit, zum Zweck dieser Vertheidigung die nöthigen Vorkehrungen zu treffen und namentlich dafür Sorge zu tragen, dass die ausserhalb der Herzogthümer befindlichen wehrhaften Landesangehörigen nicht wegen Mangels an einheitlicher militärischer Organisation in unregelmässigen Bahnen eine edle Begeisterung und Kraft ohne entsprechenden Nutzen für das Vaterland vergeuden. ¶ Allein so klar ich diese Nothwendigkeit und die daraus für mich hervorgehende Verpflichtung erkenne, so bin ich doch leider, da jetzt die Herzogthümer occupirt sind und die eigenen Truppen in Dänemark stehen, alles Kriegsmaterial aber voraussichtlich aus dem Lande weggeführt werden wird, zur Zeit ausser Stande eine Armee zu formiren, wenn nicht befreundete Regierungen sich geneigt finden lassen, mir die hierzu erforderliche Unterstützung zu gewähren und die Schwierigkeiten beseitigen zu helfen, welche der Ausführung meines Vorhabens jetzt noch entgegenstehen, namentlich dem Mangel eines Territoriums zur Organisation des Heeres und der zur Ausbildung der Mannschaft unumgänglich nöthigen Officiere und Unterofficiere. ¶ Wenn ich mich auch der Betrachtung nicht verschliessen kann, dass der Erfüllung einer in dieser Beziehung an Ew. etc. ge-

No. 1239.  
Schleswig-  
Holstein,  
12. Dec.  
1863.

\*) In ähnlichem Sinne ergingen Schreiben an andere deutsche Regierungen.

No. 1239.  
Schleswig-  
Holstein,  
12. Dec.  
1863.

richteten Bitte zur Zeit noch auf Schwierigkeiten stossen möchte, so darf ich doch in der Voraussetzung, dass dieselben sich bald erledigen werden, schon jetzt mir erlauben, Ew. etc. von meinen Wünschen ergebenst in Kenntniss zu setzen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass Hochdieselben, soweit dies thunlich erscheint, mein Vorhaben zu unterstützen geneigt sein werden. ¶ Ew. etc. wollen Sich überzeugt halten, dass möglichste Berücksichtigung meiner Wünsche mich zu dem aufrichtigsten Danke verpflichten würden, und auch bei diesem Anlass mir gestatten, nicht nur Hochdero fernerm Wohlwollen mich und mein Haus angelegentlichst zu empfehlen, sondern zugleich auch die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und aufrichtigen Ergebenheit zu erneuern, mit der ich zu beharren die Ehre habe, &c.

G o t h a, den 12. Dec. 1863.

### No. 1240.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN (AUGUSTENBURG).** — Departementschef d. Ausw. an die Ministerien d. Ausw. in Dresden, Weimar, Altenburg, Gotha, Schwerin, Neustrelitz und Dessau. — Die Regierungsnachfolge in Lauenburg betreffend. —

No. 1240.  
Schleswig-  
Holstein,  
14. Dec.  
1863.

Se. Hoheit, der Herzog von Schleswig-Holstein, des Unterzeichneten gnädigster Herr, haben, — wie dem etc. bekannt sein wird, die bei Höchstihrem Regierungsantritt veröffentlichte Proclamation auch an die Lauenburger zu richten für angemessen erachtet. ¶ Bei den bekannten Ansprüchen, die von verschiedenen Seiten, namentlich auch von dem königl.-Sächsischen Hause, (den Häusern der Sachsen-Ernest. Linie, dem Grossh. Mecklenburg, dem herzogl.-Anhalt. Hause) schon früherhin auf die Succession in das Herzogthum Lauenburg erhoben worden sind, wünschen jedoch Se. Hoheit jeder etwa möglichen Missdeutung des betreffenden Passus der Proclamation vorzubeugen, und haben deshalb dem Unterzeichneten Auftrag erteilt, dem etc. in dieser Beziehung folgende ergebenste Mittheilung zu machen. ¶ Die erwähnte Proclamation vom 16. vor. Mon. konnte nicht geeignet erscheinen, die Gründe der Stellung näher darzulegen, die Se. Hoheit der Herzog in Bezug auf das Herzogthum Lauenburg einnehmen, es schien vielmehr genügend, in dieser Proclamation einerseits einen Regierungsantritt in Betreff des Herzogthums Lauenburg nicht zu erklären, und andererseits die älteren Rechte deutscher Häuser auf dieses Land ausdrücklich vorzubehalten. ¶ Se. Hoheit werden demnach die älteren, vor dem Jahre 1815 begründeten Rechte auf das Herzogthum Lauenburg nicht bestreiten, sondern sich lediglich auf die Behauptung beschränken, dass wenn diese älteren Rechte nicht gelten sollen, Höchstihr Recht ein besseres als das der königl.-dänischen Weiberstämme sei. ¶ Mit dieser höchsten Absicht im Einklang, wurde der von Sr. Hoheit dem Herzog bevollmächtigte Bundestagsgesandte für Holstein bereits unterm 17. v. Mts. beauftragt, die erforderlichen Schritte zu thun, dass der deutsche Bund das Herzogthum Lauenburg in Sequestration nehme, um die ordnungsmässige Entscheidung darüber herbeizu-

führen, wer als der legitime Souverain desselben anzusehen sei, und unterm 20. v. Mts. nachträglich noch dahin instruiert, bezüglich der wegen Lauenburgs zu thuenden Schritte als das Wesentliche zu betrachten, dass der Rechtsanspruch Sr. Hoheit des Herzogs von Schleswig-Holstein stärker sei, als der des Königs von Dänemark. Denn für Lauenburg könnten entweder die Verträge von 1814/15, oder die vor denselben liegenden Thatsachen als massgebend betrachtet werden; für den Fall aber, dass die ersteren massgebend sein sollen, decke Sr. Hoheit des Herzogs besseres Recht Lauenburg gegen das prätdirte Recht des Königs von Dänemark, und hierin liege das nationale Interesse Höchsthres Anspruchs. ¶ Se. Hoheit, nur auf Höchsthre Recht und sittliche Mächte angewiesen, seien fern davon, ein Recht in Anspruch zu nehmen, das Höchsthredieselben nicht besitzen, hätten daher einen Regierungsantritt für Lauenburg nicht ausgesprochen, und träten den älteren Ansprüchen nicht feindlich gegenüber, sondern wünschten eine rechtliche Entscheidung der verwickelten Rechtsfrage. ¶ Gestützt auf die uralte, dem Königreich Norwegen eigenthümliche Erbfolge des Mannstammes und andere dem deutschen Staatsrecht entnommene Rechtsgründe, wird Se. Hoheit demnach den Seitens der königl.-dänischen Regierung erhobenen Anspruch bestreiten. ¶ Indem das etc. der Unterzeichnete ganz ergebenst ersucht, diese Darlegung des Sachverhalts Sr. Maj. (Sr. königl. Hoheit) dem etc. gefälligst zur Kenntniss bringen zu wollen, fügt derselbe die Bemerkung hinzu, dass Se. Hoheit der Herzog, sein gnädigster Herr, seiner Zeit nicht unterlassen wird, dem etc. eine nähere Begründung der obigen Behauptung mittheilen zu lassen und ergreift mit Vergnügen diese Gelegenheit zur Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

No. 1240.  
Schleswig-  
Holstein,  
14. Dec.  
1863.

G o t h a , den 14. Dec. 1863.

*Samwer.*

## No. 1241.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Mission des Lord Wodehouse betreffend. —

Berlin, December 4 (received December 7), 1863.

My Lord, — I have acquainted M. de Bismarck with Lord Wodehouse's appointment to proceed on a special mission to Copenhagen, to congratulate the King of Denmark on his accession to the Throne, and to communicate with the Danish Government respecting their present relations with Germany. ¶ The messenger who left London on the 3rd instant has not yet arrived, but I have mentioned to M. de Bismarck that Lord Wodehouse will pass through Berlin on his way to Denmark, and that I hope the King will afford me an opportunity of presenting his Lordship to His Majesty. ¶ I understand that M. Ewers, who has been appointed by the Emperor of Russia to fulfil a similar mission to Copenhagen, is expected in a few days. ¶ I have, &c.

No. 1241.  
Gross-  
britannien,  
4. Dec.  
1863.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1242.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Mission des Herrn Irminger betreffend. —

Berlin, December 5 (received December 7), 1863.

No. 1242.  
Gross-  
britannien,  
5. Dec.  
1863.

(Extract.) — Admiral Irminger, who arrived here eight days ago to notify to the King the accession of King Christian IX to the Throne of Denmark, left this morning for Vienna, as the King would not fix a day for receiving him. ¶ I understand that M. de Bismarck explained to the Danish Minister that the King had no objection of importance to granting M. Irminger an audience. ¶ M. Irminger having spoken of proceeding to Vienna unless an early day could be fixed for his audience, and of returning to Berlin on his way back to Copenhagen, where he is expected before the end of the month, the plan was warmly encouraged by M. de Bismarck, and M. Irminger consequently adopted it. ¶ As M. de Bismarck has spoken to me on the subject, I said that I was afraid Count Rechberg might see in this arrangement a desire on the part of Prussia to shift a cause of unpopularity from Her own shoulders to those of Austria, which was hardly consistent with the new policy upon which the two Governments were entering. His Excellency replied that it would, however, be much easier for the Emperor of Austria to receive M. Irminger than for the King of Prussia. &c.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1243.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. —  
Zurücknahme des Patents vom 30. März. —

Foreign Office, December 7, 1863.

No. 1243.  
Gross-  
britannien,  
7. Dec.  
1863.

My Lord, — It appears by your telegram of the 5th instant that Count Rechberg is anxious that Lord Wodehouse should be authorized to exercise some degree of pressure on the Danish Government with the view of overcoming the obstinacy which his Excellency is disposed to attribute to it, and which he apprehends, if maintained, may defeat the exertions of Austria and Prussia to restrain the revolutionary movement in Germany. ¶ The intelligence, however, which will by this time have reached Vienna that the King of Denmark has revoked the Patent of the 30th of March, must satisfy Count Rechberg that the charge of obstinacy which he brings against the Danish Government is not well-founded. ¶ Count Rechberg apprehends that if the Danish Government should not give way, war is inevitable. But in the opinion of Her Majesty's Government, that calamity may be averted by the recognition on the part of Austria and Prussia of the King of Denmark, and by a declaration that the troops of Austria and Prussia occupying Holstein will resist any attempts to produce a revolution in the Duchy. ¶ Her Majesty's Government are perfectly prepared

to advise the King of Denmark to fulfil the engagements which the Danish Government have contracted with Austria, Prussia, and Germany in regard to Schleswig; and if His Majesty should decline to listen to such advice, and should reject reasonable proposals, Her Majesty's Government would consider that on the Danish Government would the responsibility rest of any consequences that might result from their refusal. ¶ I am, &c.

No. 1243.  
Gross-  
britannien,  
7. Dec.  
1863.

*Russell.*

### No. 1244.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Zurücknahme des Patents vom 30. März betreffend. —

Copenhagen, December 2 (received December 8), 1863.

My Lord, — In order to omit no effort to give effect to the instructions I received from your Lordship; and two verbal communications which I had made to M. Hall, respecting the withdrawal of the Patent of the 30th of March not having produced that result, I addressed a note to his Excellency on this subject on the 1st instant, and have the honour to inclose a copy of it herewith. ¶ The motives referred to in the note as having been given me by M. Hall why this step should not be taken at the time I spoke to him, have been already explained in my previous despatches. ¶ In an interview I had with his Excellency to-day, he informed me that he intended to propose the revocation of the Patent in the Council to be held to-morrow. ¶ As the negotiations with Baron Plessen, Count Moltke, and Count Reventlow-Criminil have failed, M. Hall is obliged, temporarily, to resume the Ministry for Holstein; and I understand that a Proclamation to that Duchy will be issued at the same time that the Patent is recalled. ¶ I have, &c.

No. 1244.  
Gross-  
britannien,  
2. Dec.  
1863.

*A. Paget.*

### No. 1245.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Allgemeine Betrachtungen über die Lage. —

Copenhagen, December 2 (received December 8), 1863.

(Extract.) — I stated in my despatch of the 25th of November that I had received the assurance from M. Hall that in the event of the Execution being carried out on its original grounds, he would be prepared to recommend to the King that it should not be opposed by force in Holstein. The essential condition to the maintenance of these grounds was of course the acknowledgment by the Diet of the King's authority in the Duchy, but as this authority has been denied by the exclusion of His Majesty's Representative from the Diet, it is difficult to understand how an Execution, as such, can any longer be effected in Holstein. ¶ The object and meaning of a Federal Execution is to oblige the Sovereign of

No. 1245.  
Gross-  
britannien,  
2. Dec.  
1863.

No. 1245.  
Gross-  
britannien,  
2. Dec.  
1863.

the territory in which it takes place to fulfil his Federal obligations; to be legally and properly carried out, a last summons must be addressed to the Sovereign to comply with them, and a warning be given to him that unless he does so within a week which is allowed for further reflection, troops of the Confederation will enter his dominions, and administer them in the name of the Federal Assembly. But, if the Diet does not acknowledge the right of the Sovereign to the possession of his dominions, to whom is the summons of the Diet to be addressed, and by whom are the requirements of the Diet to be fulfilled? It seems, therefore, to be a logical conclusion that if the Diet disputes the sovereignty of the Prince, and at the same time takes possession of his territory, such an act, by the proceedings of the Diet itself, is divested of any legal character, and at once assumes the proportions of a hostile invasion. Whether in the present instance it will be resisted as such by His Danish Majesty is a point which I do not believe to be as yet definitively decided upon, and upon which, until I receive the instructions of Her Majesty's Government, I shall feel it my duty to abstain from giving any opinion whatever to the Danish Government; but should it be determined to oppose the invasion, the King of Denmark will only be acting in defence of his rights, which were acknowledged by an European compact, and from the obligations of which no amount of sophistry or special pleading can absolve the German Governments. ¶ Whatever may have been the failings of the Danish Government respecting the fulfilment of the arrangements agreed upon with Austria and Prussia in 1851 and 1852, they can have no possible bearing upon or connection with the question of Succession in the Danish Monarchy as it was constituted at the signature of the Treaty on the 8th of May, 1852. Neither in the Treaty itself, nor in any act or note or Protocol appended thereto, is there one word which refers in the remotest degree to previous negotiations with the Danish Government. The proposed arrangements respecting the Succession which were communicated to Viscount Palmerston by Count Reventlow in a note dated the 8th of September, 1851, were equally communicated to the Governments of Austria and Prussia. Did these Governments make their adherence to the proposed arrangements dependent on the fulfilment of any particular agreements into which the Danish Government had entered? There appears to be no record of any such condition in connection with the Treaty. Did the smaller Courts of Germany, including Saxony, Hanover, Wurtemberg, make any reserves in adhering to the Treaty of London, or accompany their accession to it by a stipulation for the fulfilment of any preconcerted arrangements? So far from this being the case, they one and all, as your Lordship will perceive by the copies of the answers which were returned by M. de Benst, M. de Schole, and Baron de Neurath, to the invitation of the Danish Government to accede to the Treaty, and which I have extracted from the „Europe“ of the 30th ultimo, declared in the most unambiguous and forcible terms, that their Sovereigns associated themselves, with the highest satisfaction, in an act which had been considered by the Great Powers as essential to European equilibrium, and as assuring the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy, in which they professed to take the greatest interest. When, therefore, these

Courts, through their Ministers at the Diet, vote, as was the case at the last sitting, for the exclusion of the Danish Envoy, and thereby call in question the title of King Christian IX to the Duchies of Holstein and Lauenburg, they manifestly place themselves in direct contradiction with their Treaty engagements, without there being any reason to excuse or palliate their doing so. Their adherence to the Treaty was unconditional; the Treaty is an European Act, the carrying out of which cannot be influenced by private considerations or arrangements. Austria and Prussia, it is true, have not as yet gone quite so far as to denounce their engagements; but it is impossible to believe that if they were acting in good faith and sincerity, these powerful Governments could not so have employed their influence at the Diet as to ensure the decision taken by that Body being in accordance with the tenour of the Treaty which they have signed. ¶ Had such a result taken place, there can be no doubt that the situation would have been far less serious than it is at present, for the Execution might then have been carried out without necessarily leading to hostilities. By adopting a contrary course, however, the Diet has reduced the King of Denmark to the alternative of tamely submitting to an usurpation of his authority in his own dominions and to a sequestration of his States, or of resisting the aggression by arms. ¶ The Diet, it is true, has not as yet openly recognized the Prince of Augustenburg, but it has taken the first step towards doing so, by refusing to recognize King Christian as the legitimate successor in the Duchies, and the consequence of this has been to increase very considerably the irritation already existing in this country, and to diminish very materially the chances of peace. ¶ „By the exclusion of the King's Envoy from the Diet,“ it is argued, „Holstein and Lauenburg are thereby excluded from the Confederation, and there is therefore but one course open for His Majesty to pursue. He must state to the whole world that in regard to Holstein and Lauenburg he has been excluded from the Confederation into which he entered in 1814, and that, consequently, he is about to incorporate these provinces as integral parts of his Danish Kingdom, to be governed solely in accordance with his Sovereign will, as was the case in 1806, after the dissolution of the German Empire. ¶ If Germany declares war, Denmark will reply that the responsibility of it is not attributable to her; for it is impossible for the King any longer to form part of an association where he is exposed to be treated as an outlaw — impossible that he can support that the Confederation, of which he is a member on an equality with other Sovereigns, should arrogate to itself the right of regulating his position as an European Prince.“ ¶ Such is the language now held here. ¶ Denmark is bound, of course, to fulfil her engagements in the measure of what is possible; but it would be well for those Governments who are so loud in their declamations against her, if their own conduct and motives of action were more free from suspicion. ¶ Denmark has undoubtedly adopted several measures at variance with former engagements, and there is much to be said respecting the system of administration in Schleswig, but there has been nothing in her conduct to equal the unfair policy pursued by Germany. At last a general crusade appears to be determined on for the purpose of dismembering the Danish Monarchy, and of vindicating, in

No. 1248.  
Gross-  
britannien,  
2. Dec.  
1862.

No. 1245. the face of Treaty engagements, the claims of a Prince whose father forfeited his  
 Gross- property and estates by an act of high treason against the Crown of Denmark,  
 britannien, but to whom His Danish Majesty, in his generosity, accorded the sum of  
 2. Dec. 3,000,000 dollars, on receiving which the Duke of Augustenburg entered into  
 1863. the most solemn engagement for himself, and on the part of his family, for ever  
 to refrain from endeavouring to disturb in any way the arrangements which  
 might be made respecting the Succession in the Danish Monarchy. ¶ Before  
 the Prussian Government became a party to the Treaty of 1852, Baron Man-  
 teuffel employed a juriconsult of eminence, Dr. Pernice, to inquire into the  
 claims of the Duke of Augustenburg to the Succession in the Duchies, and the  
 Report which he drew up was published in September 1851. I have the honour  
 to inclose a copy of it herewith, together with a translation (by Mr. Scott) of  
 the conclusions, by which your Lordship will perceive that Dr. Pernice gives it  
 as his opinion, for the reasons therein stated, that the Duke of Augustenburg  
 ought to be dispossessed of all title to succeed to either the whole, or any part  
 whatever, of the Duchy of Holstein. This paper has, of course, but a relative  
 value now, because, whether the Augustenburg claim was originally good or  
 bad, the question of Succession was disposed of by the Treaty; but as the  
 whole of Germany now appears disposed to rise up in arms in defence of the  
 claim, it may be of interest to examine the cause for which the peace of Europe  
 is to be broken, and Dr. Pernice's Report, in conjunction with the Duke of  
 Augustenburg's Renunciation above alluded to, of which I have already furn-  
 ished your Lordship with a copy, afford sufficient materials for this purpose.  
 ¶ But in the absence of any legal title of the Augustenburg family, it might at  
 least be supposed that before Germany took up arms in their cause, there should  
 be some demonstration in their favour on the part of the Duchies themselves.  
 Neither in Holstein, however, nor in Schleswig, has such been the case. In  
 Schleswig all the public functionaries of every class have already sworn alle-  
 giance to the King; in Holstein the only exceptions have been among the Ad-  
 vocates and Professors of the University of Kiel. There has been not the  
 slightest attempt at movement in either Duchy; and the men of the greatest  
 weight, consideration, and importance in Holstein—Baron Charles Plessen,  
 Count Reventlow-Criminil, Count Blome—have already been to Copenhagen  
 to pay homage to their legitimate Sovereign. It is true that the negotia-  
 tions with Baron Plessen and Count Criminil respecting the Ministry for Holstein  
 have failed, through considerations connected with the political situation, not from  
 any doubts on the question of allegiance, and their presence at Copenhagen is a  
 proof of this. ¶ As, therefore, the claims of the Augustenburg family have  
 neither any legal foundation nor any sympathy on the part of the population of  
 the Duchies, we must seek elsewhere for the motives and object which put all  
 Germany in movement. One of my German acquaintances observed the other  
 day to one who reported it to me, that no sacrifice, no concession, no fulfilment  
 of engagements on the part of the Danish Government could now satisfy the  
 German Governments, nor arrest the movement in Germany; that what Ger-  
 many looked to and was determined on obtaining was the dismemberment of



the Danish Monarchy, in order to place the Duchies of Schleswig and Holstein, with the ports belonging to them, in the hands of a Prince (be he who he may) devoted to the interests of Germany. This is the saying of an individual, but your Lordship may rely upon it that it faithfully represents the feelings and intentions of the millions who are now vying with each other in enmity to this country; and it is for Her Majesty's Government to consider whether such a consummation is desirable in the interests of Great Britain. etc.

No. 1243.  
Gross-  
britannien,  
3. Dec.  
1863.

*A. Paget.*

P.S.—I send this despatch by this evening's post, under flying-seal, to Her Majesty's Ambassador at Berlin.

### No. 1246.

**GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Carlsruhe an den königl. Gesandten in Stuttgart. — Deutsche Rechtsansicht von dem Londoner Vertrag. —

Carlsruhe, December 4, 1863.

Sir, — I have the honour to forward herewith translation of an article on the subject of the London Treaty of 1852, which has appeared in the „Carlsruhe Gazette,“ from the pen of a distinguished German Professor of Public Law, Dr. Aegidi, in support of the view now so prevalent in this country of the non-binding character of that instrument. ¶ I have, &c.

No. 1246.  
Gross-  
britannien,  
4. Dec.  
1863.

*Evan P. M. Baillie.*

Anlage. — Extract from the „Carlsruhe Gazette.“

The London Protocol binds no one. — Permit me to characterize the London Treaty of May 8, 1852, from the point of view of public law, and to establish my conviction that it does not bind any of the Contracting Powers. The London Treaty is in its nature confirmatory. The signers pledge themselves in it to confirm by their acknowledgment a legal relation, which appears to them to be salutary. Or, in the words of the Parties engaging themselves, they wish „to conclude a Treaty, in order to give to the arrangements relating to the order of Succession (for the totality of the territories at present united under the sceptre of the King of Denmark) an additional pledge of stability by an act of European acknowledgment.“ ¶ It is in the essence of confirmatory acts, one-sided, as well as Treaties, that they do not first give legal force to the relation to be established, but on the ground of its own intrinsic validity, merely add to its stability. An invalid law-suit, though confirmed by an oath, is invalid in spite of the oath. The sanctity of the oath is unable to give a validity to the suit which it does not possess. ¶ The object proposed to be attained by the London Treaty is a fixed order of Succession to the so-called Danish Monarchy. If it can be shown that this order has never been legalized in the form of the

No. 1246. Law of Succession of July 31, 1853, or at all in fact, it would thereby be  
 Gross- established that the Contracting Powers had bound themselves to confirm a rela-  
 britannien. tion in itself illegal; and it would follow from this either that the London Treaty,  
 4. Dec. 1863. in virtue of its inherent wrong, was null or void, or else, though a thoroughly  
 legitimate compact, that it had missed its end, and was devoid of object. For  
 the compact of the Contracting Powers must either intend to promote through  
 its stipulations the overthrow of international obligations, and thereby establish  
 the principle that a majority of States may arbitrarily dispose of thrones and  
 territories as suits their convenience; or the good intention of supporting a  
 rightful claim upon a country and people by an act of European acknowledgment  
 is proved to be vain, inasmuch as such a rightful claim as has been presupposed,  
 does not at the present time exist. ¶ The order of Succession of July 1853  
 demands as prerequisites to its legality the renunciation by the next heirs of  
 their claims, the consent of the different Representative Assemblies, the sanction  
 of the German Confederation. The Confederation has not sanctioned it. The  
 consent of the Danish Diet is obtained, and thereby the consent of the Represent-  
 ative Assemblies is acknowledged by the Danish Government to be necessary.  
 ¶ The States of the Duchies have never given their consent. It was not even  
 demanded. The Schleswig States found, indeed, one day on their benches a  
 document, in which the order of Succession happened to be mentioned. It was,  
 however, never regularly laid before them, and was consequently completely  
 ignored. A Constitutional law was laid before the States of Holstein with the  
 intimation that debates and resolutions on the first six paragraphs of the same  
 would be inadmissible. The first section had reference to the order of Suc-  
 cession. Afterwards the German Confederation effected the suspension of the  
 paragraphs 1 to 6: thereby also section 1. Consequently the only reference  
 to the order of succession which ever reached the Representatives of Holstein.  
 Finally, the renunciations of claims by the next heirs are incomplete. Even  
 protests from them exist. The assertion of English papers that the abdication  
 of the Chief of a Line binds all the members of the same needs no refutation.  
 The Duke of Augustenburg could not surrender any of the rights of his son, who  
 had obtained his majority, by abdication. ¶ The order of Succession to the Throne  
 of July 31, 1853, is not legalized, because neither have all the next heirs sur-  
 rendered their claims, nor has the sanction of the German Confederation been  
 obtained, nor the consent of the States of the Duchies been demanded and  
 secured. ¶ Denmark was not unwarned; on the 2nd February, 1861, the  
 Grand Duke of Oldenburg pointed out that the proposed order of Succession had  
 not yet succeeded, not yet become legally valid. ¶ Now it follows from this  
 that the London Treaty, the object of which was to confirm a rightful order of  
 Succession, has no longer any relevancy. ¶ It is not in itself destitute of  
 binding force, but is incapable of being carried into effect. ¶ Though comparisons  
 are hazardous, yet they serve for illustration. Suppose that the Powers had  
 bound themselves by a solemn Treaty to acknowledge a Prince whose birth was  
 expected after the death of the Sovereign; afterwards that the Queen-widow was  
 delivered of a still-born boy. The Treaty of acknowledgment of the Powers

would have exactly the fate of the London compact of 1852: it is a very respectable Treaty for the protection of a still-born. ¶ Here, however, we are met by an obvious misconception. The London Treaty pledges, it is said, the acknowledgment of Prince Christian. That is not the case, at least without further proof. For to understand a Treaty, more is needed than to have learnt to read, and to have the text before one. The object of the acknowledgment is an order of Succession, and such a one in fact in virtue of which Prince Christian acquires the right of succeeding in all those countries. If Prince Christian had become the successor by the London Treaty, without anything further, what need would there have been of a special law for the Succession? Wherefore renunciation of claims? Wherefore the Resolution of the Danish Diet? No: the arrangement is acknowledged by the Powers of the London Treaty, not the Prince; or, rather, not the Prince in his quality as the one to be called by an additional law to the common Succession. This qualification the Prince has not acquired for the Duchies, as the new law has only obtained legal force for Denmark. In a word: the London Treaty does not make the Prince successor to the Throne, but confirms his legal Succession. This Succession has not become legal for the Duchies. The London Treaty is, in fact, devoid of object. The Law of Succession of July 1, 1853, confirmed previously by it, proved itself still-born. ¶ The London Treaty is impracticable. But as has already been pointed out, in so far as it has no legal signification, and does not bind France, England, &c., or bind them to a nullity. If, however, it is meant to give it another and wrongful signification — if the Powers so interpret it as to wish to support by their acknowledgment an illegal Succession, then the London Treaty will not be the first *pactum turpe* which, in spite of its wrong, and consequently non-binding character, has claimed recognition. But in this case the Contracting Powers are accomplices to a crime. Whoever takes part in it does so of his free will. If, for instance, Austria deems it wise to create a precedent by dethroning a Dynasty, well; let her separate herself from Germany in this affair. But she does not act from necessity! None of the Powers who have signed it can appeal to the London Treaty as binding them. ¶ The so-called London Protocol binds no one.

No. 1246.  
Gross-  
britannien,  
4. Dec.  
1863.

*L. K. Aegidi.*

---

### No. 1247.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
— Hannovers Haltung in Bezug auf die identischen Noten Oesterreichs  
und Preussens. —

Hanover, December 6 (received December 8), 1863.

My Lord, — In my despatch of the 5th instant I reported that Count Platen, before giving an answer to the identic notes of the Austrian and Prussian Ministers, urging the Hanoverian Government to give their vote at the Diet in favour of the Austro-Prussian proposal for a simple Federal Execution in Hol-

No. 1247.  
Gross-  
britannien,  
6. Dec.  
1863.

No. 1247. stein and Lauenburg, had referred to Vienna and Berlin in order to ascertain  
 Gross- whether Austria and Prussia would be willing, in giving their votes, to declare  
 britannien, that the various pending questions would not be prejudged. ¶ The reply which  
 6. Dec. his Excellency received was that those questions would not be prejudged by a  
 1863. Resolution of the Diet in favour of a simple Execution, but that the Austrian  
 and Prussian Governments were unwilling to make a declaration to that effect,  
 and again pressed the adoption of their proposal. ¶ I saw Count Platen this  
 evening, on his return from an interview with the King. He informed me that  
 he was about to write to the Austrian and Prussian Ministers, acquainting them  
 that Hanover would vote in favour of their proposal for a simple Execution.  
 He felt convinced that this decision would give great satisfaction to the Austrian  
 and Prussian Courts, considering that the Hanoverian Envoy at Frankfort had  
 in the Committee approved of the more general draft of Resolution prepared by  
 M. von der Pfordten, the Bavarian Envoy. ¶ Inferring from Count Platen's  
 language to me that it was not improbable that the Hanoverian Government,  
 whilst voting for the Austro-Prussian proposal, might make some sort of general  
 reserve, for example, like the declaration which his Excellency had been desirous  
 Austria and Prussia should record, I strongly represented to him that any  
 reserve which might be construed as applying to the Succession question, would  
 be quite incompatible with the position of Hanover as an acceding party to the  
 Treaty of May 1852, and I urged him not to make any reservation at all.  
 Should Count Platen instruct the Hanoverian Envoy at Frankfort to make any  
 reserve, it will no doubt be with the view of courting public opinion, and of  
 avoiding the appearance of too great a separation from the Middle German Governments  
 with whom he usually acts. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

### No. 1248.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Voraussichtliches Nichtgenügen der Zurücknahme des Patents vom 30.  
 März und Möglichkeit weiterer Nachgiebigkeit Seitens Dänemarks. —

Berlin, December 6 (received December 8), 1863.

No. 1248. My Lord, — I have received a telegram from Sir Augustus Paget, in-  
 Gross- forming me that the King of Denmark had sanctioned a Resolution adopted at  
 britannien, a Council of State on the 4th instant for the immediate revocation of the Letters-  
 6. Dec. Patent issued on the 30th of March last, for regulating the Constitutional position  
 1863. of Holstein in the Danish Monarchy. ¶ A Proclamation appears also, according  
 to public telegraphic information, to have been issued to the people of Holstein,  
 declaring the King's intention to repress any revolutionary movements in the  
 Duchy, and his hope that when intended arrangements shall have been made for  
 granting to the people of Holstein and Lauenburg the same independent position  
 and the same Constitutional liberties enjoyed by the other parts of the Monarchy,

they will be disposed to co-operate with him in bringing about a closer union between the different States of which it is composed. ¶ These concessions might have been of infinite value some weeks ago, but I fear they will not greatly improve the present position of affairs unless the Governments of Austria and Prussia could be induced to consider that the latter part of the Proclamation gives indirectly a provisional character to the new Constitution for Schleswig and Denmark. ¶ I have reason to believe that M. Hall has within the last few days expressed a strong opinion against the possibility of suspending the new Constitution. He may therefore positively refuse to adopt such a measure, but it appears to me there might still be some means devised for giving a provisional character to the Constitution pending the negotiations about to be opened at Copenhagen, and I venture to submit to your Lordship a suggestion by which, perhaps, this object might be attained. ¶ Unless for purposes of war, there is no necessity for the Danish Government's issuing writs for a new Rigsraad in the first days of January next, and they have, I believe, obtained from the present Rigsraad ample credits for their immediate wants in the event of a commencement of hostilities. ¶ Why, therefore, should not the King in Council give to the Envoys about to proceed to Copenhagen, a Declaration for communication to the Governments of Austria and Prussia, and those States which have adhered the Treaty of London, that no Act or Governmental measure affecting Schleswig shall be adopted, pending the negotiations, in virtue of the new Constitution, and promising that if an agreement is come to, measures, which shall have met with the approval of the five Powers, will be taken for amending the Constitution in the sense agreed on. The Danish Government intend, perhaps, in the event of war to convoke the Rigsraad immediately, in order to meet the claims of Germany by a vote of the united Representatives of Schleswig and Denmark, but such a demonstration would be more effective if it emanated from an Assembly elected after war had become inevitable. A very few days would suffice for the elections, and there can therefore be no reason for not postponing them until after the close of the approaching negotiations, which should not give way to the expediency of enabling the Governments of Austria and Prussia to consider that the eventuality has not been realized which, according to their declarations at Frankfort and in their own Legislatures, they pretend would absolve them from the engagements which they contracted by the Treaty of London. ¶ The Proclamation in Holstein, and the revocation of the Letters-Patent will in the meanwhile cause some embarrassment to the Cabinets of Vienna and Berlin, as it will be difficult to explain how a Federal Execution can be carried out on the basis of the Decree of October 1; and on the other hand, they have declared to the other Governments of Germany that they will not be parties to a Federal occupation or sequestration of Holstein. ¶ The only ground therefore, on which they could now interfere would apparently be to preserve tranquillity in Germany; but if they should consider it necessary for that purpose to invite the King of Denmark to consent to the entrance of their troops into the Duchy, it ought not to follow that His Majesty's troops should be expelled from it, or that the Administration should be withdrawn from his control. ¶ I have not

No. 1248.  
Gross-  
britannien.  
6. Dec.  
1864.

No. 1249. seen M. de Bismarck since the arrival of the intelligence from Copenhagen, as a  
 Gross-  
 britannien. Cabinet Council has been sitting to-day at the Foreign Office. ¶ I have, &c.  
 9. Dec.  
 1863.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1249.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und ähnlich nach Berlin). — Oesterreichischer Vorschlag bezüglich des Vorgehens in Copenhagen. —

Foreign Office, December 9, 1863.

No. 1249.  
 Gross-  
 britannien,  
 9. Dec.  
 1863

My Lord, — Count Apponyi called upon me yesterday, and read to me a despatch from Count Rechberg dated the 5th instant, respecting the communications which it is proposed should be made at Copenhagen by the Powers parties to the Treaty of May 1852, with a view of bringing about a settlement of the differences between Germany and Denmark. ¶ Count Reehberg seems to be of opinion that the steps to be taken at Copenhagen would have a better chance of success if confined in the first instance to the non-German Powers, while the abstinence of Austria and Prussia from participating in the overture to the Court of Denmark would relieve them from the imputation of over-eagerness to arrive at a settlement, and so enable them to exercise greater influence over the excited spirit prevailing in Germany. ¶ If this course should be approved by the three non-German Powers, Count Rechberg is of opinion that those Powers should, by previous communication, come to a clear understanding with the Governments of Austria and Prussia as to the proposals which the three Powers should bring before the Cabinet of Copenhagen, and by these means all further misconception would be avoided, and a settlement of pending questions might be arrived at. ¶ I have to state your Excellency that Her Majesty's Government entirely agree with Count Rechberg in this respect; and they trust that in the interval which will elapse before the arrival of Lord Wodehouse at Berlin, on his way to Copenhagen, the Governments of Austria and Prussia will have placed their demands in a clear shape, and that M. de Bismarck may thus be in a position to state distinctly to Lord Wodehouse what the Confederation really requires Denmark to do in order to place her relations with Germany on a friendly footing. ¶ I must state, however, that the Russian Government thought it necessary to communicate their proposal to the Cabinet of Stockholm, and Her Majesty's Government will pursue the same course. ¶ Lord Wodehouse will arrive at Berlin on the evening of the 11th instant, and will continue his journey to Copenhagen on the morning of the 13th. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1250.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Abmahnung vom Widerstand gegen die Execution. —

Foreign Office, December 9, 1863.

Sir, — Her Majesty's Government have reason to suppose that the Federal force to be put in motion, either directly or as reserves, for carrying into effect the proposed Execution in Holstein, will consist of 6,000 men of the Contingent of Saxony, to be supported in case of need by the same number of the Contingent of Hanover. ¶ In addition to this, a force of from 15,000 to 25,000 Austrian troops, and of 22,000 Prussian troops, will be in readiness as a reserve. ¶ The Danish Government have doubtless received from their own Agent information to the same effect, and they will probably be convinced that under such circumstances it would be an act of great imprudence on their part, by offering opposition to the Execution, to risk a conflict in Holstein with the Federal troops. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1251.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den in besonderer Mission nach Copenhagen gesandten Lord Wodehouse. — Instruction. —

Foreign Office, December 9, 1863.

My Lord, — Besides the mission of congratulating the King of Denmark on his accession to the Throne, Her Majesty has been pleased to confide to you a task of the highest importance. ¶ The contingency contemplated in the 1st Article of the Treaty of London, of the 8th of May, 1852, namely, a default of issue male in a direct line from King Frederick III of Denmark, has occurred, and in conformity with that Treaty King Christian IX has ascended the Throne of Denmark. ¶ But, while the Succession to the Kingdom of Denmark is not disputed, the Succession to the Duchy of Holstein has been a matter of warm dispute in Germany, and the Diet of the Confederation have hesitated or refused to admit the claims of the Minister of King Christian, Duke of Holstein, to take his place in the Diet. ¶ But, what is of more importance, doubts have arisen in Prussia, and to some extent in Austria, as to the binding force of the obligations of the Treaty of 1852. ¶ It will therefore be necessary, before I proceed further, to state plainly the object and the provisions of that Treaty. ¶ It is stated in the preamble of that Treaty that Great Britain, Austria, France, Prussia, Russia, and Sweden, consider that the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy is of great importance to the promotion of peace. ¶ They proceed to state that an arrangement by which the Succession to the whole of the dominions then united under the sceptre of the King of Denmark should devolve upon the male line, to the exclusion of females, would be the best means

No. 1250.  
Gross-  
britannien,  
9. Dec.  
1863.

No. 1251.  
Gross-  
britannien,  
9. Dec.  
1863.

No. 1251. of securing the integrity of that Monarchy. ¶ Having thus plainly declared that  
 Gross- the integrity of the Danish Monarchy is of high importance to the preservation  
 britannien, of peace, and that the Succession of a Prince of the male line to the whole of  
 9. Dec. the dominions then under the sceptre of the King of Denmark would be the best  
 1863. means of securing that integrity, these Powers proceed to stipulate : —

Article I. That in default of issue male is a direct line from King Frederick III of Denmark, the Powers engage, by common consent, to acknowledge in His Highness the Prince Christian of Schleswig-Holstein-Glücksburg „the right of succeeding to the whole of the dominions now united under the sceptre of His Majesty the King of Denmark.“

Art. III. The third Article declared that the reciprocal rights and obligations of the King of Denmark and of the Duchies of Holstein and Lauenburg, established by the Federal Act of 1815, should not be affected by the present Treaty.

Art. IV. By the fourth Article, the High Contracting Powers reserved to themselves the power of bringing the Treaty to the knowledge of other Powers, and inviting them to accede to it.

In consequence of this Article, various Powers and States, a list of which I inclose, acceded to the Treaty; Hanover, Saxony, and Wurtemberg being among them. ¶ Saxony, not content with a simple accession, declared through M. de Beust that „His Majesty“ (the King of Saxony) „having informed himself as to these arrangements, as well as of the stipulations made to guarantee their stability, is happy to acknowledge the wisdom of the views and the solicitude for the great political interests of Europe, of which the High Contracting Powers have given on this occasion a new and conspicuous proof.“ ¶ It is true that there is a reserve as to the powers of the German Diet in respect to certain eventual rights of Succession belonging to the Albertine branch of the House of Saxony in respect to the Duchy of Lauenburg, but this reserve in no way affects the assent given by Saxony to an arrangement serving to maintain the integrity of the Danish Monarchy, and to ensure, at the same time, the preservation of the general peace. ¶ These well-chosen and unambiguous expressions of the Saxon Minister describe forcibly the intention and presumed effect of the Treaty of the 8th of May, 1852. ¶ It is true that some reserve is made by Saxony as to the future decisions of the German Confederation, but it does not appear that the Final Act of the German Confederation, signed at Vienna on the 15th of May, 1820, has any reference to a case of this kind. The VIth Article, which has been quoted for the purpose of proving such a right to exist in the German Diet, is evidently intended for the sole purpose of guarding against the alienation to a foreign Power of any territory belonging to a Member of the Confederation, such as the transfer of Hanover to Great Britain, or of the Palatinate to France. ¶ The Treaty of May 1852, therefore, is open to no question, and is clearly a part of the public law of Europe. ¶ It has been contended, indeed, in Germany, that some anterior engagements concluded by the exchange of diplomatic notes between Austria and Prussia on the one hand, and Denmark on the other, in 1851-52, must be read in connection with the Treaty of May, and must form a



part of one and the same general arrangement. The correctness of this last assertion Her Majesty's Government cannot admit. They could not consent to make the validity of a positive and plain Treaty depend on the execution of arrangements made at some other time by means of diplomatic despatches, and not mentioned or referred to in the Treaty itself; nor can they admit the doctrine that the meaning and binding force of an instrument which is clear and simple in itself, should be sought for in other documents which are obscure and complicated. Such a doctrine would shake and undermine the foundations on which the international rights and relations of the Powers and States of the world repose. ¶ But when, taking a different ground, the Cabinets of Berlin and of Vienna allege that the Government of the late and of the present King of Denmark have not kept faith with the German Powers, and that all the engagements of Denmark towards Germany ought to be faithfully executed, Her Majesty's Government declare themselves ready to examine that question fairly and impartially. Let Prussia and Austria prove that Denmark has failed, and does still fail in her obligations towards them, and in such case Her Majesty's Government will use all their influence at Copenhagen to induce the King of Denmark to comply faithfully with all the engagements of his Crown. ¶ I have only some observations more to make on the nature and scope of these engagements. They are contained not in any Treaty or Convention, but in a correspondence which took place at the end of 1851 and in the commencement of 1852. It is difficult to define their exact scope and bearing, and they have been a subject of controversy for the last eleven years. ¶ We find, however, in that correspondence, certain landmarks which it will be well to keep in view. ¶ In the Annex to the Austrian despatch, the terms of which were formally accepted by Denmark, it is said: „The Imperial Court of Austria learns with satisfaction the resolution of His Majesty the King of Denmark to reinstate, not only in the Duchy of Holstein, but in the Duchy of Schleswig, the legally existing institutions of Provincial Assemblies;“ and again, „In the declaration of His Majesty the King of Denmark that neither an incorporation of the Duchy of Schleswig into the Kingdom shall take place, nor that any steps towards this end shall be taken, the Imperial Court recognizes with satisfaction, &c.“ ¶ In the Annex to Baron Manteuffel's despatch of December 30, 1851, we find stated: „I. The recognition on all hands of the principle that in the general interest of Europe the Danish collective Monarchy, in its present composition as one whole State, and under one sceptre, shall be maintained.“ ¶ We find also stated in the same document, „In regard to Holstein, it is settled that the Provincial Assemblies of the Duchy, as the legally existing organ of that country, shall be called together, and that the representation of the country and its specific rights belong to those Assemblies.“ ¶ We find it further stated that „the affairs of the Duchy of Schleswig, as a non-German State, are not in themselves a subject of explanation and negotiation of the German Confederation,“ and the Article then goes on to remark on certain legal relations between the two Duchies, „whilst it is acknowledged by Prussia and Austria that no claim on the part of Holstein as to any community and unity in the affairs of both Duchies is admissible.“ ¶ Further

No. 1251.  
Gross-  
britannien,  
9. Dec.  
1863.

No. 1251.  
Gross-  
britannien,  
9. Dec.  
1863.

on we find it laid down that „the Royal Danish Government agrees with the German Powers that the Duchy of Schleswig shall subsist as a separate part of the Danish collective Monarchy, which part shall not, either in constitution or in administration, be incorporated into the Kingdom of Denmark.“ ¶ On the other side, I find in the Proclamation of the King of Denmark of the 28th of January, 1852, which was accepted by the German Diet, so far as the Confederation was concerned, as being in accordance with their laws and rights, the following declaration in regard to the Duchies of Holstein and Schleswig: — „In like manner, as no doubt can be entertained in regard to our firm resolution to observe inviolate the provisions of the Danish Fundamental Law, we are resolved to grant in a Constitutional manner, to the Provincial Estates of our Duchy of Schleswig, as well as of our Duchy of Holstein, such a development as that each of the said two Duchies, in regard to those of its affairs which hitherto belonged to the sphere of the deliberative Provincial Estates shall receive a Parliamentary representation, with the power of taking resolutions.“ ¶ The next sentence refers to projects of law, and the following thus defines the object of the project of law for Schleswig: — „That project of law to be drawn up for the said purpose, for the Duchy of Schleswig, shall more particularly contain the necessary provisions to establish and to secure perfect equality of rights, and powerful protection to the Danish and to the German nationality in the said Duchy.“ ¶ It is not my purpose either to point out how these engagements have been observed, or to affirm that any of them have been violated. It will be for the Ministers of Austria and Prussia to make their complaints on this head. It is the desire of Her Majesty's Government to see these questions submitted to a calm examination by the non-German Powers. ¶ You will accordingly communicate the views of Her Majesty's Government to the Ministers of France, Russia, and Sweden, and you will endeavour to make your joint representations to the Danish Government conformable in substance, if not identic in terms. ¶ The result to be arrived at is the fulfilment of the Treaty of May 8, 1852, and of the engagements entered into by Austria, Prussia, and Denmark in 1851-52. The mode of arriving at that result cannot yet be laid down. Patience and impartiality on the part of the Great Powers will conduce greatly to that end, and will contribute in the same proportion to the maintenance of the peace of Europe. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

### No. 1252.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Die hannoversche Abstimmung am Bunde; Unvermeidlichkeit der Execution. —

Hanover, December 8 (received December 10), 1863.

No. 1252.  
Gross-  
britannien,  
8. Dec.  
1863.

My Lord, — I learned from Count Platen this morning the fact with which your Lordship will, no doubt, have been immediately made acquainted,

that the Austro-Prussian proposal for a simple Execution in Holstein on the basis of the Federal Resolution of the 1st of October last was adopted in yesterday's sitting of the Diet by a majority of one vote, and that Hanover voted for it without reserve. ¶ In recommending this course to his Sovereign, Count Platen was only acting up to the principles which he has professed and to the spirit of the engagements which he has recognized; but, nevertheless, some credit is due to him for not having allowed himself to be diverted from the paths of honour and good faith by the many internal difficulties with which he has had to contend, and by the fear of incurring unpopularity in his own country. ¶ I inquired of his Excellency whether the withdrawal by King Christian of the Patent of the 30th of March last, which formed one of the principal grievances against Denmark, might not have furnished a motive for staying the Execution; but his Excellency replied that the Confederation had so many other grounds of complaint against the Danish Government, and amongst them the contemplated incorporation of Schleswig, that there could be no question of a suspension of the Execution, which, moreover, would be the only means of bringing about a regular settlement of the question. ¶ I heard from his Excellency that Baron Münchhausen, who had been Civil Commissioner for Holstein on the part of this Government, had just sent in his resignation, not approving of the Resolution of the Diet in favour of an execution instead of an occupation. ¶ I beg to inclose a statement of the Hanoverian military force which is to form a part of the Federal Corps of Execution in Holstein. The troops will begin to be set in motion to-morrow for their cantonments on the banks of the Elbe. ¶ I have, &c.

No. 1253.  
Gross-  
britannien,  
8. Dec.  
1863.

*Henry F. Howard.*

### No. 1253.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. -- Die Abstimmung in der Bundesversammlung vom 7. December. —

Frankfort, December 8 (received December 10), 1863.

My Lord, — I had the honour of reporting to your Lordship by telegram yesterday that the Diet had voted for immediate Execution in Holstein and Lauenburg. ¶ This is a very important victory of the Moderate German Party over the Party of Action. ¶ I learn that in the first instance only eight votes supported the joint propositions of the two Great Powers, but that two adhesions were subsequently appended to the Protocol. ¶ The sitting was of unusual duration, and the slight details of what passed in it which have yet reached me, depict it as having been more than ordinarily agitated. ¶ A direct proposition by Bavaria, for occupation, was negatived by a large majority. ¶ The newspapers this morning say that the Execution is to take place without prejudice to the question of Succession. My information, however, does not allow me to state that the Austrian and Prussian proposition made any direct allusion to the question of Succession, though Count Rechberg's language in the Vienna papers distinctly enunciates this principle; that it would remain in suspense, which his Excellency

No. 1253.  
Gross-  
britannien,  
8. Dec.  
1863.

No. 1253. Gross-  
britannien,  
8. Dec.  
1863. apparently thought would reconcile some of the advocates of strong measures to the more moderate course he had proposed. ¶ There is a violent explosion of anger among all that party which looks on the death of King Frederick of Denmark as an occasion of separating Schleswig and Holstein from the Danish Crown, at any less stringent measure being adopted towards Denmark than occupation; and it is to be feared that the Execution will be taken advantage of to raise disturbances in Schleswig, which, as I have already remarked to your Lordship, will excite the agitation now prevailing in Germany to a degree that the Governments will find it hard to control, even if they had the wish to do so. ¶ In this state of things, it seems more than unfair that the question of the Augustenburg Succession should be judged by the Diet. So many members of the Confederation are declared partizans of Prince Frederick's pretensions that impartiality is not to be expected, and their decision is, so to say, taken beforehand. ¶ I beg further to state that the thesis of Danish bad faith discharging from all obligations to the London Treaty of 1852, is largely supported according to the theory put forward in this respect by M. de Beust. ¶ I have, &c.

*A. Malet.*

### No. 1254.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Voraussetzung, unter der Dänemark der Execution keinen Widerstand entgegengesetzt wird. —

Foreign Office, December 12, 1863.

No. 1254. Gross-  
britannien,  
12. Dec.  
1863. My Lord, — In the course of a conversation which I had yesterday with the Danish Minister he informed me that he had given to understand that Her Majesty's Government had stated to the Austrian and Prussian Governments that the Treaty of London ought, in their opinion, to be observed, and that no connexion should be allowed to exist between that Treaty and the engagements entered into in the years 1851-52. ¶ I told M. Bille that Her Majesty's Government considered that the Treaty of London ought to be observed, and so also ought the engagements entered into in 1851-52, without making the one engagement at all dependent on the other. ¶ M. Bille then read to me an extract of a despatch which he had received from M. Hall, stating that if a Federal Execution were placed on the grounds of the violation by the King-Duke of his Federal obligations, Denmark would in that case submit to the superior forces which Germany could bring against her. ¶ But if, on the contrary, that Execution took place on the ground of disputing His Danish Majesty's Succession to the Duchies, Denmark must, in such a case, resist it, however infirm she might be in strength. ¶ I informed M. Bille that I understood that the violation of Federal obligations was the ground of the Execution, and that the decision of the Diet, which was only carried by a majority of one vote, had turned upon this point, and if my information were correct much bloodshed might be avoided. ¶ I, however, told M. Bille, that Her Majesty's Government could

not pretend to advise the Danish Government not to resist Execution, but that as far as my own personal opinion went, I thought that such resistance would be, at least, imprudent, and would only increase and aggravate the present difficulties. ¶ I am, &c.

No. 1254.  
Gross-  
britannien,  
13. Dec.  
1863.

*Russell.*

### No. 1255.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Hall, betreffend Zurücknahme des Patents vom 30. März. —

Copenhagen, December 9 (received December 14), 1863.

My Lord, — I saw M. Hall on Saturday last, the 5th instant, and his Excellency then informed me that the King had sanctioned the withdrawal of the Patent of the 30th of March at the Council held the day before, but before giving effect to His Majesty's orders he wished to ask me if I really thought that under present circumstances the revocation of the Patent would be of any use. To him, he must confess, it appeared that it would be now considered by Germany as quite illusory to do so, because since the passing of the Constitution, the Patent had become of very little importance. ¶ I replied that I entirely concurred in the truth of the last observation, and I could not say that I anticipated any great good to result from the revocation of the Patent at the present time; but that nevertheless as the Patent was mentioned in the Decree of the Diet as a reason for an Execution, it might perhaps be as well to recall it, for so long as it was in existence the Diet might truly say that the Danish Government had disregarded their demands on a purely Federal matter. ¶ Therefore, although the recall of the Patent might now in point of fact be considered as a question of form, I certainly thought the Danish Government would do well to place themselves in the right respecting it. ¶ M. Hall assented to this view, and said that the Patent should accordingly be at once withdrawn. ¶ I have, &c.

No. 1255.  
Gross-  
britannien,  
9. Dec.  
1863.

*A. Paget.*

### No. 1256.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Nichtempfang des Herrn Irminger durch den Kaiser. —

Vienna, December 10 (received December 14), 1863.

My Lord, — With reference to my telegrams of the 7th and 8th instant, reporting the failure of M. d'Irminger to obtain an audience of the Emperor of Austria to deliver a letter from King Christian IX, notifying his accession to the Throne of Denmark, I have the honour to inform your Lordship that M. d'Irminger, finding the Austrian Government did not choose to reconsider their decision, left Vienna yesterday on his return to Copenhagen by way of

No. 1256.  
Gross-  
britannien,  
10. Dec.  
1863.

No. 1256.  
Gross-  
britannien,  
10. Dec.  
1863.

Wiesbaden, Dresden, and Berlin, at which latter place he hopes to find instructions for his further guidance. ¶ He called upon me yesterday morning and described his first interview with Count Rechberg, which took place on Monday, as having made a painful impression on him. After delivering to Count Rechberg the copy of the letter of notification, he was told by his Excellency that the Emperor could not receive this letter until Denmark had fulfilled the engagements which she had contracted towards Germany. M. d'Irminger replied that he was not charged with a diplomatic mission, that he was not a political agent, but had been sent by his Sovereign with a letter of courtesy, and that he could not understand the objection to grant him the audience which he requested. ¶ M. d'Irminger was then assured that the Emperor would be ready to receive him as a private individual, but not officially; upon which he retired, and left Count Rechberg under the impression that it was his intention at once to depart from Vienna. It appears, however, that after consultation with General Bülow, the Danish Minister here, M. d'Irminger made a written communication to Count Rechberg, in order that he might be the better enabled to explain at home the proceedings of the Austrian Government. Instead of writing to M. d'Irminger, Count Rechberg requested him to call on him again at the Foreign Department. Upon this occasion he was received with the greatest courtesy, but this second interview was unattended with better success than the first one. ¶ Count Rechberg's language with reference to M. d'Irminger's departure is, that it does not indicate any change in the policy of the Imperial Government. Austria holds to the stipulations of the Treaty of London of May 8, 1852, but makes her recognition of that Act of Succession conditional on the fulfilment by Denmark of all the engagements which she contracted with Germany previous to the signature of the Treaty; the one being, as he considers, bound up with and inseparable from the other. ¶ I may observe, however, that there are persons in official station here who pretend that the non-fulfilment by Denmark of her engagements might have serious consequences, not only as affecting the Succession in the Duchies but also in the Kingdom, because the Treaty of London was negotiated for the maintenance of the integrity of the Monarchy; and if the Treaty were set aside in one part, Pretenders might step forward to claim the Succession in Denmark Proper. ¶ This argument is, I presume, put forward less with the object of raising the question than with the desire of showing the confusion that may result from the persistent refusal of the Danish Government to make those concessions to Germany that will ensure the co-operation of Austria and Prussia in giving their willing support to the Treaty of London. ¶ I inclose for your Lordship's information an article which has been inserted in the evening edition of the „Vienna Gazette“, respecting M. d'Irminger's departure from Vienna. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

## No. 1257.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Execution betreffend. —

Vienna, December 10 (received December 14), 1863.

My Lord, — With reference to your Lordship's telegram, in which you state that if there is to be a Federal Execution it should be on the ground of Federal obligations violated, I have the honour to inform your Lordship that I have mentioned to Count Rechberg the substance of your Lordship's observation. ¶ His Excellency said the Execution would take place on the grounds you had stated, and that all possible care would be taken that no doubtful territory or disputed part of the frontier should be occupied by German troops, but he said he could not deny that some difficulty might arise respecting a portion of the works of Rendsburg, which were unquestionably situated in the territory of Holstein; and he regretted extremely that a suggestion which he had made at Berlin last summer, with a view to the present complication, had not been taken up by the Prussian Government, because an explanation on this very point might have been obtained, but the moment was thought inopportune at Berlin for entering upon a negotiation of this nature, and the subject was dropped. ¶ As to the raising of insurrectionary cries, or throwing off the authority of the King-Duke, who was now in possession, there was certainly no such intention existing with the Austrian Government, the Execution would be carried out according to the usual legal forms of the Bund; but his Excellency asked if I thought there would be any resistance on the part of the Danish authorities. If there was, he added, of course the complications will be great and war may be the consequence, and the Treaty of Succession and all other engagements would then disappear. ¶ I replied that I knew nothing of the intentions of the Danish Government, or what course they would follow when the Federal Commissioners appeared at the frontier. I could only hope that in face of the overwhelming force which Germany might bring against them the Danes would see the prudence of withdrawing across the Eider without offering an useless resistance. ¶ Count Rechberg told me that the Emperor had resolved to place the whole of the Austrian Contingent, which he observed would be 26,000 (not 25,000) strong, under the supreme command of Prince Frederick Charles of Prussia and that he should instruct General Gablenz to consider himself completely under His Royal Highness's orders, for there was to be no divided command. The Prince would have to bear all the political as well as the military responsibility of the Federal Expedition. ¶ With reference to any partizan cries that might be raised, he said he could answer for the discipline of the Austrian troops, and he hoped also of the Prussian troops, but he could not say the same for the Saxons and Hanoverians. I understand that to guard against any fraternization between the Austrian soldiers and the Holsteiners, it is intended that the Imperial advanced brigade shall be composed of Hungarian and Polish Regiments. ¶ I have, &c.

No. 1257.  
Gross-  
britannien,  
10 Dec.  
1863.

*Bloomfield.*

## No. 1258.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Bismarck über die Grundlagen einer Ausgleichung mit Dänemark. —

Berlin, December 10 (received December 14), 1863.

No. 1258.  
Gross-  
britannien,  
10. Dec.  
1863.

My Lord, — I lost no time, after receiving your Lordship's telegram of yesterday, in acquainting M. de Bismarck with the suggestion of Count Rechberg, that some understanding should be come to with the Governments of Austria and Prussia as to the proposals which might be made at Copenhagen, by Great Britain, France and Russia, for the arrangement of the Schleswig-Holstein question, and with the hope of Her Majesty's Government that his Excellency would be able to state precisely to Lord Wodehouse what would be required of Denmark to establish the preliminaries for a friendly settlement. ¶ I also called upon his Excellency this morning to ascertain whether he had heard anything on the subject from Vienna. ¶ M. de Bismarck said he had spoken of the wish of Her Majesty's Government to the Austrian Minister, who had telegraphed to Vienna for instructions; and when I endeavoured to ascertain his Excellency's views with respect to it, he said, that unless Lord Wodehouse could induce the Danish Government to prevent the new Danish Constitution from coming into force on the 1st of January next, his mission to Copenhagen would be fruitless. I suggested that it was perhaps expecting too much, in the present state of public feeling in Denmark, that the King could revoke the Constitution without his being allowed time to communicate with the leading members of the Rigsraad, and to convince them of the necessity for such a measure; but his Excellency replied that His Majesty must change his Ministers and find others who would do what was required for the maintenance of the integrity of the Monarchy, without fear of public opinion, for if the Prussian Government had given way to the public opinion of Prussia, or to a vote of the Chamber of Deputies, they would have already proclaimed war to Denmark in support of the pretensions of the Prince of Augustenburg. ¶ I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1259.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Modalitäten der Execution. —

Berlin, December 10 (received December 14), 1863.

No. 1259.  
Gross-  
britannien,  
10. Dec.  
1863.

My Lord, — With reference to your Lordship's telegram of the 8th instant, on the subject of the Federal Execution about to take place in Holstein, I called yesterday upon M. de Bismarck and expressed to him the opinion of Her Majesty's Government that it should only have reference to Federal obligations which had been violated. ¶ I said that your Lordship was also of opi-



nion that the troops of the Confederation would not occupy any disputed or mixed territory on the frontier, or at Rendsburg; and I reminded his Excellency that he had himself at one time spoken of the expediency of the Execution not being extended to Rendsburg. M. de Bismarck replied that there would probably be no difficulty in occupying the frontier generally, so as to avoid any risk of collision with the troops of Denmark, but that he was not prepared to give me an answer as to what might be necessary at Rendsburg. ¶ I said it was very unlikely that the Danish garrison would be withdrawn from a town which was considered by Denmark as part of the Duchy of Schleswig; and that while Her Majesty's Government would be negotiating at Copenhagen to prevent war, they would have a right to expect that nothing should be done by the Governments of Germany to provoke it. ¶ To this his Excellency replied that there would be no necessity for haste in the movement of the Federal troops towards the North, and that the occupation of Rendsburg might be made dependent on the progress of the negotiations at Copenhagen and the prospect of a satisfactory arrangement. ¶ I then said there was another point to which I had to call his attention, and that Her Majesty's Government trusted that no permission would be given to raise insurrectionary cries in Holstein, or to throw off the control of the King of Denmark, who was, as *de facto* Sovereign, in possession of the country. M. de Bismarck replied that he believed the King would approve of precautions being taken against any revolutionary movements in the Duchy, and that he hoped some Federal orders might be issued from Frankfort on the subject; but that the nature of an Execution involved the cessation of the authority of the Sovereign of the territory occupied, and its entire transfer to the officers of the Confederation, who would conduct the administration while the Federal troops remained in it. ¶ I have, &c.

No. 1259.  
Gross-  
britannien,  
10. Dec.  
1863.

*Andrew Buchanan.*

---

### No. 1260.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Verhandlung mit Herrn Hall, betreffend das widerstandslose Geschehenlassen der Execution. —

Copenhagen, December 10 (received December 14), 1863.

(Extract.) In an interview I had with M. Hall on Monday last, the 7th instant, I strongly urged upon his Excellency that from motives of prudence, without reference to the question of right, the Danish Government would do wisely to refrain from resistance in Holstein and withdraw their troops to Schleswig, no matter what title or denomination should be given to the occupation of the former Duchy by the troops of the Confederation. ¶ I said that from the copies of the despatches which I had received from Her Majesty's Ambassadors at Vienna and Berlin, the Austrian and Prussian Governments intended apparently to adhere to the Treaty of London, but that the fermentation in Germany was so strong that it was necessary that some satisfaction should be given to the

No. 1260.  
Gross-  
britannien,  
10. Dec.  
1863.

No. 1260.  
Gross-  
britannien,  
10. Dec.  
1863.

public feeling, and it was thought to be as much in the interest of the King of Denmark as in that of all the parties concerned, that an occupation of the Duchy of Holstein by regular troops should take place. If this course was not adopted, Free Corps would enter the Duchy, and if they were defeated by the Danish troops there would be a movement throughout Germany which it would be beyond the power of any of the Governments to control; these Governments would be forced to support the Free Corps. Whereas, if the Danish Government permitted the German troops to occupy Holstein without resistance, the Governments who furnished them ought to be responsible for the safe keeping of the Duchy, for the prevention of insurrectionary movements, and for its restoration to the Danish Crown at the conclusion of the negotiations. The separation of Holstein alone from Denmark, I added, was not, as his Excellency was aware, the aim of Germany, and consequently as long as the occupation was confined to that Duchy, Denmark had every security for the safety of the Succession question; and if an attack upon Schleswig was made, the other Powers could then interfere on ground which was incontestably beyond the limits of the Confederation. ¶ M. Hall replied that he would not contest the force of this reasoning; but if there was a strong feeling in Germany there was likewise a strong feeling in Denmark, and it was not a sufficient reason that the German Governments were unable to control the popular movement, that the King of Denmark's authority in his own dominions should be unjustifiably usurped. ¶ I have seen M. Hall again this morning, and spoken to him on the same subject. I said I considered the situation of affairs much ameliorated since I had last seen him, by the adoption, at the Diet, of a simple vote of execution, instead of occupation. It was a proof, in the first place, that the less violent views of Austria and Prussia had a better chance of being listened to, and implied an acknowledgment, though an indirect one, of the sovereignty of His Danish Majesty in Holstein. Under these circumstances, therefore, I trusted I might rely upon his Excellency recommending the King to adopt the course which was dictated by both prudence and interest, that of not opposing the Execution by force. ¶ M. Hall said he was ready to admit that an Execution having been voted instead of an occupation somewhat simplified matters; for if an occupation had been resolved upon, it would have been almost impossible not to have opposed it. It was to be presumed, his Excellency continued, that a notification before the entry of the troops would be addressed to the Danish Government through the Austrian and Prussian Ministers here, as the Danish Envoy was no longer admitted at the Diet, and when this notification was received I might rely upon his giving counsels of prudence and moderation. Whatever course was adopted, however, he felt convinced, he said, that war must come at last. ¶ I replied that Denmark would, at all events, have a better chance of securing the assistance of the Powers alluded to by retiring beyond the limits of the Confederation than if she provoked a war by resisting what might be considered the legitimate authority of the Diet on Federal territory. ¶ M. Hall did not dispute this. ¶ My French and Russian colleagues inform me that they have spoken to M. Hall in the same sense.

*A. Paget.*

## No. 1261.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. —  
Generals Fleury Sendung nach Copenhagen. —

Compiègne, December 11 (received December 14), 1863.

My Lord, — General Fleury, Aide-de-camp to the Emperor, is to proceed to Copenhagen to compliment King Christian IX on his accession to the Throne of Denmark. I am informed that his instructions are to endeavour to effect an arrangement in conformity with the views expressed by the Russian Government. ¶ I have, &c.

No. 1261.  
Gross-  
britannien,  
11. Dec.  
1863.

*Cowley.*

## No. 1262.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. —  
— Die öffentliche Stimmung in Deutschland. —

Frankfort, December 12 (received December 14), 1863.

My Lord, — There is no change to report in the aspect of affairs in Germany, as far as regards the dispute with Denmark, unless it were to say that the exasperation and ill feeling on both sides rather increases than otherwise. ¶ The refusal to receive the Envoy charged to announce the King of Denmark's accession both at Berlin and Vienna, while affording gratification to existing German feeling, cannot be otherwise than deeply resented by King Christian IX and his subjects. ¶ There is to be a meeting of Delegates from all parts of Germany held in Frankfort on the 21st instant, which assumes the form of a Parliamentary assembly, comprising men of all parties, to deliberate and pronounce opinions on the Dano-German question, and no means will be omitted to keep alive the prevailing agitation, and to drive the Governments onward by the threat of popular disturbances, if the ruling powers showed any disposition to hang back. ¶ I have already had the honour of informing your Lordship that it is the avowed aim of certain parties to bring on a collision with Denmark in hope of its leading to a general war, because it is thought that no other cause will unite Austria and Prussia. ¶ This idea, I have good grounds for thinking, is still pursued, and it is hoped that the Execution in Holstein, though less likely to bring on immediate collision than a declared occupation (which is what this party desired), may still lead to this desired result either from some chance conflict in Holstein, or by provoking disturbance in Schleswig. It is also hoped that the Danish national feeling is strongly enough excited to force the Government to resist the Execution; in which case Germany will be formally justified in throwing the responsibility of commencing hostilities on Denmark. ¶ It is in fact my duty to acquaint your Lordship that in the temper in which this Federal exertion of authority is about to be undertaken in Holstein, there is every reason to fear that opportunities for collision will rather be ~~avoided~~ than avoided by the

No. 1262.  
Gross-  
britannien,  
12. Dec.  
1863.

No. 1262. German Executionary Forces, and unless the Danish troops are withdrawn beyond the frontier such a result will be inevitable. ¶ I have, &c.  
 Gross-britannien, 13. Dec. 1863.

*A. Malet.*

### No. 1263.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Frankfurt. — Incompetenz der Bundesversammlung zur Entscheidung der Thronfolgefrage in Holstein. —

Foreign Office, December 14, 1863.

No. 1263. (Extract.). In your despatch of the 8th instant, you remark that in the present state of things in Germany, it seems more than unfair that the question of the Augustenburg Succession should be judged by the Diet. ¶ But Her Majesty's Government deny altogether any right in the Diet to judge between Christian IX, King of Denmark and Duke of Holstein, and any claimant to his Dukedom. ¶ The existence of the Confederation dates from the Act of the Congress of Vienna of the 9th of June, 1815. ¶ In the LIIIrd and following Articles, the nature and objects of the Confederation are defined, and the equality, as Sovereigns, of the Princes composing it is declared. ¶ How is it that any number of these Sovereign Princes and States should claim a right to dispose of the territory of the King of Denmark, their equal? &c.

*Russell.*

### No. 1264.

**GROSSBRITANNIEN** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Unterhaltung mit Herrn von Bismarck über die Mittel der Ausgleichung der Differenzen mit Dänemark. —

Berlin, December 12 (received December 15), 1863.

No. 1264. (Extract.) — I arrived here yesterday evening, and immediately proceeded to Her Majesty's Embassy. ¶ I had a very long interview with M. de Bismarck to-day at the Ministry for Foreign Affairs. ¶ I commenced the conversation by saying that Her Majesty having been pleased to confide to me a mission having for its object to endeavour to find means for reconciling the differences between Germany and Denmark, his Excellency might rest assured that I should be the advocate of neither party, but that I must tell him at once that Her Majesty's Government were convinced that if Germany on the one side, and Denmark on the other, were determined to abate nothing of their pretensions, it would be useless to attempt to prevent the outbreak of war. M. de Bismarck replied that he was as desirous as any man to maintain peace, but that the popular feeling throughout Germany was so violently excited against Denmark that it was impossible for the Prussian Government to demand from Denmark less than the complete fulfilment of her engagements. The Austrian Government, he said, took the same view, and the Minor German Governments were even

less able to make concessions, as the feeling in most of the Minor States was so strong on the Schleswig-Holstein question that the Thrones of the Sovereigns of those States would be in danger if they attempted to oppose the wishes of the people. ¶ Was it, I asked, consistent with the principles which had hitherto governed the relations of the European States that two of the great Powers which had entered into a Treaty with the other three great Powers should deliberately refuse to abide by that Treaty, because the Germanic Confederation had not acceded to it? If, I said, Austria and Prussia thought it obligatory upon them, as members of the Confederation, to make their consent to the Treaty dependent upon the consent of the Diet, they should have made a declaration to that effect at the time of signing the Treaty. But at all events, upon what possible ground, I asked, could Austria and Prussia refuse to acknowledge Christian IX as King of Denmark? The Diet did not, I supposed, extend its pretensions to the Kingdom; and if Christian IX was not King, I should be glad to know who was to be regarded as King. I put this question, I said, because Her Majesty's Government had learnt that the Envoy who had been sent to announce the King's accession had not been received at Vienna; and it seemed, from what I had learnt, that he was not to be received at Berlin either. ¶ M. de Bismarck said that he much regretted the refusal of the Austrian Court to receive the Danish Envoy; that the King of Prussia would, he thought, have received him if it had not been for the refusal of Austria, but that now he feared it would be impossible, since if the King of Prussia acted differently from Austria in this matter, he would incur great unpopularity in Germany. The Austrian Government, he believed, went so far as to assert that if the Treaty of 1852 fell to the ground, the renunciations by virtue of which King Christian succeeded to the Throne of Denmark would become void of effect, as they had been given for the purpose of preserving the Danish dominions as a whole, and that the Prince of Augustenburg had claims to the Kingdom of Denmark which might then become valid. I must, however, do M. de Bismarck the justice to say that he did not appear to countenance this doctrine. ¶ We passed from this part of the subject to the impending Federal Execution. I asked upon what ground the Execution would take place now (that the Patent of March 30 had been withdrawn by Denmark. ¶ M. de Bismarck replied, that the grounds of the Execution were contained in a Decree of the Diet in 1858, which called upon Denmark to fulfil her engagements as to the position of Holstein in the Danish Constitution. ¶ I said Execution was certainly preferable to occupation, though neither would have been better still; but that at all events I hoped a proclamation would be issued on the entrance of the Federal troops, calling upon the inhabitants of Holstein to remain tranquil. According to the information received by Her Majesty's Government, there was no disturbance in Holstein, and I trusted that steps would be taken to prevent the formation of Free Corps, and the organization of an insurrectionary movement, by the Prince of Augustenburg and his partizans under the protection of the Federal troops. ¶ M. de Bismarck's language upon this point was far from reassuring. He said there would be such a proclamation as I desired, but that the Prince of Augusten-

No. 1264.  
Gross-  
britannien,  
12. Dec.  
1863.

No. 1964.  
Gross-  
britannien,  
12. Dec.  
1863.

burg would no doubt follow in the train of the Federal troops, and attempt to raise the standard of insurrection. It would be necessary in order to stop the movement to arrest the Prince, and to disperse by force any bands which he might form. Would it be possible to do this without exciting an uncontrollable outbreak of popular passion in Germany? I strongly urged upon his Excellency the extreme danger of a war between Germany and Denmark if no decisive measures were taken, and the injustice of fomenting rebellion under colour of an enforcement of Federal rights. ¶ M. de Bismarck only replied, that he deplored as much as I did the imminent risk of war. ¶ I also alluded to the dispute as to Rendsburg, and said I hoped that care would be taken to avoid collision with the Danes at that point. ¶ M. de Bismarck assured me that no part of the disputed territory at Rendsburg on the north of the Eider would be occupied by the Federal troops. ¶ We then proceeded to discuss the question of Schleswig, which, as your Lordship is well aware, is the main cause of the long-standing quarrel between Germany and Denmark. ¶ I said it was impossible to arrive at any settlement unless the German Powers were prepared to state precisely what their demands upon Denmark were, and that I hoped he would be able to give me a distinct explanation on this point. ¶ M. de Bismarck said that the demands of Germany were the same as they had always been, namely that Denmark should fulfil her engagement not to incorporate Schleswig with the Kingdom, and to grant a common Constitution in which Holstein, Schleswig, and Lauenburg should enjoy equal rights with the Kingdom. I replied that Her Majesty's Government were persuaded that it was hopeless to enter into a discussion as to the common Constitution. The last eleven years had been passed in fruitless attempts to reconcile the German with the Danish views of what constituted equal rights, — was it probable that the Danes would ever submit to give the inhabitants of the Duchies who were a minority, the same number of members in a common Parliament as the Danes who were the majority? Would such an arrangement be consistent with fairness or justice? M. de Bismarck said that the Danes would not have a bare equality of members with the Germans, because there were a large number of Danes in Schleswig who would no doubt return Danish Members. His Excellency developed at much length his views as to the common Constitution, but I cannot say I heard from him anything which has not been repeated over and over again in these interminable discussions. I still pressed him to state some other alternative, but he said this was for the Danes, not the Germans to propose. ¶ I then asked him what the German Powers required as to the Constitution recently signed by the King of Denmark. Upon this point he said there could be no compromise. The Constitution must be declared before January 1st to be inapplicable to Schleswig, otherwise the German Powers would hold themselves released from all their engagements to Denmark, including the Treaty of 1852. They could not be satisfied with the mere postponement for the present of the meeting of the new Rigsraad. ¶ I said that I supposed that he would be satisfied if the King issued a declaration that the Constitution could not be carried into effect as regards Schleswig. It might be necessary if the

question was not concluded by the existing Rigsraad, which expired at the end of the year, to call together the new Rigsraad, by which alone the law could then be altered. ¶ His Excellency said provided Schleswig was exempted from the operation of the law by some act done by the King before January 1st, when the new Constitution came into force, he did not care by what Assembly the law was ultimately abrogated. However it would, he was convinced, be necessary for the King of Denmark to dismiss his present Ministers: a *coup d'état* would be the best solution of the difficulty. The fact was that Germany would never be on good terms with Denmark as long as the present democratic institutions of Denmark were maintained. ¶ I said I regretted to hear this language, which amounted to a declaration that the German Governments were really about to interfere to change the domestic institutions of an independent Monarchy, and I pointed out strongly to M. de Bismarck the danger which the German Governments ran of exciting revolution at home by lending themselves to the designs of the Schleswig-Holstein party. Nothing, I said, could justify the conduct of the Prince of Augustenburg. ¶ I concluded the conversation, which was conducted with the utmost courtesy by M. de Bismarck, by requesting that he would give me a memorandum of the demands of the German Powers. M. de Bismarck readily consented to this, and a Memorandum was accordingly drawn up (of which I inclose a copy), and which it was agreed, if approved by the King and the Austrian Minister, should be initialled by M. de Bismarck, Count Karolyi, and Her Majesty's Ambassador. &c.

No. 1266.  
Gross-  
britannien,  
12. Dec.  
1863.

*Wodehouse.*

---

Anlage. — Memorandum.

*The Austrian and Prussian Governments require that the Danish Government shall carry out the engagements entered into by Denmark in 1851-52; so that, apart from the Federal ties which concern only Holstein, Schleswig shall not be more closely connected with the Kingdom of Denmark than Holstein. ¶ They therefore consider that the Constitution of November 18, 1863, is a violation of the engagements of Denmark, and they require that measures shall be taken before January 1 by the Danish Government to prevent that Constitution from being carried into effect as regards Schleswig. ¶ When such measures shall have been taken they expect to receive from Denmark propositions as to the manner in which the engagements of 1851-52 are to be fulfilled.*

---

## No. 1265.

**GROSSBRITANNIEN.** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Zutritt des österreichischen Gesandten zu dem preussischen Memorandum. —

Berlin, December 13 (received December 15), 1863.

No. 1265.  
Gross-  
britannien,  
13. Dec.  
1863.

My Lord, — With reference to my despatch of yesterday's date, I have the honour to state that M. de Bismarck informed me to-day that the Austrian Minister had assented to the memorandum of German demands upon Denmark inclosed in that despatch, and that the King had approved it. ¶ I will therefore be initialled, as agreed upon, by M. de Bismarck, Count Karolyi, and Sir Andrew Buchanan. ¶ I have, etc.

*Wodehouse.*

## No. 1266.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Die Instruction für Lord Wodehouse, und General's Fleury Sendung betreffend. —

Paris, December 14 (received December 15), 1863.

No. 1266.  
Gross-  
britannien,  
14. Dec.  
1863.

(Extract.) In compliance with the instructions contained in your Lordship's despatch of the 10th instant, I have read to M. Drouyn de Lhuys the instructions with which Lord Wodehouse has been furnished for the guidance of his conduct during the important mission with which his Lordship has been charged. ¶ His Excellency said that your Lordship's arguments appeared to him to be very conclusive, and the course which you proposed to pursue the right one. He had himself long ago insisted on the necessity of obtaining some more defined statement of the demands of Germany on Denmark, and, until that should be effected, he felt it to be impossible to do more than to recommend moderation and prudence to the Danish Government. ¶ With respect to the Mission of General Fleury, his Excellency said that it was simply a complimentary one; though, at the request of the Russian Government, the General would urge on King Christian IX to fulfil whatever engagements his predecessors might have contracted towards Germany. But the General's stay at Copenhagen would be a very short one, and if anything in the shape of negotiations were to be undertaken, they would be intrusted to the Emperor's regular Minister at Copenhagen, M. Dotezac. etc.

*Cowley.*



## No. 1267.

**GROSSEBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin (und gleichmässig nach Wien). — Verbindlichkeit des Londoner Vertrags trotz etwaiger Nichterfüllung von Verpflichtungen Seitens Dänemarks. —

Foreign Office, December 17, 1863.

Sir, — Her Majesty's Government appreciate highly the efforts which have been made by Prussia and Austria to turn into a regular channel the flood of wild enthusiasm which seems in most parts of Germany to have burst all the restraints of public law and international good faith. ¶ Still Her Majesty's Government have seen with surprise and pain the language which has been held at Berlin with regard to the Treaty of London of May 1852. ¶ The Powers who signed that Treaty, or who subsequently acceded to it, must recollect that they bound themselves thereby not to Denmark alone, but to Great Britain, France, Russia, and Sweden, who were parties to it, and to all the other States and Powers whose accession thereto was asked for and obtained, and that the declared object and purpose of that Treaty was not to regulate the reciprocal relations of Denmark and Germany, but to serve as an arrangement essential for the general interest of Europe. ¶ A violation of the engagements taken by Denmark in 1851/52 towards Germany is fair subject of complaint, and for which redress may be justly demanded. But such violation cannot cancel a solemn European engagement taken towards other parties. The promises made by Denmark in January 1852 regarding Holstein and Schleswig may have been the prevailing motive with Austria and Prussia for entering into the Treaty of May 1852; but those Powers cannot, with any show of reason, allege, as an excuse for not remaining faithful to the obligations of that Treaty, that their expectations as to the fulfilment by Denmark of her engagements, taken at another time and in other documents, have been disappointed. ¶ The whole foundation of the Treaty stipulations of Europe would be subverted if such a reason could be admitted as an excuse for breaking a plain and simple Treaty engagement. Any Sovereign when called upon to fulfil his engagements might say: „My motive for concluding that Treaty with you was that I had other engagements with one of the parties to that Treaty. Those other engagements have not been kept, and therefore my Treaty with you is null and void.“ ¶ Her Majesty's Government are convinced that the Court of Berlin will see that such a process of reasoning, if admitted to be valid, might shake to pieces any existing Treaty. I forbear from quoting instances in which such a loose and capricious mode of interpreting Treaties might prove seriously injurious to the German Powers themselves. ¶ Let it suffice at present for Her Majesty's Government to declare that they would consider any departure from the Treaty of Succession of 1852 by Powers who signed or acceded to that Treaty as entirely inconsistent with good faith. ¶ You may read to M. Bismarck, but not give a copy of this despatch. ¶ I am, &c.

No. 1267.  
Gross-  
britannien.  
17. Dec.  
1863.

*Russell.*

## No. 1268.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an Lord Wodehouse. — Die Vertragswidrigkeit der neuen dänischen Verfassung\*). —

Foreign Office, December 17, 1863.

No. 1268.  
Gross-  
britannien,  
17. Dec.  
1863.

My Lord, — Her Majesty's Government are anxious to arrive at such a settlement of the pending dispute between Denmark and Germany as may secure all the rights of the Confederation, and preserve in the spirit of the Treaty of London of 1852, the independence and integrity of Denmark. ¶ For this purpose it is necessary to divest the question, as far as possible, of all the considerations which do not bear directly upon the points in dispute. ¶ It may therefore be said at once that according to Article III of the Treaty of 1852, the King of Denmark holds the Duchies of Holstein and Lauenburg, subject to the laws of the German Confederation. ¶ It may be as confidently affirmed that the King of Denmark and the Danish people may regulate the Constitution of Denmark in such a manner as, according to their judgment, will best provide for the due exercise of the prerogative of the Sovereign, and for the due enjoyment of the liberties of the people. ¶ There being therefore no just controversy respecting Holstein and Lauenburg as German Duchies, or respecting the Kingdom of Denmark as an independent kingdom, the merits of the present dispute turn upon the provisions respecting the Duchy of Schleswig, contained in the documents of 1851-52 on the one hand, and upon the recently-enacted Constitution for Denmark and Schleswig on the other. ¶ In the first place, in regard to the engagements of 1851-52, we find that in the annex to two despatches, addressed on the 6th of December, 1851, to the Courts of Vienna and Berlin by the Danish Minister for Foreign Affairs, the following statement: — „In like manner as on the one hand the King has promised, and again declares, that neither any incorporation of the Duchy of Schleswig into the Kingdom shall take place, nor that any steps leading thereto shall be taken, so His Majesty cannot on the other hand approve of anything whereby an amalgamation of Holstein and Schleswig, or any other kind of union of those Duchies between themselves, of a more intimate nature than that subsisting between either of them and the Kingdom, should either be effected at once or be brought about in future.“ ¶ In answer to this despatch, the Minister President of Austria in his despatch of the 26th of December and its annex, and the Minister President of Prussia in his despatch of the 30th of December and its annex, accept with satisfaction the declaration concerning Schleswig. The Imperial Government waives all objection to the abolition of the common relations between Schleswig and Holstein; „and will,“ says the Imperial Government, „likewise use its influence to prevent any objection being made to this measure by the Diet.“ ¶ The Diet accordingly, after the King of Denmark had issued his Proclamation

\*) Mitgetheilt dem königl. Botschafter in Paris am 19. December.

of the 28th of January, came to a Resolution, declaring that the arrangements in regard to Holstein and Lauenburg were in conformity with the laws and rights of the Confederation; and moreover, further gave the reserved definitive consent to the adjustment of the dispute between Germany and Denmark, and which adjustment has been effected by the King of Denmark in accordance with the Governments of Austria and Prussia, acting in the name of the Confederation.“

¶ Thus Holstein, Lauenburg, and Schleswig were assured of their rights, and the political union between Holstein and Schleswig was formally dissolved.

¶ We have now to examine whether the new Constitution for Denmark and Schleswig is consistent with the above-mentioned engagements. ¶ A casuist might raise a dispute on the meaning of the words „incorporation with Denmark, or steps tending to incorporation,“ and might show that there can hardly be any step favourable to the Duchy of Holstein taken separately which might not be represented as having some remote tendency to the incorporation of Schleswig with Denmark. Happily, however, there is no need of such refinement of argument in the present case. ¶ The Fundamental Law for Denmark Proper and for Schleswig, which was sanctioned on the 18th of November, 1863, is virtually an incorporation of Schleswig with Denmark. It provides that Schleswig shall be represented in the Parliament of Denmark-Schleswig, and that all laws passed by the Parliament or Rigsraad shall have force in the Duchy of Schleswig, as well as in the Kingdom of Denmark. ¶ Thus it is enacted in the 18th section: „The Legislative power in respect to the common affairs of Denmark Proper and Schleswig is vested in the King and the Rigsraad conjointly. ¶ „No law passed by the Rigsraad and sanctioned by the King can be made dependent on the passage of a similar law by another Legislature, or for a separate part of the realm, unless a special provision to that effect be inserted in the law itself.“ ¶ This provision applies to Schleswig as well as to Holstein; but as Schleswig is to be represented in the Rigsraad, 'it is obvious that all separate legislative power existing in the Diet of Schleswig is thus annihilated. ¶ But, further, let us see to what this legislative power of the Rigsraad extends. Article 50 says: — „No“ common „tax can be imposed, altered, or established, nor any common loan be contracted, except by law.“ ¶ Clauses 51, 52, 53, 54, and 55 provide that every ordinance, or extraordinary draft of men for the army or the fleet, every alienation or acquisition of a common domain, the right of the King to coin money, every alteration of the Normal Budget, or its entire abolition, must be authorized or regulated by laws to be passed by the Rigsraad. Thus the Rigsraad, with the King, exercises the legislative power, and the legislative power comprises the whole public affairs of Denmark and Schleswig. ¶ It is true that a separate Representative Assembly is left both for Denmark and for Schleswig; but it is clear that these are intended only for local affairs, and that all their power over common affairs may be assumed to be absorbed by the Rigsraad. ¶ This Constitution, be it remembered, has not been submitted to the Diet of Schleswig, and was voted by an Assembly in which only eleven members for Schleswig were present, of whom seven voted for and four against that new Constitution. ¶ The new Constitution,

No. 1268.  
Gross-  
britannien,  
17. Dec.  
1863.

No 1268. therefore, being without the requisite sanction of the Duchy of Schleswig, and  
Gross-  
britannien, being contrary to the engagements of the Crown of Denmark, ought so far as  
17. Dec.  
1843. Schleswig is concerned to be repealed. How this is to be done, it belongs to  
the King of Denmark, his Ministers, and his Parliament to decide. It is the wish  
of Her Majesty's Government that it should be done in the manner most suitable  
to the dignity and character of Denmark as a free and independent State.  
¶ I am, &c.

*Russell.*

---

## No. 1269.

**GROSSBRITANNIEN.** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Ankunft in Cöpenhagen, erste Unterredung mit Herrn Hall. —

Copenhagen, December 16 (received December 19), 1863.

My Lord, — I have the honour to report that I arrived here yesterday morning, and immediately placed myself in communication with Sir Augustus Paget in accordance with my instructions. ¶ I am to have the honour of an audience of the King of Denmark to-morrow. ¶ I saw M. Hall in the course of yesterday. I impressed strongly upon his Excellency that if Austria and Prussia were bound in good faith to carry out the Treaty of 1852, without reference to any other engagements not contained in that Treaty, Denmark was on her part bound to fulfil her engagements to Germany; and I did not conceal from him my opinion that the Constitution recently signed by the King might be regarded as at variance with the promise made by Denmark in Annex No. 2 to the despatches of December 6, 1851, to Vienna and Berlin, that Schleswig should not be incorporated with Denmark, and that no steps should be taken tending to such incorporation. ¶ I pointed out to him also that if on the one hand Her Majesty's Government would never counsel the Danish Government to yield anything inconsistent with the honour and independence of the Danish Crown and the integrity of the King's dominions, so, on the other, we had a right to expect that the Danish Government would not, by putting forward extreme pretensions, drive matters to extremities. ¶ I thought it right to make these observations to M. Hall, but I found him, as I expected, very little disposed to make concessions to Germany, and indeed he gave me to understand that if concessions were eventually made, it was not probable it would be by the advice of a Ministry of which he was the head. ¶ I avoided, however, entering in detail into the questions at issue, being desirous, as I told M. Hall, of consulting in the first place with the Representatives of France, Russia, and Sweden. ¶ I informed your Lordship by telegraph that M. Hall gave me to understand that resistance would not be made in Holstein, but that no positive decision had been taken by the Danish Government. My Russian colleague M. d'Ewers has since told me that M. Hall has given him a distinct assurance that no resistance will be made. ¶ I do not think there is any danger of collision between the Danish and Federal troops except at the tête de pont at Frederickstadt. This tête de pont is looked upon as the key of the Danish system of defence in Schleswig, and its occupation by the German troops would be considered here as the avowal of an intention to attack Schleswig. ¶ I have, &c.

No. 1269.  
Gross-  
britannien,  
16. Dec.  
1863.

*Wodehouse.*

## No. 1270.

**GROSSBRITANNIEN.** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Unvermeidlichkeit der Execution. —

Copenhagen, December 16 (received December 19), 1863.

No. 1270.  
Gross-  
britannien,  
16. Dec.  
1863.

My Lord, — I have anxiously considered whether any steps which the Danish Government could be advised to take would arrest or suspend the impending Execution in Holstein. ¶ I regret to say that I have come to the conclusion that there are no means of averting that Execution. ¶ The Austrian and Prussian Government evidently consider that they have done all that is in their power in the interest of peace by persuading the Germanic Diet to order an Execution and not an occupation. Nothing short of immediate compliance with the whole of their demands, which is out of the question, would, I fear, induce them to use their influence to arrest the Execution. ¶ My colleagues of France, Russia, and Sweden, are all of opinion that the Execution cannot be averted. ¶ It will require the greatest prudence on the part of the German Governments to prevent the Prince of Augustenburg from disturbing the peace in Holstein. ¶ It is asserted here that there is but little active disaffection in Holstein, except amongst the professors in the towns and certain landed proprietors. However this may be (and it is very difficult to arrive at the truth), it is evident that if time is to be given for negotiation, it is essential that the entrance of the Federal troops into Holstein should not be the signal for insurrection. ¶ I have, &c.

*Wodehouse.*

## No. 1271.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an Lord Wodehouse. — Erforderlichkeit der Zurücknahme der dänischen Verfassung, soweit sie Schleswig betrifft. —

Foreign Office, December 20, 1863.

No. 1271.  
Gross-  
britannien,  
20. Dec.  
1863.

(Extract.) — Her Majesty's Government are of opinion that the repeal of the Constitution of November 18, as far as it affects Schleswig, is indispensable, and that some pledge of this repeal should be given in a public manner by the Danish Government. &c.

*Russell.*

## No. 1272.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Ungenügender Erfolg der Mission von Lord Wodehouse. —

Berlin, December 14 (received December 21), 1863.

No. 1272.  
Gross-  
britannien,  
14. Dec.  
1863.

(Extract.) — Lord Wodehouse left Berlin this morning, and I regret to say with a more restricted statement as to the nature of the arrangements

with Denmark which would be accepted by Germany than I had hoped he would receive from M. de Bismarck in order to induce the Danish Government to place confidence in the disposition of Prussia and Austria to promote a settlement of the Danish question on fair and equitable terms. ¶ I regret also, with reference to the representations which I have made by your Lordship's order to M. de Bismarck during the last fortnight, on other subjects connected with the question, that I have failed in obtaining a compliance with the wishes of Her Majesty's Government. ¶ I was instructed to suggest that time should be allowed Lord Wodehouse to negotiate with the Danish Government before the Federal Execution is carried into effect. ¶ The Execution will take place in six days after his Lordship's arrival at Copenhagen. ¶ I was instructed to express the hope of Her Majesty's Government that no disputed territory on the frontier or at Rendsburg would be occupied. ¶ Rendsburg will be occupied, with the exception of that portion which is on the north bank of the Eider. ¶ I was instructed to state that the Execution should only take place for Federal obligations violated. ¶ The Execution will take place (I am willing however to admit, on grounds of expediency, to avoid a question of serious domestic embarrassment in Germany) in virtue of a decree of the German Diet, against which Her Majesty's Government have formally remonstrated at Frankfort, by a despatch communicated officially to the Governments of Austria and Prussia; and, lastly, I was instructed to request that the Prussian Government would concert with that of Austria and state to Lord Wodehouse, previously to his departure from Berlin, precisely what Austria and Prussia will require to bring about a friendly disposition on all sides; but they have declined to give any explanations as to the nature of the arrangements which they would accept from Denmark, and have merely stated generally that they will require the fulfilment of the engagements contracted by Denmark in 1851-52, and have declared that Schleswig must be withdrawn from the Constitution of the 18th November before the 1st of January next, the date on which M. de Bismarck has stated in Parliament Prussia will have a right to repudiate the Treaty of London. The Prussian and Austrian Governments have thus followed out the old policy of the Diet, of which Denmark has so frequently complained, having merely stated what they object to, but having positively declined to give any intimation of the nature of an arrangement which they might accept. Is it probable then that Lord Wodehouse will find the Danish Government willing to abandon one line of policy, with respect to the organization of the Monarchy, which in the event of war has solid advantages to offer to Denmark, before he can give them any idea of the manner in which Germany will expect them to carry out another system? ¶ M. de Bismarck, some days before Lord Wodehouse's arrival, in answer to an inquiry which I put to him, stated that there were two ways of settling the question; —

First. A common Constitution on the plan of Christian VIII; or

Second. The union of the German part of Schleswig and Holstein, with a separate legislature.

A third plan has been spoken of, by which a common Constitution,

No. 1272. like that of the first plan, would be combined with an administrative union of  
Gross-  
britannien, the south of Schleswig with Holstein, without the former being included in the  
14. Dec.  
1863. German Confederation.

Count Karolyi, to whom I understood from Lord Bloomfield Count Rechberg had given authority to state clearly the arrangements which would be accepted by Germany, spoke to me before Lord Wodehouse's arrival of the same plans, in a manner from which I inferred that something would be said to his Lordship respecting them. ¶ Had Lord Wodehouse been authorized to explain to the Danish Government that an arrangement, on the basis of any of these plans which he might find Denmark disposed to adopt, or of that proposed by your Lordship in 1862, would satisfy Germany, it may have been reasonably expected that the Danish Government would be less unwilling to comply with the demands formulated in the memorandum delivered to his Lordship, and to enter into negotiations as to the future organization of the Monarchy on the principle laid down by M. de Bismarck. But as the case now stands the Danish Government are not aware whether an attempt may not be made to enforce upon them the extreme demands of Germany for the equal representation of each portion of the Monarchy in a common Parliament, after they shall have weakened the country by changing the whole basis of its policy and placing it in a position to accept war on less advantageous terms than it can do at present. &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1273.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Herrn von Bismarck's Ansicht von der Zweckmässigkeit von Conferenzen. —

Berlin, December 16 (received December 21), 1863.

No. 1273. My Lord, — M. de Bismarck said it appeared to him that the Danish  
Gross-  
britannien, question could not well be settled without Conferences among the Great Powers,  
16. Dec.  
1863. and that it might therefore be expedient in the interest of peace to accept them  
so far that a Conference might be convoked at Paris for the arrangement of the  
Danish question. &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1274.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den Min. d. Ausw. — Miss-  
stimmung in Deutschland über die Politik Oesterreichs und Preussens. —

Berlin, December 19 (received December 21), 1863.

No. 1274. (Extract.) — The situation of affairs here is daily assuming a more  
Gross-  
britannien, abnormal aspect. The Government in concert with Austria has succeeded at  
19. Dec.  
1863. Frankfurt by a bare majority in the Diet, in placing the motives for the entrance



of Federal troops into Holstein on the basis of the Federal Decree of the 1st of October last, and they are thus able to adhere conditionally to the engagements of the Treaty of London. But it is to be remembered, at the same time, that the Austrian and Prussian Governments only obtained a majority in the Diet by proposing that the question of the Succession in the Duchies of Schleswig and Holstein should remain in abeyance. ¶ The line of conduct therefore which Austria and Prussia have imposed upon the Diet is disapproved of by a large proportion of the Governments and a great majority of the people of Germany. &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1275.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. — Vermuthliche Reise des Herzogs Friedrich nach Holstein. —

Frankfort, December 18 (received December 21), 1863.

My Lord, — It being currently reported that Prince Frederick of Augustenburg would enter Holstein as soon as the Federal troops had crossed the frontier, I thought it right to ask the President of the Diet if his Excellency knew of any foundation for such a rumour. ¶ Baron de Kübeck denied any further knowledge of Prince Frederick's intentions in this respect than the grounds on which my own information rested, but acknowledged that the report was generally spread. ¶ I observed that it was clearly the duty of the Commissioners, and of the troops employed in the Execution, to stop any such scheme on the Prince's part, which would be an European scandal, and an outrage on the Danish Government if attempted; and would, moreover, justify Danish resistance to the Execution, should it be known with certainty beforehand that the Prince's entrance was to take place. ¶ Baron Kübeck said he could of course give no positive assurance as to what would be done on a presumed contingency, but it seemed clear to him that the Prince's entrance into Holstein could not be permitted. ¶ The Duchies were to be administered on behalf of the Diet, and this, in his opinion, precluded the possibility of admitting attempts to establish any other Government whatever. I called his Excellency's attention to the all-important point, that the Diet's original Decree of Execution made reserve of the eventual rights of the King of Denmark as Duke of Holstein. ¶ To this Baron de Kübeck replied, that that clause referred to the late King, and the final Decree of Execution made reserve of the Diet's decision on the question of Succession. ¶ I need scarcely observe, that as there is considerable prospect of the Diet's deciding that Prince Frederick of Augustenburg is rightfully Duke of Schleswig-Holstein, the virtual possession of Holstein territory by Federal troops holds out the strongest probability of becoming the means of handing over that Duchy to the Pretender, and of upholding him there by force of arms. ¶ I have, &c.

*A. Malet.*

## No. 1276.

**BRAUNSCHWEIG.** — Min. d. Ausw. an die Gesandtschaften Oesterreichs und Preussens. — Erwiderung auf die identischen Noten vom 5. December (No. 1230). —

Braunschweig, 6. December, 1863.

No. 1276.  
Braun-  
schweig,  
6. Dec.  
1863.

(Auszug.) So aufrichtig auch die hiesige herzogliche Regierung jederzeit bereit ist, den Wünschen der k. k. österreichischen (k. preussischen) Regierung in rücksichtsvoller Bundesfreundlichkeit, so viel als irgend thunlich, entgegen zu kommen, so kann dieselbe doch nicht umhin, an der Ueberzeugung fest zu halten, dass schon die einfache Thatsache einer gegen den König von Dänemark, in der Art, wie sie von Oesterreich und Preussen bezielt wird, gerichteten Bundesexecution die Anerkennung desselben als Herzog von Holstein in sich schliessen würde, indem die Ausführung einer Bundesexecution nur gegen ein Bundesglied, als solches, sich als rechtlich möglich darstellt. Es kommt hinzu, dass der Zweck dieser Massregel ist, eine Erfüllung von Zusagen zu erzwingen, welche nur unter der Voraussetzung gefordert werden kann, dass vorgängig die Anerkennung des Königs von Dänemark als Herzog von Holstein erfolgt sei. Auf den Grund dieser Sachlage glaubt die herzogliche Regierung dafür halten zu müssen, dass es nicht thunlich sei, bei einer Zustimmung zu dem österreichisch-preussischen Antrage die diesseitige Auffassung in der Successionsfrage durch Vorbehalte wirksam zu wahren, und dieselbe sieht sich daher zu ihrem lebhaftesten Bedauern ausser Stande, dem in Rede stehenden geehrten Wunsche der hohen k. k. österreichischen (k. preussischen) Regierung zu entsprechen. &c.

*Campe.*

## No. 1277.

**OLDENBURG.** — Min. d. Ausw. an die grossherzogliche Gesandtschaft in Berlin (und gleichmässig nach Wien). — Erwiderung auf die identischen Noten Oesterreichs und Preussens vom 5. December. —

Oldenburg, 11. December, 1863.

No 1277.  
Oldenburg,  
11. Dec.  
1863.

Wie die Abstimmung am Bunde vom 7. d. M. ergeben hat, gehörte die grossherzogliche Regierung zu denjenigen, welche keine Execution, sondern eine Occupation wollten. Von welchen Anschauungen Se. königl. Hoheit der Grossherzog in dieser Angelegenheit geleitet wird, ist genügend bekannt; sie haben nicht erst in der letzten Zeit, sondern schon seit Jahren ihren Ausdruck gefunden und sind bei jeder vorkommenden Gelegenheit begründet worden. Es konnte daher auch nicht wohl der Zweck der gedachten (identischen) Note sein, die Ansichten der grossherzoglichen Regierung ändern zu wollen. Dass die grossherzogliche Regierung die allgemeine politische Situation und die Gefahren eines allgemeinen Krieges nicht unbeachtet gelassen habe, musste sicher angenommen werden, und war ihr daher nicht wohl zuzutrauen, dass sie auf Grund solcher

Hinweisungen ihre Haltung ändern werde. Es tritt also um so deutlicher die Absicht hervor, die grossherzogliche Regierung bestimmen zu wollen, gegen ihre bessere Ueberzeugung der Autorität der Grossmächte zu weichen, oder gar sich durch Eventualitäten schrecken zu lassen, die zwischen den Zeilen zu lesen sind und auch besser nicht ausdrücklich hervorgehoben werden. Die grossherzogliche Regierung bedauert sehr, nicht im Einklang mit der Ansicht der königlich preussischen Regierung gewesen zu sein, allein sie wäre sich selbst untreu geworden, wenn sie ihr bundesverfassungsmässiges Recht der freien Abstimmung in dieser so hochwichtigen Angelegenheit, von deren befriedigenden Erledigung die Ehre und die Ruhe Deutschlands abhängt, hätte aufgeben wollen. &c.

No. 1277.  
Oldenburg,  
11. Dec.  
1863.

v. Rössing.

### No. 1278.

**KÖNIGREICH SACHSEN.** — Min. d. Ausw. an die Gesandten Oesterreichs und Preussens in Dresden. — Antwort auf die identischen Noten vom 5. (4.) December. —

Dresden, 15. December, 1863.

Der Unterzeichnete hat seiner Zeit die schätzbare Note, welche unterm 4. d. M. an ihn zu richten dem k. k. österreichischen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Freiherrn v. Werner (dem königl. preussischen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Grafen zu Rantzau) gefällig war, zu empfangen die Ehre gehabt und nicht verfehlt, dieselbe Sr. Majestät dem Könige, s. a. H., zu unterbreiten. Die darin in Aussicht genommene Abstimmung am Bunde ist inmittelst erfolgt, und es hat die diesseitige Regierung in Uebereinstimmung mit der von Unterzeichnetem dem Herrn Gesandten zuvor schon mündlich gemachten Eröffnung dem von den Höfen von Oesterreich und Preussen gestellten Antrage wegen einfacher Vollziehung der Bundesexecution in Holstein beizustimmen nicht vermocht. Da der gedachte Antrag in der Bundesversammlung die Majorität erlangt hat, so wird das kaiserl. österreichische (königl. preussische) Cabinet einer besondern Aufklärung über die Motive der diesseitigen Abstimmung zwar kaum bedürfen. Je weniger indessen es der königl. Regierung leicht war, sich mit einem, von den Höfen von Wien und Berlin gemeinsam ausgesprochenen Wunsche in Widerspruch zu setzen, um so mehr muss es ihr selbst daran gelegen sein, über die Erwägungen, die sie dazu bestimmten, keinen Zweifel bestehen zu lassen. ¶ Nachdem die Bundesversammlung unterm 1. October die eventuelle Execution beschlossen und Sachsen zur Theilnahme daran berufen hatte, war man hierseits eifrig bemüht, auf deren schleunigen Vollzug hinzuwirken. Wäre dieser Vollzug, was vollkommen thunlich war, vor dem Hintritt des Königs Friedrich VII. erfolgt, so würde die gegenwärtig zur Entscheidung gebrachte Frage gar nicht in gleicher Weise vorgelegen haben und die in mehr als einer Beziehung bedauerliche Differenz zu vermeiden gewesen sein. Der Verlauf der Dinge war ein anderer, und von dem Augenblicke an, wo, in Folge jenes Hinscheidens, die Erbfolge in dem Herzog-

No. 1278.  
Königl.  
Sachsen,  
15. Dec.  
1863.

No. 1278.  
Königr.  
Sachsen,  
15. Dec.  
1863.

thum Holstein dem durch einen europäischen, jedoch vom Bunde nicht genehmigten Vertrag dazu berufenen factischen Besitzer durch den nächststehenden Agnaten streitig gemacht wurde, stand für die diesseitige Regierung fest, dass der Bund sich hierüber die Entscheidung nicht entziehen lassen dürfe und die Geltung der von ihm zu fassenden Beschlüsse sicher stellen müsse. Kann sich nämlich der Bund, nach diesseitiger Ansicht, überhaupt der Pflicht nicht entäussern, seine kompetenzmässige Dazwischenkunft in streitigen Fällen dieser Art eintreten zu lassen, so musste er sich in vorliegendem Falle dazu ganz besonders aufgefordert finden. Nachdem eine jahrelange Erfahrung gelehrt hat, dass die Verbindung Holsteins mit Dänemark für dieses Bundesland sowohl hinsichtlich seiner eigenen Verfassung und Verwaltung, als in Betreff seiner vertragsmässigen Beziehungen zum Herzogthum Schleswig die Quelle der grössten Beschwerden und für den Deutschen Bund eine fortwährende Ursache lästiger Verwickelungen geworden ist, so entspringt hieraus sowohl für den Bund als für die einzelnen Regierungen die doppelt dringende Mahnung, einem Rechtsanspruch, der die Trennung von Dänemark zur Folge haben würde, wenn sie ihn als begründet erkennen, auch die thatsächliche Geltung zu verschaffen. Die sächsische Regierung hat gewiss zu keiner Zeit den hohen Werth aus dem Auge verloren, welchen eine Uebereinstimmung Oesterreichs und Preussens für die Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands darbietet, und sie erkennt willig an, dass abweichende Ansichten einzelner Bundesregierungen in diesem Falle in den Hintergrund treten müssen, wenn es sich darum handelt, dass der Bund einer europäischen Verwickelung gegenüber eine gemeinsame Politik verfolge. Anders gestaltet sich allerdings die Sache, wenn in einer Frage des Rechts der Bund zu einem Ausspruche berufen ist, und namentlich dann, wenn diese Rechtsfrage das Bewusstsein der Nation tief berührt. In diesem Falle gebietet die Bundespflicht jeder Regierung, ihre Stimme nach freier Ueberzeugung und mit vollster Unabhängigkeit abzugeben. Die diesseitige Regierung vermag daher nicht der Ansicht beizupflichten, dass es dem Ansehen des Bundes nicht förderlich sein könne, wenn in einer solchen Frage die beiden Grossmächte überstimmt würden. Das Ansehen des Bundes würde im Gegentheil gefährdet, ja vernichtet sein, sollte es zum Grundsatz erhoben werden, dass in einer Frage des Rechts ihm Schweigen und Unterwerfung auferlegt sei, sobald die beiden Grossmächte, wie die geehrte Note besagt, darin einig und durch europäische Verträge gebunden sind. Noch weniger würde die diesseitige Regierung die Voraussetzung als begründet anzuerkennen haben, dass der Bund, indem er seine Unabhängigkeit in der Wahrung der seiner Obhut anvertrauten Rechte aufrecht erhält, den Eindruck mache, für Europa statt der Bürgschaften des Friedens und der Ordnung Gefahren und Elemente der Uneinigkeit zu schaffen. Er würde im Gegentheil, entsagte er in solchem Falle der Freiheit seiner Bewegung, aufhören, eine Bürgschaft des Friedens und der Ordnung zu sein. ¶ Die sächsische Regierung hat, indem sie in der schwebenden Frage den Standpunkt einnahm, den sie noch jetzt unverrückt festhält, keinesweges die Verpflichtungen übersehen, welche Oesterreich und Preussen durch die Unterzeichnung des Londoner Vertrages erwachsen sind. ~~Alles~~ es konnte von ihr eben so wenig unerwogen bleiben, dass die Bundes-

verträge, welche für alle Mitglieder des Bundes ohne Ausnahme bindend sind und kraft deren die Cognition über die Erbfolge in einem Bundeslande wohl dem Bunde, nie aber einer auswärtigen Macht zustehen darf, durch den unter anderen Contrahenten abgeschlossenen Londoner Vertrag nicht alterirt werden konnten. Sie war und ist noch heute der Ueberzeugung, dass dies der feste Rechtsboden sei, auf welchem die deutschen Grossmächte mit Dänemark und den übrigen Unterzeichnern des Londoner Vertrags ihre Abrechnung zu halten haben, nachdem Dänemark die gegen sie eingegangenen Verpflichtungen unerfüllt gelassen und den Werth gegebener und zu gebender Zusicherungen selbst bemessen hat. Ein verfassungsmässiger Beschluss des Bundes bei dieser Lage der Dinge ist weder ein Uebergriff in die Stellung, welche Oesterreich und Preussen als europäische Mächte einnehmen, noch ein Angriff gegen das Ausland. Die beiden deutschen Grossmächte werden, wenn sie diesen Beschluss, wohin er auch immer ausfallen möge, dem Auslande gegenüber vertreten, den Dank ihrer Bundesgenossen verdienen und dem Bunde eine Kraft verleihen, die ihnen selbst nur dereinst eine willkommene Stütze sein wird. Es ist dann auch mit Zuversicht zu erwarten, dass die europäischen Cabinette dem Bunde, wenn er sein Recht wahrt, auch Recht werden wiederfahren lassen. Sollte aber diese Hoffnung getäuscht werden, dann wäre es nicht, wie die geehrte Note sich ausspricht, ein übereiltes und einer einseitigen Tendenz folgendes Verfahren, welches die Erhaltung des Friedens in Gefahr brächte, sondern die Vorenthaltung des Rechts und die Missachtung des Bundes, und die Duldung einer solchen Zumuthung wäre eine Gefahr, welche die deutschen Regierungen höher als jede andere anzuschlagen hätten. Indem der Unterzeichnete den Herrn Gesandten ersucht, vorstehende Betrachtungen zur Kenntniss seiner hohen Regierung bringen zu wollen benutzt er mit Vergnügen auch diesen Anlass, &c.

No. 1278.  
Königr.  
Sachsen,  
15. Dec.  
1863.

v. Beust.

## No. 1279.

**GROSSHERZOGTHUM HESSEN.** — Min. d. Ausw. an die Gosandtschaften Oesterreichs und Preussens. — Erwiderung auf die identischen Noten vom 5. December. —

Darmstadt, 19. December, 1863.

(Auszug.) Die grossh. Regierung war von vornherein der Ansicht, dass die deutsche Bundesversammlung sich, gegentiber den durch das Ableben Sr. Maj. des Königs Friedrich VII. von Dänemark hervorgerufenen Erbfolgestreitigkeiten, nur auf den Rechtsboden stellen könne, auf welchem sich ihr Beschluss vom 17. September 1846 bewegte und welchen sie, was die Successionsverhältnisse betrifft, auch in Folge der Beschlussfassung vom 29. Juli 1852 nicht verlassen hat. ¶ Demgemäss wäre die Bundesversammlung, der diesseitigen Ueberzeugung zufolge, nur dann in der Lage, des jetzt regierenden Königs von Dänemark Majestät als Herzog von Holstein und Lauenburg, sowie, mittelbar, auch von Schleswig anzuerkennen, wenn der Nachweis geliefert würde, dass solche Erbfolge mit den Rechten Aller und Jeder, insbesondere aber mit

No. 1279.  
Grossh.  
Hessen,  
19. Dec.  
1863.

No. 1279.  
Grossh.  
Hessen,  
19. Dec.  
1863.

des Deutschen Bundes selbst, sowie mit denen der erbberechtigten Agnaten und der gesetzmässigen Landesvertretungen übereinstimme. ¶ So lange dieser Nachweis nicht erbracht ist — und er wird, soweit man hierseits die dabei in Betracht kommenden Verhältnisse dermalen zu beurtheilen vermag, wohl niemals vollständig erbracht werden können —, muss es die grossh. Regierung für rechtlich unmöglich erachten, dass der Deutsche Bund die Erbfolge des Königs Christian IX. von Dänemark in den Herzogthümern, namentlich in Holstein und Schleswig, und somit die Fortdauer der bisherigen Personalunion zwischen diesen Herzogthümern und dem Königreich Dänemark auf Grund jener Erbfolge, anerkenne. ¶ In dieser Beziehung wird es auch, nach hierseitiger Auffassung, keinen Einfluss auf die Entschliessung des Deutschen Bundes üben können, ob die königl. dänische Regierung sich etwa jetzt zur Erfüllung von Verbindlichkeiten bereit zeigt, welche sie, dem Deutschen Bunde gegenüber, hinsichtlich der verfassungsmässigen Stellung der Herzogthümer innerhalb der dänischen Gesamtmonarchie in den Jahren 1851 und 1852 übernommen hatte. Denn gerade die Existenz dieser Gesamtmonarchie steht, so lange die Erbfolge nicht zu Gunsten Dänemarks entschieden ist, in Frage und die rechtliche Unmöglichkeit, eine solche Entscheidung zu Gunsten Dänemarks zu treffen, liegt nicht in der That- sache, dass Dänemark den Zusagen von 1851/52 zuwider gehandelt hat, sondern darin, dass die Erbfolge Sr. Majestät des jetzt regierenden Königs von Dänemark in den Herzogthümern unvereinbar wäre mit den Rechten, deren Wahrung die Bundesversammlung durch den Beschluss vom 17. September 1846 sich vorbehalten hat. ¶ Sollte daher auch die jetzige königl. dänische Regierung zu einer Zurücknahme des neuen Grundgesetzes für Dänemark und Schleswig, zu einem wiederholten Verzicht auf jeden erneuerten Versuch der Incorporation Schlesiws und zur Vorlage des Entwurfes einer den Verabredungen von 1851 und 1852 vollkommen entsprechenden Gesamtstaatsverfassung bewogen werden können, so würde, nach diesseitiger Ansicht, der Deutsche Bund gleichwohl nicht in der Lage sein, dem weder in dem Bundesrecht, noch in dem Interesse Deutschlands wurzelnden Princip der Erhaltung eines dänischen Gesamtstaats die Ansprüche eines deutschen Fürstenhauses (soweit solche von Bundeswegen als begründet erkannt werden), sowie die Rechte des Bundeslandes Holstein zu opfern. ¶ Von den vorstehend entwickelten Anschauungen, deren offene Darlegung der Unterzeichnete der hohen kais. königl. österreichischen (königl. preussischen) Regierung schuldig zu sein glaubt, wird sich die grossh. Regierung auch bei den fernern Verhandlungen des Deutschen Bundes leiten lassen, und so sehr sie bedauern müsste, wenn sie hierbei nicht im Einklang mit den beiden grössten Staaten Deutschlands handeln könnte, so vermag sie sich doch nicht zu entschliessen, den Rücksichten auf ein europäisches Vertragsverhältniss, durch welches jene beiden Mächte sich jetzt noch gebunden erachten, die Rücksicht auf ihre eigene, bisher stets festgehaltene rechtliche Ueberzeugung unterzuordnen. ¶ Der Unterzeichnete giebt indessen die Hoffnung nicht auf, dass es den hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen möglich sein werde, im weiteren Verlauf dieser, die ganze deutsche Nation mit Recht so tief be-  
wichtigten Angelegenheit eine Stellung zu gewinnen, welche ihnen gestattet, ohne

Rücksicht auf das erwähnte Vertragsverhältniss, lediglich das Interesse Deutschlands und das legitime Recht des zur Succession in den Herzogthümern berufenen Fürstenhauses bei ihren Bestrebungen zu berücksichtigen. Der Unterzeichnete benutzt, &c.

No. 1279.  
Grossh.  
Hessen,  
19. Dec.  
1863.

*v. Dalwigk.*

### No. 1280.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
— Hannovers Festhalten an dem Londoner Vertrage. —

Hanover, December 19 (received December 21), 1863.

My Lord, — I had the honour of receiving this evening by the messenger Johnson your Lordship's despatch to me of the 17th instant, on the subject of the obligation devolving upon the Powers who signed the Treaty of Succession of the 8th of May 1852, or who acceded to it, to remain faithful to it, irrespectively of the fulfilment by Denmark of engagements taken at another time, and in other documents. ¶ I lost no time in waiting upon Count Platen, and, availing myself of the authorisation granted to me, I read to him your Lordship's despatch. ¶ His Excellency in reply reminded me that he had always held the doctrine that Hanover was bound not only to Denmark, but likewise to the other Powers, parties to the Treaty of May 1852, and that having acceded to that Treaty unconditionally, she was under the obligation of observing it, irrespectively of the agreements of 1851 and 1852, to which she was not a party; and he added, that she would adhere to it as long as it should be in her power to do so, but that if Austria and Prussia receded from it, it would not be possible for her to uphold it. ¶ I have, &c.

No. 1280.  
Gross-  
britannien,  
19. Dec.  
1863.

*Henry F. Howard.*

### No. 1281.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Dresden an den königl. Min. d. Ausw.  
— Reise des Herrn von Beust nach München. —

Dresden, December 19 (received December 22), 1863.

My Lord, — I had the honour to inform your Lordship yesterday evening, by telegram, that M. de Beust had taken his departure for Munich. On other occasions when the Saxon Minister has absented himself from Dresden on a visit to any of the German Courts, it has been his custom to announce his intention to the Corps Diplomatique by sending round a Foreign Office messenger with a verbal intimation, but on this occasion he seems to have desired to give a more official character to his announcement by making it in the form of a circular despatch addressed to all the foreign Missions. ¶ Nothing has yet transpired as to the special object of his Excellency's mission to Munich; there can be little doubt, however, that it relates to the Schleswig-Holstein question, and

No. 1281.  
Gross-  
britannien,  
19. Dec.  
1863.

No. 1281. my own impression is that its probable intention is to concert measures with the  
 Gross- Court of Bavaria for uniting all the German States of the second and third class  
 britannien, in a common course of action, so as to produce such a pressure upon the two  
 19. Dec. great German Powers as shall oblige them to consider their obligations to the  
 1863. Treaty of London as secondary to those which they owe to the Confederation.  
 ¶ In confirmation of this impression I may bring under your Lordship's notice  
 a paragraph from a speech lately delivered by M. de Beust in the Saxon Cham-  
 bers, in which he said: „ It is scarcely necessary for me to remind the Chamber  
 that the Saxon Government has for a number of years advocated, as a leading  
 principle, that the German States (not included among the Great Powers), by  
 which I mean not only those of secondary rank, but altogether, should cement  
 a closer union in order to obtain, when necessary, a more practical weight in  
 questions affecting German policy, and this not with a view to create discord  
 or a separation of interests, but as a means of consolidation. The leading and  
 dominant idea in this project has been that an occasion might arise in which this  
 group of German States, representing, as it would if united, a very important  
 interest, might serve not only to urge upon the two Great Powers a purely Ger-  
 man line of policy, but even to enforce it against their will.“ ¶ When we com-  
 pare these opinions lately and officially expressed by the Saxon Minister with  
 the present state of affairs in Germany, it seems not unreasonable to suppose  
 that he considers the occasion opportune for endeavouring to give effect to them  
 in action, and that his visit to Munich has been undertaken with this object.  
 ¶ M. de Beust remains at Munich until Christmas Eve. ¶ I have, &c.

*Ch. A. Murray.*

### No. 1282.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Frank-  
 furt. — Vermeidung präjudicirlicher Ausdrücke in Beziehung auf die be-  
 stehenden Verträge. —

Foreign Office, December 22, 1863.

No. 1282. Sir, — With reference to your despatch of the 19th instant, in which you  
 Gross- state that those persons who, in speaking of the Treaty of London of 1852 make  
 britannien, use of the term „London Protocol“ do so purposely, and with the view of de-  
 23. Dec. preciating the value of that act, I have to instruct you, whenever in the course  
 1863. of conversation any official person should make use to you of the term „London  
 Protocol,“ as designating the Treaty of 1852, or the term „Protocol Prince,“  
 with reference to His Majesty King Christian IX, to interrupt the speaker and  
 correct him. ¶ You will be careful also never to make use of either of these  
 terms in your despatches. ¶ I am, &c.

*Russell.*



## No. 1283.

**BAIERN.** — Handschreiben des Königs an den Staatsminister Freiherrn von Schrenk. — Anerkennung der Augustenburgischen Erbansprüche. —

München, 17. December, 1863.

Mein lieber Herr Staatsminister Freiherr von Schrenk. — Von Ihrem Berichte dd. 15. December 1863 über die holstein-lauenburg'sche Verfassungsangelegenheit habe Ich Kenntniss genommen. Indem ich die von Ihnen bisher befolgte Politik gutheisse, nehme Ich Veranlassung zu erklären, dass Ich den Stipulationen des Londoner Protokolls fortwährend die Anerkennung verweigere und eben so entschieden Meine Zustimmung für einen nachträglichen Beitritt hiezu verweigern werde, dass Ich die Erbansprüche der herzoglichen Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg'schen Linie für rechtlich begründet erachte und bereit bin, mit allen Kräften für die Durchführung der hiedurch bedingten Politik, für die Rechte der Herzogthümer und Deutschlands einzustehen, in dem festen Vertrauen, dass Ich Mich hiebei in vollster Uebereinstimmung mit Meinem treuen Volke befinde. ¶ Aber getreu Meinen Pflichten als deutscher Bundesfürst und wohl erwägend die Lage der Dinge, hoffe Ich der Zustimmung aller Besonnenen sicher zu sein, wenn Ich das vorgesteckte Ziel bei dem Bunde und durch den Bund zu erreichen strebe. ¶ Ich trage Ihnen auf, Mein lieber Herr Staatsminister, Mir unverweilt die nöthigen Vorschläge zu unterbreiten, um Meine hier dargelegten Absichten ins Werk zu setzen, und ermächtige Sie, von dieser Meiner Entschliessung auch öffentlich Kunde zu geben. Mit bekannten Gesinnungen, &c.

No. 1283.  
Baiern,  
17. Dec.  
1863.

Max.

## No 1284.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw. — Baierns Politik. —

Munich, December 17 (received December 23), 1863.

(Extract.) The policy of Baron Schrenk may be summed up in a few words. It is, as he has himself forcibly expressed to me, to act with the Diet and through the Diet („par la Diète et avec la Diète“); the Bavarian proposal for occupation having been rejected by the Diet, he submissively accepts the resolution of the majority, and will as submissively conform to the line of policy voted by a majority of that Body. ¶ Your Lordship will find the opinions therein expressed in conformity with the reports which I have lately had the honour to address to your Lordship on this subject. ¶ Being aware that every attempt will be made by means of deputations and addresses to move the King to take an active part in favour of the German Duchies by recognizing Prince Frederick of Augustenburg as Duke of Schleswig-Holstein, and by assuming an independent position irrespective of the Diet, I took an opportunity t-

No. 1284.  
Gross-  
britannien,  
17. Dec.  
1863.

No. 1264. to Baron Schrenk an earnest hope that His Majesty would not be carried away  
 Gross- by the feverish excitement of the moment and embark in a cause which might  
 britannien, be attended with serious danger to the peace of Germany, and possibly that of  
 17. Dec. Europe. Baron Schrenk has assured me that the King is too calm and prudent  
 1863. to allow himself to be led astray by popular excitement, and that so long as he  
 held the office of Minister for Foreign Affairs he should urgently oppose any  
 policy which should deviate from the attitude which the Bavarian Government  
 had assumed, or which should be in opposition to the Decrees of a majority in  
 the Diet.

*Augustus Loftus.*

### No. 1265.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Begründet der Londoner Vertrag nur gegen Dänemark oder auch  
 zwischen den Mitunterzeichnern untereinander?

Berlin, December 21 (received December 23), 1863.

No. 1265. (Extract.) Your despatch of the 17th instant was delivered to me last  
 Gross- night by the messenger Johnson, and I read it yesterday to M. de Bismarck, who  
 britannien, on learning that I had a communication to make to him, had the goodness to  
 21. Dec. call at the Embassy to receive it. ¶ The only part of the despatch on which his  
 1863. Excellency made any remark was the paragraph in which your Lordship speaks  
 of the Powers who signed the Treaty of London, or who subsequently acceded  
 to it, having bound themselves thereby not to Denmark alone, but to Great  
 Britain, France, Russia, and Sweden, who were parties to it. His Excellency  
 said the Prussian Government did not take this view of the case, and that they  
 considered the engagements which they had contracted by the Treaty had been  
 entered into with Denmark alone, as they had not exchanged ratifications with  
 the other Contracting Parties. I said that Her Majesty's Government, however,  
 had always considered the Powers who signed the Treaty or acceded to it, to  
 be responsible to them for its full and due execution, and that its text plainly  
 showed that this opinion was well-founded. ¶ M. de Bismarck replied that he  
 had already explained to Lord Wodehouse that on the present occasion it was  
 unnecessary to raise a question on this point, as Austria and Prussia would  
 evidently have a right to declare war to Denmark if she did not fulfil the inter-  
 national engagements which she had contracted to Germany, and that as war  
 would terminate all Treaties between Denmark and Germany, the Treaty of  
 London, as far as it affects Austria and Prussia, would, if the present discussions  
 between Germany and Denmark should lead to that eventuality, be abrogated.  
 ¶ I have told him that it appears to me Her Majesty's Government will not be  
 prepared to acquiesce in this statement of the case, as they hold that the object  
 and purpose of the Treaty is not to regulate reciprocal relations of Denmark and  
 Germany, but to establish an arrangement which is essential to the general inter-  
 ests of Europe. ¶ M. de Bismarck appeared disappointed, when I had finished

reading the despatch, that I was not authorized to give him a copy of it, observing that I was preaching to a convert, and that he could not trust his memory to report accurately to others your Lordship's language; and even if he could do so, his report would not have the same weight as a perusal of your Lordship's despatch. ¶ It was not however, at Berlin, he said, but at Frankfort that such language should be held, or rather communicated to the Diet, in order that it might be made public; for the opinions of England seriously expressed, as in your Lordship's despatch, could not fail to meet with due consideration both from the Governments and the people of Germany, and might have an important influence on the conduct of the Confederation. &c.

No. 1285.  
Gross-  
britannien,  
21. Dec.  
1863.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1286.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Dänemark und den deutschen Mächten betreffend. —

Berlin, December 21 (received December 23), 1863.

My Lord, — M. de Bismarck expressed to me his regret that the Danish Government should apparently wish that diplomatic relations between Denmark and Prussia should be suspended, saying that the notes which had been lately addressed to the Minister of Austria and Prussia at Copenhagen with reference to the funeral of the late King would probably oblige them to leave Denmark immediately. He had, however, sent a Secretary of Legation to Copenhagen, in the hope that an arrangement might be made for the relations of the two countries being maintained by a Chargé d'Affaires; and he mentioned as a precedent for such an arrangement, that the Prussian Government had not withdrawn their Chargé d'Affaires from Athens on the expulsion of King Otho, although they did not acknowledge the legality of the Government which replaced that of His Majesty. ¶ I have, &c.

No. 1286.  
Gross-  
britannien,  
21. Dec.  
1863.

*Andrew Buchanan.*

P.S.—Since writing this despatch, M. de Thile has explained to me that the Prussian Government did not formally refuse to receive Admiral Irminger, but that M. de Quaade was told confidentially to advise M. Irminger not to return to Berlin. ¶ M. de Thile allowed that the result was practically the same, but he seemed to think that the Danish Government had less serious cause for complaint than if a formal refusal had been sent to the Admiral. Your Lordship may not perhaps appreciate this nice distinction.

## No. 1287.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. preussischen Minister-Präsidenten. — Anzeige, dass Dänemark dem Einmarsch der Executionstruppen in Holstein keinen Widerstand entgegensetzen werde. —

Berlin, December 20, 1863.

No. 1287.  
Gross-  
britannien,  
20. Dec.  
1863.

Sir, — I have the honour to inform your Excellency that the Government of his Majesty the King of Denmark have requested the Minister of the Queen my Sovereign at His Majesty's Court to acquaint me with their formal decision to withdraw their troops from Holstein on the entrance of those of the German Confederation, and that orders have been given to the General commanding the troops of Denmark, to concert with the General of the Federal troops as to the mode of evacuation. ¶ In communicating this information to Sir Augustus Paget, the Government of the King of Denmark stated that M. de Quaade had also been made acquainted with it; but, probably because M. de Quaade is no longer accredited to the Government of His Majesty the King of Prussia, they wished to avail themselves of my good offices to request that the Prussian General, or the officer who may be in command of the Federal troops on the frontier, may receive instructions to communicate with the commanding officer of the troops of His Danish Majesty on this subject. ¶ I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1288.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Unterschied zwischen den Beschwerden Deutschlands gegen Dänemark und der Successionsfrage. —

Foreign Office, December 23, 1863.

No. 1288.  
Gross-  
britannien,  
23. Dec.  
1863.

(Extract.) With reference to your Excellency's statement that M. de Bismarck is of opinion that although Prussia may be bound to Denmark by the Treaty of London, yet all Treaty arrangements would end in the event of a war between the two countries, Her Majesty's Government consider that a war waged by Germany against Denmark on the ground of grievances alleged to exist in Holstein and Schleswig would be a very different thing from a war on grounds of the Succession claimed by the Prince of Augustenburg, mixed with the old grievances of Germany. If the overthrow of the Dynasty now reigning in Denmark is sought by Germany the most serious consequences may ensue. &c.

*Russell.*

## No. 1289.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Bereiterklärung zu Conferenzen unter Zuziehung des deutschen Bundes. —

Foreign Office, December 24, 1863.

My Lord, — Her Majesty's Government are disposed to consider that, if the Diet of the German Confederation should be consulted in regard to the present state of affairs, it might be satisfied with such a recognition of its claims to take part in a settlement, and might find in it a ground for avoiding to push matters to the extremity of war, the result of which it must feel sensible may lead to important changes in Europe. ¶ Her Majesty's Government desire, therefore, that you should ascertain from Count Rechberg how far such a course of proceeding as the following would meet with his Excellency's concurrence. ¶ Her Majesty's Minister at Frankfort might receive instructions to state to the Diet that, by the Treaty of London of May 8, 1852, Great Britain, as well as France, Russia, and Sweden, agreed to recognize His present Majesty King Christian IX as Successor to all the dominions held by the late King of Denmark, and this agreement they have fulfilled. Under such circumstances the Diet must be sensible that, by adopting a course opposed to the Treaty of London, the Diet might afford an opening for a very unfortunate state of things. ¶ The Diet would perceive from the copy of that Treaty which Her Majesty's Minister had been instructed to communicate to the Diet, that Her Majesty's Government are clearly bound to recognize King Christian IX as Duke of Holstein. ¶ But Her Majesty's Government, in order to contribute as far as might be in their power to a settlement of existing difficulties, have thought it right to apprise the Diet that, if a solution of these difficulties can be expected from a Conference upon Danish affairs, to be held at any place that may be agreed upon, and at which Representatives of all the Powers parties to the Treaty of London, and, if desired by the Diet, a Representative also of the German Confederation, should assist. Her Majesty's Government are prepared to take part in such a Conference. ¶ I am, &c.

No. 1289.  
Gross-  
britannien,  
24. Dec.  
1863.

*Russell.*

## No. 1290.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Englands Stellung zu etwa kriegerischen Massregeln gegen Dänemark. —

Foreign Office, December 24, 1863.

Sir, — M. Bismarck appears from your telegram of the 22nd instant to have intimated to you his opinion that if the King of Denmark should not annul the Constitution of the 18th of November, so far at least as it applies to the

No. 1290.  
Gross-  
britannien,  
24. Dec.  
1863.

No. 1290. <sup>Gross-</sup>  
<sup>britannien,</sup>  
24. Dec.  
1863. ;

Duchy of Schleswig, before the 1st of January, the King of Prussia would have to choose between two courses: first, the repudiation of the Treaty of 1852, leaving it in that case to the Diet to vote, in opposition to Prussia, that the Prince of Augustenburg should be installed as Sovereign in the Duchy of Holstein; or, secondly, the maintenance of the Treaty of 1852 in return for an engagement on the part of the other Powers who were parties to that Treaty that they would remain neutral in a war which Germany might urge against Denmark in behalf of the rights of Schleswig. ¶ Her Majesty's Government, however, cannot accept either of these alternatives. The Danish Government will, it is understood, offer no resistance to the entrance of Federal troops into Holstein; but that those troops, having entered Holstein on the ground of Federal rights, should be used for depriving the King of Denmark altogether of the Duchy of Holstein, and for transferring that Duchy to another claimant, would be a proceeding of which Her Majesty's Government could not possibly approve. ¶ It would be no less impossible for Her Majesty's Government to enter into any engagement that if the Federal troops should not limit their operations to the Duchy of Holstein, but should on some pretence or other extend their operations to the Duchy of Schleswig, Her Majesty's Government would maintain an attitude of neutrality between Germany and Denmark. ¶ But Her Majesty's Government are fully alive to the perils of the present state of affairs, and are sensible of the critical character which attaches to the next step to be taken with regard to them. ¶ For this reason, if it were proposed that a Conference should be held consisting of the Ministers of the Powers who signed the Treaty of May 8, 1852, with the co-operation, if desired by the Diet, of a Representative to be named by the Confederation, Her Majesty's Government would readily assent to such a proposal, and would not object to any particular place that might be named as the seat of the Conference; and if the Government of Prussia is of opinion that such a course might be attended with beneficial results, there is no reason, so far as this country is concerned, why M. Bismarck should not propose it to the French Government. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1291.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russische Ablehnung einer officiellen Notification von dem Herzog Friedrich. —

St. Petersburg, December 18 (received December 25), 1863.

No. 1291.  
<sup>Gross-</sup>  
<sup>britannien,</sup>  
18. Dec.  
1863.

My Lord, — I learn from Prince Gortchakoff that the pretended Secretary for Foreign Affairs to the Prince of Augustenburg has sounded the Russian Minister at Frankfort in respect to the transmission of a letter to the Russian Court, intimating the accession of the Prince to the dignity of Duke of Schleswig-Holstein. ¶ The Russian Minister replied that such a letter could not be accepted, for Russia was bound by the Treaty of 1852, and failing that, there

were rights belonging to the Imperial family itself concerning the Duchies. ¶ Prince Gortchakoff has approved the language of the Russian Minister, and has instructed him that no communication on the part of the Prince of Augustenburg would be accepted. ¶ I have, &c. *Napier.*

No. 1291.  
Gross-  
britannien,  
18. Dec.  
1863.

---

### No. 1292.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russlands Mitwirkung zur Zurücknahme der neuen dänischen Verfassung. —

St. Petersburg, December 20 (received December 25), 1863.

My Lord, — Prince Gortchakoff informed me yesterday that he had given orders to M. d'Ewers to support Lord Wodehouse in demanding the abrogation of the recent fundamental statute passed by the Danish Chambers. ¶ I have, &c. *Napier.*

No. 1292.  
Gross-  
britannien,  
20. Dec.  
1863.

---

### No. 1293.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — Anfrage, worauf der Bund ein Recht auf Entscheidung der Successionsfrage begründe. —

Foreign Office, December 25, 1863.

Sir, — The Diet sitting at Frankfort appears to claim a right to decide on questions of Succession in the several States composing the Confederation, and to be bent on asserting such right in the present case of the Succession in the Duchy of Holstein. ¶ Her Majesty's Government are not aware on what that right is founded, and you will accordingly request M. Bismarck to point out to you, for their information, the Treaty or other document which is supposed to confer it on the Diet. ¶ You will not cease your endeavours to induce the Prussian Government to refrain from taking any hasty step against Denmark. Any precipitate action on the part of the German Confederation at the present moment may lead to consequences fatal to the peace of Europe, and may involve Germany in particular in difficulties of a most serious nature. ¶ I am, &c.

No. 1293.  
Gross-  
britannien,  
25. Dec.  
1863.

*Russell.*

---

### No. 1294.

**GROSSBRITANNIEN** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Verständigungsversuche mit den Vertretern Frankreichs, Russlands und Schwedens. —

Copenhagen, December 19 (received December 26), 1863.

(Extract.) I have the honour, in continuation of my despatch of December 16, to report my proceedings up to this time. ¶ I called upon

No. 1294.  
Gross-  
britannien,  
19. Dec.  
1863.

No. 1294.  
GROSS-  
BRITANNIEN.  
19. Dec.  
1863.

M. Dotézac on the evening of the 16th, and, after showing him my instructions, pressed upon him to inform me whether he could join me in any communications to the Danish Government in the sense of those instructions. The only result of a long conversation was that M. Dotézac informed me that he must refer me to General Fleury, he himself not being authorized to take any steps in the matter. I did not see General Fleury that evening, as he was too much fatigued with his journey. The next morning he called upon me. ¶ He said that Her Majesty's Ambassador at Paris had shown him my instructions, and that he would tell me at once that his own instructions from the Emperor were not to take part in any negotiations here, but to tell the Danish Government explicitly that if Denmark became involved in a war with Germany, France would not come to her assistance, and to advise in general terms moderation and concessions to Germany. ¶ I informed him that I had been directed to urge the Danish Government to put an end to the Constitution of November 18 for Denmark and Schleswig, and I asked him whether he would join M. d'Ewers and me in the communication which we were about to make in this sense to M. Hall. General Fleury said that he could not give such advice without further instructions, but that he would immediately ask for instructions by telegraph. At all events, however, he observed, the general advice which he was ordered to give could not fail to have a powerful effect upon the Danish Government. ¶ On the previous day I called upon M. d'Ewers, and after making known to him the substance of your Lordship's telegraphic instruction as to the Constitution of November 18, I said that in my opinion it was desirable that no time should be lost in urging upon the Danish Government to take steps to put an end to the Constitution, and that, if possible, a joint communication to this effect should be made by the Envoys from France, Great Britain, Russia, and Sweden. ¶ It was of course, I added, understood that although the Constitution must, in fact, stand or fall as a whole, we should limit our advice to recommending that it should be revoked as regards Schleswig, since the engagements of Denmark to Germany could have no reference to the Kingdom, and that we should leave to the Danish Government to choose the means by which the laws should be rendered inapplicable to Schleswig. ¶ M. d'Ewers said that although he was not directed to give such advice to the Danish Government, he had no hesitation in associating himself with me in the step which I proposed to take, as such a step would be in conformity to the spirit of his instructions. He also entirely concurred with me as to the mode in which it would be advisable to make the communication — namely, by an identical note signed by all four Representatives. ¶ If our colleagues would not consent to this form, then we agreed that we would make the communication verbally to M. Hall. ¶ On further consideration, M. d'Ewers referred to his Government for instructions, in order that he might be able to state that he was expressly commanded by his Sovereign to urge that the Constitution should be made inapplicable to Schleswig; and I am glad to say that he received an answer desiring him to act entirely in concert with me. ¶ It was arranged that we should wait for General Fleury to receive his instructions from Paris, and that in the meantime we should invite our Swedish colleague,



Count Hamilton, to join us. ¶ In the evening I called on Count Hamilton, and had a long interview with him. I found that after my first conversation with him he had inquired of his Government by telegraph, whether, if I advised the Danish Government to revoke the Constitution of November 18, he was to give similar advice. He did not conceal from me that he had not recommended his Government to send an affirmative answer. ¶ I explained to him fully the views of Her Majesty's Government, both as to the maintenance of the Treaty of 1852, and the obligations of Denmark to fulfil her engagements to the German Powers; and I pointed out to him how impolitic it would be for Sweden to separate herself from the other non-German Powers who signed the Treaty of 1852. ¶ I also told him that since I had seen him, I had received explicit instructions from Her Majesty's Government to urge the Danish Government to put an end to the Constitution; and I acquainted him with the communication which I had had with M. d'Ewers and General Fleury. I did not succeed in making much impression upon him, but he referred again to Stockholm for instructions. ¶ To-day General Fleury informed me that he had received a reply from Paris, authorizing him to urge the revocation of the Constitution. The General told me that he should speak to the King and M. Hall in this sense before his departure for Berlin, which he has fixed for to-morrow. &c.

No. 1294.  
Gross-  
britannien,  
19. Dec.  
1863.

*Wodehouse.*

### No. 1295.

**GROSSBRITANNIEN.** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Dänemarks Berufung auf die Garantie von 1720 betreffend. —

Copenhagen, December 21 (received December 26), 1863.

My Lord, — In my despatch of the 16th instant, reporting the conversation which I had with M. Hall, immediately after my arrival here, I omitted to mention that his Excellency alluded to the Act of Guarantee entered into by Great Britain, in 1720, with regard to Schleswig; upon which I observed that I thought it was of little practical use to appeal to an Act concluded with reference to circumstances so entirely different, and that Denmark should rather endeavour to maintain the Treaty of 1852. ¶ I have, &c.

No. 1295.  
Gross-  
britannien,  
21. Dec.  
1863.

*Wodehouse.*

### No. 1296.

**GROSSBRITANNIEN.** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Dänische Bereiterklärung, der Execution keinen Widerstand entgegenzusetzen. —

Copenhagen, December 21 (received December 26), 1863.

My Lord, — Sir Augustus Paget having communicated to me a letter addressed to him on the 19th instant by M. Hall, announcing the decision of the Danish Government not to offer resistance in Holstein to the forces of the

No. 1296.  
Gross-  
britannien,  
21. Dec.  
1863.

No. 1296. Confederation, and stating that this decision has been taken especially in consequence of the representations of Her Majesty's Government, I think it right to observe that whilst I pointed out to M. Hall, at my first interview with him, the danger of opposing the Federal troops, and expressed my opinion that it would be most imprudent for Denmark to precipitate a war by resistance to the Execution, I was careful to explain that Her Majesty's Government could not take upon themselves the responsibility of the determination which might be arrived at by the Danish Cabinet. ¶ I have, &c.

*Wodehouse.*

---

### No. 1297.

**GROSSBRITANNIEN.** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Gemeinsame Vorstellungen der Specialgesandten Englands und Russlands an Herrn Hall wegen Zurücknahme der dänischen Verfassung. —

Copenhagen, December 21 (received December 26), 1863.

No. 1297. My Lord, — M. d'Ewers and I had an interview yesterday with M. Hall, for the purpose of communicating to his Excellency the views of our Governments as to the Constitution of November 18, for Denmark and Schleswig. ¶ At M. d'Ewers' request I opened the discussion. ¶ After stating to M. Hall the substance of the conversation which I had with M. de Bismarck, I gave him a copy of the Memorandum of the demands of Austria which I transmitted to your Lordship in my despatch of the 12th instant, explaining at the same time that I was in no way responsible for its contents. ¶ I went on to say that Her Majesty's Government were of opinion that the Constitution of November 18 was a violation of the engagement of Denmark that Schleswig should not be incorporated with the kingdom, and that no steps should be taken tending thereto, and that I was therefore instructed to advise the Danish Government to take measures to render it inapplicable to Schleswig. His Excellency, I said, knew how strongly Her Majesty's Government had urged upon the German Powers to abide by the Treaty of 1852; he could scarcely be surprised that Her Majesty's Government should equally call upon Denmark to fulfil her engagements to the German Powers. Denmark, besides the engagements with regard to Schleswig, to which I had already referred, had promised that a common Constitution should be established for the whole Monarchy. ¶ The attempt to frame a common Constitution had failed because it had been found impossible to reconcile the divergent views of Denmark and Germany as to the meaning of the equal rights which were to be secured to all parts of the Monarchy. I had never, I said, concealed my opinion, and had no wish to retract it now, that the German demand that Holstein and Schleswig should return an equal number of members with the Kingdom in the common Parliament was inadmissible, because it would give an undue share of political power to a minority of the population; but, although this was a sound reason for relinquishing the plan of a common Constitution, it did not follow that Denmark was

thereby released from the engagement not to incorporate Schleswig with the Kingdom. It must not be forgotten that if Denmark had bound herself not to incorporate Schleswig, the German Powers had promised in return not to oppose the dissolution of the connexion between Schleswig and Holstein. It was therefore a grave question for the Danish Government to consider whether, if the Constitution of November 18 were maintained, the German Powers might not justly hold themselves released from the obligation not to demand the revival of the former connexion between Schleswig and Holstein. Would that, I asked, be a result advantageous to Denmark? ¶ I was aware, I said, that the new Constitution was to a great extent identical with the existing Constitution, but there was this material difference, that the existing Constitution was a Constitution originally framed for the whole Monarchy, in which Holstein had a place, whereas the new Constitution would include only Denmark and Schleswig, Holstein having been placed in an independent position. I begged that his Excellency would understand that in advising the Danish Government to revoke the Constitution as regarded Schleswig, we by no means recognized the right of the German Powers to make the fulfilment of their obligations under the Treaty of 1852, conditional upon the fulfilment of the engagements taken by Denmark in 1851-52. But if Austria and Prussia had at once recognized the King as Duke of Holstein and Lauenburg, as Her Majesty's Government maintained they were bound to do, they would have had a perfect right to demand from His Majesty the execution of these engagements entered into by his predecessor. ¶ The object of Her Majesty's Government was to open the way for renewed negotiations between Germany and Denmark. But as Austria and Prussia would not consent to negotiations if the Constitution of November 18 were maintained, it was necessary that this obstacle should be first removed. If this were done the questions at issue between Germany and Denmark might be settled in Conferences between the Powers who signed the Treaty of 1852. ¶ M. d'Ewers said that his instructions were similar to mine. He was desired to urge strongly upon the Danish Government the revocation of the Constitution, and he had only to express his entire agreement with the general tenour of my statement. ¶ M. Hall replied that he could not admit that the engagements of Denmark had been violated by the Constitution of November 18; but without entering into an argument upon this point, which would be useless, as there was no chance of our arriving at any agreement upon it, he would ask what would Denmark gain by following our advice? Was there the least reason to suppose that the revocation of the Constitution would satisfy Germany? Would not this concession be merely the prelude to further demands? Denmark wanted a final settlement of the affair, but the only prospect we held out to him was the recommencement of the interminable negotiations with Germany, in which so many years had been consumed without result. He wished for nothing better than a reference of the questions in dispute to a Conference of the Powers who signed the Treaty of 1852; but what assurance had the Danish Government that if they took our advice the matter would be referred to a Conference? Denmark was quite ready to take part in the Congress proposed by the Emperor of the French, but England

No. 1297.  
Gross-  
britannien,  
21. Dec.  
1863.

No. 1297. had declined the Emperor's proposal, and France would not negotiate elsewhere than at the Congress. ¶ I said I could not deny the existence of the difficulty as to France to which he had alluded, but if the Danish Government rejected our advice what was the alternative? He had asked me what Denmark was to gain if the Constitution was revoked, but the question was rather what she would lose if it was not revoked. M. de Bismarck, I said, had distinctly declared to me that if steps were not taken before January 1st to render the Constitution inapplicable to Schleswig, Austria and Prussia would consider themselves released from all their engagements, including the Treaty of 1852. Would it not be a most decided gain for Denmark to prevent the formal repudiation by Austria and Prussia of the Treaty which recognized the right of King Christian to the throne, and of the engagement not to demand the revival of the connexion between Schleswig and Holstein? ¶ I entreated his Excellency to weigh well the gravity of the dangers which threatened Denmark. General Fleury had informed M. d'Ewers and me that he was instructed to tell the Danish Government that France would not go to war to support Denmark against Germany. It was my duty to declare to him that if the Danish Government rejected our advice, His Majesty's Government must leave Denmark to encounter Germany on her own responsibility. Surely there was nothing inconsistent with the honour of Denmark in yielding to the united counsels of England, France, and Russia. ¶ M. d'Ewers said that M. Hall would do the Russian Government the justice to admit that they had never varied in their language. They had constantly warned the Danish Government against the hazardous policy which they were pursuing. He pointed out forcibly the perilous situation in which Denmark was placed, and concluded by saying that he was instructed to declare in explicit terms that Russia must leave to Denmark the responsibility of the consequences which might ensue from the rejection of our advice. ¶ M. Hall replied that he was but too sensible of the dangers with which Denmark was menaced if she rejected our advice, but the danger of accepting it seemed to him still more serious. At present the King and his people were united, and this cordial union of the King with the people was a tower of strength. But if the Constitution were revoked, this great advantage would be lost. He acknowledged that the Russian Government had always taken an unfavourable view of the policy of the Danish Government, but he said he had hoped that Her Majesty's Government would have regarded the Constitution of November 18 in a less adverse light, and would not have urged further concessions to Germany. ¶ I said that the fulfilment of an engagement was not a concession but a duty. Her Majesty's Government were most sincerely desirous to uphold the integrity of Denmark, and they had given proof of their sincerity by the earnestness with which they had endeavoured to dissuade the German Powers from violent measures; but how was it possible that they could support Denmark if the Danish Government set aside a positive engagement? ¶ „But,“ M. Hall asked, „supposing we were willing to take your advice, how can we comply with the demand of the German Powers that the Constitution shall be revoked before January 1st? The Rigsraad will be closed to-morrow, and even if it were to remain sitting, there is not the slightest probability that

Gross-  
britannien,  
21. Dec.  
1863.

it would consent to undo the work that it has so recently completed." ¶ I said the Danish Government were the best judges of the manner in which the law could be changed, but of course he would understand that Her Majesty's Government would never advise recourse to unconstitutional means. ¶ As M. Hall pressed me to give some opinion upon this point, I said that without pretending to comprehend the precise effect of Danish laws, I thought it was not impossible to find a way by which the measure we recommended might be carried through. For instance, the session of the present Rigsraad might be prolonged, and a proposal to revoke the Constitution might be made to that Assembly. In a moment of so much danger to the Monarchy as the present, it seemed to me in strict accordance with the spirit of a Constitutional Government that the King should lay before the Parliament of the nation the advice which he had received from his allies, and should leave to that Parliament the responsibility of rejecting or accepting that advice. If the time was too short before January 1st to pass a repealing Act, I felt confident that Her Majesty's Government would urge upon Prussia and Austria to extend the term they had named, and it could hardly be supposed that so reasonable a request would be refused. As to the objection that the Rigsraad would expire by law on the 1st of January, it would not be a great infringement of constitutional principle, though it might be contrary to the letter of the statute, if, at so alarming a crisis of the Monarchy, the Rigsraad, as the supreme authority of the State, passed a Resolution, with the consent of the King, to prolong its own existence till it had finished the work in hand. ¶ M. Hall said that a fatal objection to any such plan was that it was necessary, by the existing Constitution, that three-fourths of the members should be present, and two thirds should vote for any measure changing the Constitution. It was one of the advantages of the new Constitution that a simple majority would be sufficient. ¶ I suggested that if this plan could not be adopted, perhaps a pledge could be given to the German Powers that the Schleswig members should not be summoned to the new Rigsraad, and then the new Rigsraad, without the Schleswig members, might be summoned at the beginning of next year to consider the repeal of the Constitution, and might be asked to pass a Bill of Indemnity to the Ministers who had advised that the Schleswig members should not be summoned. ¶ M. Hall said that it was of no use to call together an Assembly merely for the purpose of committing suicide. In short, his Excellency was evidently determined not to admit that any means could be found of doing what we advised; and the closing of the Rigsraad, which has taken place to-day, has, I am sorry to say, afforded conclusive proof how slight an impression my arguments made upon him. ¶ Your Lordship will gather from this despatch that M. Hall gave us very little reason to hope that our advice would be listened to; but as was natural, he could not return any decided answer until he had consulted with his colleagues. ¶ I cannot conclude this despatch without stating how much I am indebted to the friendly and cordial support which I received from my Russian colleague throughout this interview. If I have not reported his language at length, it is not because he did not take his share

No. 1297.  
Gross-  
britannien,  
21. Dec.  
1863.

No. 1297. of the discussion, but because it is needless to repeat arguments which coincided  
 Gross-  
 britannien, so nearly with those used by myself. ¶ I have, &c.  
 21. Dec.  
 1863.

*Wodehouse.*

### No. 1298.

**GROSSBRITANNIEN.** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung der Gesandten Frankreichs und Schwedens mit Herrn Hall. —

Copenhagen, December 22 (received December 26), 1863.

No. 1298.  
 Gross-  
 britannien, My Lord, — General Fleury had an interview on the 20th instant with  
 22. Dec. M. Hall, immediately after the interview of M. d'Ewers and myself with his Ex-  
 1863. cellency. ¶ A few words passed between the General and us in the anteroom,  
 the General stating that he was about to support the advice which we had given.  
 ¶ In the evening of the same day General Fleury left Copenhagen for Berlin.  
 ¶ The Swedish Minister had also an interview on the 20th with M. Hall. I have  
 not had an opportunity of asking Count Hamilton what passed on that occasion,  
 but he informed Sir Augustus Paget that he gave no advice as to the Constitution,  
 but confined himself to general observations, as he had led me to expect he  
 should. ¶ I have, &c.

*Wodehouse.*

### No. 1299.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Hall wegen Zurücknahme der dänischen Verfassung. —

Copenhagen, December 22 (received December 26), 1863.

No. 1299.  
 Gross-  
 britannien, (Extract.) — It having been agreed between Lord Wodehouse and  
 22. Dec. myself that I should go to M. Hall after his Lordship and M. d'Ewers had had  
 1863. their joint interview with him, I called upon his Excellency on Sunday afternoon  
 immediately after this interview had taken place. ¶ I had, moreover, another  
 reason for wishing to see his Excellency, viz., to communicate to him an answer  
 I had received from Sir Henry Howard to the telegram I had sent him the evening  
 before, in compliance with the request contained in his Excellency's letter  
 of the same day. \*) ¶ Having done this, I said I now wished to speak to him  
 most seriously on the representation which had just been made to him, and I  
 felt that I had some right to do so, for I had all along warned his Excellency  
 of the dangers into which he was running his country. ¶ I reminded his Ex-  
 cellency that in our first conversation respecting the new Constitution, I had  
 spoken of the construction which would be put upon the measure; that even

\*) Betreffend den Entschluss Dänemarks, der Execution keinen Widerstand entgegen zu setzen, und desfallsige Verständigung der Bundescommissare mit dem dänischen Befehlshaber. —

the Danish Press did not attempt to conceal that its object was to effect a closer union with Schleswig, in other words, ultimately to incorporate the Duchy; and that I urged his Excellency to adopt a suggestion which had been made by one of the members of the Rigsraad to suspend the Bill, at all events until the next session. (Your Lordship will find this recorded in my despatch of the 14th of October.) That to all this reasoning, and to subsequent attempts I had made in the same sense, even up to the very day before the third reading of the Bill, when he had expressed doubts to me as to its passing, and I had urged him not to risk the existence of the Cabinet upon it, but to take advantage of the offer of mediation which had then been made respecting the international questions, and to state to the Rigsraad that the Government did not feel justified in proceeding with a measure which would in some degree prejudice the result of the negotiations, on all these occasions, I said, he had turned a deaf ear, and had told me that the new Constitution would facilitate an arrangement instead of impeding it. I did not, I said, revert to the past for the sake of reproaching, but because I wished to show that to the policy of the present Government must in a great degree be attributed the serious aspect which affairs had now assumed.

¶ M. Hall here interrupted me by saying that, at all events, I had not predicted the death of the King, to which circumstance, which favoured the designs of Germany for dismembering the Monarchy, more than to the Constitution or to anything else, the attitude of Germany was now owing; and he reverted to what had been said by M. de Bismarck to M. Quaade during the negotiations respecting the abolition of the Normal Budget, as justifying the Danish Government in proceeding with the Constitution. ¶ I said it was of no use now discussing this part of the subject. We had now to deal with certain broad facts, which were simply these: — That if the Constitution was not abrogated by the 1st of January, Austria and Prussia would consider themselves absolved from all their engagements to Denmark, including those contained in the Treaty of May 1852. Her Majesty's Government and that of France and Russia, were, as he had just heard, decidedly of opinion that the Constitution was a violation of the Danish engagements, and that it should be withdrawn. If their advice was rejected, they would, of course, consider the Danish Government responsible for what might afterwards occur; and the question, therefore, came to this—would he advise the King to reject the counsels of Russia, England, and France, and expose the country to the hazards of a war with Germany, without the prospect of support from any one Power? As he was the author of the Constitution, which was the principal cause of complaint at this moment, I could not conceal my opinion, I said, that His Majesty had a right to look to him to propose its revocation. This was no time, I said, for personal or private considerations to stand in the way of an act of great public duty. ¶ The King was in no way responsible for the existing crisis. He had found this measure already completed, with the exception of his signature, on ascending the Throne, and his Excellency knew better than any one else what would have been the consequence of His Majesty refusing to sign. For the sake, then, of the King, as well as his country, I entreated him to take upon himself the task which would have to be performed

No. 1299.  
Gross-  
britannien,  
22. Dec.  
1863.

No. 1299.  
Gross-  
britannien,  
22. Dec.  
1863.

by some one, unless the Monarchy were to be sacrificed. No one, I said, had so much influence in the Rigsraad; and I felt persuaded that if he made an appeal to that Assembly, laying before it a full and correct account of the situation, the advice which had been given by the Powers, and the alternative of its rejection, it would agree to pass a Bill annulling the Constitution of the 18th of November. ¶ M. Hall replied that, according to his notion, the best thing for the Dynasty, as well as for the country, would be to take up a position in Schleswig, and there await an attack of Germany; that even if he could consent, which he never could, to be the instrument for proposing to the Rigsraad the revocation of a measure which he had just succeeded in carrying, and even if he could succeed in getting such a proposition adopted, which he thought an impossibility, he did not see of what advantage it would be to Denmark. There was no promise of support if Germany continued her aggressions; there was no prospect even of the Execution being arrested. The revocation of the Patent of the 30th of March had been asked for; it had been granted: the evacuation of Holstein had been urged; it had been agreed to. If the Constitution was annulled some other concession would be required. ¶ I said that the revocation of the Constitution would certainly not be sufficient in itself, but, this once out of the way, the impediment to negotiations would be removed; and in reply to his Excellency's objection that no advantage would accrue to Denmark by following the course suggested, I asked him to reflect what would be the position of Denmark if the advice of the Powers was refused, and what it would be if accepted, and to draw his own conclusions. ¶ With regard to the course I had suggested his Excellency should take before the Rigsraad, he said that he was sufficiently aware of the difficulties of the situation, and too good a patriot not to abstain from any act of opposition if the King could find a Ministry who would undertake to carry out the policy that had been suggested. &c.

*A. Paget.*

### No. 1300.

**DÄNEMARK.** — Königlicher Aufruf an die beurlaubten Soldaten in Holstein, sich bei der Fahne zu stellen. —

No. 1300.  
Dänemark,  
15 Dec.  
1863.

An die beurlaubten Soldaten in Holstein! Die Verhältnisse haben uns veranlasst, einen grösseren Theil unseres Heeres unter die Waffen zu rufen. Wir haben Euch bisher nicht dem heimathlichen Heerde entziehen, das Land nicht Eurer Kräfte berauben wollen. Jetzt aber, da man Euch von verschiedenen Seiten über unsere Rechte irre zu leiten und zum Treubruch zu verführen sucht, jetzt halten wir es für unsere Herrscherpflicht, Euch unter die Fahne zu rufen. Wir vertrauen fest darauf, dass mit der Krone auch die Treue zum Landes- und Kriegsherrn auf uns vererbt ist; dafür bürgt uns die ehrenhafte Haltung, welche Eure bereits unter den Fahnen versammelten Kameraden rühmlich bewährt haben. Wir werden Euch Führer geben, die Ihr kennt und achtet, von denen Ihr wisst, dass Euer Wohl Ihnen am Herzen liegt, dass sie Euch stets auf



der Bahn der Ehre und der Pflicht führen werden. Eilt herbei, Soldaten, zu Eurer Fahne, bereit zum möglicher Weise bevorstehenden Kampfe für das Wohl, für die Ehre und Freiheit der Monarchie. Ihr habet Euch bei der Commandantschaft unserer Stadt Flensburg zu melden, wohin die Beförderung durch die Eisenbahn unentgeltlich geschieht und wo die Reisekosten Euch vergütet werden.

¶ Gegeben auf unserem Residenzschlosse Christiansborg, den 15. Decbr. 1863.

Christian E.

No. 1300.  
Dänemark,  
15. Dec.  
1863.

### No. 1301.

DÄNEMARK. — Königl. Botschaft beim Schlusse des Reichsraths. —

(Uebersetzung.)

Dem Reichsrathe Unseren königlichen Gruss! Als diese Versammlung, welche heute ihre Laufbahn beendigt, vor 8 Jahren zum ersten Male zusammentrat, wurde dieselbe mit der Hoffnung begrüsst, dass dadurch diejenige Ordnung vollendet sei, welche in der königlichen Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 verkündet war und in der gemeinschaftlichen Repräsentation für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie ihren Abschluss gefunden hatte.

¶ Diese Hoffnungen würden in Erfüllung gegangen sein, wenn der Bund in seinem Verhältniss zu Dänemark sich innerhalb der bundesrechtlichen Competenz gehalten hätte. Der Reichsrath weiss, dass die dänische Regierung nur widerstrebend und unter Androhung eines Bundeszwanges dahin gebracht ist, die gemeinschaftliche Verfassung für Holstein und Lauenburg aufzuheben. Der Reichsrath kennt die Schritte, welche zu wiederholten Malen gethan sind, um die Wiedervereinigung anzubahnen, ohne dass es möglich gewesen wäre, die Zustimmung der holsteinischen Stände dazu zu gewinnen, welche der Bund als Bedingung dafür aufgestellt hatte.

¶ Das neue Grundgesetz, welches der Reichsrath angenommen und Wir am 18. November bestätigt haben, ruht auf derselben Grundlage, wie die bestehende gemeinschaftliche Verfassung vom 2. October 1855 und wird durch dieselbe nichts in der Sonderung zwischen den gemeinschaftlichen und den besonderen Angelegenheiten verändert, noch wird dem Reichsrathe durch dieselbe irgend welche Befugniss gegeben in Sachen, welche bisher unter die Competenz der Sonderrepräsentationen gehört haben. Wohl gilt diese Verfassung nur für denjenigen Theil der dänischen Monarchie, worin der Bund keine Befugniss hat; da es aber Unsere Absicht ist, Unsern deutschen Bundesländern dieselbe Selbständigkeit und Freiheit zu geben, wird dadurch der Weg gewiesen sein, auf welchem allein die nähere Anschliessung durch Uebereinkunft zwischen dem Reichsrathe und den Ständen Holsteins verfassungsmässig erfolgen kann. Für solche Uebereinkunft legt die neue Verfassung keinerlei Hinderung in den Weg, und mag es deshalb auf einem Missverständnisse beruhen, wenn einige Mächte darin einen Grund erblickt haben, es dahin gestellt sein zu lassen, inwieweit sie unbedingt eingegangene tractatmässige Verpflichtungen erfüllen wollen.

¶ Neben weitgehenden Bundesforderungen ist in Deutschland ein auf Zerstückelung der dänischen Monarchie ausgehendes Streben aufgetreten, welches ein

No. 1301.  
Dänemark,  
21. Dec.  
1863.

No. 1301.  
Dänemark,  
21. Dec.  
1863.

brauchbares Werkzeug für solche Pläne gefunden zu haben glaubt. Wir müssen hoffen, dass Europa wissen wird, die gemeinschaftliche Erbfolge in der dänischen Monarchie aufrecht zu erhalten, deren unverändertes Bestehen für die Bewahrung des allgemeinen Friedens nothwendig anerkannt worden. Ungeachtet Wir jeden Unsr deutschen Bundeslande betreffenden Bundesbeschluss erfüllt haben, so stehen deutsche Truppen schon im Begriff, dieselben zu besetzen, nicht allein Unser Herzogthum Holstein, sondern auch Unser Herzogthum Lauenburg, von dessen Zufriedenheit und Treue Wir so unzweifelhafte Beweise empfangen haben. Wir können hierin keine bundesrechtliche Execution anerkennen, aber um einem Zusammenstosse so lange wie möglich zu entgehen, haben wir es doch für richtig befunden, Unsere Truppen zurückzuziehen, um die ganze Wehrkraft Unsers Volkes diesseits der Eider zu sammeln, und Wir sind davon überzeugt, dass Unser treues, tapferes Volk sich einträchtig um seinen König schaaren wird, wo es die Rettung und die Freiheit des Vaterlandes gilt. ¶ Und hiermit senden Wir dem Reichsrathe Unsern Abschiedsgruss. Wir bringen ihm Unsern und des Landes Dank für seine treue und beharrliche Arbeit in den schwierigen Jahren, während welcher er wirksam gewesen ist, und hauptsächlich Dank für die Bereitwilligkeit, mit welcher er den grossen Forderungen entgegen gekommen ist, welche die gefährvolle Situation des Vaterlandes nothwendig gemacht hat. ¶ Wir empfehlen den Reichsrath und Uns selbst, Unser Land und Unser Volk dem gnädigen Schutze Gottes. ¶ Gegeben auf Unserm Schlosse Christiansburg, den 21. December 1863. Unter Unsrer königlichen Hand und Siegel.

Christian R.

Hall.

### No. 1302.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafterin Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Bismarck über die Nothwendigkeit der Zurücknahme der dänischen Verfassung vor dem 1. Januar. —

Berlin, December 22 (received December 26), 1863.

No. 1302.  
Gross-  
britannien,  
22. Dec.  
1863.

(Extract.) — M. de Bismarck said, I might be satisfied that His Majesty was still steadfast in his intention to observe faithfully the Treaty of London, if Denmark fulfilled her engagements; but if the hope which has been entertained, that the Danish Government would withdraw Schleswig from the Constitution of the 18th November before the 1st of January next is not realized, his Excellency said he would not be responsible for the decision which might then be taken by His Majesty. It was only because he had convinced the King that, as the Danish Government had not yet carried into execution the new Fundamental Law, they had not yet violated their engagements to the Confederation, that His Majesty had been induced to oppose, as he has hitherto done, the public opinion of Germany, and to hold that he is still bound to fulfil the provisions of the Treaty of London. But if the 1st of January passes without Germany

der Bahn der Ehre und der Pflicht führen werden. Eilt herbei, Soldaten, zu Eurer Fahne, bereit zum möglicher Weise bevorstehenden Kampfe für das Wohl, für die Ehre und Freiheit der Monarchie. Ihr habet Euch bei der Commandantschaft unserer Stadt Flensburg zu melden, wohin die Beförderung durch die Eisenbahn unentgeltlich geschieht und wo die Reisekosten Euch vergütet werden.

¶ Gegeben auf unserem Residenzschlosse Christiansborg, den 15. Decbr. 1863.

Christian R.

No. 1300.  
Dänemark,  
15. Dec.  
1863.

### No. 1301.

DÄNEMARK. — Königl. Botschaft beim Schlusse des Reichsraths. —

(Uebersetzung.)

Dem Reichsrathe Unseren königlichen Gruss! Als diese Versammlung, welche heute ihre Laufbahn beendet, vor 8 Jahren zum ersten Male zusammentrat, wurde dieselbe mit der Hoffnung begrüßt, dass dadurch diejenige Ordnung vollendet sei, welche in der königlichen Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 verkündet war und in der gemeinschaftlichen Repräsentation für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie ihren Abschluss gefunden hatte.

¶ Diese Hoffnungen würden in Erfüllung gegangen sein, wenn der Bund in seinem Verhältniss zu Dänemark sich innerhalb der bundesrechtlichen Competenz gehalten hätte. Der Reichsrath weiss, dass die dänische Regierung nur widerstrebend und unter Androhung eines Bundeszwanges dahin gebracht ist, die gemeinschaftliche Verfassung für Holstein und Lauenburg aufzuheben. Der Reichsrath kennt die Schritte, welche zu wiederholten Malen gethan sind, um die Wiedervereinigung anzubahnen, ohne dass es möglich gewesen wäre, die Zustimmung der holsteinischen Stände dazu zu gewinnen, welche der Bund als Bedingung dafür aufgestellt hatte.

¶ Das neue Grundgesetz, welches der Reichsrath angenommen und Wir am 18. November bestätigt haben, ruht auf derselben Grundlage, wie die bestehende gemeinschaftliche Verfassung vom 2. October 1855 und wird durch dieselbe nichts in der Sonderung zwischen den gemeinschaftlichen und den besonderen Angelegenheiten verändert, noch wird dem Reichsrathe durch dieselbe irgend welche Befugniss gegeben in Sachen, welche bisher unter die Competenz der Sonderrepräsentationen gehört haben. Wohl gilt diese Verfassung nur für denjenigen Theil der dänischen Monarchie, worin der Bund keine Befugniss hat; da es aber Unsere Absicht ist, Unsern deutschen Bundesländern dieselbe Selbständigkeit und Freiheit zu geben, wird dadurch der Weg gewiesen sein, auf welchem allein die nähere Anschliessung durch Uebereinkunft zwischen dem Reichsrathe und den Ständen Holsteins verfassungsmässig erfolgen kann. Für solche Uebereinkunft legt die neue Verfassung keinerlei Hinderung in den Weg, und mag es deshalb auf einem Missverständnisse beruhen, wenn einige Mächte darin einen Grund erblickt haben, es dahin gestellt sein zu lassen, inwieweit sie unbedingt eingegangene tractatmässige Verpflichtungen erfüllen wollen.

¶ Neben weitgehenden Bundesforderungen ist in Deutschland ein auf Zerstückelung der dänischen Monarchie ausgehendes Streben aufgetreten, welches ein

No. 1301.  
Dänemark,  
21. Dec.  
1863.

No. 1303. Grossbritannien, 22. Dec. 1863. said, instructed to give a general support to the counsels tendered by England and Russia to Denmark, although he had not been furnished with as detailed instructions as those given to Lord Wodehouse by Her Majesty's Government. ¶ M. Drouyn de Lhuys entered into no discussion of the general question, but as I was leaving him he expressed the opinion that, notwithstanding the efforts of England, Russia, and France, the Schleswig-Holstein question would not be settled pacifically. &c.

*Grey.*

### No. 1304.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und ähnlich nach Stockholm). — Die Stellung Schwedens in dem Streit zwischen Deutschland und Dänemark betreffend. —

Foreign Office, December 26, 1863.

No. 1304. Grossbritannien, 26. Dec. 1863. My Lord, — The Swedish Minister, Count Wachtmeister, came to me two days ago, and read to me a very long despatch from Count Manderström on the present situation of Denmark. The Swedish Minister for Foreign Affairs referred to the Treaty of London; to the refusal of the Austrian and Prussian Courts to receive a Minister who was sent to announce the accession of a Sovereign whose Succession was recognized by that Treaty; to the Federal Execution, founded upon grounds many of which were totally unconnected with Federal obligations; and to various other topics, showing the disregard of the Treaty of London exhibited by the German Powers. ¶ The Swedish Government felt the inability of Sweden to assume the position of one of the Great Powers; but, if I rightly understood the despatch, Sweden declared her readiness to take her stand by the side of any of the Great Powers who should come to the assistance of Denmark. In the meantime, Sweden must preserve her liberty of action. ¶ I told Count Wachtmeister that I agreed in many of Count Manderström's remarks; that I specially lamented the refusal to receive the Danish Special Envoy at Vienna and at Berlin, and that Great Britain likewise reserved her liberty of action. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1305.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Frankfurt. — Officielle Mittheilung des Londoner Vertrags an die Bundesversammlung unter Bereiterklärung zu Conferenzen. —

Foreign Office, December 26, 1863.

No. 1305. Grossbritannien, 26. Dec. 1863. Sir, — I have to instruct you to communicate to the President of the Diet, in an official note, a copy of the Treaty of London of May 8, 1852. ¶ You will call the attention of the President to the fact that Great Britain,

France, Russia, and Sweden, agreed by this Treaty to recognize Prince Christian of Holstein-Glücksburg, now King Christian IX, as Successor to all the dominions held by the late King of Denmark, and that in pursuance of this agreement those Powers have so recognized King Christian. ¶ You will point out to the President the serious complications which might ensue if, in such a state of things, the Diet of the Confederation should have recourse to any hasty measures inconsistent with the arrangements provided for by the Treaty of London. ¶ Her Majesty's Government, you will say, are however not unwilling to discuss the question pending between Germany and Denmark in a conference composed of the Ministers of all the Powers parties to the Treaty of London and of a Representative to be named by the Diet, and they would consent that such Conference should be held at any place which the several Powers might consider most suitable for the purpose. ¶ I am, &c.

No. 1305.  
Gross-  
britannien,  
26. Dec.  
1863.

*Russell.*

### No. 1306.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Des Grafen Platen Besorgnisse wegen der Volksbewegung in Deutschland. —

Hanover, December 24 (received December 26), 1863.

(Extract.) — I found his Excellency (Count Platen) much alarmed at the turn which events are taking in Germany, and at the increased prospect which he considers there is either of her involving herself in a foreign war, or of her being convulsed by internal revolution, or perhaps even of both these contingencies being realized. He referred to the establishment, by the self-constituted Parliament which met at Frankfort on the 21st instant, of a permanent Committee to take the Schleswig-Holstein affair in hand, and press upon the Governments; as also to the permissions given by the Government of Saxe-Coburg-Gotha for the formation of a Schleswig-Holstein army,—as proceedings of a revolutionary character. The incident, however, which his Excellency appeared to view in the most serious light was the proposal of the Bavarian Government, received in yesterday's sitting of the Diet, to call upon the competent Committee to make its report upon the Succession question within eight days. His Excellency, I regret to say, foresees that a majority of the Diet is likely to pronounce itself in favour of the pretensions of the Prince of Augustenburg, and he is naturally apprehensive of the consequences. He tells me that the pressure put upon the Hanoverian Government by petitions from all parts of the country and from all political parties, in order to induce them to abandon the attitude they have hitherto assumed, and to declare for the Prince, is daily becoming more intense, and adding to the difficulties of their position. From his language I infer that he even foresees the moment when his own policy in this matter may be overruled. In the meantime he looks with anxiety to see what course may be adopted by Austria and Prussia on the Succession question at the Diet. &c.

No. 1306.  
Gross-  
britannien,  
26. Dec.  
1863.

*Howard.*

## No. 1307.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an Lord Wodehouse. — Die Ministerkrisis in Copenhagen und die fortdauernde Geneigtheit zu einer Conferenz betreffend. —

Foreign Office, December 26, 1863.

No. 1307.  
Gross-  
britannien,  
26. Dec.  
1863.

(Extract.) I have received your telegrams giving an account of the Ministerial crisis at Copenhagen. ¶ If the state of things should lead to the formation of a new Ministry, it would seem but reasonable that sufficient time should be allowed to them to mature their plans, and that they should not be pressed to adopt any course of action without mature deliberation. ¶ It is desirable that you should as far as possible act in concert with the French, Russian, and Swedish Ministers. ¶ I informed you two days ago that Her Majesty's Government were ready to support any proposition which might be made by the King of Denmark, having for its object to refer the differences between Denmark and Germany to a Conference of Ministers of all the Powers parties to the Treaty of London, with the addition of a Representative of the German Diet; it being understood that during the deliberations of such Conference no change should be made in the present state of affairs, and I added that Her Majesty's Government would offer no objection to such Conference being held at Paris, notwithstanding that previous Conferences on those affairs have hitherto been held in London. &c.

*Russell.*

## No. 1308.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Die Conferenz unter Zuziehung des Deutschen Bundes betreffend. —

St. Petersburg, December 22 (received December 28), 1863.

No. 1308.  
Gross-  
britannien,  
22. Dec.  
1863.

My Lord, — I have communicated to Prince Gortchakoff this forenoon the substance of your Lordship's telegram of yesterday's date, to the effect that Her Majesty's Government would not decline a Conference at Paris of the Representatives of the Powers who signed the Treaty of 1852, with the addition of a Representative of the Germanic Confederation; the said Conference to be strictly limited to the question of the Danish Duchies. ¶ The Vice-Chancellor made a note of your Lordship's communication for the Emperor in my presence, and seemed to be much gratified by the resolution adopted by Her Majesty's Government. ¶ Your Lordship states in the same despatch that it is understood Prussia will not take part in any Conference from which England is excluded. ¶ In regard to this passage the Vice-Chancellor remarked that he hoped I had informed Her Majesty's Government that he had come to the same conclusion. I replied to the Vice-Chancellor that I had stated to your Lordship generally that the Russian Government regarded the project of a Congress from which

England should be excluded as impracticable, and that his Excellency had expressed that opinion to me, to Baron Brunnow, and to others, but that I had not reported that he had made such a communication at Paris officially. ¶ The Vice-Chancellor answered that he had hitherto said nothing officially on the subject at all at Paris. Such was, however, his decision. ¶ I have, &c.

No. 1308.  
Gross-  
britannien,  
22. Dec.  
1863.

*Napier.*

### No. 1309.

**GROSSBRITANNIEN.** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Den Schluss des dänischen Reichsraths und die Aufhebung der dänischen Verfassung betreffend. —

Copenhagen, December 24 (received December 28), 1863.

My Lord, — I had an opportunity of speaking to M. Hall on the 22nd instant, and again yesterday. On both occasions his Excellency conversed with me at much length on the present state of affairs in this country. ¶ I expressed to him my surprise and regret that the Rigsraad had been closed at the moment when, above all others, it was essential that it should remain in Session. I warned him in the most serious manner of the impression which must be produced throughout Europe, and especially in Germany, by an act which could only be construed, when coupled with the terms of the Royal Message, as a complete refusal to listen to our advice. ¶ M. Hall replied that it was useless to keep the Rigsraad sitting, as there was not the slightest chance that they would consent to revoke the Constitution. ¶ I said that I could not pretend to know what course the Rigsraad might have followed, but, at all events, it seemed to me that the Ministry ought to have acquainted the Rigsraad with the advice which had been tendered to Denmark by her three most important allies, and that they should, at least, have had the opportunity of considering whether the safety of the Monarchy did not require that that advice should be adopted. ¶ M. Hall maintained that the members of the Rigsraad were well aware of the critical state of affairs, and that there was, in fact, no need to lay any further information before them. ¶ It is evident, however, that as the communications of M. d'Ewers and myself, and of General Fleury to M. Hall, were made on Sunday, and the Rigsraad was closed on Monday, that Assembly could not have been made acquainted with what had passed on that occasion. I need not weary your Lordship by repeating the arguments which I urged again and again upon M. Hall. Although he heard me with the greatest patience, his determination was not to be shaken. He constantly observed that we offered him no equivalent for the concession which we advised, not even the certainty that the whole question would be referred to a Congress. ¶ I said I admitted that it was natural that the Danish Government should be anxious for an assurance that the German Powers would consent to a Conference. ¶ Would he engage that steps should be taken to revoke the Constitution as regards Schleswig if the German Powers would agree to refer the Schleswig dispute to a Conference of the States who

No. 1309.  
Gross-  
britannien,  
24. Dec.  
1863.

No. 1309. signed the Treaty of 1852? ¶ I had no authority, I said, to make such a  
 Gross- suggestion, far less could I undertake to say that such a proposition would be  
 britannien, 24. Dec. 1863. accepted by Austria and Prussia, or that it would be possible to assemble a  
 Conference, but, at all events, such an overture might give some opening for  
 negotiation and avert the immediate risk of a collision between Germany and  
 Denmark. ¶ This suggestion led to no result, as M. Hall declared that he  
 was unable to give any promise as to the Constitution. ¶ I have, &c.

*Wodehouse.*

### No. 1310.

**GROSSBRITANNIEN.** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Rück-  
 tritt des Herrn Hall vom Ministerium. —

Copenhagen, December 25 (received December 28), 1863.

No. 1310. (Extract.) It appeared to me that although I was not instructed to  
 Gross- read to M. Hall your Lordship's despatch of the 17th instant, it was very desir-  
 britannien, 25. Dec. 1863. able that his Excellency should be made acquainted with its contents. I had  
 arranged with M. Hall to have an interview for the purpose with him yesterday  
 at the Ministry for Foreign Affairs, but as he was prevented by a Council from  
 receiving me, he was good enough to call upon me at my hotel. ¶ His Ex-  
 cellency on entering acquainted me that he was no longer Minister. The King,  
 he said, desired to re-convoke the Rigsraad, and as it was impossible for the  
 existing Ministry to advise that measure, they had resigned. He was conscious,  
 he said, that if there were to be any negotiations with Germany, it would be  
 much better that he should be out of office, as the German Powers were, he  
 knew, persuaded that it was useless to negotiate with any Ministry of which he  
 was the head. ¶ He went on to observe, that he feared that the attempt to bring  
 together the Rigsraad, and to revoke the Constitution, would be attended with  
 fatal consequences. It was not impossible that if a Minister could be found to  
 propose the revocation, a bare majority in favour of it might be obtained, but  
 the Constitution required that for any change in the Fundamental Law three-  
 fourths of the members should be present, and two-thirds should vote for the  
 change. ¶ He thought, moreover, that it was likely that it would be found im-  
 possible on such short notice to get together three-fourths of the members. ¶ M.  
 Hall then spoke of various expedients that might be resorted to, begging me, as  
 he was no longer Minister, to regard them only as his personal suggestions.  
 Amongst other expedients he said it occurred to him that as the German Powers  
 objected to the law coming into force on the 1st of January, 1864, it might be  
 sufficient to pass an amendment of the Constitution, to the effect that it should  
 not come into force till January 1, 1865, which would give a year for negotiation.  
 ¶ I said that we advised the complete revocation, but that his idea did not seem  
 to me altogether a bad one. ¶ I did not wish to reject altogether the only idea  
 of conciliation which he had ever thrown out, but in order to prevent any  
 possible misunderstanding, I addressed a letter afterwards to his Excellency, of



which I inclose a copy herewith. ¶ I read to M. Hall your Lordship's despatch, upon which his Excellency made a few observations, but I need not repeat his arguments, with which your Lordship is already familiar. &c.

No. 1310.  
Gross-  
britannien,  
25. Dec.  
1863.

*Wodehouse.*

---

Anlage. — Lord Wodehouse an Herrn Hall.

Copenhagen, December 24, 1863.

My dear M. Hall, — On thinking over what passed between us this afternoon, it strikes me that you might possibly have misunderstood what I said as to your idea that the Constitution might be amended by substituting the date of (say) January 1, 1865, for January 8, 1864. ¶ What my Government advises is, as you know, the repeal of the Constitution as regards Schleswig, and I should not wish you to suppose that I expressed an opinion in favour of any other measure. ¶ I have, &c.

*Wodehouse.*

---

### No. 1311.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Schwedische Aeusserung in Betreff der dänischen Verfassung. —

Copenhagen, December 24 (received December 28), 1863.

My Lord, — Count Hamilton called on me a few days ago to say that he had informed M. Hall that his Government did not intend to put any pressure on the Danish Government with regard to the abrogation of the Constitution, that they did not consider themselves competent judges of what the Danish Government was able or unable to do in this matter. He said, however, that he had at the same time stated to M. Hall that if the Danish Government were of opinion they could comply with the counsels of the great Powers, the Swedish Government would learn with pleasure that they had taken a step which was considered essential to the preservation of peace. ¶ I lost no time in communicating this information to Lord Wodehouse. ¶ I have, &c.

No. 1311.  
Gross-  
britannien,  
24. Dec.  
1863.

*A. Paget.*

---

### No. 1312.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Verlegenheiten Oesterreichs bei Aufrechthaltung des Londoner Vertrags. —

Vienna, December 24 (received December 28), 1863.

(Extract.) In my telegram of the 21st instant I reported that I had read to Count Rechberg your Lordship's despatch of the 17th instant, and you will have learnt from it how great are the embarrassments of the Austrian Go-

No. 1312.  
Gross-  
britannien,  
24. Dec.  
1863.

No. 1312.  
Gross-  
britannien,  
24. Dec.  
1863.

vernment at this moment, and what difficulties they have to contend with in maintaining their opinion as to the Treaty of the 8th of May, 1852. ¶ The pressure that is exercised in Austria at this moment by public opinion, Count Rechberg thinks, is not fully understood in England. His Excellency says, that with the full aid of Prussia, a majority is not obtainable at the Diet; that the two Great Powers are not in fault, for their efforts to abide by this Treaty have been unceasing, and their conduct has exposed them to the greatest unpopularity. Count Rechberg repels the idea that the proceedings of the Imperial Government have laid it open to any accusation of bad faith; and he considers that the remarks which I had read in your Lordship's despatch should rather have been made to those small German Courts who acceded to the Treaty and are now foremost in repudiating it. ¶ In the course of our conversation his Excellency remarked that his attention had been lately drawn to the fact of the ratification of the Treaty of the 8th of May having been exchanged by the Powers who signed it, with Denmark alone, and that it had been contended that it was not equally binding on all. He did not lay much stress on this circumstance, but it was evident from the allusion to it that efforts have been made to shake his faith in the validity of this European Act. ¶ He made no attempt to explain why the usual form of an exchange of ratifications was not followed, or to account for this omission by the ill-will of any of the Powers to do so, and I maintained that as the Treaty was binding on Denmark and the Powers who signed it, so it was between each of the Powers themselves. &c.

*Bloomfield.*

### No. 1313.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Grafen Rechberg, betreffend von Dänemark zu machende Concessionen. —

Vienna, December 24 (received December 28), 1863.

No. 1313.  
Gross-  
britannien,  
24. Dec.  
1863.

My Lord, — I have read to Count Rechberg your Lordship's despatch of the 7th instant, which reached me by the last messenger. His Excellency admitted that latterly the Danish Government have certainly shown a disposition to make concessions, and he sincerely hopes they will not stop short of doing what Germany requires in fulfilment of the engagements of 1851 and 1852. With reference to the expectation of Her Majesty's Government that the troops of Austria and Prussia occupying Holstein will resist any attempt to produce a revolution in that Duchy, he said that one of the important objects of Austria was to prevent revolution, and that her troops would certainly not be employed in spreading principles subversive of good order. ¶ Count Rechberg spoke with satisfaction of the last paragraph of your Lordship's despatch, in which you say that Her Majesty's Government are prepared to advise the King of Denmark to fulfil the engagements which the Danish Government have contracted with Austria, Prussia, and Germany in regard to Schleswig, and that, if His Majesty

should decline to listen to such advice, Her Majesty's Government would consider the responsibility of the refusal to rest with the Danish Government, and he seemed fully to appreciate the importance of the advice to be given to the Cabinet of Copenhagen. ¶ I have, &c.

No. 1313.  
Gross-  
britannien,  
24. Dec.  
1863.

*Bloomfield.*

### No. 1314.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Schwierigkeiten Oesterreichs und Preussens bei Durchsetzung ihrer Politik. —

Vienna, December 24 (received December 28), 1863.

(Extract.) I have the honour to inform your Lordship that the project suggested from Berlin a few days ago, that Denmark should be called on to revoke or suspend the Constitution of the 18th of November as far as Schleswig is concerned, and that in default thereof Prussia and Austria would consider themselves absolved from the Treaty of London, appears to have crossed on the road a project of Count Rechberg to the effect that the Diet of Frankfort should address the Danish Government and not Austria and Prussia, and I hear that this idea has been favourably received at Berlin. ¶ The unfortunate state of the diplomatic relations of Austria and Prussia with Denmark at this moment increases the difficulty of all communication, and yet it is not easy to understand, when they are in a minority in the Diet of Frankfort, that they should seek that channel for making their demands. Both Governments, I may observe, feel intense alarm at the progress which the spirit of democratic revolution is making, and the union of the small German Courts for the purpose of working out the Succession in Holstein in opposition to the known feelings of the two Great Powers is producing serious confusion, and has a most unfortunate influence on the action of the Austrian Government. ¶ By removing the present active discussion from Frankfort, Count Rechberg is hopeful that means will be found of discussing the question with some degree of calmness, a result which he despairs of so long as it is kept on its present ground. ¶ He has heard with the greatest satisfaction that your Lordship had no objection to Conferences on the Schleswig-Holstein affair being held at Paris, and if this were settled he would desire them to be opened as soon as it were possible, in order that the question of the Duchies might at once assume an European character, for it was impossible any longer to confine it within German limits. &c.

No. 1314.  
Gross-  
britannien,  
24. Dec.  
1863.

*Bloomfield.*

## No. 1315.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. -  
Dänische Schritte zum Abbruch des diplomatischen Verkehrs mit Oester-  
reich und Preussen. —

Vienna, December 24 (received December 28), 1863.

No. 1315.  
Gross-  
britannien,  
24. Dec.  
1863.

(Extract.) Count Rechberg has been desirous to prevent the interruption of unofficial diplomatic relations with Denmark, but he informed me yesterday that he fears this is becoming almost inevitable, from an occurrence which has been reported to him. It appears that Baron Brenner and M. de Balan were told by M. Hall, on delivering the communication, that their official relations had ceased, but that he should nevertheless send them an invitation to the funeral of the late King. This invitation not being addressed to the Envoys officially, and not according to them their usual places with the Diplomatic Body, they declined attending the ceremony, and Count Rechberg says that he especially regrets that on such a solemn occasion they should have absented themselves. He regrets it the more as after an occurrence of this nature the difficulty of communication will be increased tenfold. ¶ Count Rechberg said further, that he could not but apprehend that M. Hall was himself more inclined for a rupture of even unofficial relations with Austria and Prussia than for a continuance of them, and he feared that so long as he was at the head of the Danish Government the chances of an arrangement as to Schleswig would be next to impossible. M. Hall had always been consistently opposed to make the concessions which Germany had a right to expect from Denmark under her engagements of 1851 and 1852, and he hardly expected that even under the pressure of an Execution he would be deterred from pursuing his policy, the tendency of which he could consider to be no other than the incorporation of Schleswig into the Kingdom of Denmark. &c.

*Bloomfield.*

## No. 1316.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
— Graf Platen's Nichtübereinstimmung mit seinen Collegen. —

Hannover, December 25 (received December 28), 1863.

No. 1316.  
Gross-  
britannien,  
25. Dec.  
1863.

(Extract.) I gave to Count Platen on the 23rd instant a copy of your despatch to me of the 17th, on the subject of the Treaty of London of May 1852, regulating the Succession for the whole of the Danish Monarchy. ¶ I have requested his Excellency to communicate this despatch to his colleagues in the Ministry, and to call their attention to the concluding paragraph, in which your Lordship says, „Let it suffice at present for Her Majesty's Government to declare that they would consider any departure from the Treaty of Succession of 1852, by Powers who signed or who acceded to that Treaty, as entirely inconsistent with good faith.“ ¶ I have made this latter request because I have reason to

know that several of Count Platen's colleagues have disapproved of his having at once declared the intention of the Hanoverian Government to fulfil the obligations they contracted by their accession to the Treaty, and are in favour of Hanover availing herself of the first opportunity of withdrawing from it. ¶ Such an opportunity they would no doubt consider to be afforded were Austria and Prussia to abandon the Treaty, or were the Diet to declare in favour of the pretensions of the Prince of Augustenburg. ¶ I am sorry to see that Count Platen appears by no means confident of being able to carry his own views in the Cabinet. ¶ I have not failed to remind his Excellency of the assurances which he has repeatedly given me that the Hanoverian Government would fulfil their engagements under the Treaty of 1852, by voting against the claims of the Prince of Augustenburg at the Diet. &c.

No. 1316.  
Gross-  
britannien,  
25. Dec.  
1863.

*Howard.*

### No. 1317.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw.  
— Steigerung der öffentlichen Aufregung in Deutschland. —

Frankfort, December 26 (received December 28), 1863.

(Extract.) It will hardly be thought surprising in England that Her Majesty's Government exercise scarcely any influence in Germany as regards the dispute with Denmark, when it is evident that Austria and Prussia, though both their Cabinets are more than inclined to act with moderation, are quite unable at present to stem popular feeling. ¶ The proceedings of the Central Committee, reported upon in my despatch of the 24th instant, are of a nature rather to prejudice than to advance the German view of the Schleswig-Holstein cause with the several Governments which have not abdicated all authority, or thrown themselves without reserve into this cause. It is whispered that it may be found necessary to suspend their sittings; but unless Austria and Prussia concur in such a measure, it is safe to pronounce that nothing will be done. ¶ In the meantime your Lordship must be informed that there is no apparent abatement of agitation, or of determination on the part of the advanced Liberals of Germany to push this quarrel to the utmost. Daily journals and pamphlets are filled with the most inflammatory appeals, and in generally one-sided views of the legal arguments which rather mislead than enlighten the public mind. All the publicists of the universities are engaged either in proving the Augustenburg right of Succession, or in demolishing the validity of the London Treaty. &c.

No. 1317.  
Gross-  
britannien,  
26. Dec.  
1863.

*A. Malet.*

## No. 1318.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw.  
Die Stimmung in den Herzogthümern. —

Berlin, December 26 (received December 28), 1863.

No. 1318.  
Gross-  
britannien,  
26. Dec.  
1863.

(Extract.) I informed M. de Bismarck that it was very important that no hasty and precipitate measures should be taken by the Federal authorities in Holstein. He replied, that the course of events there was not under the control of the Prussian Government, but that he had written to Frankfort and to Vienna supporting a request of the Saxon General commanding the Execution troops that the reserves should be placed at his disposal, as he had represented himself to be unable to control the population of the Duchy. I said I was glad to learn that some measures were about to be taken to render the conservative influence of the Federal authorities more decided, but when military officers allowed their regimental bands to play the revolutionary airs of the excited people among whom it was their duty to prevent insurrectionary demonstrations, their wish to oppose any movements in favour of the Prince of Augustenburg could not be very decided. ¶ It was desirable, I said, that the march of the Federal troops towards the North should not be rapid, so as to give time for a change of system at Copenhagen before a question could be raised between the Danish and Federal armies as to the possession of the *têtes de pont* at Rendsburg and Frederickstadt. M. de Bismarck answered that the Federal troops would not be carried by rail, and that the distance they would have to march would be a sufficient guarantee against any immediate collision at these places; and, besides, before an attack could be made upon either of them it would be necessary to refer to Frankfort for orders and perhaps to procure breaching guns. I said in a case of this kind one ought not to trust to fortuitous guarantees against a great possible evil, and that the absence of breaching guns and the certainty of his attack proving fruitless might not deter an officer seeking a cause of war under the excitement of political passion from finding it at Frederickstadt or Rendsburg. It appeared to me, therefore, that the question ought to receive his Excellency's serious attention. He then spoke of the late demonstrations at Hamburg in favour of the pretensions of the Duke of Augustenburg by persons calling themselves members of the Holstein States; and although he believed there were many persons present at the meeting in question who were not members of the States, he said the resolutions adopted showed that the States would probably, if convoked, declare themselves in favour of the Prince of Augustenburg. He thought, nevertheless, that it would be advisable to convoke the States and to govern the country in concert with them; observing, that if they on their own initiative passed resolutions in favour of the pretensions of the Prince of Augustenburg the Federal Commissaries could only refer their resolutions to the Diet of Frankfort, and that for the present, at all events, such resolutions would be without importance. It is doubtless hoped, however, that the will of the people may be then considered to have been expressed through the States in favour of a

change of dynasty. From what I could hear, demonstrations for the same object will be easily got up in the towns of Holstein under the influence of a majority of the legal and bureaucratic classes, but I am assured by a person here who is well acquainted with the Duchy, that the rural population is not likely to take any part in a movement of the kind; and another who is perhaps the best informed member of the Diplomatic Body at Berlin on this subject, and certainly the most free from passion in his views upon it, is convinced that Schleswig-Holsteinism is the moving principle of the whole policy of the people of Holstein, and that, no arrangement will ever be received by them as final which does not restore some degree of union between Holstein and the southern part of Schleswig, and that, on the other hand, if Germany cannot separate Schleswig from Denmark, the attachment of the Holsteiners to their union with Schleswig will prove far stronger than any dynastic feelings for the Prince of Augustenburg, who is now popular merely because his cause is supposed to be identic with the union of the Duchies. The administrative union of the southern part of Schleswig with Holstein, therefore, if the former is not included in the German Confederation, so that Kiel would still remain for the purposes of war a Danish port, the western side of the entrance being within the territory of Schleswig, would seem to be a combination to which Denmark ought not reasonably to object. &c.

No. 1318.  
Gross-  
britannien,  
26. Dec.  
1863.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1319.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Communication mit Lord Wodehouse, betreffend die Zurücknahme der dänischen Verfassung von dem 1. Januar. —

Berlin, December 27 (received December . .), 1863.

(Extract.) I have sent a telegraphic message to Lord Wodehouse, informing him of my conviction that unless the new Constitution is revoked before the 1st of January, an endeavour will be made by the German Powers forcibly to occupy Schleswig before the proposed Conference on the Danish question can be assembled. ¶ I have also informed him of my apprehension that no allowance will be made for any Constitutional reasons which may be advanced by Denmark for delay in revoking the Constitution. &c.

No. 1319.  
Gross-  
britannien,  
27. Dec.  
1863.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1320.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und gleichmässig nach St. Petersburg, Stockholm, Berlin, Wien und an Lord Wodehouse). — Rätlichkeit, den Londoner Vertrag und den Schutz der deutschen Nationalität als leitende Principien festzuhalten. —

Foreign Office, December 28, 1863.

No. 1320.  
Gross-  
britannien,  
28. Dec.  
1863.

My Lord, — Nothing is more embarrassing or more intricate than the Schleswig-Holstein question, if it is examined in detail. There can be no more ungrateful task than the labour of reading long and obscure despatches, in which the meaning is concealed under a multitude of words. ¶ A broader and more general view of the question would, perhaps, lead to a more just appreciation of facts, and possibly furnish a clue by which we might escape from the dark labyrinth into open daylight. ¶ When the Kingdom of Denmark was an absolute Monarchy, the King, if despotic, was yet impartial. If he found an able German Statesman in Holstein, he made him his Minister; if Danes and Germans squabbled in Schleswig, he displayed no preference for one side rather than for the other. ¶ But these relations were entirely altered when free institutions were granted, and the Danish nationality prevailing at Copenhagen was infused strongly and exclusively into the whole administration of the Monarchy. ¶ From that time there have been nothing but disputes, complaints, interference in the domestic government of Denmark, protocols, engagements interpreted by each party according to its own view, and sometimes conflicts in arms. ¶ Yet there are two principles which, if kept steadily in view, might clear the dispute and prevent a war. ¶ The one is that laid down by the Parties to the Treaty of London: „That the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy, as connected with the general interests of the balance of power, is of high importance to the preservation of peace.“ ¶ The other principle is a corollary from the experience of the last fifteen years. It is: „That the German inhabitants of the states and dominions placed under the sceptre of the King of Denmark should have ample security for just and impartial government, both in the institutions established and in the men entrusted by the King with the administration of these institutions.“ These seem to have been the objects of the negotiations between Germany and Denmark of 1851-52. ¶ Those objects have, unfortunately, not yet been attained, but if those principles were admitted on all sides, some advance would be made towards a peaceful and final settlement. ¶ Your Excellency is instructed to read and give a copy of this despatch to M. Drouyn de Lhuys. ¶ I am, &c.

*Russell.*



## No. 1321.

**DANEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Die wahren Zwecke der Bundesexecution. —

Copenhague, le 24 décembre, 1863.

Monsieur, — En vous adressant la note que je joins ici en copie, je n'ai que quelques mots à ajouter pour en expliquer le sens. \*) Le véritable caractère de la soi-disante Exécution Fédérale n'est plus un mystère pour personne. Chacun sait aujourd'hui qu'il ne s'agit réellement pour l'Allemagne d'assurer au Holstein des libertés constitutionnelles et des garanties pour ses intérêts — mots d'ordre dont on se servait autrefois avec tant d'effet; car on se rappelle que dans la séance du 29 octobre, le Gouvernement du Roi s'est déclaré prêt à satisfaire à toute demande que la Diète lui adresserait à ce sujet. Il ne s'agit même plus du règlement de la position du Holstein dans la Monarchie, car cette question internationale, le Gouvernement Danois s'est déclaré prêt à la soumettre à la décision de l'Europe, et l'on sait que l'Empereur Napoléon l'avait réservée pour le Congrès auquel il a invité les Souverains de l'Europe, tandis que de leur côté l'Angleterre a offert sa médiation et la Russie a pris l'initiative pour ouvrir immédiatement des pourparlers ici, en vue de préparer une solution. ¶ Il ne s'agit plus de tout cela. Il s'agit tout simplement d'une invasion dans la Monarchie Danoise. L'invasion n'est pas un moyen; mais le but même; elle se fait pour donner satisfaction à l'esprit révolutionnaire qui éclate aujourd'hui en Allemagne avec toute la même fureur qui a caractérisé les mouvements de l'année de 1848. Les conséquences prochaines de cette fatale complicité des Gouvernements ne sont que trop évidentes. L'esprit qui agite l'Allemagne ne se contentera pas de l'invasion des Provinces Allemandes de la Monarchie Danoise. Dans ses vagues et folles aspirations, son véritable but, si tant est qu'il ait conscience d'un but précis et réfléchi, est d'envahir et de conquérir les Provinces Danoises de la Monarchie, ou tout au moins le Duché de Slesvig. Loin de satisfaire, par l'invasion du Holstein, les esprits montés à un pareil degré de passion, les Gouvernements se trouveront irrésistiblement entraînés plus loin par le courant. Ils seront poussés à la guerre contre le Danemark, et pris entre l'esprit de subversion toujours croissant en Allemagne et l'agitation qui ne manquera pas de se produire dans le Holstein par suite de l'occupation, ils deviendront forcément les promoteurs des desseins d'un prétendant dont ils reconnaissent eux-mêmes le manque de tout droit. ¶ Ce dont il s'agit, c'est donc, à bien y regarder, du renversement de l'arrangement dynastique consacré par le Traité de Londres et de l'anéantissement de la Monarchie Danoise comme faisant partie du système politique européen. La question ainsi posée chaque concession ne fait qu'ajouter au péril de la situation. ¶ Dans notre conviction les Gouvernements Allemands se repentiront un jour d'avoir cédé à la pression d'une opinion publique égarée. Quant à nous ce n'est pas sans faire un grand effort sur nos

No. 1321.  
Danemark,  
24. Dec.  
1863.

\*) No. 1322.

No. 1321.  
Dänemark,  
24. Dec.  
1863.

sentiments que, au lieu de constater d'aujourd'hui, en ne reculant pas et par les armes aussi bien que par les paroles, l'infraction flagrante aux droits souverains et dynastiques du Roi Christian IX, nous avons consenti à nous retirer sans coup férir devant les troupes Fédérales, pour aller attendre de ce côté de l'Eider la marche ultérieure des événements. Si nous avons pris cette résolution, c'est uniquement pour nous rendre aux conseils et aux insistances de puissants Gouvernements amis, et pour différer aussi longtemps que possible une collision à main armée — collision qui néanmoins nous semble inévitable, tant que l'Allemagne persistera dans ses visées et ses aspirations actuelles. ¶ Veuillez, Monsieur, communiquer cette dépêche avec son annexe au Comte Russell. ¶ J'ai, &c.  
*C. Hall.*

### No. 1322.

DÄNEMARK. — Min. d. Ausw. an die Minister d. Ausw. von Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hannover. — Protest gegen die Execution. —

(Uebersetzung.)

Copenhague 19 décembre, 1863.

No. 1322.  
Dänemark,  
19. Dec.  
1863.

Le Soussigné, Président du Conseil et Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté le Roi de Danemark, a l'honneur d'accuser la réception, à la date du 15 de ce mois, de la note par laquelle M. le Président du Conseil et Ministre des Affaires Étrangères de Prusse (*mutatis mutandis*), en lui donnant connaissance d'un Arrêté Fédéral du 7 décembre, a sommé le Gouvernement du Roi, en raison du soi-disant procédé d'Exécution fixé par le dit Arrêté Fédéral, de faire évacuer le Holstein dans le délai de sept jours. ¶ Ayant sans retard placé cette note sous les yeux de son très-gracieux Roi, le Soussigné a été chargé par Sa Majesté d'appeler l'attention du Gouvernement Prussien (*mutatis mutandis*) sur les remarques suivantes : —

La Résolution prise par l'Assemblée Fédérale Germanique à la date du 7 de ce mois est dépourvue de toute force obligatoire pour le Gouvernement Royal par cette raison déjà qu'elle a été adoptée après que le Plénipotentiaire de Sa Majesté avait été illégalement exclu de l'Assemblée. ¶ Ensuite pour ce qui regarde la prétention du dit Arrêté de s'appuyer sur le précédent Arrêté Fédéral du 1 octobre, il est impossible au Gouvernement du Roi d'envisager ce dernier comme un motif valable du procédé d'Exécution qui vient d'être résolu, — ¶ Attendu que l'Ordonnance du 30 mars de cette année contre laquelle le dit Arrêté s'était élevé, a été plus tard formellement retirée; ¶ Que la médiation proposée par le Gouvernement Britannique en vue de concilier les différends pendants entre le Danemark et la Confédération a été acceptée par le Gouvernement Royal dans la séance du 29 octobre; ¶ Et que le Gouvernement du Roi s'est dans la même séance déclaré prêt à venir à la rencontre de la Confédération, dans tout point où l'autonomie et l'égalité des droits réclamées pour les provinces Fédérales ne seraient pas considérées comme étant déjà suffisamment assurées. ¶ Mais le singulier caractère de la prétendue Exécution Fédérale ne fait que

s'accuser encore plus nettement depuis que l'Assemblée Fédérale a prétendu mettre en question le droit de Succession de Sa Majesté et la validité du Traité de Londres du 8 mai, 1852. Car précisément en se mettant au point de vue de la Confédération Germanique, il faut reconnaître que toute exigence de sa part relativement à la position constitutionnelle à donner au Duché de Holstein par Sa Majesté en qualité de Duc de Holstein devrait être subordonnée à la reconnaissance préalable du Roi comme Duc de Holstein et de Lauenbourg. ¶ En dernier lieu je dois faire observer, que la sommation adressée au Gouvernement du Roi n'est pas conforme aux prescriptions du règlement d'Exécution du 3 août, 1820 (Article 10), en ce point important — qu'il n'a été laissée aucune possibilité au Gouvernement du Roi d'écarter l'Exécution en donnant suite à des exigences précises quelconques qu'on eût pris soin de formuler. Loin de là, l'Exécution elle-même apparaît simplement comme l'unique objet de la Résolution Fédérale. ¶ Dans ces circonstances Sa Majesté mon très-gracieux Roi ne peut pas reconnaître la soi-disante Exécution résolue par la Confédération pour un procédé légal fondé dans le droit Fédéral; bien au contraire elle entend réserver formellement ses très-hauts droits souverains et dynastiques. A cet effet Sa Majesté a chargé le Soussigné de protester par la présente et de la façon la plus solennelle contre l'empiétement incontestable qui lui est annoncé, et elle se réserve de prendre de telles résolutions ultérieures qu'elle regarderait comme conciliables avec ses droits et ses intérêts. Le Soussigné, &c.

No. 1323.  
Denmark,  
19. Dec.  
1863.

*C. Hall.*

### No. 1323.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Fürst Gortschakoff's Wunsch, dass Dänemark den Antrag auf eine Conferenz stelle. —

St. Petersburg, December 25 (received December 30), 1863.

(Extract.) I waited on Prince Gortschakoff this forenoon with your Lordship's telegraphic despatch of yesterday's date, stating that while Her Majesty's Government could not originate an overture for a restricted Conference at Paris on the Danish question, they would be glad to see a proposal to that effect on the part of the Government of Denmark. ¶ Prince Gortschakoff suggested that Her Majesty's Government might insinuate to the Danish Cabinet to make such a proposal. He would not himself take the initiative, but if Her Majesty's Government should judge it desirable to instruct Lord Wodehouse to take the step referred to, he, on his part, on learning that such was the case, would direct M. d'Ewers to co-operate with his Lordship. The Prince stated, however, that intelligence had reached him which appeared greatly to discourage this combination. M. de Budberg had telegraphed that the overtures of Austria and Prussia for a limited Conference on the Danish question had been repelled by M. Drouyn de Lhuys, the measure in question being widely different in scope and character from the Congress advocated by France. Nevertheless, if Her

No. 1323.  
Gross-  
britannien,  
25. Dec.  
1863.

No. 1323. Majesty's Government still thought the plan feasible, he would act so far in con-  
 junction with your Lordship. &c.  
 No. 1323.  
 25. Dec.  
 1863.

*Napier.*

### No. 1324.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Schreiben des Herzogs Friedrich an den Kaiser von Russland. —

St. Petersburg, December 25 (received December 30), 1863.

No. 1324.  
 Gross-  
 britannien,  
 25. Dec.  
 1863.

(Extract.) Prince Frederick of Augustenburg has addressed a letter to the Emperor of Russia, in which he solicits the recognition of his claim to the Duchies of Holstein and Schleswig on „legitimitist“ principles. ¶ Prince Gortchakoff informs me that the letter will not be returned, but that it will be left without an answer. ¶ The Vice-Chancellor has received very unfavourable intelligence respecting the attitude taken by the Bavarian Government in this question. The Russian Chargé d'Affaires at Munich has telegraphed that the Cabinet of Bavaria has approved the proposal of M. de Beust to proclaim the Prince of Augustenburg, to procure his recognition by the Diet, and to establish him in the Duchies by means of a Bavarian force, whether the Austrian and Prussian troops withdraw or oppose it. &c.

*Napier.*

### No. 1325.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys über die Sendung des General Fleury. —

Paris, December 29 (received December 31), 1863.

No. 1325.  
 Gross-  
 britannien,  
 29. Dec.  
 1863.

(Extract.) — I said to-day to M. Drouyn de Lhuys that I had heard a report that General Fleury had informed the Danish Government that were a war to break out between Denmark and Germany the Danish Government must not expect assistance from France. Was this true? I asked. ¶ M. Drouyn de Lhuys replied that the instructions given to General Fleury prescribed to him to conform his mission as much as possible to the conveyance of complimentary messages from the Emperor. Should he be obliged — and it was hardly to be avoided — to speak on political matters, he was to advise all possible concessions for the maintenance of peace. It might be that with a view of furthering this pacific policy the General had stated that the support of France must not be expected in the event of war, but he (M. Drouyn de Lhuys) was positive that no declaration had been made by the General which did not leave the Emperor free to take any course which events might render expedient. &c.

*Cowley.*

## No. 1326.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafterin Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys über die Rätlichkeit einer Conferenz und die Nothwendigkeit, zunächst über die Absichten Oesterreichs und Preussens Gewissheit zu haben. —

Paris, December 29 (received December 31), 1863.

(Extract.) — I saw M. Drouyn de Lhuys this afternoon, and communicated to him your Lordship's despatch of yesterday's date, stating the view taken by Her Majesty's Government of the present state of the Schleswig-Holstein question. In accordance with your Lordship's instructions I left a copy of the despatch with him. ¶ M. Drouyn de Lhuys observed that your Lordship's reasoning was perfectly just, but that it appeared to him that no further move could be made in the direction suggested by your Lordship until the Austrian and Prussian Government should state precisely what were the demands which they had to make upon Denmark. I said that we might wait for ever for more explicit information than they had already given, and in the meantime they were taking the law into their own hands. ¶ M. Drouyn de Lhuys replied that such was, no doubt, the case, and he proceeded to say that he had been applied to by the Governments of Vienna and Berlin to know whether the French Government would be willing to resume the Conferences which had been held in 1851-52 upon the Schleswig-Holstein question, the seat of the Conferences to be Paris, and with the addition of a Plenipotentiary from the Germanic Confederation. ¶ To this question, thus confidentially put, he had, he said, replied in a communication equally confidential, that he saw no advantage to be obtained from the admission of a Plenipotentiary from the Diet, who would certainly do all in his power to disturb the arrangements of 1852, to maintain which would be the object of the Conferences, and to detach Austria and Prussia from the views which they had then expressed and upheld. That with regard to Paris becoming the seat of any further Conferences, though he recognized the courtesy which had dictated the idea, it would not suit the position of the French Government. His Excellency proceeded to detail the reasons which had influenced the Imperial Government first, in proposing a general Congress, and next, a restricted one. They are already known to your Lordship, and I need not repeat them. Now, many of the Sovereigns, M. Drouyn de Lhuys continued, who had accepted both these invitations, would be excluded from the Conferences contemplated by the two Great German Powers, and it would not be consistent with the Emperor's dignity, nor accord with the courtesy due to those Sovereigns who had expressed their readiness to adopt His Majesty's views, that Conferences to which they would not be invited should be held in Paris. ¶ Then, with regard to the object of the Conferences. Before accepting or declining them, the Imperial Government must know the intention of the Governments of Austria and Prussia. At the present moment the Germanic Confederation had taken military possession of the Duchy of Holstein. That possession had been fol-

No. 1326.  
Gross-  
britannien,  
29. Dec.  
1863.

No. 1326. lowed by the proclamation, without remonstrance or protestation from the Federal  
 Gross-  
 britannien,  
 29. Dec.  
 1863. authorities, of the Prince of Augustenburg as Sovereign of the Duchy, and a  
 motion, which would probably be carried, was now before the Diet, to recognize  
 the claims of this Prince. Before the Imperial Government could consent to renew  
 Conferences, they must know whether Austria and Prussia intended to support  
 the acts of the Diet, or whether they would consider themselves bound by the  
 decision at which the Conference might arrive. They must be assured that any  
 arrangement which might be made now could not become a dead letter, as was  
 the case with the Treaty of London. It was in this sense that he had addressed  
 himself to the two Great German Powers in despatches which had been trans-  
 mitted to their respective destinations yesterday, and until he should receive ans-  
 wers from Vienna and Berlin (and he had asked for them by telegraph) he could  
 say nothing more upon the subject of Conferences. ¶ In thanking M. Drouyn  
 de Lhuys for the communication which he had made to me, I said that Her Ma-  
 jesty's Government had also been sounded in the same confidential manner; and  
 that although they might have insisted with right on the Conferences being car-  
 ried on in London, they had at once consented to waive that right, if by so  
 doing any facility could be given to the early consideration of this pressing ques-  
 tion. With regard to the Treaty of 1852 having become a dead letter, I said  
 that that must depend in a great measure on the consent of those who had signed  
 it, and that it must, at all events, not be overlooked that that Treaty had en-  
 sured eleven years of comparative tranquillity to Denmark. ¶ I then asked M.  
 Drouyn de Lhuys to tell me, if he would, what the opinion of the French Go-  
 vernment was as to the Treaty of 1852, and whether they intend to abide by it  
 or not. ¶ He replied, that on the whole he considered the claims of Denmark  
 under the Treaty of London to be unimpeachable. The Danish Government  
 had no doubt committed faults and might have been more liberal in their treat-  
 ment of the Duchies, but the terms of the Treaty were undoubtedly in favour of  
 Denmark. But as to abiding by it, that is, as to taking up arms for its main-  
 tenance, he must see his way clearer before he could say more. ¶ I said that  
 Her Majesty's Government were most sincerely desirous to act with the Imperial  
 Government on this question. They felt that if the two could agree, war might  
 be avoided; otherwise the danger of war was imminent. M. Drouyn de Lhuys  
 said, that he partook this opinion; but as his Excellency made no further obser-  
 vation, I remarked that it would be a grievous thing if the difference of opinion  
 which had arisen upon the merits of a general Congress were to produce  
 an estrangement which would leave each Government to pursue its own  
 course. I hoped that this would not be the case. Her Majesty's Government  
 would do all in their power to avoid it. I presumed that I might give them the  
 assurance that the Imperial Government were not decided to reject the notion  
 of a Conference. ¶ M. Drouyn de Lhuys replied, that the Imperial Government  
 were anxious to prevent a war, and if they saw their way to its prevention  
 through a Conference, they would not refuse to take part in one. More he could  
 not say at the present moment. ¶ I have detailed, as far as time will admit of,  
 the general tenour of my conversation with M. Drouyn de Lhuys. I should

add that his Excellency expressed the opinion that if your Lordship would also insist on knowing the intentions of the two Great German Powers, it would aid in bringing this question to an earlier solution. &c.

No. 1326.  
Gross-  
britannien,  
29. Dec.  
1863.

*Cowley.*

### No. 1327.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin.  
— Warnung Preussens vor dem Abfall von dem Londoner Vertrage. —

Foreign office, December 31, 1863.

(Extract.) — Her Majesty's Government do not hold that war would relieve Prussia from the obligations of the Treaty of 1852. The King of Denmark would by that Treaty be entitled still to be acknowledged as the Sovereign of all the dominions of the late King of Denmark. ¶ He has been so entitled from the time of the death of the late King ¶ A war of conquest, undertaken by Germany avowedly for the purpose of adding some parts of the Danish dominions to the territory of the German Confederation might, if successful, alter the state of possession contemplated by the Treaty of London, and give to Germany a title by conquest to parts of the dominions of the King of Denmark. ¶ The prospect of such an acquisition may no doubt be a temptation to those who think it can be accomplished; but Her Majesty's Government cannot believe that Prussia will depart from the straight line of good faith in order to assist in carrying such a project into effect. ¶ If German nationality in Holstein, and partially in Schleswig, were made the ground of the dismemberment of Denmark, Polish nationality in the Duchy of Posen would be a ground equally strong for the dismemberment of Prussia. ¶ It appears to Her Majesty's Government that the safest course for Prussia to pursue is to act with good faith and honour, and to stand by and fulfil her Treaty engagements. By such a course she will command the sympathy and approval of Europe; by a contrary course she will draw down upon herself the universal condemnation of all disinterested men. ¶ By this course alone war in Europe can be with certainty prevented. ¶ In this view it is very unfortunate that Admiral Irminger was refused an audience at Vienna, and could not obtain one at Berlin. It was clearly an insult to the King of Denmark. &c.

No. 1327.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

*Russell.*

### No. 1328.

**GROSSBRITANNIEN.** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. —  
Unterredung mit Herrn Hall, die Conferenz betreffend. —

Copenhagen, December 26, 1863 (received January 1, 1864).

My Lord, — I lost no time this morning in communicating to M. Hall the substance of the telegram which I had the honour to receive yesterday after-

No. 1328.  
Gross-  
britannien,  
26. Dec.  
1863.

No. 1328.  
Gross-  
britannien,  
26. Dec.  
1863.

noon from your Lordship informing me that Her Majesty's Government were willing to support a proposition from the Danish Government for a Conference at Paris on the differences between Denmark and Germany. ¶ M. d'Ewers was present at the interview which I had with his Excellency. ¶ M. Hall inquired what was meant by the condition that affairs should remain *in statu quo* till the Conference had deliberated. He had, he said, received intelligence that the Saxon troops had proclaimed the Prince of Augustenburg at Altona. ¶ I replied that I took it to be a matter of course that the maintenance of the *status quo* meant that the Prince of Augustenburg should not be installed as Duke of Holstein, and that I also understood it to mean that during the deliberations of the Conference nothing should be done as to the Constitution of November 18. ¶ As, however, M. Hall only holds office pending the appointment of his successor, I did not enter further into the matter, but requested his Excellency to lay the communication I had made as soon as possible before the King, which he promised to do. ¶ I acquainted my French and Swedish colleagues, as well as M. d'Ewers, with the step which I was about to take. ¶ I have, &c.

Wodehouse.

### No. 1329.

GROSSBRITANNIEN. — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. —  
Weitere Verhandlung wegen der Conferenz betreffend. —

Copenhagen, December 29, 1863 (received January 1, 1864).

No. 1329.  
Gross-  
britannien,  
29. Dec.  
1863.

My Lord, — I had some conversation yesterday with M. Vedel, the Under-Secretary for Foreign Affairs. ¶ M. Veded asked me whether, if the Danish Government determined to propose a Conference on the terms suggested by your Lordship, they should address the proposal to England alone, or to all the Powers who had signed the Treaty of 1852. ¶ I begged M. Vedel to understand distinctly that my communication to M. Hall was not to be regarded in the light of an overture from Her Majesty's Government, but simply as a suggestion; and I said it seemed to me that the Danish Government should address their proposal to the three Powers who had tendered advice to Denmark at the present juncture, namely, to France, England, and Russia. ¶ It would, I observed, probably be difficult enough to induce Germany to consent to a Conference even if France and Russia co-operated heartily with England, but without such co-operation he must see that it would be almost impossible. It was obvious, therefore, that it was most undesirable that the application for a Conference should be made exclusively to England. With regard to the German Powers, I said that as there might be a difficulty in the present state of their relations with Denmark in making a direct communication to them, it would, perhaps, be sufficient to furnish the Danish Ministers at Berlin and Vienna with copies of the instructions sent to their colleagues at Paris, London, and St. Petersburg, with orders to make known the contents of those instructions to the Prussian and Austrian Governments if they thought it expedient. ¶ M. Vedel



further asked me whether I thought that the Danish Government should state that the negotiations must take place on the basis of the Treaty of 1852. ¶ I replied, that in my judgment it would be a mistake to make any special reference to the Treaty of 1852, as, by so doing, the Danish Government would appear to admit that a question might be raised as to the validity of that Treaty. I recommended that controversial topics should as far as possible be avoided, and that the proposal should be placed on the broad ground of an appeal from Denmark to the three Powers, to assist her in a last endeavour to unravel by negotiation the complicated questions on which she is at issue with Germany, instead of cutting the knot by a war, the consequences of which might extend far beyond the narrow area of the actual dispute. ¶ I took care to impress upon M. Vedel, that in promising to support Denmark in obtaining a Conference, Her Majesty's Government in no way withdrew from their opinion that the Constitution of November 18 ought to be revoked as regarded Schleswig. ¶ I have, &c.

No. 1329.  
Gross-  
britannien,  
29. Dec.  
1863.

*Wodehouse.*

### No. 1330.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Stuttgart an den königl. Min. d. Ausw. — Württembergs Abfall von dem Londoner Vertrag und öffentliche Stimmung in Deutschland. —

Stuttgart, December 27, 1863 (received January 1, 1864).

(Extract.) I have the honour to acknowledge receipt yesterday of your Lordship's despatches of the 17th and 22nd instant. ¶ I obtained an interview with Baron Hügel to-day, in order to communicate to his Excellency the former of the above despatches, and I carried with me a copy of it to be left in his hands, as authorized to do by the latter. ¶ After reading over with Baron Hügel the despatch of the 17th, his Excellency remarked that the principles urged therein might be very good, but it was a matter of impossibility for this Government to adhere to the validity of their accession to the Treaty of 1852; that at all events he would not be the Minister who would counsel or sanction such an act on the part of the King; that if he did so he might just as well order for himself an apartment in the Lunatic Asylum, and that he would be pointed out to execration and ridicule by all his countrymen; and that, if the King desired still to adhere to the Treaty, he must find another Minister to take the responsibility, for that he would certainly decline to do so. ¶ Baron Hügel then showed me the last number of one of the Radical newspapers here, which had just been suppressed by the Government on account of a most violent and in fact revolutionary article which it contained, urging the people to rise as in 1848, in order to force the Governments of Germany to support the pretensions of Prince Frederick of Augustenburg; and Baron Hügel asked me whether it was a time to maintain the validity of their adherence to the Treaty of 1852 when such principles as these were advocated and very likely to be acted upon. ¶ It is not necessary to trouble your Lordship with a more lengthened report of other

No. 1330.  
Gross-  
britannien,  
27. Dec.  
1863.

No. 1330. portions of Baron Hügel's reply, which were more easy to reply to than the  
 Gross- above. They referred chiefly to the old argument, that Denmark had not ful-  
 britannien, filled her engagements to Germany, which in fact your Lordship's despatch of  
 27. Dec. the 17th most unanswerably confuted. What I have reported is plain enough,  
 1863. and I thanked Baron Hügel for the clearness of his statement, which I assured  
 his Excellency I would transmit to your Lordship. ¶ The fact really is, my  
 Lord, that in the present state of public feeling here and in the other States of  
 South Germany, at all events — and I particularly refer to Bavaria and Baden  
 — the Governments are too weak to resist the popular agitation which has risen  
 on the subject of the Succession to the Duchies of Schleswig, Holstein, and  
 Lauenburg. I particularly mention all three; they are considered to be entirely  
 in the same category, and nothing short of the severance of all three from Danish  
 rule, or at the very least of the two purely German Duchies and the German  
 portion of Schleswig, will satisfy the German patriotic, as well as radical, agi-  
 tation which now prevails. If any Government should venture to resist, it and  
 its ruling family would be without doubt overturned. Nothing short of the German  
 occupation of Schleswig will now satisfy the people, and they would rather that  
 Denmark should resist the Federal force in Holstein than that it should yield  
 and so afford no pretext for an armed attack on Schleswig. ¶ I have called this  
 agitation patriotic as well as radical. Both lines of opinion unite in urging the  
 same course on the Governments: the former striving after a united Germany,  
 which it is hoped to arrive at by a display of German strength upon this question;  
 and the latter taking advantage of it, as witnessed by the late meeting of members  
 of the different German Legislatures at Frankfort, to push their own schemes  
 and gain adherents to their almost revolutionary projects. ¶ In my despatch of  
 the 23rd ultimo, to which your Lordship refers in your despatch of the 30th  
 (only received by me on the 26th instant) I stated shortly what even then  
 appeared to me to be the evident necessity in this respect, to which I feared this  
 Government must bow, as regards their accession to the Treaty of 1852, and I  
 regret exceedingly that I find myself compelled to differ — and now far more  
 decidedly than would have been the case five weeks ago — with your Lordship's  
 observation in the above despatch to the effect that the faithful adherence of this  
 Government to their engagements assumed by their accession to the Treaty of  
 1852, would save them from the revolutionary movements to which I feel con-  
 vinced that they are perilously exposed, if they oppose in this affair the strong  
 and unanimous feeling and determination of the whole country. ¶ I am per-  
 suaded that if the violation of Treaty engagements will not save Wurtemberg  
 from revolution, the maintenance of them, in this case, would most certainly  
 precipitate such a catastrophe. ¶ I trust that I shall be excused for making this  
 remark with reference to your Lordship's above-named despatch, and for assuring  
 your Lordship that there has been no eagerness on the part of this Government  
 to get rid of solemn engagements in this case, but that I can testify that their  
 conviction of the necessity to do so was forced upon them most unwillingly.  
 ¶ Before leaving Baron Hügel I asked his Excellency whether he had already  
 instructed the Wurtemberg Representative at the Diet to vote for the right of

Succession of Prince Frederick of Augustenburg to Schleswig-Holstein and Lauenburg. Baron Hügel replied to this in the negative. But I learn that a great Council of State (including the six Counsellors without portfolios) is to be held to-morrow, to determine on the course to be pursued. ¶ Baron Hügel had a meeting last week at Augsburg with Herr von Beust on the latter's way from Munich, where he had conferred with Baron Schrenk, and I have no doubt that these three Ministers have determined upon the course to be pursued by their respective Governments in common, and that this course will be adopted by the great Council here at their approaching meeting. &c. *Gordon.*

No. 1330.  
Gross-  
britannien,  
27. Dec.  
1863. ¶

### No. 1331.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Dresden an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Beust über die Unhaltbarkeit des Londoner Vertrags. —

Dresden, December 28, 1863 (received January 1, 1864).

My Lord, — On Saturday the 26th instant, the earliest opportunity that I had of seeing M. de Beust after his return from Munich, I called on his Excellency, and, in obedience to the instructions contained in your Lordship's despatch of the 17th instant, I read the despatch to him, and left him a copy of it. ¶ M. de Beust said that he perfectly agreed with the general views expressed by your Lordship in that despatch, and he admitted that the deductions therein drawn were perfectly logical and sound; but he could not admit their applicability to the course pursued by the Saxon Government. He then repeated what he had stated to me on a former occasion, — that when the assent of Saxony to the Treaty of 1852 had been asked and replied to in the affirmative, he had foreseen the disagreeable consequences that might, in after time, arise to this country from becoming a party to a Treaty which had not received the sanction of the Confederation, and had purposely evaded the word „adhésion“, replacing it by „assentiment“, and had introduced a reservation of the prior obligations due by this Government to the Confederation. ¶ I observed that the whole international law of Europe would be thrown into inextricable confusion if the two great German Powers could make and sign solemn Treaties, in conjunction with the other Great Powers of Europe, and afterwards repudiate them on the ground of their obligations to the Confederation. To this M. de Beust replied that he was not called upon in this matter to defend the course followed by Austria and Prussia; nay, more, he stated that he had on various occasions informed the Representatives of those two Powers that they had, in his opinion, acted very imprudently, and had incurred the risk of finding themselves in a dilemma such as now exists. As Minister of a secondary German Power included in the Confederation, M. de Beust holds that Austria and Prussia have a perfect right, as two of the Great German Powers of Europe, to sign separately or together Treaties affecting matters or countries beyond the jurisdiction of the Confederation; but he denies their right of signing, either separately or together,

No. 1331.  
Gross-  
britannien,  
28. Dec.  
1863.

No. 1331. without the sanction of the Confederation, any Treaty affecting the hereditary  
Gross-  
 britannien,  
 28. Dec.  
 1863. or territorial rights of any persons or provinces within its jurisdiction. His  
 Excellency went on to say that, however good and praiseworthy may have been  
 the intentions with which the Treaty of London was framed, it is now beyond  
 doubt that the voice of all countries, provinces, and classes in Germany has  
 pronounced unanimously against it; and he makes no secret of his opinion that  
 any German Government that should at this moment attempt to act in opposition  
 to this overwhelming current of national feeling would imperil its own existence.  
 Under present circumstances, it is the opinion of M. de Beust that the occupation  
 of Holstein by the regular troops of the Confederation has been a measure not  
 only called for by the political exigencies of the question itself, but rendered  
 doubly necessary as being the only means of preventing insurrection in the  
 Duchy, aided by swarms of irregular bands from all parts of Germany. ¶ I have  
 endeavoured to report to your Lordship as faithfully as possible the language  
 held by the Saxon Minister on this occasion; and I have, &c.

*Ch. A. Murray.*

### No. 1332.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Den Conferenzvorschlag betreffend. —

Frankfort, December 28, 1863 (received January 1, 1864).

No. 1332. (Extract.) I had the honour of receiving your Lordship's telegram  
Gross-  
 britannien,  
 28. Dec.  
 1863. on Saturday evening at half-past 8 o'clock, and in conformity with the instruc-  
 tions therein conveyed to me, I addressed to the President of the Diet, on the  
 following day, the note of which I beg to annex a copy. ¶ In my despatch of  
 the 25th November last I had the honour of acquainting your Lordship that M.  
 Von der Pfördten regarded the question in an altered light; since the King's  
 death, by opening the question of Succession in the Duchies, had produced a  
 grave complication. ¶ It was under these impressions that the Bavarian Go-  
 vernment intimated their indisposition to admit the sole mediation of Her Ma-  
 jesty's Government in the Danish question, as reported in my despatch of the  
 27th ultimo. ¶ As regards the present offer of Her Majesty's Government to go  
 into Conference, it is to be apprehended that the Diet will in the first place allow  
 some time to pass before giving an answer; that during that time events will  
 have taken place in Holstein which they will seek to present as established facts,  
 and as wholly concerning the Confederation. Further, it may be surmised, if  
 the Conferences are accepted, that it will be sought to limit discussions to the  
 international part of the question, as far as it concerns Schleswig; and to exclude  
 everything relating to Holstein and Lauenburg, or to the right of Succession. &c.

*A. Malet.*

## No. 1333.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Answ. — Das angebliche Recht des Deutschen Bundes zur Entscheidung der Successionsfrage in einem Bundeslande betreffend. —

Paris, January 1 (received January 2), 1864.

My Lord, — I should have mentioned in my despatch of the 29th ultimo that in the course of the conversation with M. Drouyn de Lhuys therein recounted, I observed to his Excellency that Her Majesty's Government did not admit the validity of the claim put forward by the Germanic Confederation to decide who was the legitimate Sovereign of the Duchy of Holstein. Her Majesty's Government, I said, know of no Treaty or other international act which gave this power to the Confederation. M. Drouyn de Lhuys said that such was his impression also, and he added that the Russian Ambassador had called his attention to the fact that in the year 1829 the Succession to the Sovereignty of the Grand Duchy of Baden had been disputed, and had been settled without the interference of the Confederation. ¶ I have, &c.

No. 1333.  
Gross-  
britannien,  
1. Jan.  
1864.

*Cowley.*

## No. 1334.

**WÜRTTEMBERG.** — Min. d. Ausw. an den königl. grossbritannischen Gesandten in Stuttgart. — Den Londoner Vertrag betreffend. —

(Uebersetzung.)

Stuttgart, December 30, 1863.

In doing himself the honour of informing Mr. Gordon, etc., that he has not failed to lay before the King his gracious Master the despatch of the 17th instant of the Royal British Minister of Foreign Affairs, with reference to the Duchies, which Mr. Gordon had the goodness to communicate to him in copy, the Undersigned, etc., permits himself at the same time to add the following remarks. ¶ Lord Russell having been pleased to set on one side those motives which had specially influenced the German Governments which had signed, and those which afterwards acceded to, the Protocol of May 1852, with the statement that those motives had relation to compacts of a different nature, agreed to at other periods, and contained in totally different documents, the Undersigned begs permission to recall to his Lordship a passage in the despatch of Prince Schwartzberg, the Austrian Minister at Copenhagen, dated December 26, 1851, as having close and immediate relation to the coming into existence of the London Protocol, and the adhesions to the same which followed afterwards. The passage runs thus: „Were the Danish Government now to find itself moved to acknowledge as its own that view of its programme which we have laid down in the present communication and its inclosure; if it would assure us immediately of the actual realization of the intentions which it has as

No. 1334.  
Württem-  
berg,  
30. Dec.  
1863.

No. 1234.  
Württem-  
berg.  
30. Dec.  
1863.

yet communicated to us officially only as a possible eventuality, in the binding form of a Declaration given by order of His Majesty the King, and then also model its acts thereafter in so far as opportunity for doing so now presents itself; we could then confidently rely upon an early conciliatory issue of the existing misunderstanding between the different portions of the Danish Monarchy, as also between the latter and the German Confederation; we would resign the commission under which we, together with Prussia, represent the German Confederation in this affair, at the same time evacuating Holstein, and re-establishing the complete authority of the local Sovereign in those Duchies; we would, in the Diet, support the arrangement that has been agreed upon, and we would, at the same time, consider the new internal foundation for the bond uniting these countries under the same ruler as sufficiently far advanced, in order that we should participate in the international guarantee of the integrity of the Monarchy through recognition of the common Succession.“ ¶ The Royal Government had exactly the same, and only this, point of view before their eyes when they resolved to accede to the recognition of the altered Succession in the Duchies contained in the Protocol, under the condition that Denmark would faithfully fulfil its obligations, and that that order of Succession would be carried into execution in a constitutional manner, according to the laws of the country, that is to say, with the assent of the Representative Assemblies, of the hereditary Agnates, and of the German Confederation. ¶ On this account, also, Wurtemberg was induced to declare its acceptance of the Protocol of May 8, 1852, only to the Representative of that State from which reciprocal performances were to be expected, that is, to the Royal Danish Minister of Foreign Affairs, by note of November 23, 1852; whilst the Representatives of the other Powers accredited at this Court were simply informed of this resolution of the Government. ¶ In place, however, of straightforwardly and faithfully fulfilling the obligations assumed in return for this, the Danish Government has, during ten years, heaped acts upon acts which testify to their disregard and defiance of the German Confederation and the German nation, and has thereby awakened the feelings of humiliation and well-founded bitterness in all classes of the German population to such a degree that a resignation of the Duchies to Denmark to-day would have, to every German Government which should be ready to assent thereto, without being forced to yield to considerations of justice which might appear to it to be unavoidable, or to the power of higher interests of State and circumstances of weighty importance, heavy and incalculable consequences. ¶ The Royal Government, on their side, believed itself, therefore, to be so much the more entitled to release itself from the engagements springing from its accession to the London Protocol, because it is open to each of the Contracting Parties to private as well as to international Treaties, if the one party do not fulfil their obligations, to attain that fulfilment either by judicial sentence or, where no superior tribunal exists, by other means of compulsion, or else to declare itself, on its side, freed from all engagements. If this Government, therefore, has selected the latter course, and is resolved to persist in the same, whilst it claims to itself complete freedom for the approaching vote in the Diet on the

question of Succession in the Duchies, it had thought it might expect at the hands of a Cabinet which itself is so attentive to the direction of public opinion in its own country, so much the more liberal („billigere“) an appreciation than that of the reproach of want of good faith („Mangel an gutem Glauben“), as that, and the noble Lord will not dispute it, an incomparably slighter justification must be admitted to appertain to the dissolution of many solemnly settled Treaty engagements in the course of the last years than in the present case to the Government of Wurtemberg. ¶ This Government would only have been too thankfully grateful if the English Cabinet had been pleased earlier to manifest its zeal for the holding sacred of Treaty arrangements, by exercising commensurate influence on the Danish Government in that direction, instead of characterizing, when it is too late, the Resolution here, arising from the refusal of Denmark to fulfil its obligations, as reposing on empty and capricious motives („leeren und launigen Motiven“). Receive, &c.

No. 1334.  
Wurtemberg,  
30. Dec.  
1863.

Hügel.

---

### No. 1335.

**BAIERN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Antwort auf die identischen Noten Oesterreichs und Preussens vom 5. December, die Execution betreffend. —

München, 31. December 1863.

Die Vertreter von Oesterreich und Preussen haben der königlichen Regierung unterm 5. d. M. die bereits durch die Zeitungen veröffentlichten identischen Noten übergeben, womit diese beiden Regierungen, sich über die zunächst zu ergreifenden Massregeln in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit aussprechend, an uns das Ersuchen richteten, für den bekannten österreichisch-preussischen Antrag auf einfache Ausführung des unterm 1. October d. J. beschlossenen Executionsverfahrens in der Bundesversammlung zu stimmen. ¶ Nachdem dieser Gegenstand durch den Majoritätsbeschluss vom 7. d. M. eine den Wünschen dieser Regierungen entsprechende Erledigung gefunden hat, erübrigt uns in dieser Beziehung nur der Ausdruck des Bedauerns, dass wir uns nicht veranlasst sehen konnten, nach dem Misslingen unserer Vermittelungsversuche in den vereinigten Ausschüssen, uns die Anschauungen der Cabinette von Wien und Berlin anzueignen. ¶ Da der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 ebenso wenig für den Bund als für die königliche Regierung zu Recht besteht, so konnte nämlich unseres Erachtens nach dem Ableben des Königs Friedrich VII. von Dänemark das gegen diesen Souverain als Herzog von Holstein-Lauenburg eingeleitete Executionsverfahren nicht mehr fortgesetzt werden, dagegen musste die durch das Bundesrecht begründete Besetzung dieser Herzogthümer zur Sicherung aller jener Rechte erfolgen, deren Wahrung dem Bunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen obliegt. ¶ Wie wir weit davon entfernt sind, den freien Entschliessungen einer anderen Regierung bezüglich ihrer Abstimmung in der Bundesversammlung irgend Eintrag thun zu wollen, und nicht anstehen, auch

No. 1335.  
Baiern,  
31. Dec.  
1863.

No. 1335.  
 Baiern.  
 31. Dec.  
 1863.

jenen Ansichten, welche von den unserigen abweichen, volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, so glauben wir, auch für uns die volle Freiheit unserer Entschlüsse wahren und die Anerkennung beanspruchen zu sollen, dass wir unseren Standpunkt in der vorliegenden Angelegenheit nur nach gewissenhafter Erwägung der Frage des Rechtes, welche jeder anderen Rücksicht vorgeht, gewählt haben, und dass uns die Sicherheit und die Rechte Deutschlands nicht weniger nahe liegen, als anderen Bundesgenossen. Deshalb müssen wir aber auch entschieden den Vorwurf ablehnen, welcher darin zu liegen scheint, dass die königl. Regierung auf die Gefahren aufmerksam gemacht wird, welche sich für den Bund an ein übereiltes und einer einseitigen Tendenz folgendes Verfahren knüpfen können. ¶ Auch wir verkennen nicht, dass die Wahrung der Rechte, welche dem Bunde hier obliegt, bei der gegenwärtigen politischen Lage einen allgemeinen Krieg zur Folge haben kann. Die Verantwortung dafür, so wie die Schuld an der Gefährdung des Friedens, dessen Werth wir in keiner Weise unterschätzen, kann aber nicht diejenigen Regierungen treffen, welche durch den Schutz jener Rechte eine heilige Pflicht erfüllen. Dabei will es uns auch scheinen, dass das Bestreben der Erhaltung des Friedens um den Preis der Verletzung des Rechtes doch keine Gewährschaft gegen den Ausbruch eines Krieges, oder Europa bessere Bürgschaften des Friedens und der Ordnung bietet, als eine Politik, welche den Anforderungen des Rechtes zu genügen bestrebt ist und damit auch Gefahren ferne hält, welche sonst von innen drohen und wohl keine geringere Beachtung verdienen, als die Kriegsgefahr, welche zudem um so weniger zu besorgen sein wird, je einiger Deutschland dem Auslande gegenüber steht. ¶ Nicht wohl erklärlich ist es uns, wie das Ansehen des Bundes darunter hätte leiden sollen, wenn Oesterreich und Preussen in der vorliegenden Angelegenheit überstimmt worden wären. ¶ Es wäre dieses unseres Dafürhaltens nur dann der Fall gewesen, wenn dem gefassten Bundesbeschlusse keine Folge würde gegeben worden sein, während das Ansehen und die Bedeutung des Bundes gewiss nur gewinnen könnten, wenn die beiden deutschen Grossmächte zum Vollzuge eines ohne ihre Zustimmung gefassten Beschlusses dennoch mitwirken oder aber doch demselben kein Hinderniss entgegenstellen würden. ¶ Hierauf glaubten wir jedenfalls zählen zu dürfen, denn abgesehen davon, dass die durch die älteren Grundgesetze des Bundes begründeten Verpflichtungen denen des neueren Londoner Vertrages unzweifelhaft vorgehen, müssen uns die Verpflichtungen Oesterreichs und Preussens aus diesem Vertrage überhaupt mehr als zweifelhaft erscheinen, nachdem der Londoner Vertrag erst durch die noch fehlende Zustimmung näherer Erbberechtigter, so wie der betreffenden Landesvertretungen, rechtliche Geltung erlangen konnte und bei dem bewährten Rechtssinn der Cabinette von Wien und Berlin nimmermehr vorausgesetzt werden darf, dass sie durch den Abschluss dieses Vertrages wohlbegründete Rechte Dritter verletzen wollten, oder den Vertrag jenes Mangels ungeachtet aufrecht zu erhalten gedächten. ¶ Nicht minder halten wir den Londoner Vertrag auch um deswillen für diese beiden Mächte nicht mehr für bindend, weil die Bedingungen, auf welche deren Theilnahme an demselben sich stützt, von der anderen Seite nicht erfüllt worden sind. ¶ Im Hinblicke auf die in den identischen Noten nieder-



gelegte Versicherung dieser Cabinette, dass sie die Rechte und Interessen Deutschlands, welche von den hier in Frage stehenden wohl kaum zu trennen sind, mit Nachdruck wahren werden, glauben wir uns daher vertrauensvoll der Hoffnung hingeben zu dürfen, dass es den Regierungen von Oesterreich und Preussen gefallen möge, im Interesse ihrer eigenen Stellung in Deutschland, sowie des Bundes und der bedrohten Rechte, den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 für sich nicht mehr als bindend anzuerkennen und ihre Gesandten am Bundestage anzuweisen, in Gemässheit des Bundesbeschlusses vom 23. d. M. auf die möglichst beschleunigte Erledigung der Frage der Erbfolge hinzuwirken, bezüglich welcher wir die Ansprüche des Erbprinzen Friedrich von Angustenburg für rechtlich begründet erachten. ¶ Indem ich Ew. . . . . ersuche, Sr. Excellenz dem kaiserl. österreichischen Minister Herrn Grafen Rechberg von gegenwärtigem Erlasse durch Vorlesen Mittheilung zu machen, und Sie ermächtige, Sr. Excellenz auf etwaiges Verlangen eine Abschrift davon zu hinterlassen, gebe ich mich zugleich der Erwartung hin, dass Sie allen Ihren Einfluss aufbieten werden, um das kais. Cabinet für die nationale Sache zu gewinnen, und benütze, &c.

No. 1335.  
Bayern,  
31. Dec.  
1863.

*Schrenk.*

### No. 1336.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN (AUGUSTENBURG).** — Proclamation des Herzogs Friedrich beim Eintritt in das Land. —

Schleswig-Holsteiner! — Als ich Euch verkündete, dass ich, kraft der alten Erbfolgeordnung unseres Landes und des Oldenburgischen Hauses, die Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein angetreten habe, war das Land von fremden Truppen besetzt. Vor den deutschen Bundestruppen zurückweichend, die Ihr mit Jubel als Befreier begrüsst, haben dieselben zunächst das Herzogthum Holstein geräumt. ¶ Eurem Rufe habe ich mich nicht entziehen wollen. Ich erfülle eine unabweisliche Pflicht, wenn ich nicht länger zögere, die Sorgen dieser ernsten Zeit mit Euch zu tragen. ¶ Verwickelungen, welche vor meinem Regierungsantritt entstanden, haben den Deutschen Bund veranlasst, zur Wahrung der Landesrechte gegen die bis dahin in Holstein factisch bestehende Gewalt einzuschreiten; Commissare des Bundes haben die Verwaltung des Landes übernommen. ¶ Die Bundesexecution, von Anfang an nicht gegen meine Regierung gerichtet, ist jetzt gegenstandslos geworden. Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, dass ich die Rechte des Landes in ihrem ganzen Umfange anerkenne und zur Geltung bringen will. Ich halte mich überzeugt, dass auch der Deutsche Bund die Gründe, welche ihn zur Anordnung commissarischer Verwaltung bewogen, für beseitigt erkennen wird. ¶ Ich habe die begründete Zuversicht, dass der gegenwärtige Zwischenzustand nur von kurzer Dauer sein wird, und hege die Erwartung, dass meine getreuen Unterthanen die vom Bunde angeordnete vorläufige Verwaltung achten und Conflicte vermeiden werden. ¶ Schleswig-Holsteiner! — Ich brauche Euch nicht zu sagen, wie ich Euch die Liebe und Treue, welche Ihr mir entgegenbringt, danke. Ihr steht

No. 1336.  
Schleswig-  
Holstein,  
31. Dec.  
1863.

No. 1326.  
Schleswig-  
Holstein,  
31. Dec.  
1863.

mit einer Einmüthigkeit und Entschlossenheit zu mir, welche der Welt beweisen werden, dass mein Souverainitätsrecht in Eurer freien Ueberzeugung, Eurer Vaterlandsliebe und Eurem unbeugsamen Willen eine sichere Stütze finde. ¶ Danket mit mir dem allmächtigen Gott, der uns bis hierher geführt hat. Er wird uns auch weiter führen.

Kiel, den 31. December 1863.

Friedrich,  
Herzog von Schleswig-Holstein.

### No. 1337.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Carlsruhe an den königl. Gesandten in Stuttgart. — Unterredung mit Herrn von Roggenbach über die Unhaltbarkeit des Londoner Vertrags. —

Carlsruhe, December 31, 1863.

No. 1337.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

(Extract.) The position taken up by this Government is one of direct antagonism to Her Majesty's Government, and the language of Baron Roggenbach to me in conversation gives every ground for concluding that no change of policy is to be expected here. ¶ Baron de Roggenbach has expressed to me his firm belief that Prussia and Austria will be unable, eventually, to resist the pressure exerted upon them by popular opinion; but should they do so, and stand aloof from the smaller States, the latter, he says, would form a third group — a second sort of Confederation of the Rhine — which, though he would regret it (as he has always considered England to be Germany's best and natural ally) must necessarily look to France for protection and support. ¶ Baron de Roggenbach has also said to me that Her Majesty's Government should be under no illusion as to the state of public feeling in Germany on this question and he has more than once given me to understand that the Governments of the smaller States, even if otherwise disposed, are utterly powerless to adopt any other course than that which they are now pursuing. &c.

Baillie.

### No. 1338.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw. — Besuch des Herzogs Friedrich in München. —

Munich, December 23, 1863 (received January 4, 1864).

No. 1338.  
Gross-  
britannien,  
23. Dec.  
1863.

My Lord, — The sudden arrival here on the 18th instant of Prince Frederick of Augustenburg, to pay his respects to the King of Bavaria, has created some sensation. ¶ Baron Schrenk informed me that his visit was quite unexpected. ¶ The Prince had written to His Majesty to thank him for returning to Munich on a question involving his personal interests, and he expressed

a wish to do so in person. M. de Stockhausen (an agent of the Prince now residing here, but not recognised in any official capacity) called on Baron Schrenk on the morning of the 18th instant and stated that he had telegraphed to the Prince to say that, as the object of his visit was to obtain an immediate recognition by the King of Bavaria, and as that object was not at present attainable, it would be better for him not to visit Munich. ¶ This telegram in cypher was refused transmission, the writer not being an official person, and a few hours after M. de Stockhausen was informed of the Prince's having reached Bamberg and of his intended arrival that evening at Munich. ¶ I am informed that the King received the Prince most graciously, advancing to the staircase to meet him. ¶ Prince Frederick travelled *incognito* under the title of Count Storman-Augusten, and was accompanied by the two Counts Rantzau and a numerous suite. He had an interview with Baron Schrenk, who informs me that he was very reasonable and calm. From what I could gather from Baron Schrenk, it did not appear to be the intention of the Prince to enter Holstein until the Diet has decided on the question of his rights. ¶ On the morning following the Prince's arrival, he witnessed from the windows of the Palace, but without appearing before the public, an ovation offered to the King of Bavaria by the inhabitants of the capital. A crowd of several thousands assembled before the Palace to thank His Majesty for returning to Munich, and for his declaration in favour of Prince Frederick and of the rights of the Duchies of Schleswig-Holstein. ¶ His Majesty appeared at the window and was much affected at the loyal demonstration of his people. ¶ Baron de Beust, the Saxon Minister President, arrived here on the 20th instant, and has had interviews with the King of Bavaria and Prince Frederick of Angustenburg. ¶ I have, &c.

No. 1339.  
Gross-  
britannien,  
23. Dec.  
1863.

*Augustus Loftus.*

---

### No. 1339.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw. —  
Besuch des Herrn von Beust in München. —

Munich, December 23, 1863 (received January 4, 1864).

(Extract.) At an interview I had yesterday with Baron Schrenk, I referred to the sudden presence here of Baron Beust, the Saxon Minister President, and I inquired of his Excellency the motive of his visit to Munich. ¶ Baron Schrenk said that Baron Beust had come to confer with him on the Schleswig-Holstein question. His Excellency stated that Bavaria and Saxony partook of the same views („se trouvaient sur la même ligne“) on that question; the only shade of difference being that the King of Bavaria had already expressed his personal convictions as to the legal rights of Prince Frederick, whereas the King of Saxony was occupied in studying them. Baron Schrenk then continued to state that Baron Beust and he were agreed that it was most desirable to hasten as much as possible a decision of the Diet on the question of the legal Succession to the Duchy of Holstein, as it was necessary to put an end to the state of un-

No. 1339.  
Gross-  
britannien,  
23. Dec.  
1863.

No. 1339.  
Gross-  
britannien,  
23. Dec.  
1853.

certainly now existing, which tended to keep up the popular agitation and to inflame the public mind. ¶ I replied to his Excellency that I could not agree in this opinion. I remarked to him that in the present feverish state of public opinion, a decision either adverse or favourable to Prince Frederick would equally give cause to public manifestations, which might endanger the public peace. Surely, I observed, the Federal Execution having now taken place, and in all probability without causing a conflict, it was unnecessary, as well as unwise, to provoke a hasty decision of the Diet on a question which would be in no way affected if deferred until the popular passions and excitement had somewhat abated. ¶ I then inquired of his Excellency what course would be pursued if the Diet should declare in favour of Prince Frederick of Augustenburg, and what course those States who supported his claims would take in the event of an adverse decision. His Excellency replied that if the Diet declared in favour of Prince Frederick of Augustenburg it would have to provide the necessary means for his installation. He could not admit that the two great German Powers, if they should be in the minority, could oppose the execution of a Federal Decree. ¶ If, on the other hand, the Diet should declare against the rights of Prince Frederick, then the Ministry must submit to the Federal decision, and the question would be at rest. In his opinion the authority of the Diet must be upheld if the Confederation is not to become a mere phantom. ¶ I have learnt from other quarters that the language of Baron Beust during his stay here was very decided and energetic. He stated that the Schleswig-Holstein question admitted of no discussion; that there was an absolute necessity for the several Governments to go with the popular movement, or to be borne down by it. He considers that if Austria and Prussia should be outvoted in the Diet, and be still unwilling or unable as European Powers to act against the Treaty of London, yet that they may passively permit the Germanic Confederation to enforce the decrees of the Diet, and by withdrawing their troops, escape any entanglement with the European Powers. He further confidently expects that if the Diet should declare in favour of Prince Frederick (of which he entertained no doubt), and should energetically proceed to enforce its decision with the physical means at its command, such will be the force of public opinion in Germany, and more especially in Prussia, that no Ministry either at Berlin or at Vienna could resist the pressure which would be put upon them. ¶ My informant also states that the King of Bavaria partakes of the views of Baron Beust, and that as a first measure a proposal will be submitted to the Diet by Bavaria to hasten their decision on the question of the Succession to the Duchy of Holstein. ¶ The effect of the visit of Baron Beust here has been to give a fresh impulse to the supporters of Prince Frederick of Augustenburg, and to encourage a more decided action with the popular movement. ¶ On this question, the greatest influence is exercised over the King by M. von der Pfordten, General von der Tann, and M. Wendland (who has just returned to his post at Paris). &c.

*Augustus Loftus.*

---

## No. 1340.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw. —  
Weiteres über den Besuch des Herrn von Beust in München. —

Munich, December 29, 1863 (received January 4, 1864).

(Extract.) — Subsequent to my conversation with Baron Schrenk on the visit of Baron Beust to Munich, and the motives of it, as reported in my despatch of the 23rd instant, I learnt that during the stay of Baron Beust, and I believe at his suggestion, it was agreed between the Bavarian and Saxon Ministers that, in the event of the Diet declaring in favour of the rights of Prince Frederick of Augustenburg to the Duchy of Holstein, a formal Resolution should be conjointly submitted by Bavaria and Saxony to the Diet, proposing to change the Federal Execution in the Duchies of Holstein and Lauenburg into a Federal occupation, with the view of carrying into effect the decision of the Diet, and of installing Prince Frederick as the lawful Duke of Holstein. ¶ It appeared to me that this was the natural and logical consequence of a decision of the Diet in favour of Prince Frederick, for which decision Baron Schrenk confessed his impatience, and which he likewise firmly believed would be given in favour of Prince Frederick; for it is clear that the moment the right of Succession to the Duchy has been declared by the Diet to be in favour of Prince Frederick, the motive for an Execution against the King of Denmark would cease to exist. ¶ The object which has apparently induced the Bavarian and Saxon Governments to take this precipitate course is to prevent the possibility of arrangements being effected with the co-operation of Austria and Prussia in the sense of the Treaty of London. They consider that both Prussia and Austria are still wavering between their adhesion to the engagements of that Treaty and their duties to the German Confederation. They appear to be of opinion that neither of the great German Powers will wish to risk their popularity in Germany by a steadfast opposition to the national will; and they further entertain some suspicion that at an early moment one of the great German Powers will seek to outstrip the other by placing itself at the head of the popular movement. ¶ I may further observe to your Lordship that Baron Beust (from the language he held here) seems fully persuaded that a change of policy on the Schleswig-Holstein question is imminent in Prussia, and that a change of policy will likewise bring about a change of Ministry. He calculates, therefore, that a decided action on the part of the Diet, supported by the public opinion of Germany, will force Prussia to abandon her present attitude, and to place herself at the head of the popular movement. ¶ The German nation, though not ambitious of aggression, feels that some military action is required to gain for it the respect of Europe, and it sees with humiliation that for twelve years its grievances against Denmark have remained unredressed. ¶ It is this feeling which pervades all classes, and which forces the Governments of all the minor States to seek the lead and direction of a popular movement which, if disregarded and unheeded, will inevitably, sooner or later, be directed against themselves. &c.

*Augustus Loftus.*

## No. 1341.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw.  
— Politik der deutschen Mittelstaaten bezüglich Schleswigs. —

Munich, December 29, 1863 (received January 4, 1864).

No. 1341.  
Gross-  
britannien,  
29. Dec.  
1863.

My Lord, — I have had the honour to receive your Lordship's telegram inquiring whether it was contemplated by Germany to assist Prince Frederick of Augustenburg to get possession of Schleswig. ¶ Since its receipt I have not been able to see Baron Schrenk, the only source from which I could have obtained the necessary official information. ¶ I may, however, inform your Lordship that the question of Succession as now pending before the Diet refers only to that of the Duchy of Holstein; and the decision of the Diet, therefore, if in favour of the rights of Prince Frederick, would only confer on him that Duchy. ¶ I have reason to believe, however, that there is at present no intention on the part of the several Governments favourable to the cause of Prince Frederick to extend their action to Schleswig, further than to insist on the fulfilment by Denmark of the engagements taken by the late King in 1851-52. But the course which will be pursued is very clear. When the Duchy of Holstein shall be in the possession of Prince Frederick, it is probable that his Government will then, irrespectively of the Diet and of Germany, seek to gain possession of Schleswig, and that although every indirect aid and assistance will be given by Germany, such, for instance, as the enlistment, on German soil, of volunteers, and collections in favour of the cause, no direct part will be taken, either by the Diet or the German Governments, in the struggle. ¶ In short, I believe that Prince Frederick, having gained Holstein by the aid and assistance of the Diet, will seek to acquire Schleswig by revolution and the force of arms. ¶ Your Lordship is aware that the cry of the German nation is for the entire separation of the Duchies of Schleswig and Holstein from Danish rule. ¶ If war should unhappily arise between Denmark and Germany on the question of Holstein, the German Governments, under the impulse of popular agitation, will, it may be feared, find it difficult to confine their military action to the Duchy of Holstein, and consequently, should a conflict arise, I consider that the position and safety of Schleswig will be seriously menaced, unless the European Powers should previously declare that they would consider the crossing of the Eider as a *casus belli*. ¶ The separation of Schleswig from Denmark would be the annihilation of the Danish monarchy. ¶ The maritime position of Schleswig is of European importance, as it commands the port of Kiel, and this I believe to be one of the chief reasons why its possession is coveted by Germany. ¶ Before this despatch is placed in your Lordship's hands, I shall have seen Baron Schrenk, and shall be enabled to reply by telegraph to your Lordship's inquiry with more accuracy. ¶ I have, &c.

*Augustus Loftus.*

---

## No. 1342.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Frankfurt (und gleichmässig nach Paris, Wien, Berlin, München, Dresden, Stuttgart, St. Petersburg und Stockholm). — Darlegung der Situation und Vorschlag zu einer Conferenz. —

Foreign Office, December 31, 1863.

Sir, — The events which have taken place since the death of the late King of Denmark have given Her Majesty's Government the deepest concern. ¶ At first, indeed, appearances bore a promising aspect. The Successor of Frederick VII was generally acknowledged no less in Holstein, Lauenburg and Schleswig than in the Kingdom of Denmark. Some of the judges and professors in Holstein indeed refused the oath of allegiance, but tranquillity and obedience universally prevailed. This internal acquiescence was followed by recognition by France, Great Britain, Russia, and Sweden. ¶ In Germany, however, a very different spirit prevailed. Some of the Sovereigns and States who had acceded to the Treaty of London were among the most forward in abetting the claims of the Prince of Augustenburg to succeed to the Sovereignty of the Duchies of Holstein and Schleswig. ¶ The two great Powers of Germany, Austria and Prussia, pursued a more moderate course. They did not entirely repudiate the title of Christian IX to succeed to all the dominions of Frederick VII in accordance with the provisions of the Treaty of London. But they made their recognition of his title so to succeed dependent on the fulfilment by the King of engagements taken by his predecessor in 1851-52. ¶ Her Majesty's Government could not assent to either of the views here described. They could not admit any claim of the Prince of Augustenburg in contradiction to the engagements Her Majesty had contracted by the Treaty of London of 1852. They considered that the King of Denmark was bound to fulfil the engagements of 1851-52; but they did not consider that his title to the Crown was dependent in any way on the fulfilment of those engagements. ¶ Her Majesty's Government, therefore, while they readily acknowledged the Succession of Christian IX, urged upon him, in conjunction with France and Russia, the performance of all the engagements of his Crown towards Germany. ¶ They could not doubt the disposition of the King to fulfil, as far as it was possible, those engagements. He was born a German Prince, and his natural inclination to treat his German with the same liberality as his Danish subjects could not be called in question. Whatever cause of complaint may have thus arisen from the Danish partialities of the Ministers of the late King, it was thought that those causes would in all probability be removed by the equal treatment and the impartial conduct of the new Sovereign. ¶ Unfortunately, two obstacles were interposed to such an arrangement as the lovers of peace would have desired. The one was the Constitution of Denmark-Schleswig, voted in November last by the Rigeraad at Copenhagen; the other the disposition of Germany. ¶ The new Constitution of Denmark appears to Her Majesty's Government to amount to an incorporation of Schles-

No. 1342.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

No. 1342. wig, and, as such, to be at variance with the engagements of the Crown of Den-  
 Gross- mark. ¶ Indeed, the defence of the Danish Ministers on this point is very  
 britannien, 31, Dec. 1863. unsatisfactory. But the arguments urged by M. Hall on the second point, namely, the present disposition of Germany, are very weighty. ¶ His arguments may be put thus: — Denmark has revoked the Royal Patent of last March for Holstein; she has submitted peaceably to the Federal Execution in Holstein, although she considers it without justification in Federal law. She is now asked to revoke the Constitution recently made for Denmark and Schleswig. But what security can she have that this will be the last concession demanded from her? Already a new Constitution for Schleswig and a common Constitution for the Monarchy are shadowed forth as the grounds on which new demands and fresh requirements are hereafter to be founded. When can Denmark hope for repose from these incessant claims? If her independence is to be maintained, she had better resist now than consent to be weakened by constant but unavailing concessions. ¶ Although, in the opinion of Her Majesty's Government, M. Hall took his stand on a wrong point, yet in his general reasoning there is much truth. Denmark has a right to know the limits of the demands of Germany, and to be able to bring to a close this long and wearisome dispute. ¶ Whether Denmark has for eleven years evaded her obligations, or whether Germany has during the same time harassed Denmark with untenable and impracticable demands, it is time that an end should be put to this controversy. ¶ The Powers who signed the Treaty of London are, with the Diet of Frankfurt, the Powers who are best qualified to fix the terms and conditions of a final arrangement. ¶ Her Majesty's Government therefore ask, in the interests of peace —

1. That a Conference of the Powers who signed the Treaty of London, together with a Minister of the German Diet, should sit in London or in Paris, to treat of the differences between Germany and Denmark.

2. That until such Conference shall have finished its labours the *status quo* shall be maintained.

Thus much Her Majesty's Government consider themselves entitled to ask in behalf of the peace of Europe. They are not interested for Denmark otherwise than as one of the independent Monarchies of Europe; but they are interested for European peace. They therefore entreat the Sovereigns and their Cabinets to consider how difficult it may be to compose differences once delivered over to the bloody arbitrament of war. Who shall say how far such a war may extend; what aspirations it may excite; what regions may be visited by its devastations. ¶ It matters comparatively little in itself whether a Prince of the House of Glücksburg or a Prince of the House of Augustenburg should reign in Holstein or in Schleswig. Under either Prince the liberties and privileges of his subjects may be adequately secured. But it matters much that the faith of Treaties should be maintained, that right and possession should be respected, and that the flames of war should not be spread over Europe by questions which a calm and timely exercise of justice and reason might bring to a peaceful solution. ¶ You may give a copy of this despatch to the President of the Diet.  
 ¶ I am, &c. Russell.

---



## No. 1343.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Ablehnung Frankreichs, dass die Conferenz in Paris stattfinde, und Wunsch des Grafen Rechberg, dass London dazu ausersesehen werde. —

Vienna, December 31, 1863 (received January 4, 1864).

(Extract.) The French Ambassador communicated yesterday to Count Rechberg the reasons of his Government for declining to have a Conference held at Paris on the Danish question, which appear to be that, as those Powers, who had declared their readiness to meet in Congress, would not be called on to take part in the Conference, the French Government considered it would be uncourteous toward them to invite the attendance of certain Powers to the exclusion of those who had already agreed to the project. ¶ His Excellency hopes Her Majesty's Government will be disposed to make the necessary invitations to the Powers concerned to meet in Conference in London. It is further his opinion that the sooner this can be done the better, for he considers it desirable that a moment should not be lost in endeavouring to concert measures amongst the Great Powers that will tend to prevent the further complication of a question in which the small States of Germany seem resolved to pursue a course that is leading to revolution. &c.

No. 1343.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

*Bloomfield.*

## No. 1344.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Missbilligung des Eintritts des Herzogs Friedrich in Holstein durch den Grafen Rechberg. —

Vienna, December 31, 1863 (received January 4, 1864).

My Lord, — The French Ambassador made to-day a verbal communication to Count Rechberg on the presence of the Prince of Augustenburg at Kiel, and has spoken of the stipulations of the Treaty of London, and the regulation as to the Succession. ¶ Count Rechberg observed to the Duc de Gramont, in reply, that he had telegraphed to Frankfort, and to all the German Governments on the subject; that he deprecated most strongly this proceeding of the Prince of Augustenburg, and the apathy of the Saxon Commissioner and General in the matter; that he had only received an answer from Berlin, but that the opinions of Austria and Prussia are the same, and that they will call on the Diet of Frankfort to take measures to stop the proceedings of the Prince of Augustenburg in Holstein, the tendency of which is to subvert order and the authority of responsible Government. ¶ I asked Count Rechberg if the Diet refused to follow the suggestion from Vienna and Berlin, what would he then do? He replied „We must get the Prince of Augustenburg removed by force if he will not yield to a summons to quit the Duchy.“ ¶ I have, &c.

No. 1344.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

*Bloomfield.*

## No. 1345.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Oesterreichisch-preussischer Antrag am Bund, Dänemark zur Zurücknahme der Verfassung aufzufordern. —

Vienna, December 31, 1863 (received January 4, 1864).

No. 1345.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

(Extract.) Count Rechberg regrets as much as Her Majesty's Government can do, the revolutionary movements in Germany, and the spirit by which they are dictated. The influence of Austria, he says, is directed to allay them and will continue to be so. The difficulties are almost incalculable at this moment, but he places full reliance on the means which Her Majesty's Government possess of carrying out this work of conciliation. ¶ His Excellency alluded to the late communication of the Treaty of London of the 8th of May, 1852, and to the observations made to the Diet by Her Majesty's Minister at Frankfort on this occasion, and he seemed less alarmed at the consequences it might produce in Germany. He no longer seemed to anticipate that danger might result, but he still expects the communication will produce great irritation in Germany. ¶ We then had some conversation on the propositions which have been submitted to the Diet on the one side by Austria and Prussia, and on the other by Hesse-Darmstadt, supported by other States, respecting a summons to be addressed to Denmark, calling on the Government of that country not to put the Constitution of the 18th November in force as regards Schleswig, and proposing that in case of refusal means should be resorted to occupy that Duchy, and obtain due security for the observance by Denmark of her engagements towards Germany. ¶ I told Count Rechberg that this proposition might have serious consequences; the Danes were not likely to evacuate the Duchy of Schleswig as peaceably as they had retired from Holstein, and we should at once be arriving at the point where the question ceased to be a purely German one, and became one of European importance. ¶ Count Rechberg endeavoured to explain that he well knew the gravity of the communication, but that Austria and Prussia had been constrained to make this proposition to the Diet in order to try and neutralize the resolution that was to be submitted from another quarter, by which if carried — and he did not feel certain that it might not be so, in spite of the opposition of Austria and Prussia, and all the weight they could bring to bear against its adoption — the Diet would be still more gravely compromised as to Schleswig than if the Austrian and Prussian proposal obtained the majority. ¶ He wished me to believe that Austria had no other object in view in making this proposal than to carry into execution a resolution of a less obnoxious character than that which was now being pressed by the smaller States. He seemed to regret the necessity in which Austria and Prussia had been placed, and to be persuaded that the proceeding was warranted by the circumstances. &c.

*Bloomfield.*

## No. 1346.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Des Fürsten Gortschakoff's Ansicht von der momentanen Inopportunität einer Conferenz. —

St. Petersburg, December 28, 1863 (received January 4, 1864).

(Extract.) I informed Prince Gortschakoff this afternoon that your Lordship was not disposed to press for a Conference at Paris on the Danish question, the French Government being itself indisposed to accept that overture. ¶ The Vice-Chancellor stated in reply that he understood that the Governments of Austria and Prussia were no longer so favourable to the proposal referred to, and were disposed to attach conditions to it which might render it inoperative. He apprehended that circumstances were not propitious. The project must stand over for the present. ¶ Some desultory conversation ensued, during which the Vice-Chancellor informed me that he understood the Austrian Government was inclined to carry the Federal Execution or occupation over the frontier of Schleswig. &c.

No. 1346.  
Gross-  
britannien,  
28. Dec.  
1863.

*Napier.*

## No. 1347.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Rath, dass Oesterreich und Preussen ihren Antrag den Bunde bezüglich Schleswigs fallen lassen möchten. —

Foreign Office, January 4, 1864.

(Extract.) — In consequence of the reception of the Prince of Augustenburg at Kiel, and the rejection of the Austrian and Prussian motion in the Diet, Her Majesty's Government are of opinion that Austria and Prussia should withdraw the proposal they have made for the invasion and occupation of Schleswig. Such a measure would evidently become a means for eventually placing the Prince of Augustenburg in military possession of Schleswig, and would thus compromise the honour of Austria and Prussia, whom Her Majesty's Government believe to have no such object in view. ¶ It is the intention of Her Majesty's Government to submit to the Governments of France, Russia, and Sweden a proposal for a Conference to be held in London on the differences between Germany and Denmark; and if these Powers should agree, Her Majesty's Government will propose to the Diet the immediate suspension of hostilities, and the *status quo* in Holstein as regards military arrangements. &c.

No. 1347.  
Gross-  
britannien,  
4. Jan.  
1864.

*Russell.*

## No. 1348.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. —  
Stimmung der deutschen Regierungen. —

Frankfort, January 2 (received January 4), 1864.

No. 1348.  
Gross-  
britannien,  
2. Jan.  
1864.

My Lord, — In all the questions before the Diet bearing on the affairs of Schleswig-Holstein, there is a prospect of the two chief German Powers being outvoted in the more moderate policy they advocate, by the unanimity of the secondary and minor States. ¶ These small Governments incur a great future to gratify the passion of the moment, and escape from present risk, for it is not danger to be presumed that Austria and Prussia are to be coerced without hereafter resenting the pressure, or that they will willingly submit to having their European obligations made secondary to those they owe to the Confederation. ¶ This, however, is the course which Austria at least, through Count Rechberg's voice, declares herself ready to take. ¶ Prussia's policy is rather more doubtful as regards compliance with the decisions of the Diet's majority; but such is the temper of the Prussian people, that if the Government is sincere in its wish to avoid an open breach with Denmark, there seems every likelihood of the present Cabinet having to make way for men who will not hesitate to follow the popular cry against Denmark. ¶ It is to be expected that in the Succession question the Diet will pronounce in favour of Prince Frederick of Augustenburg, as Duke of Schleswig-Holstein and that they will also decide on taking measures to put him in possession, and that the existing Execution will become occupation in virtue of a formal Dietal Decree. ¶ The proposition of Austria and Prussia, reported in my despatch of the 30th ultimo, to take possession of Schleswig as a pledge for the fulfilment of Denmark's engagements of 1851-52, will, it is hardly to be doubted, be unanimously voted by the Diet; but I learn that there is so much doubt of the sincerity of the move on the part of the two Governments bringing forward the measure, that it will be proposed to add a Bavarian corps to the troops intended for the occupation. ¶ It is not easy to see what assurances can be given to Denmark, in case this proposed measure is executed, to induce her not to offer resistance; and, at the same time, it is clear that all opposition that kingdom could offer must be crushed by the force that can be employed by Germany if Denmark has to fight unassisted. ¶ As regards the answer that may be in preparation to the note I handed to the President on the 27th December, copy of which is annexed to my despatch of the 28th ultimo, I am as yet without any precise information, but I am informed that there is one member of the Assembly who has exercised a preponderating influence throughout this question, who pretends to make light of the prospect of serious complications, and who professes to think that English opposition to German aspirations and claims in this matter cannot be much to be apprehended. ¶ I have, &

*A. Malet.*

## No. 1349.

**GROSSBRITANNIEN** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Bischof Monrad wegen der Conferenz. —

Copenhagen, December 30, 1863 (received January 3, 1864).

(Extract.) — M. d'Ewers having received instructions by telegraph from his Government to join me in suggesting to the Danish Government that they should propose a Conference upon the differences between Germany and Denmark, we went together this morning to see Bishop Monrad. ¶ M. d'Ewers stated to his Excellency that he was directed to say that if Denmark would propose a Conference to be held at Paris, between the Powers who signed the Treaty of 1852, together with a Representative of the German Diet, Russia would support the proposal, and he pointed out forcibly that in the critical situation of affairs the Danish Government should lose no time in determining what course they should pursue. ¶ At Bishop Monrad's request I repeated what I had said to M. Hall as to a Conference. His Excellency observed that in point of fact M. Hall still held the office of Minister for Foreign Affairs, but that as he had undertaken to form a new Cabinet, he was glad of the opportunity of hearing from us the views of our Government. For his own part, he said, he was disposed to adopt our suggestion as to a Conference, but as the Cabinet was not yet formed (although he had no doubt he should be able very shortly to lay before the King a complete list of a Ministry), he could not at present announce to us any decision. It would especially, he added, be necessary to consult M. Quaade, who had been summoned from Berlin, and who might be expected to arrive at Copenhagen on Friday. ¶ I may mention that on my remarking that the suggestion of a Conference must not be taken to imply that we withdrew from our advice that the Constitution of November 18 should be revoked, Bishop Monrad observed that there could now be no question of revoking the Constitution, as there was no possibility of doing so without recourse to unconstitutional means. ¶ The Bishop concluded by declaring that if the Danes were attacked in Schleswig, they would resist to the last man. &c.

No. 1349.  
Gross-  
britannien,  
30. Dec.  
1863.

*Wodehouse.*

## No. 1350.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Bildung und Absichten des neuen Ministeriums. —

Copenhagen, December 31, 1863 (received January 4, 1864).

(Extract.) Bishop Monrad, who, as your Lordship has been informed by Lord Wodehouse, undertook the formation of a Ministry upon the resignation of M. Hall and his colleagues, has now nearly completed his Cabinet, which for the present will, I believe, be composed as follows: — Bishop *Monrad*, President of the Council, and Minister of Finance. — Colonel *Lundbye*, Minister of

No. 1350.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

No. 1350.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

War, which office he held under M. Hall. — Captain *Lütken*, Minister of Marine. — Bishop *Engelstoft*, Minister of Religion. — M. *Cassé*, or M. *Hage*, Minister of Justice. — M. *Nutzhorn*, Minister of the Interior. ¶ There remains the Ministry for Foreign Affairs, and the Ministry for Schleswig. For the former, Bishop Monrad hopes to obtain the services of M. Quaade, now Danish Minister at Berlin. He has been telegraphed for, and will be here to-morrow morning. ¶ M. Quaade was Under-Secretary at the Foreign Office during M. Bluhme's administration, is moderate and conciliatory in his views. It is very essential that some person in whom His Danish Majesty's Schleswig subjects have confidence should be appointed to that Ministry of that Duchy. Such a person Bishop Monrad was in hopes of having secured, but the proposed arrangement has failed, and M. Simony, who was Minister of Justice in M. Hall's former Government, has consented to undertake the administration of Schleswig till a Minister for that Department is found, which Bishop Monrad hopes will be in a few days. Although the Finance Department is nominally under Bishop Monrad, its administration will, in fact, be under M. Fenger, the present Finance Minister, in the capacity of Director. ¶ A Ministry formed on the eve of a war can hardly have any other programme than to do the best they are able for the defence of the country. Had more time been allowed by Germany, the new Cabinet would doubtless have made an attempt, at all events, to avert the war. But as the inexorable 1st of January arrives to-morrow, the only course which would now appear to be open to Denmark is to receive the blow impending over her, and await the moment when negotiations for peace may offer some hope of success. In saying this, however, I by no means intend to assert that between the present moment and the actual outbreak of hostilities the Danish Government may not avail themselves of the suggestion of Her Majesty's Government to propose a Conference on the differences between Denmark and Germany. Bishop Monrad has confirmed to me this morning his personal disposition, of which he had informed Lord Wodehouse, to act in the manner suggested; but he is naturally unable to speak in the name of the Government until he has provided his Cabinet with a Minister for Foreign Affairs. &c.

A. Paget.

---

### No. 1351.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Anscheinend bevorstehender Rückzug Hannovers von dem Londoner Vertrag. —

Hanover, December 31, 1863 (received January 4, 1864).

No. 1351.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

(Extract.) — I regret to say that I have reason to apprehend that Count Platen is preparing to beat a retreat from the Treaty of London of the 8th of May, 1852. ¶ On my reminding his Excellency a few days ago of the assurances which he had repeatedly given me that the Hanoverian Government would fulfil their engagements under that Treaty by voting against the claims of

the Prince of Augustenburg at the Diet, he did not attempt to deny having given me those assurances, but he stated that nobody was bound to do that which was impossible („ultra posse nemo obligatur,“), and that it would be impossible for him to induce his colleagues in the Ministry to agree to the vote of Hanover being given against the pretensions of the Prince of Augustenburg. He observed, however, that the question was not yet ripe, and he intimated that he might perhaps hit upon some middle course. ¶ I rejoined that if he only showed sufficient firmness I could not help thinking he would be able to carry his point with his colleagues. He said, however, that he had done so once on the question at the Diet of a Federal Execution in Holstein, as opposed to an occupation, but that he should be unable to do so a second time. ¶ Count Platen's account of the dispositions of some of his colleagues has been confirmed to me by conversations which I have had recently with leading members of the Cabinet. ¶ I pointed out that Hanover, by her accession to the Treaty of May 8, 1852, had bound herself not only towards Denmark, but likewise towards Great Britain and the other Powers parties to that Treaty, to recognize the right of Prince Christian of Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, and of his issue male, &c., to succeed to the whole of the dominions united under the sceptre of His Danish Majesty, and that were she now not to vote against the pretensions of the Prince of Augustenburg she would be guilty of a most flagrant violation of a solemn Treaty and of good faith. I added, however, that I felt convinced that the present Hanoverian Government would be incapable of such a breach of Treaty engagements. ¶ I saw Count Platen on the day following this conversation, and he told me that my observations did not seem to have produced any effect upon Baron Hammerstein. M. Windhorst, on his part, gave me to understand that the Hanoverian Government were desirous of availing themselves of the first opportunity of withdrawing from the Treaty of 1852. I further regret to say that Count Platen, who has always spoken in favour of the maintenance of the connection of Holstein with Denmark, and even now says it is the combination he should prefer, has lately expressed to me his opinion of the impossibility there is, under existing circumstances, of upholding the Treaty of 1852 as regards that Duchy. I am also inclined to believe that he considers that the Southern part of Schleswig will likewise have to follow the fate of Holstein, and be detached from Denmark. At the same time he remarks that if the Danish Government had made timely concessions to the feelings of the Duchies, the crisis occasioned by the death of the late King of Denmark would have passed over without entailing any loss of dominions to the Danish Crown. ¶ The only discomfiture which the Germans have hitherto sustained in their aggressive career has been in Lauenburg, where, as your Lordship will be aware, a majority in the States have pronounced themselves in favour of King Christian IX, and have sent a loyal address to His Majesty; but nevertheless the German Press continues to call for the severance of the Duchy from Denmark. ¶ In the midst of the defections from the Royal cause in Holstein the conduct of Baron Scheel-Plessen, the late President of the States, forms a most honourable exception. At the assembly of certain members of those States lately held at Ham-

No. 1351.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

No. 1351. burgh, he spoke strongly, as your Lordship will have heard, in favour of the  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863. Succession of King Christian, and afterwards left the meeting, accompanied by  
 Baron Blome and several other distinguished members of the States, representing  
 a large amount of property in the Duchy. &c. *Henry F. Howard.*

---

### No. 1352.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Unterredung mit Graf Platen, den bevorstehenden Einmarsch der Oester-  
 reicher und Preussen in Holstein und die Anwesenheit des Herzogs Fried-  
 rich daselbst betreffend. —

Hanover, January 2 (received January 4), 1864.

No. 1352. Gross-  
britannien,  
2. Jan.  
1864. My Lord, — I had no sooner received your Lordship's telegraphic des-  
 patch of this date stating that your Lordship understood that Austria and  
 Prussia would march troops into Holstein and take the conduct of affairs into  
 their own hands, if the Diet did not insist on the Prince of Augustenburg quitting  
 Holstein, than I called upon Count Platen and inquired of him what Hanover  
 would do in that case. ¶ His Excellency replied that he was unacquainted with  
 the intentions of Austria and Prussia on this point, and that it was quite im-  
 possible for him at the present moment to say what Hanover would do in such  
 a contingency. ¶ Your Lordship will be aware that the Federal Commissioners  
 in Holstein have applied to the Diet for instructions concerning the Prince of  
 Augustenburg. ¶ Count Platen informed me that he had written to the Hano-  
 verian Envoy at Frankfort, who is a member of the Committee by whom these  
 instructions will be given, to say that he is of opinion that the Commissioners  
 should be informed that as long as the Prince abstained from interfering with  
 the Government of Holstein he could not be prevented from remaining in the  
 Duchy as a private individual, but that it should be submitted to him not to  
 increase by his presence the difficulties of the Commissioners. ¶ I urged his  
 Excellency to go a step further, and move at Frankfort that the Commissioners  
 should be instructed to see to the removal of the Prince from Holstein. His  
 Excellency replied that he could not in any case recommend the employment of  
 force for that object. ¶ I should remark that I had already called his Excellency's  
 attention to the conduct of the Federal Commissioners in allowing the Prince  
 to enter Holstein, receive addresses and deputations, and issue proclamations.  
 ¶ I saw Count Platen again this evening, and asked him whether the Austrian  
 Minister had not made any communication to him of the nature referred to by  
 your Lordship on the question of the Prince of Augustenburg remaining in Hol-  
 stein. His Excellency said that all Count Ingelheim had stated to him was that  
 the Austrian Government would not take the responsibility of permitting the  
 Prince to do so. ¶ I again called Count Platen's attention to the serious conse-  
 quences likely to ensue to the peace of Europe should the German Diet attempt,  
 under whatever pretext, an occupation of Schleswig. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

---



## No. 1353.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Herrn von Bismarck's Ansicht, dass die Personalunion die einzig übrig ge-  
bliebene Möglichkeit sei. —

Berlin, January 1 (received January 4), 1864.

My Lord, — I read last night to M. de Bismarck your Lordship's despatch of the 28th instant, in which you state that in order to obtain a peaceful settlement of the Danish question two principles should be kept in view, the one that the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy as connected with the general interests of the balance of power is of high importance to the preservation of peace; and the other, that the German inhabitants of the States and dominions placed under the sceptre of the King of Denmark should have ample security for just and impartial government both in the institutions established and in the men entrusted by the King with the administration of these institutions. ¶ I also left a copy of your Lordship's despatch with his Excellency. He said he entirely agreed with the opinions expressed in it, but the present state of public feeling in Germany had so greatly increased the difficulties of the question that its only possible solution on the basis of the integrity of the Danish Monarchy would be a complete separation of the two nationalities into two independent States, united under one Sovereign, as in the case of Sweden and Norway. A few years ago such an arrangement would have almost gone beyond the hopes and expectations of Germany, but now it would be reprobated by almost the whole German nation. He would, however, he said, be quite ready to recommend its adoption when the proper time came. ¶ I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

No. 1353.  
Gross-  
britannien,  
1. Jan.  
1864.

## No. 1354.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Herrn von Bismarck's Ansicht über die Competenz des Bundes zur Ent-  
scheidung der Successionsfrage. —

Berlin, December 31, 1863 (received January 4, 1864).

(Extract.) With reference to your Lordship's telegram of the 25th instant, I called upon M. de Bismarck on the 28th, and said that I had been instructed to ask him, for the information of Her Majesty's Government, where any Treaty or document is to be found which entitles the Diet at Frankfort to decide who shall be the Sovereign of Holstein. His Excellency said that the Diet had no rights on the subject, except such as were derived from Article VI of the Final Act of the Treaty of Vienna, which provides that a cession of the rights of sovereignty attached to a territory of the Confederation cannot take place without the consent of all the members of the Confederation, except in favour of one of the Confederate States. If Her Majesty's Government were therefore to address to the Diet the question which I had put to him, it might

No. 1354.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

No. 1354. cause some embarrassment, and there might be some difficulty in framing a satisfactory answer to it. ¶ The Diet, however, conceived they had a right to support the claims of the Prince of Augustenburg against those of the King of Denmark, and they are supported in that opinion by almost all the Governments and a large majority of the people of Germany. Austria and Prussia may therefore soon have to choose between giving their consent to an invasion of Schleswig or resisting a revolution in Germany. &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1355.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Bismarck über die Schwierigkeit der Lage in Folge der Politik der deutschen Mittelstaaten. —

Berlin, December 31, 1863 (received January 4, 1864).

No. 1355. (Extract.) The Danish Minister informed me yesterday that he had received orders to proceed immediately to Copenhagen to confer with the King, and he said he would endeavour before leaving to induce M. de Bismarck to give him an assurance that if the Fundamental Law of the 18th November were abrogated, and the Danish Government agreed to treat with Germany on the basis of the engagements of 1851-52, in the Conferences which it is hoped may be held at Paris, that Germany would not invade Schleswig or put forth any new demands against Denmark. ¶ M. de Quaade left me to wait upon M. de Bismarck for this purpose, and as I had an appointment with his Excellency soon afterwards, I began my interview with him by asking whether he had given M. de Quaade the assurances which he had asked for, observing that I believed M. de Quaade's presence at Copenhagen, if he could speak with confidence of the moderation of the Prussian Government, might greatly promote the cause of peace, and that, in reality, all that he had asked was that his Excellency should explain clearly the purport of the proposal which he had made in concert with Austria to the Diet at Frankfort. ¶ M. de Bismarck replied that he had only been able to give M. de Quaade general assurances as to his own views, and that he could not give a positive promise as to the future without the sanction of the King. ¶ I therefore suggested that he might ask for that sanction, but he replied that as he could not submit to His Majesty any decided opinion as to the course which events might take in a question which is daily influenced by incidents over which he has no control, he did not consider it expedient to recommend His Majesty to enter into any new engagements with respect to it; and he said his principal object, for the present, was to get over the next few days and the 1st of January, when the King is of opinion he will have a right to declare himself released from the obligations of the Treaty of London. But, meanwhile, he said, the moderation of Austria and Prussia has been proved by the proposal which they have laid before the Diet, that Denmark should be called upon to abrogate the Constitution of the 18th of November, and that if she refused,

means should be taken to establish the rights of the Confederation in Schleswig. This proposal, M. Bismarck said, was made on the basis of the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy, and some time would also elapse before any military operations could be carried out in conformity with its provisions. ¶ There was, however, a counter resolution proposed by Hesse-Darmstadt which might possibly be adopted by a majority of the Diet, by which it was intended, though it did not expressly say so, that the forces of the Confederation should support the claims of the Prince of Augustenburg in both Duchies; and if the resolution were adopted, a very serious question would arise as to whether Austria and Prussia were to obey it, or to refuse obedience to it, in deference to the terms of a Treaty, of which the obligations have been contracted subsequently to those which are imposed upon them by the Federal pact. I said it was precisely because the Emperor of Austria and the King of Prussia knew the nature of their obligations to the Confederation, when they signed the Treaty of London, that these observations cannot now be brought forward as a reason for repudiating the Treaty. But M. de Bismarck said, as the King believes that the Treaty has done injustice to the Prince of Augustenburg, the necessity of violating his Federal obligations to maintain it will be extremely repugnant to His Majesty's feelings, and that sentiment will become more intense if the question involves, as is far from impossible, a civil war in Germany; and as a proof that civil war was imminent, his Excellency read a telegram from the Prussian Minister at Munich, expressing his belief that an arrangement had been come to by Bavaria and Saxony to cause the Diet to acknowledge the Prince of Augustenburg as Duke of Schleswig-Holstein, and to support his claims to the sovereignty of the Duchy by the forces of the Confederation; and that it had been further agreed between these two Powers that if Austria and Prussia refused to carry out such a resolution of the Diet, a Bavarian and Saxon army would enter the Duchies for the purpose. ¶ M. de Bismarck said he could not say what the King would do if such an attitude were assumed by Saxony and Bavaria, with the support of the smaller States; but his advice to His Majesty would be, not to yield to their dictation, and to resist them if necessary by force. He felt, however, the King would adopt such a measure with extreme reluctance, and that unless His Majesty foresaw that the course into which the Southern States were endeavouring to drive him would endanger his relations with Great Britain and Russia, he would rather yield to the pressure than draw the sword of Prussia against his Confederates, although it was evident that they were ready to embroil Germany with all Europe in furtherance of their own ambitious views. ¶ In the course of this conversation M. de Bismarck has certainly spoken of the integrity of the Danish Monarchy, but he contemplates nevertheless, I fear, the separation of Holstein from that Monarchy as a possible contingency; and, after the manner in which the Federal Execution has hitherto served as a means of preparing the King of Denmark's Duchy of Holstein for being transferred to another claimant, I cannot believe if a German force under the orders of the Diet at Frankfort should enter Schleswig, and be able to maintain itself there, that it will ever leave it again without the armed interference of the European Powers, until the

No. 1335.  
Gross-  
britannien,  
31. Dec.  
1863.

No. 1255. South of the Duchy at least is united to Holstein, and the port of Kiel is included within the territories of the German Confederation. &c.  
 Gross-britannien,  
 31. Dec.  
 1863.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1356.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Französische Bedenken gegen eine Conferenz. —

Paris, January 3 (received January 4), 1864.

No. 1356.  
 Gross-britannien,  
 3. Jan.  
 1864.

(Extract.) The Marquis de Banneville, Under-Secretary for the Foreign Department, called upon me yesterday afternoon, by the desire of M. Drouyn de Lhuys, his Excellency being still too unwell to receive me, and I communicated to him your Lordship's despatch of the 31st ultimo, proposing the immediate assembling of a Conference either in London or at Paris, upon the affairs of the Duchies. I gave M. de Banneville a copy of the despatch in order that he might place it in M. Drouyn de Lhuys' hands. ¶ M. de Banneville having said that M. Drouyn de Lhuys hoped to be able to receive me to-day, I called this afternoon at the Ministry for Foreign Affairs and was admitted. His Excellency said that he had read your Lordship's despatch and that he could only repeat what he had stated to me on the last occasion when I had seen him, that if the French Government could entertain any hope that a Conference would lead to a solution of the Danish question, they would not refuse to appear at one. He continued to think, however, that the admission of a Plenipotentiary on the part of the Confederation was more likely to confuse than to smooth matters, while it would certainly tend to embarrass the Governments of Austria and Prussia. ¶ On the other hand I observed that many of the present difficulties arose from the Germanic Confederation not having taken any official part in the discussions of 1851-52. It would be hardly fair, moreover, that Germany should not be heard for herself before any further decision bearing on the interests of the Confederation should be taken. ¶ M. Drouyn de Lhuys said that he was willing to admit that an arrangement would have greater chance of stability if agreed to by a Plenipotentiary of the Diet. ¶ Reverting again to your Lordship's despatch, I asked M. Drouyn de Lhuys what answer I was to return to it. Might I say that if the other parties invited expressed their assent to the proposal contained in it, France would not withhold hers? His Excellency replied, that he was convinced that a Conference would lead to no practical result, and that matters were too far advanced to be arranged peaceably. I said that was no reason why the attempt should not be made. Let the great Powers have at least the consolation of feeling that no means of preventing war had been left untried. ¶ M. Drouyn de Lhuys finally assented to my giving your Lordship the assurance that if the other parties invited agreed to the proposal of a Conference, France would not refuse, though he must continue to maintain his opinion of its inutility. ¶ I then asked his Excellency whether he continued to desire that Paris should not be the seat of Conferences, and on his replying affirmatively I

inquired whether he had any objection to London. None whatever, he answered; but he expressed doubts whether London would be agreeable to the Diet as having been the place where the Treaty of 1852 was signed. &c.

No. 1356.  
Gross-  
britannien,  
3. Jan.  
1864.

Cowley.

## No. 1357.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die kaiserl. diplomatischen Vertreter bei den deutschen Höfen. — Den englischen Conferenzvorschlag betreffend. —

Paris, 4 janvier 1864.

Monsieur — Le Gouvernement anglais nous a fait parvenir une communication en date du 31 décembre, par laquelle il propose de réunir, soit à Paris, soit à Londres, une conférence qui serait appelée à délibérer sur les affaires des Duchés. Elle serait formée des représentants des Puissances signataires du traité de 1852, auxquels s'adjoindrait un plénipotentiaire de la Confédération Germanique. Lorsque nous avons été pressentis pour la première fois à ce sujet, nous avons dû, pour écarter toute confusion, bien établir la différence essentielle qui existerait entre une conférence discutant une question spéciale et le congrès général ou restreint dont l'Empereur avait conçu la pensée. ¶ Un congrès ayant à régler les intérêts les plus divers eût offert des éléments de transaction qui feront nécessairement défaut si la délibération demeure circonscrite à un intérêt isolé. Guidés par cette considération et ne voulant pas d'ailleurs prendre sous nos auspices une négociation dont nous serions obligés d'exclure plusieurs des Puissances qui ont adhéré à l'idée d'un congrès, nous ne pouvions que décliner la proposition de réunir la conférence à Paris. ¶ Nous n'en avons pas moins le désir de seconder les efforts qui seraient tentés pour prévenir de plus graves complications. C'est en vue du maintien de la paix que l'Empereur a convié les souverains à s'entendre pour raffermir le système politique de l'Europe. Le but de Sa Majesté est resté le même, et, tout en demeurant convaincus qu'une seule voie peut y conduire sûrement, nous n'avons pas d'objections absolues contre la combinaison indiquée par le Gouvernement anglais. Nous aurions besoin toutefois de quelques éclaircissements préalables que nous avons cru devoir demander aux Puissances. ¶ La conférence de Londres, ainsi que l'état présent des choses le prouve surabondamment, n'a fait qu'une œuvre impuissante. Ses actes sont contestés aujourd'hui par la plupart des États secondaires de l'Allemagne, par quelques-uns de ceux même qui y avaient adhéré. Il serait essentiel, en se réunissant aujourd'hui, de se placer dans des conditions propres à donner l'espoir d'un résultat plus satisfaisant. Il importe, en premier lieu, de ne pas mettre la conférence en conflit avec l'assemblée de Francfort, en invitant les plénipotentiaires à délibérer sur des questions qui auraient été déjà tranchées en fait, et nous nous sommes adressés aux Puissances, afin de savoir si elles étaient disposées à prendre pour point de départ le *status quo* actuel dans le Holstein et le Slesvig, c'est-à-dire à réserver les questions pendantes. ¶ Nous nous sommes préoccupés en même temps d'un point qui nous paraît d'un grand intérêt pour

No. 1357.  
Frankreich,  
4. Jan.  
1864.

No. 1357. l'Allemagne. Nous sommes du même avis que le Gouvernement anglais sur  
 Frankreich, l'utilité qu'offrirait le concours de la Confédération Germanique aux actes qui  
 4. Jan. 1864. pourraient intervenir. Nous considérons comme regrettable que l'Allemagne  
 n'ait pas pris une part directe aux arrangements conclus en 1852 pour l'établisse-  
 ment du nouvel ordre de succession en Danemark. Mais nous nous demandons  
 si la Diète de Francfort serait décidée à entrer dans cet ordre d'idées. Au sein  
 d'un congrès général ou restreint discutant des questions autres que celles des  
 Duchés, la Confédération Germanique n'aurait, nous le croyons, éprouvé aucune  
 hésitation à déférer sa cause à un tribunal européen. ¶ L'un des avantages de ce  
 plan de conciliation était de faire une juste part aux susceptibilités comme aux  
 intérêts de chacun. Mais l'assemblée fédérale ayant, en plusieurs circonstances  
 antérieures, décliné toutes les suggestions qui tendaient à saisir de son différend  
 avec le Danemark les Cours signataires du traité de Londres, nous devons, avant  
 d'accepter nous-mêmes la proposition du Cabinet anglais, nous assurer que la  
 manière de voir des États allemands s'est modifiée à cet égard. ¶ Je vous serai  
 donc obligé de me faire connaître si le Gouvernement auprès duquel vous êtes  
 accrédité serait, dans l'intention de se prononcer en faveur d'une conférence pour  
 l'affaire des Duchés, et s'il voterait à Francfort pour que l'Allemagne fût repré-  
 sentée dans cette réunion par un plénipotentiaire spécial. ¶ Agréez, etc.

*Drouyn de Lhuys.*

---

### No. 1358.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Dresden (und gleichmässig nach München und Stuttgart). — Missbilligung des Verhaltens der Bundestruppen in Holstein. —

Foreign Office, January 4, 1864.

No. 1358. Sir, — The most serious consequences are to be apprehended if the  
 Gross- German troops invade Schleswig before time has been given for the Powers who  
 britannien, signed the Treaty of London to explain their views on the present critical state  
 4. Jan. 1864. of affairs. Her Majesty's Government consider the conduct of the Federal troops  
 in Holstein, which has been entirely at variance with the decree of the Diet for  
 Execution, as most unjustifiable, and they are of opinion that the responsibility  
 of these proceedings must rest with the Governments of Bavaria, Saxony, and  
 Wurtemberg. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

## No. 1359.

**KÖNIGREICH SACHSEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Die Successionsansprüche auf das Herzogthum Holstein und den Londoner Vertrag betreffend. —

Dresde, le 29 décembre, 1863.

M. le Comte, — M. Murray vient de me communiquer une dépêche \*) de son Gouvernement concernant l'affaire des Duchés de Slesvig-Holstein, et dont vous trouverez ci-joint une copie. ¶ Il vous sera facile de constater que la dépêche de Lord Russell s'attache à combattre une manière d'envisager la validité du Traité de Londres du 8 mai, 1852, qui n'a jamais été celle du Gouvernement du Roi. Ce n'est pas à nous qu'il appartient de la discuter, et, conséquemment, je pense que M. le Principal Secrétaire d'État pour les Affaires Étrangères de Sa Majesté Britannique jugera inutile que nous acceptions le débat sur ce terrain. Le Gouvernement du Roi se trouve simplement en présence d'une question dont la Diète, organe de la Confédération Germanique, a été saisie à la suite du décès de Sa Majesté le Roi Frédéric VII de Danemark. L'Envoyé de feu Sa Majesté près la Confédération a présenté des lettres de créance pour être admis comme Représentant du Roi Chrétien IX en sa prétendue qualité de Duc de Holstein et de Lauenbourg. En même temps le Ministre de Bade a produit des pleins pouvoirs comme mandataire du Prince Héritaire d'Augustenbourg, faisant valoir des prétentions, à titre d'agnat, sur les dits Duchés. Dans cette occurrence la Diète est appelée à se prononcer. ¶ Le Gouvernement du Roi, pour sa part, fidèle aux principes qu'il a invariablement pratiqués dans des cas analogues, ne saurait prendre d'autre ligne de conduite que le respect du droit. ¶ Après avoir voté à la Diète pour les mesures qui lui semblaient les plus propres à assurer l'exécution pleine et entière de ses décisions, il s'est consciencieusement appliqué à étudier les titres constituant les droits de Succession; ce sera d'après le résultat de cet examen qu'il donnera sa voix. ¶ Quant au Traité du 8 mai, 1852, il ne sera pas inutile, puisque Lord Russell veut bien nous le rappeler, d'entrer à son sujet dans quelques explications. ¶ Cet Acte, ayant pour objet d'établir un nouvel ordre de Succession dans le Royaume de Danemark, a été accepté et sanctionné par le Reichstag Danois. Mais, pour qu'il devint légitime et exécutoire pour les Duchés Allemands, il fallait obtenir le consentement des agnats appelés par droit d'hérédité à y succéder, ensuite celui des États, et enfin celui de la Confédération Germanique. ¶ Aucune de ces trois conditions n'a été remplie. Par conséquent, la Diète n'a pas besoin de prendre en considération les griefs que depuis nombre d'années elle a à faire valoir à la charge du Danemark, relativement à la violation des engagements contractés par cette Puissance pour arriver à contester au Traité du 8 mai, 1852, toute espèce d'effet par rapport aux Duchés Allemands. ¶ Le Gouvernement du Roi, invité dans le temps par les signataires

No. 1359.  
Königr.  
Sachsen,  
29. Dec.  
1863.

\*) d. d. 17. December, betreffend die fortdauernde Gültigkeit des Londoner Vertrags ungeachtet etwaiger Nichterfüllung übernommener Verpflichtungen Seitens Dänemarks.

No. 1359.  
Königr.  
Sachsen,  
29 Dec.  
1863.

du Traité de Londres à y accéder, ne s'est pas refusé à déclarer son assentiment — non pas son accession — à une combinaison laquelle, si le Danemark avait loyalement rempli ses engagements envers l'Allemagne, aurait pu réussir; car, alors, il y aurait eu chance d'obtenir le consentement de tous les intéressés dont l'adhésion était indispensable pour rendre le Traité valide. On n'a pas seulement tenté de s'assurer de ce consentement par la raison qu'en présence des actes émanés du Gouvernement Danois, et attentatoires aux engagements contractés par lui, on en reconnaissait d'avance l'impossibilité. C'est ainsi qu'on en est arrivé à laisser le Traité incomplet et non-exécutoire dans une partie essentielle, et ce n'est certes pas à la Confédération, ni à ses membres, que les signataires du Traité auront à en faire un reproche. ¶ Le Gouvernement du Roi — le Cabinet Britannique ne saurait l'ignorer — a fait de plus dans le temps la réserve expresse qu'il ne prétendait point anticiper sur les résolutions que la Confédération, par l'organe de la Diète, pourrait être amenée à prendre dans cette question. Cette éventualité, prévue alors, se présente aujourd'hui, et le Gouvernement du Roi use de la liberté qu'il s'est sagement ménagée. ¶ J'ose espérer que cet exposé du véritable état des choses amènera Lord Russell à une appréciation de notre conduite conforme à son esprit bien connu d'équité et de justice. Il suffit, en effet, d'être de bonne foi pour reconnaître que le Gouvernement du Roi n'a pas songé à s'en écarter. ¶ Veuillez, M. le Comte, donner lecture de ma présente dépêche à M. le Principal Secrétaire d'État pour les Affaires Étrangères et lui en laisser copie.

*Beust.*

---

Das Schreiben, womit Graf Vitzthum die vorstehende Depesche dem Grafen Russell überreichte, lautet:

Lord Russell, — I wrote this morning, in order to request the honor of an interview with your Lordship. But as you will scarcely be able to receive me to-morrow, before the Cabinet meets, where the Holstein question is to be discussed — as I understand — I take the liberty of sending you the enclosed copy of a despatch, which reached me this morning. It is Baron Beust's answer to your Lordship's despatch of the 17th of December. ¶ You will kindly recollect, that we never made use of the argument, which you impugn in that paper, and that we always maintained, that the rights of the German Duchies were based on a stronger and safer ground. Our principal reason for disagreeing with the majority, in the sitting of the federal Diet of the 7th of December, has perhaps been, that we could not detect a formal connexion between the Danish engagements of 1851 and the treaty of 1852, although we could not deny the existence of a moral connexion. We did not and we do not say: „the treaty of 1852 is null and void, as long as Denmark does not keep the engagements of 1851.“ What we do say, is simply this: „there is a treaty, by which certain arrangements for the future have been contemplated; but the contingency for which the said treaty has been prepared, did not arise. King Frederic VII, it is true, died without issue; but he died also, without having been able to



establish lawfully and rightfully in the German parts of his domains the new order of succession, which the Powers, who signed the treaty of 1852, had in view, and which they would have been bound to uphold, had those arrangements been really completed. This not being the case, the treaty is imperfect by itself. To make it perfect, three essential conditions are still wanting:

No. 1359.  
Königr.  
Sachsen.  
29. Dec.  
1863.

1. the consent of all the Agnats;
2. the consent of the Estates of Holstein and Schleswig;
3. the consent of the German Diet. —

The history of Germany offers a precedent of striking analogy. — I mean the so-called „Pragmatic Sanction.“ Charles VI, having no male heir, wanted to change the existing order of succession in favour of his daughter. He made treaties with all the leading Powers of Europe; but did these treaties satisfy him? No. He thought it right and wise to submit the „Pragmatic Sanction“ to all the different Estates and provincial Diets of his dominions, and they accepted it. The consequence was, that, when afterwards some foreign Powers endeavoured to deprive Maria Theresia of some parts of her inheritance, the people stood up for her rights. ¶ If, in the present case, Frederic VII had acted with the same wisdom as Charles VI and if the Holsteiners and the Schleswigers had declared openly in favour of Christian IX, as the Austrians and the Hungarians did for the Empress-Queen, do you think Germany would have interfered and questioned the legality of the order of succession which the treaty of London endeavoured to create? ¶ I trust your Lordship will kindly excuse those few remarks and enable me, after having seen Baron Beust's answer, to write home, that you cannot but acknowledge, that the conduct of the Saxon Government has been entirely consistent with good faith. ¶ Believe me, &c.

*Vitzthum.*

## No. 1360.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Dringlichkeit der Conferenz. —

St. Petersburg, December 29, 1863 (received January 4, 1864).

My Lord, — When I addressed my despatch to your Lordship yesterday, I understood from Prince Gortchakoff that the Governments of Austria and Prussia were no longer inclined for the immediate convocation of a limited Conference on the Danish question alone at Paris. This morning the Vice-Chancellor entertains impressions of a different character. His Excellency has received a telegraphic communication from Vienna to the effect that Count Rechberg recognizes the imminent necessity of a Conference on this question. ¶ Prince Gortchakoff, accordingly, has requested me to state to your Lordship by telegraph that, in his opinion, it is most desirable Lord Wodehouse should have orders to advise the Cabinet of Denmark to demand a Conference without delay. M. d'Ewers will have instructions to the same effect, and if the Cabinet of Copenhagen express a desire for Paris, Russia will not oppose it. ¶ I have, &c.

No. 1360.  
Gross-  
britannien,  
29. Dec.  
1863.

*Napier.*

N<sup>o</sup>. 1361.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandterin Hannover an den königl. Min. d. Ausw.  
— Unterredung mit dem Grafen Platen über den Conferenzvorschlag. —

Hanover, January 3 (received January 5), 1864.

No. 1361.  
Gross-  
britannien.  
3. Jan.  
1864.

My Lord, — I had the honour to receive this morning your Lordship's despatch of the 31st ultimo, containing a proposal, first for a Conference of the Powers who signed the Treaty of London of the 8th of May, 1852, together with a Minister of the German Diet, to treat of the differences between Germany and Denmark, and secondly, for the maintenance of the *status quo* until the Conference shall have finished its labours. ¶ I lost no time in waiting upon Count Platen, and previously to giving his Excellency a copy of your Lordship's despatch I read it to him. ¶ I had hardly finished reading the despatch, when his Excellency said his answer was that the question was pending before the Diet. ¶ On my replying that I was unwilling to take such an answer to a proposal which I had been directed to submit for the consideration of the Hanoverian Government, and that I therefore requested his Excellency to lay your Lordship's despatch before the King, he said that he would do so, but that his advice to His Majesty would be to the effect he had stated, your Lordship having brought the question before the Diet. ¶ I remarked that the Diet was only an assembly of German Envoys, acting according to special instructions from their several Governments, and that it was conformable to the usual practice of all Governments to submit to the individual German Cabinets the proposals they brought before the Confederation, with a view to obtaining their assent to them. Moreover, when a Government like that of Great Britain made to the Hanoverian Government a communication couched in the most courteous language, and containing proposals, the adoption of which was calculated to prevent a European war, I considered that they had a right to expect that it should not be set aside by a mere reference to the Diet, but that on the contrary it should be taken into serious consideration. ¶ I pointed out to Count Platen that in order to give effect to your Lordship's second request for the maintenance of the *status quo* until the Conference should have finished its labours, it would be necessary that no recognition of the pretensions of the Prince of Augustenburg, nor occupation of Schleswig, should take place. I could therefore, only, I said, repeat the expressions of my hope that the Hanoverian Government would oppose at the Diet any proposals, coming from whatever quarter, having either of those objects. ¶ His Excellency, after intimating that a war might perhaps be the best solution for Germany, remarked that before your Lordship's proposal for a Conference was accepted its objects ought to be specified, and he conveyed the opinion that a revision of the Treaty of May 1852 should form one of them. He objected to the participation of Sweden in the Conference, which ought, he maintained, to be composed of the Representatives of the five great Powers and the German Confederation. He then alluded to your Lordship's recent communication of the Diet on the subject of the Conference as having given offence at Frankfort, and reproached the British Government

with having during a long course of years shown a great partiality towards Denmark, to the detriment of Germany. As regards the question of the recognition of the Prince of Augustenburg, he said it would not come before the Diet for some time, and he could only remind me that he had not announced to me the withdrawal of Hanover from the Treaty of London of 1852. Hanover, he contended, in voting for an examination at the Diet of the Succession question, had not been acting contrary to her engagements under that Treaty. He thought I might be at ease concerning the occupation of Schleswig, as the Austro-Prussian proposal was not likely to be adopted by the Diet. ¶ After observing upon the disastrous turn which a war might take for Germany, I recalled to Count Platen's recollection that Sweden had acted as mediator between Denmark and Germany for the Armistice of Malmö in 1848, and had taken a part in all the transactions of that period, and I did not see how she could be excluded from the Conference at present. I said that I could not see in your Lordship's communication to the Diet anything at which its members could reasonably take exception; your Lordship had warned the Diet against any precipitate steps as being calculated to bring on serious complications, but had your Lordship not done so, and had the Confederation committed itself in such a manner as to force Her Majesty's Government to take more decided action in the matter, Germany would probably have made the omission of such a warning a subject of reproach against Great Britain. As regards his Excellency's reproaches against Her Majesty's Government of having in their policy for many years past shown themselves partial to Denmark and unfriendly towards Germany, I need hardly say that I did not allow them to remain unanswered. ¶ The powerful arguments contained in your Lordship's despatch in favour of the pacific solution of the pending difficulties by means of a Conference rendered it quite superfluous for me to enter into any detailed defence of your Lordship's proposal. ¶ Towards the close of our conversation his Excellency repeated that he would submit your Lordship's despatch to the King, and said he would give me an answer as soon as he could, but that some little time might elapse before he did so, as he was desirous of previously ascertaining what course other Governments intended to adopt in respect to the Conference proposed by your Lordship. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

### No. 1362.

**GROSSBRITANNIEN.** — Minister d. Ausw. an d. königl. Gesandten in München (und gleichmässig nach Stuttgart, Dresden und Hannover). — Die Anerkennung des Herzogs Friedrich bedingt die vorgängige Räumung Holsteins. —

Foreign Office, January 5, 1864.

My Lord, — In case the vote of the Diet should be given in favour of the claims of the Prince of Augustenburg to the sovereignty of Holstein, the Federal troops ought in the first place to evacuate that Duchy, in order to give the

No. 1361.  
Gross-  
britannien,  
3. Jan.  
1864.

No. 1362.  
Gross-  
britannien,  
5. Jan.  
1864.

No. 1362. Danes an opportunity of resisting the entry of an invading force, if they choose  
 Gross- so to do. Unless this is done a fraud will have been committed in the occupa-  
 britannien. tion of Holstein, which has taken place under pretence of a Federal Execution.  
 5. Jan. 1864.  
 ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1363.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und gleichmässig nach St. Petersburg und Stockholm). — Vorschlag gemeinsamer Vorstellungen an die streitenden Mächte zur Erhaltung des Friedens. —

Foreign Office, January 5, 1864.

No. 1363. My Lord, — In the present very critical situation of affairs in the Du-  
 Gross- chies of Holstein and Schleswig, and in the present state of the relations between  
 britannien, Germany and Denmark, it appears to Her Majesty's Government most desirable  
 5. Jan. that some concert should be arrived at between the non-German Powers who  
 1864. signed with Denmark the Treaty of London of May 1852. ¶ Her Majesty's Go-  
 vernment proceed to state their view of the present position of the Dano-Ger-  
 man question. ¶ Her Majesty's Government understand that the Diet is now  
 deliberating, or about to deliberate, on two courses proposed to them, the one  
 by Bavaria and Saxony, the other by Austria and Prussia, in reference to the  
 affairs of Denmark. ¶ By the first of these courses the Prince of Augustenburg  
 would be at once put in possession of Holstein, and the German Powers having  
 obtained possession of Rendsburg and Frederickstadt, together with the rest of  
 Holstein, without resistance from the Danes, on the ground of Federal Execution,  
 would convert that Execution into occupation, and place the Prince of Augusten-  
 burg on the Ducal Throne of Holstein. The German Powers are further ex-  
 pected, upon the appeal of the same Prince of Augustenburg, to assist in placing  
 him in possession of the Duchy of Schleswig, which is not German territory,  
 and which forms no part of the German Confederation. ¶ On the other hand,  
 Austria and Prussia are said to have proposed to the Diet, „that the Confedera-  
 tion should require Denmark definitively to suspend the November Constitution  
 with regard to Schleswig, and should at the same time notify that, in case of re-  
 fusal, the Confederation will be compelled to obtain a pledge for the fulfilment  
 of its just demands by the military occupation of Schleswig.“ ¶ In regard to  
 the first place, Her Majesty's Government could only regard its adoption as an  
 unjustifiable attack upon Denmark, with a view to its dismemberment, and as  
 being therefore a violation of the Treaty of London. ¶ The second course pro-  
 posed by Austria and Prussia clearly implies a recognition of the King of Den-  
 mark's title to Schleswig. In regard to this plan, Her Majesty's Government  
 ask only for time and impartial consideration. Time will be obtained if the  
 Confederation will at once stop all acts of hostility, if any are now being carried  
 on, forego all warlike preparations, and be satisfied with the present state of

of military occupation in Holstein. Impartial consideration of the points at issue will be obtained, if the German Confederation will consent to refer them to a Conference of the Powers who signed the Treaty of London, or will accept the mediation of the non-German Powers, parties to the Treaty of London, or some other mode of amicable arrangement. ¶ If that attempt should be successful the question will be solved, and peace will be maintained; if it is unsuccessful, each Power will be at liberty to pursue the course which its own honour and its own interests may seem to demand. ¶ But at all events it will be proved that the Powers of Europe were not willing to incur the evils of war till every mode of averting those evils had been exhausted. ¶ It must be remembered that the present King of Denmark has been scarcely two months upon the Throne, that he has already shown his wishes for accommodation by revoking the Royal Letters-Patent of March 30 as to Holstein, and by submitting without a conflict to the German Execution in Holstein. His Ministry also has just been changed, so that he stands in the position of a King who has recently ascended the Throne, and has formed a new Ministry. ¶ Some interval of time may surely be asked to try the last chances of peace. ¶ Her Majesty's Government wish to learn the views of France, Russia, and Sweden upon this subject, and should they be found to agree, the four Powers may then communicate them by a note similar in substance to the Courts of Austria and Prussia and to the German Confederation. ¶ You are instructed to give a copy of this despatch to M. Drouyn de Lhuys. ¶ I am, &c.

No. 1363.  
Gross-  
britannien,  
5. Jan.  
1864.

*Russell.*

### No. 1364.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Französische Bedenken gegen den vorausgehenden englischen Vorschlag. —

Paris, January 5 (received January 6), 1864.

(Extract.) I saw M. Drouyn de Lhuys as soon as his Excellency could receive me this morning, and communicated to him the contents of your Lordship's telegram.\*) ¶ After listening to the proposal contained in it, M. Drouyn de Lhuys observed that in principle it was much the same as the proposal which I had already made to him on the part of Her Majesty's Government, and was open to the same objections. What was to be done should Germany refuse to suspend hostile preparations? ¶ I said that if a demand for the cessation of hostilities, should they be carrying on, and of hostile preparations, were to be made by the Powers indicated in your Lordship's despatch, and that demand were not to be acquiesced in by Germany, further deliberations between the Powers would, it seemed to me, become necessary. But why anticipate difficulties which might never be realised? We had before us a question which every Govern-

No. 1364.  
Gross-  
britannien,  
5. Jan.  
1864.

\*) Inhalt von No. 1363.

No. 1364. ment admitted to be fraught with immediate danger to the peace of Europe.  
 Gross-  
 britannien,  
 8. Jan.  
 1864. Was it not the duty of every statesman to do all in his power to eliminate this danger? ¶ M. Drouyn de Lhuys replied that he fully admitted the danger of the present situation, nor did he see, he said, any chance of effecting a reconciliation between Denmark and Germany but through a mediation; and if that mediation was to be carried on by means of more than one Power, a Conference would become necessary. He need hardly add that he agreed with me that no feelings resulting from past events should interfere with a decision on so important a question. For the present he could say no more than that he would submit the proposal of Her Majesty's Government to the Emperor without loss of time, and would inform me of the determination of the Imperial Government. ¶ I inquired of M. Drouyn de Lhuys whether he was aware that Denmark was about to ask for the mediation of the Great Powers and of Sweden. He replied that he had been informed of it by telegraph. I said that the demand of Denmark being in accordance with the declaration respecting mediation made by the Congress of Paris, could hardly be refused by the Powers who had signed that declaration, though in the opinion of Her Majesty's Government neither Austria nor Prussia could act as mediators. I observed further that if Great Britain and France would consent to the principle of mediation, other Powers, I felt convinced, would not refuse. It was therefore essential that the decision of the Imperial Government should be speedily taken. M. Drouyn de Lhuys led me to hope that I might have an answer in the course of the day. &c.

*Cowley.*

### No. 1365.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin.  
 — Inopportunität einer Besetzung Schlesiens. —

Foreign Office, January 6, 1864.

No. 1365.  
 Gross-  
 britannien,  
 6 Jan.  
 1864. (Extract.) In reply to your Excellency's despatch of 2nd instant, which was received on the 4th, I have to inform you that Her Majesty's Government consider you were right in stating to the Prussian Secretary for Foreign Affairs that they had not said that the relations between England and Prussia might be endangered by an invasion of Schleswig, although they considered that such an invasion might do so if due time were not given to the Danish Government to grant the concessions which they were required to make. ¶ I have to instruct your Excellency to point out to Baron Bismarck that the occupation of Schleswig at a moment when so violent a feeling prevails in Germany is a very different thing from what such occupation would be as an ordinary operation of war. ¶ Her Majesty's Government are willing to believe that the Prussian Government, in the same manner as the Government of Austria, intend to act an honourable part in the present crisis, but some of the Powers of Germany have shown an intention of availing themselves of the Execution and the occupation in Holstein and Schleswig as a means of creating a revolution in those Duchies,

with a view to the dismemberment of the Danish Monarchy. ¶ Her Majesty's Government consider such a course as this to be neither honourable for Germany to pursue, nor safe for Austria and Prussia to allow. ¶ The recent vote of the Diet at Frankfort clearly indicates an intention not to exclude the Prince of Augustenburg from the Duchy of Holstein. At the same time the conduct of the Federal forces in that Duchy is altogether at variance with the character of a Federal Execution, and can only have a tendency to leave a stain upon the good name of the Confederation. &c.

*Russell.*

---

### No. 1366.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Die Absicht Oesterreichs und Preussens geht auf innige Verbindung Schleswigs und Holsteins und deren persönliche Verbindung mit der Krone Dänemark. —

Berlin, January 4 (received January 7), 1864.

(Extract.) When I represent to M. de Bismarck that the position of Denmark must be already so galling to her proud and high-spirited people, that her worst enemies should feel satisfied, and that she is already prepared to surrender to the enemy at her gates all that can be justly demanded from her, I am told that until Germany has actually shown that she is not afraid to draw her sword in a cause which she considers to be just, and has forced Denmark by arms to remove the grievances complained of, the King will not consider that enough has been done for national honour. ¶ A Conference, therefore, M. de Bismarck says, can only be accepted on the condition that it will not interfere with the military operations which may in the meanwhile be decided upon. ¶ It is not to be believed, however, that the Prussian Government would decline to obtain by negotiations alone all that can be justly demanded of Denmark, or that they would insist on the proposed negotiations being preceded or accompanied by an unnecessary and bloody conflict, merely in order that Germany might prove to the people of Denmark that they are unable to resist the overwhelming forces of the German Confederation. ¶ I shall not, therefore, characterize the grounds on which M. de Bismarck rests his defence of the intended invasion of Schleswig. It will be more reasonable to inquire whether there may not be other causes for that measure, which, if not unobjectionable, present it in a less odious point of view than as a mere wanton interruption of the peace of Europe, and a needless infliction upon Denmark of the horrors of war. ¶ I have no doubt, therefore, that the union of Schleswig and Holstein into one German State are the real objects of the proposed invasion and occupation of the former Duchy, and as Austria and Prussia believe they can effect this without any great sacrifices, they will endeavour at the same time to maintain their Treaty engagements so far that they will not demand the disruption of the Danish Monarchy; but with the Duchies of Schleswig and Holstein in the possession of their troops, they will, it may be presumed, demand

No. 1365.  
Gross-  
britannien,  
5. Jan.  
1864.

No. 1366.  
Gross-  
britannien,  
4. Jan.  
1864.

No. 1366. from Denmark the formal cession of Schleswig to Germany, and unite the new State to Denmark by the mere dynastic union of the two Crowns. ¶ This is, I have reason to believe, what Austria and Prussia intend, but it remains to be seen whether, under the revolutionary influences which have been permitted to direct affairs in Holstein, it will be possible for them to induce Germany to consent to any vestige whatever being preserved of the arrangements to which a European sanction was given by the Treaty of London; and if Denmark resists to the last, and carries on the war as long as her resources will enable her to do so, regardless of the occupation of her continental provinces, a state of things may arise most dangerous to the general peace of Europe. ¶ But, on the other hand, if Schleswig is not invaded, there is every reason to believe that Denmark will accept whatever terms the great Powers may recommend as a just settlement of the controversy. &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1367.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Mittheilung des Conferenzvorschlags an Herrn von Bismarck. —

Berlin, January 4 (received January 7), 1863.

No. 1367.  
Gross-  
britannien,  
4. Jan.  
1864.

My Lord, — The extra messenger Bousey delivered to me on the 2nd instant your Lordship's despatch of the 31st ultimo . . . ¶ I read the despatch to M. de Bismarck in the course of the evening, and as he asked for a copy I left one with him in conformity with your Lordship's instructions. ¶ The only observation which he made on its contents was with reference to the maintenance of the *status quo* during the proposed negotiations. He said he could not agree to such a condition, as German national feeling would not be satisfied unless Denmark either abrogated the Constitution or Schleswig was withdrawn from the jurisdiction, by the invasion and occupation of the Duchy by German troops. ¶ I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1368.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Bismarck über die Voraussetzungen zur Hinausschiebung der Besitznahme Schleswigs. —

Berlin, January 5 (received January 7), 1864.

No. 1368.  
Gross-  
britannien,  
5. Jan.  
1864.

(Extract.) I acquainted M. de Bismarck this morning with the substance of your Lordship's telegrams of the 3rd and 4th instant; the only remark which he made on the opinions expressed in the first, as to the conduct of the Federal authorities in Holstein, was, that your Lordship should make them known to the Diet at Frankfort. ¶ With regard to the suggestion in the second, that Austria and Prussia should withdraw their proposal to the Diet for



the invasion and occupation of Schleswig, he said, that Her Majesty's Government should take into consideration that the Execution had been carried out by Saxon and Hanoverian troops, under the immediate orders of the Diet, and that Prussia and Austria had been able to exercise little control over the attitude of the Federal civil and military authorities with reference to the population of the Duchy and the Succession question; but that if Schleswig was invaded, the occupation would take place under the supreme command of a Prussian General, who would permit no contravention of the laws at present existing in the province, and by which all public political meetings are prohibited. ¶ I said, if revolutionary movements were to be opposed in Schleswig instead of being encouraged, as had been the case in Holstein, by the invading army, some of the evil consequences of an occupation of the Duchies might be diminished; but as the Danish Government could not be prevented from defending their territory, an invasion of the Duchy would still be the unnecessary commencement of a conflict which might imperil the peace of all Europe. ¶ We then spoke of the *status quo*, on which your Lordship suggests that a Conference should take place for the arrangement of the differences of Denmark and Germany. His Excellency said that such a proposal was entirely inadmissible, and that it was not to be expected that Austria and Prussia would go into Conferences acknowledging the obligations which they contracted by the Treaty of London, while Denmark should come there maintaining in force a Constitution which has incorporated Schleswig with the Kingdom of Denmark, in flagrant violation of engagements into which she had entered with Germany. If the new Constitution is not to be abrogated by Denmark, he said, Germany cannot treat with her on the basis of the Treaty, except with Schleswig in the possession of the troops of the Confederation, which would be a *de facto* abrogation of the Constitution in the Duchy. ¶ With respect to the Constitutional difficulties which I urged against the abrogation of the Constitution, he replied they were not made by Germany, and it was for Denmark to devise a means of overcoming them. But I said that if the Danish Government were to convoke the Rigsraad for an act of self-immolation, they might be told they had offered a new insult to Germany, whereas it might be agreed in Conference that such a measure should be adopted. He stopped me by saying that it was needless wasting arguments upon the subject; he knew what was possible and what was impossible, and that if the Treaty was not to be repudiated there was no choice except between the abrogation of the Constitution and the occupation of the Duchy. I then said, But you speak always of what you exact, but never mention what you will do; and I asked if it was likely that the Danish Government would, under present circumstances, accept a proposal on the part of Her Majesty's Government that they should abrogate the Constitution before the meeting of the Conference about to be convoked if Her Majesty's Government could not assure them that on that condition being fulfilled on their part, Germany would engage not to cross the Eider and invade Schleswig while the Conferences were sitting. He replied, that would be a more reasonable proposal. I said it was not a proposal, but merely an observation of my own to endeavour to ascertain from him whether there was

No. 1368.  
Gross-  
britannisch,  
5. Jan.  
1864.

No. 1368.  
Gross-  
britannien,  
5. Jan.  
1864.

any basis on which Germany would go into Conferences, with the maintenance of the Treaty of London by Austria and Prussia and the present military *status quo* in Holstein; and that since he said he considered such a proposal would be reasonable, I asked whether he would authorize me to state to your Lordship that such a proposal would be received favourably by the Prussian Government. His Excellency said I might state that he would recommend it to the King, but if it was made it must be made formally in a despatch and addressed at the same time to the Austrian Government. &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1369.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Dresden an den königl. sächsischen Min. d. Ausw. — Das Verhalten der Bundestruppen in Holstein und die damit verbundenen Gefahren betreffend. —

Dresde, le 5 janvier, 1864.

No. 1369.  
Gross-  
britannien,  
5. Jan.  
1864.

M. le Ministre, — J'ai l'honneur de vous prévenir que je viens de recevoir une dépêche du Comte Russell, dans laquelle il me communique les vues du Gouvernement de Sa Majesté Britannique sur l'état des affaires en Holstein, dans le sens que, si les troupes de la Confédération envahissent le Slesvig avant que les Puissances Signataires du Traité de Londres aient pu faire connaître leur opinion à ce sujet, les conséquences les plus sérieuses pourront en résulter. D'après l'avis du Gouvernement Anglais la conduite des troupes allemandes en Holstein a été contraire non seulement au Décret de la Diète, mais aussi à la justice; et la Bavière, le Saxe et le Wurtemberg doivent en partager la responsabilité. ¶ Quoique je n'aie pas reçu l'ordre de communiquer le contenu de cette dépêche à votre Excellence, je suis persuadé qu'il est de mon devoir de le faire, vu que, si le Gouvernement Saxon se sent disposé à tenir compte de l'avis du Gouvernement de Sa Majesté Britannique sur un sujet qui est de la plus haute importance pour toute l'Europe, il n'y a pas de temps à perdre, car la marche des affaires dans les Duchés est telle que les événements d'un jour pourraient rendre infructueuses toutes les démarches prises par le Gouvernement Britannique pour conserver la paix entre la Confédération Germanique et le Danemark.

¶ Agréez, &c.

*Ch. A. Murray.*

### No. 1370.

**KÖNIGREICH SACHSEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. grossbritannischen Gesandten in Dresden. — Antwort auf die vorausgehende Note. —

Dresde, le 5 janvier 1864.

No. 1370.  
Königr.  
Sachsen,  
5. Jan.  
1864.

Monsieur, — Je viens de recevoir la note que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser aujourd'hui même, et je me hâte d'y répondre. ¶ Vous me faites connaître la substance d'une dépêche de M. le Comte Russell, en

ajoutant que vous n'avez pas reçu l'ordre de me la communiquer. Je regrette que vous ayez cependant jugé convenable de m'en donner connaissance, car vous ne sauriez méconnaître la nécessité où je me trouve de relever des passages dont le langage blessant égale la légèreté d'assertions allant jusqu'à attaquer l'honneur de notre drapeau. ¶ Vous dites, „que d'après l'avis du Gouvernement Anglais la conduite des troupes allemandes en Holstein a été contraire non seulement au décret de la Diète, mais aussi à la justice, et que la Bavière, la Saxe et le Wurtemberg doivent s'en partager la responsabilité.“ ¶ C'est pour la première fois que j'entends parler d'une pareille conduite de nos troupes dans le Holstein. Je serais tenté de vous demander des faits à l'appui d'une accusation aussi hasardée. Si j'y renonce, c'est que la conduite des troupes Fédérales dans un pays de la Confédération, où elles se trouvent par suite d'un Arrêté de la Diète, est un sujet qui ne concerne en rien un Gouvernement étranger. ¶ Vouloir en rendre responsable les Gouvernements de Bavière et de Wurtemberg, qui n'ont pas même envoyé de troupes, c'est donner une preuve de plus de l'ignorance des choses qui se passent en Allemagne. ¶ Vous me dites enfin que si les troupes de la Confédération envahissent le Slesvig avant que les Puissances signataires du Traité de Londres aient pu faire connaître leur opinion à ce sujet, les conséquences les plus sérieuses pourront en résulter. ¶ La Diète, vous le savez, est effectivement mise en demeure de se prononcer sur des propositions qui lui ont été faites par rapport au Duché de Slesvig. ¶ L'avertissement que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique veut nous donner est bien de nature à fixer l'attention du Gouvernement du Roi. Il ne se refusera pas à le prendre en sérieuse considération. Mais vous me permettrez de vous faire observer que pour tout Gouvernement jaloux de son honneur et de sa dignité il serait difficile d'imaginer un moyen plus efficace pour lui faire braver les conséquences d'une décision dictée par le sentiment du devoir que ne l'est l'emploi de la menace. ¶ Veuillez, &c.

No. 1370  
Rödngr.  
Sachsen,  
5. Jan.  
1864.

*Beust.*

---

### No. 1371.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys, betreffend die Rätlichkeit der Vermittelung durch die Mitunterzeichner des Londoner Vertrags. —

Paris, January 7 (received January 8), 1864.

(Extract.) In my despatch of the 5th instant I had the honour to inform your Lordship that M. Drouyn de Lhuys had led me to expect that he would be able to impart to me, in the course of that day, the decision taken by the Emperor with reference to the proposal of Her Majesty's Government that Great Britain, France, Russia, and Sweden should offer their mediation for the settlement of the differences existing between Germany and Denmark. The day, however, passed over without my receiving any further communication from his Excellency; and on the following morning your Lordship's despatch of the

No. 1371.  
Gross-  
britannien,  
7. Jan.  
1864.

No. 1371.  
Gross-  
britannien,  
7. Jan.  
1864.

5th instant upon the same subject reached me, a copy of which I was instructed to give to the French Minister. ¶ I lost no time in apprizing M. Drouyn de Lhuys of the instructions which I had received, and requested him to fix an hour for seeing me. Towards 4 o'clock two notes from his Excellency were given to me; the one, dated the previous day (having, consequently, been twenty-four hours reaching me), stating that the Emperor had determined, before replying to the proposal of Her Majesty's Government, to await the communication respecting mediation which had been announced from Copenhagen; the other excusing himself from seeing me until to-day. ¶ This afternoon, then, I called upon M. Drouyn de Lhuys, and gave him a copy of your Lordship's despatch. ¶ M. Drouyn de Lhuys observed that the Danish proposition had not yet been received, and that he could not, therefore, speak more positively respecting a project of mediation than he had done already. But he was preparing the way. He had seen the Austrian and Prussian Ambassadors yesterday, and had told them that the French Government would neither go into Conference nor assist in a mediation, unless Germany should previously accept the political and military *status quo* in Denmark and the Duchies, comprising the question of Succession. What would be the use of conferring while Germany was pursuing hostilities which might produce a daily change in the questions to be decided by the Conference? Moreover, he must repeat that Germany, to this day, had never stated the exact demands which she had to make upon Denmark; and until this had been done there would, in fact, be nothing to confer about. If, therefore, Austria and Prussia were desirous of Conferences, he could only urge upon them the necessity of obtaining the consent of the Diet to the maintenance of the *status quo*, and to a formal exposition of the demands of Germany. ¶ The language which he had held to the Austrian and Prussian Ambassadors, M. Drouyn de Lhuys continued, must guide him in his answer to me, and he must know further, before engaging in a project of mediation, whether mediation would be accepted by the Diet. ¶ I observed that the best chance of obtaining the consent of the Diet to mediation would be by making the proposal. So long as we contented ourselves by merely feeling our way, so long I was convinced would all our efforts be thrown away on Germany. But let the proposal of Her Majesty's Government be agreed to, and a direct offer of mediation be made by Great Britain, France, Russia, and Sweden in the terms suggested by Her Majesty's Government, or, if the demand of mediation were to be made by Denmark, let it be supported by the above Powers, there would at all events be a chance of its acceptance at Frankfort. We should certainly not prevent war by watching the march of events with folded arms. Diplomatic interference might not, indeed, succeed, but it was the duty of those who wished to preserve Europe from war to try it, and it would be a satisfaction hereafter to have done so. ¶ I could obtain no other reply from M. Drouyn de Lhuys than the repetition of the intention to await the proposal which Denmark is about to make; but he said at last, that I might tell your Lordship that he would support a demand of mediation coming from Copenhagen, provided it were not accompanied by any unreasonable conditions. &c.

Cowley.

## No. 1372.

DÄNEMARK. — Königl. Proclamation an das Heer. —

(Uebersetzung.)

Soldaten: Unser erster Gruss im neuen Jahre sei an Euch! es findet Euch unter Waffen zur Vertheidigung des Vaterlandes, und das ist der Grund, dass Euer König bei Euch weilt. ¶ Das Vaterland hat einen schmerzlichen Verlust an Eurem heimgegangenen Kriegsherrn, König Friedrich VII., erlitten, und es wird auf mannigfache Weise bedroht, aber in einem Punkte haben Wir bereits die Erbschaft Unseres königl. Vorgängers für voll angetreten, in der Liebe zum Vaterlande: darin stehen Wir hinter Keinem zurück! ¶ Unsere Losung sei in diesem Augenblicke die Ehre des Vaterlandes! ¶ Dies theuerste aller Kleinode soll bewahrt werden. Will es sich so fügen auf friedlichem Wege, und, wenn es erfordert wird, durch Kampf von Eurer Seite! ¶ Eine unnöthige Aufopferung auch nur Eines Menschenlebens ist zu viel, aber kein Leben ist für die Rettung des Vaterlandes zu kostbar. ¶ Von dem früheren ruhmvollen Kampfe her hat die Armee ihre erfahrenen ausgezeichneten Führer, denen das junge Heer, das den alten Kriegsruhm und den ausharrenden Muth des dänischen Soldaten ererbt hat, mit Vertrauen und Begeisterung zu folgen wissen wird. ¶ Es ist nicht die Menge, sondern der Muth und der unbedingte Gehorsam gegen die Befehle der Führer unter allen Umständen, welche den Sieg verleihen. Vergesst niemals, dass der himmlische Herr selbst in dem Schwachen stark ist, und hört, wenn der Kriegslärm ertönt, auf die Stimme Eures Königs und Eure eigne, die da rufen: „Für die Ehre des Vaterlandes!“ Das Glück folgt dem Tapferen. ¶ Wir freuen uns darauf, bald die verschiedenen Truppen-Abtheilungen zu besuchen, die jetzt ein Ganzes bilden sollen, und werden auf jede Weise bestrebt sein, Euch die Beschwerden des Feldlebens zu erleichtern. Euer König und Euer Freund.

Gottorf, den 2. Januar 1864.

Christian R.

## No. 1373.

GROSSBRITANNIEN. — Lord Wodehouse an den königl. Min. des Ausw. — Dänemarks Geneigtheit zur Anrufung eines europäischen Schieds-  
spruches in dem Streite mit Deutschland. —

Copenhagen, January 3 (received January 9), 1864.

My Lord, — At the request of Bishop Monrad, M. d'Ewers and I waited upon him to-day at the Foreign Office. M. Quaade was present at our interview with his Excellency. ¶ The Bishop said that having taken charge provisionally of the Ministry for Foreign Affairs, he had requested us to call upon him in order that he might communicate to us the decision of the Danish Government as to our suggestion that Denmark should propose a Conference

No. 1373. upon the questions at issue between her and Germany. ¶ The King, his  
 Gross-  
 britannien,  
 3. Jan.  
 1864. Excellency said, had seen with deep pain the recent events in Holstein. His Majesty had made a great sacrifice in the cause of peace when he gave orders to his troops not to offer any resistance to the forces of the Confederation, and he had hoped that the Federal authorities would have taken advantage of the arrangement by which the withdrawal of the Danish troops was effected in each town, simultaneously with the entrance of the Federal troops, to prevent any revolutionary movements. The scenes which had occurred at Altona and Kiel and elsewhere had shown how ill founded these hopes had been. ¶ But however just a right he had to complain of the proceedings of the Confederation, His Majesty was resolved that nothing should be omitted on his part, consistent with the honour of his Crown, to avert a war. He had therefore determined to appeal to the principle laid down at the Congress of Paris, that international disputes should be settled by arbitration; and in accordance with that principle to invite the mediation of the Powers who signed the Treaty of May 8, 1852, with respect to the differences between Denmark and Germany. The mode of carrying out this mediation would be left by Denmark to the choice of the Powers to whom this proposal would be addressed. ¶ His Excellency added, that it must be understood that pending the negotiations the *status quo* would be maintained as it existed on the first day of the present year. He was desired by the King to declare that the occupation of any part of Schleswig by the Federal troops would be treated by Denmark as an act of war, which must at all hazards be resisted by force. If the Danes were driven by superior numbers out of Schleswig they would continue their resistance in Jutland; if they were compelled to retreat from Jutland they would fight to the last extremity in the islands, until Copenhagen itself was in the hands of the enemy. ¶ With regard to the Constitution of November 18, the Bishop said it was impossible for the King to formally bind himself not to convoke the Rigsraad, as circumstances might arise, as for instance the demise of the Crown or the necessity for further supplies of money, which would render the meeting of the Rigsraad unavoidable, and the King had no power to enter into an engagement to set aside the law; but his Excellency added he was perfectly aware that any measure by which the Constitution should be called into activity would be regarded by Germany as equivalent to a declaration of war on the part of Denmark, and must bring about an instant rupture of negotiations. It was obvious, therefore, that an intention on the part of the Danish Government to advise the King to summon the Rigsraad whilst negotiations were proceeding would be altogether inconsistent with the proposal which they were about to make for a mediation. More than that he could not say, and he hoped we should accept this statement as satisfactory. ¶ Despatches in accordance with what he had now stated to us would be sent, as soon as they could be prepared, to the Danish Ministers at London, Paris, St. Petersburg, and Stockholm, and as the regular diplomatic intercourse with the Courts of Berlin and Vienna was interrupted, direct communications in the same sense would be addressed to the Austrian and Prussian Ministers for Foreign Affairs. ¶ In conclusion, he must express his earnest hope that no

time would be lost in commencing the negotiations. ¶ M. d'Ewers and I expressed our satisfaction at the communication which the Bishop had made to us, and with his Excellency's consent we made known the substance of it to our respective Governments this afternoon by telegraph. ¶ After our interview was over I observed to M. d'Ewers that Bishop Monrad had omitted to tell us whether the Danish Government were willing to admit a Representative of the Germanic Diet to the negotiations, and that although it might be inferred from what he had said that no objection would be raised on that point, it was necessary that no doubt should exist as to so important a condition. ¶ We subsequently saw M. Quaade, from whom we received the assurance, after he had spoken to Bishop Monrad, that no opposition would be made by Denmark to the presence of a Representative of the Diet. ¶ I have, &c.

No. 1373.  
Gross-  
britannien,  
3. Jan.  
1864.

*Wodehouse.*

### No. 1374.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Bereiterklärung zur Annahme diplomatischer Vermittelung in dem Streite mit Deutschland. —

Copenhagen, le 5 janvier, 1864.

Monsieur, — Plusieurs entretiens que j'ai eus avec Lord Wodehouse m'ont permis de constater l'intérêt sincère que le Cabinet Anglais porte à la cause du Danemark et la sollicitude qu'il voue à la conservation de la paix générale. ¶ Depuis longtemps déjà nous avons compris que ni les délibérations au sein de la Diète ni les négociations directes avec les deux Grandes Puissances Allemandes n'amèneraient un résultat sérieux. Aussi, lorsque dans l'automne passé l'Angleterre a proposé sa médiation à Francfort, nous nous sommes empressés d'accepter cette offre, que de son côté la Diète a malheureusement cru devoir refuser. ¶ Mais dans ces derniers temps l'affaire est entrée dans une phase plus critique que jamais. Si la médiation nous paraissait naguères le moyen le mieux choisi pour amener un accord, aujourd'hui elle est devenue l'unique moyen pour conjurer l'explosion de la guerre. ¶ Dans le Protocole du 14 Avril, 1856, les Puissances signataires du Traité de Paris ont exprimé et les autres Puissances qui ont adhéré à cet acte se sont approprié le vœu que les États entre lesquels s'élèverait un dissentiment sérieux, avant d'en appeler aux armes, eussent recours, autant que les circonstances l'admettraient, aux bons offices des Puissances amies. Cette maxime nouvelle du droit public de l'Europe crée au Roi le droit, comme elle lui impose l'obligation, avant d'en venir à la suprême décision par les armes, d'essayer ce que pourra la médiation de ses alliés. Mais, outre ce principe général, nous avons un autre titre spécial pour réclamer les bons offices des Puissances impartiales. C'est en effet au Traité de Londres que la Confédération s'attaque aujourd'hui, et c'est l'intégrité de la Monarchie, voire même son existence, qui est menacée. Or, les Puissances qui ont signé ce Traité et celles qui y ont adhéré plus tard, ne pourront vouloir se refuser à soutenir les principes

No. 1374.  
Dänemark,  
5. Jan.  
1864.

No. 1374.  
Danemark,  
5. Jan.  
1864.

qu'elles ont solennellement proclamés. ¶ Cette espérance de notre part n'a pas été déçue et je constate avec un véritable plaisir et le commun accord qui se manifeste partout sur l'efficacité d'une intervention des Puissances impartiales, et notre acceptation pure et simple de ce moyen d'écartier une guerre. ¶ Nous savons que les Puissances qui par la position qu'elles tiennent, soit dans les affaires générales de l'Europe, soit dans notre question particulière, sont avant toutes appelées à s'en occuper, s'attachent depuis quelque temps déjà à trouver la forme d'une intervention diplomatique. J'apprécie les difficultés que ce problème peut présenter dans les circonstances actuelles, et je comprends parfaitement qu'il ne nous appartient pas de vouloir décider une question dont la solution doit dépendre des convenances et des vues générales des Puissances. Pour nous la forme d'une médiation éventuelle est d'une importance secondaire, car soit que nous ayons à soutenir nos droits devant une réunion plus ou moins restreinte de Puissances impartiales, soit qu'il faille la traiter seule ou en même temps que les autres questions politiques qui agitent l'Europe, nous avons la même confiance dans la justice et l'équité de nos alliés. Ce qui nous importe et ce qui est de la dernière nécessité, tout le monde le reconnaîtra, c'est que la médiation intervienne à temps et avant que le sang ait commencé à couler. ¶ Je suis heureux de pouvoir constater que Lord Wodehouse partage entièrement notre manière de voir dans cette occasion, et je suis convaincu que le Cabinet Anglais exercera sa grande influence pour écartier les difficultés qui pourront s'opposer à la réalisation prompte et efficace de nos vœux. Je sais que d'autres Cabinets sont tout disposés à travailler vers ce but et je peux donc espérer qu'ils réussiront à amener la médiation qui devient de plus en plus nécessaire. ¶ Je vous prie, Monsieur, de faire lecture de cette dépêche à Lord Russell et de lui en laisser copie. ¶ J'ai, &c.

*D. G. Monrad.*

### No. 1375.

**DANEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in St. Petersburg. — Bereiterklärung zur Annahme diplomatischer Vermittelung in dem Streite mit Deutschland. —

Copenhague, le 5 janvier, 1864.

No. 1375.  
Danemark,  
5. Jan.  
1864.

M. le Baron, — Nous n'aurions eu qu'à nous applaudir si le Prince Gortchakoff avait réussi à réaliser l'idée que lui avait suggérée la mission de M. d'Ewers ici. Réunir les Puissances qui ont signé le Traité de Londres dans un faisceau, pour discuter et résoudre d'une façon équitable tous les côtés de la question dano-allemande, et éviter de cette manière au Nord les secousses et les malheurs d'une guerre, voilà le noble but que le Cabinet Russe se proposait et qui était en parfaite harmonie avec la sollicitude que ce Gouvernement a constamment vouée au bien du Danemark. Malheureusement l'idée du Vice-Chancelier n'a point abouti, surtout parce que les deux grandes Puissances Allemandes ont préféré de se tenir à l'écart. ¶ Mais tout en n'ayant pas amené le résultat



que l'on devait en désirer, l'initiative prise par le Prince Gortchakoff a au moins servi à indiquer clairement la seule voie à suivre, si l'on veut épargner au Danemark, et peut-être à l'Europe, une guerre désastreuse. En effet la médiation des Puissances impartiales peut seule écarter cette calamité. ¶ Le Protocole signé le 14 avril, 1856, par les Puissances Contractantes de la Paix de Paris a établi un principe général qui nous autorise à demander à l'Europe d'intervenir par ses bons offices dans notre différend avec la Confédération. Le Traité de Londres vient y ajouter un autre titre plus spécial, car le principe de l'intégrité de la Monarchie Danoise, qui a été si solennellement consacré en 1852, on affecte aujourd'hui de le mettre en question. Ainsi il y a deux voies par lesquelles une médiation nous semble assurée, soit qu'elle se fasse sous les auspices de toutes les Puissances qui ont pris part au grand Acte International de 1856, soit qu'elle reste restreinte à celles qui ont donné une garantie à l'ordre de Succession et au principe plus général établis par le Traité de Londres. ¶ Votre Excellence connaît notre désir sincère de passer de la situation actuelle si dangereusement tendue à une négociation régulière; et depuis longtemps nous comprenons que toute négociation restera infructueuse à moins qu'elle ne se passe sous les auspices des Puissances impartiales, sous une forme ou sous une autre. ¶ Aussi nous avons appris avec une grande satisfaction que les autres Puissances qui par la position qui leur revient, soit dans les affaires générales de l'Europe, soit dans notre question particulière, sont avant toutes appelées à s'en occuper, s'attachent depuis quelque temps déjà à trouver, en suivant l'initiative prise par le Cabinet de St.-Pétersbourg, la forme la plus propre pour une intervention diplomatique. Le Gouvernement du Roi apprécie les difficultés que ce problème peut présenter dans les circonstances actuelles, et il comprend parfaitement qu'il ne nous appartient pas de décider une question dont la solution doit dépendre des convenances et des vues générales des Puissances. Pour nous, la forme d'une médiation éventuelle est d'une importance secondaire; car soit que nous ayons à soutenir nos droits devant une réunion plus ou moins restreinte des Puissances impartiales, soit qu'il faille la traiter seule ou en même temps que les autres questions politiques qui agitent l'Europe, nous aurions toujours la même confiance dans la justice et l'équité de nos alliés. Ce qui nous importe et ce qui est de la dernière nécessité, la Russie l'a parfaitement compris, c'est que la médiation intervienne à temps et avant que le sang ait commencé à couler. ¶ Je prie votre Excellence de remercier vivement le Vice-Chancelier de l'initiative qu'il a prise dans cette affaire. Je suis fermement convaincu que le Cabinet Russe persistera dans ses efforts bienveillants pour nous, et je ne doute pas que le Prince ne réussisse à réaliser, sous une forme ou sous une autre, l'idée d'une médiation dont il a apprécié le premier toute la nécessité pour la conservation de la paix. ¶ Veuillez donner lecture de cette dépêche au Vice-Chancelier et lui en laisser copie.

¶ J'ai, &c.

No. 1375.  
Danemark,  
5. Jan.  
1864.

*D. G. Monrad.*

## No. 1376.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Verständigung unter den Mitunterzeichnern des Londoner Vertrages, Voraussetzung zur Ausgleichung des deutsch-dänischen Streites auf Grundlage der Aufrechterhaltung der Integrität des dänischen Reiches und des Schutzes der deutschen Nationalität in den Herzogthümern. —

Foreign Office, January 9, 1864.

No. 1376.  
Gross-  
britannien,  
9. Jan.  
1864.

My Lord, — On considering your Excellency's despatches of the 5th and of the 7th instant, Her Majesty's Government have to observe, that the real difficulties in the way of a settlement of the differences between Germany and Denmark are much less grave than are supposed at Paris. ¶ In 1852 France, Great Britain, Russia, and Sweden, were of opinion, with Austria and Prussia, "that the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy, as connected with the general interests of the balance of power in Europe, is of high importance to the preservation of peace." ¶ It is of no less importance at the present time; and therefore the first thing to be agreed upon is to maintain the Treaty of 1852. ¶ With regard to Holstein and Lauenburg, they must be left, according to the same Treaty, to their Federal rights and obligations. ¶ It must be presumed that when those obligations are fulfilled by the King of Denmark, Holstein will be evacuated by the Federal troops. ¶ The real difficulty lies, therefore, in the Duchy of Schleswig. All the efforts of the non-German Powers therefore should be directed, first, to obtain the repeal of the Constitution of November 1863; secondly, to procure for the Duchy of Schleswig such a position as may be in conformity with the promises made by Denmark to Austria and Prussia in 1851, and announced by the late King of Denmark in his Proclamation of January 1852. ¶ Were France, Great Britain, Russia, and Sweden to work together strenuously for these objects, Her Majesty's Government are assured that Germany and Denmark might be reconciled on terms honourable to all parties. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1377.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Dresden. — Missbilligung der sächsischen Politik. —

Foreign Office, January 9, 1864.

No. 1377.  
Gross-  
britannien,  
9. Jan.  
1864.

Sir, — I have received your despatch of the 28th ultimo, giving an account of a conversation you had with M. de Beust. ¶ It will be well to remind M. de Beust that, in giving the opinion of Saxony on the Treaty of London of 1852, he himself being then the Saxon Minister of Foreign Affairs, did not content himself with giving an assent to that Treaty, but accompanied that assent with a high eulogy of the wisdom of its provisions. ¶ He should

also be reminded that on the present occasion, instead of a bare submission of his own opinion to the high authority of the Diet, he has been one of the foremost agitators in promoting the repudiation of that Treaty whose wisdom he had so greatly praised. ¶ There is good ground, therefore, not only for asserting with you that the whole international law of Europe would be thrown into confusion, if Powers like Austria and Prussia are to sign Treaties with other Great Powers, and afterwards repudiate them; but it may also be said with truth that the line taken by Saxony with regard to a Treaty which obtained in so marked a manner her assent and approval, must destroy confidence in the stability of any diplomatic relations with that State. ¶ I am, &c.

No. 1377.  
Gross-  
britannien,  
9. Jan.  
1864.

*Russell.*

No. 1378.

**SACHSEN-COBURG-GOTHA.** — Min. d. Ausw. an die Gesandten Oesterreichs und Preussens in Dresden. — Den österr.-preuss. Antrag, Dänemark zur Rücknahme des Grundgesetzes vom 18. Nov. aufzufordern, betr. —

Gotha, 4. Januar 1864.

Bereits im Jahre 1852 hat die diesseitige Regierung, als sie von Seiten Dänemarks zum Beitritt zum Londoner Protokolle aufgefordert wurde, für ihre Pflicht erachtet, sich über die einschlagende Rechtsfrage eine vollständige Ueberzeugung zu verschaffen. In Folge der deshalb angestellten sorgfältigen Erörterungen und Erwägungen hat diese Ueberzeugung sich dahin festgestellt, dass nach dem Aussterben des Mannsstammes der älteren königl. dänischen Linie das Erbfolgerecht des augustenburgischen Hauses in den Herzogthümern Schleswig und Holstein nach dem Rechte der Erstgeburt einem begründeten Zweifel nicht unterliegen kann. Die herzogliche Regierung hat demnach, da bei der Aufforderung zu dem Beitritt nicht davon die Rede war, dass die in dem Londoner Protokolle erwähnten „Arrangements“ durch die Einholung des Verzichts der erbberechtigten Agnaten, so wie der Zustimmung der schleswigschen und holsteinischen Landesvertretungen noch vervollständigt werden sollten, in der Durchführung der darin getroffenen Bestimmungen nur eine Verletzung der wohlbegründeten Erbrechte eines deutschen Fürstenhauses und der ebenso begründeten verfassungsmässigen Rechte eines deutschen Landes erblicken können und deshalb ihren Beitritt verweigert. ¶ Nach dem Tode Sr. Maj. des Königs von Dänemark konnte unter diesen Umständen und im Hinblick auf die verfassungsmässige Untrennbarkeit der beiden Herzogthümer die diesseitige Regierung um so weniger Bedenken tragen, ihrer rechtlichen Ueberzeugung bezüglich der Successionsfrage, wie es bei jedem andern Successionsfall in einem deutschen Bundeslande geschieht — durch sofortige Anerkennung des legitimen Nachfolgers, des Erbprinzen von Augustenburg, als Herzog von Schleswig-Holstein Ausdruck zu geben, als das Londoner Protokoll dem Deutschen Bunde niemals officiell zur Kenntniss gebracht worden ist, mithin rechtlich für denselben nicht existirte, als ferner die Rechte des Bundes von Oesterreich und Preussen in dem Protokolle

No. 1378.  
Coburg-  
Gotha,  
4. Jan.  
1863.

No. 1378.  
Coburg-  
Gotha,  
4. Jan.  
1864.

selbst ausdrücklich gewahrt worden sind und als man endlich von der Voraus-  
setzung ausging, dass die darin getroffenen Stipulationen, nachdem von Seiten  
Dänemarks selbst die Zustimmung sowohl der näheren Erbberechtigten als des  
dortigen Reichsraths zu der neuen Successionsordnung als eine nothwendige Vor-  
bedingung der Gültigkeit derselben für das Königreich Dänemark anerkannt,  
gleichwohl aber unterlassen worden, derselben Vorbedingung bezüglich Schles-  
wigs und Holsteins zu genügen, mindestens in Betreff dieser Herzogthümer über-  
haupt und allgemein als hinfällig betrachtet werden würden, wie dies ohne  
Zweifel auch hinsichtlich Dänemarks der Fall gewesen sein würde, wenn es der  
dänischen Regierung nicht gelungen wäre, die von dem dänischen Reichsrath an-  
fänglich verweigerte Zustimmung zu dem Protokolle endlich noch zu erlangen.  
¶ Wenn die hiesige Regierung von dieser ihrer rechtlichen Ueberzeugung bereits  
insofern abgewichen ist, als sie bei der Abstimmung in der Bundesversammlung  
am 7ten v. M., den Wünschen der jenseitigen hohen Regierung entsprechend,  
wenigstens eventuell für „Execution“ gestimmt hat, so glaubte sie dies aus dem  
Grunde verantworten zu können, weil eines Theils die Entscheidung der  
Successionsfrage dabei ausdrücklich vorbehalten blieb, andern Theils aber sie es  
für ihre Pflicht hielt, der Befreiung Holsteins von fremden Truppen, unter wel-  
chem Titel dieselbe auch erfolgen möge, nicht entgegen zu treten. ¶ Wenn aber  
jetzt, dem jenseitigen Antrag zu Folge, die k. dänische Regierung aufgefordert  
werden soll, das Grundgesetz vom 18ten November v. J. bezüglich des Herzog-  
thums Schleswig nicht in Vollzug zu setzen, sondern dasselbe definitiv wieder  
aufzuheben, so würde die Zustimmung hierzu mit den oben dargelegten diesseitigen  
Ansichten um so mehr im directen Widerspruch stehen, als eine Wiederauf-  
hebung des erwähnten Grundgesetzes nicht gedacht werden kann, ohne dessen  
derzeitige Gültigkeit voranzusetzen. Dasselbe ist jedoch erst von Sr. Majestät  
dem jetzigen König von Dänemark, also von einer bezüglich des Herzogthums  
Schleswig nach diesseitiger Ueberzeugung ganz unberechtigten Regierung erlassen  
worden. Nach der Rechtsanschauung der herzoglichen Regierung entbehrt  
daher dieses Grundgesetz für Schleswig jeder rechtlichen Grundlage und kann  
somit von ihr überhaupt als rechtlich bestehend nicht betrachtet werden. ¶ Unter  
diesen Umständen vermag die herzogl. Regierung nicht, die jenseitige Ansicht  
mit ihrer eigenen Ueberzeugung in Einklang zu bringen und wird sich daher zu  
ihrem Bedauern nicht in der Lage befinden, dem von der jenseitigen hohen Re-  
gierung in Gemeinschaft mit der p. p. beim Bunde gestellten Antrage sich anzu-  
schliessen, wenn nicht etwa der zu erstattende Ausschussbericht wider Erwarten  
Momente enthalten sollte, die eine Abänderung der diesseitigen Ansicht recht-  
fertigen würden. ¶ Im Uebrigen benutzt, etc.

*von Seebach.*

## No. 1379.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN (AUGUSTENBURG).** — Departementschef d. Ausw. an die deutschen Regierungen. — Gründe der Reise des Herzogs Friedrich nach Holstein. —

Der Unterzeichnete beehrt sich, dem etc. auf Befehl Sr. Hoheit des Herzogs von Schleswig-Holstein, seines gnädigsten Herrn, die nachstehende ergebenste Eröffnung zu machen: ¶ Der Entschluss Sr. Hoheit, Sich nach Holstein zu begeben, könnte vielleicht, theils vom Gesichtspunkt der Motive, theils von dem der praktischen Folgen aus, einer verschiedenartigen Beurtheilung unterzogen werden. Um so nothwendiger erscheint es, denselben jeder Missdeutung zu entheben. ¶ Es bedarf wohl keiner ausdrücklichen Erklärung, dass für den aus Höchsteigener Entschliessung hervorgegangenen Schritt Sr. Hoheit der erste und ursprüngliche Grund in dem natürlichen Gefühl zu suchen ist, welches jeden Fürsten für seine Unterthanen beseelt und mit seinem Lande verbunden hält. ¶ Wenn aber schon unter normalen Verhältnissen jeder zum Thron Berufene das berechtigte Verlangen trägt, im eigenen Lande zu weilen, so kommen in der gegenwärtigen Lage Holsteins zwingende Gründe hinzu, — That- sachen, an welche sich zu erinnern noch in spätester Zeit der Stolz jedes Deutschen sein wird. ¶ Es wird genügen, die Ereignisse der letzten Wochen, insofern sie auf den Beschluss Sr. Hoheit bestimmend eingewirkt, in Kürze zu be- rühren. ¶ Ungeachtet beim Tode Sr. Majestät des Königs und Herzogs Fried- rich VII. das Land in den Händen der dänischen Regierung war und zahlreiche dänische Truppen dem Willen derselben Nachdruck geben konnten, ungeachtet der traurigen Erfahrungen, welche so viele Beamte in einer früheren Periode hatten machen müssen, verweigerten fast sämmtliche eingeborne Beamte den peremptorisch geforderten Eid der Treue und erhielten ihre Pflichten dem rechtmässigen Erben, der, ohne andere Hülfsmittel als sein gutes Recht, nur aus der Ferne zu ihnen sprechen konnte. Noch war das Land von den dänischen Trup- pen besetzt, als die Abgeordneten der holsteinischen Ständeversammlung zusam- mentraten und, vom heimischen Boden vertrieben, in Hamburg Se. Hoheit den Herzog als ihren rechtmässigen Herrn anerkannten. Als dann die Bundestrup- pen einrückten, da huldigte, getragen von den religiösen Empfindungen, welche hier noch unverfälscht von ältester Zeit existiren, jede Stadt und fast jedes grössere Dorf im Augenblick, wo die fremden Truppen abzogen, einzelne sogar noch vorher, Sr. Hoheit dem Herzoge. Die grossen Corporationen des Landes, mit ihnen das altherwürdige Corps der Prälaten und Ritterschaft und die Landes- universität blieben mit ihrer Anerkennung nicht zurück. Eine nach alter Sitte zusammengetretene Versammlung des ganzen Landes, einschliesslich der noch von dänischen Truppen occupirten Hälfte, gab diesen Huldigungen einen gemein- samen Ausdruck und rief Se. Hoheit in das Land Seiner Väter. ¶ Diesen Vor- gängen gegenüber empfand es Se. Hoheit der Herzog als ein Bedürfniss Seines Herzens, die gewissenhaften Männer, welche für sein Recht ihre bürgerliche Exi- stenz eingesetzt hatten, nicht allein zu lassen und Selber für Sein Land, soweit

No. 1379.  
Schleswig-  
Holstein,  
6. Jan.  
1864.

No. 1379.  
Schleswig-  
Holstein,  
6. Jan.  
1864.

es die Verhältnisse überhaupt jetzt gestatten, persönlich einzutreten. ¶ Es war Sr. Hoheit, des Unterzeichneten gnädigstem Herrn, um so leichter möglich, jenen Kundgebungen der lautersten Loyalität Folge zu geben, als dadurch keine erdenkliche Rücksicht verletzt wurde. ¶ Denn nicht eher hätte Se. Hoheit der Herzog, unter den obwaltenden eigenthümlichen Verhältnissen, Sich in Sein Land begeben mögen, ehe dasselbe sich unbeeinflusst ausgesprochen hatte. ¶ Die Anwesenheit Sr. Hoheit durfte auch nicht der strengsten Beurtheilung den Anschein gewähren, als sollte sie auf den freien Ausdruck der Ueberzeugung höchst Ihrer Unterthanen einwirken. Bei der Ankunft Sr. Hoheit aber war die allgemeine Anerkennung Höchst Ihres Souveränitätsrechtes von Seiten des Landes erfolgt, und dies gewichtige Moment konnte durch Höchst Ihre Anwesenheit nicht mehr beeinträchtigt werden. ¶ Es bedarf wohl kaum einer Erwähnung, dass der rechtlichen Prüfung der Vollmacht des herzoglichen Bundestagesandten durch die Deutsche Bundesversammlung dadurch, dass Se. Hoheit in Holstein residirt, in keiner Weise präjudicirt werden kann. ¶ Ferner aber ist der Entschluss Sr. Hoheit weit entfernt, die Ausführung des Bundesbeschlusses vom 7. v. M. zu beeinträchtigen, im Gegentheil durch den Wunsch motivirt, der einseitigen Bundesverwaltung die Lösung ihrer Aufgabe zu erleichtern. Das Land ist, — darüber wird kein Zweifel sein — in Folge der durch das sog. Londoner Protokoll geschaffenen Sachlage auf das Tiefste beunruhigt. Unmittelbar nach der Befreiung Holsteins haben sich patriotische Bestrebungen dahin geltend gemacht, nur Sr. Hoheit dem Herzog allein Gehorsam zu leisten. Wer die Verleumdungen kennt, mit welchen die Herzogthümer in ihrem früheren Kampfe für die Erhaltung ihrer uralten Rechtsverhältnisse überschüttet worden sind, wird die Gefahren zu würdigen wissen, welche im Verfolg jener Bestrebungen durch Störungen der Ordnung der Sache Deutschlands und der Herzogthümer hätten entstehen können. Nur die Autorität Sr. Hoheit des Herzogs wird im Stande sein, diese Gefahren vollständig zu beseitigen. ¶ Se. Hoheit, des Unterzeichneten gnädigster Herr, ist nicht nur gesonnen, die vom Bunde vorläufig angeordnete Verwaltung in keiner Weise zu erschweren, sondern vielmehr im Interesse des Landes wie des Bundes die Zwecke dieser interimistischen Verwaltung positiv zu befördern. ¶ Und so hat Se. Hoheit der Herzog den Herrn Commissarien des Bundes erklären lassen, dass es nicht in seiner Absicht liege, die Ausübung der Regierungsgewalt jetzt zu übernehmen, nach dem Bundesbeschlusse vom 7. December rücksichtlich Holsteins entgegenzutreten. Die bisherigen Erfahrungen werden den Beweis geliefert haben, dass diese Erklärung ernstlich gemeint war. ¶ Wenn die Suspendirung der landesherrlichen Gewalt auch niemals gegen Se. Hoheit gerichtet war, so wünschen Höchstdieselben doch dem Bunde, dessen hoher nationaler Werth sich gerade neuerdings unwiderleglich gezeigt hat, jede Rücksicht zu Theil werden zu lassen, die mit Höchst Ihren Pflichten gegen Ihr Land irgend vereinbarlich ist. ¶ Es lässt sich aber nicht verkennen, dass ungeachtet der Anwesenheit Sr. Hoheit in Holstein und der humanen Weise, in welcher die Bundesverwaltung geführt wird, dieser Zustand einer interimistischen Bundesverwaltung in einem tief beunruhigten Lande, gegenüber dem Wunsche desselben, unter die unmittelbare Regierung seines Fürsten zu tre-

ten, in seiner längeren Dauer Gefahren birgt und, nachdem das Souveränitätsrecht, in der Person Sr. Hoheit, von Seinen Unterthanen bereits ausnahmslos anerkannt ist, leicht zu einer Beeinträchtigung gerade desjenigen fundamentalen Princips führen müsste, auf welchem die europäische Ordnung wie in Sonderheit der Bundesvertrag beruht. ¶ Es ist daher nicht blos im Interesse seines gnädigsten Herrn und der Herzogthümer, sondern zugleich in einem allgemeineren Interesse, wenn der Unterzeichnete etc. ergebenst ersucht, dahin wirken zu wollen, dass die bisherige Suspension der landesherrlichen Rechte für das Herzogthum Holstein baldigst aufgehoben werde und selbstverständlich die Regierung Sr. Hoheit des Herzogs in volle und allseitig anerkannte Wirksamkeit trete. ¶ Der Unterzeichnete benutzt mit Vergnügen diesen Anlass zur erneuerten Versicherung ausgezeichnete Hochachtung. ¶ Kiel, den 6. Januar 1864.

No. 1379.  
Schleswig-  
Holstein,  
6. Jan.  
1864.

*Samwer.*

### No. 1380.

**ÖSTERREICH.** — Min. d. Ausw. an den k. k. Gesandten in München. —  
Erwiderung auf die bayerische Depesche vom 31. December. —

Wien, 10. Januar 1864.

Es ist Ew. Hochgeboren bekannt, dass der Zweck der gleichlautenden Noten, welche die Vertreter Oesterreichs und Preussens am 5. December v. J. der königlich bayerischen Regierung übergeben haben, durch den auf Vollziehung der Bundesexecution in Holstein unter Vorbehalt der Erbfolgefrage gerichteten Mehrheitsbeschluss der Bundesversammlung vom 7. desselben Monats erreicht worden ist. Das Münchener Cabinet hat jedoch nicht unterlassen wollen, uns die Gründe nachträglich auseinanderzusetzen, welche es bewogen haben, gegen diesen Beschluss zu stimmen, und es hat uns zu diesem Ende durch den königlichen Gesandten Herrn Grafen v. Bray die hier in Abschrift anliegende Depesche, dd. 31. December, mittheilen lassen. ¶ Wir sind der Darlegung der Anschauungen Baierns mit der ganzen dem Ernste des Gegenstandes entsprechenden Aufmerksamkeit gefolgt, und da die Tragweite der Betrachtungen, welche sich uns dabei aufgedrängt haben, seit jenem Bundesbeschlusse sich nur noch vergrößert hat, so ergreifen wir gern den uns gebotenen Anlass, um der königlich bayerischen Regierung mit der freimüthigen Offenheit, an welche wir ihr gegenüber gewöhnt sind, unsere Eindrücke mitzutheilen. ¶ Erwähnen wir zunächst mit wenigen Worten des von der Minorität am Bunde geltend gemachten und auch in dem Erlasse des Freiherrn von Schrenk wiederholten Einwandes, dass die Fortsetzung des eingeleiteten Executionsverfahrens eine Anerkennung der Thronfolge des Königs Christian IX. in sich schliessen würde. Wir erlauben uns zu constatiren, dass dieser Einwand in demselben Augenblicke verstummt ist, in welchem er seine Wirkung hätte äussern müssen. Die Execution in Holstein ist ausgeführt worden, die Erbfolgefrage ist demungeachtet für den Bund noch offen. Wir hatten gleich Anfangs in den Bundesgesetzen vergeblich eine Bestimmung gesucht, wonach das Recht des Bundes, für den Vollzug seiner Ge-

No. 1380.  
Oesterreich,  
10. Jan.  
1864.

No. 1380.  
Oesterreich,  
10. Jan.  
1864.

setze und Beschlüsse zu sorgen, gegenüber einem Bundesstaate, in welchem die Thronfolge bestritten ist, bis zu deren Entscheidung schlummern müsste. Es schien uns vollkommen unstatthaft, in der bloßen Vorschrift der Executionsordnung, dass die Execution nicht gegen die Regierten, sondern gegen die Regierenden zu richten sei, einen Sinn, der zu so eigenthümlichen Folgerungen führen würde, zu finden. Nichts schien uns einfacher, als mit der Ausführung des bereits beschlossenen Vollzugverfahrens den Vorbehalt der Prüfung der inzwischen streitig gewordenen Erbfolgefrage zu verbinden. Man hat uns mit Lebhaftigkeit widersprochen, man hat aus der Behauptung, dass in der Fortsetzung des Executionsverfahrens schon die Anerkennung des Königs Christian liege, eine Art von Stichwort gemacht. Kaum aber hat der Bund diese Fortsetzung wirklich beschlossen, so folgert Niemand mehr hieraus, dass nunmehr König Christian anerkannt und die Erbfolgefrage erledigt sei. Nach dem Beschlusse vom 7. December scheint also Jedermann den erwähnten Einwurf für so wesenlos zu halten, wie er uns schon vorher erschienen war. ¶ Wir gehen zu einem wichtigeren Theile der Frage über. Nicht die Execution, — so erklärt Freiherr von Schrenk, — durfte fortgesetzt werden, sondern es musste die durch das Bundesrecht begründete Besetzung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zur Sicherung aller unter den gegenwärtigen Verhältnissen vom Bunde zu wahren Rechte erfolgen. Wir bedauern, dass Freiherr von Schrenk diejenigen Bestimmungen des Bundesrechtes nicht wörtlich angeführt hat, welche nach seiner Ansicht für den Bund ein solches Occupationsrecht begründen. Wir gestehen, keine solchen Bestimmungen zu kennen, und wir müssen auf das Bestimmteste in Abrede stellen, dass der Bund nach seinen Grundgesetzen sich für berechtigt halten dürfe, ohne Weiteres zur militairischen Besetzung eines Bundeslandes zu schreiten, in welchem er irgendwelche vorerst noch im Streit befangenen Rechte zu wahren hat. Angenommen, es wäre nicht in Holstein, sondern in einem andern deutschen Bundeslande ein neues Thronfolgegesetz erlassen worden, ein Agnat hätte protestirt und nähme nach dem Tode des Bundesfürsten, von welchem dieses Gesetz ausgegangen, gegen den darin bezeichneten und im Besitze befindlichen Nachfolger die Succession in Anspruch, würde dann der Bund seinen Verfassungsgesetzen treu bleiben, wenn er von vornherein, ohne Rücksicht auf den Besitzstand, ohne rechtliches Gehör der Betheiligten, ohne rechtlichen Spruch, mit der militairischen Besetzung des betreffenden Landes anfangt? Wir glauben dies nicht, und wir glauben ebensowenig, dass die Thatsache der Verbindung Holsteins mit nichtdeutschen Ländern rechtlich hierin einen Unterschied hervorbringen und dem Bunde den Beruf geben könne, mit der Execution vor dem Spruche zu beginnen. Ein Beschluss, wie ihn die Minorität am Bunde am 7. December beantragte, hätte uns daher keineswegs als in der Verfassung des Bundes begründet, vielmehr nur als derselben entschieden widerstrebend erscheinen können. ¶ Anknüpfend an diese Betrachtung fühlen wir uns in unserem Gewissen als deutsche Macht und als aufrichtiger Verbündeter Baierns und der übrigen deutschen Staaten aufgefordert, uns über den an Oesterreich und Preussen erhobenen Anspruch, dass diese Mächte sich in Frankfurt überstimmen lassen sollten, klar und bestimmt gegen die königlich baierische Regierung auszusprechen.



Die Bundesgesetze gewähren keinem Mitgliede des Bundes ein Veto, und Se. Majestät der Kaiser haben erklärt, auch in einem reformirten Bunde ein solches nicht begehren, sondern die verfassungsmässigen Mehrheitsbeschlüsse, selbst in Fragen des Krieges und Friedens, anerkennen zu wollen. Unser allergnädigster Monarch ändert nichts an dieser Erklärung. Aber dieselbe setzt den Bund voraus, wie ihn die bestehenden Grundverträge constituirt haben, oder wie ihn die Reformvorschläge des Kaisers für die Zukunft constituiren würden. Einen Bund dagegen, welcher ohne Rücksicht auf Gesetz und Verfassung, nach politischer Convenienz beliebige Beschlüsse fasst, konnten Se. Majestät der Kaiser nicht vor Augen haben. Niemand ist mehr als gerade die königlich bayerische Regierung berufen, diesen Unterschied richtig zu würdigen. Wir können uns es nicht versagen, in dieser Hinsicht an sie eine Frage zu richten. Angenommen, dass in einer Angelegenheit, welche das Königreich Baiern angehe, der Bund seine Befugnisse überschreite, etwa in die verfassungsmässige Unabhängigkeit Baierns eingriffe, unter dem Drucke einer aufgeregten öffentlichen Meinung von einem kompetenzwidrigen Beschlusse zum anderen sich hinreissen liesse, — würde dann die königl. bayerische Regierung sich für verpflichtet halten, diese Beschlüsse anzuerkennen, sich ohne Widerrede majorisiren zu lassen? Die königliche Regierung wird diese Frage ohne Zweifel verneinen, wie sie sie stets verneint hat, — sie wird aber eben deshalb sich auch eingestehen müssen, dass das Majorisirungsrecht des Bundes seine gesetzlichen Grenzen habe und dass der Bund diese Grenzen namentlich dann mit einiger Vorsicht werde einhalten müssen, wenn es sich darum handelt, Oesterreich und Preussen zu überstimmen und diese Mächte in Widerspruch mit Verbindlichkeiten zu setzen, in welche sie sich als Mitglieder der europäischen Völkerfamilie eingelassen haben. ¶ Das kaiserliche Cabinet glaubt sich der Pflicht, diese Wahrheiten rechtzeitig und mit Festigkeit auszusprechen, um so weniger entziehen zu dürfen, als es die Gefahr, dass eine Mehrheit am Bunde zu Beschlüssen übergehen könnte, die in der Bundesverfassung ihre Rechtfertigung nicht fänden, ja den grundgesetzlichen Charakter des Bundes verleugnen würden, seit den gleichlautenden Noten Oesterreichs und Preussens vom 5. December nicht verschwunden, sondern noch erhöht sieht. Es ist dies in einer doppelten Beziehung der Fall, in Beziehung auf die Behandlung der Erbfolgefrage nämlich, und auf die Eventualität einer militairischen Besetzung des Herzogthums Schleswig. ¶ Der Deutsche Bund steht, was den ersteren Punkt betrifft, dem Londoner Vertrage vollkommen frei gegenüber, er ist nicht durch diesen Vertrag gebunden, und in unseren Augen ist nichts überflüssiger, als dass er sich diese Freiheit erst ausdrücklich wahre. Niemand verlangt vom Bunde, dass er dem Londoner Vertrage beitrete, Niemand verkennt, dass der Bund in der Erbfolgefrage ganz so selbständig zu handeln habe, als ob dieser Vertrag niemals geschlossen worden wäre. Oesterreich und Preussen, obwohl individuell an demselben festhaltend, haben nicht gezögert, dies anzuerkennen. Nicht am Bunde ist es also, diese Mächte an ihre Bundespflicht zu erinnern, wohl aber können und müssen diese Mächte vom Bunde verlangen, dass er in der Erbfolgefrage nicht nach Willkür und um politischer Vortheile willen, sondern nach Recht, Gesetz und Verfassung, namentlich also

No. 1399.  
Oesterreich,  
10. Jan.  
1864.

No. 1380.  
Oesterreich,  
10. Jan.  
1864.

nicht ohne Beachtung der Schranken seiner Competenz verfare. König Christian IX. hat den Thron nicht kraft des Londoner Vertrages, sondern kraft des von seinem Vorfahren in der Regierung, dem König Friedrich VII., in seiner Eigenschaft als Herzog von Holstein und deutscher Bundesfürst eben so gut wie in seiner Eigenschaft als König von Dänemark, erlassenen und von den deutschen wie von den dänischen Ministern contrasignirten Thronfolgesetze vom 31. Juli 1853 bestiegen. Der Bund hat gegen dieses Gesetz niemals protestirt, er hat sogar ausdrücklich durch seinen Beschluss vom 29. Juli 1852, also zu einer Zeit, wo der Londoner Vertrag bereits geschlossen war, die königlich dänische Bekanntmachung vom 28. Januar desselben Jahres genehmigt, worin die Absicht im Voraus verkündigt war, mit dem Beistande der Grossmächte die Erhaltung der dänischen Monarchie in ihrem seitherigen Bestande sicherzustellen. Es kann dies den Bund zwar unstreitig nicht hindern, auch jetzt noch seine verfassungsmässige Autorität gegenüber jenem Thronfolgesetze, so weit es sich auf Holstein und Lauenburg bezieht, geltend zu machen und berechtigten Reclamationen gegen dasselbe Folge zu verschaffen. Aber jene Autorität erstreckt sich nicht weiter, als sie auch gegenüber einer von dem Souverain irgend eines anderen Bundeslandes errichteten neuen Successionsordnung sich erstrecken würde, und diese Reclamationen können nicht anders als in den Formen eines geordneten Verfahrens und nach regelmässigem Gehör aller Betheiligten erledigt werden. Dies ist nach unserer Ueberzeugung in rechtlicher Hinsicht das Verhältniss des Bundes zur Erbfolgefrage, deren politische Tragweite wir an dieser Stelle nicht erörtern wollen. ¶ Nichts bedauern wir endlich ernstlicher, als dass man in Frankfurt dem Antrage Oesterreichs und Preussens, durch militärische Besetzung Schleswigs die Incorporation dieses Landes in Dänemark zu verhindern und dadurch rechtzeitig ein sicheres Pfand für die Wahrung der Rechte Deutschlands zu ergreifen, theils ein zweifelndes Zögern, theils einen anderen Antrag entgegenstellen zu wollen scheint, den wir nicht mehr als übereinstimmend mit den Grundgesetzen des Deutschen Bundes anzuerkennen vermöchten. Der Vorschlag Oesterreichs und Preussens geht bis an die äusserste Grenze Dessen, was mit dem defensiven Charakter der Bundesinstitution vereinbar ist. Der Vorschlag der grossherzoglich hessischen Regierung dagegen überschreitet diese Grenze. Der Artikel 2 der Bundesacte, die Artikel 35 und 37 der Wiener Schlussacte erlauben nicht, dass der Bund ein nicht deutsches Land aus dem Grunde militärisch besetze, weil ein Fürst, der als Bundesfürst noch nicht einmal anerkannt ist, möglicherweise künftig den Bund um Vertretung seiner Ansprüche auf dieses Land angehen könnte. Als Se. Majestät der Kaiser vorschlugen, das Kriegrecht des Bundes auf die Fälle auszudehnen, in welchen das europäische Gleichgewicht bedroht wäre, erklärten die Mitfürsten Sr. Majestät sich gegen diesen Vorschlag, weil derselbe geeignet sei, den Bund in politische Verwicklungen hineinzuziehen. Und doch ist der Zweck der Erhaltung des Gleichgewichts ein Zweck der Sicherheit und der Vertheidigung. Jetzt aber soll der Bund berechtigt sein, ohne Weiteres offensiv vorzugehen, um einem Prätendenten die Erbfolge in einem nicht zum Bunde gehörenden Lande zu sichern! Und man schwankt in Frankfurt zwischen einer auf dem Standpunkte der Bundes-

verfassung in so hohem Grade gewahrt erscheinenden Massregel und dem Antrage, welchen die beiden mächtigsten Bundesglieder gestellt haben, um sich ihren Bundesgenossen zu nähern, um den Boden für eine gemeinsame Action Deutschlands rasch wieder zu gewinnen, um dafür zu sorgen, dass Deutschland in die bevorstehenden europäischen Verhandlungen stark und mit jedem möglichen thatsächlichen Vortheil der Stellung eintrete! Wäre jener österreichisch-preussische Antrag mit demselben Eifer, den man für andere Programme zeigt, angenommen worden, so wären unsere Truppen schon auf dem Marsche nach der Eider. Oder will man sich etwa mit der thatsächlichen, wenngleich bundesbeschlusswidrigen, Occupation Holsteins begnügen? Will man den Prinzen Friedrich, während seine Sache noch anhängig ist und sein Erscheinen in Holstein Oesterreichs und Preussens Verhalten in zweideutiges Licht stellt, unter dem Schutze der Bundestruppen seine künftige Regierung organisiren lassen, auf die Gefahr hin, dass Europa, wenn es seine Berathungen eröffnet, Holstein im Besitze Deutschlands, Schleswig im Besitze Dänemarks finde? Oesterreich und Preussen können die Verantwortlichkeit weder für eine solche Enthaltung, noch für eine verdeckte Eroberung Schleswigs übernehmen, und da sie in ihrer eigenen freien Action als Grossmächte das vollkommen ausreichende Mittel besitzen, die Rechte Deutschlands in dieser Sache, die vor allem auch ihre eigenen sind, zur Geltung zu bringen, so wird ihnen, wie wir fast schon besorgen müssen, zuletzt keine Wahl bleiben, als an die Stelle von Bundesbeschlüssen, die auf sich warten lassen, oder die keinen verfassungsmässigen Charakter an sich tragen, ihr eigenes unabhängiges Handeln zu setzen. ¶ So lange als möglich werden wir indessen an der Hoffnung festhalten, dass unsere Sprache, welche, weil ernst und freimüthig, darum nicht weniger freundschaftlich gemeint ist, noch zu rechter Zeit bei unseren Verbündeten Gehör finden und sie bewegen werde, die Dinge in Deutschland nicht zum Bruche zu treiben, zunächst aber ohne ferneres Zögern den österreichisch-preussischen Antrag vom 28. December zum Beschlusse zu erheben. Wir hoffen dies vor allem von dem Münchener Cabinette, dessen Weisheit und Besonnenheit sich in so vielen früheren Verwickelungen bewährt hat, und dessen Einfluss hinreichen würde, um auch unsere übrigen Bundesgenossen zum Wiederanschluss an Oesterreich und Preussen zu bestimmen und die entstandene Gefahr einer Sprengung der Solidarität Deutschlands in der schwebenden Frage zu beseitigen. Wir wollen nicht schliessen, ohne die Uebersetzung auszudrücken, dass diese Frage ihre Lösung entweder mit Ehre und Gewinn, oder mit Schmach und Verlust für Deutschland finden wird, je nachdem Deutschland die Grenzen der Gesetzlichkeit einhalten wird oder nicht. ¶ Ew. Hochgeboren wollen dem Herrn königl. Minister des Aeussern, Freiherrn von Schrenk, von dem gegenwärtigen Erlasse Kenntniss geben, auch sich zur Mittheilung einer Abschrift desselben, falls eine solche gewünscht würde, für ermächtigt halten. &c.

No. 1380.  
Oesterreich,  
10. Jan.  
1864.

*Rechberg.*

## No. 1381.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin (und gleichmässig nach Wien). — Einverständniss mit der Aussetzung der Conferenz bis zur Zurücknahme der dänischen Verfassung unter gleichzeitiger Aussetzung feindlicher Massregeln. —

Foreign Office, January 9, 1864.

No. 1381.  
Gross-  
britannien,  
9. Jan.  
1864.

Sir, — I have received your Excellency's despatch of the 5th instant, reporting the conversation you had had with M. de Bismarck on the subject of the present state of the Danish Duchies question. ¶ It is difficult for Her Majesty's Government to make any definite proposal until they have answers to their proposals for a Conference. But so far as Her Majesty's Government are concerned, they will be willing to postpone the meeting of the Conference till the period when Denmark shall have repealed that part of the new Constitution which applies to Schleswig. But in that case any invasion of Schleswig must also be postponed till the repeal can be made in a Constitutional manner. It is also necessary in the opinion of Her Majesty's Government that the two principles laid down in my despatch of the 28th ultimo, should be agreed to by Austria and Prussia, namely:

1st. That the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy, as connected with the general interests of the balance of power in Europe, is of high importance to the preservation of peace; and

2nd. That the German inhabitants of the States and dominions placed under the sceptre of the King of Denmark should have ample security for just and impartial Government, both in the institutions established, and in the choice of men intrusted by the King with the administration of those institutions.

It is believed by Her Majesty's Government that these bases agree with the intentions of Prussia, and that Denmark could not fairly object to them. If the first was laid down as a principle, it would be a security for the King of Denmark; and if the second was equally concurred in, it would be a pledge for his German subjects in the Duchies of Holstein, Lauenburg, and Schleswig. ¶ You may give a copy of this despatch to M. de Bismarck. ¶ I am, &c. *Russell.*

## No. 1382.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und gleichmässig nach St. Petersburg und Stockholm). — Anfrage wegen des Erlasses einer gemeinsamen Warnung an den Deutschen Bund. —

Foreign Office, January 10, 1864.

No. 1382.  
Gross-  
britannien,  
10. Jan.  
1864.

My Lord, — I have to instruct your Excellency to ascertain from M. Drouyn de Lhuys whether the Imperial Government would be willing to make, conjointly with Her Majesty's Government and those of Russia and Sweden, a representation to the Diet at Frankfort, setting forth that an invasion by Federal troops of the Duchy of Schleswig, which is not German territory, would be an

act of war against Denmark, and would in all probability be resisted as such by the Danish Government; and that before engaging in such an act of aggression, the Diet would do well to consider all the consequences which might result from a war so entered upon by Germany. ¶ The four Powers might further impress upon the Diet the heavy responsibility that it would incur if by any precipitate measures it were to break the peace of Europe before the Conference which has been proposed by the British Government for considering the means of settling the questions between Germany and Denmark, and thereby maintaining that peace, can be assembled. ¶ I am, &c.

Russell.

### No. 1383.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russlands Missbilligung der dänischen Verfassung, aber Festhalten an dem Londoner Verträge. —

St. Petersburg, January 5, (received January 11), 1864.

My Lord, — The French Government have put this question to Prince Gortchakoff: — “Does the Russian Government in the projected discussions respecting the Danish Duchies intend to adhere absolutely to the *status quo*?” ¶ To this inquiry the Vice-Chancellor has replied, that in his eyes the *status quo* is at present the Fundamental Law passed by the Rigsraad and accepted by the King. To that *status quo* Russia does not adhere, but Russia recognizes as the basis of any discussion the terms of the Treaty of 1852, the principle of the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy. ¶ I have, &c.

Napier.

### No. 1384.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russlands Bedenken gegen eine Vermittelung der Mitunterzeichner des Londoner Vertrags. —

St. Petersburg, January 6 (received January 11), 1864.

(Extract.) I waited on Prince Gortchakoff yesterday forenoon with your Lordship's telegraphic despatch of the 4th instant, proposing the mediation of England, France, Russia, and Sweden between Denmark and Germany, and a suspension of all hostile acts or preparations on the part of the latter. The proposed mediation to be exercised in connection with the Conferences already suggested. ¶ The Vice-Chancellor said that he would take the orders of the Emperor in regard to your Lordship's overture; he regretted, however, that he must declare his first impression to be unfavourable to the proposal of Her Majesty's Government. Austria and Prussia would almost certainly decline to shape their measures to the demands of the four Powers; the smaller German States, in their present effervescence, would probably not forego their deter-

No. 1384. minations, the offer suggested by your Lordship was an important one: it would  
 Gross- be ineffective, and it would not become the four Powers to make an abortive  
 britannien, stroke of this sort. It was, in the opinion of the Prince, most desirable that  
 6. Jan. the action of Austria and Prussia should not be separated from England and  
 1864. Russia in any questions of moment. The four Governments, happily now  
 thinking and acting in harmony on a question still more important than that of  
 Holstein and Schleswig, ought not on this matter to be split into two camps,  
 opposed to one another. ¶ Without disputing the weight to be attached to the  
 objections of the Vice-Chancellor, I represented to him that Her Majesty's  
 Government had, no doubt, sought his Excellency's assent at once, because the  
 assent of Russia, if granted, would have a great effect with the other Powers in  
 obtaining their adhesion to the proposal of Her Majesty's Government; and the  
 pressing necessity for arresting warlike preparations, and combining the Powers  
 less directly interested in the controversy for a mediation, was proved by the fact  
 that an attack upon Schleswig appeared imminent, and if that attempt was made,  
 it seemed not improbable that the Germans might find themselves confronted by  
 the armed intervention of Great Britain. ¶ The Vice-Chancellor remarked, in  
 reply, that he could not flatter himself with the hope that his concurrence in the  
 proposal of Her Majesty's Government would have much authority in Germany;  
 and as for the impending attack on Schleswig, it appeared that the proposal of  
 Austria and Prussia for the extension of the Federal occupation to the Danish  
 province had already been declined by the Diet. &c.

... Napier.

---

### No. 1385.

**RUSSLAND.** — Fürst-Staatskanzler an den königl. grossbritannischen Bot-  
 schafter in St. Petersburg. — Die englischen Vermittelungsvorschläge be-  
 treffend. —

St.-Petersbourg, 25 décembre, 1863.  
 6 janvier, 1864.

No. 1385. Je viens de prendre connaissance des dépêches de Lord Russell du  
 Russland, 28 et 31 décembre,\*) dont vous avez bien voulu me laisser des copies, my Lord  
 6. Jan. Nous ne pouvons que donner notre complète adhésion à la sagesse des considé-  
 1864. rations qui y sont exposées. Puissent-elles prévaloir au milieu des passions et  
 des défaillances.

Gortchakoff.

---

\*) No. 1320 und 1342.

## No. 1386.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Schrenk über die zukünftige deutsche Politik in Betreff Schleswigs. —

Munich, January 5 (received January 11), 1864.

My Lord, — I was only able to see Baron Schrenk some days after I had received your Lordship's telegram of the 27th ultimo, inquiring whether it were contemplated that Germany should assist the Prince of Augustenburg to get possession of Schleswig. ¶ At an interview I had with Baron Schrenk on the 31st ultimo I sounded his Excellency on this point. He replied that the only question before the Diet was that of the Succession to the Duchy of Holstein. ¶ If the Diet declared in favour of the rights of Prince Frederick of Augustenburg they were bound to place him in possession of that Duchy. The Duchies of Holstein and Schleswig having been indissolubly united for 400 years, and the same laws existing in both excluding Succession in the female line, Prince Frederick of Augustenburg would no doubt assume the title of Duke of Schleswig, and lay claim to the Sovereignty of that Duchy. ¶ The Diet might recognize that title, in the same way that the King of Italy has been recognized, but such recognition would not impose any necessary obligation for the Diet to assist him in acquiring possession of that Duchy. ¶ The Duchy of Schleswig being non-Federal territory, the Germanic Diet were neither called upon to assist in its defence nor its acquisition. His Excellency instanced the case of Austria in 1859. Austria was then at war in defence of her non-German territory. She applied to the Diet for assistance as a member of the Confederation, but that assistance was then refused at the instance of Prussia, who did not then consider that the interests of Germany were directly concerned. ¶ If, said Baron Schrenk, Prince Frederick of Augustenburg as Duke of Holstein should engage in a war with Denmark to obtain possession of the Duchy of Schleswig, he must appeal to the Diet for succour, and the Diet will have to decide by a majority of votes whether they will afford him the assistance required. ¶ Under present circumstances, however, his Excellency said, no question of this nature had been raised, nor could indeed any future course of action be laid down until the Diet had declared its decision on the claims of Prince Frederick of Augustenburg. He even denied that any agreement had been entered into between Baron Beust and himself (a report of which had been so generally propagated) with respect to the future course to be taken. ¶ I have, &c.

No. 1386.  
Gross-  
britannien,  
5. Jan.  
1864.

*Augustus Loftus.*

## No. 1387.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
Unterredung mit dem Grafen Rechberg über die Besetzung Schlesiens  
zur Vermeidung grösserer Verlegenheiten. —

Vienna, January 7 (received January 11), 1864.

No. 1387.  
Gross-  
britannien,  
7. Jan.  
1864.

(Extract.) I have already informed your Lordship by telegraph of the position in which this Government finds itself on the question now before the German Diet respecting the proposed occupation of Schleswig. I believe the Austrian Government is impressed with the full importance of the difficulties with which the question is surrounded, and that the project of Austria and Prussia to occupy the Duchy has no other object in view than that of preventing the graver complication which would result from an invasion in the name of the Bund, and they feel that one or the other must take place in order to satisfy the just demands of Germany with regard to Schleswig. ¶ I have observed to Count Rechberg that surely the occupation of Holstein ought to be a sufficient guarantee, that Denmark was already a severe sufferer from the proceeding, but he said that Denmark was indifferent as to Holstein, and that without a further material guarantee nothing could be obtained. He added, we should not hold the Duchy after we had obtained the satisfaction we have a right to expect. ¶ I said it was war, it was an invasion of Denmark, the Danes would resist, and then hostilities would commence, and where then would it all end? ¶ His Excellency rejoined, that in the hands of Austria and Prussia this proceeding ought not to endanger the peace of Europe; they should proceed without the least intention of retaining possession of it when once the justice of the demands was acknowledged, and the necessary guarantees were obtained. ¶ I reiterated my conviction that an invasion of Schleswig under any form would be a dangerous experiment, notwithstanding any intelligence he might possess as to the attitude that would be assumed thereupon by the Danish Government, and that the only wise and prudent course was for the Powers interested to meet in Conference and discuss the matter, the Federal army remaining in the position which it occupied on the 1st of January pending the negotiations. ¶ I have to add that as Austria appears to have so completely lost ground in Germany, and that as she and Prussia are wholly unable to carry any measure whatever in the Diet, the question may soon arise whether they will not be obliged to take the direction of affairs into their own hands, in order to stem the torrent of revolution which overruns the smaller States, and give a new direction to the policy of the Bund in the Danish question. They must make up their minds to follow it, or withdraw their support from it. &c.

*Bloomfield.*



## No. 1388.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Grafen Rechberg über den Conferenzvorschlag unter Beibehaltung des *status quo*. —

Vienna, January 7 (received January 11), 1864.

My Lord, — I have just asked Count Rechberg what answer I should give respecting the two points brought to his consideration in your Lordship's despatch of the 31st ultimo, a copy of which I have delivered to him. ¶ His Excellency said with regard to the first, "that a Conference of the Powers who signed the Treaty of London, together with a Minister of the German Diet, should sit in London or in Paris, to treat of the differences between Germany and Denmark;" that Austria was ready to attend, and that she would exercise all her influence at Frankfort and with the various Governments to obtain their assent to this proposition, and to send a Representative to the proposed Conference. ¶ With regard to the second, "That until such Conference shall have finished its labours the *status quo* shall be maintained," he asked what I considered to be the precise meaning of these words. I replied that I presumed they applied to the present military position of the Federal forces, and to the general state of the political question. ¶ His Excellency then said that he could answer for nothing as to the *status quo*; the question was in the hands of the Diet, and nothing would satisfy Germany but the abrogation of that part of the Constitution of the 18th of November which applied to Schleswig. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

## No. 1389.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in München an d. königl. Minister d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Schrenk über die Gefahren der gegenwärtigen Lage. —

Munich, January 7 (received January 11), 1864.

(Extract.) Having been confined to my room for some days by indisposition, and thinking it important that your Lordship's despatch of the 31st ultimo\*) should be communicated to Baron Schrenk with the least delay, immediately on its receipt I charged Mr. Trench to place a copy of it in his Excellency's hands, and to express my desire to see him if he could conveniently visit me at an early date. ¶ Baron Schrenk kindly called on me yesterday. After thanking his Excellency for his courteous attention, I inquired what view he took of the proposals contained in your Lordship's despatch, of which I had communicated to him a copy, expressing a hope that they would meet with a favourable reception. Baron Schrenk said that your Lordship's despatch would be laid before the King on that day; he could not give any opinion with respect to the proposed Conference until he had received the King's orders, but he would

\*) No. 1342.

No. 1389.  
Gross-  
britannien.  
7. Jan.  
1864.

transmit the reply through Baron Cetto as soon as possible. I urged his Excellency to impress His Majesty with the importance of these proposals: I observed to him that the current which had carried with it Bavaria and other of the minor States of Germany was so impetuous that, if no barrier were raised, it might be impossible to control it, and thus the military measures which had now been pacifically carried out under the form of a judicial Federal sentence would, if extended beyond the Federal territory, bring about war. There appeared to be no other alternative or escape from this calamity except by the means which your Lordship had proposed: I could, unfortunately, see no other outlet from the dangers to be apprehended from the existing fanaticism of Germany on this troubled question. Let His Majesty therefore, I said, consider that his decision may be of paramount importance in the balance of peace or war. Should His Majesty accept the proposed Conference, he will have the pleasurable satisfaction of having done his part to avert a storm which in its course might desolate Europe and blast the growing prosperity and happiness of his country; or, in the other alternative, His Majesty may later have to regret that when the door of peace and conciliation was opened to him, he declined to enter. I further urged on his Excellency an early decision. Events, I observed, were following each other in rapid succession; a collision might, unhappily, take place at any moment, and, if blood once flowed, all efforts for conciliation would be at an end. ¶ Baron Schrenk said that he did not think that the Diet could accept a Conference or the decision of a Conference on the affairs of Holstein, as the Diet was the only competent Body to decide a question which concerned the rights of sovereignty to a German Duchy. But he thought that possibly a Conference as proposed might be available for the settlement of the differences regarding Schleswig, which was an international question. ¶ I replied to him that without denying that the Holstein question was strictly one appertaining to the competency of the German Diet, still I could not see how it would be derogatory to their rights to meet in Conference the other Powers of Europe, with a view to the pacific settlement of this serious question. You are not asked to sacrifice your opinions, or to adopt a course hostile to the interests of Germany; you are only invited to lend your hand to unravel a Gordian knot by a mutual understanding between the Powers of Europe, and not to abandon it to be cut by the sword. Surely, I observed, the cause of humanity, without any other motive, should lead you to accept at once the proposals of Her Majesty's Government. ¶ Baron Schrenk observed that, as your Lordship had lately very justly replied to the French Government, a Conference on a question when the parties to meet held the most directly opposite opinions, is not likely to be attended with success; and there would then remain a greater embarrassment, that of being obliged to leave it. But, inquired his Excellency, how can the Diet take part in the Conference, divided as it now is into two opposite parties? The two Great German Powers support the Treaty of London; the majority of the Diet do not recognize that Treaty: under such circumstances how could the Diet give instructions to their Plenipotentiary? The question of the Succession for us is one of legitimacy. We must act as judges on the basis of right, and not of expediency. The English

Government, he observed, had always put forth the principle of not imposing a Sovereign on a nation against its will; „you did so in Greece notwithstanding your Treaty engagements.“ ¶ I here took the opportunity of reading to him in French the substance of your Lordship's telegram of the 5th instant, and I observed that the Pretender to the Duchy had almost followed in the wake of the Federal troops. This gave to the military intervention of the Diet the character of an occupation instead of an Execution. In short, it was nothing more than expelling the Danes under false pretences, and allowing the Pretender to get a footing in the Duchy under the cover of the Federal troops. The conduct of the Federal Commissioner appeared also to have greatly exceeded his instructions, and even to have been at variance with the Decree of the Diet. ¶ Baron Schrenk replied that Prince Frederick of Augustenburg should have abstained from appearing in the Duchy until after the decision of the Diet. He also admitted that irregularities had taken place, but that the national excitement in favour of Prince Frederick rendered it almost impossible to avoid them. ¶ In reply to my question with reference to the Austrian-Prussian proposal before the Diet for the occupation of Schleswig under certain eventualities, Baron Schrenk stated that it was still (together with the Hessian proposal for the immediate occupation of Schleswig) before the United Committee. As yet no agreement had been come to respecting it, but he thought that the two would be fused into one with a view to harmonize dissenting opinions. Bavaria could not, he said, vote for the Austrian-Prussian proposal unless some reserve were made, implying that it did not include a recognition of King Christian as Duke of Schleswig. But he (Baron Schrenk) should not regret an immediate occupation of the Duchy up to the Königsau, the frontier of Jütland, as it would then be a *fait accompli*. The season was now most favourable for an advancing army, the hard frost rendering the Dannewerke more easy of attack, and this auspicious moment should not be lost. ¶ I here requested his Excellency to pause, and to consider the serious gravity of such a step. It would be an act of aggression on the territory of an independent Sovereign, and would necessarily kindle war. The Powers of Europe had declared in a solemn Act, which had been participated in by the two Great German Powers, and to which others had acceded, that the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy was a subject of high European interest. Could he therefore suppose that those Powers who had signed that Act would passively witness its gross violation by some of the minor German States? At all events, I said, I can inform your Excellency of the opinions of Her Majesty's Government on this grave point, and I must request that you will lay before the King as vividly as I can express to you the dangers to Germany of pursuing such a course. ¶ I then read to his Excellency in French the substance of your Lordship's despatch of the 4th instant. ¶ His Excellency inquired why Bavaria should be responsible for the invasion of Schleswig? I replied, very naturally, because no Sovereign or Government in Germany has done more to aid and abet the insurrectionary movement against the King of Denmark; consequently you must be prepared to reap what you sow. ¶ Baron Schrenk remarked that no military preparations had been made in Bavaria, and that not a soldier had been

No. 1389.  
Gross-  
britannien,  
7. Jan.  
1864.

No. 1389. moved. I then said that the language of M. von der Pfordten at Frankfort was  
Gross- quite sufficient to compromise his Government, and I much feared that he and  
britannien, General von der Tann might greatly prejudice the King's decision on your Lord-  
7. Jan. ship's proposals. I consequently counted on him (Baron Schrenk) to counteract  
1864. these influences, and I particularly requested his Excellency to lay the subject  
before His Majesty in the grave aspect in which I had represented it to him. &c.

*A. Loftus.*

### No. 1390.

**GROSSBRITANNIEN** — Lord Wodehouse an den königl. Min. d. Ausw. — Seine  
und des Herrn von Ewers Abreise von Copenhagen betreffend. —

Copenhagen, January 7 (received January 11), 1864.

No. 1390. My Lord, — I have the honour to report that M. d'Ewers has received  
Gross- orders from the Russian Government to leave Copenhagen at the same time with  
britannien, me, and he will accordingly take his departure to-day. ¶ I cannot omit this  
7. Jan. opportunity of acknowledging the advantage which I have derived from his  
1864. cordial and efficient co-operation with me throughout my mission to this capital.  
¶ I have, &c.

*Wodehouse.*

### No. 1391.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Bevorstehende Abreise der Gesandten Oesterreichs und Preussens. —

Copenhagen, January 7 (received January 11), 1864.

No. 1391. My Lord, — I had the honour to inform your Lordship by telegraph  
Gross- on the 1st instant that the Prussian Minister had been recalled, and that the  
britannien, Austrian Minister was expecting to be so immediately. ¶ Both Ministers anticip-  
7. Jan. ated leaving Copenhagen the beginning of this week, but as yet Baron Brenner  
1864. has received no orders from his Government to do so; and M. de Balan, partly  
in order not to act differently from his Austrian colleague, and partly on account  
of a slight indisposition of Madame de Balan, still remains in the Danish capital.  
¶ It appears that the Prussian Government in recalling M. de Balan does not  
contemplate an immediate rupture of relations; a Secretary of Legation, Count  
Westdehlen, having recently arrived at the Prussian Legation at Copenhagen,  
whom M. de Balan intends to leave in charge of the archives. ¶ Your Lordship  
is aware, however, that since the death of Frederick VII, both the Austrian and  
Prussian Ministers have been residing here in a purely officious character, their  
credentials not having been renewed. ¶ I have, &c.

*A. Payet.*

## No. 1392.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Grafen Platen über den Aufenthalt des Herzogs Friedrich in Holstein. —

Hanover, January 9 (received January 11), 1864.

(Extract.) Count Platen told me yesterday that no decisive progress had yet been made at the Diet in respect to the various questions pending before it, viz., the proposal of the President for the removal of the Prince of Augustenburg from Holstein, the Austro-Prussian proposal for the eventual occupation of Schleswig should Denmark refuse to repeal the Constitution for Denmark and Schleswig of the 18th of November last, the proposal of Hesse-Darmstadt for an immediate occupation of Schleswig, and the consideration of the Succession question. ¶ I have endeavoured to persuade Count Platen to decide the question of the removal of the Prince of Augustenburg by giving the vote of Hanover in favour of the proposal of the Austrian President of the Diet, but his Excellency says that in this, as in the other pending questions, it is necessary for him, in order to avoid a popular outbreak in this country, to adopt a middle course. The Hanoverian vote was to the effect that the Federal Commissioners should be instructed that as long as the Prince of Augustenburg did not proceed to any Government acts, his residence in Holstein as a private individual could not be prohibited, but that it should be submitted to him not to increase by his presence the difficulties of the Commissioners. His Excellency observed that he thought such a vote answered all the purposes required, and intimated that the Prince's Proclamation could hardly be viewed in any other light than that of a Government act. ¶ His Excellency repudiates altogether all connection with the Governments of Saxony, Bavaria, and Wurtemberg on these questions, and says that he is not even acquainted with the agreements they have come to, and will have nothing to do with them. ¶ The warlike spirit in this part of Germany is on the increase. &c.

No. 1392.  
Gross-  
britannien,  
9. Jan.  
1864.

*Henry F. Howard.*

## No. 1393.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. — Stimmung in Deutschland, insbesondere bezüglich Englands. —

Frankfort, January 8 (received January 11), 1864.

(Extract.) It will not surprise Her Majesty's Government to learn that the communications I have been instructed by your Lordship to make to the President of the Diet, and to request his Excellency to lay before the Assembly, are received by a majority of that Body with disfavour. ¶ The wish to sever Schleswig from Denmark has taken such root in the German mind that the project will not be abandoned without extreme reluctance. ¶ On the one hand

No. 1393.  
Gross-  
britannien,  
8. Jan.  
1864.

No. 1393. the establishment of the Augustenburg family in the rule of the two Duchies is regarded by the ultra-Conservatives as giving a vassal to Prussia; while on the part of the Democrats and Progressists, it is thought that it will be less difficult to disembarass themselves of a comparatively weak member of the Germanic Confederation, than could be the case if the King of Denmark remained Sovereign of the Duchies. ¶ Again, it is observed that the Diet has no organ in England through which replies can be given to communications which Her Majesty's Government address directly to them. ¶ But the Representatives of all the petty States think themselves entitled to criticize and discuss such official documents as are laid before them, and being under a very different weight of responsibility from that which affects the greater Powers are determined to show their independence by endeavouring to compromise Austria and Prussia, who they believe must fight their battles for them. ¶ The tension of the public mind is very great, and I am bound to say that there is a wonderful indifference to our representations, while they are at the same time resented as interfering with a cherished project. ¶ There is an absolute persuasion that England will not interfere materially, and our counsels, regarded as unfriendly, have no weight. ¶ The Governments of the smaller States are quite powerless before the existing agitation, and many of them strive to conciliate it by going ahead of the popular wishes. ¶ I hear nothing of replies being yet in preparation, and the opinion that I have already had the honour of expressing that they would be delayed, seems likely to be realized in the hope that events will give plausibility to the rejection which it is desired to make of our proposals. &c.

*A. Malet.*

### No. 1394.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Ernste Haltung Preussens gegen Deutschland. —

Berlin, January 9 (received January 11), 1864.

No. 1394.  
Gross-  
britannien,  
9. Jan.  
1864.

My Lord, — I am assured that the language of the Representatives of the smaller German Courts here has become more moderate within the last two days, and that they now, apparently, consider a Conference on the Danish question as a desirable measure through which the patrons of the Prince of Augustenburg may be able to withdraw with decency from the dangerous position which they at present occupy. ¶ The attitude of the Great Powers, and more particularly of Prussia, has become a cause of anxiety to them, and the real object of the Prussian armaments, it is surmised, may not be the ostensible one. ¶ The number of men who have been mobilized, or who are in the previous stage of preparation for active service, are believed by some persons to amount to 260,000, seven corps d'armée having received orders to prepare for service; — and to the question which is daily discussed as to what M. de Bismarck proposes to do with so large a force some are disposed to answer that his position towards Germany is more likely to require its services than the possible war with Den-

mark. ¶ It seems to be generally believed that if the Diet were to acknowledge the Prince of Augustenburg as Duke of Holstein, and if His Highness were to attempt to remove to Holstein the troops said to be recruited for him in Gotha, and for whom arms, according to reports in the "Kreuz Zeitung," appear to have been ordered at Liège, Prussia would oppose their passage. ¶ I have, &c.  
*Andrew Buchanan.*

No. 1394.  
Gross-  
britannien,  
9. Jan.  
1864.

---

### No. 1395.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Bismarck über die Ordnung der schleswig-holsteinischen Frage. —

Berlin, January 9 (received January 11), 1864.

(Extract.) I called upon M. de Bismarck this morning and placed in his hands a memorandum containing the substance of your Lordship's telegram of yesterday, in which you inquire whether the Prussian Government would accept as a basis for the negotiations on any Conference which may be held for the arrangement of the differences between Germany and Denmark:—

No. 1395.  
Gross-  
britannien,  
9. Jan.  
1864.

1st. That the Treaty of London should be maintained.

2nd. That full security should be taken for the good government of the German dominions of the King of Denmark.

M. de Bismarck said, until he had spoken with the King and consulted the Austrian Government, he could only express his personal opinions, which were not opposed to the principles laid down by your Lordship; but that the nature of the securities to be taken for the German subjects of the King of Denmark would require to be more clearly described. I begged him to state what he would require, and at his request I interlineated after "dominions", "or the subjects of German race," and after "the King of Denmark", I added, "in conformity with the engagements contracted by Denmark to Germany in 1851-52."\*) ¶ It was then agreed that he would submit the memorandum to the King and communicate with Count Rechberg, and that he would endeavour to give me an answer in a couple of days. ¶ In expressing himself personally, however, in favour of the principles proposed by your Lordship as a basis for negotiation, he repeated his previous objections to a suspension of hostilities during the Conference which it is hoped may be agreed upon, and urged his former arguments in favour of Her Majesty's Government withdrawing their opposition to the occupation of Schleswig. I replied that if the Conference failed in bringing about a peaceful settlement of the question, or if Denmark refuses to accept an arrangement recommended by the Conference, as fair to both parties, I understood that Her Majesty's Government would not attempt to interfere with the right of Prussia to take such military measures as she might consider necessary for the protection of the interests of Germany and of her national honour. But I said

\*) Das Memorandum s. bei 1398.

No. 1395. it was not to be expected that Her Majesty's Government could sanction the  
 Gross- invasion of Schleswig by German troops after all that had taken place in Hol-  
 britannien, stein, and I read to him the greater part of Sir Augustus Paget's despatch of  
 9. Jan. the 31st of December. &c.  
 1864.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1396.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Dresden an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Die Antwort auf die sächsische Note vom 5. Januar (No. 1370) betreffend. —

Dresden, January 9 (received January 11), 1864.

No. 1396. My Lord, — I have the honour to inclose herewith copy of a note which  
 Gross- I have this day addressed to M. de Beust \*), in reply to his Excellency's note of  
 britannien, the 5th instant, forwarded to your Lordship in my despatch of the 6th instant.  
 9. Jan. The Saxon Minister's note seemed to me, both in respect to its tenor and  
 1864. language, so unnecessarily discourteous that I had some doubts whether I ought  
 to reply to it before receiving your Lordship's instructions, especially as the  
 wording of several of the more objectionable phrases left it uncertain whether  
 the writer intended to apply them to your Lordship or to myself. I have  
 thought it right however to correct, according to my own views, M. de Beust's  
 misconception of your Lordship's telegraphic message, and to leave it to your  
 Lordship to notice or leave unnoticed his observations thereon as you may think  
 proper. ¶ I have, &c.

*Ch. A. Murray.*

### No. 1397.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Dresden an den königl. sächsischen Min.  
 d. Ausw. — Erwiederung auf die Note vom 5. Januar. —

Dresde, le 8 janvier, 1864.

No. 1397. M. le Ministre, — J'ai l'honneur d'accuser réception de la note que  
 Gross- votre Excellence m'a adressée portant la date du 5 courant, et qui m'a été remise  
 britannien, le soir du 6. Je n'ai pas manqué d'en transmettre incessamment une copie au  
 8. Jan. Comte Russell, Ministre des Affaires Étrangères à Londres. ¶ Quoiqu'il  
 1864. appartienne à son Excellence de se prononcer plus tard sur les observations  
 que vous m'avez adressées dans la note sus-mentionnée, je ne saurais les laisser  
 passer entièrement sans réponse, de peur que votre Excellence ne pense que j'en  
 admette la justice et la validité. ¶ Vous me permettrez de vous observer en  
 premier lieu que, dans la note que j'avais eu l'honneur de vous adresser, il n'y  
 avait pas un mot qui attaquait "l'honneur du drapeau saxon:" car, si le Gou-  
 vernement Anglais a trouvé quelque chose à blâmer dans la conduite des troupes  
 allemandes en Holstein, où elles sont placées dans un pays qui fait part de la

\*) No. 1397.



Confédération, et où elles n'ont rencontré aucune opposition, on ne porte aucune attente à l'honneur de leur drapeau; car on attribue toute la responsabilité de leurs actes aux Commissaires chargés par la Diète du Gouvernement actuel de la province où elles se trouvent. Quel était donc le motif qui a engagé le Comte Russell à observer que leur conduite en Holstein avait été contraire au décret de la Diète aussi bien qu'à la justice? Ce n'est pas difficile, il me semble, de le trouver. Des troupes allemandes sont entrées en Holstein pour effectuer une Exécution Fédérale décrétée par la Diète: l'objet de cet acte formel était connu de toute l'Europe,—c'était de prendre possession de cette province et de l'administrer jusqu'à ce que certains différends qui existaient entre le Roi de Danemark en sa qualité de Duc de Holstein et la Confédération seraient vidés d'une manière légale et satisfaisante. Ce droit de la Diète imposait sur leurs employés, chargés de l'administration pendant l'Exécution, le devoir d'exercer leurs fonctions avec une impartialité et une droiture sévère, et surtout de contrôler les mouvements des esprits chauds et irréfléchis dont l'objet était, sous prétexte de sauvegarder le droit allemand, d'outrepasser toutes les mesures autorisées par la Diète, et de fouler aux pieds le Traité de 1852, signé par les cinq Grandes Puissances de l'Europe. ¶ Voyons comment les Commissaires ont rempli ces devoirs. A peine les troupes du Roi de Danemark se sont retirées du Holstein, et que celles de la Confédération y sont entrées, voilà que le Prince d'Augustenburg arrive et se fait proclamer publiquement en divers endroits Souverain légitime des Duchés de Slesvig-Holstein, sans aucune opposition de la part des Commissaires, et (si on peut croire aux rapports des journaux) les acclamations des troupes saxonnes se sont jointes à celles dont le Prince a été accueilli par la populace holsteinoise. ¶ Je ne prétends pas, M. le Ministre, préjuger la solution finale qui décidera la question de la Succession dans les Duchés, mais j'ose affirmer que les faits suscités donnent à tout homme impartial le droit de dire que l'Exécution Fédérale comme elle a été administrée par les autorités allemandes en Holstein a été contraire non seulement au Décret de la Diète, mais aussi à la justice. ¶ Votre Excellence se plaint à dire que "la conduite des troupes Fédérales dans un pays de la Confédération où elles se trouvent par suite d'un Arrêté de la Diète est un sujet qui ne concerne en rien un Gouvernement étranger." C'est une proposition que personne n'aurait contestée si ces troupes et les autorités qui dirigent leurs mouvements s'étaient tenues dans les limites de leur compétence, mais quand elles permettent que, sous leurs yeux, un Prince, qui sans leur protection n'aurait pas pu mettre le pied dans le pays, se proclame ouvertement Souverain de deux Duchés appartenant depuis longtemps à la Couronne de Danemark, et dévolus au Roi actuel par un Traité signé par les cinq grandes Puissances d'Europe, votre Excellence m'excusera si je ne saurais admettre que c'est un sujet qui ne concerne en rien une des Puissances signataires. Quant à la phrase dans laquelle le Comte Russell citait la Bavière et le Wurtemberg comme partageant avec la Saxe la responsabilité des conséquences qui pourront résulter de la manière dont l'Exécution Fédérale s'est pratiquée en Holstein, je dois vous prévenir que la note que j'ai eu l'honneur de vous adresser le 5 courant n'était que la traduction d'un

No. 1397.  
Gross-  
britannien,  
8. Jan.  
1864.

No. 1397. télégramme que j'avais reçu de son Excellence, et quoique dans les messages  
 Gross-  
 britannien, envoyés par le télégraphe on ait l'habitude de tracer l'esquisse de sa pensée et non  
 8. Jan.  
 1864. pas d'en donner une explication détaillée, je n'ai trouvé aucune difficulté à  
 comprendre par moyen du contexte le sens d'une phrase dans laquelle votre  
 Excellence a voulu trouver la preuve d'une ignorance des choses qui se passent  
 en Allemagne. La responsabilité que la phrase (comme je l'entends) attribuait  
 à la Bavière, à la Saxe et au Wurtemberg, se rapporterait à l'appui que ces trois  
 Gouvernements ont donné aux prétentions d'un Prince qui s'est proclamé Sou-  
 verain des Duchés de Slesvig et de Holstein, avant que la question de ses droits  
 avait été décidée par les autorités compétentes; en se mettant à la tête de ce  
 mouvement en Allemagne, qui exerce sur les deux grandes Puissances Alleman-  
 des une pression dont l'objet est de les contraindre à violer les obligations  
 qu'elles avaient contractées en signant le Traité de 1852 (auquel la majorité des  
 États Allemands ont aussi adhéré ou assenti) le Comte Russell pense que ces  
 trois Gouvernements partagent une grave responsabilité, et quand son Excellence  
 ajoute que, "si les troupes de la Confédération envahissent le Slesvig avant que  
 les Puissances signataires du Traité de Londres aient pu faire connaître leurs  
 opinions à ce sujet, les conséquences les plus sérieuses pourront en résulter," il  
 n'y a pas dans ses paroles la moindre intention ni pensée de menace. C'est une  
 simple affirmation de son avis, que cette démarche pourrait amener des consé-  
 quences aujourd'hui imprévues et dangereuses pour le repos et le bien-être de  
 l'Europe. ¶ Agréez, &c.

*Ch. A. Murray.*

---

### No. 1398.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und  
 gleichmässig nach Berlin). — Entwurf einer Basis für die abzuhaltende  
 Conferenz. —

Foreign Office, January 11, 1864.

No. 1398. My Lord, — Her Majesty's Government are very anxious to ascertain  
 Gross-  
 britannien, if the Government of Austria and Prussia would consent to the three points  
 11. Jan.  
 1864. which are embodied in the accompanying draft, as the basis of a Conference to  
 be assembled in order to discuss the present differences between Denmark and  
 the Germanic Confederation, as there may be great difficulty and delay in obtain-  
 ing from the Danish Rigsraad a repeal of the Constitution of November last.  
 ¶ It is proposed that this Conference should be attended by the Representatives  
 of the Powers who signed the Treaty of London of 1852, and also by a Repre-  
 sentative of the Frankfort Diet. ¶ Her Majesty's Government are anxious to  
 know the opinion of the Austrian and Prussian Governments upon this subject  
 as early as possible, because Denmark has now applied to the Governments of  
 Great Britain, France, Sweden, and Russia, as well as to those of Austria and  
 Prussia, for their mediation, and it would be desirable for the Powers who signed

the Treaty of 1852 to frame such an answer to the Danish application as they can all agree to. ¶ I am, &c.

*Russell.*

No. 1396.  
Gross-  
britannien,  
11. Jan.  
1864.

Anlage. — Draft Bases of a Conference on the Differences existing between Germany and Denmark.

1. That the Treaty of London should be maintained.
2. That full security should be taken for the good government of the German subjects or subjects of German race of the King of Denmark in the Duchies of Holstein, Lauenburg, and Schleswig, in conformity with the engagements which Denmark contracted with Germany in 1851-52.
3. That, as an earnest of his intention to fulfil the said engagements, the King of Denmark should promise France, Great Britain, Russia, and Sweden, to propose to the Rigsraad the repeal of so much of the Constitution of November 1863 as relates to the Duchy of Schleswig.

### No. 1399.

SACHSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. grossbritannischen Gesandten in Dresden. — Erwiderung auf die Note vom 8. Januar (No. 1397). —

Dresde, le 10 janvier, 1864.

M. le Ministre, — La note que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 8 de ce mois m'est parvenue hier. ¶ Je ne saurais trop vous remercier d'avoir eu l'extrême obligeance de m'expliquer ainsi le véritable sujet de celle que vous avez bien voulu me faire parvenir le 5 du mois courant. Il m'est impossible de ne pas éprouver le plus vif regret de ne pas avoir été mis plutôt à même de le connaître et d'y répondre d'une manière plus satisfaisante pour vous autant que pour moi-même. Si j'avais su que votre office tendait à m'apprendre des objections que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique croit devoir faire relativement à la manière dont les Commissaires Fédéraux remplissent leur mission, je me serais borné, comme je le fais aujourd'hui, à réclamer votre obligeante entremise, afin d'engager M. le Comte Russell à s'adresser à la Diète. C'est à elle qu'il appartiendra de se prononcer sur la question de savoir quelle suite elle peut juger convenable de donner en pareil cas aux réclamations d'une Puissance étrangère. ¶ Mais, M. le Ministre, permettez-moi de vous le rappeler, vous m'avez entretenu d'une conduite repréhensible des troupes allemandes, par conséquent des troupes saxonnes, dans le Holstein. Un semblable reproche porte atteinte à l'honneur militaire, donc à l'honneur du drapeau, et je devais à la brave armée du Roi de le repousser énergiquement. Vous citez maintenant un seul fait à son appui. Si ce fait est exact, ce qui reste à constater, je ne doute pas qu'il ne soit désapprouvé, bien qu'il ne justifierait nullement l'accusation d'une conduite „contraire à la justice.“ ¶ Il est toutefois de mon devoir de répéter une fois de plus que, lorsque par ordre de la Diète, des troupes Fédérales occu-

No. 1399.  
Königr.  
Sachsen,  
10. Jan.  
1864.

No. 1399. Königr. Sachsen, 10. Jan. 1864. pent un territoire de la Confédération, nous ne saurions reconnaître à aucun Gouvernement étranger le droit de demander raison, à qui que ce soit, de leur conduite. ¶ J'ose espérer qu'après avoir placé sous les yeux de M. le Comte Russell ma dernière note, vous voudrez bien en faire autant pour celle que j'ai l'honneur de vous adresser aujourd'hui. ¶ C'est avec plaisir que je profite, &c.

*Beust.* ;

## No. 1400.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von der Pfordten über die Ordnung der schleswig-holsteinischen Frage. —

Frankfort, January 11 (received January 13), 1864.

No. 1400. Gross-1 britannien, 11. Jan. 1864.

(Extract.) I made the attempt this morning to see M. Von der Pfordten and lay before your Lordship, with more satisfaction than I have felt for some time past, the result of my conversation with his Excellency. ¶ It was my first wish to ascertain, if possible, what were the prospects of success for the proposal of Conferences for arranging the Danish question. I asked his Excellency as a member of the Committee, if he would inform me what was likely to be the nature of their Report as regarded the note I had presented on the 27th December last, as well as your Lordship's despatch of the 31st ultimo, laid before the Diet in the sitting of Thursday last the 7th instant. M. Von der Pfordten informed me, without hesitation, that the matter had not yet been discussed or even alluded to in Committee. ¶ The reason, as his Excellency said, was that it was absolutely necessary first to come to a vote as to the validity of the London Treaty. He had, he informed me, made a report adverse to that Treaty, but the Committee were divided in opinion, and Austria and Prussia had combined to prevent the Report being received. Till that vote was taken, it must remain doubtful what instructions could be given to a Representative, if the Diet agreed to the proposed Conferences. He himself was not opposed to them in principle, but would not accept the post of Plenipotentiary if the Diet's instructions were to support the Treaty of London. It was, he moreover said, impossible to go into Conference with a Diet at variance as to the instructions to be given to their Plenipotentiary. M. Von der Pfordten was much more moderate in his tone and manner than has been usual with him lately when approaching these subjects, and said that he by no means disputed the possibility of an arrangement by Conferences. ¶ They must however, in his opinion, be confined to the international part of the question and be limited; that he at present saw no other sound basis for a permanent settlement than the division of Schleswig, though admitting that other terms of compromise might perhaps be found. ¶ As to what is called personal union of the Duchies with the Danish Monarchy, he eschewed it altogether, saying that it would be satisfactory to neither party, and would lead to endless intrigue and bickering. ¶ I reminded him that the idea of Conferences was originally his own; but his Excellency said that what was

possible during the lifetime of the late King of Denmark had become very difficult since that event. &c.

*A. Malet.*

No. 1400.  
Gross-  
britannien,  
11. Jan.  
1864.

### No. 1401.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Verlangen weiteren Aufschubs für den Einmarsch in Schleswig. —

Foreign Office, January 13, 1864.

My Lord, — Her Majesty's Government wish you to press upon the attention of the Austrian Government how desirable it will be to give a little more time to Denmark before their troops are ordered to enter Schleswig. If the King of Denmark should proceed to summon the Rigsraad immediately, it might be possible to repeal the Constitution of November within a fortnight, or even within ten days, without violating any constitutional forms. ¶ If, however, the King should decline to take this step, or if the proposal for the repeal of the Constitution were made to the Rigsraad and that Body refused to sanction it, Austria and Prussia would be able to place the entry of their troops into Schleswig upon much stronger grounds than they could otherwise do. ¶ I am, &c.

*Russell.*

No. 1401.  
Gross-  
britannien,  
13. Jan.  
1864.

### No. 1402.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Empfehlung, dass Dänemark den Reichsrath zur Abänderung der November-Verfassung berufe. —

Foreign Office, January 13, 1864.

Sir, — Her Majesty's Government are of opinion that if the Danish Government should receive a summons from the Diet, or from Austria and Prussia, calling upon them to repeal the Constitution of November last, the King should declare that he will convoke the Rigsraad without delay, in order to submit to that Body a proposal for the revocation of such parts of the Constitution as apply to Schleswig. ¶ I am, &c.

*Russell.*

No. 1402.  
Gross-  
britannien,  
13. Jan.  
1864.

### No. 1403.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn von Bismarck und dem Grafen Karolyi über die Hinausschiebung der Feindseligkeiten gegen Dänemark. —

Berlin, January 12 (received January 14), 1864.

(Extract.) I had the honour to receive, yesterday morning, your Lordship's despatch of the 9th instant, and at an interview which I immediately

No. 1403.  
Gross-  
britannien,  
12. Jan.  
1864.

No. 1403.  
Gross-  
britannien,  
12. Jan.  
1864.

requested of M. de Bismarck, I read your Lordship's despatch to his Excellency and gave him a copy of it, having, in the first place, in order that he might understand it more correctly, read to him the draft of my despatch of the 5th instant, to which it is a reply. ¶ M. de Bismarck said your Lordship's proposal was quite different from what he had said he would be ready to recommend to the favourable consideration of the King; that he could not consent to postpone the invasion of Schleswig until the Danish Government might think fit to annul by constitutional means the present illegal union of Schleswig and the Kingdom; and he could only repeat what he had already said, that the Danish Government must either abrogate the new Constitution, as far as it relates to Schleswig, or that a German army would enter the Duchy. ¶ M. de Bismarck then said that he had communicated to the King the Memorandum which I had given him of the bases proposed by your Lordship for the negotiations at the Conference, by which it is hoped that an arrangement of the differences of Denmark and Germany may be effected; and though His Majesty had approved of them as far as they went, he had suggested that a revision of the Treaty should be included among the subjects to be submitted to the consideration of the Conference. ¶ I replied that the Treaty, having been concluded for a single and precise object, was not susceptible of revision; but M. de Bismarck said it might, however, be rendered more complete, and that the arrangements for carrying out the engagements contracted by Denmark in 1851 and 1852 might receive a European sanction. ¶ I answered to this, that it appeared to me that the mere treatment of these points in a Conference of the Powers who signed the Treaty would give to the arrangements adopted all the guarantees which the King desired. ¶ With respect to the repeal of the Constitution, M. de Bismarck said he was convinced, from his conversation with M. d'Ewers, when he passed through Berlin on his way to St. Petersburg, that Denmark would do nothing to effect it until she was forced to comply with the demands of Germany; and our conversation ended without my being able to induce his Excellency to make any concession on the subject. ¶ I then called on Count Karolyi and mentioned to him the nature of the correspondence which had taken place between your Lordship and myself in consequence of M. de Bismarck having said that if the Constitution were repealed Austria and Prussia might engage to suspend hostilities while the Conference was sitting. Count Karolyi said he quite agreed with M. de Bismarck that the arrangement contemplated in your Lordship's despatch was much too indefinite for Austria and Prussia to accept, as Denmark might employ months in discussing the expediency of abrogating the Constitution, whereas if she intended to abrogate it she could have done so ere now. I said M. Hall had prevented his successors from bringing the question before the old Rigsraad, and now Denmark might be told she had no right to convoke the new one. Count Karolyi replied, What Germany wants is the abrogation of the Constitution, and it is a matter of indifference to Austria and Prussia how that object may be accomplished. In that case, I replied, if you will allow the Danish Government time, and if Her Majesty's Government are authorized to assure them that if they abolish the Constitution within a month the troops of the Confederation will

not invade Schleswig, unless the proposed Conference proves abortive, I thought it far from impossible that the Constitution might be got rid of and peace preserved. Count Karolyi said it was absolutely necessary, however, that the troops of Austria and Prussia should enter Holstein to save the Treaty and to prevent revolution there, and that they could not well enter Holstein except to invade Schleswig. But, I replied, you may summon Denmark to repeal the Constitution within a month, and go on in the interval concentrating your forces on the Eider to be ready to cross on a given day, and if you adopt that course you will avert the revolution in Holstein by the presence of your troops in that Duchy, and oblige Denmark to abrogate the Constitution as effectually as if you had entered Schleswig, while you will retain the goodwill of England by having made at all events a concession, at her instance, in favour of peace, and probably by preserving it. Count Karolyi said he would speak to M. de Bismarck on the subject, and I have since learned from M. de Bismarck that he did so, and that his Excellency mentioned the proposal to the King, who would not consent to it. I may mention here, also, that Count Karolyi, in our conversation on Saturday, spoke of its being perhaps possible to accept a declaration of the King of Denmark that he would propose the abrogation of the Constitution, but he told me yesterday that he had taken M. de Bismarck's opinion on the subject, and that they had decided that such a declaration could not be trusted, as the King might not be able to obtain the consent of the Rigsraad to his proposal. ¶ Such was the state of things, my Lord, when I received your telegram of last night,\*) with the contents of which I took an immediate opportunity of acquainting M. de Bismarck and Count Karolyi. I was not surprised, therefore, to find that neither of them would listen favourably to the suggestion which it contained, but they both said, If the Danish Government is willing and able to abrogate the union of Schleswig and the kingdom by constitutional means, she has a fortnight or three weeks to do so before German troops can cross the Eider, for the movement into Schleswig will not be made until a force can be concentrated sufficiently powerful to render success certain, though the moment such a force is ready to act operations will begin. &c.

*Andrew Buchanan.*

---

### No. 1404.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Gefahreines sofortigen Einmarsches in Schleswig für den allgemeinen Frieden in Europa. —

Foreign Office, January 14, 1864.

(Extract.) I had a conversation a short time ago with Count Bernstorff on the subject of the proposed occupation of Schleswig by Prussia. He said he had not fully understood the observations I had made in a former conversation. That the proposed occupation, if it were to take place, would be done

---

\*) No. 1398.

No. 1403.  
Gross-  
britannien,  
12. Jan.  
1864.

No. 1404.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

No. 1404.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

under the regular authorities, and by the regular troops of Prussia; that no danger, therefore, could be incurred by the King of Denmark, and that when he should have complied with the just demands of the German Powers, the Duchy of Schleswig would be again placed under his sceptre. ¶ I had spoken on a former occasion in the sense that Denmark would resist such an occupation, and might be aided by Great Britain. He wished to have an explanation of what I had then said. ¶ It is to be observed that in speaking to Count Bernstorff on the occasion alluded to, I had expressly declared that I could not say what the decision of the Government might be, as the Cabinet had not yet deliberated, and consequently not submitted any opinion to the Queen; but that judging from the general current of feeling in Parliament and in the nation, I thought an invasion of Schleswig by Germany might lead to assistance to Denmark on the part of this country. ¶ I now said that apart from the occurrences of the last two months I could well understand that Great Britain might fully rely upon two Powers so honourable and so much alive to the interests of Europe as Austria and Prussia. But we had lately seen how little their authority was regarded by the smaller German Powers, and by the popular enthusiasm of the masses. ¶ A Federal Execution was understood to be a kind of process of Confederate jurisdiction not affecting the title of territorial sovereignty. The Decree of October 1 had been of this character. The present King was not only in the opinion of the greater part of Europe Duke of Holstein, but he was indisputably Sovereign *de facto* when the German Federal troops entered the Duchy. Yet his arms and insignia had been torn down, the rival claimant had received every facility to enter the Duchy, and has been pursuing a career of agitation under the protection of the German Federal troops. Such was the position of a Prince who claimed to be Duke of Schleswig no less than Duke of Holstein. Austria and Prussia had endeavoured legally to exclude him from Holstein, but they had failed in obtaining the sanction of the Diet. What better success could they hope for in Schleswig? But what assurance have we that Prussia herself will persevere in this legal conduct? Of M. de Bismarck's fidelity to the Treaties we could entertain no doubt, nor of the King's honest intentions; but the King might be overpowered by his Chamber, or by public opinion, and forced to accept a Ministry which would openly abet the claims of the Prince of Augustenburg. Should that view prevail, the occupation would be at once turned into permanent possession, and Denmark would be dismembered and partitioned. ¶ Seeing these dangers, and the reckless manner in which many of the German Princes and all the German popular meetings were ready to set the faith of Treaties at defiance, Her Majesty's Government could not wonder that the King of Denmark was ready to defend Schleswig, and to consider its hostile occupation as a fatal blow to the integrity of his dominions. ¶ But I could not doubt that he would be assisted by Powers friendly to Denmark in that defence. ¶ I said that all we asked was time for examination and peaceful settlement. ¶ That for my own part I had wondered at the patience shown by Germany during eleven years of ill-usage of his German subjects by the late King. But this patience formed a striking contrast to the impatience shown



during the short period in which the present King had been on the throne. He is well-disposed; he could not at once settle a long and bitter dispute, but with a little time everything might be obtained without bloodshed, which Prussia now sought in arms. ¶ Count Bernstorff adverted shortly but pointedly to the dangers which might be incurred by Europe if Germany and England should ever become enemies. ¶ I fully admitted them, and as fully regretted their existence: but I said that since the month of May, Great Britain had warned Austria of these dangers; that Prussia and Germany had likewise been warned, but that the voice of England was unheeded, and little time was now left for counsel, wisdom, and moderation. I hoped it would not be thrown away. &c.

*Russell.*

---

### No. 1405.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Dringlichkeit einer Vermittelung in dem deutsch-dänischen Streite. —

Foreign Office, January 14, 1864.

My Lord, — I inclose a copy of a despatch addressed by M. Monrad to M. Bille, His Danish Majesty's Representative at this Court \*), requesting, in the terms of the Protocol of Paris of the 14th April, 1856, that the European Powers who signed the Treaty of London would mediate in the dispute now existing between Germany and Denmark. ¶ I wish you particularly to call M. Drouyn de Lhuys' attention to the passage in which M. Monrad declares that what is of importance to Denmark, and is of extreme necessity, is that the mediators should interfere in time, and before blood begins to flow. ¶ I therefore desire you to urge M. Drouyn de Lhuys to give an answer to my despatch of the 5th instant, which you communicated to him on the 6th instant. Replies expressing a readiness to consult in common on these affairs, so important to the peace of Europe, have been received both from St. Petersburg and from Stockholm. There is some difference, indeed, as to the form, but a Conference of all the Powers who signed the Treaty of London appears to Her Majesty's Government the best and most acceptable form. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

### No. 1406.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Französische Bedenken gegen formelle Vorstellungen bei der Bundesversammlung. —

Paris, January 14 (received January 15), 1864.

(Extract.) Your Lordship's despatch of the 10th instant reached me this morning. Your Lordship will have learnt by my despatch of the 12th

\*) No. 1376.

No. 1404.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

No. 1405.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

No. 1406.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

No. 1406.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

instant that I had already communicated with M. Drouyn de Lhuys on the subject of its contents, which had been made known to me by telegraph, and that his Excellency would give me no answer until he could have taken the Emperor's orders. ¶ On reading to him to-day your Lordship's despatch of the 10th instant, his Excellency said that the Emperor could see no advantage in stating to the Diet of Frankfort that an invasion by Federal troops of the Duchy of Schleswig would be an act of war, inasmuch as it appeared that it was Austria and Prussia who were about to propose that invasion, and even to undertake it with Austrian and Prussian troops, whether the Diet was a consenting party or not. It seemed, therefore, to His Majesty that it would be more logical to address any representations which might be necessary to the two great German Powers. ¶ As to the four Powers impressing upon the Diet the heavy responsibility that it would incur if by any precipitate measures it were to break the peace of Europe before the Conference which had been proposed by the British Government for considering the means of settling the question between Germany and Denmark, and thereby maintaining that peace, can be assembled, M. Drouyn de Lhuys observed that he had not forgotten that when Russia had been warned by France, Great Britain, and Austria of the responsibility which she was incurring by her conduct towards Poland, Prince Gortchakoff had replied, „that Russia was ready to assume that responsibility before God and man.“ He for one did not wish to provoke another answer of the same sort to be received with the same indifference. ¶ But he was not on this account, his Excellency continued, less alive to the danger which menaced the peace of the North of Europe, and although he could not join in any formal representation to be made to the Diet, as suggested by Her Majesty's Government, he would address despatches to the Emperor's Representatives at Vienna and Berlin, calling the serious attention of the Austrian and Prussian Governments to the present state of the Danish question, and exhorting them to employ their authority to obtain such declarations from the Diet as would render the meeting of a Conference possible, and he would at the same time send such instructions to the Emperor's Minister at Frankfort as would enable him in his conversations with the various members of the Diet to aid any endeavours which might be made by Austria and Prussia in the sense indicated above. ¶ It is M. Drouyn de Lhuys' intention to write a despatch to the Prince de la Tour d'Auvergne, for communication to your Lordship in answer to the proposal of Her Majesty's Government. &c.

*Cowley.*

---

### No. 1407.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys über das dänische Vermittelungersuchen. —

Paris, January 14 (received January 15), 1864.

No. 1407.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

My Lord, — I asked M. Drouyn de Lhuys this afternoon whether any decision had been taken in regard to the answer to be returned to the Danish

demand of intervention for the settlement of the question of the Duchies which I understood, I said, had been made through Count Moltke. ¶ M. Drouyn de Lhuys replied that the Danish despatch which had been communicated to him through Count Moltke was of a very vague nature, the greater part of it being an answer to the French proposal of a restricted Congress. Towards the end, however, the Danish Government had expressed a desire, that if this Congress could not be convoked, the question of the Duchies might at once be taken into consideration by the Powers who had signed the Treaty of 1852, with a view to its settlement in a manner consistent with the stipulations of that Treaty, and in such a mode as the Powers might deem advisable. ¶ He had taken the Emperor's orders upon the subject, and he should inform the Danish Minister that the French Government would not object to join in a Conference or a mediation, provided that the one or the other should be accepted by Germany, and that the *status quo* of the Duchies, both military and political, should be respected during negotiations. ¶ I have, &c.

No. 1407.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

*Cowley.*

### No. 1408.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen.  
— Nothwendigkeit der Zurücknahme der November-Verfassung. —

Foreign Office, January 15, 1864.

Sir, — I had a conversation yesterday with M. de Bille on the subject of the despatch addressed to him by Bishop Monrad, on the part of the Danish Government, offering to refer the differences between Denmark and Germany to the mediation of the Powers who signed the Treaty of London. ¶ I informed him that Her Majesty's Government would be willing to offer their good offices for the settlement of the differences between Germany and Denmark in concert with the other Powers to whom the application of the Danish Government had been addressed. ¶ You will say to Bishop Monrad that unless the King of Denmark will consent to call together the Rigsraad without delay, and will submit to them a proposal for the repeal of the Constitution of November 18, in so far as it relates to Schleswig, Her Majesty's Government fear that it will be useless to make any representations to Prussia and Austria. As it is probable that the convocation of the Rigsraad will be necessary for other purposes, the Danish Government might at once take the steps which have been suggested by Her Majesty's Government. ¶ I am, &c.

No. 1408.  
Gross-  
britannien,  
15. Jan.  
1864.

*Russell.*

## No. 1409.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. des Ausw. — Die Veröffentlichung des Warschauer Protokolls betreffend. —

St. Petersburg, January 10 (received January 16), 1864.

No. 1409.  
Gross-  
britannien,  
10. Jan.  
1864.

My Lord, — I have the honour to transmit to your Lordship herewith an extract of the official journal of December 28/January 9, containing the Protocol signed at Warsaw on May 24/June 5, 1851\*), between the Plenipotentiaries of Russia and Denmark, whereby the Emperor of Russia renounced all his eventual rights in the Danish Duchies, as chief of the eldest branch of the House of Holstein-Gottorp, in favour of Prince Christian of Glücksburg, the Princess of Glücksburg, and their issue male, the express motive of such renunciation being the preservation of the North and the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy. By the same instrument the rights of the Russian House are reserved in case of the extinction of the male issue of the Prince and Princess of Glücksburg. ¶ I asked Prince Gortchakoff what were the motives which had prompted the insertion of this Protocol, the basis of the Treaty of London, in the official journal at the present conjuncture. The Vice-Chancellor replied, that the Protocol had been inserted in consequence of a Circular Memorandum which had been addressed by the Prince of Augustenburg to the Free Cities of Germany, and probably to the Governments represented at the Diet, affirming that the rights of the Imperial House of Russia were entirely eliminated. The conclusions of this Memorandum are as follows: — From the foregoing exposition the following conclusions must be clearly demonstrated to every judicious mind:

1. That the share of the Duchy of Holstein, formerly constituting the Principality or belonging to the line of Gottorp, has now, after the extinction of the male line of the Royal House of Denmark, become subject with the rest of Holstein to the sovereign rights of the line of Augustenburg, as the eldest line.
2. That the House of Gottorp, and together with the same, the Imperial line of Russia, can raise no claim to the Succession in Holstein as long as the House of Sonderburg flourishes in the male descent.

The circulation of such a Declaration by the Prince of Augustenburg, to the prejudice of the rights of the Imperial family of Russia, rendered it imperative, according to Prince Gortchakoff, that the act of renunciation with its motives and conditions should be again placed upon record. Russia in so doing was, however, moved by no selfish design. She desired to recall to Germany and Europe that the principle in which all these transactions had been based was the desire to maintain the integrity of the Danish Monarchy. ¶ I have, &c.

*Napier.*

---

\*) No. 1000.

---

## No. 1410.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russische Bedenken gegen gemeinsame Vorstellungen an die deutschen Mächte. —

St. Petersburg, January 10 (received January 16), 1864.

(Extract.) Messenger Drury arrived here last night and placed in my hands your Lordship's despatch of the present year, enforcing the pressing necessity for a Conference of the Powers signatory of the Treaty of London, or for a mediation of the four non-German Governments parties to that instrument, with a view to the maintenance of the European peace and the definitive regulation of the matters in controversy between Denmark and Germany. ¶ In conformity with your Lordship's orders I waited on Prince Gortchakoff without loss of time and placed in his Excellency's hands a copy of your Lordship's despatch. ¶ As the result of my conversation with the Vice-Chancellor I retain the following conclusions; —

No. 1410.  
Gross-  
britannien,  
10. Jan.  
1864.

1stly. That the Russian Cabinet will take no step whatever until they have been placed in possession of the official overture of the Cabinet of Copenhagen, which will probably reach this Government on the 11th or 12th instant.

2ndly. That the Russian Cabinet will have great reluctance in addressing any representations to the Government of Prussia in common with the Diet.

3rdly. That the Russian Cabinet will be indisposed to make any demand of a categorical and formal nature in any quarter without deliberating maturely on the consequences attending a refusal and without an exact knowledge of the course which Her Majesty's Government will pursue in the same contingency. &c.

*Napier.*

## No. 1411.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russlands Geneigtheit zu getrennten Vorstellungen bei der Bundesversammlung. —

St. Petersburg, January 11 (received January 16), 1864.

My Lord, — I received your Lordship's telegram of the 10th January last night, by which I am directed to suggest to Prince Gortchakoff that the Governments of England, France, and Sweden should instruct their respective Ministers at Frankfort to represent to the Diet that the passage of the Eider by the Federal troops would be an act of war against Denmark, and that the Diet is earnestly entreated to consider the consequences of a war begun by Germany by an act of aggression on a non-German territory while Her Majesty's Government are engaged in arranging a Conference of the Powers which signed the Treaty

No. 1411.  
Gross-  
britannien,  
11. Jan.  
1864.

No. 1411. of London for the purpose of regulating this controversy. I placed at the same  
 Gross-  
 britannien,  
 11. Jan.  
 1864. time in the hands of Prince Gortchakoff the substance of your Lordship's over-  
 ture in French for the consideration of the Emperor, and I strongly recommended  
 this step to the prompt adoption of the Imperial Cabinet, remarking that it was  
 quite distinct from the proposal for simultaneous and nearly identical notes to  
 be presented to the Governments of Austria, Prussia, and the Diet—a proposal  
 which might be acted on afterwards. ¶ The Vice-Chancellor received your  
 Lordship's overture with satisfaction, and said that he would take the orders of  
 the Emperor without delay. He preferred this proposal to that of the joint  
 notes, for it was addressed to the Diet, and not to Austria and Prussia; his ob-  
 ject being to separate the Diet as much as possible from the two great German  
 Powers, and encourage the latter to resume that control over the Germanic Con-  
 federation which by their weakness they had abdicated. ¶ I doubt whether  
 Prince Gortchakoff will adopt the identical expressions made use of by your  
 Lordship. He will perhaps decline to qualify the invasion of Schleswig as an  
 „act of war,“ but I hope that he will consent to address a remonstrance to the  
 Diet generally conformable to your Lordship's suggestion. ¶ I pressed upon  
 the Vice-Chancellor the expediency of sending off such a despatch at once, not  
 later than to-morrow night if possible. ¶ I have, &c.

Napier.

### No. 1412.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d.  
 Ausw. — Nichterforderlichkeit der Zuziehung eines Gesandten des  
 Bundes zu den Conferenzen. —

St. Petersburg, January 11 (received January 16), 1864.

No. 1412.  
 Gross-  
 britannien,  
 11. Jan.  
 1864. My Lord, — The Vice-Chancellor, in speaking to-day of the proposed  
 Conference for the regulation of the Danish question, remarked to me that he  
 did not consider the presence of a Representative of the Diet in such a Confer-  
 ence to be a *sine quâ non*. Russia would join a Conference on this subject, in  
 which Representatives of all the signatory Powers should be assembled, even in  
 the absence of a Plenipotentiary of the Confederation. ¶ I have, &c.

Napier.

### No. 1413.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d.  
 Ausw. — Des Fürsten Gortschakoff's Geneigtheit zur Zulassung der  
 Besetzung Schleswigs durch Oesterreich und Preussen. —

St. Petersburg, January 11 (received January 16), 1864.

No. 1413.  
 Gross-  
 britannien,  
 11. Jan.  
 1864. (Extract.) Prince Gortchakoff remarked to me this forenoon as a sug-  
 gestion which might be discussed between Her Majesty's Government and the  
 Russian Cabinet, that Denmark might be moved to admit the occupation of

Schleswig by a Prussian or Austrian force, as affording a material guarantee to the two German Powers of the execution by Denmark of its engagements in reference to the German population of that province. In return for this concession on the part of Denmark, the Prince of Augustenburg should be removed from Holstein, and all demonstrations in his favour made or tolerated by the Federal authorities or troops should be put a stop to. If the Federal authorities failed to carry out this condition, they would themselves be withdrawn from the Duchy, and their place taken by the troops of Prussia and Austria. ¶ I said to Prince Gortchakoff that I would transmit his suggestion to Her Majesty's Government. I could, however, scarcely believe that the occupation of Schleswig by the forces of any German State would be viewed with satisfaction by Her Majesty's Government. I feared that in regard to the German part of Schleswig, M. de Bismarck himself was scarcely to be trusted. How was the Prince of Augustenburg to be repelled from Holstein? The Diet had already refused to do so; were Austria and Prussia to act arbitrarily for that purpose? If the Federal authorities refused or neglected to prohibit the demonstration on behalf of the Pretender, how were the Federal troops to be repelled, and to be replaced by Austrian and Prussian troops; were they to be turned out by force of arms? I feared there would be great difficulties in such a course. &c.

No. 1418.  
Gross-  
britannien,  
11. Jan.  
1864.

*Napier.*

### No. 1414.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Aeusserung des Herrn von Bismarck über die englisch-sächsische Correspondenz. —

Berlin, January 14 (received January 16), 1864.

My Lord, — I am told that the Saxon Minister at this Court has communicated to M. de Bismarck copies of a correspondence which has lately taken place between Her Majesty's Minister at Dresden and M. de Beust respecting the manner in which the Federal Execution in Holstein has been used to promote a revolution in that Duchy. My informant also stated that M. de Bismarck observed, after reading the correspondence, that the Saxon Government would have expressed itself less uncourtously if Great Britain were a neighbouring Power with a large army, or if Saxony were a maritime State. ¶ I have, &c.

No. 1414.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1415.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Den dänischen Conferenzvorschlag betreffend. —

Berlin, January 14 (received January 16), 1864.

My Lord, — The Danish Chargé d'Affairs delivered yesterday to M. de Bismarck the note addressed by M. Monrad to his Excellency, on the 6th instant,

No. 1415.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

No. 1415. Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864. inviting Prussia to take part in a Conference for the settlement of the differences between Germany and Denmark, which the Danish Government have proposed to the Powers who signed the Treaty of London. ¶ M. de Bismarck made no observations of importance on this subject to M. de Guldencrone, and when I asked him this morning what answer he intended sending to the proposal of Denmark, he said that he must ascertain the opinion of the Cabinet of Vienna before taking a decision. He also excused himself from giving me an official answer as to the basis which your Lordship has proposed for the negotiations in the intended Conference by saying he was still in communication with respect to them with the Austrian Government. I said that I hoped he would be able to give me an answer before the departure of the weekly messenger on Saturday, and he replied that he could not promise, as it would be necessary to make some reservation as to the future in case the Conference proved abortive. I answered that your Lordship had already stated that each Government would be free in such an eventuality to act as they might think necessary for their own national honour, and if he had any reservation to make in conformity with the opinions of Her Majesty's Government, he ought to state it at once. ¶ I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

### Nó. 1416.

**GROSSBRITANNIEN.** — Bericht des Botschaftssecretärs Grosvenor an Sir Buchanan über seine Reise nach Holstein und Schleswig, eingesandt an den königl. Min. d. Ausw. —

Berlin, January 14, 1864.

No. 1416. Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864. (Extract.) In conformity with your Excellency's instructions of the 6th instant, I proceeded to Kiel, Rendsburg, Schleswig, and Flensburg, and have now the honour to report to your Excellency the information which I have obtained on my journey. ¶ First, as regards the agitation prevailing in Holstein in favour of the Prince of Augustenburg. ¶ The demonstrations made are the following: The arms of Denmark are nowhere to be seen in Holstein. In their place the flags of Germany and Schleswig-Holstein, together with the Schleswig-Holstein arms, are planted in a conspicuous position at every railway station on the road from Altona to Kiel. The great majority of the passengers and all the bystanders at the railway stations were decorated with a Schleswig-Holstein cockade. ¶ At Kiel I found Schleswig-Holstein flags and arms and a German flag hanging from almost every house in the town, and all down the principal streets there were festoons hanging across from one side of the street to the other, with a printed „Welcome“ in the centre. A band of musicians played, on the second day I was in Kiel, the Schleswig-Holstein air up and down the streets for about two hours. ¶ The residence of the Prince of Augustenburg, the „Railway Hotel,“ was furnished with a guard of honour, composed of two members of the Rifle corps („Schützen“) of the town, armed but in plain clothes. ¶ Every shop-window had in it Schleswig-Holstein colours, and every second



wayfarer in the streets had on his person the same colours. The newspapers which were in the coffee-room of my hotel were of a most decidedly Augustenburg tendency; one of the local newspapers containing an Address in verse to His Highness, presented by the young ladies of the town, and an article calling upon all those in whose veins ran German blood to come and pay homage to their rightful Sovereign, and to take up earnestly his cause, in which was united the vindication of liberty and nationality. ¶ I had the opportunity at Kiel of conversing with several of the partisans of the Prince of Augustenburg, and they were all confident of the feelings of the people of Holstein in favour of the Prince of Augustenburg, and gave as proofs the enormous number of deputations received by His Highness, the very small number of the officials who had taken the oath of allegiance to King Christian, the large numbers of all classes who attended the meeting at Elmshorn (during a most inclement state of weather), where His Highness was proclaimed Duke of Holstein, and the universal adoption of outward forms of demonstration throughout the country. More than that, they said, could not be done so long as the Prince of Augustenburg was not recognized by the Diet as the legitimate Sovereign of the country. ¶ The Federal troops are exceedingly popular in Holstein, as they do not appear to have any orders whatever to interfere with the popular demonstrations now taking place. I asked an officer whether all these demonstrations were permissible: and he replied that the Federal troops were in Holstein for the purpose of keeping order and preventing riots or armed outbreaks, and not for the purpose of interfering with the liberties of the people, so long as the latter had only recourse to peaceable demonstrations of their feelings. The town of Kiel was very full, and, I believe, owing to deputations which are constantly arriving from all parts of Holstein to lay their homage at the feet of the Prince of Augustenburg. ¶ At Rendsburg, where I remained a day on my road to Schleswig, less outward demonstrations of popular enthusiasm met the eye. There were, however, a good number of Schleswig-Holstein and German flags hanging from windows of houses in the town, but no festoons across the streets. A Schleswig-Holstein and a German flag, I am told, had to be taken down the other day from their position, in consequence of a remonstrance on the part of the Danish Commander of the garrison on the Schleswig frontier of Rendsburg, these flags being placed too close to the Danish lines. ¶ Conversations which I had with inhabitants of the middle class in Rendsburg led to precisely similar results as those which I had had at Kiel. Great confidence was expressed as to the feeling of the whole country in favour of the Prince of Augustenburg; much satisfaction was testified at the presence of German troops in the Duchy, and great hopes expressed that the claims of the Prince of Augustenburg would receive their well-merited justification at the hands of the Diet. ¶ With reference to the second point, namely, the position of Schleswig as connected with Holstein, I have held conversation with several of the avowed partisans of the Prince of Augustenburg, with merchants in the four towns I have visited, and with other members of the middle classes, and one opinion only have I obtained as a result. This opinion is expressed by all those to whom I have spoken. It is, that though

No. 1416.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

No. 1416. the question may be at present set at rest by the superior force of the Great  
 Gross- Powers, and Schleswig and Holstein made to continue under the rule of Den-  
 britannien. mark, no satisfactory solution of the question will ever be obtained by this means,  
 14. Jan. and the people of Schleswig, as well as those of Holstein, will never cease to  
 1864. endeavour to bring matters to a crisis, until they are freed from the yoke of  
 Denmark, which they represent to have imposed too great practical grievances  
 upon them for the feeling of hatred and mistrust which now reigns ever to die  
 out, even if Denmark were bound hand and foot to fulfil her engagements. Some  
 of the Holsteiners go so far as to say that as soon as Holstein is organized under  
 the Prince of Augustenburg, they will declare alone their intention of freeing  
 their brethren by force of arms, and that then every Schleswiger will rise up and  
 that their real feelings, which are now crushed and misrepresented by the Danes,  
 would be shown. Several of the persons to whom I have spoken, have ex-  
 pressed an earnest wish that Lord Palmerston's proposal of universal suffrage  
 should be adopted in Schleswig, the Danish army and Danish officials being re-  
 moved, and neutrals being put in their place; for then, they say, not 5,000 souls  
 would be found in Schleswig who would not vote for union with Holstein and  
 independence of Denmark. ¶ The grievances complained of, as the source of  
 this hatred to Denmark, are: the Constitution of 1854, in which there are two  
 paragraphs, the one restricting the signature of petitions to one person, and the  
 other crippling the power of the Schleswig tribunals; the insolent contempt with  
 which the decisions of the Schleswig Diet are treated at Copenhagen; and thirdly,  
 the enforcement of the Danish language, and the neglect of the German in the  
 schools; and lastly, the importation of Danish officials into the Duchy, to the  
 exclusion of Germans, and the arbitrary censorship of the press. This is the  
 language held by all those to whom I have spoken, and I am sure that the feeling  
 is strong, because a person with whom I conversed at Flensburg, who is a strong  
 Danish partisan according to his own admission, was compelled to acknowledge  
 that the feeling was strong enough to prevent all possibility of association be-  
 tween Danes and Germans. ¶ With reference to the first point, namely, the  
 movement in Holstein, I must not omit to mention that on my return to Altona  
 I passed through Rendsburg, and found the state of affairs somewhat changed.  
 The same festoons and the same quantity of flags of Schleswig-Holstein and  
 Germany were hanging in the streets as I had seen at Kiel. The Federal  
 Commissioners who had been up to Rendsburg were about to proceed to Altona  
 by the same train as myself, and when they got into the train they were lustily  
 cheered by a large crowd assembled at the station, and three cheers being pro-  
 posed by some bystander for the Prince of Augustenburg as Duke of Holstein,  
 obtained the most enthusiastic reception. It appears that a meeting had been  
 held the evening before in Rendsburg, and that the above-mentioned were the  
 results. ¶ Conversation not unfrequently turned upon public opinion in England  
 on this question, and many were the complaints I heard of the total want of  
 information on the subject shown by those organs of public opinion which had  
 said the most about it; and also England's policy I have heard complained of,  
 it being adduced that her policy in this instance is opposed to that pursued in the

Italian and in the Greek question. What the persons whom I have met seem to fear most of all, is the intervention of Austria and Prussia in the question, for they declare that those two Great Powers betrayed the cause of Schleswig-Holstein when it was in its ascendant in 1850, and would do so again if they have it to deal with. ¶ In conclusion I will give the ground on which all those whom I have spoken to support the claims of the Prince of Augustenburg. ¶ His Highness is said by his adherents to be the next Agnate, the Agnatic Law of Succession prevailing in Holstein, and the new Law of Succession passed by the Danish Parliament never having been laid before the States of Holstein for their consent. They contend that the protest made by him relieves him from being bound by his father's illegal act, and moreover that the money received by the Duke of Augustenburg was for his property alone, and not as an equivalent to the renunciation of his rights. &c. *Grosvenor.*

No. 1416.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

---

### No. 1417.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Paris. — Ersuchen um die Vermittelung Frankreichs und der übrigen europäischen Mächte in dem Streite mit Deutschland. —

Copenhagen, le 6 janvier, 1864.

M. le Comte, — Si les graves événements qui occupent à un si haut degré l'attention du Gouvernement du Roi ne lui ont pas permis de répondre plus tôt à l'invitation que M. Drouyn de Lhuys a adressé dernièrement au Danemark d'entrer dans des pourparlers qui serviraient à préparer le Congrès, j'aime à croire pourtant que le Cabinet de Paris n'a pas un instant douté de nos sentiments et de nos intentions. Car le Gouvernement Danois est du nombre de ceux qui ont accepté sans condition et sans hésitation l'invitation que l'Empereur avait adressée aux Cours de l'Europe pour se réunir en Congrès. ¶ Depuis notre réponse des faits se sont produits, il est vrai, qui ont donné à réfléchir à tous les Cabinets qui avaient salué avec satisfaction la noble initiative de l'Empereur. Grâce non moins aux principes qu'elle représente qu'aux forces matérielles dont elle dispose, le concours de l'Angleterre nous paraît indispensable à l'accomplissement de cette grande œuvre, mais jusqu'ici elle a cru devoir se refuser à la prêter. D'autres grandes Puissances ont plus ou moins explicitement adhéré à l'idée d'un Congrès qui résoudrait les questions politiques litigieuses en Europe; mais en même temps elles agissent dans un sens tout contraire. Vous savez que l'Autriche et la Prusse ont changé le *status quo* territorial européen en permettant à la Diète d'envahir le Holstein et le Lauenbourg, et sous le prétexte d'une Exécution Fédérale procéder dans ces pays comme s'ils étaient arrachée définitivement au Danemark par la conquête. Au lendemain de leur acceptation de la proposition d'un Congrès qui aurait pour but d'examiner consciencieusement les griefs, peser mûrement les droits et les prétentions et prononcer l'arrêt définitif de l'Europe, les Puissances Allemandes profitent de l'intervalle qui doit s'écouler avant la réalisation de l'idée pour se mettre en possession de

No. 1417.  
Danemark,  
6. Jan.  
1864.

No. 1417.  
Dänemark,  
6. Jan.  
1864.

l'objet du litige; elles livrent des Provinces du Roi à l'agitation la plus effrénée et laissent proclamer le prétendant qui base son droit sur le mépris d'un Traité qui a pour signataires toutes les grandes Puissances, y compris les deux Puissances Allemandes. Et elles ne paraissent pas même vouloir se borner à ces actes entrepris contrairement aux obligations les plus simples découlant de l'acceptation de la grande idée de l'Empereur. De tous côtés on nous avertit que la Confédération se prépare à aller jusqu'à cette extrémité de tenter de résoudre la question européenne de ses prétendus droits sur le Slesvig, par le moyen d'une attaque dirigée contre les Provinces Danoises qui se trouvent tout à fait en dehors de la compétence Fédérale. ¶ En présence de ces refus et de ces acceptations démenties par leurs actions, il nous est peut-être permis de douter que la généreuse pensée dont la France a pris l'initiative puisse se réaliser dans toute son étendue. Mais, si notre confiance est aussi diminuée, notre conviction reste toujours la même. Nous avons salué avec bonheur le grand principe qui promettait que le droit du plus fort allait être remplacé dans l'ordre politique par le droit de la justice et de l'équité, et nous sommes intimement convaincus que la civilisation exige ce progrès, et que, par conséquent, la parole de l'Empereur ne restera pas une lettre morte. Avec une telle conviction profonde, notre adhésion est d'avance acquise à toute démarche que le Cabinet de Paris voudra faire en vue de surmonter les difficultés qui s'opposent à son projet. Mais, en même temps que nous nous associons à la nouvelle proposition du Cabinet de Paris, il nous sera permis d'appeler son attention, comme celle de tous nos alliés, sur l'urgence qu'il y a pour nous de voir les Puissances impartiales intervenir sans délai dans notre conflit avec l'Allemagne. Pour nous, en effet, l'idée d'un Congrès n'impliquait pas seulement un bienfait pour l'humanité, mais elle se présentait comme le moyen le plus efficace d'en arriver enfin à la solution de notre différend avec une grande nation qui n'a cessé de menacer notre existence. Le moment presse; les événements subversifs se succèdent avec toute la rapidité que les passions surexcitées peuvent leur imprimer, et l'Allemagne ne semble aspirer qu'à créer des faits accomplis qui préjugeraient toute solution équitable. ¶ Jo sais que le Gouvernement Impérial a parfaitement apprécié cet état de choses, qui préoccupe déjà d'autres Cabinets, et c'est avec un véritable plaisir que je viens d'apprendre que le Cabinet de Paris se trouve à ce sujet en pourparlers qui font preuve de la haute sollicitude que l'Empereur a toujours vouée à nos intérêts. Nous apprécions pleinement les difficultés que le problème d'une intervention diplomatique efficace peut présenter dans les circonstances actuelles, mais il ne nous appartient pas de prendre l'initiative pour trouver une forme, dont la détermination doit dépendre surtout des convenances et des vues générales des Puissances. Pour nous, la forme d'une médiation éventuelle est d'une importance secondaire; car, soit que nous ayons à soutenir nos droits devant une réunion plus ou moins restreinte de Puissances impartiales, soit qu'il faille la traiter seule ou en même temps que les autres questions politiques qui agitent l'Europe, nous avons la même confiance dans la justice et l'équité de nos alliés. Ce qui nous importe — et tout le monde en reconnaîtra l'urgence — c'est que la médiation intervienne à temps, et avant que le sang ait commencé à

couler. ¶ L'Empereur nous a tout dernièrement encore conseillé de travailler à conserver la paix, et je suis convaincu qu'il voudra nous faciliter les moyens de le faire. Sa grande expérience lui permettra, nous l'espérons, de concilier les vues contraires et les appréciations opposées pour en arriver, sans de longs délais, à une forme sous laquelle les Puissances pourraient interposer leurs bons offices d'une manière efficace. ¶ Veuillez, M. le Comte, donner lecture de cette dépêche à M. Drouyn de Lhuys et lui en laisser copie. ¶ J'ai, &c.

No. 1417.  
Danemark,  
6. Jan.  
1864.

*D. G. Monrad.*

### No. 1418.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an die Minister d. Ausw. Oesterreichs und Preussens. — Bereiterklärung zur Annahme der Vermittelung der europäischen Höfe. —

(Uebersetzung.)

Copenhagen, January 6, 1864.

The undersigned, His Danish Majesty's President of the Council, entrusted *ad interim* with the direction of Foreign Affairs, has the honour, in obedience to the commands of the King his Sovereign, to make the following communication to his Excellency His Prussian Majesty's, &c. (His Imperial Majesty's, &c.) ¶ Since the Duchy of Holstein has been occupied by Federal troops, the German-Danish question has been placed upon a so far more serious footing that each day the danger of a breach of the peace becomes more imminent. ¶ Under these circumstances, His Majesty's Government is convinced that nothing but a mediation of disinterested Powers can afford an effectual means for securing a happy issue to the dispute, and they found their hope of the possibility of an amicable arrangement on the readiness which they think they can perceive on the part of these Powers, and also no less on the part of the Great German Powers. ¶ In so far as the non-German Powers are concerned, this hope has not been disappointed. By the Treaty of London, which has recognized the necessity of the integrity of the Danish Monarchy, the mediation which the Protocol of the 14th of April, 1856, proposes in the interests of European peace has become, under present circumstances, an unavoidable duty. Accordingly, in recognition of this duty, the non-German Powers have already for some time past directed their attention to the opportuneness of an amicable intervention having for its object an agreement upon the present actual state of the case. ¶ His Majesty's Government indulges at the same time in the confident hope that on the part of the German Powers no obstacle will be opposed to the prospect of an amicable solution. Prussia and Austria will be no less inclined than the other Powers to hold fast by those principles which they have themselves expressly recognized, and the Cabinets of Berlin and Vienna can judge as well as His Majesty's Government what serious and incalculable consequences would attend a breach between two neighbouring countries which seem in so many respects to have been destined by nature for a peaceful and mutually beneficial intercourse. ¶ Such are the considerations and views

No. 1418.  
Danemark,  
6. Jan.  
1864.

No. 1418. which have guided His Majesty's Government in expressing themselves to those  
 Dänemark, European Powers whose kind mediation must be regarded as especially impor-  
 6. Jan. tant; and, while they have been desirous not to delay in bringing them to the  
 1864. knowledge of the Royal Austrian (Prussian) Government, it is with peculiar  
 satisfaction that they venture to presume that the steps taken on their side will  
 be met by similar endeavours on the part of the Prussian (Austrian) Govern-  
 ment. ¶ The Undersigned, &c.

*D. G. Monrad.*

### No. 1419.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an d. königl. Botschafter in Wien (und  
 gleichmässig nach Berlin). — Verlangen weiteren Aufschubs für Däne-  
 mark. —

Foreign Office, January, 16, 1864.

No. 1419. My Lord, — Her Majesty's Government have learnt with much regret  
 Gross- that it is the intention of the Austrian and Prussian Governments to address a  
 britannien, summons to the Danish Government, calling upon them to repeal the Constitution  
 16. Jan. of last November within forty-eight hours, and in the event of Denmark refusing  
 1864. to do so, that the troops of Austria and Prussia will be ordered at once to enter  
 Schleswig. Although Austria and Prussia profess to have no desire to endanger  
 the throne of the King of Denmark, it is evident that they will run the risk of  
 doing so if they do not give more time to the Danish Government. Her Ma-  
 jesty's Government are informed that the Russian Government are equally  
 desirous that the time to be given to Denmark to take a step of so grave a  
 nature should be extended. ¶ Her Majesty's Government are of opinion that  
 it might still be possible to submit the Danish question to a Conference, if the  
 two points to serve as a basis for discussion were the integrity of the Danish  
 Monarchy and the fulfilment of the promises made by Denmark in 1851-52.  
 You will ask Count Rechberg whether Austria would agree to accept this basis.  
 ¶ Should a Conference take place Count Rechberg might submit to it for dis-  
 cussion any scheme that he may think proper. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1420.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an d. königl. Botschafter in Berlin. —  
 Erneutes Abrathen von sofortigen kriegerischen Massregeln. —

Foreign Office, January 17, 1864.

No. 1420. (Extract.) It appears from the communications which have passed  
 Gross- between Her Majesty's Government and the Governments of Austria, Prussia,  
 britannien, and Russia, that those Governments as well as that of Her Majesty are deter-  
 17. Jan. mined to make the integrity of the Danish Monarchy and the fulfilment of the  
 1864.

engagements taken by Denmark towards Germany in 1851—52 the bases of any arrangement of the differences between Germany and Denmark. ¶ I have to instruct your Excellency to ask M. de Bismarck whether the mode of carrying these bases into effect cannot be settled without bloodshed, which would only add to the difficulties of the situation, and might make it impossible to overcome them. ¶ Her Majesty's Government believe that a peaceable arrangement might still be effected, and the sad spectacle of a needless conflict might be spared to Europe, if Austria and Prussia were to consent not to send their troops across the Eider. ¶ Your Excellency will say this to M. de Bismarck. &c.

No. 1420.  
Gross-  
britannien,  
17. Jan.  
1864.

*Russell.*

### No. 1421.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw. — Verzögerung der Uebergabe des dänischen Erbietens zur Annahme von Vermittelung in Wien und Berlin. —

Copenhagen, January 13 (received January 18), 1864.

No. 1421.  
Gross-  
britannien,  
13. Jan.  
1864.

My Lord, — I received late last night a telegram from Earl Cowley, stating that the Danish Minister in Paris had informed Lord Wodehouse he had no instructions to let the Danish Missions at Vienna and Berlin know he had communicated to the French Government the proposal of the Danish Government for a Conference, and desiring that I would see that instructions were immediately sent to them to deliver the despatches to the Austrian and Prussian Ministers for Foreign Affairs. ¶ On calling on M. Quaade this morning I found that he had received a telegram from Count Moltke informing him that he had made the communication to the French Government, and he said that orders had been sent, or would be sent immediately, to have the despatches to Count Rechberg and M. de Bismarck delivered to-day. ¶ In answer to my inquiry why Count Moltke had not been instructed to communicate with Danish Missions at Berlin and Vienna, M. Quaade replied that the despatches for the Austrian and Prussian Ministers had not been sent from Copenhagen till two or three days after those for London, Paris, and St. Petersburg had been forwarded, and that consequently to prevent confusion Count Moltke had been directed to telegraph to Copenhagen when he had fulfilled his instructions, instead of to the Austrian and Prussian capitals. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

### No. 1422.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen wegen Modification der dänischen Nov.-Verfassung. —

Copenhagen, January 13 (received January 18), 1864.

No. 1422.  
Gross-  
britannien,  
13. Jan.  
1864.

(Extract.) In consequence of a letter which I received on the evening of the 10th instant from Sir Andrew Buchanan, in which his Excellency again

No. 1422. Gross-  
britannien,  
18. Jan.  
1864. insists upon the absolute necessity of the repeal of the Constitution of the 18th of November as the only means of preventing the immediate invasion of Schleswig by the Austrian and Prussian troops, I thought it my duty to see M. Quaade, and to speak to him on the subject. ¶ His Excellency gave me the reply for which I was fully prepared, that on agreeing to ask for the mediation of the Powers who signed the Treaty of London, it had been understood by the Danish Government that the *status quo* of the 1st of January of this year was to be maintained until the questions at issue between Denmark and Germany had been decided by those Powers; that the appeal to mediation implied, of course, a disposition on the part of the Danish Government to conform to the decision which should be arrived at; that the only legal channel for repealing the Constitution of the 18th of November was the Rigsraad, but that the Rigsraad could not be assembled without bringing the Constitution into vigour, and thus increasing existing complications. ¶ On leaving M. Quaade I sent a telegram to Sir Andrew Buchanan in the above sense, and received from him yesterday morning a reply to the effect that Austria and Prussia would not object to the convocation of the Rigsraad for the repeal of the Constitution; that Austria and Prussia reject all proposals for a compromise, saying that the incorporation of Schleswig must be annulled by Denmark, or by the entrance of a German force into that Duchy, and that on no other terms will they go into a Conference, maintaining the Treaty of London against the will of all Germany. ¶ I called upon M. Quaade, and gave him the above information, which I said was very important as showing the views of Austria and Prussia with regard to bringing the Constitution into vigour as very different from what we had every reason to believe them to be, and if these Powers would state that they did not object to the convocation of the Rigsraad in order that the repeal of the Constitution should be submitted to its vote, this would give an opening to the Danish Government, which I could not too strongly advise them to take advantage of; for, whatever turn affairs took, whether the Rigsraad voted the repeal of the Constitution, or refused to do so, the responsibility of the Danish Ministers would be covered. They would have the credit of having endeavoured to carry out the advice of Europe. ¶ M. Quaade appeared to coincide with these views, but he expressed some doubt as to the form in which it would be possible for the Austrian and Prussian Governments, if even they were willing to do so, to give any assurance on this subject which could be taken as sufficiently guaranteeing the Danish Government from the possibility of being afterwards accused of having committed a fresh act of provocation. ¶ His Excellency said that if the proposal of Austria and Prussia was voted by the Diet, the Danish Government might have an opportunity of stating what they were prepared to do on this matter in answer to the summons which would then be addressed to them, but all must depend upon the terms of that summons. If the Danish Government were called upon to revoke the Constitution within a very limited period, it was evident that they could not comply with the demand, as a certain time must elapse before the elections could be made, and they could not be proceeded with while Schleswig was invaded. If, on the contrary, the terms of the summons were to call upon



the Danish Government to state, within a certain period, whether they would undertake to repeal the Constitution, a satisfactory answer, if it was decided to send one, might be given to this in a few days. ¶ I suggested that as the Austrian and Prussian proposal might possibly not be voted, those Governments might be informed of the readiness of the Danish Government to propose to the Rigsraad to repeal the Constitution if they, in their answer to the Danish proposal for a Conference, would state that they had no objection to this Assembly being convoked for the purpose in question. ¶ M. Quaade requested me to accompany him to Bishop Monrad, but not finding his Excellency at home, he was good enough to call upon me in the evening, when I related to him what had passed between M. Quaade and me, what had given rise to it, and my reasons for thinking that the Danish Government should act as proposed, on the understanding, of course, that the convocation of the Rigsraad was not objected to by the Austrian and Prussian Governments. ¶ Bishop Monrad replied that before taking any fresh steps, he thought it would be better to wait to see what answer was made to the proposal for a Conference, or we might otherwise risk falling into a state of confusion; to which I observed that it was only in consequence of what I had learnt from Her Majesty's Ambassador at Berlin, and with a view to ensuring the assent of Austria and Prussia to a Conference, that I advised him to adopt the course we were now discussing. ¶ His Excellency proceeded to ask what it was in the Constitution which Austria and Prussia objected to. It could not be, he said, to the whole Constitution *en bloc*; if they would specify the particular article to which they objected, there would then be data to go upon. ¶ I replied that Austria and Prussia objected to the Constitution as a whole, because it was in their opinion an incorporation of Schleswig. If, therefore, it could be repealed for Schleswig, it might be maintained as a groundwork for the Kingdom, to be subsequently moulded into the shape which the Conference might give it for the whole Monarchy. ¶ To this the Bishop replied that Schleswig could never be separated in any way from the Kingdom. His Excellency subsequently asked me if, supposing the Constitution of November 18 was repealed, Austria and Prussia would consider a return to the Constitution of 1855 (which, as your Lordship is aware, ceased to exist on the 1st of this month) as an incorporation of Schleswig. ¶ I replied that I imagined not; but that it was a point which could be ascertained if the Danish Government should come to entertain the idea we were speaking of. &c. *A. Paget.*

No. 1422.  
Gross-  
britannien,  
13. Jan.  
1864.

---

### No. 1423.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Weiteres über die Verhandlungen wegen Modification der November-Verfassung. —

Copenhagen, January 14 (received January 18), 1864.

My Lord, — I have stated to M. Quaade this morning, in compliance with your Lordship's instructions,\*) that Her Majesty's Government think that

No. 1423.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

\*) No. 1402.

No. 1423.  
 Gross-  
 britannien,  
 14. Jan.  
 1864.

in answer to the summons from the Diet, or from Austria and Prussia, the King of Denmark should declare he will at once convoke the Rigsraad in order to propose the repeal of the Constitution as regards Schleswig. ¶ From his Excellency's reply to this communication, I do not quite despair of the advice of Her Majesty's Government being acted upon, that is, if the terms of the summons, as explained by M. Quaade in our last conversation related in my despatch of yesterday's date, will admit of their doing so; the Danish Government will, I hope, reply that they are ready to take at once the necessary measures for convoking the Rigsraad, and will, when it is assembled, submit to it a proposal for the repeal of the Constitution. But it must be borne in mind, and it is as well to state it at once, that the actual convocation cannot be effected without a certain delay, as the election of Deputies will have to take place throughout the whole country, and I think it very possible that at least a month, if not more, will be required from the time of summoning the Rigsraad before it can come together. If the German troops should invade Schleswig, it will, of course, then be impossible for the elections in that part of the Monarchy to take place. ¶ In short, what is absolutely necessary under present circumstances is, probably, that which neither Austria nor Prussia are willing to allow—a little time; but it is quite evident that, unless it is granted, the Danish Government with even the best intentions is rendered powerless. They cannot repeal the Constitution by a *coup d'état*, and nobody could advise them to attempt it; a certain delay, therefore, is indispensable for them to put the necessary legal machinery in operation for obtaining the end in view. A very short time will be sufficient to ascertain whether they are willing or not to have recourse to it. If they do not, the remedy will be in the hands of the German Powers; if they do, it will surely not be too great a sacrifice to ask of Germany in the name and for the sake of the peace of Europe, that she should refrain from hostilities until the Danish Government has been enabled to give effect to their intentions. ¶ I learn from Sir Andrew Buchanan that he had proposed that a month should be given to Denmark to answer the summons; but this proposal had met with a refusal, but that he had been told that Austria and Prussia would not be able to enter Schleswig until the 1st of February, and that Denmark might repeal the Constitution previous to that date. This, I think, has been shown to be an impossibility; but what might be done, is to give Denmark until the 1st of February to evince her intentions on this subject; if before the 1st of February, the Danish Government have commenced the necessary preparatory measures for assembling the Rigsraad with a view to repealing the Constitution, Austria and Prussia to halt upon the Eider; but if, on the contrary, the Danish Government have not taken these measures, or have declared their inability to do so, then the German Powers to recover their liberty of action. ¶ I am unable to see how such an arrangement could be unfavourable to Austria and Prussia. If Austria and Prussia insist upon impossible terms, of course no action which can be brought to bear on Denmark can be of any avail. But if they wish for an amicable arrangement, and prefer Conferences to war, they will reduce their demands within reasonable and obtainable bounds, and there may still be means of preserving

the peace of Europe. ¶ With regard to the course which may be followed by Denmark if called upon to decide upon taking measures for repealing the Constitution, I can only say that as far as I am enabled to judge by my conversations with Bishop Monrad and M. Quaade I do not entirely despair, as I said at the beginning of this despatch, of the possibility of bringing the Danish Government ultimately to agree to this course; but this is all I can say, for I should only be misleading Her Majesty's Government if I did not again allude to the excited state of public feeling in Denmark at this moment, and state that it is by no means disposed for any fresh concession to Germany, especially one connected with the Constitution of the 18th of November; and that, I believe, Bishop Monrad will with great difficulty be brought to adopt a policy which is more likely to be repudiated than ratified by the majority of his countrymen. ¶ I have, &c.

No. 1423.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

*A. Paget.*

### No. 1424.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Grafen Rechberg über den Zweck der Besetzung Schleswigs. —

Vienna, January 14 (received January 18), 1864.

(Extract.) With reference to your Lordship's despatch of the 11th instant I have the honour to inform you that I lost no time in stating its substance to Count Rechberg. ¶ I endeavoured to show his Excellency that it would be utterly impossible for the King of Denmark to convoke the Rigsraad and obtain the revocation of the Constitution of November 18 in the short space of time proposed, and that he should consider the dangers that might result to the peace of Europe if, at the expiration of two days after the delivery of the summons, the Austrian and Prussian troops entered Schleswig. I said that Her Majesty's Government were doing everything in their power to obtain for Germany the concessions due to her by Denmark, but that with the best intentions the King could not do more than submit the question of the revocation to the Rigsraad; that Constitutional forms must be adhered to, and that though His Danish Majesty must naturally desire to avoid the serious complications to which he was exposed, he could do no more than urge the matter on the immediate consideration of his Parliament. He was not an absolute Sovereign, and therefore could not revoke the Constitution by his own free will. ¶ Count Rechberg readily admitted the justice of these observations, but said, It will be worse for the King if Austria and Prussia postpone the occupation of Schleswig, as the Diet might then interfere; therefore, if the Constitution could not be repealed, there should be no resistance to the occupation. It was a choice of evils. Austria and Prussia were favourably disposed to facilitate an arrangement between Germany and Denmark, and he hoped that Denmark would consider how much more it would be to her advantage to have the dispute as to Schleswig

No. 1424.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

No. 1424. settled directly with Austria and Prussia rather than with the Diet. ¶ Count  
Gross- Rechberg is extremely anxious as to the result of the vote to be taken to-day  
britannien, at Frankfort, but whatever it is, he seems resolved not to swerve from the course  
14. Jan. of proceeding in this matter which has been agreed to by the Cabinets of Vienna  
1861. and Berlin. &c.

*Bloomfield.*

### No. 1425.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
Unterredung mit dem Grafen Rechberg über die Basis einer anzustrebenden  
Vermittelung. —

Vienna, January 14 (received January 18), 1864.

No. 1425. My Lord, — With reference to your Lordship's telegram of the 8th  
Gross- instant, I have the honour to inform your Lordship that Count Rechberg does not  
britannien, hesitate to declare his adhesion to the principles laid down by the Treaty of  
14. Jan. London; his words on my putting the question to him were, „Nous nous te-  
1864. nons sur le terrain du Traité de Londres;“ but, he added, war puts an end to  
all Treaties, and if Denmark did not revoke that part of the Constitution of No-  
vember 18, which applied to Schleswig, he could not answer for the conse-  
quences of her refusal. ¶ With regard to the second point in your Lordship's  
telegram, that full security should be taken for the good government of the Ger-  
man subjects of the King of Denmark in Holstein, Lauenburg, and Schleswig,  
his Excellency said the fulfilment of the engagements of 1851 and 1852, was  
the condition demanded, but that some very different security must be obtained  
from Denmark than the last given, for no sooner had the Austrian and Prussian  
troops retired than new and evasive objections were being perpetually raised to  
the due execution of her engagements, and hence had arisen the present difficul-  
ties. ¶ We had some conversation on the projected invasion of Schleswig, a  
word to which Count Rechberg however always objects, for he will not admit  
that the occupation is intended in a hostile sense; for he considers it calculated  
to advance the interests of Denmark, especially as regards her possession of  
Schleswig, and he therefore wishes it to be explained to Her Majesty's Govern-  
ment that if the German Confederation assumed the direction of the affair, the  
Prince of Augustenburg would as assuredly be at once proclaimed in Schleswig  
as he has been in Holstein: whereas, if Austrian and Prussian troops, acting  
under Field-Marshal Baron Wrangel, occupied the Duchy, the Prince would  
not be allowed to put his foot there. Austria and Prussia, he added, would in-  
cur the greatest unpopularity in Germany by this proceeding, but irregular as  
it might appear, they hoped Her Majesty's Government would understand the  
difficulties of their position and believe that the course to be pursued by them  
was the one best calculated to prevent more serious complications. ¶ He trusted  
the Danish Government, after the due communication of a summons calling for  
the revocation of the Constitution as affecting Schleswig is made, will see the

necessity of coming to a settlement of the question and will not offer resistance to the Austrian and Prussian troops. ¶ I have the honour to inclose the copy of a memorandum which I left with Count Rechberg, containing a statement of the two points proposed by Her Majesty's Government as bases for any Conferences that may be held on the affairs of Germany and Denmark. ¶ I have, &c.

No. 1425.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

*Bloomfield.*

Anlage. — Memorandum.

Will the Imperial Government consent to take the following two points as bases for any Conferences that may be held on the affairs of Germany and Denmark?

1st. That the Treaty of London should be maintained.

2ndly. That full security shall be taken for the good government of the German subjects of the King of Denmark in Holstein, Lauenburg, and Schleswig.

Vienna, January 9, 1864.

No. 1426.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Unmöglichkeit der Aufstellung eines Programms für die Conferenzen bei Hinzuziehung eines Abgesandten des Deutschen Bundes. —

Vienna, January 14 (received January 18), 1864.

My Lord, — At an interview which I had yesterday with Count Rechberg I read to his Excellency your Lordship's despatch of the 9th instant, and gave him a copy of it in conformity with your Lordship's instructions. ¶ Count Rechberg said that his opinion was unchanged as to the advantage of an early meeting of a Conference to consider the Dano-German difficulty, but that as it was most desirable that a Representative of the German Confederation should attend it, he feared we should never arrive at any result if it were sought to establish particular points as the bases of a Conference, and there was no doubt that the Confederation would steadily refuse to treat on the basis of the Treaty of London. The opinions of the great majority of that Body were well known to Her Majesty's Government, and as it was not to be expected that they would send a Representative to a Conference summoned to consider the provisions of a Treaty which they did not acknowledge, he thought, as I have already informed your Lordship by telegraph, that it would be useless to attempt to specify the points for discussion at the proposed Conference. He therefore suggested that with a view to ensure the presence of a Representative of the Diet the invitation should be drawn up in general terms, omitting the specification of any bases whatever, simply stating that a Conference was desired in order to regulate the international question which had arisen out of the Dano-German difficulty, and to bring about a pacific solution of the same. ¶ By

No. 1426.  
Gross-  
britannien,  
14. Jan.  
1864.

No. 1426. some such communication Count Rechberg hopes that a Representative of the  
 Gross- Confederation might be brought to attend the Conference, and he thinks it essen-  
 britannien, tial that the Diet should not decline the invitation. ¶ I shall return to this  
 14. Jan. subject on the occasion of my next interview with Count Rechberg. ¶ have, &c.  
 1864.

*Bloomfield.*

## No. 1427.

**GROSSBRITANNIEN.** Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. des Ausw. —  
 Bericht über die Vorgänge in d. Bundestagsitzung vom 14. Januar. —

Frankfort, January 15 (received January 18), 1864.

No. 1427. (Extract.) In the vote on the joint Austrian and Prussian proposition  
 Gross- for seizing Schleswig as a pledge for the Execution of the Danish engagements  
 britannien, of 1851-52, the two Great Powers were supported, as I am informed, by the  
 15. Jan. votes of Lichtenstein, of Reuss, of the two Lippes, Waldeck and Hesse-Hom-  
 1864. burg. Luxemburg abstained from voting, so that the actual division, in the  
 absence of a Danish Minister for Holstein, was eleven to five. ¶ I learn that  
 on the declaration of the resolution of the two Powers to carry out this reso-  
 lution, in spite of the adverse vote, the Assembly was for a time in a state of  
 violent consternation. ¶ The Bavarian Envoy, as my information goes, was  
 the first who spoke in grave protest against the contemplated violation of the  
 Diet's Constitution. The Saxon Minister followed and, as I am told, expressed  
 himself even more strongly, and said that neither Austrian nor Prussian troops  
 could reach Schleswig by any other route than through Holstein. That Duchy,  
 his Excellency is stated to have said, is Federal territory, and is at present occu-  
 pied by Federal troops, and Schleswig can only be entered in the mode proposed  
 over their bodies. ¶ The event is one of the most serious importance, and  
 the declaration of Austria and Prussia is undoubtedly a violation of the Diet's  
 Constitution. ¶ It seems however to be a natural, indeed necessary conse-  
 quence, of the coalition formed by the minor States on this Danish question.  
 ¶ The danger of the passage of the Eider is great, in whatever sense it is looked  
 at, but it is much less serious that it should be undertaken by Austria and  
 Prussia, on the basis of enforcing the arrangements of 1851-52, and in con-  
 nexion with the Treaty of London, than that it should be effected, as the minor  
 States desire, in conformity with the proposition of Hesse-Darmstadt, which  
 would be a pure taking possession on the presumption of the indissoluble right  
 of union of Schleswig with Holstein. ¶ The outcry and bitterness of the se-  
 condary States will be loud and intense. They at once cry out, the Diet is  
 dissolved. They cannot, however, offer actual resistance to the determined and  
 concurrent action of Austria and Prussia. &c.

*A. Malet.*

## No. 1428.

**ÖSTERREICH und PREUSSEN.** — Die Gesandten in Copenhagen a. d. königl. dän. Min. d. Ausw. — Aufforderung, die Verfassung vom 18. Nov. 1863 wieder aufzuheben. —

Die Regierungen von Oesterreich und Preussen hatten sich der Hoffnung hingegeben, dass die am 18. November v. J. von Sr. Majestät dem König Christian IX. sanctionirte und mit dem 1. Januar 1864 ins Leben zu treten bestimmte gemeinsame Verfassung für Dänemark und Schleswig noch vor diesem Termine würde ausser Kraft gesetzt werden. Diese Hoffnung ist nicht erfüllt worden. Mit dem 1. Januar d. J. ist die Verfassung rechtlich in Kraft getreten und dadurch die Incorporation Schlesiws vollzogen. Die königlich dänische Regierung hat dadurch die Verpflichtungen, welche sie im Jahre 1852 sowohl dem Deutschen Bunde als insbesondere den beiden deutschen Mächten gegenüber eingegangen ist, auf unzweideutige Weise gebrochen und einen Zustand hervorgerufen, der als vertragsmässig berechtigt nicht angesehen werden kann. Die genannten beiden Mächte sind in Folge der Stellung, welche sie zu jenen Verhandlungen, deren Ergebniss auf ihre Empfehlung vom Deutschen Bunde genehmigt worden ist, eingenommen haben, es sich selbst und dem Deutschen Bunde schuldig, einen solchen Zustand nicht zuzulassen. ¶ Sie richten daher an die königlich dänische Regierung noch einmal die ausdrückliche Aufforderung, die auf keinem Rechtsgrunde beruhende Verfassung vom 18. November 1863 wieder aufzuheben und dadurch wenigstens den vorherigen *status quo* als die nothwendige Vorbedingung jeder weiteren Verhandlung wieder herzustellen. ¶ Sollte die königlich dänische Regierung dieser Aufforderung nicht entsprechen, so würden die beiden genannten Mächte sich genöthigt sehen, die ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Herstellung des *status quo* und Sicherung des Herzogthums Schleswig gegen die widerrechtliche Vereinigung mit dem Königreiche Dänemark in Anwendung zu bringen. ¶ Die unterzeichneten bisherigen Gesandten der beiden Mächte, welche, wengleich nicht förmlich accreditirt, in diesem Falle im speciellen Auftrag ihrer Regierungen handeln, sind angewiesen worden, die Aufhebung der Verfassung vom 18. November v. J. zu verlangen, und wenn die Erklärung, dass dieselbe erfolgt sei, ihnen nicht im Laufe des 18. d. Mts. zugeht, Copenhagen zu verlassen. ¶ Die Unterzeichneten benutzen. &c.

No. 1428.  
Oesterreich  
und  
Preussen,  
16. Jan.  
1864.

Copenhagen, den 16. Januar 1864.

*Brenner.*

*Balan.*

## No. 1429.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Abgang des österr.-preuss. Ultimatums nach Copenhagen. —

Berlin, January 16 (received January 18), 1864.

No. 1429.  
Gross-  
britannien.  
16. Jan.  
1864.

(Extract.) Although the Prussian Government have answered to all inquiries until this morning, that the summons to Denmark was ready but had not been despatched, I find to-day that my impression was correct, that it was forwarded to Copenhagen three days ago. A final telegraphic instruction, however, to deliver it was only despatched last night or this morning. The summons is peremptory and demands an answer, M. de Bismarck said this morning, in twenty-four hours, but the general impression in the town is that forty-eight will be allowed. ¶ He said that Prince Gortchakoff had spoken to Count Redern of the impossibility of the Danish Government giving a satisfactory answer in so short a time, and that he had instructed Count Redern to explain to his Excellency that it had been necessary to give the summons a peremptory character in order to satisfy Germany, or rather, his Excellency might have said, to enable Austrian and Prussian troops to enter Holstein without delay, but that a fortnight would elapse before the force to be employed could pass the Eider. I replied that a fortnight would not suffice to enable the Danish Government to repeal the Constitution by legal and constitutional means, and that he was himself responsible for this state of things, as he had allowed both Lord Wodehouse and M. de Quaade to go to Copenhagen with an impression, derived from his own language to them, that if writs were issued for the election of a Rigsraad under the new Constitution, the King would repudiate the Treaty of London. &c.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1430.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und gleichmässig nach St. Petersburg, Stockholm, Wien und Berlin). —  
Festhalten an dem Londoner Verträge. —

Foreign Office, January 18, 1864.

No. 1430.  
Gross-  
britannien.  
18. Jan.  
1864.

My Lord, — In 1852, Austria, France, Great Britain, Prussia, Russia, and Sweden, animated by a desire to secure the peace of Europe, and believing that the maintenance of the Danish Monarchy in its existing entirety would be conducive to that end, entered into a Treaty, the object of which was that, on the death of the late King, the Danish Monarchy, comprising all the States which had been under the sway of the Danish Crown, should continue so to be under the rule of the present King Christian IX. ¶ That Treaty, to which many States which had not been originally Contracting Parties afterwards formally acceded, has continued ever since that time to be part of the Public Law of Europe. ¶ Her Majesty continues faithful to the engagements she then con-



tracted, and Her Majesty's Government adhere to the policy which dictated that important Treaty. ¶ There are, however, many circumstances which indicate that in some parts of Germany, especially among the smaller States, and Her Majesty's Government regret to say even in some of the States which acceded to that Treaty, there appears to exist an intention forcibly to set aside the provisions of that Treaty. It appears to Her Majesty's Government that all the reasons which, in 1852, after a negotiation of some length, led the above-mentioned Powers and States to conclude and to accede to the above-mentioned Treaty subsist in full force, and it is the opinion of Her Majesty's Government that a proper regard for well-understood interests requires that the Treaty of 1852 and the integrity of the Danish Monarchy should be maintained. ¶ For this purpose, however, concert and co-operation on the part of the Contracting Powers must be necessary, and Her Majesty's Government therefore wish to know whether the Government of France would concert and co-operate with the Governments of Great Britain, of Austria, of Prussia, of Russia, and of Sweden, for the purpose of maintaining the engagements of the Treaty of May 1852, and especially of upholding the integrity of the Danish Monarchy. ¶ A similar application has been made by Her Majesty's Government to the Governments of Austria, of Prussia, of Russia, and of Sweden. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

### No. 1431.

**GROßBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Remonstration gegen die Besetzung Schlesiens. —

Foreign Office, January 18, 1864.

My Lord, — You are instructed to represent in the strongest terms to Count Rechberg, and, if you should have an opportunity of doing so, to the Emperor, the extreme injustice and danger of the principle and practice of taking possession of the territory of a State as what is called a material guarantee for the obtainment of certain international demands, instead of pressing those demands by the usual method of negotiation. Such a practice is fatal to peace and destructive of the independence of States. ¶ It is destructive of peace because it is an act of war, and if resistance takes place it is the beginning of war. But war so begun may not be confined within the narrow limits of its early commencement, as was proved in 1853 when the occupation of the Danubian Principalities by Russia as a material guarantee proved the direct cause of the Crimean war. ¶ Such a practice is most injurious to the independence and integrity of the States to which it is applied, because a territory so occupied can scarcely be left by the occupying force in the same state in which it was when the occupation took place. ¶ But, moreover, such a practice may recoil upon those who adopt it, and in the evervarying course of events it may be most inconveniently applied to those who, having set the example, had flattered themselves that it never could be applied to them. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

## No. 1432.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. —  
Aufforderung zur formellen Anerkennung der Integrität Dänemarks Seitens  
Oesterreichs. —

Foreign Office, January 18, 1864.

No. 1432.  
Gross-  
britannien,  
18. Jan.  
1864.

(Extract.) I transmit to your Excellency herewith a draft of note  
which you will address to the Austrian Minister for Foreign Affairs. &c:

*Russell.*

Anlage. — Draft of Note.

Her Majesty's Government having been informed that the Governments  
of Austria and Prussia have addressed a threatening summons to Denmark, the  
Undersigned has been instructed to ask for a formal declaration on the part of  
the Austrian Government that it adheres to the principle of the integrity of the  
Danish Monarchy.

## No. 1433.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen  
— Wiederholte Aufforderung zur Zurücknahme der Nov.-Verfassung. —

Foreign Office, January 18, 1864.

No. 1433.  
Gross-  
britannien,  
18. Jan.  
1864.

Sir, — You are instructed to state to the Danish Government that the  
Government of Her Majesty abides by the Treaty of May 1852, and is most  
anxious to maintain the integrity of the Danish Monarchy; that Her Majesty's  
Government are now engaged in negotiations for the attainment of that object,  
and trust that their efforts will be successful. ¶ But Her Majesty's Govern-  
ment are met at every step with the assertion that Denmark has broken her  
engagements to Germany by establishing in November last that Constitution for  
Denmark and Schleswig which is alleged to be a virtual incorporation of Schles-  
wig with Denmark, in violation of the engagement taken by Denmark towards  
Germany in 1851-52, that Schleswig should not be incorporated with Denmark,  
and that nothing should be done having a tendency so to incorporate it. ¶ Her  
Majesty's Government are unable to deny or to refute those assertions, and this  
state of things adds greatly to the difficulty of their exertions in the cause of  
Denmark. ¶ Her Majesty's Government therefore earnestly entreat the Danish  
Government to lose no time in putting Denmark in the right in this respect, by  
revoking so much of the Constitution of November last as makes it applicable  
to the Duchy of Schleswig, and for this purpose the Rigsraad should immediately  
be called together. ¶ This would be no concession by Denmark to Germany,  
for it would only be an honourable fulfilment of an engagement which cannot  
be denied, but which, inadvertently no doubt, has been broken. ¶ If this were  
done, and speedily, Her Majesty's Government would stand upon much clearer

and firmer ground than at present, as the friends and supporters of Denmark. ¶ I am, &c.

No. 1433.  
Gross-  
britannien,  
18. Jan.  
1864.

*Russell.*

### No. 1434.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an d. königl. Minister d. Ausw. — Französische Mitwirkung zur Zurücknahme der dänischen November-Verfassung. —

Paris, January 18 (received January 19), 1864.

My Lord, — On the receipt of your Lordship's telegram of yesterday, desiring me to ask the French Government to urge the King of Denmark to call the Rigsraad together to repeal that part of the November Constitution which regards Schleswig, I wrote to M. Drouyn de Lhuys stating the desire of Her Majesty's Government; and his Excellency almost immediately informed me that he had no objection to take the step indicated by your Lordship. ¶ I have, &c.

No. 1434.  
Gross-  
britannien,  
18. Jan.  
1864.

*Cowley.*

### No. 1435.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys, betreffend den Vermittelungsvorschlag und das österr.-preuss. Ultimatum. —

Paris, January 18 (received January 19), 1864.

My Lord, — I had the honour to inform your Lordship in my despatch of the 15th instant that I had written to M. Drouyn de Lhuys to request him to answer your Lordship's despatch of the 5th instant. ¶ I met his Excellency on the following evening, and had a short conversation with him. He apologised for not having noticed your Lordship's despatch sooner, observing that he had explained himself so fully to me that he had not thought it necessary to do more. He would, however, reply without further loss of time. ¶ The intelligence that the Austrian and Prussian Governments had fixed a delay of forty-eight hours for the abrogation of the Constitution of November last, in so far as it regarded Schleswig, after which they would proceed to take possession of that Duchy, had just reached me, and I asked M. Drouyn de Lhuys what he thought of this declaration. ¶ His Excellency blamed it in severe terms, and I have since ascertained that he has addressed despatches to Vienna, Berlin and Frankfurt expressive of this opinion. ¶ M. Drouyn de Lhuys informed me, also, on this occasion that he had written to the French Representatives at the two Courts and at the Diet in the sense indicated in my despatch of the 14th instant.\*) ¶ I am, &c.

No. 1435.  
Gross-  
britannien,  
18. Jan.  
1864.

*Cowley.*

\*) No. 1406.

## No. 1436.

**FRANKREICH.** — Min. d. Answ. an den kaiserl. Botschafter in London. — Ablehnung zur Mitwirkung zu dem englischen Vermittelungsvorschlage bei der gegenwärtigen Sachlage. —

Paris, le 18 janvier 1864.

No. 1436.  
Frankreich,  
18. Jan.  
1864.

Prince, — M. l'Ambassadeur d'Angleterre m'a communiqué, le 7 de ce mois, une proposition de Lord Russell ayant pour objet de déferer l'affaire de Danemark à une médiation. J'ai eu l'honneur de vous écrire le même jour, afin de vous mettre en mesure de faire connaître au Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique notre première impression, telle que je l'avais exprimée moi-même à Lord Cowley. J'avais reçu deux jours auparavant, par le télégraphe, la nouvelle qu'une demande de médiation allait nous être adressée par la Cour de Danemark, principale partie intéressée, et je devais nécessairement attendre d'avoir cette demande entre les mains avant d'énoncer une opinion définitive. ¶ La dépêche de M. Monrad m'a été remise le 14, et par le courrier du 16 je vous exposais la manière de voir du Gouvernement de l'Empereur. ¶ Lord Russell ayant témoigné le désir de recevoir notre réponse dans la forme qu'il a donnée lui-même aux communications qu'il nous a fait parvenir, je ne puis que résumer ici les observations que vous avez été chargé de lui présenter, et que j'ai développées moi-même dans mes conversations avec M. l'Ambassadeur d'Angleterre. ¶ Le Gouvernement Anglais avait très-sagement établi, comme conditions préalables d'une Conférence ou d'une médiation, plusieurs points essentiels, notamment le maintien du *status quo* politique et militaire, et l'assentiment de la Confédération. ¶ Le Gouvernement Anglais sait, comme nous, qu'aucune de ces conditions ne semble devoir se réaliser aujourd'hui. La proposition de l'Autriche et de la Prusse repoussée par la Diète, mais seulement comme ne répondant pas assez au sentiment national de l'Allemagne, et à laquelle d'ailleurs les deux grandes Puissances ont déclaré l'intention de conformer néanmoins leur conduite, menace de changer d'un moment à l'autre le *status quo* militaire. ¶ D'autre part, les Cabinets de Vienne et de Berlin subordonnent l'Exécution du Traité de Londres à l'accomplissement des engagements contractés par le Danemark en 1851 et 1852. La Diète reste en outre saisie de la question de Succession elle-même, et sous peu de jours le *status quo* politique peut être atteint par un vote fédéral. ¶ Enfin le Cabinet Anglais connaît, ainsi que nous, les dispositions de l'Allemagne au sujet de la médiation aussi bien que de la Conférence. Toutes les données que nous possédons nous représentent la plupart des États secondaires comme repoussant l'idée d'une intervention diplomatique des Puissances, et nous n'avons jusqu'ici que des raisons de douter de l'assentiment de la Confédération Germanique à une médiation. ¶ La France et l'Angleterre ne pourraient donc pas attendre un résultat utile de l'interposition de leurs bons offices, et nous regrettons que la démarche suggérée par le Gouvernement Britannique rencontre, dans l'état actuel des choses, des obstacles que ne

permettent pas d'en espérer le succès. ¶ Vous êtes autorisé à donner lecture de cette dépêche à Lord Russell et à lui en laisser copie. ¶ Agréez, &c.

*Drouyn de Lhuys.*

No. 1436.  
Frankreich,  
18. Jan.  
1864.

## No. 1437.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys betreffend die Aufrechterhaltung des Londoner Vertrags. —

Paris, January 19 (received January 20), 1864.

(Extract.) I have just returned from an interview with M. Drouyn de Lhuys, during which I communicated to him your despatch, desiring me to ascertain whether the Imperial Government will concert and co-operate with the Governments of Great Britain, of Austria, of Prussia, of Russia, and of Sweden, for the purpose of maintaining the engagements of the Treaty of May 1852, and especially of upholding the integrity of the Danish Monarchy. ¶ M. Drouyn de Lhuys, after perusing your Lordship's despatch, asked me what he was to understand by the words "concerting and co-operating for the maintenance of the engagements of the Treaty of May 1852." ¶ I replied that I could give his Excellency no further information than was contained in the despatch itself. I could only refer his question to your Lordship. ¶ His Excellency observed that for the moment he could only reply provisionally to your Lordship's question, though he had no doubt that the Emperor would ratify his words. "We adhere," continued his Excellency, "technically to the stipulations of the Treaty of 1852; that is to say, our wishes are that it should remain in force. We recognize the value of the integrity of the Danish Monarchy as an element in the balance of power in Europe, and we see no means of insuring that integrity but by the Succession as settled in 1852. You ask us to concert and to co-operate with the other parties to the Treaty for its maintenance. In what measure is this concert and co-operation to be established? Is it proposed to ensure the object which you have in view by diplomatic means? We answer that we have commenced, and are prepared to continue those means. Does your proposal go further? And have you the application of force in contemplation? We must reserve our answer; we do not say no, but we cannot say yes. We are not bound by any guarantee to maintain the stipulations of that Treaty. For instance, if we have to choose between its modification and the commencement of a war, uncertain in its duration and dubious as to its results, to speak frankly, we should prefer the former alternative, and in saying this we are only following in the footsteps of Great Britain, who in 1830 thought it better to consent to the separation of Belgium from Holland than incur the risks of a war for the maintenance of the union, and who later (speaking of the Government then in power) would have preferred the continuation of the ancient order of things in Italy, guaranteed by proper liberties, but would not employ force for the purpose, both events having been in violation of existing Treaties." ¶ I replied that the

No. 1437.  
Gross-  
britannien,  
19. Jan.  
1864.

No. 1437.  
Gross-  
britannien,  
19. Jan.  
1864.

comparison would not hold good unless his Excellency could show that the same sentiments animated the Schleswig-Holsteiners as had been demonstrated by both the Belgians and Italians. The Belgian revolution had been the work of the Belgians themselves; their desire to separate from Holland had been unmistakable. The aspirations of the Italians for unity had been the demonstration of a whole people, whereas there was every reason to believe that the present movement in the Duchies was mainly the result of foreign interference, and that the sentiment which generally pervaded the Duchies was not for separation from Denmark, but for the maintenance of close relations between themselves. ¶ Her Majesty's Government, I continued, would of course prefer the settlement of the difference between Denmark and Germany by diplomatic means. All their efforts—and those efforts had been unceasing since the Treaty of 1852 had come into operation—had been directed to a peaceful solution of the questions at issue, whether arising out of that Treaty, or of the engagements contracted by Denmark towards Germany. But if Germany by the Diet, or Austria and Prussia, on their own responsibility, determined on an immediate act of war, unless Denmark would accept conditions with which it was known beforehand it was out of the immediate power of the King of Denmark to comply, it surely became the duty of other Governments to endeavour to bring Austria and Prussia back within a common pale of action, and this seemed to me to be the great object of your Lordship's despatch. ¶ M. Drouyn de Lhuys rejoined that he would speak to the Emperor to-morrow, and requested me to leave your Lordship's despatch with him for that purpose, which I did, cautioning his Excellency that he must make no other use of it. &c.

Cowley.

---

### No. 1438.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Völkerrechtliche Folgen der Besetzung Schleswigs. —

Foreign Office, January 20, 1864.

No. 1438.  
Gross-  
britannien,  
20. Jan.  
1864.

My Lord, — Count Apponyi and Count Bernstorff, in an interview I had with them on the 18th instant, contended, with an ominous identity of expression, that if the Danes resisted the occupation of Schleswig by the forces of Austria and Prussia, war must ensue; and that war would cancel all Treaties, and sweep away the Treaty of London of May 1852, together with other engagements. ¶ The primary intention of using this language seemed to be to induce Great Britain to persuade Denmark to admit the peaceable occupation of the Duchy of Schleswig. ¶ It is impossible for Her Majesty's Government to take any such course, and it is highly probable that resistance will be offered by the Danes to the occupation of Schleswig. ¶ But you will take care to remark to Count Rechberg, on every suitable occasion, —

That a war in Schleswig would not relieve Austria and Prussia from

the obligations contracted towards England, France, Russia, Sweden, and other Powers of Europe, by the Treaty of London;

No. 1438.  
Gross-  
britannien,  
20. Jan.  
1864.

That the Diet has no authority whatever to dispose of the Duchy of Holstein or to oppose the Succession of the King of Denmark;

That the occupation of Holstein rested upon assumed Federal grounds, affecting the King of Denmark as the lawful heir of the late King in the Duchy of Holstein, and was an acknowledgment of King Christian as Duke of Holstein;

That the proposed occupation of Schleswig relates not to Federal grounds, but to the international obligations contracted by the late King, and which have devolved upon the present King as his lawful Successor;

That to convert these several occupations into a claim to dispose of the two Duchies to a rival claimant would amount to an international aggression, and involve a breach of faith which might entail upon Europe the most wide-spread calamities. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1439.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Das dänische Erbieten zur Annahme europäischer Vermittelung.—

St. Petersburg, January 15 (received January 21), 1864.

(Extract.) I have the honour to submit to your Lordship herewith a copy of the instruction addressed by M. Monrad to the Danish Minister at this Court, conveying to the Imperial Cabinet the overtures of the Cabinet of Copenhagen.\*) ¶ This document, considered separately, certainly implies a proposal for a mediation or arbitration on the part of Powers disinterested in the controversy between Germany and Denmark, and as such it appears to have been received by Her Majesty's Government. ¶ M. d'Ewers, however, who reached this capital at the same time as the gentleman charged with the Danish communication, has assured Prince Gortchakoff in the most positive manner that the Cabinet of Copenhagen do not in the least exclude the form of a Conference of the Governments which signed the Act of London, together with a Representative of the Germanic Diet, or any other form of mediatory intervention or discussion; the sole object of the Danish Government being to arrive by honourable means at an equitable and pacific adjustment by the good offices of the Foreign Powers interested. ¶ The assurances of M. d'Ewers justify Prince Gortchakoff, as his Excellency believes, in receiving the Danish proposal as an overture for a Conference of the Signatories of the Act of London with a delegate of the Confederation; as such he has accepted it at Copenhagen, and as such he recommends it at Frankfort. ¶ M. d'Ewers did me the honour to call on me this afternoon, and stated to me that Lord Wodehouse had obtained in his presence from M. de Monrad the most explicit assurances that the „Conference“

No. 1439.  
Gross-  
britannien,  
15. Jan.  
1864.

\*) No. 1375.

No. 1439. originally suggested by England and Russia was not excluded by the Cabinet of  
 Gross- Copenhagen. ¶ It remains to be seen what construction the French Govern-  
 britannien, ment will place on the communication of the Danish Cabinet, and in what terms  
 18. Jan. the co-operation of Austria and Prussia have been invoked by M. Monrad. &c.  
 1864.

*Napier.*

### No. 1440.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Hoffnung des Grafen Rechberg, dass der Besetzung von Schleswig Seitens  
 Dänemarks kein Widerstand entgegengesetzt werde.

Vienna, January 19 (received January 22), 1864.

No. 1440. My Lord, — With reference to my telegram of the 15th instant, in  
 Gross- which I mentioned Count Rechberg having informed me that the Austrian and  
 britannien, Prussian summons calling on Denmark to revoke that part of the Constitution  
 19. Jan. of November 18 which affected Schleswig was about to be delivered at Copen-  
 1864. ; hagen, I have the honour to inform your Lordship that I again entreated his  
 Excellency to bear in mind the utter impossibility of the King of Denmark  
 complying with the summons within the time specified; that his Parliament was  
 not sitting, and that without its assent nothing could be done. He replied that  
 in a constitutional manner it would be perhaps impossible, but the King might  
 order a state of siege in Schleswig, which would ensure a suspension of the  
 Constitution in the Duchy; and that, after all, the Danish Government could not  
 assert that they were taken by surprise, for they had been perfectly aware for a  
 long time past of all that was intended, and cannot but admit that the proceed-  
 ings of Austria and Prussia were more to their advantage than if the matter  
 had been in the hands of the Bund. He repeated his hopes that the Danish  
 Government would not oppose the entrance of the Austrian and Prussian forces  
 into Schleswig, and spoke of his expectation that a conflict with the Danish  
 army would be avoided in a manner that led me to suppose his reasons for so  
 thinking had some better foundation than the mere hope of thereby avoiding a  
 most serious complication. ¶ I endeavoured to discover on what he based his  
 hopes, but could learn nothing except that M. de Dirckink, the Danish Minister  
 at Frankfort, was intimately acquainted with the policy of the Imperial Govern-  
 ment, and the objects which they had in view, and might have been able to  
 make them understood and appreciated at Copenhagen. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*



## No. 1441.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
Verwerfung des österr.-preuss. Ultimatums durch Dänemark. —

Vienna, January 20 (received January 22), 1864.

(Extract.) When I saw Count Rechberg yesterday he had just received a telegram from Copenhagen informing him that the Danish Government had refused to agree to the joint Austrian and Prussian demands, and that Baron Brenner and M. de Balan would leave Copenhagen as soon as the state of the ice permitted their doing so, and other intelligence also arrived which made him expect armed resistance on the part of the Danes, and this he feared might complicate the whole question, and perhaps even affect the attitude of Austria and Prussia. &c.

No. 1441.  
Gross-  
britannien.  
20. Jan.  
1864.

*Bloomfield.*

## No. 1442.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw. —  
Baierns Ablehnung einer Conferenz bezüglich Holsteins. —

Munich, January 20 (received January 22), 1864.

My Lord, — I inquired lately of Baron Schrenk whether any formal communication of a French circular despatch on the question of Schleswig-Holstein had been made to him, and with what object. His Excellency replied that a few days ago the French Chargé d'Affaires, Count Gabriac, had been with him, having in his hands a despatch from M. Drouyn de Lhuys. ¶ He did not read to him the despatch *in extenso*, but referred to it in conversation; but finally read the last paragraph, in which inquiry is made as to the views entertained by the Bavarian Government with reference to the Conference proposed for the arrangement of the differences between Denmark and Germany, and as to whether the Bavarian Government were disposed to support at Frankfort the proposal that Germany should be represented at the Conference by a special Plenipotentiary. ¶ Baron Schrenk then stated that he had replied to these interrogatories of Count Gabriac in the same manner as he had replied through Baron de Cetto to your Lordship's proposals, namely, that he did not consider that Germany could accept a Conference on the affairs of Holstein, as he could only recognize the competency of the Diet to decide on the internal affairs of a German State, but that it might be possible to refer the differences concerning Schleswig to an European Conference. ¶ Baron Schrenk observed to me that, in admitting the possibility of an European Conference to arrange the differences with respect to Schleswig, the Bavarian Government would subject themselves to much popular disapproval, and that the acceptance of any Conference whatever on the affairs of Schleswig-Holstein would raise a general outcry of dissatisfaction in Bavaria. ¶ Baron Schrenk informed me that the communications between the French Government and himself on this subject had been merely of a verbal nature, and

No. 1442.  
Gross-  
britannien.  
20. Jan.  
1864.

No. 1442. that Count Gabriac had not left in his hands a copy of the French despatch to  
 Gross- which I have previously alluded. ¶ I have, &c.  
 britannien,  
 20. Jan.  
 1864.

*Augustus Loftus.*

### No. 1443.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und gleichmässig nach St. Petersburg und Stockholm). — Dänemarks Bereitwilligkeit, den Reichsrath zur Modification der Nov.-Verfassung einzuberufen. —

Foreign Office, January 22, 1864.

No. 1443. My Lord, — It appears by a telegram which I have received from Her  
 Gross- Majesty's Minister at Copenhagen, that despatches were to be sent from that  
 britannien, capital by messenger yesterday evening to London, Paris, St. Petersburg, and  
 22. Jan. Stockholm, announcing that the Danish Government is prepared to order elections  
 1864. to be held with a view to the immediate convocation of the Rigsgaad, and, when that Assembly has been brought together, to propose to it to repeal the Constitution of the 18th of November. ¶ The Government to which you are accredited may also have been apprized from Copenhagen of the communication about to be made to it; and Her Majesty's Government desire to know whether the French Government, on receiving it, will be prepared to offer their good offices at Vienna and Berlin, in order to obtain a delay of six weeks from the 1st of February next, before any further measures are taken by those Courts, so that the Rigsgaad may have time to meet, and to deliberate upon the proposal which the Danish Government is prepared to lay before it. ¶ Her Majesty's Representative at St. Petersburg and Stockholm will be instructed to make a similar inquiry of the Governments to which they are respectively accredited. ¶ Your Excellency is authorized to say that Her Majesty's Government will readily join in making such an appeal to the Austrian and Prussian Governments. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1444.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Verlangen weiteren Aufschubs in Folge der Bereitwilligkeit Dänemarks zur Einberufung des Reichsraths. —

Foreign Office, January 23, 1864.

No. 1444. My Lord, — Sir Augustus Paget has reported to Her Majesty's Go-  
 Gross- vernment that the Danish Government is willing to call the Rigsgaad together in  
 britannien, order to submit, for its consideration, the repeal of the November Constitution,  
 23. Jan. and Sir Augustus adds that immediate orders will be issued for the election of  
 1864. the Members. ¶ Your Excellency will communicate this information without delay to the Austrian Government, and you will ask Count Rechberg to grant

a delay of six weeks from the 1st day of next month before military operations are commenced, in order that there may be sufficient time allowed for calling together the Rigsraad, and for submitting to that Assembly the revocation of the Constitution. ¶ I am, &c.

No. 1444.  
Gross-  
britannien,  
23. Jan.  
1864.

*Russell.*

### No. 1445.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Stockholm an den königl. Min. d. Ausw. — Schwedens Geneigtheit zur Unterstützung Dänemarks. —

Stockholm, January 13 (received January 24), 1864.

My Lord, — As your Lordship's despatch of the 26th ultimo, informing me of the communication by Count Wachtmeister of a long despatch from Count Manderström on the Danish question, intimates a possible doubt as to the precise meaning of a passage regarding eventual assistance by Sweden to Denmark, I have thought it advisable to consult Count Manderström upon the subject, when his Excellency stated that your Lordship's appreciation of his meaning was substantially correct, and that the Swedish Government, while preserving its liberty of action, was, and still is, ready to take part with one or more of the Great Powers who should come to the aid of Denmark against Germany. ¶ Another member of the Cabinet, Count Platen, has spoken to me strongly in the same sense. ¶ I have, &c.

No. 1445.  
Gross-  
britannien,  
13. Jan.  
1864.

*G. S. S. Jerningham.*

### No. 1446.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Eindruck des österr.-preuss. Ultimatums. —

Copenhagen, January 18 (received January 24), 1864.

My Lord, — M. Quaade called yesterday to inform me that he had received the day before (the 16th instant) in the afternoon, a collective note from the Austrian and Prussian Ministers calling upon the Danish Government to withdraw the Fundamental Law of the 18th of November. ¶ This Law, they state, is considered by their Governments to be a violation of the arrangements of 1851-52, and an incorporation of Schleswig. The Danish Government is consequently called upon to re-establish the state of things existing before the 1st of January of this year, when the Law came into force; and, if they decline to do so, the Austrian and Prussian Governments reserve to themselves to employ such means as they possess for guarding against the incorporation of Schleswig. The Austrian and Prussian Envoys add, that if they do not receive an answer in the course of the 18th instant, stating that the Fundamental Law has been withdrawn, they have orders to quit the Danish capital. ¶ The abruptness of this communication and its preemptory terms had evidently

No. 1446.  
Gross-  
britannien,  
18. Jan.  
1864.

No. 1446.  
Gross-  
britannien,  
18. Jan.  
1864.

produced a deep impression upon M. Quaade and his colleagues. His Excellency had just left the Cabinet, where, he said, the answer to be returned had been discussed. It would, of course, be a refusal. ¶ I observed that, in my opinion, the Danish Government should not allow itself to be swayed in the slightest degree by the nature of the Austrian and Prussian communication; that it appeared to me that excepting as to the form, which would tell against the senders and not the recipients of the note, it mattered, in point of fact, very little whether the Danish Government were called upon to withdraw the Constitution in forty-eight hours, a week, or a fortnight, which I believe was quite as much delay as they had anticipated would be allowed by the Austrian and Prussian Governments, for that the absolute withdrawal either within a week or a fortnight was probably quite as much an impossibility as within forty-eight hours. ¶ My decided advice to the Danish Government, therefore, was that they should return a calm and dignified answer to the Austrian and Prussian Ministers, stating that their demand for the repeal of the Constitution in forty-eight hours could not be effected without having recourse to illegal means. That the Government was, therefore, not prepared to advise the King to agree to it, but that, nevertheless, the Government being desirous of doing everything which depended on them for the maintenance of peace were ready to advise His Majesty to adopt immediately the only measure by which the object demanded by the Austrian and Prussian Governments could be obtained, namely, to convoke the Rigsraad and to submit to them a proposal to repeal the Constitution; that, if notwithstanding this declaration, Austria and Prussia invaded His Danish Majesty's dominions they must be responsible for the consequences that would follow, and for having put it out of the power of the Danish Government to give effect to their conciliatory and pacific intentions. ¶ My Russian colleague, who happened to be with me when M. Quaade called, strongly supported this language. Baron Nicolay pointed out that Denmark being called upon to repeal the Constitution in forty-eight hours on pain of the Austrian and Prussian Ministers leaving their post, was a very different thing from Denmark being threatened with an invasion at the expiration of that time. There was still time, he contended, for negotiation, if the Danish Government declared themselves ready to obtain the repeal of the Constitution through the Rigsraad, and he endeavoured to remove the effect which the Austrian and Prussian communication had produced on the Danish Cabinet by an explanation of the probable motives which had decided these Powers to give so short a time to Denmark for reflection, and which appeared to him to be dictated more with reference to their position in Germany than to a desire to press unduly on the Danish Government. ¶ M. Quaade was of opinion that in the actual reply to the Austrian and Prussian note, it would be better simply to state that their demand could not be complied with, but he said he would do what he could with his colleagues to induce them to consent to a kind of supplementary declaration in which the Danish Government should state their readiness to convoke the Rigsraad with a view to the abolition of the Constitution. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

## No. 1447.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Dänische Antwort auf das Ultimatum der deutschen Mächte. —

Copenhagen, January 18 (received January 24), 1864.

(Extract.) Since writing my despatch of this day I have seen M. Quaade, and he had the goodness to inform me of the tenour of the reply of the Danish Government to the Austrian and Prussian note delivered the day before yesterday. His Excellency said that the demand was refused in the first place („déjà même“) because the time allowed for complying with it was not sufficient to allow of the necessary preparatory measures being taken for the purpose. M. Quaade said that this might be taken as a kind of admission that if the necessary time had been granted the demand might have been agreed to. I said that I regretted the Danish Government had not stated this in clearer language, in short that they had not sent a reply in the sense I had suggested to his Excellency's and M. Monrad's attention; and I asked M. Quaade if the reply was not accompanied by any declaration to this effect, as he had given me some hopes to expect, and which I stated I had reported to your Lordship. His Excellency replied that I had misunderstood him, and he begged I would correct the information I had sent to your Lordship. He had not contemplated a declaration to the Austrian and Prussian Ministers, but one either to Her Majesty's Government, or in the shape of a circular which might be brought indirectly to the knowledge of the Austrian and Prussian Governments. He had still some hopes of being able to do this. ¶ I said if any mistake had arisen, it was not of my creation; that in all my conversations with his Excellency and M. Monrad I had never spoken of anything but as to the nature of the answer which should be returned to Austria and Prussia: that I had endeavoured to point out, as clearly as I could, the advantage it would be to Denmark to make the reasonable offer I had suggested to the Austrian and Prussian Governments, and to throw on them the responsibility of rejecting it. If the Danish Government did not see these advantages, I said, they must follow their own policy. In the one case, they would be making an offer which would secure to them the approbation of every country in Europe, particularly constitutional countries. If the Danish Government declared fairly and honestly to Austria and Prussia that they were ready to take the only legal means which existed for acceding to their demands, the pressure which could be brought to bear upon them would probably make those Governments reflect before they refused to grant the necessary time for carrying those means into effect. At all events, happen what would, the Danish Government would have acted wisely and in accordance with the advice of their friends, and the responsibility of the war could not be laid at their door. ¶ M. Quaade did not attempt to dispute this argument; in short, I believe that it is in this sense that he speaks to his colleagues, but it has hitherto been of little avail, and his Excellency was unable to give me any hope that any further communication would be addressed to the Prussian and Austrian Govern-

No. 1447.  
Gross-  
britannien,  
18. Jan.  
1864.

No. 1447.  
Gross-  
britannien.  
18. Jan.  
1864.

ments, at all events that there was no chance of the Cabinet agreeing to such a step for the next few days. If it can be ultimately obtained, it might be addressed through the Secretaries of the Danish Legations at Vienna and Berlin, who will still reside in those capitals for the present on the same footing as the Austrian and Prussian Secretaries here. ¶ I confess that a direct communication from the Danish to the Austrian and Prussian Governments of their intention to convoke the Rigsraad appears to me of the highest importance with a view to oblige these Governments to state either directly or indirectly whether they object to such a measure, or will tacitly consent to it, so that they may not have the further grievance against the Danish Government that they have not only enacted the Constitution of 18th of November, but in spite of all that has been said and done have added insult to injury by bringing it into vigour. I am the more anxious on this subject since the receipt of a telegram this morning from Sir Andrew Buchanan, and from which it appears to me very doubtful whether the Prussian Government may not bring forward this accusation. Failing to obtain this announcement from the Danish to the Austrian and Prussian Governments, I shall then do my utmost to get the Rigsraad convoked for the purpose of repealing the Constitution without any reference to those Governments. ¶ My Russian colleague has this day received instructions from his Government to join with me in recommending this course. &c.

*A. Paget.*

---

### No. 1448.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an die Gesandten Oesterreichs und Preussens in Copenhagen. — Antwort auf d. gemeinsame Note vom 16. Januar (No. 1428). — (Uebersetzung.)

Copenhagen, January 18, 1864.

No. 1448.  
Dänemark.  
18. Jan.  
1864.

In a collective note which has been delivered to the Undersigned, His Danish Majesty's Minister for Foreign Affairs, the former Ministers of Austria and Prussia have, at the special direction for their respective Courts, addressed a summons, dated the 16th instant, to His Majesty's Government to withdraw the Constitutional Law of the 18th of November, both Powers, in case of a refusal, reserving to themselves the right of employing the means at their command for re-establishing the *status quo ante*. Should the announcement on the part of His Majesty's Government that the required withdrawal has been effected not be made to the Ministers in the course of the 18th instant, the latter are directed to leave Copenhagen. ¶ The Undersigned has felt it his duty to lay the contents of this communication before the King his most gracious Sovereign, and he is now commanded by His Majesty to make the following reply to the Ministers: — ¶ While, on the one hand, His Majesty's Government are unwilling to enter here into any further discussion on the motive of the note, which the presumed object of the Constitution of November 18 and its incompatibility with the negotiations of 1851-52 have called forth, on the other hand they cannot, in face of the judgment thus delivered and the assertions by which it is accompanied, refrain in passing from maintaining

their opposite view of the case. ¶ As to what more immediately concerns the summons itself which has been addressed to His Majesty's Government, His Majesty the King finds himself at once unable to comply with it, since the delay fixed has not even admitted of his making the necessary preparations for effecting in a legal manner the withdrawal of the Constitution which has been objected to. Since His Majesty's Government are thus under the impossibility of complying with the summons contained in the note of the 16th instant, they must also decline all and every responsibility which may on this occasion ensue from the initiative taken by the two Great German Powers. ¶ The Undersigned, &c.

No. 1448.  
Dänemark,  
18. Jan.  
1864.

*G. Quaade.*

### No. 1449.

**DEUTSCHER BUND.** — Bekanntmachung der Bundescommissaire für Holstein.  
— Den Einmarsch der österr.-preuss. Truppen betr. —

Nachdem die unter dem Oberbefehl des königlich preussischen Generalfeldmarschall Freiherrn von Wrangel stehenden Truppen die Grenzen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg bereits überschritten haben, können die unterzeichneten Bundescommissaire nicht länger anstehen und sind es sich selbst schuldig, Folgendes bekannt zu machen. ¶ Mit Rücksicht auf den von mehreren Bundesregierungen am Bunde selbst bereits eingelegten Protest haben Wir Uns darauf zu beschränken gehabt, alsbald nach der durch den Commandirenden der Bundesexecutionstruppen, Generalleutenant von Hake, Uns von dem bevorstehenden Truppeneinmarsch gemachten Mittheilung, dem Generalfeldmarschall Freiherrn von Wrangel die Erklärung abzugeben: dass Wir, als mit der obersten Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg Beauftragten, jedenfalls einer Notification von dieser Ueberschreitung der Grenzen entgegenzusehen gehabt hätten, dass Wir aber auch in dem Einmarsche dieser Truppen ein Einrücken der im § 4 Unserer Instruction bezeichneten Reserven des Bundesexecutionscorps nicht zu erkennen hätten und wenn diesem Einmarsche selbst ein weiteres Hinderniss nicht entgegengestellt werden könne, darin nur die Unterwerfung unter eine unabänderliche Thatsache zu erblicken sei. ¶ Haben Wir hierauf zur Zeit eine Erwiderung nicht erhalten, so ist Uns dagegen von dem Bundespräsidio zu Frankfurt immittelst die Mittheilung geschehen, dass die hohen Cabinette von Oesterreich und Preussen die Erklärung abgegeben, wie durch die von ihnen für die Sicherung der Rechte des Deutschen Bundes auf Schleswig für nöthig und unaufschieblich erachteten Massnahmen, die fernere Ausübung der Anordnungen nicht beirrt werde, welche Seitens der Bundesversammlung durch die Beschlüsse vom 7. und 14. vorigen Monats und Jahres in Betreff der executionsmässigen Besetzung und Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg von Bundeswegen getroffen worden seien. Auch ist hierbei von diesen hohen Regierungen noch besonders erklärt worden, dass sie bei der nicht zu vermei-

No. 1449.  
Deutscher  
Bund,  
21. Jan.  
1864.

No. 1449.  
Deutscher  
Bund,  
21. Jan.  
1864.

denden Betretung Holsteins durch ihre nach Schleswig bestimmten Truppen eine Beeinträchtigung jener Anordnungen nicht bezweckt, jedoch hierbei der zuversichtlichen Hoffnung sich zu überlassen hätten, dass ihrem die Wahrung der Interessen Deutschlands, sowie derjenigen Schleswigs bezweckenden Vorgehen das bereitwillige und bundesfreundliche Entgegenkommen derjenigen ihrer hohen Deutschen Verbündeten, deren Landesgebiete hierdurch berührt werden und der Bundesverwaltung in Holstein und Lauenburg nicht fehlen werde. ¶ Hiernach wollen Wir nunmehr, vorbehaltlich der von Frankfurt aus weiter zu erwartenden Instructionen nicht länger Anstand nehmen, im Interesse des Landes und der allgemeinen Ordnung, die Behörden und Bewohner der Herzogthümer Holstein und Lauenburg hiervon zu benachrichtigen und sie aufzufordern, den kaiserlich österreichischen und königlich preussischen Truppen nicht allein die geforderten Leistungen zu gewähren, sondern auch freundliche Aufnahme zu Theil werden zu lassen.

Altona, den 21. Januar 1864.

Die Bundescommissaire für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

*v. Koerneritz. Nieper.*

### No. 1450.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Instruction für die Bundescommissaire für Holstein in Veranlassung des bevorstehenden Durchzugs österr.-preuss. Truppen, beschlossen am 21. Januar 1864.

No. 1450.  
Deutscher  
Bund,  
21. Jan.  
1864.

Es ist Ihnen wohl schon bekannt, dass die hohe Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 14. d. M. es abgelehnt hat, einem von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen gestellten Antrage beizutreten, welcher darauf gerichtet war, an die königlich dänische Regierung die Aufforderung zu richten, das Grundgesetz vom 18. November v. J. bezüglich des Herzogthums Schleswig nicht in Vollzug zu setzen, sondern definitiv aufzuheben, im Falle der Weigerung aber sich durch militärische Besetzung des Herzogthums Schleswig ein Pfand für die Erfüllung der gerechten Forderungen zu verschaffen. ¶ Nach erfolgter Ablehnung haben die Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen Namens ihrer höchsten Regierungen erklärt, dass diese nunmehr die Ausführung obiger von ihnen für nöthig erachteten Massregeln in ihre eigenen Hände nehmen würden. Hierauf wurden von mehreren Seiten Verwahrungen der Rechte des Bundes eingelegt, denen gegenüber die genannten Herren Gesandten die Rechte ihrer Regierungen verwahrten, und denselben weitere Erklärung vorbehielten. ¶ In der Sitzung der hohen Bundesversammlung vom 19. dieses Monats haben nun die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen die hier abschriftlich anliegende Erklärung abgeben lassen. ¶ Indem Ew. etc. hiervon Kenntniss erhalten, wird Ihnen zugleich auf Grund hoher Bundesversammlung vom Heutigen nachfolgende Instruction ertheilt. ¶ Wenn die hohe Bundesversammlung zur Zeit nicht für angemessen erachtet hat, zu Massnahmen in Bezug auf das Herzogthum Schleswig zu schreiten, so kann sie sich doch im



Hinblick auf Art. XLVI der Wiener Schlussacte nicht veranlasst sehen, denjenigen Entschliessungen entgegenzutreten, welche die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte in Bezug auf das nicht zum Bunde gehörige Herzogthum Schleswig fassen zu müssen glauben, vorausgesetzt, dass sie den Rechten des Bundes und dem Vollzuge der Bundesbeschlüsse und Anordnungen desselben in Bezug auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg in keiner Weise zu nahe treten. ¶ Diese Voraussetzung findet in der Erklärung der beiden höchsten Regierungen vom 19. d. M. ihre Anerkennung und die Garantie ihrer Einhaltung bei der nicht zu vermeidenden Betretung Holsteins durch die nach Schleswig bestimmten österreichischen und preussischen Truppen. ¶ Es wird daher die bei dem Durchmarsche der genannten Truppen weder die in Ihren Händen ruhende Regierungsgewalt noch die bisherige rechtliche und thatsächliche Stellung des Commandirenden, Generalleutenants v. Hake, und der ihm untergebenen Bundestruppen irgend eine Beeinträchtigung oder Hemmung erleiden. ¶ Ebenso ist es selbstverständlich, dass ganz in derselben Weise, wie dies bezüglich der Bundestruppen selbst als Grundsatz ausgesprochen worden ist und gehandhabt wird, die Einwohner des Herzogthums Holstein durch den Durchmarsch der österreichischen und preussischen Truppen möglichst wenig belästigt werden, und dass entsprechende Vergütung aller Leistungen für diese Truppen stattfinden werde. ¶ Hiernach wollen Sie in Ihren Beziehungen zu den Befehlshabern der durch Holstein und Lauenburg marschirenden österreichischen und preussischen Truppen sich richten und denselben jedes den obigen Gesichtspunkten entsprechende Entgegenkommen erweisen. ¶ Sollten sich in der Bevölkerung des Herzogthums Holstein unrichtige Auffassungen oder Befürchtungen bezüglich des Durchmarsches der genannten Truppen erzeugen, so werden die Commissaire in geeigneter Weise für Aufklärung und Beruhigung Sorge tragen. ¶ Dem Commandirenden der Bundestruppen ist von dieser Mittheilung und Instruction Kenntniss zu geben.

No. 1450.  
Deutscher  
Bund,  
21. Jan.  
1864.

---

## No. 1451.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Frankreichs Mitwirkung zur Erwirkung eines Aufschubs bei den deutschen Mächten. —

Paris, January 23 (received January 24), 1864.

My Lord, — Upon the receipt yesterday of your Lordship's telegram stating that the Danish Government was about to declare to the Governments of England, France, Russia, and Sweden, that the King of Denmark proposed to convoke the Rigsraad with a view of asking the consent of that Body to the abolition of the Constitution of November, and desiring me to inform M. Drouyn de Lhuys that if the French Government would be willing to urge at Vienna and Berlin that a delay of six weeks, to date from the 1st of February, should be given to the Rigsraad to assemble and deliberate, Her Majesty's Government would willingly join in such a demand, I wrote to M. Drouyn de Lhuys the

No. 1451.  
Gross-  
britannica,  
23. Jan.  
1864.

No. 1451.  
Gross-  
britannien,  
22. Jan.  
1864.

purport of your Lordship's words. ¶ I called upon his Excellency this afternoon after the Council of Ministers had sat, and asked whether he had received from Copenhagen the same intelligence as your Lordship, and what he proposed doing. He replied that he had had no official news from Denmark, but that as he supposed the information received by your Lordship must be correct, and as he entirely agreed in the course suggested by your Lordship, he proposed writing at once to the French Ambassador at Vienna and Berlin, in order that no time might be lost. He would therefore send off his despatches this evening. ¶ I have, &c.

*Cowley.*

---

### No. 1452.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Vortheile einer Verständigung unter den nicht-deutschen Unterzeichnern des Londoner Vertrags. —

Foreign Office, January 24, 1864.

No. 1452.  
Gross-  
britannien,  
24. Jan.  
1864.

My Lord, — With respect to the questions put to your Excellency by M. Drouyn de Lhuys, and contained in your despatch of the 19th instant, Her Majesty's Government instruct you to reply as follows: — ¶ Her Majesty's Government holding the opinion stated by the great Powers in the preamble of the Treaty of May 8, 1852, that the integrity of the Danish Monarchy is not only an element in the balance of power but a security for peace, desire to maintain the integrity of the Danish Monarchy, which is the main object of that Treaty. ¶ Her Majesty's Government are anxious, if possible, to secure that object by peaceable negotiation; but, as I have explained in my despatch of January 5, there are two very different aspects of the dispute between Germany and Denmark. ¶ One party seeks to place the Prince of Augustenburg in possession of the Duchy of Holstein, and subsequently also in possession of the Duchy of Schleswig. ¶ Another portion of the German Confederation, consisting of the great Monarchies of Austria and Prussia, acknowledge the Treaty of 1852, and ask only for the fulfilment by the present King of Denmark of the engagements taken by his predecessor in 1851-52. ¶ The first plan amounts, in the opinion of Her Majesty's Government, to a dismemberment of the Danish Monarchy; and in order to oppose the execution of this plan, Her Majesty's Government seek for the concert and co-operation of France, Russia, and Sweden, in order to give, if necessary, material assistance to Denmark in the resistance of such dismemberment. ¶ The plan of Austria and Prussia seems to contemplate the fulfilment by Denmark of certain engagements compatible with the independence and integrity of Denmark, and it would only be in the case that Denmark should fulfil all these engagements, and that further demands should be made upon her by the German Powers, that serious complications might arise. ¶ This case, it is to be hoped, can hardly be supposed to be probable. But Her Majesty's Government do not wish to exclude it, if it should occur, from the

joint consideration of the Powers whom they invite to enter into concert with them. It seems, however, to Her Majesty's Government that if a thorough good understanding can be established upon these matters between Great Britain, France, Russia, and Sweden, the moral effect of such a union would of itself be sufficient to accomplish the purposes in view. ¶ Your Excellency's answer to M. Drouyn de Lhuys respecting the events of 1830-31 in Belgium was quite accurate. In Belgium the people rose and got possession of the capital. In Holstein and in Schleswig the accession of the present King was peacefully accomplished. It was not till the German troops entered Holstein and protected and encouraged insurrectionary movements, that opposition to the rule of Christian IX was manifested; nor was it till numerous Democratic Agents of the German National Verein swarmed into the Holstein villages that the rural population showed any indisposition to the Government of the King of Denmark. Even now the inhabitants of the villages show little inclination voluntarily to swell the democratic flood of German invasion. ¶ There is every reason to suppose that were the German troops removed from Holstein the authority of Christian IX would be restored with ease and tranquillity. ¶ I am, &c. *Russell.*

No. 1452.  
Gross-  
britannien,  
24. Jan.  
1864.

---

### No. 1453.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. —  
Geneigtheit zur materiellen Unterstützung Dänemarks. —

Foreign Office, January 24, 1864.

(Extract.) The Ambassador of France came to the Foreign Office on the 22nd, and read to me a despatch of M. Drouyn de Lhuys addressed to the Duc de Gramont. ¶ The Prince de la Tour d'Auvergne read also a despatch in which he was directed to inquire of me whether the despatch of Her Majesty's Government of the 18th instant alluded to material or only to moral support to be given to Denmark. ¶ I answered that it alluded to material support, but that I would define the cases in which such a support should be given in a despatch\*) which I had prepared for the Cabinet to be afterwards submitted for the sanction of the Queen. &c. *Russell.*

No. 1453.  
Gross-  
britannien,  
24. Jan.  
1864.

---

### No. 1454.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in München. —  
Die Ablehnung einer Conferenz von Seiten Baierns\*\*) und die Rechtmässigkeit des Londoner Vertrags betr. —

Foreign Office, January 24, 1864.

My Lord, — Baron Cetto came to me a few days ago, and read to me a despatch of his Government. ¶ In this despatch Baron Schrenk declines, on

No. 1454.  
Gross-  
britannien,  
24. Jan.  
1864.

\*) No. 1452.

\*\*) No. 1442.

No. 1454. Gross-britannien, 29. Jan. 1864. the part of Bavaria, the proposal of a Conference. He says that a decision must first be arrived at on the subject of the Duchy of Holstein. The claim of the King of Denmark to be Duke of Holstein was defective on three grounds:—the arrangement made by the late King had not the consent of the Agnates, or of the Diets of Holstein and Schleswig, or the sanction of the German Confederation. ¶ I said that with regard to the first, the Duke of Augustenburg had promised for himself and his family not to disturb the arrangement for the Succession made by the late King, and had received a large sum of money in consequence of that waiver. ¶ In regard to the second, the Diet of Holstein was a Body created since 1815, and had no attribute to dispose of the Succession to the Duchy. ¶ In regard to the German Confederation, neither the Act of 1815, consented to by all the Powers of Europe, nor the Final Act of 1820, which was simply an internal ministerial act, gave the German Diet the least pretence to interfere with the Succession to the Crown of Denmark, nor to the Duchies of Holstein, Lauenburg, and Schleswig. ¶ That Succession had been settled duly, legally, and publicly, by the late King of Denmark. The Diet of Germany had not protested against that settlement. ¶ The Great Powers of Europe, namely, Austria, France, Great Britain, Prussia, and Russia, had recognized that Succession by the Treaty of 1852, just as by the Treaty of Utrecht, the Duke of Anjou, and not the eldest grandson or great grandson of Louis XIV, was recognized as King of Spain. These were matters of European interest, and did not resemble the inheritance of a private estate. ¶ I gave answers similar in substance to Count Vitzthum, who came to me on the part of Saxony. But I could not say to him, what I said to Baron Cetto, that his Government had been consistent throughout. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1455.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russland verwendet sich mit England in Copenhagen für Aufhebung der Nov.-Verfassung durch den Reichsrath. —

St. Petersburg, January 18 (received January 24), 1864.

No. 1455. Gross-britannien, 18. Jan. 1864. My Lord, — In obedience to your Lordship's orders, conveyed to me by your telegraphic despatch of the 17th instant, I have requested Prince Gortschakoff to co-operate with Her Majesty's Government at Copenhagen, with the view of obtaining the convocation of the Danish Parliament and the repeal of the recent Fundamental Law by that Body. ¶ The Vice-Chancellor stated his apprehension that the advice of the two Cabinets would be tendered in vain; nevertheless, in the interest of peace, he would not decline to unite his good offices with those of Her Majesty's Government for this purpose. His Excellency then, in my presence, addressed a telegraphic instruction to M. de Nicolai, directing him to co-operate with Sir A. Paget for the object stated above. ¶ I have, &c.

*Napier.*

## No. 1456.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Versicherungen Preussens und Oesterreichs, die Occupation Schleswigs und den Londoner Vertrag betr. —

St. Petersburg, January 20 (received January 25), 1864.

(Extract.) The Russian Minister at Berlin has reported to Prince Gortchakoff that M. de Bismarck has distinctly stated to him that the occupation of Schleswig by the forces of Austria and Prussia is undertaken with a view to the maintenance of the Treaty of 1852 for the integrity of the Danish Monarchy. ¶ The same assurance has been given by Count Rechberg to the Russian Chargé d'Affaires at Vienna. ¶ The Representatives of Austria and Prussia here have not been charged with any formal declaration to that effect. ¶ The Vice-Chancellor has requested Count Redern and Count Guido de Thun to move their respective Governments to make distinct statements to that effect in London, so as to remove the suspicions of Her Majesty's Government. &c.

No. 1456.  
Gross-  
britannien,  
20. Jan.  
1864.

*Napier.*

## No. 1457.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Die Basis einer Conferenz betreffend. —

St. Petersburg, January 20 (received January 25), 1864.

My Lord, — I have placed in the hands of Prince Gortchakoff a copy of your Lordship's despatch of the 13th instant, defining the bases which Her Majesty's Government desire to establish for the deliberation of the proposed Conference for the regulation of the relations of Denmark and Germany. ¶ The Vice-Chancellor received intelligence at the same time that the suggestions of Her Majesty's Government had been made known to the Cabinet of Vienna, and had been declined by Count Rechberg. The Vice-Chancellor adverted to this circumstance, and added that, in his opinion, it was impossible to lay down any basis for the Conference, or to attach any conditions to its meeting. The great object was to obtain the meeting of the Plenipotentiaries; once assembled, they would define their objects and their means. ¶ I reminded the Vice-Chancellor that both France and Prussia had attached conditions to their participation in the Conference. ¶ The Prince replied that all that had passed on the subject up to the present time was extremely informal; we might hope that these difficulties would be overcome. ¶ I have, &c.

No. 1457.  
Gross-  
britannien,  
20. Jan.  
1864.

*Napier.*

## No. 1458.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Die dänische Politik betreffend. —

Copenhagen, January 19 (received January 25), 1864.

No. 1458.  
Gross-  
britannien,  
19. Jan.  
1864.

(Extract.) I spoke again to Bishop Monrad most seriously respecting the suggestion I had made, by your Lordship's instructions, for convoking the Rigsraad in order to propose to them the repeal of the Convention. ¶ I expressed my disappointment at not finding in the reply to the Austrian and Prussian summons, a copy of which reply had been sent to me by M. Quaade, any mention of the willingness of the Danish Government to have recourse to this measure. ¶ I could hardly believe, I said, that the Danish Government would refuse the advice which was now offered to them by their allies, of calling this Assembly together for the purpose in question, and thus securing the only remaining chance of peace, and if they consented to act upon it, there would be an immense advantage in making their intentions known at once to the Austrian and Prussian Governments. I insisted, therefore, upon the great importance of the Danish Government taking an immediate decision, which might, I said, be communicated to the Austrian and Prussian Ministers for Foreign Affairs, through the Secretaries of the Danish Legations at Vienna and Berlin. ¶ M. Monrad expressed a decided objection to opening fresh communications with the Austrian and Prussian Governments. Moreover, he was of opinion that a later opportunity would occur of stating what were the final intentions of the Government, for he did not look upon the collective note which had just been received as an ultimatum. He considered it more in the light of a pretext to enable Austria and Prussia to get possession of Holstein, and Baron Brenner had, he said, almost admitted as much to him. His impression, therefore, was that before the Austrian and Prussian troops attempted to invade Schleswig, an ultimatum would be sent to Denmark which would afford an opportunity of stating what she intended doing with regard to the Constitution. ¶ „And the difference“, I answered, „between this ultimatum and the note you have received will be this. They will give you twenty-four hours instead of forty-eight to reply, and the result of non-compliance will be the immediate invasion of Schleswig instead of the recall of Baron Brenner and M. de Balan.“ I could not believe his Excellency serious, I added, in an intention of letting matters come to this pass, which would be beyond the reach of any negotiation, particularly after the conciliatory disposition he had evinced in his conversation with Baron Brenner, as related by himself. Every day, every hour, I said, was now precious. Action was required, and immediate action. ¶ After some further conversation, in which I reminded Bishop Monrad of the hopes he had given me in our last interview of his adopting the course we had suggested, and in which I referred again to the great importance of losing no time, his Excellency took a slip of paper from his pocket-book, and read very nearly to the following effect: — ¶ „Le Gouvernement Danois est prêt à convoquer le Rigsraad afin de lui sou-

mettre une proposition tendante à abroger la Constitution du 18 novembre, et de la remplacer par une organisation pour la Monarchie basée sur la Patente du 28 janvier, 1852, élaborée sous les auspices des Puissances amies. Si cette proposition est acceptée le Gouvernement procédera immédiatement aux élections. ¶ „Le Gouvernement s'engage d'employer tous ses efforts et d'exercer toute son influence pour faire voter sa proposition par le Rigsraad; il fera dépendre l'existence du Cabinet sur son acceptation. Mais si le Gouvernement ne réussit pas dans sa tentative, et que sa proposition soit rejetée, en se démettant de ses fonctions Ministérielles il accomplira l'engagement pris par lui, mais pas par le Roi, envers l'étranger.“ ¶ Your Lordship may rely upon it that I listened to the reading of these lines with too much attention not to be sure of their sense, but at my request Bishop Monrad had the goodness to read them again, and I believe that they stand on his Excellency's paper nearly word for word as I have written them down. ¶ I told Bishop Monrad that I considered the intentions of the Danish Government, as here expressed, as nearly satisfactory, but that there was one part which I must earnestly entreat him to alter. As the wording now stood, I observed, it would lead to the impression that the new organization was to be made dependent upon the vote of the Rigsraad, and this, I continued, would be fatal to the whole scheme. ¶ I could not too forcibly impress upon him, I said, that Austria and Prussia never would consent to acknowledge that the Rigsraad, existing in virtue of the Constitution against which they protested, was a competent Body for voting any new arrangement, although they might acquiesce in its being called together for the purpose of self-destruction. ¶ His Excellency replied that he quite saw the objection. He was, therefore, quite ready to alter the wording in the way I had suggested, the more so, as he thought that by some means or other the Government might obtain an authority for substituting the new arrangement for the Constitution, and that it would not be necessary to submit it to the Rigsraad which was to vote the repeal. ¶ I said that, with this alteration, I looked upon his Excellency's declaration as perfectly satisfactory. Bishop Monrad replied that he was glad to hear this, for that he had been almost under an apprehension (a misapprehension he was now convinced it was) from our last conversation that I objected to the Patent of January 1852 being alluded to as the basis of the new organization. ¶ I replied that I was quite at a loss to conceive how anything I had said could have given him this idea, which was so far from correct that I considered the basis of 1852 as the only one which could be taken for a future arrangement, and I referred his Excellency to my letter to show that all I had objected to in the idea he had mentioned in our last interview, was the making the new organization dependent on the vote of the Rigsraad elected in virtue of the Constitution of the 18th of November. ¶ Bishop Monrad said that in this case we perfectly understood each other. ¶ I replied „Perfectly“, and I then asked his Excellency what form he intended to give to the declaration he had read to me. His Excellency said he thought it might be drawn up in that of a note to be addressed to me, in answer to the representations I had made on the part of Her Majesty's Government; but he must speak, he said, to M. Quaade, with whose attributions

No. 1458.  
Gross-  
britannien,  
19. Jan.  
1864.

No. 1458. he had no wish to interfere on this subject, and leave to him to decide as to the  
 Gross- proper form of communication. In fact, he must request me not to consider  
 britannien, anything that passed in our interviews as binding or official until I should hear  
 19. Jan. from M. Quaade, who was the proper channel for communication between the  
 1864. Danish Government and foreign Ministers. His Excellency promised, however, to see M. Quaade immediately, and to put the affair in proper train without loss of time. ¶ Having repeated in the course of his final observations that a further direct communication could not be made to Austria and Prussia now that diplomatic relations were broken off, I said in that case I was strongly of opinion that the intentions of the Danish Government should be formally announced to the Governments of France, Russia, and Sweden, as well as to Her Majesty's Government. As far as Her Majesty's Government were concerned, I ventured to take upon myself the responsibility of saying, I felt sure they would bring the Danish communication to the knowledge of the Austrian and Prussian Governments, and would spare no efforts to induce them to agree to the line of action proposed, with which assurance Bishop Monrad expressed much satisfaction. ¶ I should fail in my duty if I concluded this despatch without putting on record my sense of the conciliatory disposition which has been evinced by Bishop Monrad throughout these transactions; indeed, since he has been at the head of the Government. He has been from the first evidently most desirous of following the advice of Her Majesty's Government — of adopting, in short, any course which might tend to the preservation of peace. His Excellency has taken in this respect a broad and statesmanlike view of the interests of his country; but he has had to weigh well the difficulties of the interior position and his power of overcoming them. Before undertaking measures for the repeal of the Constitution of the 18th of November he had likewise to consider by what that Constitution was to be replaced, — „pour ne pas tomber dans le vide,“ to use his Excellency's own expression. Having arrived at a determination on this point, he has come forward manfully and in the most straightforward manner to declare his intentions; and, that there may be no doubt as to his sincerity, he makes the existence of the Cabinet dependent on the success of their measures. ¶ It may also not be out of place here briefly to refer to what has been done by the Danish Government during the last few months at the instance of their allies and in the interest of peace. ¶ They at first modified and finally withdrew the Royal Patent of the 30th of March; at the suggestion of M. de Bismarck, they took a formal engagement to abolish the Normal Budget for Holstein, so that that Duchy would not have had one dollar to contribute to the common expenses of the Monarchy which its representatives had not freely voted; they withdrew their troops from Holstein, under the supposition of course that the Diet was acting in good faith, and that a revolution would not be permitted, still less connived at; they made an appeal for mediation on the understanding that the *status quo* was to be maintained, but this having failed, they now come forward and in the most stringent and unambiguous language pledge themselves to take the only legal means in their power to revoke a measure which has become the law of the land, and which has un-



questionably taken deep root in the hearts of the people. ¶ What, on the contrary, has been the line pursued by the German Governments during the same period? Have they shown any disposition to be conciliatory — to make even the smallest allowance for the difficulties in which the new Sovereign of this country is placed, or to follow the advice of friendly Powers? They have, on the contrary, systematically rejected every concession of the Danish Government as unsatisfactory; they have, in the face of the decrees of the Diet, and in violation of good faith, usurped the dominions of His Danish Majesty, and have entirely disregarded the representations which have been addressed to them for the preservation of peace. ¶ For the Constitution of the 18th of November neither His present Majesty nor his Ministry are responsible. It received, it is true, the King's signature, but the reasons for this are well known, and a better proof of His Majesty's sentiments respecting it cannot be required than the change of Ministry which has taken place. This Ministry cannot, any more than another, violate the law by a *coup d'état*, but they have taken the most solemn engagement to get rid of the measure objected to by the only means at their disposal, and they at the same time declare their readiness to replace it by one based on the engagements of 1851—52. ¶ Such is a correct account of the conduct pursued by the respective parties in this controversy, and if this last offer of the Danish Government is rejected by Austria and Prussia, it will, I think, be difficult to come to any other conclusion than that these Powers, like the rest of the German Confederation, are determined on rejecting every conciliatory overture, and are only to be satisfied by a dismemberment of the Danish Monarchy. Allowances have certainly to be made for the pressure under which the Austrian and Prussian Governments are acting; but if they expect their difficulties to be taken into account, they should on their side have some consideration for those of the Danish Government. In any case, it seems contrary to justice that Denmark should have to suffer for the excitement of public opinion in Germany. &c.

A. Paget.

---

### No. 1459.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Die dänische Politik betr. —

Copenhagen, January 21 (received January 25), 1864.

(Extract.) Instead of the intentions of the Danish Government respecting the convocation of the Rigsraad being made known to the Representatives of England, France, Russia, and Sweden here, it has been decided to address despatches to the Danish Representatives in those countries, with orders to communicate them officially to the respective Ministers for Foreign Affairs. ¶ The despatches will refer to the last communication of the Danish Government asking mediation, and the step now taken will, I believe, be grounded on the supposed fact of the last proposal having failed. The object of the Danish Government in addressing the Powers is to induce them to use their good offices with Austria

No. 1458.  
Gross-  
britannien,  
19. Jan.  
1864.

No. 1459.  
Gross-  
britannien,  
21. Jan.  
1864.

No. 1459.  
GROSS-  
BRITANNIEN,  
21. Jan.  
1864.

and Prussia, so as to prevent those Powers from having recourse to coercive measures until the Danish Government has been enabled to carry out the plan of action they propose. ¶ The moment the Danish Government are reassured that the convocation of the Rigsråd will not be resented by Austria and Prussia, they will, without any loss of time, order the elections to take place. It is simply a precaution which they wish to take against being accused of an act of defiance, and also because they are averse to incurring the responsibility of so important a measure, without a prospect of obtaining a useful result. ¶ In reply to an inquiry I addressed to M. Quaade as to what was the precise meaning of the Danish Government when they spoke of a new arrangement being drawn up under the auspices of foreign Powers, whether, in short, it was their intention that this arrangement should be the result of Conferences, or whether they intended themselves to draw up a plan and submit it to the appreciation of the friendly Powers and of Austria and Prussia, his Excellency stated that the Danish Government was quite indifferent as to the manner by which such an arrangement was to be arrived at. They were perfectly ready to negotiate on the subject with Austria and Prussia through the mediation of all of the other Powers who signed the Treaty of London, or through one of them, or they were willing to go into a Conference or Congress; the form mattered nothing, provided the result could be obtained. They were already provided with a basis for an arrangement, namely, that of the engagements of 1851—52, and the Treaty of London, which were both intended to maintain the integrity of the Danish Monarchy. Denmark had been accused, he said, of violating the engagements of 1851—52, and he did not intend to defend the Constitution of the 18th of November as being in accordance with them, but an impartial verdict had never been pronounced upon the interpretation to be put upon these engagements. ¶ This was what the Danish Government desired. They wished to fulfil their obligations, to avoid war, and to preserve the independence and integrity of the Monarchy. &c.

*A. Paget.*

---

### No. 1460.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. des Ausw. — Die Forderung einer förmlichen Erklärung Preussens über dessen Verhalten zum Princip der Integrität der dänischen Monarchie. —

Berlin, January 20 (received January 25), 1864.

No. 1460.  
GROSS-  
BRITANNIEN,  
20. Jan.  
1864.

My Lord, — In conformity with the instructions conveyed to me in your Lordship's despatch of the 18th instant\*), I have addressed to M. de Bismarck a note of which a copy is inclosed, informing his Excellency that as Her Majesty's Government have been informed that the Governments of Austria and Prussia have addressed a threatening summons to Denmark, I have been instructed to ask his Excellency for a formal declaration on the part of the Prussian Government, that it adheres to the principle of the integrity of the Danish Monarchy. ¶ I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

---

\*) No. 1432.

Anlage. — Botschafter in Berlin an den königl. preuss. Minister d. Ausw. —

Berlin, January 20, 1864.

The Undersigned, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of Her Britannic Majesty, has the honour to acquaint his Excellency M. de Bismarck-Schönhausen, the Minister for Foreign Affairs of His Majesty the King of Prussia, that the Government of the Queen his august Sovereign having been informed that the Governments of Austria and Prussia have addressed a threatening summons to Denmark, he has been instructed to ask for a formal declaration on the part of the Prussian Government that it adheres to the principle of the integrity of the Danish Monarchy. ¶ The Undersigned, &c.

No. 1460.  
Gross-  
britannien,  
20. Jan.  
1864.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1461.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Preussen macht sein Verhalten davon abhängig, ob Dänemark der Occupation Widerstand leistet oder nicht. —

Berlin, January 22 (received January 25), 1864.

My Lord, — I took an opportunity yesterday of stating to M. de Bismarck, that in the opinion of Her Majesty's Government the proceedings of Austria and Prussia at Frankfort, on the 14th instant, have entirely changed the state of affairs in the Danish question, and that Her Majesty's Government will now expect Austria and Prussia to defend the integrity of the Danish Monarchy and to limit their demands on the Danish Government to the fulfilment of the engagements of 1851-52. M. de Bismarck said their doing so, however, would depend upon whether Denmark resisted the intended occupation of the Duchy of Schleswig. ¶ I have, &c.

No. 1461.  
Gross-  
britannien,  
22. Jan.  
1864.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1462.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Das Bedenkliche einer Occupation fremden Gebiets zur Durchsetzung internationaler Ansprüche. —

Berlin, January 23 (received January 25), 1864.

My Lord, — I have had the honour to receive your Lordship's despatch of the 18th instant, by which I have been instructed to state to M. de Bismarck the opinions entertained by Her Majesty's Government as to the danger to peace and to the independence of States of the principle and practice of one Government occupying the territory of another as a material guarantee for the obtainment of international demands. ¶ In speaking to M. de Bismarck in the sense of your Lordship's despatch, I read at the same time the greater part of it to his Excellency in order to convey to him more clearly the sentiments of Her Ma-

No. 1462.  
Gross-  
britannien,  
23. Jan.  
1864.

No. 1462. **Gross-**  
**britannien,**  
23. Jan.  
1864.    jesty's Government, and I shall not fail to hold the same language to the King if His Majesty affords me a suitable opportunity for doing so. ¶ I have, &c.  
*Andrew Buchanan.*

### No. 1463.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an d. königl. Min. d. Ausw. —  
Die Folgen eines deutsch-dänischen Krieges betr. —

Berlin, January 23 (received January 25), 1864.

No. 1463.  
**Gross-**  
**britannien,**  
23. Jan.  
1864.

My Lord, — At an interview which I had to-day with M. de Bismarck, I acquainted him with the substance of your Lordship's despatch of the 20th instant on the subject of the effect which a war with Denmark would have on the engagements of Austria and Prussia to maintain the integrity of the Danish Monarchy; and he observed with respect to the results of such a war that if it cancelled the existing Treaty, another Treaty might be concluded of a more complete nature on the same basis of the integrity of the Monarchy, unless the war, by the intervention of the other States, assumed proportions which would entitle Austria and Prussia to demand concessions commensurate with the sacrifice of blood and treasure which they might have been obliged to make. Her Majesty's Government, however, I replied, consider that Austria and Prussia, since they have taken this question into their own hands, can require nothing from Denmark beyond the fulfilment of her engagements of 1851-52, whereas they now, from his Excellency's observations, appeared to contemplate asking an indemnity for their sacrifices in a war which Her Majesty's Government consider unnecessary. He said such a claim would, however, be just if foreign aid to Denmark should enable her to protract her resistance. But, I said, Her Majesty's Government do not admit that war with Denmark will relieve Austria and Prussia from the obligations which they have contracted towards England, France, Russia, and Sweden, and other Powers of Europe, by the Treaty of London. ¶ His Excellency replied that he could not accept this opinion of Her Majesty's Government as correct, but if foreign Powers did not afford assistance to Denmark the eventuality of a protracted contest was not likely to occur.  
¶ I have, &c. *Andrew Buchanan.*

### No. 1464.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an d. königl. Min. d. Ausw. —  
Das Bedenken einer Occupation fremden Gebiets zur Durchsetzung internationaler Ansprüche\*). —

Vienna, January 21 (received January 25), 1864.

No. 1464.  
**Gross-**  
**britannien,**  
21. Jan.  
1864.

My Lord, — I have taken the opportunity of an interview which I have just had with Count Rechberg, to read to his Excellency your Lordship's

\*) No. 1462.

despatch of the 18th instant, in which you instruct me to represent to the Austrian Government the extreme injustice and danger of the principle and practice of taking military possession of the territory of a State as a material guarantee for certain unfulfilled engagements. ¶ Count Rechberg does not hesitate to admit the justice of the reasoning in your Lordship's despatch; but he said that after long and patient negotiations with Denmark, Germany could hardly be accused of haste in adopting the late decisions, and that much as he deplored their necessity he does not see how a precedent dangerous to Austria can be established out of the present proceeding, because it is not her habit to repudiate her Treaty or other engagements, though she does not refuse to admit that there may be occasions when they can be advantageously revised or modified. He alluded to the accusations sometimes brought against Austria for holding too strictly to her engagements, and as it has been always her principle to uphold them, surely she had a better right to claim the observance of those which were contracted by Denmark towards Germany eleven years ago, and have remained unfulfilled to this day. ¶ I have, &c.

No. 1464.  
Gross-  
britannien,  
21. Jan.  
1864.

• *Bloomfield.*

---

### No. 1465.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Der Conflict wird vermieden, wenn Dänemark keinen Widerstand leistet. —

Vienna, January 21 (received January 25), 1864.

My Lord, — When I called to-day on Count Rechberg I took with me the copy of your Lordship's despatch to Sir Augustus Paget of the 18th instant, which I had just received by the messenger Leeds, and read it to his Excellency. ¶ He listened with great attention and interest, and was gratified to know the nature of the last instructions to Her Majesty's Minister at Copenhagen; he seemed to approve of every word in this despatch, and only regretted that it had not been written sooner. ¶ I observed to Count Rechberg that he saw what efforts Her Majesty's Government were making to obtain the desired concessions from Denmark, and I asked if something could not be done to prevent the too rapid advance of the Austrian and Prussian troops upon Schleswig, so as to give Denmark as much time as possible, and the army would be on the Eider in the first days of February. I asked if there would not be some other formality in the shape of a summons to the Danish Government. He replied that the summons had been already delivered at Copenhagen, and the next step would probably be a communication of Field-Marshal Baron Wrangel to the Danish General calling on him to retire. If, in the face of the superior forces that would be brought up, the Danish troops were ordered to retire a collision would be avoided; otherwise he feared one would take place, and he could only repeat what he had frequently said before, that he trusted a sanguinary conflict might

No. 1465.  
Gross-  
britannien,  
21. Jan.  
1864.

No. 1465. be avoided which would have no other effect than rendering future negotiations  
 Gross- more difficult. ¶ I have, &c. *Bloomfield.*  
 britannien,  
 21. Jan.  
 1864.

---

### No. 1466.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Note des Minister Samwer an Grafen Platen betr. —

Hanover, January 22 (received January 25), 1864.

No. 1466. My Lord, — Count Platen received on the 20th instant a note from  
 Gross- M. Samwer\*), the so-called Minister for Foreign Affairs of the Prince of  
 britannien, Angustenburg, as Duke of Schleswig-Holstein, acknowledging on the part of  
 23. Jan. the Prince the Resolution of the Diet, by which the Federal Execution in Hol-  
 1864. stein was instituted, denying that the Prince by taking up his residence in that  
 Duchy has any intention of interfering with the Government of the Federal  
 Commissioners, and contending that his presence in Holstein, so far from inter-  
 posing any difficulties in their way, is rather calculated to be of assistance to  
 them. ¶ At the same time M. Samwer sets forth that the prolongation of the  
 Federal Administration can only be attended with prejudicial consequences, and  
 he accordingly urges the Hanoverian Government to exert their influence in  
 order that the Prince's rights may be recognised without delay, and that the  
 Government of what M. Samwer terms his Highness's dominions may be speedily  
 be made over to him. ¶ I need hardly state that Count Platen does not intend  
 to take any notice of M. Samwer's communication. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

---

### No. 1467.

**GROSSBRITANNIEN.** Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. des Ausw. —  
 Die holsteinische Landesexecution betreffend. —

Frankfort, January 23 (received January 25), 1864.

No. 1467. My Lord, — We have to-day in Frankfort a Holstein Deputation of  
 Gross- some 140 persons who arrived last night and will remain here till Monday.\*\*)  
 britannien, ¶ The object of their coming is said to be to present a petition to the Diet re-  
 23. Jan. questing them to accelerate the recognition of the Angustenburg Succession.  
 1864. ¶ It is, perhaps, quite as well that the Central Committee here, which is re-  
 ported to have originated this expedition, should expend their funds in harmless  
 demonstrations of this kind rather than in more mischievous ways. ¶ A public  
 meeting at which the Holsteiners are to be present is advertised for to-morrow  
 (Sunday), at 4 in the afternoon, in which the predominant feelings of the mo-  
 ment on this question will, it is hoped, find a salutary vent. ¶ I have, &c.

*A. Malet.*

\*) No. 1379.

\*\*) No. 1045.

---

## No. 1468.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Die Fälle einer materiellen Unterstützung Dänemarks. —

Foreign Office, January 25, 1864.

My Lord, — The despatch to Lord Cowley, of which I inclose a copy,\*) will enable your Excellency to reply to the question which, in your telegram of yesterday, you represent Prince Gortchakoff to have put to you as to the exact meaning attached by Her Majesty's Government to the terms „concert“ and „co-operate,“ made use of in my despatch to your Excellency of the 18th of January. ¶ The proposal which Her Majesty's Government have made to the Governments of France, Russia, and Sweden, may be stated in general terms to amount to a proposal that the two Powers should give material assistance to Denmark in the event of the integrity of the Danish Monarchy being assailed by Germany. ¶ This proposal, however, does not go to the extent of affording material assistance to Denmark in the event of the demands made on her by Austria and Prussia being restricted to the fulfilment by Denmark of the promises that she made to those two Powers in the years 1851-52. ¶ But if Denmark should comply with those demands, and Austria and Prussia should nevertheless persist in carrying on war against Denmark after such compliance, a new case would be created which would require further consideration. ¶ I think it right to add that the invitation to „concert and co-operate“ for this maintenance of the integrity of the Danish Monarchy has not been confined to the Governments of France, Russia, and Sweden, but has been addressed also to the Governments of Austria and Prussia. ¶ I am, &c.

No. 1468.  
Gross-  
britannien,  
25. Jan.  
1864.

*Russell.*

## No. 1469.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. a. d. königl. Gesandten in London. — Annahme der englisch-russischen Vermittlungsvorschläge. —

Copenhagen, le 25 janvier 1864.

Monsieur, — La perspective d'une négociation sérieuse, malgré les chances que cette dernière offrirait en faveur d'une solution pacifique, ne semble pas avoir eu l'effet désiré sur les déterminations des deux Grandes Puissances Allemandes. Le renouvellement au sein de la Diète de Frankfort de leur proposition relative au Slesvig et l'ouverture qu'elles nous ont adressée le 16 de ce mois prouvent plutôt l'intention de ne pas s'arrêter même devant une crise des plus préjudiciables. ¶ Cependant, dans cet état de choses si peu rassurant, il nous a été proposé une combinaison qui m'a fait concevoir encore une fois l'espoir que la question qui nous occupe pourrait être ramenée dans une voie plus satisfaisante. D'ordre de son Gouvernement Sir A. Paget m'a fait savoir

No. 1469.  
Dänemark,  
25. Jan.  
1864.

\*) No. 1452.

No. 1469.  
Dänemark,  
25. Jan.  
1864.

qu'il y a lieu de croire que les Cabinets de Berlin et de Vienne, tout en insistant sur l'abrogation de la Constitution du 18 Novembre, 1863, s'abstiendraient pour tant d'attaquer le Duché du Slesvig, si le Gouvernement du Roi déclarait vouloir convoquer le Rigsraad dans le but de réaliser leur demande dans la voie légale. ¶ Lord Russell a fortement engagé le Gouvernement du Roi à se décider à cette mesure et le Baron de Nicolay s'est associé aux représentations faites par l'organe de Sir A. Paget. Les Cabinets de Paris et de Stockholm nous ont constamment conseillé d'éviter autant que possible l'éventualité d'une guerre, et je ne saurais donc douter qu'ils n'approuvent également une nouvelle démarche de notre part dans le but précité. ¶ Par ces considérations le Gouvernement du Roi n'a pas cru devoir hésiter à faire la déclaration suivante: le Cabinet actuel est prêt à convoquer le Rigsraad dans le plus bref délai pour lui soumettre un projet de loi tendant à abolir la Constitution du 18 Novembre. En même temps cette Constitution sera remplacée par un ordre de choses conforme aux dispositions de l'Ordonnance du 28 janvier, 1852, telles que ces dispositions auront été interprétées d'avance de concert avec le Gouvernement du Roi dans des négociations à poursuivre sous les auspices des Puissances étrangères. Si cette idée est accueillie, le Cabinet procédera immédiatement aux élections, il appuiera de toute son influence le projet de loi au sein du Rigsraad, et il engage dès à présent sa propre existence à le faire voter. Si le Cabinet échoue dans cette tentative, il se retirera, en remplissant par sa démission l'engagement pris par cette déclaration. ¶ Cette déclaration, qui a déjà préalablement été portée à la connaissance de Sir A. Paget, je vous prie, Monsieur, de vouloir la communiquer à Lord Russell, en faisant part à son Excellence de la présente dépêche. J'aime à espérer que ce Ministre appréciera à sa juste valeur la concession importante à laquelle le Gouvernement du Roi vient de se décider. Cette concession est d'autant plus grande qu'elle ne sera pas, nous le prévoyons, favorablement accueillie par le pays; mais elle est due à l'ouverture faite au Gouvernement du Roi par le Ministre d'Angleterre, et nous avons la confiance que le Cabinet de Londres saura en faire usage auprès de ceux de Berlin et de Vienne de la manière la plus propre à en assurer le but. ¶ J'ai, &c.

*G. Quaade.*

---

### No. 1470.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und gleichmässig nach St. Petersburg und Stockholm). — Neuer Vermittelungsvorschlag. —

Foreign Office, January 26, 1864.

No. 1470.  
Gross-  
britannien,  
26. Jan.  
1864.

My Lord, — Her Majesty's Government being anxious not to leave untried any chance of averting hostilities between Germany and Denmark, are willing, with the concurrence of the non-German Powers, parties to the Treaty of 1852, to propose to the Governments of Austria and Prussia on the one hand, and to the Government of Denmark on the other, that the Representatives



of England, France, Austria, Prussia, Russia, Sweden, and Denmark, in London, should sign a Protocol to the following effect: —

No. 1470.  
Gross-  
britannien,  
26. Jan.  
1864.

Denmark, on her part, would engage to convoke without delay the Rigsraad, and to lay before that Assembly on its meeting, a proposal that it should revoke the Constitution of November 18, so far as that Constitution applies to the Duchy of Schleswig; and Denmark would further engage that the Danish Government should employ their utmost efforts in order to induce the Rigsraad to consent to such revocation. ¶ Austria and Prussia, on their part, would declare that they accepted the diplomatic engagement so contracted by Denmark, and, as a consequence of such acceptance, would agree to delay the passage of the Eider by any military force until the result of the measures to be taken by Denmark should be ascertained.

Her Majesty's Government are of opinion that an arrangement of the nature which I have now explained would not only afford the best chance of maintaining peace, but would also constitute for Austria and Prussia a valid security that the revocation of that part of the Constitution of November which affects Schleswig would be carried into effect. ¶ You are accordingly instructed to explain to the Government to which you are accredited, the course which Her Majesty's Government think might be adopted with advantage at the present crisis, and you will report to me the result of your communication with the least possible delay. ¶ Her Majesty's Representatives at St. Petersburg and at Stockholm will receive instructions to the same effect with those now addressed to your Excellency. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## Nó. 1471.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Stockholm an den königl. Min. d. Ausw. — Schwedens Gründe gegen den Vermittelungsvorschlag Englands. —

Stockholm, January 19 (received January 27), 1864.

(Extract.) Count Manderström said that he was of opinion that it might be injudicious on the part of the King of Denmark to assemble the Rigsraad for the purpose of altering the Constitution of November; that it was to be borne in mind that the Swedish Government had not recommended such a step when advised by England and Russia through Lord Wodehouse and M. Ewers; that, moreover, the ultimatum of Prussia and Austria demanded the withdrawal of the Constitution within forty-eight hours, which expired on the day when he was speaking; that such a demand rendered both the legal and illegal withdrawal impossible, since even a *coup d'état* required time for preparation; and that, were the Danish Government to convoke the Rigsraad for the object in question, the Austrian and Prussian Governments might regard such a step as an additional grievance, since it could assemble only in virtue of the Constitution whose abrogation they insisted on. ¶ I replied, regarding the last point, that the two German Powers could hardly object to the Danish Constitution's being

No. 1471.  
Gross-  
britannien,  
19. Jan.  
1864.

No. 1471. put in operation merely for its own suppression. ¶ Count Manderström added  
 Gross- that, though the Rigsraad were not sitting, the Rigsdag, or Provincial States,  
 britannien, were, and that their sanction, although of course not sufficient for legality,  
 19. Jan. would naturally much strengthen the hands of the Government if disposed to  
 1864. accept the German ultimatum. ¶ His Excellency reverted to his frequently  
 expressed belief in the impossibility of reasonably satisfying Germany, and  
 observed that, even were the new Constitution abolished, the old grievances  
 would remain, and what was to be done with them? ¶ I remarked in reply,  
 that the time seemed to have arrived when those questions must be definitively  
 settled in some way or other. ¶ His Excellency concluded by saying that he  
 would take the orders of the King this morning respecting your Lordship's pro-  
 posal, and lose no time in letting me know the result, which is, that his Ex-  
 cellency regrets His Majesty's inability to accept the proposition and that he has  
 telegraphed to Count Wachtmeister upon the subject, as well as written to him  
 for the purpose of explaining the motives of the decision adopted. c.

*Jerningham.*

### No. 1472.

**GROSSBRITANNIEN.** -- Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d.  
 Ausw. — Russlands Güneigkeit in Betreff des Vermittelungsvor-  
 schlags. —

St. Petersburg, January 21 (received January 27), 1864.

No. 1472. (Extract.) I have communicated to Prince Gortchakoff your Lord-  
 Gross- ship's proposal for the signature of a Protocol in London. His Excellency  
 britannien, seems very doubtful as to its acceptance by other Governments, but says that  
 21. Jan. the Russian Government would willingly participate in such a course.  
 1864.

*Napier.*

### No. 1473.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d.  
 Ausw. — Russland gegen weitere Vorstellungen an Oesterreich und  
 Preussen. —

St. Petersburg, January 22 (received January 28), 1864.

No. 1473. (Extract.) I have had the honour to communicate to Prince Gortcha-  
 Gross- koff your Lordship's telegraphic despatch of the 22nd instant, expressing the  
 britannien, satisfaction which Her Majesty's Government experience in the agreement which  
 22. Jan. subsists between them and the Russian Cabinet in reference to the inutility of  
 1864. addressing any further remonstrance to the German Diet. The Vice-Chancellor  
 was happy to receive this communication, but his Excellency was not equally  
 satisfied with the proposal contained in the latter part of the despatch that  
 „Austria and Prussia should be urged to give time for the Danish Rigsraad to  
 meet.“ ¶ The Vice-Chancellor remarked that he had already conveyed an ex-

pression of his sentiments on this subject to those Governments, and that he did not see the use of repeating representations of that nature. &c.

*Napier.*

No. 1473.  
Gross-  
britannien,  
22. Jan.  
1864.

### No. 1474.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Frankreich fordert von Preussen Aufschub; Preussen antwortet ablehnend. —

Berlin, January 24 (received January 28), 1864.

(Extract.) The French Ambassador called upon me to-day and informed me that he had received instructions by telegraph to urge the Prussian Government to grant six weeks delay from the 1st of February next to the Danish Government, before proceeding to occupy Schleswig, in order that the Rigsraad might be convoked, and a proposal be submitted to it for the abrogation of the Constitution of November 18, 1863, as far as it relates to Schleswig. M. de Talleyrand said that he had consequently requested an interview with M. de Bismarck this morning, and pressed the proposal of his Government upon his Excellency's attention, who replied that he had received a similar communication from me,\*) but that it was quite impossible for the Prussian Government to arrest the military proceedings which they had agreed upon with Austria. ¶ He said that it was out of the question that an Austrian and Prussian army should be halted on the banks of the Eider for six weeks in order that an assembly against the legality of which they had protested might discuss the expediency of granting the demand which they had addressed to the Danish Government, and which the Rigsraad was more likely to reject than to sanction. He said the occupation of Schleswig by Austria and Prussia for the purpose of obliging Denmark to fulfil her engagements to Germany of 1851-52, ought to be considered by Great Britain and France as a proof of the intention of the two great German Powers to maintain the Treaty of London and the integrity of the Danish Monarchy. ¶ I shall only endeavour to see his Excellency to-morrow, having thought it better to postpone seeking an interview with him until he should have time to submit my letter of yesterday's date to the King. ¶ In the meanwhile troops are proceeding rapidly to Holstein: his Royal Highness Prince Frederick Charles, who will command the Prussian forces, has already left Berlin; the Austrian General went this morning, and Marshal Wrangel, the Commander-in-chief, will leave to-night. &c.

No. 1474.  
Gross-  
britannien,  
24. Jan.  
1864.

*Andrew Buchanan.*

\*) No. 1475.

## No. 1475.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die englische Forderung gleichen Inhalts. —

Berlin, January 24 (received January 28), 1864.

No. 1475.  
Gross-  
britannien,  
24. Jan.  
1864.

My Lord, — I had the honour to receive last night your Lordship's telegram of the 23rd instant, instructing me to inform the Prussian Government of the intention of the Danish Government to issue writs for the election of the Rigsraad, and to convoke it immediately for the purpose of considering a proposal to be submitted to it for the repeal of the Constitution of November 18, 1863; and further instructing me to ask the Prussian Government, in order that the necessary time may be afforded for this object, to grant a delay of six weeks from the 1st of February next, before any attempt shall be made to occupy the Duchy of Schleswig. I have therefore addressed a note to M. de Bismarck of which I inclose a copy informing his Excellency of the intentions of the Danish Government, and asking for the delay which has been specified by your Lordship. ¶ I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

Anlage. — Botschafter in Berlin a. d. königl. preuss. Minister d. Ausw.

Berlin, January 23, 1864.

Sir, — In conformity with instructions which I have received from Earl Russell, the Principal Secretary of State for Foreign Affairs of the Queen my Sovereign, I have the honour to inform your Excellency that Her Majesty's Government have been informed by Her Majesty's Minister at Copenhagen that the Government of the King of Denmark is ready to convoke the Rigsraad and submit a proposal to it for a repeal of the Fundamental Law of the 18th of November, 1863. I am also to inform your Excellency that the Danish Government will immediately issue writs for the elections for the Rigsraad, and I am to ask the Government of His Prussian Majesty to grant a delay of six weeks from the 1st of February next before any attempt shall be made to occupy the Duchy of Schleswig, in order that the necessary time may be afforded for the meeting of the Rigsraad, and for its deliberations upon the subject which will be submitted to it. ¶ I avail, &c.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1476.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Forderung des Aufschubs betr. —

Berlin, January 25 (received January 28), 1864.

No. 1476.  
Gross-  
britannien,  
25. Jan.  
1864.

(Extract.) As I asked to see M. de Bismarck this morning, his Excellency was good enough to call upon me during the interval which elapsed

between his attending a sitting of the House of Nobles and proceeding to the Palace to close the session of the Landstag for which purpose the Chambers had received notice to meet at 3 o'clock. ¶ I began our conversation by stating to him that the French Ambassador had acquainted me with the substance of his conversation with his Excellency on the previous day. I said I had regretted to learn that the Prussian Government are not disposed to grant the delay to the Danish Government which Her Majesty's Government had asked for, in order that the Danish Constitution of November 18, 1863, as far as it relates to Schleswig, might be repealed by legal means. His Excellency said that military, and more especially political reasons connected with the position of the Government towards the other States of Germany rendered it impossible for the Prussian Government to grant the delay proposed, and that in replying through Count Bernstorff to my note, he would be obliged to inform Her Majesty's Government that if the occupation of Schleswig by Austria and Prussia was objected to by the other signatories of the Treaty of London, it would be impossible for Austria and Prussia to continue to maintain the stipulations of that Treaty in opposition to the wishes of Germany. ¶ I represented to his Excellency that the Prussian Government by refusing to accede to the proposal which I had been instructed to make to it, would place itself entirely in the wrong. I said it had demanded from Denmark the abrogation of the Constitution; that King Christian IX had therefore dismissed the Minister who had framed the Constitution; and His Majesty had formed a new Government, whose first act had been to propose a mediation or Conference for the settlement of the question, and who were now willing to grant Prussia the satisfactions which she had demanded if time were allowed them to do so without a violation of the law; and I reminded his Excellency at the same time of the danger to which precipitate action on the part of Prussia would expose the Throne of the King of Denmark, of the strong objections which Her Majesty's Government entertained to the practice of occupying territory as a material pledge for the obtainment of international demands, and of the responsibility which the Prussian Government would incur by unnecessarily exposing Europe to the dangers of war by refusing to assent to a measure which the Danish Government were ready to adopt in deference to the recommendations which Her Majesty's Government and other Powers had made to them with a view to the maintenance of peace. ¶ M. de Bismarck said he did not deny that there was much weight in these considerations, but Her Majesty's Government should also remember the difficulties of the Prussian Government, and that they ought to be satisfied if the King would authorize him to give them the assurance which they had asked for as to the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy, and when they had received that assurance they ought to induce the Danish Government to permit the peaceable occupation of the Duchy of Schleswig. I said I had already told him that Her Majesty's Government could not advise the King of Denmark to surrender his territory to the occupation of a foreign Power without defending it. But they could abstain themselves, he replied, and discourage other Powers from granting His Majesty assistance, in which case it might be hoped that the military operations would

No. 1476.  
Gross-  
britannien,  
25. Jan.  
1864.

No. 1476. be so far advanced in a month or six weeks that negotiations might be again resumed. ¶ His Excellency observed also, in the course of our conversation, that the Russian Government had not joined Her Majesty's Government in recommending a delay in the military operations of Prussia; but later in the day I learnt from M. d'Oubril that he had received instructions to do so, and had immediately acted upon them. M. de Bismarck, however, gave him the same answer which had been already received by the French Ambassador and myself. &c.  
*Andrew Buchanan.*

---

### No. 1477.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an d. königl. Minister d. Ausw. —  
 Preussens und Oesterreichs Pläne. —

Berlin, January 26 (received January 28), 1864.

No. 1477. (Extract.) In my telegram of the 22nd instant I mentioned to your Lordship a report which had been communicated to me, that among the demands which will be made on Denmark by Austria and Prussia, there will be one for the annexation of Schleswig, or at least the German part of the Duchy, to Holstein and the territory of the German Confederation, and another for the erection of Rendsburg into a Federal fortress, together with a claim for the payment of the expenses of the present military operations and of the last occupation of Holstein by the troops of Austria. I have endeavoured to ascertain how far this statement, which has been current amongst the Representatives of the smaller German States, is correct, and I have been informed that they have official authority for its correctness. &c.

*Andrew Buchanan.*

---

### No. 1478.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Die Forderung des Aufschubs betr. —

Vienna, January 25 (received January 28), 1864.

No. 1478. My Lord, — I met Count Rechberg accidentally on Friday evening, and mentioned to his Excellency that I had heard from Sir Augustus Paget that the Danish Government were disposed immediately to convoke the Rigsraad and to submit to it a proposal to repeal the Constitution of November 18, and that under these circumstances I trusted the Imperial Government would consider the facility thus afforded of arriving at a pacific solution of the question regarding Schleswig, and would stop the further advance of troops to the Danish frontier, and allow time to the Danish Government to carry out their project. ¶ His Excellency replied that it was now too late; that this should have been done some weeks ago. The troops were now on their march, and the instant revocation of the Constitution, as he had always informed me, was the only

course for the Danish Government to have pursued. They knew very well from the communications that have been made to them that half measures would be insufficient, and he stated that their prolonged repugnance to concessions had rendered a departure from the plans laid down entirely impossible. ¶ I urged Count Rechberg to consider the difficulties of the Danish Government and the state of public feeling at Copenhagen, which had prevented the proposed measures from being sooner brought forward, but he was unwilling to enter into any further discussion, and our conversation closed by the expression of his regret that the information I had thought it my duty to give him could not affect the decision of the Imperial Government or retard the movement of the troops towards their destination. ¶ I have, &c.

No. 1478.  
Gross-  
britannien,  
25. Jan.  
1864.

*Bloomfield.*

### No. 1479.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Die Forderung des Aufschubs betr. —

Vienna, January 25 (received January 28), 1864.

My Lord, — In obedience to the instructions contained in your Lordship's telegram of the 23rd instant, I addressed a communication to Count Rechberg \*) yesterday, of which I have the honour to inclose a copy herewith, in forming him that the Danish Government were ready to convoke the Rigsraad and to submit to it the proposal to repeal the Constitution of the 18th of November and that Her Majesty's Government hoped the Imperial Government would grant a delay of six weeks from the 1st of February next, to admit of the Rigsraad meeting and deliberating. ¶ I have, &c.

No. 1479.  
Gross-  
britannien,  
25. Jan.  
1864.

*Bloomfield.*

### No. 1480.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien a. d. königl. Min. d. Ausw. — Die Forderung des Aufschubs betr.

Vienna, January 25 (received January 28), 1864.

(Extract.) I called on Count Rechberg to-day for the purpose of learning from his Excellency what answer the Imperial Government would make to the communication I had addressed to him yesterday respecting the intentions of the Danish Government to convoke the Rigsraad with a view to repealing the Constitution of the 18th of November. ¶ Count Rechberg said that a communication to the same effect as the one I had made to him had been also received from Paris and that he had already informed Count Apponyi by telegraph and in writing that the Imperial Government could not give Denmark more time, and that it was impossible for them at the eleventh hour to alter

No. 1480.  
Gross-  
britannien,  
25. Jan.  
1864.

\*) Aehnlichen Inhalts wie die Anlage zu No. 1475.

No. 1480. their military arrangements. ¶ Count Rechberg said that he was of opinion  
 Gross- that the proceedings of Austria and Prussia, whatever might be their appearance  
 britannien, if judged by themselves, would, if the state of public feeling in Germany were  
 25. Jan. taken into consideration, be found more advantageous to Denmark than the  
 1864. uncontrolled action of the Diet. He added that the truth was, that Germany  
 had been so often disappointed in the failure of Denmark to fulfil her engage-  
 ments that the conviction had gained ground that nothing short of compulsion  
 would insure the satisfaction of the demands which Germany had to make upon  
 her. He feared that Her Majesty's Government did not sufficiently recognize  
 the violent excitement of the German public upon this question, nor how im-  
 possible it was for a German Government to satisfy the opinions of its subjects  
 without having recourse to an energetic policy which should aim at exercising  
 such pressure upon the Danish Government as would coerce it to fulfil the  
 obligations contracted eleven years ago. He summed up the dangers which he  
 foresaw, if the Imperial Government failed to control the popular agitation in  
 regard to this question, by stating that a civil war in Germany might be the  
 consequence of any vacillation in the attitude assumed at this moment by the  
 two Great Powers. ¶ His Excellency concluded by saying that he was as  
 anxious as ever to conciliate the goodwill of Her Majesty's Government, and he  
 hoped that the statement which he had made to me would show that the Im-  
 perial Government could not, with a due regard to its own safety and to the  
 preservation of peace in Germany, modify the attitude which it had assumed in  
 this question. &c. *Bloomfield.*

### No. 1481.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Abreise des dänischen Gesandten. —

Vienna, January 26 (received January 29), 1864.

No. 1481. My Lord, — I have the honour to inform your Lordship that General  
 Gross- Bülow, the Danish Minister, who is just recovering from severe illness, received  
 britannien, instructions a few days ago from his Government to leave Vienna as soon as  
 26. Jan. the state of his health permitted his doing so without inconvenience, and that he  
 1864. has taken leave of Count Rechberg. ¶ Count Rechberg has expressed to me  
 his regret at the prospect of the early departure of the Danish Minister from  
 Vienna, and appears to have said to him that he hoped the intended occupation  
 of Schleswig might not lead to war, and that General Bülow would earnestly  
 press on his Government the advantage Denmark would derive in future nego-  
 tiations if hostilities could be avoided. His Excellency appears also to have  
 stated to the Danish Minister that in consequence of the refusal of his Govern-  
 ment to agree to the last Austrian and Prussian proposal it would be in vain to  
 expect that the military arrangements would be suspended or the advance of the  
 troops retarded. ¶ M. de Bille, the Secretary to the Danish Legation, will  
 remain here for the present. ¶ I have, &c. *Bloomfield.*



## No. 1482.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. —  
Den englischen Vermittelungsvorschlag betreffend. —

Paris, January 27 (received January 28), 1864.

My Lord, — Upon the receipt last night of your Lordship's telegram of yesterday,\*) I wrote to M. Drouyn de Lhuys the substance of the proposal contained in it, and I requested his Excellency to take the Emperor's orders as soon as possible, and to inform me whether His Majesty would agree to it. ¶ As I am still unable to go out, M. Drouyn de Lhuys was good enough to call upon me after the Council to-day. He said, that in addition to my letter last night he had this morning received a despatch from the Prince de la Tour d'Auvergne, repeating your Lordship's proposal. Upon reading it, his Excellency continued, it had struck both the Emperor and himself that it was but the renewal of a proposal which had already been made and been refused, that the British and French Governments had already informed the Austrian and Prussian Governments that the King of Denmark was willing to convoke his Parliament for the purpose of submitting to that Body the expediency of abrogating the Constitution of the 18th November, and had asked that a delay of six weeks should be granted His Majesty, in order to enable him to put the intention into execution before Austria and Prussia should have recourse to military measures of coercion. This request had been peremptorily refused. Had Her Majesty's Government any reason to believe that the renewed effort which they had now proposed would be attended with better success? ¶ I replied, that I wished first of all to place before his Excellency the true sense of your Lordship's proposal, which, it seemed to me, he had somewhat misunderstood. It was, I said, a proposition, prompted no doubt by the urgency of the crisis, addressed by Her Majesty's Government to the Powers who had signed the Treaty of 1852, and who were therefore the most interested in the Dano-German question, to meet in London to sign a Protocol, which on the one side would contain a declaration of the intentions of the King of Denmark, and on the other the consent of the Austrian and Prussian Governments to suspend military operations against the Duchy of Schleswig, pending the time necessary for carrying those intentions into effect. This proposal therefore differed entirely from that to which M. Drouyn de Lhuys had alluded. By the former, Austria and Prussia were simply to be informed of the King of Denmark's intentions, by the latter those intentions would take the form of an engagement towards Austria and Prussia, to which Great Britain, France, Russia, and Sweden would be witnesses. Austria and Prussia might accept this arrangement as satisfactory, although they might not have considered an informal announcement through third parties of the decision taken by the Danish Government to convoke the Rigsraad, a sufficient guarantee for the suspension of the meditated invasion of Schleswig. ¶ M. Drouyn de Lhuys replied, that if my

No. 1482.  
Gross-  
britannien,  
27. Jan.  
1864.

\*) No. 1470.

No. 1482. explanation of your Lordship's proposal was correct, and that the proposal was  
 Gross- to be accepted by Austria and Prussia, the Imperial Government would willingly  
 britannien, take part in the Protocol; but if, on the contrary, the Protocol was only to  
 27. Jan. register another refusal of the great German Powers to suspend their military  
 1864. operations, the Imperial Government would hesitate before taking any part in  
 such a work, which would either impose a loss of dignity on those who submitted  
 to the refusal, or engage them in ulterior measures, for which, I had been  
 already told, France was not now prepared. ¶ I rejoined, that the language of  
 Her Majesty's Government appeared unmistakable, and that it seemed to me  
 that the success of their proposal must depend on its acceptance by Austria and  
 Prussia. There was nothing in your Lordship's telegram to me which indicated  
 any desire to consign to a Protocol the dissent of those two Powers, should they  
 unfortunately persist in their present hostile intentions. M. Drouyn de Lhuys  
 again repeated, that under those circumstances he had no objections to offer to  
 your Lordship's proposal, and he intimated that he would desire the French Re-  
 presentatives at Vienna and Berlin to support it. ¶ It seemed to me that there  
 was some apprehension in M. Drouyn de Lhuys' mind, lest the intention of Her  
 Majesty's Government should be to engage the Imperial Government in Con-  
 ferences on the whole question of the Duchies. I do not doubt that your Lord-  
 ship will approve my having reassured him by pointing out the very definite  
 object of your Lordship's proposal. ¶ I have, &c.

*Cowley.*

### No. 1483.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und  
 gleichmässig nach Berlin). — Vermittelungsvorschlag Englands. —

Foreign Office, January 28, 1864.

No. 1483. My Lord, — In the present most critical position of affairs, and as a  
 Gross- last means of arriving at a peaceful settlement of the question of the Danish  
 britannien, Duchies, Her Majesty's Government would now propose to the Austrian Govern-  
 28. Jan. ment:—That the Representatives of Austria, France, Great Britain, Prussia,  
 1864. Russia, Sweden, and Denmark, should be empowered to sign a Protocol in  
 London, which should declare that the Danish Government should undertake to  
 summon the Rigsraad at once, with the object of proposing to that Assembly  
 the revocation of such parts of the Common Constitution of November 18 as  
 relate to the Duchy of Schleswig. And further, that every endeavour should  
 be made by the Danish Ministry to induce the Rigsraad to consent to this pro-  
 posal. ¶ In the event of Prussia and Austria acceding to this proposal, and  
 accepting from Denmark that diplomatic arrangement, Her Majesty's Govern-  
 ment then propose that the Governments of Prussia and Austria should agree to  
 stop any advance of their forces across the Eider until the Rigsraad should  
 have decided on the proposal of the Danish Government, and the result of that  
 opinion should be known. ¶ Her Majesty's Government consider that the

preservation of peace would be best assured by an arrangement of this nature, which would at the same time afford to Austria a substantial guarantee for the revocation of the new Constitution. ¶ This proposal of Her Majesty's Government has been accepted by Sweden, and communications from the Governments of France and Russia have convinced Her Majesty's Government that those Powers would also willingly concur in it, if it were accepted by Austria and Prussia. ¶ I am, &c.

No. 1483.  
Gross-  
britannien,  
28. Jan.  
1864.

*Russell.*

---

### No. 1484.

**PREUSSEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in London. — Erläuterung der preussischen Politik in dem Streite mit Dänemark. —

(Uebersetzung.)

Berlin, January 24, 1864.

The conduct pursued for a series of years by the Danish Government in opposition to the Agreement of 1851-52, and tending to an incorporation of the Duchy of Schleswig, notwithstanding the repeated representations and protests made both by the German Bund and the Governments of Prussia and Austria, has actually resulted, as it is well known, in the Joint Constitution for Denmark and Schleswig, which was sanctioned on the 18th November last, and intended for coming into operation on 1st January, 1864. ¶ From the first it has been clear to the Governments of Prussia and Austria that this proceeding could not be met by Germany with protests only, but that the undoubted right of the German Bund must be asserted by acts corresponding therewith, and that the incorporation must be prevented. ¶ Already, on the 28th of December last, they had moved in the Federal Assembly that the German Bund should now make a definite demand on Denmark, to withdraw the Constitution of the 18th November under the menace that, in case of refusal, it would itself take suitable steps to prevent the illegal incorporation of the Duchy, and if necessary to abolish it by the occupation of Schleswig. ¶ When, on the 1st January instant, the Constitution was to be looked upon as actually commenced, the two Governments, on the 11th instant, urgently repeated their motion, but in the meantime it did not obtain a majority in the meeting of the 14th instant. ¶ The Governments of Prussia and Austria regretted that the Bund could not resolve upon a measure which in their view was founded on the circumstances of the case; but as little as they could themselves be prevented from taking their own measures by this refusal of the Bund to participate therein, so little could they think themselves excused from those duties which are imposed upon them by their particular position to Germany in general, and by the Agreements of 1851-52 in especial. ¶ The obligations of the King of Denmark having been contracted first of all towards the Courts of Berlin and Vienna, and accepted by the German Bund on their recommendation, they are obliged to consider themselves as responsible for their fulfilment, and cannot permit their being

No. 1484.  
Preussen,  
24. Jan.  
1864.

No. 1484.  
Preussen,  
21. Jan.  
1864.

expressly and actually disregarded. ¶ Just as little can they admit that Denmark should overthrow the foundation of the Agreements of 1852, whilst at the same time it is expected that they should themselves adhere to the Treaty of London which rests upon them. They would thereby be exposed to the well-founded reproach that they hold fast to that portion of the Agreement which is in favour of King Christian IX and of Denmark, but neglect that portion which supports the rights of the Duchies and of Germany. It is obvious that this would be a position quite impossible for the two German Powers. ¶ They have therefore resolved to make themselves and in their own names the demand and the declaration to the Danish Government on this matter. ¶ This has been done by the joint-note inclosed, which was delivered at Copenhagen on the 16th instant by the Ministers of the two Governments. ¶ On the expiration of the term of forty-eight hours allowed therein the note of the Danish Minister for Foreign Affairs of the 18th instant, a copy of which is inclosed, was also forwarded. In this note the Danish Government declared itself unable to accede to the demand made upon it. ¶ If in this matter it is observed that the Government does not see itself able to do this, because the interval is too brief for annulling the Constitution in a legal way, this obstacle, made by the Danish Government itself, cannot have any significance for the German Powers, because they by no means admit the rightful existence of such legal way. ¶ In consequence of this refusal the two Ministers forthwith broke off personally the relations they had hitherto held with the Danish Government, and prepared to leave Copenhagen so soon as the weather should permit. The Secretaries of the two Legations are empowered in the meantime to remain behind in Copenhagen, giving officiously their attention to the business thereof. ¶ Subsequently the Governments of Prussia and Austria have given orders to their troops to pass the Eider, and to occupy the Duchy of Schleswig. ¶ They consider such actual occupation to be the only means left to them to oppose the actually and illegally accomplished incorporation of this Duchy, and to prevent its being carried into effect, and therefore they can only designate this measure as a necessary defence against an aggression already made by Denmark, and a violation of the rights of Germany, while they expressly disown any aggressive design on their part. ¶ They could only most deeply deplore that an armed resistance should be made on the part of Denmark to this proceeding, which is undertaken purely for the maintenance of acknowledged rights, and that combats and bloodshed should be caused thereby, for which they must reject all responsibility from themselves. It lies solely in the hand of the Danish Government to ward off this, and it alone will be responsible for all further consequences. ¶ I request your Excellency to communicate this to the British Government, and for that purpose I authorize you to give a copy of this despatch and its annexes.

v. Bismarck.

---

## No. 1485.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Preussen verwirft den Vermittelungsvorschlag \*). —

Berlin, January 29 (received January 29), 1864.

(Extract.) I received yesterday your Lordship's proposal for a Protocol in London and at once communicated it to M. de Bismarck, who was at a Cabinet Council when it arrived. ¶ His Excellency has to-day informed me of the refusal of the Prussian Government to agree to this plan. &c.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1486.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Stockholm an den königl. Min. d. Ausw. —  
Schweden nimmt an.

Stockholm, January 28 (received January 29), 1864.

(Extract.) I have the honour to report to your Lordship that the Swedish Government have expressed their readiness to agree to your Lordship's proposal of the 26th instant for the signature of a Protocol in London. &c.

*Jerningham.*

## No. 1487.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. —  
Dänemarks Bereitwilligkeit, die Verfassung vom 18. Nov. rückgängig zu machen. —

Copenhagen, January 25 (received January 30), 1864.

(Extract.) I have read to M. Quaade your Lordship's despatch of the 18th instant, which was delivered to me on Saturday evening the 23rd instant by the messenger Harbord. ¶ His Excellency observed that the Danish Government had already, in their despatch of the 21st instant, announced their readiness to convoke the Rigsraad, and submit to it a proposal for the repeal of the Constitution; that they would use all speed in preparing the electoral lists with a view to the convocation of the Rigsraad at as early a date as possible, but that they must wait for an answer from Austria and Prussia to the offer they had made before actually proceeding with the elections: for it stands to reason, his Excellency observed, that if Austria and Prussia anticipated the proceedings of the Danish Government by an invasion of Schleswig, the Danish Government would be rendered powerless to carry their plan into effect. Moreover, Austria and Prussia, he said, might make it materially impossible for the Danish Government to assemble the Rigsraad, even though measures were taken for electing

\*) No. 1482.

No. 1487. the Deputies before the actual invasion of Schleswig was carried into execution, for there was great excitement in the South of Schleswig, and if it was known that the offer now made by the Danish Government had been rejected by Austria and Prussia, and that the invasion was impending, Deputies would not be elected in that part of the Monarchy; and what was done by an incomplete Rigsraad would be of no legal value: consequently it was absolutely necessary, his Excellency repeated, that Austria and Prussia should accept the Danish proposal in order to make it possible for the Government to carry it into effect. ¶ I asked M. Quaade what the Danish Government would do supposing Austria and Prussia said they were willing to give time for the Rigsraad to assemble, but would not enter into any kind of negotiation until the repeal of the Constitution was a *fait accompli*. ¶ His Excellency replied that he could not give an answer respecting what would be done in an event which had not yet occurred. If Austria and Prussia, his Excellency added, were sincere in wishing for a peaceable solution, it could not be in their interest to make the task undertaken by the Danish Government, namely, the repeal of the Constitution, more difficult than it already was, which they would do by refusing to concert with them respecting an arrangement with which to replace the Constitution. ¶ On this point I cannot help observing that although it might perhaps have been expected that Austria and Prussia would not agree to negotiations so long as the Danish Government had never shown a disposition to abandon the Constitution of the 18th of November, because they had no guarantee that in the Conferences which would take place the Danish Government would not endeavour to make it the basis of negotiation, the position of things is now entirely changed by the recent declaration of the Danish Government (and this is why it is of so much importance) that they are ready to abrogate it. ¶ The position now occupied by the Danish Government is simply this: „We are quite prepared,“ they say, „to repeal the Constitution of the 18th of November if you will only give us the time absolutely necessary for doing so in a legal form; and in order to facilitate our doing so, and that we may not fall into a state of confusion on the Constitution being repealed, we ask you to employ that time with us in making an arrangement based upon our previous obligations, which when worked out in concert with you, we may substitute for the Constitution to which you object, which we do not defend, and which we are perfectly ready and willing to withdraw.“ &c.

A. Paget.

### No. 1488.

SCHWEDEN und NORWEGEN. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Gesandten in Wien und Berlin. — Die österr.-preuss. Collectivnote v. 16. Januar betr. —

Stockholm, le 22 janvier, 1864.

No. 1488. Schweden und Norwegen, le 22. Jan. 1864. Le Gouvernement du Roi vient d'obtenir connaissance authentique de la note collective adressée par les Gouvernements d'Autriche et de Prusse au Gouvernement de Danemark, en date du 16 de ce mois. ¶ Le Gouvernement

du Roi ne saurait cacher qu'il a été bien péniblement affecté du contenu de ce document. ¶ Il ne saurait lui convenir d'entrer ici dans un examen à quel point les engagements réciproques contractés en 1851 et 1852 par les Gouvernements respectifs ont pu être exactement exécutés; mais il lui paraît évident que même leur non-exécution de la part du Danemark ne saurait former pour l'Autriche et la Prusse un titre pour s'immiscer dans les relations intérieures d'un État indépendant. ¶ La forme choisie pour cette immixtion fait ressortir encore davantage son but inadmissible, puisque, dans aucun cas, il ne devenait possible au Gouvernement Danois d'accomplir, dans les voies légales, les exigences mises en avant par les Gouvernements Autrichien et Prussien. ¶ Il ne saurait, en effet, être admis qu'aucun Gouvernement soit en droit d'exiger de la part d'un autre un acte absolument illégal, et le Gouvernement du Roi ne peut que protester, de la manière la plus explicite, contre un pareil usage de la force, et reporter toute la responsabilité des conséquences désastreuses qui pourront en résulter sur les Gouvernements qui les auraient causées. ¶ Le Gouvernement du Roi s'est toujours soigneusement abstenu de s'immiscer dans les questions Fédérales, mais il s'agit ici d'intérêts d'un ordre européen, à l'égard desquels tout État indépendant a le droit d'émettre son avis. Avec la franchise qui caractérise tous ses actes, le Gouvernement du Roi n'a pas dû laisser ignorer le sien au Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Prusse (l'Empereur d'Autriche), et j'ai reçu l'ordre du Roi notre auguste Souverain de vous engager, Monsieur, à faire lecture de la présente dépêche à son Excellence M. de Bismarck (le Comte de Rechberg). ¶ Je profite, &c.

No. 1488.  
Schweden  
und  
Norwegen,  
22. Jan.  
1864.

*Manderström.*

---

### No. 1489.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Eine französische Depesche, die materielle Unterstützung Dänemarks betr. —

Foreign Office, January 30, 1864.

(Extract.) The Ambassador of France came to the Foreign Office on the 28th instant and stated to me the contents of a despatch he had received from M. Drouyn de Lhuys on the subject of material aid to be afforded to Denmark in certain cases. ¶ M. Drouyn de Lhuys, after recapitulating the substance of my despatch of the 24th of January to your Excellency, explains very clearly the views of the French Government upon the subject. The Emperor recognizes the value of the London Treaty as tending to preserve the balance of power and maintain the peace of Europe. But the Government of France, while paying a just tribute to the purport and objects of the Treaty of 1852, is ready to admit that circumstances may require its modification. ¶ The Emperor has always been disposed to pay great regard to the feelings and aspirations of nationalities. It is not to be denied that the national feelings and aspirations of Germany tend to a closer connection with the Germans of

No. 1489.  
Gross-  
britannien,  
30. Jan.  
1864.

No. 1489. Holstein and of Schleswig. The Emperor would feel repugnance to any course which should bind him to oppose in arms the wishes of Germany. ¶ It may be comparatively easy for England to carry on a war which can never go beyond maritime operations of blockade and capture of ships. Schleswig and England are far apart from each other. But the soil of Germany touches the soil of France, and a war between France and Germany would be one of the most burthensome and one of the most hazardous in which the French Empire could engage. ¶ Besides these considerations the Emperor cannot fail to recollect that he has been made an object of mistrust and suspicion in Europe on account of his supposed projects of aggrandizement on the Rhine. A war commenced on the frontiers of Germany could not fail to give strength to these unfounded and unwarrantable imputations. ¶ For these reasons the Government of the Emperor will not take at present any engagement on the subject of Denmark. If, hereafter, the balance of power should be seriously threatened the Emperor may be inclined to take new measures in the interest of France and of Europe. ¶ But for the present the Emperor reserves to his Government entire liberty. ¶ I did not interrupt the statement of the Ambassador or controvert the reasoning of the despatch. I confined myself to an endeavour to ascertain clearly the position of the French Government. &c.

*Russell.*

### No. 1490.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Oesterreich verwirft d. engl. Vermittelungsvorschlag. —

Vienna, January 31 (received January 31), 1864.

No. 1490. (Extract.) Count Rechberg has just informed me that it would be useless for the Austrian Government to give an opinion on the proposal of Her Majesty's Government for the signature of a Protocol in London, in order to obtain a postponement of the advance of the Austrian and Prussian forces into Schleswig, as that proposal has been already declined by the Prussian Government. He said that it was now necessary that the armies should advance, and that if there was no resistance on the part of the Danish troops the arrangement of the Danish difficulty would be much simplified. He wishes further to press on the consideration of Her Majesty's Government the advantage that would result from the establishment of a Congress in London on Danish affairs during the military operations. ¶ His Excellency is still waiting for the decision of the Prussian Government before replying to my note on the subject of the integrity of the Danish Monarchy. &c.

*Bloomfield.*



## No. 1491.

**PREUSSEN und ÖSTERREICH.** — Der Oberbefehlshaber der alliirten Armee a. d. Höchstcommandirenden d. kön. dän. Armee. — Die bevorstehende Besetzung Schleswigs betr. —

Hauptquartier Bordesholm, 30. Januar 1864.

Der unterzeichnete königlich preussische General-Feldmarschall und Oberbefehlshaber der vereinigten preussisch-österreichischen Armee, Freiherr von Wrangel, beehrt sich dem Höchstcommandirenden der königlich dänischen Truppen im Herzogthum Schleswig etc. die folgende ganz ergebenste Mittheilung zu machen. ¶ Durch eine am 16. Januar d. J. von den Gesandten von Preussen und Oesterreich übergebene Note, deren Abschrift der Unterzeichnete beizufügen sich beehrt, haben die genannten beiden Regierungen an das königlich dänische Gouvernement die Aufforderung gerichtet, die gemeinsame Verfassung für das Königreich Dänemark und das Herzogthum Schleswig vom 18. November v. J. wieder aufzuheben und dadurch den früheren *status quo* wieder herzustellen. ¶ Da diese Aufforderung durch eine Note des königlich dänischen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 18. desselben Monats ablehnend beantwortet und auch seitdem die Aufhebung der Verfassung nicht erfolgt ist, so ist nunmehr der in der gedachten Note vorgesehene Fall eingetreten, dass die beiden deutschen Mächte sich genöthigt sehen, die ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Herstellung des *status quo*, und zur Sicherung der vertragsmässigen Rechte des Herzogthums Schleswig in Anwendung zu bringen. ¶ In diesem Sinne hat der Unterzeichnete den Befehl erhalten, das Herzogthum Schleswig mit den unter seinem Commando vereinigten preussischen und österreichischen Truppen zu besetzen und die einstweilige Verwaltung desselben zu übernehmen. ¶ Indem der Unterzeichnete sich beehrt, den etc. hiervon ganz ergebenst in Kenntniss zu setzen, knüpft er daran das Ersuchen, ihn umgehend zu benachrichtigen, ob derselbe den Befehl hat, das Herzogthum Schleswig zu räumen und die königlich dänischen Truppen aus den Grenzen desselben zurückzuziehen. ¶ Er ergreift zugleich diesen Anlass, &c.

No. 1491.  
Preussen  
und  
Oesterreich,  
30. Jan.  
1864.

v. Wrangel.

## No. 1492.

**DÄNEMARK.** — Höchstcommandirender d. kön. dän. Truppen in Schleswig an Gen.-Feldmarschall v. Wrangel. — Antwort auf die bevorstehende Notification. —

Der Unterzeichnete, der eben so wenig das Recht der preussischen und österreichischen Truppen, irgend einen Theil des dänischen Reiches zu besetzen, als die Folgerichtigkeit des dem Schreiben Ew. Excellenz vom 30. Januar beigefügten Documents nach seinem Inhalt anzuerkennen vermag, auch von seiner

No. 1492.  
Dänemark,  
31. Jan.  
1864.

No. 1492. Regierung eine der Zumuthung Ew. Excellenz ganz entgegengesetzte Instruction  
 Dänemark, hat, steht bereit, jeder Gewaltthat mit Waffen zu begegnen.  
 31. Jan. 1864.

Schleswig, den 31. Januar 1864.

*Ch. Julius de Meza,*  
 General-Lieutenant.

### No. 1493.

**PREUSSEN und ÖSTERREICH.** — Proclamation des Gen.-Feldmarschalls von  
 Wrangel an die Bewohner des Herzogthums Schleswig. —

No. 1493.  
 Oesterreich  
 und  
 Preussen.  
 1. Febr.  
 1864.

Bewohner des Herzogthums Schleswig! Von Sr. Majestät dem Könige von Preussen, meinem Allernädigsten Herrn, beauftragt, das Herzogthum mit den preussischen und denjenigen Truppen zu besetzen, welche Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich zu diesem Zweck ebenfalls meinem Oberbefehl anzuvertrauen geruht hat, fordere ich Euch auf, diese Truppen gastlich und freundlich zu empfangen. ¶ Wir kommen, um Eure Rechte zu schützen. ¶ Diese Rechte sind durch die am 18ten November v. J. von Sr. Majestät dem Könige von Dänemark sanctionirte gemeinsame Verfassung für Dänemark und Schleswig verletzt worden, durch welche das Herzogthum, im Widerspruch mit den Vereinbarungen des Jahres 1852, dem Königreich einverleibt worden ist. ¶ Die an Se. Majestät den König von Dänemark gerichtete Aufforderung, dieses Verhältniss zu lösen, ist vergeblich gewesen. Die Regierungen von Preussen und Oesterreich haben in Folge davon beschlossen, ihrerseits die ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Anwendung zu bringen, um die Incorporation factisch aufzuheben und dem Herzogthum die ihm vertragsmässig zustehenden Rechte zu sichern, indem sie dasselbe mit ihren vereinigten Truppen besetzen und in einstweilige Verwaltung nehmen. ¶ Diese Verwaltung wird von Civil-Commissarien der beiden deutschen Mächte übernommen werden. Ich fordere Euch auf, Anordnungen derselben Gehorsam zu leisten und sie in ihren Bemühungen zur Aufrechthaltung gesetzlicher und geordneter Zustände zu unterstützen. Die Gesetze des Landes behalten Geltung, soweit die Sicherheit der Truppen nicht augenblickliche und vorübergehende Ausnahmen unumgänglich erfordert. ¶ Ich erwarte von dem gesetzlichen und besonnenen Sinne der Bewohner des Herzogthums, dass sie sich aller Demonstrationen, welche Parteifärbung sie auch tragen möchten, enthalten werden. Ihr werdet Euch selbst überzeugen, dass Partei-Agitationen Eurem guten Recht nur schaden können, und dass ich sie in Eurem eigenen Interesse nicht dulden darf. ¶ Unsere Truppen kommen als Freunde — Ihr werdet sie als Freunde aufnehmen.

*v. Wrangel.*

## No. 1494.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Das Zusammenwirken der Mächte des Londoner Vertrags betreffend. —

St. Petersburg, January 24 (received February 1), 1864.

(Extract.) I had yesterday the honour of laying before Prince Gortchakoff your Lordship's despatch of January 18th, recapitulating the motives which had prompted the Great Powers to sign the Act of London of 1852, for the preservation of the Danish Monarchy, and stating that for the same purpose concert and co-operation between the Contracting Parties was now necessary. ¶ To the general affirmation of the principles and policy which guide Her Majesty's Government Prince Gortchakoff made no objection, but when his Excellency came to your Lordship's pointed inquiry, "whether Russia would concert and co-operate with the Governments of Great Britain, Austria, Prussia, Sweden, and France, for the purpose of maintaining the engagements of the Treaty of May 1852, and especially of upholding the integrity of the Danish Monarchy," the Russian Minister was not prepared to give a direct reply. His Excellency asked me whether I was enabled to define the terms "concert and co-operation." These words seemed to point to an ulterior course of policy, contemplated by Her Majesty's Government in certain contingencies; what was the nature of the measures which Her Majesty's Government had in view? He had already requested me to obtain from Her Majesty's Government a more distinct definition of their intentions, without which he could not state his own. The Prince also requested that he might be informed, as soon as was convenient to Her Majesty's Government, of the replies which they obtained from the other Courts consulted. &c.

*Napier.*

## No. 1495.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Das Zusammenwirken d. Mächte d. Londoner Vertrags betr. —

St. Petersburg, January 26 (received February 1), 1864.

(Extract.) I have the honour to report to your Lordship that I waited on Prince Gortchakoff this afternoon. ¶ I explained to the Vice-Chancellor that, generally speaking, Her Majesty's Government proposed to France, Russia, and Sweden to give material assistance to Denmark in the contingency of an attack against the integrity of the Danish Monarchy by Germany, but that Her Majesty's Government did not propose to give such aid as long as Austria and Prussia limited their demands to the execution of the engagements of 1851 and 1852. If the two German Powers should continue hostilities with Denmark after those demands had been complied with, then a new case would arise de-

No. 1495.  
Gross-  
britannien,  
26. Jan.  
1864.

No. 1495. manding further consideration. I added that an instruction to Lord Cowley  
 Gross-  
 britannien,  
 26. Jan.  
 1864. setting forth the views of Her Majesty's Government would shortly be forwarded to this Embassy, and that Her Majesty's Government had also addressed themselves to Austria and Prussia, with the view of obtaining their co-operation in supporting the integrity of Denmark. ¶ Prince Gortchakoff remarked that in a question of such importance it was more prudent not to conclude anything upon intelligence received by telegraph; he would await the development of your Lordship's sentiments, which was no doubt embodied in your despatch addressed to Paris. There were, however, two points on which he wished to be particularly informed. 1st. What was the nature and extent of the material assistance which, in the contingency indicated, Her Majesty's Government designed to afford to Denmark? And 2ndly. Did Her Majesty's Government make such assistance conditional on the co-operation of all or of any of the Powers parties to the engagements of London:— would they act with all, or with some, or would they even act alone? ¶ Prince Gortchakoff then showed me a telegram from Paris reporting that the French Government had refused to engage itself to support Denmark by material force, but had stated their intention to support the integrity of that State by diplomatic means. &c.

*Napier.*

### No. 1496.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an d. königl. Min. des Ausw. — Vorstellungen gegen die Besetzung Schleswigs betr.

St. Petersburg, January 26 (received February 1), 1864.

No. 1496. My Lord, — I reported to your Lordship by telegraph, that the  
 Gross-  
 britannien,  
 26. Jan.  
 1864. Russian Cabinet would join with Her Majesty's Government in advising the Cabinets of Vienna and Berlin to suspend operations pending the convocation of the Rigsraad, and the repeal of the obnoxious Constitution as soon as Her Majesty's Representatives at Berlin and Vienna had received instructions to that effect. ¶ On the evening of the 24th instant I had the honour of meeting Prince Gortchakoff at the Palace, when his Excellency told me that, having learned by telegraph from Berlin that representations had been made in the sense above mentioned by the English and French Ministers, he had immediately given orders to the Russian Ministers at the Courts of Austria and Prussia to take the same course. ¶ The Vice-Chancellor informed me this afternoon that he had received telegraphic intelligence to the effect that the Austrian Cabinet had positively declined to delay the invasion of Schleswig for the time and purpose desired, and that M. de Bismarck had approved the resolution of Count Rechberg. The official reply of Prussia had not been received, but there could be little doubt of the sense in which it would be framed. ¶ I have, &c.

*Napier.*

## No. 1497.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an d. königl. Min. d. Ausw. —  
Die Besetzung Schleswigs betr. —

Vienna, January 28 (received February 1), 1864.

My Lord, — I called on Count Rechberg yesterday and inquired if his Excellency was prepared to say anything further with regard to the two communications which I had lately addressed to him on the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy and the proposal of the Cabinet at Copenhagen to repeal the Constitution of November 18. ¶ Count Rechberg said he was still in communication with the Prussian Government, and that he expected soon to be able to reply to the former of these communications in a manner that he hoped would not be unsatisfactory to Her Majesty's Government. ¶ We then conversed on the question of the advance of the troops into Schleswig. His Excellency repeated what he had stated on a former occasion, that the march of this large force could not be stopped; and, on my saying that they might halt on the Eider and take up a commanding position there, he said that their number was too great to admit of this for any length of time; and if they did halt on the Eider the excitement produced thereby in Germany would become uncontrollable and might lead to civil war: therefore if the Austrian and Prussian troops did not advance it was possible others might make the attempt to take their place. ¶ I told him that if he ever seriously doubted the intention of the Danes to resist the advance of the Austro-Prussian army into Schleswig, he must now at all events be aware of their determination to defend the Duchy to the best of their power; and I asked if under these circumstances it would not be wiser to pause for a few weeks and give time to the Danish Government to satisfy Germany by the repeal of the Constitution; by doing so the Austrian Government would show deference to a reasonable proposal, the acceptance of which had been urged on their consideration by England, France, Russia, and Sweden. He replied it was impossible, it was altogether too late; and who, he said, would answer if the delay was agreed to, that the Danish Government would succeed in carrying out their project in the Rigsraad? Would England answer for this? I said that Her Majesty's Government earnestly desired to prevent the threatened war; that they hoped a pause of a few weeks in the advance of the Austro-Prussian army might have relieved Europe from the danger with which she was threatened, whilst it offered the means of a pacific settlement of the dispute between Germany and Denmark. I remarked further, that the acceptance of the proposal of Denmark would have proved moreover that Austria was animated with a spirit of moderation, and it would have placed her in a better position towards the European Powers who had signed the Treaty of London with her, than by forcing on hostilities in the very teeth of a reasonable concession that had been made by Denmark. ¶ Count Rechberg then spoke of the lateness of the season, of the increasing difficulties the troops would have to contend with if there was any delay; he hinted that this Danish proposal might be a mere subterfuge for

No. 1497.  
Gross-  
britannien,  
28. Jan.  
1864.

No. 1497.  
Gross-  
britannien,  
28. Jan.  
1864.

the purpose of gaining time; that the Rigsraad after all might not pass the measure that was to be proposed to it, and that the late discussion in the Landsting at Copenhagen and the language there held by Bishop Monrad were not calculated to inspire him with confidence. Time, he added, must not be lost, meaning that with the opening of the navigation and the return of spring Denmark might obtain material assistance from abroad; and that it was consequently necessary for the success of the expedition that it should be carried out at once. ¶ He observed that he deeply regretted to find that Her Majesty's Government was indisposed to attach sufficient importance to the very grave difficulties in which Austria and Prussia were placed, with Germany in a state of frenzy on this very question. The Imperial Government, he said, sought to obtain a pledge for unfulfilled obligations on the part of Denmark by the temporary occupation of Schleswig, which if they are allowed to effect it peaceably, Austria and Prussia would restore unharmed, when once the necessary guarantees were obtained. Of course, if there was resistance it might be otherwise, and the defensive works erected by Denmark would have to be destroyed, and there would be a great expenditure of life and treasure on both sides. ¶ I said to Count Rechberg that this experiment which Austria and Prussia were about to try was full of peril; the system of seizing material guarantees had produced one war and might produce another, and it was establishing a precedent fraught with danger; and it surely was an unjust proceeding towards Denmark, because Germany was in a state of feverish excitement, that war should be carried into her territory at the very moment she was disposed to yield the point upon which so much stress had been laid. ¶ I then inquired, if war became inevitable, was there any intention of advancing beyond the frontiers of Schleswig. His Excellency replied there was no such intention. ¶ His Excellency asked me whether I had received any answer from your Lordship respecting the suggestion reported in my despatches of the 14th and of the 19th instant, which he had made as to the form of an invitation to a Conference on the Dano-German differences which, in his opinion, might be advantageously adopted, namely, to the effect that a Conference was desired for the purpose of regulating the international questions and effecting a pacific solution, for he was as anxious as ever for the establishing of a Conference on this question. ¶ I replied that I had received no answer, and that it would, I feared, not be of much use to convoke a Conference at the very moment when Austria and Prussia were about to wage war against Denmark. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

---

### No. 1498.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Die Besetzung Schleswigs und die Entfernung des Herzogs Friedrich aus Holstein betr. —

Berlin, January 29 (received February 1), 1864.

No. 1498.  
Gross-  
britannien,  
29. Jan.  
1864.

(Extract.) I had the honour to receive last night your Lordship's telegram, proposing to the Prussian Government the signature of a Protocol in

London by the signatories of the Treaty of London, by which Denmark should engage to convoke the Rigsraad for the repeal of the Constitution of November last, and Austria and Prussia should engage not to enter Schleswig until the result of the deliberations of the Rigsraad should be made known. ¶ I immediately requested an interview with M. de Bismarck, and having been informed that he could not receive me, as a Cabinet was sitting, I wrote a few lines to his Excellency, forwarding the substance of your Lordship's telegram, and expressing a hope that he would see me to-day, and enable me to inform your Lordship that you might expect a favourable answer to your proposal. ¶ This morning I called upon him by appointment, and when I spoke of my communication of the previous evening, he replied that he had already telegraphed to England that the proposal which it conveyed could not be accepted; he said it afforded no security for the repeal of the Constitution, and that Austria and Prussia could not make their arrangements dependent on the deliberations of an Assembly which they considered illegal. I replied that they had no right, however, to ask a Danish Minister to violate the laws of his country, and that it appeared to me, whatever future arrangements may be concerted with the other Signatories of the Treaty of London for the reorganization of the Danish Monarchy, the King of Denmark will be unable to sanction them until the existing Fundamental Law is repealed in a legal manner; and if such a formality will be required eventually, no objection ought to be made now to its being resorted to as a means of preventing war. I said that Prussia would not improve her position towards Denmark by abandoning the Treaty of London and adopting the policy of the smaller States of Germany, as I believed Russia was disposed to show much greater forbearance towards Prussia acting independently as at present, than she would do were Prussia to make common cause with Germany in an aggressive war against Denmark. ¶ M. de Bismarck said he was quite aware of this. ¶ I said that among other circumstances which were not likely to increase the confidence of Her Majesty's Government in the policy of Prussia, I regretted to perceive that the Prince of Augustenburg's position in Holstein had not been changed by the presence of the troops of Austria and Prussia in the Duchy, and his Excellency replied that his Highness would have been expelled from the Duchy, but that the Prussian Government was told such a measure could not be effected without bloodshed; besides, the Prussian troops were only passing through the Duchy, and their officers did not interfere with the civil authority of the Federal Commissioners. I said the Prince of Augustenburg was, however, an officer in the Prussian service, and that it appeared to me an order from Marshal Wrangel ought to suffice to effect his removal, for he could not disobey such an order, nor could he evade it by his resignation, as the King would have a right to refuse the acceptance of his resignation until he had obeyed His Majesty's orders or those of the Prussian Commander-in-chief in Holstein. ¶ M. de Bismarck said that he would bring this question again before the King, as he believed, if the Prince were removed from Holstein and satisfactory assurances given to Her Majesty's Government as to the maintenance

No. 1498.  
Gross-  
britannien,  
29. Jan.  
1864.

No. 1498. of the integrity of the Danish Monarchy, they would have less objection to the  
Gross-  
 britannien,  
 29. Jan.  
 1864. occupation of Schleswig by the troops of Austria and Prussia. &c.  
*Andrew Buchanan.*

---

### No. 1499.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hanover an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Graf Platen's Wünsche für die Herzogthümer betr. —

Hanover, January 30 (received February 1), 1864.

No. 1499.  
Gross-  
 britannien,  
 30. Jan.  
 1864.

(Extract.) In a conversation which I had with Count Platen to-day, I called his attention to the additional complications likely to arise from the convocation of the States [of Holstein], and to the expediency of its being prevented. ¶ His Excellency stated that he altogether disapproved of the convocation, which was, he considered, quite unnecessary for the purposes for which it had been proposed, and which only served to cover the ulterior object of procuring a vote of the States in favour of the Prince of Augustenburg, but he feared it could not be prevented, as a majority of the German Diet was likely to pronounce itself for it. He added, however, that such a vote on the part of the States, although it would certainly prove a new complication, would not decide the question, and he repeated his wish to see both the Duchies of Holstein and Schleswig remain under the sceptre of His Majesty King Christian, united with the Crown of Denmark, as far as Holstein and the German part of Schleswig were concerned, only by a personal bond. ¶ Such an arrangement could, however, he considered, not be otherwise obtained from Denmark than by the projected occupation of Schleswig by Austria and Prussia, to be followed by a Congress in which the whole question could be settled. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

---

### No. 1500.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London (und ähnlich an die übrigen Mitunterzeichner des Londoner Vertrags). — Zurückkommen auf d. Vorschlag zur Schlichtung des Streites durch Vermittelung. —

Copenhagen, le 30 janvier, 1864.

No. 1500.  
Dänemark,  
 30. Jan.  
 1864.

Monsieur, — Par la dépêche que M. le Président du Conseil vous a adressée en date du 5 de ce mois, son Excellence a principalement eu pour but d'obtenir que la situation actuelle si dangereusement tendue fit place aussitôt que possible à une négociation régulière poursuivie sous les auspices des Puissances intéressées au maintien de la paix. ¶ Vous aurez vu pourquoi nous ne nous sommes pas, à cette occasion, prononcés avec précision sur la forme que nous désirions voir donner à la négociation : cette question, qui dans l'état actuel des choses devait pour nous être d'une importance secondaire, nous avons cru



devoir en laisser la décision aux convenances des Puissances dont nous réclamions les bons offices. ¶ Cependant le temps presse; je suis sûr que les Puissances ne se dissimulent pas l'importance qu'il y a à amener une négociation sérieuse avant que l'explosion d'une guerre n'ait relégué la possibilité d'un accommodement à l'amiable dans un avenir incertain, et pourtant il n'a rien pu être décidé encore sur la question préalable dont il s'agit. Jusqu'à présent le Cabinet de St.-Pétersbourg seul s'est énoncé d'une manière plus déterminée à cet égard, le prince Gortchakoff ayant déclaré au Baron de Plessen que partant du principe que le Gouvernement du Roi avait désiré une réunion des Puissances signataires du Traité de Londres, auxquelles serait adjoint, s'il y a lieu, un représentant de la Diète Germanique, pour aviser aux moyens d'aplanir le différend existant, le Gouvernement Impérial acceptait cette combinaison tout comme il était prêt à s'y associer dans tel endroit qui serait convenu d'un commun accord. ¶ En présence de cette déclaration et de l'acceptation annoncée dans ces termes par un des Cabinets auxquels notre proposition avait été adressée, tout en maintenant pour notre part l'attitude de réserve que nous imposent les égards dus aux convenances des autres Gouvernements, nous avons cru ne devoir plus hésiter à nous prononcer nous-mêmes afin de contribuer ainsi, autant qu'il dépend de nous, à provoquer sans délai une entente sur la question préalable, et je vous prie donc, Monsieur, de vouloir bien, en informant M. le Ministre des Affaires Étrangères de l'acceptation de notre proposition par le Gouvernement Impérial de Russie, faire savoir à son Excellence que la forme d'une Conférence — forme dans laquelle il ne serait fait aucune distinction entre les Puissances qui concourront à l'oeuvre salutaire que nous nous proposons — est celle qui nous conviendrait le plus, pourvu toutefois que le Cabinet de St. James fût également disposé à l'adopter. ¶ Vous voudrez bien, Monsieur, me faire savoir aussitôt que possible si le Gouvernement de Sa Majesté Britannique croit pouvoir entrer sur les propositions que nous nous permettons ainsi de lui faire, et en cas de réponse négative, quelle autre forme il préférerait donner à la négociation. ¶ Il ne me reste qu'à ajouter que quant à la ville où la Conférence se réunirait, le Gouvernement du Roi s'en rapporte entièrement aux convenances des autres Gouvernements; mais si le choix lui était laissé, il n'hésiterait pas à donner la préférence à la ville de Londres, où le Traité du 8 mai, 1852, ainsi que les Protocoles qui ont abouti à la conclusion de ce Traité, ont été signés. ¶ Veuillez lire cette dépêche à M. le Ministre des Affaires Étrangères, et lui en laisser copie. ¶ J'ai, &c.

No. 1500.  
Dänemark,  
30. Jan.  
1864.

*Quaade.*

---

### No. 1501.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen.  
— Die Vergeblichkeit der Bemühungen Englands betr. —

Foreign Office, February 1, 1864.

Sir, — Her Majesty's Government have seen with deep regret the unsuccessful issue of all their endeavours to obtain from the Austrian and

No. 1501.  
Gross-  
britannien,  
1. Febr.  
1864.

No. 1501. Prussian Governments a delay in their military operations against Schleswig, Gross- and their consent to the signature of a Protocol proposed by Her Majesty's Government instead of the prosecution of an immediate invasion of the Duchy of Schleswig. ¶ I am, &c. *Russell.*  
 Gross-  
 britannien,  
 1. Febr.  
 1864.

---

### No. 1502.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und gleichmässig nach St. Petersburg, Wien und Berlin). — Schwedens Protest gegen die Einmischung Preussens und Oesterreichs in das innere Staatsrecht Dänemarks betr. —

Foreign Office, February 1, 1864.

No. 1502. My Lord, — The Swedish Minister communicated to me a few days ago Gross- a despatch which Count Manderström had addressed on the 22nd of January to the Swedish Ministers at Berlin and at Vienna, with reference to the collective note addressed by the Prussian and Austrian Governments to that of Denmark on the 16th of January, requiring it to revoke within forty-eight hours the Constitution of November last. ¶ Count Manderström does not disguise the painful impression which that document has produced on the Swedish Government: he declines to enter into the question as to how far the several Governments have fulfilled the engagements reciprocally contracted by them in 1851 and 1852, the non-execution of which by Denmark can clearly afford no justification to Austria and Prussia for interfering in the internal affairs of an independent State. ¶ The form adopted was the more objectionable because Denmark could not possibly comply legally with the demands of the two Powers, and no Government was entitled to require another Government to perform an act absolutely illegal. ¶ The Swedish Government, therefore, could not but protest in the most explicit manner against such an use of force, and could not but throw upon the Governments which had recourse to it, the whole responsibility for the disastrous consequences which might ensue from it. ¶ The Government of Sweden had scrupulously abstained from interfering in Federal questions; but the question now raised was one of general European interest, and every independent State was entitled to express an opinion upon it. ¶ I am, &c. *Russell.*  
 1. Febr.  
 1864.

---

### No. 1503.

**PREUSSEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. — Den Feldzug gegen Dänemark und das Verhältniss zum Londoner Vertrag betr. —

(Uebersetzung.)

Berlin, le 30 janvier 1864.

No. 1503. M. le Comte, — déjà par ma dépêche en date du 24 courant j'ai donné à votre Excellence communication des démarches faites conjointement par les  
 Preussen,  
 30. Jan.  
 1864.

Gouvernements de Prusse et d'Autriche, le 16 de ce mois, à Copenhague, dans le but de tenter encore un dernier effort pour engager le Danemark à remplir des obligations solennellement contractées. Malheureusement j'ai dû constater en même temps le refus formel qui avait déjà été prononcé, et je vous ai fait part en même temps de la résolution que les deux grandes Puissances Allemandes s'étaient vues forcées de prendre à la suite de ce refus, d'occuper le Duché de Schleswig pour faire cesser ainsi l'état d'incorporation dans lequel ce pays se trouve placé en ce moment d'une manière arbitraire et illégale, et d'établir un *status quo* tel que nous devons l'exiger comme condition préalable de négociations ultérieures. ¶ Aussi ai-je répété dans cette dépêche ce que j'avais déjà à plusieurs reprises confidentiellement fait observer à votre Excellence, qu'il est pour nous de toute impossibilité de maintenir le Traité de Londres de 1852, et de permettre en même temps une violation manifeste des stipulations qui l'ont précédé et se trouvent dans une connexion intrinsèque avec ce Traité. ¶ Par le non-accomplissement pendant douze ans des obligations contractées dans ces stipulations, et par leur violation finale et formelle moyennant la constitution du 18 Novembre de l'année passée, le Danemark nous a donné le droit de nous dédire de ce Traité. ¶ Nous avons dû nous demander si nous devons user de ce droit, ou bien si nous devons suivre la voie tout aussi justifiée d'essayer encore une fois de décider le Danemark à remplir ses obligations. ¶ Ce n'est que le désir sincère de ne pas compromettre nos relations avec les co-signataires du Traité de Londres qui a pu nous déterminer à choisir cette dernière alternative, et à constater par-là que nous restions fidèles au dit Traité. ¶ Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique ne pourra se refuser à reconnaître qu'ainsi nous nous sommes efforcés de la manière la plus consciencieuse de remplir les obligations qui nous sont imposées par le Traité de Londres. ¶ Mais si nous maintenons l'ensemble des stipulations de 1851-52, nous devons à nous-mêmes et aux intérêts allemands que nous avons à sauvegarder dans les Duchés, de ne pas laisser se prolonger la période des pures promesses qui se sont montrées si complètement inefficaces, mais d'avoir soin que les engagements dont l'existence et la force obligatoire ne sont niées par personne soient remplis. ¶ Nous ne pouvons nous en laisser empêcher par la dernière proposition qui nous a été faite par l'entremise du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, d'accorder au Danemark un délai de six semaines pour tenter l'essai de révoquer la Constitution du 18 Novembre par la voie constitutionnelle, c'est-à-dire, par l'application même de cette Constitution illégale. En faisant cette proposition, le Gouvernement Danois paraît oublier que, ne reconnaissant pas l'existence de la Constitution du 18 Novembre, nous ne pouvons prêter la main à un procédé qui impliquerait pour le moment la reconnaissance de cette même Constitution, abstraction faite de ce que le Gouvernement Danois ne saurait donner la plus faible garantie pour la réussite de cet essai, surtout dans un délai de six semaines. Il oublie de plus, que c'est lui qui a créé les difficultés qu'il fait valoir à présent, en poussant d'une manière précipitée et malgré les nombreux avertissements et protestations, réitérés par nous dans toutes les phases préparatoires, l'adoption par les Chambres et puis la sanction Royale de la Constitution commune pour

No. 1503.  
Preussen,  
30. Jan.  
1864.

No. 1503. le Royaume et le Duché ; et que, ni dans l'espace de temps entre le 18 novembre  
 Preussen, et le 1 janvier, délai que nous avons accordé pour éviter de plus sérieuses com-  
 30. Jan. plications, ni pendant le mois entier qui s'est écoulé depuis, il n'a fait aucune  
 1864. démarche quelconque pour revenir sur ses pas. Le Gouvernement Danois  
 s'étant ainsi fait spontanément une situation qui est reconnue aussi par les  
 Grandes Puissances non-Allemandes comme illégale, nous pensons qu'on ne  
 saurait que trouver juste que le Danemark, s'il ne peut écarter les difficultés  
 créées par lui-même, permette que les conséquences illégales qui en résultent  
 soient enlevées par notre occupation du Duché de Schleswig. ¶ Dans le cas  
 où le Danemark s'opposerait à main armée à cette occupation, il doit en résulter  
 des événements belliqueux dont les conséquences influeraient d'autant plus pro-  
 fondément sur le développement ultérieur des relations réciproques entre l'Alle-  
 magne et le Danemark que par-là les Traités existants entre les deux pays  
 cesseraient d'être en vigueur. Ce ne serait qu'à ce moment-là que la question  
 de l'intégrité de la Monarchie Danoise demanderait une solution. Nous ne  
 doutons pas qu'alors cette question ne soit examinée par toutes les grandes  
 Puissances avec la sagesse sérieuse et prévoyante qui est due à une question aussi  
 importante ; et nos rapports d'amitié avec le Gouvernement de Sa Majesté  
 Britannique nous inspirent la confiance que, comme nous, il prendra part à cette  
 solution dans un esprit qui réponde à ces rapports. ¶ Je prie votre Excellence  
 de vouloir bien s'énoncer en ce sens d'une manière pressante envers Lord Russell,  
 en lui donnant lecture de la présente dépêche. ¶ Recevez, &c.

*Bismarck.*

### No. 1504.

**ÖSTERREICH.** — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Er-  
 klärung über die Stellung zu den bestehenden Verträgen bei Beginn des  
 Feldzugs\*). —

Vienne, le 31 janvier 1864.

No. 1504. le Gouvernement Impérial, en basant sur les stipulations de 1851-52  
 Oesterreich, les droits que, de concert avec la Prusse, il se dispose à faire valoir contre le  
 31. Jan. Danemark, a reconnu par ce fait même le principe de l'intégrité de la Monarchie  
 1864. Danoise, établi par les transactions de 1851-52. Le Gouvernement Impérial,  
 en procédant à l'occupation du Slesvig, n'a pas l'intention de se départir de ce  
 principe. Si néanmoins, à la suite de complications que pourrait amener la per-  
 sistance du Gouvernement Danois dans le refus d'accomplir ses promesses de  
 1851-52, ou de l'intervention armée d'autres Puissances dans le conflit Dano-  
 Allemand, le Gouvernement Impérial se voyait forcé à renoncer à des com-  
 binaisons qui n'offriraient plus un résultat proportionné aux sacrifices que les  
 événements imposeraient aux Puissances Allemandes, les arrangements définitifs

\*) Eine wörtlich gleichlautende Depesche d. königl. preuss. Ministers des Ausw. erging an d. königl. Botschafter in London; beide Depeschen wurden dem Grafen Russell am 4. Febr. vorgelesen und abschriftlich zurückgelassen.

ne sauraient être arrêtés sans le concours des Puissances signataires du *Traité de Londres*. Le Gouvernement Britannique trouverait alors le Gouvernement Impérial prêt à se mettre d'accord avec lui sur l'arrangement définitif de la question Dano-Allemande. ¶ Votre Excellence est invitée à donner lecture et à laisser copie de la présente dépêche à M. le Comte Russell. ¶ Recevez, &c.  
*Rechberg.*

No. 1504.  
Oesterreich,  
31. Jan.  
1864.

---

### No. 1505.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. des Ausw.  
Die Anerkennung des Herzogs Friedrich in Schleswig betr. —

Berlin, February 3 (received February 5), 1864.

My Lord, — I spoke to M. de Bismarck last night of telegraphic reports which had reached Berlin of the Prince of Angustenburg having been proclaimed as Duke of Holstein in the villages and town occupied by Prussian troops in Schleswig. He said that no official confirmation of these reports had been received, but orders had already been despatched to Field-Marshal Wrangel, reminding him that it was his duty to repress every demonstration of the kind. ¶ M. de Thile, however, in speaking to me on the subject to-day, observed with some truth that it might be impossible to prevent boys or even people shouting in favour of the Duke of Schleswig-Holstein on the appearance of the troops of Austria and Prussia, and that any such incident would doubtless be represented by the partizans of his Highness in the manner most favourable to his cause. ¶ I have, &c.

No. 1505.  
Gross-  
britannien,  
3. Febr.  
1864.

*Andrew Buchanan.*

---

### No. 1506.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Anerkennung des Herzogs Friedrich in Schleswig betr. —

Berlin, February 3 (received February 5), 1864.

My Lord, — Baron Brenner, the late Austrian Minister at Copenhagen, passed through Eckernförde almost immediately after it was evacuated by the Danish garrison. ¶ The Prussian troops did not leave detachments there, and Baron Brenner met, between Eckernförde and Kiel, a party of Schleswig-Holstein revolutionary emissaries with a cartload of cockades, banners and coloured lamps, who probably entered the town as soon as the Prussians left it, and got up the demonstration in favour of the Prince of Angustenburg which the Schleswig-Holstein Press in Holstein and Germany have described as the enthusiastic proclamation of his Highness by the people of Eckernförde. ¶ M. de Bismarck, from whom I received this information, said that he has called the attention of the King to the necessity of preventing such proceedings, but that His Majesty had replied it was impossible for the army to leave detachments in every village

No. 1506.  
Gross-  
britannien,  
3. Febr.  
1864.

No. 1506. they passed through. I observed that was doubtless true, but nevertheless it  
 Gross- was precisely what your Lordship had predicted would occur, that the result  
 britannien, of the occupation of Schleswig by the troops of Austria and Prussia will be to  
 3. Febr. give military possession of the Duchy to the Prince of Augustenburg and his  
 1864. emissaries. His Excellency replied he had, however, received telegrams from  
 Marshal Wrangel and Prince Frederick Charles assuring him that they were not  
 aware of any Schleswig-Holstein demonstration having as yet taken place within  
 the districts occupied by their troops. ¶ I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1507.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Den Ausgang des deutsch-dänischen Streites betr. —

Hanover, February 4 (received February 5), 1864.

No. 1507. (Extract.) Count Platen says that if the Danes are left to themselves  
 Gross- they will soon be driven out of Schleswig, that Austria and Prussia will then  
 britannien, be ready to go into a Conference, and that an arrangement on the basis of the  
 4. Febr. integrity of the Danish Monarchy by means of a personal union between Den-  
 1864. mark on the one side, and Holstein and Schleswig, or rather the southern por-  
 tion of the latter Duchy, on the other, might in his opinion be attained; but  
 that if Great Britain or any other Power were to render assistance to the Danes,  
 the war would infallibly be extended, for the whole of Germany would take up  
 arms in support of Austria and Prussia; and he expressed a high opinion of the  
 power of Germany so united as opposed to any efforts of England. ¶ I replied  
 that after the promise which the Danish Government had made of convoking the  
 Reichsrath with a view to the repeal of the Constitution of the 18th of Novem-  
 ber last, the invasion of Schleswig by Austria and Prussia—undertaken as I be-  
 lieved more with the view of occupying the public mind at home, and of having  
 a pretext for collecting a large body of men under arms than from any real in-  
 terest in the alleged grievances of the Schleswigers—was a most wanton aggres-  
 sion, and that I really did not see what confidence could be placed in the mode-  
 ration of the views of the Powers who had been guilty of it, or of their firmness  
 of purpose in carrying out, against a majority of the Diet, the restitution of Hol-  
 stein to the Danish Crown. What had taken place in that Duchy was certainly  
 not calculated to inspire confidence that any occupation by German Powers of  
 a foreign territory would be confined to the objects assigned to it. The present  
 invasion of Schleswig was ostensibly undertaken for the purpose of enforcing the  
 execution of the agreements of 1851-52, but it was notorious from the declara-  
 tions made by M. de Bismarck in the Prussian Chambers that the demands of  
 the two Powers went far beyond those agreements. &c.

*Henry F. Howard.*

## No. 1508.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Die Aufrechthaltung des Princips der Integrität der dänischen Monarchie betr. —

Vienna, February 3 (received February 8), 1864.

(Extract.) Count Rechberg assured me that so completely does the Emperor desire the maintenance of the principle of the integrity of the Danish Monarchy, and so clear were His Majesty's orders to him on the subject, that there was no necessity for him to ask for any further directions on a question respecting which the Emperor's opinions was settled.

No. 1508.  
Gross-  
britannien,  
3. Febr.  
1864.

*Bloomfield.*

## No. 1509.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Drohung für den Fall einer Abweichung vom Londoner Vertrage. —

Vienna, February 4 (received February 8), 1864.

(Extract.) But I gave his Excellency (Count Rechberg) to understand that Her Majesty's Government considered Austria bound by the Treaty of London to maintain the integrity of the Danish Monarchy, and that any departure from the principles of that Treaty would oblige them to consider by what combinations they could best assist Denmark. &c.

No. 1509.  
Gross-  
britannien,  
4. Febr.  
1864.

*Bloomfield.*

## No. 1510.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Die Zusicherungen der deutschen Grossmächte zu Gunsten der dänischen Integrität betr. —

St. Petersburg, February 4 (received February 9), 1864.

(Extract.) Prince Gortchakoff informed me this forenoon that a joint communication would be made by the Governments of Austria and Prussia in London to the following effect: — ¶ The two German Cabinets declared that in entering Schleswig they did not abandon the political basis of the engagements of 1851-52, and that if in consequence of the prosecution of the war and the intervention of a third party it became necessary to have recourse to new combinations, these would not be negotiated apart, but would be embraced by a common consent of all the Powers interested. ¶ The Vice-Chancellor added that the two German Governments had not distinctly pronounced the words „Treaty of London of 1852,“ or the terms the „integrity of the Danish Monarchy,“ but in citing the engagements of 1851-52 they implied the principle of that integrity. ¶ I asked the Vice-Chancellor whether the declaration alluded to on the part of

No. 1510.  
Gross-  
britannien,  
4. Febr.  
1864.

No. 1510. Austria and Prussia had reference to their intentions only at the moment of entering Schleswig before an armed opposition had been offered to them, or whether they intended to adhere to the same views notwithstanding the armed resistance of Denmark. I feared the two Governments were already preparing the way for an eventual avowal and execution of their real design, which was the separation of Schleswig from Denmark, its incorporation with Holstein, and the union of both to the Danish Monarchy by the personal tie of a common Sovereign. ¶ Prince Gortchakoff replied that it was no use speculating on future contingencies, we must deal with them as they arose. In the meantime he must accept and record the assurance of the German Cabinets in the sense most conformable to his views and wishes. He recognised in this declaration the principle of the integrity of the Danish Monarchy and that of a Conference, both of which he had at heart. The meeting of a Conference was the object at which our common efforts should be directed. &c. *Napier.*

### No. 1511.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Das Hülfegesuch Dänemarks an die Mächte betr.\*) —

Foreign Office, February 9, 1864.

No. 1511. My Lord, — Her Majesty's Minister at Copenhagen has prepared me for an application which the Danish Government have addressed to the British, French, Russian, and Swedish Governments for assistance in the contest in which they are engaged with Prussia and Austria. ¶ The accounts which arrive from the seat of war represent the Danish troops to be evacuating the Duchy of Schleswig; and as the Austrian Government profess that it is not intended to extend military operations beyond the frontier of that Duchy into other parts of the Danish Monarchy, Her Majesty's Government are of opinion that the time has arrived when the terms on which peace may be restored should be taken into consideration. ¶ Your Excellency is therefore instructed to ascertain from Prince Gortchakoff whether the attention of the Russian Government has been directed to this point, and if so you will state to his Excellency that Her Majesty's Government would be glad to be made acquainted with his views on the matter. ¶ I am, &c. *Russell.*

### No. 1512.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. a. d. königl. Botschafter in Berlin. — Einstellung der Feindseligkeiten betr.\*\*\*) —

Foreign Office, February 10, 1864.

No. 1512. Sir, — Her Majesty's Government being anxious to omit no opportunity for bringing to an early settlement the differences between Denmark and Ger-

\*) No. 1515 und 1516.

\*\*) Von demselben Tag eine zweite Depesche desselben Inhalts, mit Berufung auf einen ähnlichen Vorschlag von Seiten Russlands.



many which have led to the hostilities now unhappily in progress, and being of opinion that the time has arrived when an armistice may reasonably be agreed to by the contending parties; and Her Majesty's Government having been moreover informed by Her Majesty's Ambassador at Vienna that the Cabinet of Vienna has made a communication to the Prussian Government on the subject, and by Her Majesty's Ambassador at St. Petersburg that the Russian Government are prepared to advocate at Berlin the establishment of such armistice; I have to instruct you at once to place yourself in communication with the Representatives of Austria and Russia at Berlin, and ascertain from them whether they have received instructions from their respective Courts to support a proposal for an armistice, the bases of such armistice to be that the Danes should be left in possession of the Island of Alsen, and should on the other hand be required to withdraw their military forces from the mainland of Schleswig. ¶ If the two Ministers should reply that they are authorized by their instructions to take this course, you will at once make verbally to Count Bismarck the proposal on the part of Her Majesty's Government, and, acquainting the Austrian and Russian Ministers that you have done so, you will invite them to support your proposal in conformity with their instructions. ¶ You will also acquaint the French Ambassador with the communication you have made to the Prussian Government, and with the invitation you have addressed to the Austrian and Russian Representatives, and you will request his Excellency to lend his assistance to induce the Prussian Government to accede to the proposed armistice. ¶ I am, &c.

No. 1512.  
Gross-  
britannien,  
10. Febr.  
1864.

*Russell.*

---

No. 1513.

GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den Botschafter in St. Petersburg. — Das Zusammenwirken der Mächte des Londoner Vertrags betreffend. \*) —

Foreign Office, February 10, 1864.

My Lord, — With respect to the two questions put by Prince Gortchakoff, and reported in your despatch of the 26th ultimo, in regard to „concert“ and „co-operation,“ the Prince must see that it would be premature to pretend to answer them at present. The very object of the „concert“ proposed would be to settle the nature and extent of the material assistance to be afforded in order to maintain the integrity of Denmark. ¶ With regard to the second question, likewise, it must result from the communications received whether Her Majesty's Government would only act with all the other Powers, or with some of them, or alone. ¶ If the Russian Government will assent to the principle of giving material aid to preserve the integrity of Denmark, the answers to these questions and all others must be the result and not the preliminary of the concert to be established. ¶ I am, &c.

No. 1513.  
Gross-  
britannien,  
10. Febr.  
1864.

*Russell.*

---

\*) No. 1494.

## No. 1514.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Wien. — Die gegenseitige Verpflichtung der Unterzeichner des Londoner Vertrags betreffend. —

Foreign Office February 10, 1864.

No. 1514.  
Gross-  
britannien,  
10. Febr.  
1864.

My Lord, — In reply to the passage in my despatch of the 20th ultimo, in which I say that „war in Schleswig would not relieve Austria and Prussia from the obligations contracted towards England, France, Russia, Sweden, and other Powers in Europe by the Treaty of London,“ Count Rechberg says that „war with Denmark would naturally put an end to all Treaties and engagements with her, and that he might observe that the ratification of this Treaty had only been exchanged with Denmark.“ ¶ Count Rechberg would therefore seem to contend that the engagements of that Treaty were not engagements between all the Powers who signed it, but only between the individual Powers and Denmark, and to rely upon the fact of ratifications being exchanged, not between all the Powers, but only between each of the Powers and Denmark, in support of his view that the Treaty of 1852 does not involve any engagement on the part of Austria and Prussia towards Great Britain, France, Russia, and Sweden. ¶ I have to instruct your Excellency to call Count Rechberg's attention to the note which Baron Koller, by order of his Government, addressed to Viscount Palmerston on the 4th of December, 1849, on the occasion of the entrance of the British fleet under Vice-Admiral Sir William Parker into the Dardanelles, while certain questions were under discussion between the Governments of Austria and Prussia on the one hand, and that of Turkey on the other. ¶ I must observe in the first place that the Convention of July 13, 1841, by which the entrance of ships of war into the Dardanelles and Bosphorus during peace was prohibited, was signed and ratified precisely in the same form as the Treaty of London of May 1852. As the latter Treaty was signed between Austria, France, Great Britain, Prussia, Russia, and Sweden on the one part and by Denmark on the other, and each of the first named Powers only exchanged ratifications with Denmark and not with each other, so also was the Convention of July 13, 1841, signed by Austria, France, Great Britain, Prussia, and Russia on the one part, and by the Porte on the other, and so also were the ratifications of it only exchanged by each of the Powers with the Porte and not with each other, and specifically ratifications of that Convention were not exchanged between Great Britain and Austria. ¶ Nevertheless, on the occasion of the entrance of the British fleet into the Dardanelles in the year 1849, the Austrian Chargé d'Affaires was instructed formally to protest against that proceeding as a violation of the Convention of 1841. ¶ The note dated December 4, 1849, in which that protest was conveyed, states: — „Que l'entrée de l'escadre anglaise dans les Dardanelles constitue une infraction évidente au Traité du 13 juillet, 1841, qui a eu principalement pour but de donner à Sa Hautesse le Sultan une preuve manifeste du respect que les Puissances signataires portent à l'inviolabilité de ses

droits souverains, aussi que de leur désir sincère de voir se consolider le repos de son empire. ¶ „La gravité de ces intérêts, que l'apparition de l'escadre anglaise dans le Détroit des Dardanelles est de nature à compromettre, impose au Gouvernement de l'Empire le devoir de se prémunir, en sa qualité de cosignataire du Traité de Londres du 13 juillet, 1841, contre le fait ci-dessus mentionné, et de protester solennellement contre les conséquences qui pourraient en être tirées.“ ¶ The same course as that observed in regard to the Convention of July 13, 1841, was observed in regard to the signature and ratification of the Convention of March 30, 1856, on the same subject. ¶ I am, &c.

No. 1514.  
Gross-  
britannien,  
10. Febr.  
1864.

*Russell.*

### N<sup>o</sup>. 1515.

**DÄNEMARK.** — Gesandter in London an den königl. grossbr. Staatssecretär des Ausw. — Hilfesuch Dänemarks mit Berufung auf den Garantievertrag vom 23. Juli 1720. \*) —

Légation de Danemark, le 11 février, 1864.

Le Soussigné, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Danemark, a reçu l'ordre de son Gouvernement d'adresser à son Excellence M. le Comte Russell, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, la communication suivante. ¶ Le Gouvernement Anglais aura déjà eu connaissance de l'entrée d'une armée austro-prussienne dans le Slesvig, des attaques qui ont été dirigées contre tous les points de la position tenue par les troupes danoises et des combats sanglants qui en ont été la suite. Le but avoué de ces opérations militaires est de se mettre en possession du Duché de Slesvig, que ce soit pour l'arracher définitivement à la Couronne danoise ou pour en arriver à se poser en arbitre unique de l'organisation de la Monarchie danoise. ¶ Le Gouvernement Danois a fait tout ce qui dépendait de lui pour éviter cette rupture de la paix. Il aime à croire que son Excellence M. le Comte Russell apprécie les démarches qu'il a faites dans le but de faire entrer le différend dans la voie efficace et pacifique des négociations; car ces démarches, le Gouvernement Danois les a faites sur les conseils pressants du Cabinet de Londres. Et toutes les Puissances Européennes avec l'Angleterre ont applaudi aux efforts du Danemark pour conserver la paix. Si la Prusse et l'Autriche seules n'ont pas partagé ce voeu universel, c'est qu'elles semblent vouloir établir un fait accompli qui réponde mieux aux aspirations ambitieuses de l'Allemagne que ne le ferait une décision juste et équitable, telle qu'on était en droit de l'attendre d'une Conférence des Puissances impartiales. ¶ Contre cette agression le Gouvernement Danois est fermement décidé à mettre en oeuvre toutes les ressources dont il dispose. Mais malgré l'énergie de ses troupes qui disputent vigoureusement le sol natal à l'ennemi, le Gouvernement Danois prévoit que, réduit à ses propres forces, le

No. 1515.  
Dänemark,  
11. Febr.  
1864.

\*) No. 1511.

No. 1515.  
Dänemark,  
11. Febr.  
1864.

Danemark finira par être écrasé sous la supériorité numérique de ses adversaires. Pendant qu'il en est temps encore, il faut donc que les Puissances amies du Danemark lui viennent en aide, et parmi ces Puissances il n'y en a pas à qui le Gouvernement Danois s'adresse avec plus de confiance qu'à l'Angleterre. ¶ Par le Traité du 23 juillet, 1720, la Grande-Bretagne a garanti „à Sa Majesté le Roi de Danemark, ses héritiers et successeurs, la possession paisible“ du Slesvig, en promettant de „les y maintenir *contra quoscunque* qui voudraient les y troubler, soit directement ou indirectement.“ Cette garantie est encore de nos jours en pleine vigueur, ce dont fait foi la note que Lord Westmoreland adressa sous la date du 18 avril, 1848, au Cabinet de Berlin. ¶ Mais le Gouvernement Danois n'a pas besoin de remonter si haut dans le passé pour gagner l'assurance que l'assistance active de l'Angleterre ne lui fera pas défaut dans les circonstances actuelles. Le Traité de Londres, au mepris duquel les Puissances Allemandes envahissent, à l'heure qu'il est, un pays danois, est surtout dû à l'intérêt invariable que l'Angleterre porte au maintien de la Monarchie danoise. Et de toutes les Grandes Puissances l'Angleterre a toujours été celle qui s'est attachée avec le plus de persévérance à éloigner la perspective d'une collision. Dernièrement encore le Cabinet de Londres a fait entendre à Francfort que dans le cas d'une attaque du Slesvig, le Danemark ne serait point l'aisé seul dans la lutte. L'Allemagne a cru pou voir passer outre, en ne tenant pas compte de ces paroles; mais le Gouvernement Danois a dû y voir l'expression d'une détermination à laquelle le Gouvernement Britannique donnera suite avec toute l'énergie qui caractérise la nation anglaise. ¶ Le Soussigné, &c.

*Torben Bille.*

### No. 1516.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Das Hülfege such Dänemarks betreffend. —

Copenhagen, February 7 (received February 12), 1864.

No. 1516.  
Gross-  
britannien,  
7. Febr.  
1864.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship that the Danish Government sent despatches yesterday to London, Paris, St. Petersburg, and Stockholm, asking the assistance of the four Powers in the present war. The application to the three first-named Courts is founded on the Acts of Guarantee of the Duchy of Schleswig signed in the last century. The Danish Government now consider themselves more bound to a war policy than ever. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

### No. 1517.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Eindruck des Rückzugs von Dänemark in Copenhagen. —

Copenhagen, February 7 (received February 12), 1864.

No. 1517.  
Gross-  
britannien,  
7. Febr.  
1864.

(Extract.) Any description I might attempt would utterly fail to give your Lordship a correct idea of the consternation and indignation with which

the news of the evacuation of the Dannewerke was received in this capital yesterday morning. ¶ Incredulous of the bare possibility of such an event people flocked by hundreds to the Ministry of War, and when they received a confirmation of the intelligence without any one being able to assign a reason for the movement which had taken place, the public mind was not long in jumping to the conclusion that the country had been betrayed. This impression gained force from the fact, which likewise became generally known, that although the evacuation had been decided at a Council of War held on the night of Thursday to Friday, it was not announced to the Minister of War until the night of Friday to Saturday; and although it was said that the decision had been taken without the participation of the King and M. Monrad, little faith was attached to this assertion, and the invectives against His Majesty were loud and numerous. The people had indeed been taught to believe that the Dannewerke was the bulwark at which a supreme effort of resistance was to be made: large sums of money, as they were aware, had been lavished in its construction, it had been provided with a numerous artillery and material, and 50,000 fighting men were known to be concentrated behind the ramparts. There had been no previous intimation that a retreat might be considered advisable before risking the chances of an assault, the partial attacks which had been made on the works had been successfully repulsed, a general engagement had been expected, but no attack had taken place immediately before the retreat. ¶ These were the considerations which rankled in men's minds. ¶ In the afternoon His Majesty's Proclamation to the army, of which I have the honour to inclose a translation by Mr. Kirkpatrick, appeared. It only served to fan the flame, and to give an impulse to the excitement which had been growing since the morning. The abrupt announcement that the cannon were in the possession of the enemy, and that the country was now open to him, was criticized in a tone of great severity. Attentively perused, there is sufficient to show that the responsibility of the measure is attributable to the military Commander. ¶ Popular excitement, however, does not reason or wait for further information, and consequently between 6 and 7 in the evening a large crowd assembled before the Palace, where the Queen and the Royal children are residing, and commenced yelling and shouting the most seditious cries — „Death to the King“ being frequently heard. Later in the evening a more numerous mob collected, and their proceedings having become still more riotous, the streets were cleared by a troop of the horse guards, aided by policemen, but the town continued in a state of agitation during the whole night, and so far from its having subsided this morning the reverse appears to be the case, and unless the explanation to be given this afternoon in the Rigsdag should have the effect of calming the public mind, serious disturbances appear to be expected this evening. ¶ Some of the newspapers have called upon the people to be quiet, and placards to the same purpose from some of the influential members of the Rigsdag have been affixed in the streets. &c.

No. 1517.  
Gross-  
britannien,  
7. Febr.  
1864.

*A. Paget.*

## No. 1518.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. a. d. kön. Vertreter im Auslande. — Die Räumung der Dannewirkestellung betr. —

Copenhagen, 12 février 1864.

No. 1518.  
Dänemark,  
12. Febr.  
1864.

Vous êtes instruit déjà que l'armée a évacué la position des Danewirke, avec ordre d'occuper la seconde ligne de défense, celle de Dybbol. ¶ Les raisons qui ont dicté ce mouvement rétrograde sont d'un caractère purement stratégique. L'extrême rigueur de la saison, les longues factions de nuit et l'excès de fatigue des troupes, joints à la supériorité numérique de l'ennemi, avaient rendu impossible un plus long séjour sur les Danewirke. Si l'armée avait accepté la bataille dans cet état des choses, il y aurait eu lieu de craindre son entière destruction. ¶ Actuellement, nos troupes occupent une position qui menace le flanc de l'ennemi, et qui, adossée à la mer, réunit tous les avantages que présente la configuration géographique du pays. Dybbol est, dans le fait, le seul point stratégique qui nous permette, réduits comme nous le sommes à nos propres forces, de faire durer la guerre à laquelle nous devons, à ce qu'il paraît, nous préparer. Avant l'occupation du Schleswig, nous aurions pu conclure la paix avec l'Allemagne. Depuis cet événement le Gouvernement n'a plus à choisir. Il faut qu'il poursuive la guerre jusqu'à ce que le Schleswig soit remis dans l'état de choses antérieur et que le duché soit rentré sous le sceptre du roi. Alors seulement nous serons en mesure de renouveler nos efforts pour terminer par la voie des négociations notre conflit avec l'Allemagne. ¶ J'ai l'honneur, etc.

*Quaede.*

## No. 1519.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Die gegenseitige Verbindlichkeit der Unterzeichner des Londoner Vertrags betr. —

Paris, February 11 (received February 12), 1864.

No. 1519.  
Gross-  
britannien,  
11. Febr.  
1864.

My Lord, — I thought it very desirable to communicate to M. Drouyn de Lhuys your Lordship's despatch to Lord Bloomfield of yesterday's date \*), on the subject of the doctrine put forward by the Austrian Government that the Treaty of 1852 was no longer binding on Austria and Prussia in consequence of those two Powers being at war with Denmark. ¶ M. Drouyn de Lhuys said that your Lordship's reasoning was unanswerable, and that you might have cited the Convention respecting the Islands of Aland, as well as that concerning the entrance of ships of war into the Dardanelles and Bosphorus. ¶ I have, &c.

*Cowley.*

\*) No. 1514.

## No. 1520.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an d. königl. Min. d. Ausw. — Das Hilfegesuch Dänemarks betr. —

Paris, February 12 (received February 13), 1864.

My Lord, — With reference to my despatch of yesterday's date,\*) I have now the honour to inform your Lordship that Count Moltke, the Danish Minister, received his instructions yesterday to ask assistance of the French Government. He saw M. Drouyn de Lhuys late in the afternoon, and was informed that an official answer would be returned to the Danish Government as soon as the Emperor's orders should have been taken, but M. Drouyn de Lhuys gave no hopes that the request would meet with a favourable reception. ¶ I have, &c.

No. 1520.  
Gross-  
britannien,  
12. Febr.  
1864.

*Cowley.*

## No. 1521.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. a. d. königl. Botschafter in Berlin. — Einstellung der Feindseligkeiten betr. —

Foreign Office, February 13, 1864.

(Extract.) M. Bismarck appears from your telegram to have intimated to your Excellency that the King of Prussia was not indisposed (with a view to an armistice being entered into) to allow the Danish army to retire to the Island of Fünen, under such condition as might be arranged by the military authorities; and with reference to this communication you ask me whether it might not be arranged that the military forces of neither party should occupy the Island of Alsen. ¶ It does not appear to me, however, that Her Majesty's Government can at present interfere further to bring about an armistice. &c.

No. 1521.  
Gross-  
britannien,  
13. Febr.  
1864.

*Russell.*

## No. 1522.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Einstellung der Feindseligkeiten betr. —

Vienna, February 8 (received February 15), 1864.

My Lord, — I found Count Rechberg quite willing to entertain the proposal contained in your Lordship's telegram of this day, respecting the conclusion of an armistice upon the condition that the Danish army should retire to the Island of Alsen. His Excellency evidently considers it desirable to bring the military operations to an end as soon as practicable, and observed to me

No. 1522.  
Gross-  
britannien,  
8. Febr.  
1864.

\*) No. 1518.

No. 1522.  
Gross-  
britannien,  
8. Febr.  
1864.

that it would be utterly impossible to make any calculation as to their termination if the Danish army were to be dislodged from the strong position in Alsen. ¶ As far as Count Rechberg himself was concerned, he approved of your Lordship's project, but could give no definitive answer without consulting M. de Bismarck, and said that he would immediately take the Emperor's pleasure on the subject, and telegraph to Berlin. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

### No. 1523.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Widerlegung des Gerüchts über eine Lossage des Kaisers vom Londoner Vertrag. —

Vienna, February 10 (received February 15), 1864.

No. 1523.  
Gross-  
britannien,  
10. Febr.  
1864.

My Lord, — With inference to the inquiry in your Lordship's telegram as to the truth of the report which had just appeared in Reuter's telegram that the Emperor of Austria had decided in a Council of Ministers that the London Treaty could no longer be considered by Austria as a basis of negotiation between the Great Powers, I can now inform your Lordship that Count Rechberg has just declared to me that the rumour is without the least foundation. The indentic despatches of Austria and Prussia, communicated to your Lordship on the 4th instant, are to be taken as the basis of the policy of the two Powers. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

### No. 1524.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. des Ausw. — Sinnesänderung des Grafen Rechberg in Betreff des Waffenstillstands\*). —

Vienna, February 10 (received February 15), 1864.

No. 1524.  
Gross-  
britannien,  
10. Febr.  
1864.

My Lord, — When I called to-day on Count Rechberg, his Excellency told me that he had received an answer from Berlin on your Lordship's proposal respecting an armistice, to the effect that M. de Bismarck was willing to enter into a Conference on the Dano-German conflict, but considered that so long as the Island of Alsen is occupied by a Danish force military operations must not be suspended. ¶ Count Rechberg observed that the Emperor his Imperial master cannot separate from Prussia or take a step at this moment except in union with her, and therefore, though His Imperial Majesty ardently desires an end of the war, he could not but admit the justice of M. de Bismarck's reasoning on the proposal which had been submitted to him. Count Rechberg then said there was, he thought, but one means of stopping the effusion of blood—the evacua-

\*) No. 1521.



tion of Alsen by the Danish forces. I told him that I was sorry to find the advices which he had received from Berlin had produced such a change in the personal opinions he had expressed to me, which appeared at first to have been favourable to your Lordship's project. ¶ He reiterated his desire that the war should be concluded as soon as possible; and observed that, judging from the large number of prisoners who had surrendered in the course of the last few days, there appeared to be considerable demoralization in the Danish army. ¶ I have, &c.

No. 1524.  
Gross-  
britannien,  
10. Febr.  
1864.

*Bloomfield.*

### No. 1525.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Minister des Ausw. — Die Einstellung der Feindseligkeiten betr. —

Vienna, February 11 (received February 15), 1864.

My Lord, — When I was with Count Rechberg to-day, I inquired whether he had heard anything further from Berlin, connected with the proposal for an armistice, conditionally on the retreat of the Danish forces to the Island of Alsen, and I expressed my regret that the impression he had apparently received on my first communication with his Excellency on the subject had been overruled by the decision of the Prussian Government not to entertain the question of an armistice so long as any part of Schleswig was occupied by the forces of Denmark. ¶ Count Rechberg said, that after an examination of the reasons put forward by the Prussian Government for declining the proposal he could not do otherwise than agree to them, and that the Emperor had fully admitted their justice and cogency. He added that he had just informed Count Apponyi by telegraph that the Austrian Government could not consent to the proposed arrangement, but earnestly desired that a Conference should be opened as soon as possible; a desire which he said was felt equally by the Cabinet of Berlin. ¶ His Excellency alluded also to a communication he had received from M. de Quaade, of an old date it was true, the 30th ultimo, in which the Danish Government proposes the meeting of a Conference in London, and he said that he should reply to it by expressing his entire acquiescence in this opinion. ¶ I have, &c.

No. 1525.  
Gross-  
britannien,  
11. Febr.  
1864.

*Bloomfield.*

### No. 1526.

**DEUTSCHER BUND.** — Die Bundescommissaire in Holstein an die Bundes-Versammlung. — Darlegung ihres Verhaltens dem Durchmarsche der alliirten Truppen gegenüber. —

Hohe Bundesversammlung! — Nachdem uns in dem hohen Erlasse vom 22sten vor. Mts. einige nähere Instructionen über unser Verhalten gegenüber

No. 1526.  
Deutscher  
Bund,  
11. Febr.  
1864.

No. 1536.  
Deutscher  
Bund,  
11. Febr.  
1904.

dem Durchmarsche der k. k. österreichischen und k. preussischen Truppen durch die unserer Verwaltung untergebenen Lande ertheilt und uns darin ein Entgegenkommen zur Pflicht gemacht worden war, welches wir uns von da an selbstverständlich allezeit haben zur Richtschnur dienen lassen, sind uns seitdem von dem Präsidio der hohen Bundesversammlung mittelst Telegramms von demselben Datum, wegen Beseitigung der der Verpflegung der obgedachten Truppen entgegenstehenden Hindernisse, mittelst Telegramms vom 1sten Februar wegen Verhinderung unzeitiger Veröffentlichung von Nachrichten über Stärke, Stellung und Bewegung der nach Schleswig bestimmten Truppen in der holsteinischen Presse, sowie ferner mittelst Telegramms vom Nachmittag desselben Tages wegen Verhütung einer etwaigen Benutzung der holsteinischen Post- und Telegrapheneinrichtungen zum Nachtheile der verbündeten österreichisch-preussischen Armee Weisungen in eben derselben Richtung zugegangen, und endlich haben wir unter dem gestrigen Tage eine schriftliche Verfügung erhalten, welche uns in noch dringenderer Weise veranlasst, den Bedürfnissen der in Schleswig operirenden alliirten Armee und der dahin nachrückenden Truppen in Bezug auf Transportmittel, Einquartierung und Förderung ihrer Verpflegung zu entsprechen, und insbesondere uns wiederholt auffordert, im Einvernehmen mit dem Oberbefehlshaber alle diejenigen Anordnungen zu treffen, welche erforderlich seien, um jede Benachtheiligung zu verhindern, die denselben durch Misbrauch der telegraphischen Communicationen in Holstein erwachsen könnte, und um den Bedürfnissen des Armeedienstes ganz zu genügen. ¶ Alle diese uns zugegangenen wiederholten Weisungen wollen uns aber fast wie eine Andeutung erscheinen, als würden von uns die so wichtigen und dringenden Rücksichten versäumt, welche das Vorgehen der verbündeten Armee erheischen, und müssen wir uns daher für verpflichtet halten über unser diesfälliges bisheriges Verhalten hoher Bundesversammlung Folgendes speciell darzulegen.

1) Allerdings bestand seit dem Herbste vorigen Jahres ein aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten erlassenes Verbot der Einfuhr von Hornvieh in das Herzogthum Holstein, welches beim Uebertritt der österreichisch-preussischen Truppen auf diesseitiges Gebiet sofort und ohne Weiteres aufzuheben für uns zunächst kein Anlass vorlag. Nicht nur ist jedoch bereits vor Eingang des erstgedachten bezüglichen Telegramms auf das erste Ansuchen eines preussischen Armeelieferanten, als gesund ausgewiesenes und für die verbündete Armee bestimmtes Vieh über Altona einführen zu dürfen, in continenti genehmigend verfügt, sondern auch wenige Tage darauf die aus der anliegenden No. 12 des Gesetz- und Verordnungsblattes hochgeneigtest zu entnehmende allgemeine Bestimmung getroffen worden, dass die Einfuhr alles und jedes für die Truppen bestimmten Schlachtviehs, sofern dasselbe nur als gesund nachgewiesen wird, ohne Weiteres zu gestatten sei.

2) Sobald der Oberbefehlshaber Generalfeldmarschal Freiherr v. Wrangel mittelst Schreibens vom 25. vor. Mts. — nebenbei gesagt der einzigen Communication, die wir von seiner Seite erhalten — uns um Bestellung eines Commissars zu Verhandlungen über Vorspannleistungen angegangen hatte, haben wir, nach vorgängiger Besprechung mit dem sich zu diesem Zwecke bei uns ein-

stellenden königl. preussischen Oberintendanten, Geheim-Rath Weidinger, nicht nur, wie von diesem dankbar anerkannt wurde — in der fraglichen Hinsicht das Nöthige sofort, beziehentlich per Telegramm verfügt und veranlasst, sondern auch in Bezug auf das gesammte Marsch-, Bequartierungs- und Verpflegungswesen — wie aus dem anliegenden 12. Stücke des Gesetz- und Verordnungsblattes ersichtlich — einen mit den ausgedehntesten Befugnissen ausgestatteten Beamten ernannt.

No. 1536.  
Deutscher  
Band.  
11. Febr.  
1864.

3) Eben so haben wir in Verfolg der uns gewordenen Weisung nicht verfehlt, ungesäumt wegen Vermeidung aller Veröffentlichungen über Stärke, Stellung und Bewegung der in Schleswig operirenden Armee das Nöthige theils an die Redactionen, theils an die Polizeibehörden zu verordnen, und wenn vielleicht trotzdem hie und da derartige Nachrichten vorzeitig ins Publicum gedrungen sind, so muss man dabei billig den Schwierigkeiten Rechnung tragen, mit welchen die strenge Durchführung dieses Verbots bei der Spannung des Publicums auf Nachrichten vom Kriegsschauplatze verbunden sein musste.

4) Was nun aber die Telegraphen-Einrichtungen in Holstein selbst anlangt, so war bereits in der Nacht vor dem Uebergange der verbündeten Armee-corps über die Eider der Telegraph von Rendsburg auf Befehl des königl. sächsischen Festungs-Commandanten nach Schleswig hin isolirt worden und musste es um so mehr auffallen, das Seiten der königlich preussischen Telegraphen-Verwaltung die Telegraphenstation Rendsburg — wie hoher Bundesversammlung bereits aus dem Berichte des Oberbefehlshabers der Bundes-Executionstruppen bekannt — factisch in Besitz genommen und eine gleiche Massregel für Neumünster, Altona und Kiel beabsichtigt wurde, eine Beschlagnahme, die nur durch das energische Einschreiten des inmittelst nach Rendsburg gekommenen Generalleutenants v. Hake, wie durch die von uns an sämtliche Telegraphenstationen erlassenen gemessenen Befehle noch rechtzeitig abgewendet werden konnte.

Als aber dann infolge dessen am Morgen des 6. d. M. der königlich preussische Telegraphendirector Oberstlieutenant Chauvin bei uns sich einfand und, das eigenmächtige Vorgehen in Rendsburg mit einem Misverständnisse entschuldigend, um Abschliessung eines Abkommens unter Ueberlassung mehrerer selbständiger Telegraphenleitungen an die preussische Telegraphenverwaltung uns anging, so wurde diesem Anlangen von uns in der Masse entsprochen, dass in wenigen Stunden schon die in Abschrift beiliegende Vereinbarung zu Stande kam und bereits am folgenden Tage die fragliche Telegraphenverbindung in vollen Gang gesetzt werden konnte, was den genannten königlich preussischen Beamten veranlasste, uns wiederholt seinen Dank für ein Entgegenkommen auszusprechen, welches allein die so schleunige Erledigung dieser Angelegenheit ermöglicht hatte.

5) In gleicher Weise wird aber endlich auch der k. k. österreichische Major v. Mertens, welcher, in Verfolg eines dem Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz diesfalls gemachten Zugeständnisses, mit Errichtung eines österreichischen Lazareths in hiesiger Stadt beauftragt worden war und mit seinen bezüglichen Anliegen an uns sich wandte, gewiss nur bezeugen können, dass er

No. 1526.  
Deutscher  
Bund.  
11. Febr.  
1864.

hierbei auf das Bereitwilligste alle gewünschte Unterstützung gefunden, so dass auch ihm die schleunigste Erreichung seines Zweckes möglich wurde.

Aus diesem Allen wolle aber hohe Bundesversammlung geneigtest entnehmen, dass wir in allen Fällen, wo man von Seiten des Obercommandos der verbündeten Armee unsere Vermittelung überhaupt in Anspruch genommen hat, an einem Entgegenkommen von unserer Seite es wahrlich nicht haben fehlen lassen, und wenn wir nicht in der Lage sind, dem letzten verehrten Erlasse eine unmittelbare Folge zu geben, so liegt dies einfach daran, dass das in demselben in Aussicht genommene „Einvernehmen“ mit uns jenseits zur Zeit in keiner Hinsicht begehrt wird. ¶ Setzt aber hohe Bundesversammlung, wie dies die obenerwähnten wiederholten Weisungen anzudeuten scheinen, Misstrauen in unser Verhalten und hat Hochdieselbe Anlass zu bezweifeln, dass wir uns in dieser wie in anderer Beziehung die uns ertheilten Instructionen streng zur Richtschnur dienen lassen, so dürfen wir die gehorsamste Bitte uns erlauben, dass hohe Bundesversammlung uns dies frei und unumwunden eröffnen und unsere Rechtfertigung hören wolle. Andersfalls könnten wir nur wünschen, eines Auftrags möglichst bald entbunden zu werden, dessen Ausführung, wie sie von gewisser Seite her unausgesetzt die gehässigste und verdächtigendste Kritik erfahren, von Tag zu Tag schwerer und völlig unmöglich wird, sobald wir nicht mehr des Vertrauens und der Unterstützung der hohen Versammlung uns versichert halten können, von welcher wir unsern Auftrag herleiten.

Altona, den 11. Februar 1864.

Die Bundescommissaire für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

v. Könneritz.

Nieper.

## No. 1527.

**DEUTSCHER BUND.** — Die Bekanntmachung der Bundescommissaire für Holstein, das Einrücken preussischer Truppen in Altona betr., und Protest dagegen. —

No. 1527.  
Deutscher  
Bund.  
12./13. Febr.  
1864.

Das im Laufe des gestrigen und heutigen Tages erfolgte Einrücken zweier preussischer Bataillone in Altona hat nach allen Seiten hin ein solches Aufsehen erregt, dass Wir Uns veranlasst finden müssen, über den wirklichen Hergang Folgendes bekannt zu machen: Nachdem vorgestern von dem Generalfeldmarschall Freihern von Wrangel durch ein an Generalleutenant von Hake gerichtetes Schreiben die Besetzung der Städte Altona, Kiel und Neumünster durch königlich preussische Truppen angekündigt war, hatten der Commandant der Bundesexecutionstruppen General von Hake, sowie die unterzeichneten Bundescommissaire sich mit der grössten Bestimmtheit dagegen aussprechen müssen, was zur Folge hatte, dass Feldmarschall von Wrangel zwar die Einholung weiterer Entschliessung von Seiten seiner Regierung zusicherte, bis zu deren Eingang aber bei seinen Dispositionen beharrte. Auch durch weitere Verhandlungen ist dieser auffällige Schritt nicht abzuwenden gewesen, indem ein unter den Befeh-

len des General von Raven stehendes Bataillon Preussen gestern hier in Altona No. 1527. Deutscher Band, 12./13. Febr. 1864. eingerückt und ihm ein zweites heute gefolgt ist. Die Bundescommissaire mussten in diesem Vorgehen einen mit den von den hohen Cabinetten von Wien und Berlin noch jüngst abgegebenen Erklärungen in Widerspruch stehenden Gewaltschritt erblicken, zumal in der ihnen unter dem 22sten vorigen Monats zugegangenen Bundesinstruction noch ausdrücklich es als selbstverständlich bezeichnet worden war, dass eine bleibende Besetzung holsteinischer Gebiete den Bundestruppen allein vorbehalten bleibe. Die Bundescommissaire haben sich nun, um es in diesem Falle nicht zum Aeussersten kommen zu lassen, darauf beschränkt, den unten abgedruckten Protest zu erheben, und dem Generalmajor von Raven durch einen damit beauftragten Officier aushändigen zu lassen, sowie den hiesigen Magistrat zu Innehaltung eines diesem ungerechten Einrücken preussischer Truppen entsprechenden Verhaltens anzuweisen, gleichzeitig aber über den Vorgang nachdrücklich bei der Hohen Bundesversammlung Beschwerde geführt. Was von dieser hierauf beschlossen werden wird, ist noch zu gewärtigen und soll seiner Zeit zur öffentlichen Kunde gebracht werden.

Altona, den 13ten Februar 1864.

Die Bundescommissaire für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

v. *Könneritz.*

*Nieper.*

---

#### Protest.

Nachdem der Generalfeldmarschall von Wrangel Excellenz im Widerspruch mit den in der 5ten Bundestagssitzung dieses Jahres Seiten der Allerhöchsten Cabinette zu Wien und Berlin abgegebenen Erklärungen und Zusicherungen, in einem an Se. Excellenz den Generalleutenant von Hake gerichteten Schreiben die Besetzung von Altona, Neumünster und Kiel mit königlich preussischen Truppen angekündigt hatte, ist nicht allein von den Bundescommissairen, sondern auch von dem commandirenden General der Bundesexecutionstruppen hiergegen Widerspruch erhoben, vom Generalfeldmarschall von Wrangel aber mitgetheilt worden, dass er zwar diesen Widerspruch seiner Regierung einberichtet, bis zu Eingang diesfallsiger Bestimmung es jedoch bei der getroffenen Dislocation bewenden müsse. Unter diesen Umständen und da diese Besetzung mit den Uns vom Präsidium der Deutschen Bundesversammlung unterm 22sten Januar d. J. zu Unserer Instruction unter andern dahin gemachten Eröffnungen, „dass selbstverständlich eine bleibende Besetzung holsteinischer Gebiete den Bundestruppen allein vorbehalten bleibe,“ im auffälligsten Widerspruche steht, bleibt Uns, von dem Wunsche geleitet, so lange wie möglich ernste Conflicte zwischen den Bundesexecutionen- und den königlich preussischen Truppen zu vermeiden, nichts übrig, als hiermit feierlichen Protest gegen die beabsichtigte Besetzung von Altona etc. zu erheben, indem Wir dabei selbstverständlich der

No. 1527. Hohen Deutschen Bundesversammlung alle weiteren Entschliessungen in der  
 Deutscher Sache ausdrücklich vorbehalten. — Urkundlich ausgefertigt.  
 Bund, 12./13. Febr.  
 1864.

Altona, den 12ten Februar 1864.

Die Bundescommissaire für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

v. *Könneritz.* *Nieper.*

### No. 1528.

**ÖSTERREICH.** — Min. d. Ausw. — Circulardeposche a. d. kaiserl. Gesandten bei den deutschen Höfen. — Die Ablehnung der Ausschussanträge über die Stellung des Bundes zum Londoner Verträge betr. —

Wien, 13. Febr. 1864.

No. 1528.  
 Oesterreich,  
 13. Febr.  
 1864.

Die Bundesversammlung hat in ihrer Sitzung vom 11. d. M. beschlossen, über die Anträge eines Ausschussgutachtens, welches sich mit dem Londoner Verträge vom 8. Mai 1852 beschäftigt, binnen 14 Tagen abzustimmen.\*) ¶ Zugleich mit diesem Gutachten liegt den hohen Bundesregierungen ein Separatvotum Oesterreichs und Preussens vor, welches aus der rechtlichen und factischen Sachlage die unwiderlegliche Folgerung ableitet, dass, nachdem der Londoner Vertrag anerkannter Weise den Deutschen Bund nicht verpflichtet, die Ausschussmehrheit durchaus keine Veranlassung gehabt habe, aus der blossen Negation dieses Vertrages einen abgesonderten Theil der ihr aufgetragenen Prüfung der Erbfolgefrage zu machen und die Bundesversammlung zu einer Abstimmung aufzufordern, durch welche für die Entscheidung der streitigen Frage nicht das Geringste gewonnen sein würde. ¶ Könnte uns das Votum, welches die Ausschussmehrheit ungeachtet unserer wiederholten ernstlichen Gegenvorstellungen der Bundesversammlung zumuthet, einfach als eine überflüssige, aber unschädliche Sache erscheinen, oder beschränkten sich unsere Bedenken darauf, dass dasselbe im Grunde keine andere innere Bedeutung hat, als diejenige einer Demonstration gegen die beiden deutschen Grossmächte, so könnten wir uns damit begnügen, unserer abweichenden Ansicht bereits in der erwähnten Separatabstimmung Ausdruck geliehen zu haben. Unsere eigene Stellung könnten wir jedenfalls, wenn die vom Ausschusse beantragten Beschlüsse wirklich gefasst würden, durch die Erklärung vollkommen decken, dass durch diese Beschlüsse in der Sachlage absolut nichts geändert werde. Allein die vier Anträge der Mehrheit, wenn sie auch in der Rechtsfrage schlechthin wirkungslos sind, könnten eben deshalb auf dem politischen Gebiete sehr leicht die Wirkungen einer beabsichtigten Herausforderung hervorrufen und ohne alle Veranlassung, wie ohne Nutzen, den nichtdeutschen Mächten entschiedene Gegenerklärungen zu Gunsten des Londoner Vertrages gewissermassen abnöthigen. Es wird nicht erst des Beweises bedürfen, dass nach dem Ausbruche der Feindseligkeiten in Schleswig die Verantwortlichkeit für ein Verfahren doppelt schwer wiegen

\*) Vergl. No. 1046.

müsste, durch welches die ohnehin vorhandene Spannung in den Verhältnissen zwischen den Grossmächten ohne irgendeinen in der Sache liegenden Grund freiwillig noch gesteigert würde. Diese Erwägung ist es, die uns bestimmt, durch Ihre Vermittlung der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, noch besonders den Wunsch auszudrücken, dass sie den Anträgen der Ausschussmehrheit nicht ihre Zustimmung ertheilen, sondern sich für eine ungetrennte Vortragserstattung über das Ganze der dem Ausschusse zur Prüfung zugewiesenen Erbfolgefrage aussprechen möge. ¶ Es dürfte hiergegen um so weniger irgendein Anstand obwalten können, als nunmehr auch der zweite Theil des von dem k. baierischen Herrn Bundestagsgesandten ausgearbeiteten Gutachtens bereits vollständig vorliegt und man die Schlussanträge desselben nur zu lösen braucht, um sich zu überzeugen, dass diese Anträge nirgends einen abgesonderten Ausspruch über die Unwirksamkeit des Londoner Vertrags voraussetzen, sondern mit oder ohne einen derartigen Ausspruch angenommen oder abgelehnt werden können. ¶ Wir bemerken schliesslich noch, dass selbst eine Regierung, welche mit einzelnen Ausführungen des österreichisch-preussischen Separatvotums nicht vollständig einverstanden wäre, obgleich wir für unseren Theil darin den bundesrechtlichen Theil der Frage auf seine wahren Ausgangspunkte zurückgeführt erblicken, nicht etwa gehindert sein würde, gegen die jedenfalls unmotivirte Trennung der Schlussfassung in eine negative und eine positive Hälfte zu stimmen, gleichwie solches bereits von Seiten des grossherzoglich mecklenburg'schen Bundestagsgesandten geschehen ist. ¶ Ew. . . . wollen nicht säumen, der . . . Regierung von dem gegenwärtigen Erlasse Mittheilung zu machen, etc.

No. 1528.  
Oesterreich,  
13. Febr.  
1864.

*Rechberg.*

### No. 1529.

**OLDENBURG.** — Min. d. Ausw. an den kaiserl. österr. Gesandten. — Antwort auf die österreichische Circulardepesche in Betreff einer Ablehnung der Ausschussanträge über die Stellung des Bundes zum Londoner Verträge. —

Oldenburg, den 24. Februar 1864.

Der Unterzeichnete hat die Note vom 16. d. M., durch welche ihm von Sr. Excellenz dem k. k. österreichischen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Grafen von Ingelheim eine Depesche des k. k. Cabinets vom 13. d. M. mitgetheilt worden ist, zu erhalten die Ehre gehabt, und beehrt sich, Namens Seiner königl. Hoheit des Grossherzogs, seines gnädigsten Herrn, in Betreff des darin berührten Bundesbeschlusses vom 11. d. M. Folgendes zu erwidern. ¶ Diesem Beschlusse, nach welchem die Anträge des Ausschussgutachtens über die Stellung des Deutschen Bundes zum Londoner Verträge vom 8. Mai 1852 in der Sitzung vom 25. d. M. zur Berathung und Abstimmung gebracht werden sollen, hat bekanntlich auch die grossherzogl. Regierung zugestimmt. Sie ist also vollkommen damit einverstanden gewesen, dass es für die dem Ausschuss aufgebene Prüfung der holsteinischen und lauenburgischen Erbfolgefrage zweckmässig sei, vorher eine Entscheidung des Bundes über die

No. 1529.  
Oldenburg,  
24. Febr.  
1864.

No. 1529.  
Oldenburg,  
24. Febr.  
1864.

Stellung herbeizuführen, die er zu dem genannten Verträge einnehmen will. Denn wiewohl zur Zeit noch der Londoner Vertrag in keiner Weise den Bund verpflichtet, so lässt sich doch allein aus diesem Umstande nicht etwa folgern, dass keine Veranlassung überhaupt vorliege, die Beziehungen des Vertrages zur Erbfolge im Herzogthum Holstein, sowie in dem erbrechtlich davon unzertrennbaren Herzogthum Schleswig und im Herzogthum Lauenburg jetzt vor allem Andern einer Erwägung des Bundes zu unterwerfen. ¶ Es liegt vielmehr eine sehr bestimmte Veranlassung dazu vor, da von Seiten des Königs Christian IX. von Dänemark die Succession in die sämmtlichen unter dem Scepter seines Vorgängers vereinigten Länder, wie die Verhandlungen am Bundestage vom 21. November vor. J. beweisen, mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 angesprochen wird. Auf Grund dieses Vertrags hat sich der verstorbene König Friedrich VII. von Dänemark im Stande sehen wollen, eine neue Thronfolgeordnung für seine ganze Monarchie durch das Gesetz vom 31. Juli 1853 zu verkündigen, welches jedoch eben so wenig für Schleswig als für Holstein und Lauenburg rechtsbeständig erlassen, und auch dem Deutschen Bunde gegenüber vom Könige Christian IX. als Successionstitel niemals geltend gemacht worden ist. Demnach erscheint es nicht im Einklange mit den Thatsachen, wenn das von den Bundestagsgesandten der k. k. österreichischen und der königlich preussischen Regierung am 11. d. M. eingebrachte Separatvotum behauptet, es stütze König Christian IX. seinen Successionsanspruch auf das erwähnte Thronfolgesetz, und nicht auf den Londoner Vertrag selbst. ¶ Die Frage, wie der Bund sich zu dem letzteren verhalten will, hat aber eine präjudicielle Bedeutung, da je nach ihrer Entscheidung alle ferneren Beschlüsse des Bundes in der Erbfolgefrage ganz überflüssig werden können, und ist daher vorgängig zu erledigen. Auch von dem zunächst gegebenen Anlass abgesehen, wird ihre Erledigung mit jedem Tage für den Deutschen Bund um so dringender, weil die beiden mächtigsten Bundesglieder in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte den Londoner Vertrag bedingungsweise mitunterzeichnet, und in der Sitzung des Bundestags vom 28. November vor. J. erklärt haben, dass sie zur Ausführung des Vertrags bereit seien, wenn die Krone Dänemark den von ihr eingegangenen Bedingungen nachkomme. Der Bund befindet sich also keineswegs in dem glücklichen Falle, so zu verfahren, wie das Separatvotum vorschlägt, als ob der Londoner Vertrag gar nicht bestände. Ohne Zweifel verkennt er nicht den Ernst der Frage, ob er es verantworten kann, seine Stellung zu diesem Verträge fortan lediglich nach derjenigen der beiden Grossmächte zu bestimmen, Allein offenbar ist diese Frage rein politischer Natur, und keine Rechtsfrage. ¶ Wie der Deutsche Bund sich auch entscheiden möge, er wird nicht zu befürchten haben, dass er seine Zuständigkeit überschreite, wenn er die Ausführbarkeit einer europäischen Transaction über deutsche Bundesländer in erster Linie von seiner eigenen Zustimmung abhängig macht. Denn was in dieser Beziehung dem Bunde verfassungsmässig zusteht, bedarf gewiss keiner näheren Darlegung, und eine Berücksichtigung der Warnung, welche in der Depesche des k. k. Cabinets enthalten ist, die ausserdeutschen Grossmächte nicht herauszufordern, möchte wohl mit der Würde des Deutschen



Bundes kaum vereinbar sein. Es scheint sogar, dass die bis jetzt noch nicht erfolgte Zustimmung des Bundes zum Londoner Verträge wesentlich der Grund sei, aus welchem derselbe von einer ausserdeutschen Grossmacht als unausführbar bereits erkannt und öffentlich bezeichnet worden ist. Und in der That würden die ausserdeutschen Grossmächte dem Bunde die im europäischen Rechte begründete Unabhängigkeit absprechen oder gewaltsam rauben müssen, falls sie von einem Bundesbeschlusse, wie er durch das Ausschussgutachten vom 11. d. M. beantragt worden ist, Veranlassung nähmen zu erklären, dass auch ohne Zustimmung des Bundes der Londoner Vertrag zur Ausführung kommen sollte. Am wenigsten aber ist es verständlich, dass einem solchen Bundesbeschlusse nach der Ansicht, welche das k. k. Cabinet in jener Depesche ausspricht, keine andere Bedeutung würde beizulegen sein als die einer Demonstration gegen die beiden deutschen Grossmächte. ¶ Die grossherzogliche Regierung an ihrem Theil ist sich bewusst, bei ihren Abstimmungen in der Bundesversammlung ausschliesslich den Gesichtspunkten zu folgen, welche nach ihrem redlichen Dafürhalten durch die Rechte des Deutschen Bundes und die Interessen des gemeinsamen Vaterlandes vorgezeichnet sind, und hegt keinen angelegentlicheren Wunsch, als dass unter den Gefahren der Gegenwart, welche nicht blos die kleineren Bundesstaaten bedrohen, vor Allem die Eintracht mit den beiden deutschen Grossmächten aufrecht erhalten werde. ¶ Indem der Unterzeichnete dem k. k. österreichischen Herrn Gesandten ergebenst anheimstellt, Seiner allerhöchsten Regierung die vorstehende Rückäusserung zur Kenntniss zu bringen, benutzt er mit Vergnügen, &c.

No. 1529.  
Oldenburg,  
24. Febr.  
1864.

v. Rössing.

### No. 1530.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an d. königl. Minister d. Ausw. — Russlands Hinweis auf Berufung einer Conferenz in d. deutsch-dänischen Sache. —

St. Petersburg, February 9 (received February 15), 1864.

My Lord, — In conformity with the sense of your Lordship's telegraphic instructions of yesterday's date, I waited on Prince Gortchakoff this forenoon and stated to his Excellency that the Danish Government had resolved to apply to the Governments of England, France, Russia, and Sweden, for assistance, and that Her Majesty's Government were anxious to learn what course the Cabinet of St. Petersburg was disposed to embrace with a view to the preservation of the general peace. ¶ The Vice-Chancellor informed me in reply that our first aim ought to be the assembly of the Conference of the Powers who signed the Treaty of London with the least possible delay. The official proposal of the Danish Government to that effect had been retarded, but would shortly be received by the parties interested. He had already supported that overture by anticipation at Vienna, Paris, and Berlin. He would continue to do so, and he hoped Her Majesty's Government would act in the same sense. ¶ I asked Prince Gortchakoff whether he insisted on the co-

No. 1530.  
Gross-  
britannien,  
9. Febr.  
1864.

No. 1530. operation of the German Diet. ¶ The Prince answered that he had not thought  
 Gross- it necessary to address the Diet on the subject, and he did not contemplate doing  
 britannien, so. If the Germanic Confederation, however, chose to name a Representative  
 9. Febr. to the Conference, such a step would not meet with any opposition on his part.  
 1864. ¶ I have, &c.

*Napier.*

### No. 1531.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg a. d. königl. Min. d. Ausw. — Waffenstillstand und Conferenz betr. —

St. Petersburg, February 10 (received February 15), 1864.

No. 1531. My Lord, — I called on Prince Gortchakoff this forenoon in conse-  
 Gross- quence of his Excellency's invitation. The Prince told me that after I had left  
 britannien, him last night he had telegraphed to the Emperor for orders to support the pro-  
 10. Febr. posal for an armistice at Berlin with the full weight of His Majesty's personal  
 1864. authority. The Emperor replied immediately, enjoining him to do so. The  
 telegraphic instructions had therefore been forwarded to M. de Mohrenheim  
 in the sense which I reported yesterday, but with the distinct sanction of the  
 Emperor. In the same telegram Prince Gortchakoff represents to the Prussian  
 Cabinet in pressing terms the expediency of joining in a Conference, without  
 delay, of the Powers signatories of the Treaty of 1852. ¶ I have, &c.

*Napier.*

### No. 1532.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an d. königl. Min. d. Ausw. —  
 Hannovers Stellung zur deutsch-dänischen Sache. —

Hanover, February 11 (received February 15), 1864.

No. 1532. My Lord, — The report of M. Von der Pfordten, the Bavarian Envoy  
 Gross- to the Diet, on the Holstein Succession question, proposing the recognition of  
 britannien, the Prince of Augustenburg as Duke of Holstein, and the admission of his Envoy,  
 11. Febr. M. de Mohl, to a seat in the Assembly, having been published in the newspapers,  
 1864. I turned the conversation upon it at an interview which I had with Count Platen  
 yesterday. ¶ I reminded his Excellency that some time ago, when I had urged  
 him to fulfil the obligations contracted by Hanover under the Treaty of London  
 of the 8th of May, 1852, by effecting the official recognition by His Hanoverian  
 Majesty of the Succession of His Majesty King Christian IX, he had stated that  
 he would carry out those engagements by giving the vote of Hanover, when the  
 proper moment arrived, against the pretensions of the Prince of Augustenburg.  
 ¶ I said that, with reference to this statement, I now claimed the vote of  
 Hanover against the proposals contained in M. Von der Pfordten's report.  
 ¶ Count Platen replied that he would not commit himself by pronouncing him-

self at present on the question I had mooted, but that he would take care that every point of M. Von der Pfordten's Report should be well sifted in the Committee of the Diet. In a previous conversation which I had with his Excellency he had stated that he would not fail to express at Fränkfort the opinion that both parties should be heard before a decision was taken by the Diet. ¶ In broaching this subject I had not expected to obtain any positive answer from Count Platen concerning the course which may be adopted by the Hanoverian Government, considering the peculiar difficulties of his own position, and of the uncertainty whether war may not break out between the Confederation and Denmark before the Succession question is decided at the Diet, but I thought it my duty to recall to his recollection the assurances I had formerly received from him in the hopes that he may see the necessity of acting up to them. ¶ I should observe that his Excellency characterized the embargo which had been laid by the Danish Government, according to the information he has just received, upon two Hanoverian vessels at Elsinore as a hostile act, and contended that war would release Hanover from the Treaty of 1852 — a doctrine which I did not fail to contest on the grounds put forward by your Lordship and by Viscount Palmerston in Parliament. ¶ It will, I understand, be the endeavour of Austria and Prussia to postpone as long as possible a vote by the Diet on the Succession question. ¶ I have, &c.

No. 1532.  
Gross-  
britannien,  
11. Febr.  
1864.

*Henry F. Howard.*

### No. 1533.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Den Conflict der königl. preuss. und der Bundestruppen in Holstein betr. —

Hanover, February 13 (received February 15), 1864.

My Lord, — The newspapers brought this morning the intelligence that Field-Marshal von Wrangel had announced his intention of occupying Altona, Kiel, and Neumünster, in Holstein; that the Federal Commissioners and the Saxon Commander-in-chief of the Federal troops, General von Hake, had protested against this proceeding; that General von Hake had threatened to resist by force the entrance of the Prussian troops into Altona, but that nevertheless a Prussian battalion had entered that city. ¶ I saw Count Platen as early as possible to-day, and inquired of him what truth there was in these statements. His Excellency confirmed them generally, but said that no conflict had taken place between the Federal and Prussian troops, and that none was to be apprehended, as the Federal Commissioners had agreed to prevent one. He added that he had remonstrated with the Prussian Minister for Foreign Affairs against the Prussian Government having taken such a step without having given due notice of their intentions; and that M. de Bismarck had replied that it had been resorted to in consequence of the necessity there was for the Prussian army in Schleswig to secure the freedom of its communications in its rear, in order that it might receive its reinforcements without impediment, but that it was not

No. 1533.  
Gross-  
britannien,  
13. Febr.  
1864.

No. 1533. intended to interfere with the Federal Execution in Holstein. The affair, Count  
Gross- Platen further told me, was to be brought under discussion in the German Diet  
britannien, this day. ¶ I then asked Count Platen what course he intended taking in the  
13. Febr. matter; whether he proposed writing on the subject to M. Nieper, the Hanoverian  
1864. Government officer acting as Federal Commissioner, or to the Commander  
of the Hanoverian troops in Holstein, in order to avoid a conflict, and what  
instructions he had forwarded to the Hanoverian Envoy at Frankfort. ¶ His  
Excellency replied that he would not, by sending instructions to the Hanoverian  
authorities in Holstein, fall into the fault committed by Baron Beust, the Saxon  
Minister for Foreign Affairs, who had instructed the Saxon Commander-in-chief  
to oppose force to the Prussian troops; but that the Hanoverian Commissioner  
was fully acquainted with his wish to see a conflict avoided, and that none would  
take place. ¶ His Excellency said that he had instructed the Hanoverian Envoy  
at Frankfort to protest at the Diet, in moderate terms, against the proceeding of  
the Prussian Government, but that he would not associate himself to any intem-  
perate Resolutions proposed by the South German States, and that he would,  
on the contrary, do everything in his power to prevent the outbreak of civil war  
in Germany. ¶ I should observe that Count Platen is too much alive to the  
danger there would be for Hanover in a conflict with Prussia not to do every-  
thing in his power to prevent one. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

### No. 1534.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Den Waffenstillstand betr. —

Berlin, February 13 (received February 15), 1864.

No. 1534. My Lord, — On my calling upon M. de Bismarck this morning his  
Gross- Excellency referred to the proposal for an armistice between the allied forces of  
britannien, Austria and Prussia and the Danish army, and he repeated his objections to  
13. Febr. leaving the Island of Alsen in the possession of the Danish army, which might  
1864. cut asunder the forces of the allies. I replied that the present force in Alsen  
could not be dangerous to the allied army, and that if the armistice was accepted  
by Denmark a stipulation might be made against reinforcements being intro-  
duced into the Island. His Excellency said the military authorities were the  
best judges of that question, and they had already decided against the proposal  
of Her Majesty's Government, but he had spoken to the King of my suggestion  
that time and facilities should be afforded to the Danes to evacuate the Island,  
and he believed His Majesty would not object to such an arrangement, though  
it would be necessary to leave the details of it to the Commanders of the two  
armies. ¶ I replied that he must be aware that I had made no proposal what-  
ever to him, except that which I had told him I was instructed to do, and that  
I had merely suggested that he might perhaps mitigate the effect which his refusal  
of that proposal was likely to produce on the opinions of Her Majesty's Govern-

ment, if it were accompanied by an offer to allow the Danish army a certain time to effect the evacuation of Alsen, which the Prussian military authorities considered necessary for the security of the allied army. ¶ As M. de Bismarck also said he had spoken to the Austrian Minister of my suggestion, I have taken an opportunity of explaining to Count Karolyi the nature of the observations which I made to his Excellency, and I have stated to both of them that I thought it very improbable that the Danish Government would agree to surrender Alsen to the allies if they have the means of defending it, which I believe them to possess. ¶ Her Majesty's Government will doubtless learn from Sir Augustus Paget how far these means may be adequate; but as the Prussian Government have rested their refusal to accept the armistice on the ground that the presence of Danish troops in Alsen would be a danger for the allied army, might not a compromise be come to, according to which the Island should be held by neither party during the proposed Conferences, and that a Danish force equal to that removed should be allowed to re-occupy it, and the entrenchments of Düppel be restored to the Danish army in their present state, if the proposed Conferences should not end in a pacific arrangement? ¶ I have, &c.

No. 1534.  
Gross-  
britannien,  
13. Febr.  
1864.

*Andrew Buchanan.*

---

No. 1535,

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Ansicht des französ. Cabinets von der Nothwendigkeit einer Zuziehung des Deutschen Bundes zu der Conferenz. —

Paris, February 13 (received February 15), 1864.

(Extract.) M. Drouyn de Lhuys made some remarks respecting the composition of the Conference, which he supposed, he said, would consist of Plenipotentiaries of the Powers who signed the Treaty of 1852, and of a Plenipotentiary from the Germanic Confederation. I asked his Excellency whether he insisted on this latter point, observing that although Her Majesty's Government included a Plenipotentiary from the Diet when proposing a Conference some weeks ago, I did not know what their opinion might be at the present moment. ¶ M. Drouyn de Lhuys replied that he thought that no arrangement would be satisfactory or lasting which should not be accepted by the Diet; that no doubt a Plenipotentiary from that Body would cause a great deal of trouble, still he should be loath to enter into a Conference from which the Diet would be excluded. He requested me to represent this to your Lordship. &c.

No. 1535.  
Gross-  
britannien,  
13. Febr.  
1864.

*Cowley.*

## No. 1536.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafterin Paris an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Garantie von 1720. —

Paris, February 13 (received February 15), 1864.

No. 1536.  
Gross-  
britannien,  
18. Febr.  
1864.

(Extract.) When I was with M. Drouyn de Lhuys this afternoon, his Excellency said that since he had seen me two days ago he had received a communication from the Danish Government which he had been led to expect would be made to him respecting the guarantee given by France to Denmark in 1720 with reference to the Duchy of Schleswig. He had in consequence caused a statement to be drawn up of the part which France had taken both at the time when the guarantee was given and subsequently when the guarantee was invoked by Denmark in 1848. He found the case to stand thus: — It appeared that previous to 1720 the sovereignty over the Duchy of Schleswig had been divided between the elder and the younger branches of the House of Gottorp, the parts which acknowledged allegiance to Frederick IV, King of Denmark, being called Royal and the remaining parts belonging to the Duke of Gottorp being denominated Ducal. The Peace of 1720 putting an end to the war which had been waging between Denmark and Sweden, with the latter of which Powers the Duke of Gottorp had taken part, implied rather than acknowledged the transfer of sovereignty over the Ducal part of Schleswig from the Duke of Gottorp to the King of Denmark, though certain equivalents in the possession of the King of Denmark had been conceded to Sweden. Great Britain in the first instance, France a few months afterwards, and Russia at a still later period, guaranteed to Denmark the quiet possession of the parts of Schleswig thus obtained. The guarantee remained in abeyance until 1848, when, during the troubles which at that period agitated the Danish Monarchy, a claim for assistance founded on the guarantee was made on the guaranteeing Powers. M. Bastide, who was then the Minister for Foreign Affairs under the French Republic, took up the cause of Denmark very warmly, and there had been a question of sending 10,000 men to aid the Danes, when he (M. Drouyn de Lhuys) having replaced M. Bastide in the direction of Foreign Affairs, thought the matter too grave to be so lightly handled, and took time for a further consideration of the whole question. The British Government having, at the same time, declined to act upon the guarantee the matter fell to the ground. ¶ It hardly seemed to him, M. Drouyn de Lhuys continued, that the guarantee invoked by Denmark could be said to apply to the present state of affairs. At all events, France was only bound to maintain the King of Denmark in the possession of what had been, previous to 1720, the Ducal (not Royal, as he had said on a previous occasion) parts of the Duchy of Schleswig. But when he came to inquire what these parts were, he found that the Royal and Ducal parts had been so much mixed together that it would be next to impossible to come to any arrangement with the Governments of Austria and Prussia, founded upon the guarantee in question; that is, an arrangement which would exclude the troops of those Powers from the Ducal, but leave them

in possession of the Royal parts. ¶ M. Drouyn de Lhuys proceeded to show me a map, which professed to give the divisions of Schleswig as they existed prior to the year 1720, and it must be admitted that if the map is correct, and if the guarantee of France is confined to what were the Ducal parts only, the guarantee would be exceedingly difficult of execution. ¶ I expressed my regret at being unable to discuss this intricate question with M. Drouyn de Lhuys; but I had been unable, I said, to find any papers bearing on so distant a period in the archives of Her Majesty's Embassy. I would, however, report his observations to your Lordship. ¶ The answer which the French Government will return to that of Denmark will, I have no doubt, be in the sense in which M. Drouyn de Lhuys has spoken to me. ¶ I have, &c.

No. 1536.  
Gross-  
britannien,  
13. Febr.  
1864.

*Cowley.*

### Nó. 1537.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichlautend nach Berlin, Hannover und Copenhagen). — Weigerung Englands, der dänischen Regierung Vorstellungen zu machen wegen der Uebergriffe zur See. —

Foreign Office, February 15, 1864.

My Lord, — The Austrian Ambassador called upon me this morning in order to communicate to me some despatches which he had just received from Vienna. ¶ In one of these despatches reference was made to the instructions given by the Danish Government to their cruizers to capture Austrian and Prussian vessels, and Count Apponyi was directed to represent to me that the probable result of such a proceeding would be the invasion of Jütland by the Austrian and Prussian armies. With the view, therefore, of preventing such an extension being given to the existing hostilities, the Cabinet of Vienna requested that Her Majesty's Government would interpose, and dissuade the Danish Government from molesting Austrian and Prussian vessels. ¶ Count Apponyi further called my attention to the fact that the Danish instructions to their cruizers were not limited to the capture of Austrian and Prussian vessels, but applied also to the vessels of Hanover and of other German States. ¶ I stated to Count Apponyi in reply, that Her Majesty's Government considered the attack made by Austria and Prussia upon the Duchy of Schleswig to be a most unjustifiable proceeding, and that the Austrian Government might rely upon it that Her Majesty's Government would not interfere in order to dissuade the Danish Government from having recourse to whatever measures they might deem most effectual and proper for the defence of their own territories against the invaders. ¶ I said I did not know on what grounds the Danish Government had determined to capture the vessels of Hanover and Bremen as well as those of Austria and Prussia. Such a measure, unexplained as it now was, appeared to me to be ill-advised; but at all events I saw no grounds on which Her Majesty's Government could at present interfere with the discretion of the Danish Government in this respect. ¶ I am, &c.

No. 1537.  
Gross-  
britannien,  
15. Febr.  
1864.

*Russell.*

## No. 1538.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw. —  
Baierns Stellung betr. —

Munich, February 12 (received February 16), 1864.

No. 1538.  
Gross-  
britannien,  
12. Febr.  
1864.

(Extract.) It has been reported generally here, as also by the German Press that the Bavarian Government have taken steps to convoke a meeting of the Ministers of the several German States which have hitherto acted together in favour of the independence of Holstein, with a view to concert collective measures for the support of the cause they have espoused. ¶ I have inquired of Baron Schrenk how far these rumours were authentic and for what special object the projected Conference was to be invited. His Excellency replied that he had certainly entertained the idea in question, and with this view had sounded the respective Governments on its practicability. It appears, however, that the Hanoverian Government has declined to take part in the proposed Conference, alleging that the moment was not opportune for such a meeting. In consequence, therefore, of the refusal of Hanover, no decision had been yet taken, and no formal invitations had been addressed, but his Excellency, did not state that the idea had been entirely abandoned. He is of opinion that it is desirable that the Governments who compose the majority at the Diet should be agreed as to the policy to be pursued by that Body, and he considers that there is no better mode to arrive at that Agreement than by a Meeting or Conference of the several Ministers at some central point. For the moment, however, the Conference appears to be in abeyance, as if the Governments in question were desirous of awaiting the result of the campaign in Schleswig, and of learning what will be the policy of the two German Powers with reference to the future position of the two Duchies. ¶ Baron Edelshein, the Baden Minister at Vienna, was lately charged by Baron Roggenbach to confer with Baron Schrenk on his passage to his post through Munich, and to express the opinions and views of his Government on the Schleswig-Holstein question. ¶ As far as I could gather from Baron Schrenk, Baron Edelshein's language was anything but pacific or conciliatory as regarded the two German Powers, and the suggestions he threw out were wild, impracticable, and unsupported by facts. For instance, he stated that the Federal troops in Holstein should have opposed at all and any risk the passage of the Austrian and Prussian army into Schleswig. He affirmed that the Austro-Prussian policy was not sincere, and that their armies would never cross the Eider, or come into collision with the Danes. He urged the Convocation of a Conference of the Ministers of the Minor States with a view to the immediate recognition of Prince Frederick of Augustenburg as Duke of Holstein, and to his instalment in the Government of that Duchy by the Diet, observing that no Government in Germany in face of the public opinion could dare to decline it. ¶ In conversation with Baron Schrenk, I referred to the embarrassment which might be caused to the Diet if it were to recognize the validity of the claims of Prince Frederick of Augustenburg in opposition to the two German Powers. ¶ I observed that no such precipitation



was required; the decision might be well deferred until the whole question could be treated in a general Conference, and that it would be unwise as unsafe for the Diet to bind itself by a previous vote. ¶ I further stated that the Diet had no competency to decide the question of Succession. The territorial arrangements of Europe had been laid down by the European Powers before ever the Diet was called into existence, and consequently no change of those arrangements could be effected except by the consent of Europe. I believed also that even Prince Frederick of Augustenburg had denied the competency of the Diet in the question of the Succession, resting his claims on the grounds of legitimacy. ¶ Baron Schrenk could not admit my arguments, and expressed himself as anxious for an immediate decision of the Diet on the question of the Succession. ¶ It is a question of „right,“ he remarked, and not of „expediency.“ With regard to deferring the decision of the Diet, his Excellency said that however great was the urgency for the settlement of the Succession question, some weeks would probably elapse before it would be brought before the Diet. ¶ The successes of the Austro-Prussian army in Schleswig have been received here with great satisfaction by the public, and have in some degree moderated the intense bitterness felt against Austria. But they have not apparently produced any change of opinion on the part of the Bavarian Government towards the Austrian policy, for Baron Schrenk stated that as far as he was informed Austria still held firm to the Treaty of 1852. ¶ For the present the Bavarian Government maintain their previous attitude, and will remain passive until the decision of the Diet on the question of the Succession is pronounced. &c.

No. 1538.  
Gross-  
britannien,  
12. Febr.  
1864.

*A. Loftus.*

### No. 1539.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafterin Paris an den königl. Min. d. Ausw. — Die Garantie von 1720 betr. —

Paris, February 16 (received February 17), 1864.

(Extract.) I asked M. Drouyn de Lhuys this afternoon whether he had replied to the Danish despatch requesting the guarantee of 1720. ¶ His Excellency replied that he had not done so, as he wished to give the subject further consideration. He added that he was not in a hurry to reply, that he had told the Danish Envoy that unless he was pressed he should take his time, observing that if the answer was to be in the negative, it was for the advantage of Denmark that it should be delayed, and that even should a favourable view be taken of the Danish demand the moment was hardly come for putting the guarantee into execution. ¶ For, continued M. Drouyn de Lhuys, there is a great difference between a guarantee of possession and a guarantee of neutrality. We have no right under the guarantee we have given, which is a guarantee of possession only, to prevent Germany or any other Power from waging war with Denmark either in the Duchy of Schleswig or elsewhere. All that the guarantee, supposing it to be capable of execution, imposes upon us is, to take care that

No. 1539.  
Gross-  
britannien,  
16. Febr.  
1864.

No. 1539. what in 1720 was called the Ducal part of the Duchy of Schleswig shall not be  
 Gross-  
 britannien,  
 16. Febr.  
 1864. violently wrested from Denmark. In the present instance the belligerent Ger-  
 man Powers have declared that they have no intention of separating Schleswig  
 from the Danish Crown. Unless, therefore, they shall hereafter depart from  
 that declaration, there does not appear any reason for interference. ¶ I told M.  
 Drouyn de Lhuys that I did not as yet know the view taken by Her Majesty's  
 Government respecting the guarantee given by Great Britain, which differed  
 somewhat from that given by France. But might it not be possible, I asked,  
 that the two Governments should make an answer to Denmark stating that inas-  
 much as the Austrian and Prussian Governments had made a solemn declaration  
 that they had no intention of disturbing the arrangements of 1852, it did not  
 appear necessary at the present moment to examine the question of principle,  
 that is, the value of the guarantee itself? ¶ M. Drouyn de Lhuys said that he  
 thought an answer of this kind might be productive of good. ¶ I said that I  
 had no authority to make any proposal of this nature, that the idea had presented  
 itself while conversing with his Excellency, and that I should refer it to your  
 Lordship. &c.

*Cowley.*

### No. 1540.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Hannover. —  
 Das Embargo auf hannoverische Schiffe betr. —

Foreign Office, February 17, 1864.

No. 1540. Sir, — With reference to your detpatch of the 11th instant, relatier to  
 Gross-  
 britannien,  
 17. Febr.  
 1864. the embargo laid on two Hanoverian vessels at Elsinore, I have to observe to  
 you that the detention of those vessels in a Danish port must have been owing  
 to a mistake. ¶ Her Majesty's Government have been informed that six weeks  
 are allowed to all Prussian und Austrian vessels to depart from Danish ports,  
 and it of course follows that Hanoverian vessels will not be detained. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1541.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an d. königl. Min. d. Ausw. —  
 Die ungemaine Gefährlichkeit des Frankfurter Centralausschusses  
 betr. —

Frankfort, February 16 (received February 18), 1864.

No. 1541. My Lord, — I have the honour to inclose a translation made by Mr.  
 Gross-  
 britannien,  
 16. Febr.  
 1864. Mitford of another appeal issued by the self-elected body of thirty-six members  
 sitting in Frankfort, and calling itself the Central Commission for Schleswig-  
 Holstein, in reference to late proceedings in those Duchies, provoking to armed  
 resistance against the encroachments of Austria and Prussia. ¶ Your Lordship

will see that this Body assume more and more an authoritative tone, and bold in the immunity given to their first appeal (inclosed in my despatch of the 2nd instant) are now doing their best to excite to armed resistance against Austria and Prussia. ¶ There is danger in repeated provocations of this sort; and it is an undoubted fact that the Governments which are menaced by them do not abstain from repression because they despise such menaces, but from fear of an outbreak if they attempted anything of the kind. ¶ They also hesitate to appeal to the tribunals, as in the present excited state of public feeling no conviction could be reckoned upon, though the offence of exciting to hatred among citizens, and stirring to civil strife and disturbance, is a clearly defined and punishable crime by the code of every State in Germany. ¶ I have, &c.

*A. Malet.*

### No. 1542.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. des Ausw. — Das Embargo betreffend. —

Copenhagen, February 10 (received February 19), 1864.

My Lord, — I have the honour to report, in answer to your Lordship's inquiry, that the Danish Government will certainly allow a period of six weeks for the departure of German ships now lying in Danish harbours, and M. Quaade thinks that this period may perhaps be extended till the 1st of April; but they will immediately make captures at sea. It has, however, happened, through a missapprehension of orders, that some German vessels have been already seized in Danish harbours. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

### No. 1543.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an d. königl. Min. d. Ausw. — Die Geneigtheit Dänemarks zu Friedensverhandlungen unter der Bedingung einer Räumung Schleswigs. —

Copenhagen, February 11 (received February 19), 1864.

My Lord, — I have heard, on reliable authority, that the Danish Government are led, by information received from their Secretary of Legation at Berlin, to expect a proposal to negotiate the conditions of peace without a previous cessation of hostilities. In a Council of Ministers held this morning it has been decided, if such a proposal is really made to Denmark, to state, in reply, that the Danish Government are ready to enter into negotiations as soon as Schleswig has been evacuated by the German troops. But I have reason to believe that, if pressed to do so by other Powers, the Danish Government will be prepared to carry on negotiations for peace even while hostilities continue; but they will not treat on any other basis but that of the arrangements of 1851-52. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

## No. 1544.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen a. d. königl. Min. d. Ausw. — Dänemark lässt sich auf keine Unterhandlung ein, so lange Schleswig in Feindeshand. —

Copenhagen, February 12 (received February 19), 1864.

No. 1544.  
Gross-  
britannien,  
12. Febr.  
1864.

(Extract.) I have seen M. Quaade to-day, but his Excellency gives me no hopes that the Danish Government will treat at present on any basis whatever. He says that the only answer which will be given to any proposal for negotiation or Conference will be that Denmark will not treat as long as Schleswig is in possession of the enemy. He also informed me that it had been decided to prosecute the war with the utmost vigour. &c.

*A. Paget.*

## No. 1545.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Das Embargo betr. —

Copenhagen, February 12 (received February 19), 1864.

No. 1545.  
Gross-  
britannien,  
12. Febr.  
1864.

My Lord, — The Danish Government, as I have already reported to your Lordship, lay an embargo upon not only Prussian but all German ships; giving them, however, on the understanding of reciprocity, at least six weeks, probably to the 1st of April, to leave Danish ports. They have given orders to their cruisers to seize German vessels at sea, and some captures have already been made. ¶ Denmark considers herself at war not only with Austria and Prussia, but with the whole of Germany. ¶ The Danish Government having adhered to the Treaty of Paris will not issue letters of marque, but will employ every legal means of inflicting injury upon the enemy. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

## No. 1546.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Frankreichs Stellung zur deutsch-dänischen Sache. —

Hanover, February 17 (received February 19), 1864.

No. 1546.  
Gross-  
britannien,  
17. Febr.  
1864.

(Extract.) Count Reiset, the French Minister at this Court, has received and read this morning to Count Platen a despatch of the differences between Denmark and Germany. ¶ In this despatch the French Minister for Foreign Affairs enumerates all the steps which the Government of the Emperor had either taken, or to which, on the initiative of Great Britain, they had associated themselves in the first instance to prevent the outbreak of hostilities between the German Powers and Denmark, and afterwards to put an end to them, including

the proposal of an armistice, which it did not, however, appear was likely to be accepted by Austria and Prussia. ¶ In the course of this despatch M. Drouyn de Lhuys expresses the earnest wish of France for the restoration of peace, for were the war prolonged she could not remain indifferent to a struggle between a weak Power of 2,000,000 with two of the greatest Powers of Europe. In conclusion his Excellency, after observing that the French Government will continue their efforts for the restoration of peace, says that their task, after as before the war, would be to reconcile whatever may be legitimate in the wishes of Germany with the condition of the balance of power in Europe.

No. 1546.  
Gross-  
britannien,  
17. Febr.  
1864.

*Henry F. Howard.*

### No. 1547.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Stuttgart und Carlsruhe an den königl. Min. d. Ausw. — Die Würzburger Conferenzen betr. —

Stuttgart, February 17 (received February 19), 1864.

My Lord, — Baron Hügel went yesterday to Würzburg to attend the Ministerial Conferences which are to be held there this week on the invitation of Bavaria, between the Ministers of several of the middle and smaller German States, to concert the course to be followed by them with respect to the Schleswig-Holstein Succession. ¶ The Prussian Minister here has made every effort to prevent this Government from taking part in these Conferences, but without success. Baron Hügel, however, informed me that he anticipated that it would be found at these Conferences that the more moderate party had gained strength, which means, I presume, that the two Great Powers had regained a large portion of their previously preponderating influence amongst the smaller Confederate Powers; at all events, it may, I imagine, be concluded that no extreme step will be adopted by the Würzburg Governments before the result and consequences of the Austro-Prussian invasion of Denmark shall have been decided. ¶ When I saw Baron Roggenbach at Carlsruhe about ten days ago, he appeared inclined to advocate the organization of a large collective military force by the middle and smaller States, to be placed at the disposal of the Diet for all eventualities. But he expressed no positive opinion on this point. I have since received the inclosed despatches from Mr. Baillie on the subject of the Würzburg Conference, and the present policy of the Baden Government, which prove that more moderate counsels have prevailed there likewise. ¶ I have, &c.

No. 1547.  
Gross-  
britannien,  
17. Febr.  
1864.

*G. J. R. Gordon.*

Anlage 1. — Geschäftsträger zu Carlsruhe an den Gesandten in Stuttgart. —

Sir, — I inquired of Baron de Roggenbach to-day whether he knew when the Ministerial Conferences of the smaller States were likely to take place. He replied that he knew nothing, and that no invitation to take part in anything of the kind had been made to this Government. ¶ I had been reported, he

No. 1547. added, that a proposition for such Conferences had emanated from Baden, but  
Gross- such was not the case. This Government did not feel themselves in a position  
britannien. to take such a step as had been attributed to them; and it had also been said  
17. Febr. that Baron de Edelsheim, Baden Minister at Vienna, had been instructed to go  
1864. to Munich on his way to his post expressly for the above purpose. ¶ This, he  
added, was also incorrect. ¶ The mission of Baron de Edelsheim to Munich  
was purely one of courtesy. In the uncertainty of the intentions of Prussia,  
Baron de Roggenbach was anxious that Baden should be on such terms with  
Bavaria as would render a more intimate association for a common object easy  
and natural, should circumstances call for it. ¶ With regard to the Conferences  
he thought that at a later period they might be very desirable, but as the  
position of affairs was not at present very clear, he was of opinion that the  
moment for concerted action was not yet come. ¶ In this sense Baron de  
Edelsheim had been instructed to speak, should he be questioned, as to the views  
of his Government, but he had not been instructed to make any proposition, or  
to put his Government forward in the matter at all. ¶ I have, &c.

*Evan P. M. Baillie.*

Anlage 2. — Geschäftsträger zu Karlsruhe an den Gesandten in Stuttgart. —

Sir, — Baron de Roggenbach informed me yesterday that an invitation  
had just been received here from the Bavarian Government to attend a Confe-  
rence of Ministers of the smaller States on Wednesday next at Würzburg, and  
that he intended to proceed there on Tuesday. ¶ Baron de Roggenbach is still  
of opinion that the Conferences at the present moment are not likely to lead to  
any useful result, but he is anxious to cultivate a better understanding with Ba-  
varia, and the other smaller Powers, and no doubt this step on the part of the  
Baden Government will tend to promote that object. ¶ I have, &c.

*Evan P. M. Baillie.*

## No. 1548.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copen-  
hagen. — Ablehnung des dänischen Hülfege suchs\*). —

Foreign Office, February 19, 1864.

No. 1548. Sir, — I transmit to you a copy of a note from M. Torben Bille, the  
Gross- Minister of his Danish Majesty at the Court of London\*). ¶ You will find  
britannien. that in this note M. Bille refers to the well-known fact that the Austro-Prussian  
19. Febr. army have entered Schleswig, have attacked all the positions of the Danish army,  
1864. and have fought bloody actions in consequence of their invasion. ¶ The Danish  
Minister infers that this invasion is made either for the purpose of depriving the  
Danish Crown altogether of the Duchy, or of making Austria and Prussia sole

\*) No. 1515.

arbiters of the organization of the Danish Monarchy. ¶ The Danish Minister goes on to say that he hopes Her Majesty's Government appreciate the steps which Denmark has taken in order to procure a peaceful solution—steps which the Danish Government have taken on the pressing advice of the British Government. Although the steps referred to were not taken with the promptitude necessary to make them successful, I admit generally the truth of this assertion; and I will only add that the advice referred to was given with a view to put the Danish Government right in its disputes with Austria and Prussia. Had the steps referred to not been taken, Her Majesty's Government could not have given even its good offices to Denmark to prevent, if possible, the outbreak of hostilities. ¶ With regard to the request that friendly Powers should come to the assistance of Denmark, Her Majesty's Government can only say that every step they may think it right to take in the farther progress of this unhappy contest can only be taken after full consideration and communication with France and Russia. ¶ These Powers are as much interested in the maintenance of the integrity of the Danish Monarchy as Great Britain; and Her Majesty's Government may fairly have recourse to their advice and concert in any measures to be taken for the preservation of that integrity. ¶ In respect to the Act of Guarantee of the Duchy of Schleswig of 1720, inasmuch as the Austrian and Prussian Governments have made a solemn declaration that they have no intention of disturbing the integrity of Denmark, it is not necessary at the present moment to examine the question of principle, that is, the validity of the Guarantee itself. ¶ You may read and give a copy of this despatch to M. Quaade. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

### No. 1549.

**SCHWEDEN und NORWEGEN.** — Min. d. Ausw. a. d. königl. Gesandten in London (und gleichmässig nach Paris und St. Petersburg). — Gemeinsame Schritte zu Gunsten Dänemarks betr. —

Stockholm, le 12 février, 1864.

Les événements qui se sont succédés avec rapidité en Danemark depuis le commencement de ce mois sont trop généralement connus pour qu'il convienne de les rappeler ici; d'autant plus que nous trouvant séparés, par ces événements mêmes, du reste de l'Europe par une distance encore plus considérable que dans les temps ordinaires, les faits se seront développés encore davantage au moment où vous parviendra cette dépêche. ¶ La manière dont le Gouvernement du Roi envisage l'entrée violente des troupes austro-prussiennes sur le territoire de Sa Majesté le Roi de Danemark vous est déjà connue. Les Cours de Berlin et de Vienne ont cherché, il est vrai, par des communications datées avant l'invasion du Slesvig, mais qui ne sont parvenues que tout dernièrement à la connaissance du Gouvernement du Roi, à atténuer l'impression que ne pouvait manquer de produire un fait aussi grave, et à rassurer les Puissances cosignataires du Traité de Londres sur ses conséquences. Je regrette de me trouver obligé de dire que

No. 1548.  
Gross-  
britannien,  
19. Febr.  
1864.

No. 1549.  
Schweden  
und  
Norwegen,  
12. Febr.  
1864.

No. 1549.  
Schweden  
und  
Norwegen,  
12. Febr.  
1864.

ce but ne me paraît devoir être que bien imparfaitement atteint, les deux grandes Puissances Allemandes partant d'une supposition qui, même à leurs propres yeux, ne pouvait avoir aucune chance de se réaliser, et qui a déjà été démentie par les faits, savoir, que le Gouvernement Danois permettrait à des forces militaires étrangères d'occuper le Duché de Slesvig sans opposer aucune résistance à cette violation de son territoire. C'est dans cette supposition seulement, si j'ai bien compris les communications émanées de Berlin et de Vienne, que la Prusse et l'Autriche déclaraient vouloir respecter le Traité de Londres et l'intégrité de la Monarchie Danoise : il me paraît cependant que ces deux Puissances devraient se rappeler qu'elles sont liées par ce Traité envers d'autres Puissances encore qui ne sauraient leur reconnaître le droit de le rompre unilatéralement, et dont les avis méritent bien d'être consultés. ¶ Dans cet état de choses le Gouvernement Danois vient de fixer de nouveau l'attention de celui du Roi sur la gravité des circonstances, et se fondant sur les vues que nous avons de tout temps énoncées sur la communauté d'intérêts et de destinées des peuples du Nord et sur l'injuste agression dont le Danemark est devenu l'objet, il a réclamé de la part des Royaumes Unis une active et prompte assistance, afin de pouvoir opposer à la supériorité numérique de ses adversaires une résistance suffisante. ¶ Sans nous dédire de rien de ce que nous avons avancé à ce sujet, et en maintenant toujours qu'une agression de l'Allemagne dans les Provinces Danoises n'appartenant point à la Confédération Germanique sera toujours de nature à léser nos intérêts et à inspirer de bien sérieuses appréhensions à tout le Nord, nous ne pouvons cependant nous dissimuler que la question ne se présente plus sous la même face qu'à une époque antérieure de quelques mois à peine au moment actuel. Alors l'existence même des stipulations du Traité de Londres n'était point, comme aujourd'hui, mise en question. Nous sommes parfaitement décidés à employer tous nos efforts pour chercher à maintenir ces stipulations, mais nous pensons qu'il ne saurait être exigé de nous d'agir seuls à cet égard, et c'est de concert avec les autres Puissances non-Allemandes signataires de ce Traité que nous désirerions prendre les mesures nécessaires pour arriver à ce but. En agissant isolément nous ne pourrions nous flatter d'atteindre le but que nous nous proposons, et nous nous exposerions à des interprétations de notre conduite qui pourraient lui supposer des vues intéressées bien éloignées des intentions du Gouvernement du Roi. ¶ Dans la situation actuelle (situation dont les dangers sont patents) nous croyons devoir faire encore une fois un appel aux Cabinets de Londres, de Paris, et de St.-Pétersbourg, dans le but de les inviter à nous faire connaître les décisions que leur ont inspirées les faits si graves et si subversifs du droit des gens établi qui se sont passés depuis les dernières communications que nous avons échangées avec eux au sujet de cette importante question. Nous ne saurions douter ni de l'intérêt bien puissant qu'ils lui accordent, ni de leur sincère désir d'arrêter l'effusion du sang, et de rétablir la paix sur des bases que le Danemark pourrait accepter sans compromettre sa dignité et sans sacrifier son indépendance. Nous ne nous dissimulons point que cette tâche soit ardue ; mais nous ne saurions croire que les plus grandes Puissances de l'Europe puissent admettre le démembrement d'une Monarchie dont elles ont reconnu que l'inté-



grité et l'indépendance formaient l'une des conditions du maintien de la balance politique de l'Europe. ¶ Nous serions heureux de recevoir de leur part des explications plus rassurantes que celles qui nous ont été offertes dans des termes trop vagues et se conciliant mal avec les faits de la part des Gouvernements d'Autriche et de Prusse. Il est superflu d'ajouter que notre concours sera toujours assuré à toute mesure propre à régler cette affaire d'une manière juste et équitable. ¶ Mais en même temps nous devons déclarer d'avance que nous entendons toujours conserver notre liberté d'action pour le cas qu'un concert favorable aux intérêts du Danemark ne saurait être établi et que les circonstances nous permettraient d'employer avec plus de chances de réussite que dans ce moment les moyens dont nous pouvons disposer. Nous tâcherons d'éviter une participation à la lutte, autant que cela nous deviendra possible, mais nous devons constater qu'elle pourrait atteindre des proportions qui ne sauraient admettre une inaction continuée de notre part. ¶ Je vous invite, M. le Comte, à faire lecture de la présente dépêche à sa Seigneurie M. le Comte Russell, et si elle en exprimait le désir, à lui en laisser copie. Vous insisterez sur le prix qu'attacherait le Gouvernement du Roi à obtenir une réponse, dont la rapidité des événements rend une prochaine communication doublement désirable. ¶ J'adresse une communication identique aux Ministres du Roi à Paris et à St.-Petersbourg. ¶ Agréez, &c.

No. 1549.  
Schweden  
und  
Norwegen,  
12. Febr.  
1864.

*Manderström.*

No. 1550.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Preussische Befürchtung einer Kriegserklärung des Bundes an Dänemark. —

Berlin, February 17 (received February 20), 1864.

My Lord, — This Government has some anxiety as to the decision which may be taken at Frankfort respecting the attitude which should be assumed by the German Confederation, in consequence of the orders which Danish naval cruizers have received to capture German vessels at sea, and they foresee that the most serious complications may arise if the Confederation should declare war with Denmark and send a Federal army into Schleswig. M. de Bismarck is, I have reason to believe, endeavouring, in concert with Austria, to prevent any immediate resolution being taken by the Diet on the subject, and I am told he speaks of withdrawing the Prussian Minister from Frankfort if the Diet persists in adding this complication to the other difficulties of the situation. ¶ I have, &c.

No. 1550.  
Gross-  
britannien,  
17. Febr.  
1864.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1551.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafterin Wien. —  
Die österreichische Flotte betr. —

Foreign Office, February 20, 1864.

No. 1551.  
Gross-  
britannien,  
20. Febr.  
1864.

My Lord, — A telegram from Vienna of to-day's date, which has appeared in the papers this afternoon, announces that a squadron of twelve Austrian men-of-war has received orders to put to sea for the protection of German merchantmen against Danish cruisers, and that a part of it had already sailed. ¶ This notice has attracted the serious attention of Her Majesty's Government, and I have to instruct your Excellency to apply to Count Rechberg for some information as to the objects for which this measure has been adopted by the Austrian Government, and as to the operations which the squadron is intended to undertake. ¶ Your Excellency will ask specifically whether the Austrian Government contemplate the employment of their naval forces in an attack on the capital of Denmark; and whether any portion of the squadron now ordered for sea is directed to make the British Channel its cruising-ground. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1552.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. —  
Die Besetzung Jütlands und eine Conferenz betr. —

Foreign Office, February 20, 1864.

No. 1552.  
Gross-  
britannien,  
20. Febr.  
1864.

Sir, — The intelligence of the entrance of German troops into Jutland has been received by Her Majesty's Government with surprise, for no previous intimation had been conveyed to them of such an extension of the field of hostilities being contemplated by the Austrian and Prussian Governments. ¶ You will not disguise from M. Bismarck that this proceeding is looked upon in a very serious light by Her Majesty's Government. ¶ I have to instruct your Excellency to ask M. Bismarck to inform you whether or no the Prussian Government are desirous that a Conference should meet at the present time with a view to the re-establishment of peaceful relations between Austria and Prussia on the one part and Denmark on the other. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1553.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. —  
Die Besetzung Jütlands und eine Conferenz betr. —

Foreign Office, February 21, 1864.

No. 1553.  
Gross-  
britannien,  
21. Febr.  
1864.

Sir, — I have received your telegram reporting the explanation given of the entrance of the German troops into Jutland, which is stated to be based

on strategic necessity; while it is declared that they would be withdrawn if the Danes would accept an armistice, the bases of which should be the occupation of Schleswig by the German forces, and the restoration of the ships captured by the Danes. ¶ The Prussian Embassy made to me to-day a communication to the same effect as regards the withdrawal of the Danish troops from Schleswig, but making no allusion to the restoration of the captured vessels. ¶ It appears from your telegram that the French Ambassador at Berlin conceives that the arrangement most beneficial to Denmark, and to which the Prussian Government are willing to assent, would be the immediate assembling of a Conference, without insisting upon an armistice as a preliminary condition of its meeting. ¶ Her Majesty's Government are informed by the Danish Government that they will not agree to an armistice which should involve the continued occupation of the Duchy of Schleswig by the German forces, and withdrawal of the Danish forces from the Island of Alsen. ¶ Her Majesty's Government are disposed to think that in this state of things the immediate meeting of a Conference might be determined upon, without insisting upon a cessation of hostilities as a preliminary measure, or as one without which the deliberation of a Conference could not be continued. But the assent of the Prussian Government must necessarily be a condition to any such Conference being proposed or held. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

### No. 1554.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Feindseligkeiten zur See betr. —

Vienna, February 15 (received February 22), 1864.

My Lord, — I found Count Rechberg much occupied to-day by a communication from M. de Bille, in which he informed his Excellency that the Danish Government consented to the wish expressed by the Imperial Government that the period of laying an embargo on Austrian vessels in Danish ports should be extended from six to eight weeks, say from the 1st of February to the 1st of April, but that this arrangement was not to be applied to vessels taken at sea by Danish cruisers. ¶ Count Rechberg said that he had suggested the delay with a view to prevent complications, and also in the hope that active hostilities would have been over before two months had passed. He observed that Prussian vessels had already been seized, and that one under the Lubeck flag had been stopped — a circumstance deeply to be regretted, because Austria and Prussia had sought, and had so far succeeded in their endeavour, to prevent the Confederation from participating in the Schleswig affair. He knew not what would be the consequence of a proceeding which might be followed by the detention of vessels of other States belonging to the Confederation, and the Bund might be provoked to acts of hostility. ¶ The seizure of Austrian and Prussian vessels at sea, his Excellency observed, might moreover compel the allied army to advance into Jutland as a measure of retaliation. He should

No. 1553.  
Gross-  
britannien,  
21. Febr.  
1864.

No. 1554.  
Gross-  
britannien,  
15. Febr.  
1864.

No. 1554.  
Gross-  
britannien,  
15. Febr.  
1864.

greatly regret the complication, and hoped Her Majesty's Government might be disposed to communicate on the subject with the Danish Government, and seek to induce them to reconsider the orders which had been given. ¶ I told Count Rechberg that it was evident the war was gradually assuming larger proportions, that he ought not to be surprised to find Denmark taking advantage of her resources as a naval Power, and that this further complication might have been avoided if Austria and Prussia had not declined the proposal for an armistice conditionally on the withdrawal of the Danish forces to the Island of Alsen. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

### No. 1555.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. — Die Feindseligkeiten zur See betr. —

Vienna, February 18 (received February 22), 1864.

No. 1555.  
Gross-  
britannien,  
18. Febr.  
1864.

My Lord, — with reference to my despatch of the 15th instant, I have the honour to inform your Lordship that Count Rechberg has replied to the Danish communication respecting the Embargo question, that the Austrian Government will not agree to the arrangement unless the Danish Government desist from capturing vessels at sea, and extend also to eight weeks the period when their cruizers shall be entitled to make seizures. ¶ He added, the point had now been decided, and orders sent accordingly to the Imperial dockyards to despatch cruizers to seize all the Danish merchant-vessels they might fall in with. He regretted it had become necessary thus to interfere with commercial enterprise, but it was the natural consequence of instructions issued to the Danish naval commanders, and a just measure of retaliation — which he thought, moreover, would be more injurious to Denmark than she may have calculated, as her trade in the Black Sea, the Levant and the Mediterranean, was much more considerable than the trade of Austria which was likely to fall within the reach of Danish cruizers. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

### No. 1556.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an d. königl. Min. d. Ausw. — Des Grafen Rechberg Version von dem Einen Agenten, der in Schleswig mit 2 oder 3 Leuten den Herzog proclamirt. —

Vienna, February 18 (received February 22), 1864.

No. 1556.  
Gross-  
britannien,  
18. Febr.  
1864.

(Extract.) When I was with Count Rechberg yesterday, his Excellency read me some passages of a communication from General Gablenz in answer to inquiries addressed to him from here, in consequence of its having been reported that he had not interfered with sufficient activity to prevent the Prince

of Augustenburg from being proclaimed in various parts of Schleswig. The General declares these rumours to be without foundation. ¶ Count Rechberg assured me also that as far as he could judge of public opinion from the various reports that had reached the Imperial Government, there appeared to exist great indifference in the Duchy of Schleswig generally as to the Prince in whose hands the governing power should be placed. In fact, said his Excellency, if it were not for the activity displayed by the agents of some of the small German Powers, little would be heard on the subject of the Prince of Augustenburg; but the instant an agitating agent, following in the rear of the advancing army, contrived to get two or three insignificant people together to join in a cry for the Prince of Augustenburg, it was immediately telegraphed to all parts of Germany that the Prince had been proclaimed. ¶ His Excellency added that these reports were totally untrue as representing an expression of the feelings of the mass of the population, who did not care for, and had certainly not evinced any partiality for the Prince of Augustenburg. &c.

No. 1556.  
Gross-  
britannien,  
18. Febr.  
1864.

*Bloomfield.*

---

No. 1557.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen a. d. königl. Min. d. Ausw.  
— Die Nov.-Verfassung betr. —

Copenhagen, February 17 (received February 22), 1864.

My Lord, — In an interview I have just had with M. Quaade I stated to him that from what had fallen from your Lordship and Lord Palmerston in the discussion in Parliament on the 9th instant respecting the affairs of Denmark, the account of which arrived last night, it would appear that Her Majesty's Government was under the impression that the Danish Government intended to propose the repeal of the November Constitution, notwithstanding the change which had come over affairs since the period when they made their declaration on the subject; and I asked his Excellency to inform me what were the intentions of the Danish Government in this respect. ¶ M. Quaade replied that when the Danish Government announced their readiness to propose the repeal of the Constitution to the Rigsraad it was with the view of preventing the occupation of Schleswig and the outbreak of hostilities; but that since Austria and Prussia had entirely disregarded this conciliatory offer, and had attacked Denmark, there was no longer any motive for the Danish Government to repeal the Constitution; on the contrary, there was a very strong reason for maintaining it as long as Schleswig was in possession of the enemy, as it was the only link which now connected the Duchy and the Kingdom. If Austria and Prussia would withdraw their troops from Schleswig, and thus enable the elections to take place in the Duchy, the Danish Government were quite prepared to redeem their pledge. ¶ Your Lordship will find, by reference to my despatches of the 19th and 25th ultimo, and of the 3rd instant, that M. Quaade has always said that if

No. 1557.  
Gross-  
britannien,  
17. Febr.  
1864.

No. 1557. Schleswig was invaded the Danish Government would be unable to fulfil their promise. ¶ I have, &c.  
Gross-  
britannien.  
17. Febr.  
1864.

*A. Paget.*

### No. 1558.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen a. d. königl. Min. d. Ausw. — Die Feindseligkeiten Dänemarks gegen Hannover und Bremen betr. —

Copenhagen, February 17, 1864. ¶

No. 1558. (Extract.) I have asked M. Quaade this morning to state to me, for  
Gross-  
britannien,  
17. Febr.  
1864. the information of Her Majesty's Government, the grounds on which the Danish Government had ordered the ships of Hanover and Bremen to be captured at sea,—the reasons, in short, why the Danish Government consider themselves at war with all the German Powers. ¶ His Excellency replied that the Danish Government considered themselves at war with Hanover and Saxony especially, as being the Powers who had furnished the troops for the occupation of Holstein, because these Powers had countenanced and supported the proclamation of the Prince of Augustenburg as Duke of Schleswig-Holstein in the latter Duchy, and had thereby committed an act of hostility against the King of Denmark. The case against Hanover and Saxony was perfectly clear, and as they were acting as the mandataries of the Diet, and all their proceedings had been sanctioned by the Diet, the right of Denmark to make war upon all the other Powers of the Confederation was equally well founded. ¶ If the troops of Hanover and Saxony, his Excellency added, had confined themselves to their Federal functions, it is possible that the Danish Government might have continued to accept their presence in Holstein without having recourse to retaliatory measures, although it must be remembered that the Danish Government had, at the time of the entry of the Federal troops, made their reserves against an act for which there was not the shadow of a legal pretext, and which they would have been perfectly justified in resisting, and probably would have resisted, had it not been for the desire of following the advice of other Powers not to precipitate hostilities. &c.

*A. Paget.*

### No. 1559.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Die Besetzung Jütlands und die militairische Wichtigkeit der Insel Alsen betr. —

Berlin, February 19 (received February 22), 1864.

No. 1559. My Lord, — M. de Bismarck, in speaking to me this morning of the  
Gross-  
britannien,  
19. Febr.  
1864. orders given to Danish cruizers to capture German vessels at sea and of the intention of the Danish Government to blockade the coasts of Germany, said it would be quite impossible for the Governments of Austria and Prussia, under

such circumstances, to limit their operations to the Duchy of Schleswig, as the country would not be satisfied unless the war were carried into Jutland. Nothing, indeed, he said, could prevent the latter measure but an immediate armistice, which he was ready to accept if the German vessels already captured were restored, and the Danes evacuated the Island of Alsen, which could be neutralized during any Conferences that might take place. This is a concession upon his terms of last week, but I merely replied that the Danes did not seem anxious for an armistice, and I acquainted him with the language which your Lordship had held to Count Apponyi as to the view which Her Majesty's Government take of the measures to which Denmark has resorted to meet the unjustifiable invasion of her territory by Austria and Prussia. ¶ I then asked what military operations were likely to be carried on in the meanwhile to expel the Danes from Düppel, and as he replied that the position would be besieged by regular approaches, and its capture would be a mere question of time, I observed that it seemed to me that if the position were taken and if the *tête de pont* to Alsen were in the hands of the Prussian army, it would be quite impossible for any Danish troops in the island to cross to the mainland. He replied that the difficulty of crossing from the island would, however, be less than I supposed, as the coast on the mainland was entirely commanded by that of the island. If this be so it may, perhaps, explain his Excellency's readiness now to accept the neutralisation of the island, and also reports which have reached me from different sources that it is not intended to attack it. I have heard, however, from a trustworthy person, that the military authorities consider that on the fall of Düppel there will be no difficulty in occupying Alsen, as the Prussian batteries which will be established on the mainland will effectually prevent the Danish ships of war from passing through the Sound. ¶ I have, &c.

No. 1559.  
Gross-  
britannien,  
19. Febr.  
1864.

*Andrew Buchanan.*

---

### No. 1560.

**GROSSBRITANNIEN.** -- Botschafterin Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Deputation aus Schleswig betreffend. —

Berlin, February 20 (received February 22), 1864.

(Extract.) At an interview yesterday with M. de Bismarck, his Excellency mentioned to me that a deputation of the States of Schleswig had arrived at Berlin, to acquaint the King with the sentiments of the people of the Duchy, and afterwards proceed to Vienna to make a similar communication to the Emperor of Austria. His Excellency said that he had seen some of the members of the deputation, and had represented to them the inexpediency of their supporting the claims of the Prince of Augustenburg, for though the question of the validity of His Highness's title to the Ducal Crown of Holstein might be treated by the German Diet, his claim to the sovereignty of Schleswig could only be decided by an European arrangement, and thus by carrying their cause before two tribunals, which would probably not see it in the same light, they might render the union

No. 1560.  
Gross-  
britannien,  
20. Febr.  
1864.

No. 1560. of Schleswig and Holstein impossible. His Excellency said that this view of the  
 Gross- matter seemed to make some impression upon them, and while they requested  
 britannien, him to see the other members of the deputation on the subject, they explained  
 20. Febr. to him that they had adopted the cause of the Prince of Augustenburg as the  
 1864. only means by which they saw any prospect of being relieved from Danish oppression, but that no arrangement for that object would be satisfactory to them, which did not also secure the union of the Duchies. ¶ I asked whether he meant to say that the gentlemen with whom he had spoken were likely to be induced to hold different language to the King from that which they intended to do on their arrival. But his Excellency replied that as they had brought an address to the King in writing, they could not make any change in its contents. I then observed that it was reported in town, that his Excellency, on receiving a deputation of professors from the University of Kiel, had suggested to them that the Duke of Oldenburg would have been a better candidate to put forward for the sovereignty of the Duchy than the Prince of Augustenburg. His Excellency replied he had certainly said so; but he had merely mentioned the Duke to the deputation, to show that the Prince of Augustenburg might have other claimants to contend with beside the King of Denmark, if the rights of His Majesty were set aside. ¶ I am told that his Excellency said that, if the Treaty were set aside, the Emperor of Russia would have an undoubted claim to a large portion of Holstein, which he would probably be disposed to cede to the Duke of Oldenburg, whereas the Prince of Augustenburg could only claim a very limited portion of the Duchy, for which some compensation might perhaps be found for him in the Duchy of Oldenburg. &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1556.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafterin Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Des Königs von Preussen Unzufriedenheit über Wrangel's Einmarsch in Jütland betr. —

Berlin, February 20 (received February 22), 1864.

No. 1561. (Extract.) With reference to my despatch of yesterday's date, I have  
 Gross- had some conversation to-day with M. de Bismarck respecting a report which  
 britannien, has reached Berlin of the frontier of Jutland having been crossed by the Danish  
 20. Febr. army. ¶ His Excellency said the intelligence had caused the King the greatest  
 1864. dissatisfaction, as His Majesty had sent instructions to Marshal Wrangel, on the 15th instant, which expressly stated no troops were to cross the frontier without orders from his Majesty; and as a despatch had been received from the headquarters, dated the 18th instant, stating that these orders had not reached the advance posts of the army in time to prevent their entrance into Jutland, Marshal Wrangel had been called upon to explain why orders which he must have received on the 16th instant had not reached the vanguard of the army before the 18th instant. I inquired whether the troops would be recalled, and his Ex-



cellency replied that, though the movement had been premature, he believed orders would not only be given to hold the territory which they now occupy, but that they would afterwards be instructed to advance from time to time as captures of Prussian vessels might be effected by Danish cruizers. His Excellency said it could not be expected that Prussia would submit tamely to the seizure of her vessels and to the blockade of her ports, when she could obtain compensation for such losses by levying contributions on the population of Jutland, a means of compensation to which she could not have recourse in Schleswig, which her troops had entered to protect the people against the oppression of Denmark. &c.

No. 1561.  
Gross-  
britannien,  
20. Febr.  
1864.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1562.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. des Ausw. — Die Beseitigung der Bundestruppen aus Holstein betr. —

Berlin, February 20 (received February 22), 1864.

(Extract.) In answer to some inquiries which I addressed yesterday to M. de Bismarck as to the nature of General Manteuffel's mission to Dresden, from whence he had returned the previous evening, his Excellency said that General Manteuffel had been sent to remonstrate against the attitude which the Saxon Government had assumed towards the Prussian military authorities in Holstein, and to explain to them that their continued opposition to the policy of the two great German Powers in the question of the Danish Duchies cannot be tolerated. ¶ M. de Bismarck said no satisfactory answer had yet been received from the Government of Saxony. In the meanwhile General Manteuffel had proceeded with a mission on the same subject to Hanover, but of a more friendly character, as the Hanoverian Government had abstained from joining Saxony and her associates in their hostile proceedings against Austria and Prussia. ¶ I asked whether there was not a question of inducing Saxony and Hanover to withdraw their troops from Holstein, and to leave the two great Powers in possession of both Duchies. He said such an arrangement was the only reasonable one possible, and that he intended to propose it to the Diet; and if I am correctly informed, an attempt will also be made to induce the Diet to leave the management of the whole question with Denmark, in the hands of the two great Powers, with a reservation, perhaps, that it shall be eventually consulted as to the terms of the peace which may be made with the Danish Government. ¶ I asked M. de Bismarck what he would do if the Diet declined to withdraw the Federal troops from Holstein; and from his answer it would appear that if Austria will consent to their being forced to retire, he is quite prepared to have recourse to that extreme measure. &c.

No. 1562.  
Gross-  
britannien,  
20. Febr.  
1864.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1563.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin a. d. königl. Min. d. Ausw. — Das Verhältniss Preussens zu Oldenburg betr. —

Berlin, February 20 (received February 22), 1864.

No. 1563.  
Gross-  
britannien,  
20. Febr.  
1864.

(Extract.) The arrangement which has been come to with the Duke of Oldenburg for the extension and development of the port at Jahde may perhaps explain the goodwill entertained by the Prussian Government towards the Duke of Oldenburg. ¶ But, on the other hand, as I am told that the Convention has been ready for a year, but that the Duke of Oldenburg hesitated to sanction its signature, it is not impossible there may be some connection between its having been signed on the 16th instant, and M. de Bismarck's having spoken approvingly a day or two afterwards to a deputation from Kiel of the Duke of Oldenburg's claims to the sovereignty of the Duchy of Holstein.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1564.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Das völkerrechtswidrige Verfahren Dänemarks zur See betreffend. —

Hanover, February 19 (received February 22), 1864.

No. 1564.  
Gross-  
britannien,  
19. Febr.  
1864.

(Extract.) I had the honour of receiving this day your Lordship's despatches of the 15th and of the 17th instant, the former narrating a conversation held by your Lordship with the Austrian Ambassador on the subject of the instructions given by the Danish Government to their cruizers to capture not only Austrian and Prussian, but likewise Hanoverian and other German vessels, the latter relating to the embargo laid on two Hanoverian ships at Elsinore. ¶ I saw Count Platen during the course of the day, and communicated to him the substance of your Lordship's above-mentioned despatches. His Excellency characterized the hostile act of the Danish Government in capturing and laying an embargo on Hanoverian vessels, Hanover not being at war with Denmark, as a violation of the law of nations, and as releasing Hanover from all her obligations to Denmark. He went so far as to say that it would justify Hanover in delivering letters of marque to American privateers to capture Danish vessels. I objected that there was no evidence that the Danish Government contemplated employing any other vessels than their men-of-war in capturing German vessels; and that the Hanoverian Government were precluded, as were the Danish Government, by their accession to the Declaration of the Congress of Paris, by which privateering was abolished, from issuing letters of marque. But his Excellency replied that Denmark, by proceeding to acts of hostility without a previous declaration of war, had violated the usages of war, and had released Hanover from the obligation of observing that declaration. On my part I contested this assertion, and remarked that were Denmark to use reprisals by having

recourse to privateering, she might inflict more injury upon Hanover than Hanover on Denmark. ¶ His Excellency then stated that the German Diet, in its sitting of the 18th instant, had resolved in retaliation for the embargo laid by Denmark on other German vessels than Austrian and Prussian, to embargo Danish vessels in all the German ports, but that if Denmark allowed a term for German vessels to depart from Danish ports the Diet would make a similar allowance to Danish vessels. ¶ His Excellency further informed me that he had not yet received any answer to the remonstrance which he had addressed to the Danish Minister for Foreign Affairs against the embargo laid on Hanoverian vessels. &c.

No. 1564.  
Gross-  
britannien,  
19. Febr.  
1864.

*Henry F. Howard.*

### No. 1565.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Das Compromiss Hannovers mit den Mittelstaaten betr., wonach Hannover gegen den Londoner Vertrag stimmt und die andern Staaten die Anerkennung des Herzogs nicht beschliessen.

Hanover, February 19 (received February 22), 1864.

(Extract.) I learn that the Prussian Minister at this Court, in virtue of instructions from his Government, has recently on two occasions urged the Hanoverian Government to vote with Austria and Prussia for the rejection of the Resolution proposed by the majority of the Holstein Committee of the Diet relative to the Treaty of London of the 8th of May, 1852, but that hitherto he has not received any definitive answer. ¶ Count Platen treats the Resolution as innocuous, because it only affirms the incontestable proposition that the Diet is not bound by the Treaty of 1852, and demurs now to vote against it, after the Hanoverian Envoy had associated himself to it in the Committee, by way of compromise with the other middle States, in order to prevent the latter from bringing forward a proposal for the immediate recognition of the Prince of Augustenburg as Duke of Holstein. &c.

No. 1565.  
Gross-  
britannien,  
19. Febr.  
1864.

*Henry F. Howard.*

### No. 1566.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Die Sendung d. preuss. Generals v. Manteuffel betr. —

Hanover, February 20 (received February 22), 1864.

My Lord, — Lieutenant-General de Manteuffel, Aide-de-camp General of His Majesty the King of Prussia, arrived here early yesterday morning from Berlin, the bearer of a letter from his Sovereign to the King of Hanover, and was received during the course of the same day by His Majesty at Herrenhausen, where he had the honour of dining with the Royal Family. The General has likewise had interviews with Count Platen. ¶ Count Platen assured me to-day

No. 1566.  
Gross-  
britannien,  
20. Febr.  
1864.

No. 1566. that the only object of his Prussian Majesty's letter, as well as of General de  
 Gross-  
 britannien,  
 20. Febr.  
 1864. Manteuffel's mission, was to offer, on the part of His Majesty, full explanations  
 to His Hanoverian Majesty on the subject of the recent proceedings of Field-  
 Marshal de Wrangel relative to the occupation of certain towns in Holstein  
 which had given rise to differences with the Federal Commissioners in that  
 Duchy. His Prussian Majesty attributes these proceedings to a mistake founded  
 upon an interpretation of the instructions transmitted by the Holstein Committee  
 of the Diet to the Federal Commissioners, and gives the assurance that they  
 were by no means undertaken with a view to interfere with the Federal Execu-  
 tion in Holstein, or to trench upon the rights of the Confederation. His  
 Prussian Majesty represents, however, that the proposed occupation by Prussian  
 troops of the three points of Altona, Kiel, and Neumünster is indispensable for  
 the maintenance of the free communications of the allied armies operating in  
 Schleswig, and he requests the King of Hanover to use his endeavours with a  
 view of bringing about an agreement at the Diet on this subject favourable to  
 his wishes. At the same time he thanks His Hanoverian Majesty for the exer-  
 tions he had made to prevent a conflict arising out of the affair. ¶ Count  
 Platen, who gave me the foregoing particulars, further informed me that the  
 King of Hanover had declared his readiness to comply with His Prussian Ma-  
 jesty's request. ¶ After thanking Count Platen for the information he had  
 been so good as to give me, I observed that no doubt the ostensible objects of  
 General de Manteuffel's mission were such as he had described to me, but I  
 inquired whether there were not others involved in it, and whether, for example,  
 he was not charged to come to an understanding with the Hanoverian Govern-  
 ment for the transfer of the Federal Execution in Holstein from Hanover and  
 Saxony to Austria and Prussia, or in respect to the Succession question, or as  
 to a resistance to be opposed to the sending of Bavarian and Wurtemberg troops  
 to Holstein to act as Federal reserves, or for the eventual purpose of establishing  
 the Prince of Augustenburg as Duke of Holstein after his recognition as such  
 by the Diet. ¶ His Excellency replied that I had probably heard the report  
 current in the town that General de Manteuffel had come to propose a defensive  
 alliance between Hanover and Prussia, but that it was altogether false, and that  
 if I were to give credence to it, or to the other assumed objects of the General's  
 mission to which I had referred, I should be deceiving myself, as they did not  
 exist; and he repeated that its real objects did not go beyond what he had stated  
 to me, though he did not deny that the general state of affairs had been discussed  
 with the General. ¶ In answer to an inquiry of mine his Excellency said that  
 he believed that General de Manteuffel's mission to Dresden had at least made  
 an impression upon the King of Saxony. ¶ General de Manteuffel took his  
 departure again to-day for Berlin. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

## No. 1567.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an den königl. Min. d. Ausw. — Einen im Bundes-Protokoll verschwiegenen sächsischen Antrag betr. —

Frankfort, February 19 (received February 22), 1864.

My Lord, — With reference to Lord Augustus Loftus' despatch of the 17th instant, which has reached me under flying seal, I have the honour to communicate the result of an inquiry I have been led to make from finding the following paragraph in his Lordship's despatch: — ¶ "A proposal has now been made to the Diet by the Saxon Government to replace the original reserves for the Federal troops of Execution, which had been furnished by Austria and Prussia but which had been subsequently, with the permission of the Diet, relieved from that duty by troops of the Confederation from the 7th and 8th Corps." ¶ The official report of the sitting of the 13th instant, on which I had the honour of reporting to your Lordship in my despatch of February 15, contained no notice of any such proposition. ¶ I have, however, ascertained that Lord Augustus' information is substantially correct, although the proposition was not published. This reticence was observed, as is said, on account of its being an incidental proposition, *i. e.*, one of which no notice had been given, but which arose out of General von Hake's complaint of the occupation of Altona, &c., by Prussian troops. ¶ It was however, I learn, inserted on the Protocoll of the day's proceedings, and referred to the Committee. ¶ Lord Augustus Loftus observes, with much justice, that as the Federal troops in Holstein are in no danger of any sudden attack from the Danes, the measure can only be regarded as one of precaution against Austrian and Prussian interference; and as the proposition avowedly arose from the incident of the Prussian occupation of Altona, there can be no doubt as to the aim of the Saxon proposal. ¶ I have, &c.

No. 1567.  
Gross-  
britannien,  
19. Febr.  
1864.

*A. Malet.*

## No. 1568.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg a. d. königl. Min. des Ausw. — Die Gesichtspunkte des russischen Cabinets betr. —

St. Petersburg, February 16 (received February 23), 1864.

(Extract.) I have the honour to report, with reference to your Lordship's instruction of the 9th instant, that the Danish Minister at this Court has presented to the Imperial Cabinet the application for assistance referred to by your Lordship as having been also addressed to the Governments of England, France, and Sweden. ¶ Prince Gortchakoff was so good as to show me the communication of the Danish Government, and the draft of the reply which he had prepared to this overture. ¶ It will be imparted to your Lordship by Baron Brunnow. ¶ The reply of the Vice-Chancellor expresses the deep interest with which the Imperial Government has followed the incidents of the controversy

No. 1568.  
Gross-  
britannien,  
16. Febr.  
1864.

No. 1568. between Denmark and Germany, and deploras the circumstances which have prevented the advice of Russia being listened to on either side. It states that the Imperial Cabinet does not despair of bringing the questions at issue to a pacific solution, and contains an assurance of sympathy and good offices. The Vice-Chancellor does not say one word of assistance in the sense of material aid, nor does he make any categorical assertion of adherence to the Treaty of 1852, although his expressions imply a general recognition of the value and the validity belonging to the engagements of that period. ¶ I remarked to Prince Gortchakoff that no answer was given to the Danish application for material assistance. ¶ The Vice-Chancellor replied that the Danish note did not ask for material assistance, the word "material" was not in it. ¶ I contended that the circumstances and the terms of the application seemed to imply an application for armed succour. ¶ The Prince observed that it was not for him to divine the latent motives or wishes of the Danish Cabinet, and raise a question which was not distinctly before him. He replied to the application of Denmark as he received it. ¶ Your Lordship remarks that you would be glad to be made acquainted with the views of the Imperial Cabinet as to the terms on which peace might be restored between the present belligerents. ¶ To this inquiry Prince Gortchakoff replied that his moral concert and co-operation would be afforded to the largest extent to Her Majesty's Government with a view to the restoration of peace. Referring to a conversation which had taken place between your Lordship and Baron Brunnow he observed that his aim, like that of Her Majesty's Government, was the preservation of Denmark, in conjunction with the satisfaction of Germany. Your Lordship having, however, alluded, in speaking to Baron Brunnow, to the intimate knowledge which the Russian Cabinet possessed of the secret intentions of the German Cabinets, he must remark that he possessed no such knowledge; he was abandoned, like others, to conjecture: he doubted whether the Governments of Austria and Prussia themselves had a distinct foreknowledge of their future course. In this darkness and uncertainty the only reply which he could give to your Lordship's inquiry was embodied in the word "Conference." The questions at issue between Germany and Denmark must be brought under the control of all the parties interested. In a Conference alone could such a control be obtained. In the meantime we must, said the Vice-Chancellor, be most careful not to allow thread to be broken which attached the Cabinets of Vienna and Berlin to the engagements of 1852: at Vienna that thread was more substantial; at Berlin it was looser; at both we must preserve it until the meeting of the Conference, in which alone those ties could be consolidated. &c.

*Napier.*

---

## No. 1569.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Die Gesichtspunkte d. russischen Cabinets betr. —

St. Petersburg, February 17 (received February 23), 1864.

My Lord, — Your Lordship's despatch of February 10th states the grounds on which Her Majesty's Government are unable to reply to two questions put by Prince Gortchakoff, namely:

No. 1569.  
Gross-  
britannien,  
17. Febr.  
1864.

1. What was the nature and what the extent of the armed assistance which Her Majesty's Government proposed in certain contingencies to afford to Denmark; and

2. Whether Her Majesty's Government proposed to afford such aid only in combination with all the Powers signatories of the Treaty of London, or with some of them or even alone.

I read your Lordship's despatch to Prince Gortchakoff, which points out that it would be premature to reply to these questions before ascertaining whether Russia admitted the principle of affording material aid to preserve the integrity of Denmark, for on the determination of Russia the resolution of Her Majesty's Government must in part depend. A concert having been once established between Russia and England on this point, the answers to the questions of the Vice-Chancellor would naturally follow. I concluded by asking Prince Gortchakoff whether he admitted the principle of giving material aid to Denmark. ¶ The Prince replied that "he could not answer this question until the intentions of the other Powers signatories of the Treaty of London had been ascertained." ¶ His Excellency then touched, but lightly, on the position of Russia at the present conjuncture, which renders it difficult for the Imperial Cabinet to take the leading part in dealing with this question. His Excellency did not, however, say that in no circumstances would Russia interfere by force of arms to preserve Denmark from dismemberment. ¶ I have, &c.

*Napier.*

## No. 1570.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. des Ausw. — Vorstellung des russischen Cabinets gegen die dänischen Uebergriffe zur See. —

St. Petersburg, February 17 (received February 23), 1864.

My Lord, — Prince Gortchakoff informed me yesterday that Count Rechberg was "much alarmed" by the intelligence that the Danish cruisers were taking possession at sea of vessels belonging to the States of the German Confederation as well as of those belonging to Austria and Prussia, and that the Austrian Minister contended that Denmark ought to grant the same warning and delay of six weeks to ships of belligerents at sea which they granted to the same

No. 1570.  
Gross-  
britannien,  
17. Febr.  
1864.

No. 1570. class of vessels in port. The Vice-Chancellor remarked that if the Danes continued to seize the ships of the Confederation they would be involved in hostilities with that Body; the war would become more general, the interests of Denmark would be endangered, and the restoration of peace would be rendered more difficult. ¶ I observed to the Vice-Chancellor that the Confederation had already committed an act of hostility against Denmark by affording to the Austrian and Prussian troops a free passage through Federal territory to attack Schleswig, a Danish province, and that it might be doubted whether the Danes would incur any great practical disadvantage by adding the troops of the German Confederation to the enemies by which the Danish forces were so much outnumbered. ¶ The Prince contended in reply that it was idle to discuss whether the Germans were in principle engaged in hostilities against Denmark or not. We were not obliged to discover and affirm that such was the case. Our duty was to mitigate and diminish the causes of provocation as much as possible; nor could it be indifferent to Denmark even in a military point of view if the troops of the Confederation should be added to the forces now before the entrenchments of Düppel and Alsen. Being animated by a spirit of conciliation, he had addressed by telegraph to the Danish Government a representation advising them in their own interest to observe a moderate course in this matter. He trusted Her Majesty's Government would do the same. ¶ I said to the Prince that while I was deeply sensible of the injustice to which the Danish Government was subjected, I could not but recognize the expediency and wisdom of abstaining from increasing the irritation of the German Powers. I would therefore lose no time in informing Her Majesty's Government of his views and wishes on the point under discussion. ¶ I have, &c.

*Napier.*

---

### No. 1571.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. des  
• Ausw. — Russlands Stellung betr. —

St. Petersburg, February 17 (received February 23), 1864.

No. 1571. (Extract.) Prince Gortchakoff has stated to me more than once that the moral concert and co-operation of the Imperial Cabinet would be afforded to Her Majesty's Government in the largest measure with a view to the settlement of the controversies between Denmark and Germany. ¶ In fulfilment of this declaration, the Vice-Chancellor has on more than one occasion addressed to the Cabinets of Vienna and Berlin despatches of an admonitory character, with the view of confirming them in their wavering adherence to their international obligations, and of convincing them of the dangers which would be attached to a serious alienation from Her Majesty's Government. ¶ I am bound to submit my impression to your Lordship, in justice to Prince Gortchakoff, that nothing could be more zealous and well-intentioned than the course pursued by the



Vice-Chancellor in this matter. He could only do more by using the language of direct menace to the German Powers and by promising material aid to Denmark; but the position of Russia justifies Prince Gortchakoff in pausing on the threshold of such a policy, and his Excellency has never as yet held out to Her Majesty's Government any expectation that he would proceed to such extremities. &c.

*Napier.*

### No. 1572.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Besetzung Jütlands, eines neutralen Landes, betr. —

Berlin, February 21 (received February 23), 1864.

(Extract.) I had some further conversation this morning with M. de Bismarck on the subject of the entrance of the Prussian army into Jutland, and his Excellency said that General Moltke, who had just returned from the army, had explained that the frontier of the province had been first passed in a cavalry skirmish and that as the most advanced portion of the army was constantly open to attack by the Danes, it had been necessary to occupy Kolding for the security and shelter of the troops, who could not live in the fields in the present inclement weather. I said that according to such reasoning the Prussian army might advance till it reached the northernmost point of Jutland, and I observed that your Lordship would perhaps think that the explanations which his Excellency had given to me yesterday as to orders having been sent to Marshal Wrangel on the 15th instant would themselves require to be explained, for if the Marshal had not previously received authority to enter Jutland, he would not have required orders on the 15th not to do so. M. de Bismarck said that the Marshal's original orders were to occupy Schleswig, and if he were opposed, to take whatever military measures he might consider necessary for the security of his army. But, I said, an officer in carrying on war in one country could not occupy the territory of another and a neutral State, to provide for the security of his army; and Jutland, according to the past declarations of Austria and Prussia, was in the position of a neutral State in the present contest. M. de Bismarck said, that would have been the case if the Danish Government had accepted the Austro-Prussian occupation of Schleswig, and had not issued orders for the capture of German vessels and the blockade of German ports; but that as Denmark was virtually at war with Prussia, Prussia could not limit her action to hostilities for the occupation of Schleswig. Orders would therefore be given to occupy the whole of Jutland, and Germany would hold it as a means of obtaining compensation for the German vessels captured by Danish cruisers; but if the provisional occupation of Schleswig by Austria and Prussia was acknowledged by Denmark and the captured vessels were restored, the Prussian troops would evacuate the former province. ¶ I inquired what prospect there was of a Conference and negotiations for the restoration of peace. He answered that

No. 1572. Prussia was ready to enter into Conference immediately with the Powers who had signed the Treaty of London, and that the advance of her troops into Jutland would not affect the declaration which she had made on this subject; but if a great many lives were sacrificed in the conquest of the entrenchments of Düppel and the Island of Alsen, one of the eventualities would have occurred which will entitle the Prussian Government to increase their demands on Denmark. I said that Her Majesty's Government would not, I believed, accept such an interpretation of his declaration of the 31st of January; and as to the sacrifices which might be necessary in order to complete the occupation of Schleswig, as Her Majesty's Government considered that measure unjustifiable, they were not likely — as indeed appeared from your Lordship's language in the House of Lords — to admit that they would afford Prussia any right to depart from her engagements to Great Britain. ¶ With reference to the occupation of Kolding, I am assured on good authority that it formed a part of Marshal Wrangel's original plan of operations, as a means of closing the narrow channel between Jutland and Funen, and preventing the Danes from obtaining supplies or reinforcements from Jutland by that route. &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1573.

**GROSSBRITANNIEN.** — 'Min. d. Ausw. a. d. königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin und Copenhagen). — Die Conferenz betr. —

Foreign Office, February 23, 1864.

No. 1573. Sir, — I have to instruct your Excellency immediately to address to the Austrian Minister for Foreign Affairs a note to the following effect. ¶ You will state that Her Majesty's Government witness with the deepest concern the calamities of the war now existing between Austria and Prussia on the one side and Denmark on the other, and are most anxious to contribute to the utmost of their ability to the re-establishment of friendly relations between those Powers. ¶ With this view Her Majesty's Government propose to the three Powers to authorize their Plenipotentiaries at once to meet the Plenipotentiaries of the non-German Powers and of the German Diet in a Conference to be held in London, the deliberations of which should have for their object the restoration of peace in the north of Europe. Such Conference might, Her Majesty's Government consider, hold its sittings without any suspension of the hostilities now in progress, and accordingly they do not propose such suspension as a condition of its being assembled. ¶ If the Powers engaged in hostilities agree to this proposal, Her Majesty's Government will invite the Government of France, Russia, and Sweden, as well as the Diet of the German Confederation, to name Representatives to take part in the proposed Conference. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1574.

ÖSTERREICH. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. —  
Auslassungen der englischen Minister im Parlament betr. —

Vienne, le 18 février, 1864.

M. le Comte, — Les dernières nouvelles que nous transmettent vos No. 1574.  
rapports rendent compte de l'irritation et des plaintes des Ministres Anglais au Österreich,  
sujet de notre action militaire dans le Slesvig. ¶ Il nous est difficile d'ajouter 18. Febr.  
encore quelque chose aux arguments déjà employés pour expliquer notre conduite 1864.  
et aux assurances déjà données pour calmer les appréhensions soupçonneuses du  
Gouvernement Britannique. ¶ Si nous ne réussissons pas à dissiper entière-  
ment les défiances des Ministres Anglais, nous pourrions au moins leur demander  
de nous épargner des accusations d'une injustice évidente et qui sont en contra-  
diction avec leur propre langage. ¶ Nous ne comprenons pas, par exemple,  
comment Lord Palmerston peut qualifier d'agression „iniqué“ l'entrée des  
troupes austro-prussiennes dans le Slesvig, lorsque le Gouvernement Anglais a si  
souvent admis dans ses communications écrites et verbales que le Danemark avait  
violé ses engagements, et lorsque encore dans la discussion du 4<sup>me</sup> à la Chambre  
des Communes le Premier Ministre a déclaré que les deux grandes Puissances  
Allemandes avaient une juste cause de guerre contre le Danemark. ¶ Si au  
lieu d'user dans toute sa rigueur du droit que Lord Palmerston lui-même leur  
reconnaît, les deux Puissances ont préféré éviter une déclaration formelle de  
guerre et se contenter d'une occupation à titre de gage, c'est une preuve de mo-  
dération de leur part. Loin de les blâmer, Lord Palmerston aurait dû louer  
l'Autriche et la Prusse pour rester conséquent avec ses propres paroles. ¶ Il  
est une autre assertion de Lord Palmerston que nous ne pouvons laisser passer  
sans observations. ¶ La doctrine que la guerre annule les engagements anté-  
rieurs entre les partis adverses est un principe de droit international si univer-  
sellement proclamé que nous sommes fort surpris de le voir tout à coup contester  
avec tant de véhémence. ¶ Il ne s'agit pas d'ailleurs ici „d'un État fort atta-  
quant un État faible sous un prétexte quelconque, afin de s'affranchir d'obli-  
gations incommodes.“ Le Gouvernement Anglais reconnaît, ainsi que je viens  
de le remarquer, qu'il existait une juste cause de guerre contre le Danemark.  
Nous aurions pu nous en prévaloir pour déclarer en effet la guerre, et dire que  
les Traités étaient déchirés. Mais c'est précisément ce que, par esprit de modé-  
ration et pour prévenir de plus grosses complications, nous n'avons pas voulu  
faire. Il ne tenait qu'au Danemark de retirer ses troupes du Slesvig pour qu'il  
n'y eût pas de guerre. Nous aurions dans ce cas pris paisiblement possession  
de notre gage sans pousser plus loin les opérations militaires. Il n'y aurait alors  
pas eu d'hostilités, et les engagements réciproques auraient subsisté dans toute  
leur force, c'est-à-dire, que nous aurions dû nous contenter de l'exécution pure  
et simple des stipulations de 1851-52. ¶ Si la guerre a éclaté de fait, par suite  
de la résistance du Danemark, c'est sur lui qu'en retombe la faute et la responsa-  
bilité, et si la situation s'est modifiée à son désavantage c'est à lui seul qu'il doit

No. 1574. s'en prendre. ¶ Aujourd'hui le sang versé et les sacrifices supportés nous donnent le droit incontestable de ne plus nous considérer comme liés par les engagements réciproques pris en 1851-52 entre les deux grandes Puissances Allemandes et le Danemark. Mais il faut distinguer ici entre deux ordres de faits. ¶ Il y a d'abord le principe de l'intégrité de la Monarchie Danoise consacré par le Traité de Londres comme nécessaire au maintien de l'équilibre européen. ¶ Il y a ensuite la transaction relative à la nature des liens qui doivent unir entr'elles les différentes parties de la Monarchie Danoise. ¶ Cette transaction, objet de longues négociations entre l'Allemagne et le Danemark, a été acceptée de part et d'autre, et définie par les engagements tant de fois cités. ¶ Le principe de l'intégrité de la Monarchie Danoise est encore affirmé par les déclarations identiques du 31 janvier. Il est placé sous la sauvegarde, non seulement du Traité de Londres, mais encore sous celle de la considération — très-puissante à nos yeux — qu'un remaniement de la carte de l'Europe ne doit pas s'effectuer sans le concours et l'assentiment des Puissances intéressées au maintien de l'équilibre. ¶ Abstraction faite du Traité de Londres, cette considération et le principe qui en dépend subsistent pour nous dans toute leur force, malgré les hostilités dans lesquelles nous nous trouvons engagés avec le Danemark. ¶ Il en est autrement pour ce qui concerne la transaction de 1851—52 sur la nature des liens qui doivent unir entr'elles les différentes parties de la Monarchie Danoise. A cette époque, par exemple, en échange de la promesse donnée par le Danemark de ne point incorporer le Slesvig à la Monarchie proprement dite, les deux Grandes Puissances ont renoncé au maintien du lien étroit qui existait jadis entre le Holstein et le Slesvig. Depuis que les hostilités ont éclaté, elles ont affranchi les deux Puissances de l'obligation qui leur était imposée par cette renonciation, et selon les événements de la guerre, elles se croiront autorisées à poser à cet égard au Danemark des conditions nouvelles. ¶ C'est dans ce sens que nous revendiquons cette liberté d'action que donne la guerre et que Lord Palmerston paraît nous contester dans un de ses derniers discours. ¶ J'ai cru nécessaire d'entrer dans ces éclaircissements pour mettre votre Excellence à même de bien préciser notre attitude et de déterminer l'étendue de nos droits, aussi bien que celle de nos devoirs. ¶ Recevez, &c.

*Rechberg.*

### No. 1575.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris a. d. königl. Min. d. Ausw. — Eine Garantie Preussens vom J. 1715 betr. —

Paris, February 23 (received February 24), 1864.

No. 1575.  
Gross-  
britannien,  
23. Febr.  
1864.

My Lord, — During one of my late conversations with M. Drouyn de Lhuys on the Dano-German question, his Excellency said that on looking through old papers in connection with this subject it had been found that the Vth Article of a Treaty signed between Prussia and Denmark on the 24th of May, 1715, contained a guarantee of the Duchy of Schleswig to Denmark. ¶ I have, &c.

*Cowley.*

## No. 1576.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Wien. — Antwort auf die Auseinandersetzung des österr. Cabinets über den Krieg und die Verträge. —

Foreign Office, February 24, 1864.

My Lord, — Count Apponyi has read and given me a copy of a despatch from Count Rechberg dated Vienna, the 18th instant. ¶ In this despatch Count Rechberg declares that he cannot understand how Lord Palmerston can describe as an iniquitous aggression the entrance of the Austro-Prussian troops into Schleswig when the British Government has so often admitted, both by word and in writing, that Denmark had violated its engagements, and when Lord Palmerston had declared in the debate of the 4th instant that the two great German Powers had a just cause of war against Denmark. ¶ The explanation is easy. The Government of Her Majesty are of opinion that every effort to preserve peace should be exhausted before resort is had to the alternative of war. In the case before us demands had been made by Austria and Prussia upon Denmark, and the Danish Government had, some days before the breaking out of hostilities, declared their willingness to comply with those demands. ¶ Nay, more; France, Great Britain, and Russia had declared their readiness to sign a Protocol recording the favourable disposition of Denmark, and, as it were, binding Denmark to her concession. ¶ Had this proposition been acceded to, hardly a doubt can be entertained that in the course of three months the obnoxious Constitution of November would have been repealed, and the conditions upon which Austria and Prussia placed the question of peace or war would have been complied with. Indeed, it may be said with truth that with peace the Austro-Prussian terms would have been fulfilled, and with war great difficulties are interposed to any regular and legal compliance with these terms. ¶ Thus the war was unnecessary. But an unnecessary war is an iniquitous war, and Lord Palmerston's expression is completely justified. ¶ With respect to the moderation shown in occupation under the guise of asking a pledge or material guarantee, it is to be observed that every State has a right to resist the invasion of its own territory, and when that resistance is overpowered by cannon and musketry demolishing forts, setting fire to villages, and killing soldiers who defend their own soil, it must be owned that the occupation of a material guarantee does not really differ from war. ¶ And as war leads the attacking forces from one advanced position to another, so the wish to secure a material guarantee has led the Austro-Prussian forces from Schleswig to Jutland. ¶ Count Rechberg has supposed that Lord Palmerston contests the principle that war annuls anterior engagements. But he has misapprehended Lord Palmerston's meaning. It is because war annuls anterior engagements that Lord Palmerston says that to make an aggressive war for the very purpose of annulling anterior engagements, to make war for the sake of war and for the sake of putting an end to Treaties, would be a great and evident abuse of an admitted principle. ¶ This

No. 1576.  
Gross-  
britannien,  
24. Febr.  
1864.

No. 1576. doctrine evidently is connected with the statement Her Majesty's Government  
 Gross- rely on, that the war of the 1st of February was a war of wanton aggression.  
 britanni-  
 en, 24. Febr.  
 1864. ¶ Her Majesty's Government are glad to perceive, however, that the Govern-  
 ment of Austria adhere to the integrity of the Danish Monarchy, not only because  
 it is in conformity with the Treaty of London and affirmed by the identical de-  
 clarations of the 31st of January, but because it is part of the system of Europe  
 and cannot be changed without the concurrence of Powers interested in the ba-  
 lance of power. ¶ With respect to the alterations suggested by Austria in the  
 engagements of 1851-52, Her Majesty's Government will only say at present  
 that those engagements were made at the suggestion of Austria and Prussia,  
 were concurred in by the King of Denmark, and were confirmed by the accept-  
 ance of the German Confederation. ¶ A Conference of the Powers who signed  
 the Treaty of London would be the best place for a discussion of any changes,  
 modifications, or developments of these engagements which Austria, Prussia,  
 Germany, or Denmark might think fit to propose. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1577.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Das Auslaufen der österr. Flotte betr. —

Vienna, February 21 (received February 25), 1864.

No. 1577. My Lord, — Having mentioned to Count Rechberg that a report had  
 Gross- reached London that Austria was arming her navy with the intention of attacking  
 britanni- Copenhagen, his Excellency said that such a rumour was simply absurd, and de-  
 en, 21. Febr.  
 1864. void of the least foundation. ¶ He then explained that in consequence of the  
 orders issued by the Danish Government to capture Austrian vessels, some of  
 the Imperial men of war would cruize in the Adriatic and the Mediterranean for  
 the protection of commerce; and he said further that at the instance of the mer-  
 chants of Trieste, it has been decided to send one large and one small ship of  
 war to cruize in the chops of the British Channel to warn Austrian vessels, of  
 which there were said to be 100 at this moment on their way from American  
 ports bound chiefly to England and the North, and save them from becoming  
 prizes of the ships of war of Denmark, which had been sent to intercept vessels  
 sailing under the Austrian flag. ¶ He added that the Minister of Marine under-  
 stood there were two Danish gun-boats in the Greek waters, and that vessels  
 would be sent to watch them; but I have since heard that intelligence has  
 reached the Austrian Government that nothing is known of the two vessels at  
 the Piræus. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

## No. 1578.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris. — Frankreich will unter allen Umständen an dem Princip der Integrität der dänischen Monarchie festhalten. —

Foreign Office, February 25, 1864.

My Lord, — The Ambassador of France has read to me a passage in a despatch, in which M. Drouyn de Lhuys informs him that he has assured your Excellency that the Government of France will, in all its negotiations, whatever shape they may take, maintain the principle of the integrity of the Danish Monarchy. ¶ I am, &c.

No. 1578.  
Gross-  
britannien,  
25. Febr.  
1864.

*Russell.*

## No. 1579.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Die Conferenz betr. —

Foreign Office, February 26, 1864.

My Lord, — It appears from Sir Augustus Paget's report of what has passed between himself and the Danish Minister with reference to the proposal for an immediate Conference without an armistice, that the Danish Government, although not indisposed to agree to it, are nevertheless desirous to postpone an immediate decision in consequence of the prevailing excitement at Copenhagen. ¶ Her Majesty's Government cannot deny that the request for delay may be well founded, and they are for themselves inclined to defer pressing the Danish Government for a decision until a fortnight from the present time shall have elapsed. ¶ Before, however, they reply to this effect, Her Majesty's Government would wish to learn whether the Austrian and Prussian Governments acquiesce in the delay for the meeting of the Conference which would result from yielding to the wishes of the Danish Government, and you will accordingly ascertain Count Rechberg's opinion on that point, and inform me of it without delay. ¶ I am, &c.

No. 1579.  
Gross-  
britannien,  
26. Febr.  
1864.

*Russell.*

## No. 1580.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg a. d. königl. Min. d. Ausw. — Russlands Gleichgültigkeit über den Einmarsch in Jütland. —

St. Petersburg, February 20 (received February 27), 1864.

My Lord, — The Swedish Minister was informed by telegraph last night that the Austro-Prussian forces had entered Jutland. His Excellency was desired to ascertain the view taken by Prince Gortchakoff of this incident. ¶ I

No. 1580.  
Gross-  
britannien,  
20. Febr.  
1864.

No. 1580. saw the Vice-Chancellor this forenoon. He told me that he regarded the invasion of Jutland merely in the light of a military operation which did not invalidate in the least degree the political pledges given by the Governments of Austria and Prussia in regard to the integrity of the Danish Monarchy. ¶ I have, &c.

*Napier.*

### No. 1581.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. des Ausw. — Preussens Einwilligung in eine Conferenz. —

Berlin, February 24 (received February 27), 1864.

No. 1581. My Lord, — With reference to instructions which I received yesterday from your Lordship by telegraph, I have the honour to inform you that I lost no time in addressing a note to M. Bismarck, of which I inclose a copy, conveying to the Prussian Government an invitation from Her Majesty's Government to send a Representative to a Conference, which Her Majesty's Government propose should be held in London, to devise means for the restoration of peace between Denmark and the Governments of Austria and Prussia. ¶ I have been informed that an answer of the Prussian Government, accepting the invitation of Her Majesty's Government, will be addressed by Count Bernstorff to your Lordship. ¶ I have, &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1582.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. a. den königl. Gesandten in Copenhagen. — Den von Dänemark gewünschten Aufschub des Waffenstillstandes betr. —

Foreign Office, February 27, 1864.

No. 1582. Sir, — Since the receipt of your telegram stating that the Danish Government were desirous of deferring for a time their answer to the proposal which you were instructed by my telegram to make to it for the immediate meeting of a Conference, I have been in communication with the Governments of Austria and Prussia, and have explained to them the reasons, founded on the state of public feeling at Copenhagen, which induced Her Majesty's Government to consider that the Danish Government should not be pressed to give a definitive answer for a fortnight to come. ¶ The two Powers have assented to this delay, while professing their own readiness to enter into the Conference immediately. ¶ But while apprizing M. Quaade of the unwillingness of Her Majesty's Government to add to the embarrassments of the Cabinet of Copenhagen, of the difficulties of whose position they are well aware, by urging him at once to accept the proposed Conference, you will point out to that Minister that it is very desirable that the delay thus accorded to Denmark should be abridged as much as possible, lest fresh



complications should arise which might render the labours of the Conference for the restoration of peace more difficult, if not altogether unavailing. ¶ I am, &c. *Russell.*

No. 1583.  
Gross-  
britannien,  
27. Febr.  
1864.

### No. 1583.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und gleichmässig nach St. Petersburg und Stockholm). — Die Conferenz betr. —

Foreign Office, February 27, 1864.

My Lord, — Her Majesty's Government being anxious to neglect no chance for restoring peace to the North of Europe, have proposed to the Governments of Austria, Prussia, and Denmark, to agree to a Conference without a previous armistice, but the Danish Government have represented that in the present state of public feeling at Copenhagen it is impossible for them at once to assent to this proposal, and they have requested that they may not be pressed for an immediate answer. ¶ Before Her Majesty's Government could reply to this request for delay, the reasonableness of which, however, they were not prepared to contest, they thought it necessary to ascertain whether the Governments of Austria and Prussia would offer any objection to a term of a fortnight being allowed to the Danish Government within which they should not be pressed for a decision. ¶ If at the expiration of that time the Danish answer should be given in the affirmative, Her Majesty's Government would then invite the Governments of France, Russia, and Sweden to consent to take part in such Conference to be held in London, and they would also invite the Diet at Frankfort to appoint a Plenipotentiary for the same purpose. ¶ You will inform M. Drouyn de Lhuys. ¶ I am, &c.

No. 1583.  
Gross-  
britannien,  
27. Febr.  
1864.

*Russell.*

### No. 1584.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. des Ausw. — Neue Erklärungen Oesterreichs und Preussens zu Gunsten des Londoner Vertrags. —

St. Petersburg, February 23 (received February 29), 1864.

(Extract.) Prince Gortchakoff informed me this forenoon that his intelligence both from Vienna and Berlin was of the most satisfactory character. The Austrian Cabinet had given renewed assurances in London that it adhered to the engagements of 1852, and had no designs inconsistent with the integrity of the Danish Monarchy. M. de Bismarck, on the other hand, had held language of the same character, and had formally intimated his readiness to meet the other Powers in Conference. &c.

No. 1584.  
Gross-  
britannien,  
23. Febr.  
1864.

*Napier.*

## No. 1585.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an d. königl. Min. d. Ausw. — Die Aufhebung der Nov.-Verfassung habe nicht Schleswig unabhängig machen sollen. —

Copenhagen, February 22 (received February 29), 1864.

No. 1585.  
Gross-  
britannien,  
22. Febr.  
1864.

My Lord, — A few days ago the President of the Council called upon me, and said he was much concerned to see that in the report of your Lordship's observations in the House of Lords relative to the offer of the Danish Government to propose to the Rigsraad the repeal of the November Constitution, you had omitted to say that this offer was coupled with the condition that negotiations should in the meantime take place respecting the arrangements to be substituted for the Constitution when withdrawn. He said the omission to mention this part of the bargain had produced a bad impression here, as it had led to the belief that the Government was prepared to renounce all connection with Schleswig, and to place that Duchy in the position of independence which had been offered to Holstein. For this reason his Excellency said he should be obliged to your Lordship if you could take some opportunity of stating the case as it had really been put in the despatch of the Danish Government of the 21st of January, and in the conversations which had taken place between his Excellency and me, viz., that the Danish Government had declared its readiness to propose the repeal of the November Constitution to the Rigsraad on the understanding that another organization for the Monarchy based on the arrangements of 1851-52 should in the meantime have been negotiated with Germany under the auspices of foreign Powers. ¶ I replied that papers connected with the Danish question were about to be laid before Parliament, and I had no doubt M. Quaade's despatch would be amongst them, in which case his Excellency would obtain the satisfaction he required; but Bishop Monrad was still desirous that I should convey his wishes to your Lordship. ¶ With reference to what passed between M. Quaade and myself on the same subject as reported in my despatch of the 17th instant, \*) I have to report that his Excellency has since requested me distinctly to understand that in saying that the Danish Government were still prepared to redeem their pledge of proposing the repeal of the Constitution if Austria and Prussia would evacuate Schleswig, and enable them to make the elections, he only gave utterance to his own sentiments and was not speaking in the name of the Government, and he begged I would state this to your Lordship. ¶ I of course undertook to do so, but as I was unable to see the practical utility of discussing this question now, I did not say any more on the subject. Whenever peace is made the arrangements which are then agreed upon will of course supplant the November Constitution, and it therefore matters very little what the Danish Government might be disposed to do in a contingency which is not likely to present itself. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

\*) No. 1557.

## No. 1586.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Bischof Monrad gegen eine Verbindung Schleswigs mit Holstein. —

Copenhagen, February 23 (received February 29), 1864.

(Extract.) Bishop Monrad took the opportunity of his visit to me for the purpose mentioned in my despatch of yesterday's date, to speak respecting the abandonment of the Dannewerke and the future prospects of Denmark. ¶ It would be hard, indeed, he said, considering the disproportionate forces against which Denmark had to contend, if it was attempted to deprive her of one of her best positions, in order to bring about negotiations on a basis which she could never agree to until utterly exhausted. The basis his Excellency alluded to was the political union of Schleswig and Holstein. If any such proposal was made to the Government while he was at the head of it, it would be at once rejected. In saying this his Excellency referred again to what he had told Lord Wodehouse and M. Ewers, as well as me, on a former occasion, that he was ready to do everything he possibly could to maintain peace, but that, war once begun, it would be carried on with the utmost determination. He said that by prolonging the conflict there was always a chance that events might occur in favour of Denmark, a revolution might break forth in Germany, and he had not lost all hopes of foreign support. ¶ I conceived it to be my duty to tell Bishop Monrad, frankly and honestly, that I thought he had very little chance of it from England. ¶ He said he was aware that such was the case at present; and under these circumstances he trusted that at least Her Majesty's Government would abstain from urging negotiations or interfering with the policy which the Danish Government was now determined to pursue. ¶ Having thus given your Lordship a faithful account of the substance of what was said by the President of the Council at our last interview, I feel that any observations of mine in further elucidation of the intentions and feelings of the Danish Government, and I may add people, at the present moment are unnecessary. ¶ The situation may be described in very few words — a firm and decided determination to continue the war as long as there are the means for doing so, and to reject any proposal which may now be made for an armistice and negotiations for peace. The reasons for this resolution arise, in the first place, from the fact that the national pride is at this moment smarting under what it esteemed a stain on the military reputation of the country, which must be wiped away; and, secondly, from the conviction that the most favourable basis on which Austria and Prussia might now be brought to treat would be the political reunion of Schleswig and Holstein. Such terms, indeed, it is thought, can always be obtained, even when things have got to the worst, and it is impossible to deny that there is also a party who would prefer to sever all connexion whatever between the Kingdom and the Duchies rather than agree to the arrangement in question. Denmark has suffered so much from the connection with Germany, and the events of the period since 1848, completed by the aggression which has

No. 1586.  
Gross-  
britannien.  
23. Febr.  
1864.

No. 1586. now taken place, have so embittered the national feeling, that it is blinded to  
 Gross- almost every other consideration. If Schleswig and Holstein are united, and  
 britannien, 23. Febr. 1864. the Confederation has as much right of interference in one Duchy as in the  
 other, it is felt — and that by a very strong party, which is certainly gaining  
 ground — that the national independence of Denmark will have departed, and  
 that the same pretexts which have hitherto served for the interference of the  
 German Powers in Schleswig will for the future be extended to Jutland and the  
 Islands. With such a prospect for the future, it is added, that it is far prefer-  
 able to give up the Duchies altogether, for although Denmark would be a small  
 State it would at least be an independent one, and able to dispose of itself as it  
 thought fit. ¶ There can be little doubt as to the direction in which this dispo-  
 sition would eventually be made, and no dynastic considerations would interfere  
 with it. ¶ Such is the state of things and feeling at this moment, and certainly  
 nothing can be less encouraging for the friends of peace. How far it may be  
 modified by the events of the war it is impossible to say. It will be my duty to  
 watch these events and to report to your Lordship any change which I may per-  
 ceive. ¶ The defence of Dybbøl will probably be such as to satisfy the na-  
 tional feeling of Denmark in a military point of view, and as the German Powers  
 will then, to all intents and purposes, be in possession of the “pledge” which  
 they profess to seek, the moment might perhaps be favourable for testing their  
 real objects and purposes. They will have possessed themselves of the principal  
 stronghold of Denmark on the Continent, and they will have reaped all the mi-  
 litary renown which is likely to be gathered by two Powers of the size of Austria  
 and Prussia when they attack one of the size of Denmark. ¶ But with respect  
 to the latter country, unless some very great change should take place in the  
 views of the Government and in public opinion, I should have very little hope  
 that any proposal which might have a chance of acceptance by Austria and Prus-  
 sia would be agreed to here unless it was accompanied by an assurance that if  
 it was accepted by Denmark and refused by the German Powers Her Majesty’s  
 Government would assist Denmark with arms. &c.

*A. Paget.*

### No. 1587.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Die Conferenz betreffend. —

Vienna, February 25 (received February 29), 1864.

No. 1587.  
 Gross-  
 britannien,  
 25. Febr.  
 1864.

(Extract.) Count Rechberg has expressed to me his highest satisfaction  
 at the prospect of Conferences being held in London to consider the means of  
 restoring peace, and settling the differences between Germany and Denmark,  
 and he trusts there will be no delay in carrying into effect the proposal of Her  
 Majesty’s Government. ¶ I told his Excellency that I thought it was to be re-  
 gretted the Conferences could not be preceded by an armistice; and he replied  
 that this point was the first which must naturally be brought under consideration,

and that he had been glad to hear from Berlin that the Prussian Government appeared no longer to insist on military possession being given of the Island of Alsen, and would be satisfied with its neutralization during the Conferences. He quite approved of this project, and is evidently desirous that an end should be put to the war as soon as practicable. &c.

No. 1587.  
Gross-  
britannien,  
25. Febr.  
1864.

*Bloomfield.*

### No. 1588.

**PREUSSEN.** — Botschafter in London an den königl. grossbr. Min. d. Ausw. — Annahme des englischen Waffenstillstand-Vorschlags. —

Londres, le 27 février (received February 29), 1864.

Le Soussigné, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Prusse, a l'honneur d'informer son Excellence M. le Comte Russell, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les Affaires Étrangères, que le Gouvernement du Roi son auguste Maître, désirant mettre le plus tôt possible fin à la guerre avec le Danemark, n'hésite pas à accepter la proposition que le Gouvernement de la Reine lui a fait faire par la note de Sir Andrew Buchanan, en date du 23 de ce mois, \*) ainsi qu'aux Gouvernements d'Autriche et de Danemark, de se réunir, sans suspension des hostilités, en Conférence avec la Diète de la Confédération Germanique et les Gouvernements de France, de la Grande-Bretagne, de Russie et de Suède, afin de délibérer sur les moyens de rétablir la paix. ¶ En portant ce qui précède à la connaissance de M. le Comte Russell, le Soussigné est chargé de lui exprimer en même temps le désir du Gouvernement du Roi de connaître l'époque où le Cabinet Britannique croit que la Conférence pourra se réunir. ¶ Il saisit, &c.

No. 1588.  
Gross-  
britannien,  
27. Febr.  
1864.

*Bernstorff.*

### No. 1589.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Hannover an den königl. Min. d. Ausw. — Mittheilungen des Grafen Platen über die Würzburger Conferenz und die Vorgänge am Bunde. —

Hanover, February 27 (received February 29), 1864.

My Lord, — Your Lordship will probably have learnt from other and more authentic sources the results of the Conference of the Ministers of certain of the secondary States of Germany which recently took place at Würzburg. ¶ According to the information which I have been able to collect, and which is principally derived from Count Platen, it would appear that the following were amongst the more important Resolutions adopted at the Conference with a view to a common action on the part of the allied Governments: — ¶ To bring about a speedy decision on the part of the Diet on the Holstein Succession ques-

No. 1589.  
Gross-  
britannien,  
27. Febr.  
1864.

\*) No. 1581.

No. 1589.  
Gross-  
britannien,  
27. Febr.  
1864.

tion, and if the Report of the Committee should not be brought under discussion within a certain time, to submit to the Diet as their own proposal the conclusions of the second part of the Report of M. von der Pfordten, the Bavarian Envoy, for the recognition of the Prince of Augustenburg as Duke of Holstein, and the admission of his Representative to a seat in the Assembly; to take up the proposal already made to the Diet by Saxony for strengthening the Federal troops in Holstein by reserves formed from the 7th and 8th corps d'armées of the German Confederation—that is to say, of Bavaria, Wurtemberg, and other South German troops; and in the meantime for the allied Governments to make preparations for mobilizing a part of their forces; to propose at the Diet the convocation of the Holstein States. ¶ The latter proposal was already brought forward in the sitting of the Diet of the 25th instant. ¶ In a conversation which I had with Count Platen yesterday, he repeated his objections to such a convocation, saying that he did not consider the Diet competent to decree it, as it was a measure which belonged alone to the attributes of the Sovereign. It may therefore be hoped that the Hanoverian vote will be given against the proposal. ¶ On the other hand, your Lordship will have learnt that in the same sitting of the Diet Austria and Prussia made a motion, upon which a vote was to be taken in eight days for the transfer of the Command-in-chief of the Federal troops of Execution in Holstein to the Commander-in-chief of the united Austro-Prussian forces, and for the nomination of two further Commissioners for Holstein by Austria and Prussia. ¶ This motion is no doubt a counter move to the resolutions of the Würzburg Conference, and if adopted will have important results, inasmuch as Austria and Prussia, with the probable assistance of the Hanoverian member of the Federal Commission in Holstein, will acquire the supreme direction of the affairs of that Duchy, which, if they are honestly disposed, will greatly facilitate a final settlement on the basis of the integrity of the Danish Monarchy. ¶ Count Platen expressed to me yesterday his concurrence with the motion, and will recommend the support of Hanover being given to it. Indeed, his Excellency is, I believe, in great part the originator of the idea. At all events he pointed out to me a long time ago that the best and the legal course for Austria and Prussia to adopt was to carry out the nomination, which had been reserved by a previous Resolution of the Diet, of Commissioners of their own. He observed that it was too early for him to judge how far the proposal would unite a majority in its favour, but he seemed to be of opinion that it might possibly do so. ¶ Count Platen had not yet heard that the proposal of Her Majesty's Government for a Conference without an armistice for the settlement of the disputes between Germany and Denmark had been made to the Diet. I nevertheless did not fail to express my hope that when it should be made Hanover would vote for it. His Excellency did not disapprove of a Conference, but apprehended that in view of the varying results which the progress of the war might entail it might not lead to the attainment of the desired object. ¶ He repeated to me that what he continued to desire was a settlement on the basis of a personal union of Holstein, Schleswig, and Lauenburg with Denmark, and nothing more nor less. ¶ I should observe, however, that his Excellency has

always admitted that the purely Danish portion of Schleswig ought to be allowed to follow the fate of Jutland. ¶ I have, &c.

*Henry F. Howard.*

No. 1589.  
Gross-  
britannien,  
27. Febr.  
1864.

### No. 1590.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Stockholm. — Die deutsche Bewegung, die auf Trennung der Herzogthümer von Dänemark hinarbeite, könne neue Combinationen und Beschlüsse erfordern. —

Foreign Office, February 29, 1864.

Sir, — The despatch of which the inclosed is a copy was read to me on the 20th instant by Count Wachtmeister. ¶ My answer was to the effect that the object of the Treaty of 1852 was to secure the balance of power and maintain the peace of Europe by international engagements. ¶ These objects were of as much importance to France and to Russia as to Great Britain, but neither Power appeared disposed to give material aid in support of the integrity of Denmark. ¶ I said besides, that hitherto Austria and Prussia had professed to abide by the integrity of the Danish Monarchy, and to enter Schleswig only in order to hold that Duchy as a material pledge. ¶ At the same time I admitted that Sweden has peculiar interests and closer sympathies than any other country with Denmark, and Her Majesty's Government did not pretend to say what the course of the Swedish Government ought to be. ¶ It is clear, however, that the hopes held out by German agitators to the people of Schleswig and of Holstein of a total separation from Denmark, and other circumstances, have given a graver complexion to the Dano-German affairs, and may hereafter require fresh resolutions and combinations. ¶ You shall be informed of any changes that may take place. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1591.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen a. d. königl. Min. d. Ausw. — Dänische Ausflüchte gegen Unterhandlungen. —

Copenhagen, February 25 (received March 2), 1864.

Sir, — In compliance with your Lordship's instructions I addressed a note yesterday to the Danish Minister for Foreign Affairs, proposing a Conference in London without a previous suspension of hostilities. ¶ I have now the honour to inform your Lordship that I have since seen Bishop Monrad and M. Quaade, who stated to me that such is at present the state of feeling in Denmark that the accepting of negotiations at this moment might not only be fatal to the Ministry, but even have yet more serious consequences. ¶ On the other hand the Danish Cabinet would be extremely sorry to have to refuse a proposal of such a nature coming from Her Majesty's Government, but under the present

No. 1591.  
Gross-  
britannien,  
25. Febr.  
1864.

No. 1591. circumstances, if forced to give an answer, they can have no option but to refuse.  
 Gross-  
 britan-  
 nien, ¶ Such being the state of the case, the Danish Government would be very glad  
 25. Febr. if Her Majesty's Government would not insist on an immediate reply being given  
 1864. to this proposal. Later events may perhaps enable the Danish Government to  
 take advantage of it. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

### No. 1592.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an d. königl. Min. d. Ausw. —  
 — Russische Eröffnung an Dänemark. —

Copenhagen, February 26 (received March 2), 1864.

No. 1592.  
 Gross-  
 britannien,  
 26. Febr.  
 1864.

My Lord, — After seeing Bishop Monrad and M. Quaade yesterday I called upon my French and Russian colleagues to inquire if they had received any instructions to advise the Danish Government to accept the Conference proposed by Her Majesty's Government. ¶ Neither of them had at that time received any orders to this effect, but Baron Nicolay's arrived this morning by telegraph, and he lost no time in communicating them to M. Quaade, who has since brought them before his colleagues. ¶ The Russian Government state that they as well as Austria and Prussia have accepted the invitation to the Conference, and that the Emperor ardently hopes that Denmark will not decline it; and a promise is given that if it is accepted, the Emperor will warmly support the integrity of the Danish Monarchy as well as the honour and interests of His Danish Majesty. ¶ Baron Nicolay, who has again seen M. Quaade since the meeting of the Cabinet, has just been to tell me that his Excellency referred him to the answer he had given to me yesterday, but appears to think there is a better chance to-day of the proposal being accepted if a little time is given for reflection, and an answer is not pressed for immediately. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

### No. 1593.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen a. d. kön. Min. d. Ausw. —  
 Die Stimmung des dänischen Volks macht es dem Cabinet von Copen-  
 hagen unmöglich, sofort auf Unterhandlungen sich einzulassen. —

Copenhagen, February 26 (received March 2), 1864.

No. 1593.  
 Gross-  
 britannien,  
 26. Febr.  
 1864.

(Extract.) M. Quaade called upon me shortly after receiving the note which, in compliance with your Lordship's instructions, I addressed to his Excellency on the 24th instant, proposing a Conference of the Powers who signed the Treaty of London, with a Representative of the Diet, to be held in London without a suspension of hostilities, in order to devise means for restoring peace between Denmark, Austria, and Prussia. ¶ His Excellency had received my communication at the Council of State, and was then on his way to a Con-



ference of Ministers, where he intended to submit the proposal of Her Majesty's Government to the consideration of the Cabinet. His Excellency gave me, however, very little hope that the Danish Government would be able to accept the proposal, for the feeling in the country was such that he did not think the Government was strong enough to resist the clamour which would arise if they were to consent to negotiations at this moment. It was not only the existence of the Government which would be menaced, he said, but other questions and interests of far more serious importance, in short the dynasty, which might be involved. For himself, he said, he should not be disinclined to agree to the present proposal, but he thought it right to tell me at once the objections with which it would probably be met, and he must acknowledge they were well founded, on the part of the President of the Council and the rest of his colleagues.

¶ In regard to the objections mentioned by his Excellency they are too patent to admit of dispute, but I said that I trusted they would not be the sole considerations on which the Government would take their decision. Every country, I said, was subject to moments of excitement, but it was the duty of the Governments to place themselves above the popular enthusiasm, and to take a calm and dispassionate view of the general interests of the nation, and that if the Danish Government did this I could not believe they would come to the conclusion that they had anything to gain by a prolongation of the war.

¶ M. Quaade, on leaving me, promised to come back after the sitting of the Cabinet. He accordingly did so; and said that the result had been as he had anticipated, but as yet no formal decision had been taken, and he expressed a desire that I should see the President of the Council, and I accordingly called on Bishop Monrad yesterday morning.

¶ His Excellency begged that I would take all he was about to say as preliminary, for no decision had been come to by the Cabinet, nor was the King's pleasure known. His Excellency then spoke of the internal situation of the country, the state of public feeling, and the position of the King.

¶ I said his Excellency appeared to me to attach too much importance to the chances of outward support. I submitted, therefore, to his Excellency that the prospects of foreign support were by no means certain, and that if such was not forthcoming, Denmark, at the end of a longer or a shorter period, would have to make peace, after having incurred a useless expenditure in both blood and treasure, without any other result but that of obtaining worse terms than she might be able to secure now.

¶ Bishop Monrad replied that there were certain conditions which a country might accept without dishonour when it had not farther means of resistance, but which were impossible before that time. His Excellency asked what basis the Conference was to treat upon.

¶ I said no basis had been specified; the Plenipotentiaries would meet and an effort would be made by the mediating Powers to establish a ground for an understanding. The acceptance of the Conference therefore did not, I said, engage the Danish Government to anything beyond this — they would retain perfect freedom of action and could withdraw from the Conference if the terms proposed were judged unacceptable. I quoted several instances of negotiations during hostilities, and I mentioned especially those at Vienna during the Crimean war.

¶ Bishop

No. 1593.  
Gross-  
britannien,  
26. Febr.  
1864.

No. 1593. **Gross-**  
**britannien,**  
26. Febr.  
1864. Monrad was convinced, he said, that no terms to which Germany would consent could be accepted by Denmark now, and he did not therefore see the use of entering a Conference for the purpose of leaving it. He said too, with reference to the negotiations which had taken place at Vienna, that the case was quite different. None of the Powers there represented were engaged in the struggle for life or death, like Denmark at the present moment; and the fact of negotiations for peace going on during hostilities was not calculated to produce the same effect on the public mind, because no national existence was at stake. ¶ Bishop Monrad added, however, that it would be with extreme regret he should decline the proposal of Her Majesty's Government, and asked whether it might not be possible to avoid insisting upon a reply. If the question was left open events might occur which might possibly enable the Danish Government to take advantage of the proposal later. ¶ M. Quaade expressed to me the same wish, and stated that my insisting upon an answer might be a serious cause of embarrassment to the Government. &c.

*A. Paget.*

### No. 1594.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. — Preussische Ansicht über den von Dänemark gewünschten Aufschub der Conferenz. —

Berlin, February 27 (received March 2), 1864.

No. 1594. **Gross-**  
**britannien,**  
27. Febr.  
1864. (Extract.) In my despatch of this morning, I reported to your Lordship a conversation which I had had with M. de Bismarck, as to the wish of Her Majesty's Government to allow the Danish Government a fortnight to decide whether they can accept the invitation of Her Majesty's Government to a Conference to be held in London for devising means for the restoration of peace. ¶ As I had reason to believe that M. de Bismarck had an opportunity, after my interview with him, of speaking to the King on the subject, I have since inquired of his Excellency whether I might inform your Lordship that the Prussian Government had no objection to the proposed delay being allowed to Denmark, and he replied that the Prussian Government are ready now for a Conference, and it may be that they will be so in a fortnight hence, but that he is unable to enter into any engagement as to the latter term. &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1595.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Turin an den königl. Min. d. Ausw. — Das italienische Cabinet findet das Gerücht, Italien habe den Dänen Beistand angeboten, keiner Ueberlegung werth. —

Turin, February 24 (received March 2), 1864.

No. 1595. **Gross-**  
**britannien,**  
4. Febr.  
1864. My Lord, — The newspapers have lately announced a pretended offer on the part of the Italian Government to go to the assistance of Denmark.

¶ M. Visconti Venosta and M. Minghetti have both mentioned the report to me as one which it was not necessary seriously to contradict. ¶ I have, &c.  
*Henry Elliot.*

No. 1595.  
Gross-  
britannien,  
24. Febr.  
1864.

### No. 1596.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt a. d. königl. Min. d. Ausw. — Die Verzichtleistung Herzog Christians; Benutzung d. „Staats-Archiv“. —

Frankfort, March 3 (received March 5), 1864.

(Extract.) It is rather singular that neither the archives of the Diet or of the Prussian Legation can supply a copy of the entire Act of Renunciation of the Duke of Angustenburg of the 30th of December, 1852, of which your Lordship has directed me to endeavour to obtain an official copy. ¶ The document is published at page 57 of the „Staats-Archiv“ of Ludwig Karl Ægidi and Alfred Klauhold (Hamburg, Otto Meissner, 1864), in the number for January and February. \*) ¶ I have, &c.

No. 1596.  
Gross-  
britannien,  
3. März  
1864.

*A. Malet.*

### No. 1597.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St. Petersburg an d. königl. Minister d. Ausw. — Russland missbilligt den Aufschub der Conferenz. —

St. Petersburg, February 28 (received March 7), 1864.

My Lord, — In conformity with the sense of your Lordship's telegram, I waited on Prince Gortchakoff this forenoon, and stated to his Excellency that the Cabinet of Copenhagen desired to defer for a time their reply to the overture of Her Majesty's Government for a Conference in London, in consequence of the excitement prevailing among the people of Copenhagen. I added, that Her Majesty's Government had charged Her Majesty's Ambassadors at Vienna and Berlin to ascertain whether there would be any objection to postpone any demand for a decision on the part of the Danish Government for the period of a fortnight. ¶ Prince Gortchakoff remarked on this subject that his co-operation was not required by Her Majesty's Government; he had, therefore, merely an expression of opinion to make. His impression was that the delay desired by the Danish Cabinet, and advocated by Her Majesty's Government, was impolitic. The meeting of the Conference might be an unpalatable remedy, but it was necessary for the welfare of Denmark. That remedy ought to be taken at once by a bold resolution; if deferred, its acceptance might be rendered more difficult. Time in this matter was more than usually precious, and every delay exposed us to

No. 1597.  
Gross-  
britannien,  
28. Febr.  
1864.

\*) Am 5. berichtet Derselbe an Denselben: „I have the honour to state, that I have compared the translation inclosed in my despatch of the 25th Novbr. 1863, with the printed copy published in Ægidi's „State-Archives“ (which is, as I am informed on good authority, authentic), and have found that it is a correct rendering of the Original Act.“

No. 1597. the hazards of some unknown contingency. In his opinion the Cabinet of  
 Gross- Copenhagen ought rather to have been pressed to assent at once. ¶ I have, &c.  
 britannien, 26. Febr. 1864. *Napier.*

---

### No. 1598.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Minister des Ausw. —  
 Oesterreich missbilligt den Aufschub der Conferenz. —

Vienna, February 27 (received March 7), 1864.

No. 1598. Her Majesty's Government that a fortnight should be allowed to the Danish  
 Gross- Government, on account of the excited state of public feeling at Copenhagen, to  
 britannien, 27. Febr. 1864. decide as to their answer to the invitation to attend a Conference in London,  
 his Excellency said that he made no objection to the delay, but he deeply re-  
 gretted it because the question of an armistice would be thereby postponed, and  
 the difficulties at Frankfort further increased. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

---

### No. 1599.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
 — Den Aufschub der Conferenz betr. —

Copenhagen, March 2 (received March 7), 1864.

No. 1599. (Extract.) On the receipt of your Lordship's telegram I immediately  
 Gross- informed M. Quaade that Her Majesty's Government, unwilling to cause em-  
 britannien, 2. März 1864. barrassment to the Danish Government, and sensible of the difficulties by which  
 that Government is surrounded, will not press for an answer to the proposal for  
 a Conference for a fortnight from the 27th ultimo, and I have also communicated  
 to his Excellency the purport of your Lordship's further telegram on this subject.  
 ¶ I have urged upon both M. Quaade and Bishop Monrad how very desirable  
 it is that the Danish Government should lose no time in notifying their accept-  
 ance of the proposed Conference, pointing out to them how much more difficult  
 complications in Germany might make it for Austria and Prussia to treat upon  
 reasonable terms. I have informed their Excellencies that Austria, Prussia, and  
 France, were now quite ready to come to the Conference, but I did not think it  
 necessary to allude to Russia, as your Lordship is aware that the Imperial Cabinet  
 has already made a representation to the Danish Government in support of the  
 Conference. &c.

*A. Paget.*

---

## No. 1600.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in München an den königl. Min. d. Ausw. — Baierns Politik der öffentlichen Meinung und den Mittelstaaten gegenüber; die Trias-Idee ist als unmöglich erkannt. —

Munich, March 1 (received March 7), 1864.

(Extract.) I have the honour to forward to your Lordship herewith a summary of the resolutions voted at a large popular meeting held at Erlangen, at which 7,000 persons were present, in favour of the Schleswig-Holstein cause. ¶ Your Lordship will perceive that a censure is passed therein on the Bavarian Government for their apathy and want of energy in the cause of the independence of the Duchies, and the opinion is expressed that the national cause can only be furthered in Bavaria by the immediate convocation of the Chambers and the mobilization of the army. ¶ From private information which I have received I am enabled to confirm the opinion expressed to your Lordship in my despatch of the 24th ultimo, stating that the Ministry were not disposed to advance further in the question of Schleswig-Holstein, and that a fear of the Revolutionary party had lately produced a desire for a better understanding between the minor States of Germany and the two great German Powers. ¶ I am consequently disposed to believe that the result of the meeting at Erlangen will be to deter the Government from any active measures in the sense of the Resolutions passed rather than to induce them to act in concurrence with them. ¶ At the same time the position of the Government, as regards the public opinion of the country, is one of difficulty and embarrassment, and they are consequently obliged to exercise great caution so as not to expose themselves to any violent popular ebullition. ¶ I may here remark to your Lordship that the idea of the formation of a third Power in Germany (for the headship of which Bavaria has always been ambitious) has lately been proved impracticable. ¶ This third group, which was to have consisted of all the minor States and which has been known under the name of "the Bambergers" and "the Würzburgers," is now divided in itself, as was shown by the absence of Hanover, Oldenburg, and Electoral Hesse at the Conference at Würzburg, and again by the divergence of their votes at the Diet on the occasion of discussing the four points of the Report of the Committee on the Schleswig-Holstein Succession. ¶ It must therefore be apparent that if the Bavarian Government had ever looked to the realization of a third Power in Germany, or as it is usually called the "Trias," under her auspices, this hope must be now regarded as illusory, and to this circumstance may be possibly owing the desire of the Bavarian Government to resume their former cordial understanding with Austria and to harmonize with the policy of the two great German Powers. &c.

No. 1600.  
Gross-  
britannien,  
1. März  
1864.

*A. Loftus.*

## No. 1601.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandterin Hannover an d. königl. Min. d. Ausw. —  
Aufschluss über das Vorgehen Hannovers am Bunde. —

Hanover, March 5 (received March 7), 1864.

No. 1601.  
Gross-  
britannien,  
5. März  
1864.

My Lord, — It will be known to your Lordship that on the one hand Hanover voted in the sitting of the German Diet of the 3rd instant, as my correspondence will have led your Lordship to anticipate, in favour of the Austro-Prussian proposal concerning the command-in-chief of the Federal troops in Holstein, and the nomination by Austria and Prussia, of two further Commissioners for that Duchy, which proposal, however, was not adopted, but was referred to the Committee; and that, on the other, the Hanoverian Envoy made in the same sitting, in connection with the above-mentioned vote, the subjoined motion, upon which a vote was to be taken in eight days: — ¶ „Although the German Confederation is not at war with Denmark, the Danish Government have nevertheless ordered that German ships, without distinction of flags, should be captured as prizes on the high seas by their ships. ¶ By this measure, the Danish Government have virtually proceeded to hostile acts against the German Confederation. For it presupposes that ships under German flags belong to hostile States, and according to the indubitable principles of the law of nations, the capture and the appropriation of ships as prizes can only take place when a state of warfare already exists between the States to which the ships to be captured belong. The Royal Government think it therefore necessary that the German Diet should not any longer leave unnoticed those hostile attacks of Denmark upon the flags and the property of the States of the Confederation, and therefore make the following proposal: — ¶ That the Diet should resolve that a summons should be addressed by the President of the Diet to the Royal Danish Government, within fourteen days to restore the ships under German flags which may have been captured on the high seas, and to repeal the order for their capture, as otherwise the German Confederation will take the proper measures for vindicating its injured rights.“ ¶ Count Platen had made a complete secret to me, as well as to the other foreign Ministers, as I learn, of the intention of his Government to make this proposal to the Diet, and it was consequently through the newspapers that I first heard of it. ¶ I had some conversation with his Excellency on the subject of it yesterday morning, during the course of which I expressed my regret that he should again be taking the lead at the Diet in bringing forward motions against Denmark. ¶ His Excellency replied that by making this proposal he had prevented the production of another of a less moderate character which was in contemplation on the part of some of the German Governments, and which would at once have committed the Diet to declare war upon Denmark if she did not restore the captured ships. His Excellency observed that it was impossible for him to remain inactive whilst Denmark was capturing Hanoverian ships, and that as Hanover had no navy with which to exercise reprisals at sea, she and Germany would be driven to making war by

land, and he adverted to the occupation of Jutland as a means of retaliation against Denmark. He felt confident that his motion would be adopted by the Diet. ¶ Until Denmark took maritime measures against Hanover, the Hanoverian Government appeared anxious to avoid any step which might bring on a war between her, or rather between the Confederation and Denmark, but it now appears that they are more inclined to associate themselves to the warlike policy of the Middle German Governments. ¶ It may, however, I think, be doubted how far it would suit Austria and Prussia, whose object it is to keep the conduct of the war in their own hands, to admit the Diet to participate in it. ¶ The foregoing statement of the Hanoverian proposal at the Diet is that which was made yesterday by the Minister of Justice in the Second Chamber, in reply to a question of M. de Benningsen, and is more detailed than the account which was given me by Count Platen. ¶ I have, &c.

No. 1601.  
Gross-  
britannien,  
5. März  
1864.

*Henry F. Howard.*

---

### No. 1602.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen.  
— Waffenstillstandsvorschläge. —

Foreign Office, March 8, 1864.

Sir, — The Governments of Austria and Prussia, according to the accounts which have reached Her Majesty's Government from Berlin and Vienna, are willing to agree to an armistice on one of the following bases, either —

No. 1602.  
Gross-  
britannien,  
8. März  
1864.

1. That the military *status quo* should, during the armistice, be maintained in Schleswig and in Jutland; or,
2. That the Danish troops should evacuate Schleswig, and the German troops should evacuate Jutland.

In either case hostilities by sea to be suspended. ¶ It appears to Her Majesty's Government that if the Cabinet of Copenhagen would accept either of the proposed bases and agree at the same time to enter into a Conference for the adjustment of pending differences with the German Powers, the result would probably be the conclusion of a peace on very fair and reasonable conditions. ¶ It is not, however, desirable that you should press the Danish Government for a final answer to the proposal which you have already made to it for a Conference, until you shall have received the detailed instructions for the guidance of your language which I propose to send to you by messenger to-morrow. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

## No. 1603.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Königl. Gesandten in Copen-  
hagen. — Waffenstillstandsvorschläge. —

Foreign Office, March 9, 1864.

No. 1603.  
Gross-  
britannien,  
9. März  
1864.

Sir, — I am sorry to find that M. Quaade thinks the chance of the Conference being accepted is very small. ¶ I must request you, before you require on the 12th instant, that the answer should be given on that day, to state to M. Monrad and M. Quaade the very great imprudence, in the opinion of Her Majesty's Government, of throwing away a fair chance of settling a question in regard to which the whole of the Powers of Germany are ready to contend in arms against Denmark, and neither France, nor Great Britain, nor Russia, nor Sweden are ready, in present circumstances, to fight in her support. ¶ It seems scarcely possible that at a later period Denmark would have a better opportunity of making peace. ¶ As matters stand at present, Austria and Prussia are ready to abide by the notes of the 31st of January, and to maintain the integrity of the Danish Monarchy. ¶ It is to be expected, certainly, that Austria and Prussia will propose the union of Holstein and Schleswig, and will argue that the war, which both parties have now accepted, has cancelled the engagements of 1851-52. ¶ It will be for the neutral Powers to support those engagements with modifications adapted to present circumstances and to suggest such an organization of the Monarchy as may tend to permanent peace and the strength of Denmark as an independent State, together with the contentment of the German subjects of the King. ¶ The Danish Ministers must recollect that when war is once made the terms of peace must depend on the events of war, and it is not to be expected that the Danish portions of the Monarchy will be able long to sustain a contest against the 40,000,000 of Germany who may soon be combined against them. But even the forces of Austria and Prussia alone would be found more than a match for any army which Denmark can furnish. At sea, indeed, the Danish navy may harass the commerce of Germany, but it is not likely a country so extensive and so rich as Germany would long suffer an inferiority at sea which would lower her in the eyes of Europe. ¶ The Danish Government may perhaps think that Austria is likely to be compelled by her own embarrassments to withdraw from operations against Denmark, but even if she were to do so, and if Prussia were left to act alone, Prussia would be too strong for Denmark. But the chances are that, if Prussia found herself in want of assistance, the smaller German States would go and help her, and if they did it would be for objects beyond those of Austria, and Denmark would gain nothing by such a change. ¶ On a calculation of chances then, it appears to Her Majesty's Government to be the interest of Denmark to accept a Conference and to agree to an armistice, which might now be obtained, founded on the present military *status quo*. ¶ At the same time Her Majesty's Government do not pretend to dictate any course to an independent State like Denmark, which that State is not willing to follow. Had Her Majesty's Government been willing to



bind Great Britain to afford material assistance to Denmark, Her Majesty's Government would have had the right, in return for that assistance, to prescribe the manner in which Denmark should fulfil her engagements to Germany. But, as Her Majesty's Government have never offered material aid, so, on the other hand, they have never gone beyond offering advice to Denmark with the most sincere desire to enable her to maintain her integrity and independence, but without any promise of material support. ¶ It will be for the Councillors of the King of Denmark to consider whether the present advice of the British Government shall be accepted. If accepted, France, Russia, and Sweden, certainly, and Germany probably, will accept the proposal of a Conference. ¶ If refused, Her Majesty's Government cannot feel any confidence that a condition of things equally good for Denmark can be looked for at a future time. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

### No. 1604.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Waffenstillstandsvorschläge. —

Foreign Office, March 10, 1864.

(Extract.) You appear, from your telegram, to be inclined to think that the Danish Government might accept, as the basis of an immediate Conference, the arrangements with Austria and Prussia, set forth in the correspondence of 1851-52, and might also agree to an armistice on the basis of the military *status quo*. ¶ The proposal which Her Majesty's Government have desired you to submit to the Cabinet of Copenhagen is, that Conferences should be held, to which Denmark would be party, in order to devise means for bringing the war to a conclusion; but if the reply of the Danish Government should be such as you think possible, Her Majesty's Government will not object to recommend the Governments of Austria and Prussia to accept the counter-proposal. &c.

*Russell.*

---

### No. 1605.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Waffenstillstandsvorschläge. —

Foreign Office, March 11, 1864.

Sir, — I have to instruct you to point out to the Danish Minister that an early acceptance of a Conference, and also of an armistice, would, under existing circumstances, be the most advantageous course for Denmark to adopt; and you will say that it appears to Her Majesty's Government that Denmark would do well, in accepting the Conference, not to put forward any specific basis, but merely agree to take part in a Conference having for its object, as

No. 1605.  
Gross-  
britannien,  
11. März  
1864.

No. 1605. suggested by Her Majesty's Government, to devise means for putting an end to  
 Gross- the war. ¶ From communications which have been made to me in identic terms  
 britannien, by the Ambassadors of Austria and Prussia, and which purported to explain the  
 11. März position of the two Powers in respect to the war, I gather that their decision to  
 1864. advance further into Jutland is sought to be justified on military grounds, which  
 are alleged to render such a measure necessary for the protection of the flank of  
 the force engaged in besieging Düppel; but that, in other respects, and notwith-  
 standing the maritime operations of Danish cruizers against German shipping,  
 the two Powers still maintain the position which they announced in the decla-  
 ration made on the 31st of January last to the British Government. ¶ It appears  
 from the same communication that the two Powers are still prepared to enter  
 into Conference, and that they are willing to agree to an armistice, on either of  
 two bases, one of which is: that Schleswig should be evacuated by the Danish  
 forces, and Jutland by those of Austria and Prussia; the other is that, pending  
 the duration of the Armistice, the military *status quo* should be maintained on  
 both sides. ¶ The acceptance, however, of an armistice on either of these bases  
 is contingent on its being extended to the sea as well as to the land, and on the  
 mutual restoration by the belligerents of vessels captured by them previously to  
 the commencement of the Armistice. ¶ I am, &c.

*Russell.*

---

No. 1606 \*).

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in London. — Die  
 Besetzung Jütlands und die Bedingungen eines Waffenstillstandes  
 betr. —

Berlin, le 7 mars (communicated to Earl Russell by Count Bernstorff, March 19), 1864.

No. 1606.  
 Preussen,  
 7. März  
 1864.

M. le Comte, — Le Gouvernement du Roi notre auguste Maître avait  
 espéré que des dispositions plus conciliantes seraient manifestées par le Gouverne-  
 ment Danois. Les deux grandes Puissances Allemandes se seraient empressées  
 dans ce cas de suspendre leur action militaire de se prêter à des négociations.  
 ¶ Nous devons constater avec regret que notre attente a été déçue. L'attitude  
 de la Cour de Copenhague, son refus de participer aux Conférences proposées  
 par l'Angleterre, nous impose le devoir de persévérer dans l'emploi des mesures  
 coercitives auxquelles nous avons eu recours. ¶ D'importantes considérations  
 stratégiques ont motivé l'autorisation donnée au Commandant-en-chef de l'armée  
 austro-prussienne d'avancer dans le Jütland pour assurer la position de ses troupes  
 et pour tenir en échec les Danois rassemblés à Frédéricia, en les empêchant  
 de menacer les flancs de l'armée ou de consacrer toutes leurs forces à la défense  
 des lignes de Düppel. ¶ Les deux Puissances ont d'autant moins hésité à per-  
 mettre ce mouvement stratégique, qu'elles étaient en droit d'exercer des repré-

---

\*) Diese und eine gleichlautende österreichische Depesche wurden dem Grafen  
 Russell vorgelesen und von diesem der Inhalt den Gesandtschaften an den Höfen der Mit-  
 unterzeichner des Londoner Vertrags am 11. März mitgetheilt.

sailles pour la détermination prise par le Gouvernement Danois de capturer sur mer les navires appartenant non-seulement aux belligérants, mais aussi aux autres États de la Confédération Germanique. ¶ L'extension donnée aux opérations militaires ne change d'ailleurs rien aux déclarations antérieures du Gouvernement du Roi sur son attitude dans le conflit actuel. ¶ Afin de mieux prouver que ses dispositions conciliantes sont sincères, et que ses intentions n'ont pas varié, le Gouvernement du Roi se déclare en même temps prêt à conclure avec le Danemark un armistice sur la base, soit de l'évacuation réciproque des positions de Düppel et d'Alsén par les troupes danoises et du Jütland par l'armée austro-prussienne, soit de *luti possidetis* militaire. Dans l'un et l'autre cas, le Gouvernement du Roi met aussi comme condition à cet armistice la suspension des hostilités sur mer, avec la restitution des prises faites de part et d'autre, ainsi que la levée de l'embargo mis sur les bâtiments qui se trouvent dans les ports. ¶ De plus, le Gouvernement du Roi se déclare également prêt à entrer en Conférences avec les Puissances intéressées, pour aviser aux moyens de rétablir la paix. ¶ Je vous invite à donner lecture de la présente dépêche à M. le Comte Russell. ¶ Recevez, &c.

No. 1606.  
Preussen,  
7. März  
1864.

v. Bismarck.

---

### Nó. 1607.

**GROßBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Zurückhaltung Frankreichs betr. —

Paris, March 12 (received March 13), 1864.

(Extract.) According to the intention which I expressed in my despatch of yesterday's date I called this afternoon on M. Drouyn de Lhuys, for the purpose of obtaining some more definite knowledge of the nature of the instructions which he had promised to send to Copenhagen. I found that he had simply conveyed to the knowledge of the Danish Government the substance of the communication lately made to him by the Austrian and Prussian Ambassadors, with a general vague assurance that the French Government would always be ready to co-operate in the work of restoring peace, and, moreover, that the despatch to M. Dotézac embodying this intelligence would not be sent off before to-morrow. Under these circumstances I did not hesitate to tell M. Drouyn de Lhuys that one cause of hesitation on the part of the Danish Government to accept a Conference was the uncertainty whether a Conference was desired by the French Government, and I asked him whether he would not take measures to put an end to this uncertainty. His Excellency replied that there ought to be no doubt in the mind of the Danish Ministers of the sincere desire of France to assist by means of a Conference, or in any other way, to re-establish peace, and if he had not pressed the acceptance of a Conference on the Danish Government, it was because he would not take upon himself the responsibility of advising a measure which might not eventually be attended with success. ¶ I had taken with me a copy of your Lordship's despatch of the 9th instant to Sir Augustus Paget, meaning

No. 1607  
Gross-  
britannien,  
12. März  
1864.

No. 1607. to make use of it if I should find that the communication of it to M. Drouyn de  
 Gross-  
 britannien,  
 12. März  
 1864. Lhuys would be productive of any good, and hoping that I might induce him to  
 concur in it. I read it to him. He said that his despatch to M. Dotézac was  
 very much in the same sense. I then observed that time was very precious, as  
 to-day was the day on which the answer of the Danish Government was to be  
 given, and his despatch would evidently not reach its destination for several days.  
 Would he, I added, telegraph to M. Dotézac that he had seen the instructions to  
 Sir Augustus Paget, that he concurred in them, and that if Sir Augustus Paget  
 would show them to him (M. Dotézac) he was to speak to the Danish Ministers  
 in the same sense? In that case I said I would take upon myself to ask Sir  
 Augustus Paget by telegraph to communicate his instructions to his French col-  
 league. ¶ M. Drouyn de Lhuys having readily consented to take this step, I  
 returned home and sent a telegram to Copenhagen. ¶ I hope that your  
 Lordship will approve what I have done in the desire to save as much time as  
 possible. &c.

*Cowley.*

### No. 1608.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Die Sendung der österreichischen Flotte in die Nordsee und das Ver-  
 hüten des Bundeskriegs betr. —

Vienna, March 4 (received March 14), 1864.

No. 1608. My Lord, — Having met Count Rechberg accidentally this evening,  
 Gross-  
 britannien,  
 4. März  
 1864. his Excellency told me that in consequence of the great inconvenience to which  
 the trade of Germany would be exposed if the Danish Government established  
 an effectual blockade of Hamburg and Bremen, it had been decided by the Im-  
 perial Government to send a sufficient naval force to the North Sea to prevent  
 this intended interference with the general interests of the commercial community.  
 His Excellency said also that as all the late intelligence from Denmark tended  
 to show a determination to resist the demands of Germany by every means in  
 her power, both by land and sea, the war must be continued with increased  
 vigour, and the allies would advance further into Jutland. It was hoped thereby  
 to bring the question at issue to an earlier termination. ¶ Count Rechberg is  
 anxiously engaged at this moment in endeavouring to dissuade the Diet at Frank-  
 fort from declaring war against Denmark, which was its intention in retaliation  
 for the orders issued by the Government at Copenhagen to capture all German  
 vessels, and I understand that the two Great Powers expect the advance into  
 Jutland and the despatch of some Austrian ships of war to the North Sea, will  
 prove to the Confederation the inutility of a declaration of war on their part, which  
 could only remain inoperative, because the troops of Austria and Prussia are  
 already in possession of the country through which the Federal armies would  
 have to pass, and because the Confederation has of itself no power to make  
 reprisals at sea. ¶ I have, &c.

*Bloomfield.*

## No. 1609.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
Preussische Verbindlichkeiten gegen Oesterreich betr. —

Berlin, March 12 (received March 14), 1864.

(Extract.) I called yesterday on M. de Bismarck, when his Excellency was good enough to read to me his despatch to Count Bernstorff of the 7th instant, explaining the grounds upon which the Governments of Austria and Prussia have decided to extend the war into Jutland, and stating the terms on which they will be disposed to accept an armistice and enter into Conferences for the restoration of peace. ¶ I availed myself also of the opportunity to inquire into the nature of the arrangements which General Manteuffel, who returned to Berlin from Vienna a few days ago, is said to have effected with the Austrian Government, and I was told that those arrangements had reference only to the war with Denmark, but that of course Prussia could not abandon Austria if she were exposed to the hostilities of other Powers in consequence of her co-operation with Prussia in the measures which had been taken against Denmark. I said Austria might however get into trouble before the summer without the intervention of a third Power, and I asked whether in the event of simultaneous movements against her sovereignty in Venetia and Hungary, she would receive assistance from Prussia. M. de Bismarck replied, that no engagements had been entered into on that subject between the two Powers, but nevertheless Prussian assistance would not be withheld from Austria if her safety as an European Power required it. He did not however, he said, believe that Austria had anything to fear from Hungary, as the Emperor could disarm the discontent of His Hungarian subjects, who had no sympathy with Polish and Italian revolutionists, by granting whatever they could reasonably ask for, and he had no doubt that this would be done if there was any probability of an insurrectionary movement in the country. I replied, that if the Emperor could thus strengthen his position at home, he ought not to wait till danger was at the door; and I then inquired how the negotiations of Austria and Prussia were progressing at Frankfort. ¶ His Excellency said that they were going on upon the whole favourably; that on the 3rd instant, as has been announced by M. von Beust in the Saxon Chambers, M. von der Pfordten ought to have brought forward the Würzburg proposals, but the Bavarian Government, yielding to the remonstrances of Austria and Prussia, had instructed him by telegraph to withdraw them; his doing so had, however, given rise to indignant remonstrances on the part of the other members of the Würzburg Conference, and new orders having been sent to M. von der Pfordten to bring forward the proposals, it was now to be seen whether the policy of the late King of Bavaria would be adopted by his successor. &c.

No. 1609.  
Gross-  
britannien,  
12. März  
1864.

*Andrew Buchanan.*

## No. 1610.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien (und gleichmässig nach Berlin). — Die Conferenz betr. —

Foreign Office, March 17, 1864.

No. 1610.  
Gross-  
britannien,  
17. März  
1864.

My Lord, — Her Majesty's Government, in proposing that a Conference should be held in the German and Danish war, were of opinion that it was not necessary to lay down any specific basis for such Conference, but simply to announce that the object of it was to restore peace to the north of Europe. ¶ The Danish Government, as I learn from Sir Augustus Paget, agree to accept a Conference, but on the basis of the transactions of 1851-52, and they will not agree to an immediate armistice. ¶ In this state of things Her Majesty's Government now recommend, — and they trust that the Governments of Austria and Prussia, desirous of the restoration of peace, will agree, — that the transactions or engagements of 1851-52 shall be recognized as the point of departure for the deliberations of the Conference, but that they should not be restricted to those transactions. The Conference on its assembling should, in the opinion of Her Majesty's Government, direct its attention to the consideration in what way an armistice may at once be established between the belligerent parties. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1611.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg a. d. königl. Min. des Ausw. — Die Bedingungen eines Waffenstillstands betr. —

St. Petersburg, March 12 (received March 18), 1864.

No. 1611.  
Gross-  
britannien,  
12. März  
1864.

My Lord, — Prince Gortchakoff asked me to call on him this forenoon, when his Excellency acquainted me that the Governments of Austria and Prussia had imparted to him, in language almost identical, that they were prepared to accede to a suspension of hostilities with Denmark on the terms embodied in the following alternative. ¶ They would accept an armistice on the basis that the Danish forces should evacuate the entrenchments of Düppel and the Island of Alsen, and that the Austro-Prussian forces should evacuate the province of Jutland; or on the basis of the *uti possidetis*, the military *status quo* at the moment of the signature of the armistice. ¶ In either case the prizes made at sea should be reciprocally restored, and the embargo should be removed. ¶ Prince Gortchakoff informed me that he had at once communicated the overture of the German Powers to the Danish Cabinet without any expression of opinion. In his judgment, however, the alternative which would probably be most acceptable to Denmark was that of the *uti possidetis*. If Her Majesty's Government would immediately strongly recommend at Copenhagen the conclusion of an armistice on this basis, he was prepared to act in the same sense. ¶ I stated to the Vice-

Chancellor that in my humble judgment, subject to the decision of Her Majesty's Government, the basis of the *status quo* was certainly most consistent with precedent and with honour, and that the Danish Cabinet would do well to close with terms involving no sacrifice of which the most jealous Government need be ashamed; terms, however, which every successive day would probably render less favourable to Denmark. ¶ I have, &c. No. 1611.  
Gross-  
britannien,  
12. März  
1864.  
*Napier.*

### No. 1612.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien a. d. königl. Min. d. Ausw. — Antwort, die Conferenz betr.\*) —

Vienna, March 18 (received March . .), 1864.

(Extract.) I have just had an interview with Count Rechberg, when I stated to his Excellency the substance of your Lordship's telegram of yesterday, in which you inform me that the Danish Government are willing to accept a Conference on the basis of the negotiations of 1851-52, but without an armistice. Count Rechberg said that he would immediately communicate with the Prussian Government, but could not give any definite answer until he became acquainted with the opinions of the Cabinet of Berlin. He felt, however, assured that neither Prussia nor Germany would agree to enter into Conference on the basis of the negotiations of 1851-52. Austria and Prussia, he observed, agreed to the basis of the Treaty of London, and were, moreover, bound by their declarations to maintain the integrity of the Danish Monarchy; he himself would be willing to negotiate on the above bases, but Her Majesty's Government must be aware that he could not separate from Prussia, and it was useless to think of arriving at a settlement of the question without the acquiescence of Germany in the final arrangement. In order, therefore, to obtain her assent, as well as that of Prussia, to attend the Conference, he thought it would be advisable to avoid defining any basis, and simply to invite the Powers to meet in Conference for the purpose of effecting the restoration of peace. ¶ His Excellency went on to say that Austria could no longer be satisfied with the mere fulfilment of the engagements of 1851 and 1852, as demanded before the commencement of hostilities; more would now be required. He regretted to say that the opinions in Germany were as much opposed as ever to the Treaty of London, and that in spite of the efforts of Austria and Prussia, no serious impressions had yet been made, and without the concurrence of the Confederation a permanent settlement of the Danish question was impossible. With a view, therefore, to set the question at rest, it would be essential to frame the invitation to a Conference in such general terms as to insure the attendance of a Representative of the German Diet. ¶ The foregoing was the answer given by Count Rechberg, and I told his Excellency that I should hasten to report it to your Lordship. &c. No. 1612.  
Gross-  
britannien,  
18. März  
1864.

*Bloomfield.*

\*) No. 1610.

## No. 1613.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den königl. Min. d. Ausw. —  
Die Conferenz betr. —

Vienna, March 19 (received March .), 1864.

No. 1613.  
Gross-  
britannien,  
19. März  
1864.

(Extract.) With reference to my despatch of yesterday, Count Rechberg has informed me that he has heard from Berlin on the subject of the Conference proposed by Her Majesty's Government, and that his anticipations as to the objections that would be raised by M. de Bismarck have been fully realized. The Prussian Minister, he said, was unwilling to adopt the engagement of 1851 and 1852, and the point of departure of future negotiation, but Count Karolyi seemed, nevertheless, of opinion that M. de Bismarck's objections might be overcome by the employment of more general terms in the wording of the invitation. His Excellency requested me again to represent to your Lordship the earnest desire of the Austrian Government to enter into Conferences, with a view to putting an end to the war as soon as possible and he remarked again also on the inutility of framing the invitation in any but the most general terms. &c.

*Bloomfield.*

## No. 1614.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. —  
Gegen Absendung eines Theils der österr. Flotte in die Nordsee. —

Foreign Office, March 19, 1864.

No. 1614.  
Gross-  
britannien,  
19. März  
1864.

My Lord, — Count Rechberg will not require to be informed by your Excellency that the appearance of Austrian ships of war in the Cattegat and the Baltic would cause great irritation in the public mind in this country; but although your Excellency has already been assured by the Austrian Minister that there is no intention on the part of the Imperial Government to send ships to those quarters, Her Majesty's Government think it nevertheless desirable, more especially now that there is a probability of a Conference being held, that you should again point out to Count Rechberg the exceedingly bad impression which would be produced in England by a contrary course of proceeding. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1615.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris a. d. königl. Min. d. Ausw. — Die Conferenz betr. —

Paris, March 17 (received March 19), 1864.

No. 1615.  
Gross-  
britannien,  
17. März  
1864.

(Extract.) I have stated to M. Drouyn de Lhuys that the Danish Government were anxious to know whether the Imperial Government would take



part in a Conference with or without a Plenipotentiary from the Diet, and I inquired of him the intentions of the Imperial Government. ¶ His Excellency said that he had taken the Emperor's orders, and had communicated them to the Prince de la Tour d'Auvergne in a despatch which had been sent on the previous evening to that Ambassador. ¶ They were to the effect that, notwithstanding the difficulties to negotiation which the presence of a Plenipotentiary from the Germanic Confederation would, without doubt, bring with it, the Imperial Government was of opinion that the Confederation should be invited to take part in any Conference which might be established on the affairs of the Duchies, because no arrangement would be satisfactory or lasting which should not be concurred in by the Diet. If, however, the Diet should decline the invitation, the Imperial Government would not refuse to take part in a Conference, but would propose that the Protocol recording the decisions at which the Conference might arrive should be left open for future acceptance by that Body. ¶ I said that, as I had already had the honour to state to his Excellency, it was the intention of Her Majesty's Government, should a favourable answer to the proposal of a Conference be received from Copenhagen, to ask the Germanic Confederation to send a Plenipotentiary to London. &c.

No. 1615.  
Gross-  
britannien,  
17. März  
1864.

*Cowley.*

## No. 1616.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Wien. —  
Die Conferenz betr. —

Foreign Office, March 20, 1864.

My Lord, — It appears from your telegram that Count Rechberg has learned that the Prussian Government will not accept the basis on which the Cabinet of Copenhagen agree to enter into Conference, and that his Excellency hopes that Her Majesty's Government will propose a Conference without any specific basis other than that its object is to restore peace. ¶ I have to state to your Excellency that Her Majesty's Government will adhere to their proposal to that effect. The consent of Austria and Prussia to accept the arrangements of 1851-52 as a point of departure for future negotiation would have made it easier for Denmark to agree to the Conference, but as the two German Powers object to doing so, Her Majesty's Government revert to their original proposal. ¶ Her Majesty's Government will accordingly propose without delay to the Governments of France, Russia, and Sweden, to meet the belligerent Powers in Conference, with a view to devise means for the restoration of peace; and they will make the same proposal to the Diet at Frankfort. ¶ But, in order that such a Conference may lead to the desired result, it is most important that the Governments of Austria and Prussia should frame the conditions by which they propose to restore peace, and which should not only be moderate but should also be such as shall secure the integrity and independence of Denmark, and such as on that ground can be recommended by the non-German Powers for the

No. 1616.  
Gross-  
britannien,  
20. März  
1864.

No. 1616. acceptance of the Danish Government. ¶ Count Rechberg has it in his power, by the exercise of his influence with the Prussian Government, to contribute greatly to this end; and Her Majesty's Government trust that his Excellency, who from your report seems to be fully alive to the danger of the present state of affairs, will direct his special attention to this point. ¶ I am, &c.

*Russell.*

### No. 1617.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Die Conferenz betr. —

Copenhagen, March 11 (received March 21), 1864.

No. 1617. (Extract.) I have the honour to inform your Lordship that I have just had a visit from Bishop Monrad and M. Quaade, who came to inform me that the Danish Cabinet has decided to accept the Conference on the basis of the arrangements of 1851-52, and on condition that they know positively that France will join the Conference, with or without a Representative of the Diet. &c.

*A. Paget.*

### No. 1618.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Copenhagen a. d. königl. Min. d. Ausw. — Die Conferenz betr. —

Copenhagen, March 12 (received March 21), 1864.

No. 1618. (Extract.) Although it appeared to me undesirable to remove the impression which the Danish Government was under, that their answer respecting the Conference was expected by this day, it was nevertheless of infinitely more importance of course to prevent any decision being taken, if it was likely to be unfavourable, when by waiting a few days longer for the despatch announced to me by telegraph, I might have it in my power to make use of such arguments on the part of Her Majesty's Government as would increase the prospect of a reply in accordance with their wishes. ¶ I accordingly went to M. Quaade after the departure of the messenger the day before yesterday, and said that supposing the Cabinet should not at this moment be disposed in favour of the Conference, and that he thought anything might be gained by putting off the final discussion and decision upon the proposal of Her Majesty's Government for a few days, I was perfectly prepared not to press for an answer on the day when the fortnight would expire. I felt entire confidence from my previous conversation with M. Quaade that his Excellency would only make a judicious use of this latitude. ¶ His Excellency replied that he must remind me that it was not the Danish Government which had asked for a delay of fourteen days to make up their mind, but that the term had been fixed by Her Majesty's Government: he was nevertheless obliged to me for what I had just said; but he did not think he should have to

avail himself of it, for there was to be a Ministerial Council the next day (yesterday) on the subject of the Conference, and a decision would then probably be taken. ¶ I replied that if the decision was likely to be favourable I should be glad to receive it, but if the reverse, I trusted the Danish Government would take further time for reflection. &c. *A. Paget.*

No. 1618.  
Gross-  
britannien,  
12. März  
1864.

---

### No. 1619.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw. — Die Conferenz betr. —

Copenhagen, March 13 (received March 21), 1864.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship that if I were enabled to state positively to the Danish Government the terms on which the French Government have agreed to the Conference, whether they accept it unconditionally, or on the condition of the Diet sending a Representative, it would greatly aid me in obtaining the formal consent of the Danish Government to the Conference before next Friday. ¶ I have, &c. *A. Paget.*

No. 1619.  
Gross-  
britannien,  
13. März  
1864.

---

### No. 1620.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an d. königl. Min. d. Ausw. — Die Conferenz betr. —

Copenhagen, March 15 (received March 21), 1864.

My Lord, — I received last evening a telegram from Earl Cowley stating that the French Minister had orders to speak to the Danish Government in the sense of your Lordship's despatch to me of the 9th instant, and recommending me to show him this instruction. ¶ I have accordingly done so, and M. Dotézac, who received his instructions this morning, has been to me this evening to inform me that he has seen M. Quaade, and has supported the arguments in your Lordship's despatch in favour of a Conference composed of England, France, Russia, Sweden, and Germany, by which denomination he understood not only Austria and Prussia, but the Diet, to be included. He stated to M. Quaade that the French Government not only accepted the Conference thus composed, but recommended the Danish Government to accept it likewise. ¶ I have, &c.

No. 1620.  
Gross-  
britannien,  
15. März  
1864.

*A. Paget.*

---

### No. 1621.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen a. d. königl. Min. d. Ausw. — Die Conferenz betr. —

Copenhagen, March 16 (received March 21), 1864.

(Extract.) I have the honour to inform your Lordship that I have been promised the final answer of the Danish Government to the proposal of a Con-

No. 1621.  
Gross-  
britannien,  
16. März  
1864.

No. 1621. Gross-  
britannien,  
16. März  
1864. ference to-morrow. I have every reason to believe that they will accept it on the basis of the transactions of 1851-52, but that they will refuse to agree to an armistice. I am at present directing all my endeavours towards inducing them to agree to the armistice, and to accept the Conference without any basis being fixed beforehand. &c.

*A. Paget.*

### No. 1622.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen a. d. königl. Min. d. Ausw.  
— Die Conferenz betr. —

Copenhagen, March 16 (received March 21), 1864.

No. 1622. Gross-  
britannien,  
16. März  
1864. My Lord, — I have the honour to report, with reference to my despatch of this date, that M. Quaade has just called to state that the final answer of the Danish Government to the proposal of Her Majesty's Government is, that they accept the Conference on the basis of the arrangements of 1851-52, without an armistice. ¶ I have, &c.

*A. Paget.*

### No. 1623.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. des Ausw.  
— Die Conferenz betr. —

Copenhagen, March 16 (received March 21), 1864.

No. 1623. Gross-  
britannien,  
16. März  
1864. (Extract.) I had the honour to receive yesterday afternoon your Lordship's despatch of the 9th instant, and I immediately went to M. Quaade, and read it to him. ¶ When I had done so, I said that this despatch removed all doubts upon one of the points insisted upon in the interview I had had with him and the President of the Council, viz., the consent of France to the Conference; I could moreover inform his Excellency, I said, that my French colleague had instructions to support the views of Her Majesty's Government as related in this despatch, and that I therefore trusted that no further delay would now take place in formally accepting the Conference. ¶ M. Quaade said he would lose no time in communicating to the President of the Council the substance of the despatch I had just read to him, but he expressed a desire that I would meet Bishop Monrad with him this morning, and read the despatch in the presence of them both. ¶ I, of course, consented to this, and I accordingly waited on their Excellencies this morning at the Presidency of the Council soon after 11 o'clock. ¶ When I had ended reading M. Monrad asked if I could not communicate a copy of the despatch. ¶ I said I was not authorized to do so, but I would apply to your Lordship on the subject. ¶ His Excellency asked me if I remembered the conditions on which he had said the Conference would be accepted. ¶ I said that there were two: one of which, the adhesion of France, had been ful

filled; the other, that the arrangements of 1851-52 should be taken as a basis. ¶ He replied that it was still intended to accept the Conference on these terms, and that therefore the observations he had made respecting the military position of Denmark applied to the question of the armistice. The armistice would be refused, in the first place, because, with a flying corps going in all directions over Jutland, he defied any one to say what the military *status quo* was. Some places in Jutland were held by as few as 20 or 30 Austrian soldiers, some by 100. It could not be said, however, that because of these partial occupations the country to that extent was in the possession of the enemy; yet such would be the *de facto* result if the armistice was concluded on the basis of the *uti possidetes*. ¶ I replied that I was astonished to hear that the Danish Government had any objections to offer to an armistice, for at the time when there was a question of a Conference without a cessation of hostilities, I had understood that if an answer to the proposal had been pressed for it would have been a refusal, because an armistice was considered indispensable. ¶ M. Monrad and M. Quaade both exclaimed that an armistice would have been much more favourable to Denmark then; at that moment the only place in Jutland held by the enemy was Kolding, whereas an armistice now on the basis of the *status quo* would fix him in possession of the greater part of that province. Their Excellencies were also evidently thinking of the blockade. ¶ The conversation then turned again upon the Conference, and M. Monrad said it must be distinctly understood (and he hoped I would make this point quite clear) that it was on the basis only of the transactions of 1851-52 that the Danish Government accepted the Conference. He was the more anxious upon this subject, because in the case of the last proposal of the Danish Government in the interests of peace (that with reference to the withdrawal of the Constitution) one point, the condition that a new organization for the Monarchy should be previously agreed upon, was omitted in your Lordship's statement in the House of Lords. He trusted that no omission would take place in regard to the acceptance of the Conference: that the Danish Government in short would not be held to have accepted the Conference, and the condition or basis on which they did so be lost to view. ¶ I replied that as regarded the omission to which he alluded in the former case, his Excellency had seen that your Lordship had taken the earliest opportunity of setting this right, but since his Excellency had made this observation, I must on my side remind him (for I was equally anxious with himself that there should be no misunderstanding, as far at least as I was concerned) that in the conversation we had had respecting the Conference two days previous to his coming with M. Quaade to announce the decision of the Cabinet, he had distinctly said, while insisting on the basis of 1851-52, that its adoption would not preclude the discussion of other modes of arrangement, if an agreement could not be come to on the basis in question. M. Monrad acknowledged the correctness of this. ¶ I then said that I trusted that at all events if the basis of 1851-52 was insisted upon by the Danish Government as a condition of their accepting the Conference, they would not require any formal recognition of this basis on the part of Austria and Prussia. It would be sufficient for their purpose, and would com-

No. 1623.  
Gross-  
britannien,  
16. März  
1864.

No. 1623. Gross-  
britannien,  
16. März  
1864. pletely shield them from responsibility before the country, if they stated that it was on this basis that they entered the Conference. ¶ Bishop Monrad's reply was that he did not see how Austria and Prussia could object to adopting this basis. It was the one which furnished the motives for their invasion of Schleswig. If these motives were merely put forward as a pretext to conceal other designs and objects, then the invasion of Schleswig assumed an entirely new shape. ¶ To sum up this despatch, I believe I may say with confidence, that the Danish Government will not refuse in Conference such modifications of the arrangements of 1851-52 as may be thought necessary to give every security for the interests and protection of His Danish Majesty's German subjects in Schleswig. &c.

*A. Paget.*

## No. 1624.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
— Die Conferenz betr. —

Copenhagen, March 17 (received March 21), 1864.

No. 1624.  
Gross-  
britannien,  
17. März  
1864.

(Extract.) It was agreed on my leaving Bishop Monrad and M. Quaade that I should go to the latter in the afternoon, for the purpose of receiving the formal reply of the Danish Government respecting the Conference. ¶ His Excellency, however, called upon me before the time appointed, to say that he would not be prepared to give me this answer till the evening, or perhaps this morning. ¶ Your Lordship's telegram had in the meantime reached me, stating that Her Majesty's Government thought they might be of great assistance to Denmark in the Conference; that if the Conference was accepted in principle, Her Majesty's Government would recommend that the engagements of 1851-52 should be taken as a basis, but that if those engagements should not be found sufficient, the Conference should have the power to modify them so as to make them suitable to the present time. ¶ I made use of this telegram as an additional argument why the engagements of 1851-52 should be touched upon as lightly as possible in the reply which his Excellency contemplated addressing to me notifying the acceptance of the Conference. ¶ M. Quaade said he considered it absolutely necessary that specific mention should be made of the arrangements of 1851-52 as the basis of the Danish Government; but he was quite willing, for his own part, to write the note he would have to address to me in the terms which would be the least likely to raise difficulties on the part of the other belligerents, and he would talk this matter over again with his colleagues. ¶ When I saw M. Quaade last night no such effect had been produced, and his Excellency gave me the reply of the Danish Government in the following words: — ¶ „Le Gouvernement accepte la Conférence sur la base des arrangements de 1851-52, sans armistice;“ and he said he should write me a note to this effect either this day or to-morrow. ¶ At the same time it is M. Quaade's intention to address an explanatory des-

patch to M. Bille respecting the motives and position of the Danish Government on this question, for communication to Her Majesty's Government. &c.  
*A. Paget.*

No. 1624.  
 Gross-  
 britannien,  
 17. März  
 1864.

### No. 1625.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Copenhagen an den königl. Min. d. Ausw.  
 — Dänische Note über das Verhalten der Verbündeten in Jütland. —

Copenhagen, March 17 (received March 21), 1864.

My Lord, — I have the honour to inclose herewith a copy of a letter addressed to me by M. Quaade calling attention to the arrest and bad treatment by Austrian troops of a M. Sarauw, Herredsfoged of Löve and Møgettonder, in the Province of Jutland. ¶ As further illustrating the proceedings of the enemy in Jutland, I may state that four of the inhabitants of Veile, who were supposed to have assisted the Danish troops in the engagement in the neighbourhood of that town by firing out of the windows, although taken without arms in their hand, were shot; and that as many as 600 or 700 persons were forced to work at the entrenchments being erected before Fredericia. ¶ With regard to Schleswig, every functionary, whether in the North or South, supposed to have Danish sympathies, is violently expelled from his employment; and by the regulation which has been established requiring all clergymen to have passed an examination at the University of Kiel, several clergymen in the North of Schleswig have been driven from their houses, and are now cast on the world, with their little property in the tender keeping of those by whom they have been expelled. ¶ Several instances of this kind have been brought privately before me; and the Danish papers, since the invasion of Schleswig took place, have been teeming with wellauthenticated cases of hardship and persecution. ¶ I have, &c.

No. 1625.  
 Gross-  
 britannien,  
 17. März  
 1864.

*A. Paget.*

Anlage. — Min. d. Ausw. an den königl. grossbrit. Gesandten. —

Copenhagen, ce 13 mars, 1864.

Monsieur, — J'ai déjà à plusieurs reprises eu l'honneur de fixer de vive voix votre attention sur la conduite tenue par les troupes et les autorités allemandes contre des employés du Roi dans le Duché de Slesvig. ¶ Aujourd'hui je me permets d'appeler votre attention bienveillante sur la manière essentiellement analogue d'un procédé envers un fonctionnaire du Royaume de Danemark proprement dit, savoir M. Sarauw, „Herredsfoged“ des arrondissements de Löve et Møgettonder, Baillage de Ribe. ¶ En effet, il appert de plusieurs rapports et autres pièces que M. le Bailli du Roi à Ribe a adressés au Ministre de la Justice et que mon dit collègue vient de me transmettre, que M. Sarauw a été inopinément arrêté, au milieu de ses occupations officielles, le 29 du mois passé par une troupe autrichienne et de suite emmené, sans qu'il lui fût permis d'aller chez lui, ni d'attendre les habits de voyage nécessaires qu'on s'empressait d'envoyer après

No. 1625. lui, d'abord à Tonder et puis à Flensbourg. Arrivé dans cette ville, M. Sarauw  
 Gross-  
 britannien,  
 17. März  
 1864. aurait été écroué à la prison civile, comme un simple malfaiteur, devant se  
 coucher sur de la paille, et un domestique qui avait été expédié pour lui apporter  
 de l'argent et des habits n'a pu recueillir aucun renseignement sur le motif de  
 cet acte; seulement il y a tout lieu de croire que lui aussi a été victime d'accu-  
 sations perfides, ayant dénaturé le fait que, d'office, il a fait parvenir l'ordre de  
 se rendre sous les drapeaux à des conscrits jütlandais séjournant dans des com-  
 munes slesvigoises, comme s'il eût adressé cet ordre à des hommes natifs du  
 Duché de Slesvig. ¶ En me permettant de vous prier, Monsieur, de vouloir bien  
 interposer de vos bons offices afin de faire redresser, s'il est possible, l'injustice  
 qui a frappé le fonctionnaire dont il s'agit, je saisis, &c.

*G. Quaade.*

### No. 1626.

**DANEMARK.** — Min. d. Ausw. an die königl. Gesandten. — Circulardepesche  
 über das Verhalten der Verbündeten in Schleswig. —

Copenhague, le 15 mars, 1864.

No. 1626.  
 Dänemark,  
 15. März  
 1864.

Monsieur, — Les événements qui se passent à cette heure dans le duché  
 de Schleswig sous les auspices de l'armée austro-prussienne, prennent tous les  
 jours un caractère plus alarmant pour les intérêts du roi et l'avenir de la mon-  
 archie. ¶ Il est urgent que l'attention des Gouvernements amis soit appelée sur  
 ce déplorable résultat de la politique poursuivie par l'Allemagne à l'égard du  
 Danemark. Peut-être l'Europe reconnaîtra-t-elle plus clairement quels sont les  
 véritables motifs de l'invasion germanique et quel est le sort que les Gouverne-  
 ments de l'Allemagne destinent à une des plus vieilles monarchies de l'Europe.  
 ¶ La rapide esquisse des faits et gestes des autorités austro-prussiennes dans le  
 Schleswig, que je vais vous présenter dans les lignes suivantes, suffira pour vous  
 permettre de vous former une idée juste de la manière dont les deux Puissances  
 s'attachent à conserver le gage qu'elles sont venues arracher aux mains de leur  
 souverain légitime. ¶ On sait que, lorsque les grandes Puissances Allemandes  
 résolurent d'envahir le duché de Schleswig, elles déclarèrent à l'Europe qu'elles  
 entendaient respecter la souveraineté du roi; qu'elles n'occuperaient le pays que  
 temporairement, et que cette occupation n'avait d'autre but que de leur fournir  
 une garantie matérielle, pour que le Gouvernement Danois remplit certains en-  
 gagements contractés dans les années 1851-1852, relativement à la parité de  
 droits assurée aux deux nationalités, ainsi qu'à la non-incorporation des duchés  
 dans le royaume. ¶ Plus tard le commissaire prussien, M. de Zedlitz, a déclaré,  
 dans une ordonnance du 8 février que les lois existantes du duché de Schleswig  
 resteraient en vigueur en tant que les opérations de guerre et la suspension de  
 l'autorité royale n'entraîneraient pas des exceptions à cette règle; que tous les  
 fonctionnaires qui signeraient la promesse d'obéir à l'autorité dont ils étaient in-  
 vestis de fait, pourraient continuer leurs fonctions aussi longtemps qu'ils se con-  
 formeraient à cette promesse et ne commettraient pas de délits dans leurs fonc-



tions ou en dehors d'elles; enfin, que toutes démonstrations politiques, en quel que sens que ce fût, demeureraient défendues. ¶ Cependant les faits réels qui se sont passés dans le Schleswig se trouvent dans la contradiction la plus absolue avec ces déclarations. Partout les signes de la souveraineté du roi ont été effacés, les armes royales ont été enlevées de tous les édifices publics, et il n'y a pas jusqu'au bloc de pierre scellé dans la muraille d'un hôtel de ville, et où le chiffre du roi Frédéric VII se trouvait sculpté, qui n'ait été violemment arraché par le commandant prussien. ¶ On abolit des lois qui ne touchent en rien aux opérations de guerre et qui ne se trouvent pas en contradiction avec la suspension temporaire de l'autorité royale, et on les abolit, non pas temporairement, mais de telle sorte que la nouvelle organisation demeure investie d'un cachet de permanence. ¶ Ainsi, les dispositions qui furent prises avant les négociations de 1851-52, en vue de régler l'emploi des langues dans les églises et les écoles du district mixte, ont été abolies en partie par l'ordonnance des commissaires en date du 19 février, et la langue allemande est devenue la seule autorisée dans les églises et les écoles de la plus grande partie de ce district, tandis que les anciennes dispositions tenaient compte de ce que la langue du peuple y est en partie danoise, en partie allemande. ¶ En agissant ainsi, les commissaires ont placé un très-grand nombre d'habitants à langue danoise dans l'impossibilité d'entendre le sermon dans leur langue maternelle, tandis qu'autrefois la langue du service divin était alternativement danoise et allemande. Par une ordonnance du 22 février, de nouvelles mesures ont été prises en vue de réaliser le nouveau système, et il y a lieu de croire qu'on ne se fera pas scrupule de destituer presque tous les curés et instituteurs primaires des communes en question. ¶ Dans deux des collèges du duché, à peu près tous les professeurs ont été chassés de leurs fonctions; l'un de ces collèges a été rouvert avec des professeurs hostiles au Gouvernement du roi et inauguré avec des hymnes révolutionnaires; l'autre est resté fermé. Au troisième collège du duché, on a défendu aux professeurs de continuer l'enseignement; des fonctionnaires du Gouvernement royal sont congédiés en masse, même quand ils ont signé et observé l'engagement d'obéissance à l'autorité des commissaires. ¶ Dans la partie sud-est du duché, on a confié l'autorité supérieure à un homme qui, en 1849, avait été le ministre de la guerre du Gouvernement insurrectionnel, et, dans la partie sud-ouest, on l'a confiée à un homme qui avait signé une adresse au Gouvernement insurrectionnel où il était demandé que le duché de Schleswig fût détaché de tout lien avec la monarchie danoise. ¶ Ces deux hommes nomment, à leur gré, à tous les emplois de la partie méridionale du pays; les individus que les commissaires investissent des fonctions publiques dans les autres parties du pays sont également, à peu d'exceptions près, des gens qui ont déjà fait preuve de tendances révolutionnaires. ¶ Sur des délations mensongères, on a emprisonné et maltraité de la façon la plus indigne, comme soupçonnés d'espionnage, une foule de respectables magistrats et fonctionnaires. Dès les premiers jours de février, un magistrat, M. Blaunfeld, malgré ses 65 ans, a été lié et traîné à pied, entre deux cavaliers, à Rendebourg où les hommes du corps de garde l'ont montré pour le l'argent à la populace de l'endroit. ¶ Quatre curés de la partie moyenne et orientale du

No. 1626.  
Dänemark,  
15. März  
1864.

No. 1626. Schleswig ont été arrêtés dans leurs maisons et conduits en prison, où on les a  
 Dänemark, jetés sur de la paille dans des caves humides où se trouvaient déjà des soldats  
 15. März, prussiens prévenus de vol. ¶ Des démonstrations révolutionnaires telles que  
 1864. la proclamation du prétendant et le départ des populations chargées de le complimenter, sont organisées ouvertement sans rencontrer la moindre entrave de la part des autorités militaires ou civiles de l'invasion, tandis qu'elles ont soin d'empêcher et de réprimer par des procédés vexatoires, toute protestation et toute manifestation loyale de la part de la grande majorité de la population restée fidèle au roi. ¶ Nulle part l'antique drapeau du pays n'est toléré, tandis que les commissaires ont donné la permission expresse d'arborer les drapeaux et les cocardes qui, pendant l'insurrection de 1848, avaient servi de symboles à la rébellion contre le Gouvernement légitime. ¶ On n'a pas même respecté le monument du cimetière de Flensbourg consacré à la mémoire des guerriers qui ont péri en combattant pour la cause du roi; sous les yeux mêmes des commissaires de l'Autriche et de la Prusse, une bande d'ouvriers venus du Holstein, a pu mutiler et démolir cette œuvre d'art que son emplacement au milieu d'un champ de repos aurait dû protéger de toute insulte. ¶ Ces faits forment le plus violent contraste avec les intentions que les grandes Puissances Allemandes avaient annoncées devant l'Europe, et dont leurs représentants dans le duché devraient assurer l'exécution, et en voyant le zèle que les commissaires mettent à appuyer, souvent par les moyens les plus injustes et les plus arbitraires tous les efforts tentés par la faction séditeuse de la population pour arriver à incorporer le Schleswig à l'Allemagne, on n'a pas de peine à deviner le mot de cette énigme, on ne peut point ne pas reconnaître les projets ambitieux qui se dérobent sous les déclarations par lesquelles les Puissances Allemandes s'appliquent à rassurer la conscience des autres États de l'Europe. ¶ Peut-être me verrai-je bientôt dans le cas de vous faire une communication analogue sur les procédés des troupes ennemies dans le Jutland, procédés qui, ce me semble, correspondent à beaucoup d'égards à la manière dont elles se sont conduites dans le Schleswig. ¶ J'ai l'honneur, etc.

*Quaede.*

### No. 1627.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den königl. Min. d. Ausw. —  
 Die Conferenz betr. —

Berlin, March 17 (received March 21), 1864.

No. 1627. My Lord, — On the receipt of your Lordship's telegram, I requested  
 Gross- an interview with M. de Bismarck, and communicated to his Excellency the  
 britannien, condition on which the Danish Government have accepted a Conference; and the  
 17. März, recommendations which Her Majesty's Government have consequently made  
 1864. that the Conference which they have proposed should take the transactions and  
 engagements of 1851 and 1852 as a starting-point, or point of departure, and  
 that the establishment of an armistice should be the first subject taken into con-

sideration. ¶ M. de Bismarck said that Prussia had already expressed her readiness to meet Denmark in a free Conference, but the basis now put forward by Denmark, which might be considered a counter-proposal, was quite inadmissible. The proposal of Her Majesty's Government might, however, be so explained as to render it less open to objection, although any reference to the engagements of 1851-52 would be looked upon unfavourably by Germany. ¶ I said I did not believe Her Majesty's Government intended that the final arrangement which might be agreed upon was to be restricted by the engagements of 1851-52 to any particular system; and that I felt assured he might safely agree to the proposal which I had made to him. It would be necessary, however, he said, in the first place that he should see the precise terms to which Her Majesty's Government wished him to agree, and that he should take the orders of the King upon the subject. ¶ Although, therefore, I cannot state positively that his Excellency will comply with the wishes of Her Majesty's Government, I do not think there is any reason to be dissatisfied with his observations respecting them. ¶ I have, &c.

No. 1627.  
Gross-  
britannien,  
17. März  
1864.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1628.

**GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin a. d. königl. Min. d. Ausw. — Die Conferenz betr. —

Berlin, March 19 (received March 21), 1864.

(Extract.) I had some further conversation with M. de Bismarck this morning, relative to the recommendations of Her Majesty's Government that the transactions of 1851-52 should be taken as a point of departure in the Conference which Her Majesty's Government have invited to meet in London for the restoration of peace in the north of Europe. His Excellency began our conversation by stating that he had taken the King's orders on the subject, and that His Majesty and the Government were of opinion that it was impossible for Prussia to go into a Conference on the basis of 1851-52, and he said that the Austrian Government, to whom a proposal to that effect had been made, had at once telegraphed to Berlin that they considered it inadmissible. He said Denmark had refused to fulfil the engagements of 1851-52 for twelve years, on the ground that it was impossible to do so, and now when Her Majesty's Government proposed a free Conference for the restoration of peace, and Austria and Prussia were ready to attend it, the Danish Government pretended to dictate the conditions on which the Conference should meet, and proposed, as a basis for its discussions, engagements upon which it had been found impossible during twelve years to establish an arrangement of the differences of Germany and Denmark. ¶ I replied that the proposal of the Danish Government was however a logical consequence of the declaration which Austria and Prussia had made on the 31st of January last as to the intentions with which they had entered Schleswig. They then said that they were about to enter the Duchy to

No. 1628.  
Gross-  
britannien,  
19. März  
1864.

No. 1628. enforce the engagements of 1851-52; and Denmark, finding that she could no longer withstand the pressure which they had applied for the purpose, now declared herself ready to enter into a Conference with them to seek for an arrangement on the basis of these engagements. ¶ M. de Bismarck said, that the Danish Government ought, however, to understand that the events of the war had abrogated the engagements of 1851-52, and that they could not expect to obtain the same conditions of peace in 1864 which had been granted to them at the termination of the war of 1848. ¶ I replied that I was not contending for any particular condition of peace. &c.

*Andrew Buchanan.*

### No. 1629.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in London. —  
Annahme der Conferenz betr. —

Copenhagen, le 18 mars, 1864.

No. 1629. Monsieur, — Vous connaissez déjà le projet de Conférence que Sir A. Paget m'a communiqué sous la date du 24 du passé, ainsi que les motifs qui jusqu'ici avaient empêché le Gouvernement du Roi de donner une réponse définitive à cette proposition. ¶ Aujourd'hui ces motifs n'existant plus, je vous autorise à déclarer à son Excellence le Principal Secrétaire pour les Affaires Étrangères de sa Majesté Britannique que le Gouvernement du Roi accepte en principe la proposition susmentionnée, telle qu'elle a été formulée dans la note de Sir A. Paget. Dans des communications ultérieures Lord Russell a modifié ce projet, il est vrai, en y ajoutant la proposition de l'adoption immédiate d'un armistice qui aurait pour base le *status quo* militaire; mais dans l'état actuel des choses le Gouvernement du Roi croit devoir préférer l'idée primitive du Cabinet Anglais. ¶ Cependant, en même temps qu'il adopte le projet d'une Conférence ayant pour but de mettre un terme au conflit dano-allemand, le Gouvernement du Roi croit devoir indiquer la base sans laquelle la Conférence ne saurait, d'après notre conviction, arriver à un résultat quelconque. En acceptant la Conférence, le Gouvernement du Roi suppose qu'il est bien entendu que les négociations de 1851 et 1852 formeront la base des délibérations, et il aime à espérer qu'en faisant dépendre son adhésion de cette condition, sa manière de voir ne soulèvera aucune objection. Car c'est dans les dites négociations que la Diète de Francfort d'abord et plus tard les grandes Puissances Allemandes ont cherché le titre de leur action commune contre la Monarchie Danoise. D'après l'appréciation des Puissances neutres cette base, concertée autrefois entre nous et la Confédération, semble aussi s'offrir comme la plus naturelle pour toute négociation ultérieure. Ainsi je suis heureux de constater que Sir A. Paget m'a fait pressentir que son Gouvernement serait tout disposé à reconnaître l'opportunité de la base que nous venons d'indiquer. Pour nous et pour le succès des

\*) Graf Russel erhielt die Abschrift durch Herrn Bille am 22. März.

négociations éventuelles, il est absolument indispensable enfin que tout projet de solution soit écarté d'avance qui semblerait impliquer directement ou indirectement une influence quelconque de la part de la Diète Germanique sur des territoires n'appartenant pas à la Confédération. ¶ Je vous prie de lire cette dépêche à son Excellence le Comte Russell et de lui en laisser copie, en lui exprimant notre espoir que le Gouvernement Anglais ne manquera pas de nous prêter son appui efficace dans des négociations qui n'auront lieu que grâce à sa puissante initiative. ¶ J'ai, &c.

No. 1629.  
Gross-  
britannien,  
18. März  
1864.

*G. Quaade.*

---

### No. 1630.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und gleichlautend nach St. Petersburg, Stockholm und Frankfurt). — Die Einladung zur Conferenz. —

Foreign Office, March 21, 1864.

Sir, — Her Majesty has viewed with great concern the breaking out of hostilities in the north of Europe. ¶ Her Majesty, while she is deeply interested in the welfare of the inhabitants of the Duchies of Holstein, of Lauenburg, and of Schleswig, deprecates the continuance of a conflict which may threaten the independence of a State forming part of the general system of Europe, and contributing to the balance of power. On grounds of humanity also Her Majesty would deplore the sacrifice of life which a prolonged war would occasion. ¶ Upon these grounds Her Majesty has invited the Courts of Austria, Prussia, and Denmark to empower their Representatives to attend a Conference to be assembled in London for the purpose of devising means of restoring the blessings of peace. ¶ The Governments of Austria and Prussia have signified their readiness to direct their Representatives to attend such a Conference. ¶ The Government of Denmark have also signified their acceptance of a Conference, provided it should be called to deliberate on the basis of the transactions of 1851-52. ¶ As these transactions took place under the auspices of Austria and Prussia, and the arrangements then concluded with Denmark had the sanction of the German Confederation, Her Majesty's Government would be very willing to take these transactions or engagements as the starting-point of the deliberations of the Conference of 1864. ¶ But as it is desirable to avoid controversy and the delay that might arise therefrom, Her Majesty's Government propose that the basis of the Conference should be simply to find the means of restoring to the north of Europe the blessings of peace. ¶ Your Excellency will give a copy of this despatch to M. Drouyn de Lhuys. ¶ I am, &c.

No. 1630.  
Gross-  
britannien,  
21. März  
1864.

*Russell.*

## No. 1631.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris (und ähnlich nach Wien, Berlin, St. Petersburg, Stockholm und Frankfurt).  
— Die Conferenz betr. —

Foreign Office, March 21, 1864.

No. 1631. My Lord, — I have to state to your Excellency that Her Majesty's  
Gross- Government understand that M. Monrad will not refuse to discuss in Conference  
britannien, other arrangements, if no agreement can be arrived at on the transactions of  
21. März 1864. 1851-52. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1632.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen.  
— Die Conferenz betr. —

Foreign Office, March 21, 1864.

No. 1632. Sir, — I have received this morning your despatches to the 18th  
Gross- instant. ¶ Her Majesty's Government are glad to find from these despatches,  
britannien, as well as from M. Quaade's despatch of the 18th instant to the Danish Minister  
21. März 1864. in London, of which a copy is inclosed in your despatch of that date, that the  
Danish Government accept the proposal for a Conference which you were in-  
structed to make to them, and do not insist upon the formal recognition by the  
Governments of Austria and Prussia of the arrangements of 1851-52, as the basis  
on which the Conference is to deliberate. ¶ Under these circumstances I have  
lost no time in sending to the Governments of France, Russia, and Sweden, the  
invitation to meet in Conference, which has only been delayed until the answer  
of the Danish Government was received. ¶ The Conference, when assembled,  
can fully discuss the transactions of 1851-52, and their bearing on the present  
state of things. ¶ I am, &c.

*Russell.*

## No. 1633.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. a. d. königl. Gesandten in Copenhagen.  
— Die Conferenz betr. —

Foreign Office, March 21, 1864.

No. 1633. Sir, — I have received and laid before the Queen your interesting  
Gross- despatches relating to the questions of armistice and Conference. ¶ I have no  
britannien, need to discuss the question of an armistice. The proposal was made by Austria  
21. März 1864. and Prussia, and it has been supported by Her Majesty's Government as a pro-  
posal advantageous to Denmark, and as a proposition tending to spare the  
shedding of blood. ¶ In respect to the Conference, M. Monrad and M. Quaade

are aware that Her Majesty's Government proposed to Austria, Prussia, and Denmark to enter into Conference with a view to restore peace to the North of Europe, without fixing any basis. Austria and Prussia accepted the proposal in that shape. Denmark now proposes to accept a Conference on the basis of the transactions of 1851-52. Austria and Prussia will not accept that, nor probably any other basis by which the free deliberations of the Conference would be, at least apparently, limited and confined. ¶ But M. Monrad himself says, while insisting on the basis of 1851-52, that its adoption would not preclude the discussion of other modes of arrangement, if an arrangement could not be come to on that basis. ¶ This fair and practical admission seems to reduce the difference to one of form rather than of substance. ¶ Austria and Prussia, while not admitting a basis, cannot refuse to discuss in the Conference the transactions of 1851-52, and Denmark, while insisting on her proposed basis, would not refuse to discuss other modes of arrangement should an agreement on the basis in question be found impracticable. ¶ The term „personal union“ seems to have been introduced into these discussions solely to create fresh difficulties and excite more ill-will. ¶ Denmark cannot deny the obligation of the Article of the Treaty of May 1852 regarding Holstein and Lauenburg, and thus the King of Denmark may be said to hold Holstein and Lauenburg already by the tie of a personal union. But it will be better to avoid altogether any reference to this obnoxious term. ¶ Her Majesty's Government, therefore, will proceed to propose to France, Russia, and Sweden, and the German Confederation, a Conference with a view to restore peace; and Her Majesty's Government will state at the same time that Denmark couples her assent to the Conference with the condition that the transactions of 1851-52 should form the basis of its deliberations. ¶ I am, &c.

No. 1633.  
Gross-  
britannien,  
21. März  
1864.

*Russell.*

### No. 1634.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an d. königl. Botschafter in Paris (und gleichlautend nach Wien, Berlin, St. Petersburg, Stockholm und Copenhagen). — Die Eröffnung der Conferenz betr. —

Foreign Office, March 25, 1864.

My Lord, — I have to instruct you to ask M. Drouyn de Lhuys whether the 12th of April would suit the French Government as the day upon which the Conferences on the Danish question should be opened in London. ¶ I am, &c.

No. 1634.  
Gross-  
britannien,  
25. März  
1864.

*Russell.*

## Nö. 1635.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Frankfurt.  
— Die Conferenz betr. —

Foreign Office, March 26, 1864.

No. 1635.  
Gross-  
britannien,  
26. März  
1864.

Sir, — I have to instruct you to address a note to the President of the Diet inviting the Diet to send a Representative to the Conferences which are to be opened in London on the Danish question. You will inform his Excellency that it is proposed that the Conference should meet on the 12th of April, and Her Majesty's Government hope that time will suit the convenience of the Diet.  
¶ I am, &c.

*Russell.*

## Nö. 1636.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt an das Präsidium der deutschen Bundesversammlung. —

Frankfort, March 24, 1864.

No. 1636.  
Gross-  
britannien,  
24. März  
1864.

The Undersigned, Her Britannic Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary has the honour, by order of his Government, to make the following communication to his Excellency Baron Kübeck, actual Privy Councillor, Ambassador, and Minister Plenipotentiary of Austria, President of the High Diet, and to beg his Excellency to lay this communication before the High Assembly over which he presides. ¶ Her Majesty has viewed with great concern the breaking out of hostilities in the north of Europe. ¶ Her Majesty, while she is deeply interested in the welfare of the inhabitants of the Duchies of Holstein, of Lauenburg, and of Schleswig, deprecates the continuance of a conflict which may threaten the independence of a State forming part of the general system of Europe, and contributing to the balance of power. ¶ On grounds of humanity, also, Her Majesty would deplore the sacrifice of life which a prolonged war would occasion. ¶ Upon these grounds Her Majesty has invited the Courts of Austria, Prussia, and Denmark to empower their Representatives to attend a Conference to be assembled in London for the purpose of devising means of restoring the blessings of peace. The Governments of Austria and Prussia have signified their readiness to direct their Representatives to attend such a Conference. ¶ The Government of Denmark have also signified their acceptance of a Conference, provided it should be called to deliberate on the basis of the transactions of 1851-52. ¶ As these transactions took place under the auspices of Austria and Prussia, and the arrangements then concluded with Denmark had the sanction of the German Confederation, Her Majesty's Government would be very willing to take these transactions or engagements as the starting-point of the deliberations of the Conference of 1864. ¶ But as it is desirable to avoid controversy and the delay that might arise therefrom, Her



Majesty's Government propose that the basis of the Conference should be simply to find the means of restoring to the north of Europe the blessings of peace. ¶ The Undersigned, &c.

No. 1636.  
Gross-  
britannien,  
26 März  
1864.

*A. Malet.*

### No. 1637.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Frankfurt a. das Präsidium der deutschen Bundesversammlung. —

Frankfort, March 26, 1864.

The Undersigned, &c., in referring to his note of the 23rd instant, has the honour of stating to his Excellency the President of the Diet that it is the wish of Her Majesty's Government that the proposed Conferences should be opened at London on the 12th of April, and in renewing to the High Diet the invitation of Her Majesty's Government to partake in that endeavour to restore the blessings of peace in the north of Europe, by naming Representatives to this Conference, the Undersigned is instructed to inquire whether the period fixed by Her Majesty's Government suits the High Assembly presided over by his Excellency. ¶ The undersigned, &c.

No. 1637.  
Gross-  
britannien,  
26. März  
1864.

*A. Malet.*

### No. 1638.

**FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Die Conferenz betr. —

Paris, le 20 mars 1864.

Prince, — Le Gouvernement Britannique fait en ce moment de nouvelles demarches pour provoquer la réunion d'une conférence et les belligérantes ne paraissent plus aussi opposées qu'elles l'étaient précédemment à l'ouverture des négociations. Vous savez, que nous n'avons point d'objections à participer, si elles sont acceptées par toutes les autres Cours et je vous ai fait connaître à ce sujet les intentions du Gouvernement de l'Empereur par ma dépêche du 14 de ce mois. Mais avant de prendre place dans la conférence, je désire que vous fassiez part au Cabinet de Londres des idées et des sentiments que nous y apportons. Cette communication toute amicale expliquera peut-être mieux que nous n'avons eu l'occasion de le faire jusqu'ici la ligne de conduite suivie par le Gouvernement Impérial dans le différend dano-allemand. Elle contribuera aussi, je l'espère, à faire cesser les suppositions d'arrière-pensée, qu'on nous a si gratuitement prêtées. ¶ En nous associant à cette tentative de pacification, nous nous trouverons en présence de deux grands intérêts. D'un côté nous avons à tenir compte de stipulations arrêtées dans des vues d'équilibre européen et revêtues de la signature de la France. De l'autre, il est impossible de méconnaître les sentiments de répulsion, qui s'élèvent contre l'oeuvre des Plénipotentiaires de

No. 1638.  
Frankreich,  
20. März.  
1864.

No. 1636.  
Frankreich,  
20. März  
1864.

1852. Nous sommes loin de contester la sagesse de la combinaison, que le traité de Londres a eu pour objet de placer sous la sauvegarde du droit public de l'Europe, et si, faisant abstraction de l'opposition de l'Allemagne et des manifestations des Duchés, nous étions libres d'obéir à la seule inspiration de nos sympathies traditionnelles pour le Danemark, tous nos efforts seraient consacrés à maintenir cette transaction. Mais il ne nous est pas permis de méconnaître les obstacles qui s'opposent à l'exécution pure et simple du traité de 1852. Si pour quelques Puissances le traité de Londres a une existence séparée et une autorité, qui lui est propre, indépendamment des engagements conclus à la même époque entre l'Allemagne et le Danemark, pour d'autres au contraire il est subordonné à ces mêmes engagements, dont on ne saurait le séparer. Parmi les États allemands les uns ont refusé leur adhésion ou ne l'ont accordé que sous une forme restrictive, les autres, après y avoir adhéré naguère, s'en déclarent affranchis maintenant. Enfin, la Confédération Germanique semble contester la valeur d'un acte auquel elle n'a pas concouru. ¶ En présence de cette diversité d'appréciations, qui fera naître d'insurmontables difficultés, il me paraît indispensable d'examiner les intérêts impliqués dans la guerre actuelle, sans se préoccuper exclusivement de la lettre du traité. ¶ La cause comme le caractère distinctif de cette lutte est évidemment la rivalité des populations, qui composent la monarchie danoise. Il existe chez chacune d'elles un sentiment national, dont la force ne saurait être mise en doute. Quoi donc de plus naturel, à défaut d'une règle unanimement acceptée, que de prendre pour base le vœu des populations? Ce moyen conforme aux véritables intérêts des deux parties, nous paraît le plus propre à amener un arrangement équitable et offrant des garanties de stabilité. En demandant l'application d'un principe fondamental de notre droit public, et en réclamant pour le Danemark comme pour l'Allemagne le bénéfice de ce principe, nous croyons proposer la solution la plus juste et la plus facile de cette question, qui excite dans toute l'Europe une si vive inquiétude. ¶ Agréez, etc.

*Drouyn de Lhuys.*

### No. 1639.

**DÄNEMARK.** — Königliche Botschaft an den Reichstag beim Schluss der Session am 22. März. —

No. 1639.  
Dänemark,  
19. März  
1864.

Wir Christian IX. senden dem Reichstage unsern königlichen Gruss. ¶ Die Verhandlungen des Reichstags schliessen in einer verhängnissvollen Zeit. ¶ Manche von Ihnen werden, wenn sie in ihre Heimath zurückkommen, dieselbe vom Feinde besetzt finden. Empfangen Sie unsern Dank dafür, dass Sie ruhig und furchtlos auf ihren Plätzen in der gesetzgebenden Versammlung verblieben sind und unsere Regierung im schweren Kampfe für das Vaterland kräftig unterstützt haben. Empfangen Sie unsern Gruss für alle Theile des Landes. Sagen Sie Ihren Mitbürgern, dass unser Herz bei dem Gedanken blutet, was unsere getreuen Unterthanen diesseits wie jenseits der Königsau zu leiden haben; aber sagen Sie ihnen zugleich, dass unsere Feinde den dänischen Mann nur

schlecht kennen, wenn sie glauben, durch die Lasten, welche sie auf seine Schultern legen, in ihm den Wunsch hervorrufen zu können, dass wir die heilige Sache des Vaterlandes opfern sollen. ¶ Durch die Drohung, Gewalt anzuwenden, wurde unser Vorgänger auf dem Throne dazu bewogen, den Herzogthümern Holstein und Lauenburg eine besondere Stellung in der Monarchie zu geben, und jetzt wird der dadurch nothwendig gewordene Zustand ein Bruch der tractatmässigen Verpflichtungen genannt. Im Namen dieser Verpflichtungen findet eine Execution in Holstein statt und Schleswig wird als Pfand occupirt. Während der Execution in Holstein und unter dem Schutz der deutschen Bundeinheiten lässt man der revolutionären, gegen uns gerichteten Bewegung freien Spielraum. Die Occupation Schlesiens wird dazu benutzt, diesen Landestheil als eine preussische oder österreichische Provinz zu behandeln, geistliche und weltliche Beamte werden massenweise abgesetzt, Prediger und obrigkeitliche Personen werden unter nichtssagenden Vorwänden ins Gefängniss geschleppt und schlechter als gemeine Verbrecher behandelt; das Grabdenkmal für unsere tapfern gefallenen Krieger wird geschändet und abgebrochen; unser Namenszug wird auf allen öffentlichen Gebäuden ausgelöscht; der Gebrauch der Bezeichnung „Königlich“ wird verboten; der Dannebrog, die alte Fahne des Landes, muss der Anfuhrsfahne von 1848 weichen; die Bestimmungen der besonderen schleswigschen Verfassung über die Sprachverhältnisse werden durch offenbare Machtprüche verletzt. ¶ Auch hier hat der Feind nicht Halt gemacht; er hat die Königsau überschritten und überschwemmt nun Nordjütland. ¶ Noch stehen wir allein. Wir wissen nicht, wie lange Europa ruhiger Zuschauer bei den Gewaltthaten sein wird, welche gegen uns und unser Volk verübt werden. ¶ Wir wiederholen unsere dem Reichstage gemachte Zusage. Wir sind Willens Alles zu thun, um einen Frieden zu erreichen, mit welchem dem Vaterlande gedient sein kann; aber das müssen unsere Feinde wissen: Fern ist noch die Zeit, wo wir oder unser Volk gezwungen werden können, uns einem für Dänemark demüthigenden Frieden zu unterwerfen. ¶ Das letzte Wort Eures Königs an Euch und an die, welche Euch gewählt haben, sei: Ausharren! ¶ Gott mit Euch! ¶ Gegeben in unserer königlichen Residenz Copenhagen, den 19. März 1864.

No. 1639.  
Dänemark,  
19. März  
1864.

Christian R.

## No. 1640.

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an die königl. Gesandten bei den deutschen Höfen. — Die Londoner Conferenz betr. —

Berlin, 29. März 1864.

Ew. . . . ist es bekannt, dass die kgl. grossbritannienische Regierung seit längerer Zeit und wiederholt den Wunsch ausgesprochen hat, dass die Mittel zur Schlichtung der dänischen internationalen Verwickelungen auf einer Conferenz der nächstbetheiligten Mächte erwogen werden möchten. Einen definitiven Vorschlag zu einer solchen Conferenz richtete sie an die königl. Regierung durch die

No. 1640.  
Preussen,  
29. März  
1864.

No. 1640.  
Preussen  
29. März  
1864.

in Abschrift beifolgende Note des britischen Botschafters vom 23. Februar, welche ich durch die — ebenfalls abschriftlich beigefügten — Schreiben an Sir Andrew Buchanan und an den königl. Botschafter in London vom 24. und 25. desselben Monats beantwortete. Ein gleicher Schritt in Wien wurde in entsprechender Weise beantwortet. Nicht dasselbe Entgegenkommen fand der Vorschlag der britischen Regierung in Copenhagen. Dort verlangte man Bedenkzeit; und obwohl die beiden deutschen Mächte vollkommen in ihrem Rechte gewesen sein würden, hiermit ihre eigene Annahme des englischen Vorschlags als erledigt zu betrachten, so gaben sie doch einen erneuten Beweis ihrer Friedensliebe, indem sie in der Ew. . . . bereits mitgetheilten identischen Depesche vom 7. März, gleichzeitig mit der Ausdehnung ihrer militärischen Operationen auf Jütland sich noch immer sowohl zu der Conferenz, wie zu einem, von England befürworteten Waffenstillstand bereit erklärten. ¶ Erst in der vergangenen Woche hat das Cabinet von St. James sich im Stande gesehen, uns definitiv mitzuthellen, dass Dänemark sich nunmehr entschlossen habe, die am Ende Februar auch nach Copenhagen ergangene Einladung anzunehmen, und dass, in der Voraussetzung, dass auch Preussen und Oesterreich bei ihrer früheren Annahme beharrten und daher keiner neuen besonderen Aufforderung bedürften, nunmehr die Einladungen an die übrigen Unterzeichner des Londoner Tractats und an den Deutschen Bund ergehen würden. Die letztere ist durch die in Abschrift beigefügten beiden Notizen des königl. grossbritannischen Gesandten in Frankfurt a. M. an den kaiserlich österreichischen Präsidial-Gesandten vom 26. März erfolgt und der Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 26. März vorgelegt worden, welche sie an die vereinigten Ausschüsse verwiesen hat. Ew. . . . wollen aus diesen Schriftstücken ersehen, dass das Copenhagener Cabinet gewünscht hatte, die Verabredungen von 1851 und 1852 in ihrer Gesamtheit als Basis der Verhandlungen der Conferenz im Voraus festgestellt zu sehen, dass aber englischerseits die Unmöglichkeit erkannt worden ist, dass die Conferenz auf dieser Basis zusammentrete oder auch nur dieselben als Ausgangspunkt ihrer Berathungen erkläre. Lord Russell schlägt daher als einzige Basis und Ausgangspunkt der Conferenz den ausgesprochenen Zweck vor, die Mittel und Wege zur Herstellung eines dauernden Friedens zu finden. Dies ist in voller Uebereinstimmung mit der ursprünglichen Einladung vom 23. Februar; und wir dürfen um so mehr annehmen, dass auch von dänischer Seite hiergegen nunmehr kein Widerspruch mehr erhoben werde, als von der königlich grossbritannischen Regierung uns ausdrücklich bemerkt worden ist, dass das Copenhagener Cabinet bereit sei, wenn jene Verabredungen sich als unzulänglich erweisen sollten, auch andere Vorschläge zu discutiren. ¶ Die königlich grossbritannische Regierung hat, indem sie die von Dänemark vorgeschlagene Basis fallen liess, in richtiger Würdigung der Verhältnisse gehandelt. Wir sowohl als das Wiener Cabinet hatten denselben auf das bestimmteste erklären müssen, dass wir diesen Vorschlag Dänemarks weder als Basis noch als Ausgangspunkt einer Conferenz annehmen könnten, ohne in Widerspruch mit uns selbst zu gerathen. In der That haben wir sofort bei Eintreten der kriegerischen Massnahmen, und wiederholt in dem Verlaufe derselben, die

auch Ew. . . . bekannte Erklärung abgegeben, das wir jene Verabredungen nunmehr als hinfällig betrachteten, und dass, nach den Opfern, welche das Widerstreben Dänemarks uns auferlegt, auf dieselben nicht mehr zurückgegangen werden könne. Durch eine einfache und vollständige Erfüllung seiner früheren Verpflichtungen hätte Dänemark die nothwendig gewordenen Schritte abwenden können, und es hätte dann vielleicht nur einer Verständigung über die Bürgschaften bedurft, welche wir auch in diesem Falle, nach der Erfahrung der vergangenen zwölf Jahre, für die zukünftige Erfüllung zu fordern berechtigt gewesen wären. Jetzt hat Dänemark selbst auf das unzweideutigste dargethan, dass es nur durch Zwang und Anwendung von Gewalt zu der Erfüllung von Pflichten würde angehalten werden können, die es thatsächlich fortwährend verletzt hatte. Wir können es weder mit den Pflichten gegen das eigene Land, noch mit denen gegen Deutschland vereinbar erachten, einen Zustand herzustellen, der sich als unhaltbar erwiesen hat, und dessen Aufrechterhaltung uns jeden Augenblick von Neuem in die Lage versetzen könnte, dieselben und schwerere Opfer zu bringen, ohne für dieselben irgend eine Compensation zu erhalten. Es liegt im Interesse des europäischen Friedens selbst, an die Stelle eines solchen unhaltbaren Zustandes, an welchen wir uns früher gebunden erachten mussten, von welchem aber Dänemark selbst uns jetzt entbunden hat, einen anderen, haltbaren und naturgemässen zu setzen, welcher die Bürgschaften seines Bestehens in sich selber trage. Die Mittel und Wege zu einem solchen politischen System zu finden, und dadurch einen dauerhaften Frieden zu begründen, kann allein die Aufgabe der von England vorgeschlagenen Conferenz sein, und nur zu diesem Zweck und mit dieser Absicht können wir dieselbe annehmen. ¶ Der Deutsche Bund befindet sich in dieser Beziehung in derselben Lage, wie wir und Oesterreich. Zwar hat derselbe an den auf dem internationalen Rechte in Betreff Schleswigs basirten Massregeln der beiden Mächte bis jetzt noch nicht theilgenommen; aber schon die blosse Durchführung seiner bundesrechtlichen Competenz in Betreff Holsteins hat ihm Opfer auferlegt und er kann jeden Augenblick in den Fall kommen, auch seine internationalen Ansprüche auf dem Wege des Zwanges geltend machen zu müssen. Auch in seinem Interesse liegt es daher, die Gefahren zu entfernen, welche aus einer Fortdauer der bisherigen Zustände immer von Neuem entspringen müssen, und nicht minder entspricht es seinem Interesse, dass die neu zu gründenden Verhältnisse und die dafür zu gewinnenden Bürgschaften eine völkerrechtliche Sanction erhalten, wie sie durch die vorgeschlagene Conferenz bezweckt wird. Die speciell bundesrechtliche Competenz in Betreff des Bundeslandes Holstein wird dadurch nicht berührt, bleibt vielmehr auf jede Weise vorbehalten; aber der Bund hat es zu jeder Zeit anerkannt, dass seine Rechte auf Schleswig internationaler Art seien und einer internationalen Behandlung sich nicht entziehen. ¶ Wir sind überzeugt, dass unsere deutschen Bundesgenossen von der Nothwendigkeit ihrer Theilnahme an den bevorstehenden Verhandlungen durchdrungen sein werden; und wir können auf Seiten des Bundes keinen Grund auffinden, weshalb er seine Mitwirkung zu Berathungen versagen sollte, welche den von der einladenden Macht ausgesprochenen Zweck verfolgen. Auch der Umstand, dass der Deutsche Bund dem Londoner Verträge von 1852

No. 1640.  
Preussen,  
29. März  
1864.

No. 1640.  
Preussen,  
29. März  
1864.

nicht beigetreten ist, während die übrigen Theilnehmer der Conferenz zu den ursprünglichen Unterzeichnern desselben gehören, wird den Bund nicht verhindern können, da der Vertrag in der Einladung gar nicht berührt ist und eine Berathung des Bundes mit den dabei betheiligten Mächten keine Folgerungen über eine Anerkennung desselben zulässt. Die Herstellung des Friedens, die Verhütung weiterer Complicationen, die Vermeidung fernerer grösserer Opfer, endlich die Gewinnung eines Zustandes, bei welchem alle Rechte und Interessen Deutschlands und der Herzogthümer vollständig gewahrt und für die Zukunft gesichert werden, sind Zwecke, zu deren Erreichung mitzuwirken, jede Macht und vor Allem der Bund als eine Pflicht anerkennen muss. Diejenige Regierung würde eine schwere Verantwortung auf sich nehmen, welche einen dazu dargebotenen friedlichen Ausweg von vorn herein von sich weisen wollte. ¶ Wir glauben, dass der Bund eben so wenig wie wir selbst und Oesterreich die von Dänemark vorgeschlagene Basis auch nur als Ausgangspunkt der Berathungen hätte annehmen können. Aber wir zweifeln nicht dass der Bund eben so wie wir selbst und Oesterreich die von England ohne eine solche Basis ergangene Einladung zu Berathungen über die Mittel zur Herstellung des Friedens, wodurch keine Verpflichtung für irgend eine bestimmte Lösung im Voraus übernommen wird, als annehmbar anerkennen und der Einladung entsprechen werde. Wir haben aber nicht unterlassen wollen, unseren Bundesgenossen diese Ueberzeugung noch besonders auszudrücken und eine dem entsprechende Abstimmung bei den Verhandlungen am Bunde zu befürworten, indem wir zugleich es für unsere Pflicht erachteten, wie im Obigen geschehen ist, die Voraussetzungen darzulegen, von denen wir selbst bei der Annahme der englischen Einladung ausgegangen sind. ¶ Wenn die Bundesversammlung zunächst im Princip ihre Theilnahme zusagt und demgemäss die englische Note beantworten lässt, so wird die Form, in welcher der Bund auf der Conferenz zu vertreten sein wird, Gegenstand weiterer Berathung sein können. ¶ Ew. . . . ersuche ich ergebenst, die in dieser Depesche enthaltenen Erwägungen der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, darzulegen und mündlich zu unterstützen. Ihr österreichischer College ist bereits in entsprechendem Sinne von seiner Regierung instruiert worden, und Sie werden Ihre Bemühungen möglichst mit demselben zu vereinigen haben. Sie sind auch ermächtigt, diesen Erlass selbst vollständig zur Kenntniss der dortigen Regierung zu bringen und selbst vertraulich ihn dort in Händen zu lassen, wenn es gewünscht wird.

*Bismarck.*

### No. 1641.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an die königl. Gesandten. — Circulardepesche über das Verhalten der Verbündeten in Schleswig. —

Copenhagen, le 5 avril 1864.

No. 1641.  
Dänemark,  
5. April  
1864.

Monsieur, — Depuis ma dépêche du 15 mars, les procédés inexplicables des Prussiens et des Autrichiens dans la partie continentale de la Monarchie, et

notamment dans le duché de Slesvig, ont continué sur une échelle toujours plus grande. L'invasion poursuit son oeuvre subversive avec un redoublement de violence. Les alliés traitent ce duché comme s'il ne pouvait jamais être question de le rendre à son souverain légitime, et comme si, loin d'être ce qu'il a toujours été, un pays essentiellement danois, il n'était qu'une ancienne partie de l'Allemagne qui, par l'usurpation du Danemark, aurait été arrachée à quelque souverain allemand. ¶ Les fonctionnaires qui administraient le duché au nom du Gouvernement Royal sont successivement destitués. De tous les baillis de la partie continentale du pays il n'en reste plus qu'un seul en fonctions; de toutes les villes, trois seulement ont gardé leurs bourgmestres; 13 autres magistrats et 12 assesseurs de tribunal ont été éloignés de leurs fonctions. L'évêque du diocèse de Slesvig et quarante curés ont été révoqués. Tous les proviseurs et recteurs des collèges ont été congédiés, et de 42 professeurs, 37 ont dû quitter leurs places. Le séminaire pour les instituteurs primaires de la partie Nord du duché a été fermé, et tous les professeurs chassés. Dans d'autres branches de l'administration, des faits pareils se renouvellent chaque jour. Les commissaires austro-prussiens ne se sont pas même fait scrupule de révoquer en bloc tous les membres de la cour d'appel, tribunal suprême du duché, siégeant à Flensbourg. ¶ Quel est le but de toutes ces violences et de toutes ces usurpations? N'est-il pas évident, qu'elles ne tendent à rien moins qu'à germaniser coûte que coûte ce duché, où un tiers seulement de la population parle l'allemand, et qui dès la plus haute antiquité a été un pays essentiellement danois? Et, en effet, déjà le 19 février, les commissaires avaient ordonné que l'allemand fût la seule langue d'église et d'école dans la presque totalité des cantons où la langue des populations est mixte; et aujourd'hui on vient de compléter cette mesure oppressive, en congédiant ou en suspendant de leurs fonctions presque tous les curés et instituteurs de ce district. Au lycée de Flensbourg, où la langue de l'enseignement était alternativement le danois et l'allemand, on a imposé ce dernier seul comme langue de l'enseignement. On vient enfin de défendre l'emploi du danois dans les causes portées devant la cour d'appel du duché, et on empêche ainsi la totalité des habitants à langue danoise, c'est-à-dire les environ deux tiers de la population du duché, de se servir de leur langue maternelle devant le tribunal qui est appelé à prononcer sur leurs intérêts les plus importants. L'absurdité et l'iniquité de cette mesure sautent violemment aux yeux, et les commissaires ont eu soins de les faire encore mieux ressortir, en prescrivant que les arrêts qui sont rendus dans les causes des habitants des districts les plus au nord, seront accompagnés d'une traduction en langue danoise. ¶ On continue également la destruction de tous les signes de la Souveraineté du Roi. On avait commencé par enlever les écussons et les chiffres du Roi à tous les édifices publics. Voici qu'on vient de défendre l'emploi du papier timbré et des timbres poste marqués de la couronne royale. ¶ Il n'y a pas jusqu'à la prière habituelle pour la maison royale, qui se faisait partout dans les églises après le service divin, qu'on n'ait jugé urgent d'abolir par une ordonnance expresse. ¶ On a interdit à tous les comptables d'établir les comptes suivant le système monétaire de la Monarchie, et on leur a prescrit de faire usage du système monétaire dit „Courant“ et qui n'est usité que

No. 1641.  
Dänemark,  
5. April  
1864.

No. 1641.  
Dänemark,  
5. April  
1864.

dans certaines parties de l'Allemagne du Nord. En même temps, non content d'autoriser la circulation des écus de Prusse et autres d'Allemagne, ainsi que de la monnaie de billon de Hambourg, on a jugé commode et juste d'interdire la circulation de la monnaie de billon de la Monarchie. La récente loi douanière commune au royaume et au Slesvig, ainsi qu'une loi concernant la navigation, et qui toutes les deux devaient entrer en vigueur depuis le 1 avril de cette année, ont été suspendues. ¶ Les commissaires continuent également à prodiguer les places aux personnes qui ont joué un rôle marquant dans l'insurrection de 1848, ou qui plus tard ont manifesté des tendances révolutionnaires. Après avoir commencé par nommer bailli dans la partie sud-est du duché l'ancien ministre de la guerre de l'insurrection, et après avoir investi des mêmes fonctions, dans la partie sud-ouest, un homme qui s'était distingué autrefois en demandant aux chefs de l'insurrection de prononcer la déchéance du Roi Frédéric VII, voici que les commissaires ont jugé ne pouvoir confier la direction supérieure des lycées du duché à de plus sûres mains que celles d'un individu qui, à cause de ses menées en faveur de la cause insurrectionnelle, avait été, en 1849, chassé de la ville de Flensbourg sur l'autorisation de la commission internationale, chargée pendant l'armistice d'administrer le duché, et dont l'un des membres était le comte Eulenburg lui-même, plénipotentiaire de la Prusse. Quant aux chefs de division que les commissaires viennent de nommer au Gouvernement central, l'un avait servi en 1850 comme chef de bureau sous le Gouvernement insurrectionnel, le second avait combattu dans les rangs de l'armée insurrectionnelle, et le troisième, bien qu'alors fonctionnaire royal, avait fait cause commune avec la révolte. Lors de l'avènement du Roi Christian IX, deux seulement dans le nombre des curés du Slesvig, refusèrent de prêter serment de fidélité à sa Majesté et furent destitués. Les commissaires ont voulu profiter de l'occasion pour montrer comment ils comprennent le respect de la souveraineté du Roi qu'ils avaient promis devant l'Europe. Ils se sont donc empressés de réintégrer dans leurs cures ces deux ecclésiastiques, et, en même temps, ils ont confié une autre cure à un candidat qui venait d'offrir ses hommages au prétendant Frédéric d'Augustenbourg, comme à son souverain légitime. Partout ces démonstrations sécessionnistes sont considérées avec faveur par les autorités de l'invasion, qui ne se font pas scrupule même de permettre aux attroupements factieux de proclamer solennellement l'avènement du prétendant à la „couronne ducale.“ ¶ D'autre part les vexations de toute espèce vont leur train contre les habitants restés fidèles à l'autorité légitime. Ceux qu'on ne jette pas en prison, on les abandonne souvent aux traitements arbitraires des soldats. ¶ Bref, sur tous les points du territoire soumis à l'autorité des commissaires, il se manifeste une activité extrême en vue de renverser l'ancien ordre légal, et d'établir de nouvelles institutions propres à opérer une scission complète entre le Slesvig et le Royaume, et à dénationaliser rapidement et efficacement les populations paisibles placées sous le joug de l'étranger. C'est aussi ce qui explique pourquoi tout ce qui se fait en ce moment dans la péninsule par l'initiative des autorités de l'invasion, est soigneusement et habilement calculé pour appuyer et encourager les efforts du parti révolutionnaire, dont le but ouvertement affiché est d'arriver à détacher le Slesvig de la Couronne danoise et, en



l'unissant étroitement au Holstein, à le faire incorporer dans l'Allemagne. ¶ Je vous prie, Monsieur, de ne pas manquer de compléter par les renseignements qui précèdent, les communications que vous avez déjà pu faire au Ministre des affaires étrangères de . . . sur l'étrange manière dont les deux grandes Puissances Allemandes jugent convenable de traiter les possessions du Roi. ¶ J'ai l'honneur, etc.

No. 1641.  
Dänemark,  
5. April  
1864.

*Quaede.*

### No. 1642.

**PREUSSEN.** — Min. des Ausw. an die königl. Gesandtschaften. — Antwort auf die dänischen Darstellungen des Verhaltens der Verbündeten. —

Berlin, le 15 avril 1864.

Monsieur, — Le Gouvernement Danois a adressé, le 15 mars dernier, à ses agents diplomatiques à l'étranger une dépêche circulaire qui n'est qu'un long acte d'accusation contre les commissaires civils de la Prusse et de l'Autriche dans le duché de Slesvig. Bien que ce document ne soit parvenu à la connaissance du Gouvernement du roi que par la voie des journaux et les communications de ses représentants près des Cours étrangères, nous n'avons pas cru devoir laisser passer sans réponse les imputations qu'il renferme et qui étaient de nature à placer dans le jour le plus défavorable la politique dont les commissaires sont en ce moment les agents. ¶ Un grand nombre de ces accusations se réfutaient au fait d'elles-mêmes, pour quiconque ne perdait pas de vue le but que nous poursuivons dans le duché et se donnait la peine de rapprocher les mesures incriminées par le Gouvernement Danois des justes prétentions dont la guerre actuelle est destinée à obtenir la réalisation. Néanmoins nous avons tenu à élever la voix pour notre défense qu'en toute connaissance de cause et après avoir pris des renseignements positifs sur les griefs mentionnés dans la dépêche danoise. Le résultat de ces informations se trouve consigné dans le mémoire dont j'ai l'honneur de vous transmettre ci-joint une copie. ¶ Il ressort de ce mémoire qu'une partie des griefs formulés par le Gouvernement Danois manquent de tout fondement et ne reposent que sur de pures inventions, ou du moins sur des données complètement inexactes. ¶ Quant à ceux qui se rapportent à des mesures qui ont réellement été prises par nos commissaires, ils sont une nouvelle preuve de l'étrange prétention du Gouvernement Danois, qui paraît croire que l'occupation du Slesvig par les Puissances alliées n'avait d'autre but que de continuer le système d'oppression qu'il a trop longtemps fait régner dans le duché. Dans tous les districts qui avaient été soumis à cette oppression, les troupes alliées ont été acclamées avec enthousiasme par les populations, et les commissaires n'avaient pas d'autre tâche que de faire cesser les abus auxquels le pays était en proie et de lui rendre les droits dont le rétablissement a été le seul but de l'occupation. Il est évident que pour accomplir cette tâche, ils ne pouvaient se servir de ceux-là mêmes qui avaient été jusqu'alors les instruments de ce système d'oppression et qui n'avaient eu pour mission que d'étouffer par tous

No. 1642.  
Preussen,  
15. April  
1864.

No. 1642.  
Preussen,  
15 April  
1864.

les moyens possibles le sentiment national et l'attachement au droit juré dans le cœur des populations allemandes. L'église et l'école surtout se trouvaient entre les mains d'hommes en partie étrangers au duché, manquant des qualités requises par les lois et par les devoirs de leur charge, et n'ayant d'autre titre aux fonctions qui leur étaient confiées que leur dévouement aveugle à la politique du Cabinet de Copenhague. ¶ Une bonne partie des prétendues énormités reprochées aux Puissances alliées trouvent leur explication fort naturelle dans l'état de guerre qui pèse actuellement sur le pays et qui impose à nos généraux l'obligation impérieuse de veiller avant tout à la sûreté de leurs troupes. Parmi les mesures de ce genre on peut citer avant tout l'arrestation des espions, qu'aucune armée en campagne n'a été obligée jusqu'ici de tolérer dans son voisinage. ¶ Les mesures politiques et administratives dont le Gouvernement Danois s'est plaint et qu'il a pris à tâche de dénaturer et de représenter sous un faux jour, n'ont fait que redresser les torts du système injuste et vexateur qui pendant douze ans a pesé sur la population allemande. Il est naturel que pour faire cesser l'oppression on ait dû en éloigner les agents, au moins ceux d'entre eux qui s'étaient signalés par leur fanatisme. ¶ Une appréciation consciencieuse de la conduite de nos autorités militaires et civiles dans le Slesvig doit convaincre tout homme impartial qu'elles ont agi avec tous les égards que leur permettait la situation exceptionnelle du pays. ¶ Je vous invite, monsieur . . ., à donner lecture de cette dépêche à M. le ministre des affaires étrangères et à lui en laisser copie ainsi que de son annexe.

*de Bismarck.*

---

Anlage. — Pro Memoria.

S'il était permis d'envisager les démonstrations de joie émanées des populations allemandes du Slesvig après l'entrée des armées alliées comme des mouvements insurrectionnels causés par le parti révolutionnaire, le Gouvernement Danois aurait raison dans ce qu'il dit au commencement de sa circulaire. Il est vrai que l'enthousiasme du peuple, libéré de la pression exercée par les Danois depuis douze ans, s'est augmenté à mesure que les progrès des troupes ont produit la conviction de la sécurité. ¶ Il n'est pas exact que cette joie ait cessé là où la langue allemande cesse d'être exclusivement employée dans les églises, dans les écoles et dans le commerce. Cependant on s'explique facilement que les démonstrations de joie devaient être plus ou moins bruyantes selon que le joug de la domination étrangère avait été plus ou moins sensible. Là où les employés danois et la gendarmerie avaient quitté leurs postes en même temps que leur armée se retirait, des symptômes isolés de désordre se sont fait remarquer avant qu'il eût été possible de prendre des mesures pour continuer une administration réglée du pays. On a tâché de profiter de ce moment favorable pour transporter dans le duché de Slesvig l'agitation produite en faveur du prince héréditaire d'Augustenbourg dans le Holstein. Un nombre limité d'individus s'est réuni dans une députation pour aller porter au Prince une adresse et pour le reconnaître comme souverain. Mais les armées alliées n'ont non-seulement

jamais prêté leur appui à ces tentatives, elles s'y sont au contraire opposées dans toutes les occasions où ce genre d'agitation s'est montré ouvertement. Le préfet de police d'Eckernförde, tout récemment nommé par les commissaires civils, a été renvoyé sur-le-champ parce qu'il ne s'était pas opposé à l'agitation en faveur du Prince héréditaire d'Augustenbourg. Du reste, le Gouvernement Danois, en prétendant que dans toute une paroisse on n'avait trouvé qu'un seul homme qui ait voulu s'associer à cette députation, prouve d'une manière péremptoire que l'agitation a été peu évidente et qu'elle a bien pu se soustraire à l'observation des autorités ressortant des armées alliées. ¶ La circulaire danoise fait le récit de l'expulsion d'employés à Eckernförde, Tønning, Husum, Leck et Sondern. Le fait est que des individus qui se sentaient coupables d'avoir été des instruments de l'oppression ont quitté leurs postes lorsqu'on leur a fait remarquer qu'ils n'étaient pas bien vus des habitants. Ces hommes ont prouvé par là suffisamment qu'ils n'étaient pas dignes de confiance. On n'a pas pu constater dans un seul cas l'emploi d'une contrainte par corps, à laquelle plusieurs prétendent avoir cédé. ¶ Le Gouvernement danois cite trois cas où des employés, maltraités par les populations, auraient en vain réclamé le secours des commandants des troupes. Ces exemples ne prouvent rien de ce qu'ils sont destinés à prouver, parce que les événements ont eu lieu avant que le commandant en chef des armées alliées ne représentât l'autorité suprême du pays. Un des cas cités s'est présenté le 6 février, où les généraux, occupés à poursuivre l'armée danoise, qui venait d'abandonner le Dannewerke, n'avaient assurément pas le temps de s'occuper des détails de l'administration. Il ne sera pas inutile de faire remarquer ici que le bourgmestre Leisner d'Eckernförde, jadis employé comme tel à Slesvig et renvoyé par le Gouvernement Danois, à cause de sa mauvaise administration, de la grande ville dans la petite, avait renoncé à son poste avant l'entrée des troupes. Même dans cette occasion des officiers prussiens ont réussi à épargner à cet employé, méritant la haine de la population, des insultes personnelles. ¶ Ces faits cités par le Gouvernement Danois sont, nous le répétons, antérieurs aux proclamations du feld-maréchal Wrangel et des commissaires civils, en date des 7 et 8 février. Par conséquent, ces événements ne peuvent d'aucune manière être envisagés comme des infractions auxdites proclamations. Plus tard, aucune perturbation de l'ordre n'a été remarquée. ¶ Le ci-devant recteur de l'école de la cathédrale à Slesvig, après avoir quitté la ville le 6 février, avait donné, le 14 février, à Flensbourg, la déclaration de sa soumission, exigée par notre proclamation du 8 février. Mais puisqu'il n'était pas revenu le 24 février pour continuer ses fonctions, on l'a déclaré déchu de sa charge le 28 février. ¶ Le pasteur Becker à Freia, né dans l'île d'Arroë et élevé à Copenhague, s'était mis en opposition avec la population exclusivement allemande, en montrant un excès de zèle en faveur de la langue danoise, et il avait abandonné son emploi, puisqu'il avait entièrement perdu la confiance de sa paroisse. Après qu'on l'eut remplacé, il fit une tentative de reprendre sa charge en déclarant sa soumission conditionnelle le 21 février. — Il connaît si peu la langue allemande et il s'était opposé si ouvertement à son emploi dans les églises et les écoles, qu'il eût été impossible de lui permettre la continuation de ses fonctions. — Il n'est pas vrai

No. 1642.  
Prussen.  
15. April  
1864.

No. 1042.  
Preussen,  
15. April  
1864.

qu'on lui ait défendu de retourner à Freia pour revoir sa famille et pour y régler ses affaires. ¶ Le pasteur Baash, à Cosel, né Danois, élevé à Copenhague, n'a pas fait la moindre tentative pour réclamer la protection des autorités. Il a abandonné ses fonctions le 19 février, ce qu'il a annoncé au surintendant de Hütten par une lettre en date de Hambourg le 21 février, en disant qu'il avait cédé au désir exprimé par les représentants de la paroisse, „puisqu'il ne perdait jamais de vue le bien de ses paroissiens.“ ¶ Le bailliage Husum et Bredstedt, auquel est réuni l'administration du pays d'Eiderstedt, était vacant au commencement de l'occupation. — Entraînée par le voisinage du pays de Dithmarschen, la population avait excité, les 6 et 7 février, quelques troubles à Eiderstedt, parce que personne ne savait à qui adresser ses plaintes et ses demandes. Les secrétaires Meng et Schütze, des bailliages oriental et occidental, vinrent se plaindre, le 8 et le 9 février, chez le commissaire civil prussien, de ce qu'on les avait engagés à se démettre de leurs charges. Ils avaient cédé pour ne pas s'exposer à des insultes, mais ils demandèrent la protection de l'armée pour reprendre leurs fonctions. Le commissaire civil, comprenant la nécessité de rétablir l'ordre en l'absence d'un bailli, résolut, le 10 février, de réintégrer ces deux employés dans leurs charges par l'entremise des troupes, autant qu'elle serait nécessaire. Ces deux individus n'arrivèrent à Friedrichstadt que le 12 février, et déjà leur premier rapport montra d'une manière évidente qu'ils étaient trop craintifs et irrésolus pour suffire à leur tâche. En attendant, M. Thomsen, conseiller de la commune d'Oldenswarth, annonça, le 9 février, que pour mettre fin aux troubles, il s'était chargé, sur la demande de beaucoup de personnes, des fonctions de bailli à Husum, mais qu'il remettait sa charge entre les mains des commissaires civils, après avoir reçu leur proclamation des 7 et 8 février. Cet homme, très-capable et jouissant de la plus grande autorité dans tout le bailliage, parut le personnage le plus propre aux fonctions de bailli. La nomination de Meng et de Schütze fut révoquée, et l'on confia l'organisation des emplois inférieurs à M. Thomsen, qui s'acquitta de cette affaire avec beaucoup d'énergie et d'habileté. Il est vrai que, dans cette occasion, plusieurs employés qui ne méritaient aucune confiance, ayant abandonné leurs postes, ou dont la réintégration paraissait incompatible avec les intérêts des populations, ou qui n'étaient pas à la hauteur de leurs charges, furent remplacés par d'autres. ¶ Il eût été peut-être plus habile de la part du Gouvernement Danois de ne pas citer l'arrestation de Blauenfeld comme preuve des injustices commises contre des employés loyaux. Il est constaté par une enquête qu'il a eu, avant son arrestation, une place éminente dans le système d'espionnage organisé sous le nom de police de l'armée. Il nous semble que personne ne saurait se plaindre de ce qu'une puissance belligérante empêchât les espions de l'ennemi de continuer leur métier. ¶ Les allégations relatives au traitement que le sieur Blauenfeld aurait subi à Rendsbourg de la part des soldats doivent être qualifiées d'infâmes calomnies aussi longtemps qu'elles n'auront pas été prouvées d'une manière évidente, ce qui, du reste, ne sera certainement jamais le cas. ¶ Dans le Sundewitt, en général, les troupes prussiennes n'ont pas à se louer d'un accueil très-prévenant de la part de la population. Les intérêts de l'armée et la sûreté de ses opérations y exigent souvent d'autres mesures que

dans les autres parties du duché : là où l'on fait la guerre, les lois destinées pour la paix ne sauraient suffire. Aucune armée ne négligerait impunément d'éloigner du théâtre de la guerre les personnes soupçonnées d'une entente avec l'ennemi. Les personnes qui ont été renvoyées de Broacker et des environs de cet endroit ont été traitées avec tous les égards possibles dans les circonstances actuelles. ¶ Pour compléter et pour rectifier l'allégation du Gouvernement Danois que tous les employés, juges, etc., supérieurs dans les cercles de Gottorf, Hutten, Husum, Bredstedt, Eiderstedt et Tondern, auraient été congédiés, de même que tous les professeurs des écoles supérieures, beaucoup de pasteurs et maîtres d'école, ainsi que huit employés au nord du duché, nous ferons les remarques suivantes :

No. 1643.  
Preussen,  
15. April  
1864.

1<sup>o</sup> Employés supérieurs. Le bailli (Amtmann), à Gottorf et Hutten, avait disparu avec l'armée; son poste était donc devenu vacant. ¶ Les baillis de Flensbourg, de Tondern et de Hadersleben ont été congédiés, le premier parce qu'il s'était refusé à obéir à nos ordonnances; les deux autres à cause de réserves inadmissibles dont ils avaient fait dépendre leur soumission, et pour avoir lésé directement les intérêts des armées alliées. ¶ Le bailli de Fehmarn s'est démis de sa charge après l'occupation de cette île. ¶ Le premier employé (Oberbeamte) de la ville de Flensbourg, celui du bailliage d'Apenrade et celui qui a l'administration de Schwansener, Dänisch-Wohlder et d'une partie du premier district d'Angel, formé par les terres de la noblesse, se trouvent toujours dans l'exercice de leurs emplois.

2<sup>o</sup> Outre tous les membres de la cour d'appel de Flensbourg, plusieurs juges ont reçu leur démission pour avoir refusé de signer un acte de soumission sans réserve; quelques autres juges, parce qu'ils manquaient évidemment des qualités requises; sept juges ont abandonné leurs postes. Il en a été de même avec des receveurs et avec d'autres employés.

3<sup>o</sup> L'inspecteur sanitaire (Medicinal-Inspector) était l'objet de toute sorte d'incriminations, surtout lui reprochait-on une partialité injustifiable dans la distribution des emplois et des patentes de pharmacien, etc., etc., etc. Une enquête fut ordonnée; il en résulta que presque tous les documents relatifs à ces affaires manquaient. Ledit fonctionnaire alléguait les avoir détruits; évidemment il ne se dissimulait pas qu'une pareille déclaration devait entraîner sa démission.

4<sup>o</sup> Le recteur et les professeurs de l'école de la cathédrale à Slesvig, Danois de naissance, ont abandonné leurs postes le 6 février, lors du départ de l'armée danoise, et ils n'y sont pas retournés jusqu'au 24 du même mois. Leur séjour étant inconnu, il devint indispensable de pourvoir de nouveau à leurs emplois.

5<sup>o</sup> Une inspection faite à l'école supérieure de Flensbourg, à laquelle se trouve attachée une école normale et préparatoire, eut pour résultat de constater la condition la plus déplorable de cette école. Cet état de choses se trouvant être causé principalement par l'absence évidente des qualités pédagogiques et des connaissances les plus nécessaires du côté du recteur et des professeurs, il fut impossible d'en conserver plus de trois. Le recteur manquait de toute instruction académique; la plupart des professeurs ne savaient pas du tout l'alle-

No. 1642.  
Preussen,  
15. April,  
1864.

mand ou du moins pas aussi bien que les règlements et le besoin de l'école l'exigent. ¶ Il est vrai que les sieurs Jacobsen et Thomsen, qui ont été chargés provisoirement de l'administration des bailliages de Gottorf et Hütten, et de Husum et Bredstedt, ont toujours et partout plaidé la cause des droits garantis des duchés. Mais si une conduite de ce genre était qualifiée de révolutionnaire, il serait bien difficile de trouver aucun indigène qui fût apte à un emploi quelconque, sans qu'il passât pour révolutionnaire aux yeux du Gouvernement Danois. L'un et l'autre sont des hommes qui jouissent de la plus grande considération et de la plus haute estime auprès des habitants les plus modérés et les plus loyaux. Il n'est nullement dans leurs attributions de nommer et de destituer des employés; mais la nécessité de régler la question des employés exigea qu'on leur accordât la faculté d'ordonner des suspensions provisoires, tandis que toutes les décisions définitives ont été réservées à l'administration supérieure.

Tout ce dont le Gouvernement Danois se plaint paraît être la simple conséquence du fait même de la suspension de la souveraineté de Sa Majesté le roi de Danemark dans le duché de Slesvig. Quoique cette suspension ait été prononcée come principe, ce principe a été appliqué dès le commencement avec la plus grande indulgence et avec tous les égards possibles. ¶ A la suite de la promesse qui avait été faite lors de la renonciation de la ligne de Gottorp, en 1773, à savoir de protéger l'université de Kiel, commune aux duchés, dans ses droits et privilèges, ainse que les deux duchés mêmes dans leurs rapports avec cette université, l'ordonnance du 1<sup>er</sup> février 1768 a été expressément confirmée par le rescrit royal du 21 septembre 1778. Ladite ordonnance portait que „ceux qui se vouent aux études et qui désireront à cette fin se rendre à des académies devront suivre deux années entières les cours de l'université de Kiel, à moins qu'ils ne veuillent renoncer à la perspective d'être employés dans les duchés, soit *in civilibus* soit *ecclesiasticis*.“ ¶ Aucune loi n'est venue depuis abolir en tout ou en partie les dispositions de cet acte officiel qui régla d'une manière positive les conditions requises pour obtenir une place de fonctionnaire civil ou ecclésiastique dans le duché de Slesvig. ¶ L'ordonnance royale du 9 novembre 1811 ne change rien à la chose. Elle décide seulement que les candidats en théologie qui auront subi leur examen dans les duchés auront accès aux postes ecclésiastiques en Danemark, et que ceux qui auront subi leur examen à l'université de Copenhague pourront être admis aux postes ecclésiastiques dans les duchés, moyennant cependant qu'ils prouvent préalablement qu'ils possèdent parfaitement la langue dans laquelle ils seront appelés à prêcher dans leur paroisse. ¶ Cette ordonnance, qui a été aussi appliquée aux fonctionnaires de l'ordre judiciaire, a été interprétée plus tard comme une modification des dispositions qui imposent à ces fonctionnaires l'obligation d'étudier deux ans à l'université de Kiel. Toutefois, s'il fallait encore un argument pour combattre cette interprétation erronée, elle nous serait fournie d'une manière irréfutable par la patente de chancellerie publiée dix ans plus tard, le 18 septembre 1851. Cette patente soumit au payement d'un droit de reconnaissance les étudiants dispensés par une déciaion royale de l'obligation de ce séjour de deux ans à l'université de Kiel. Il ressort enfin d'une ordonnance du commissaire extraordinaire Tillisch, publiée le 21 novembre

1850, que la validité du décret du 1<sup>er</sup> février 1768 et du rescrit royal du 21 septembre 1774 n'était alors point mise en question par le Gouvernement Danois, et, en outre, que ce n'est que depuis cette ordonnance qu'il suffit d'avoir subi son examen pour pouvoir obtenir un poste judiciaire dans le duché de Slesvig. Voici les termes de la première partie de cette ordonnance : ¶ „Attendu que les circonstances présentes exigent que les dispositions actuellement en vigueur, d'après lesquelles nul ne saurait obtenir une place dans le duché de Slesvig qu'après avoir étudié deux ans à l'université de Kiel, cessent maintenant d'exister, ces dispositions sont abolies par les présentes.“ ¶ Il est évident que des droits garantis par des documents positifs ne sauraient être abolis par une simple ordonnance d'un commissaire royal chargé de l'administration civile du duché, et que cette ordonnance ne pouvait avoir d'autre effet que de suspendre l'exercice de ces droits en considération des circonstances où se trouvait alors le pays. ¶ Aujourd'hui les circonstances sont tout autres qu'elles n'étaient alors ; cette suspension n'a plus de raison d'être, et l'état de choses exceptionnel qui en a été la suite a été la source de tant d'abus, que l'on trouve des postes judiciaires occupés par des hommes qui n'ont pas même subi un examen sur le droit slesvigois. En conséquence, on ne pouvait hésiter à abroger l'ordonnance du commissaire Tillisch et à rétablir les droits qu'elle avait momentanément suspendus. C'est ce qui a eu lieu par le décret du 19 février courant. ¶ Ce qui précède suffit pour mettre dans son vrai jour les allégations du Gouvernement Danois relativement à cette affaire, et pour apprécier à quel point il est fondé à prétendre „que l'arrêté des commissaires du 19 février renferme déjà une perfidie.“ ¶ Le rescrit royal du 15 décembre 1810 s'exprime en ces termes : „Dans notre duché de Slesvig la langue danoise est parlée par les habitants de quelques îles et de la plus grande partie des bailliages et districts de la terre ferme. ¶ C'est notre volonté royale que dans ces îles et ces bailliages, où la langue danoise est la langue du peuple, la langue allemande cesse d'être employée pour le service divin, l'instruction publique et les tribunaux, et soit remplacée par la langue danoise.“ ¶ Pendant quarante ans, le besoin de mettre à exécution cette ordonnance, en étendant l'usage de la langue danoise au service divin, aux écoles et aux tribunaux, ne se fit pas sentir. Ce n'est qu'en 1850 qu'on se mit à l'appliquer sur une assez large échelle, en même temps qu'on suspendait les dispositions légales qui prescrivaient des études préparatoires à l'université de Kiel et qu'on appelait de nouveaux ecclésiastiques à la plupart des cures du duché. Il ressort évidemment de ces faits que les dispositions que l'on représente comme l'accomplissement du rescrit royal du 15 décembre 1810 étaient le résultat d'un plan bien autrement vaste que celui qui avait donné naissance à ce rescrit. ¶ Ces dispositions sont énumérées ci-après dans l'ordre qu'elles occupent dans le recueil chronologique des ordonnances : ¶ Le commissaire extraordinaire Tillisch ordonna : Le 18 novembre 1850, l'usage alternatif de l'allemand et du danois pour le service divin dans la paroisse de Sainte-Marie à Hadersleben ; ¶ Le 12 décembre 1850, l'usage de la langue danoise aux écoles primaires et secondaires de cette ville ; ¶ Le 8 novembre 1850, l'usage de la langue danoise dans les écoles d'Apenrade ; le service divin devra se faire alternativement en danois et en allemand ; ¶ Le 30 décembre 1850, l'usage

No. 1642.  
Preussen,  
15. April  
1864.

No 1642  
Preussen,  
15. April  
1864.

de la langue danoise à l'école de Gravenstein ; ¶ Le 14 décembre 1850, l'usage de la langue danoise dans les écoles de Sonderbourg ; le service divin se fera alternativement dans les deux langues ; ¶ Le 7 février 1851, l'usage du danois pour l'instruction publique dans la ville et les dix paroisses du bailliage de Tondern. et l'alternat des deux langues pour le service divin ; ¶ Le 7 février 1851, même ordonnance pour toutes les paroisses rurales de la surintendance de Flensbourg ; ¶ Le 8 février 1851, même ordonnance pour quatre paroisses de la surintendance de Husum et Bredstedt ; ¶ Le 4 mars 1851, même ordonnance pour sept paroisses de la surintendance de Gottorf. ¶ Ces ordonnances créèrent ce qu'on a appelé les districts en langue mixte, dans lesquels l'allemand était jusqu'alors exclusivement en usage dans les écoles, tandis que le danois n'était employé que partiellement pour le service divin. ¶ Le Gouvernement Danois prétend que la plus grande partie de ces districts mixtes est exclusivement danoise ; que dans quelques-uns d'entre eux seulement la nationalité allemande domine, et qu'il ne se trouve, par exemple, que quelques Allemands dans les villes de Hadersleben et d'Apenrade et dans le bourg de Christiansfeld. Les pétitions que les commissaires ont reçues de toutes les communes et paroisses de ces districts, et qui toutes réclamaient le rétablissement de l'état de choses antérieur à 1850 et 1851, les ont engagés à prendre des informations dont le résultat est en contradiction directe avec les allégations du Gouvernement Danois. ¶ C'est ainsi que ces informations ont permis de constater que maintenant comme alors le danois n'est parlé dans les paroisses appartenant aux surintendances de Gottorf, Husum et Bredstedt, mentionnées plus haut, ainsi que dans la portion de la surintendance de Flensbourg qui fait partie de l'Anglie, que par une minorité imperceptible ; que par conséquent le décret royal de 1810 n'était pas applicable à ces paroisses, et qu'en introduisant dans l'école et dans l'église l'usage exclusif ou alternatif de la langue danoise sur la foi de relations rédigées par des fonctionnaires civils ou ecclésiastiques installés depuis peu de temps et probablement nommés à cette intention, on s'est mis en opposition directe avec les besoins et les vœux légitimes des populations. Même dans les districts où le peuple parle généralement le danois ou un mélange de patois allemand et de danois ou de frison et de danois, les habitants demandent d'une voix presque unanime le rétablissement de la langue allemande dans l'école et dans l'église. ¶ Dans un pareil état de choses, le Gouvernement Danois, ce nous semble, pousse trop loin ses prétentions en exigeant qu'on lui rende la justice d'avoir consulté consciencieusement l'intérêt de tous en prenant ces mesures, dont les conséquences les plus notables consistaient en un amoindrissement de plus en plus sensible de la vie religieuse et une irritation générale de la population contre le Gouvernement Danois. ¶ Les commissaires se trouvèrent donc dans la nécessité de renouveler le personnel à l'occasion du rétablissement de l'état de choses antérieur à 1850 et 51, qui, malgré le rescrit royal du 15 décembre 1810, était reconnu, jusqu'en 1850, par le Gouvernement Danois lui-même comme répondant aux besoins des populations par rapport à la langue. ¶ Dans les districts purement allemands et dans d'autres qui, par rapport à la langue, étaient déclarés mixtes (districts où aujourd'hui la langue allemande doit retrouver son application légitime dans l'église comme dans l'école), il se trouvait



des maîtres d'école et des ministres qui possédaient à peine la langue allemande. De plus, ils avaient employé, lors de l'introduction de la langue danoise, les moyens les moins justifiables pour restreindre encore davantage l'emploi de l'allemand déjà assez limité par les rescrits ci-dessus mentionnés. On comprendra facilement que loin d'aboutir à des résultats satisfaisants dans l'exercice de leurs fonctions, ils risquaient plutôt d'entraver les mesures les plus justes et d'empêcher que l'esprit religieux prit un nouvel essor. ¶ Pour la plupart ils en sont convenus eux-mêmes explicitement. Quelques-uns d'entre eux ayant déjà antérieurement reconnu leur fausse position, avaient quitté leurs places et leur pays avant que les commissaires des Gouvernements alliés pussent entrer en fonction. ¶ Il ne manque aucunement de pasteurs propres à occuper les places vacantes, puisque la plupart de ceux qui ont été destitués dans les années 1849 à 1852 sont prêts à retourner dans le Slesvig, bien qu'ils aient trouvé en Prusse et dans d'autres États allemands des positions assurées. ¶ Le Dr. Lubker, ancien recteur du gymnase de Flensbourg, destitué pour le même motif pour lequel la plupart des ministres et des instituteurs avaient été obligés de quitter leurs places, semble sous tous les rapports propre à prendre une part active à la direction et à la réorganisation si nécessaire de l'instruction publique. Après sa destitution, le Dr. Lubker a occupé dans le grand-duché de Mecklembourg une haute position dans l'instruction publique. ¶ Quant à l'école de la cathédrale (Domschule) à Slesvig et au gymnase de Flensbourg, on a vu plus haut les raisons pour lesquelles il est indispensable que les places d'instituteurs soient confiées à d'autres personnes. ¶ Il y a cependant lieu de constater ici que le Gouvernement Danois a fait lui-même ce qu'il reproche à l'armée prussienne d'avoir fait au sujet de la maison d'école. Le gymnase de Flensbourg servait déjà d'hôpital à l'armée danoise lorsque l'armée alliée fit son entrée dans cette ville. ¶ Pour ce qui concerne le gymnase de Hadersleben, une pétition en date du 19 février prouve qu'il était urgent de procéder à une révision de ce gymnase. ¶ Il faut constater d'abord qu'une ordonnance émanée de la chancellerie royale de Slesvig-Holstein-Lauenbourg, en date du 28 janvier 1848, avait prescrit qu'au gymnase de Hadersleben l'instruction se fit dorénavant en langue danoise. Le Gouvernement Slesvig-holsteinois à Gottorf révoqua cette ordonnance sous la date du 27 mars de la même année, et ce ne fut que le commissaire extraordinaire, M. de Tillisch, qui ordonna qu'à partir de la St-Michel de la même année la langue danoise y fût introduite. ¶ Il résulte de l'examen fait à ce sujet que les besoins et les exigences de l'instruction supérieure ont été négligés d'une manière incroyable et qu'ils ont dû céder à des tendances nationales et politiques, de sorte que ce collège est resté en arrière au moins de deux années en comparaison des gymnases les plus médiocres. ¶ Le recteur et les instituteurs ne semblent être ni capables ni disposés à remédier à de pareils inconvénients et surtout à faire une juste part aux exigences légitimes de la population par rapport à la langue et à l'instruction allemandes. Le droit du libre exercice de ces dernières est incontestable, vu qu'il est notoire que, tandis que dans le bailliage de Hadersleben la langue de la population n'est qu'un dialecte danois mêlé de tournures et de formes allemandes, la plupart des habitants instruits et jouissant d'un

No. 1642.  
Preussen,  
15. April  
1861.

certain bien-être dans la ville de Hadersleben (ville peuplée de plus de 8,000 habitants) sont d'origine purement allemande. ¶ Les conflits les plus scandaleux entre les collégiens des deux nationalités que les maîtres ne tâchaient pas d'empêcher et qui s'envenimaient de plus en plus dans les derniers temps, rendirent nécessaire la clôture provisoire de ce gymnase, d'autant plus qu'il avait été converti en hôpital. ¶ La réouverture de ce collège aura lieu sur de nouvelles bases, dès que les délibérations à ce sujet auront abouti à une solution satisfaisante. ¶ Ces délibérations ont pour but d'aviser aux moyens les plus propres à concilier les besoins de l'instruction et de la langue allemandes avec les prétentions légalement fondées de l'élément danois. ¶ Parmi les mesures reprochées aux commissaires comme caractérisant leur intention d'insulter autant que possible les Danois et leurs adhérents, on fait ressortir encore une fois la destitution de M. Schleissner, inspecteur sanitaire, dont il a été question déjà plus haut. ¶ Un examen plus détaillé des affaires sanitaires fut occasionné par les griefs formulés en grand nombre contre le sieur Schleissner pour s'être arrogé des fonctions qui originairement n'entraient pas dans son ressort, surtout par rapport à la manière dont il traitait les affaires personnelles des médecins et des pharmaciens, etc. ¶ Le résultat de cet examen, dont furent chargés le Dr. Ruppel, membre du collège médical de Slesvig, et M. le professeur Bockendahl, peut se résumer comme suit : ¶ M. Schleissner réglait la direction des affaires de santé d'après le principe établi par lui-même que tout Allemand qui franchissait la frontière du duché de Slesvig devait s'apercevoir tout de suite qu'il se trouvait en Danemark. ¶ A ce principe il a subordonné tous les autres et il a su faire passer avec le temps les places de médecins (médecins de bains, médecins des pauvres, etc.) à des hommes qui se qualifiaient moins par leur capacité que par leur zèle à servir d'instrument pour danser le peuple. ¶ Dans ses papiers il s'en trouve des preuves incontestables. ¶ Ainsi que nous l'avons déjà dit plus haut, il a avoué d'avoir détruit en pleine connaissance de cause un grand nombre de dossiers concernant des affaires personnelles. Cette infraction aux devoirs de son service suffisait à elle seule pour éloigner M. Schleissner d'une sphère où il avait su acquérir une grande influence tout à fait opposée aux intentions des Puissances alliées. ¶ M. Hammerich, maire (Stadtvoigt) de Hadersleben, auquel nous sommes loin de contester le témoignage de probité que le Gouvernement Danois lui a rendu, s'est refusé explicitement à effectuer des réquisitions militaires qui entraient dans ses fonctions. L'état de guerre exigeait par conséquent sa destitution. ¶ On l'a transporté à Flensbourg avec une escorte militaire, et il a été traité avec tous les égards compatibles avec les circonstances actuelles. ¶ Pour ce qui concerne finalement l'affaire *du monument du lion*, il est inexact qu'il fût placé au-dessus de la tombe des soldats danois.

---

## No. 1643.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Vierzehnte Sitzung vom 12. März 1864. —

## (§. 95) Erbfolge im Herzogthum Holstein.

Baiern. Unter Bezugnahme auf die in der Bundestags-Sitzung vom 25. Februar d. J. (Prot. §. 80)\*) abgegebene Erklärung der königlichen Regierung ist der Gesandte beauftragt, im Namen derselben den Antrag zu stellen: Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen:

No. 1643.  
Deutscher  
Bund,  
12. März  
1864.

- 1) Prinz Friedrich Christian August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg sei als legitimer Herzog von Holstein anzuerkennen;
- 2) die in der Sitzung vom 21. November 1863 (Prot. §. 270) zur Vorlage gekommene Vollmacht des Herzogs Friedrich VIII. von Holstein für den Geheimen Rath von Mohl als dessen interimistischen Bundestagsgesandten sei in dem Bundesarchive zu hinterlegen und dem Herrn Gesandten beglaubigte Abschrift davon zuzustellen;
- 3) die in der 39. vorjährigen Sitzung vom 28. November (Prot. §. 286) beschlossene Suspendirung der holsteinischen Stimme sei aufzuheben und zur Führung dieser Stimme der herzogliche Gesandte, Geheimer Rath von Mohl, zuzulassen;
- 4) in Bezug auf Lauenburg sei weitere Beschlussfassung vorzubehalten;
- 5) von diesem Beschlusse sei sowohl dem bisherigen königlich-dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten als dem Herrn Geheimen Rathe von Mohl Mittheilung zu machen.

Indem der Gesandte zur Begründung dieses Antrages auf das von ihm in dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit abgegebene Votum sich bezieht, hat er zugleich unter Hinweisung auf die Dringlichkeit der Sache (Geschäftsordnung §. 24, Absatz 1) den Antrag auf Abstimmung über diesen Antrag binnen acht Tagen zu verbinden.

Oesterreich und Preussen. Die Gesandten sind zu der folgenden Erklärung angewiesen: In dem Minoritätsgutachten, welches ihrerseits zu dem in der 9. diesjährigen Bundestags-Sitzung vom 11. Februar (Prot. §. 63) von dem Ausschusse für die holsteinische Verfassungsangelegenheit erstatteten Vortrage abgegeben worden, und demnächst in ihrer Abstimmung in der 12. Bundestags-Sitzung am 25. Februar d. J. haben sie auf mehrere nach der rechtlichen Ueberzeugung ihrer allerhöchsten Regierungen für die Behandlung der holsteinischen Erbfolgefrage wichtige Gesichtspunkte hingewiesen, die im Ausschusse seither noch nicht der nöthigen Erörterung unterzogen worden sind. ¶ Die beiden allerhöchsten Regierungen sind damit beschäftigt, zur Begründung ihrer übereinstimmenden Ansicht weitere Vorlagen an den Ausschuss gelangen zu lassen, für deren Erwägung in demselben, wie für die gutachtliche Berichts-

\*) No. 1047.

No. 1643.  
Deutscher  
Bund,  
12. März  
1864.

erstattung des Ausschusses darüber an die hohe Bundesversammlung die Gesandten die Gelegenheit in Anspruch zu nehmen haben. ¶ Deshalb vermögen sie diese Angelegenheit noch nicht als hinreichend vorbereitet für eine sachliche Abstimmung anzusehen, haben vielmehr zu befürworten, dass hohe Bundesversammlung zunächst dem thunlichst zu beschleunigenden Gutachten des Ausschusses entgegensehen wolle.

Baiern. Angesichts dieser Eröffnung hat der Gesandte vorerst auf Abstimmung binnen acht Tagen nicht zu bestehen, da durch diese Eröffnung die Vortragserrstattung des Ausschusses in nahe Aussicht gestellt sein dürfte.

Präsidium schlägt vor, den Antrag der königlich-baierischen Regierung sofort an den Ausschuss für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zu überweisen.

Nachdem sich für diesen Präsidialvorschlag keine Stimmenmehrheit ergeben hatte, wurde jede Beschlussfassung über die geschäftliche Behandlung vorbehalten.

Die Herrn Gesandten von Oesterreich und Preussen behielten ihren allerhöchsten Regierungen weitere etwaige Erklärungen sowohl in der Sache selbst, als auch hinsichtlich der geschäftlichen Behandlung vor.

(§. 102) Einberufung der holsteinischen Stände.

Präsidium. In der 12. diesjährigen Bundestags-Sitzung\*) ist von den königlichen Regierungen von Sachsen und Württemberg ein Antrag auf Einberufung der holsteinischen Stände gestellt worden. Gleichzeitig wurde von der kaiserlich-österreichischen und der königlich-preussischen Regierung ein die militärische Besetzung und die Bundesverwaltung in Holstein, namentlich auch die Zuordnung von zwei Commissären zu den bisherigen, betreffender Antrag eingebracht. ¶ In der Bundestags-Sitzung vom 3. d. M. ist jedoch eine Beschlussfassung über den gedachten österreichisch-preussischen Antrag noch nicht erfolgt, und es ist vielmehr dieser Antrag mit noch anderen Anträgen, von welchen jener der grossherzoglich-hessischen Regierung sich gleichfalls auf die Zuordnung von neuen Civilcommissären zu den bisherigen in Holstein richtet, den vereinigten Ausschüssen zur Berichtserstattung zugewiesen worden. ¶ Es dürfte nicht zu verkennen sein, dass die Beschlussfassung über die Zusammensetzung der Bundesverwaltung in Holstein der Entscheidung über den königlich-sächsisch-württembergischen Antrag vorauszugehen habe, da auch diese neue Verwaltung über die Einberufung der Stände noch zu hören sein würde, und es dürfte demnach vorerst der oben erwähnte Antrag den vereinigten Ausschüssen zuzuweisen sein, damit sie denselben in den Kreis der ihnen bereits zugewiesenen Berathungsgegenstände ziehen.

Präsidium eröffnete hierauf die Abstimmung über den in der vorletzten Sitzung (Prot. §. 79) von Königreich Sachsen und Württemberg gestellten Antrag bezüglich der Einberufung der holsteinischen Stände.

Oesterreich und Preussen. Die Regierungen von Oesterreich

\*) No. 1047.

und Preussen haben in den bisherigen Berichten der beiden Civilcommissäre keine hinreichende Begründung einer Massregel gefunden, welche an und für sich während eines Ausnahmezustandes, wie der gegenwärtig in Holstein stattfindende, manche Bedenken hervorruft. Das Bedürfniss einer Mitwirkung des Landtages zu den in administrativer und finanzieller Rücksicht zu treffenden, zunächst einen nur provisorischen Charakter tragenden Einrichtungen ist von den Commissarien nicht nachgewiesen worden, und die allerhöchsten Regierungen vermissen daher auch die vor der Beschlussfassung erforderliche Uebersicht über den dem Landtage zuzuweisenden Wirkungskreis, da ja selbstredend eine eigentlich legislative Thätigkeit während der Suspension der landesherrlichen Gewalt als Factors der Gesetzgebung nicht stattfinden kann. Nicht minder vermissen dieselben jede Andeutung darüber, dass die Commissäre sich in der Lage befänden, für eine streng gesetzmässige Wirksamkeit des Landtages zu bürgen; diese Erwägung hat sich den beiden Regierungen um so mehr aufdrängen müssen, als die Commissäre selbst in ihren Berichten erwähnt haben, dass die an sie gelangten Wünsche zur Zusammenberufung des Landtages wenigstens zum Theil auf der Absicht von politischen Manifestationen beruhen, welche vor dem erfolgten Ausspruche des Bundes zuzulassen weder mit dem bei dem Beschlusse der Execution in Holstein gemachten Vorbehalte, noch überhaupt mit der Würde des Bundes verträglich wären. Unter diesen Umständen können die allerhöchsten Regierungen der Gesandten die hohe Bundesversammlung nicht für hinlänglich informirt erachten, um einen definitiven Beschluss über den Antrag der Regierungen von Sachsen und Württemberg zu fassen; und die Gesandten sind angewiesen, sich auf das bestimmteste für die Verweisung des Antrages an die vereinigten Ausschüsse auszusprechen, damit letztere zunächst von den Civilcommissarien ferneren Bericht und Erklärung über die beregten Punkte fordern können.

No. 1643.  
Deutscher  
Bund,  
12. März  
1861.

**Baiern:** stimmt dem Antrage von Königreich Sachsen und Württemberg zu.

**Königreich Sachsen.** Der Bericht, welchen die Bundescommissäre erstattet, um die Genehmigung der Einberufung der Stände einzuholen, lag den vereinigten Ausschüssen seit dem 28. Januar vor. Es war daher volle Zeit und Fügigkeit gegeben, alle die Bedenken, welche gegenwärtig gegen die Zulässigkeit und Opportunität der fraglichen Massregel erhoben werden, dort zur Sprache und zur Vortragserstattung an die Bundesversammlung zur Erledigung zu bringen. Die fortwährende Verzögerung der Sache hat die Nothwendigkeit herbeigeführt, durch selbständige Antragstellung eine Entscheidung der Bundesversammlung hervorzurufen, und in Folge dessen stimmt die königliche Regierung für Annahme des eingebrachten Antrags und nicht für die abermalige Verweisung an die Ausschüsse.

**Hannover.** Die königliche Regierung ist der Ansicht, dass während der Dauer der Execution die regelmässige legislative Thätigkeit der holsteinischen Landesversammlung zwar nicht ausgeübt werden dürfe, eine ausnahmsweise erfolgende Zusammenberufung indess dann allenfalls für gerechtfertigt angesehen werden könne, wenn ein wirklich dringendes Bedürfniss dazu vorliege. Ein solches ist aber durch die Civilcommissäre bis jetzt nicht nachgewiesen und

No. 1643.  
Deutscher  
Bund,  
12. März  
1864.

die königliche Regierung stimmt demnach für die Verweisung des Antrages an die Ausschüsse behufs Einforderung weiteren Berichtes der Commissäre.

Württemberg. Der Gesandte hat in erster Linie zu erklären, dass die königliche Regierung, im Hinblick auf die dermalige Sachlage und insbesondere im Hinblick auf die am 8. d. M. beschlossene Verweisung des österreichisch-preussischen Antrages vom 25. v. M. an die vereinigten Ausschüsse, nun auch für Verweisung des vorliegenden von Württemberg in Gemeinschaft mit Sachsen gestellten Antrages an dieselben Ausschüsse stimme. Dabei hat derselbe jedoch zugleich in bestimmtester Weise den ausdrücklichen Vorbehalt beizufügen, dass in dem Falle, wo die Erstattung des Ausschussgutachtens verzögert würde, jeder Bundesregierung und namentlich den antragstellenden Regierungen freigestellt bleibe, die Abstimmung über den Antrag auf die Tagesordnung einer beliebigen Sitzung zu setzen. Uebrigens hat der Gesandte für den Fall, dass die Mehrheit der Bundesversammlung sich für sofortige Abstimmung über den eben gedachten Antrag selbst entscheiden sollte, die Zustimmung der königlichen Regierung zu diesem Antrage unter Bezugnahme auf die bei dessen Einbringung angegebenen Motive zu erklären.

Baden: stimmt dem Antrage von Königreich Sachsen und Württemberg zu.

Kurhessen. Die kurfürstliche Regierung glaubt einer bei dem dermaligen Verfassungs- und Verwaltungszustande des Herzogthums exceptionellen Einberufung der Ständeversammlung im concreten Falle, auch abgesehen von Bedenken, die sich aus der allgemeinen politischen Lage ergeben, jedenfalls nur dann zustimmen zu können, wenn zuvor nicht nur genügend constatirt ist, dass solche Verhältnisse wirklich vorliegen, die sich zum Gegenstande ständischer Berathungen eignen, beziehungsweise eine Erledigung auf diesem Wege erheischen, sondern auch eine Cognition derselben im Schoosse hoher Bundesversammlung dergestalt möglich gewesen ist, dass den Commissären eine sachentsprechende Instruction auf Grund derselben ertheilt werden und, soweit die Wirksamkeit der Stände eine Initiative der Bundesbehörde voraussetzt, über die betreffenden Punkte eine Beschlussfassung der Bundesversammlung erfolgen kann. Da diesem Erfordernisse der Bericht der Commissäre nach Ansicht der kurfürstlichen Regierung nicht entspricht, so dass darin keine genügende Vorbereitung der Beschlussfassung erkannt werden kann, so stimmt die kurfürstliche Regierung dafür, die Sache den Ausschüssen zur Berichtserstattung mit der Auflage zu überweisen, von den Bundescommissären nähere Aufklärungen über die Umstände, welche die Zusammenberufung der Stände erheischen, bezügliche Vorschläge über die denselben zu machenden Vorlagen zu erfordern.

Grossherzogthum Hessen. Durch den Bundesbeschluss vom 1. October v. J. sind ausdrücklich nur die Rechte des Herzogs von Holstein und Lauenburg, nicht aber die Rechte der holsteinischen und lauenburgischen Stände für die Dauer der Execution in ihrer Ausübung sistirt worden. Es liegt dies auch im Geiste jenes Beschlusses, der unbestreitbar zum Schutze der verletzten Rechte der Herzogthümer Holstein und Lauenburg gefasst wurde, sicherlich aber nicht um die dortigen Landesrechte noch mehr zu verkümmern. — Ferner sind die Bundescommissäre durch die ihnen nach Bundesbeschluss vom 14. December

v. J. ertheilte Instruction angewiesen worden, die Verwaltung der Herzogthümer nach den Landesgesetzen zu führen. In so weit also die Landesgesetze die Mitwirkung der Stände fordern, wird von dieser nicht Umgang genommen werden können. Insbesondere gilt dies von den finanziellen Verhältnissen, die bei der völlig geänderten Lage der Herzogthümer ohne Zweifel einer neuen Regelung bedürfen. Die Bundesversammlung selbst hat Dänemark gegenüber durch Bundesbeschluss vom 7. Februar 1861 den Grundsatz ausgesprochen, dass das Budget für Holstein und Lauenburg nicht ohne Zustimmung der Stände festgesetzt werden könne; um so weniger wird sie daher jetzt, da die Regierungsgewalt in den Händen des Bundes liegt, jenen Ländern die Ausübung eines Rechtes vorenthalten können, dessen Beeinträchtigung seiner Zeit eine Hauptbeschwerde gegen Dänemark bildete. ¶ Der Gesandte ist daher beauftragt, für den vorliegenden Antrag zu stimmen.

No. 1643.  
Deutsche  
Bund,  
12. März  
1864.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Was den Antrag selbst betrifft, so enthält sich der Gesandte der Abstimmung, hinsichtlich der geschäftlichen Behandlung aber stimmt er für die Verweisung an die vereinigten Ausschüsse.

Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser. Namens der Curie hat der substituirte Gesandte dem Antrage zuzustimmen, während er für Sachsen-Altenburg den Beitritt zu demselben abzulehnen und zunächst für dessen Verweisung an die vereinigten Ausschüsse zu stimmen hat.

Braunschweig und Nassau. Die herzoglichen Regierungen von Braunschweig und Nassau stimmen dem Antrage zu, letztere jedoch unter dem Vorbehalte, dass den Ständen eine endgültige Beschlussfassung über die Erbfolge in der Regierung des Herzogthums nicht zustehe.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesandte stimmt für Verweisung des Antrages an die vereinigten Ausschüsse.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Für die Curie ist der Gesandte in erster Linie nicht in der Lage, für den Antrag stimmen zu können.

Anhalt erklärt, es sei zwar nicht principiell gegen die Einberufung der holsteinischen Stände vor der Erledigung der Erbfolgefrage, es scheine jedoch in Betracht der gegenwärtigen Verhältnisse der Zeitpunkt dazu noch nicht eingetreten zu sein, vielmehr den Bundescommissären, deren Eingabe vom 26./28. Januar auch noch nicht mitgetheilt worden, erst nähere Aufklärung abgefordert und dadurch eine Schlussfassung des Bundes in geschäftsordnungsmässiger Weise vollständiger vorbereitet werden zu müssen.

Schwarzburg-Sondershausen erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag, sofern nicht etwa nach Genehmigung des Antrages auf Bestellung zweier weiterer Civilcommissäre durch Oesterreich und Preussen von diesen Mächten das Einverständniss mit der fraglichen Einberufung erklärt werden sollte.

Schwarzburg-Rudolstadt stimmt principaliter für schleunigsten Ausschussbericht, eventuell aber für den Antrag.

Da nun auch Oldenburg für den Antrag instruiert hat, so muss der Gesandte, falls eine Majorität in der hohen Versammlung sich nicht ergeben sollte, eventuell Namens der Curie für den Antrag votiren.

No. 1643.  
Deutscher  
Bund,  
12. März  
1864.

Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Indem der Gesandte für die Curie dem Präsidialantrage zustimmt, schliesst er sich für Waldeck dem sächsisch-württembergischen Antrage an.

Freie Städte. Der Gesandte ist mit Rücksicht auf die gegenwärtige Sachlage und insbesondere im Hinblick darauf, dass der von der grossherzoglich-hessischen Regierung in der Bundestags-Sitzung vom 3. d. M. gestellte Antrag den Ausschüssen noch zur Berathung vorliegt, von Lübeck und Hamburg angewiesen, für die Verweisung des Antrages von Königreich Sachsen und Württemberg an die Ausschüsse zu stimmen.

Für Frankfurt und Bremen tritt derselbe dem Antrage von Königreich Sachsen und Württemberg bei. Für die Curie stimmt er demnach für die Verweisung desselben an die Ausschüsse.

Hierauf wurde beschlossen: den in der vorletzten Sitzung (Prot. §. 79) von Königreich Sachsen und Württemberg gestellten Antrag den vereinigten Ausschüssen zuzuweisen.

## No. 1644.

DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG. — Neunzehnte Sitzung vom 11. April 1864. —

(§. 129.) Einladung der königlich-grossbritannischen Regierung an den Deutschen Bund zur Theilnahme an Conferenzen in London, um die Mittel zur Wiederherstellung des Friedens im Norden Europa's aufzufinden.

No. 1644.  
Deutscher  
Bund,  
11. April  
1864.

Der Herr Gesandte von Hannover erstattet im Namen der vereinigten Ausschüsse nachstehenden Vortrag: ¶ Die hohe Bundesversammlung hat den vereinigten Ausschüssen am 26. v. M. die Noten des königlich-grossbritannischen Gesandten Sir Alexander Malet vom 23. \*) und 26. \*\*) v. M. zugewiesen, durch welche dem Bunde von der für den Lauf dieses Monats in London beabsichtigten Conferenz Kenntniss gegeben und er zur Theilnahme an diesen Berathungen eingeladen wird. ¶ Die gleiche Einladung ist den vorliegenden Nachrichten zufolge auch an die Regierungen von Oesterreich und Preussen, an die ausserdeutschen Grossmächte, und an Dänemark und Schweden gerichtet, und wie es scheint ist dieselbe von allen oder der Mehrzahl der genannten Regierungen bereits angenommen. ¶ Die vereinigten Ausschüsse glauben anheimgeben zu sollen, dass auch von Seiten des Bundes die Annahme der Einladung ausgesprochen werde, und sie erlauben sich zu dem Ende eine entsprechende Antwortnote an den königlich-grossbritannischen Herrn Gesandten im Entwurfe vorzulegen. \*\*\*) Die Ablehnung der Einladung würde nach ihrer Ansicht mit Recht oder Unrecht den Vorwurf begründen, dass vom Bunde nicht alle Mittel erschöpft seien, wodurch eine friedliche Ausgleichung der Frage hätte erreicht werden können, während andererseits die Annahme des Conferenzvorschlages ohne Gefahr für die Rechte und Interessen des Bundes wie der Herzogthümer geschehen kann, da den Berathungen der Conferenz der Charakter völlig

\*) No. 1636.

\*\*) No. 1637.

\*\*\*) Siehe Beilage.



freier Besprechungen gewahrt bleibt, und namentlich von der königlich-grossbritannischen Regierung in der Einladung zugesagt worden ist, dass die Vereinbarungen von 1851 und 1852, deren Ausführung schon an der zwölfjährigen hartnäckigen Weigerung Dänemarks, seine daraus begründeten Verpflichtungen zu erfüllen, gescheitert ist, nicht die Grundlage oder den Ausgangspunkt der Verhandlungen bilden sollen. ¶ Die Wahl der Bevollmächtigten möchte nach Ansicht der vereinigten Ausschüsse entweder auf ein Mitglied dieser hohen Versammlung selbst oder auf eine hervorragende Persönlichkeit aus der Zahl der leitenden Staatsmänner Deutschlands ausserhalb Oesterreichs und Preussens zu lenken sein, indem letztere beiden bereits durch die selbständig von ihnen abzuordnenden Bevollmächtigten in der Conferenz vertreten sind. Sie dürfte durch Abgabe von Stimmzetteln in der Bundesversammlung zu bewirken sein, da dies der geeignetste Modus zu sein scheint, um jedem Wunsche den freiesten Ausdruck zu geben. ¶ Wegen der Instruction des Bevollmächtigten und der für die Berathungen der Conferenz besonders ins Auge zu fassenden Rücksichten werden die Ausschüsse in einem besonderen Vortrage ihre Ansichten darlegen, und eben so behalten dieselben sich vor, wegen der sonst etwa nöthigen Detailausführungen weitere Anträge zu stellen, sobald dazu Anlass gegeben ist. Die Einleitungen zur Ausführung der bezüglichlichen Beschlüsse, sowie die ersten vorläufigen Anordnungen zur äusseren Regelung des Verhältnisses des Bundesbevollmächtigten, wozu auch die Ausfertigung der dem letzteren zu ertheilenden Vollmacht gehört, dürfen inzwischen dem Präsidium der hohen Bundesversammlung anheimgestellt werden. ¶ Die vereinigten Ausschüsse erlauben sich demnach ihre Anträge dahin zu richten:

No. 1644.  
Deutsche  
Bund,  
11. April  
1864.

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen:

- 1) die Einladung zu den von dem königlich-grossbritannischen Cabinete vorgeschlagenen Conferenzen anzunehmen, und demgemäss Präsidium zu ersuchen, die Noten des königlich-grossbritannischen Herrn Gesandten vom 23. und 26. v. M. in Uebereinstimmung mit dem von den vereinigten Ausschüssen vorgelegten Notentwürfe zu beantworten;
- 2) die Conferenz durch einen besonderen Bevollmächtigten des Bundes zu beschicken, und zwar durch einen Staatsmann aus der Mitte der nicht ohnehin schon bei der Conferenz vertretenen deutschen Staaten;
- 3) die Wahl dieses Bevollmächtigten mittelst Abgabe von Stimmzetteln unverzüglich vorzunehmen, und
- 4) das Präsidium der Bundesversammlung zu ersuchen, das hiernach weiter Erforderliche demnächst einzuleiten.

Der königlich-baierische Herr Gesandte war nicht in der Lage, diesem Vortrage zuzustimmen.

Auf Präsidialvorschlag wurde beschlossen: über den vorliegenden Antrag nächsten Donnerstag abzustimmen.

No. 1644. Beilage zu §. 129 des Protokolls der 19. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 11. April 1864.  
Deutscher Bund,  
11. April 1864.

Der unterzeichnete kaiserlich-königlich-österreichische Bundes-Präsidialgesandte beehrt sich, Seiner Excellenz dem königlich-grossbritannischen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem Deutschen Bunde Sir Alexander Malet auf die gefälligen Noten vom 23. und 26. v. M. in Folge Beschlusses der hohen Bundesversammlung ergebenst zu erwiedern, dass der Deutsche Bund, indem er die in der ersterwähnten Note ausgesprochenen wohlwollenden Gesinnungen Ihrer Majestät der Königin von Grossbritannien und Irland für die Bewohner der Herzogthümer Holstein, Lauenburg und Schleswig aufrichtig anerkennt, bereit ist, an der vorgeschlagenen Conferenz in London Theil zu nehmen, um in Gemeinschaft mit den übrigen hierzu eingeladenen Mächten die Mittel zur Wiederherstellung des Friedens im Norden Europa's aufzufinden. ¶ Die Bundesversammlung constatirt mit Befriedigung aus der gefälligen Note vom 23. v. M., dass nur diese Aufgabe als Basis der bevorstehenden Berathungen anzusehen ist, und sie erwartet, dass in gleichem Sinne auch die Annahme des Conferenzvorschlages durch Dänemark erfolgt sein werde. ¶ Indem der Unterzeichnete sich vorbehält, Seiner Excellenz demnächst auch von der Wahl des Bevollmächtigten des Deutschen Bundes Kenntniss zu geben, benutzt derselbe mit Vergnügen diesen Anlass zur erneuerten Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Frankfurt a. M., den . . April 1864.

## No. 1645.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Zwanzigste Sitzung vom 14. April 1864. —

(§. 133.) Einladung der königlich-grossbritannischen Regierung an den Deutschen Bund zur Theilnahme von Conferenzen in London, um die Mittel zur Wiederherstellung des Friedens im Norden Europa's aufzufinden.

No. 1645.  
Deutscher  
Bund,  
14 April  
1864.

Präsidium hält hierauf Umfrage über die von den vereinigten Ausschüssen in der vorigen Sitzung gestellten Anträge in Betreff der Einladung zu den von dem königlich-grossbritannischen Cabinette vorgeschlagenen Conferenzen.

Oesterreich und Preussen: treten den Anträgen bei.

Baiern. So wünschenswerth es der königlichen Regierung erscheint, dass der Bund an einer Conferenz Theil nehme, welche die Beilegung des denselben so nahe berührenden dänisch-deutschen Conflicts zum Zwecke hat, so sieht sich dieselbe doch zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, den Anträgen der vereinigten Ausschüsse zuzustimmen. Die königliche Regierung vermöchte dies nur dann, wenn der Standpunkt vorerst festgestellt wäre, welchen der Bund in Bezug auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig einzunehmen Willens ist, da, nach ihrer Ueberzeugung, vorher der Vertreter des Bundes mit einer entsprechenden Instruction für sein Verhalten bei der Conferenz nicht versehen werden könnte, derselbe sich daher ausser Stande sehen würde, auf denselben die hier in Betracht kommenden Rechte, deren Wahrung dem Bunde obliegt, zu

vertreten. ¶ Ist jener Standpunkt des Bundes festgestellt, so wird die königliche Regierung gern bereit sein, den fraglichen Ausschussanträgen beizustimmen, falls in dem vorgelegten Entwurfe eines Antwortschreibens an königlich-grossbritannischen Gesandten noch die dem Bunde ausschliessend zustehende Competenz bezüglich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg ausdrücklich gewahrt wird.

No. 1645.  
Deutscher  
Bund,  
14. April  
1864.

**Königreich Sachsen und Hannover:** stimmen den Anträgen zu.

**Württemberg.** Der königliche Gesandte ist ermächtigt, die Zustimmung seiner höchsten Regierung zu den Ausschussanträgen zu erklären.

**Baden.** Die grossherzogliche Regierung hat bei ihren Erwägungen der Anträge, welche von den vereinigten Ausschüssen in der 19. diesjährigen Bundestags-Sitzung gestellt worden sind, neben den allgemeinen rechtlichen und politischen Momenten, vor Allem auch die Thatsachen ins Auge zu fassen, welche ihre bisherige Stellung zur Frage kennzeichnen. ¶ Für die grossherzogliche Regierung stand vom Augenblicke der jüngsten in Dänemark eingetretenen Thronerledigung an das Erbrecht der herzoglich-augustenburgischen Linie auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig unzweifelhaft fest, und sie betrachtet es nicht nur als ein unantastbares Recht dieser Länder, sondern auch als eine feststehende Thatsache, dass die Herzogthümer mit dem Tode Königs Friedrich VII. von Dänemark als selbständige Staaten in das europäische Staatensystem bereits eingetreten sind. ¶ Wie wenig auch die kriegerischen Conflict, die zwischen den hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen einerseits und dem zeitweiligen Besitzer des dänischen Thrones andererseits ausgebrochen sind, das Staatsrecht der Herzogthümer selbst berühren konnten, und wie leicht es auch sein dürfte, den Kriegszustand zu Ende zu bringen, ohne die Successionsfrage überhaupt in die Verhandlung zu ziehen, so werden Gründe der Zweckmässigkeit die Ausdehnung der Conferenzberathungen auf die Inbetrachtung der Erbfolgefrage, auch wenngleich solche durch das Staatsrecht der Herzogthümer bereits entschieden ist, veranlassen. Denn es wird sich mit Sicherheit herausstellen, dass auf einen dauerhaften Frieden zwischen dem dänischen und dem deutschen Theile der früher unter einem Scepter vereinigten Staaten nur nach vorgängiger Anerkennung dieser künftigen Selbständigkeit beider Theile gerechnet werden kann, und dass andererseits überhaupt jedem Versuche eines Abschlusses die Aussicht auf bleibenden Bestand fehlen wird, so lange derselbe nicht die doppelte Zustimmung des Bundes und der Herzogthümer selbst gefunden haben wird. ¶ Wie sehr die grossherzogliche Regierung auch geneigt sein musste, den Versuch der grossbritannischen Regierung, die Mittel für Herstellung des Friedens im Norden Europa's aufzufinden, sowohl in seinen nächsten als in diesen weiteren Zielpunkten zu unterstützen, und deshalb die Absendung eines Bevollmächtigten des Deutschen Bundes zu befürworten, so ergiebt sich aus der bestimmt angenommenen Stellung der grossherzoglichen Regierung, dass sie fordern müsste, es würden im Falle einer Ausdehnung der Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeiten hinaus die Herzogthümer und ihr legitimer Herzog als erste Betheiligte in dem Conflict von einer Vertretung ihrer Interessen nicht ausgeschlossen werden, während fremde, von dem Streite

No. 1645.  
Deutscher  
Bund,  
14. April  
1864.

und von dem künftigen Geschehce dieser Länder nur entfernt berührte Staaten sich vereinigen, um entscheidende Entschlüsse über deren Loos zu vereinbaren. ¶ Es ist für die grossherzogliche Regierung nicht zweifelhaft, dass die Mitwirkung des Bundes an den Conferenzverhandlungen den natürlichen eigenen Rechten der selbständigen Herzogthümer Schleswig und Holstein nicht vorgreifen und dass sich diese Mitwirkung in Betreff Holsteins nur in so weit die Competenz des Bundes über Holstein reicht, in Betreff Schleswigs aber in keiner Weise der Vertretung durch eigene legitime Organe dieses nicht zum Bunde gehörenden Landes substituiren könnte. ¶ Indem die grossherzogliche Regierung daher bei Erklärung ihrer Bereitwilligkeit, die von der königlich-grossbritannischen Regierung veranlasste Conferenz von Bundeswegen zu beschicken, den Herzogthümern Schleswig-Holstein und ihrem legitimen Fürsten das volle Recht wahr, bei jedem Vorschlage einer Entscheidung, die das Geschick dieser Staaten berühren könnte, vorher selbst gehört zu werden, muss sie andererseits für die Discussion einer Conferenz, an welcher ein Bevollmächtigter des Bundes Theil nimmt, als bestimmte Grenze bezeichnen, dass alle Entscheidungen, welche zur Competenz des Bundes als solchem gehören, den Berathungen eines europäischen Kreises entzogen bleiben. ¶ Die grossherzogliche Regierung war ferner sofort, nachdem die Einladung zur Theilnahme an den Conferenzen zu ihrer Kenntniss gekommen war, der Ansicht, dass es nicht nur der Würde des Bundes entsprechen, sondern auch die Stellung des Bevollmächtigten des Bundes wesentlich erleichtern werde, wenn die nothwendigen Voraussetzungen klar und offen bezeichnet würden, unter denen der Deutsche Bund, der sich noch jüngst gegen die Rechtsverbindlichkeit des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852. ausgesprochen hatte, überhaupt an diesen Conferenzen sich zu betheiligen gedenke. Sie entwarf zu diesem Zwecke in der Form eines eventuellen Antrages eine Aufzählung dieser Voraussetzungen, und theilte dieselben nicht nur denen ihrer hohen Bundesgenossen, von welchen sie eine unmittelbare Unterstützung hoffen konnte, vertraulich mit, sondern es wurden dieselben auch den vereinigten Ausschüssen der hohen Bundesversammlung zur Kenntniss gebracht. ¶ Während von den deutschen Regierungen nur theilweise den Vorschlägen der grossherzoglichen Regierung beigetreten wurde, haben die vereinigten Ausschüsse geglaubt, eine mehr allgemein gehaltene Antwort an den Gesandten Ihrer grossbritannischen Majestät und einen eben so allgemeinen Beschluss der Bundesversammlung beantragen und dabei keinerlei Bedingungen und Voraussetzungen aufnehmen zu sollen. ¶ Die grossherzogliche Regierung vermag sich bei der vollkommenen Unklarheit und Zweideutigkeit der Erklärungen der königlich-dänischen Regierung über deren Ansprüche auf fernere Festhaltung an Ausgangspunkten der Conferenzverhandlungen, welche für Deutschland durchaus unzulässig sind, nicht der Verpflichtung zu entziehen, ihrerseits durch bestimmte Formulirung der Voraussetzungen, unter denen der Bevollmächtigte des Bundes Seitens der grossherzoglichen Regierung zur Theilnahme an den Verhandlungen ermächtigt wird, späteren Missverständnissen zuvorzukommen. ¶ Die erste Voraussetzung ist, dass, wie immer die unterzeichnenden Mächte des Londoner Vertrages sich zu diesem Staatsacte stellen mögen, in dem Uebereinkommen, auf keiner festbestimmten Basis die Conferenzverhandlungen zu eröffnen, zugleich für den Bund das Anerkenntniss gefunden werden muss,

dass ohne einseitige Bezugnahme auf den Vertrag vom 8. Mai 1852 allseitig allen rechtlichen und politischen Momenten, welche der Auffassung der grossherzoglichen Regierung wie aller deutschen Regierungen, die ihren Standpunkt theilen, zu Grund liegen, gleiche Rechnung werde getragen werden, — dass also der Bevollmächtigte des Bundes nicht in den Fall kommen wird, sich einer Mehrheit von Bevollmächtigten gegenüber zu finden, deren Regierungen bereits einseitig Partei genommen und die sich unabänderlich durch die Stipulationen des Londoner Tractats gebunden erklären. ¶ In einer solchen Eventualität darf eine veränderte Zusammensetzung und wenn erforderlich eine Ergänzung der Conferenz durch Regierungen, die dem deutschen Standpunkte nicht principiell entgegen sind, als für den Bund nicht ausgeschlossen betrachtet werden. ¶ Die Pflicht eine zweite Voraussetzung geltend zu machen, entsteht für die grossherzogliche Regierung aus der in der Note des königlich-grossbritannischen Herrn Gesandten vom 23. März ausgesprochenen Geneigtheit der grossbritannischen Regierung, die Vereinbarungen von 1851 und 1852 als geeigneten Ausgangspunkt der Verhandlungen in der Conferenz aufzunehmen. Die grossherzogliche Regierung muss von der hohen vermittelnden Macht die Garantie einer parteilosen, die rechtlichen Ansprüche beider Theile abwägenden Stellung durch die Forderung beanspruchen, dass von ihrer Seite dem Bunde gegenüber Transactionen nicht werden als rechtsverbindlich angezogen werden, die dem Bunde vollkommen fremd geblieben sind. ¶ Schliesslich wird dem Bevollmächtigten des Bundes, so lange eine eigene Vertretung der Herzogthümer Schleswig-Holstein auf der Conferenz nicht zugelassen ist, selbstverständlich das Recht nicht verweigert werden und Seitens des [königlich-dänischen Bevollmächtigten nicht beanstandet werden dürfen, ausser dem Bundeslande Holstein auch das Herzogthum Schleswig und die Ansprüche seines Souverains unter Vorbehalt dessen nachfolgender Ratification etwaiger Vorschläge der Conferenz zu vertreten. ¶ Unter diesen Voraussetzungen ist der Gesandte angewiesen, Namens der grossherzoglichen Regierung den Anträgen der vereinigten Ausschüsse auf Beschickung der Conferenzen zuzustimmen, zu gleicher Zeit aber zu erklären, dass dieselbe nicht vermöchte, auf anderen Grundlagen geführte Verhandlungen gutzuheissen oder von jenen Voraussetzungen wesentlich abweichenden Beschlüssen der Conferenz beizutreten. ¶ In Betreff der eventuellen Wahl eines Bevollmächtigten zu der Conferenz würde die grossherzogliche Regierung in erster Reihe die Uebertragung der Vertretung des Bundes an die Krone Baiern unter Ueberlassung eigener Bevollmächtigten gewünscht haben; wenn jedoch die hohe Bundesversammlung inzwischen die Bezeichnung der Wahl einer Person durch die hohe Versammlung selbst beschliessen sollte, ist Gesandter angewiesen, an der Wahl Antheil zu nehmen.

Kurhessen. Da die schleswig-holsteinische Frage nicht eine rein deutsche Angelegenheit bildet, sondern zum Theil internationaler Natur ist, und in ihrer gegenwärtigen Lage Complicationen hervorgerufen hat, welche den europäischen Frieden bedrohen, so muss die kurfürstliche Regierung in Folge der an den Deutschen Bund gerichteten Einladung eine Betheiligung desselben an der vorgeschlagenen Conferenz, die eine friedliche Lösung der Angelegenheit versuchen will, für angemessen und geboten halten, und glaubt, dass aus der

No. 1645.  
Deutscher  
Bund,  
14. April  
1864.

No. 1645.  
Deutscher  
Bund,  
14. April  
1864.

dermaligen Sachlage am Bunde um so weniger ein Bedenken hergeleitet werden könne, als die vorgeschlagene Conferenz nur den Charakter einer freien Besprechung tragen soll und zunächst für die Vertretung des Bundes die hauptsächlichste Aufgabe nur darin bestehen kann, die Principien des Rechts als Grundlage der Verhandlungen zur Anerkennung zu bringen, in welcher Beziehung aber in den bereits vorliegenden Bundesbeschlüssen, namentlich in dem Beschluss vom 25. Februar d. J., vollkommen ausreichende Anhaltspunkte enthalten sind. Aus diesen Gründen stimmt daher die kurfürstliche Regierung dem Antrage auf Absendung eines Bevollmächtigten bei.

**Grossherzogthum Hessen.** Die grossherzogliche Regierung hält es aus Rücksichten politischer Zweckmässigkeit für dringend geboten, dass die Rechte und Interessen Deutschlands und der Herzogthümer Holstein und Lauenburg insbesondere, sowie auch die damit innig verbundenen Rechte und Interessen des Herzogthums Schleswig auf der bevorstehenden Londoner Conferenz durch einen eigenen Bevollmächtigten des Deutschen Bundes selbständig vertreten seien. Der Gesandte ist deshalb beauftragt, den auf Annahme der Einladung zur Londoner Conferenz und auf Wahl eines Bevollmächtigten gerichteten Ausschussanträgen zuzustimmen.

**Niederlande wegen Luxemburg und Limburg.** Der Gesandte tritt den Anträgen bei.

**Grossherzoglich- und herzoglich-sächsische Häuser.** Die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Staatsregierungen erachten es mit den Interessen Deutschlands und mit der Stellung des Bundes nicht vereinbar, dass dieser die Einladung zur Conferenz ablehne. Nach ihrer Ansicht kann jedoch die Annahme der Einladung nur in der Erwartung erfolgen, dass dem zu erwählenden Vertreter des Bundes zur Pflicht gemacht wird, nicht nur im Allgemeinen die dem Deutschen Bunde rücksichtlich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg ausschliesslich zustehende Competenz allenthalben zu wahren, sondern auch dabei zu beharren, dass, da der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 für den Bund keinerlei verbindliche Kraft hat, Seiner Majestät dem König Christian IX. aber sonst Successionsrechte auf die Elbherzogthümer, mindestens zur Zeit, nicht zustehen, diese von der Verbindung mit Dänemark definitiv zu lösen und in weiterem Verfolg dessen die von den grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen wiederholt ausgesprochenen Rechtsansichten über das Successionsrecht des Erbprinzen von Augustenburg in Kraft treten. ¶ Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, erklären die grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Staatsregierungen, den Anträgen der vereinigten Ausschüsse beizutreten.

Für Sachsen-Meinungen hat dabei der Gesandte nochmals ausdrücklich die Rechte der grossherzoglich- und herzoglich-sächsischen Regierungen auf die Succession in das Herzogthum Lauenburg zu verwahren.

**Braunschweig und Nassau.** Der Gesandte ist angewiesen, für die herzoglich-braunschweigische Regierung folgende Erklärung abzugeben: Es handelt sich zunächst bei der Erbfolgefrage in Holstein recht eigentlich um eine innere Angelegenheit des Deutschen Bundes, und da eine Einmischung des Auslandes in dieselbe nicht zugegeben werden kann, die Theilnahme des Bundes

an der Conferenz aber dahin führen würde, dass die ausschliessliche Competenz des Bundes in der Angelegenheit zur Gefährdung der Gesamtrechte Holsteins beinträchtigt werden würde, so erscheint es im hohen Grade bedenklich für den Bund, sich auf eine Discussion bezüglich Holsteins vor einem europäischen Forum einzulassen. ¶ Sodann ist durch die früheren Abstimmungen der herzoglichen Regierung am Bunde bereits ausgesprochen, dass das Erbfolgerecht des bisherigen Erbprinzen Friedrich von Augustenburg als begründet anerkannt werde. Mit diesem unverrückt festzuhaltenden Standpunkte würde sich aber die herzogliche Regierung in Widerspruch setzen, wenn sie, so lange nicht die Anerkennung des Herzogs Friedrich als erbberechtigt in Holstein erfolgt ist, für Beschickung der Londoner Conferenz stimmen wollte. Denn soviel bis jetzt bekannt, wird solche Beschickung nur von denjenigen Regierungen erfolgen, welche, vielleicht mit Einer Ausnahme, bis jetzt an der Integrität der dänischen Monarchie auf Grund des Londoner Tractates festgehalten haben, und da sonach die Versammlung, wenigstens in ihrer weit überwiegenden Mehrheit, nur aus solchen Theilnehmern bestehen wird, von welchen bisher eine der Rechtsanschauung der herzoglichen Regierung direct entgegenstehende Auffassung geltend gemacht worden ist, so muss es auch aus diesem Grunde für bedenklich erachtet werden, für die Beschickung einer Conferenz zu stimmen, deren voraussichtlicher Erfolg nur zur Gefährdung des von der herzoglichen Regierung eingenommenen Rechtsstandpunktes führen würde. ¶ So sehr daher auch die baldige Herstellung des Friedens in den dringenden Wünschen der herzoglichen Regierung liegt, und wenn auch die Theilnahme des Bundes an der Londoner Conferenz in gewisser Hinsicht Vortheile versprechen möchte, so hat doch im Hinblick auf obige Erwägungen die herzogliche Regierung die Ueberzeugung gewinnen müssen, dass die etwaigen Vortheile durch die von der Theilnahme zu besorgenden Nachtheile weit überwogen werden würden. ¶ Die herzogliche Regierung kann hiernach keinen Anstand nehmen, sich gegen die Annahme der Anträge zu erklären. ¶ Uebrigens ist der Gesandte ermächtigt, sich eventuell an der Wahl des Bundesbevollmächtigten zu betheiligen, wobei derselbe jedoch besonders hervorzuheben hat, dass solches lediglich aus Rücksicht auf die dem gefassten Bundesbeschlusse schuldige Achtung geschehe und unter ausdrücklicher Wahrung des in dieser Abstimmung dargelegten Standpunktes. ¶ Da die herzoglich-braunschweigische Regierung dermalen in der Curie die Stimme führt, so ist deren Abstimmung auch für die Curie massgebend.

Namens der herzoglich-nassauischen Regierung hat sich der Gesandte für die Annahme der Ausschussanträge zu erklären.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesandte stimmt den Anträgen zu.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Für die Curie hat der Gesandte den Anträgen der vereinigten Ausschüsse zuzustimmen. Die grossherzoglich-oldenburgische Regierung aber ist hiermit nicht einverstanden und der Gesandte ist angewiesen, sich in folgender Weise auszusprechen: Die grossherzogliche Regierung muss sich gegen eine Annahme der Einladung zur Conferenz erklären. Sie stützt sich dabei auf die Thatsache, dass ausser dem Bunde alle diejenigen Mächte eingeladen worden sind, welche den Londoner

No. 1645.  
Deutscher  
Bund,  
14. April  
1864.

ie. 1648.  
nützlicher  
Band,  
4. April  
1864.

Vertrag vom 8. Mai 1852 mit Dänemark abgeschlossen und dadurch eine den Rechten und Interessen des Deutschen Bundes entgegenstehende Verpflichtung übernommen haben. Obwohl einige der genannten Mächte nur in bedingter Weise diesen Vertrag unterzeichnet haben, so ist doch keine einzige bisher von demselben zurückgetreten. Unter solchen Umständen würde die Stellung des Bundesbevollmächtigten auf der Conferenz eine völlig isolirte und seine Thätigkeit zur Wahrung der Rechte und Interessen des Deutschen Bundes eine vergebliche sein. Je weniger es aber in Aussicht genommen worden ist, ihn mit Instructionen zu versehen, welche dem Londoner Vertrage gegenüber namentlich die selbständige Entscheidung des Bundes über die Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg sicher stellen, desto grösser werden die Bedenken, welche nach Ansicht der grossherzoglichen Regierung einer Beschickung der Conferenz entgegenstehen.

Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Für die Curie tritt der Gesandte den Anträgen bei, für Waldeck stimmt er wie Baden.

Freie Städte. Der Gesandte ist von den Senaten beauftragt, den Anträgen zuzustimmen, und zwar für Bremen unter Verweisung auf die zum zweiten Ausschussvortrage abzugebende Erklärung.

Es erfolgte hierauf in Gemässheit der Anträge der Beschluss:

1) die Einladung zu den von dem königlich-grossbritannischen Cabinette vorgeschlagenen Conferenzen anzunehmen, und demgemäss Präsidium zu ersuchen, die Noten des königlich-grossbritannischen Herrn Gesandten vom 23. und 26. v. M. in Uebereinstimmung mit dem von den vereinigten Ausschüssen vorgelegten Notentwürfe zu beantworten;

2) die Conferenz durch einen besonderen Bevollmächtigten des Bundes zu beschicken, und zwar durch einen Staatsmann aus der Mitte der nicht ohnehin schon bei der Conferenz vertretenen deutschen Staaten;

3) die Wahl dieses Bevollmächtigten mittelst Abgabe von Stimmzetteln unverzüglich vorzunehmen, und

4) das Präsidium der Bundesversammlung zu ersuchen, das hiernach weiter Erforderliche einzuleiten.

Zufolge der Ziffer 3 des eben gefassten Beschlusses schritt die hohe Versammlung auf Einladung des Präsidiums zur Wahl des Bevollmächtigten.

¶ Es fielen dreizehn Stimmen auf den königlich-sächsischen Herrn Staatsminister Freiherrn von Beust, zwei auf den königlich-baierischen Herrn Bundestags-Gesandten Freiherrn von der Pfordten und eine Stimme wurde so abgegeben, dass sie in erster Linie für diesen Herrn Gesandten, eventuell aber auch für Freiherrn von Beust zu zählen hatte, welcher sonach mit vierzehn Stimmen erwählt war.

Auf Präsidialantrag wurde sodann beschlossen:

den königlich-sächsischen Herrn Bundestags-Gesandten zu ersuchen, wegen der Annahme dieser Wahl mit der dazu erforderlichen Genehmigung Seiner Majestät des Königs von Sachsen sich mit thunlichster Beschleunigung nach Dresden wenden und von dem desfallsigen Ergebnisse sofort das Präsidium benachrichtigen zu wollen.





